STADT BECKUM

Bekanntmachung

Gremium: Rat der Stadt Beckum

Datum: Mittwoch, 23.09.2026

Beginn: 17:30 Uhr

Ort: Mensa der Sekundarschule Beckum, Windmühlenstraße 95, 59269 Beckum

Hinweise: Alle Einwohnerinnen und Einwohner sind zum öffentlichen Teil der Sitzung herzlich eingeladen.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1 Bestellung einer Schriftführung

2 Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern

3 Bericht der Verwaltung

4 Bericht über offene Anträge und Anfragen der Fraktionen sowie über offene Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

5 Jahresabschluss 2025 der Stadt Beckum und Entlastung des Bürgermeisters

6 Jahresabschluss 2025 des Eigenbetriebs Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum und Verwendung des Jahresergebnisses

7 Entlastung des Betriebsausschusses des Eigenbetriebs Energieversorgung und Bäder für das Geschäftsjahr 2025

8 Übernahme von WVG-eigenen Geschäftsanteilen an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH durch die Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH und Änderung des Gesellschaftsvertrags der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH

9 Übernahme von WVG-eigenen Geschäftsanteilen an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH durch die Regionalverkehr Münsterland GmbH und Änderung des Gesellschaftsvertrags der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH

10 Bericht über die überörtliche Prüfung der Stadt Beckum durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen im Jahr 2025

11 1. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Durchführung der Aufgaben einer interkommunalen Vergabe- und Submissionsstelle durch die Stadt Beckum

12 Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung – Grundsatzbeschluss zur Anwendung der neuen Instrumente des Baugesetzbuches ("Bau-Turbo")

13 Anregung/Beschwerde nach § 24 Gemeineordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – Schulen und Kitas als lebensrettende Kälteinseln: Sofortiger Einbau von Klimaanlagen und PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden

14 Integriertes Klimaanpassungskonzept für den Kreis Warendorf und 9 kreisangehörige Kommunen – Teilkonzept der Stadt Beckum

15 Bebauungsplan Nr. 15 Gewerbegebiet "Neubeckumer Straße/Grüner Weg", 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) – Satzungsbeschluss

16 Bestellung von Vertretungen in Gremien von juristischen Personen und Personenvereinigungen

17 Umbesetzungen in Ausschüssen

18 Anfragen von Ratsmitgliedern

Nicht öffentlicher Teil:

1 Bericht der Verwaltung

2 Anfragen von Ratsmitgliedern

Beckum, den 09.09.2026

gezeichnet
Michael Gerdhenrich
Vorsitz

TOP Ö 4

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Berichtsvorlage 2026/0258
öffentlich

Bericht über offene Anträge und Anfragen der Fraktionen sowie über offene Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

Federführung: Büro des Bürgermeisters

Beteiligungen:

Auskunft erteilt: Herr Gerdhenrich | 02521 29-1000 | gerdhenrich@beckum.de

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Beckum
23.09.2026 Kenntnisnahme

Erläuterungen:

Der Rat der Stadt Beckum hat in seiner Sitzung am 21.12.2021 die Verwaltung beauftragt, quartalsweise im jeweils zuständigen Gremium über die Sachstände der noch offenen Anträge und Anfragen der Fraktionen sowie der noch offenen Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zu berichten. Tagt ein Gremium nicht quartalsweise, erfolgt die Berichterstattung in der nächsten Sitzung. Auf die Vorlage 2021/0418 und die Niederschrift zur Sitzung des Rates der Stadt Beckum vom 21.12.2021 wird verwiesen.

Es liegen aktuell weder offene Anträge und Anfragen der Fraktionen noch Anregungen/ Beschwerden gemäß § 24 GO NRW vor, die in die Zuständigkeit des Rates der Stadt Beckum fallen.

Anlage(n):

ohne

TOP Ö 5

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2026/0205/1
öffentlich

Jahresabschluss 2025 der Stadt Beckum und Entlastung des Bürgermeisters

Federführung: Örtliche Rechnungsprüfung

Beteiligungen: Fachbereich Finanzen und Immobilien

Auskunft erteilt: Frau Dahl | 02521 29-1400 | dahl@beckum.de

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Beckum
23.09.2026 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

1. Der Jahresabschluss 2025 der Stadt Beckum wird festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag von 640.316,59 Euro wird der Ausgleichsrücklage entnommen.
3. Herrn Bürgermeister Michael Gerdhenrich wird für das Haushaltsjahr 2025 Entlastung erteilt.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Personal- und Sachkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Das Verfahren zur Aufstellung, Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses ist in den §§ 75, 95, 96 und 59 in Verbindung mit § 102 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) geregelt.

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2025 wurde am 30.06.2026 vom Kämmerer aufgestellt und am gleichen Tag vom Bürgermeister bestätigt und dem Rat der Stadt Beckum in seiner Sitzung am 09.07.2026 zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2025 wurde die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Curacon GmbH beauftragt. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat der Auftragserteilung in seiner Sitzung am 04.09.2025 zugestimmt.

Der Jahresabschluss war gemäß § 102 Absatz 3 GO NRW dahingehend zu prüfen, ob die gesetzlichen Vorschriften und sie ergänzenden ortsrechtlichen Bestimmungen oder sonstigen Satzungen beachtet worden sind. Die Prüfung ist so anzulegen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die in Satz 2 aufgeführten Bestimmungen, die sich auf die Darstellung des sich nach § 95 Absatz 1 Satz 4 ergebenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde wesentlich auswirken, bei gewissenhafter Berufsausübung erkannt werden.

Der Lagebericht war gemäß § 102 Absatz 5 GO NRW darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und ob er insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gemeinde vermittelt. Dabei ist auch zu prüfen, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung des Lageberichts hat sich auch darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften zu seiner Aufstellung beachtet worden sind.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Curacon GmbH hat über Art und Umfang der durchgeführten Prüfung sowie über das Ergebnis einen Prüfbericht erstellt und darin einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk abgegeben.

Das Haushaltsjahr 2025 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 640.316,59 Euro ab; die Schlussbilanzsumme beläuft sich auf 323.036.881,92 Euro. Veränderungen des Zahlenwerkes gegenüber dem Entwurf des Jahresabschlusses 2025 (Vorlage 2026/0209) haben sich im Bereich der investiven Finanzrechnung ergeben. Dort wurde ein negatives Rechnungsergebnis eines Auszahlungskontos in ein Einzahlungskonto umgebucht. Der Saldo aus der Investitionstätigkeit bleibt unverändert.

Des Weiteren wurde ein nicht mitsummiertes Rechnungsergebnis in der laufenden Verwaltungstätigkeit in die Finanzrechnung aufgenommen. Der Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit verschlechtert sich um 17.177,91 Euro. Der Anfangsbestand an Finanzmitteln zum 01.01.2025 wurde auf den Endstand zum 31.12.2024 korrigiert. Der Bestand an liquiden Mitteln verändert sich dadurch nicht. Verschiedene unwesentliche redaktionelle Anpassungen in Anhang und Lagebericht wurden in Abstimmung mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Curacon GmbH vorgenommen.

Nach § 75 Absatz 2 GO NRW muss der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Die Verpflichtung des Satzes 1 gilt als erfüllt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan und der Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden können. Es besteht insofern die gesetzliche Soll-Vorschrift, den Jahresfehlbetrag durch die Ausgleichsrücklage auszugleichen (§ 95 Absatz 2 Satz 2 GO NRW). Im Ergebnis kann der Haushalt 2025 damit in Planung und Rechnung als ausgeglichen gelten.

Die Ausgleichsrücklage weist einen Stand von 9.518.603,78 Euro zum 31.12.2025 aus. Nach Entnahme des Fehlbetrages von 640.316,59 Euro verringert sich der Bestand auf 8.878.287,19 Euro.

Gemäß § 59 Absatz 3 GO NRW prüft der Rechnungsprüfungsausschuss den Jahresabschluss und den Lagebericht der Gemeinde unter Einbezug des Prüfungsberichtes. Er bedient sich hierbei der örtlichen Rechnungsprüfung oder eines Dritten gemäß § 102 Absatz 2 GO NRW. Die Verantwortlichen nach Satz 2 haben an der Beratung über diese Vorlagen im Rechnungsprüfungsausschuss teilzunehmen und über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung, insbesondere wesentliche Schwächen des internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, zu berichten.

Das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses 2025 wird in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Curacon GmbH vorgestellt. Diese steht auch in der Sitzung des Rates für Fragen zur Verfügung.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat zu dem Ergebnis der Jahresabschlussprüfung schriftlich gegenüber dem Rat Stellung zu nehmen. Am Schluss dieses Berichtes hat der Rechnungsprüfungsausschuss zu erklären, ob nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung Einwendungen zu erheben sind und ob er den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht billigt. Über das Ergebnis seiner Prüfung wird der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses in der Sitzung des Rates berichten.

Die Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters wird ausschließlich von den Ratsmitgliedern getroffen. Das Stimmrecht des Bürgermeisters ist dementsprechend für Nummer 3 des Beschlussvorschlages ausgeschlossen (§ 96 Absatz 1 Satz 4 GO NRW).

Der vom Rat der Stadt Beckum festgestellte Jahresabschluss wird der Aufsichtsbehörde angezeigt und öffentlich bekannt gemacht.

Anlage(n):

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2025 und des Lageberichts der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Curacon GmbH

TOP Ö 5

BERICHT

Stadt Beckum

Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2025
und des Lageberichts

GP-Nr. 202805

CURACON
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

INHALT

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	
A. Prüfungsauftrag	1
B. Grundsätzliche Feststellungen	2
C. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	4
D. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	10
E. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	12
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	12
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	12
2. Jahresabschluss	13
3. Lagebericht	13
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	13
F. Schlussbemerkung	14

Anlagenverzeichnis

	Blatt
Jahresabschluss und Lagebericht	
Ergebnisrechnung	
Finanzrechnung	
Teilrechnungen Produktbereiche	
Bilanz zum 31. Dezember 2025	
Anhang	397–419
Lagebericht	451–464
NKF-Kennzahlenset NRW (Anlage zum Lagebericht)	

Anlagenverzeichnis (Fortsetzung)

	Blatt
Analyse der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage	1
1. Ertragslage	1
1.1 Ergebnisanalyse auf Basis der Jahresergebnisse	1
1.2 Ergebnisanalyse auf Basis der Haushaltsplanungen	4
2. Vermögens-, Schulden- und Finanzlage	5
2.1 Vermögens- und Kapitalstruktur	5
2.2 Finanzlage	8

Verwendungsvorbehalt

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024

Hinweise:
Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten.

Die PDF-Datei enthält drucktechnisch bedingt unbedruckte Seiten. Diese sind Teil unserer doppelseitigen Berichtsformatierung und sollten nicht gelöscht werden.

Abkürzungsverzeichnis

AöR	Anstalt öffentlichen Rechts
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
FlüAG	Flüchtlingsaufnahmegesetz
GO NRW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
HGB	Handelsgesetzbuch
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
i. V. m.	in Verbindung mit
n. F.	neue Fassung
KomHVO NRW	Verordnung über das Haushaltswesen der Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunalhaushaltsverordnung NRW)
NKF	Neues Kommunales Finanzmanagement
PS	Prüfungsstandard des IDW

A. Prüfungsauftrag

Der Bürgermeister der

Stadt Beckum,

im Folgenden auch Stadt genannt,

beauftragte uns mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2025 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und des Lageberichts gemäß § 102 GO NRW.

Der vorliegende Prüfungsbericht richtet sich ausschließlich an die Stadt Beckum.

Der Jahresabschluss ist gemäß § 102 Abs. 3 GO NRW dahingehend zu prüfen, ob sich ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Jahresabschlusses erstreckt sich auch darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstige ortsrechtliche Bestimmungen beachtet worden sind. Der Lagebericht ist gemäß § 102 Abs. 5 GO NRW darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und ob er insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt vermittelt. Dabei ist auch zu prüfen, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung des Lageberichts hat sich überdies darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften zu seiner Aufstellung beachtet worden sind.

Über Gegenstand, Art und Umfang der von uns gemäß § 102 GO NRW und entsprechend §§ 317 ff. HGB durchgeführten Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts erstatten wir den vorliegenden Bericht.

Unsere Berichterstattung erfolgt nach den vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf, festgelegten Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n. F.).

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, gelten die unter dem 29. September 2025 getroffenen Vereinbarungen sowie ergänzend die als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2024 und der Verwendungsvorbehalt.

B. Grundsätzliche Feststellungen

Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter
Die Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter im Jahresabschluss und im Lagebericht ist durch uns als Abschlussprüfer im Rahmen einer Stellungnahme zu beurteilen. Dabei ist darzulegen, dass der Lagebericht entsprechend § 102 Abs. 5 GO NRW mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und ob er insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt vermittelt. Dabei ist auch zu prüfen, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung des Lageberichts hat sich überdies darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften zu seiner Aufstellung beachtet worden sind.

Geschäftsverlauf und Lage der Stadt
Unseres Erachtens ist auf folgende Kernaussagen des Bürgermeisters und des Kämmerers zur Lage der Stadt besonders hinzuweisen:

Im Lagebericht wird erläutert, dass im Jahr 2025 ein Jahresfehlbetrag von T€ 640 erzielt wurde und dies zu einem Rückgang des Eigenkapitals geführt hat. Im ursprünglichen Ansatz wurde von einem Fehlbetrag in Höhe von T€ -10.076 ausgegangen.

Ursächlich für die Ergebnisverbesserung sind insbesondere Mehrerträge bei den Steuern und ähnlichen Abgaben (T€ +11.730). Hier lagen die Gewerbesteuererträge mit T€ 11.510 über dem Planansatz. Des Weiteren liegen die Sonstigen ordentlichen Erträge mit T€ 1.843 und die Transfererträge mit T€ 698 oberhalb des Planansatzes.

Die Aufwendungen schließen aufgrund höherer Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (T€ +901) sowie höherer Transferaufwendungen (T€ +3.304) über dem fortgeführten Planansatz ab.

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 9.998 auf T€ 323.037 gestiegen. Hierbei steht dem Anstieg des Anlagevermögens (im Wesentlichen Feuer- und Rettungswache Neubeckum sowie Straßen) der Anstieg der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sowie erhöhten sonstigen Verbindlichkeiten, auch aus dem Liquiditätsverbund, gegenüber.

In der Finanzrechnung wurde der Mittelabfluss für die Investitionstätigkeit zum wesentlichen Teil durch Kreditaufnahme ausgeglichen. Trotzdem ergibt sich insgesamt aus dem Finanzmitttelfehlbetrag von T€ 6.086 und dem positiven Saldo aus der Finanzierungstätigkeit von T€ 3.785 eine negative Veränderung an eigenen Finanzmitteln. Der Bestand an liquiden Mitteln sank gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.461 auf T€ 2.749.

Künftige Entwicklung der Stadt

Unseres Erachtens sind folgende Kernaussagen des Bürgermeisters und des Stadtkämmerers zur künftigen Entwicklung der Stadt Beckum hervorzuheben:

Das Jahr 2026 wird weiter durch Unsicherheiten geprägt. Es wird mit anhaltender Dynamik bei den Personal- und Sozialaufwendungen gerechnet, auch steigende Bau- und Unterhaltskosten werden erwartet. Der Zins- und Kapitalmarkt bleibt risikobehaftet.

Im Laufe des Haushaltsjahres 2025 hatte sich die Lage der Stadt gegenüber der Planung verbessert, dennoch konnte kein Überschuss erzielt werden, was die weiterhin angespannte finanzielle Ausgangslage verdeutlicht.

Allerdings werden insbesondere folgende Risiken von Bürgermeister und Stadtkämmerer gesehen:

- Steigende Anforderungen an die kommunale Infrastruktur.
- Gesetzliche Aufgabenübertragungen, deren Finanzierung durch Bund und Land nicht vollständig sichergestellt ist.
- Die demographische Entwicklung und
- der Fachkräftemangel werden jeweils als Herausforderung in verschiedenen Aufgabenbereichen gesehen.

Der Ergebnisplan 2026 sieht ein Ergebnis von T€ -5.561 unter Berücksichtigung des globalen Minderaufwands von T€ 1.450 vor. Die mittelfristige Finanzplanung weist ebenfalls durchgängig für die Jahre 2027 bis 2029 negative Jahresergebnisse aus. Für das Jahr 2026 kann die Ausgleichsrücklage voraussichtlich noch ausreichen, in den Folgejahren könnten Verrechnungen mit der Allgemeinen Rücklage erforderlich werden.

Wir halten die Darstellung und Beurteilung des gesetzlichen Vertreters über die Lage der Stadt und die Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung, wie sie im Jahresabschluss und im Lagebericht zum Ausdruck kommen, für plausibel.

C. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer auftragsgemäßen Prüfung haben wir den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 und den Lagebericht der Stadt Beckum mit dem folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen:

"Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Stadt Beckum

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses
Wir haben den Jahresabschluss der Stadt Beckum – bestehend aus Bilanz zum 31. Dezember 2025, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilergebnisrechnungen und den Teilfinanzrechnungen für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie den Anhang – einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Gemeindeordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen nach § 95 GO NRW i. V. m. der Kommunalhaushaltsverordnung nach §§ 38 ff. KomHVO NRW und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Stadt zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 102 GO NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Stadt unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Vertretungsorgans der Stadt für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Gemeindeordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen nach § 95 GO NRW i. V. m. der Kommunalhaushaltsverordnung nach §§ 38 ff. KomHVO NRW in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Stadt zur Fortführung ihrer Tätigkeit, d. h. der stetigen Erfüllung der Aufgaben, zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Sicherung der stetigen Erfüllung ihrer Aufgaben, sofern einschlägig, anzugeben.

Das Vertretungsorgan der Stadt ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Stadt zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses
Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 102 GO NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Stadt abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise Schlussfolgerungen darüber, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Stadt zur Fortführung ihrer Tätigkeit, d. h. der stetigen Erfüllung ihrer Aufgaben, aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Stadt die stetige Aufgabenerfüllung nicht sicherstellen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung des Lageberichts

Prüfungsurteil

Wir haben den Lagebericht der Stadt Beckum für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Lagebericht in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Kommunalhaushaltsverordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen nach § 49 KomHVO NRW und vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Grundlage für das Prüfungsurteil
Wir haben unsere Prüfung des Lageberichts unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) durchgeführt.

Danach wenden wir als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätsmanagementstandards: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1) an. Die Berufspflichten gemäß der Wirtschaftsprüferordnung und der Berufssatzung für Wirtschaftsprüfer/vereidigte Buchprüfer einschließlich der Anforderungen an die Unabhängigkeit haben wir eingehalten.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Vertretungsorgans der Stadt für den Lagebericht
Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Kommunalhaushaltsverordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen nach § 49 KomHVO NRW entspricht, insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt, in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der Kommunalhaushaltsverordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen nach § 49 KomHVO NRW zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Das Vertretungsorgan der Stadt ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Stadt zur Aufstellung des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Lageberichts
Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Lagebericht in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Kommunalhaushaltsverordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen nach § 49 KomHVO NRW entspricht.

Die Ausführungen zur Verantwortung des Abschlussprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses gelten gleichermaßen für die Prüfung des Lageberichts mit der Ausnahme, dass wir nicht beurteilen, ob der Lagebericht die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass er unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt.

Des Weiteren führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Münster, am 5. August 2026

CURACON GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Werwein
Wirtschaftsprüfer

Menken
Wirtschaftsprüfer"

Hinweis: An dieser Stelle erfolgt nur ein wörtliches Zitat des Bestätigungsvermerks, der im Testatsexemplar erteilt wird.
Der Bestätigungsvermerk wird daher an dieser Stelle nicht unterschrieben.

D. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand der Prüfung

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gemäß § 102 GO NRW sowie entsprechend § 317 HGB die Buchführung, den Jahresabschluss – bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilergebnisrechnungen, Teilfinanzrechnungen, Bilanz und Anhang – und den Lagebericht auf die Beachtung der für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der ergänzenden ortsrechtlichen Bestimmungen und sonstigen Satzungen geprüft. Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften ist nur insoweit Gegenstand der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Auswirkungen auf den Jahresabschluss oder den Lagebericht ergeben.

Die Rechnungslegung sowie die für die Rechnungslegung eingerichteten internen Kontrollen liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Stadt. Ebenso sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die dem Abschlussprüfer gemachten Angaben. Unsere Aufgabe besteht darin, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen einer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Art und Umfang der Prüfung

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 102 GO NRW und entsprechend den Vorschriften der §§ 317 ff. HGB durchgeführt.

Unsere Prüfung hat sich nicht darauf zu erstrecken, ob die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit des gesetzlichen Vertreters zugesichert werden kann (in Anlehnung an § 317 Abs. 4a HGB).

Auf der Grundlage unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir zunächst eine Prüfungsstrategie entwickelt. Diese basiert auf einer Einschätzung des rechtlichen und wirtschaftlichen Umfelds sowie der Lage der Stadt, ihrer Ziele, Strategien und Geschäftsrisiken sowie auf den Auskünften des gesetzlichen Vertreters. Sie wird darüber hinaus von der Größe und Komplexität der Stadt und der Wirksamkeit ihrer rechnungslegungsrelevanten internen Kontrollen beeinflusst. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse haben wir bei der Auswahl und dem Umfang unserer analytischen Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen hinsichtlich der Bestandsnachweise und der rechnungslegungsrelevanten Aussagen im Jahresabschluss berücksichtigt.

Des Weiteren sind unsere Feststellungen aus den vorangegangenen Jahresabschlussprüfungen mit in die Prüfungsstrategie eingeflossen.

Darauf aufbauend wurde ein Prüfungsprogramm entwickelt. In diesem Prüfungsprogramm werden Art und Umfang der Prüfungshandlungen sowie folgende Prüfungsschwerpunkte des Berichtsjahres festgelegt:

- Ansatz, Bewertung und Ausweis des Anlagevermögens
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen.

Da der Jahresabschluss des Vorjahres durch einen anderen Abschlussprüfer geprüft wurde, erfolgte zunächst die Durchsicht des Prüfungsberichtes für das Vorjahr. Soweit sich wesentliche Vorjahreszahlen auf den Jahresabschluss des Berichtsjahres auswirken, wurden sie in unsere Prüfung einbezogen.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten die Überprüfung rechnungslegungsrelevanter interner Kontrollen, analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen. Art und Umfang sowie die Ergebnisse der Prüfungshandlungen wurden in unseren Arbeitspapieren dokumentiert.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir des Weiteren die rechnungslegungsrelevanten internen Kontrollen untersucht. Die Untersuchung bezog sich insbesondere auf die Abläufe und Kontrollmechanismen in den Bereichen Anlagevermögen und Veranlagung.

Dabei konnten wir uns von der grundsätzlichen Wirksamkeit und Anwendung der rechnungslegungsrelevanten internen Kontrollen überzeugen.

Aufgrund der Feststellung der grundsätzlichen Wirksamkeit der rechnungslegungsrelevanten internen Kontrollen konnte der Umfang der aussagebezogenen Prüfungshandlungen in diesen Bereichen reduziert werden.

Hinsichtlich der Einzelfallprüfungen haben wir Stichproben in bewusster Auswahl gezogen.

Im Rahmen der Prüfung der Guthaben und Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten haben wir uns zum 31. Dezember 2025 in von allen uns benannten Kreditinstituten der Stadt Bestätigungen über Guthaben, Ansprüche und Verpflichtungen der Stadt eingeholt.

Rechtsanwaltsbestätigungen wurden nicht eingeholt. Wir haben uns durch alternative Prüfungshandlungen mit hinreichender Sicherheit davon überzeugt, dass bedeutsame Rechtsstreitigkeiten nicht bestehen.

Wir haben uns zusätzlich auf ein Gutachten von Versicherungsmathematikern, der Kommunalen Versorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw), Münster, gestützt.

Zu weiteren Ausführungen bezüglich Art und Umfang der Prüfung verweisen wir auf die Abschnitte "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" und "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks.

Wir haben die Prüfung in den Monaten Juni und Juli 2026 von unserem Büro aus durchgeführt.

Alle erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind uns vom gesetzlichen Vertreter der Stadt und den uns benannten Mitarbeitern bereitwillig erteilt worden.

Der gesetzliche Vertreter hat uns die berufsübliche schriftliche Vollständigkeitserklärung zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erteilt.

E. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Ordnungsmäßigkeit der Buchführung
Die Organisation der Buchführung, die rechnungslegungsrelevanten interne Kontrollen und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Die Organisation des Rechnungswesens ist den Verhältnissen der Stadt angemessen.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen einschließlich des Belegwesens entsprechen nach unseren Feststellungen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung. Die Prüfung ergab keine Einwendungen.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir festgestellt, dass die von der Stadt getroffenen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten zu gewährleisten.

Die aus den Unterlagen zu entnehmenden Informationen sind in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

2. Jahresabschluss

Die Prüfungspflicht des Jahresabschlusses ergibt sich für die Stadt Beckum aus § 102 GO NRW.

Im Jahresabschluss wurden in allen wesentlichen Belangen die für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften sowie die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und die sie ergänzenden ortsrechtlichen Bestimmungen und sonstigen Satzungen beachtet.

Der Jahresabschluss schließt an den von Dr. Heilmaier & Partner GmbH, Krefeld, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Vorjahresabschluss an. Er wurde in der Sitzung des Stadtrates vom 9. September 2025 festgestellt.

Die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung, die jeweiligen Teilrechnungen sowie die Bilanz sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Dabei wurden die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften der KomHVO NRW in allen wesentlichen Belangen beachtet.

Der Anhang enthält die gemäß den gesetzlichen Vorschriften erforderlichen Angaben.

3. Lagebericht

Der von den gesetzlichen Vertretern erstellte Lagebericht entspricht in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften des § 49 KomHVO NRW.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses
Nach unserer auftragsgemäßen Prüfung stellen wir fest, dass der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entspricht und insgesamt, d. h. im Zusammenwirken von Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, den jeweiligen Teilrechnungen sowie Bilanz und Anhang, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt vermittelt.

Bewertungsgrundlagen

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden der Stadt in dem vorliegenden Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 erfolgte gemäß den Vorschriften der GO NRW und der KomHVO NRW sowie den Vorschriften des HGB. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Anhang angegeben.

Änderungen der Bewertungsgrundlagen wurden nicht vorgenommen.

F. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Prüfungsbericht, einschließlich der Wiedergabe des Bestätigungsvermerks, erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und dem Prüfungsstandard zu den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n. F.). Auf § 328 HGB wird verwiesen.

Münster, am 5. August 2026

CURACON GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Werwein	Menken
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer
(digital signiert)	(digital signiert)

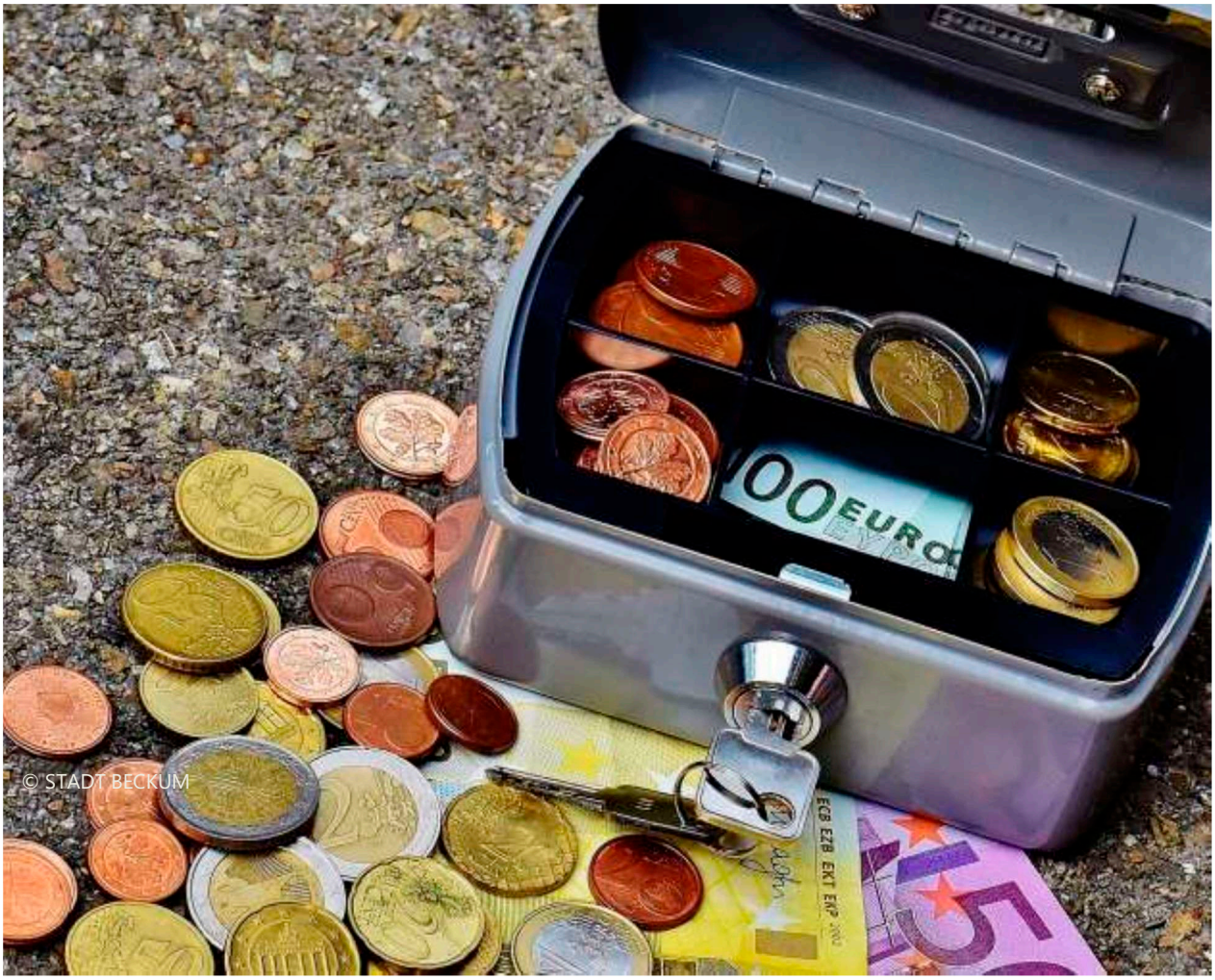
Anlagenverzeichnis

	Blatt
Jahresabschluss und Lagebericht	
Ergebnisrechnung	
Finanzrechnung	
Teilrechnungen Produktbereiche	
Bilanz zum 31. Dezember 2025	
Anhang	397–419
Lagebericht	451–464
NKF-Kennzahlenset NRW (Anlage zum Lagebericht)	
Analyse der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage	1
1. Ertragslage	1
1.1 Ergebnisanalyse auf Basis der Jahresergebnisse	1
1.2 Ergebnisanalyse auf Basis der Haushaltsplanungen	4
2. Vermögens-, Schulden- und Finanzlage	5
2.1 Vermögens- und Kapitalstruktur	5
2.2 Finanzlage	8
Verwendungsvorbehalt	
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024	

STADT BECKUM

DER BÜRGERMEISTER

Jahresabschluss 2025



Fachdienst
Finanzen und Controlling

Stand: August 2026

Herausgeber:

STADT BECKUM

DER BÜRGERMEISTER
www.beckum.de

Kontaktdaten:

Stadt Beckum
Weststraße 46
59269 Beckum

02521 29-0
02521 2955-199 (Fax)
stadt@beckum.de

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Diese Druckschrift wird von der Stadt Beckum herausgegeben.

Die Schrift darf weder von politischen Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments und für Bürgerentscheide.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der politischen Parteien und Wählergruppen sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien und Wählergruppen oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Stadt Beckum zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Inhaltsverzeichnis

Gesamtrechnung 3

Teilrechnungen 9

Schlussbilanz zum 31.12.2025 388

1 Schlussbilanz zum 31.12.2025 390

Anhang 397

2 Anhang zur Schlussbilanz 399

2.1 Erläuterung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 400

2.2 Angaben zu einzelnen Positionen der Schlussbilanz 401

2.3 Angaben zu außerplanmäßigen Abschreibungen 415

2.4 Noch nicht abgerechnete Erschließungsbeiträge für abgeschlossene Maßnahmen 415

2.5 Angaben zu den Positionen der Ergebnis- und Finanzrechnung 415

2.6 Erläuterungen zu Haftungsverhältnissen und Bestellungen von Sicherheiten, aus denen sich künftig erhebliche finanzielle Verpflichtungen ergeben können 417

2.7 Forderungsspiegel 418

2.8 Verbindlichkeitenspiegel 418

2.9 Anlagenspiegel 418

2.10 Rückstellungsspiegel 418

2.11 Eigenkapitalspiegel 418

2.12 Ermächtigungsübertragung 418

2.13 Angaben gemäß § 38 Absatz 2 Satz 2 KomHVO NRW 419

2.14 Angaben gemäß § 45 Absatz 2 Nummer 10 KomHVO NRW 419

2.15 Übersicht gemäß § 95 Absatz 3 GO NRW 419

2.16 Gleichstellungsplan 419

Anlagen zum Anhang 421

3 Forderungsspiegel – Anlage 1 – 423

4 Verbindlichkeitenspiegel – Anlage 2 – 424

5 Anlagenspiegel – Anlage 3 – 425

6 Rückstellungsspiegel – Anlage 5 – 427

7 Eigenkapitalspiegel – Anlage 6 – 428

8 Ermächtigungsübertragungen – Anlage 7 – 429
9 Angaben gemäß § 38 Absatz 2 Satz 2 KomHVO NRW – Anlage 8– 443
10 Angaben gemäß § 45 Absatz 2 Nummer 10 KomHVO NRW – Anlage 9– 447
11 Übersicht gemäß § 95 Absatz 3 GO NRW - Anlage 10 – 448
Lagebericht 451
12 Lagebericht zum Jahresabschluss 2025 453

Gesamtrechnung

Ergebnisrechnung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	57.440.531,33	58.016.750,00		69.747.140,35	11.730.390,35	
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	40.231.720,50	38.484.850,00		38.587.441,44	102.591,44	
3	+ Sonstige Transfererträge	3.186.167,93	2.537.000,00		3.234.641,53	697.641,53	
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	16.262.594,33	17.435.450,00		16.790.757,30	-644.692,70	
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.008.791,35	867.500,00		1.056.567,79	189.067,79	
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.766.376,69	2.359.200,00		2.764.829,96	405.629,96	
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	4.135.773,81	4.940.800,00		6.783.709,07	1.842.909,07	
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	595.888,58	291.850,00		391.963,41	100.113,41	
9	+/– Bestandsveränderungen						
10	= **Ordentliche Erträge**	**125.627.844,52**	**124.933.400,00**		**139.357.050,85**	**14.423.650,85**	
11	– Personalaufwendungen	28.860.124,35	31.656.250,00		30.947.799,24	-708.450,76	
12	– Versorgungsaufwendungen	4.017.709,57	4.046.800,00		4.749.449,25	702.649,25	
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	23.589.093,30	24.074.903,78	286.553,78	24.976.354,73	901.450,95	392.968,41
14	– Bilanzielle Abschreibungen	7.259.737,88	7.601.300,00		7.541.848,83	-59.451,17	
15	– Transferaufwendungen	59.020.988,59	61.525.137,07	48.337,07	64.829.407,33	3.304.270,26	60.000,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.333.586,19	7.068.803,10	482.803,10	7.177.942,78	109.139,68	128.887,27
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**130.081.239,88**	**135.973.193,95**	**817.693,95**	**140.222.802,16**	**4.249.608,21**	**581.855,68**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-4.453.395,36**	**-11.039.793,95**	**-817.693,95**	**-865.751,31**	**10.174.042,64**	**-581.855,68**
19	+ Finanzerträge	909.866,84	558.150,00		663.519,82	105.369,82	
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	275.008,51	911.550,00		438.085,10	-473.464,90	
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**634.858,33**	**-353.400,00**		**225.434,72**	**578.834,72**	
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-3.818.537,03**	**-11.393.193,95**	**-817.693,95**	**-640.316,59**	**10.752.877,36**	**-581.855,68**
23	+ Außerordentliche Erträge						
24	– Außerordentliche Aufwendungen						
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**						
26	= **Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)**	**-3.818.537,03**	**-11.393.193,95**	**-817.693,95**	**-640.316,59**	**10.752.877,36**	**-581.855,68**
27	– globaler Minderaufwand		500.000,00			-500.000,00	
28	= **Jahresergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 26 und 27)**	**-3.818.537,03**	**-10.893.193,95**	**-817.693,95**	**-640.316,59**	**10.252.877,36**	**-581.855,68**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage						
29	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	75.744,24			134.338,03	134.338,03	
30	Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen						
31	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	238,00			562,00	562,00	
32	Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen						
33	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 29 bis 32)**	**75.506,24**			**133.776,03**	**133.776,03**	
	Nachrichtlich: Interne Leistungsverrechnung						
	Ertrag aus internen Leistungsverrechnungen	3.462.265,79	5.210.500,00		3.650.299,53	-1.560.200,47	
	Aufwand aus internen Leistungsverrechnungen	3.462.265,79	5.210.500,00		3.650.299,53	-1.560.200,47	

Finanzrechnung

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	56.739.152,02	58.016.750,00		69.068.918,50	11.052.168,50	
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	36.357.388,34	34.057.150,00		34.337.164,72	280.014,72	
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	1.608.672,86	2.437.000,00		3.749.247,77	1.312.247,77	
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.986.765,58	16.139.700,00		14.917.444,59	-1.222.255,41	
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	911.371,27	867.550,00		921.267,88	53.717,88	
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.449.206,88	2.349.750,00		2.705.639,71	355.889,71	
7	+ Sonstige Einzahlungen	2.032.573,09	2.394.200,00		212.396.620,82	210.002.420,82	
8	+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	955.660,32	558.150,00		663.520,55	105.370,55	
9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**117.040.790,36**	**116.820.250,00**		**338.759.824,54**	**221.939.574,54**	
10	– Personalauszahlungen	26.186.567,34	28.687.933,47	79.783,47	27.785.801,36	-902.132,11	80.325,25
11	– Versorgungsauszahlungen	3.492.293,67	3.564.313,29	110.213,29	3.716.386,76	152.073,47	
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	24.959.200,97	29.130.138,07	5.379.138,07	24.521.542,67	-4.608.595,40	5.282.091,38
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	248.288,66	956.278,61	44.728,61	444.377,25	-511.901,36	46.647,70
14	– Transferauszahlungen	59.061.715,37	68.986.693,18	8.617.543,18	64.254.634,74	-4.732.058,44	9.141.024,12
15	– Sonstige Auszahlungen	6.929.078,30	7.221.488,76	1.128.438,76	216.389.369,65	209.167.880,89	840.722,07
16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**120.877.144,31**	**138.546.845,38**	**15.359.845,38**	**337.112.112,43**	**198.565.267,05**	**15.390.810,52**
17	**= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-3.836.353,95**	**-21.726.595,38**	**-15.359.845,38**	**1.647.712,11**	**23.374.307,49**	**-15.390.810,52**
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	7.686.179,59	9.969.800,00		6.992.733,92	-2.977.066,08	
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	298.567,43	2.123.200,00		2.460.277,42	337.077,42	
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen		600.000,00		82.999,86	-517.000,14	
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	188.278,82	1.012.700,00		440.856,52	-571.843,48	
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	38.206,97			37.109,87	37.109,87	
23	**= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**8.211.232,81**	**13.705.700,00**		**10.013.977,59**	**-3.691.722,41**	
24	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.565.145,58	3.838.993,45	1.172.993,45	2.117.685,37	-1.721.308,08	974.188,59
25	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	10.415.279,31	29.937.785,91	6.314.285,91	9.409.112,92	-20.528.672,99	3.758.894,49
26	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.625.103,90	6.290.215,73	1.845.615,73	2.527.133,15	-3.763.082,58	1.176.616,19
27	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	68.827,44	2.491.230,21	1.241.230,21	2.455.619,58	-35.610,63	
28	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	2.119.014,13	2.325.798,35	258.648,35	1.238.905,10	-1.086.893,25	584.965,11
29	– Sonstige Investitionsauszahlungen						
30	**= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**16.793.370,36**	**44.884.023,65**	**10.832.773,65**	**17.748.456,12**	**-27.135.567,53**	**6.494.664,38**
31	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 23 und 30)**	**-8.582.137,55**	**-31.178.323,65**	**-10.832.773,65**	**-7.734.478,53**	**23.443.845,12**	**-6.494.664,38**
32	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Zeilen 17 und 31)**	**-12.418.491,50**	**-52.904.919,03**	**-26.192.619,03**	**-6.086.766,42**	**46.818.152,61**	**-21.885.474,90**
33	+ Einzahlungen aus der Aufnahme und durch Rückflüsse von Krediten für Investitionen und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsverhältnissen	7.030.695,14	20.345.550,00		4.002.009,48	-16.343.540,52	1.322.800,00
34	+ Einzahlungen aus der Aufnahme und durch Rückflüsse aus Krediten zur Liquiditätssicherung	21.964.389,68	6.905.100,00		196.767.304,39	189.862.204,39	
35	– Auszahlungen für die Tilgung und Gewährung von Krediten für Investitionen und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsverhältnissen	193.028,59	538.350,00		325.682,68	-212.667,32	

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
36	– Auszahlungen für die Tilgung und Gewährung von Krediten zur Liquiditätssicherung	17.760.294,46			196.658.652,51	196.658.652,51	
37	= **Saldo aus Finanzierungstätigkeit**	**11.041.761,77**	**26.712.300,00**		**3.784.978,68**	**-22.927.321,32**	**1.322.800,00**
38	= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 37)	-1.376.729,73	-26.192.619,03	-26.192.619,03	-2.301.787,74	23.890.831,29	-20.562.674,90
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	6.577.430,29			5.210.297,36	2.908.509,62	
40	+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	9.596,80			-159.616,37	-159.616,37	
41	= **Liquide Mittel (= Zeilen 38, 39, 40)**	**5.210.297,36**			**2.748.893,25**	**2.748.893,25**	

Zu Zeile 34:

*) Aufgrund des im Jahr 2024 eingerichteten Cash-Pools verbleibt die Liquidität der Eigenbetriebe beim Cash-Pool-Führer Stadt Beckum und wird als Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen in der Finanzrechnung ausgewiesen. Der Betrag wird als Verbindlichkeit in der Bilanz des Kernhaushaltes ausgewiesen. Von den insgesamt in den Cash-Pool eingezahlten Beträgen entfallen zum Stichtag 31.12.2025 1.323.969,31 Euro auf eine Liquiditätskreditaufnahme der Stadt Beckum. Diese ist bilanziell in den Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung enthalten. Im Übrigen sind sonstige Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Von dem Betrag in Zeile 34 entfallen 4.517.810,04 Euro auf die Liquiditätsbestände der Eigenbetriebe.

Teilrechnungen

01 Innere Verwaltung

010101	Politische und strategische Steuerung	010201	Verwaltung der Ratsangelegenheiten
010203	Angelegenheiten der Gleichstellung von Mann und Frau	010205	Datenschutz
010401	Angelegenheiten der Personalvertretung, Betriebssport	010402	Angelegenheiten der Schwerbehindertenvertretung
010501	Prüfungen, Beratungen und Stellungnahmen	010601	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
010605	Zentraler Bürgerservice, Bürgerbüro	010701	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
010801	Personalwirtschaft, Arbeitssicherheit	010901	Haushaltswirtschaft
010903	Zahlungsabwicklung und Vollstreckung	010905	Erhebung von Steuern und Abgaben
011001	Service f. Informationstechnik u. Telekommunikation	011002	Datenverarbeitung und Informationstechnik (Schulen)
011101	Rechtsberatung Innere Verwaltung	011301	Grundstücksmanagement
011305	Zentrale Gebäudewirtschaft		

Teilergebnisrechnung Produkt 01 Innere Verwaltung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	537.528,35	1.078.200,00	0,00	1.022.570,56	-55.629,44	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	584.058,52	342.200,00	0,00	585.869,81	243.669,81	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	556.612,12	432.600,00	0,00	610.758,88	178.158,88	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	290.039,89	393.800,00	0,00	330.556,33	-63.243,67	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.308.007,94	2.091.350,00	0,00	3.889.912,60	1.798.562,60	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	404.493,81	164.750,00	0,00	288.729,99	123.979,99	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**3.680.740,63**	**4.502.900,00**	**0,00**	**6.728.398,17**	**2.225.498,17**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	9.719.421,47	10.852.000,00	0,00	10.561.023,38	-290.976,62	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	4.017.709,57	4.046.800,00	0,00	4.749.449,25	702.649,25	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.509.234,18	6.666.250,00	99.000,00	6.696.241,92	29.991,92	160.681,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	1.247.030,48	1.290.800,00	0,00	1.296.984,21	6.184,21	0,00
15	– Transferaufwendungen	4.611,52	6.400,00	0,00	673,97	-5.726,03	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.943.816,52	2.728.413,97	11.763,97	3.270.868,71	542.454,74	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**24.441.823,74**	**25.590.663,97**	**110.763,97**	**26.575.241,44**	**984.577,47**	**160.681,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-20.761.083,11**	**-21.087.763,97**	**-110.763,97**	**-19.846.843,27**	**1.240.920,70**	**-160.681,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	5.000,00	0,00	0,00	-5.000,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**5.000,00**	**0,00**	**0,00**	**-5.000,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-20.761.083,11**	**-21.082.763,97**	**-110.763,97**	**-19.846.843,27**	**1.235.920,70**	**-160.681,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-20.761.083,11**	**-21.082.763,97**	**-110.763,97**	**-19.846.843,27**	**1.235.920,70**	**-160.681,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	2.221.957,01	4.008.250,00	0,00	2.506.442,03	-1.501.807,97	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	119.765,67	362.450,00	0,00	187.750,50	-174.699,50	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-18.658.891,77**	**-17.436.963,97**	**-110.763,97**	**-17.528.151,74**	**-91.187,77**	**-160.681,00**

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-18.658.891,77**	**-17.436.963,97**	**-110.763,97**	**-17.528.151,74**	**-91.187,77**	**-160.681,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	554,05	0,00	0,00	125.228,57	125.228,57	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	37,00	0,00	0,00	135,00	135,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**517,05**	**0,00**	**0,00**	**125.093,57**	**125.093,57**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 01 Innere Verwaltung

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	81.866,84	47.500,00	0,00	113.080,38	65.580,38	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	574.226,84	342.200,00	0,00	582.475,73	240.275,73	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	469.731,96	432.600,00	0,00	477.058,58	44.458,58	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	199.522,63	393.800,00	0,00	340.016,28	-53.783,72	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	203.438,85	220.250,00	0,00	169.532,26	-50.717,74	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	5.000,00	0,00	0,00	-5.000,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.528.787,12**	**1.441.350,00**	**0,00**	**1.682.163,23**	**240.813,23**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	6.853.212,98	7.872.247,39	68.347,39	7.335.249,98	-536.997,41	50.291,66
11	– Versorgungsauszahlungen	3.492.293,67	3.564.313,29	110.213,29	3.716.386,76	152.073,47	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.458.770,54	7.970.724,72	1.393.474,72	6.172.299,24	-1.798.425,48	1.509.535,21
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	113,18	1.650,00	0,00	132,45	-1.517,55	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	2.977.969,54	3.170.217,86	503.467,86	2.961.827,23	-208.390,63	564.989,72
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**19.782.359,91**	**22.579.153,26**	**2.075.503,26**	**20.185.895,66**	**-2.393.257,60**	**2.124.816,59**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-18.253.572,79**	**-21.137.803,26**	**-2.075.503,26**	**-18.503.732,43**	**2.634.070,83**	**-2.124.816,59**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	322.594,82	180.350,00	0,00	68.363,16	-111.986,84	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	224.015,43	2.123.200,00	0,00	2.451.415,64	328.215,64	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	529,72	0,00	0,00	84,15	84,15	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**547.139,97**	**2.303.550,00**	**0,00**	**2.519.862,95**	**216.312,95**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.506.154,45	3.821.993,45	1.167.993,45	2.105.485,41	-1.716.508,04	974.188,59
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	65.004,85	631.800,00	0,00	7.358,10	-624.441,90	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	866.572,07	1.055.482,38	302.382,38	734.447,42	-321.034,96	233.445,24
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	1.000,00	1.000,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	20.000,00	0,00	42.075,00	22.075,00	425,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.437.731,37**	**5.529.275,83**	**1.470.375,83**	**2.890.365,93**	**-2.638.909,90**	**1.208.058,83**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-1.890.591,40**	**-3.225.725,83**	**-1.470.375,83**	**-370.502,98**	**2.855.222,85**	**-1.208.058,83**

1 Produkt 010101 Politische und strategische Steuerung

Produktinformationen

Verantwortlich Bürgermeister, Herr Gerdhenrich

Produktbeschreibung

Leitung und Beaufsichtigung des Geschäftsgangs der gesamten Verwaltung

Strategische und operative Steuerung der Verwaltung

Vertretung der Stadt in Rechts- und Verwaltungsgeschäften

Vorbereitung und Umsetzung der Beschlüsse des Rates und der Ausschüsse

Wahrnehmung städtischer Interessen in Gremien von Gesellschaften, Organisationen, Vereinen und Verbänden

Wahrnehmung repräsentativer Aufgaben

Ziele

Weiterentwicklung der Stadt

Erhaltung und Verbesserung der finanziellen Handlungsfähigkeit

Maßnahmen

Entwicklung und Koordination der städtischen Aktivitäten

Teilergebnisrechnung Produkt 010101 Politische und strategische Steuerung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.983,35	5.500,00	0,00	2.283,23	-3.216,77	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.792,50	2.000,00	0,00	2.160,00	160,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**5.775,85**	**7.500,00**	**0,00**	**4.443,23**	**-3.056,77**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	254.917,45	255.900,00	0,00	266.082,24	10.182,24	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.226,64	3.300,00	0,00	5.812,20	2.512,20	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	5.025,08	5.100,00	0,00	5.025,09	-74,91	0,00
15	– Transferaufwendungen	4.498,34	4.750,00	0,00	541,52	-4.208,48	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	402.366,90	404.750,00	0,00	396.892,86	-7.857,14	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**671.034,41**	**673.800,00**	**0,00**	**674.353,91**	**553,91**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-665.258,56**	**-666.300,00**	**0,00**	**-669.910,68**	**-3.610,68**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-665.258,56**	**-666.300,00**	**0,00**	**-669.910,68**	**-3.610,68**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-665.258,56**	**-666.300,00**	**0,00**	**-669.910,68**	**-3.610,68**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	15.218,22	18.450,00	0,00	7.763,44	-10.686,56	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-680.476,78**	**-684.750,00**	**0,00**	**-677.674,12**	**7.075,88**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-680.476,78**	**-684.750,00**	**0,00**	**-677.674,12**	**7.075,88**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010101 Politische und strategische Steuerung

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.795,85	5.500,00	0,00	2.470,73	-3.029,27	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	3.188,50	2.000,00	0,00	2.160,00	160,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**5.984,35**	**7.500,00**	**0,00**	**4.630,73**	**-2.869,27**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	258.196,73	255.900,00	0,00	267.317,40	11.417,40	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.221,24	3.312,90	12,90	4.984,23	1.671,33	54,64
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	395.610,81	405.775,37	1.025,37	402.409,82	-3.365,55	12.164,62
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**658.028,78**	**664.988,27**	**1.038,27**	**674.711,45**	**9.723,18**	**12.219,26**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-652.044,43**	**-657.488,27**	**-1.038,27**	**-670.080,72**	**-12.592,45**	**-12.219,26**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	400,00	0,00	0,00	-400,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	20.000,00	0,00	42.075,00	22.075,00	425,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**20.400,00**	**0,00**	**42.075,00**	**21.675,00**	**425,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**-20.400,00**	**0,00**	**-42.075,00**	**-21.675,00**	**-425,00**

2 Produkt 010201 Verwaltung der Ratsangelegenheiten

Produktinformationen

Verantwortlich Büro des Bürgermeisters, Herr Wilmes

Produktbeschreibung

Die in der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen verankerte kommunale Selbstverwaltung ist die Grundlage des demokratischen Staatsaufbaus. Die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger sowie der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Beckum werden durch gewählte Vertreterinnen und Vertreter in den nach der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gebildeten politischen Gremien vertreten. Das Ratsbüro unterstützt die Arbeit der politischen Gremien. Dies umfasst beispielhaft die Vorbereitung von Rats- und Ausschusssitzungen, die Schriftführung in den Sitzungen des Rates und des Haupt- und Finanzausschusses, die Prüfung und Auszahlung von Entschädigungsleistungen sowie die Betreuung des Ratsinformationssystems.

Ziele

Sicherstellung der Arbeits- und Entscheidungsfähigkeit der politischen Gremien insbesondere durch

- Erstellung der Einladungen für Rats- und Ausschusssitzungen zu den vorgegebenen Einladungsterminen,
- Gewährung von Entschädigungsleistungen und Zuwendungen an die Fraktionen zu den jeweiligen Zahlungsterminen und
- Gewährleistung eines reibungslosen Ablaufs des Ratsinformationssystems.

Maßnahmen

Im Planjahr sind keine besonderen Maßnahmen vorgesehen.

Teilergebnisrechnung Produkt 010201 Verwaltung der Ratsangelegenheiten

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	73.327,80	74.800,00	0,00	76.109,89	1.309,89	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.267,33	2.900,00	0,00	2.286,45	-613,55	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	582,25	650,00	0,00	592,54	-57,46	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.566,63	6.900,00	0,00	15.418,11	8.518,11	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**81.744,01**	**85.250,00**	**0,00**	**94.406,99**	**9.156,99**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-81.744,01**	**-85.250,00**	**0,00**	**-94.406,99**	**-9.156,99**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-81.744,01**	**-85.250,00**	**0,00**	**-94.406,99**	**-9.156,99**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-81.744,01**	**-85.250,00**	**0,00**	**-94.406,99**	**-9.156,99**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	808,34	3.350,00	0,00	1.497,07	-1.852,93	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-82.552,35**	**-88.600,00**	**0,00**	**-95.904,06**	**-7.304,06**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-82.552,35**	**-88.600,00**	**0,00**	**-95.904,06**	**-7.304,06**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010201 Verwaltung der Ratsangelegenheiten

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	73.327,80	74.800,00	0,00	76.109,89	1.309,89	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.838,33	3.329,00	429,00	2.477,45	-851,55	238,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	5.480,76	6.900,00	0,00	15.264,14	8.364,14	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**80.646,89**	**85.029,00**	**429,00**	**93.851,48**	**8.822,48**	**238,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-80.646,89**	**-85.029,00**	**-429,00**	**-93.851,48**	**-8.822,48**	**-238,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	617,41	100,00	0,00	0,00	-100,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**617,41**	**100,00**	**0,00**	**0,00**	**-100,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-617,41**	**-100,00**	**0,00**	**0,00**	**100,00**	**0,00**

3 Produkt 010203 Angelegenheiten der Gleichstellung von Mann und Frau

Produktinformationen

Verantwortlich Gleichstellungsbeauftragte, Frau Björklund

Produktbeschreibung

• Beratung der Dienststellenleitung und aller Fachbereiche bei der allgemeinen Aufgabenwahrnehmung zur Verwirklichung des Verfassungsgebotes und aller daraus resultierenden Vorschriften

• Beteiligung bei allen personellen, organisatorischen und sozialen Maßnahmen

• Beteiligung bei der Aufstellung des Gleichstellungplanes

• Gleichberechtigtes Mitglied von Beurteilungsbesprechungen und in der Stellenbewertungskommission

• Interne und externe Beratung und Hilfestellung für Frauen

• Öffentlichkeitsarbeit durch Veranstaltungen, Printmedien, Pflege der Homepage und Weitergabe von Informationen

• Mitglied in kommunalen, kreisweiten, landes- und bundesweiten Arbeitsgemeinschaften

• Kooperationen mit Schulen, Institutionen, Organisationen und Vereinen

• Geschäftsstelle „Runder Tisch gegen Gewalt an Frauen und Kinder im Kreis Warendorf" und Stadtfrauenforum

Ziele

• Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und Abbau von Benachteiligungen

Maßnahmen

• Eigene Weiterbildung zu gleichstellungsrelevanten Themen
• Internes und externes Beratungsangebot
• Öffentlichkeitsarbeit zu bedeutenden „Internationalen Tagen"
• Vernetzungsarbeit mit externen Organisationen, Vereinen und Verbänden
• Teilnahme an internen und externen Arbeitskreisen
• Kollegiale Beratung
• Teilnahme an Mitgliederversammlungen, Fortbildungen und Aktionen der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsbeauftragte NRW und der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsbeauftragte
• Durchführung von Veranstaltungen oder Öffentlichkeitsarbeit zu gleichstellungsrelevanten Themen
• Fortbildungsangebote
• Organisation der Treffen des „Runden Tisch gegen Gewalt an Frauen und Kindern im Kreis Warendorf", Stellen und Bearbeitung von Förderanträgen, Mitarbeit bei Fortbildungen für und durch den Runden Tisch
• Organisation der Treffen des Stadtfrauenforum und Mitarbeit in gemeinsamen Projekten
• Organisation der Angebote für den GirlsŽDay
• Erstellung von Informationsmaterial zu gleichstellungsrelevanten Themen
• Kooperation beim Mädchenmittmachtag

Produktinformationen

- Unterstützung von Frauen mit Einschränkungen

Teilergebnisrechnung Produkt 010203 Angelegenheiten der Gleichstellung von Mann und Frau

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	10.705,01	5.000,00	0,00	10.870,48	5.870,48	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	4.000,00	0,00	0,00	-4.000,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**10.705,01**	**9.000,00**	**0,00**	**10.870,48**	**1.870,48**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	64.901,21	77.350,00	0,00	72.707,13	-4.642,87	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	21.170,46	14.100,00	0,00	20.697,97	6.597,97	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	128,97	150,00	0,00	128,96	-21,04	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	450,00	0,00	100,00	-350,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.954,61	6.250,00	0,00	5.263,93	-986,07	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**91.155,25**	**98.300,00**	**0,00**	**98.897,99**	**597,99**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-80.450,24**	**-89.300,00**	**0,00**	**-88.027,51**	**1.272,49**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-80.450,24**	**-89.300,00**	**0,00**	**-88.027,51**	**1.272,49**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-80.450,24**	**-89.300,00**	**0,00**	**-88.027,51**	**1.272,49**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	626,09	3.050,00	0,00	1.140,65	-1.909,35	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-81.076,33**	**-92.350,00**	**0,00**	**-89.168,16**	**3.181,84**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-81.076,33**	**-92.350,00**	**0,00**	**-89.168,16**	**3.181,84**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010203 Angelegenheiten der Gleichstellung von Mann und Frau

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	15.000,00	5.000,00	0,00	8.132,17	3.132,17	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	4.000,00	0,00	0,00	-4.000,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**15.000,00**	**9.000,00**	**0,00**	**8.132,17**	**-867,83**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	65.101,21	77.350,00	0,00	72.707,13	-4.642,87	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	18.478,88	17.138,48	3.038,48	24.177,59	7.039,11	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	450,00	0,00	100,00	-350,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	4.841,16	6.324,90	74,90	5.345,64	-979,26	32,90
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**88.421,25**	**101.263,38**	**3.113,38**	**102.330,36**	**1.066,98**	**32,90**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-73.421,25**	**-92.263,38**	**-3.113,38**	**-94.198,19**	**-1.934,81**	**-32,90**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	65,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**65,25**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-65,25**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

4 Produkt 010205 Datenschutz

Produktinformationen

Verantwortlich Datenschutzbeauftragter, Herr Cappel

Produktbeschreibung

Beratung und Überwachung der verantwortlichen Stellen zur Beachtung und Einhaltung des "informationellen Selbstbestimmungsrechts" bei der Verarbeitung personenbezogener Daten.

Ziele

Sicherstellung des Datenschutzes in der Verwaltung der Stadt Beckum.

Maßnahmen

Durchführung der Vorabkontrolle und Datenschutzschulungen, Unterstützung bei der Aufstellung des Verfahrensverzeichnisses. Beratung und Unterstützung zur Erstellung des zu dokumentierenden Sicherheitskonzeptes und der daraus abzuleitenden organisatorischen und technischen Maßnahmen.

Teilergebnisrechnung Produkt 010205 Datenschutz

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	125.118,67	103.150,00	0,00	129.420,11	26.270,11	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	250,00	0,00	0,00	-250,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	16,21	50,00	0,00	16,21	-33,79	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	19.332,10	16.900,00	0,00	17.478,03	578,03	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**144.466,98**	**120.350,00**	**0,00**	**146.914,35**	**26.564,35**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-144.466,98**	**-120.350,00**	**0,00**	**-146.914,35**	**-26.564,35**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-144.466,98**	**-120.350,00**	**0,00**	**-146.914,35**	**-26.564,35**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-144.466,98**	**-120.350,00**	**0,00**	**-146.914,35**	**-26.564,35**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	727,70	3.150,00	0,00	1.283,20	-1.866,80	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-145.194,68**	**-123.500,00**	**0,00**	**-148.197,55**	**-24.697,55**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-145.194,68**	**-123.500,00**	**0,00**	**-148.197,55**	**-24.697,55**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010205 Datenschutz

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	101.857,38	103.150,00	0,00	106.624,36	3.474,36	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	250,00	0,00	0,00	-250,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	19.590,76	16.900,00	0,00	17.460,86	560,86	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**121.448,14**	**120.300,00**	**0,00**	**124.085,22**	**3.785,22**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-121.448,14**	**-120.300,00**	**0,00**	**-124.085,22**	**-3.785,22**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	400,00	0,00	0,00	-400,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**400,00**	**0,00**	**0,00**	**-400,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**-400,00**	**0,00**	**0,00**	**400,00**	**0,00**

5 Produkt 010401 Angelegenheiten der Personalvertretung, Betriebssport

Produktinformationen

Verantwortlich Personalrat, Herr Siegesmund

Produktbeschreibung

Interessenvertretung nach dem Personalvertretungsrecht für die Gesamtverwaltung

Mitwirkung und Beteiligung bei Personalmaßnahmen im Haus

Organisation der betrieblichen Veranstaltungen

Ziele

Vertretung der Interessen der Beschäftigten

Bereitstellung von Betriebssportangeboten

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 010401 Angelegenheiten der Personalvertretung, Betriebssport

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.806,16	0,00	0,00	444,85	444,85	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**1.806,16**	**0,00**	**0,00**	**444,85**	**444,85**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	125.213,35	103.750,00	0,00	94.554,68	-9.195,32	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	87,47	1.000,00	0,00	69,32	-930,68	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	320,79	350,00	0,00	282,42	-67,58	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	17.641,48	12.350,00	0,00	12.015,03	-334,97	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**143.263,09**	**117.450,00**	**0,00**	**106.921,45**	**-10.528,55**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-141.456,93**	**-117.450,00**	**0,00**	**-106.476,60**	**10.973,40**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-141.456,93**	**-117.450,00**	**0,00**	**-106.476,60**	**10.973,40**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-141.456,93**	**-117.450,00**	**0,00**	**-106.476,60**	**10.973,40**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.564,98	6.450,00	0,00	2.780,09	-3.669,91	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-143.021,91**	**-123.900,00**	**0,00**	**-109.256,69**	**14.643,31**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-143.021,91**	**-123.900,00**	**0,00**	**-109.256,69**	**14.643,31**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010401 Angelegenheiten der Personalvertretung, Betriebssport

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.806,16	0,00	0,00	444,85	444,85	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	257,20	257,20	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.806,16**	**0,00**	**0,00**	**702,05**	**702,05**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	125.213,35	103.750,00	0,00	95.187,61	-8.562,39	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	87,47	1.000,00	0,00	69,32	-930,68	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	17.940,42	12.757,99	407,99	11.688,14	-1.069,85	1.229,72
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**143.241,24**	**117.507,99**	**407,99**	**106.945,07**	**-10.562,92**	**1.229,72**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-141.435,08**	**-117.507,99**	**-407,99**	**-106.243,02**	**11.264,97**	**-1.229,72**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	100,00	0,00	0,00	-100,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**100,00**	**0,00**	**0,00**	**-100,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**-100,00**	**0,00**	**0,00**	**100,00**	**0,00**

6 Produkt 010402 Angelegenheiten der Schwerbehindertenvertretung

Produktinformationen

Verantwortlich Schwerbehindertenvertretung, Herr Cappel

Produktbeschreibung

Beratung, Überwachung und Einhaltung des SGB IX. Mitarbeitervertretung für schwerbehinderte Menschen.

Ziele

Unterstützung, Integration, Hilfestellung schwerbehinderter oder gleichgestellter Menschen.

Maßnahmen

§95 SGB IX Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung
(1) Die Schwerbehindertenvertretung fördert die Eingliederung schwerbehinderter Menschen in den Betrieb oder die Dienststelle, vertritt ihre Interessen in dem Betrieb oder der Dienststelle und steht ihnen beratend und helfend zur Seite. Sie erfüllt ihre Aufgaben insbesondere dadurch, dass sie
1. darüber wacht, dass die zugunsten schwerbehinderter Menschen geltenden Gesetze, Verordnungen, Tarifverträge, Betriebs- oder Dienstvereinbarungen und Verwaltungsanordnungen durchgeführt, insbesondere auch die dem Arbeitgeber nach den §§ 71, 72 und 81 bis 84 obliegenden Verpflichtungen erfüllt werden,
2. Maßnahmen, die den schwerbehinderten Menschen dienen, insbesondere auch präventive Maßnahmen, bei den zuständigen Stellen beantragt,
3. Anregungen und Beschwerden von schwerbehinderten Menschen entgegennimmt und, falls sie berechtigt erscheinen, durch Verhandlung mit dem Arbeitgeber auf eine Erledigung hinwirkt; sie unterrichtet die schwerbehinderten Menschen über den Stand und das Ergebnis der Verhandlungen.
Die Schwerbehindertenvertretung unterstützt Beschäftigte auch bei Anträgen an die nach § 69 Abs. 1 zuständigen Behörden auf Feststellung einer Behinderung, ihres Grades und einer Schwerbehinderung sowie bei Anträgen auf Gleichstellung an die Agentur für Arbeit.

Teilergebnisrechnung Produkt 010402 Angelegenheiten der Schwerbehindertenvertretung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	6.884,30	1.800,00	0,00	2.261,83	461,83	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**6.884,30**	**1.800,00**	**0,00**	**2.261,83**	**461,83**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	53.918,41	55.800,00	0,00	56.618,87	818,87	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.550,46	2.000,00	0,00	746,80	-1.253,20	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	1.970,10	2.150,00	0,00	3.104,47	954,47	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.893,61	2.400,00	0,00	285,17	-2.114,83	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**64.332,58**	**62.350,00**	**0,00**	**60.755,31**	**-1.594,69**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-57.448,28**	**-60.550,00**	**0,00**	**-58.493,48**	**2.056,52**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-57.448,28**	**-60.550,00**	**0,00**	**-58.493,48**	**2.056,52**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-57.448,28**	**-60.550,00**	**0,00**	**-58.493,48**	**2.056,52**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-57.448,28**	**-60.550,00**	**0,00**	**-58.493,48**	**2.056,52**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-57.448,28**	**-60.550,00**	**0,00**	**-58.493,48**	**2.056,52**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010402 Angelegenheiten der Schwerbehindertenvertretung

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.094,88	1.000,00	0,00	746,80	-253,20	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	3,31	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**18.098,19**	**1.000,00**	**0,00**	**746,80**	**-253,20**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	53.918,41	55.800,00	0,00	56.618,87	818,87	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.860,31	2.000,00	0,00	746,80	-1.253,20	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	1.894,42	2.400,00	0,00	280,22	-2.119,78	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**62.673,14**	**60.200,00**	**0,00**	**57.645,89**	**-2.554,11**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-44.574,95**	**-59.200,00**	**0,00**	**-56.899,09**	**2.300,91**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	12.869,47	12.869,47	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**12.869,47**	**12.869,47**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	20.897,65	5.000,00	0,00	1.015,52	-3.984,48	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**20.897,65**	**5.000,00**	**0,00**	**1.015,52**	**-3.984,48**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-20.897,65**	**-5.000,00**	**0,00**	**11.853,95**	**16.853,95**	**0,00**

7 Produkt 010501 Prüfungen, Beratungen und Stellungnahmen

Produktinformationen

Verantwortlich Örtliche Rechnungsprüfung, Frau Dahl

Produktbeschreibung

Berichterstattung an Rat und/oder die Verwaltungsführung mit Aussagen aus Feststellungen und Anregungen, die steuerungsunterstützenden oder bestätigenden Charakter haben.

Die Prüfungen (laufend, in Einzelfällen bzw. unregelmäßig) beziehen sich auf den Verwaltungsablauf sowie die Haushalts- und Wirtschaftsführung bei der Aufgabenerledigung durch die Verwaltung. Prüfungskriterien sind insbesondere Zweckmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns.

Ziele

Aus den Aussagen der Prüfungsberichte sollen Rat und/oder Verwaltungsführung Erkenntnisse über Qualität der Umsetzung rechtlicher Vorgaben und eigener Entscheidungen sowohl im Verwaltungshandeln als auch bei städt. Dienstleistungen gewinnen und Folgerungen (steuernd eingreifen, gefundenen Weg bestätigen) für zukünftiges Handeln ziehen können.

Fehlverhalten, Manipulation und Korruption im Bereich der Stadtverwaltung sollen durch die Aussagen der Rechnungsprüfung aus ihren Prüfungsaktivitäten verhindert, ggf. aufgespürt und aufgedeckt, daraus entstandene Schäden beseitigt bzw. verringert werden.

Förderung eines ordnungsgemäßen, sparsamen und wirtschaftlichen Verwaltungshandelns durch die Stadtverwaltung ohne Entscheidungsspielräume einzuengen.

Beratung: Durch vorhergehende beratende/gutachterliche Tätigkeit wird die Übereinstimmung des entstehenden Arbeitsergebnisses mit den Erfordernissen (Rechtmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit) sichergestellt und das spätere Prüfungsverfahren faktisch verkürzt bzw. abgeschlossen.

Maßnahmen

Beratungsgespräche, Abschlussgespräche, schriftliche Empfehlungen, schriftliche Beanstandungen, schriftliche Prüfungsberichte

Teilergebnisrechnung Produkt 010501 Prüfungen, Beratungen und Stellungnahmen

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	5.872,66	5.872,66	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**5.872,66**	**5.872,66**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	216.897,37	217.400,00	0,00	226.176,69	8.776,69	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100,00	0,00	0,00	-100,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	586,64	800,00	0,00	697,27	-102,73	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.534,62	30.900,00	0,00	41.300,87	10.400,87	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**241.018,63**	**249.200,00**	**0,00**	**268.174,83**	**18.974,83**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-241.018,63**	**-249.200,00**	**0,00**	**-262.302,17**	**-13.102,17**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-241.018,63**	**-249.200,00**	**0,00**	**-262.302,17**	**-13.102,17**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-241.018,63**	**-249.200,00**	**0,00**	**-262.302,17**	**-13.102,17**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.789,52	12.450,00	0,00	7.410,36	-5.039,64	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-244.808,15**	**-261.650,00**	**0,00**	**-269.712,53**	**-8.062,53**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-244.808,15**	**-261.650,00**	**0,00**	**-269.712,53**	**-8.062,53**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010501 Prüfungen, Beratungen und Stellungnahmen

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	217.085,13	217.400,00	0,00	226.466,55	9.066,55	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100,00	0,00	0,00	-100,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	23.549,39	30.578,44	22.678,44	8.253,37	-22.325,07	50.125,78
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**240.634,52**	**248.078,44**	**22.678,44**	**234.719,92**	**-13.358,52**	**50.125,78**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-240.634,52**	**-248.078,44**	**-22.678,44**	**-234.719,92**	**13.358,52**	**-50.125,78**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	800,00	0,00	530,98	-269,02	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**800,00**	**0,00**	**530,98**	**-269,02**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**-800,00**	**0,00**	**-530,98**	**269,02**	**0,00**

8 Produkt 010601 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

Produktinformationen

Verantwortlich FD 10, Herr Vehrenkemper

Produktbeschreibung

Vorbereitung von Verwaltungsaufgaben des Bürgermeisters

Sicherstellung des Verwaltungsbetriebes durch zentrale Serviceleistungen, insbesondere Organisationsberatung und Organisationsuntersuchungen

Überwachung des allgemeinen Dienstbetriebs

Zentrale Beschaffung von Bürobedarf, Inventar und Literatur

Bereitstellung der Technischen Dienste, Telefonzentrale und Verwaltungsbücherei

Zentrale Vergabe- und Submissionsstelle für die gesamte Verwaltung

Abschluss und Kündigung von privaten Versicherern, Verhandlungen, Beitragszahlung sowie Abwicklung von Schäden mit Versicherern, Erstattung von Unfallanzeigen und Zahlung der gesetzlichen Umlagen an Landesunfallkasse

Ziele

Wirtschaftliche und effektive Erledigung öffentlicher Dienstleistungen

Bedarfsgerechte Ausstattung der Dienststellen und Gewährleistung einer störungsfreien Funktionalität

Entlastung der beschaffenden Fachdienststellen durch Vorhaltung von gebündeltem Fachwissen in Vergabeangelegenheiten

Einschränkung von Korruptionsmöglichkeiten

Schutz des Haushalts gegen Inanspruchnahme Dritter wegen Haftpflichtschadens bzw. im Falle fehlerhafter Sachbearbeitung

Maßnahmen

Organisationsuntersuchungen
Stellenbedarfsberechnungen
Prozessoptimierung
Wirtschaftlichkeitsberechnungen
Beratung von Organisationseinheiten und Beschäftigten
Bedarfsabfragen
Beschaffungen
Erlass von Verfügungen
Einführung von E-Vergabe

Teilergebnisrechnung Produkt 010601 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	83.431,22	85.100,00	0,00	107.232,32	22.132,32	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	200,00	0,00	0,00	-200,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.485,35	2.000,00	0,00	1.008,10	-991,90	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	49.555,22	100.000,00	0,00	55.915,43	-44.084,57	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**134.471,79**	**187.300,00**	**0,00**	**164.155,85**	**-23.144,15**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	767.481,62	858.000,00	0,00	879.047,97	21.047,97	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	59.766,41	39.400,00	0,00	56.210,52	16.810,52	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	284.310,18	293.900,00	0,00	286.510,17	-7.389,83	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	211.201,98	267.313,97	11.763,97	246.630,16	-20.683,81	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**1.322.760,19**	**1.458.613,97**	**11.763,97**	**1.468.398,82**	**9.784,85**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-1.188.288,40**	**-1.271.313,97**	**-11.763,97**	**-1.304.242,97**	**-32.929,00**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-1.188.288,40**	**-1.271.313,97**	**-11.763,97**	**-1.304.242,97**	**-32.929,00**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-1.188.288,40**	**-1.271.313,97**	**-11.763,97**	**-1.304.242,97**	**-32.929,00**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	14.159,29	54.250,00	0,00	25.590,18	-28.659,82	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-1.202.447,69**	**-1.325.563,97**	**-11.763,97**	**-1.329.833,15**	**-4.269,18**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-1.202.447,69**	**-1.325.563,97**	**-11.763,97**	**-1.329.833,15**	**-4.269,18**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	5,00	0,00	0,00	8,00	8,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-5,00**	**0,00**	**0,00**	**-8,00**	**-8,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010601 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	23.228,00	23.228,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	200,00	0,00	0,00	-200,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.485,35	2.000,00	0,00	1.008,10	-991,90	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	25.695,82	100.000,00	0,00	63.453,43	-36.546,57	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	21,60	0,00	0,00	67,00	67,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**27.202,77**	**102.200,00**	**0,00**	**87.756,53**	**-14.443,47**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	770.127,52	858.000,00	0,00	867.556,21	9.556,21	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	62.185,46	40.586,48	1.186,48	53.622,33	13.035,85	3.796,17
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	209.547,56	284.088,98	28.538,98	248.820,57	-35.268,41	21.087,64
16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.041.860,54**	**1.182.675,46**	**29.725,46**	**1.169.999,11**	**-12.676,35**	**24.883,81**
17	**= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-1.014.657,77**	**-1.080.475,46**	**-29.725,46**	**-1.082.242,58**	**-1.767,12**	**-24.883,81**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	180.350,00	0,00	6.820,00	-173.530,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	**= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**180.350,00**	**0,00**	**6.820,00**	**-173.530,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	601.300,00	0,00	0,00	-601.300,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	43.805,36	186.185,27	131.185,27	67.752,47	-118.432,80	71.050,97
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	1.000,00	1.000,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	**= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**43.805,36**	**787.485,27**	**131.185,27**	**68.752,47**	**-718.732,80**	**71.050,97**
14	**= Saldo der Investitionstätigkeit**	**-43.805,36**	**-607.135,27**	**-131.185,27**	**-61.932,47**	**545.202,80**	**-71.050,97**

9 Produkt 010605 Zentraler Bürgerservice, Bürgerbüro

Produktinformationen

Verantwortlich FD 33, Frau S. Knipping

Produktbeschreibung

Hoheitlich verpflichtende Aufgabenerfüllung.

Verarbeitung jedes melderechtlich maßgebenden Vorgangs, insbesondere An-, Um- und Abmeldungen, Beratung von Meldepflichtigen, Mitteilungen an andere Behörden, Auskünfte an Berechtigte, Pflege des Melderegisters.

Alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit Ausweis- und Reisedokumenten für deutsche Staatsangehörige, insbesondere Erteilung von Reisepässen und Personalausweisen.

Fundangelegenheiten einschl. Fundtiere.

Antragsannahme für Führungszeugnisse und Gewerbezentralregisterauszüge.

Freiwillige Aufgabenerfüllung:

Verkauf von Bade- und Theaterkarten, Aufgaben des Kfz-Wesens im Auftrag des Kreises, Verkauf von Andenken der Stadt Beckum, Ausländerangelegenheiten im Auftrage des Kreises, Erstellung von Statistiken extern und intern.

Ziele

Verbesserung des Bürgerservices durch Verkürzung der Durchlaufzeiten.

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 010605 Zentraler Bürgerservice, Bürgerbüro

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	581.012,03	335.000,00	0,00	583.374,17	248.374,17	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	22,34	22,34	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**581.012,03**	**335.000,00**	**0,00**	**583.396,51**	**248.396,51**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	620.693,86	635.750,00	0,00	651.899,49	16.149,49	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.195,88	2.100,00	0,00	907,39	-1.192,61	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	3.132,21	3.200,00	0,00	3.134,53	-65,47	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	464.988,53	181.050,00	0,00	427.049,04	245.999,04	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**1.090.010,48**	**822.100,00**	**0,00**	**1.082.990,45**	**260.890,45**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-508.998,45**	**-487.100,00**	**0,00**	**-499.593,94**	**-12.493,94**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-508.998,45**	**-487.100,00**	**0,00**	**-499.593,94**	**-12.493,94**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-508.998,45**	**-487.100,00**	**0,00**	**-499.593,94**	**-12.493,94**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	18.661,24	51.200,00	0,00	27.864,59	-23.335,41	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-527.659,69**	**-538.300,00**	**0,00**	**-527.458,53**	**10.841,47**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-527.659,69**	**-538.300,00**	**0,00**	**-527.458,53**	**10.841,47**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010605 Zentraler Bürgerservice, Bürgerbüro

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	571.201,71	335.000,00	0,00	580.045,77	245.045,77	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**571.201,71**	**335.000,00**	**0,00**	**580.045,77**	**245.045,77**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	620.698,58	635.750,00	0,00	652.398,36	16.648,36	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.195,88	2.100,00	0,00	907,39	-1.192,61	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	422.452,34	248.908,57	67.858,57	436.442,06	187.533,49	58.378,30
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.044.346,80**	**886.758,57**	**67.858,57**	**1.089.747,81**	**202.989,24**	**58.378,30**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-473.145,09**	**-551.758,57**	**-67.858,57**	**-509.702,04**	**42.056,53**	**-58.378,30**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	600,00	0,00	2.856,00	2.256,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**600,00**	**0,00**	**2.856,00**	**2.256,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**-600,00**	**0,00**	**-2.856,00**	**-2.256,00**	**0,00**

10 Produkt 010701 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Produktinformationen

Verantwortlich FD 15, Frau Berges

Produktbeschreibung

Die Stadt Beckum sorgt durch eine qualifizierte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für eine umfassende und zielgruppengerechte Information der Medien, der Einwohnerschaft und aller übrigen Interessierten über ihre Dienstleistungen, Planungen und Projekte.

Das einheitliche Erscheinungsbild (Corporate Design) trägt dazu bei, dass sich die Stadt Beckum als Marke etabliert.

Für eine positive Außendarstellung sind repräsentative Anlässe und eine gute Vorbereitung der städtischen Repräsentantinnen und Repräsentanten maßgeblich.

Die Ehrungen bei Ehe- und Altersjubiläen stärken die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt.

Gesetzliche Grundlage: § 4 Landespressegesetz NRW

Ziele

Ziele/Maßnahmen:

- aktive Pressearbeit und Beantwortung von Presseanfragen (Pressemitteilungen und Pressegespräche, Fotos, Interviews und Hintergrundgespräche, Sicherstellen des Auskunftsrechts, Sichtung der Berichterstattung)
- redaktionelles Knowhow fließt in darüber hinaus gehende Publikationen ein (Broschüren, Flyer, Themenrouten, etc.)
- Chefredaktion bzw. Pflege und Weiterentwicklung des Internetauftritts unter Ein-beziehung des Redaktionsteams (Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Organisationseinheiten) sowie in Zusammenarbeit mit dem FD DV
- Vorbereitung und Durchführung eigener Repräsentationsanlässe
- Erstellen von Videos
- Vorbereitung der offiziellen Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Beckum (Reden, Präsente, Hintergrundinformationen) für auswärtige Anlässe
- Gratulationen zu Ehe- und Altersjubiläen gemäß Ehrungsrichtlinien
- Beschaffung von Produkten der Stadtwerbung

Produktinformationen

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 010701 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	141,95	0,00	0,00	20,00	20,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.919,89	1.000,00	0,00	1.400,00	400,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**2.061,84**	**1.000,00**	**0,00**	**1.420,00**	**420,00**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	147.322,83	143.100,00	0,00	144.060,34	960,34	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	33.678,06	36.050,00	0,00	29.008,01	-7.041,99	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	682,15	800,00	0,00	730,27	-69,73	0,00
15	– Transferaufwendungen	113,18	1.050,00	0,00	32,45	-1.017,55	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.914,44	8.500,00	0,00	6.884,06	-1.615,94	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**187.710,66**	**189.500,00**	**0,00**	**180.715,13**	**-8.784,87**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-185.648,82**	**-188.500,00**	**0,00**	**-179.295,13**	**9.204,87**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-185.648,82**	**-188.500,00**	**0,00**	**-179.295,13**	**9.204,87**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-185.648,82**	**-188.500,00**	**0,00**	**-179.295,13**	**9.204,87**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.621,68	6.050,00	0,00	4.846,56	-1.203,44	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-188.270,50**	**-194.550,00**	**0,00**	**-184.141,69**	**10.408,31**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-188.270,50**	**-194.550,00**	**0,00**	**-184.141,69**	**10.408,31**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010701 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	141,95	0,00	0,00	20,00	20,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.620,00	1.000,00	0,00	1.250,00	250,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	3,04	0,00	0,00	4,17	4,17	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.764,99**	**1.000,00**	**0,00**	**1.274,17**	**274,17**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	148.346,75	143.100,00	0,00	144.060,34	960,34	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	32.594,06	36.050,00	0,00	28.681,09	-7.368,91	112,56
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	113,18	1.050,00	0,00	32,45	-1.017,55	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	5.916,17	8.509,04	9,04	8.673,98	164,94	35,70
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**186.970,16**	**188.709,04**	**9,04**	**181.447,86**	**-7.261,18**	**148,26**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-185.205,17**	**-187.709,04**	**-9,04**	**-180.173,69**	**7.535,35**	**-148,26**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	142,51	1.653,21	153,21	1.381,74	-271,47	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**142,51**	**1.653,21**	**153,21**	**1.381,74**	**-271,47**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-142,51**	**-1.653,21**	**-153,21**	**-1.381,74**	**271,47**	**0,00**

11 Produkt 010801 Personalwirtschaft, Arbeitssicherheit

Produktinformationen

Verantwortlich FD 11, Frau Nordholt

Produktbeschreibung

Aufgaben der Personalwirtschaft:

- Personalbedarfsplanung und -deckung inkl. Personalbeschaffung
- Beratung und Unterstützung der Fachbereiche, Mitarbeiter(innen) und Versorgungsempfänger(innen) in arbeits- und dienstrechtlichen Fragen
- Planung und Überwachung der Personalkosten
- Personalentwicklung einschließlich Aus- und Fortbildung
- Personalkostenabrechnung und Zahlbarmachung der Gehälter und Entgelte einschließlich der leistungsorientierten Bezahlung (LOB)
- Stellenbewertung
- Disziplinarrecht
- Rechtsstreitigkeiten aus Arbeitsverhältnissen
- Arbeitsschutzangelegenheiten und Gesundheitsvorsorge

Ziele

Bereitstellung und Einsatz von ausreichend qualifiziertem Personal für die definierten Aufgaben der Stadtverwaltung Beckum

Einhaltung des Personalkostenbudgets und wenn möglich, Senkung der Personalausgaben

Weiterentwicklung der leistungsorientierten Bezahlung

Maßnahmen

Fortschreibung der Anforderungsprofile
Ausschreibung und Besetzung vakanter Stellen
Fortbildung von Personal nach Bedarf bzw. aufgrund der Anmeldungen aus den Organisationseinheiten
Aktualisierung von Stellenbewertungen
Nutzung von Stellenvakanzen
Fortlaufende Kontrolle der Anzahl der anfallenden Überstunden und, wenn möglich, Begrenzung der Bezahlung von Überstunden
Fortschreibung der Dienstvereinbarung zur Einführung einer leistungsorientierten Bezahlung
Fortführung des Prozesses zur Umsetzung der Führungskräfteleitlinien
Auszahlung der Gehälter und Entgelte monatlich zur Fälligkeit und der Leistungsentgelte am Jahresende

Teilergebnisrechnung Produkt 010801 Personalwirtschaft, Arbeitssicherheit

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	11.119,52	76.200,00	0,00	10.655,16	-65.544,84	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	135.041,21	750.000,00	0,00	1.987.218,00	1.237.218,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**146.160,73**	**826.200,00**	**0,00**	**1.997.873,16**	**1.171.673,16**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	3.573.572,05	4.034.700,00	0,00	3.913.565,32	-121.134,68	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	4.017.709,57	4.046.800,00	0,00	4.749.449,25	702.649,25	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.788,46	5.500,00	0,00	1.724,37	-3.775,63	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	590,64	1.000,00	0,00	835,42	-164,58	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	100,00	0,00	0,00	-100,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	368.105,92	406.250,00	0,00	313.007,35	-93.242,65	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**7.962.766,64**	**8.494.350,00**	**0,00**	**8.978.581,71**	**484.231,71**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-7.816.605,91**	**-7.668.150,00**	**0,00**	**-6.980.708,55**	**687.441,45**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	5.000,00	0,00	0,00	-5.000,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**5.000,00**	**0,00**	**0,00**	**-5.000,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-7.816.605,91**	**-7.663.150,00**	**0,00**	**-6.980.708,55**	**682.441,45**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-7.816.605,91**	**-7.663.150,00**	**0,00**	**-6.980.708,55**	**682.441,45**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	18.581,57	33.300,00	0,00	36.055,30	2.755,30	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-7.835.187,48**	**-7.696.450,00**	**0,00**	**-7.016.763,85**	**679.686,15**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-7.835.187,48**	**-7.696.450,00**	**0,00**	**-7.016.763,85**	**679.686,15**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	2,00	2,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-2,00**	**-2,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010801 Personalwirtschaft, Arbeitssicherheit

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-82.584,41	76.200,00	0,00	28.354,88	-47.845,12	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	7.129,21	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	5.000,00	0,00	0,00	-5.000,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**-75.455,20**	**81.200,00**	**0,00**	**28.354,88**	**-52.845,12**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	723.411,22	1.054.947,39	68.347,39	756.220,44	-298.726,95	50.291,66
11	– Versorgungsauszahlungen	3.492.293,67	3.564.313,29	110.213,29	3.716.386,76	152.073,47	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.788,46	5.500,00	0,00	1.724,37	-3.775,63	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	100,00	0,00	0,00	-100,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	375.564,90	431.047,96	24.797,96	293.993,93	-137.054,03	54.030,05
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**4.594.058,25**	**5.055.908,64**	**203.358,64**	**4.768.325,50**	**-287.583,14**	**104.321,71**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-4.669.513,45**	**-4.974.708,64**	**-203.358,64**	**-4.739.970,62**	**234.738,02**	**-104.321,71**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	3.378,63	1.950,00	0,00	2.596,63	646,63	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**3.378,63**	**1.950,00**	**0,00**	**2.596,63**	**646,63**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-3.378,63**	**-1.950,00**	**0,00**	**-2.596,63**	**-646,63**	**0,00**

12 Produkt 010802 Personalservice Hallenbad

Produktinformationen

Verantwortlich FD 11, Frau Nordholt

Produktbeschreibung

Ziele

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 010802 Personalservice Hallenbad

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010802 Personalservice Hallenbad

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	-6,11	-6,11	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	6,11	6,11	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

13 Produkt 010803 Personalservice Freibad Beckum

Produktinformationen

Verantwortlich FD 11, Frau Nordholt

Produktbeschreibung

Ziele

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 010803 Personalservice Freibad Beckum

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010803 Personalservice Freibad Beckum

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

14 Produkt 010804 Personalservice Freibad Neubeckum

Produktinformationen

Verantwortlich FD 11, Frau Nordholt

Produktbeschreibung

Ziele

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 010804 Personalservice Freibad Neubeckum

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010804 Personalservice Freibad Neubeckum

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

15 Produkt 010805 Personalservice Eigenbetrieb Städtische Betriebe

Produktinformationen

Verantwortlich FD 11, Frau Nordholt

Produktbeschreibung

Ziele

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 010805 Personalservice Eigenbetrieb Städtische Betriebe

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010805 Personalservice Eigenbetrieb Städtische Betriebe

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	-37.079,21	-37.079,21	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-37.079,21**	**-37.079,21**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**37.079,21**	**37.079,21**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

16 Produkt 010806 Personalservice Vorschüsse

Produktinformationen

Verantwortlich FD 11, Frau Nordholt

Produktbeschreibung

In diesem Produkt werden die Vorschüsse, sowie die jeweiligen Rückzahlungen, der Beschäftigten der Verwaltung Verbucht.

Ziele

Nachvollziehbare Darstellung des außerplanmäßigen Geldflusses für die Beschäftigten der Verwaltung.

Maßnahmen

Da Vorschüsse nicht planbar sind, erfolgt keine Ansatzbildung.

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010806 Personalservice Vorschüsse

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	30.646,60	0,00	0,00	39.650,55	39.650,55	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**30.646,60**	**0,00**	**0,00**	**39.650,55**	**39.650,55**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	23.105,86	0,00	0,00	34.879,67	34.879,67	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**23.105,86**	**0,00**	**0,00**	**34.879,67**	**34.879,67**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**7.540,74**	**0,00**	**0,00**	**4.770,88**	**4.770,88**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

17 Produkt 010901 Haushaltswirtschaft

Produktinformationen

Verantwortlich FD 20, Frau Schlieper

Produktbeschreibung

Überwachung und Steuerung des Haushaltsvollzugs

Durchführung der Haushalts-, Finanz- und Investitionsplanung

Erstellung des Jahresabschlusses und Lageberichtes

Weiterentwicklung des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens sowie betriebswirtschaftliche Aufgaben

Buchführung und Anlagenbuchhaltung

Entwicklung von Haushaltskonsolidierungs- und -sicherungskonzepten

Anwenderunterstützung im Bereich der Finanzsoftware

Ziele

Wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Mittel unter Einhaltung des Haushaltsrechts

Maßnahmen

Controlling

Teilergebnisrechnung Produkt 010901 Haushaltswirtschaft

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	285,00	100,00	0,00	210,00	110,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	35,34	0,00	0,00	130.613,56	130.613,56	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**320,34**	**100,00**	**0,00**	**130.823,56**	**130.723,56**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	618.272,40	632.750,00	0,00	645.705,05	12.955,05	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	586,42	1.000,00	0,00	678,89	-321,11	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	1.482,43	1.600,00	0,00	1.781,42	181,42	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	55.799,65	48.600,00	0,00	182.377,13	133.777,13	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**676.140,90**	**683.950,00**	**0,00**	**830.542,49**	**146.592,49**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-675.820,56**	**-683.850,00**	**0,00**	**-699.718,93**	**-15.868,93**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-675.820,56**	**-683.850,00**	**0,00**	**-699.718,93**	**-15.868,93**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-675.820,56**	**-683.850,00**	**0,00**	**-699.718,93**	**-15.868,93**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	11.496,79	42.150,00	0,00	21.027,53	-21.122,47	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-687.317,35**	**-726.000,00**	**0,00**	**-720.746,46**	**5.253,54**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-687.317,35**	**-726.000,00**	**0,00**	**-720.746,46**	**5.253,54**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-1,00**	**-1,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010901 Haushaltswirtschaft

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	285,00	100,00	0,00	210,00	110,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	6,95	0,00	0,00	6,95	6,95	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**291,95**	**100,00**	**0,00**	**216,95**	**116,95**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	621.230,55	632.750,00	0,00	645.788,62	13.038,62	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	586,42	1.000,00	0,00	678,89	-321,11	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	17.254,67	183.992,29	135.392,29	100.191,35	-83.800,94	217.256,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**639.071,64**	**817.742,29**	**135.392,29**	**746.658,86**	**-71.083,43**	**217.256,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-638.779,69**	**-817.642,29**	**-135.392,29**	**-746.441,91**	**71.200,38**	**-217.256,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	5.040,83	2.444,34	1.244,34	1.742,62	-701,72	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**5.040,83**	**2.444,34**	**1.244,34**	**1.742,62**	**-701,72**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-5.040,83**	**-2.444,34**	**-1.244,34**	**-1.742,62**	**701,72**	**0,00**

18 Produkt 010903 Zahlungsabwicklung und Vollstreckung

Produktinformationen

Verantwortlich FD 21, Herr Koch

Produktbeschreibung

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind eigenständig für die Zahlungsabwicklung und die Vollstreckung verantwortlich. Hierzu zählen insbesondere folgende Aufgaben:

- Abwicklung des Kassen- und Rechnungswesens
- Liquiditätsplanung
- Beitreibung und Vollstreckung privatrechtlicher sowie öffentlich-rechtlicher Geldforderungen
- Vollstreckung für Dritte im Wege der Amtshilfe

Ziele

- Sicherstellung der Kassenliquidität, der ordnungsgemäßen Buchhaltung und der zeitgerechten Abwicklung des Zahlungsverkehrs
- Zeitnahe Beitreibung offener Forderungen beziehungsweise Feststellung der Werthaltigkeit
- Transparentes Forderungsmanagement

Maßnahmen

Im Planjahr sind keine besonderen Maßnahmen vorgesehen.

Teilergebnisrechnung Produkt 010903 Zahlungsabwicklung und Vollstreckung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	829,90	1.200,00	0,00	873,60	-326,40	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.484,00	6.200,00	0,00	7.221,49	1.021,49	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	241.078,25	218.000,00	0,00	223.572,69	5.572,69	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**245.392,15**	**225.400,00**	**0,00**	**231.667,78**	**6.267,78**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	546.890,41	584.750,00	0,00	571.454,22	-13.295,78	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.647,68	9.950,00	0,00	12.332,57	2.382,57	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	1.645,01	1.750,00	0,00	1.609,39	-140,61	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	25.552,31	33.050,00	0,00	208.814,60	175.764,60	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**584.735,41**	**629.500,00**	**0,00**	**794.210,78**	**164.710,78**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-339.343,26**	**-404.100,00**	**0,00**	**-562.543,00**	**-158.443,00**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-339.343,26**	**-404.100,00**	**0,00**	**-562.543,00**	**-158.443,00**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-339.343,26**	**-404.100,00**	**0,00**	**-562.543,00**	**-158.443,00**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	10.477,35	36.400,00	0,00	19.173,55	-17.226,45	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-349.820,61**	**-440.500,00**	**0,00**	**-581.716,55**	**-141.216,55**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-349.820,61**	**-440.500,00**	**0,00**	**-581.716,55**	**-141.216,55**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010903 Zahlungsabwicklung und Vollstreckung

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	829,90	1.200,00	0,00	899,60	-300,40	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.484,00	6.200,00	0,00	7.221,49	1.021,49	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	141.993,37	218.000,00	0,00	119.033,51	-98.966,49	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**146.307,27**	**225.400,00**	**0,00**	**127.154,60**	**-98.245,40**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	547.036,93	584.750,00	0,00	568.063,09	-16.686,91	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	10.647,68	9.950,00	0,00	12.332,57	2.382,57	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	41.313,87	40.167,40	7.617,40	22.054,57	-18.112,83	10.777,08
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**598.998,48**	**634.867,40**	**7.617,40**	**602.450,23**	**-32.417,17**	**10.777,08**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-452.691,21**	**-409.467,40**	**-7.617,40**	**-475.295,63**	**-65.828,23**	**-10.777,08**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.257,93	1.900,00	0,00	1.030,98	-869,02	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.257,93**	**1.900,00**	**0,00**	**1.030,98**	**-869,02**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-1.257,93**	**-1.900,00**	**0,00**	**-1.030,98**	**869,02**	**0,00**

19 Produkt 010905 Erhebung von Steuern und Abgaben

Produktinformationen

Verantwortlich FD 21, Herr Koch

Produktbeschreibung

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen erheben in eigener Zuständigkeit Real- und Aufwandssteuern sowie Gebühren für verschiedene Leistungen. Die Erhebung erfolgt auf der Grundlage der gesetzlichen sowie der satzungsrechtlichen Bestimmungen der Stadt Beckum. Neben Grund- und Gewerbesteuern werden Hunde- und Vergnügungssteuern erhoben. Diesem Produkt ist die Festsetzung der vorgenannten Steuern sowie der Entwässerungs- und Niederschlagswassergebühren, der Straßenreinigungsgebühren sowie der Gebühren für die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer zuzurechnen.

Ziele

- Rechtssichere satzungsrechtliche Grundlagen für die Steuer- und Gebührenerhebung
- Zeitgerechte und rechtssichere Erhebung der Steuern und Gebühren

Maßnahmen

Im Planjahr sind keine besonderen Maßnahmen vorgesehen.

Teilergebnisrechnung Produkt 010905 Erhebung von Steuern und Abgaben

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	6.600,00	6.600,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**6.600,00**	**6.600,00**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	214.776,31	192.650,00	0,00	240.450,43	47.800,43	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	569,65	2.250,00	0,00	1.786,79	-463,21	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	694,23	800,00	0,00	751,61	-48,39	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	49.527,97	30.500,00	0,00	37.718,20	7.218,20	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**265.568,16**	**226.200,00**	**0,00**	**280.707,03**	**54.507,03**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-265.568,16**	**-226.200,00**	**0,00**	**-274.107,03**	**-47.907,03**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-265.568,16**	**-226.200,00**	**0,00**	**-274.107,03**	**-47.907,03**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-265.568,16**	**-226.200,00**	**0,00**	**-274.107,03**	**-47.907,03**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.941,48	24.450,00	0,00	4.353,00	-20.097,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-268.509,64**	**-250.650,00**	**0,00**	**-278.460,03**	**-27.810,03**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-268.509,64**	**-250.650,00**	**0,00**	**-278.460,03**	**-27.810,03**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-1,00**	**-1,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 010905 Erhebung von Steuern und Abgaben

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	6.600,00	6.600,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**6.600,00**	**6.600,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	214.823,99	192.650,00	0,00	239.742,00	47.092,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	569,65	2.250,00	0,00	1.786,79	-463,21	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	49.865,53	31.151,24	651,24	37.529,39	6.378,15	310,90
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**265.259,17**	**226.051,24**	**651,24**	**279.058,18**	**53.006,94**	**310,90**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-265.259,17**	**-226.051,24**	**-651,24**	**-272.458,18**	**-46.406,94**	**-310,90**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	963,84	1.050,00	0,00	428,47	-621,53	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**963,84**	**1.050,00**	**0,00**	**428,47**	**-621,53**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-963,84**	**-1.050,00**	**0,00**	**-428,47**	**621,53**	**0,00**

20 Produkt 011001 Service f. Informationstechnik u. Telekommunikation

Produktinformationen

Verantwortlich FD 10, Herr Degelmann

Produktbeschreibung

Management und Organisation für den gesamten Bereich der Informationstechnik und der Telekommunikation (ITK) ohne Schulen

Betrieb, Bereitstellung und Vorhaltung der ITK-Infrastruktur einschließlich Durchführung des Daten- und Systemmanagements

Erbringung aller ITK-Dienstleistungen insbesondere des Supports für Anwender und Anwendungen

Ziele

Die Anwenderzufriedenheit über die Rahmenbedingungen der technischen Ausstattung und die arbeitserleichternden Unterstützungsmaßnahmen und -hilfen soll gesteigert werden. Darüber hinaus sollen die Rahmenbedingungen für die digitale Verwaltung im Rahmen von E-Government geschaffen werden.

Das IT-System soll an Werktagen zu 98 % zur Verfügung stehen.

Maßnahmen

Das ITK-Serviceangebot bedarfsgerecht auf die Anwender und die Kunden der Verwaltung zuschneiden.

Teilergebnisrechnung Produkt 011001 Service f. Informationstechnik u. Telekommunikation

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	318,87	300,00	0,00	318,88	18,88	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	141.832,70	147.600,00	0,00	138.428,13	-9.171,87	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**142.151,57**	**147.950,00**	**0,00**	**138.747,01**	**-9.202,99**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	493.590,38	721.400,00	0,00	605.214,54	-116.185,46	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	30.328,60	27.800,00	0,00	38.043,59	10.243,59	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	233.267,65	285.600,00	0,00	258.512,06	-27.087,94	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	751.929,99	814.250,00	0,00	893.114,99	78.864,99	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**1.509.116,62**	**1.849.050,00**	**0,00**	**1.794.885,18**	**-54.164,82**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-1.366.965,05**	**-1.701.100,00**	**0,00**	**-1.656.138,17**	**44.961,83**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-1.366.965,05**	**-1.701.100,00**	**0,00**	**-1.656.138,17**	**44.961,83**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-1.366.965,05**	**-1.701.100,00**	**0,00**	**-1.656.138,17**	**44.961,83**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	364.838,58	609.700,00	0,00	508.321,93	-101.378,07	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	474,39	16.700,00	0,00	5,25	-16.694,75	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-1.002.600,86**	**-1.108.100,00**	**0,00**	**-1.147.821,49**	**-39.721,49**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-1.002.600,86**	**-1.108.100,00**	**0,00**	**-1.147.821,49**	**-39.721,49**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	554,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	13,00	0,00	0,00	115,00	115,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**541,05**	**0,00**	**0,00**	**-115,00**	**-115,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 011001 Service f. Informationstechnik u. Telekommunikation

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	168.571,75	147.600,00	0,00	138.428,13	-9.171,87	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	2.433,85	50,00	0,00	1.328,55	1.278,55	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**171.005,60**	**147.650,00**	**0,00**	**139.756,68**	**-7.893,32**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	493.601,06	721.400,00	0,00	611.160,23	-110.239,77	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	32.155,38	27.953,43	153,43	37.687,38	9.733,95	152,64
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	827.236,17	808.998,09	21.348,09	861.954,26	52.956,17	15.183,44
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.352.992,61**	**1.558.351,52**	**21.501,52**	**1.510.801,87**	**-47.549,65**	**15.336,08**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-1.181.987,01**	**-1.410.701,52**	**-21.501,52**	**-1.371.045,19**	**39.656,33**	**-15.336,08**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	1.224,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.224,02**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	292.642,64	576.639,30	123.639,30	305.079,05	-271.560,25	141.931,18
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**292.642,64**	**576.639,30**	**123.639,30**	**305.079,05**	**-271.560,25**	**141.931,18**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-291.418,62**	**-576.639,30**	**-123.639,30**	**-305.079,05**	**271.560,25**	**-141.931,18**

21 Produkt 011002 Datenverarbeitung und Informationstechnik (Schulen)

Produktinformationen

Verantwortlich FD 10, Herr Degelmann

Produktbeschreibung

Management und Organisation für den gesamten Bereich der Informationstechnik und der Telekommunikation (ITK) an Schulen.

Betrieb, Bereitstellung und Vorhaltung der ITK-Infrastruktur einschließlich Durchführung des Daten- und Systemmanagements.

Erbringung aller ITK-Dienstleistungen insbesondere des Supports für die städtischen Schulen.

Ziele

Die Anwenderzufriedenheit über die Rahmenbedingungen der technischen Ausstattung und die arbeitserleichternden Unterstützungsmaßnahmen und -hilfen sollen gesteigert werden. Darüber hinaus sollen die Rahmenbedingungen für das digitale Lernen ausgebaut werden.

Maßnahmen

Das ITK-Serviceangebot bedarfsgerecht auf die pädagogischen Konzepte und weiteren Anforderungen der Schulen zuschneiden.

Teilergebnisrechnung Produkt 011002 Datenverarbeitung und Informationstechnik (Schulen)

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	341.078,93	269.150,00	0,00	346.788,26	77.638,26	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.541,45	0,00	0,00	3.395,24	3.395,24	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	446,19	400,00	0,00	541,36	141,36	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**349.066,57**	**269.550,00**	**0,00**	**350.724,86**	**81.174,86**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	299.798,00	314.750,00	0,00	318.033,97	3.283,97	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	25.213,57	20.050,00	0,00	24.764,09	4.714,09	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	489.270,33	459.850,00	0,00	507.105,77	47.255,77	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	248.790,25	295.050,00	0,00	218.146,04	-76.903,96	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**1.063.072,15**	**1.089.700,00**	**0,00**	**1.068.049,87**	**-21.650,13**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-714.005,58**	**-820.150,00**	**0,00**	**-717.325,01**	**102.824,99**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-714.005,58**	**-820.150,00**	**0,00**	**-717.325,01**	**102.824,99**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-714.005,58**	**-820.150,00**	**0,00**	**-717.325,01**	**102.824,99**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	220,61	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-714.226,19**	**-820.150,00**	**0,00**	**-717.325,01**	**102.824,99**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-714.226,19**	**-820.150,00**	**0,00**	**-717.325,01**	**102.824,99**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	14,00	0,00	0,00	8,00	8,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-14,00**	**0,00**	**0,00**	**-8,00**	**-8,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 011002 Datenverarbeitung und Informationstechnik (Schulen)

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	48.771,96	0,00	0,00	4.953,41	4.953,41	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.541,45	0,00	0,00	3.320,01	3.320,01	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	9.948,31	0,00	0,00	6.084,68	6.084,68	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**66.261,72**	**0,00**	**0,00**	**14.358,10**	**14.358,10**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	299.798,00	314.750,00	0,00	318.033,97	3.283,97	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	25.890,78	21.259,39	1.209,39	25.746,10	4.486,71	227,38
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	256.561,08	295.494,12	444,12	236.735,51	-58.758,61	512,18
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**582.249,86**	**631.503,51**	**1.653,51**	**580.515,58**	**-50.987,93**	**739,56**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-515.988,14**	**-631.503,51**	**-1.653,51**	**-566.157,48**	**65.346,03**	**-739,56**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	322.594,82	0,00	0,00	48.673,69	48.673,69	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	529,72	0,00	0,00	84,15	84,15	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**323.124,54**	**0,00**	**0,00**	**48.757,84**	**48.757,84**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	421.357,09	180.339,00	339,00	234.786,68	54.447,68	14.994,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**421.357,09**	**180.339,00**	**339,00**	**234.786,68**	**54.447,68**	**14.994,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-98.232,55**	**-180.339,00**	**-339,00**	**-186.028,84**	**-5.689,84**	**-14.994,00**

22 Produkt 011101 Rechtsberatung

Produktinformationen

Verantwortlich FB 3, Herr Liekenbröcker

Produktbeschreibung

Umfassende rechtliche Prüfung und Ausarbeitung von schwierigen Verwaltungsentscheidungen, Verträgen und Ortsrecht einschließlich Binnenrecht

Vertretung der Stadt in jeder Rechtsangelegenheit vor den Gerichten bzw. Rechtsbegleitung bei Prozessen mit Anwaltszwang.

Ziele

Erfolgreiche Vertretung der Stadt in rechtlichen Angelegenheiten

Maßnahmen

Ständige Begleitung im Vorfeld und während laufender Streitigkeiten durch Kontakt mit Fachbereichen/nötigenfalls externem Sachverstand

Teilergebnisrechnung Produkt 011101 Rechtsberatung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	300,00	0,00	14.809,85	14.509,85	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	38.473,13	100,00	0,00	16.538,02	16.438,02	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**38.473,13**	**400,00**	**0,00**	**31.347,87**	**30.947,87**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	189.703,46	197.350,00	0,00	200.884,82	3.534,82	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100,00	0,00	0,00	-100,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	185,72	200,00	0,00	141,41	-58,59	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	39.080,93	30.300,00	0,00	36.868,66	6.568,66	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**228.970,11**	**227.950,00**	**0,00**	**237.894,89**	**9.944,89**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-190.496,98**	**-227.550,00**	**0,00**	**-206.547,02**	**21.002,98**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-190.496,98**	**-227.550,00**	**0,00**	**-206.547,02**	**21.002,98**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-190.496,98**	**-227.550,00**	**0,00**	**-206.547,02**	**21.002,98**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.603,18	9.450,00	0,00	6.485,37	-2.964,63	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-194.100,16**	**-237.000,00**	**0,00**	**-213.032,39**	**23.967,61**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-194.100,16**	**-237.000,00**	**0,00**	**-213.032,39**	**23.967,61**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 011101 Rechtsberatung

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	300,00	0,00	14.809,85	14.509,85	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	5.341,19	100,00	0,00	158,18	58,18	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**5.341,19**	**400,00**	**0,00**	**14.968,03**	**14.568,03**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	189.786,30	197.350,00	0,00	199.411,09	2.061,09	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100,00	0,00	0,00	-100,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	38.421,48	117.090,28	86.790,28	24.120,70	-92.969,58	82.119,35
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**228.207,78**	**314.540,28**	**86.790,28**	**223.531,79**	**-91.008,49**	**82.119,35**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-222.866,59**	**-314.140,28**	**-86.790,28**	**-208.563,76**	**105.576,52**	**-82.119,35**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

23 Produkt 011301 Grundstücksmanagement

Produktinformationen

Verantwortlich FD 69, Herr Waldmüller

Produktbeschreibung

Bereitstellung und Bewirtschaftung von Grundstücken, inkl. Erwerb und Veräußerung von Grundstücken im Rahmen einer vorausschauenden Bodenvorratspolitik zur weiteren Stadtentwicklung, Verpachtung von Grundstücken, insbesondere von landwirtschaftlichen Flächen, Verwaltung der grundstücksbezogenen Rechte und Lasten (z.B. Wege-, Erbbau- und Leitungsrechte)

Ziele

Sicherstellung der Bodenbevorratung für die Stadtentwicklung

Aktives kommunales Boden- und Flächenmanagement

Maßnahmen

Erwerb, Tausch und Veräußerung von Grundstücken

Teilergebnisrechnung Produkt 011301 Grundstücksmanagement

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	176,28	580.450,00	0,00	421.922,59	-158.527,41	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	311,36	400,00	0,00	441,68	41,68	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	142.763,00	129.050,00	0,00	255.648,37	126.598,37	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	525,17	0,00	0,00	5.542,38	5.542,38	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	191.170,26	1.120.750,00	0,00	1.075.101,19	-45.648,81	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**334.946,07**	**1.830.650,00**	**0,00**	**1.758.656,21**	**-71.993,79**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	279.434,99	317.350,00	0,00	249.372,15	-67.977,85	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	125.897,62	125.000,00	0,00	141.397,65	16.397,65	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	5.418,02	5.150,00	0,00	5.873,15	723,15	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	38.920,42	27.800,00	0,00	114.217,56	86.417,56	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**449.671,05**	**475.350,00**	**0,00**	**510.860,51**	**35.510,51**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-114.724,98**	**1.355.300,00**	**0,00**	**1.247.795,70**	**-107.504,30**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-114.724,98**	**1.355.300,00**	**0,00**	**1.247.795,70**	**-107.504,30**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-114.724,98**	**1.355.300,00**	**0,00**	**1.247.795,70**	**-107.504,30**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.574,41	27.050,00	0,00	7.630,64	-19.419,36	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-119.299,39**	**1.328.250,00**	**0,00**	**1.240.165,06**	**-88.084,94**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-119.299,39**	**1.328.250,00**	**0,00**	**1.240.165,06**	**-88.084,94**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	125.228,57	125.228,57	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**125.228,57**	**125.228,57**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 011301 Grundstücksmanagement

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	290,00	400,00	0,00	350,00	-50,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	147.120,96	129.050,00	0,00	140.687,37	11.637,37	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	789,76	0,00	0,00	3.721,19	3.721,19	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**148.200,72**	**129.500,00**	**0,00**	**144.758,56**	**15.258,56**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	276.061,17	317.350,00	0,00	249.203,67	-68.146,33	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	153.408,82	128.336,60	3.336,60	142.015,79	13.679,19	4.503,46
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	35.168,61	31.492,36	3.492,36	90.883,72	59.391,36	26.400,70
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**464.638,60**	**477.228,96**	**6.828,96**	**482.103,18**	**4.874,22**	**30.904,16**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-316.437,88**	**-347.728,96**	**-6.828,96**	**-337.344,62**	**10.384,34**	**-30.904,16**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	222.791,41	2.123.200,00	0,00	2.451.415,64	328.215,64	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**222.791,41**	**2.123.200,00**	**0,00**	**2.451.415,64**	**328.215,64**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.506.154,45	3.821.993,45	1.167.993,45	2.105.485,41	-1.716.508,04	974.188,59
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	500,00	0,00	0,00	-500,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	205,47	1.200,00	0,00	0,00	-1.200,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.506.359,92**	**3.823.693,45**	**1.167.993,45**	**2.105.485,41**	**-1.718.208,04**	**974.188,59**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-1.283.568,51**	**-1.700.493,45**	**-1.167.993,45**	**345.930,23**	**2.046.423,68**	**-974.188,59**

24 Produkt 011305 Zentrale Gebäudewirtschaft

Produktinformationen

Verantwortlich FD 65, Frau Faust

Produktbeschreibung

Entwurf, Neu-, Erweiterungs-, Um- und Anbauten sowie Abbruch eigener Hochbauten incl. Wahrnehmung Bauherrenfunktion

Anmietung, Vermietung und Verpachtung von Gebäuden, zentrale Energiebeschaffung und -bewirtschaftung, Objektverwaltung incl. Reinigung, Schul-Hausmeisterdienste, Betriebskostenabrechnungen

Wartungen, Sanierungen, Instandsetzungen und Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen incl. der technischen Anlagen

Ziele

Bereitstellung, Funktionserhalt und Erhaltung der Vermögenswerte

Maßnahmen

Für das Jahr 2024 im Produktkonto 011305.524100, Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen:
Rathaus Neubeckum Sanierung Bodenbelag im Eingangsbereich 20.000 €
Feuerwehrgerätehaus Vellern Wassergebundene Deckschicht für seitlichen Weg zur Garage 7.000 €
Kardinal-von-Galen-Schule Akustikdecke Küche OGS 3.000 €
Gesamtschule Erneuerung von 4 Alu-Türanlagen 17.900 €
Gesamtschule Malerarbeiten DaZ-Raum 11.520 €
Gesamtschule Erneuerung Oberbodenbeläge in 4 Klassenräumen 25.800 €
Albertus-Magnus-Gymn. Erneuerung Eingangstüren Aula 13.200 €
Albertus-Magnus-Gymn. Sporthalle: Erneuerung Beleuchtung 33.000 €
alle Schulen Wasserspenderanschlüsse 11.700 €
Jugendtreff Altes E-Werk Erweiterung der elektr. Schließanlage auf die Innentüren 6.000 €
Jahnstadion Schießstand: Dachsanierung 43.000 €
allgem. Gebäudeunterhaltung ehem. Sammelnachweis 623.900 €
div. Gebäude Instandsetzung nach Prüfung der Feuer- und Rauchschutztüren 20.700 €
Feuerwehr Beckum Münsterweg Tankauslaufsicherung 3.700 €
Feuerwehr Beckum Münsterweg Grube verfüllen/ Lüftung abdichten 1.500 €
Feuerwehr Beckum Münsterweg Baumaßnahme (Abschottungenm Durchbrüche, Treppen) 87.750 €
Feuerwehr Beckum Münsterweg Sicherheitstechnische Ertüchtigung 37.200 €
Weststraße 4 (Südfeldhaus) Gebäudesicherung 15.000 €
GESAMTSUMME 2024: 981.900 €

Teilergebnisrechnung Produkt 011305 Zentrale Gebäudewirtschaft

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	94.933,74	136.400,00	0,00	126.576,20	-9.823,80	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.620,23	1.300,00	0,00	970,36	-329,64	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	412.221,82	301.550,00	0,00	354.082,41	52.532,41	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	69.272,43	57.000,00	0,00	90.460,57	33.460,57	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	698.971,06	50,00	0,00	448.272,78	448.222,78	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	404.493,81	164.750,00	0,00	288.729,99	123.979,99	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**1.681.513,09**	**661.050,00**	**0,00**	**1.309.092,31**	**648.042,31**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	1.053.590,90	1.331.300,00	0,00	1.219.665,47	-111.634,53	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.184.259,47	6.373.400,00	99.000,00	6.359.775,31	-13.624,69	160.681,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	217.721,87	227.700,00	0,00	220.152,05	-7.547,95	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	208.714,18	105.300,00	0,00	97.386,92	-7.913,08	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**7.664.286,42**	**8.037.700,00**	**99.000,00**	**7.896.979,75**	**-140.720,25**	**160.681,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-5.982.773,33**	**-7.376.650,00**	**-99.000,00**	**-6.587.887,44**	**788.762,56**	**-160.681,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-5.982.773,33**	**-7.376.650,00**	**-99.000,00**	**-6.587.887,44**	**788.762,56**	**-160.681,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-5.982.773,33**	**-7.376.650,00**	**-99.000,00**	**-6.587.887,44**	**788.762,56**	**-160.681,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.857.118,43	3.398.550,00	0,00	1.998.120,10	-1.400.429,90	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	9.218,83	14.550,00	0,00	12.843,72	-1.706,28	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-4.134.873,73**	**-3.992.650,00**	**-99.000,00**	**-4.602.611,06**	**-609.961,06**	**-160.681,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-4.134.873,73**	**-3.992.650,00**	**-99.000,00**	**-4.602.611,06**	**-609.961,06**	**-160.681,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	5,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-5,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 011305 Zentrale Gebäudewirtschaft

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	41.500,00	0,00	69.420,00	27.920,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.620,23	1.300,00	0,00	970,36	-329,64	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	320.983,70	301.550,00	0,00	335.343,11	33.793,11	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	69.802,25	57.000,00	0,00	76.541,72	19.541,72	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	2.722,92	50,00	0,00	781,47	731,47	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**395.129,10**	**401.400,00**	**0,00**	**483.056,66**	**81.656,66**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	1.053.590,90	1.331.300,00	0,00	1.219.665,47	-111.634,53	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.105.261,72	7.668.508,44	1.384.108,44	5.834.661,15	-1.833.847,29	1.500.450,36
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	206.653,58	207.640,83	102.340,83	104.839,22	-102.801,61	15.345,36
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**7.365.506,20**	**9.207.449,27**	**1.486.449,27**	**7.159.165,84**	**-2.048.283,43**	**1.515.795,72**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-6.970.377,10**	**-8.806.049,27**	**-1.486.449,27**	**-6.676.109,18**	**2.129.940,09**	**-1.515.795,72**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	65.004,85	30.000,00	0,00	7.358,10	-22.641,90	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	76.197,46	94.721,26	45.821,26	115.246,28	20.525,02	5.469,09
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**141.202,31**	**124.721,26**	**45.821,26**	**122.604,38**	**-2.116,88**	**5.469,09**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-141.202,31**	**-124.721,26**	**-45.821,26**	**-122.604,38**	**2.116,88**	**-5.469,09**

02 Sicherheit u. Ordnung

020101	Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten	020105	Bewirtschaftung der (Wochen-)Märkte
020301	Personenstandswesen, Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	020305	Organisation, Durchführung von Wahlen und Abstimmungen
020501	Feuerwehr und Brandschutz	020505	Rettungsdienst und Krankentransport

Teilergebnisrechnung Produkt 02 Sicherheit u. Ordnung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	173.640,70	169.900,00	0,00	176.866,02	6.966,02	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.695.447,43	6.925.000,00	0,00	6.310.462,18	-614.537,82	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.281,12	7.300,00	0,00	6.060,52	-1.239,48	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	521.525,20	448.400,00	0,00	528.456,16	80.056,16	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	254.491,62	295.300,00	0,00	132.403,65	-162.896,35	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	**= Ordentliche Erträge**	**6.650.386,07**	**7.845.900,00**	**0,00**	**7.154.248,53**	**-691.651,47**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	4.928.471,28	5.347.450,00	0,00	5.326.320,31	-21.129,69	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.093.156,18	1.204.350,00	0,00	1.120.703,99	-83.646,01	24.151,32
14	– Bilanzielle Abschreibungen	770.031,86	984.250,00	0,00	881.925,67	-102.324,33	0,00
15	– Transferaufwendungen	57.188,23	77.350,00	0,00	73.453,28	-3.896,72	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.399.740,80	1.432.955,10	80.755,10	1.585.342,30	152.387,20	63.270,92
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	**8.248.588,35**	**9.046.355,10**	**80.755,10**	**8.987.745,55**	**-58.609,55**	**87.422,24**
18	**= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-1.598.202,28**	**-1.200.455,10**	**-80.755,10**	**-1.833.497,02**	**-633.041,92**	**-87.422,24**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	**= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-1.598.202,28**	**-1.200.455,10**	**-80.755,10**	**-1.833.497,02**	**-633.041,92**	**-87.422,24**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	**= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-1.598.202,28**	**-1.200.455,10**	**-80.755,10**	**-1.833.497,02**	**-633.041,92**	**-87.422,24**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	207.250,76	367.850,00	0,00	238.385,08	-129.464,92	0,00
29	**= Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-1.805.453,04**	**-1.568.305,10**	**-80.755,10**	**-2.071.882,10**	**-503.577,00**	**-87.422,24**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**= Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-1.805.453,04**	**-1.568.305,10**	**-80.755,10**	**-2.071.882,10**	**-503.577,00**	**-87.422,24**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	74.045,00	0,00	0,00	7.611,00	7.611,00	0,00

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	21,00	0,00	0,00	16,00	16,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**74.024,00**	**0,00**	**0,00**	**7.595,00**	**7.595,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 02 Sicherheit u. Ordnung

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.000,00	10.000,00	0,00	3.076,40	-6.923,60	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.750.575,70	6.925.000,00	0,00	5.813.717,31	-1.111.282,69	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.573,00	7.300,00	0,00	5.148,12	-2.151,88	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	519.116,90	448.400,00	0,00	493.844,97	45.444,97	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	223.529,10	280.400,00	0,00	117.466,39	-162.933,61	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**6.501.794,70**	**7.671.100,00**	**0,00**	**6.433.253,19**	**-1.237.846,81**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	4.938.410,53	5.347.481,58	31,58	5.372.014,89	24.533,31	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.136.708,42	1.229.075,39	24.725,39	1.135.575,52	-93.499,87	45.690,77
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	56.933,23	77.605,00	255,00	72.258,28	-5.346,72	1.450,00
15	– Sonstige Auszahlungen	1.368.034,79	1.455.370,17	134.470,17	1.486.072,78	30.702,61	151.625,07
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**7.500.086,97**	**8.109.532,14**	**159.482,14**	**8.065.921,47**	**-43.610,67**	**198.765,84**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-998.292,27**	**-438.432,14**	**-159.482,14**	**-1.632.668,28**	**-1.194.236,14**	**-198.765,84**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	146.582,53	119.000,00	0,00	203.945,84	84.945,84	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	74.052,00	0,00	0,00	7.613,00	7.613,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**220.634,53**	**119.000,00**	**0,00**	**211.558,84**	**92.558,84**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.565.304,90	3.523.823,05	799.223,05	1.272.176,26	-2.251.646,79	108.516,78
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	942.113,46	2.892.470,80	370.170,80	1.168.811,26	-1.723.659,54	590.944,95
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**3.507.418,36**	**6.416.293,85**	**1.169.393,85**	**2.440.987,52**	**-3.975.306,33**	**699.461,73**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-3.286.783,83**	**-6.297.293,85**	**-1.169.393,85**	**-2.229.428,68**	**4.067.865,17**	**-699.461,73**

25 Produkt 020101 Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten

Produktinformationen

Verantwortlich FD 32, Herr König

Produktbeschreibung

Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch präventive und repressive Maßnahmen einschl. Beratung und Vollzugsmaßnahmen

Ahndung und Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im allgemeinen Ordnungsrecht (z.B. Jugendschutz-, Gesundheitsschutzangelegenheiten, etc.)

An-, Um- und Abmeldungen von Gewerbebetrieben, Auskünfte aus dem Gewerberegister

Überwachung sonstiger erlaubnispflichtiger Gewerbebetriebe und Veranstaltungen

Überwachung erlaubnisfreier Gewerbe

Betriebsschließungen, Ordnungsverfügungen und Bußgeldverfahren

Überwachung der Gaststätten, Gaststättenerlaubnisse

Überwachung des ruhenden Verkehrs

Straßenverkehrsangelegenheiten

Ziele

Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Kenntnis über die vorhandenen Gewerbebetriebe als Grundlage für Überwachungstätigkeit

Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Überwachung der Pflichten der Gewerbetreibenden aufgrund der Gewerbeordnung und sonstiger erwerbsrechtlicher Spezialvorschriften

Maßnahmen

Durchführung von Kontrollen

Teilergebnisrechnung Produkt 020101 Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	84.909,62	70.000,00	0,00	67.894,89	-2.105,11	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	300,00	0,00	0,00	-300,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.968,63	20.000,00	0,00	7.428,89	-12.571,11	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	237.595,70	280.350,00	0,00	111.261,44	-169.088,56	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**325.473,95**	**370.650,00**	**0,00**	**186.585,22**	**-184.064,78**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	508.966,68	492.250,00	0,00	512.917,91	20.667,91	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	89.124,40	150.050,00	0,00	109.736,02	-40.313,98	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	4.009,34	4.100,00	0,00	6.244,73	2.144,73	0,00
15	– Transferaufwendungen	42.965,93	61.000,00	0,00	58.240,28	-2.759,72	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	49.346,66	16.850,00	0,00	35.398,28	18.548,28	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**694.413,01**	**724.250,00**	**0,00**	**722.537,22**	**-1.712,78**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-368.939,06**	**-353.600,00**	**0,00**	**-535.952,00**	**-182.352,00**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-368.939,06**	**-353.600,00**	**0,00**	**-535.952,00**	**-182.352,00**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-368.939,06**	**-353.600,00**	**0,00**	**-535.952,00**	**-182.352,00**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	27.473,29	27.800,00	0,00	20.914,95	-6.885,05	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-396.412,35**	**-381.400,00**	**0,00**	**-556.866,95**	**-175.466,95**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-396.412,35**	**-381.400,00**	**0,00**	**-556.866,95**	**-175.466,95**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-1,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 020101 Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	84.026,60	70.000,00	0,00	65.711,27	-4.288,73	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	300,00	0,00	0,00	-300,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.973,32	20.000,00	0,00	4.815,71	-15.184,29	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	222.556,61	280.350,00	0,00	109.476,72	-170.873,28	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**316.556,53**	**370.650,00**	**0,00**	**180.003,70**	**-190.646,30**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	508.718,54	492.250,00	0,00	517.172,72	24.922,72	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	112.626,44	157.464,63	7.414,63	113.508,85	-43.955,78	3.641,80
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	42.710,93	61.255,00	255,00	57.045,28	-4.209,72	1.450,00
15	– Sonstige Auszahlungen	38.143,79	16.915,70	65,70	25.701,85	8.786,15	625,01
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**702.199,70**	**727.885,33**	**7.735,33**	**713.428,70**	**-14.456,63**	**5.716,81**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-385.643,17**	**-357.235,33**	**-7.735,33**	**-533.425,00**	**-176.189,67**	**-5.716,81**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.242,72	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.131,12	4.000,00	0,00	3.381,19	-618,81	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**3.373,84**	**4.000,00**	**0,00**	**3.381,19**	**-618,81**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-3.373,84**	**-4.000,00**	**0,00**	**-3.381,19**	**618,81**	**0,00**

26 Produkt 020105 Bewirtschaftung der (Wochen-)Märkte

Produktinformationen

Verantwortlich FD 32, Herr König

Produktbeschreibung

Sicherstellung des Betriebes der Wochenmärkte

Ordnungsbehördliche Abwicklung und organisatorische Unterstützung beim Wochenmarkt

Satzungsangelegenheiten

Erstellung der Betriebskostenabrechnung und der Gebührenkalkulation

Abrechnung der Standgebühren

Ziele

Durchführung der festgesetzten Märkte in Beckum und Neubeckum

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 020105 Bewirtschaftung der (Wochen-)Märkte

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	49.108,00	60.000,00	0,00	48.086,81	-11.913,19	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**49.108,00**	**60.000,00**	**0,00**	**48.086,81**	**-11.913,19**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	28.171,61	28.100,00	0,00	26.170,75	-1.929,25	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	39.823,79	44.050,00	0,00	42.896,38	-1.153,62	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	417,85	700,00	0,00	417,85	-282,15	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.574,34	1.950,00	0,00	1.803,25	-146,75	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**71.987,59**	**74.800,00**	**0,00**	**71.288,23**	**-3.511,77**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-22.879,59**	**-14.800,00**	**0,00**	**-23.201,42**	**-8.401,42**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-22.879,59**	**-14.800,00**	**0,00**	**-23.201,42**	**-8.401,42**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-22.879,59**	**-14.800,00**	**0,00**	**-23.201,42**	**-8.401,42**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	464,84	16.000,00	0,00	713,68	-15.286,32	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-23.344,43**	**-30.800,00**	**0,00**	**-23.915,10**	**6.884,90**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-23.344,43**	**-30.800,00**	**0,00**	**-23.915,10**	**6.884,90**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 020105 Bewirtschaftung der (Wochen-)Märkte

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	47.952,40	60.000,00	0,00	48.488,31	-11.511,69	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**47.952,40**	**60.000,00**	**0,00**	**48.488,31**	**-11.511,69**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	28.183,52	28.100,00	0,00	26.188,04	-1.911,96	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	38.035,37	50.261,48	6.211,48	51.098,62	837,14	1.918,63
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	3.586,81	1.950,00	0,00	1.786,45	-163,55	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**69.805,70**	**80.311,48**	**6.211,48**	**79.073,11**	**-1.238,37**	**1.918,63**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-21.853,30**	**-20.311,48**	**-6.211,48**	**-30.584,80**	**-10.273,32**	**-1.918,63**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	1.100,00	0,00	0,00	-1.100,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**1.100,00**	**0,00**	**0,00**	**-1.100,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**-1.100,00**	**0,00**	**0,00**	**1.100,00**	**0,00**

27 Produkt 020301 Personenstandswesen, Staatsangehörigkeitsangelegenheiten

Produktinformationen

Verantwortlich FD 33, Frau S. Knipping

Produktbeschreibung

Beurkundungen des Personenstandes u.a. Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle, Lebenspartnerschaften.

Anmeldung zur Eheschließung und deren Durchführung, Prüfung der Ehefähigkeit einschließlich Ausstellung von Ehefähigkeitszeugnissen.

Ausstellung von Personenstandsurkunden und beglaubigten Abschriften aus den Personenstandsregistern.

Anlegung und Fortführung der Personenstandsregister, Führung der Sammelakten zu den personenstandsrechtlichen Vorgängen.

Fortführung der Personenstandsregister einschl. Berichtigungen.

Nachbeurkundungen.

Anträge auf gerichtliche Berichtigungen von Personenstandseinträgen.

Beurkundung und Beglaubigung von Erklärungen, Einwilligungen und Zustimmungen zur Namensführung aufgrund in- und ausländischer familienrechtlicher Vorschriften sowie zur Anerkennung der Vaterschaft oder der Mutterschaft.

Eidesstattliche Versicherungen,

Leichenpässe,

Gebührenkasse.

Annahme von Anträgen auf Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit, Einbürgerung, Verzicht und Entlassung aus der Staatsangehörigkeit, Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit.

Ziele

Umsetzung des Personenstandsgesetzes (PStG)

Maßnahmen

Elektronische Führung der Personenstandsregister und Fortführung der Altregister.

Teilergebnisrechnung Produkt 020301 Personenstandswesen, Staatsangehörigkeitsangelegenheiten

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	35.978,50	45.000,00	0,00	34.476,05	-10.523,95	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.138,00	7.000,00	0,00	5.088,00	-1.912,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.320,00	10.000,00	0,00	5.127,40	-4.872,60	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**44.446,50**	**62.000,00**	**0,00**	**44.691,45**	**-17.308,55**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	199.259,67	198.750,00	0,00	227.246,28	28.496,28	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.800,44	3.150,00	0,00	2.661,91	-488,09	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	2.074,45	2.100,00	0,00	2.221,00	121,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.200,25	16.150,00	0,00	12.957,25	-3.192,75	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**217.334,81**	**220.150,00**	**0,00**	**245.086,44**	**24.936,44**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-172.888,31**	**-158.150,00**	**0,00**	**-200.394,99**	**-42.244,99**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-172.888,31**	**-158.150,00**	**0,00**	**-200.394,99**	**-42.244,99**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-172.888,31**	**-158.150,00**	**0,00**	**-200.394,99**	**-42.244,99**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.392,24	26.800,00	0,00	7.274,49	-19.525,51	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-177.280,55**	**-184.950,00**	**0,00**	**-207.669,48**	**-22.719,48**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-177.280,55**	**-184.950,00**	**0,00**	**-207.669,48**	**-22.719,48**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 020301 Personenstandswesen, Staatsangehörigkeitsangelegenheiten

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	35.958,50	45.000,00	0,00	34.486,05	-10.513,95	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.138,00	7.000,00	0,00	5.088,00	-1.912,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.320,00	10.000,00	0,00	5.127,40	-4.872,60	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	11,85	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**44.428,35**	**62.000,00**	**0,00**	**44.701,45**	**-17.298,55**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	199.187,21	198.750,00	0,00	227.060,27	28.310,27	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.170,66	3.779,78	629,78	3.291,69	-488,09	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	12.329,69	16.150,00	0,00	12.814,46	-3.335,54	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**214.687,56**	**218.679,78**	**629,78**	**243.166,42**	**24.486,64**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-170.259,21**	**-156.679,78**	**-629,78**	**-198.464,97**	**-41.785,19**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.038,08	200,00	0,00	778,46	578,46	1.230,48
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.038,08**	**200,00**	**0,00**	**778,46**	**578,46**	**1.230,48**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-1.038,08**	**-200,00**	**0,00**	**-778,46**	**-578,46**	**-1.230,48**

28 Produkt 020305 Organisation, Durchführung von Wahlen und Abstimmungen

Produktinformationen

Verantwortlich FD 33, Frau S. Knipping

Produktbeschreibung

Rechtliche, personelle und organisatorische Vorbereitung und Durchführung von Europa-, Bundestags-, Landtags-, Kreistags-, Gemeinde-, Landrats- und Bürgermeisterwahlen sowie Volksabstimmungen, Volksinitiativen, Bürgerentscheiden und Bürgerbegehren.

Ziele

Durchführung der Wahlen ohne rechtliche Beanstandung

Maßnahmen

Vorbereitung unter konsequenter Einhaltung eines Zeitmanagements
Schulung der Wahlhelfer

Teilergebnisrechnung Produkt 020305 Organisation, Durchführung von Wahlen und Abstimmungen

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9,52	150,00	0,00	9,52	-140,48	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	39.337,77	55.000,00	0,00	61.339,90	6.339,90	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**39.347,29**	**55.150,00**	**0,00**	**61.349,42**	**6.199,42**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	49.616,92	50.100,00	0,00	81.529,85	31.429,85	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	1.100,00	0,00	2.881,80	1.781,80	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	175,45	450,00	0,00	264,65	-185,35	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	32.242,02	75.900,00	0,00	101.444,28	25.544,28	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**82.034,39**	**127.550,00**	**0,00**	**186.120,58**	**58.570,58**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-42.687,10**	**-72.400,00**	**0,00**	**-124.771,16**	**-52.371,16**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-42.687,10**	**-72.400,00**	**0,00**	**-124.771,16**	**-52.371,16**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-42.687,10**	**-72.400,00**	**0,00**	**-124.771,16**	**-52.371,16**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	698,95	3.150,00	0,00	1.283,20	-1.866,80	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-43.386,05**	**-75.550,00**	**0,00**	**-126.054,36**	**-50.504,36**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-43.386,05**	**-75.550,00**	**0,00**	**-126.054,36**	**-50.504,36**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 020305 Organisation, Durchführung von Wahlen und Abstimmungen

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	39.337,77	55.000,00	0,00	61.339,90	6.339,90	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**39.337,77**	**55.000,00**	**0,00**	**61.339,90**	**6.339,90**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	50.357,20	50.100,00	0,00	81.352,81	31.252,81	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	59,75	1.100,00	0,00	2.883,50	1.783,50	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	32.924,75	75.900,00	0,00	101.441,75	25.541,75	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**83.341,70**	**127.100,00**	**0,00**	**185.678,06**	**58.578,06**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-44.003,93**	**-72.100,00**	**0,00**	**-124.338,16**	**-52.238,16**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.880,21	500,00	0,00	0,00	-500,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.880,21**	**500,00**	**0,00**	**0,00**	**-500,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-2.880,21**	**-500,00**	**0,00**	**0,00**	**500,00**	**0,00**

29 Produkt 020501 Feuerwehr und Brandschutz

Produktinformationen

Verantwortlich FD 37, Herr Scheele

Produktbeschreibung

In diesem Produkt werden alle notwendigen Maßnahmen für die gemeindliche Unterhaltung einer den örtlichen Verhältnissen entsprechenden leistungsfähigen Feuerwehr für den Brandschutz und die Hilfeleistung sowie die Mitwirkung am Katastrophenschutz im Sinne des § 3 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) abgebildet.

Pflichtaufgabe einer Feuerwehr ist nach § 1 Absatz 1 BHKG die Gewährleistung von vorbeugenden und abwehrenden Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung bei Brandgefahren (Brandschutz), bei Unglücksfällen oder solchen öffentlichen Notständen, die durch Naturereignisse, Explosionen oder ähnliche Vorkommnisse verursacht werden (Hilfeleistung) und bei Großeinsatzlagen und Katastrophen (Katastrophenschutz). Insbesondere der Katastrophenschutz und die dafür erforderliche Resilienz gewinnen aufgrund der aktuellen Ereignisse einen besonderen Stellenwert.

Ziele

Ziele:

Im Brandschutzbedarfsplane sowie seinen Anlagen werden Funktionalität und Qualität der Feuerwehr beleuchtet (IST-Zustand) und künftige Zielsetzungen und Maßnahmen (SOLL-Zustand) festgelegt, um eine leistungsfähige Feuerwehr zu unterhalten. Der Gesetzgeber fordert die Umsetzung dieser Maßnahmen innerhalb der Gültigkeit des politisch beschlossenen Brandschutzbedarfsplans. Darüber hinaus ist es von besonderer Bedeutung, attraktive Rahmenbedingungen und Angebote für die Feuerwehrangehörigen zu schaffen.

Maßnahmen

Das im Neubau befindliche Feuerwehrgerätehauses mit angeschlossener Rettungswache in Neubeckum wird planmäßig im 1. Halbjahr 2024 bezogen. Hier werden insbesondere am Anfang noch Zeit und finanzielle Mittel erforderlich sein, um den Standort als neue Basis der Feuerwehr und des Rettungsdienstes in Neubeckum optimal und attraktiv zu gestalten.

Wesentlicher baulicher Fokus liegt nun auf der Umsetzung des beschlossenen Neubaus der Feuer- und Rettungswache in Beckum. Das Raum- und Flächenprogramm ist politisch beschlossen und ist in 2024 in konkrete Planungen zu überzuführen. Parallel müssen ohne Verzug sämtliche möglichen Schritte erfolgen, damit der aktuelle, nicht mehr den Ansprüchen genügende Standort so schnell wie möglich aufgegeben werden kann. Gegebenenfalls sind noch Maßnahmen im Bestand erforderlich, die durch die Unfallkasse NRW gefordert werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, die Bedingungen für ehren- und hauptamtlichen Feuerwehrangehörigen nicht noch mehr zu verschlechtern.

Produktinformationen

Im Zentrum der interkommunalen Zusammenarbeit steht unter anderem die Waldbrandbekämpfung und die technische Hilfeleistung bei Unfällen und Unglücken auf Gleisanlagen. Unter Mitwir-kung von FD 37 im entsprechenden Arbeitskreis wird die Zusammenarbeit der Kreise Warendorf und Coesfeld und der Stadt Münster bei entsprechenden Gefahrenanlagen vorgeplant.

Maßnahmen

Kennzahlen bzw. Einsatzentwicklung

	2020	2021	2022		
Brände und Explosionen insgesamt	59	50	94		
Kleinbrände a	21	18	16		
Kleinbrände b	30	26	57		
Mittelbrände	6	5	18		
Großbrände	2	1			3
Hilfeleistungen insgesamt	606	668	517		
Menschen in Notlage	69	40	88		
Tiere in Notlage	10	10	8		
Gefahrguteinsätze	1	9	0		
Wasser- und Sturmschäden	270	204	82		
Verkehrsunfälle und -störungen	63	97	83		
Betriebsunfälle		0	0	0	
Überörtliche Hilfeleistungen		6	4	3	
Sonstige Einsätze/Ölspureinsätze	98	230	122		
First Responder/Rettungsdienst	89	74	131		

Teilergebnisrechnung Produkt 020501 Feuerwehr und Brandschutz

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	173.631,18	169.750,00	0,00	176.856,50	7.106,50	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	25.088,31	20.000,00	0,00	17.687,43	-2.312,57	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	143,12	0,00	0,00	972,52	972,52	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	381.319,96	351.400,00	0,00	418.826,13	67.426,13	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	15.219,84	14.500,00	0,00	14.452,48	-47,52	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**595.402,41**	**555.650,00**	**0,00**	**628.795,06**	**73.145,06**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	1.520.103,91	1.837.350,00	0,00	1.805.162,05	-32.187,95	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	280.230,88	242.400,00	0,00	229.711,81	-12.688,19	7.539,36
14	– Bilanzielle Abschreibungen	465.216,62	639.350,00	0,00	603.016,14	-36.333,86	0,00
15	– Transferaufwendungen	14.222,30	16.350,00	0,00	15.213,00	-1.137,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	379.613,99	319.880,86	29.030,86	466.592,64	146.711,78	14.773,16
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**2.659.387,70**	**3.055.330,86**	**29.030,86**	**3.119.695,64**	**64.364,78**	**22.312,52**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-2.063.985,29**	**-2.499.680,86**	**-29.030,86**	**-2.490.900,58**	**8.780,28**	**-22.312,52**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-2.063.985,29**	**-2.499.680,86**	**-29.030,86**	**-2.490.900,58**	**8.780,28**	**-22.312,52**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-2.063.985,29**	**-2.499.680,86**	**-29.030,86**	**-2.490.900,58**	**8.780,28**	**-22.312,52**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	117.209,51	186.400,00	0,00	128.125,45	-58.274,55	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-2.181.194,80**	**-2.686.080,86**	**-29.030,86**	**-2.619.026,03**	**67.054,83**	**-22.312,52**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-2.181.194,80**	**-2.686.080,86**	**-29.030,86**	**-2.619.026,03**	**67.054,83**	**-22.312,52**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	50.215,00	0,00	0,00	7.611,00	7.611,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	3,00	0,00	0,00	3,00	3,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**50.212,00**	**0,00**	**0,00**	**7.608,00**	**7.608,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 020501 Feuerwehr und Brandschutz

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.000,00	10.000,00	0,00	3.076,40	-6.923,60	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	26.462,01	20.000,00	0,00	18.173,68	-1.826,32	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	435,00	0,00	0,00	60,12	60,12	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	366.119,68	351.400,00	0,00	386.807,38	35.407,38	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	927,76	50,00	0,00	50,22	0,22	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**396.944,45**	**381.450,00**	**0,00**	**408.167,80**	**26.717,80**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	1.552.425,37	1.837.381,58	31,58	1.865.038,10	27.656,52	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	299.425,23	245.272,26	2.872,26	228.009,99	-17.262,27	11.517,05
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	14.222,30	16.350,00	0,00	15.213,00	-1.137,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	376.154,73	343.980,23	82.630,23	426.853,37	82.873,14	69.473,66
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**2.242.227,63**	**2.442.984,07**	**85.534,07**	**2.535.114,46**	**92.130,39**	**80.990,71**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-1.845.283,18**	**-2.061.534,07**	**-85.534,07**	**-2.126.946,66**	**-65.412,59**	**-80.990,71**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	146.582,53	119.000,00	0,00	203.945,84	84.945,84	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	50.220,00	0,00	0,00	7.613,00	7.613,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**196.802,53**	**119.000,00**	**0,00**	**211.558,84**	**92.558,84**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.563.062,18	3.523.823,05	799.223,05	1.272.176,26	-2.251.646,79	108.516,78
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	563.482,33	1.656.838,30	339.138,30	1.055.016,61	-601.821,69	417.760,02
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**3.126.544,51**	**5.180.661,35**	**1.138.361,35**	**2.327.192,87**	**-2.853.468,48**	**526.276,80**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-2.929.741,98**	**-5.061.661,35**	**-1.138.361,35**	**-2.115.634,03**	**2.946.027,32**	**-526.276,80**

30 Produkt 020505 Rettungsdienst und Krankentransport

Produktinformationen

Verantwortlich FD 37, Herr Scheele

Produktbeschreibung

In diesem Produkt werden alle notwendigen Maßnahmen für die Unterhaltung eines Rettungsdienstes zur Durchführung von Notfallrettungen und Krankentransporte im Sinne des § 2 des Gesetzes über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer (Rettungsdienstgesetz NRW - RettG NRW) abgebildet.

Gemäß § 9 Absatz 1 RettG halten die Rettungswachen die nach dem Bedarfsplan notwendigen Rettungsmittel sowie das erforderliche Personal bereit und führen die Einsätze durch. Auf Anweisung der Leitstelle haben die Rettungswachen auch Einsätze außerhalb ihres Bereichs auszuführen.

Ziele

Ziele

Die durch die Feuer- und Rettungswache Beckum vorzuhaltenden Rettungsmittel inkl. Vorhaltezeiten sowie die notwendige Personalstärke inkl. der vorzuweisenden Aus- und Fortbildungsanforderungen sind im aktuell gültigen Rettungsdienstbedarfsplan des Kreises Warendorf geregelt. Die im Rahmen dessen verabschiedeten Rahmenbedingungen entfalten unmittelbare Auswirkungen gegenüber den Rettungswachen des Kreises Warendorf und sind somit vollumfänglich zu erfüllen.

Der aktuelle Rettungsdienstbedarfsplan des Kreises Warendorf mitsamt seinen Anlagen ist im De-zember 2022 in Kraft getreten und befindet sich aufgrund der stetig steigenden Einsatzzahlen be-reits wieder in der Fortschreibung. Etwaige Veränderungen im Personal- und Fahrzeugbereich fließwerden idealerweise in das Raum- und Flächenprogramm zum Neubau der Feuer- und Rettungswache in Beckum ein.

Maßnahmen

Im Jahre 2023 wurde mit dem Neubau des Feuerwehrgerätehauses mit angeschlossener Rettungswache am Standort Neubeckum begonnen; mit einer Fertigstellung ist im 1. Halbjahr 2024 zu rechnen. Im Haushaltsjahr 2024 sind entsprechende Mittel für die Betriebs- und Geschäftsausstattung für den Standort Neubeckum inkludiert.

Darüber hinaus muss der Neubau der Feuer- und Rettungswache in Beckum – wie in der Produktinformation zum Produkt 020501 näher beschrieben – in den Fokus rücken.

Im Frühjahr 2020 hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales die flächendeckende Einführung des Telenotarzt-Systems in NRW auf den Weg gebracht. Die Stadt Münster stellt eine Trägergemeinschaft mit den Kreisen Borken, Warendorf, Coesfeld, Steinfurt und Recklinghausen dar und beabsichtigt die Grundlage in 2024 zu schaffen. Die Stadt Beckum hat als Trägerin der Rettungswachen in Beckum und Neubeckum anteilige Kosten der Trägergemeinschaft sowie die

Produktinformationen

technische Ausstattung der eigenen Rettungsmittel zu tragen. Im Haushaltsjahr 2024 sind erstmalig entsprechende Aufwendungen für den Betrieb eines Telenotarzt-Systems sowie A

Maßnahmen

Kennzahlen bzw. Einsatzentwicklung

	2020	2021	2022
Rettungsdienst insgesamt	7 183	8 335	8 959
Notfalleinsätze	6 230	7 417	7 963
Krankentransporte	953	918	996
Fahrzeugbezogene Auswertung			
Rettungswagen FuR Beckum (RTW)	2 491	3 437	3 906
Rettungswagen Außenwache NB (RTW)	2 180	2 144	2 227
Notarzteinsatzfahrzeug (NEF)	1 559	1 836	1 830
Krankentransportwagen (KTW)	953	918	996

Hinweis: Der zeitgleiche Einsatz von mehreren Rettungsdienstfahrzeugen (z. B. RTW mit NEF/NA) ist nicht unüblich. Während diese gemeinsamen Einsätze in der Gesamtsumme als ein zusammenhängender Notfalleinsatz statistisch erfasst werden, wird bei der fahrzeugbezogenen Auswertung eine differenzierte Zählung vorgenommen. Zudem sind die nicht anrechnungsfähigen Fehleinsät-ze sowie Brandgleitfahrten in den obigen Summen mit inbegriffen.

Gebührenhaushalt Rettungsdienst

Der Gebührenkalkulation werden die zu erwartenden Einsatzzahlen für das zu kalkulierende Jahr sowie die laut Haushaltsplan veranschlagten betriebsbedingten Kosten des Rettungsdienstes inkl. eventueller Über- und Unterdeckungen aus Vorjahren zu Grunde gelegt. Für die Erhebung der Gebühren gilt das Kostendeckungsprinzip.

Die Gebührensatzung vom 20. Mai 2022 soll neu kalkuliert und in eine neue Satzung zum 01.01.2024 überfließen.

Die bis dahin gültigen Benutzungsgebühren der Rettungsmittel setzen sich wie folgt zusammen:

Rettungsmittel	ansatzfähige Kosten	Einsätze 2021	Gebührenhöhe
KTW	400.657,77 Euro	918	ca. 436,00 Euro
RTW	3.395.069,42 Euro	4 465	ca. 760,00 Euro
NEF	961.321,15 Euro	1 675	ca. 573,00 Euro
Notarzt (NA)	729.385,54 Euro	1 675	ca. 435,00 Euro

Teilergebnisrechnung Produkt 020505 Rettungsdienst und Krankentransport

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.500.363,00	6.730.000,00	0,00	6.142.317,00	-587.683,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	94.578,84	12.000,00	0,00	35.733,84	23.733,84	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.666,08	450,00	0,00	6.689,73	6.239,73	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**5.596.607,92**	**6.742.450,00**	**0,00**	**6.184.740,57**	**-557.709,43**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	2.622.352,49	2.740.900,00	0,00	2.673.293,47	-67.606,53	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	680.176,67	763.600,00	0,00	732.816,07	-30.783,93	16.611,96
14	– Bilanzielle Abschreibungen	298.138,15	337.550,00	0,00	269.761,30	-67.788,70	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	922.763,54	1.002.224,24	51.724,24	967.146,60	-35.077,64	48.497,76
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**4.523.430,85**	**4.844.274,24**	**51.724,24**	**4.643.017,44**	**-201.256,80**	**65.109,72**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**1.073.177,07**	**1.898.175,76**	**-51.724,24**	**1.541.723,13**	**-356.452,63**	**-65.109,72**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**1.073.177,07**	**1.898.175,76**	**-51.724,24**	**1.541.723,13**	**-356.452,63**	**-65.109,72**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**1.073.177,07**	**1.898.175,76**	**-51.724,24**	**1.541.723,13**	**-356.452,63**	**-65.109,72**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	57.011,93	107.700,00	0,00	80.073,31	-27.626,69	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**1.016.165,14**	**1.790.475,76**	**-51.724,24**	**1.461.649,82**	**-328.825,94**	**-65.109,72**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**1.016.165,14**	**1.790.475,76**	**-51.724,24**	**1.461.649,82**	**-328.825,94**	**-65.109,72**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	23.830,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	17,00	0,00	0,00	13,00	13,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**23.813,00**	**0,00**	**0,00**	**-13,00**	**-13,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 020505 Rettungsdienst und Krankentransport

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.556.176,19	6.730.000,00	0,00	5.646.858,00	-1.083.142,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100.366,13	12.000,00	0,00	35.754,58	23.754,58	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	32,88	0,00	0,00	7.939,45	7.939,45	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**5.656.575,20**	**6.742.000,00**	**0,00**	**5.690.552,03**	**-1.051.447,97**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	2.599.538,69	2.740.900,00	0,00	2.655.202,95	-85.697,05	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	683.390,97	771.197,24	7.597,24	736.782,87	-34.414,37	28.613,29
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	904.895,02	1.000.474,24	51.774,24	917.474,90	-82.999,34	81.526,40
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**4.187.824,68**	**4.512.571,48**	**59.371,48**	**4.309.460,72**	**-203.110,76**	**110.139,69**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**1.468.750,52**	**2.229.428,52**	**-59.371,48**	**1.381.091,31**	**-848.337,21**	**-110.139,69**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	23.832,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**23.832,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	373.581,72	1.229.832,50	31.032,50	109.635,00	-1.120.197,50	171.954,45
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**373.581,72**	**1.229.832,50**	**31.032,50**	**109.635,00**	**-1.120.197,50**	**171.954,45**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-349.749,72**	**-1.229.832,50**	**-31.032,50**	**-109.635,00**	**1.120.197,50**	**-171.954,45**

03 Schulträgeraufgaben

030101	Zentrale Schulträgeraufgaben	030501	Albertus-Magnus-Gymnasium
030200	Grundschule an den Kastanien	030502	Kopernikus-Gymnasium
030203	Martin-Grundschule	030505	Weiterbildungskolleg (Abendgymnasium)
030205	Grundschulverbund Sonnenschule inkl. Teilstandort Vellern	030801	Sekundarschule
030206	Bodelschwingh-Grundschule	030701	Gesamtschule Ennigerloh-Neubeckum
030207	Roncalli-Grundschule		

Teilergebnisrechnung Produkt 03 Schulträgeraufgaben

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.909.777,97	2.014.250,00	0,00	2.021.692,94	7.442,94	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	720.211,80	648.000,00	0,00	661.929,65	13.929,65	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	14.317,97	14.500,00	0,00	15.571,14	1.071,14	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	74.631,08	18.050,00	0,00	45.174,18	27.124,18	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	28.881,43	26.300,00	0,00	28.446,26	2.146,26	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**2.747.820,25**	**2.721.100,00**	**0,00**	**2.772.814,17**	**51.714,17**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	1.730.116,55	1.757.950,00	0,00	1.797.105,37	39.155,37	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.516.875,42	1.865.889,86	20.189,86	1.595.683,05	-270.206,81	24.399,02
14	– Bilanzielle Abschreibungen	1.887.283,05	1.913.600,00	0,00	2.001.210,34	87.610,34	0,00
15	– Transferaufwendungen	2.013.547,93	2.505.900,00	0,00	2.399.657,11	-106.242,89	60.000,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	389.872,99	411.050,00	0,00	438.755,43	27.705,43	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**7.537.695,94**	**8.454.389,86**	**20.189,86**	**8.232.411,30**	**-221.978,56**	**84.399,02**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-4.789.875,69**	**-5.733.289,86**	**-20.189,86**	**-5.459.597,13**	**273.692,73**	**-84.399,02**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	3.072,61	3.072,61	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-3.072,61**	**-3.072,61**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-4.789.875,69**	**-5.733.289,86**	**-20.189,86**	**-5.462.669,74**	**270.620,12**	**-84.399,02**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-4.789.875,69**	**-5.733.289,86**	**-20.189,86**	**-5.462.669,74**	**270.620,12**	**-84.399,02**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.259.823,66	2.036.350,00	0,00	1.430.383,39	-605.966,61	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-6.049.699,35**	**-7.769.639,86**	**-20.189,86**	**-6.893.053,13**	**876.586,73**	**-84.399,02**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-6.049.699,35**	**-7.769.639,86**	**-20.189,86**	**-6.893.053,13**	**876.586,73**	**-84.399,02**

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	150,29	150,29	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegen-ständen	129,00	0,00	0,00	273,00	273,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-129,00**	**0,00**	**0,00**	**-122,71**	**-122,71**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 03 Schulträgeraufgaben

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.312.773,50	1.407.350,00	0,00	1.423.719,08	16.369,08	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	577.451,92	648.000,00	0,00	622.754,55	-25.245,45	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	18.072,91	14.500,00	0,00	14.493,97	-6,03	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	68.635,97	18.050,00	0,00	33.334,00	15.284,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	2.087,66	0,00	0,00	2.872,54	2.872,54	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.979.021,96**	**2.087.900,00**	**0,00**	**2.097.174,14**	**9.274,14**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	1.744.144,08	1.757.950,00	0,00	1.797.456,64	39.506,64	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.455.043,69	1.991.613,12	145.913,12	1.635.546,82	-356.066,30	104.724,98
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	3.072,61	3.072,61	0,00
14	– Transferauszahlungen	2.040.171,19	2.562.012,83	56.112,83	2.384.264,72	-177.748,11	116.200,00
15	– Sonstige Auszahlungen	379.380,34	415.896,76	5.046,76	397.085,91	-18.810,85	5.703,95
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**5.618.739,30**	**6.727.472,71**	**207.072,71**	**6.217.426,70**	**-510.046,01**	**226.628,93**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-3.639.717,34**	**-4.639.572,71**	**-207.072,71**	**-4.120.252,56**	**519.320,15**	**-226.628,93**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	418.586,76	925.400,00	0,00	119.336,51	-806.063,49	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	148,78	148,78	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**418.586,76**	**925.400,00**	**0,00**	**119.485,29**	**-805.914,71**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.147.996,83	5.338.213,03	431.013,03	2.444.439,61	-2.893.773,42	841.315,75
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	515.982,94	1.525.228,99	1.070.678,99	350.044,29	-1.175.184,70	202.139,19
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.663.979,77**	**6.863.442,02**	**1.501.692,02**	**2.794.483,90**	**-4.068.958,12**	**1.043.454,94**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-1.245.393,01**	**-5.938.042,02**	**-1.501.692,02**	**-2.674.998,61**	**3.263.043,41**	**-1.043.454,94**

31 Produkt 030101 Zentrale Schulträgeraufgaben

Produktinformationen

Verantwortlich FD 40, Frau Bogatz

Produktbeschreibung

Durchführung übergreifender Aufgaben des Schulträgers für alle städtischen Schulen (Organisation, Verwaltungsführung, Information, Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Unterstützung von und für die Schulen) zur Sicherstellung eines geordneten Schulbetriebes.

Angelegenheiten des Schulausschusses

Sicherstellung der Schülerbeförderung für den Bereich der Stadt Beckum

Übernahme der Fahrkosten, Bereitstellung der Lernmittel im Rahmen Lernmittelfreiheit/Erstattung Elternbeitrag

Ziele

Sicherstellung eines ausreichenden Schulangebotes in Beckum

Optimierung der Schülerbeförderung

Maßnahmen

Schulentwicklungsplanung
Bedarfsanalysen

Teilergebnisrechnung Produkt 030101 Zentrale Schulträgeraufgaben

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.246.385,56	1.360.350,00	0,00	1.324.490,89	-35.859,11	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	720.211,80	648.000,00	0,00	661.929,65	13.929,65	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	56.429,82	50,00	0,00	21.300,33	21.250,33	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	16,21	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**2.023.043,39**	**2.008.400,00**	**0,00**	**2.007.720,87**	**-679,13**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	276.620,31	278.600,00	0,00	284.835,74	6.235,74	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	48.429,08	88.850,00	0,00	55.448,37	-33.401,63	5.417,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	17.919,63	19.900,00	0,00	19.389,38	-510,62	0,00
15	– Transferaufwendungen	1.850.596,56	2.332.250,00	0,00	2.194.955,59	-137.294,41	60.000,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	60.817,21	59.000,00	0,00	103.527,20	44.527,20	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**2.254.382,79**	**2.778.600,00**	**0,00**	**2.658.156,28**	**-120.443,72**	**65.417,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-231.339,40**	**-770.200,00**	**0,00**	**-650.435,41**	**119.764,59**	**-65.417,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	3.072,61	3.072,61	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-3.072,61**	**-3.072,61**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-231.339,40**	**-770.200,00**	**0,00**	**-653.508,02**	**116.691,98**	**-65.417,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-231.339,40**	**-770.200,00**	**0,00**	**-653.508,02**	**116.691,98**	**-65.417,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	9.328,14	106.050,00	0,00	18.240,64	-87.809,36	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-240.667,54**	**-876.250,00**	**0,00**	**-671.748,66**	**204.501,34**	**-65.417,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-240.667,54**	**-876.250,00**	**0,00**	**-671.748,66**	**204.501,34**	**-65.417,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 030101 Zentrale Schulträgeraufgaben

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.240.346,71	1.353.500,00	0,00	1.317.230,67	-36.269,33	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	577.451,92	648.000,00	0,00	622.754,55	-25.245,45	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	50.615,02	50,00	0,00	13.414,50	13.364,50	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	16,21	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.868.429,86**	**2.001.550,00**	**0,00**	**1.953.399,72**	**-48.150,28**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	277.647,84	278.600,00	0,00	285.187,01	6.587,01	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	47.840,03	91.080,75	2.230,75	51.271,44	-39.809,31	5.417,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	3.072,61	3.072,61	0,00
14	– Transferauszahlungen	1.874.898,97	2.355.137,83	22.887,83	2.179.484,05	-175.653,78	82.500,00
15	– Sonstige Auszahlungen	48.972,07	59.000,00	0,00	60.817,84	1.817,84	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**2.249.358,91**	**2.783.818,58**	**25.118,58**	**2.579.832,95**	**-203.985,63**	**87.917,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-380.929,05**	**-782.268,58**	**-25.118,58**	**-626.433,23**	**155.835,35**	**-87.917,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	340.140,83	330.400,00	0,00	115.271,27	-215.128,73	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**340.140,83**	**330.400,00**	**0,00**	**115.271,27**	**-215.128,73**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	3.445,00	865.259,23	847.009,23	29.256,99	-836.002,24	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**3.445,00**	**865.259,23**	**847.009,23**	**29.256,99**	**-836.002,24**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**336.695,83**	**-534.859,23**	**-847.009,23**	**86.014,28**	**620.873,51**	**0,00**

32 Produkt 030200 Grundschule an den Kastanien

Produktinformationen

Verantwortlich FD 40, Frau Bogatz

Produktbeschreibung

Umsetzung des den Schulträger betreffenden Bildungs- und Erziehungsauftrages im Bereich der Grundschule, insbesondere Bereitstellung und Gestaltung der räumlich-technischen Rahmenbedingungen.

Steuerung der Verwaltung, Bewirtschaftung und Betrieb der Grundschule.

Ziele

Bedarfsgerechte Bereitstellung von Sachmitteln

Sicherstellung eines angemessenen Raumangebotes

Maßnahmen

Bedarfsabfragen
Bedarfsanalysen

Teilergebnisrechnung Produkt 030200 Grundschule an den Kastanien

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	36.681,02	36.650,00	0,00	36.681,02	31,02	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	111,48	0,00	0,00	617,37	617,37	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.816,12	950,00	0,00	960,45	10,45	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**38.608,62**	**37.600,00**	**0,00**	**38.258,84**	**658,84**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	179.791,26	182.800,00	0,00	167.324,70	-15.475,30	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	132.792,83	170.600,00	0,00	135.018,81	-35.581,19	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	193.282,85	191.900,00	0,00	191.280,03	-619,97	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	35.021,16	36.400,00	0,00	35.815,99	-584,01	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**540.888,10**	**581.700,00**	**0,00**	**529.439,53**	**-52.260,47**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-502.279,48**	**-544.100,00**	**0,00**	**-491.180,69**	**52.919,31**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-502.279,48**	**-544.100,00**	**0,00**	**-491.180,69**	**52.919,31**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-502.279,48**	**-544.100,00**	**0,00**	**-491.180,69**	**52.919,31**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	128.452,76	167.700,00	0,00	151.586,47	-16.113,53	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-630.732,24**	**-711.800,00**	**0,00**	**-642.767,16**	**69.032,84**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-630.732,24**	**-711.800,00**	**0,00**	**-642.767,16**	**69.032,84**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	6,00	6,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-6,00**	**-6,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 030200 Grundschule an den Kastanien

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	111,48	0,00	0,00	617,37	617,37	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	840,00	840,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**111,48**	**0,00**	**0,00**	**1.457,37**	**1.457,37**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	179.791,26	182.800,00	0,00	167.324,70	-15.475,30	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	145.969,54	179.056,39	8.456,39	139.938,08	-39.118,31	3.920,63
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	33.980,76	36.796,05	396,05	35.961,81	-834,24	250,23
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**359.741,56**	**398.652,44**	**8.852,44**	**343.224,59**	**-55.427,85**	**4.170,86**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-359.630,08**	**-398.652,44**	**-8.852,44**	**-341.767,22**	**56.885,22**	**-4.170,86**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	45.524,88	211,32	211,32	327,94	116,62	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	31.360,42	50.276,08	32.926,08	47.407,43	-2.868,65	2.771,87
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**76.885,30**	**50.487,40**	**33.137,40**	**47.735,37**	**-2.752,03**	**2.771,87**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-76.885,30**	**-50.487,40**	**-33.137,40**	**-47.735,37**	**2.752,03**	**-2.771,87**

33 Produkt 030203 Martin-Grundschule

Produktinformationen

Verantwortlich FD 40, Frau Bogatz

Produktbeschreibung

Umsetzung des den Schulträger betreffenden Bildungs- und Erziehungsauftrages im Bereich der Grundschule, insbesondere Bereitstellung und Gestaltung der räumlich-technischen Rahmenbedingungen.

Steuerung der Verwaltung, Bewirtschaftung und Betrieb der Grundschule

Ziele

Bedarfsgerechte Bereitstellung von Sachmitteln

Sicherstellung eines angemessenen Raumangebotes

Maßnahmen

Bedarfsabfragen
Bedarfsanalysen

Teilergebnisrechnung Produkt 030203 Martin-Grundschule

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	42.390,78	44.350,00	0,00	42.390,76	-1.959,24	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	57,67	0,00	0,00	559,65	559,65	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	6,13	0,00	0,00	6,13	6,13	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**42.454,58**	**44.350,00**	**0,00**	**42.956,54**	**-1.393,46**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	96.095,37	98.750,00	0,00	99.554,49	804,49	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	108.803,50	122.055,22	1.955,22	100.589,02	-21.466,20	3.841,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	88.652,52	90.750,00	0,00	90.420,94	-329,06	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	29.685,27	32.800,00	0,00	32.284,62	-515,38	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**323.236,66**	**344.355,22**	**1.955,22**	**322.849,07**	**-21.506,15**	**3.841,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-280.782,08**	**-300.005,22**	**-1.955,22**	**-279.892,53**	**20.112,69**	**-3.841,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-280.782,08**	**-300.005,22**	**-1.955,22**	**-279.892,53**	**20.112,69**	**-3.841,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-280.782,08**	**-300.005,22**	**-1.955,22**	**-279.892,53**	**20.112,69**	**-3.841,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	103.386,26	107.300,00	0,00	94.649,20	-12.650,80	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-384.168,34**	**-407.305,22**	**-1.955,22**	**-374.541,73**	**32.763,49**	**-3.841,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-384.168,34**	**-407.305,22**	**-1.955,22**	**-374.541,73**	**32.763,49**	**-3.841,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	5,00	0,00	0,00	7,00	7,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-5,00**	**0,00**	**0,00**	**-7,00**	**-7,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 030203 Martin-Grundschule

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	57,67	0,00	0,00	559,65	559,65	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	319,64	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**377,31**	**0,00**	**0,00**	**559,65**	**559,65**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	96.095,37	98.750,00	0,00	99.554,49	804,49	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	107.249,44	124.969,72	4.869,72	99.384,32	-25.585,40	7.844,49
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	30.410,81	33.023,08	223,08	32.639,09	-383,99	119,74
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**233.755,62**	**256.742,80**	**5.092,80**	**231.577,90**	**-25.164,90**	**7.964,23**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-233.378,31**	**-256.742,80**	**-5.092,80**	**-231.018,25**	**25.724,55**	**-7.964,23**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	84.000,00	0,00	30.976,18	-53.023,82	7.161,42
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	46.499,73	33.859,48	3.259,48	30.115,14	-3.744,34	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**46.499,73**	**117.859,48**	**3.259,48**	**61.091,32**	**-56.768,16**	**7.161,42**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-46.499,73**	**-117.859,48**	**-3.259,48**	**-61.091,32**	**56.768,16**	**-7.161,42**

34 Produkt 030204 Paul-Gerhardt-Grundschule

Produktinformationen

Verantwortlich FD 40, Frau Bogatz

Produktbeschreibung

Umsetzung des den Schulträger betreffenden Bildungs- und Erziehungsauftrages im Bereich der Grundschule, insbesondere Bereitstellung und Gestaltung der räumlich-technischen Rahmenbedingungen.

Steuerung der Verwaltung, Bewirtschaftung und Betrieb der Grundschule

Ziele

Bedarfsgerechte Bereitstellung von Sachmitteln

Sicherstellung eines angemessenen Raumangebotes

Maßnahmen

Bedarfsabfragen
Bedarfsanalysen

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 030204 Paul-Gerhardt-Grundschule

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

35 Produkt 030205 Grundschulverbund Sonnenschule inkl. Teilstandort Vellern

Produktinformationen

Verantwortlich FD 40, Frau Bogatz

Produktbeschreibung

Umsetzung des den Schulträger betreffenden Bildungs- und Erziehungsauftrages im Bereich der Grundschule, insbesondere Bereitstellung und Gestaltung der räumlich-technischen Rahmenbedingungen.

Steuerung der Verwaltung, Bewirtschaftung und Betrieb der Grundschule

Ziele

Bedarfsgerechte Bereitstellung von Sachmitteln

Sicherstellung eines angemessenen Raumangebotes

Maßnahmen

Bedarfsabfragen
Bedarfsanalysen

Teilergebnisrechnung Produkt 030205 Grundschulverbund Sonnenschule inkl. Teilstandort Vellern

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	75.952,07	75.950,00	0,00	75.952,05	2,05	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	86,40	0,00	0,00	4.596,90	4.596,90	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	321,85	300,00	0,00	415,78	115,78	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**76.360,32**	**76.250,00**	**0,00**	**80.964,73**	**4.714,73**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	141.530,21	139.200,00	0,00	160.997,15	21.797,15	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	156.093,18	177.150,00	2.000,00	173.516,86	-3.633,14	3.443,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	144.556,09	148.450,00	0,00	152.891,88	4.441,88	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	31.641,45	31.950,00	0,00	33.552,39	1.602,39	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**473.820,93**	**496.750,00**	**2.000,00**	**520.958,28**	**24.208,28**	**3.443,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-397.460,61**	**-420.500,00**	**-2.000,00**	**-439.993,55**	**-19.493,55**	**-3.443,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-397.460,61**	**-420.500,00**	**-2.000,00**	**-439.993,55**	**-19.493,55**	**-3.443,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-397.460,61**	**-420.500,00**	**-2.000,00**	**-439.993,55**	**-19.493,55**	**-3.443,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	116.731,75	214.300,00	0,00	121.476,68	-92.823,32	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-514.192,36**	**-634.800,00**	**-2.000,00**	**-561.470,23**	**73.329,77**	**-3.443,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-514.192,36**	**-634.800,00**	**-2.000,00**	**-561.470,23**	**73.329,77**	**-3.443,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	42,00	0,00	0,00	55,00	55,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-42,00**	**0,00**	**0,00**	**-55,00**	**-55,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 030205 Grundschulverbund Sonnenschule inkl. Teilstandort Vellern

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	86,40	0,00	0,00	531,66	531,66	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	123,45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**209,85**	**0,00**	**0,00**	**531,66**	**531,66**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	154.530,21	139.200,00	0,00	160.997,15	21.797,15	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	145.512,92	192.355,31	17.205,31	178.907,06	-13.448,25	13.250,73
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	31.576,75	32.312,19	362,19	33.958,57	1.646,38	219,41
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**331.619,88**	**363.867,50**	**17.567,50**	**373.862,78**	**9.995,28**	**13.470,14**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-331.410,03**	**-363.867,50**	**-17.567,50**	**-373.331,12**	**-9.463,62**	**-13.470,14**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	4.065,24	4.065,24	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**4.065,24**	**4.065,24**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	598.910,65	1.707.274,50	24.774,50	389.558,82	-1.317.715,68	160.451,11
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	9.455,09	58.791,27	19.491,27	33.340,88	-25.450,39	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**608.365,74**	**1.766.065,77**	**44.265,77**	**422.899,70**	**-1.343.166,07**	**160.451,11**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-608.365,74**	**-1.766.065,77**	**-44.265,77**	**-418.834,46**	**1.347.231,31**	**-160.451,11**

36 Produkt 030206 Bodelschwingh-Grundschule

Produktinformationen

Verantwortlich FD 40, Frau Bogatz

Produktbeschreibung

Umsetzung des den Schulträger betreffenden Bildungs- und Erziehungsauftrages im Bereich der Grundschule, insbesondere Bereitstellung und Gestaltung der räumlich-technischen Rahmenbedingungen.

Steuerung der Verwaltung, Bewirtschaftung und Betrieb der Grundschule

Ziele

Bedarfsgerechte Bereitstellung von Sachmitteln

Sicherstellung eines angemessenen Raumangebotes

Maßnahmen

Bedarfsanfragen
Bedarfsanalysen

Teilergebnisrechnung Produkt 030206 Bodelschwingh-Grundschule

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	55.774,28	55.750,00	0,00	55.774,29	24,29	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	51,18	0,00	0,00	484,45	484,45	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	837,03	750,00	0,00	784,56	34,56	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**56.662,49**	**56.500,00**	**0,00**	**57.043,30**	**543,30**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	98.213,13	100.300,00	0,00	104.106,05	3.806,05	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	96.440,85	112.100,00	0,00	90.960,68	-21.139,32	3.530,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	106.742,06	108.200,00	0,00	107.491,93	-708,07	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.870,54	28.100,00	0,00	25.634,60	-2.465,40	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**326.266,58**	**348.700,00**	**0,00**	**328.193,26**	**-20.506,74**	**3.530,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-269.604,09**	**-292.200,00**	**0,00**	**-271.149,96**	**21.050,04**	**-3.530,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-269.604,09**	**-292.200,00**	**0,00**	**-271.149,96**	**21.050,04**	**-3.530,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-269.604,09**	**-292.200,00**	**0,00**	**-271.149,96**	**21.050,04**	**-3.530,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	100.225,78	119.150,00	0,00	99.612,73	-19.537,27	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-369.829,87**	**-411.350,00**	**0,00**	**-370.762,69**	**40.587,31**	**-3.530,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-369.829,87**	**-411.350,00**	**0,00**	**-370.762,69**	**40.587,31**	**-3.530,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	3,00	3,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-3,00**	**-3,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 030206 Bodelschwingh-Grundschule

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	51,18	0,00	0,00	484,45	484,45	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**51,18**	**0,00**	**0,00**	**484,45**	**484,45**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	98.213,13	100.300,00	0,00	104.106,05	3.806,05	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	93.282,88	117.651,08	5.551,08	93.302,14	-24.348,94	6.891,77
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	24.889,25	28.198,26	98,26	25.844,03	-2.354,23	94,86
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**216.385,26**	**246.149,34**	**5.649,34**	**223.252,22**	**-22.897,12**	**6.986,63**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-216.334,08**	**-246.149,34**	**-5.649,34**	**-222.767,77**	**23.381,57**	**-6.986,63**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	28.000,00	500.000,00	0,00	7.216,06	-492.783,94	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	32.903,61	31.540,25	10.540,25	13.783,57	-17.756,68	7.082,50
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**60.903,61**	**531.540,25**	**10.540,25**	**20.999,63**	**-510.540,62**	**7.082,50**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-60.903,61**	**-531.540,25**	**-10.540,25**	**-20.999,63**	**510.540,62**	**-7.082,50**

37 Produkt 030207 Roncalli-Grundschule

Produktinformationen

Verantwortlich FD 40, Frau Bogatz

Produktbeschreibung

Umsetzung des den Schulträger betreffenden Bildungs- und Erziehungsauftrages im Bereich der Grundschule, insbesondere Bereitstellung und Gestaltung der räumlich-technischen Rahmenbedingungen.

Steuerung der Verwaltung, Bewirtschaftung und Betrieb der Grundschule

Ziele

Bedarfsgerechte Bereitstellung von Sachmitteln

Sicherstellung eines angemessenen Raumangebotes

Maßnahmen

Bedarfsanfragen
Bedarfsanalysen

Teilergebnisrechnung Produkt 030207 Roncalli-Grundschule

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	38.292,64	38.250,00	0,00	38.292,64	42,64	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.381,81	0,00	0,00	2.000,70	2.000,70	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.652,85	3.850,00	0,00	3.867,75	17,75	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**43.327,30**	**42.100,00**	**0,00**	**44.161,09**	**2.061,09**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	136.568,31	136.700,00	0,00	88.941,05	-47.758,95	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	111.607,69	139.279,00	529,00	111.328,21	-27.950,79	4.174,65
14	– Bilanzielle Abschreibungen	87.444,90	86.600,00	0,00	89.309,33	2.709,33	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	16.637,33	17.750,00	0,00	18.175,11	425,11	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**352.258,23**	**380.329,00**	**529,00**	**307.753,70**	**-72.575,30**	**4.174,65**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-308.930,93**	**-338.229,00**	**-529,00**	**-263.592,61**	**74.636,39**	**-4.174,65**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-308.930,93**	**-338.229,00**	**-529,00**	**-263.592,61**	**74.636,39**	**-4.174,65**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-308.930,93**	**-338.229,00**	**-529,00**	**-263.592,61**	**74.636,39**	**-4.174,65**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	80.330,74	110.950,00	0,00	79.269,76	-31.680,24	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-389.261,67**	**-449.179,00**	**-529,00**	**-342.862,37**	**106.316,63**	**-4.174,65**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-389.261,67**	**-449.179,00**	**-529,00**	**-342.862,37**	**106.316,63**	**-4.174,65**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	19,00	0,00	0,00	16,00	16,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-19,00**	**0,00**	**0,00**	**-16,00**	**-16,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 030207 Roncalli-Grundschule

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.381,81	0,00	0,00	2.000,70	2.000,70	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	5,82	5,82	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.381,81**	**0,00**	**0,00**	**2.006,52**	**2.006,52**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	136.568,31	136.700,00	0,00	88.941,05	-47.758,95	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	103.036,13	151.820,20	13.070,20	119.201,29	-32.618,91	8.821,94
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	16.534,05	18.160,39	410,39	18.042,95	-117,44	548,37
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**256.138,49**	**306.680,59**	**13.480,59**	**226.185,29**	**-80.495,30**	**9.370,31**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-254.756,68**	**-306.680,59**	**-13.480,59**	**-224.178,77**	**82.501,82**	**-9.370,31**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	25.000,00	0,00	0,00	4.877,33	4.877,33	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	32.661,94	21.123,96	1.123,96	19.438,90	-1.685,06	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**57.661,94**	**21.123,96**	**1.123,96**	**24.316,23**	**3.192,27**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-57.661,94**	**-21.123,96**	**-1.123,96**	**-24.316,23**	**-3.192,27**	**0,00**

38 Produkt 030209 Grundschulverbund, Teilstandort Kardinal-von-Galen-Schule

Produktinformationen

Verantwortlich FD 40, Frau Bogatz

Produktbeschreibung

Bis Schuljahr 2017/18 eigenständige katholische Grundschule.

Zum Erhalt des Grundschulstandortes in Vellern wird die Kardinal-von-Galen-Schule seit Beginn des Schuljahres 2018/19 im Rahmen eines Grundschulverbundes als Teilstandort der Sonnenschule geführt.

Siehe Produkt 030205

Ziele

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 030209 Grundschulverbund, Teilstandort Kardinal-von-Galen-Schule

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 030209 Grundschulverbund, Teilstandort Kardinal-von-Galen-Schule

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

39 Produkt 030501 Albertus-Magnus-Gymnasium

Produktinformationen

Verantwortlich FD 40, Frau Bogatz

Produktbeschreibung

Umsetzung des den Schulträger betreffenden Bildungs- und Erziehungsauftrages im Bereich der weiterführenden und sonstigen Schulen, insbesondere Bereitstellung und Gestaltung der räumlich-technischen Rahmenbedingungen

Steuerung der Verwaltung, Bewirtschaftung und Betrieb des Gymnasiums

Ziele

Bedarfsgerechte Bereitstellung von Sachmitteln

Sicherstellung eines angemessenen Raumangebotes

Maßnahmen

Bedarfsabfragen
Bedarfsanalysen

Teilergebnisrechnung Produkt 030501 Albertus-Magnus-Gymnasium

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	191.453,23	186.300,00	0,00	193.363,99	7.063,99	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	11.974,10	13.100,00	0,00	13.153,14	53,14	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	141,81	3.000,00	0,00	1.596,85	-1.403,15	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	6.362,75	4.800,00	0,00	4.799,34	-0,66	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**209.931,89**	**207.200,00**	**0,00**	**212.913,32**	**5.713,32**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	233.621,55	239.350,00	0,00	268.503,90	29.153,90	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	231.620,69	286.528,72	528,72	237.398,00	-49.130,72	1.993,37
14	– Bilanzielle Abschreibungen	361.791,85	360.000,00	0,00	368.553,89	8.553,89	0,00
15	– Transferaufwendungen	25.746,75	25.000,00	0,00	24.732,29	-267,71	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	81.318,93	84.000,00	0,00	79.860,59	-4.139,41	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**934.099,77**	**994.878,72**	**528,72**	**979.048,67**	**-15.830,05**	**1.993,37**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-724.167,88**	**-787.678,72**	**-528,72**	**-766.135,35**	**21.543,37**	**-1.993,37**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-724.167,88**	**-787.678,72**	**-528,72**	**-766.135,35**	**21.543,37**	**-1.993,37**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-724.167,88**	**-787.678,72**	**-528,72**	**-766.135,35**	**21.543,37**	**-1.993,37**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	228.382,40	434.100,00	0,00	221.613,21	-212.486,79	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-952.550,28**	**-1.221.778,72**	**-528,72**	**-987.748,56**	**234.030,16**	**-1.993,37**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-952.550,28**	**-1.221.778,72**	**-528,72**	**-987.748,56**	**234.030,16**	**-1.993,37**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	150,29	150,29	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	49,00	0,00	0,00	47,00	47,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-49,00**	**0,00**	**0,00**	**103,29**	**103,29**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 030501 Albertus-Magnus-Gymnasium

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	39.874,71	34.750,00	0,00	41.868,80	7.118,80	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	14.544,83	13.100,00	0,00	12.799,10	-300,90	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	141,81	3.000,00	0,00	1.596,85	-1.403,15	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	16,55	0,00	0,00	512,80	512,80	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**54.577,90**	**50.850,00**	**0,00**	**56.777,55**	**5.927,55**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	233.621,55	239.350,00	0,00	268.503,90	29.153,90	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	221.613,96	301.848,92	15.848,92	242.540,23	-59.308,69	12.605,99
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	25.746,75	38.000,00	13.000,00	24.815,64	-13.184,36	13.500,00
15	– Sonstige Auszahlungen	80.731,99	86.073,60	2.073,60	81.344,53	-4.729,07	1.303,70
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**561.714,25**	**665.272,52**	**30.922,52**	**617.204,30**	**-48.068,22**	**27.409,69**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-507.136,35**	**-614.422,52**	**-30.922,52**	**-560.426,75**	**53.995,77**	**-27.409,69**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	148,78	148,78	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**148,78**	**148,78**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	27.610,98	1.620.200,00	0,00	969.784,25	-650.415,75	184.521,64
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	93.468,87	66.150,00	4.500,00	64.616,02	-1.533,98	31.941,83
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**121.079,85**	**1.686.350,00**	**4.500,00**	**1.034.400,27**	**-651.949,73**	**216.463,47**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-121.079,85**	**-1.686.350,00**	**-4.500,00**	**-1.034.251,49**	**652.098,51**	**-216.463,47**

40 Produkt 030502 Kopernikus-Gymnasium

Produktinformationen

Verantwortlich FD 40, Frau Bogatz

Produktbeschreibung

Umsetzung des den Schulträger betreffenden Bildungs- und Erziehungsauftrages im Bereich der weiterführenden und sonstigen Schulen, insbesondere Bereitstellung und Gestaltung der räumlich-technischen Rahmenbedingungen

Steuerung der Verwaltung, Bewirtschaftung und Betrieb des Gymnasiums

Ziele

Bedarfsgerechte Bereitstellung von Sachmitteln

Sicherstellung eines angemessenen Raumangebotes

Maßnahmen

Bedarfsabfragen
Bedarfsanalysen

Teilergebnisrechnung Produkt 030502 Kopernikus-Gymnasium

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	110.675,57	109.000,00	0,00	112.261,68	3.261,68	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	13.486,87	15.000,00	0,00	11.762,73	-3.237,27	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.871,30	2.700,00	0,00	4.474,95	1.774,95	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**127.033,74**	**126.700,00**	**0,00**	**128.499,36**	**1.799,36**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	183.017,89	185.600,00	0,00	159.524,30	-26.075,70	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	259.300,36	329.069,48	4.569,48	271.378,44	-57.691,04	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	291.060,65	291.650,00	0,00	291.818,95	168,95	0,00
15	– Transferaufwendungen	9.588,16	12.650,00	0,00	10.367,99	-2.282,01	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	53.391,92	56.900,00	0,00	50.891,84	-6.008,16	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**796.358,98**	**875.869,48**	**4.569,48**	**783.981,52**	**-91.887,96**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-669.325,24**	**-749.169,48**	**-4.569,48**	**-655.482,16**	**93.687,32**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-669.325,24**	**-749.169,48**	**-4.569,48**	**-655.482,16**	**93.687,32**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-669.325,24**	**-749.169,48**	**-4.569,48**	**-655.482,16**	**93.687,32**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	205.776,68	273.100,00	0,00	168.055,70	-105.044,30	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-875.101,92**	**-1.022.269,48**	**-4.569,48**	**-823.537,86**	**198.731,62**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-875.101,92**	**-1.022.269,48**	**-4.569,48**	**-823.537,86**	**198.731,62**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	13,00	0,00	0,00	43,00	43,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-13,00**	**0,00**	**0,00**	**-43,00**	**-43,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 030502 Kopernikus-Gymnasium

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.852,08	19.100,00	0,00	21.167,55	2.067,55	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	13.811,11	15.000,00	0,00	11.762,73	-3.237,27	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	1.513,92	1.513,92	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**32.663,19**	**34.100,00**	**0,00**	**34.444,20**	**344,20**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	183.017,89	185.600,00	0,00	159.524,30	-26.075,70	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	241.992,53	352.555,24	28.055,24	279.911,64	-72.643,60	15.183,64
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	9.625,66	19.175,00	6.525,00	10.397,14	-8.777,86	6.700,00
15	– Sonstige Auszahlungen	53.083,30	57.413,81	513,81	50.451,19	-6.962,62	2.212,06
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**487.719,38**	**614.744,05**	**35.094,05**	**500.284,27**	**-114.459,78**	**24.095,70**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-455.056,19**	**-580.644,05**	**-35.094,05**	**-465.840,07**	**114.803,98**	**-24.095,70**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	33.685,38	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**33.685,38**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	31.315,79	102.277,23	13.777,23	57.205,93	-45.071,30	9.006,40
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	66.524,70	131.386,74	17.886,74	47.985,01	-83.401,73	29.908,66
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**97.840,49**	**233.663,97**	**31.663,97**	**105.190,94**	**-128.473,03**	**38.915,06**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-64.155,11**	**-233.663,97**	**-31.663,97**	**-105.190,94**	**128.473,03**	**-38.915,06**

41 Produkt 030505 Weiterbildungskolleg (Abendgymnasium)

Produktinformationen

Verantwortlich FD VHS, Herr Dr. Rauter

Produktbeschreibung

Gebäude und Einrichtungen, Hausmeister, Reinigungspersonal, Verbrauchsmaterial zur Verfügung stellen

Unterstützung bei der Teilnehmerwerbung, Teilnehmerberatung und Öffentlichkeitsarbeit

Ziele

Teilnehmern aus Beckum und Umgebung die Möglichkeit geben, in Beckum Fachhochschulreife und Abitur nachzuholen.

Einmal im Jahr eine Klasse beginnen und bis zum Abitur führen

Maßnahmen

Unterstützung des Weiterbildungskollegs gemäß öffentlich-rechtlicher Vereinbarung vom 19.04.1982.
Kennzahlen:
ca. 35-40 Schülerinnen und Schüler pro Jahr
Nach der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Hansekolleg/Stadt Lippstadt stellt die Stadt Beckum die Räume und Unterrichtsmittel kostenfrei zur Verfügung.
Die anteiligen Gebäude- und Hausmeisterkosten für die Antoniusschule werden anteilig (Nutzungsgröße qm) in diesem Produkt erfasst.

Teilergebnisrechnung Produkt 030505 Weiterbildungskolleg (Abendgymnasium)

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.972,73	4.950,00	0,00	4.972,73	22,73	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**4.972,73**	**4.950,00**	**0,00**	**4.972,73**	**22,73**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	24.625,42	27.100,00	0,00	26.087,69	-1.012,31	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100,00	0,00	0,00	-100,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	12.422,59	12.450,00	0,00	12.422,59	-27,41	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	43,53	50,00	0,00	65,61	15,61	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**37.091,54**	**39.700,00**	**0,00**	**38.575,89**	**-1.124,11**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-32.118,81**	**-34.750,00**	**0,00**	**-33.603,16**	**1.146,84**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-32.118,81**	**-34.750,00**	**0,00**	**-33.603,16**	**1.146,84**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-32.118,81**	**-34.750,00**	**0,00**	**-33.603,16**	**1.146,84**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	18.822,24	15.200,00	0,00	18.597,58	3.397,58	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-50.941,05**	**-49.950,00**	**0,00**	**-52.200,74**	**-2.250,74**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-50.941,05**	**-49.950,00**	**0,00**	**-52.200,74**	**-2.250,74**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 030505 Weiterbildungskolleg (Abendgymnasium)

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	24.625,42	27.100,00	0,00	26.087,69	-1.012,31	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100,00	0,00	0,00	-100,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	43,53	50,00	0,00	65,61	15,61	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**24.668,95**	**27.250,00**	**0,00**	**26.153,30**	**-1.096,70**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-24.668,95**	**-27.250,00**	**0,00**	**-26.153,30**	**1.096,70**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

42 Produkt 030701 Rosa Parks Gesamtschule

Produktinformationen

Verantwortlich FD 40, Frau Bogatz

Produktbeschreibung

Umsetzung des den Schulträger betreffenden Bildungs- und Erziehungsauftrages im Bereich der weiterführenden und sonstigen Schulen, insbesondere Bereitstellung und Gestaltung der räumlichen-technischen Rahmenbedingungen der mit Beginn des Schuljahres 2012/13 neu errichteten Gesamtschule, Steuerung der Verwaltung, Bewirtschaftung und Betrieb der Gesamtschule, soweit nicht der Zweckverband Beckum-Ennigerloh als Schulträger zuständig ist.

Ziele

Bedarfsgerechte Bereitstellung von Sachmitteln.

Sicherstellung eines angemessenen Raumangebotes.

Maßnahmen

Bedarfsabfragen.
Bedarfsanalysen.

Teilergebnisrechnung Produkt 030701 Rosa Parks Gesamtschule

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	52.656,29	54.800,00	0,00	52.676,99	-2.123,01	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.145,11	1.400,00	0,00	2.215,79	815,79	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.773,10	0,00	0,00	1.347,51	1.347,51	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	229,87	200,00	0,00	229,86	29,86	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**56.804,37**	**56.400,00**	**0,00**	**56.470,15**	**70,15**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	169.869,09	173.700,00	0,00	205.717,90	32.017,90	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	243.568,11	264.750,00	0,00	279.602,14	14.852,14	2.000,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	280.183,81	283.650,00	0,00	353.034,31	69.384,31	0,00
15	– Transferaufwendungen	116.199,81	136.000,00	0,00	136.005,83	5,83	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.888,92	11.900,00	0,00	6.083,47	-5.816,53	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**812.709,74**	**870.000,00**	**0,00**	**980.443,65**	**110.443,65**	**2.000,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-755.905,37**	**-813.600,00**	**0,00**	**-923.973,50**	**-110.373,50**	**-2.000,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-755.905,37**	**-813.600,00**	**0,00**	**-923.973,50**	**-110.373,50**	**-2.000,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-755.905,37**	**-813.600,00**	**0,00**	**-923.973,50**	**-110.373,50**	**-2.000,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	23.653,65	212.450,00	0,00	212.261,87	-188,13	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-779.559,02**	**-1.026.050,00**	**0,00**	**-1.136.235,37**	**-110.185,37**	**-2.000,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-779.559,02**	**-1.026.050,00**	**0,00**	**-1.136.235,37**	**-110.185,37**	**-2.000,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	1,00	0,00	0,00	84,00	84,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-1,00**	**0,00**	**0,00**	**-84,00**	**-84,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 030701 Rosa Parks Gesamtschule

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.752,08	1.400,00	0,00	2.052,11	652,11	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.773,10	0,00	0,00	1.198,40	1.198,40	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	1.611,81	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**6.136,99**	**1.400,00**	**0,00**	**3.250,51**	**1.850,51**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	169.869,09	173.700,00	0,00	205.717,90	32.017,90	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	219.757,34	296.499,12	31.749,12	289.506,73	-6.992,39	23.824,68
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	116.199,81	136.000,00	0,00	136.005,83	5,83	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	5.084,69	11.707,50	7,50	5.718,49	-5.989,01	372,48
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**510.910,93**	**617.906,62**	**31.756,62**	**636.948,95**	**19.042,33**	**24.197,16**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-504.773,94**	**-616.506,62**	**-31.756,62**	**-633.698,44**	**-17.191,82**	**-24.197,16**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	44.760,55	595.000,00	0,00	0,00	-595.000,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**44.760,55**	**595.000,00**	**0,00**	**0,00**	**-595.000,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	72.020,41	932.000,00	0,00	801.273,19	-130.726,81	198.687,28
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	35.658,16	64.700,51	27.350,51	20.044,75	-44.655,76	27.217,41
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**107.678,57**	**996.700,51**	**27.350,51**	**821.317,94**	**-175.382,57**	**225.904,69**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-62.918,02**	**-401.700,51**	**-27.350,51**	**-821.317,94**	**-419.617,43**	**-225.904,69**

43 Produkt 030801 Sekundarschule

Produktinformationen

Verantwortlich FD 40, Frau Bogatz

Produktbeschreibung

Umsetzung des den Schulträger betreffenden Bildungs- und Erziehungsauftrages im Bereich der weiterführenden und sonstigen Schulen, insbesondere Bereitstellung und Gestaltung der räumlich-technischen Rahmenbedingungen der mit Beginn des Schuljahres 2013/2014 neu errichteten Sekundarschule, Steuerung der Verwaltung, Bewirtschaftung und Betrieb der Sekundarschule.

Ziele

Bedarfsgerechte Bereitstellung von Sachmitteln.

Sicherstellung eines angemessenen Raumangebotes.

Sicherung eines bedarfsgerechten Schulangebotes.

Maßnahmen

Bedarfsabfragen.
Bedarfsanalysen.

Teilergebnisrechnung Produkt 030801 Sekundarschule

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	54.543,80	47.900,00	0,00	84.835,90	36.935,90	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	198,76	0,00	0,00	202,21	202,21	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.110,94	0,00	0,00	907,69	907,69	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	12.767,32	12.750,00	0,00	12.907,44	157,44	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**68.620,82**	**60.650,00**	**0,00**	**98.853,24**	**38.203,24**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	190.164,01	195.850,00	0,00	231.512,40	35.662,40	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	128.219,13	175.407,44	10.607,44	140.442,52	-34.964,92	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	303.226,10	320.050,00	0,00	324.597,11	4.547,11	0,00
15	– Transferaufwendungen	11.416,65	0,00	0,00	33.595,41	33.595,41	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	53.556,73	52.200,00	0,00	52.864,01	664,01	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**686.582,62**	**743.507,44**	**10.607,44**	**783.011,45**	**39.504,01**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-617.961,80**	**-682.857,44**	**-10.607,44**	**-684.158,21**	**-1.300,77**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-617.961,80**	**-682.857,44**	**-10.607,44**	**-684.158,21**	**-1.300,77**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-617.961,80**	**-682.857,44**	**-10.607,44**	**-684.158,21**	**-1.300,77**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	244.733,26	276.050,00	0,00	245.019,55	-31.030,45	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-862.695,06**	**-958.907,44**	**-10.607,44**	**-929.177,76**	**29.729,68**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-862.695,06**	**-958.907,44**	**-10.607,44**	**-929.177,76**	**29.729,68**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	12,00	12,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-12,00**	**-12,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 030801 Sekundarschule

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	13.700,00	0,00	0,00	43.452,06	43.452,06	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	776,00	0,00	0,00	-357,24	-357,24	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	606,39	0,00	0,00	1.167,69	1.167,69	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**15.082,39**	**0,00**	**0,00**	**44.262,51**	**44.262,51**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	190.164,01	195.850,00	0,00	231.512,40	35.662,40	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	128.788,92	183.676,39	18.876,39	141.583,89	-42.092,50	6.964,11
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	13.700,00	13.700,00	13.700,00	33.562,06	19.862,06	13.500,00
15	– Sonstige Auszahlungen	54.073,14	53.161,88	961,88	52.241,80	-920,08	583,10
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**386.726,07**	**446.388,27**	**33.538,27**	**458.900,15**	**12.511,88**	**21.047,21**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-371.643,68**	**-446.388,27**	**-33.538,27**	**-414.637,64**	**31.750,63**	**-21.047,21**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	319.614,12	392.249,98	392.249,98	183.219,91	-209.030,07	281.487,90
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	164.005,42	202.141,47	106.591,47	44.055,60	-158.085,87	103.216,92
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**483.619,54**	**594.391,45**	**498.841,45**	**227.275,51**	**-367.115,94**	**384.704,82**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-483.619,54**	**-594.391,45**	**-498.841,45**	**-227.275,51**	**367.115,94**	**-384.704,82**

04 Kultur u. Wissenschaft

040101	Heimat- und Kulturpflege	040102	Theater	040103	Museum und Ausstellungen
040105	Büchereiservice	040106	Musikpflege	040107	Schule für Musik im Kreis Warendorf e. V.
040108	Jubiläumsjahr Beckum 2024	040301	Leistungen der Volkshochschule		

Teilergebnisrechnung Produkt 04 Kultur u. Wissenschaft

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	857.879,71	720.300,00	0,00	744.511,94	24.211,94	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	226.019,77	297.500,00	0,00	212.624,20	-84.875,80	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	143.265,47	103.400,00	0,00	74.700,23	-28.699,77	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	69.671,98	85.250,00	0,00	36.584,96	-48.665,04	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	10.042,52	1.750,00	0,00	96.364,94	94.614,94	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**1.306.879,45**	**1.208.200,00**	**0,00**	**1.164.786,27**	**-43.413,73**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	1.459.925,38	1.638.250,00	0,00	1.501.692,08	-136.557,92	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.365.412,88	388.350,00	0,00	322.032,95	-66.317,05	536,44
14	– Bilanzielle Abschreibungen	117.823,51	126.900,00	0,00	119.886,35	-7.013,65	0,00
15	– Transferaufwendungen	472.801,28	517.950,00	0,00	503.148,92	-14.801,08	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	288.451,81	105.850,00	0,00	125.724,99	19.874,99	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**3.704.414,86**	**2.777.300,00**	**0,00**	**2.572.485,29**	**-204.814,71**	**536,44**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-2.397.535,41**	**-1.569.100,00**	**0,00**	**-1.407.699,02**	**161.400,98**	**-536,44**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	38,27	38,27	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-38,27**	**-38,27**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-2.397.535,41**	**-1.569.100,00**	**0,00**	**-1.407.737,29**	**161.362,71**	**-536,44**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-2.397.535,41**	**-1.569.100,00**	**0,00**	**-1.407.737,29**	**161.362,71**	**-536,44**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	157.228,28	202.450,00	0,00	159.807,64	-42.642,36	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-2.554.763,69**	**-1.771.550,00**	**0,00**	**-1.567.544,93**	**204.005,07**	**-536,44**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-2.554.763,69**	**-1.771.550,00**	**0,00**	**-1.567.544,93**	**204.005,07**	**-536,44**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	5,00	0,00	0,00	9,00	9,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**495,00**	**0,00**	**0,00**	**-9,00**	**-9,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 04 Kultur u. Wissenschaft

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	792.936,69	678.700,00	0,00	774.847,31	96.147,31	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	224.678,34	297.500,00	0,00	210.693,95	-86.806,05	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	140.934,44	103.400,00	0,00	80.790,38	-22.609,62	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	67.423,68	85.250,00	0,00	36.584,96	-48.665,04	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	64.786,50	6.100,00	0,00	185.050,53	178.950,53	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.290.759,65**	**1.170.950,00**	**0,00**	**1.287.967,13**	**117.017,13**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	1.552.444,47	1.647.399,50	9.149,50	1.484.868,59	-162.530,91	26.121,09
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.368.605,80	516.317,13	135.117,13	331.215,00	-185.102,13	21.679,24
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	38,27
14	– Transferauszahlungen	441.957,95	514.650,00	2.700,00	523.927,33	9.277,33	5.040,00
15	– Sonstige Auszahlungen	369.591,92	106.557,07	18.707,07	124.894,95	18.337,88	692,93
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**3.732.600,14**	**2.784.923,70**	**165.673,70**	**2.464.905,87**	**-320.017,83**	**53.571,53**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-2.441.840,49**	**-1.613.973,70**	**-165.673,70**	**-1.176.938,74**	**437.034,96**	**-53.571,53**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	117.800,00	0,00	341.618,46	223.818,46	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**500,00**	**117.800,00**	**0,00**	**341.618,46**	**223.818,46**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	308.343,45	6.617.582,99	403.782,99	1.159.467,31	-5.458.115,68	210.490,46
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	75.963,61	364.598,60	6.698,60	49.522,43	-315.076,17	1.752,68
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	8.702,79	0,00	0,00	42.688,84	42.688,84	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**393.009,85**	**6.982.181,59**	**410.481,59**	**1.251.678,58**	**-5.730.503,01**	**212.243,14**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-392.509,85**	**-6.864.381,59**	**-410.481,59**	**-910.060,12**	**5.954.321,47**	**-212.243,14**

44 Produkt 040101 Heimat- und Kulturpflege

Produktinformationen

Verantwortlich FB 4, Frau Baumann

Produktbeschreibung

Förderung kultureller Aktivitäten, insbesondere im Bereich der kulturellen Bildung

Förderung der Heimatpflege und historischer Traditionen

Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements

Unterstützung der als kulturtragend anerkannten Vereine gemäß Kulturförderrichtlinien

Städtepartnerschaften

Gesetzliche Grundlagen: § 8 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW, § 2 Kulturfördergesetz NRW

Ziele

-> das kulturelle Angebot soll für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen erhalten und weiterentwickelt werden

-> Kindern und Jugendlichen sollen Begegnungen mit Kultur ermöglicht werden, so dass sie ihre eigenen künstlerischen Begabungen entdecken können und die Freude und Sinnhaftigkeit kultureller Erlebnisse erfahren dürfen

-> Die Heimat- und Brauchtumspflege, kulturelle Gruppen und das bürgerschaftliche Engagement sollen unterstützt werden

-> Lebendige städtepartnerschaftliche Beziehungen sollen erhalten und gefördert werden

Maßnahmen

-> Planung sowie organisatorische und finanzielle Abwicklung von Maßnahmen der kulturellen Bildung (Kulturstrolche, Kulturrucksack, Landesprogramm "Kultur und Schule", JeKits)
-> Koordination zwischen und Kooperation mit verschiedenen Trägern der Kulturarbeit
-> Zuschüsse an Vereine der Heimatpflege
-> Organisatorische Unterstützung von Veranstaltungen der Brauchtumspflege
-> Planung und Durchführung städtepartnerschaftlicher Begegnungen
-> Unterstützung der als kulturtragend anerkannten Vereine gemäß Kulturförderrichtlinien

Teilergebnisrechnung Produkt 040101 Heimat- und Kulturpflege

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	24.604,31	25.300,00	0,00	30.555,70	5.255,70	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	665,20	50,00	0,00	7,01	-42,99	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**25.269,51**	**25.350,00**	**0,00**	**30.562,71**	**5.212,71**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	96.185,99	112.250,00	0,00	111.312,92	-937,08	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	94.308,08	114.900,00	0,00	129.895,68	14.995,68	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	500,09	550,00	0,00	499,04	-50,96	0,00
15	– Transferaufwendungen	13.890,80	16.300,00	0,00	12.478,90	-3.821,10	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.468,06	18.750,00	0,00	39.374,36	20.624,36	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**217.353,02**	**262.750,00**	**0,00**	**293.560,90**	**30.810,90**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-192.083,51**	**-237.400,00**	**0,00**	**-262.998,19**	**-25.598,19**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-192.083,51**	**-237.400,00**	**0,00**	**-262.998,19**	**-25.598,19**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-192.083,51**	**-237.400,00**	**0,00**	**-262.998,19**	**-25.598,19**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.325,52	6.000,00	0,00	1.503,75	-4.496,25	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-196.409,03**	**-243.400,00**	**0,00**	**-264.501,94**	**-21.101,94**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-196.409,03**	**-243.400,00**	**0,00**	**-264.501,94**	**-21.101,94**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 040101 Heimat- und Kulturpflege

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	14.700,00	25.300,00	0,00	38.559,13	13.259,13	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	665,20	50,00	0,00	7,01	-42,99	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**15.365,20**	**25.350,00**	**0,00**	**38.566,14**	**13.216,14**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	100.327,10	112.250,00	0,00	111.327,77	-922,23	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	88.427,94	108.433,06	683,06	116.481,89	8.048,83	2.132,52
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	12.521,70	19.000,00	2.700,00	11.224,80	-7.775,20	5.040,00
15	– Sonstige Auszahlungen	13.204,99	18.750,00	0,00	39.347,41	20.597,41	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**214.481,73**	**258.433,06**	**3.383,06**	**278.381,87**	**19.948,81**	**7.172,52**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-199.116,53**	**-233.083,06**	**-3.383,06**	**-239.815,73**	**-6.732,67**	**-7.172,52**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	15.000,00	15.000,00	0,00	-15.000,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	50,00	0,00	11.085,50	11.035,50	1.752,68
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**15.050,00**	**15.000,00**	**11.085,50**	**-3.964,50**	**1.752,68**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**-15.050,00**	**-15.000,00**	**-11.085,50**	**3.964,50**	**-1.752,68**

45 Produkt 040102 Theater

Produktinformationen

Verantwortlich FB 4, Frau Baumann

Produktbeschreibung

Die Kulturinitiative Filou e.V. betreibt das Stadttheater und bietet dort ein vielfältiges Programm mit Angeboten in verschiedenen Bereichen und für alle Altersschichten. Damit schafft sie einen sehr wichtigen Beitrag zum kulturellen Leben und wird deshalb von der Stadt Beckum unterstützt. Darüber hinaus leistet sie als Jugendkunstschule eine gute und wichtige Arbeit im Bereich Kinder- und Jugendkultur und nimmt hier auch eine Koordinationsfunktion wahr.

Im Stadttheater werden außerdem die Veranstaltungen der Kabarettreihe "Beckumer Spitzen" durchgeführt.

Ziele

Ziele/Maßnahmen:

-> Unterstützung der Kulturinitiative Filou:

allgemeiner Zuschuss

Betriebskostenzuschuss

Sachkostenzuschuss für Jugendkulturveranstaltungen

Personalkostenzuschuss für Kinder- und Jugendkultur

Unterstützung der Schultheatertage, die in Kooperation mit FD 41 durchgeführt werden

-> Durchführung der Kabarettreihe "Beckumer Spitzen"

Gesetzliche Grundlage: § 8 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW, § 2 Kulturfördergesetz NRW

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 040102 Theater

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.585,00	7.000,00	0,00	1.680,00	-5.320,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	6,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	44.544,20	58.450,00	0,00	46.709,58	-11.740,42	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	28,43	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**47.163,63**	**65.500,00**	**0,00**	**48.389,58**	**-17.110,42**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	27.385,97	33.750,00	0,00	32.605,38	-1.144,62	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	61.415,01	81.150,00	0,00	60.680,72	-20.469,28	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	21,46	0,00	0,00	85,82	85,82	0,00
15	– Transferaufwendungen	82.426,72	84.950,00	0,00	81.985,65	-2.964,35	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.916,58	2.050,00	0,00	2.480,25	430,25	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**175.165,74**	**201.900,00**	**0,00**	**177.837,82**	**-24.062,18**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-128.002,11**	**-136.400,00**	**0,00**	**-129.448,24**	**6.951,76**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-128.002,11**	**-136.400,00**	**0,00**	**-129.448,24**	**6.951,76**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-128.002,11**	**-136.400,00**	**0,00**	**-129.448,24**	**6.951,76**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	437,25	700,00	0,00	609,12	-90,88	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-128.439,36**	**-137.100,00**	**0,00**	**-130.057,36**	**7.042,64**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-128.439,36**	**-137.100,00**	**0,00**	**-130.057,36**	**7.042,64**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 040102 Theater

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.585,00	7.000,00	0,00	1.400,00	-5.600,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	6,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	43.663,70	58.450,00	0,00	49.576,05	-8.873,95	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	5.714,77	3.050,00	0,00	4.471,29	1.421,29	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**51.969,47**	**68.500,00**	**0,00**	**55.447,34**	**-13.052,66**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	33.529,49	33.750,00	0,00	32.605,38	-1.144,62	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	61.467,59	97.235,11	16.085,11	63.133,94	-34.101,17	13.631,64
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	82.281,67	84.950,00	0,00	81.405,45	-3.544,55	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	17.130,83	5.550,00	0,00	7.400,42	1.850,42	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**194.409,58**	**221.485,11**	**16.085,11**	**184.545,19**	**-36.939,92**	**13.631,64**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-142.440,11**	**-152.985,11**	**-16.085,11**	**-129.097,85**	**23.887,26**	**-13.631,64**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.716,40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	8.702,79	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**10.419,19**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-10.419,19**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

46 Produkt 040103 Museum und Ausstellungen

Produktinformationen

Verantwortlich FB 4, Frau Baumann

Produktbeschreibung

Die Sammlungen des Stadtmuseums Beckum geben einen Überblick über Stadtgeschichte und Brauchtum. Aufgabe des Museums ist es, historische Zeugnisse zu sammeln, zu bewahren und zu vermitteln. Darüber hinaus werden im Stadtmuseum in jedem Jahr mehrere Ausstellungen zeitgenössischer Künstlerinnen und Künstler präsentiert. Der Museumsverein und andere Unterstützerinnen und Unterstützer beteiligen sich in erheblichem Maße an den Kosten der Ausstellungen.

Gesetzliche Grundlagen: § 8 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW, § 2 Kulturfördergesetz NRW

Ziele

Ziele/Maßnahmen:

-> Ortsgeschichtliche Bildung und Erforschung

-> Recherchen, Vorträge, Publikationen, Erweiterung der Dauerausstellung

-> Kooperation mit Museen und Institutionen zu Projekten

-> museumspädagogische Programme in Zusammenarbeit mit den Beckumer Schulen

-> Durchführung von Ausstellungen sowohl zeitgenössischer Kunst als auch Ortsgeschichte

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 040103 Museum und Ausstellungen

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.205,85	14.800,00	0,00	15.916,93	1.116,93	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.102,00	25.000,00	0,00	0,00	-25.000,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	115,31	100,00	0,00	115,31	15,31	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**23.423,16**	**39.950,00**	**0,00**	**16.032,24**	**-23.917,76**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	221.069,26	237.400,00	0,00	179.652,13	-57.747,87	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.764,88	27.900,00	0,00	24.797,89	-3.102,11	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	43.924,87	46.900,00	0,00	44.448,68	-2.451,32	0,00
15	– Transferaufwendungen	607,66	500,00	0,00	98,93	-401,07	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	28.468,20	29.300,00	0,00	26.603,30	-2.696,70	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**314.834,87**	**342.000,00**	**0,00**	**275.600,93**	**-66.399,07**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-291.411,71**	**-302.050,00**	**0,00**	**-259.568,69**	**42.481,31**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-291.411,71**	**-302.050,00**	**0,00**	**-259.568,69**	**42.481,31**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-291.411,71**	**-302.050,00**	**0,00**	**-259.568,69**	**42.481,31**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	31.941,12	35.300,00	0,00	31.509,36	-3.790,64	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-323.352,83**	**-337.350,00**	**0,00**	**-291.078,05**	**46.271,95**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-323.352,83**	**-337.350,00**	**0,00**	**-291.078,05**	**46.271,95**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 040103 Museum und Ausstellungen

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.102,00	25.000,00	0,00	0,00	-25.000,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**12.102,00**	**25.050,00**	**0,00**	**0,00**	**-25.050,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	221.069,26	237.400,00	0,00	179.652,13	-57.747,87	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	20.966,41	28.114,20	214,20	25.012,09	-3.102,11	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	607,66	500,00	0,00	98,93	-401,07	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	28.485,02	29.300,00	0,00	26.715,03	-2.584,97	2,90
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**271.128,35**	**295.314,20**	**214,20**	**231.478,18**	**-63.836,02**	**2,90**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-259.026,35**	**-270.264,20**	**-214,20**	**-231.478,18**	**38.786,02**	**-2,90**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	117.800,00	0,00	98.932,75	-18.867,25	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**117.800,00**	**0,00**	**98.932,75**	**-18.867,25**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	155.180,93	471.905,59	76.105,59	13.339,49	-458.566,10	65.426,10
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	299,90	1.750,00	0,00	1.268,71	-481,29	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**155.480,83**	**473.655,59**	**76.105,59**	**14.608,20**	**-459.047,39**	**65.426,10**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-155.480,83**	**-355.855,59**	**-76.105,59**	**84.324,55**	**440.180,14**	**-65.426,10**

47 Produkt 040105 Büchereiservice

Produktinformationen

Verantwortlich FB 4, Frau Baumann

Produktbeschreibung

Die Stadt Beckum ist Trägerin der Stadtbücherei Neubeckum und fördert die Öffentliche Bücherei Beckum gemäß vertraglicher Regelungen mit 66,66% der Betriebskosten.

Die Büchereien sind Orte des lebenslangen Lernens, der Information, der Kommunikation und der Kultur. Sie halten einen zeitgemäßen Medienbestand (Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, DVDs, Hörbücher, Spiele etc.) zur Ausleihe bereit und bieten darüber hinaus digitale Medien über das Internet an. Der Medienbestand wird fortlaufend aktualisiert.

In Zusammenarbeit mit Schulen, Kindergärten und anderen Institutionen vermitteln die Büchereien Lese- und Medienkompetenz. Die Mitarbeiterinnen sind behilflich bei Medienrecherchen und sie bieten Führungen, Lesungen und themenbezogene Veranstaltungen an. Darüber hinaus sind die Büchereien wichtige Treffpunkte.

In der Stadtbücherei Neubeckum befindet sich ein Kursraum der Volkshochschule Beckum-Wadersloh, wodurch die Bedeutung als Bildungseinrichtung noch verstärkt wird.

Gesetzliche Grundlagen: § 8 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW, § 2 Kulturfördergesetz NRW

Ziele

Ziele/Maßnahmen:

-> Flächendeckende und bedarfsgerechte Medienversorgung

-> Bedarfsgerechte Medienbeschaffung

-> Erweiterung der Lese- und Medienkompetenz

-> Durchführung von Projekten der Leseförderung

-> Kooperation mit Schulen, anderen Bildungseinrichtungen sowie anderen Bibliotheken

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 040105 Büchereiservice

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	535,50	500,00	0,00	35,48	-464,52	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.601,50	8.500,00	0,00	495,00	-8.005,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	200,00	0,00	0,00	-200,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	161,10	200,00	0,00	0,00	-200,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.613,72	1.450,00	0,00	4.149,71	2.699,71	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**9.911,82**	**10.850,00**	**0,00**	**4.680,19**	**-6.169,81**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	148.471,32	155.350,00	0,00	150.963,92	-4.386,08	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.288,01	13.700,00	0,00	10.120,71	-3.579,29	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	1.906,01	2.050,00	0,00	1.928,24	-121,76	0,00
15	– Transferaufwendungen	197.843,24	228.700,00	0,00	221.711,18	-6.988,82	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	25.281,27	32.550,00	0,00	28.171,46	-4.378,54	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**380.789,85**	**432.350,00**	**0,00**	**412.895,51**	**-19.454,49**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-370.878,03**	**-421.500,00**	**0,00**	**-408.215,32**	**13.284,68**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-370.878,03**	**-421.500,00**	**0,00**	**-408.215,32**	**13.284,68**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-370.878,03**	**-421.500,00**	**0,00**	**-408.215,32**	**13.284,68**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	22.030,38	26.400,00	0,00	16.763,29	-9.636,71	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-392.908,41**	**-447.900,00**	**0,00**	**-424.978,61**	**22.921,39**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-392.908,41**	**-447.900,00**	**0,00**	**-424.978,61**	**22.921,39**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-1,00**	**-1,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 040105 Büchereiservice

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	500,00	0,00	500,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.601,50	8.500,00	0,00	495,00	-8.005,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	200,00	0,00	0,00	-200,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	161,10	200,00	0,00	0,00	-200,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	1.239,00	1.100,00	0,00	3.775,00	2.675,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**9.001,60**	**10.500,00**	**0,00**	**4.770,00**	**-5.730,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	148.471,32	155.350,00	0,00	150.963,92	-4.386,08	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.290,31	13.700,00	0,00	7.614,93	-6.085,07	2.505,78
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	163.514,05	222.700,00	0,00	244.323,89	21.623,89	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	3.686,35	9.550,00	0,00	5.026,31	-4.523,69	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**322.962,03**	**401.300,00**	**0,00**	**407.929,05**	**6.629,05**	**2.505,78**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-313.960,43**	**-390.800,00**	**0,00**	**-403.159,05**	**-12.359,05**	**-2.505,78**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	242.685,71	242.685,71	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**242.685,71**	**242.685,71**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	153.162,52	4.018.677,40	677,40	1.090.087,55	-2.928.589,85	142.922,36
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	21.315,79	340.200,00	0,00	23.103,39	-317.096,61	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	42.688,84	42.688,84	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**174.478,31**	**4.358.877,40**	**677,40**	**1.155.879,78**	**-3.202.997,62**	**142.922,36**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-174.478,31**	**-4.358.877,40**	**-677,40**	**-913.194,07**	**3.445.683,33**	**-142.922,36**

48 Produkt 040106 Musikpflege

Produktinformationen

Verantwortlich FB 4, Frau Baumann

Produktbeschreibung

Die Kammermusikreihe "Musik im Alten Pfarrhaus" leistet seit Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag zum musikalischen Angebot in der Stadt. Der Förderkreis "Musik im Alten Pfarrhaus" e. V. wirkt dabei unterstützend mit.

Auch das alljährliche Neujahrskonzert ist ein fester Bestandteil im Veranstaltungskalender und erfreut sich sehr großer Beliebtheit.

Gesetzliche Grundlage: § 8 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW, § 2 Kulturfördergesetz NRW

Ziele

Erhaltung der kulturellen Vielfalt

Organisatorische und finanzielle Unterstützung der örtlichen Veranstalter

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 040106 Musikpflege

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.025,00	4.150,00	0,00	5.296,00	1.146,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	30.780,48	44.650,00	0,00	27.227,80	-17.422,20	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**37.805,48**	**48.800,00**	**0,00**	**32.523,80**	**-16.276,20**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	411,36	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	55.255,78	73.700,00	0,00	43.116,03	-30.583,97	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	1.705,00	2.000,00	0,00	1.396,00	-604,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.461,38	450,00	0,00	1.932,80	1.482,80	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**59.833,52**	**76.200,00**	**0,00**	**46.444,83**	**-29.755,17**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-22.028,04**	**-27.400,00**	**0,00**	**-13.921,03**	**13.478,97**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-22.028,04**	**-27.400,00**	**0,00**	**-13.921,03**	**13.478,97**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-22.028,04**	**-27.400,00**	**0,00**	**-13.921,03**	**13.478,97**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	291,47	500,00	0,00	406,15	-93,85	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-22.319,51**	**-27.900,00**	**0,00**	**-14.327,18**	**13.572,82**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-22.319,51**	**-27.900,00**	**0,00**	**-14.327,18**	**13.572,82**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 040106 Musikpflege

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.025,00	4.150,00	0,00	5.080,00	930,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	28.639,91	44.650,00	0,00	30.996,52	-13.653,48	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	2.741,47	1.800,00	0,00	2.286,21	486,21	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**38.406,38**	**50.600,00**	**0,00**	**38.362,73**	**-12.237,27**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	6.554,88	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	57.315,63	74.626,77	926,77	43.462,68	-31.164,09	190,12
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	1.705,00	2.000,00	0,00	1.396,00	-604,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	4.720,59	1.973,56	23,56	4.692,50	2.718,94	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**70.296,10**	**78.650,33**	**950,33**	**49.551,18**	**-29.099,15**	**190,12**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-31.889,72**	**-28.050,33**	**-950,33**	**-11.188,45**	**16.861,88**	**-190,12**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

49 Produkt 040107 Schule für Musik im Kreis Warendorf e.V.

Produktinformationen

Verantwortlich FB 4, Frau Baumann

Produktbeschreibung

Förderung der musikalischen Erziehung und Bildung

Kooperation mit anderen kulturtragenden Institutionen

Gesetzliche Grundlage: § 8 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW, § 2 Kulturfördergesetz NRW

Ziele

-> Bereitstellung von Räumlichkeiten für die Musikschule Beckum-Warendorf e.V. im Gebäude der Antoniusschule

-> Finanzielle Förderung der Musikschule gemäß Vereinssatzung

-> Förderung der kulturellen Vielfalt

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 040107 Schule für Musik im Kreis Warendorf e.V.

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	8.011,62	8.000,00	0,00	8.011,62	11,62	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**8.011,62**	**8.000,00**	**0,00**	**8.011,62**	**11,62**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	23.086,16	26.600,00	0,00	26.055,90	-544,10	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.270,39	10.450,00	0,00	9.740,78	-709,22	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	20.042,86	20.050,00	0,00	20.042,86	-7,14	0,00
15	– Transferaufwendungen	166.327,87	185.500,00	0,00	185.478,26	-21,74	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.813,37	1.850,00	0,00	1.774,30	-75,70	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**221.540,65**	**244.450,00**	**0,00**	**243.092,10**	**-1.357,90**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-213.529,03**	**-236.450,00**	**0,00**	**-235.080,48**	**1.369,52**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-213.529,03**	**-236.450,00**	**0,00**	**-235.080,48**	**1.369,52**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-213.529,03**	**-236.450,00**	**0,00**	**-235.080,48**	**1.369,52**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	29.800,38	43.200,00	0,00	29.232,33	-13.967,67	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-243.329,41**	**-279.650,00**	**0,00**	**-264.312,81**	**15.337,19**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-243.329,41**	**-279.650,00**	**0,00**	**-264.312,81**	**15.337,19**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 040107 Schule für Musik im Kreis Warendorf e.V.

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	23.086,16	26.600,00	0,00	26.055,90	-544,10	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	10.270,39	10.450,00	0,00	9.740,78	-709,22	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	166.327,87	185.500,00	0,00	185.478,26	-21,74	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	1.818,16	1.850,00	0,00	1.769,46	-80,54	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**201.502,58**	**224.400,00**	**0,00**	**223.044,40**	**-1.355,60**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-201.502,58**	**-224.400,00**	**0,00**	**-223.044,40**	**1.355,60**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

50 Produkt 040108 Jubiläumsjahr Beckum 2024

Produktinformationen

Verantwortlich N. N.

Produktbeschreibung

Seit dem Jahr 1224 besitzt Beckum Stadtrecht; anhand zahlreicher Funde lässt sich eine Besiedlung auf Beckumer Boden aber schon viel früher nachweisen.

Im Jahr 2024 soll das 800-jährige Stadtjubiläum in geeigneter Form begangen und gefeiert werden. Nach dem Motto „Vom Neujahrsempfang" bis zum Weihnachtsmarkt" sollen die regelmäßig stattfindenden städtischen und stadtgesellschaftlichen Feste und Ereignisse das Jubiläum möglichst aufgreifen. Darüber hinaus sollen Sonderveranstaltungen, Aus-stellungen und weitere Aktivitäten von städtischer Seite, aber auch aus der Stadtgesellschaft heraus eigenständig organisiert, erfolgen.

Ebenfalls im Jahr 2024 richtet die Stadt Beckum, als Mitglied des im Jahr 1983 gegründeten Westfälischen Hansebundes, den 41. Westfälischen Hansetag aus und die ehemalige Gemeinde Neubeckum wäre 125 Jahre alt geworden.

Dem Produkt 040108 werden die Kosten für die Planung und Durchführung von Sonderveranstaltungen anlässlich des 800 jährigen Stadtjubiläums und für die Ausrichtung des 41. Westfälischen Hansetages zugeordnet. Hierzu gehören auch Aufwendungen für zum Beispiel eine mögliche „Festschrift" und/oder Onlinedokumentation und die Werbekonzeptionen.

Veranstaltungen, die „lediglich das Motto des Stadtjubiläums aufgreifen, werden im Rahmen der bekannten Veranschlagung weiter behandelt, Sonderbedarfe werden im Rahmen der Erläuterungen kenntlich gemacht.

Dies dient auch der Transparenz gegenüber der Politik.

Ziele

Grundsätzlich sollen die Planung und Durchführung der Feierlichkeiten unter Beteiligung der Stadtgesellschaft erfolgen und dazu beitragen, die Stadtgesellschaft und die Wirtschaft zu stärken.

Zwischen den Beteiligten sollen neue Verbindungen geknüpft und vorhandene Verbindungen gestärkt werden, um durch die gemeinsamen Planungs- und Durchführungsaktivitäten auch eine Strahlwirkung über das Jahr 2024 hinaus zu erreichen.

Maßnahmen

Die Stadtgesellschaft soll in der Planungs- und der Durchführungsphase in geeigneter Weise zum „Mitmachen und Mitgestalten" aufgefordert werden; zum Beispiel durch die Bildung verschiedenster Arbeitskreise und Arbeitsgruppen. Dabei wird auf Selbstorganisation Wert gelegt; die Stadt soll möglichst „nur" begleiten, nicht aber vorgeben.
Durch und an Kunst- und Fotoausstellungen soll die Stadtgesellschaft aktiv mitwirken und die Geschichte Beckums dadurch lebendig gehalten werden.
Das Jubiläumsjahr soll medial begleitet werden um im Anschluss ein Zeitzeugnis zu erhalten.

Produktinformationen

Die im Stadtgebiet vertretenen Vereine sollen aufgefordert und ermutigt werden, das Motto „Stadtjubiläum“ bei ihren Aktivitäten aufzugreifen. Der Erlass einer Förderrichtlinie wäre möglich. Da das Thema „Westfälische Hanse“ bislang kaum bespielt wurde, soll aktiv an den anstehenden Hansetagen mit einem Beckumer Hansestand teilgenommen werden, um das Interesse für den 41. Westfälischen Hansetag zu wecken und aktiv für Beckum zu werben. Das Thema „Hanse & Handel“ soll über das Jahr 2024 hinaus belebt und gelebt werden.

Teilergebnisrechnung Produkt 040108 Jubiläumsjahr Beckum 2024

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	130.323,52	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	67.865,79	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	6.754,21	0,00	0,00	465,70	465,70	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**204.943,52**	**0,00**	**0,00**	**465,70**	**465,70**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.061.781,74	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	9.999,99	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	197.772,76	0,00	0,00	1.564,38	1.564,38	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**1.269.554,49**	**0,00**	**0,00**	**1.564,38**	**1.564,38**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-1.064.610,97**	**0,00**	**0,00**	**-1.098,68**	**-1.098,68**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-1.064.610,97**	**0,00**	**0,00**	**-1.098,68**	**-1.098,68**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-1.064.610,97**	**0,00**	**0,00**	**-1.098,68**	**-1.098,68**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-1.064.610,97**	**0,00**	**0,00**	**-1.098,68**	**-1.098,68**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-1.064.610,97**	**0,00**	**0,00**	**-1.098,68**	**-1.098,68**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**500,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 040108 Jubiläumsjahr Beckum 2024

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	127.323,53	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	68.470,83	0,00	0,00	-605,04	-605,04	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	53.560,41	0,00	0,00	174.514,92	174.514,92	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**249.354,77**	**0,00**	**0,00**	**173.909,88**	**173.909,88**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.064.453,45	15.560,29	15.560,29	15.560,29	0,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	15.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	281.828,80	18.046,41	18.046,41	19.701,80	1.655,39	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.361.282,25**	**33.606,70**	**33.606,70**	**35.262,09**	**1.655,39**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-1.111.927,48**	**-33.606,70**	**-33.606,70**	**138.647,79**	**172.254,49**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**500,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**500,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

51 Produkt 040301 Leistungen der Volkshochschule

Produktinformationen

Verantwortlich FD VHS, Herr Dr. Rauter

Produktbeschreibung

Das Weiterbildungsgesetz NRW verpflichtet Land und Kommunen zur Förderung einer europaweit einzigartigen Weiterbildungslandschaft.

Pädagogische und organisatorische Planung und Realisation von Bildungsveranstaltungen

Finanzielle Beteiligung

Bereitstellung von Räumlichkeiten zur Durchführung der Weiterbildungsmaßnahmen nach dem Landesweiterbildungsgesetz und andere Bildungsveranstaltungen

Ziele

Anpassung der Struktur an den digitalen und interkulturellen Wandel und die Förderung der nachhaltigen Entwicklung (BNE).

Integration von Zugewanderten durch verschiedene Deutschkursformate.

Finanzielle Förderung durch BAMF, ESF, Land NRW, Gebühren.

Maßnahmen

Organisation von Integrations- und deutschen Sprachkursen, Berufssprachkursen, Förderkursen an Schulen, offenen VHS-Kurse, Lehrgängen, Seminaren, Vorträgen Werbung und Öffentlichkeitsarbeit; Beratung von Interessierten.

Teilergebnisrechnung Produkt 040301 Leistungen der Volkshochschule

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	673.588,91	660.550,00	0,00	683.016,21	22.466,21	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	218.412,27	289.000,00	0,00	212.129,20	-76.870,80	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	75,00	50,00	0,00	762,85	712,85	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	56.743,68	60.000,00	0,00	36.577,95	-23.422,05	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.530,85	150,00	0,00	91.634,22	91.484,22	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**950.350,71**	**1.009.750,00**	**0,00**	**1.024.120,43**	**14.370,43**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	943.315,32	1.072.850,00	0,00	1.001.101,83	-71.748,17	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	54.328,99	66.550,00	0,00	43.681,14	-22.868,86	536,44
14	– Bilanzielle Abschreibungen	51.428,22	57.350,00	0,00	52.881,71	-4.468,29	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	16.270,19	20.900,00	0,00	23.824,14	2.924,14	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**1.065.342,72**	**1.217.650,00**	**0,00**	**1.121.488,82**	**-96.161,18**	**536,44**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-114.992,01**	**-207.900,00**	**0,00**	**-97.368,39**	**110.531,61**	**-536,44**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	38,27	38,27	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-38,27**	**-38,27**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-114.992,01**	**-207.900,00**	**0,00**	**-97.406,66**	**110.493,34**	**-536,44**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-114.992,01**	**-207.900,00**	**0,00**	**-97.406,66**	**110.493,34**	**-536,44**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	68.402,16	90.350,00	0,00	79.783,64	-10.566,36	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-183.394,17**	**-298.250,00**	**0,00**	**-177.190,30**	**121.059,70**	**-536,44**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-183.394,17**	**-298.250,00**	**0,00**	**-177.190,30**	**121.059,70**	**-536,44**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	5,00	0,00	0,00	8,00	8,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-5,00**	**0,00**	**0,00**	**-8,00**	**-8,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 040301 Leistungen der Volkshochschule

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	641.303,16	641.750,00	0,00	729.308,18	87.558,18	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	217.070,84	289.000,00	0,00	210.198,95	-78.801,05	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	160,00	50,00	0,00	822,85	772,85	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	54.495,38	60.000,00	0,00	36.577,95	-23.422,05	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	1.530,85	150,00	0,00	3,11	-146,89	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**914.560,23**	**990.950,00**	**0,00**	**976.911,04**	**-14.038,96**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	1.019.406,26	1.081.999,50	9.149,50	984.263,49	-97.736,01	26.121,09
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	58.414,08	168.197,70	101.647,70	50.208,40	-117.989,30	3.219,18
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	38,27
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	18.717,18	21.537,10	637,10	20.242,02	-1.295,08	690,03
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.096.537,52**	**1.271.734,30**	**111.434,30**	**1.054.713,91**	**-217.020,39**	**30.068,57**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-181.977,29**	**-280.784,30**	**-111.434,30**	**-77.802,87**	**202.981,43**	**-30.068,57**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	2.112.000,00	312.000,00	56.040,27	-2.055.959,73	2.142,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	52.631,52	22.598,60	6.698,60	14.064,83	-8.533,77	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**52.631,52**	**2.134.598,60**	**318.698,60**	**70.105,10**	**-2.064.493,50**	**2.142,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-52.631,52**	**-2.134.598,60**	**-318.698,60**	**-70.105,10**	**2.064.493,50**	**-2.142,00**

05 Soziale Leistungen

050101	Leistungen nach dem SGB XII (BSHG)	050301	Leistungen für Asylbewerber
050302	Leistungen für Schutzsuchende aus der Ukraine	050501	Leistungen für Senioren
050901	Sozialversicherungsangelegenheiten	050902	Sonstige soziale Leistungen

Teilergebnisrechnung Produkt 05 Soziale Leistungen

	Erträgs- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.001.422,01	1.060.050,00	0,00	586.406,85	-473.643,15	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	90.892,79	141.500,00	0,00	49.802,81	-91.697,19	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.112,70	1.500,00	0,00	1.232,70	-267,30	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	250,00	0,00	0,00	-250,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	342.648,77	106.700,00	0,00	23.571,66	-83.128,34	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	68.894,48	250,00	0,00	55.851,05	55.601,05	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	**= Ordentliche Erträge**	**1.504.970,75**	**1.310.250,00**	**0,00**	**716.865,07**	**-593.384,93**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	562.704,22	578.800,00	0,00	615.339,08	36.539,08	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.797,03	25.450,00	0,00	19.823,12	-5.626,88	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	2.432,82	2.950,00	0,00	3.837,88	887,88	0,00
15	– Transferaufwendungen	916.822,32	1.004.600,00	0,00	563.144,86	-441.455,14	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	45.328,88	31.600,00	0,00	19.277,60	-12.322,40	0,00
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	**1.548.085,27**	**1.643.400,00**	**0,00**	**1.221.422,54**	**-421.977,46**	**0,00**
18	**= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-43.114,52**	**-333.150,00**	**0,00**	**-504.557,47**	**-171.407,47**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	**= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-43.114,52**	**-333.150,00**	**0,00**	**-504.557,47**	**-171.407,47**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	**= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	**= Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-43.114,52**	**-333.150,00**	**0,00**	**-504.557,47**	**-171.407,47**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.093.395,55	1.070.800,00	0,00	32.794,67	-1.038.005,33	0,00
29	**= Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-1.136.510,07**	**-1.403.950,00**	**0,00**	**-537.352,14**	**866.597,86**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**= Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-1.136.510,07**	**-1.403.950,00**	**0,00**	**-537.352,14**	**866.597,86**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	2,00	0,00	0,00	3,00	3,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-2,00**	**0,00**	**0,00**	**-3,00**	**-3,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 05 Soziale Leistungen

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	928.294,00	1.060.000,00	0,00	713.039,33	-346.960,67	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	91.505,95	141.500,00	0,00	58.467,72	-83.032,28	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.112,70	1.500,00	0,00	1.232,70	-267,30	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	250,00	0,00	0,00	-250,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	342.548,77	106.700,00	0,00	28.853,56	-77.846,44	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	250,00	0,00	0,00	-250,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.363.461,42**	**1.310.200,00**	**0,00**	**801.593,31**	**-508.606,69**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	563.770,53	578.800,00	0,00	616.280,56	37.480,56	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	50.732,71	327.266,32	301.816,32	67.012,84	-260.253,48	301.755,25
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	880.719,97	1.005.403,75	803,75	426.595,25	-578.808,50	8.374,72
15	– Sonstige Auszahlungen	38.938,62	35.224,00	3.624,00	21.537,10	-13.686,90	134,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.534.161,83**	**1.946.694,07**	**306.244,07**	**1.131.425,75**	**-815.268,32**	**310.263,97**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-170.700,41**	**-636.494,07**	**-306.244,07**	**-329.832,44**	**306.661,63**	**-310.263,97**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	8.186,99	6.119,00	319,00	5.658,18	-460,82	7.000,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**8.186,99**	**6.119,00**	**319,00**	**5.658,18**	**-460,82**	**7.000,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-8.186,99**	**-6.119,00**	**-319,00**	**-5.658,18**	**460,82**	**-7.000,00**

52 Produkt 050101 Leistungen nach dem SGB XII (BSHG)

Produktinformationen

Verantwortlich FD 50, Herr May-Neitemann

Produktbeschreibung

Sicherstellung des Rechtsanspruches nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) XII

Beratung/Unterstützung, Prüfung und Gewährung/Ablehnung von Leistungen nach dem SGB XII

Amtshilfe für den örtlichen/überörtlichen Träger der Sozialhilfe

Unterstützung bei Krankheit, sofern kein Versicherungsschutz besteht und auch nicht anderweitig sichergestellt werden kann

Alle Leistungen, die auch von gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden, einschließlich Vorsorge.

Gesetzliche Grundlagen: §§ 17, 18, 19, 27, 30, 31, 41, 67 SGB XII und § 264 Abs. 5 SGB V.

Ziele

-> Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes

-> Verwirklichung des Sozialstaatsprinzips

-> Schaffung einer materiellen (finanziellen) Grundlage zur Teilhabe am menschenwürdigen Leben in der Gemeinschaft

-> Sicherstellung der körperlichen Unversehrtheit bei Krankheit, soweit kein anderweitiger Versicherungsschutz besteht

Maßnahmen

Bedarfsgerechter Einsatz der Budgetmittel

Teilergebnisrechnung Produkt 050101 Leistungen nach dem SGB XII (BSHG)

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	34,58	0,00	0,00	34,58	34,58	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	9.431,36	8.000,00	0,00	5.931,01	-2.068,99	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	500,00	0,00	0,00	-500,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	300,00	250,00	0,00	455,00	205,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**9.765,94**	**8.750,00**	**0,00**	**6.420,59**	**-2.329,41**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	160.737,57	175.000,00	0,00	236.626,36	61.626,36	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.847,75	2.150,00	0,00	1.792,01	-357,99	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	1.573,06	1.800,00	0,00	1.950,44	150,44	0,00
15	– Transferaufwendungen	14.480,91	8.000,00	0,00	7.001,67	-998,33	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.169,87	8.100,00	0,00	5.311,59	-2.788,41	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**188.809,16**	**195.050,00**	**0,00**	**252.682,07**	**57.632,07**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-179.043,22**	**-186.300,00**	**0,00**	**-246.261,48**	**-59.961,48**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-179.043,22**	**-186.300,00**	**0,00**	**-246.261,48**	**-59.961,48**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-179.043,22**	**-186.300,00**	**0,00**	**-246.261,48**	**-59.961,48**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.405,13	26.000,00	0,00	11.413,10	-14.586,90	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-185.448,35**	**-212.300,00**	**0,00**	**-257.674,58**	**-45.374,58**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-185.448,35**	**-212.300,00**	**0,00**	**-257.674,58**	**-45.374,58**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 050101 Leistungen nach dem SGB XII (BSHG)

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	9.617,46	8.000,00	0,00	6.387,50	-1.612,50	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	500,00	0,00	0,00	-500,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	250,00	0,00	0,00	-250,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**9.617,46**	**8.750,00**	**0,00**	**6.387,50**	**-2.362,50**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	161.459,49	175.000,00	0,00	237.085,15	62.085,15	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.847,75	2.150,00	0,00	1.792,01	-357,99	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	14.480,91	8.000,00	0,00	7.001,67	-998,33	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	8.215,37	8.224,00	124,00	5.437,43	-2.786,57	134,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**186.003,52**	**193.374,00**	**124,00**	**251.316,26**	**57.942,26**	**134,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-176.386,06**	**-184.624,00**	**-124,00**	**-244.928,76**	**-60.304,76**	**-134,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	7.972,17	750,00	0,00	2.323,53	1.573,53	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**7.972,17**	**750,00**	**0,00**	**2.323,53**	**1.573,53**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-7.972,17**	**-750,00**	**0,00**	**-2.323,53**	**-1.573,53**	**0,00**

53 Produkt 050301 Leistungen für Asylbewerber

Produktinformationen

Verantwortlich FD 50, Herr May-Neitemann

Produktbeschreibung

Bewilligung der materiellen Hilfe und sonstige Hilfen nach dem AsylbLG

Hilfen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt

Schaffung von Arbeitsgelegenheiten

Betreuung der Asylbewerber und Aussiedler

Durchsetzung von Kostenerstattungsansprüchen.

Gesetzliche Grundlagen: §§ 1, 1a, 3, 4, 5, 6 AsylbLG und § 2 AsylbLG i.V.m. §§ 27 ff SGB XII

Ziele

-> Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes

-> Sicherstellung der Unterkunft

-> Schaffung einer materiellen (finanziellen) Grundlage zur Teilhabe am menschenwürdigen Leben in der Gemeinschaft

-> Sicherstellung der körperlichen Unversehrtheit bei Krankheit, soweit kein anderweitiger Versicherungsschutz besteht

-> Sozialpädagogische Betreuung der Asylbewerber

Maßnahmen

Bedarfsgerechter Einsatz der Budgetmittel nach den gesetzlichen Vorschriften

Teilergebnisrechnung Produkt 050301 Leistungen für Asylbewerber

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	912.901,15	939.000,00	0,00	522.962,63	-416.037,37	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	61.292,75	80.000,00	0,00	30.956,35	-49.043,65	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	342.648,77	105.000,00	0,00	17.244,92	-87.755,08	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	68.568,00	0,00	0,00	53.650,00	53.650,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**1.385.410,67**	**1.124.000,00**	**0,00**	**624.813,90**	**-499.186,10**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	111.483,19	112.600,00	0,00	127.826,34	15.226,34	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	1.400,00	0,00	0,00	-1.400,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	394,44	450,00	0,00	398,23	-51,77	0,00
15	– Transferaufwendungen	775.497,47	843.850,00	0,00	490.135,74	-353.714,26	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.502,88	3.150,00	0,00	2.932,50	-217,50	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**910.877,98**	**961.450,00**	**0,00**	**621.292,81**	**-340.157,19**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**474.532,69**	**162.550,00**	**0,00**	**3.521,09**	**-159.028,91**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**474.532,69**	**162.550,00**	**0,00**	**3.521,09**	**-159.028,91**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**474.532,69**	**162.550,00**	**0,00**	**3.521,09**	**-159.028,91**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	500.569,17	564.350,00	0,00	473.878,05	-90.471,95	0,00
	581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	494.593,39	550.400,00	0,00	465.552,52	-84.847,48	0,00
	581102 Aufwand aus internen Leistungsbeziehungen (FD 65)	0,00	4.500,00	0,00	0,00	-4.500,00	0,00
	581103 Aufwand aus internen Leistungsbeziehungen (FD DV)	5.975,78	9.450,00	0,00	8.325,53	-1.124,47	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-26.036,48**	**-401.800,00**	**0,00**	**-470.356,96**	**-68.556,96**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-26.036,48**	**-401.800,00**	**0,00**	**-470.356,96**	**-68.556,96**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-2,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 050301 Leistungen für Asylbewerber

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	818.875,00	939.000,00	0,00	652.888,33	-286.111,67	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	59.824,64	80.000,00	0,00	33.946,00	-46.054,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	342.548,77	105.000,00	0,00	17.244,92	-87.755,08	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.221.248,41**	**1.124.000,00**	**0,00**	**704.079,25**	**-419.920,75**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	111.583,15	112.600,00	0,00	127.966,16	15.366,16	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	31.482,00	301.400,00	300.000,00	46.375,00	-255.025,00	300.000,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	741.473,30	843.850,00	0,00	353.179,18	-490.670,82	7.977,92
15	– Sonstige Auszahlungen	19.043,89	6.650,00	3.500,00	5.424,41	-1.225,59	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**903.582,34**	**1.264.500,00**	**303.500,00**	**532.944,75**	**-731.555,25**	**307.977,92**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**317.666,07**	**-140.500,00**	**-303.500,00**	**171.134,50**	**311.634,50**	**-307.977,92**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	1.850,00	0,00	2.566,94	716,94	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**1.850,00**	**0,00**	**2.566,94**	**716,94**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**-1.850,00**	**0,00**	**-2.566,94**	**-716,94**	**0,00**

54 Produkt 050302 Leistungen für Schutzsuchende aus der Ukraine

Produktinformationen

Verantwortlich

Produktbeschreibung

Bewilligung der materiellen und sonstigen Hilfen nach dem AsylblG für Flüchtlinge aus der Ukraine

Persönliche Betreuung der Flüchtlinge aus der Ukraine

Durchsetzung von Kostenerstattungsansprüchen

Berechnung und Durchsetzung von Landeserstattungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüaG

)Gesetzliche Grundlagen: §§ 1, 1a, 3, 4, 5, 6 AsylblG

Ziele

Sicherstellung der Rechtsansprüche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylblG) für Flüchtlinge aus der Ukraine

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 050302 Leistungen für Schutzsuchende aus der Ukraine

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	50.750,00	105.000,00	0,00	47.611,00	-57.389,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	20.168,68	50.000,00	0,00	12.915,45	-37.084,55	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	1.000,00	0,00	1.791,19	791,19	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**70.918,68**	**156.000,00**	**0,00**	**62.317,64**	**-93.682,36**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	109.053,00	109.350,00	0,00	89.924,33	-19.425,67	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.688,69	6.200,00	0,00	0,00	-6.200,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	64.727,32	70.350,00	0,00	11.660,82	-58.689,18	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.330,88	500,00	0,00	698,85	198,85	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**177.799,89**	**186.400,00**	**0,00**	**102.284,00**	**-84.116,00**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-106.881,21**	**-30.400,00**	**0,00**	**-39.966,36**	**-9.566,36**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-106.881,21**	**-30.400,00**	**0,00**	**-39.966,36**	**-9.566,36**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-106.881,21**	**-30.400,00**	**0,00**	**-39.966,36**	**-9.566,36**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	570.262,31	449.700,00	0,00	573.372,44	123.672,44	0,00
	581100 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	570.262,31	449.700,00	0,00	573.372,44	123.672,44	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-677.143,52**	**-480.100,00**	**0,00**	**-613.338,80**	**-133.238,80**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-677.143,52**	**-480.100,00**	**0,00**	**-613.338,80**	**-133.238,80**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 050302 Leistungen für Schutzsuchende aus der Ukraine

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	71.750,00	105.000,00	0,00	45.171,00	-59.829,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	22.063,85	50.000,00	0,00	13.083,45	-36.916,55	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	1.000,00	0,00	1.791,19	791,19	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**93.813,85**	**156.000,00**	**0,00**	**60.045,64**	**-95.954,36**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	109.276,19	109.350,00	0,00	90.233,56	-19.116,44	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.688,69	6.200,00	0,00	0,00	-6.200,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	65.102,32	70.350,00	0,00	11.660,82	-58.689,18	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	1.339,36	500,00	0,00	372,51	-127,49	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**178.406,56**	**186.400,00**	**0,00**	**102.266,89**	**-84.133,11**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-84.592,71**	**-30.400,00**	**0,00**	**-42.221,25**	**-11.821,25**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

55 Produkt 050501 Leistungen für Senioren

Produktinformationen

Verantwortlich FD 50, Herr May-Neitemann

Produktbeschreibung

Organisieren u. Durchführen von Seniorenveranstaltungen

Betreuung der Ehrenamtlichen in der Seniorenarbeit

Koordinierung der ehrenamtlichen, ambulanten und stationären Hilfen vor Ort; Bereitstellen von Informationsmaterialen

Beratung bei Umbau- und Umgestaltungsmaßnahmen in der eigenen Wohnung/Mietwohnung, damit dort ein weitgehend selbständiges und selbstbestimmtes Leben weitergeführt werden kann;

Ziele

->Qualifizierte Beratung der Senioren sicherstellen und Möglichkeiten der selbständigen Lebensführung festlegen;

->Ehrenamtliches Engagement in der Seniorenarbeit stärken;

->Beibehaltung des aktuellen Standards

Maßnahmen

Bedarfsgerechter Einsatz der Budgetmittel.

Teilergebnisrechnung Produkt 050501 Leistungen für Senioren

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	3.500,00	0,00	0,00	-3.500,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.112,70	1.500,00	0,00	1.232,70	-267,30	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**1.112,70**	**5.050,00**	**0,00**	**1.232,70**	**-3.817,30**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	46.369,68	48.350,00	0,00	42.031,61	-6.318,39	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	117,89	1.450,00	0,00	52,52	-1.397,48	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	305,84	400,00	0,00	321,80	-78,20	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.750,19	9.650,00	0,00	7.014,59	-2.635,41	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**53.543,60**	**59.850,00**	**0,00**	**49.420,52**	**-10.429,48**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-52.430,90**	**-54.800,00**	**0,00**	**-48.187,82**	**6.612,18**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-52.430,90**	**-54.800,00**	**0,00**	**-48.187,82**	**6.612,18**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-52.430,90**	**-54.800,00**	**0,00**	**-48.187,82**	**6.612,18**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	14.694,84	17.150,00	0,00	10.523,24	-6.626,76	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-67.125,74**	**-71.950,00**	**0,00**	**-58.711,06**	**13.238,94**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-67.125,74**	**-71.950,00**	**0,00**	**-58.711,06**	**13.238,94**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-1,00**	**-1,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 050501 Leistungen für Senioren

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	3.500,00	0,00	0,00	-3.500,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.112,70	1.500,00	0,00	1.232,70	-267,30	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.112,70**	**5.050,00**	**0,00**	**1.232,70**	**-3.817,30**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	46.380,30	48.350,00	0,00	42.048,43	-6.301,57	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	117,89	1.450,00	0,00	52,52	-1.397,48	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	6.753,23	9.650,00	0,00	7.007,22	-2.642,78	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**53.251,42**	**59.450,00**	**0,00**	**49.108,17**	**-10.341,83**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-52.138,72**	**-54.400,00**	**0,00**	**-47.875,47**	**6.524,53**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	469,00	319,00	319,00	-150,00	7.000,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**469,00**	**319,00**	**319,00**	**-150,00**	**7.000,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**-469,00**	**-319,00**	**-319,00**	**150,00**	**-7.000,00**

56 Produkt 050901 Sozialversicherungsangelegenheiten

Produktinformationen

Verantwortlich FD 33, Frau S. Knipping

Produktbeschreibung

Sozialversicherungsangelegenheiten einschl. Rentenantragsannahme

Ziele

Beratung der Bürger in allen Sozialversicherungsangelegenheiten

Maßnahmen

Terminvereinbarung zur intensiven Beratung der Bürger
zusätzlich 2 x monatlich Sprechtage der RV-Träger

Teilergebnisrechnung Produkt 050901 Sozialversicherungsangelegenheiten

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	72.196,32	68.050,00	0,00	68.289,78	239,78	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	99,16	200,00	0,00	114,02	-85,98	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	35,76	150,00	0,00	35,76	-114,24	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.349,82	2.850,00	0,00	1.923,07	-926,93	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**74.681,06**	**71.250,00**	**0,00**	**70.362,63**	**-887,37**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-74.681,06**	**-71.250,00**	**0,00**	**-70.362,63**	**887,37**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-74.681,06**	**-71.250,00**	**0,00**	**-70.362,63**	**887,37**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-74.681,06**	**-71.250,00**	**0,00**	**-70.362,63**	**887,37**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.026,85	12.900,00	0,00	1.923,68	-10.976,32	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-75.707,91**	**-84.150,00**	**0,00**	**-72.286,31**	**11.863,69**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-75.707,91**	**-84.150,00**	**0,00**	**-72.286,31**	**11.863,69**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	2,00	2,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-2,00**	**-2,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 050901 Sozialversicherungsangelegenheiten

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	72.196,32	68.050,00	0,00	68.289,78	239,78	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	99,16	200,00	0,00	114,02	-85,98	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	2.357,67	2.850,00	0,00	1.910,86	-939,14	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**74.653,15**	**71.100,00**	**0,00**	**70.314,66**	**-785,34**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-74.653,15**	**-71.100,00**	**0,00**	**-70.314,66**	**785,34**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	3.000,00	0,00	0,00	-3.000,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**3.000,00**	**0,00**	**0,00**	**-3.000,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**-3.000,00**	**0,00**	**0,00**	**3.000,00**	**0,00**

57 Produkt 050902 Sonstige soziale Leistungen

Produktinformationen

Verantwortlich FD 50, Herr May-Neitemann

Produktbeschreibung

Unterstützung und Beratung von definierten Zielgruppen zur Verwirklichung des Sozialstaatsprinzips

- Betreuung von Migranten
- Tätigkeiten des Integrationsbeauftragten
- Netzwerkbildung mit anderen Trägern bzw. Verbänden der freien Wohlfahrtspflege
- Zahlung von Kostenbeteiligungen und Zuschüssen

Gesetzliche Grundlagen: §§ 3, 4, 7 ff. SGB II

Ziele

-> Intensivere Förderung und Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit und Bildung von Netzwerken

-> Stärken des Einzelnen und des sozialen Zusammenhaltes

-> Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 050902 Sonstige soziale Leistungen

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	37.736,28	16.050,00	0,00	15.798,64	-251,36	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	200,00	0,00	0,00	-200,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	200,00	0,00	4.535,55	4.335,55	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	26,48	0,00	0,00	1.746,05	1.746,05	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**37.762,76**	**16.450,00**	**0,00**	**22.080,24**	**5.630,24**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	62.864,46	65.450,00	0,00	50.640,66	-14.809,34	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.043,54	14.050,00	0,00	17.864,57	3.814,57	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	123,72	150,00	0,00	1.131,65	981,65	0,00
15	– Transferaufwendungen	62.116,62	82.400,00	0,00	54.346,63	-28.053,37	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.225,24	7.350,00	0,00	1.397,00	-5.953,00	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**142.373,58**	**169.400,00**	**0,00**	**125.380,51**	**-44.019,49**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-104.610,82**	**-152.950,00**	**0,00**	**-103.300,27**	**49.649,73**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-104.610,82**	**-152.950,00**	**0,00**	**-103.300,27**	**49.649,73**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-104.610,82**	**-152.950,00**	**0,00**	**-103.300,27**	**49.649,73**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	437,25	700,00	0,00	609,12	-90,88	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-105.048,07**	**-153.650,00**	**0,00**	**-103.909,39**	**49.740,61**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-105.048,07**	**-153.650,00**	**0,00**	**-103.909,39**	**49.740,61**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 050902 Sonstige soziale Leistungen

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	37.669,00	16.000,00	0,00	14.980,00	-1.020,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	5.050,77	5.050,77	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	200,00	0,00	0,00	-200,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	200,00	0,00	9.817,45	9.617,45	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**37.669,00**	**16.400,00**	**0,00**	**29.848,22**	**13.448,22**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	62.875,08	65.450,00	0,00	50.657,48	-14.792,52	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	14.497,22	15.866,32	1.816,32	18.679,29	2.812,97	1.755,25
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	59.663,44	83.203,75	803,75	54.753,58	-28.450,17	396,80
15	– Sonstige Auszahlungen	1.229,10	7.350,00	0,00	1.384,67	-5.965,33	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**138.264,84**	**171.870,07**	**2.620,07**	**125.475,02**	**-46.395,05**	**2.152,05**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-100.595,84**	**-155.470,07**	**-2.620,07**	**-95.626,80**	**59.843,27**	**-2.152,05**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	214,82	50,00	0,00	448,71	398,71	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**214,82**	**50,00**	**0,00**	**448,71**	**398,71**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-214,82**	**-50,00**	**0,00**	**-448,71**	**-398,71**	**0,00**

06 Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe

060102	Gewährung von Unterhaltsvorschuss	060104	Allgemeine Jugendarbeit
060105	Familienbezogene Hilfen	060106	Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
060107	Präventionsarbeit	060108	Zentrale Aufgaben (u. a. betreutes Wohnen)
060501	Angebote des Freizeitheims Neubeckum	060502	Angebote des Jugendtreffs „Altes E-Werk“
060505	Bereitstellung von Spiel- und Bolzplätzen	060701	Verwaltung der Tageseinrichtungen für Kinder
060703	Leistungen der KiTa „Die kleinen Strolche“, Windmühlenstraße	060705	Leistungen der KiTa „Rappelkiste“, Auf dem Völker

Teilergebnisrechnung Produkt 06 Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.577.350,56	12.361.700,00	0,00	12.836.738,33	475.038,33	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	3.095.275,14	2.395.500,00	0,00	3.184.838,72	789.338,72	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.899.078,38	1.752.750,00	0,00	1.728.274,13	-24.475,87	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	20.635,57	22.000,00	0,00	12.903,36	-9.096,64	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.298.932,07	1.244.650,00	0,00	1.418.376,25	173.726,25	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	145.360,46	2.900,00	0,00	195.111,67	192.211,67	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**19.036.632,18**	**17.779.500,00**	**0,00**	**19.376.242,46**	**1.596.742,46**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	4.668.173,16	5.386.550,00	0,00	5.405.321,32	18.771,32	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.370.236,42	1.769.800,00	0,00	2.103.414,30	333.614,30	800,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	213.003,70	241.600,00	0,00	224.311,84	-17.288,16	0,00
15	– Transferaufwendungen	29.594.377,27	30.248.400,00	0,00	33.035.840,74	2.787.440,74	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	352.873,59	231.650,00	0,00	309.175,97	77.525,97	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**36.198.664,14**	**37.878.000,00**	**0,00**	**41.078.064,17**	**3.200.064,17**	**800,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-17.162.031,96**	**-20.098.500,00**	**0,00**	**-21.701.821,71**	**-1.603.321,71**	**-800,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.128,82	50,00	0,00	2.088,93	2.038,93	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**-2.128,82**	**-50,00**	**0,00**	**-2.088,93**	**-2.038,93**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-17.164.160,78**	**-20.098.550,00**	**0,00**	**-21.703.910,64**	**-1.605.360,64**	**-800,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-17.164.160,78**	**-20.098.550,00**	**0,00**	**-21.703.910,64**	**-1.605.360,64**	**-800,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	142.055,83	270.500,00	0,00	158.541,75	-111.958,25	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-17.306.216,61**	**-20.369.050,00**	**0,00**	**-21.862.452,39**	**-1.493.402,39**	**-800,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-17.306.216,61**	**-20.369.050,00**	**0,00**	**-21.862.452,39**	**-1.493.402,39**	**-800,00**

202

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegen-ständen	17,00	0,00	0,00	113,00	113,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-17,00**	**0,00**	**0,00**	**-113,00**	**-113,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 06 Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.425.795,56	12.114.000,00	0,00	12.522.003,59	408.003,59	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	1.516.596,91	2.295.500,00	0,00	3.695.310,82	1.399.810,82	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.777.776,08	1.752.750,00	0,00	1.674.209,94	-78.540,06	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	20.635,57	22.000,00	0,00	12.903,36	-9.096,64	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.296.193,75	1.244.650,00	0,00	1.408.030,83	163.380,83	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	38,83	0,00	0,00	3.041,09	3.041,09	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**17.037.036,70**	**17.428.900,00**	**0,00**	**19.315.499,63**	**1.886.599,63**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	4.690.848,19	5.388.805,00	2.255,00	5.419.666,83	30.861,83	3.912,50
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.446.218,76	1.787.732,35	17.932,35	2.109.485,64	321.753,29	54.405,39
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	2.128,82	50,00	0,00	2.088,93	2.038,93	0,00
14	– Transferauszahlungen	29.350.202,99	37.740.737,86	8.420.537,86	32.798.644,07	-4.942.093,79	8.930.990,81
15	– Sonstige Auszahlungen	116.121,55	136.361,06	4.711,06	128.020,61	-8.340,45	5.827,23
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**35.605.520,31**	**45.053.686,27**	**8.445.436,27**	**40.457.906,08**	**-4.595.780,19**	**8.995.135,93**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-18.568.483,61**	**-27.624.786,27**	**-8.445.436,27**	**-21.142.406,45**	**6.482.379,82**	**-8.995.135,93**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	406.681,72	315.900,00	0,00	137.102,12	-178.797,88	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**406.681,72**	**315.900,00**	**0,00**	**137.102,12**	**-178.797,88**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	54.564,99	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	83.053,96	314.046,08	90.846,08	147.028,79	-167.017,29	139.644,33
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	512.460,80	1.005.900,00	0,00	477.076,60	-528.823,40	325.639,20
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**650.079,75**	**1.319.946,08**	**90.846,08**	**624.105,39**	**-695.840,69**	**465.283,53**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-243.398,03**	**-1.004.046,08**	**-90.846,08**	**-487.003,27**	**517.042,81**	**-465.283,53**

58 Produkt 060101 Unterstützung freier Träger

Produktinformationen

Verantwortlich FD 52, Herr Matuszek

Produktbeschreibung

Unterstützung und Kooperation anderer Träger / Vereine die im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienförderung tätig sind

Ziele

Sicherstellung der Arbeitsmöglichkeiten der Jugendverbände

Einhaltung des Budgets

Maßnahmen

Entwicklung des Kinder- und Jugendförderplans
Bereitstellung von Fördermitteln

Teilergebnisrechnung Produkt 060101 Unterstützung freier Träger

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	52,89	0,00	0,00	40,43	40,43	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**52,89**	**0,00**	**0,00**	**40,43**	**40,43**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-52,89**	**0,00**	**0,00**	**-40,43**	**-40,43**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-52,89**	**0,00**	**0,00**	**-40,43**	**-40,43**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-52,89**	**0,00**	**0,00**	**-40,43**	**-40,43**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-52,89**	**0,00**	**0,00**	**-40,43**	**-40,43**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-52,89**	**0,00**	**0,00**	**-40,43**	**-40,43**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 060101 Unterstützung freier Träger

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	51,14	0,00	0,00	37,90	37,90	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**51,14**	**0,00**	**0,00**	**37,90**	**37,90**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-51,14**	**0,00**	**0,00**	**-37,90**	**-37,90**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

59 Produkt 060102 Gewährung von Unterhaltsvorschuss

Produktinformationen

Verantwortlich FD 50, Herr May-Neitemann

Produktbeschreibung

Unterhaltsvorschussleistungen für alleinerziehende Mütter und Väter für ihre Kinder bis zum 18. Lebensjahr

Verfolgung und Durchsetzung der vom Land NRW auf die Stadt Beckum übergegangenen Unterhaltsansprüche gegenüber den unterhaltspflichtigen Elternteilen.

Gesetzliche Grundlagen: §§ 3, 4, 7 ff. SGB II

Ziele

Sicherung des Unterhalts der Kinder und Heranziehung unterhaltspflichtiger Elternteile.

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 060102 Gewährung von Unterhaltsvorschuss

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	260.610,22	470.000,00	0,00	175.262,56	-294.737,44	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.260.471,06	1.238.500,00	0,00	1.286.474,74	47.974,74	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	119.720,02	0,00	0,00	178.689,31	178.689,31	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**1.640.801,30**	**1.708.500,00**	**0,00**	**1.640.426,61**	**-68.073,39**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	224.889,24	223.700,00	0,00	232.718,29	9.018,29	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	126.731,38	180.150,00	0,00	157.938,44	-22.211,56	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	1.764.907,00	1.730.000,00	0,00	1.783.779,00	53.779,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	177.263,15	101.300,00	0,00	108.246,27	6.946,27	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**2.293.790,77**	**2.235.150,00**	**0,00**	**2.282.682,00**	**47.532,00**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-652.989,47**	**-526.650,00**	**0,00**	**-642.255,39**	**-115.605,39**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-652.989,47**	**-526.650,00**	**0,00**	**-642.255,39**	**-115.605,39**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-652.989,47**	**-526.650,00**	**0,00**	**-642.255,39**	**-115.605,39**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.878,61	4.550,00	0,00	4.010,43	-539,57	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-655.868,08**	**-531.200,00**	**0,00**	**-646.265,82**	**-115.065,82**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-655.868,08**	**-531.200,00**	**0,00**	**-646.265,82**	**-115.065,82**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 060102 Gewährung von Unterhaltsvorschuss

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	275.642,50	370.000,00	0,00	289.149,49	-80.850,51	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.259.632,66	1.238.500,00	0,00	1.273.885,66	35.385,66	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.535.275,16**	**1.608.500,00**	**0,00**	**1.563.035,15**	**-45.464,85**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	247.041,41	223.700,00	0,00	245.688,43	21.988,43	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	140.959,17	180.200,55	50,55	142.224,02	-37.976,53	15.764,97
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	1.764.907,00	1.730.000,00	0,00	1.782.597,00	52.597,00	1.182,00
15	– Sonstige Auszahlungen	2.133,13	1.300,00	0,00	1.230,20	-69,80	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**2.155.040,71**	**2.135.200,55**	**50,55**	**2.171.739,65**	**36.539,10**	**16.946,97**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-619.765,55**	**-526.700,55**	**-50,55**	**-608.704,50**	**-82.003,95**	**-16.946,97**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

60 Produkt 060104 Allgemeine Jugendarbeit

Produktinformationen

Verantwortlich FD 52, Herr Matuszek

Produktbeschreibung

Finanzielle, personelle und sächliche Förderung zur Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen aus Beckum im Rahmen offener Angebote. Kooperation mit anderen Vereinen aus Beckum die im Bereich Kinder- und Jugendarbeit tätig sind.

Durchführung bzw. Sicherstellung von bedarfsgerechten inhaltlichen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Beckum, z.B.

Kinder- und Jugenderholung, Internationale Jugendarbeit, sportliche und freizeitorientierte Jugendarbeit, etc.

Beratung, Unterstützung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch eine schulische und berufliche Ausbildung und die Integration in das Berufsleben

Beratung, Unterstützung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Fragen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes

Ziele

Bedarfsgerechte Durchführung von Maßnahmen

Einhaltung des Budgets

Maßnahmen

Ferienspieltage
Durchführung von 2 weiteren Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 060104 Allgemeine Jugendarbeit

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	87.174,69	88.800,00	0,00	93.840,07	5.040,07	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.210,54	8.400,00	0,00	7.821,56	-578,44	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	359,57	100,00	0,00	268,79	168,79	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	320,00	320,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**97.744,80**	**97.300,00**	**0,00**	**102.250,42**	**4.950,42**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	59.880,65	74.000,00	0,00	66.944,08	-7.055,92	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	35.257,81	42.150,00	0,00	41.819,36	-330,64	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	274,69	400,00	0,00	289,23	-110,77	0,00
15	– Transferaufwendungen	101.235,01	114.100,00	0,00	110.976,60	-3.123,40	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.104,08	3.950,00	0,00	2.986,93	-963,07	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**199.752,24**	**234.600,00**	**0,00**	**223.016,20**	**-11.583,80**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-102.007,44**	**-137.300,00**	**0,00**	**-120.765,78**	**16.534,22**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-102.007,44**	**-137.300,00**	**0,00**	**-120.765,78**	**16.534,22**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-102.007,44**	**-137.300,00**	**0,00**	**-120.765,78**	**16.534,22**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.949,73	17.300,00	0,00	1.900,72	-15.399,28	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-103.957,17**	**-154.600,00**	**0,00**	**-122.666,50**	**31.933,50**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-103.957,17**	**-154.600,00**	**0,00**	**-122.666,50**	**31.933,50**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 060104 Allgemeine Jugendarbeit

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	87.121,03	88.800,00	0,00	93.893,73	5.093,73	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.210,54	8.400,00	0,00	7.821,56	-578,44	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9,57	100,00	0,00	268,79	168,79	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	320,00	320,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**97.341,14**	**97.300,00**	**0,00**	**102.304,08**	**5.004,08**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	59.880,65	74.000,00	0,00	66.944,08	-7.055,92	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	34.547,81	42.860,00	710,00	42.529,36	-330,64	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	101.735,01	114.100,00	0,00	110.476,60	-3.623,40	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	3.137,88	3.950,00	0,00	2.972,07	-977,93	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**199.301,35**	**234.910,00**	**710,00**	**222.922,11**	**-11.987,89**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-101.960,21**	**-137.610,00**	**-710,00**	**-120.618,03**	**16.991,97**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	350,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**350,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	499,00	1.050,00	0,00	0,00	-1.050,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**499,00**	**1.050,00**	**0,00**	**0,00**	**-1.050,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-149,00**	**-1.050,00**	**0,00**	**0,00**	**1.050,00**	**0,00**

61 Produkt 060105 Familienbezogene Hilfen

Produktinformationen

Verantwortlich FD 51, Frau Förtsch

Produktbeschreibung

In diesem Produkt sind (1) ambulante Jugendhilfemaßnahmen und (2) teilstationäre Jugendhilfemaßnahmen abgebildet

(1) Ambulante Jugendhilfe in Form von individuellen, bedarfsorientierten und familien-bezogenen Hilfekonzepten

Gesetzliche Grundlagen: §§ 27,28,29,30,31,32, 35 SGB VIII

Ziele

Personen- und Erziehungsberechtigte werden durch ambulante Begleitung bei der Bewältigung von Alltagsproblemen sowie bei der Lösung von Konflikten und Krisen unterstützt.

Die Hilfe ist ressourcenaktivierend angelegt und soll schnellstmöglich dazu führen, dass die Personen- und Erziehungsberechtigten ihre Erziehungsaufgaben wieder ohne Unterstützung bewältigen können (Hilfe zur Selbsthilfe).

Die Erziehungsberatung nach § 28 SGB VIII wird vor allem durch die Erziehungsberatungsstelle der Diakonie Gütersloh in Neubeckum abgedeckt.

Kernmaßnahmen:

Erziehungsberatung

Sozialpädagogische Familienhilfe/Erziehungsbeistandschaft

individuelle, bedarfsorientierte pädagogische Konzepte

(2) Teilstationäre Jugendhilfemaßnahmen

In diesem Teile des Produktes sind im Kern die Kinder- und Jugendhäuser 1 und 2 des Mütterzentrum Beckum e.V. verortet.

Gesetzliche Grundlage: § 27, 32 SGB VIII

Maßnahmen

Hilfe zur Erziehung in den Kinder- und Jugendhäusern soll die Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen durch soziales Lernen in der Gruppe, Begleitung der schulischen Förderung und Elternarbeit unterstützen und dadurch den Verbleib des Kindes- oder des Jugendlichen in seiner Familie sichern.

Teilergebnisrechnung Produkt 060105 Familienbezogene Hilfen

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	50.908,89	40.300,00	0,00	46.381,90	6.081,90	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	44.385,40	15.000,00	0,00	7.607,41	-7.392,59	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.711,18	0,00	0,00	64.247,10	64.247,10	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.365,89	0,00	0,00	2.095,74	2.095,74	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**100.371,36**	**55.300,00**	**0,00**	**120.332,15**	**65.032,15**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	692.307,82	873.400,00	0,00	873.109,78	-290,22	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	51.283,91	57.700,00	0,00	52.990,07	-4.709,93	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	403,49	450,00	0,00	415,61	-34,39	0,00
15	– Transferaufwendungen	1.594.829,39	1.452.000,00	0,00	2.247.056,08	795.056,08	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.088,35	9.400,00	0,00	14.796,02	5.396,02	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**2.350.912,96**	**2.392.950,00**	**0,00**	**3.188.367,56**	**795.417,56**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-2.250.541,60**	**-2.337.650,00**	**0,00**	**-3.068.035,41**	**-730.385,41**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-2.250.541,60**	**-2.337.650,00**	**0,00**	**-3.068.035,41**	**-730.385,41**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-2.250.541,60**	**-2.337.650,00**	**0,00**	**-3.068.035,41**	**-730.385,41**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	13.262,51	12.650,00	0,00	15.906,70	3.256,70	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-2.263.804,11**	**-2.350.300,00**	**0,00**	**-3.083.942,11**	**-733.642,11**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-2.263.804,11**	**-2.350.300,00**	**0,00**	**-3.083.942,11**	**-733.642,11**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 060105 Familienbezogene Hilfen

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	50.601,00	40.000,00	0,00	46.073,99	6.073,99	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	63.241,91	15.000,00	0,00	6.138,33	-8.861,67	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.711,18	0,00	0,00	64.247,10	64.247,10	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**117.554,09**	**55.000,00**	**0,00**	**116.459,42**	**61.459,42**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	692.409,66	873.400,00	0,00	873.256,57	-143,43	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	51.250,41	57.733,50	33,50	52.032,30	-5.701,20	991,27
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	1.580.991,17	1.551.474,28	99.474,28	2.202.264,87	650.790,59	144.265,49
15	– Sonstige Auszahlungen	11.994,58	9.400,00	0,00	14.423,29	5.023,29	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**2.336.645,82**	**2.492.007,78**	**99.507,78**	**3.141.977,03**	**649.969,25**	**145.256,76**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-2.219.091,73**	**-2.437.007,78**	**-99.507,78**	**-3.025.517,61**	**-588.509,83**	**-145.256,76**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	560,20	100,00	0,00	0,00	-100,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**560,20**	**100,00**	**0,00**	**0,00**	**-100,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-560,20**	**-100,00**	**0,00**	**0,00**	**100,00**	**0,00**

62 Produkt 060106 Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

Produktinformationen

Verantwortlich FD 51, Frau Förtsch

Produktbeschreibung

In diesem Produkt sind (1) stationäre Jugendhilfemaßnahmen und (2) die Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche abgebildet

(1) Stationäre Jugendhilfe in Form von Unterbringungen in Pflegefamilien, in Einrichtungen der Heimerziehung oder im Rahmen von Inobhutnahmen.

Gesetzliche Grundlagen: §§ 19,33,34,35,42 SGB VIII

(2) Eingliederungshilfe für seelische behinderte Kinder und Jugendliche

Kinder- und Jugendliche haben Anspruch auf Eingliederungshilfe wenn ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrschein-lichkeit länger als 6 Monate von dem für ihre Lebensalter typischen Zustand abweicht und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist

Gesetzliche Grundlage: § 35a SGB VIII

Ziele

Ziele/Maßnahmen

(1)

- kurzfristige Unterbringung von Kindern und Jugendlichen bei gleichzeitigem Einsatz von ambulanter Hilfe zur Erziehung um Mangelsituationen im Herkunftssystem zu beheben und einen geeigneten Erziehungsrahmen zu schaffen; bei Erfolg schnellstmögliche Reintegration des Kindes oder des Jugendlichen in die Herkunftsfamilie

- langfristige Unterbringung und Verselbstständigung von Kindern und Jugendlichen wenn es keine Möglichkeit gibt mit dem Herkunftssystem an einer realistischen Reintegrationsperspektive zu arbeiten

- kurzfristige Inobhutnahme zur Krisenintervention mit Perspektivklärung

(2) Die Eingliederungshilfe hat zum einen die Aufgabe vorbeugend vor Eintritt einer Behinderung anzusetzen und eine drohende seelische Behinderung zu verhindern; zum anderen setzt die Eingliederungshilfebei bereits eingetretenen Be-hinderungen an um sie entweder zu beseitigen, sie zumindest zu mildern und um die Integration des jungen Menschen in die Gesellschaft zu gewährleisten

In Form von:

- Autismus Therapie

- Therapie von Teilleistungsschwächen

- individuelle, bedarfsorientierte pädagogische Konzepte

Produktinformationen

- Integrationshilfe für Kinder- und Jugendliche im Kontext Schule -> inklusives Schulsystem

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 060106 Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	265.439,00	251.300,00	0,00	280.487,50	29.187,50	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	2.720.920,66	1.815.000,00	0,00	2.981.073,45	1.166.073,45	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.855,59	0,00	0,00	29.447,63	29.447,63	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.311,94	0,00	0,00	748,41	748,41	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**2.989.527,19**	**2.066.300,00**	**0,00**	**3.291.756,99**	**1.225.456,99**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	791.733,09	918.400,00	0,00	901.006,39	-17.393,61	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	715.985,11	944.750,00	0,00	1.359.324,59	414.574,59	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	4.639,95	5.150,00	0,00	5.020,89	-129,11	0,00
15	– Transferaufwendungen	7.467.443,97	6.331.100,00	0,00	8.298.451,11	1.967.351,11	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	44.047,95	41.000,00	0,00	43.357,08	2.357,08	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**9.023.850,07**	**8.240.400,00**	**0,00**	**10.607.160,06**	**2.366.760,06**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-6.034.322,88**	**-6.174.100,00**	**0,00**	**-7.315.403,07**	**-1.141.303,07**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-6.034.322,88**	**-6.174.100,00**	**0,00**	**-7.315.403,07**	**-1.141.303,07**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-6.034.322,88**	**-6.174.100,00**	**0,00**	**-7.315.403,07**	**-1.141.303,07**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	15.177,10	16.200,00	0,00	18.702,61	2.502,61	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-6.049.499,98**	**-6.190.300,00**	**0,00**	**-7.334.105,68**	**-1.143.805,68**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-6.049.499,98**	**-6.190.300,00**	**0,00**	**-7.334.105,68**	**-1.143.805,68**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	2,00	0,00	0,00	2,00	2,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-2,00**	**0,00**	**0,00**	**-2,00**	**-2,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 060106 Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	265.439,00	251.300,00	0,00	280.487,50	29.187,50	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	1.143.890,55	1.815.000,00	0,00	3.334.367,85	1.519.367,85	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.855,59	0,00	0,00	29.447,63	29.447,63	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.411.185,14**	**2.066.300,00**	**0,00**	**3.644.302,98**	**1.578.002,98**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	790.106,35	918.400,00	0,00	903.497,45	-14.902,55	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	749.098,00	946.712,15	1.962,15	1.325.314,33	378.602,18	35.972,41
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	7.274.952,99	6.969.748,91	638.648,91	8.386.287,62	1.416.538,71	552.063,08
15	– Sonstige Auszahlungen	35.455,26	45.618,76	4.618,76	30.153,14	-15.465,62	5.625,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**8.849.612,60**	**8.880.479,82**	**645.229,82**	**10.645.252,54**	**1.764.772,72**	**593.660,49**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-7.438.427,46**	**-6.814.179,82**	**-645.229,82**	**-7.000.949,56**	**-186.769,74**	**-593.660,49**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	5.654,48	6.800,00	0,00	7.253,68	453,68	644,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**5.654,48**	**6.800,00**	**0,00**	**7.253,68**	**453,68**	**644,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-5.654,48**	**-6.800,00**	**0,00**	**-7.253,68**	**-453,68**	**-644,00**

63 Produkt 060107 Präventionsarbeit

Produktinformationen

Verantwortlich FD 51, Frau Förtsch

Produktbeschreibung

Schulsozialarbeit an Beckumer Schulen; hier insbesondere die Etablierung von multipro-fessionellen Teams an Grundschulen mit einer systemorientierten Unterstützung des Un-terrichtsbereiches.

Ziele

Jugendhilfe soll präventiv ohne hochschwellige, kostenintensive Jugendhilfemaßnahmen im Kontext Schule wirken.

Familien ohne nutzbares Netzwerk und Ressourcen sollen frühzeitig unterstützt und angeleitet werden.

Vermittlung und Weiterentwicklung von Sozialer Kompetenz im Rahmen von gruppendynamischen Prozessen.

Kinder und Jugendliche erlernen den sicheren Umgang mit Medien

Kriminalitätsprävention

Maßnahmen

Multiprofessionelle Teams an Schulen weiterentwickeln und ausweiten.
Programm „Patenzeit" konzeptionell im Sozialraum verankern.
Diverse Soziale Trainingskurse z.B. Coolness Training, Mobbing Intervention, Medienscout etc.

Teilergebnisrechnung Produkt 060107 Präventionsarbeit

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	181.181,66	177.000,00	0,00	178.036,47	1.036,47	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	500,00	0,00	563,00	63,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.008,91	0,00	0,00	12.474,56	12.474,56	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**190.190,57**	**177.500,00**	**0,00**	**191.074,03**	**13.574,03**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	802.126,40	963.600,00	0,00	984.200,88	20.600,88	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	141.980,08	195.050,00	0,00	162.980,39	-32.069,61	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	150,00	0,00	0,00	-150,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	7.882,05	15.000,00	0,00	8.457,29	-6.542,71	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.617,95	8.700,00	0,00	9.616,99	916,99	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**959.606,48**	**1.182.500,00**	**0,00**	**1.165.255,55**	**-17.244,45**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-769.415,91**	**-1.005.000,00**	**0,00**	**-974.181,52**	**30.818,48**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-769.415,91**	**-1.005.000,00**	**0,00**	**-974.181,52**	**30.818,48**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-769.415,91**	**-1.005.000,00**	**0,00**	**-974.181,52**	**30.818,48**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	13.428,05	13.450,00	0,00	16.266,00	2.816,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-782.843,96**	**-1.018.450,00**	**0,00**	**-990.447,52**	**28.002,48**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-782.843,96**	**-1.018.450,00**	**0,00**	**-990.447,52**	**28.002,48**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 060107 Präventionsarbeit

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	182.406,29	177.000,00	0,00	178.194,92	1.194,92	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	500,00	0,00	0,00	-500,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.008,91	0,00	0,00	12.474,56	12.474,56	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**191.415,20**	**177.500,00**	**0,00**	**190.669,48**	**13.169,48**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	802.143,39	963.600,00	0,00	984.225,36	20.625,36	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	153.816,50	195.050,00	0,00	162.980,39	-32.069,61	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	7.882,05	15.000,00	0,00	8.457,29	-6.542,71	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	7.679,66	8.700,00	0,00	9.501,81	801,81	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**971.521,60**	**1.182.350,00**	**0,00**	**1.165.164,85**	**-17.185,15**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-780.106,40**	**-1.004.850,00**	**0,00**	**-974.495,37**	**30.354,63**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	1.400,00	0,00	0,00	-1.400,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**1.400,00**	**0,00**	**0,00**	**-1.400,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**-1.400,00**	**0,00**	**0,00**	**1.400,00**	**0,00**

64 Produkt 060108 Hilfen für junge Volljährige

Produktinformationen

Verantwortlich FD 51, Frau Förtsch

Produktbeschreibung

In diesem Produkt sind die Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII abgebildet. Die Hilfe kann sowohl in ambulanter als auch in stationärer Form erfolgen

Gesetzliche Grundlagen: §§ 41 SGB VIII

Ziele

Ziele/Maßnahmen:

Einem jungen Volljährigen soll Hilfe für die Persönlichkeitsentwicklung und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung gewährt werden, wenn und solange die Hilfe auf Grund der aktuellen Situation des jungen Menschen notwendig ist. Die Hilfe wird in der Regel bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt; in begründeten Einzelfällen kann sie darüber hinaus fortgesetzt werden.

Für die Ausgestaltung der Hilfen sind die § 27 Absatz 3 und 4 SGB VIII sowie die §§ 28-30, 33-36, 39-40 SGB VIII entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Personensorgeberechtigten der junge Volljährige tritt, relevant.

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 060108 Hilfen für junge Volljährige

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	61.434,20	90.000,00	0,00	20.332,30	-69.667,70	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	6.000,00	0,00	0,00	-6.000,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	297,56	0,00	0,00	3.249,89	3.249,89	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**61.731,76**	**96.000,00**	**0,00**	**23.582,19**	**-72.417,81**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	201.491,31	205.950,00	0,00	220.142,28	14.192,28	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	800,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	464.286,26	525.000,00	0,00	388.608,10	-136.391,90	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.640,96	7.750,00	0,00	1.645,78	-6.104,22	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**667.418,53**	**738.700,00**	**0,00**	**610.396,16**	**-128.303,84**	**800,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-605.686,77**	**-642.700,00**	**0,00**	**-586.813,97**	**55.886,03**	**-800,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-605.686,77**	**-642.700,00**	**0,00**	**-586.813,97**	**55.886,03**	**-800,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-605.686,77**	**-642.700,00**	**0,00**	**-586.813,97**	**55.886,03**	**-800,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.451,33	25.850,00	0,00	6.040,76	-19.809,24	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-611.138,10**	**-668.550,00**	**0,00**	**-592.854,73**	**75.695,27**	**-800,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-611.138,10**	**-668.550,00**	**0,00**	**-592.854,73**	**75.695,27**	**-800,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 060108 Hilfen für junge Volljährige

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	30.520,57	90.000,00	0,00	61.031,87	-28.968,13	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	6.000,00	0,00	0,00	-6.000,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	2.715,25	2.715,25	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**30.520,57**	**96.000,00**	**0,00**	**63.747,12**	**-32.252,88**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	201.491,31	205.950,00	0,00	220.142,28	14.192,28	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	800,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	471.130,84	547.000,20	22.000,20	390.328,90	-156.671,30	20.279,40
15	– Sonstige Auszahlungen	1.396,91	7.750,00	0,00	1.662,45	-6.087,55	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**674.019,06**	**760.700,20**	**22.000,20**	**612.133,63**	**-148.566,57**	**21.079,40**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-643.498,49**	**-664.700,20**	**-22.000,20**	**-548.386,51**	**116.313,69**	**-21.079,40**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.200,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**4.200,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-4.200,00**

65 Produkt 060501 Angebote des Freizeitheims Neubeckum

Produktinformationen

Verantwortlich FD 52, Herr Matuszek

Produktbeschreibung

Unterhaltung des Jugendtreffs Freizeithaus Neubeckum (FzH)

Sicherstellung von bedarfsgerechten Angeboten für Jugendliche im FzH zur sinnvollen Freizeitgestaltung

Durchführung von jugendbedarfsgerechten Aktionen (Mädchen-/Jungenarbeiten/-treffs, Medien-, schul- oder interkulturellbezogene Arbeiten)

Ziele

Förderung der individuellen, sozialen und kulturellen Entwicklung junger Menschen durch geeignete Angebote unter Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse.

Befähigung von Kindern und Jugendlichen zu solidarischem Miteinander, zu selbst bestimmter Lebensführung, zu ökologischem Bewusstsein und zu nachhaltigem umweltbewusstem Handeln zu eigenverantwortlichem Handeln, zu gesellschaftlicher Mitwirkung, zu demokratischer Teilhabe, zur Auseinandersetzung mit friedlichen Mitteln und zu Toleranz gegenüber verschiedenen Weltanschauungen, Kulturen und Lebensformen.

Maßnahmen

Bereitstellung von Infrastruktur, Personal und Finanzen zur bedarfsgerechten Durchführung von zielführenden Kursen und Maßnahmen.

Teilergebnisrechnung Produkt 060501 Angebote des Freizeitheims Neubeckum

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	52.500,88	52.500,00	0,00	54.310,88	1.810,88	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	853,50	1.500,00	0,00	905,00	-595,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.234,67	11.000,00	0,00	3.576,70	-7.423,30	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**62.589,05**	**65.000,00**	**0,00**	**58.792,58**	**-6.207,42**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	255.685,11	240.850,00	0,00	237.661,59	-3.188,41	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18.639,02	24.750,00	0,00	16.879,98	-7.870,02	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	67.092,09	67.200,00	0,00	68.620,24	1.420,24	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.695,37	10.150,00	0,00	9.011,69	-1.138,31	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**350.111,59**	**342.950,00**	**0,00**	**332.173,50**	**-10.776,50**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-287.522,54**	**-277.950,00**	**0,00**	**-273.380,92**	**4.569,08**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-287.522,54**	**-277.950,00**	**0,00**	**-273.380,92**	**4.569,08**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-287.522,54**	**-277.950,00**	**0,00**	**-273.380,92**	**4.569,08**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	19.666,19	30.000,00	0,00	15.407,99	-14.592,01	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-307.188,73**	**-307.950,00**	**0,00**	**-288.788,91**	**19.161,09**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-307.188,73**	**-307.950,00**	**0,00**	**-288.788,91**	**19.161,09**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	3,00	0,00	0,00	83,00	83,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-3,00**	**0,00**	**0,00**	**-83,00**	**-83,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 060501 Angebote des Freizeitheims Neubeckum

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	36.058,63	37.950,00	0,00	39.749,00	1.799,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	853,50	1.500,00	0,00	905,00	-595,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.234,67	11.000,00	0,00	3.576,70	-7.423,30	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	29,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**46.176,05**	**50.450,00**	**0,00**	**44.230,70**	**-6.219,30**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	256.037,23	242.495,00	1.645,00	235.397,46	-7.097,54	3.912,50
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	22.945,22	24.750,00	0,00	16.227,90	-8.522,10	652,08
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	8.445,72	10.242,30	92,30	8.862,37	-1.379,93	202,23
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**287.428,17**	**277.487,30**	**1.737,30**	**260.487,73**	**-16.999,57**	**4.766,81**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-241.252,12**	**-227.037,30**	**-1.737,30**	**-216.257,03**	**10.780,27**	**-4.766,81**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	49.170,72	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	7.095,88	34.565,00	765,00	5.585,68	-28.979,32	5.000,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**56.266,60**	**34.565,00**	**765,00**	**5.585,68**	**-28.979,32**	**5.000,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-56.266,60**	**-34.565,00**	**-765,00**	**-5.585,68**	**28.979,32**	**-5.000,00**

66 Produkt 060502 Angebote des Jugendtreffs "Altes E-Werk"

Produktinformationen

Verantwortlich FD 52, Herr Matuszek

Produktbeschreibung

Unterhaltung des Jugendtreffs "Altes E-Werk".

Sicherstellung von bedarfsgerechten Angeboten für Jugendliche im Jugendtreff "Altes E-Werk" zur sinnvollen Freizeitgestaltung.

Durchführung von jugendbedarfsgerechten Aktionen (Mädchen-/Jungenarbeiten/-treffs, Medien-, schul- oder interkulturell bezogene Arbeiten).

Ziele

Förderung der individuellen, sozialen und kulturellen Entwicklung junger Menschen durch geeignete Angebote unter Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse.

Befähigung von Kindern und Jugendlichen zu solidarischem Miteinander, zu selbst bestimmter Lebensführung, zu ökologischem Bewusstsein und zu nachhaltigem umweltbewusstem Handeln zu eigenverantwortlichem Handeln, zu gesellschaftlicher Mitwirkung, zu demokratischer Teilhabe, zur Auseinandersetzung mit friedlichen Mitteln und zu Toleranz gegenüber verschiedenen Weltanschauungen, Kulturen und Lebensformen.

Maßnahmen

Bereitstellung von Infrastruktur, Personal und Finanzen zur bedarfsgerechten Durchführung von zielführenden Kursen und Maßnahmen.

Teilergebnisrechnung Produkt 060502 Angebote des Jugendtreffs "Altes E-Werk"

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	51.190,34	50.200,00	0,00	55.658,32	5.458,32	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.032,00	1.200,00	0,00	1.637,00	437,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.190,36	2.600,00	0,00	1.505,10	-1.094,90	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	42,50	0,00	0,00	42,50	42,50	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**53.455,20**	**54.050,00**	**0,00**	**58.842,92**	**4.792,92**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	183.555,55	194.300,00	0,00	197.054,75	2.754,75	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.650,64	10.100,00	0,00	10.744,08	644,08	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	32.628,34	33.100,00	0,00	33.853,62	753,62	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.948,88	9.200,00	0,00	11.685,32	2.485,32	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**231.783,41**	**246.700,00**	**0,00**	**253.337,77**	**6.637,77**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-178.328,21**	**-192.650,00**	**0,00**	**-194.494,85**	**-1.844,85**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-178.328,21**	**-192.650,00**	**0,00**	**-194.494,85**	**-1.844,85**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-178.328,21**	**-192.650,00**	**0,00**	**-194.494,85**	**-1.844,85**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	33.276,44	45.700,00	0,00	35.240,16	-10.459,84	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-211.604,65**	**-238.350,00**	**0,00**	**-229.735,01**	**8.614,99**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-211.604,65**	**-238.350,00**	**0,00**	**-229.735,01**	**8.614,99**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 060502 Angebote des Jugendtreffs "Altes E-Werk"

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	38.302,24	37.900,00	0,00	43.330,00	5.430,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.032,00	1.200,00	0,00	1.637,00	437,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.190,36	2.600,00	0,00	1.505,10	-1.094,90	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	9,58	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**40.534,18**	**41.750,00**	**0,00**	**46.472,10**	**4.722,10**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	184.427,63	194.910,00	610,00	197.668,16	2.758,16	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	10.866,94	10.519,89	419,89	11.163,97	644,08	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	5.974,18	9.200,00	0,00	12.338,34	3.138,34	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**201.268,75**	**214.629,89**	**1.029,89**	**221.170,47**	**6.540,58**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-160.734,57**	**-172.879,89**	**-1.029,89**	**-174.698,37**	**-1.818,48**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	5.394,27	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.801,65	12.400,00	6.250,00	8.263,79	-4.136,21	2.896,51
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**8.195,92**	**12.400,00**	**6.250,00**	**8.263,79**	**-4.136,21**	**2.896,51**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-8.195,92**	**-12.400,00**	**-6.250,00**	**-8.263,79**	**4.136,21**	**-2.896,51**

67 Produkt 060505 Bereitstellung von Spiel- und Bolzplätzen

Produktinformationen

Verantwortlich FD 52, Herr Matuszek

Produktbeschreibung

Errichtung, Neugestaltung und Unterhaltung von Kinderspiel- und Bolzplätzen

Gewährleistung und Einhaltung der Verkehrssicherungspflichten

Ziele

Förderung der Entwicklung von Kindern durch Schaffung und Erhaltung von positiven Lebensbedingungen sowie einer kinder- und familienfreundlichen Umwelt für sie und ihre Familien.

Maßnahmen

Bereitstellung von Spiel- und Bolzflächen in ausreichender Größe und Anzahl.

Teilergebnisrechnung Produkt 060505 Bereitstellung von Spiel- und Bolzplätzen

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.072,04	12.350,00	0,00	3.353,45	-8.996,55	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.675,79	2.100,00	0,00	2.110,44	10,44	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**6.747,83**	**14.450,00**	**0,00**	**5.463,89**	**-8.986,11**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	65.024,85	75.300,00	0,00	71.882,42	-3.417,58	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	243.213,95	293.200,00	0,00	282.380,24	-10.819,76	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	77.235,03	102.850,00	0,00	84.376,04	-18.473,96	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.870,22	2.600,00	0,00	2.038,04	-561,96	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**387.344,05**	**473.950,00**	**0,00**	**440.676,74**	**-33.273,26**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-380.596,22**	**-459.500,00**	**0,00**	**-435.212,85**	**24.287,15**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-380.596,22**	**-459.500,00**	**0,00**	**-435.212,85**	**24.287,15**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-380.596,22**	**-459.500,00**	**0,00**	**-435.212,85**	**24.287,15**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.421,05	2.000,00	0,00	1.737,47	-262,53	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-382.017,27**	**-461.500,00**	**0,00**	**-436.950,32**	**24.549,68**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-382.017,27**	**-461.500,00**	**0,00**	**-436.950,32**	**24.549,68**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	11,00	0,00	0,00	28,00	28,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-11,00**	**0,00**	**0,00**	**-28,00**	**-28,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 060505 Bereitstellung von Spiel- und Bolzplätzen

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	65.024,85	75.300,00	0,00	71.882,42	-3.417,58	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	255.535,79	307.539,76	14.339,76	338.464,38	30.924,62	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	1.875,82	2.600,00	0,00	2.028,25	-571,75	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**322.436,46**	**385.439,76**	**14.339,76**	**412.375,05**	**26.935,29**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-322.436,46**	**-385.439,76**	**-14.339,76**	**-412.375,05**	**-26.935,29**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	8.000,00	8.000,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**8.000,00**	**8.000,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	61.823,59	243.831,08	83.831,08	124.927,26	-118.903,82	126.903,82
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**61.823,59**	**243.831,08**	**83.831,08**	**124.927,26**	**-118.903,82**	**126.903,82**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-61.823,59**	**-243.831,08**	**-83.831,08**	**-116.927,26**	**126.903,82**	**-126.903,82**

68 Produkt 060701 Verwaltung der Tageseinrichtungen für Kinder

Produktinformationen

Verantwortlich FD 52, Herr Matuszek

Produktbeschreibung

Verwaltung, Betreuung, Unterstützung von Tageseinrichtungen für Kinder

Sicherstellung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz in Beckum

(Finanzielle) Unterstützung der freien und kirchlichen Träger von Kindertageseinrichtungen

Erstellen der Kindergartenbedarfsplanung

Festsetzung und Einziehung der Elternbeiträge

Ziele

Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Platz in einer Tageseinrichtung

Maßnahmen

Kindergartenbedarfsplanung

Teilergebnisrechnung Produkt 060701 Verwaltung der Tageseinrichtungen für Kinder

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	10.789.752,31	10.555.950,00	0,00	10.957.600,93	401.650,93	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	7.924,66	5.000,00	0,00	0,00	-5.000,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.897.192,88	1.750.000,00	0,00	1.725.732,13	-24.267,87	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.685,82	0,00	0,00	370,49	370,49	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	19.211,77	0,00	0,00	6.993,50	6.993,50	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**12.717.767,44**	**12.310.950,00**	**0,00**	**12.690.697,05**	**379.747,05**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	185.759,75	186.650,00	0,00	195.569,76	8.919,76	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.237,63	6.050,00	0,00	6.733,81	683,81	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	651,25	1.050,00	0,00	804,25	-245,75	0,00
15	– Transferaufwendungen	18.193.793,59	20.081.200,00	0,00	20.198.512,56	117.312,56	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	60.266,06	4.300,00	0,00	71.872,01	67.572,01	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**18.456.708,28**	**20.279.250,00**	**0,00**	**20.473.492,39**	**194.242,39**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-5.738.940,84**	**-7.968.300,00**	**0,00**	**-7.782.795,34**	**185.504,66**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.128,82	50,00	0,00	2.088,93	2.038,93	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**-2.128,82**	**-50,00**	**0,00**	**-2.088,93**	**-2.038,93**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-5.741.069,66**	**-7.968.350,00**	**0,00**	**-7.784.884,27**	**183.465,73**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-5.741.069,66**	**-7.968.350,00**	**0,00**	**-7.784.884,27**	**183.465,73**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	12.504,70	12.250,00	0,00	11.328,34	-921,66	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-5.753.574,36**	**-7.980.600,00**	**0,00**	**-7.796.212,61**	**184.387,39**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-5.753.574,36**	**-7.980.600,00**	**0,00**	**-7.796.212,61**	**184.387,39**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 060701 Verwaltung der Tageseinrichtungen für Kinder

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	10.656.938,70	10.362.900,00	0,00	10.629.674,16	266.774,16	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	3.301,38	5.000,00	0,00	4.623,28	-376,72	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.775.890,58	1.750.000,00	0,00	1.671.667,94	-78.332,06	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.135,90	0,00	0,00	2.614,15	2.614,15	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**12.438.266,56**	**12.117.900,00**	**0,00**	**12.308.579,53**	**190.679,53**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	186.566,32	186.650,00	0,00	195.933,52	9.283,52	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	16.237,63	6.050,00	0,00	6.733,81	683,81	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	2.128,82	50,00	0,00	2.088,93	2.038,93	0,00
14	– Transferauszahlungen	18.148.603,93	26.813.414,47	7.660.414,47	19.918.231,79	-6.895.182,68	8.213.200,84
15	– Sonstige Auszahlungen	7.178,61	4.300,00	0,00	11.543,15	7.243,15	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**18.360.715,31**	**27.010.464,47**	**7.660.414,47**	**20.134.531,20**	**-6.875.933,27**	**8.213.200,84**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-5.922.448,75**	**-14.892.564,47**	**-7.660.414,47**	**-7.825.951,67**	**7.066.612,80**	**-8.213.200,84**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	406.331,72	315.900,00	0,00	129.102,12	-186.797,88	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**406.331,72**	**315.900,00**	**0,00**	**129.102,12**	**-186.797,88**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	3.013,87	3.600,00	0,00	268,15	-3.331,85	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	512.460,80	1.005.900,00	0,00	477.076,60	-528.823,40	325.639,20
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**515.474,67**	**1.009.500,00**	**0,00**	**477.344,75**	**-532.155,25**	**325.639,20**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-109.142,95**	**-693.600,00**	**0,00**	**-348.242,63**	**345.357,37**	**-325.639,20**

69 Produkt 060703 Leistungen der KiTa "Die kleinen Strolche", Windmühlenstraße

Produktinformationen

Verantwortlich FD 52, Herr Matuszek

Produktbeschreibung

Betreuung und Unterstützung bei der Bildung und Erziehung von Kindern innerhalb der KiTa "Die kleinen Strolche"

Erstellen der Kindergartenbedarfsplanung

Ziele

Sprachförderung von Kindern

Maßnahmen

Durchführung von Sprachkursen
Entwicklung eines Konzeptes zur Integrierten Sprachförderung

Teilergebnisrechnung Produkt 060703 Leistungen der KiTa "Die kleinen Strolche", Windmühlenstraße

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	817.203,05	850.150,00	0,00	849.249,77	-900,23	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	19.839,94	0,00	0,00	15.647,49	15.647,49	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	734,99	800,00	0,00	861,88	61,88	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**837.777,98**	**851.000,00**	**0,00**	**865.759,14**	**14.759,14**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	865.910,26	1.019.050,00	0,00	1.033.284,66	14.234,66	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.297,98	7.250,00	0,00	6.182,53	-1.067,47	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	27.851,78	28.100,00	0,00	28.778,52	678,52	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.605,84	13.550,00	0,00	10.771,98	-2.778,02	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**909.665,86**	**1.067.950,00**	**0,00**	**1.079.017,69**	**11.067,69**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-71.887,88**	**-216.950,00**	**0,00**	**-213.258,55**	**3.691,45**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-71.887,88**	**-216.950,00**	**0,00**	**-213.258,55**	**3.691,45**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-71.887,88**	**-216.950,00**	**0,00**	**-213.258,55**	**3.691,45**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	13.651,73	64.050,00	0,00	18.970,13	-45.079,87	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-85.539,61**	**-281.000,00**	**0,00**	**-232.228,68**	**48.771,32**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-85.539,61**	**-281.000,00**	**0,00**	**-232.228,68**	**48.771,32**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-1,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 060703 Leistungen der KiTa "Die kleinen Strolche", Windmühlenstraße

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	820.353,45	835.200,00	0,00	893.820,12	58.620,12	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	19.839,94	0,00	0,00	15.647,49	15.647,49	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	5,84	5,84	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**840.193,39**	**835.250,00**	**0,00**	**909.473,45**	**74.223,45**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	865.910,26	1.019.050,00	0,00	1.033.284,66	14.234,66	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.356,48	7.250,00	0,00	6.025,87	-1.224,13	156,66
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	9.080,28	13.550,00	0,00	10.240,96	-3.309,04	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**882.347,02**	**1.039.850,00**	**0,00**	**1.049.551,49**	**9.701,49**	**156,66**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-42.153,63**	**-204.600,00**	**0,00**	**-140.078,04**	**64.521,96**	**-156,66**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.472,34	5.800,00	0,00	730,23	-5.069,77	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.472,34**	**5.800,00**	**0,00**	**730,23**	**-5.069,77**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-1.472,34**	**-5.800,00**	**0,00**	**-730,23**	**5.069,77**	**0,00**

70 Produkt 060705 Leistungen der KiTa "Rappelkiste", Auf dem Völker

Produktinformationen

Verantwortlich FD 52, Herr Matuszek

Produktbeschreibung

Unterstützung von Familien bei der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern innerhalb der KiTa "Rappelkiste"

Abrechnung des Essensgeldes

Ziele

Sprachförderung von Kindern

Maßnahmen

Durchführung von Sprachkursen
Entwicklung eines Konzeptes zur integrierten Sprachförderung

Teilergebnisrechnung Produkt 060705 Leistungen der KiTa "Rappelkiste", Auf dem Völker

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	277.927,70	283.150,00	0,00	317.819,04	34.669,04	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	9.445,45	9.445,45	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**277.927,70**	**283.150,00**	**0,00**	**327.264,49**	**44.114,49**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	339.809,13	411.350,00	0,00	391.746,44	-19.603,56	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.958,91	8.650,00	0,00	5.440,81	-3.209,19	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	2.227,08	3.150,00	0,00	2.153,44	-996,56	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.671,89	19.750,00	0,00	23.107,43	3.357,43	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**367.667,01**	**442.900,00**	**0,00**	**422.448,12**	**-20.451,88**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-89.739,31**	**-159.750,00**	**0,00**	**-95.183,63**	**64.566,37**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-89.739,31**	**-159.750,00**	**0,00**	**-95.183,63**	**64.566,37**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-89.739,31**	**-159.750,00**	**0,00**	**-95.183,63**	**64.566,37**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	9.388,39	26.500,00	0,00	13.030,44	-13.469,56	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-99.127,70**	**-186.250,00**	**0,00**	**-108.214,07**	**78.035,93**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-99.127,70**	**-186.250,00**	**0,00**	**-108.214,07**	**78.035,93**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 060705 Leistungen der KiTa "Rappelkiste", Auf dem Völker

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	288.575,22	282.950,00	0,00	316.780,17	33.830,17	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	9.445,45	9.445,45	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**288.575,22**	**282.950,00**	**0,00**	**326.225,62**	**43.275,62**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	339.809,13	411.350,00	0,00	391.746,44	-19.603,56	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.604,81	9.066,50	416,50	5.789,31	-3.277,19	68,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	21.718,38	19.750,00	0,00	23.026,68	3.276,68	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**365.132,32**	**440.166,50**	**416,50**	**420.562,43**	**-19.604,07**	**68,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-76.557,10**	**-157.216,50**	**-416,50**	**-94.336,81**	**62.879,69**	**-68,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	132,95	4.500,00	0,00	0,00	-4.500,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**132,95**	**4.500,00**	**0,00**	**0,00**	**-4.500,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-132,95**	**-4.500,00**	**0,00**	**0,00**	**4.500,00**	**0,00**

08 Sportförderung

080101 Förderung des Sports

080102 Bereitstellung eigener Sportstätten

Teilergebnisrechnung Produkt 08 Sportförderung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	20.302,87	20.300,00	0,00	20.302,89	2,89	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.116,50	3.800,00	0,00	2.621,25	-1.178,75	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	259,00	259,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	22.342,94	21.700,00	0,00	23.114,01	1.414,01	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	2.712,23	5.700,00	0,00	25.146,77	19.446,77	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**47.474,54**	**51.500,00**	**0,00**	**71.443,92**	**19.943,92**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	329.212,43	421.550,00	0,00	346.398,49	-75.151,51	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	680.558,88	730.500,00	20.000,00	650.034,24	-80.465,76	11.823,84
14	– Bilanzielle Abschreibungen	254.092,36	277.950,00	0,00	259.182,68	-18.767,32	0,00
15	– Transferaufwendungen	33.750,00	91.250,00	26.300,00	90.577,14	-672,86	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	20.859,06	25.050,00	0,00	27.510,88	2.460,88	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**1.318.472,73**	**1.546.300,00**	**46.300,00**	**1.373.703,43**	**-172.596,57**	**11.823,84**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-1.270.998,19**	**-1.494.800,00**	**-46.300,00**	**-1.302.259,51**	**192.540,49**	**-11.823,84**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-1.270.998,19**	**-1.494.800,00**	**-46.300,00**	**-1.302.259,51**	**192.540,49**	**-11.823,84**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-1.270.998,19**	**-1.494.800,00**	**-46.300,00**	**-1.302.259,51**	**192.540,49**	**-11.823,84**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	26.252,34	265.800,00	0,00	29.042,96	-236.757,04	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-1.297.250,53**	**-1.760.600,00**	**-46.300,00**	**-1.331.302,47**	**429.297,53**	**-11.823,84**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-1.297.250,53**	**-1.760.600,00**	**-46.300,00**	**-1.331.302,47**	**429.297,53**	**-11.823,84**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,67	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	21,00	0,00	0,00	7,00	7,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-20,33**	**0,00**	**0,00**	**-7,00**	**-7,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 08 Sportförderung

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.189,50	3.800,00	0,00	2.504,25	-1.295,75	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	259,00	259,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	15,22	100,00	0,00	36.402,68	36.302,68	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**2.204,72**	**3.900,00**	**0,00**	**39.165,93**	**35.265,93**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	329.553,09	421.550,00	0,00	346.745,77	-74.804,23	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	752.000,55	740.510,25	40.010,25	658.452,52	-82.057,73	27.267,43
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	35.331,00	91.250,00	26.300,00	90.577,14	-672,86	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	22.793,36	25.050,00	0,00	55.862,01	30.812,01	7.816,17
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.139.678,00**	**1.278.360,25**	**66.310,25**	**1.151.637,44**	**-126.722,81**	**35.083,60**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-1.137.473,28**	**-1.274.460,25**	**-66.310,25**	**-1.112.471,51**	**161.988,74**	**-35.083,60**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	37.677,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**37.677,25**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	127.234,99	777.022,94	29.772,94	502.935,39	-274.087,55	20.000,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.568,26	15.829,38	1.029,38	4.588,79	-11.240,59	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**129.803,25**	**792.852,32**	**30.802,32**	**507.524,18**	**-285.328,14**	**20.000,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-92.126,00**	**-792.852,32**	**-30.802,32**	**-507.524,18**	**285.328,14**	**-20.000,00**

71 Produkt 080101 Förderung des Sports

Produktinformationen

Verantwortlich FD 40, Frau Bogatz

Produktbeschreibung

Der Sport ist anerkanntermaßen ein wesentlicher Bestandteil einer modernen Gesellschafts- und Sozialpolitik. Ihm ist eine herausragende pädagogische und soziale Funktion zugeschrieben. Gesundheit, persönliches Wohlbefinden, Gemeinschaftserlebnisse aber auch aktives, gesundheitsbewusstes Altern werden durch den Sport positiv befördert. Von dieser herausragenden Funktion profitieren insbesondere junge Menschen in einer für sie wesentlichen Entwicklungsphase, aber auch alle anderen Altersgruppen. Durch den Sport werden Werte wie Fairness, Teamfähigkeit, Selbstvertrauen, Toleranz, Kreativität und Hilfsbereitschaft vermittelt. Darüber hinaus bietet der Sport auch gute Möglichkeiten zur Integration unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen.

Ziele

In Kenntnis dieses herausragenden Stellenwertes, der den Sport zu einer wichtigen kommunalen Aufgabe werden lässt, unterstützt die Stadt Beckum den Beckumer Sport, vor allem die Sportvereine als maßgebliche Träger des Sports in dieser Stadt, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten ideell, materiell und/oder finanziell.

Maßnahmen

Gewährung von Zuschüssen nach den Sportförderrichtlinien der Stadt Beckum unter anderem zur Förderung der Jugendarbeit in den Sportvereinen, Gewährung von Zuschüssen zu verschiedenen sportlichen Zwecken (Veranstaltungen, Maßnahmen, Meisterschaften, Turniere etc.), Förderung des Sportabzeichenwettbewerbs, Gewährung von Zuschüssen zur Beschaffung von Sportgeräten, Gewährung von Zuschüssen zu den Betriebs- und Unterhaltungskosten der Sportvereine für eigene oder gepachtete und selbstunterhaltene Sportanlagen etc..
Unterstützung der Sportvereine bei der Durchführung von Sportveranstaltungen.
Durchführung von Sportlerjahresehrungen.
Kennzahlen

	Ist 2020	Plan 2021	Plan 2022
Zuschüsse zur Föderung der Jugendarbeit	31.000 Euro	31.000 Euro	31.000 Euro
Zuschüsse zu Veranstaltungen und Maßnahmen	2.072 Euro	3.500 Euro	3.500 Euro
Allgemeine Sportförderung	2.500 Euro	0 Euro	0 Euro
Zuschüsse zu Betriebs- und Unterhaltungskosten der Sportvereine für eigene oder gepachtete und selbstunterhaltene Sporthallen	14.190 Euro	16.200 Euro	16.200 Euro
Förderung des Sportabzeichens	900 Euro	1.900 Euro	1.900 Euro
Zuschüsse zur Beschaffung von Sportgeräten	3.500 Euro	1.500 Euro	1.600 Euro
Zuschüsse zu angemieteten Sportanlagen	1.000 Euro	1.500 Euro	1.500 Euro
Zuschuss an den Sadtsportverband für Geschäftskosten	500 Euro	600 Euro	600 Euro
Zuschüsse an Sportvereine für Vereinsjubiläen	0 Euro	150 Euro	1.400 Euro

Teilergebnisrechnung Produkt 080101 Förderung des Sports

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**0,00**	**50,00**	**0,00**	**0,00**	**-50,00**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	18.396,98	28.800,00	0,00	21.025,61	-7.774,39	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	53.709,34	75.600,00	0,00	54.048,90	-21.551,10	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	64,36	100,00	0,00	64,34	-35,66	0,00
15	– Transferaufwendungen	33.750,00	91.250,00	26.300,00	90.577,14	-672,86	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.132,85	3.550,00	0,00	2.832,12	-717,88	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**109.053,53**	**199.300,00**	**26.300,00**	**168.548,11**	**-30.751,89**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-109.053,53**	**-199.250,00**	**-26.300,00**	**-168.548,11**	**30.701,89**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-109.053,53**	**-199.250,00**	**-26.300,00**	**-168.548,11**	**30.701,89**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-109.053,53**	**-199.250,00**	**-26.300,00**	**-168.548,11**	**30.701,89**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	364,28	2.700,00	0,00	712,37	-1.987,63	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-109.417,81**	**-201.950,00**	**-26.300,00**	**-169.260,48**	**32.689,52**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-109.417,81**	**-201.950,00**	**-26.300,00**	**-169.260,48**	**32.689,52**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 080101 Förderung des Sports

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**50,00**	**0,00**	**0,00**	**-50,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	18.472,31	28.800,00	0,00	21.086,10	-7.713,90	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	53.769,34	79.617,50	4.017,50	53.851,40	-25.766,10	4.215,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	35.331,00	91.250,00	26.300,00	90.577,14	-672,86	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	3.143,21	3.550,00	0,00	2.761,82	-788,18	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**110.715,86**	**203.217,50**	**30.317,50**	**168.276,46**	**-34.941,04**	**4.215,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-110.715,86**	**-203.167,50**	**-30.317,50**	**-168.276,46**	**34.891,04**	**-4.215,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

72 Produkt 080102 Bereitstellung eigener Sportstätten

Produktinformationen

Verantwortlich FD 40, Frau Bogatz

Produktbeschreibung

Nach Artikel 18 Abs. 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen ist der Sport durch das Land und die Gemeinden zu pflegen und zu fördern.

Die Stadt Beckum fördert den Sport in der Stadt Beckum insbesondere durch den Bau, die bedarfs- und sachgerechte Ausstattung, den Betrieb, die Unterhaltung und die Bereitstellung von Sport-, Turn- und Gymnastikhallen sowie Freisportanlagen zu Übungs- und Wettkampfzwecken für Schulen, Sportvereine, Sportverbände, freie Sportgemeinschaften etc.

Ziele

Bereitstellung der kommunalen Sportanlagen (16 kommunale Sport-, Turn- und Gymnastikhallen sowie 7 kommunale Außensportanlagen) an die verschiedenen Nutzergruppen (Schulen, Sportvereine, Sportverbände, freie Sportgemeinschaften etc.) entsprechend dem jeweiligen Bedarf.

Sicherstellung der sportspezifischen Nutzbarkeit der Sport-, Turn- und Gymnastikhallen sowie der Freisportanlagen der Stadt Beckum.

Maßnahmen

Alljährliche Sicherheitsüberprüfungen in den kommunalen Sport-, Turn- und Gymnastikhallen mit erforderlichen Reparatur- und Wartungsarbeiten sowie Ersatz- und Neubeschaffungen.
Regelmäßige und regelgerechte Pflege und Unterhaltung der Freisportanlagen (Naturrasen, Kunstrasen, Kunststofflaufbahnen, Tennenflächen, Aufbauten, Betriebseinrichtungen etc.) einschließlich Ersatz- und Neubeschaffungen.
Durchführung von Sportstättenbegehungen mit den Hauptnutzern der jeweiligen Sportanlagen.

Teilergebnisrechnung Produkt 080102 Bereitstellung eigener Sportstätten

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	20.302,87	20.300,00	0,00	20.302,89	2,89	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.116,50	3.800,00	0,00	2.621,25	-1.178,75	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	259,00	259,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	22.342,94	21.650,00	0,00	23.114,01	1.464,01	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	2.712,23	5.700,00	0,00	25.146,77	19.446,77	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**47.474,54**	**51.450,00**	**0,00**	**71.443,92**	**19.993,92**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	310.815,45	392.750,00	0,00	325.372,88	-67.377,12	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	626.849,54	654.900,00	20.000,00	595.985,34	-58.914,66	11.823,84
14	– Bilanzielle Abschreibungen	254.028,00	277.850,00	0,00	259.118,34	-18.731,66	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	17.726,21	21.450,00	0,00	24.678,76	3.228,76	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**1.209.419,20**	**1.346.950,00**	**20.000,00**	**1.205.155,32**	**-141.794,68**	**11.823,84**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-1.161.944,66**	**-1.295.500,00**	**-20.000,00**	**-1.133.711,40**	**161.788,60**	**-11.823,84**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-1.161.944,66**	**-1.295.500,00**	**-20.000,00**	**-1.133.711,40**	**161.788,60**	**-11.823,84**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-1.161.944,66**	**-1.295.500,00**	**-20.000,00**	**-1.133.711,40**	**161.788,60**	**-11.823,84**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.888,06	263.100,00	0,00	28.330,59	-234.769,41	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-1.187.832,72**	**-1.558.600,00**	**-20.000,00**	**-1.162.041,99**	**396.558,01**	**-11.823,84**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-1.187.832,72**	**-1.558.600,00**	**-20.000,00**	**-1.162.041,99**	**396.558,01**	**-11.823,84**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,67	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	21,00	0,00	0,00	7,00	7,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-20,33**	**0,00**	**0,00**	**-7,00**	**-7,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 080102 Bereitstellung eigener Sportstätten

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.189,50	3.800,00	0,00	2.504,25	-1.295,75	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	259,00	259,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	15,22	50,00	0,00	36.402,68	36.352,68	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**2.204,72**	**3.850,00**	**0,00**	**39.165,93**	**35.315,93**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	311.080,78	392.750,00	0,00	325.659,67	-67.090,33	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	698.231,21	660.892,75	35.992,75	604.601,12	-56.291,63	23.052,43
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	19.650,15	21.450,00	0,00	53.100,19	31.650,19	7.816,17
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.028.962,14**	**1.075.092,75**	**35.992,75**	**983.360,98**	**-91.731,77**	**30.868,60**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-1.026.757,42**	**-1.071.242,75**	**-35.992,75**	**-944.195,05**	**127.047,70**	**-30.868,60**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	37.677,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**37.677,25**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	127.234,99	777.022,94	29.772,94	502.935,39	-274.087,55	20.000,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.568,26	15.829,38	1.029,38	4.588,79	-11.240,59	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**129.803,25**	**792.852,32**	**30.802,32**	**507.524,18**	**-285.328,14**	**20.000,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-92.126,00**	**-792.852,32**	**-30.802,32**	**-507.524,18**	**285.328,14**	**-20.000,00**

73 Produkt 080105 Betrieb gewerblicher Art (BgA) Sportstätten

Produktinformationen

Verantwortlich FD 40, Frau Bogatz

Produktbeschreibung

Der Betrieb gewerblicher Art (BgA) Sportstätten wurde aufgelöst.

Ziele

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 080105 Betrieb gewerblicher Art (BgA) Sportstätten

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**0,00**	**50,00**	**0,00**	**0,00**	**-50,00**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**0,00**	**-50,00**	**0,00**	**0,00**	**50,00**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**0,00**	**-50,00**	**0,00**	**0,00**	**50,00**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**0,00**	**-50,00**	**0,00**	**0,00**	**50,00**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**0,00**	**-50,00**	**0,00**	**0,00**	**50,00**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**0,00**	**-50,00**	**0,00**	**0,00**	**50,00**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 080105 Betrieb gewerblicher Art (BgA) Sportstätten

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**50,00**	**0,00**	**0,00**	**-50,00**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**0,00**	**-50,00**	**0,00**	**0,00**	**50,00**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

09 Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinformation

090101 Maßnahmen der Raumplanung und Entwicklung

090102 Umlegungsmaßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 09 Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinformation

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.028,50	16.500,00	0,00	7.870,16	-8.629,84	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	11.697,00	10.000,00	0,00	14.007,00	4.007,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	42,00	0,00	0,00	21,00	21,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**27.767,50**	**26.500,00**	**0,00**	**21.898,16**	**-4.601,84**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	487.331,21	572.450,00	0,00	533.593,58	-38.856,42	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.793,81	52.400,00	0,00	62.611,57	10.211,57	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	1.125,38	7.250,00	0,00	1.209,80	-6.040,20	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	34.000,00	12.500,00	13.116,94	-20.883,06	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	113.809,12	273.733,41	148.533,41	143.959,90	-129.773,51	39.116,35
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**617.059,52**	**939.833,41**	**161.033,41**	**754.491,79**	**-185.341,62**	**39.116,35**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-589.292,02**	**-913.333,41**	**-161.033,41**	**-732.593,63**	**180.739,78**	**-39.116,35**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-589.292,02**	**-913.333,41**	**-161.033,41**	**-732.593,63**	**180.739,78**	**-39.116,35**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-589.292,02**	**-913.333,41**	**-161.033,41**	**-732.593,63**	**180.739,78**	**-39.116,35**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.809,77	34.350,00	0,00	13.900,98	-20.449,02	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-597.101,79**	**-947.683,41**	**-161.033,41**	**-746.494,61**	**201.188,80**	**-39.116,35**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-597.101,79**	**-947.683,41**	**-161.033,41**	**-746.494,61**	**201.188,80**	**-39.116,35**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 09 Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinformation

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.028,50	12.300,00	0,00	7.870,16	-4.429,84	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	10.902,00	10.000,00	0,00	14.247,50	4.247,50	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**26.930,50**	**22.300,00**	**0,00**	**22.117,66**	**-182,34**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	537.514,87	572.450,00	0,00	549.039,65	-23.410,35	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	15.042,81	52.400,00	0,00	34.962,92	-17.437,08	27.648,65
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	5.850,00	34.000,00	12.500,00	13.116,94	-20.883,06	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	113.047,03	279.554,64	154.304,64	149.600,17	-129.954,47	39.116,35
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**671.454,71**	**938.404,64**	**166.804,64**	**746.719,68**	**-191.684,96**	**66.765,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-644.524,21**	**-916.104,64**	**-166.804,64**	**-724.602,02**	**191.502,62**	**-66.765,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	192.000,00	0,00	0,00	-192.000,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**192.000,00**	**0,00**	**0,00**	**-192.000,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	79.422,87	320.000,00	0,00	132.955,93	-187.044,07	189.102,76
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	679,80	800,00	0,00	267,49	-532,51	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**80.102,67**	**320.800,00**	**0,00**	**133.223,42**	**-187.576,58**	**189.102,76**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-80.102,67**	**-128.800,00**	**0,00**	**-133.223,42**	**-4.423,42**	**-189.102,76**

74 Produkt 090101 Maßnahmen der Raumplanung und Entwicklung

Produktinformationen

Verantwortlich FD 69, Herr Waldmüller

Produktbeschreibung

Aufgaben der Landes- und Regionalplanung

Aufstellung, Änderung und Ergänzung des Flächennutzungsplanes

Aufstellung, Änderung und Ergänzung von Bebauungsplänen, vorhabenbezogenen Bebauungsplänen und sonstigen städtebaulichen Satzungen

Aufgaben der Verkehrsplanung

Aufgaben nach dem Abgrabungsgesetz

Städtebauliche Rahmenplanung

Handlungs- und Maßnahmenkonzepte der Stadtentwicklung, Stadterneuerung und Stadtgestaltung

Bau-, Planungs- und Gestaltungsberatung

Stellungnahmen zu Planungen und Vorhaben Dritter

Verwalten, Bereitstellen und Abgabe von kommunalen Geo-Informationsdaten

Ziele

Entscheidungsgrundlagen für die Konkretisierung strategischer Ziele schaffen

Räumliche Entwicklungspotenziale abschätzen

Städtebauliche Investitionen fördern

Planungssicherheit schaffen - ausreichende Bereitstellung von qualitativ hochwertigem Bauland

Zielgerichtete Stadtplanung, Stadtentwicklung, Stadtgestaltung zur Gewährleistung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung

Sicherung einer menschenwürdigen Umwelt

Öffentliche und private Interessen gegen- und untereinander abwägen

Maßnahmen

jährliche Erarbeitung der Prioritätenliste für die Aufgaben der Stadtplanung, Gesamtlaufzeit 5 Jahre, zur Steuerung der Projektbearbeitung
Optimierung der formellen Planungs- und Beteiligungsverfahren
Qualitäts- und Quantitätssteigerung durch EDV und CAD - gestützte Projektbearbeitung der Bauleitplanung

Teilergebnisrechnung Produkt 090101 Maßnahmen der Raumplanung und Entwicklung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.028,50	16.500,00	0,00	7.870,16	-8.629,84	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	11.697,00	10.000,00	0,00	14.007,00	4.007,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	42,00	0,00	0,00	21,00	21,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**27.767,50**	**26.500,00**	**0,00**	**21.898,16**	**-4.601,84**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	487.331,21	572.450,00	0,00	533.593,58	-38.856,42	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.783,65	52.400,00	0,00	62.611,57	10.211,57	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	1.125,38	7.250,00	0,00	1.209,80	-6.040,20	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	34.000,00	12.500,00	13.116,94	-20.883,06	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	113.809,12	221.083,41	108.533,41	143.959,90	-77.123,51	39.116,35
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**617.049,36**	**887.183,41**	**121.033,41**	**754.491,79**	**-132.691,62**	**39.116,35**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-589.281,86**	**-860.683,41**	**-121.033,41**	**-732.593,63**	**128.089,78**	**-39.116,35**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-589.281,86**	**-860.683,41**	**-121.033,41**	**-732.593,63**	**128.089,78**	**-39.116,35**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-589.281,86**	**-860.683,41**	**-121.033,41**	**-732.593,63**	**128.089,78**	**-39.116,35**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.809,77	34.350,00	0,00	13.900,98	-20.449,02	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-597.091,63**	**-895.033,41**	**-121.033,41**	**-746.494,61**	**148.538,80**	**-39.116,35**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-597.091,63**	**-895.033,41**	**-121.033,41**	**-746.494,61**	**148.538,80**	**-39.116,35**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 090101 Maßnahmen der Raumplanung und Entwicklung

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.028,50	12.300,00	0,00	7.870,16	-4.429,84	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	10.902,00	10.000,00	0,00	14.247,50	4.247,50	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**26.930,50**	**22.300,00**	**0,00**	**22.117,66**	**-182,34**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	537.514,87	572.450,00	0,00	549.039,65	-23.410,35	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	15.032,65	52.400,00	0,00	34.962,92	-17.437,08	27.648,65
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	5.850,00	34.000,00	12.500,00	13.116,94	-20.883,06	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	110.367,14	226.904,64	114.304,64	149.600,17	-77.304,47	39.116,35
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**668.764,66**	**885.754,64**	**126.804,64**	**746.719,68**	**-139.034,96**	**66.765,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-641.834,16**	**-863.454,64**	**-126.804,64**	**-724.602,02**	**138.852,62**	**-66.765,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	192.000,00	0,00	0,00	-192.000,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**192.000,00**	**0,00**	**0,00**	**-192.000,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	79.422,87	320.000,00	0,00	132.955,93	-187.044,07	189.102,76
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	679,80	800,00	0,00	267,49	-532,51	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**80.102,67**	**320.800,00**	**0,00**	**133.223,42**	**-187.576,58**	**189.102,76**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-80.102,67**	**-128.800,00**	**0,00**	**-133.223,42**	**-4.423,42**	**-189.102,76**

75 Produkt 090102 Umlegungsmaßnahmen

Produktinformationen

Verantwortlich FD 69, Herr Waldmüller

Produktbeschreibung

Einleitung und Begleitung von Umlegungsverfahren unter Beteiligung der betroffenen Grundstückseigentümer

Wiederaufnahme/Begleitung von laufenden Umlegungsverfahren, die noch nicht abgeschlossen werden konnten

Ziele

Regelung der Eigentumsverhältnisse zur Umsetzung des B-Planes

keine lange Verfahrensdauer

Maßnahmen

Möglichst Vermeidung einer formalen, hoheitlichen Umsetzung
Stattdessen Durchsetzung des sog. freiwilligen Beckumer Modells
Beginn als freiwillige Umlegung, Überführung ins hoheitliche Verfahren, um Kosten zu sparen

Teilergebnisrechnung Produkt 090102 Umlegungsmaßnahmen

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10,16	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	52.650,00	40.000,00	0,00	-52.650,00	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**10,16**	**52.650,00**	**40.000,00**	**0,00**	**-52.650,00**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-10,16**	**-52.650,00**	**-40.000,00**	**0,00**	**52.650,00**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-10,16**	**-52.650,00**	**-40.000,00**	**0,00**	**52.650,00**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-10,16**	**-52.650,00**	**-40.000,00**	**0,00**	**52.650,00**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-10,16**	**-52.650,00**	**-40.000,00**	**0,00**	**52.650,00**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-10,16**	**-52.650,00**	**-40.000,00**	**0,00**	**52.650,00**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 090102 Umlegungsmaßnahmen

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	10,16	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	2.679,89	52.650,00	40.000,00	0,00	-52.650,00	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**2.690,05**	**52.650,00**	**40.000,00**	**0,00**	**-52.650,00**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-2.690,05**	**-52.650,00**	**-40.000,00**	**0,00**	**52.650,00**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

10 Bauen u. Wohnen

100101	Aufgaben der Bauordnung und –aufsicht	100103	Denkmalschutz und -pflege
100301	Bereitstellung von Einrichtungen für Wohnungslose	100303	Verwaltung der Übergangsheime für Asylbewerber u. Aussiedler
100304	Verwaltung der Übergangsheime für Schutzsuchende aus der Ukraine	100501	Wohnbauförderung, Wohnungsmarkt
100503	Subjektbezogene Förderung von Wohnraum		

Teilergebnisrechnung Produkt 10 Bauen u. Wohnen

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	23.778,50	21.900,00	0,00	27.699,14	5.799,14	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	915.988,88	1.062.400,00	0,00	954.765,66	-107.634,34	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	11.843,92	0,00	0,00	13.135,83	13.135,83	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.917,44	4.750,00	0,00	9.755,50	5.005,50	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	109.748,58	9.500,00	0,00	45.734,71	36.234,71	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**1.067.277,32**	**1.098.550,00**	**0,00**	**1.051.090,84**	**-47.459,16**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	2.149.915,84	2.216.550,00	0,00	2.047.423,96	-169.126,04	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	329.628,53	246.800,00	0,00	357.311,18	110.511,18	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	46.011,23	44.050,00	0,00	47.954,91	3.904,91	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	4.000,00	0,00	0,00	-4.000,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	704.812,67	715.050,00	0,00	558.459,40	-156.590,60	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**3.230.368,27**	**3.226.450,00**	**0,00**	**3.011.149,45**	**-215.300,55**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-2.163.090,95**	**-2.127.900,00**	**0,00**	**-1.960.058,61**	**167.841,39**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	683,03	650,00	0,00	674,02	24,02	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**683,03**	**650,00**	**0,00**	**674,02**	**24,02**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-2.162.407,92**	**-2.127.250,00**	**0,00**	**-1.959.384,59**	**167.865,41**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-2.162.407,92**	**-2.127.250,00**	**0,00**	**-1.959.384,59**	**167.865,41**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.064.855,70	1.000.100,00	0,00	0,00	-1.000.100,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	162.049,00	149.500,00	0,00	129.314,18	-20.185,82	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-1.259.601,22**	**-1.276.650,00**	**0,00**	**-2.088.698,77**	**-812.048,77**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-1.259.601,22**	**-1.276.650,00**	**0,00**	**-2.088.698,77**	**-812.048,77**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	29,82	29,82	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	2,00	2,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**27,82**	**27,82**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 10 Bauen u. Wohnen

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.000,00	2.000,00	0,00	2.000,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	909.915,60	1.062.400,00	0,00	928.987,33	-133.412,67	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.650,09	0,00	0,00	13.440,64	13.440,64	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.456,81	4.750,00	0,00	9.573,27	4.823,27	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	7.596,25	9.500,00	0,00	13.800,00	4.300,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	683,75	650,00	0,00	674,75	24,75	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**934.302,50**	**1.079.300,00**	**0,00**	**968.475,99**	**-110.824,01**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	2.152.966,37	2.216.550,00	0,00	2.052.792,39	-163.757,61	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	439.328,74	487.084,79	247.284,79	698.912,27	211.827,48	5.654,14
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	5.562,63	8.100,00	0,00	4.079,92	-4.020,08	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	695.171,14	719.815,49	4.765,49	548.308,13	-171.507,36	1.500,07
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**3.293.028,88**	**3.431.550,28**	**252.050,28**	**3.304.092,71**	**-127.457,57**	**7.154,21**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-2.358.726,38**	**-2.352.250,28**	**-252.050,28**	**-2.335.616,72**	**16.633,56**	**-7.154,21**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	2.195,14	2.600,00	0,00	1.809,48	-790,52	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.195,14**	**2.600,00**	**0,00**	**1.809,48**	**-790,52**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	58.500,00	58.500,00	0,00	-58.500,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	18.493,19	34.234,74	134,74	9.583,64	-24.651,10	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**18.493,19**	**92.734,74**	**58.634,74**	**9.583,64**	**-83.151,10**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-16.298,05**	**-90.134,74**	**-58.634,74**	**-7.774,16**	**82.360,58**	**0,00**

76 Produkt 100101 Aufgaben der Bauordnung und -aufsicht

Produktinformationen

Verantwortlich FD 63, Herr Schockmann

Produktbeschreibung

Gesetzlich zugewiesene Aufgaben durch die Bauordnung NRW und Sonderbauvorschriften zur Durchführung der Genehmigungsverfahren und der Bauaufsicht im Gebäudebestand sowie Maßnahmen der Eingriffsverwaltung zur Gefahrenabwehr.

Entscheidung über gestellte Anträge auf Erteilung eines Vorbescheides, einer Baugenehmigung sowie Durchführung der Bauüberwachung und Bauzustandsbesichtigung.

Entscheidungen über Anträge zur Flurstücksteilung.

Eintragung und Führung des Baulastenverzeichnisses.

Durchführung ordnungsbehördlicher Verfahren im Rahmen der Gefahrenabwehr zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei der Realisierung von Bauvorhaben, bei Nachbarbeschwerden und Mängeln an bestehenden Gebäuden.

Durchführung der wiederkehrenden Prüfungen und den sich hieraus ergebenden Verfahren.

Beteiligung und Abwicklung von Verfahren auf der Grundlage anderer Rechtsvorschriften:

- Bescheinigungen nach Wohnungseigentumsgesetz

- Stellungnahmen zu Verfahren anderer Dienststellen und Behörden

Als freiwillige Leistungen wird Bauberatung, insbesondere vor und während des Baugenehmigungsverfahrens angeboten, auch die Möglichkeit zur Akteneinsicht in die umfangreichen Archivakten ist gegeben.

Ziele

Rechtssichere und fristgerechte Entscheidungen unter Berücksichtigung der Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und des pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der Kundenorientierung.

Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch bürgernahe Entscheidungen unter Abwägung der erforderlichen Mittel nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 100101 Aufgaben der Bauordnung und -aufsicht

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	38,50	0,00	0,00	38,50	38,50	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	310.743,30	410.500,00	0,00	479.432,88	68.932,88	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	477,07	1.550,00	0,00	3.111,79	1.561,79	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	7.050,00	9.500,00	0,00	14.700,00	5.200,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**318.308,87**	**421.550,00**	**0,00**	**497.283,17**	**75.733,17**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	861.577,69	927.800,00	0,00	886.730,39	-41.069,61	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.502,20	3.100,00	0,00	1.263,23	-1.836,77	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	1.831,33	2.150,00	0,00	1.893,80	-256,20	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.225,80	55.300,00	0,00	21.134,14	-34.165,86	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**891.137,02**	**988.350,00**	**0,00**	**911.021,56**	**-77.328,44**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-572.828,15**	**-566.800,00**	**0,00**	**-413.738,39**	**153.061,61**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-572.828,15**	**-566.800,00**	**0,00**	**-413.738,39**	**153.061,61**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-572.828,15**	**-566.800,00**	**0,00**	**-413.738,39**	**153.061,61**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.878,80	33.550,00	0,00	15.682,13	-17.867,87	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-581.706,95**	**-600.350,00**	**0,00**	**-429.420,52**	**170.929,48**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-581.706,95**	**-600.350,00**	**0,00**	**-429.420,52**	**170.929,48**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 100101 Aufgaben der Bauordnung und -aufsicht

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	314.938,03	410.500,00	0,00	476.999,35	66.499,35	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	16,44	1.550,00	0,00	2.929,56	1.379,56	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	7.150,00	9.500,00	0,00	13.800,00	4.300,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**322.104,47**	**421.550,00**	**0,00**	**493.728,91**	**72.178,91**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	864.467,28	927.800,00	0,00	891.857,52	-35.942,48	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.502,20	3.100,00	0,00	1.263,23	-1.836,77	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	20.830,75	56.448,77	1.148,77	20.213,80	-36.234,97	112,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**888.800,23**	**987.348,77**	**1.148,77**	**913.334,55**	**-74.014,22**	**112,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-566.695,76**	**-565.798,77**	**-1.148,77**	**-419.605,64**	**146.193,13**	**-112,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.311,28	4.000,00	0,00	588,69	-3.411,31	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.311,28**	**4.000,00**	**0,00**	**588,69**	**-3.411,31**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-1.311,28**	**-4.000,00**	**0,00**	**-588,69**	**3.411,31**	**0,00**

77 Produkt 100103 Denkmalschutz und -pflege

Produktinformationen

Verantwortlich FD 65, Frau Faust

Produktbeschreibung

Beratung und Betreuung in Angelegenheiten des Denkmalschutzes, der Denkmal- und Stadtbildpflege Öffentlichkeitsarbeit.

Fortschreibung der Denkmalliste in Abstimmung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe einschließlich denkmalrechtlicher Erlaubnisse/Benehmensherstellung, Bauüberwachung, Baubetreuung, Steuerbescheinigungen.

Beantragung von Fördermitteln, Gewährung von städtischen Zuschüssen.

Ziele

Erhaltung und Nutzung von Denkmälern im Sinne des Denkmalschutzgesetzes NRW, insbesondere der § 7 "Erhaltung von Denkmälern" und § 8 "Nutzung von Baudenkmälern" und ortsfesten Bodendenkmälern.

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 100103 Denkmalschutz und -pflege

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.631,34	2.600,00	0,00	2.631,34	31,34	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	84,00	5.000,00	0,00	0,00	-5.000,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**2.715,34**	**7.600,00**	**0,00**	**2.631,34**	**-4.968,66**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	42.706,99	44.350,00	0,00	25.803,66	-18.546,34	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	492,47	700,00	0,00	570,90	-129,10	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	1.734,45	1.750,00	0,00	1.734,45	-15,55	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	4.000,00	0,00	0,00	-4.000,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.168,59	2.550,00	0,00	3.909,15	1.359,15	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**49.102,50**	**53.350,00**	**0,00**	**32.018,16**	**-21.331,84**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-46.387,16**	**-45.750,00**	**0,00**	**-29.386,82**	**16.363,18**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-46.387,16**	**-45.750,00**	**0,00**	**-29.386,82**	**16.363,18**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-46.387,16**	**-45.750,00**	**0,00**	**-29.386,82**	**16.363,18**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	291,47	3.250,00	0,00	406,15	-2.843,85	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-46.678,63**	**-49.000,00**	**0,00**	**-29.792,97**	**19.207,03**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-46.678,63**	**-49.000,00**	**0,00**	**-29.792,97**	**19.207,03**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 100103 Denkmalschutz und -pflege

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.000,00	2.000,00	0,00	2.000,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	84,00	5.000,00	0,00	0,00	-5.000,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**2.084,00**	**7.000,00**	**0,00**	**2.000,00**	**-5.000,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	42.706,99	44.350,00	0,00	25.803,66	-18.546,34	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	492,47	700,00	0,00	570,90	-129,10	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	4.000,00	0,00	0,00	-4.000,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	4.173,88	2.550,00	0,00	3.899,36	1.349,36	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**47.373,34**	**51.600,00**	**0,00**	**30.273,92**	**-21.326,08**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-45.289,34**	**-44.600,00**	**0,00**	**-28.273,92**	**16.326,08**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

78 Produkt 100105 Aufgaben der allgemeinen Bauverwaltung

Produktinformationen

Verantwortlich FD 10, Herr Vehrenkemper; FD 63, Herr Schockmann; FD 66, Herr Schenkel; FD 67, Herr Illbruck

Produktbeschreibung

Ordnungsbehördliche Aufgaben im Rahmen der Bauordnung und des vorbeugendes Brandschutzes;

Kalkulation und Erhebung von Stellplatzablösebeiträgen;

Zentrale Submissionsstelle für die gesamte Verwaltung;

Querschnittsaufgaben für andere Fachdienste;

Erarbeitung und Abschluss von städtebaulichen Verträgen.

Ziele

Wahrnehmung von fachdienst- und fachbereichsübergreifenden Aufgaben.

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 100105 Aufgaben der allgemeinen Bauverwaltung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

79 Produkt 100301 Bereitstellung von Einrichtungen für Wohnungslose

Produktinformationen

Verantwortlich FD 32, Herr König

Produktbeschreibung

Unterbringung und Bereitstellung von Einrichtungen für Wohnungslose

Ziele

Beseitigung von Obdachlosigkeit

Maßnahmen

Bereitstellung von Wohnraum

Teilergebnisrechnung Produkt 100301 Bereitstellung von Einrichtungen für Wohnungslose

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	145,14	100,00	0,00	145,15	45,15	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	12.684,97	15.000,00	0,00	26.575,50	11.575,50	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	149,31	100,00	0,00	357,00	257,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	96,04	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**13.075,46**	**15.200,00**	**0,00**	**27.077,65**	**11.877,65**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	32.476,87	27.750,00	0,00	33.414,22	5.664,22	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18.385,75	14.800,00	0,00	19.727,71	4.927,71	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	515,98	650,00	0,00	832,97	182,97	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.503,18	23.450,00	0,00	22.273,41	-1.176,59	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**75.881,78**	**66.650,00**	**0,00**	**76.248,31**	**9.598,31**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-62.806,32**	**-51.450,00**	**0,00**	**-49.170,66**	**2.279,34**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-62.806,32**	**-51.450,00**	**0,00**	**-49.170,66**	**2.279,34**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-62.806,32**	**-51.450,00**	**0,00**	**-49.170,66**	**2.279,34**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	14.811,79	4.900,00	0,00	856,29	-4.043,71	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-77.618,11**	**-56.350,00**	**0,00**	**-50.026,95**	**6.323,05**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-77.618,11**	**-56.350,00**	**0,00**	**-50.026,95**	**6.323,05**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 100301 Bereitstellung von Einrichtungen für Wohnungslose

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	12.416,47	15.000,00	0,00	21.918,05	6.918,05	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	149,31	100,00	0,00	357,00	257,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**12.565,78**	**15.100,00**	**0,00**	**22.275,05**	**7.175,05**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	32.488,75	27.750,00	0,00	33.431,54	5.681,54	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	19.827,98	16.259,05	1.459,05	19.755,71	3.496,66	1.431,05
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	21.503,74	26.429,69	2.979,69	23.940,59	-2.489,10	1.036,07
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**73.820,47**	**70.438,74**	**4.438,74**	**77.127,84**	**6.689,10**	**2.467,12**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-61.254,69**	**-55.338,74**	**-4.438,74**	**-54.852,79**	**485,95**	**-2.467,12**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	269,69	634,74	134,74	851,74	217,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**269,69**	**634,74**	**134,74**	**851,74**	**217,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-269,69**	**-634,74**	**-134,74**	**-851,74**	**-217,00**	**0,00**

80 Produkt 100303 Verwaltung der Übergangsheime für Asylbewerber und Aussiedler

Produktinformationen

Verantwortlich FD 50, Herr May-Neitemann

Produktbeschreibung

Unterbringung, Bereitstellung und Unterhaltung der Übergangsheime für Asylbewerber und Aussiedler.

Gesetzliche Grundlagen: §§ 3, 4, 7 ff. SGB II.

Ziele

Bereitstellung von Unterkünften in angemessenem Umfang für zugewiesene Aussiedler und Asylbewerber.

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 100303 Verwaltung der Übergangsheime für Asylbewerber und Aussiedler

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.841,04	10.950,00	0,00	13.328,87	2.378,87	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	281.946,77	280.000,00	0,00	226.085,67	-53.914,33	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.845,40	0,00	0,00	6.301,65	6.301,65	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.081,36	100,00	0,00	225,95	125,95	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	102.156,29	0,00	0,00	28.976,62	28.976,62	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**402.870,86**	**291.050,00**	**0,00**	**274.918,76**	**-16.131,24**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	323.863,33	326.850,00	0,00	275.476,82	-51.373,18	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	222.660,66	197.250,00	0,00	167.173,26	-30.076,74	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	30.204,57	28.100,00	0,00	31.561,33	3.461,33	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	188.599,65	201.900,00	0,00	163.590,54	-38.309,46	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**765.328,21**	**754.100,00**	**0,00**	**637.801,95**	**-116.298,05**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-362.457,35**	**-463.050,00**	**0,00**	**-362.883,19**	**100.166,81**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-362.457,35**	**-463.050,00**	**0,00**	**-362.883,19**	**100.166,81**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-362.457,35**	**-463.050,00**	**0,00**	**-362.883,19**	**100.166,81**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	494.593,39	550.400,00	0,00	465.552,52	-84.847,48	0,00
	481100 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	494.593,39	550.400,00	0,00	465.552,52	-84.847,48	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	132.136,04	87.350,00	0,00	102.669,33	15.319,33	0,00
	581102 Aufwand aus internen Leistungsbeziehungen (FD 65)	125.395,00	76.700,00	0,00	93.277,58	16.577,58	0,00
	581103 Aufwand aus internen Leistungsbeziehungen (FD DV)	6.741,04	10.650,00	0,00	9.391,75	-1.258,25	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

282

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	2,00	2,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-2,00**	**-2,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 100303 Verwaltung der Übergangsheime für Asylbewerber und Aussiedler

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	269.189,85	280.000,00	0,00	215.386,59	-64.613,41	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.815,17	0,00	0,00	7.696,98	7.696,98	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.081,36	100,00	0,00	225,95	125,95	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**276.086,38**	**280.100,00**	**0,00**	**223.309,52**	**-56.790,48**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	323.873,95	326.850,00	0,00	275.493,64	-51.356,36	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	365.082,98	432.582,22	242.332,22	432.837,62	255,40	1.562,18
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	179.220,36	202.467,08	567,08	154.208,27	-48.258,81	63,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**868.177,29**	**961.899,30**	**242.899,30**	**862.539,53**	**-99.359,77**	**1.625,18**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-592.090,91**	**-681.799,30**	**-242.899,30**	**-639.230,01**	**42.569,29**	**-1.625,18**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	58.500,00	58.500,00	0,00	-58.500,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	7.138,38	21.300,00	0,00	6.991,15	-14.308,85	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**7.138,38**	**79.800,00**	**58.500,00**	**6.991,15**	**-72.808,85**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-7.138,38**	**-79.800,00**	**-58.500,00**	**-6.991,15**	**72.808,85**	**0,00**

81 Produkt 100304 Verwaltung der Übergangsheime für Schutzsuchende aus der Ukraine

Produktinformationen

Verantwortlich

Produktbeschreibung

Festsetzung und Heranziehung von Nutzungsentschädigungen bei einer Erstattungspflicht der Flüchtlinge aus der Ukraine

Gesetzliche Grundlagen: § 3 AsylblG, §§ 4 ff. FlüaG

Ziele

Unterbringung, Bereitstellung, Einrichtung und Unterhaltung der Unterkünfte für Flüchtlinge aus der Ukraine

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 100304 Verwaltung der Übergangsheime für Schutzsuchende aus der Ukraine

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.122,48	8.250,00	0,00	11.555,28	3.305,28	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	309.574,74	350.000,00	0,00	221.361,61	-128.638,39	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.998,52	0,00	0,00	6.834,18	6.834,18	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	2.936,86	2.936,86	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	446,25	0,00	0,00	1.562,74	1.562,74	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**326.141,99**	**358.250,00**	**0,00**	**244.250,67**	**-113.999,33**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	345.426,39	346.950,00	0,00	304.292,27	-42.657,73	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	84.138,32	29.700,00	0,00	162.647,94	132.947,94	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	10.027,09	9.500,00	0,00	10.163,77	663,77	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	456.757,27	421.800,00	0,00	340.519,13	-81.280,87	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**896.349,07**	**807.950,00**	**0,00**	**817.623,11**	**9.673,11**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-570.207,08**	**-449.700,00**	**0,00**	**-573.372,44**	**-123.672,44**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-570.207,08**	**-449.700,00**	**0,00**	**-573.372,44**	**-123.672,44**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-570.207,08**	**-449.700,00**	**0,00**	**-573.372,44**	**-123.672,44**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	570.262,31	449.700,00	0,00	573.372,44	123.672,44	0,00
	481100 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	570.262,31	449.700,00	0,00	573.372,44	123.672,44	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	55,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	581102 Aufwand aus internen Leistungsbeziehungen (FD 65)	55,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	29,82	29,82	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

286

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**29,82**	**29,82**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 100304 Verwaltung der Übergangsheime für Schutzsuchende aus der Ukraine

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	312.332,15	350.000,00	0,00	213.823,34	-136.176,66	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.834,92	0,00	0,00	5.743,66	5.743,66	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	2.936,86	2.936,86	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	446,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**316.613,32**	**350.000,00**	**0,00**	**222.503,86**	**-127.496,14**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	345.532,99	346.950,00	0,00	304.448,95	-42.501,05	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	49.973,98	33.193,52	3.493,52	238.556,67	205.363,15	2.660,91
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	462.245,91	421.869,95	69,95	339.358,64	-82.511,31	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**857.752,88**	**802.013,47**	**3.563,47**	**882.364,26**	**80.350,79**	**2.660,91**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-541.139,56**	**-452.013,47**	**-3.563,47**	**-659.860,40**	**-207.846,93**	**-2.660,91**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	488,00	7.000,00	0,00	467,10	-6.532,90	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**488,00**	**7.000,00**	**0,00**	**467,10**	**-6.532,90**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-488,00**	**-7.000,00**	**0,00**	**-467,10**	**6.532,90**	**0,00**

82 Produkt 100501 Wohnbauförderung, Wohnungsmarkt

Produktinformationen

Verantwortlich FD 50, Herr May-Neitemann

Produktbeschreibung

Beratung Bauwilliger im Hinblick auf Wohnungsbauförderung,

Modernisierungsmittel,

Wohnungsmarktbeobachtung,

Führung von Wohnungssuchendenkartei,

Erteilung von Wohnraumberechtigungsscheinen,

Überwachung der Zweckbindung geförderter Wohnungen.

Gesetzliche Grundlagen: §§ 3, 4, 7 ff. SGB II.

Ziele

Versorgung der Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum.

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 100501 Wohnbauförderung, Wohnungsmarkt

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	955,10	1.900,00	0,00	1.310,00	-590,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.209,70	3.000,00	0,00	3.123,90	123,90	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	495,35	495,35	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**4.164,80**	**4.900,00**	**0,00**	**4.929,25**	**29,25**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	208.262,46	204.200,00	0,00	177.196,05	-27.003,95	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	449,13	950,00	0,00	5.840,30	4.890,30	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	190,77	250,00	0,00	206,73	-43,27	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.872,88	6.500,00	0,00	3.186,93	-3.313,07	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**212.775,24**	**211.900,00**	**0,00**	**186.430,01**	**-25.469,99**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-208.610,44**	**-207.000,00**	**0,00**	**-181.500,76**	**25.499,24**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	683,03	650,00	0,00	674,02	24,02	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**683,03**	**650,00**	**0,00**	**674,02**	**24,02**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-207.927,41**	**-206.350,00**	**0,00**	**-180.826,74**	**25.523,26**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-207.927,41**	**-206.350,00**	**0,00**	**-180.826,74**	**25.523,26**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.416,02	6.800,00	0,00	3.213,59	-3.586,41	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-210.343,43**	**-213.150,00**	**0,00**	**-184.040,33**	**29.109,67**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-210.343,43**	**-213.150,00**	**0,00**	**-184.040,33**	**29.109,67**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 100501 Wohnbauförderung, Wohnungsmarkt

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	955,10	1.900,00	0,00	860,00	-1.040,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.209,70	3.000,00	0,00	3.123,90	123,90	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	683,75	650,00	0,00	674,75	24,75	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**4.848,55**	**5.550,00**	**0,00**	**4.658,65**	**-891,35**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	208.283,68	204.200,00	0,00	177.229,71	-26.970,29	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	449,13	950,00	0,00	5.840,30	4.890,30	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	5.562,63	4.100,00	0,00	4.079,92	-20,08	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	4.113,62	6.500,00	0,00	3.154,79	-3.345,21	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**218.409,06**	**215.750,00**	**0,00**	**190.304,72**	**-25.445,28**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-213.560,51**	**-210.200,00**	**0,00**	**-185.646,07**	**24.553,93**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	2.195,14	2.600,00	0,00	1.809,48	-790,52	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.195,14**	**2.600,00**	**0,00**	**1.809,48**	**-790,52**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	348,60	550,00	0,00	0,00	-550,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**348,60**	**550,00**	**0,00**	**0,00**	**-550,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**1.846,54**	**2.050,00**	**0,00**	**1.809,48**	**-240,52**	**0,00**

83 Produkt 100503 Subjektbezogene Förderung von Wohnraum

Produktinformationen

Verantwortlich FD 50, Herr May-Neitemann

Produktbeschreibung

Wohngeldgewährung,

Aufgaben nach dem Wohngeldgesetz.

Ziele

Gewährung von Zuschüssen zu den Wohnkosten.

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 100503 Subjektbezogene Förderung von Wohnraum

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	335.602,11	338.650,00	0,00	344.510,55	5.860,55	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	300,00	0,00	87,84	-212,16	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	1.507,04	1.650,00	0,00	1.561,86	-88,14	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.685,30	3.550,00	0,00	3.846,10	296,10	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**339.794,45**	**344.150,00**	**0,00**	**350.006,35**	**5.856,35**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-339.794,45**	**-344.150,00**	**0,00**	**-350.006,35**	**-5.856,35**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-339.794,45**	**-344.150,00**	**0,00**	**-350.006,35**	**-5.856,35**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-339.794,45**	**-344.150,00**	**0,00**	**-350.006,35**	**-5.856,35**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.459,65	13.650,00	0,00	6.486,69	-7.163,31	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-343.254,10**	**-357.800,00**	**0,00**	**-356.493,04**	**1.306,96**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-343.254,10**	**-357.800,00**	**0,00**	**-356.493,04**	**1.306,96**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 100503 Subjektbezogene Förderung von Wohnraum

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	335.612,73	338.650,00	0,00	344.527,37	5.877,37	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	300,00	0,00	87,84	-212,16	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	3.082,88	3.550,00	0,00	3.532,68	-17,32	289,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**338.695,61**	**342.500,00**	**0,00**	**348.147,89**	**5.647,89**	**289,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-338.695,61**	**-342.500,00**	**0,00**	**-348.147,89**	**-5.647,89**	**-289,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	8.937,24	750,00	0,00	684,96	-65,04	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**8.937,24**	**750,00**	**0,00**	**684,96**	**-65,04**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-8.937,24**	**-750,00**	**0,00**	**-684,96**	**65,04**	**0,00**

11 Ver- und Entsorgung

110101	Beteiligung an Versorgungsunternehmen	110105	Betrieb BHKW Rathaus (Elektrizitätsversorgung)
110107	Betrieb BHKW Rathaus (Fernwärmeversorgung)	110109	Betrieb BHKW AMG (Strom)
110301	Entwässerung und Abwasserbeseitigung	110501	Maßnahmen der Abfallwirtschaft

Teilergebnisrechnung Produkt 11 Ver- und Entsorgung

	Erträgs- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.130,00	6.000,00	0,00	5.530,00	-470,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.396.311,96	3.697.400,00	0,00	3.558.170,31	-139.229,69	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	115.187,20	126.100,00	0,00	119.577,34	-6.522,66	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	200,00	0,00	0,00	-200,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.650.357,92	1.614.400,00	0,00	1.721.983,89	107.583,89	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**5.166.987,08**	**5.444.100,00**	**0,00**	**5.405.261,54**	**-38.838,46**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	179.925,28	182.500,00	0,00	184.788,36	2.288,36	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.519.030,47	3.604.080,40	13.630,40	3.600.972,09	-3.108,31	3.000,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	12.074,14	12.150,00	0,00	12.049,98	-100,02	0,00
15	– Transferaufwendungen	2.237,52	2.250,00	0,00	2.237,52	-12,48	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	103.461,28	82.300,00	0,00	123.571,02	41.271,02	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**3.816.728,69**	**3.883.280,40**	**13.630,40**	**3.923.618,97**	**40.338,57**	**3.000,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**1.350.258,39**	**1.560.819,60**	**-13.630,40**	**1.481.642,57**	**-79.177,03**	**-3.000,00**
19	+ Finanzerträge	420.036,81	420.000,00	0,00	420.023,92	23,92	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**420.036,81**	**420.000,00**	**0,00**	**420.023,92**	**23,92**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**1.770.295,20**	**1.980.819,60**	**-13.630,40**	**1.901.666,49**	**-79.153,11**	**-3.000,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**1.770.295,20**	**1.980.819,60**	**-13.630,40**	**1.901.666,49**	**-79.153,11**	**-3.000,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.094,26	10.550,00	0,00	7.839,19	-2.710,81	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**1.766.200,94**	**1.970.269,60**	**-13.630,40**	**1.893.827,30**	**-76.442,30**	**-3.000,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**1.766.200,94**	**1.970.269,60**	**-13.630,40**	**1.893.827,30**	**-76.442,30**	**-3.000,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegen-ständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 11 Ver- und Entsorgung

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.400,00	3.300,00	0,00	2.800,00	-500,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.726.707,55	3.597.400,00	0,00	3.550.000,82	-47.399,18	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	107.552,72	126.100,00	0,00	119.061,67	-7.038,33	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-205.576,70	200,00	0,00	0,00	-200,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	1.360.424,13	1.627.800,00	0,00	1.973.086,27	345.286,27	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	420.036,81	420.000,00	0,00	420.023,92	23,92	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**6.411.544,51**	**5.774.800,00**	**0,00**	**6.064.972,68**	**290.172,68**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	180.135,30	182.500,00	0,00	184.997,58	2.497,58	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.413.712,12	4.131.986,27	541.536,27	3.394.203,59	-737.782,68	677.442,14
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	142.061,22	150.864,06	29.064,06	115.207,35	-35.656,71	24.155,30
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**3.735.908,64**	**4.465.350,33**	**570.600,33**	**3.694.408,52**	**-770.941,81**	**701.597,44**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**2.675.635,87**	**1.309.449,67**	**-570.600,33**	**2.370.564,16**	**1.061.114,49**	**-701.597,44**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.024,26	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.024,26**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-1.024,26**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

84 Produkt 110101 Beteiligung an Versorgungsunternehmen

Produktinformationen

Verantwortlich FD 20, Frau Schlieper

Produktbeschreibung

Beteiligung an Versorgungsunternehmen.

Ziele

Versorgung der Bevölkerung mit Energie, Elektrizität und Frischwasser.

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 110101 Beteiligung an Versorgungsunternehmen

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.584.849,45	1.592.000,00	0,00	1.686.858,30	94.858,30	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**1.584.849,45**	**1.592.000,00**	**0,00**	**1.686.858,30**	**94.858,30**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	135.000,00	0,00	0,00	120.000,00	120.000,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	2.237,52	2.250,00	0,00	2.237,52	-12,48	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.564,38	1.650,00	0,00	1.564,38	-85,62	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**138.801,90**	**3.900,00**	**0,00**	**123.801,90**	**119.901,90**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**1.446.047,55**	**1.588.100,00**	**0,00**	**1.563.056,40**	**-25.043,60**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	36,81	0,00	0,00	23,92	23,92	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**36,81**	**0,00**	**0,00**	**23,92**	**23,92**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**1.446.084,36**	**1.588.100,00**	**0,00**	**1.563.080,32**	**-25.019,68**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**1.446.084,36**	**1.588.100,00**	**0,00**	**1.563.080,32**	**-25.019,68**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**1.446.084,36**	**1.588.100,00**	**0,00**	**1.563.080,32**	**-25.019,68**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**1.446.084,36**	**1.588.100,00**	**0,00**	**1.563.080,32**	**-25.019,68**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 110101 Beteiligung an Versorgungsunternehmen

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	1.271.886,91	1.592.000,00	0,00	1.919.820,84	327.820,84	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	36,81	0,00	0,00	23,92	23,92	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.271.923,72**	**1.592.000,00**	**0,00**	**1.919.844,76**	**327.844,76**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	295.000,00	295.000,00	0,00	-295.000,00	335.000,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	1.564,38	1.650,00	0,00	1.564,38	-85,62	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.564,38**	**296.650,00**	**295.000,00**	**1.564,38**	**-295.085,62**	**335.000,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**1.270.359,34**	**1.295.350,00**	**-295.000,00**	**1.918.280,38**	**622.930,38**	**-335.000,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

85 Produkt 110105 Betrieb BHKW Rathaus (Elektrizitätsversorgung)

Produktinformationen

Verantwortlich FD 65, Frau Faust

Produktbeschreibung

Unterhaltung und Betrieb Blockheizkraftwerk im Rathaus Beckum.

Ziele

Produktion von Strom für den Eigenbedarf und Verkauf an Dritte.

Maßnahmen

Regelmäßige Wartungs- und kleinere Reparaturarbeiten, um einen störungsfreien und wirtschaftlichen Betrieb des BHKWŽs zu gewährleisten.

Teilergebnisrechnung Produkt 110105 Betrieb BHKW Rathaus (Elektrizitätsversorgung)

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	13.511,75	15.000,00	0,00	15.081,61	81,61	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	14.171,33	12.600,00	0,00	9.948,42	-2.651,58	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**27.683,08**	**27.600,00**	**0,00**	**25.030,03**	**-2.569,97**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	15.319,68	17.250,00	0,00	13.790,52	-3.459,48	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	4.313,75	4.350,00	0,00	4.313,75	-36,25	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	16,87	900,00	0,00	234,50	-665,50	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**19.650,30**	**22.500,00**	**0,00**	**18.338,77**	**-4.161,23**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**8.032,78**	**5.100,00**	**0,00**	**6.691,26**	**1.591,26**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**8.032,78**	**5.100,00**	**0,00**	**6.691,26**	**1.591,26**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**8.032,78**	**5.100,00**	**0,00**	**6.691,26**	**1.591,26**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**8.032,78**	**5.100,00**	**0,00**	**6.691,26**	**1.591,26**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**8.032,78**	**5.100,00**	**0,00**	**6.691,26**	**1.591,26**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 110105 Betrieb BHKW Rathaus (Elektrizitäts-versorgung)

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	13.910,23	15.000,00	0,00	15.258,95	258,95	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	18.209,52	13.300,00	0,00	8.533,87	-4.766,13	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**32.119,75**	**28.300,00**	**0,00**	**23.792,82**	**-4.507,18**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	15.319,68	17.250,00	0,00	13.790,52	-3.459,48	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	4.199,92	7.948,45	848,45	3.112,26	-4.836,19	814,75
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**19.519,60**	**25.198,45**	**848,45**	**16.902,78**	**-8.295,67**	**814,75**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**12.600,15**	**3.101,55**	**-848,45**	**6.890,04**	**3.788,49**	**-814,75**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

86 Produkt 110107 Betrieb BHKW Rathaus (Fernwärmeversorgung)

Produktinformationen

Verantwortlich FD 65, Frau Faust

Produktbeschreibung

Unterhaltung und Betrieb Blockheizkraftwerk im Rathaus Beckum.

Ziele

Produktion von Wärme für den Eigenbedarf und Verkauf an Dritte.

Maßnahmen

Regelmäßige Wartungs- und kleinere Reparaturarbeiten, um einen störungsfreien und wirtschaftlichen Betrieb des BHKWs zu gewährleisten.

Teilergebnisrechnung Produkt 110107 Betrieb BHKW Rathaus (Fernwärmeversorgung)

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	91.746,93	96.100,00	0,00	93.544,64	-2.555,36	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	37.499,73	0,00	0,00	15.583,77	15.583,77	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**129.246,66**	**96.100,00**	**0,00**	**109.128,41**	**13.028,41**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	96.025,88	82.350,00	0,00	101.870,20	19.520,20	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	58.968,81	61.500,00	0,00	60.358,11	-1.141,89	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**154.994,69**	**143.850,00**	**0,00**	**162.228,31**	**18.378,31**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-25.748,03**	**-47.750,00**	**0,00**	**-53.099,90**	**-5.349,90**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-25.748,03**	**-47.750,00**	**0,00**	**-53.099,90**	**-5.349,90**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-25.748,03**	**-47.750,00**	**0,00**	**-53.099,90**	**-5.349,90**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-25.748,03**	**-47.750,00**	**0,00**	**-53.099,90**	**-5.349,90**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-25.748,03**	**-47.750,00**	**0,00**	**-53.099,90**	**-5.349,90**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 110107 Betrieb BHKW Rathaus (Fernwärmeversorgung)

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	83.635,90	96.100,00	0,00	92.790,09	-3.309,91	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	47.203,32	10.400,00	0,00	29.790,82	19.390,82	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**130.839,22**	**106.500,00**	**0,00**	**122.580,91**	**16.080,91**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	94.748,47	108.413,66	26.063,66	103.392,06	-5.021,60	24.541,80
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	99.471,51	98.320,50	22.820,50	64.641,65	-33.678,85	22.700,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**194.219,98**	**206.734,16**	**48.884,16**	**168.033,71**	**-38.700,45**	**47.241,80**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-63.380,76**	**-100.234,16**	**-48.884,16**	**-45.452,80**	**54.781,36**	**-47.241,80**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

87 Produkt 110109 BHKW AMG (Strom)

Produktinformationen

Verantwortlich FD 65, Frau Faust

Produktbeschreibung

Unterhaltung und Betrieb Blockheizkraftwerk im Albertus-Magnus-Gymnasium.

Ziele

Produktion von Strom für den Eigenbedarf und Verkauf an Dritte.

Maßnahmen

Regelmäßige Wartungs- und kleinere Reparaturarbeiten, um einen störungsfreien und wirtschaftlichen Betrieb des BHKWs zu gewährleisten.

Teilergebnisrechnung Produkt 110109 BHKW AMG (Strom)

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.928,52	15.000,00	0,00	10.951,09	-4.048,91	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	13.082,81	9.800,00	0,00	7.751,03	-2.048,97	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**23.011,33**	**24.800,00**	**0,00**	**18.702,12**	**-6.097,88**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	101.536,51	78.700,00	0,00	92.562,43	13.862,43	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	4.313,75	4.350,00	0,00	4.313,75	-36,25	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.805,05	5.000,00	0,00	14.863,46	9.863,46	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**115.655,31**	**88.050,00**	**0,00**	**111.739,64**	**23.689,64**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-92.643,98**	**-63.250,00**	**0,00**	**-93.037,52**	**-29.787,52**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-92.643,98**	**-63.250,00**	**0,00**	**-93.037,52**	**-29.787,52**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-92.643,98**	**-63.250,00**	**0,00**	**-93.037,52**	**-29.787,52**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-92.643,98**	**-63.250,00**	**0,00**	**-93.037,52**	**-29.787,52**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-92.643,98**	**-63.250,00**	**0,00**	**-93.037,52**	**-29.787,52**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 110109 BHKW AMG (Strom)

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.006,59	15.000,00	0,00	11.012,63	-3.987,37	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.193,79	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	23.124,38	12.100,00	0,00	14.940,74	2.840,74	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**45.324,76**	**27.100,00**	**0,00**	**25.953,37**	**-1.146,63**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	114.531,55	78.700,00	0,00	14.232,97	-64.467,03	69.178,30
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	17.193,81	24.952,25	652,25	21.308,50	-3.643,75	640,55
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**131.725,36**	**103.652,25**	**652,25**	**35.541,47**	**-68.110,78**	**69.818,85**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-86.400,60**	**-76.552,25**	**-652,25**	**-9.588,10**	**66.964,15**	**-69.818,85**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

88 Produkt 110301 Entwässerung und Abwasserbeseitigung

Produktinformationen

Verantwortlich EB 83, Bürgermeister Herr Gerdhenrich

Produktbeschreibung

Ab dem Jahr 2014 wird die Planung, der Bau und die Unterhaltung der städtischen Kanalisation im Eigenbetrieb Städtischer Abwasserbetrieb Beckum durchgeführt.

Die Ausweisung des Produktes im Kernhaushalt dient der internen buchhalterischen Abwicklung und auch dem Ausweis der Stammkapitalverzinsung.

Ziele

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 110301 Entwässerung und Abwasserbeseitigung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.532,89	0,00	0,00	-2.406,35	-2.406,35	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	711,80	0,00	0,00	966,48	966,48	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**-821,09**	**0,00**	**0,00**	**-1.439,87**	**-1.439,87**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.497,80	0,00	0,00	18.693,48	18.693,48	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**7.497,80**	**0,00**	**0,00**	**18.693,48**	**18.693,48**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-8.318,89**	**0,00**	**0,00**	**-20.133,35**	**-20.133,35**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	420.000,00	420.000,00	0,00	420.000,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**420.000,00**	**420.000,00**	**0,00**	**420.000,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**411.681,11**	**420.000,00**	**0,00**	**399.866,65**	**-20.133,35**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**411.681,11**	**420.000,00**	**0,00**	**399.866,65**	**-20.133,35**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**411.681,11**	**420.000,00**	**0,00**	**399.866,65**	**-20.133,35**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**411.681,11**	**420.000,00**	**0,00**	**399.866,65**	**-20.133,35**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 110301 Entwässerung und Abwasserbeseitigung

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.291.300,64	0,00	0,00	2.773,30	2.773,30	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-217.770,49	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	420.000,00	420.000,00	0,00	420.000,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.493.530,15**	**420.000,00**	**0,00**	**422.773,30**	**2.773,30**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**1.493.530,15**	**420.000,00**	**0,00**	**422.773,30**	**2.773,30**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

89 Produkt 110501 Maßnahmen der Abfallwirtschaft

Produktinformationen

Verantwortlich FD 67, Herr Illbruck

Produktbeschreibung

In diesem Produkt sind sämtliche Aufgaben und Maßnahmen der Kreislauf- und Abfallwirtschaft abgebildet.

Rechtliche Grundlagen: Kreislaufwirtschaftsgesetz, Elektrogesetz, Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, Gewerbeabfallverordnung, Verpackungsgesetz, Landesabfallgesetz NRW, Gemeindeordnung NRW, Kommunalabgabengesetz NRW, Bundes-Bodenschutzgesetz.

- Kreislaufwirtschaft, Kreislauf- und Abfallwirtschaftskonzepte, Abfallstatistik, Entwicklung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftssystems
- Abfallbeseitigungssatzung, Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwangs und weiterer satzungsrechtlicher Regelungen, Kontrollen
- Organisation der Abfallentsorgung, Gefäßgestellung, Koordination und Abwicklung von Sammlung und Transport einschließlich Ausschreibung, Vergabe, Abrechnung, Betreuung Recyclinghof
- Gebührenbedarfsberechnung, Gebührensatzung, Veranlagung Abfallbeseitigungsgebühren
- Abfallinformation und Abfallberatung, (Beratung telefonisch, persönlich, vor Ort, Aktionen, Presse, Broschüren, Internet, Vorträge, Kampagnen.
- Sanierung von Altlasten

Ziele

Sicherung und Optimierung einer serviceorientierten und nachhaltigen Abfallwirtschaft.

Optimierung von Organisation und Abwicklung der kommunalen Abfallentsorgung.

Erhebung kostendeckender und moderater Gebühren.

Maßnahmen

Die Haushaltsansätze ergeben sich unmittelbar aus den jeweils zu Grunde liegenden Gebührenbedarfsberechnungen. In diesen sind z.B. auch Gefäßzahlen, Einheitspreise, Mengenentwicklungen und weitere Kennzahlen umfassend dargestellt.

Teilergebnisrechnung Produkt 110501 Maßnahmen der Abfallwirtschaft

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.130,00	6.000,00	0,00	5.530,00	-470,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.397.844,85	3.697.400,00	0,00	3.560.576,66	-136.823,34	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	200,00	0,00	0,00	-200,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	42,80	0,00	0,00	875,89	875,89	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**3.403.017,65**	**3.703.600,00**	**0,00**	**3.566.982,55**	**-136.617,45**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	164.605,60	165.250,00	0,00	170.997,84	5.747,84	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.186.468,08	3.443.030,40	13.630,40	3.286.539,46	-156.490,94	3.000,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	3.446,64	3.450,00	0,00	3.422,48	-27,52	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	25.608,37	13.250,00	0,00	27.857,09	14.607,09	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**3.380.128,69**	**3.624.980,40**	**13.630,40**	**3.488.816,87**	**-136.163,53**	**3.000,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**22.888,96**	**78.619,60**	**-13.630,40**	**78.165,68**	**-453,92**	**-3.000,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**22.888,96**	**78.619,60**	**-13.630,40**	**78.165,68**	**-453,92**	**-3.000,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**22.888,96**	**78.619,60**	**-13.630,40**	**78.165,68**	**-453,92**	**-3.000,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.094,26	10.550,00	0,00	7.839,19	-2.710,81	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**18.794,70**	**68.069,60**	**-13.630,40**	**70.326,49**	**2.256,89**	**-3.000,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**18.794,70**	**68.069,60**	**-13.630,40**	**70.326,49**	**2.256,89**	**-3.000,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 110501 Maßnahmen der Abfallwirtschaft

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.400,00	3.300,00	0,00	2.800,00	-500,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.435.406,91	3.597.400,00	0,00	3.547.227,52	-50.172,48	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	200,00	0,00	0,00	-200,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**3.437.806,91**	**3.600.900,00**	**0,00**	**3.550.027,52**	**-50.872,48**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	164.815,62	165.250,00	0,00	171.207,06	5.957,06	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.204.432,10	3.649.872,61	220.472,61	3.276.578,56	-373.294,05	248.722,04
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	19.631,60	17.992,86	4.742,86	24.580,56	6.587,70	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**3.388.879,32**	**3.833.115,47**	**225.215,47**	**3.472.366,18**	**-360.749,29**	**248.722,04**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**48.927,59**	**-232.215,47**	**-225.215,47**	**77.661,34**	**309.876,81**	**-248.722,04**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.024,26	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.024,26**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-1.024,26**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

12 Verkehrsflächen u. -anlagen, ÖPNV

120101	Verkehrsflächen und –anlagen incl. Beleuchtung	120107	Straßenreinigung und Winterdienst
120109	Parkeinrichtungen und Parkraumbewirtschaftung	120110	Öffentlicher Personennahverkehr
120301	Beteiligung an Verkehrsunternehmen		

Teilergebnisrechnung Produkt 12 Verkehrsflächen u. -anlagen, ÖPNV

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	354.625,26	400.250,00	0,00	390.887,80	-9.362,20	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.914.480,66	1.844.950,00	0,00	1.797.773,98	-47.176,02	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	29.077,30	29.400,00	0,00	296.676,45	267.276,45	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	128.694,20	74.550,00	0,00	141.062,56	66.512,56	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	174.727,76	105.100,00	0,00	66.721,64	-38.378,36	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**2.601.605,18**	**2.454.250,00**	**0,00**	**2.693.122,43**	**238.872,43**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	1.065.055,86	1.125.950,00	0,00	1.113.050,61	-12.899,39	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.839.713,36	4.716.255,46	124.305,46	5.854.197,59	1.137.942,13	155.117,64
14	– Bilanzielle Abschreibungen	2.313.676,43	2.243.150,00	0,00	2.281.016,14	37.866,14	0,00
15	– Transferaufwendungen	1.282.451,98	1.046.050,00	0,00	1.068.109,96	22.059,96	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	132.614,03	129.150,00	0,00	144.375,49	15.225,49	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**9.633.511,66**	**9.260.555,46**	**124.305,46**	**10.460.749,79**	**1.200.194,33**	**155.117,64**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-7.031.906,48**	**-6.806.305,46**	**-124.305,46**	**-7.767.627,36**	**-961.321,90**	**-155.117,64**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	1.921,23	1.921,23	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-1.921,23**	**-1.921,23**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-7.031.906,48**	**-6.806.305,46**	**-124.305,46**	**-7.769.548,59**	**-963.243,13**	**-155.117,64**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-7.031.906,48**	**-6.806.305,46**	**-124.305,46**	**-7.769.548,59**	**-963.243,13**	**-155.117,64**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	84.761,00	104.850,00	0,00	104.932,54	82,54	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	135.960,62	162.150,00	0,00	148.601,94	-13.548,06	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-7.083.106,10**	**-6.863.605,46**	**-124.305,46**	**-7.813.217,99**	**-949.612,53**	**-155.117,64**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-7.083.106,10**	**-6.863.605,46**	**-124.305,46**	**-7.813.217,99**	**-949.612,53**	**-155.117,64**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	3,00	0,00	0,00	3,00	3,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-3,00**	**0,00**	**0,00**	**-3,00**	**-3,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 12 Verkehrsflächen u. -anlagen, ÖPNV

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	500,00	0,00	0,00	-500,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	613.333,07	616.400,00	0,00	605.597,54	-10.802,46	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	16.865,60	19.950,00	0,00	289.213,65	269.263,65	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	21.571,46	15.000,00	0,00	31.026,52	16.026,52	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**651.770,13**	**651.850,00**	**0,00**	**925.837,71**	**273.987,71**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	1.065.363,48	1.125.950,00	0,00	1.113.174,40	-12.775,60	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.823.206,51	6.174.349,94	1.605.599,94	5.114.207,54	-1.060.142,40	2.325.043,04
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	1.921,23	1.921,23	0,00
14	– Transferauszahlungen	1.646.604,06	1.010.324,58	86.824,58	906.470,29	-103.854,29	78.300,59
15	– Sonstige Auszahlungen	77.846,25	57.200,00	0,00	79.910,82	22.710,82	4.980,59
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**7.613.020,30**	**8.367.824,52**	**1.692.424,52**	**7.215.684,28**	**-1.152.140,24**	**2.408.324,22**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-6.961.250,17**	**-7.715.974,52**	**-1.692.424,52**	**-6.289.846,57**	**1.426.127,95**	**-2.408.324,22**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	1.920.971,24	3.398.800,00	0,00	1.759.823,15	-1.638.976,85	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	155.617,46	932.000,00	0,00	355.075,01	-576.924,99	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.076.588,70**	**4.330.800,00**	**0,00**	**2.114.898,16**	**-2.215.901,84**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	5.291.765,75	9.590.783,58	2.617.433,58	3.391.549,07	-6.199.234,51	1.320.959,51
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	41.603,52	63.165,50	665,50	47.596,81	-15.568,69	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	1.590.796,51	559.344,95	229.344,95	597.418,48	38.073,53	180.209,92
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**6.924.165,78**	**10.213.294,03**	**2.847.444,03**	**4.036.564,36**	**-6.176.729,67**	**1.501.169,43**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-4.847.577,08**	**-5.882.494,03**	**-2.847.444,03**	**-1.921.666,20**	**3.960.827,83**	**-1.501.169,43**

90 Produkt 120101 Verkehrsflächen und -anlagen inkl. Beleuchtung

Produktinformationen

Verantwortlich FD 66, Herr Schenkel, FD 67, Herr Illbruck

Produktbeschreibung

Entwurf, Planung, Ausschreibung, Bau, Unterhaltung, Betrieb, Kontrolle und Verwaltung von städtischen Straßen, Radwegen, Gehwegen, Straßenbegleitgrün, Parkplätzen, Ingenieurbauwerken, Straßenbeleuchtungen, Lichtsignalanlagen, Verkehrszeichen, Buswartehallen und Lärmschutzmaßnahmen.

Beteiligung an Entwurf, Planung, Ausschreibung und Bau einschließlich Kostenaufteilungen von Kreisstraßen, Landesstraßen und Bundesstraßen mit Aufstellung von Kostenvereinbarungen nach dem Ortsdurchfahrtsrichtlinien und nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz.

Verwaltung und Finanzierung der zu den oben genannten Anlagen, insbesondere Beitragsveranlagung im Rahmen von Straßenausbaubeitragsabrechnungen und Erschließungsbeitragsabrechnungen.

Bewertung und Fortschreibung des Infrastrukturvermögens sowie Abschluss von Erschließungsverträgen.

Ziele

Erfüllung der Verkehrssicherheitspflicht.

Geordnete verkehrstechnische und fußläufige Erschließung der Grundstücke.

Attraktivitätssteigerung durch gute Infrastruktur.

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 120101 Verkehrsflächen und -anlagen inkl. Beleuchtung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	294.383,51	338.700,00	0,00	328.515,55	-10.184,45	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.349.601,74	1.203.550,00	0,00	1.191.546,16	-12.003,84	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	29.077,30	29.400,00	0,00	291.979,59	262.579,59	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	103.539,10	56.000,00	0,00	107.322,85	51.322,85	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	168.110,68	102.800,00	0,00	66.721,64	-36.078,36	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**1.944.712,33**	**1.730.450,00**	**0,00**	**1.986.085,79**	**255.635,79**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	684.470,43	732.300,00	0,00	759.945,65	27.645,65	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.268.305,58	4.018.205,96	112.455,96	5.168.664,91	1.150.458,95	155.117,64
14	– Bilanzielle Abschreibungen	2.174.307,08	2.084.150,00	0,00	2.135.178,65	51.028,65	0,00
15	– Transferaufwendungen	290.613,38	308.550,00	0,00	393.769,96	85.219,96	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	119.792,75	117.850,00	0,00	131.802,75	13.952,75	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**7.537.489,22**	**7.261.055,96**	**112.455,96**	**8.589.361,92**	**1.328.305,96**	**155.117,64**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-5.592.776,89**	**-5.530.605,96**	**-112.455,96**	**-6.603.276,13**	**-1.072.670,17**	**-155.117,64**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	1.921,23	1.921,23	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-1.921,23**	**-1.921,23**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-5.592.776,89**	**-5.530.605,96**	**-112.455,96**	**-6.605.197,36**	**-1.074.591,40**	**-155.117,64**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-5.592.776,89**	**-5.530.605,96**	**-112.455,96**	**-6.605.197,36**	**-1.074.591,40**	**-155.117,64**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	118.949,28	142.350,00	0,00	143.612,17	1.262,17	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-5.711.726,17**	**-5.672.955,96**	**-112.455,96**	**-6.748.809,53**	**-1.075.853,57**	**-155.117,64**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-5.711.726,17**	**-5.672.955,96**	**-112.455,96**	**-6.748.809,53**	**-1.075.853,57**	**-155.117,64**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	3,00	0,00	0,00	3,00	3,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-3,00**	**0,00**	**0,00**	**-3,00**	**-3,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 120101 Verkehrsflächen und -anlagen inkl. Beleuchtung

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	500,00	0,00	0,00	-500,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.040,00	2.500,00	0,00	1.848,00	-652,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	16.865,60	19.950,00	0,00	284.516,79	264.566,79	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	1.026,52	1.026,52	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**17.905,60**	**22.950,00**	**0,00**	**287.391,31**	**264.441,31**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	684.747,42	732.300,00	0,00	760.136,04	27.836,04	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.163.523,80	5.379.329,92	1.496.779,92	4.466.122,64	-913.207,28	2.222.162,91
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	1.921,23	1.921,23	0,00
14	– Transferauszahlungen	148.365,46	272.824,58	86.824,58	232.130,29	-40.694,29	78.300,59
15	– Sonstige Auszahlungen	65.608,47	45.900,00	0,00	68.803,65	22.903,65	4.980,59
16	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**5.062.245,15**	**6.430.354,50**	**1.583.604,50**	**5.529.113,85**	**-901.240,65**	**2.305.444,09**
17	**= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-5.044.339,55**	**-6.407.404,50**	**-1.583.604,50**	**-5.241.722,54**	**1.165.681,96**	**-2.305.444,09**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	1.916.522,17	3.304.300,00	0,00	1.635.723,15	-1.668.576,85	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	155.617,46	932.000,00	0,00	355.075,01	-576.924,99	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	**= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.072.139,63**	**4.236.300,00**	**0,00**	**1.990.798,16**	**-2.245.501,84**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	5.154.464,91	9.277.184,42	2.408.834,42	3.391.549,07	-5.885.635,35	1.320.959,51
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	41.603,52	62.665,50	665,50	47.596,81	-15.068,69	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	1.590.796,51	559.344,95	229.344,95	597.418,48	38.073,53	180.209,92
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	**= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**6.786.864,94**	**9.899.194,87**	**2.638.844,87**	**4.036.564,36**	**-5.862.630,51**	**1.501.169,43**
14	**= Saldo der Investitionstätigkeit**	**-4.714.725,31**	**-5.662.894,87**	**-2.638.844,87**	**-2.045.766,20**	**3.617.128,67**	**-1.501.169,43**

91 Produkt 120107 Straßenreinigung und Winterdienst

Produktinformationen

Verantwortlich FD 21, Herr Koch

Produktbeschreibung

Aufgabe ist die Reinigung von Straßen, Radwegen und Fußgängerzonen im Beckumer Stadtgebiet sowie die Durchführung des Winterdienstes nach Maßgabe der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung. Hierunter ist auch die Gebührenkalkulation zu fassen. Mit der Durchführung der Reinigung und des Winterdienstes sind die Städtischen Betriebe Beckum beauftragt.

Ziele

- Reinigung der Fußgängerzonen und der in der Satzung zur Reinigung vorgesehenen Straßen und Radwege für ein gepflegtes Stadtbild
- Gewährleistung der Verkehrssicherheit in den Fußgängerzonen und auf den in der Satzung vorgesehenen Straßen und Radwegen im Falle von Schneefall und Glatteisbildung

Maßnahmen

Im Planjahr sind keine besonderen Maßnahmen vorgesehen.

Teilergebnisrechnung Produkt 120107 Straßenreinigung und Winterdienst

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	403.946,62	473.400,00	0,00	438.205,35	-35.194,65	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	156,00	156,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**403.946,62**	**473.400,00**	**0,00**	**438.361,35**	**-35.038,65**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	20.113,60	17.800,00	0,00	21.722,04	3.922,04	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	440.960,41	557.050,00	0,00	551.436,31	-5.613,69	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.551,75	2.100,00	0,00	3.074,86	974,86	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**463.625,76**	**576.950,00**	**0,00**	**576.233,21**	**-716,79**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-59.679,14**	**-103.550,00**	**0,00**	**-137.871,86**	**-34.321,86**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-59.679,14**	**-103.550,00**	**0,00**	**-137.871,86**	**-34.321,86**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-59.679,14**	**-103.550,00**	**0,00**	**-137.871,86**	**-34.321,86**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	84.761,00	104.850,00	0,00	104.932,54	82,54	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	251,69	2.450,00	0,00	397,95	-2.052,05	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**24.830,17**	**-1.150,00**	**0,00**	**-33.337,27**	**-32.187,27**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**24.830,17**	**-1.150,00**	**0,00**	**-33.337,27**	**-32.187,27**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 120107 Straßenreinigung und Winterdienst

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	451.360,77	445.900,00	0,00	437.426,07	-8.473,93	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**451.360,77**	**445.900,00**	**0,00**	**437.426,07**	**-8.473,93**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	20.120,42	17.800,00	0,00	21.620,85	3.820,85	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	523.829,69	639.882,92	82.832,92	509.132,82	-130.750,10	92.110,74
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	1.906,88	2.100,00	0,00	1.709,01	-390,99	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**545.856,99**	**659.782,92**	**82.832,92**	**532.462,68**	**-127.320,24**	**92.110,74**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-94.496,22**	**-213.882,92**	**-82.832,92**	**-95.036,61**	**118.846,31**	**-92.110,74**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

92 Produkt 120109 Parkeinrichtungen und Parkraumbewirtschaftung

Produktinformationen

Verantwortlich FD 32, Herr König

Produktbeschreibung

Parkraumbewirtschaftung einschließlich Aufstellung und Verwaltung von Parkautomaten, Anwohnerparkausweise und dergleichen.

Ziele

Bewirtschaftung der öffentlichen Parkflächen.

Ahndung und Überwachung der begangenen Parkverstöße in den innerstädtischen Schwerpunktbereichen der Überwachung.

Maßnahmen

Überwachung der Parkbeschränkungen.

Teilergebnisrechnung Produkt 120109 Parkeinrichtungen und Parkraumbewirtschaftung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.990,62	11.950,00	0,00	11.990,62	40,62	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	160.932,30	168.000,00	0,00	168.022,47	22,47	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	18.313,79	18.300,00	0,00	33.313,80	15.013,80	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	1.100,00	0,00	0,00	-1.100,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**191.236,71**	**199.350,00**	**0,00**	**213.326,89**	**13.976,89**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	360.471,83	375.850,00	0,00	331.382,92	-44.467,08	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	100.498,03	81.050,00	0,00	90.911,22	9.861,22	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	54.722,61	54.800,00	0,00	54.722,64	-77,36	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.204,43	9.150,00	0,00	9.459,63	309,63	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**525.896,90**	**520.850,00**	**0,00**	**486.476,41**	**-34.373,59**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-334.660,19**	**-321.500,00**	**0,00**	**-273.149,52**	**48.350,48**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-334.660,19**	**-321.500,00**	**0,00**	**-273.149,52**	**48.350,48**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-334.660,19**	**-321.500,00**	**0,00**	**-273.149,52**	**48.350,48**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.706,62	15.250,00	0,00	4.560,97	-10.689,03	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-351.366,81**	**-336.750,00**	**0,00**	**-277.710,49**	**59.039,51**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-351.366,81**	**-336.750,00**	**0,00**	**-277.710,49**	**59.039,51**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 120109 Parkeinrichtungen und Parkraumbewirtschaftung

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	160.932,30	168.000,00	0,00	166.323,47	-1.676,53	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	15.000,00	15.000,00	0,00	30.000,00	15.000,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**175.932,30**	**183.000,00**	**0,00**	**196.323,47**	**13.323,47**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	360.495,64	375.850,00	0,00	331.417,51	-44.432,49	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	105.465,40	91.143,11	10.093,11	95.217,57	4.074,46	5.786,76
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	10.267,55	9.150,00	0,00	9.362,44	212,44	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**476.228,59**	**476.143,11**	**10.093,11**	**435.997,52**	**-40.145,59**	**5.786,76**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-300.296,29**	**-293.143,11**	**-10.093,11**	**-239.674,05**	**53.469,06**	**-5.786,76**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	500,00	0,00	0,00	-500,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**500,00**	**0,00**	**0,00**	**-500,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**-500,00**	**0,00**	**0,00**	**500,00**	**0,00**

93 Produkt 120110 Öffentlicher Personennahverkehr

Produktinformationen

Verantwortlich FD 32, Herr König

Produktbeschreibung

Zuschuss an verschiedene Verkehrsträger des öffentlichen Personennachverkehrs (ÖPNV)

Ziele

Versorgung mit öffentlichem Personennahverkehr

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 120110 Öffentlicher Personennahverkehr

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	48.251,13	49.600,00	0,00	50.381,63	781,63	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	4.696,86	4.696,86	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	6.841,31	250,00	0,00	269,91	19,91	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	6.617,08	1.200,00	0,00	0,00	-1.200,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**61.709,52**	**51.050,00**	**0,00**	**55.348,40**	**4.298,40**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	29.949,34	59.949,50	11.849,50	43.185,15	-16.764,35	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	84.646,74	104.200,00	0,00	91.114,85	-13.085,15	0,00
15	– Transferaufwendungen	854.498,60	600.000,00	0,00	537.000,00	-63.000,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	65,10	50,00	0,00	38,25	-11,75	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**969.159,78**	**764.199,50**	**11.849,50**	**671.338,25**	**-92.861,25**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-907.450,26**	**-713.149,50**	**-11.849,50**	**-615.989,85**	**97.159,65**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-907.450,26**	**-713.149,50**	**-11.849,50**	**-615.989,85**	**97.159,65**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-907.450,26**	**-713.149,50**	**-11.849,50**	**-615.989,85**	**97.159,65**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	53,03	2.100,00	0,00	30,85	-2.069,15	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-907.503,29**	**-715.249,50**	**-11.849,50**	**-616.020,70**	**99.228,80**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-907.503,29**	**-715.249,50**	**-11.849,50**	**-616.020,70**	**99.228,80**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 120110 Öffentlicher Personennahverkehr

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	4.696,86	4.696,86	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	6.571,46	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**6.571,46**	**0,00**	**0,00**	**4.696,86**	**4.696,86**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	30.387,62	63.993,99	15.893,99	43.734,51	-20.259,48	4.982,63
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	1.360.898,60	600.000,00	0,00	537.000,00	-63.000,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	63,35	50,00	0,00	35,72	-14,28	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.391.349,57**	**664.043,99**	**15.893,99**	**580.770,23**	**-83.273,76**	**4.982,63**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-1.384.778,11**	**-664.043,99**	**-15.893,99**	**-576.073,37**	**87.970,62**	**-4.982,63**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	4.449,07	94.500,00	0,00	124.100,00	29.600,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**4.449,07**	**94.500,00**	**0,00**	**124.100,00**	**29.600,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	137.300,84	313.599,16	208.599,16	0,00	-313.599,16	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**137.300,84**	**313.599,16**	**208.599,16**	**0,00**	**-313.599,16**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-132.851,77**	**-219.099,16**	**-208.599,16**	**124.100,00**	**343.199,16**	**0,00**

94 Produkt 120301 Beteiligung an Verkehrsunternehmen

Produktinformationen

Verantwortlich FD 20, Frau Schlieper

Produktbeschreibung

Beteiligung an Verkehrsunternehmen zur Aufrechterhaltung des Öffentlichen Personen- und Nahverkehrs.

Sicherstellung der Schülerbeförderung.

Ziele

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 120301 Beteiligung an Verkehrsunternehmen

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	137.340,00	137.500,00	0,00	137.340,00	-160,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**137.340,00**	**137.500,00**	**0,00**	**137.340,00**	**-160,00**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-137.340,00**	**-137.500,00**	**0,00**	**-137.340,00**	**160,00**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-137.340,00**	**-137.500,00**	**0,00**	**-137.340,00**	**160,00**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-137.340,00**	**-137.500,00**	**0,00**	**-137.340,00**	**160,00**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-137.340,00**	**-137.500,00**	**0,00**	**-137.340,00**	**160,00**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-137.340,00**	**-137.500,00**	**0,00**	**-137.340,00**	**160,00**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 120301 Beteiligung an Verkehrsunternehmen

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	137.340,00	137.500,00	0,00	137.340,00	-160,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**137.340,00**	**137.500,00**	**0,00**	**137.340,00**	**-160,00**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-137.340,00**	**-137.500,00**	**0,00**	**-137.340,00**	**160,00**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

13 Natur- u. Landschaftspflege

130101	Natur- und Landschaftspflege	130102	Bereitstellung von Grün- und Erholungsflächen
130103	Bereitstellung von Erholungsgebieten	130104	Land- und Forstwirtschaft
130105	Hochwasserschutz / Gewässerentwicklung	130501	Verwaltung der Friedhöfe

Teilergebnisrechnung Produkt 13 Natur- u. Landschaftspflege

	Erträgs- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	206.904,11	195.200,00	0,00	171.226,44	-23.973,56	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	895.042,03	849.700,00	0,00	962.426,03	112.726,03	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	11.621,83	15.000,00	0,00	38.784,08	23.784,08	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	56.054,04	28.000,00	0,00	73.253,79	45.253,79	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	94.781,33	88.700,00	0,00	91.134,68	2.434,68	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	13.954,78	16.300,00	0,00	11.365,01	-4.934,99	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**1.278.358,12**	**1.192.900,00**	**0,00**	**1.348.190,03**	**155.290,03**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	512.984,78	534.250,00	0,00	502.344,32	-31.905,68	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.819.210,06	2.273.528,06	7.428,06	2.105.874,84	-167.653,22	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	361.697,36	419.400,00	0,00	379.314,36	-40.085,64	0,00
15	– Transferaufwendungen	164.518,21	164.550,00	0,00	158.503,19	-6.046,81	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	198.115,29	85.300,00	0,00	86.955,26	1.655,26	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**3.056.525,70**	**3.477.028,06**	**7.428,06**	**3.232.991,97**	**-244.036,09**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-1.778.167,58**	**-2.284.128,06**	**-7.428,06**	**-1.884.801,94**	**399.326,12**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-1.778.167,58**	**-2.284.128,06**	**-7.428,06**	**-1.884.801,94**	**399.326,12**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-1.778.167,58**	**-2.284.128,06**	**-7.428,06**	**-1.884.801,94**	**399.326,12**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	90.692,08	97.300,00	0,00	0,00	-97.300,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	120.094,88	155.650,00	0,00	23.918,12	-131.731,88	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-1.807.570,38**	**-2.342.478,06**	**-7.428,06**	**-1.908.720,06**	**433.758,00**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-1.807.570,38**	**-2.342.478,06**	**-7.428,06**	**-1.908.720,06**	**433.758,00**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

334

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	3,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-3,00**	**0,00**	**0,00**	**-1,00**	**-1,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 13 Natur- u. Landschaftspflege

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	24.421,33	23.000,00	0,00	23.935,91	935,91	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	816.867,58	882.500,00	0,00	910.422,57	27.922,57	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.989,69	15.050,00	0,00	36.491,58	21.441,58	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	60.806,29	28.000,00	0,00	66.343,86	38.343,86	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	7.850,00	0,00	31,50	-7.818,50	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**913.084,89**	**956.400,00**	**0,00**	**1.037.225,42**	**80.825,42**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	513.121,52	534.250,00	0,00	502.515,35	-31.734,65	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.379.068,54	2.314.020,15	47.920,15	1.883.750,46	-430.269,69	92.452,49
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	165.018,21	164.550,00	0,00	158.503,19	-6.046,81	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	138.478,35	96.740,07	12.540,07	79.201,50	-17.538,57	3.040,16
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**3.195.686,62**	**3.109.560,22**	**60.460,22**	**2.623.970,50**	**-485.589,72**	**95.492,65**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-2.282.601,73**	**-2.153.160,22**	**-60.460,22**	**-1.586.745,08**	**566.415,14**	**-95.492,65**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	280.090,00	422.200,00	0,00	61.856,93	-360.343,07	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	32.661,36	80.700,00	0,00	85.781,51	5.081,51	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	37.025,72	37.025,72	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**312.751,36**	**502.900,00**	**0,00**	**184.664,16**	**-318.235,84**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	58.991,13	17.000,00	5.000,00	12.199,96	-4.800,04	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	774.211,82	3.077.510,32	1.974.560,32	493.804,02	-2.583.706,30	1.068.509,23
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	52.580,48	8.590,76	1.440,76	7.294,37	-1.296,39	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**885.783,43**	**3.103.101,08**	**1.981.001,08**	**513.298,35**	**-2.589.802,73**	**1.068.509,23**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-573.032,07**	**-2.600.201,08**	**-1.981.001,08**	**-328.634,19**	**2.271.566,89**	**-1.068.509,23**

95 Produkt 130101 Natur- und Landschaftspflege

Produktinformationen

Verantwortlich FD 67, Herr Illbruck

Produktbeschreibung

In diesem Produkt sind sämtliche Aufgaben und Maßnahmen der des Naturschutzes, und der Landschaftspflege ein-schließlich des städtischen Ökokontos abgebildet.

- Schutz, Pflege und nachhaltige, Entwicklung von Natur und Landschaft
- Umsetzung des Landschaftsplans
- Naturorientierte Mitwirkung bei Stadtentwicklungs- und Bauleitplanung; Abgrabungs- und Rekultivierungsplanung, Grünordnungsplänen
- Erstellung landschaftspflegerischer Begleitplänen, Prüfung und Umsetzung Eingriffsregelung, Ausgleichs- und Ersatzflächenmanagement
- Entwicklung, Bau, Unterhaltung, Verkehrssicherung und Führung des Ökokontos einschließlich Refinanzierung kommunaler Projekte
- ökologische Aufwertung und nachhaltige Entwicklung kommunale Flächen/Biotope einschließlich Monitoring

Ziele

- Sicherung und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen von Natur und Landschaft
- Schaffung von Biotopverbundsystemen unter Integration von Gewässerentwicklung und Ausgleichsflächen
- Sicherung ausreichender Angebote von Ausgleichsflächen für städtische Vorhaben und für Dritte

Maßnahmen

Integration von Projekten des Hochwasserschutzes, der Gewässerentwicklung, des Biotopverbundes, der Steinbruchentwicklung und der Naherholung mit Maßnahmen des Naturschutzes, der Landschaftspflege und des Ökokontos.
Planung, Bau, Entwicklung, Bewirtschaftung und Unterhaltung von Ausgleichs- bzw. Ökokontoflächen.

Teilergebnisrechnung Produkt 130101 Natur- und Landschaftspflege

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	32.955,38	32.000,00	0,00	33.065,80	1.065,80	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	1.248,43	750,00	0,00	0,00	-750,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**34.203,81**	**32.750,00**	**0,00**	**33.065,80**	**315,80**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	40.319,39	43.700,00	0,00	44.938,59	1.238,59	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.359,93	69.400,00	0,00	68.984,71	-415,29	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	438,62	400,00	0,00	470,02	70,02	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.060,31	3.050,00	0,00	3.407,10	357,10	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**46.178,25**	**116.550,00**	**0,00**	**117.800,42**	**1.250,42**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-11.974,44**	**-83.800,00**	**0,00**	**-84.734,62**	**-934,62**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-11.974,44**	**-83.800,00**	**0,00**	**-84.734,62**	**-934,62**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-11.974,44**	**-83.800,00**	**0,00**	**-84.734,62**	**-934,62**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	444,00	2.750,00	0,00	784,41	-1.965,59	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-12.418,44**	**-86.550,00**	**0,00**	**-85.519,03**	**1.030,97**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-12.418,44**	**-86.550,00**	**0,00**	**-85.519,03**	**1.030,97**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 130101 Natur- und Landschaftspflege

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	40.346,90	43.700,00	0,00	44.968,21	1.268,21	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.359,93	69.400,00	0,00	67.199,71	-2.200,29	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	3.063,35	3.194,50	144,50	2.877,73	-316,77	666,50
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**45.770,18**	**116.294,50**	**144,50**	**115.045,65**	**-1.248,85**	**666,50**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-45.770,18**	**-116.294,50**	**-144,50**	**-115.045,65**	**1.248,85**	**-666,50**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	32.661,36	80.700,00	0,00	85.781,51	5.081,51	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**32.661,36**	**80.700,00**	**0,00**	**85.781,51**	**5.081,51**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	24.968,69	60.000,00	20.000,00	16.919,02	-43.080,98	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**24.968,69**	**60.000,00**	**20.000,00**	**16.919,02**	**-43.080,98**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**7.692,67**	**20.700,00**	**-20.000,00**	**68.862,49**	**48.162,49**	**0,00**

96 Produkt 130102 Bereitstellung von Grün- und Erholungsflächen

Produktinformationen

Verantwortlich FD 67, Herr Illbruck

Produktbeschreibung

In diesem Produkt sind Aufgaben und Maßnahmen der Neuerrichtung öffentlicher Grünflächen sowie zum Erhalt und zur Entwicklung des Baumbestandes abgebildet.

- Konzeption, Planung, Vergabe, Bau, Abrechnung und Bereitstellung von Grün-, Frei- und Erholungsflächen sowie Waldflächen,
- Erstellen von technischen Unterlagen, Förderanträgen, Verwendungsnachweisen,
- Abstimmung von Projektplanungen und Baumaßnahmen mit anderen FD und Behörden, Beratung und Dienstleistungen für andere FD.

Ziele

- Schaffung und Sicherung nachhaltiger Grün-, Frei- und Erholungsflächen
- Schutz und Entwicklung des Baumbestandes

Maßnahmen

- Planung und Bau von Grün- und Erholungsflächen unter besonderer Berücksichtigung von Naturnähe, Naturerleben und Nachhaltigkeit.

Teilergebnisrechnung Produkt 130102 Bereitstellung von Grün- und Erholungsflächen

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	301,90	5.550,00	0,00	301,90	-5.248,10	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	24.567,21	24.300,00	0,00	24.282,00	-18,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	2.248,97	5.400,00	0,00	775,48	-4.624,52	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**27.118,08**	**35.250,00**	**0,00**	**25.359,38**	**-9.890,62**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	12.043,76	15.650,00	0,00	13.291,38	-2.358,62	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.148,95	1.850,00	0,00	824,22	-1.025,78	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	46.400,75	47.450,00	0,00	46.857,63	-592,37	0,00
15	– Transferaufwendungen	1.500,00	1.500,00	0,00	1.500,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	183,83	300,00	0,00	186,75	-113,25	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**61.277,29**	**66.750,00**	**0,00**	**62.659,98**	**-4.090,02**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-34.159,21**	**-31.500,00**	**0,00**	**-37.300,60**	**-5.800,60**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-34.159,21**	**-31.500,00**	**0,00**	**-37.300,60**	**-5.800,60**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-34.159,21**	**-31.500,00**	**0,00**	**-37.300,60**	**-5.800,60**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	91.026,64	97.800,00	0,00	570,16	-97.229,84	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-125.185,85**	**-129.300,00**	**0,00**	**-37.870,76**	**91.429,24**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-125.185,85**	**-129.300,00**	**0,00**	**-37.870,76**	**91.429,24**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 130102 Bereitstellung von Grün- und Erholungsflächen

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	12.043,76	15.650,00	0,00	13.291,38	-2.358,62	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.063,75	1.935,20	85,20	1.184,20	-751,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	2.000,00	1.500,00	0,00	1.500,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	186,56	300,00	0,00	179,38	-120,62	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**15.294,07**	**19.385,20**	**85,20**	**16.154,96**	**-3.230,24**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-15.294,07**	**-19.385,20**	**-85,20**	**-16.154,96**	**3.230,24**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	51.997,55	298.348,72	286.298,72	72.265,58	-226.083,14	136.589,61
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**51.997,55**	**298.348,72**	**286.298,72**	**72.265,58**	**-226.083,14**	**136.589,61**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-51.997,55**	**-298.348,72**	**-286.298,72**	**-72.265,58**	**226.083,14**	**-136.589,61**

97 Produkt 130103 Bereitstellung von Grünflächen u. Erholungsgebieten (Aktivpark Phoenix, Naturerlebnis Höxberg, Freizeitsee Tuttenbrock, Rolandsee u. a.)

Produktinformationen

Verantwortlich FD 69. Herr Waldmüller

Produktbeschreibung

Bewirtschaftung von Erholungsflächen und Unterhaltung der Grünflächen inkl. Bauten.

Ziele

Bereitstellung neuer und Unterhaltung der vorhandenen der Naherholung dienenden Flächen, die zur Aufwertung der Aufenthaltsqualität der Stadt insgesamt beitragen.

Maßnahmen

Ankauf geeigneter Flächen. Planung und Konzeptionierung vorhandener und neuer Grün- und Erholungsflächen.
Unterhaltung der vorhandenen Naherholungsflächen.
Koordination der zur Unterhaltung notwendigen gärtnerischen und ggf. auch baulichen Maßnahmen.

Teilergebnisrechnung Produkt 130103 Bereitstellung von Grünflächen u. Erholungsgebieten (Aktivpark Phoenix, Naturerlebnis Höxberg, Freizeitsee Tuttenbrock, Rolandsee u. a.)

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	21.979,59	18.300,00	0,00	22.830,33	4.530,33	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.902,55	3.900,00	0,00	3.902,52	2,52	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	3.036,39	3.036,39	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**25.882,14**	**22.200,00**	**0,00**	**29.769,24**	**7.569,24**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	45.628,56	46.200,00	0,00	49.048,58	2.848,58	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	891.541,45	1.003.950,00	0,00	973.416,96	-30.533,04	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	111.124,13	130.500,00	0,00	123.561,72	-6.938,28	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.168,14	14.700,00	0,00	12.613,05	-2.086,95	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**1.058.462,28**	**1.195.350,00**	**0,00**	**1.158.640,31**	**-36.709,69**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-1.032.580,14**	**-1.173.150,00**	**0,00**	**-1.128.871,07**	**44.278,93**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-1.032.580,14**	**-1.173.150,00**	**0,00**	**-1.128.871,07**	**44.278,93**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-1.032.580,14**	**-1.173.150,00**	**0,00**	**-1.128.871,07**	**44.278,93**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.342,17	13.200,00	0,00	3.848,28	-9.351,72	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-1.048.922,31**	**-1.186.350,00**	**0,00**	**-1.132.719,35**	**53.630,65**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-1.048.922,31**	**-1.186.350,00**	**0,00**	**-1.132.719,35**	**53.630,65**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	2,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-2,00**	**0,00**	**0,00**	**-1,00**	**-1,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 130103 Bereitstellung von Grünflächen u. Erholungsgebieten (Aktivpark Phoenix, Naturerlebnis Höxberg, Freizeitsee Tuttenbrock, Rolandsee u. a.)

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	492,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	31,50	31,50	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**492,00**	**0,00**	**0,00**	**31,50**	**31,50**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	45.640,19	46.200,00	0,00	49.055,20	2.855,20	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.202.884,38	1.005.490,21	1.540,21	961.857,65	-43.632,56	33.932,76
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	10.371,44	14.600,00	0,00	12.632,34	-1.967,66	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.258.896,01**	**1.066.290,21**	**1.540,21**	**1.023.545,19**	**-42.745,02**	**33.932,76**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-1.258.404,01**	**-1.066.290,21**	**-1.540,21**	**-1.023.513,69**	**42.776,52**	**-33.932,76**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	37.657,00	19.600,00	0,00	8.000,00	-11.600,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**37.657,00**	**19.600,00**	**0,00**	**8.000,00**	**-11.600,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	1.000,00	0,00	0,00	-1.000,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	171.179,94	158.299,48	93.799,48	45.099,81	-113.199,67	129.757,12
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	1.250,00	0,00	84,99	-1.165,01	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**171.179,94**	**160.549,48**	**93.799,48**	**45.184,80**	**-115.364,68**	**129.757,12**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-133.522,94**	**-140.949,48**	**-93.799,48**	**-37.184,80**	**103.764,68**	**-129.757,12**

98 Produkt 130104 Land- und Forstwirtschaft

Produktinformationen

Verantwortlich FD 69, Herr Waldmüller

Produktbeschreibung

Erhaltung und Förderung der ökologischen und sozialen Funktion des Waldes sowie landwirtschaftlicher Flächen, Unterhaltung der Wirtschaftswege, Holzproduktion.

Ziele

Erhaltung der Multifunktionalität der städtischen Waldflächen, die sowohl ökologischen als auch sozialen und wirtschaftlichen Zwecken dienen.

Sicherung der münsterlandtypischen Kulturlandschaft unter Berücksichtigung ökologischer und ökonomischer Aspekte.

Maßnahmen

Koordination der zur Hege und Pflege des Waldes notwendigen Maßnahmen.
Forstbewirtschaftung und Veräußerung forstlicher Produkte im Rahmen der gesetzlichen Regelungen.
Ankauf von landwirtschaftlichen Flächen zur Umwandlung in Ausgleichsflächen.
Konzept zum nachhaltigen Umgang mit den kommunalen Forstflächen.

Teilergebnisrechnung Produkt 130104 Land- und Forstwirtschaft

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	48.263,44	11.650,00	0,00	11.689,06	39,06	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	11.621,83	15.000,00	0,00	38.784,08	23.784,08	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**59.885,27**	**26.650,00**	**0,00**	**50.473,14**	**23.823,14**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	1.465,42	1.450,00	0,00	1.541,15	91,15	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	496.588,68	773.600,00	0,00	585.639,43	-187.960,57	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	127.637,63	20.900,00	0,00	18.729,41	-2.170,59	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**625.691,73**	**795.950,00**	**0,00**	**605.909,99**	**-190.040,01**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-565.806,46**	**-769.300,00**	**0,00**	**-555.436,85**	**213.863,15**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-565.806,46**	**-769.300,00**	**0,00**	**-555.436,85**	**213.863,15**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-565.806,46**	**-769.300,00**	**0,00**	**-555.436,85**	**213.863,15**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-565.806,46**	**-769.300,00**	**0,00**	**-555.436,85**	**213.863,15**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-565.806,46**	**-769.300,00**	**0,00**	**-555.436,85**	**213.863,15**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 130104 Land- und Forstwirtschaft

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.715,44	11.650,00	0,00	11.689,06	39,06	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.989,69	15.050,00	0,00	36.491,58	21.441,58	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**22.705,13**	**26.700,00**	**0,00**	**48.180,64**	**21.480,64**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	1.477,04	1.450,00	0,00	1.547,75	97,75	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	730.904,65	773.600,00	0,00	375.890,87	-397.709,13	20.381,56
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	68.913,52	30.481,63	10.581,63	23.740,45	-6.741,18	246,34
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**801.295,21**	**805.531,63**	**10.581,63**	**401.179,07**	**-404.352,56**	**20.627,90**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-778.590,08**	**-778.831,63**	**-10.581,63**	**-352.998,43**	**425.833,20**	**-20.627,90**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	36.548,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**36.548,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	1.000,00	0,00	0,00	-1.000,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	48.270,61	2.440,76	1.440,76	6.760,06	4.319,30	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**48.270,61**	**3.440,76**	**1.440,76**	**6.760,06**	**3.319,30**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-11.722,61**	**-3.440,76**	**-1.440,76**	**-6.760,06**	**-3.319,30**	**0,00**

99 Produkt 130105 Hochwasserschutz/Gewässerentwicklung

Produktinformationen

Verantwortlich FD 67, Herr Illbruck

Produktbeschreibung

In diesem Produkt sind sämtliche Aufgaben und Maßnahmen des nichttechnischen Hochwasserschutzes, der naturnahen Gewässerentwicklung und des Ökokontos an Fließgewässern abgebildet.

Rechtliche Grundlagen: Wasserhaushaltsgesetz, Landeswassergesetz NRW, EU-Wasserrahmenrichtlinie, EU-Hochwasserrisikomanagementrichtlinie, Bundesnaturschutzgesetz, Wasserverbandsgesetz NRW

- Planung und Bau von Maßnahmen zur Sicherstellung des nicht technischen Hochwasserschutzes und einer zum Wohl der Bevölkerung, Natur und Landschaft dienenden Bewirtschaftung der Gewässer; einschließlich Anforderungen des Hochwasserrisikomanagements
- Planung und Bau kommunaler Gewässer und Gewässerauen sowie erforderlicher Anlagen an Gewässern; naturnaher Gewässerbau gemäß Wasserrahmenrichtlinie, Renaturierungs- und Gewässerentwicklungsmaßnahmen,
- Koordinierung, Beantragung und Abwicklung der Förderung inkl. Verwendungsnachweisen
- Entwicklung von Pflege/Unterhaltungskonzepten und deren Umsetzung
- ökologische Aufwertung und nachhaltige Entwicklung kommunaler Ökokontoflächen/Biotope an Fließgewässern einschließlich Monitoring
- Zusammenarbeit mit Wasser- und Bodenverbänden

Ziele

- Hochwasserschutz an heimischen Gewässern
- Entwicklung naturnaher Gewässer inkl. Biotopverbund
- Integration und Nutzung der Refinanzierungsmöglichkeiten des kommunalen Ökokontos
- Integrierte Förderung von Naherholung und Naturerleben an Gewässern

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 130105 Hochwasserschutz/Gewässerentwicklung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	124.117,29	148.350,00	0,00	124.117,24	-24.232,76	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	254.999,31	260.000,00	0,00	249.461,37	-10.538,63	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.252,76	0,00	0,00	42.929,33	42.929,33	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	24.270,98	24.200,00	0,00	25.313,64	1.113,64	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	3.650,00	0,00	0,00	-3.650,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**408.640,34**	**436.200,00**	**0,00**	**441.821,58**	**5.621,58**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	284.188,12	294.100,00	0,00	258.594,65	-35.505,35	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	17.965,10	27.200,00	0,00	35.216,86	8.016,86	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	164.378,79	194.650,00	0,00	164.478,59	-30.171,41	0,00
15	– Transferaufwendungen	163.018,21	163.050,00	0,00	157.003,19	-6.046,81	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.332,59	1.300,00	0,00	1.638,83	338,83	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**630.882,81**	**680.300,00**	**0,00**	**616.932,12**	**-63.367,88**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-222.242,47**	**-244.100,00**	**0,00**	**-175.110,54**	**68.989,46**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-222.242,47**	**-244.100,00**	**0,00**	**-175.110,54**	**68.989,46**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-222.242,47**	**-244.100,00**	**0,00**	**-175.110,54**	**68.989,46**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.904,62	8.100,00	0,00	7.411,02	-688,98	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-226.147,09**	**-252.200,00**	**0,00**	**-182.521,56**	**69.678,44**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-226.147,09**	**-252.200,00**	**0,00**	**-182.521,56**	**69.678,44**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 130105 Hochwasserschutz/Gewässerentwicklung

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	253.742,85	260.000,00	0,00	253.471,57	-6.528,43	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.252,76	0,00	0,00	42.929,33	42.929,33	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	7.800,00	0,00	0,00	-7.800,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**258.995,61**	**267.800,00**	**0,00**	**296.400,90**	**28.600,90**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	284.271,53	294.100,00	0,00	258.715,21	-35.384,79	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	21.588,09	27.349,00	149,00	35.245,86	7.896,86	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	163.018,21	163.050,00	0,00	157.003,19	-6.046,81	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	1.189,25	1.300,00	0,00	1.342,72	42,72	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**470.067,08**	**485.799,00**	**149,00**	**452.306,98**	**-33.492,02**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-211.071,47**	**-217.999,00**	**-149,00**	**-155.906,08**	**62.092,92**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	205.600,00	402.600,00	0,00	53.856,93	-348.743,07	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	37.025,72	37.025,72	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**205.600,00**	**402.600,00**	**0,00**	**90.882,65**	**-311.717,35**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	58.991,13	15.000,00	5.000,00	12.199,96	-2.800,04	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	350.966,78	2.380.769,83	1.548.369,83	228.368,31	-2.152.401,52	771.765,29
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**409.957,91**	**2.395.769,83**	**1.553.369,83**	**240.568,27**	**-2.155.201,56**	**771.765,29**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-204.357,91**	**-1.993.169,83**	**-1.553.369,83**	**-149.685,62**	**1.843.484,21**	**-771.765,29**

100 Produkt 130501 Verwaltung der Friedhöfe

Produktinformationen

Verantwortlich FD 67, Herr Illbruck

Produktbeschreibung

In diesem Produkt sind sämtliche Aufgaben und Maßnahmen des Friedhofs- und Bestattungswesens abgebildet.

Rechtliche Grundlagen: Bestattungsgesetz NRW, Gemeindeordnung NRW.

- Aufgaben des Bestattungswesens und der Friedhofs- und Grabpflege, untere Ordnungsbehörde
- Planung, Organisation und Umsetzung des Bestattungswesens auf kommunalen Friedhöfen, Bereitstellung und Vorhaltung verschiedener Grabstättenarten, Organisation, Betrieb, Abrechnung der Friedhöfe
- Vergabe bzw. Verlängerung von Nutzungsrechten, Führung des Gräberkatasters, Grabstättenverwaltung,
- Gebührenbedarfsberechnung, Gebührensatzung, Abrechnung der Friedhofs-, Trauer- und Leichenhallengebühren;
- Organisation und Abwicklung von Ersatzvornahmen

Ziele

- Gewährleistung der Anforderungen des Bestattungsgesetzes
- Angebot vielfältiger und angemessener Bestattungsformen
- Kostendeckung, vertretbare Bestattungskosten

Maßnahmen

Die Haushaltsansätze ergeben sich unmittelbar aus den jeweils zu Grunde liegenden Gebührenbedarfsberechnungen. In diesen sind z.B. auch Entwicklungen der Bestattungszahlen und weitere Kennzahlen umfassend dargestellt.
Darüber hinaus liegt eine umfassende Bestandsaufnahme mit Denkanstößen zur Weiterentwicklung der Städtischen Friedhöfe vor, aus der sukzessive Lösungsansätze zur weiteren Friedhofsentwicklung erarbeitet und umgesetzt werden.

Teilergebnisrechnung Produkt 130501 Verwaltung der Friedhöfe

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.241,89	11.350,00	0,00	12.287,91	937,91	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	640.042,72	589.700,00	0,00	712.964,66	123.264,66	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	50.801,28	28.000,00	0,00	30.324,46	2.324,46	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	9.085,21	4.300,00	0,00	4.570,72	270,72	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	10.457,38	6.500,00	0,00	7.553,14	1.053,14	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**722.628,48**	**639.850,00**	**0,00**	**767.700,89**	**127.850,89**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	129.339,53	133.150,00	0,00	134.929,97	1.779,97	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	409.605,95	397.528,06	7.428,06	441.792,66	44.264,60	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	39.355,07	46.400,00	0,00	43.946,40	-2.453,60	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	55.732,79	45.050,00	0,00	50.380,12	5.330,12	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**634.033,34**	**622.128,06**	**7.428,06**	**671.049,15**	**48.921,09**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**88.595,14**	**17.721,94**	**-7.428,06**	**96.651,74**	**78.929,80**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**88.595,14**	**17.721,94**	**-7.428,06**	**96.651,74**	**78.929,80**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**88.595,14**	**17.721,94**	**-7.428,06**	**96.651,74**	**78.929,80**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	90.692,08	97.300,00	0,00	0,00	-97.300,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.377,45	33.800,00	0,00	11.304,25	-22.495,75	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**170.909,77**	**81.221,94**	**-7.428,06**	**85.347,49**	**4.125,55**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**170.909,77**	**81.221,94**	**-7.428,06**	**85.347,49**	**4.125,55**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**-1,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 130501 Verwaltung der Friedhöfe

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.213,89	11.350,00	0,00	12.246,85	896,85	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	563.124,73	622.500,00	0,00	656.951,00	34.451,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	55.553,53	28.000,00	0,00	23.414,53	-4.585,47	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**630.892,15**	**661.900,00**	**0,00**	**692.612,38**	**30.712,38**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	129.342,10	133.150,00	0,00	134.937,60	1.787,60	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	420.267,74	436.245,74	46.145,74	442.372,17	6.126,43	38.138,17
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	54.754,23	46.863,94	1.813,94	38.428,88	-8.435,06	2.127,32
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**604.364,07**	**616.259,68**	**47.959,68**	**615.738,65**	**-521,03**	**40.265,49**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**26.528,08**	**45.640,32**	**-47.959,68**	**76.873,73**	**31.233,41**	**-40.265,49**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	285,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**285,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	175.098,86	180.092,29	26.092,29	131.151,30	-48.940,99	30.397,21
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	4.309,87	4.900,00	0,00	449,32	-4.450,68	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**179.408,73**	**184.992,29**	**26.092,29**	**131.600,62**	**-53.391,67**	**30.397,21**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-179.123,73**	**-184.992,29**	**-26.092,29**	**-131.600,62**	**53.391,67**	**-30.397,21**

14 Umweltschutz

140101 Maßnahmen des Umweltschutzes

Teilergebnisrechnung Produkt 14 Umweltschutz

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	14.418,01	14.500,00	0,00	94.514,68	80.014,68	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	10,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.051,48	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**23.479,49**	**14.650,00**	**0,00**	**94.514,68**	**79.864,68**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	303.960,93	309.550,00	0,00	284.724,51	-24.825,49	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.974,94	11.150,00	0,00	9.184,71	-1.965,29	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	590,31	750,00	0,00	688,53	-61,47	0,00
15	– Transferaufwendungen	24.578,37	18.650,00	0,00	20.178,25	1.528,25	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	18.057,73	234.200,00	202.700,00	5.113,59	-229.086,41	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**353.162,28**	**574.300,00**	**202.700,00**	**319.889,59**	**-254.410,41**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-329.682,79**	**-559.650,00**	**-202.700,00**	**-225.374,91**	**334.275,09**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-329.682,79**	**-559.650,00**	**-202.700,00**	**-225.374,91**	**334.275,09**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-329.682,79**	**-559.650,00**	**-202.700,00**	**-225.374,91**	**334.275,09**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.238,80	15.200,00	0,00	5.774,74	-9.425,26	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-332.921,59**	**-574.850,00**	**-202.700,00**	**-231.149,65**	**343.700,35**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-332.921,59**	**-574.850,00**	**-202.700,00**	**-231.149,65**	**343.700,35**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 14 Umweltschutz

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	49.464,15	10.500,00	0,00	43.186,94	32.686,94	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	10,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.051,48	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**58.525,63**	**10.650,00**	**0,00**	**43.186,94**	**32.536,94**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	304.187,06	309.550,00	0,00	282.451,89	-27.098,11	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.877,97	13.246,97	2.096,97	11.281,68	-1.965,29	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	3.188,00	363,25	163,25	163,25	-200,00	165,15
15	– Sonstige Auszahlungen	16.597,85	235.902,91	204.402,91	6.456,29	-229.446,62	63,80
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**327.850,88**	**559.063,13**	**206.663,13**	**300.353,11**	**-258.710,02**	**228,95**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-269.325,25**	**-548.413,13**	**-206.663,13**	**-257.166,17**	**291.246,96**	**-228,95**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.899,97	1.600,00	0,00	404,01	-1.195,99	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	3.157,90	900,00	900,00	900,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**5.057,87**	**2.500,00**	**900,00**	**1.304,01**	**-1.195,99**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-5.057,87**	**-2.500,00**	**-900,00**	**-1.304,01**	**1.195,99**	**0,00**

101 Produkt 140101 Maßnahmen und Verwaltung des Umweltschutzes

Produktinformationen

Verantwortlich FD 67, Herr Illbruck

Produktbeschreibung

In diesem Produkt sind Aufgaben des Umweltschutzes (1), des Klimaschutzes (2) und der Bauverwaltung (3) abgebildet.

1. Umweltschutz:

- Koordination, Organisation und Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen
- Stellungnahmen zu Lärm-, Gesundheits- und Immissionsschutz sowie im Rahmen von Plan- feststellungsverfahren und der Bauleitplanung, Beratung der Gesamtverwaltung in Umweltfragen
- Zuwendungen, Förderungen und Projektfinanzierung von Umweltschutzmaßnahmen
- Öffentlichkeitsarbeit, Umweltkalender

2. Klimaschutz:

- Grundsatzfragen der Energiewirtschaft, -planung, -einsparung und der erneuerbaren Energien
- Stellungnahmen im Rahmen von Planfeststellungsverfahren und der Bauleitplanung, Beratung der Gesamtverwaltung in Klimaschutzfragen und zu klimafreundlicher Beschaffung so wie Koordinierung von Klimaschutzaktivitäten
- Zuwendungen, Förderungen sowie Projektplanung und -finanzierung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen
- Projekte: Energie-Plus-Kläranlage, Energetische Sanierung kommunaler Einrichtungen, Stärkung Radverkehr und ÖPNV, E-Mobilität, Energiesparen in Schulen, Hochwasserschutz und naturnahe Gewässerentwicklung
- Öffentlichkeitsarbeit, Klimaschutzpreis, Förderprogramme für Maßnahmen zur Dachbegrünung sowie für Lastenfahrräder und Fahrradlasten-/Kinderanhänger
- Klimaschutzpreis, Verleihung alle 2 Jahre, Preisgeld insgesamt 2.000 Euro

3. Bauverwaltung:

- Bearbeitung von Erschließungs- und Straßenausbaurechtlichen Angelegenheiten im Rahmen der Kaufpreisfindung
- Benennung und Widmung von Straßen
- Verwaltungsrechtliche Angelegenheiten für den Ausschuss für Bauen, Umwelt, Klimaschutz, Energie und Vergaben

Ziele

Produktinformationen

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 140101 Maßnahmen und Verwaltung des Umweltschutzes

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	14.418,01	14.500,00	0,00	94.514,68	80.014,68	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	10,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.051,48	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**23.479,49**	**14.650,00**	**0,00**	**94.514,68**	**79.864,68**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	303.960,93	309.550,00	0,00	284.724,51	-24.825,49	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.974,94	11.150,00	0,00	9.184,71	-1.965,29	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	590,31	750,00	0,00	688,53	-61,47	0,00
15	– Transferaufwendungen	24.578,37	18.650,00	0,00	20.178,25	1.528,25	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	18.057,73	234.200,00	202.700,00	5.113,59	-229.086,41	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**353.162,28**	**574.300,00**	**202.700,00**	**319.889,59**	**-254.410,41**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-329.682,79**	**-559.650,00**	**-202.700,00**	**-225.374,91**	**334.275,09**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-329.682,79**	**-559.650,00**	**-202.700,00**	**-225.374,91**	**334.275,09**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-329.682,79**	**-559.650,00**	**-202.700,00**	**-225.374,91**	**334.275,09**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.238,80	15.200,00	0,00	5.774,74	-9.425,26	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-332.921,59**	**-574.850,00**	**-202.700,00**	**-231.149,65**	**343.700,35**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-332.921,59**	**-574.850,00**	**-202.700,00**	**-231.149,65**	**343.700,35**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 140101 Maßnahmen und Verwaltung des Umweltschutzes

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	49.464,15	10.500,00	0,00	43.186,94	32.686,94	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	10,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.051,48	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**58.525,63**	**10.650,00**	**0,00**	**43.186,94**	**32.536,94**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	304.187,06	309.550,00	0,00	282.451,89	-27.098,11	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.877,97	13.246,97	2.096,97	11.281,68	-1.965,29	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	3.188,00	363,25	163,25	163,25	-200,00	165,15
15	– Sonstige Auszahlungen	16.597,85	235.902,91	204.402,91	6.456,29	-229.446,62	63,80
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**327.850,88**	**559.063,13**	**206.663,13**	**300.353,11**	**-258.710,02**	**228,95**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-269.325,25**	**-548.413,13**	**-206.663,13**	**-257.166,17**	**291.246,96**	**-228,95**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.899,97	1.600,00	0,00	404,01	-1.195,99	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	3.157,90	900,00	900,00	900,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**5.057,87**	**2.500,00**	**900,00**	**1.304,01**	**-1.195,99**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-5.057,87**	**-2.500,00**	**-900,00**	**-1.304,01**	**1.195,99**	**0,00**

15 Wirtschaft u. Tourismus

150101	Wirtschaftsförderung	150103	Stadtmarketing
150105	Verwaltung des Entwicklungs- und Gründungszentrums	150301	Unterstützung der Bürgerhäuser und -zentren
150501	Förderung von Tourismus und Fremdenverkehr		

Teilergebnisrechnung Produkt 15 Wirtschaft u. Tourismus

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	101.964,26	114.750,00	0,00	128.006,98	13.256,98	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	881,00	200,00	0,00	282,90	82,90	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	130.016,15	146.300,00	0,00	165.076,41	18.776,41	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	2.165,68	2.165,68	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	12.590,71	4.500,00	0,00	11.398,43	6.898,43	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**245.452,12**	**265.750,00**	**0,00**	**306.930,40**	**41.180,40**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	762.925,96	732.450,00	0,00	728.673,87	-3.776,13	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	504.471,14	520.100,00	2.000,00	478.269,18	-41.830,82	12.459,15
14	– Bilanzielle Abschreibungen	32.865,25	36.500,00	0,00	32.276,14	-4.223,86	0,00
15	– Transferaufwendungen	34.425,70	65.587,07	9.537,07	48.351,38	-17.235,69	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	248.964,59	282.450,62	39.050,62	210.869,82	-71.580,80	26.500,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**1.583.652,64**	**1.637.087,69**	**50.587,69**	**1.498.440,39**	**-138.647,30**	**38.959,15**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-1.338.200,52**	**-1.371.337,69**	**-50.587,69**	**-1.191.509,99**	**179.827,70**	**-38.959,15**
19	+ Finanzerträge	489.147,00	130.000,00	0,00	242.821,88	112.821,88	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**489.147,00**	**130.000,00**	**0,00**	**242.821,88**	**112.821,88**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-849.053,52**	**-1.241.337,69**	**-50.587,69**	**-948.688,11**	**292.649,58**	**-38.959,15**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-849.053,52**	**-1.241.337,69**	**-50.587,69**	**-948.688,11**	**292.649,58**	**-38.959,15**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	23.246,37	106.900,00	0,00	45.319,43	-61.580,57	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-872.299,89**	**-1.348.237,69**	**-50.587,69**	**-994.007,54**	**354.230,15**	**-38.959,15**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-872.299,89**	**-1.348.237,69**	**-50.587,69**	**-994.007,54**	**354.230,15**	**-38.959,15**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	995,83	995,83	0,00

362

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**995,83**	**995,83**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 15 Wirtschaft u. Tourismus

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	85.496,68	108.450,00	0,00	131.148,37	22.698,37	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	881,00	200,00	0,00	282,90	82,90	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	129.220,89	146.300,00	0,00	161.879,58	15.579,58	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	2.165,68	2.165,68	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	54.632,65	35.900,00	0,00	41.248,91	5.348,91	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	489.147,00	130.000,00	0,00	242.821,88	112.821,88	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**759.378,22**	**420.850,00**	**0,00**	**579.547,32**	**158.697,32**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	760.894,87	732.450,00	0,00	728.546,84	-3.903,16	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	516.360,49	594.333,99	76.233,99	475.701,99	-118.632,00	88.792,65
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	10.384,70	37.845,91	11.345,91	23.487,84	-14.358,07	502,85
15	– Sonstige Auszahlungen	473.046,34	336.684,67	53.334,67	268.190,71	-68.493,96	31.076,73
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.760.686,40**	**1.701.314,57**	**140.914,57**	**1.495.927,38**	**-205.387,19**	**120.372,23**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-1.001.308,18**	**-1.280.464,57**	**-140.914,57**	**-916.380,06**	**364.084,51**	**-120.372,23**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	3.750,00	0,00	6.019,78	2.269,78	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	1.100,00	1.100,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**3.750,00**	**0,00**	**7.119,78**	**3.369,78**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	404,60	2.550,00	0,00	4.427,23	1.877,23	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	15.405,65	8.049,50	1.249,50	1.885,67	-6.163,83	1.689,80
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	3.896,13	739.653,40	28.403,40	78.746,18	-660.907,22	78.690,99
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**19.706,38**	**750.252,90**	**29.652,90**	**85.059,08**	**-665.193,82**	**80.380,79**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-19.706,38**	**-746.502,90**	**-29.652,90**	**-77.939,30**	**668.563,60**	**-80.380,79**

102 Produkt 150101 Wirtschaftsförderung

Produktinformationen

Verantwortlich FD 69, Herr Waldmüller

Produktbeschreibung

Förderung des Wirtschaftsstandorts Beckum,

Pflege und Entwicklung des Unternehmens- und Beschäftigtenstandes,

Zusammenarbeit mit den Unternehmen,

Koordinierung der Verantwortlich- und Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung bei allen die Wirtschaft betreffenden Fragen,

Vermittlung von Gewerbeflächen und Standortberatung.

Innenstadtmanagement.

Ziele

Positive Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Beckum.

Stetige Verbesserung des Images des Wirtschaftsstandortes Beckum.

Maßnahmen

Unmittelbare Bestandspflege durch Betriebsbesuche, Gespräche mit den Unternehmen usw..
Sicherstellung der Entwicklungsmöglichkeiten der Beckumer Betriebe durch das Bereitstellen von Gewerbe- bzw. Erweiterungsflächen.
Allgemeine Bestandspflege über Wirtschaftsgespräche.
Positive Außendarstellung des Standorts mittels unterschiedlicher Medien (Presse, Anzeige, Broschüren, Internet usw.) sowie über die Möglichkeiten der gfw des Kreises Warendorf (kreisweite Medien, EXPO REAL usw.).
Förderung und Unterstützung des Einzelhandels / Dienstleistung zur Steigerung der Innenstadtattraktivität.

Teilergebnisrechnung Produkt 150101 Wirtschaftsförderung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	72.661,92	78.800,00	0,00	98.159,26	19.359,26	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	21.573,39	24.200,00	0,00	32.410,77	8.210,77	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	954,18	954,18	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.325,00	3.000,00	0,00	2.830,88	-169,12	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**97.560,31**	**106.000,00**	**0,00**	**134.355,09**	**28.355,09**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	341.985,12	333.050,00	0,00	341.841,02	8.791,02	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	93.816,20	74.550,00	2.000,00	42.994,72	-31.555,28	1.989,30
14	– Bilanzielle Abschreibungen	9.949,19	10.850,00	0,00	9.933,43	-916,57	0,00
15	– Transferaufwendungen	27.348,29	54.087,07	9.537,07	33.372,37	-20.714,70	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	218.639,91	255.950,62	39.050,62	189.465,97	-66.484,65	26.500,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**691.738,71**	**728.487,69**	**50.587,69**	**617.607,51**	**-110.880,18**	**28.489,30**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-594.178,40**	**-622.487,69**	**-50.587,69**	**-483.252,42**	**139.235,27**	**-28.489,30**
19	+ Finanzerträge	489.147,00	130.000,00	0,00	242.821,88	112.821,88	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**489.147,00**	**130.000,00**	**0,00**	**242.821,88**	**112.821,88**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-105.031,40**	**-492.487,69**	**-50.587,69**	**-240.430,54**	**252.057,15**	**-28.489,30**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-105.031,40**	**-492.487,69**	**-50.587,69**	**-240.430,54**	**252.057,15**	**-28.489,30**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.658,89	6.200,00	0,00	5.059,45	-1.140,55	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-107.690,29**	**-498.687,69**	**-50.587,69**	**-245.489,99**	**253.197,70**	**-28.489,30**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-107.690,29**	**-498.687,69**	**-50.587,69**	**-245.489,99**	**253.197,70**	**-28.489,30**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 150101 Wirtschaftsförderung

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	71.622,72	78.350,00	0,00	97.173,57	18.823,57	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	21.584,69	24.200,00	0,00	32.541,65	8.341,65	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	954,18	954,18	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	489.147,00	130.000,00	0,00	242.821,88	112.821,88	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**582.354,41**	**232.550,00**	**0,00**	**373.491,28**	**140.941,28**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	339.901,70	333.050,00	0,00	341.684,22	8.634,22	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	89.529,79	79.692,47	7.142,47	47.742,72	-31.949,75	2.437,22
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	2.962,93	25.203,11	10.203,11	7.868,88	-17.334,23	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	391.909,53	270.284,67	53.334,67	202.807,34	-67.477,33	27.288,38
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**824.303,95**	**708.230,25**	**70.680,25**	**600.103,16**	**-108.127,09**	**29.725,60**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-241.949,54**	**-475.680,25**	**-70.680,25**	**-226.611,88**	**249.068,37**	**-29.725,60**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	3.750,00	0,00	6.019,78	2.269,78	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**3.750,00**	**0,00**	**6.019,78**	**2.269,78**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	7.968,28	2.849,50	1.249,50	1.363,79	-1.485,71	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	3.896,13	739.653,40	28.403,40	78.746,18	-660.907,22	78.690,99
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**11.864,41**	**742.552,90**	**29.652,90**	**80.109,97**	**-662.442,93**	**78.690,99**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-11.864,41**	**-738.802,90**	**-29.652,90**	**-74.090,19**	**664.712,71**	**-78.690,99**

103 Produkt 150103 Stadtmarketing

Produktinformationen

Verantwortlich FD 17, Herr Rückert

Produktbeschreibung

Das Stadtmarketing der Stadt Beckum erarbeitet Konzeptionen und führt Projekte und Maßnahmen durch, um die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Stadt Beckum zu fördern. Dabei werden Strategien und Instrumente des Stadtmarketings eingesetzt. Stadtmarketing Beckum kann Veranstaltungen, Beratungen, Publikationen, Ausstellungen, Wettbewerbe, PR- und Werbekampagnen und Image- oder Standortanalysen selber durchführen oder Dritte damit beauftragen.

Stadtmarketing Beckum wird als Betrieb gewerblicher Art geführt.

Ziele

Stadtmarketing Beckum setzt sich dafür ein, die Attraktivität Beckums für die Bürgerinnen und Bürger sowie Gäste zu steigern und nach innen und außen zu vermitteln.

Maßnahmen

-Veranstaltungen des Stadtmarketings, des Tourismus, der Wirtschaftsförderung und der Kultur.
-Erarbeitung von Konzepten, Ideen und Strategien für eine attraktive Stadt.
-Tourismusförderung.
-Stärkung der Innenstädte und Förderung des Einzelhandels in Kooperation mit dem Innenstadtmanagement.
-Werbung und Öffentlichkeitsarbeit.
-Akquisition von Sponsoring und öffentlichen Fördermitteln.

Teilergebnisrechnung Produkt 150103 Stadtmarketing

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	23.384,55	30.100,00	0,00	23.929,93	-6.170,07	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	36.454,17	52.200,00	0,00	49.043,00	-3.157,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	1.211,50	1.211,50	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	774,29	450,00	0,00	7.575,56	7.125,56	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**60.613,01**	**82.750,00**	**0,00**	**81.759,99**	**-990,01**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	379.767,77	375.100,00	0,00	361.594,80	-13.505,20	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	406.123,44	439.500,00	0,00	432.393,09	-7.106,91	10.469,85
14	– Bilanzielle Abschreibungen	10.673,91	13.100,00	0,00	10.100,58	-2.999,42	0,00
15	– Transferaufwendungen	2.157,41	6.500,00	0,00	7.699,01	1.199,01	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	26.769,63	19.150,00	0,00	17.813,62	-1.336,38	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**825.492,16**	**853.350,00**	**0,00**	**829.601,10**	**-23.748,90**	**10.469,85**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-764.879,15**	**-770.600,00**	**0,00**	**-747.841,11**	**22.758,89**	**-10.469,85**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-764.879,15**	**-770.600,00**	**0,00**	**-747.841,11**	**22.758,89**	**-10.469,85**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-764.879,15**	**-770.600,00**	**0,00**	**-747.841,11**	**22.758,89**	**-10.469,85**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	19.676,52	60.850,00	0,00	38.477,31	-22.372,69	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-784.555,67**	**-831.450,00**	**0,00**	**-786.318,42**	**45.131,58**	**-10.469,85**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-784.555,67**	**-831.450,00**	**0,00**	**-786.318,42**	**45.131,58**	**-10.469,85**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	995,83	995,83	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**995,83**	**995,83**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 150103 Stadtmarketing

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	13.873,96	30.100,00	0,00	33.974,80	3.874,80	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	35.647,61	52.200,00	0,00	50.054,96	-2.145,04	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	1.211,50	1.211,50	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	46.321,66	35.000,00	0,00	40.437,35	5.437,35	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**95.843,23**	**117.300,00**	**0,00**	**125.678,61**	**8.378,61**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	379.796,84	375.100,00	0,00	361.611,34	-13.488,66	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	422.299,20	508.591,52	69.091,52	425.077,90	-83.513,62	86.355,43
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	2.501,77	7.642,80	1.142,80	8.338,96	696,16	502,85
15	– Sonstige Auszahlungen	77.578,22	59.150,00	0,00	61.805,46	2.655,46	3.788,35
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**882.176,03**	**950.484,32**	**70.234,32**	**856.833,66**	**-93.650,66**	**90.646,63**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-786.332,80**	**-833.184,32**	**-70.234,32**	**-731.155,05**	**102.029,27**	**-90.646,63**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	1.100,00	1.100,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**1.100,00**	**1.100,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	404,60	0,00	0,00	4.427,23	4.427,23	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	7.437,37	4.500,00	0,00	521,88	-3.978,12	1.689,80
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**7.841,97**	**4.500,00**	**0,00**	**4.949,11**	**449,11**	**1.689,80**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-7.841,97**	**-4.500,00**	**0,00**	**-3.849,11**	**650,89**	**-1.689,80**

104 Produkt 150105 Verwaltung des Entwicklungs- und Gründungszentrums

Produktinformationen

Verantwortlich FD 69, Herr Waldmüller

Produktbeschreibung

Bereitstellung von günstigen Gewerbe- und Büroflächen sowie entsprechender Infrastruktur für Existenzgründer und junge Unternehmer.

Ziele

Unterstützung von Existenzgründern und jungen Unternehmern.

Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Beckum.

Maßnahmen

Vermietung von Räumlichkeiten sowie Unterstützung von Existenzgründern und jungen Unternehmen.

Teilergebnisrechnung Produkt 150105 Verwaltung des Entwicklungs- und Gründungszentrums

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	69.488,59	67.400,00	0,00	81.122,64	13.722,64	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	7.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**76.988,59**	**67.400,00**	**0,00**	**81.122,64**	**13.722,64**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.164,00	4.850,00	0,00	2.881,37	-1.968,63	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	202,34	250,00	0,00	202,31	-47,69	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.782,60	5.350,00	0,00	1.820,19	-3.529,81	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**6.148,94**	**10.450,00**	**0,00**	**4.903,87**	**-5.546,13**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**70.839,65**	**56.950,00**	**0,00**	**76.218,77**	**19.268,77**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**70.839,65**	**56.950,00**	**0,00**	**76.218,77**	**19.268,77**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**70.839,65**	**56.950,00**	**0,00**	**76.218,77**	**19.268,77**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	327,96	27.250,00	0,00	642,02	-26.607,98	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**70.511,69**	**29.700,00**	**0,00**	**75.576,75**	**45.876,75**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**70.511,69**	**29.700,00**	**0,00**	**75.576,75**	**45.876,75**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 150105 Verwaltung des Entwicklungs- und Gründungszentrums

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	69.488,59	67.400,00	0,00	76.782,97	9.382,97	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	7.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**76.988,59**	**67.400,00**	**0,00**	**76.782,97**	**9.382,97**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.164,00	4.850,00	0,00	2.881,37	-1.968,63	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	1.783,10	5.250,00	0,00	1.815,24	-3.434,76	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**5.947,10**	**10.100,00**	**0,00**	**4.696,61**	**-5.403,39**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**71.041,49**	**57.300,00**	**0,00**	**72.086,36**	**14.786,36**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	650,00	0,00	0,00	-650,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**650,00**	**0,00**	**0,00**	**-650,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**-650,00**	**0,00**	**0,00**	**650,00**	**0,00**

105 Produkt 150301 Unterstützung der Bürgerhäuser und -zentren

Produktinformationen

Verantwortlich FD 65, Frau Faust

Produktbeschreibung

Bereitstellung und Förderung von Bürgerhäusern bzw. der Räumlichkeiten zur Durchführung von Veranstaltungen.

Ziele

Maßnahmen

Teilergebnisrechnung Produkt 150301 Unterstützung der Bürgerhäuser und -zentren

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.876,82	5.850,00	0,00	5.876,81	26,81	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	810,99	900,00	0,00	811,56	-88,44	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**6.687,81**	**6.750,00**	**0,00**	**6.688,37**	**-61,63**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	18.211,64	0,00	0,00	472,24	472,24	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	10.569,82	10.600,00	0,00	10.569,81	-30,19	0,00
15	– Transferaufwendungen	4.920,00	5.000,00	0,00	7.280,00	2.280,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	-7,98	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**33.693,48**	**15.600,00**	**0,00**	**18.322,05**	**2.722,05**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-27.005,67**	**-8.850,00**	**0,00**	**-11.633,68**	**-2.783,68**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-27.005,67**	**-8.850,00**	**0,00**	**-11.633,68**	**-2.783,68**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-27.005,67**	**-8.850,00**	**0,00**	**-11.633,68**	**-2.783,68**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	9.700,00	0,00	0,00	-9.700,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-27.005,67**	**-18.550,00**	**0,00**	**-11.633,68**	**6.916,32**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-27.005,67**	**-18.550,00**	**0,00**	**-11.633,68**	**6.916,32**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 150301 Unterstützung der Bürgerhäuser und -zentren

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	810,99	900,00	0,00	811,56	-88,44	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**810,99**	**900,00**	**0,00**	**811,56**	**-88,44**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	18.211,64	0,00	0,00	472,24	472,24	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	4.920,00	5.000,00	0,00	7.280,00	2.280,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	-7,98	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**23.123,66**	**5.000,00**	**0,00**	**7.752,24**	**2.752,24**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-22.312,67**	**-4.100,00**	**0,00**	**-6.940,68**	**-2.840,68**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

106 Produkt 150501 Förderung von Tourismus und Fremdenverkehr

Produktinformationen

Verantwortlich FD 69, Herr Waldmüller

Produktbeschreibung

Administrative Koordination der Maßnahmen zur Förderung von Tourismus und Fremdenverkehr, Kontaktstelle zum Stadtmarketing Beckum und Koordination aller touristischen Maßnahmen und Akteure in Stadt und Region.

Ziele

Qualitative und quantitative Steigerung der Attraktivität der touristischen und der Freizeit-Infrastruktur.

Maßnahmen

Regelmäßiger Austausch mit den für den Tourismus relevanten Akteuren.
Ansiedlung freizeitorientierter Unternehmen.
Umsetzung und Weiterentwicklung des Freizeit- und Tourismuskonzepts.

Teilergebnisrechnung Produkt 150501 Förderung von Tourismus und Fremdenverkehr

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	40,97	0,00	0,00	40,98	40,98	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	881,00	200,00	0,00	282,90	82,90	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.500,00	2.500,00	0,00	2.500,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	180,43	150,00	0,00	180,43	30,43	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**3.602,40**	**2.850,00**	**0,00**	**3.004,31**	**154,31**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	22.961,43	24.300,00	0,00	24.765,81	465,81	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	367,50	1.200,00	0,00	0,00	-1.200,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	1.469,99	1.700,00	0,00	1.470,01	-229,99	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.780,43	2.000,00	0,00	1.770,04	-229,96	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**26.579,35**	**29.200,00**	**0,00**	**28.005,86**	**-1.194,14**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**-22.976,95**	**-26.350,00**	**0,00**	**-25.001,55**	**1.348,45**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-22.976,95**	**-26.350,00**	**0,00**	**-25.001,55**	**1.348,45**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-22.976,95**	**-26.350,00**	**0,00**	**-25.001,55**	**1.348,45**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	583,00	2.900,00	0,00	1.140,65	-1.759,35	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-23.559,95**	**-29.250,00**	**0,00**	**-26.142,20**	**3.107,80**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-23.559,95**	**-29.250,00**	**0,00**	**-26.142,20**	**3.107,80**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 150501 Förderung von Tourismus und Fremdenverkehr

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	881,00	200,00	0,00	282,90	82,90	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.500,00	2.500,00	0,00	2.500,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**3.381,00**	**2.700,00**	**0,00**	**2.782,90**	**82,90**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	22.984,69	24.300,00	0,00	24.779,04	479,04	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	367,50	1.200,00	0,00	0,00	-1.200,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	1.783,47	2.000,00	0,00	1.762,67	-237,33	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**25.135,66**	**27.500,00**	**0,00**	**26.541,71**	**-958,29**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-21.754,66**	**-24.800,00**	**0,00**	**-23.758,81**	**1.041,19**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	2.500,00	0,00	0,00	-2.500,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	50,00	0,00	0,00	-50,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**2.550,00**	**0,00**	**0,00**	**-2.550,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**0,00**	**-2.550,00**	**0,00**	**0,00**	**2.550,00**	**0,00**

16 Allgemeine Finanzwirtschaft

160101 Allgemeines Finanzmanagement

160105 Kredit- und sonstiges Finanzmanagement

Teilergebnisrechnung Produkt 16 Allgemeine Finanzwirtschaft

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschrie-bener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächti-gungs-übertra-gung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	57.440.531,33	58.016.750,00	0,00	69.747.140,35	11.730.390,35	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	22.430.969,69	20.291.050,00	0,00	20.352.616,71	61.566,71	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	147,70	0,00	0,00	317,50	317,50	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	68.827,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	300.937,68	709.550,00	0,00	351.169,62	-358.380,38	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**80.241.413,84**	**79.017.350,00**	**0,00**	**90.451.244,18**	**11.433.894,18**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	24.419.678,26	25.738.200,00	0,00	26.852.414,07	1.114.214,07	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	372.807,83	300.050,00	0,00	128.252,42	-171.797,58	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**24.792.486,09**	**26.038.250,00**	**0,00**	**26.980.666,49**	**942.416,49**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**55.448.927,75**	**52.979.100,00**	**0,00**	**63.470.577,69**	**10.491.477,69**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	2.500,00	0,00	0,00	-2.500,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	272.879,69	911.500,00	0,00	430.964,06	-480.535,94	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**-272.879,69**	**-909.000,00**	**0,00**	**-430.964,06**	**478.035,94**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**55.176.048,06**	**52.070.100,00**	**0,00**	**63.039.613,63**	**10.969.513,63**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**55.176.048,06**	**52.070.100,00**	**0,00**	**63.039.613,63**	**10.969.513,63**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**55.176.048,06**	**52.070.100,00**	**0,00**	**63.039.613,63**	**10.969.513,63**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	500.000,00	0,00	0,00	-500.000,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**55.176.048,06**	**51.570.100,00**	**0,00**	**63.039.613,63**	**11.469.513,63**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	644,52	0,00	0,00	322,52	322,52	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**644,52**	**0,00**	**0,00**	**322,52**	**322,52**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 16 Allgemeine Finanzwirtschaft

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	56.739.152,02	58.016.750,00	0,00	69.068.918,50	11.052.168,50	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	20.632.911,09	18.579.550,00	0,00	18.576.457,25	-3.092,75	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	147,70	0,00	0,00	317,50	317,50	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	68.827,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	94.452,44	191.000,00	0,00	209.823.062,13	209.632.062,13	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	45.792,76	2.500,00	0,00	0,00	-2.500,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**77.581.283,45**	**76.789.800,00**	**0,00**	**297.468.755,38**	**220.678.955,38**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	700.523,32	799.476,68	799.476,68	798.934,64	-542,04	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	246.159,84	956.228,61	44.728,61	437.294,48	-518.934,13	46.609,43
14	– Transferauszahlungen	24.419.678,26	25.738.200,00	0,00	26.852.414,07	1.114.214,07	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	0,00	50,00	0,00	209.950.016,18	209.949.966,18	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**25.366.361,42**	**27.493.955,29**	**844.205,29**	**238.038.659,37**	**210.544.704,08**	**46.609,43**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**52.214.922,03**	**49.295.844,71**	**-844.205,29**	**59.430.096,01**	**10.134.251,30**	**-46.609,43**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	4.190.672,52	4.294.600,00	0,00	4.294.667,97	67,97	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	600.000,00	0,00	0,00	-600.000,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**4.190.672,52**	**4.894.600,00**	**0,00**	**4.294.667,97**	**-599.932,03**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	68.827,44	2.491.230,21	1.241.230,21	2.371.619,72	-119.610,49	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**68.827,44**	**2.491.230,21**	**1.241.230,21**	**2.371.619,72**	**-119.610,49**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**4.121.845,08**	**2.403.369,79**	**-1.241.230,21**	**1.923.048,25**	**-480.321,54**	**0,00**

107 Produkt 160101 Allgemeines Finanzmanagement

Produktinformationen

Verantwortlich FB 2, Herr Wulf

Produktbeschreibung

Allgemeine Zuweisungen (z.B. Schlüsselzuweisungen, Finanzzuweisungen)

Veranlagung von Steuern

Allgemeine Umlagen (z.B. Kreisumlage)

Investitionspauschale, sonstige pauschale Investitionszuweisungen

Städtische Beteiligungen

Ziele

Stetige Aufgabenerfüllung für die unterschiedlichen Lebensbereiche der Stadt (z.B. Sicherheit und Ordnung, Soziales und Jugend, Kultur, Infrastruktur, Schule und Weiterbildung usw.) in angemessener Qualität, sparsamer und wirtschaftlicher Ressourceneinsatz.

Maßnahmen

Geordnete Haushaltswirtschaft unter Beachtung der allgemeinen Haushaltsgrundsätze (Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Effizienz), Haushaltsausgleich, Rücklagenbildung, Liquiditätssicherung, Sichtbarmachung Werteverzehr durch Abschreibungen und Rückstellungen.

Teilergebnisrechnung Produkt 160101 Allgemeines Finanzmanagement

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	57.440.531,33	58.016.750,00	0,00	69.747.140,35	11.730.390,35	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	22.430.969,69	20.291.050,00	0,00	20.352.616,71	61.566,71	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	147,70	0,00	0,00	317,50	317,50	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	141.051,04	619.550,00	0,00	162.272,31	-457.277,69	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**80.012.699,76**	**78.927.350,00**	**0,00**	**90.262.346,87**	**11.334.996,87**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	24.419.678,26	25.738.200,00	0,00	26.852.414,07	1.114.214,07	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	372.807,83	300.050,00	0,00	128.252,42	-171.797,58	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**24.792.486,09**	**26.038.250,00**	**0,00**	**26.980.666,49**	**942.416,49**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**55.220.213,67**	**52.889.100,00**	**0,00**	**63.281.680,38**	**10.392.580,38**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	26.302,82	50.000,00	0,00	25.496,06	-24.503,94	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**-26.302,82**	**-50.000,00**	**0,00**	**-25.496,06**	**24.503,94**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**55.193.910,85**	**52.839.100,00**	**0,00**	**63.256.184,32**	**10.417.084,32**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**55.193.910,85**	**52.839.100,00**	**0,00**	**63.256.184,32**	**10.417.084,32**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**55.193.910,85**	**52.839.100,00**	**0,00**	**63.256.184,32**	**10.417.084,32**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	500.000,00	0,00	0,00	-500.000,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**55.193.910,85**	**52.339.100,00**	**0,00**	**63.256.184,32**	**10.917.084,32**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	644,52	0,00	0,00	322,52	322,52	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**644,52**	**0,00**	**0,00**	**322,52**	**322,52**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 160101 Allgemeines Finanzmanagement

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	56.739.152,02	58.016.750,00	0,00	69.068.918,50	11.052.168,50	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	20.632.911,09	18.579.550,00	0,00	18.576.457,25	-3.092,75	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	147,70	0,00	0,00	317,50	317,50	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	61.404,48	101.000,00	0,00	114.278,06	13.278,06	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**77.433.615,29**	**76.697.300,00**	**0,00**	**87.759.971,31**	**11.062.671,31**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	700.523,32	799.476,68	799.476,68	798.934,64	-542,04	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	26.261,82	50.041,00	41,00	25.537,06	-24.503,94	0,00
14	– Transferauszahlungen	24.419.678,26	25.738.200,00	0,00	26.852.414,07	1.114.214,07	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	0,00	50,00	0,00	566,00	516,00	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**25.146.463,40**	**26.587.767,68**	**799.517,68**	**27.677.451,77**	**1.089.684,09**	**0,00**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**52.287.151,89**	**50.109.532,32**	**-799.517,68**	**60.082.519,54**	**9.972.987,22**	**0,00**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	4.190.672,52	4.294.600,00	0,00	4.294.667,97	67,97	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**4.190.672,52**	**4.294.600,00**	**0,00**	**4.294.667,97**	**67,97**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**4.190.672,52**	**4.294.600,00**	**0,00**	**4.294.667,97**	**67,97**	**0,00**

108 Produkt 160105 Kredit- und sonstiges Finanzmanagement

Produktinformationen

Verantwortlich FB 2, Herr Wulf

Produktbeschreibung

Kreditbeschaffungskosten, Zinserträge

Ziele

Finanzierung von Investitionen und Umschuldungsmaßnahmen unter Beachtung des § 77 GO NRW,

Kassenkredite: Liquiditätssicherung.

Maßnahmen

Vorausschauende Investitions- und Liquiditätsplanung, Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten unter Beachtung der Geld- und Kapitalmarktlage.

Teilergebnisrechnung Produkt 160105 Kredit- und sonstiges Finanzmanagement

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungs-übertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	68.827,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	159.886,64	90.000,00	0,00	188.897,31	98.897,31	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/– Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= **Ordentliche Erträge**	**228.714,08**	**90.000,00**	**0,00**	**188.897,31**	**98.897,31**	**0,00**
11	– Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	– Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	– Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	= **Ordentliche Aufwendungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
18	= **Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)**	**228.714,08**	**90.000,00**	**0,00**	**188.897,31**	**98.897,31**	**0,00**
19	+ Finanzerträge	0,00	2.500,00	0,00	0,00	-2.500,00	0,00
20	– Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	246.576,87	861.500,00	0,00	405.468,00	-456.032,00	0,00
21	= **Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)**	**-246.576,87**	**-859.000,00**	**0,00**	**-405.468,00**	**453.532,00**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)**	**-17.862,79**	**-769.000,00**	**0,00**	**-216.570,69**	**552.429,31**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	– Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= **Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)**	**-17.862,79**	**-769.000,00**	**0,00**	**-216.570,69**	**552.429,31**	**0,00**
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	= **Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	**-17.862,79**	**-769.000,00**	**0,00**	**-216.570,69**	**552.429,31**	**0,00**
30	– globaler Minderaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	= **Teilergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (=Zeilen 29 und 30)**	**-17.862,79**	**-769.000,00**	**0,00**	**-216.570,69**	**552.429,31**	**0,00**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage						
32	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 30 u. 31)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilfinanzrechnung A Zahlungsnachweis Produkt 160105 Kredit- und sonstiges Finanzmanagement

	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 Euro	Fortgeschriebener Ansatz 2025 Euro	davon Ermächtigungs-übertragung aus 2024 Euro	Ist-Ergebnis 2025 Euro	Vergleich F. Ansatz/Ist 2025 (Sp. 4 ./. Sp. 2) Euro	Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2026 Euro
		- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -
1	Steuern und Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	68.827,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	33.047,96	90.000,00	0,00	209.708.784,07	209.618.784,07	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	45.792,76	2.500,00	0,00	0,00	-2.500,00	0,00
9	= **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**147.668,16**	**92.500,00**	**0,00**	**209.708.784,07**	**209.616.284,07**	**0,00**
10	– Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	– Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	219.898,02	906.187,61	44.687,61	411.757,42	-494.430,19	46.609,43
14	– Transferauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	– Sonstige Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	209.966.628,09	209.966.628,09	0,00
16	= **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**219.898,02**	**906.187,61**	**44.687,61**	**210.378.385,51**	**209.472.197,90**	**46.609,43**
17	= **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-72.229,86**	**-813.687,61**	**-44.687,61**	**-669.601,44**	**144.086,17**	**-46.609,43**
	Investitionstätigkeit						
1	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	600.000,00	0,00	82.999,86	-517.000,14	0,00
4	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	= **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**600.000,00**	**0,00**	**82.999,86**	**-517.000,14**	**0,00**
7	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	68.827,44	2.491.230,21	1.241.230,21	2.454.619,58	-36.610,63	0,00
11	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	= **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**68.827,44**	**2.491.230,21**	**1.241.230,21**	**2.454.619,58**	**-36.610,63**	**0,00**
14	= **Saldo der Investitionstätigkeit**	**-68.827,44**	**-1.891.230,21**	**-1.241.230,21**	**-2.371.619,72**	**-480.389,51**	**0,00**

Schlussbilanz zum 31.12.2025

1 Schlussbilanz zum 31.12.2025

		31.12.2024	31.12.2025
	A K T I V A		
0	**Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit**	**7.481.397,42**	**7.481.397,42**
1	**Anlagevermögen**	**255.663.955,84**	**266.563.645,83**
1.1	**Immaterielle Vermögensgegenstände**	**535.803,25**	**540.574,83**
1.2	**Sachanlagevermögen**	**228.776.668,45**	**238.353.217,28**
1.2.1	**Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte**	**49.889.719,26**	**51.117.045,33**
1.2.1.1	Grünflächen	38.721.284,64	39.775.703,79
1.2.1.2	Ackerland	6.944.984,54	7.119.882,65
1.2.1.3	Wald, Forsten	3.206.068,12	3.204.076,93
1.2.1.4	Sonstige unbebaute Grundstücke	1.017.381,96	1.017.381,96
1.2.2	**Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte**	**72.938.696,13**	**73.138.562,62**
1.2.2.1	Kinder- und Jugendeinrichtungen	3.969.806,52	3.824.062,39
1.2.2.2	Schulen	44.106.697,29	44.052.741,26
1.2.2.3	Wohnbauten	2.412.880,90	2.365.790,15
1.2.2.4	Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	22.449.311,42	22.895.968,82
1.2.3	**Infrastrukturvermögen**	**81.654.561,52**	**87.282.242,53**
1.2.3.1	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	19.644.181,89	19.769.306,58
1.2.3.2	Brücken und Tunnel	5.433.080,50	5.466.591,90
1.2.3.3	Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00	0,00
1.2.3.4	Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	416.668,76	435.293,58
1.2.3.5	Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	55.884.770,70	61.340.865,25
1.2.3.6	Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	275.859,67	270.185,22
1.2.4	**Bauten auf fremden Grund und Boden**	**1.119.646,86**	**1.076.805,67**
1.2.5	**Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler**	**339.955,86**	**343.115,86**
1.2.6	**Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge**	**4.779.917,16**	**4.650.109,22**
1.2.7	**Betriebs- und Geschäftsausstattung**	**8.091.448,53**	**7.911.255,02**
1.2.8	**Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau**	**9.962.723,13**	**12.834.081,03**
1.3	**Finanzanlagen**	**26.351.484,14**	**27.669.853,72**
1.3.1	**Anteile an verbundenen Unternehmen**	**1.823.795,76**	**1.823.795,76**
1.3.2	**Beteiligungen**	**0,00**	**0,00**
1.3.3	**Sondervermögen**	**15.096.149,75**	**15.096.149,75**
1.3.4	**Wertpapiere des Anlagevermögens**	**9.192.228,14**	**10.511.407,20**
1.3.5	**Ausleihungen**	**239.310,49**	**238.501,01**
1.3.5.1	an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
1.3.5.2	an Beteiligungen	0,00	0,00

		31.12.2024	31.12.2025
1.3.5.3	an Sondervermögen	0,00	0,00
1.3.5.4	Sonstige Ausleihungen	239.310,49	238.501,01
	davon:		
	gegenüber Dritten	239.310,49	238.501,01
	gegenüber der Beckumer Wohnungsgesellschaft	0,00	0,00
2	**Umlaufvermögen**	**41.339.979,26**	**40.004.848,62**
2.1	**Vorräte**	**9.353.224,75**	**8.043.027,23**
2.1.1	**Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe**	**5.126.020,88**	**5.126.020,88**
2.1.2	**Grundstücke**	**4.227.203,87**	**2.917.006,35**
2.1.3	**Geleistete Anzahlungen**	**0,00**	**0,00**
2.2	**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**	**26.776.457,15**	**29.212.928,14**
2.2.1	**Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen**	**23.305.486,56**	**25.329.609,97**
2.2.1.1	Gebühren	1.109.222,69	1.706.433,10
	davon:		
	gegenüber Dritten	1.107.745,34	1.696.584,83
	gegenüber dem Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder	475,65	2.406,35
	gegenüber dem Eigenbetrieb Städtische Betriebe Beckum	0,00	0,00
	gegenüber der Energieversorgung Beckum KG	173,25	0,00
	gegenüber der Beckumer Wohnungsgesellschaft	828,45	7.441,92
2.2.1.2	Beiträge	325.246,65	178.705,44
	davon:		
	gegenüber Dritten	163.706,46	178.705,44
	gegenüber Beckumer Wohnungsgesellschaft	161.540,19	0,00
2.2.1.3	Steuern	1.346.633,01	1.869.271,29
	davon:		
	gegenüber Dritten	1.346.633,01	1.867.501,62
	gegenüber Energieversorgung Beckum	0,00	1.769,67
2.2.1.4	Forderungen aus Transferleistungen	17.698.610,49	19.185.904,86
2.2.1.5	Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	2.825.773,72	2.389.295,28
2.2.2	**Privatrechtliche Forderungen**	**3.434.922,61**	**3.844.072,40**
2.2.2.1	gegenüber dem privaten Bereich	2.517.094,06	2.842.711,58
	davon:		
	gegenüber Dritten	2.497.443,86	2.746.986,71
	gegenüber dem Eigenbetrieb Städtische Betriebe Beckum	0,00	470,00
	gegenüber der Energieversorgung Beckum KG	19.650,20	95.254,87
2.2.2.2	gegenüber dem öffentlichen Bereich	317.920,23	334.198,64
2.2.2.3	gegen verbundene Unternehmen	599.908,32	667.162,18
	davon:		
	gegenüber dem Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder	60.433,31	507.909,42
	gegenüber dem Eigenbetrieb Städtische Betriebe Beckum	34.951,21	63.639,32
	gegenüber dem Eigenbetrieb Städtischer Abwasserbetrieb Beckum	223.273,80	95.613,44
	gegenüber der Energieversorgung Beckum KG	281.250,00	0,00
2.2.2.4	gegen Beteiligungen	0,00	0,00
2.2.2.5	gegen Sondervermögen	0,00	0,00
2.2.3	**Sonstige Vermögensgegenstände**	**36.047,98**	**39.245,77**
	davon:		
	gegenüber Dritten	21.527,82	14.890,50

		31.12.2024	31.12.2025
	gegenüber dem Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder	14.520,16	24.355,27
	gegenüber dem Eigenbetrieb Städtische Betriebe Beckum	0,00	0,00
	gegenüber dem Eigenbetrieb Städtischer Abwasserbetrieb Beckum	0,00	0,00
	gegenüber der Energieversorgung Beckum KG	0,00	0,00
2.3	**Wertpapiere des Umlaufvermögens**	**0,00**	**0,00**
2.4	**Liquide Mittel**	**5.210.297,36**	**2.748.893,25**
3	**Aktive Rechnungsabgrenzung**	**8.553.788,92**	**8.986.990,05**
	BILANZSUMME AKTIVA	**313.039.121,44**	**323.036.881,92**

		31.12.2024	31.12.2025
	PASSIVA		
1	Eigenkapital	81.005.891,49	80.499.350,93
1.1	Allgemeine Rücklage	71.487.287,71	71.621.063,74
1.2	Sonderrücklagen	0,00	0,00
1.3	Ausgleichsrücklage	13.337.140,81	9.518.603,78
1.4	Bilanzieller Verlustvortrag	0,00	0,00
1.5	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-3.818.537,03	-640.316,59
2	Sonderposten	110.422.770,55	112.283.204,52
2.1	für Zuwendungen	74.420.393,38	73.732.012,63
2.2	für Beiträge	27.309.516,01	26.922.474,28
2.3	für den Gebührenausgleich	416.474,18	403.543,07
2.4	Sonstige Sonderposten	8.276.386,98	11.225.174,54
3	Rückstellungen	60.315.759,82	62.110.019,94
3.1	Pensionsrückstellungen	53.848.485,00	56.010.178,00
3.2	Rückstellungen für Deponien und Altlasten	75.000,00	75.000,00
3.3	Instandhaltungsrückstellungen	2.030.175,72	2.276.236,90
3.4	Sonstige Rückstellungen	4.362.099,10	3.748.605,04
4	Verbindlichkeiten	50.518.100,25	57.500.807,71
4.1	Anleihen	0,00	0,00
4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	7.719.275,41	11.494.100,73
4.2.1	von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
4.2.2	von Beteiligungen	0,00	0,00
4.2.3	von Sondervermögen	0,00	0,00
4.2.4	vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00
4.2.5	vom privaten Kreditmarkt	7.719.275,41	11.494.100,73
4.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.381.794,00	2.606.175,31
	davon:		
	gegenüber Dritten	1.381.794,00	1.282.206,00
	gegenüber dem Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder	0,00	0,00
	Gegenüber dem Eigenbetrieb Städtischer Abwasserbetrieb Beckum		1.323.969,31
4.4	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	4.862.908,13	4.747.551,61
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.217.660,48	5.174.511,33
	davon:		

	gegenüber Dritten	5.788.489,89	4.326.318,06
	gegenüber dem Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder	7.992,50	8.290,00
	gegenüber dem Eigenbetrieb Städtische Betriebe Beckum	48.217,98	0,00
	gegenüber der Energieversorgung Beckum KG	365.161,52	839.903,27
	gegenüber Beckumer Wohnungsgesellschaft GmbH	7.798,59	0,00
4.6	**Verbindlichkeiten aus Transferleistungen**	**13.747.599,11**	**14.990.765,27**
	davon:		
	gegenüber Dritten	13.747.295,36	14.990.551,52
	gegenüber dem Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder	303,75	213,75
4.7	**Erhaltene Anzahlungen**	**10.048.619,17**	**12.744.565,92**
4.8	**Sonstige Verbindlichkeiten**	**6.540.243,95**	**5.743.137,54**
	davon:		
	gegenüber Dritten	5.143.701,04	1.096.673,73
	gegenüber dem Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder	21.679,43	19.755,90
	gegenüber dem Eigenbetrieb Städtische Betriebe Beckum	0,00	445.073,09
	gegenüber Eigenbetrieb Städtischer Abwasserbetrieb Beckum	1.374.863,48	4.181.560,53
	gegenüber der Energieversorgung Beckum KG	0,00	74,29
5	**Passive Rechnungsabgrenzung**	**10.776.599,33**	**10.643.498,82**
	BILANZSUMME PASSIVA	**313.039.121,44**	**323.036.881,92**

Anhang

2 Anhang zur Schlussbilanz

Für die äußere Gestaltung des Anhangs, seinen Aufbau und Umfang sind keine Formvorgaben vorgesehen. Dem Anhang sind ein Anlagespiegel, ein Forderungsspiegel, ein Verbindlichkeitenspiegel und ein Eigenkapitalspiegel beizufügen.

Zur weiteren Übersicht wird der Anhang um Übersichten zu den Rückstellungen und den Ermächtigungsübertragungen ergänzt.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2025 wurde unter Anwendung der Verordnung über das Haushaltswesen der Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen – KomHVO NRW–) aufgestellt.

Es sind gemäß § 45 Absatz 1 und 2 KomHVO NRW zu den Posten der Bilanz die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben. Die Positionen der Ergebnisrechnung und die in der Finanzrechnung nachzuweisenden Einzahlungen und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit sind zu erläutern.

Die Anwendung von Vereinfachungsregelungen und Schätzungen ist zu beschreiben.

Die Erläuterungen sind so zu fassen, dass sachverständige Dritte die Sachverhalte beurteilen können.

Gesondert sind insbesondere anzugeben und zu erläutern:

1. Besondere Umstände, die dazu führen, dass der Jahresabschluss nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt,
2. die Verringerung der allgemeinen Rücklage und ihre Auswirkungen auf die weitere Entwicklung des Eigenkapitals innerhalb der auf das abgelaufene Haushaltsjahr bezogenen mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung,
3. Abweichungen vom Grundsatz der Einzelbewertung und von bisher angewandten Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden,
4. die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, für die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung gebildet worden sind, unter Angabe des Rückstellungsbetrages,
5. die Aufgliederung des Postens „Sonstige Rückstellungen“ entsprechend § 37 Absatz 5 und 6 KomHVO NRW, sofern es sich um wesentliche Beträge handelt,
6. Abweichungen von der standardmäßig vorgesehenen linearen Abschreibung sowie von der örtlichen Abschreibungstabelle bei der Festlegung der Nutzungsdauer von Vermögensgegenständen,
7. noch nicht erhobene Beiträge aus fertig gestellten Erschließungsmaßnahmen,
8. bei Fremdwährungen der Kurs der Währungsumrechnung,
9. die Verpflichtungen aus Leasingverträgen,
10. Name und Sitz anderer Unternehmen, die Höhe des Anteils am Kapital, das Eigenkapital und das Ergebnis des letzten Geschäftsjahrs dieser Unternehmen, für das ein Jahresabschluss vorliegt, soweit es sich um Beteiligungen im Sinne des § 271 Absatz 1 Handelsgesetzbuch handelt.

11. bei Anwendung des § 35a,
    a) mit welchem Betrag jeweils Vermögensgegenstände, Schulden, schwebende Geschäfte und mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen zur Absicherung welcher Risiken in welche Arten von Bewertungseinheiten einbezogen sind sowie die Höhe der mit Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken,
    b) für die jeweils abgesicherten Risiken, warum, in welchem Umfang und für welchen Zeitraum sich die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme künftig voraussichtlich ausgleichen einschließlich der Methode der Ermittlung,
    c) eine Erläuterung der mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktionen, die in Bewertungseinheiten einbezogen wurden,

    soweit die Angaben nicht im Lagebericht gemacht werden.

Im Anhang ist anzugeben, ob und für welchen Zeitraum ein gültiger Gleichstellungsplan gemäß § 5 Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen vorliegt.

Zu erläutern sind auch die im Verbindlichkeitenspiegel auszuweisenden Haftungsverhältnisse sowie alle Sachverhalte, aus denen sich künftig erhebliche finanzielle Verpflichtungen ergeben können und weitere wichtige Angaben, soweit sie nach Vorschriften der Gemeindeordnung oder dieser Verordnung für den Anhang vorgesehen sind.

2.1 Erläuterung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Zur Wertermittlung kamen hierzu geeignete Verfahren zur Anwendung.

Bei der Bilanzierung sind entsprechend § 33 KomHVO NRW die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung angewendet worden. Insbesondere folgende allgemeine Grundsätze fanden Beachtung:

- Vermögensgegenstände und Schulden wurden einzeln bewertet. Wertminderungen wurden nicht mit Wertsteigerungen verrechnet.
- Es wird wirklichkeitsgetreu bewertet, das heißt, auch alle vorhersehbaren Risiken und Verluste, die bis zum Abschlussstichtag bestanden, sind berücksichtigt.
- Auf eine Erfassung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Einzelnen wertmäßig den Betrag von 60 Euro ohne Umsatzsteuer nicht überschreiten, wurde verzichtet.
- Seit dem 01.01.2009 werden diese Vermögensgegenstände, soweit sie selbständig genutzt werden können und einer Abnutzung unterliegen, nicht als geringwertige Vermögensgegenstände erfasst und über die jeweilige Nutzungsdauer abgeschrieben. Bei einem Wert unter 60 Euro ohne Umsatzsteuer werden die Vermögensgegenstände unmittelbar als Aufwand verbucht. Von der Möglichkeit nach § 36 Absatz 3 KomHVO NRW Vermögensgegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungswert den Betrag von 800 Euro ohne Umsatzsteuer wertmäßig nicht übersteigt, direkt als Aufwand zu verbuchen, wird kein Gebrauch gemacht.
- Im Haushaltsjahr entstandene Aufwendungen und erzielte Erträge sind unabhängig von den Zeitpunkten der entsprechenden Zahlungen berücksichtigt worden. Diese wesentliche Abweichung von dem im kameralen Haushaltsrecht gültigen Kassenwirksamkeitsprinzip trägt wesentlich zur Ermittlung des periodenbezogenen Ressourcenverbrauchs und des Ressourcenaufkommens bei.
- Maßgeblich für die Bilanzierung war das Prinzip des wirtschaftlichen Eigentums.

- Als Anlagevermögen sind nur die Gegenstände ausgewiesen worden, die dazu bestimmt sind, dauernd der Aufgabenerfüllung zu dienen. Vermögensgegenstände, die nicht der dauernden Aufgabenerfüllung dienen, sind als Umlaufvermögen klassifiziert worden.
- Bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten um planmäßige Abschreibungen vermindert worden. Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten wurden dazu linear auf die Haushaltsjahre verteilt, in denen der Vermögensgegenstand voraussichtlich genutzt wird (§ 36 Absatz 1 Satz 1 und 2 KomHVO NRW). Dies gilt auch für den Ansatz von Komponenten (§ 36 Absatz 2 KomHVO NRW).
- Für die Bestimmung der wirtschaftliche Nutzungsdauer von abnutzbaren Vermögensgegenständen ist die vom Innenministerium bekannt gegebene Abschreibungstabelle (Anlage 16 zu § 36 KomHVO NRW) zu Grunde gelegt worden.

  Die örtliche Abschreibungstabelle wurde zum 01.01.2024 im Bereich der Gebäudekomponenten geändert. Die Nutzungsdauer für sonstige Gebäudekomponenten (zum Beispiel Fußböden, Sanitäreinrichtungen, Heizungen) wurde auf 30 Jahre festgelegt.
- Innerhalb des dort vorgegebenen Rahmens wurde unter Berücksichtigung der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse die Bestimmung der jeweiligen Nutzungsdauer so vorgenommen, dass eine Stetigkeit für zukünftige Festlegungen von Abschreibungen gewährleistet wird.

2.2 Angaben zu einzelnen Positionen der Schlussbilanz

AKTIVA

Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat am 29.09.2020 das Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen (NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz – NKF-CIG) beschlossen. Eine Änderung das NKF-CIG, die eine Fortgeltung der Regelungen für das Jahr 2022 und weitere inhaltliche Anpassungen zum Inhalt hat, wurde am 14.12.2021 veröffentlicht.

Die Landesregierung hat mit Datum vom 21.09.2022 einen Gesetzentwurf zur inhaltlichen Fortgeltung des NKF-CIG für das Jahr 2023 sowie zur Ausweitung des Geltungsbereiches auf Schäden in den kommunalen Haushalten durch den Krieg gegen die Ukraine (Jahre 2022 bis 2026) vorgelegt. Zwischenzeitlich erfolgte die Beschlussfassung zu dem Gesetzentwurf, das Gesetzt trägt nunmehr den Titel NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz – NKF-CUIG.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan sind grundsätzlich weiterhin nach den Vorschriften des Achten Teils der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen aufzustellen. Bei der Aufstellung der Haushaltssatzung ist die Summe der auf das Haushaltsjahr infolge der COVID-19-Pandemie und des Krieges gegen die Ukraine entfallenden Haushaltsbelastung durch Mindererträge beziehungsweise Mehraufwendungen zu prognostizieren. Hierzu ist eine Gegenüberstellung des im Rahmen der Aufstellung der Haushaltssatzung erstellten Ergebnisplans mit einer Nebenrechnung vorzunehmen.

Die prognostizierte Haushaltsbelastung ist als außerordentlicher Ertrag in den Ergebnisplan aufzunehmen, zu „isolieren“, und – nach abschließender Ermittlung im Jahresabschluss – als außerordentlicher Ertrag über die Ergebnisrechnung in der Bilanz darzustellen.

Letztmalig war eine der „Isolierung“ im Jahresabschluss 2023 zulässig.

Die bilanziell erfasste Position ist einmalig im Jahr 2026 oder ab diesem Zeitpunkt über längstens 50 Jahre abzuschreiben. Liquidität generiert diese Form der Verbuchung nicht.

Die Bilanzposition „Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit“ weist zum 31.12.2025 unverändert einen Bestand 7.481 TEuro aus.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen beträgt 266.564 TEuro (Vorjahr: 255.664 TEuro).

Immaterielle Vermögensgegenstände

Hier sind alle entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens mit einem Betrag von 541 TEuro bilanziert. Hierzu gehören die EDV-Software und die entsprechenden Lizenzen und Konzessionen.

Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen beträgt 238.353 TEuro (Vorjahr: 228.777 TEuro).

Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Der Grund und Boden der unbebauten Grundstücke wird zur Bilanzierung nach dem Schema des Kontenplans des NKFG NRW unterteilt.

Danach werden die unbebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte eingeteilt in:

- Grünflächen (Parkanlagen, Friedhöfe, Sportflächen, Freibäder, Spielplätze, Dauerkleingärten, Wasserflächen, naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen, Unland, Gartenland)
- Ackerland beziehungsweise Grünland
- Wald und Forsten
- Sonstige unbebaute Grundstücke.

Zu den sonstigen unbebauten Grundstücken gehören unter anderem auch solche Grundstücke, die die Stadt Beckum als Erbbaurechtsgrundstücke vergeben hat.

Der Wertansatz für den Waldbestand ist mit einem Festwert angesetzt. Dieser wurde im Jahr 2019 gemäß § 29 Absatz 1 Nummer 2 KomHVO NRW im Rahmen einer Revision überprüft. Eine Anpassung des Bilanzwertes war nicht erforderlich, da die Änderung weniger als 10 Prozent betrug.

Insgesamt beträgt der Wert der unbebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte zum Bilanzstichtag 51.117 TEuro (Vorjahr: 49.890 TEuro).

Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die Gliederung der Bilanzposition der bebauten Grundstücke ist entsprechend der Funktion der Gebäude, wie Kinder- und Jugendeinrichtungen, Schulen, Wohnbauten und sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude, vorgenommen worden.

Die bebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte wurden mit einem Betrag von 73.139 TEuro (Vorjahr: 72.939 TEuro) bilanziert. Die Erhöhung dieses Bilanzwertes ist größtenteils auf die Aktivierung von einzelnen Grundstücksankäufen für die Feuer-/Rettungswache Beckum zurückzuführen.

Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen beträgt zum 31.12.2025 insgesamt 87.282 TEuro (Vorjahr: 81.655 TEuro).

Grund und Boden des Infrastrukturvermögens

Zu dieser Bilanzposition, insgesamt 19.769 TEuro (Vorjahr: 19.644 TEuro), zählen Grundstücke mit Straßen, Wegen und Plätzen.

Brücken und Tunnel

Zu diesem Bilanzposten gehören alle Brücken als oberirdische ingenieurtechnische Bauwerke, unabhängig von ihrer tatsächlichen Nutzung für Fußgänger, als Straße oder für den Schienenverkehr. Der Bilanzwert für die Brücken beträgt 5.466 TEuro (Vorjahr: 5.433 TEuro).

Tunnel befinden sich nicht im Eigentum der Stadt Beckum.

Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

In der Bilanz des Kernhaushaltes werden unter diesem Bilanzposten die öffentlichen Toilettenanlagen (196 TEuro) ein Regenrückhaltebecken an der Sekundarschule (226 TEuro) und sonstige Aufbauten und Betriebsvorrichtungen (14 TEuro) bilanziert.

Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen

Zu diesem Bilanzposten mit insgesamt 61.341 TEuro (Vorjahr: 55.885 TEuro) gehören alle gemeindlichen Straßen als begeh- und befahrbare, befestigte und klassifizierte Verkehrswege, die von Fußgängern und verschiedenen Fahrzeugen benutzt werden, eine glatte Oberfläche haben und dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind oder diesem dienen, aber auch Wege und Plätze, deren Nutzung für den öffentlichen Verkehr mit Fahrzeugen und Fußgängern errichtet worden sind (zum Beispiel Wanderwege).

Zur öffentlichen Straße gehören der Straßenkörper, das Zubehör und die Nebenanlagen. So zählen zum Zubehör sämtliche zur Verkehrsführung und Verkehrssteuerung eingesetzten Einrichtungen und Anlagen (zum Beispiel Verkehrsschilder, Lichtsignalanlagen).

Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 5.456 TEuro ergibt sich insbesondere durch die Aktivierung folgender Straßen: Stromberger Straße (Abstufung von Bundesstraße zur Gemeindestraße im Zusammenhang mit dem Bau der B 58N), Obere Brede, Steinkühler Straße, Turmstraße, Heinrich-Gerhard-Bücker-Weg und des Wirtschaftsweges Knükel.

Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens

Diesem Bilanzposten wurden die sonstigen Vermögensgegenstände des Infrastrukturvermögens zugeordnet, wenn diese nicht unter den zuvor genannten Bilanzposten angesetzt werden konnten (zum Beispiel Löschwasserteiche). Der bilanzierte Wert beträgt 270 TEuro.

Bauten auf fremdem Grund und Boden

Diesem Bilanzposten sind gemeindliche Bauten zuzuordnen, die sich nicht auf gemeindlichem, sondern auf fremdem Grund und Boden befinden. Das bestehende Rechtsverhältnis zwischen der Stadt Beckum und der/dem Dritten als Grundstückseigentümerin/Grundstückseigentümer beinhaltet entgegen den grundstücksgleichen Rechten kein das Grundverhältnis sicherndes dingliches Recht.

Es ist vielmehr ein vertraglich gesichertes Recht, zum Beispiel durch Miet- oder Pachtvertrag und gegebenenfalls mit dauernder dinglicher Sicherung des Nutzungsverhältnisses durch eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit.

Der fremde Grundstückseigentümer/die fremde Grundstückseigentümerin gestattet dadurch der Stadt Beckum eine bauliche Anlage auf seinem/ihrem Grund und Boden vorzuhalten (zum Beispiel Löschwasserteiche mit den dazu gehörigen Betriebsvorrichtungen und Aufbauten, Buswartehallen).

Bauten auf fremden Grund und Boden wurden mit 1.077 TEuro (Vorjahr: 1.120 TEuro) bilanziert.

Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler

Zu diesem Bilanzposten gehören Vermögensgegenstände, deren Erhaltung wegen ihrer Bedeutung für Kunst, Kultur und Geschichte im gemeindlichen Interesse liegt. Dies sind zum Beispiel Gemälde, Skulpturen, Antiquitäten, Sammlungen unter anderem auch mit kulturhistorischer Bedeutung.

Dieser Bilanzposten mit 343 TEuro beinhaltet zudem alle Arten von Denkmälern, auch die Baudenkmäler, die als bauliche Anlagen nicht zu den Gebäuden gehören (zum Beispiel Bau- und Bodendenkmäler, Grabsteine und sonstige Bildnisse, Hünengräber, Höxbergturm, Mahnmale, Gedenksteine und -tafeln). Die Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich aus Sachspenden, insbesondere für das Stadtmuseum, und einer Aktivierung.

Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Zu den Anlagen und Maschinen gehören sämtliche vom unbeweglichen Vermögen abgegrenzte Betriebsvorrichtungen, zum Beispiel Notstromaggregate, Kompressoren, EDV-Server. Ferner können hier Betriebsvorrichtungen im technischen Sinne ausgewiesen werden, zum Beispiel Lastenaufzüge, Klimaanlagen, Einbruchmeldeanlagen, Schließanlagen, Fotovoltaikanlagen.

Zu den Fahrzeugen sind entsprechend Anhänger und Auflieger zugeordnet worden.

Der Bilanzwert beträgt am 31.12.2025 insgesamt 4.650 TEuro (Vorjahr: 4.780 TEuro).

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung umfasst alle Einrichtungsgegenstände der Büros, wie zum Beispiel Stühle, Schreibtische, Aktenschränke, DV-Ausstattung, Kopierer. Auch in den Schulen, Kindergärten und der Feuer- und Rettungswache befindliche Betriebs- und Geschäftsausstattung wie zum Beispiel Tafeln, Pulte, Spielgeräte und Ausrüstungsgegenstände der Feuerwehr gehören zu diesem Bilanzposten.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung hat insgesamt einen Wert von 7.911 TEuro. Die Reduzierung dieses Bilanzwertes zum Vorjahr beträgt unter Berücksichtigung der Abschreibungen 180 TEuro.

Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Ausgewiesen werden die bereits geleisteten Zahlungen für zum Bilanzstichtag noch nicht fertig gestellte Baumaßnahmen auf städtischen Grundstücken und fremdem Grund und Boden mit 12.834 TEuro (Vorjahr: 9.963 TEuro). Hierin enthalten sind unter anderem noch nicht endgültig fertiggestellte Straßenbaumaßnahmen, die naturnahe Entwicklung Hellbach/östliches Hellbachtal, die Sanierung Bücherei/Freizeithaus und der Neubau der Sonnenschule, Ertüchtigung Feuerwache Beckum.

Finanzanlagen

Zu den Finanzanlagen zählen Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen, Wertpapiere des Anlagevermögens sowie Ausleihungen.

Sie werden zum Bilanzstichtag mit einem Betrag von insgesamt 27.670 TEuro (Vorjahr: 26.351 TEuro) ausgewiesen.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Hierunter werden die Anteile an der Beckumer Wohnungsgesellschaft mbH (66,63 Prozent) mit 1.824 TEuro bilanziert.

Beteiligungen

Die Stadt Beckum hält keine Anteile an Gesellschaften, die einen Ausweis als Beteiligung begründen.

Sondervermögen

Zu den Sondervermögen der Stadt Beckum gehören die Städtische Betriebe Beckum, der Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum und der Städtischer Abwasserbetrieb Beckum. Im Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum werden die Beteiligungen an der Energieversorgung Beckum Verwaltungs-GmbH (66,00 Prozent), der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG (66,00 Prozent) und der Wasserversorgung Beckum GmbH (34,33 Prozent) gehalten. Der Wert der Sondervermögen wird mit 15.096 TEuro bilanziert.

Wertpapiere des Anlagevermögens

Ausgewiesen werden Anteile der Stadt Beckum am Versorgungsfonds der Westfälisch-Lippischen Versorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände mit Stand 31.12.2025. Der Anteil am Versorgungsfonds beträgt aktuell 451 TEuro, zum 31.12.2025 wurde durch die Versorgungskasse ein Wert von 618 TEuro nachgewiesen.

Der Rat der Stadt Beckum hat Ende 2016 den Abschluss einer Rückdeckungsversicherung beschlossen. Im Jahr 2025 erfolgte eine weitere Prämienzahlung und die damit verbundenen Anteilsankäufe von 1.214 TEuro. Ein Nachweis über den aktuellen Wert der Rückdeckungsversicherung von 10.060 TEuro zum 31.12.2025 lag vor.

Ausleihungen

Bei den Ausleihungen mit insgesamt 239 TEuro handelt es sich um langfristige Forderungen der Stadt, die durch Hingabe von Kapital erworben wurden und dem Geschäftsbetrieb dauerhaft dienen sollen.

an Beteiligungen

Ausleihungen an Beteiligungen liegen nicht vor.

an Sondervermögen

Ausleihungen an Sondervermögen liegen nicht mehr vor.

sonstige Ausleihungen

Unter sonstigen Ausleihungen gegenüber Dritten mit insgesamt 239 TEuro wurden unter anderem die von der Stadt Beckum ausgegebenen Familienzusatzdarlehen und Wohnbaudarlehen mit ihrem jeweiligen Restschuldbetrag zum 31.12.2025 von 95 TEuro angesetzt. Als weitere sonstige Ausleihung ist der Genossenschaftsanteil an der Volksbank Beckum eG aktiviert. Der Anteil am Schulzweckverband Beckum–Ennigerloh, der Anteil am Sparkassenzweckverband der Stadt Münster, des Kreises Warendorf sowie der Städte und Gemeinden Ahlen, Beckum, Beelen, Drensteinfurt, Ennigerloh, Everswinkel, Oelde, Ostbevern, Sassenberg, Sendenhorst, Telgte, Wadersloh und Warendorf und der Anteil am Zweckverband Euregio sind hier mit jeweils 1 Euro bilanziert.

Der Anteil an der Regionalverkehr Münsterland GmbH (0,91 Prozent), der Anteil an der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH (1,11 Prozent), der Anteil an der Westfälischen Landes-Eisenbahn GmbH (6,54 Prozent) und der Anteil an der Radio Warendorf Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG (1,29 Prozent) sowie eine Erbschaft, die der Stadt Beckum zur Verwendung für in Not geratene Menschen überlassen wurde, werden ebenfalls unter diesem Bilanzposten ausgewiesen.

Unter den sonstigen Ausleihungen wird weiterhin eine Ausleihung gegenüber der Beckumer Wohnungsgesellschaft von 1 TEuro, der Bürgerenergiegenossenschaft Beckum (500 Euro) und der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH (1 TEuro) ausgewiesen.

Umlaufvermögen

Als Umlaufvermögen werden auf der Aktivseite der Bilanz die Vermögensgegenstände ausgewiesen, die dem Geschäftsbetrieb der Stadt Beckum nicht dauerhaft dienen, sondern zum Verbrauch, Verkauf oder für eine sonstige kurzfristige Nutzung vorgesehen sind.

Daher zählen insbesondere die Vorräte, die Forderungen, die kurzfristigen Wertpapiere und liquiden Mittel zu den in diesem Bilanzbereich anzusetzenden Vermögensgegenständen.

Aber auch Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, die nicht mehr dem Geschäftsbetrieb dienen beziehungsweise nicht mehr genutzt werden und konkret zur Veräußerung vorgesehen sind, sind unter dem Umlaufvermögen anzusetzen.

Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, wurden die zur Veräußerung vorgesehenen Gewerbe- und Baugrundstücke diesem Bilanzposten zugeordnet.

Das Umlaufvermögen beträgt insgesamt 40.005 TEuro (Vorjahr: 41.340 TEuro).

Vorräte

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Für die Stadt Beckum wurden Lagerbestände für Papier, Bürobedarf, Porto, Heizöl, Pellets, Löschschaum und Ölbindemittel als Festwerte vorgetragen.

Zur Veräußerung vorgesehene Grundstücke wurden diesem Bilanzposten ebenfalls zugeordnet. Gleiches gilt für noch nicht veräußerte Gewerbegrundstücke in Gewerbegebieten.

Die Vorräte wurden zum 31.12.2025 mit 8.043 TEuro (Vorjahr: 9.353 TEuro) bewertet.

Geleistete Anzahlungen

Geleistete Anzahlungen sind nicht vorhanden.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Dieser Bilanzposten mit einem Betrag von 29.213 TEuro (Vorjahr: 26.776 TEuro) wird insbesondere in öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Forderungen untergliedert, unter denen wiederum unterschiedliche Forderungsarten anzusetzen sind.

Die Steigerung um 2.436 TEuro ergibt sich im Wesentlichen aus gestiegenen Gebührenforderungen, Steuerforderungen, Forderungen aus Transferleistungen, privatrechtlichen Forderungen sowie der durchgeführten Wertberichtigung.

Wertberichtigungen zu Forderungen wurden im Rahmen der Einzelwertberichtigung vorgenommen. Forderungen mit einem Alter von mehr als 2 Jahren wurden zu 100 Prozent und Forderungen älter als 1 Jahr wurden zu 70 Prozent wertberichtigt. Des Weiteren wurden Forderungen vollständig

berichtigt, deren Realisierung zweifelhaft erschien, auch wenn diese noch nicht älter als 1 Jahr waren. Insgesamt ergab die Einzelwertberichtigung unter Berücksichtigung der Bestände aus dem Vorjahr und den unterjährigen Veränderungen eine Erhöhung von 415 TEuro.

Darüber hinaus wurde der verbliebene Forderungsbestand um 5 Prozent im Rahmen der Pauschalwertberichtigung korrigiert. Hier erhöhte sich die Wertberichtigung unter Berücksichtigung der Bestände aus dem Vorjahr und den unterjährigen Veränderungen insgesamt um 23 TEuro.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen mit 39 TEuro wurden die sonstigen Forderungen bilanziert.

Wertpapiere des Umlaufvermögens

Wertpapiere des Umlaufvermögens sind nicht bilanziert.

Liquide Mittel

Unter diesem Posten sind alle liquiden Mittel der Stadt Beckum in Form von Bar- oder Buchgeld anzusetzen. Der Kassenbestand umfasst alle in den Kassen, zum Beispiel Hauptkasse, Handkassen oder sonstigen Nebenkassen, vorhandenen Banknoten und Münzen in in- und ausländischer Währung.

Liquide Mittel werden in der Schlussbilanz mit 2.749 TEuro ausgewiesen.

Ab dem Jahr 2024 wurde ein Liquiditätsverbund (Cash-Pool) mit der Stadt Beckum (Cash-Pool-Führer) und den städtischen Eigenbetrieben eingerichtet. Die jeweiligen Anteile am Liquiditätsverbund sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt. Der negative Anteil des Eigenbetriebes Energieversorgung und Bäder ist unter den privatrechtlichen Forderungen und die positiven Anteile des Eigenbetriebes Städtische Betriebe und des Städtischen Abwasserbetriebes sind unter den sonstigen Verbindlichkeiten beziehungsweise als Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung ausgewiesen.

Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder (privatrechtliche Forderung)	-460 TEuro
Städtische Betriebe Beckum (sonstige Verbindlichkeit)	445 TEuro
Städtischer Abwasserbetrieb Beckum (sonstige Verbindlichkeit, soweit nicht Verbindlichkeit aus Krediten zur Liquiditätssicherung)	4.073 TEuro
Stadt Beckum (Verbindlichkeit aus Krediten zur Liquiditätssicherung gegenüber dem Städtischen Abwasserbetrieb Beckum)	-1.324 TEuro
Summe	**2.734 TEuro**

Aktive Rechnungsabgrenzung

Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite sind Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen.

Unter dieser Position sind unter anderem die bereits im Dezember für Januar zu überweisenden Besoldungen für die Beamtinnen und Beamten bilanziert.

Des Weiteren werden Weiterleitungen von Zuweisungen des Landes, die mit einer mehrjährigen Verpflichtung verbunden sind, unter diesem Bilanzposten angesetzt.

Die Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betragen 8.987 TEuro (Vorjahr: 8.554 TEuro).

PASSIVA

Eigenkapital

Das Eigenkapital wird aus der Differenz zwischen dem Vermögen und den Schulden (Verbindlichkeiten und Rückstellungen) unter Einbeziehung der Sonderposten und der Passiven Rechnungsabgrenzung gebildet.

Am 31.12.2025 beträgt dieses 80.499 TEuro (Vorjahr: 81.006 TEuro).

Das Eigenkapital wird gemäß § 42 Absatz 4 KomHVO NRW in die Bilanzpositionen „Allgemeine Rücklage“, „Sonderrücklagen“, „Ausgleichsrücklage“ „Bilanzieller Verlustvortrag“ und „Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag“ unterteilt.

Allgemeine Rücklage

Die Allgemeine Rücklage mit 71.621 TEuro (Vorjahr: 71.487 TEuro) ergibt sich als Wert aus der Differenz der Aktivposten zu den übrigen Passivposten, jedoch ohne Sonderrücklagen und Ausgleichsrücklage.

Die Allgemeine Rücklage darf grundsätzlich nur zur Verrechnung eines Jahresfehlbetrages/Jahresüberschusses aus der Ergebnisrechnung verwendet werden.

Im Rahmen des 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes hat der Gesetzgeber die Gemeinden verpflichtet, Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nach § 90 Absatz 3 Satz 1 GO NRW sowie aus Wertveränderungen von Finanzanlagen unmittelbar mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen (§ 44 Absatz 3 KomHVO NRW). Mit dieser Regelung soll erreicht werden, dass Geschäftsvorfälle, die nicht der laufenden Verwaltungstätigkeit zuzurechnen sind, keine Auswirkungen auf das Jahresergebnis entfalten. Diese Erträge und Aufwendungen sind damit nicht Teil der Ergebnisrechnung und wirken sich nicht auf das Jahresergebnis aus. In der Ergebnisrechnung sind sie nach § 39 Absatz 3 KomHVO NRW nachrichtlich nach dem Jahresergebnis auszuweisen.

Im Haushaltsjahr 2025 wurden folgende Geschäftsvorfälle mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet:

Aufwendungen	**Betrag in EURO**
Sonstige Verrechnungen (Verschrottungen)	562,00
Summe	**562,00**
Erträge	**Betrag in EURO**
Erträge aus Restbuchwerten Sonderposten für Zuwendungen (Abgang Eisstockequipment))	322,52
Erträge aus Restbuchwerten sonstige Sonderposten (Abgang 2 defekte Fotostudios)	111,83
Erträge aus der Veräußerung von Sachanlagevermögen (Verkauf Radlader und Mannschaftstransportwagen, Erstattung Kaufpreis 2 defekte Fotostudios, Verkauf Waschmaschine im Rahmen einer Schadensersatzforerung, Verkauf Eisstockequipment)	8.675,11
Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken Sachanlagevermögen (Verkauf/Tausch von Grundstücken des Anlagevermögens,)	125.228,57
Summe	**134.338,03**

Sonderrücklagen

Sonderrücklagen wurden nicht gebildet.

Ausgleichsrücklage

Die Ausgleichsrücklage ist nach § 75 Absatz 3 GO NRW in der Bilanz zusätzlich zur Allgemeinen Rücklage anzusetzen. Sie ist eine Rücklage eigener Art und muss als Bestandteil des Eigenkapitals auf der Passivseite der Bilanz als gesonderter Posten angesetzt werden. Sie ist somit nicht Teil der Allgemeinen Rücklage. Die Ausgleichsrücklage dient dazu, im Bedarfsfall den Fehlbedarf im Ergebnisplan oder einen Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung zu decken, um den gesetzlich geforderten Haushaltsausgleich zu erreichen. Sie soll den Kommunen den erforderlichen Spielraum gewähren, eigenverantwortlich den Haushaltsausgleich zu erreichen.

Der Bestand der Ausgleichsrücklage beträgt zum 31.12.2025 9.519 TEuro (Vorjahr: 13.337 TEuro). Die Reduzierung erfolgte durch die Verrechnung des Vorjahresergebnisses von 3.819 TEuro.

Jahresüberschuss/ -fehlbetrag

Die Ergebnisrechnung 2025 weist einen Fehlbetrag von 640 TEuro (Vorjahr: –3.819 TEuro) aus. Das Jahresergebnis ist nach § 75 Absatz 3 GO NRW in voller Höhe der Ausgleichsrücklage zu entnehmen.

Sonderposten

Sonderposten sind erhaltene Finanzmittel, die im Rahmen einer Zweckbindung für investive Maßnahmen vom Zuwendungsgeber bewilligt beziehungsweise gezahlt wurden und von der Kommune nicht frei verwendet werden dürfen.

Die von Dritten erhaltenen Finanzmittel dürfen nicht von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten des damit finanzierten Vermögensgegenstandes in Abzug gebracht werden, sondern sind zu passivieren. Sie sind in der Bilanz als Sonderposten anzusetzen, weil diese Finanzmittel betriebswirtschaftlich zum Teil als Fremdkapital und zum anderen als Eigenkapital anzusehen sind.

Die Sonderposten sind zu unterscheiden in erhaltene investive Zuwendungen, Beiträge, Sonderposten für den Gebührenausgleich sowie in sonstige Sonderposten.

Entsprechend § 44 Absatz 5 KomHVO NRW wird die Auflösung der Sonderposten entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes ertragswirksam vorgenommen.

Sonderposten für Zuwendungen

Neben den pauschal erhaltenen Zuwendungen werden auch einzelne investive Zuwendungen passiviert, die der Stadt Beckum im Rahmen einer Zweckbindung für investive Maßnahmen bewilligt und ausgezahlt werden und von der Stadt nicht allgemein für den Haushalt verwendet werden dürfen.

Insgesamt betragen die Sonderposten aus Zuwendungen 73.732 TEuro (Vorjahr: 74.420 TEuro).

Sonderposten für Beiträge

Unter den Sonderposten für Beiträge finden sich die im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen erhaltenen Beiträge mit 26.922 TEuro. Dies bedeutet unter Berücksichtigung der jährlichen ertragswirksamen Auflösung eine Reduzierung um 378 TEuro gegenüber dem Vorjahr.

Sonderposten für den Gebührenausgleich

Gemäß § 44 Absatz 6 KomHVO NRW sind Kostenüberdeckungen der Gebührenhaushalte in der Bilanz als Sonderposten für den Gebührenausgleich anzusetzen. Über die so in einem Jahr von den Gebührenzahlern „zu viel gezahlten" Beträge kann die Kommune gemäß dem Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) nicht frei verfügen. Daher werden diese Sonderposten aus Transparenzgründen separat ausgewiesen. Durch die Auflösung des Sonderpostens in den Folgejahren können die Gebührenzahlungen ihrem eigentlichen Zweck gemäß § 4 Absatz 2 KAG NRW zugeführt werden.

Nach dem Jahresergebnis 2025 beläuft sich der Sonderposten für den Gebührenhaushalt „Abfallbeseitigung" auf 270 TEuro. Dies bedeutet eine Steigerung um 17 TEuro gegenüber dem Vorjahr. Der Sonderposten für den Gebührenhaushalt „Winterdienst" (Vorjahr 74 TEuro) beträgt 86 TEuro und für den Gebührenhaushalt „Straßenreinigung" (Vorjahr 41 TEuro) beträgt er 31 TEuro. In dem Sonderposten für den Gebührenhaushalt „Bestattungswesen" ist ein Bestand von 11 TEuro ausgewiesen. Erstmalig war ein Sonderposten für die Gewässerunterhaltungsgebühr (5 TEuro) zu bilden.

Kostenunterdeckungen der Gebührenhaushalte werden durch entsprechende Berücksichtigung bei den zukünftigen Gebührenkalkulationen der Folgejahre ausgeglichen.

Gebührenüberdeckungen ergaben sich bei den kostenrechnenden Einrichtungen „Abfallbeseitigung" mit 117 TEuro, „Bestattungswesen" mit 11 TEuro sowie „Winterdienst" mit 30 TEuro. Die kostenrechnende Einrichtung „Gewässerunterhaltung" schloss mit einer Überdeckung von 5 TEuro ab; es besteht noch ein kumuliertes ausgewiesenes Defitzit aus Vorjahren von 81 TEuro. Die kostenrechnende Einrichtung „Straßenreinigung" schloss mit einer Gebührenunterdeckung von 35 TEuro ab. Bei der kostenrechnenden Einrichtung „Rettungsdienst und Krankentransport" ergab sich eine Unterdeckung von 501 TEuro. Unter Berücksichtigung eines im Jahr 2025 vorgenommenen Unterdeckungsausgleichs von 917 TEuro reduziert sich das Gesamtdefizit um 416 TEuro welches sich nunmehr auf 2.940 TEuro beläuft.

Sonstige Sonderposten

Unter diesem Bilanzposten werden erhaltene Spenden, Schenkungen, Beträge nach § 135 a-c Baugesetzbuch (BauGB) und Ablösebeträge nach § 53 Bauordnung NW (BauO NW) angesetzt.

Die Stadt Beckum hat hier eine Erbschaft, die der Stadt Beckum zur Verwendung für in Not geratene Menschen überlassen wurde, bilanziert.

Die sonstigen Sonderposten betragen zum Bilanzstichtag 11.225 TEuro (Vorjahr: 8.276 TEuro). Die Veränderung zum Vorjahr mit 3.064 TEuro ergibt sich aus der Übernahme der Stromberger Straße, die von einer Bundesstraße zur Gemeindestraße abgestuft wurde und in das Eigentum der Stadt Beckum übergegangen ist.

Rückstellungen

Die Voraussetzungen, unter denen Rückstellungen gebildet werden dürfen, ergeben sich aus § 37 KomHVO NRW. Als Rückstellungen sind grundsätzlich alle Verbindlichkeiten auszuweisen, die dem Grunde oder der Höhe nach ungewiss sind sowie drohende Verluste aus schwebenden Geschäften und laufenden Verfahren. Eine Gesamtübersicht über die Entwicklung der gebildeten Rückstellungen vermittelt der beigefügte Rückstellungsspiegel.

Pensions- und Beihilferückstellungen

Nach § 37 Absatz 1 KomHVO NRW sind Pensions- und Beihilfeverpflichtungen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften als Rückstellung anzusetzen. Zu diesen Rückstellungen gehören bestehende Versorgungsansprüche sowie sämtliche Anwartschaften und andere fortgeltende Ansprüche nach dem Ausscheiden aus dem Dienst.

Der hier bilanzierte Betrag mit 56.010 TEuro (Vorjahr: 53.848 TEuro) ist aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens, dass durch die Westfälisch-Lippischen Versorgungskasse übermittelt worden ist, angesetzt worden.

Rückstellungen für Deponien und Altlasten

Für die Rekultivierung von Deponien und der Beseitigung von Altlasten wurden unverändert Rückstellungen mit einem Betrag von 75 TEuro gebildet.

Instandhaltungsrückstellungen

Für unterlassene Instandhaltung von Sachanlagen sind Rückstellungen anzusetzen, wenn die Nachholung der Instandhaltung hinreichend konkret beabsichtigt ist und als bisher unterlassen bewertet werden muss.

Die einzelnen noch beabsichtigten Maßnahmen zum Stand 31.12.2025 ergeben einen Betrag von 2.276 TEuro (Vorjahr: 2.030 TEuro). Unter anderem sind Rückstellungen für verschiedene Sanierungsmaßnahmen in Schulen und die Reparatur verschiedener Blitzschutzanlagen an Gebäuden gebildet worden (siehe nachstehende Tabelle).

Produktkonto 011305.271100/721504		
Objekt	**Maßnahme**	**Euro**
Verschiedene Gebäude	Mängelbeseitigungsarbeiten nach DGUV beziehungsweise ASSR	90.529,50
Rosa-Parks-Gesamtschule	Kanalsanierung 2. Bauabschnitt	130.000,00
Rathaus Beckum	Abriss der Grenzmauer an der Alleestraße	88.600,00
Wehrturm	Dachsanierung	48.000,00
Soestwarte	Soestwarte, Abriss und Neubau Treppe	48.457,40
	Summe	**405.586,90**

Produktkonto 120101.271101/724230		
Objekt	**Maßnahme**	**Euro**
Straße B 58	Rückstellung für Straßenunterhaltung B 58 nach Abstufung	260.000,00

Produktkonto 120101.271103/721605		
Objekt	**Maßnahme**	**Euro**
BW 07, Zementstraße über Gleisanlagen und Römerstraße	Brückensanierung	1.610.650,00

Sonstige Rückstellungen

Für Verpflichtungen, die dem Grunde oder der Höhe nach zum Abschlussstichtag noch nicht genau bekannt sind, müssen gemäß § 37 Absatz 5 KomHVO Rückstellungen angesetzt werden, sofern der zu leistende Betrag nicht geringfügig ist. Bilanziert sind 3.749 TEuro (Vorjahr: 4.362 TEuro).

Gebildet wurden Rückstellungen unter anderem für bis zum Abschlussstichtag noch nicht genommenen Urlaub der Beschäftigten, nicht bezahlte Überstunden, Altersteilzeit, Pächtereinbauten, Steuernachzahlungen für Betriebe gewerblicher Art (BgA) und so weiter sowie für Prüfungsgebühren.

Der Rückstellungsbetrag für die ungewissen Verbindlichkeiten enthält unter anderem einen Betrag von 300 TEuro für die eventuelle Verpflichtung zur Rückzahlung von Leistungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) eine Rückstellung für zurückzuzahlende Konzessionsabgaben (335 TEuro) und eine Rückstellung für die Bodenentsorgung „Alte Kläranlage“ (155 TEuro).

Verbindlichkeiten

Der Bilanzausweis der Verbindlichkeiten orientiert sich im Wesentlichen an den Arten der Verbindlichkeiten, zum Beispiel aus Krediten für Investitionen und zur Liquiditätssicherung sowie aus Lieferungen und Leistungen oder erhaltene Anzahlungen aus Zuwendungen und Zuschüssen, die zweckgebunden sind und noch nicht verwendet wurden. Bilanziert sind 57.501 TEuro (Vorjahr: 50.518 TEuro).

Anleihen

Anleihen sind nicht vorhanden.

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sind mit 11.494 TEuro (Vorjahr: 7.719 TEuro) vorhanden. Es handelt sich hier um eine Darlehensaufnahme aus dem Programm „NRW.BANK.Gute Schule 2020“. Vom Land werden hierzu Schuldendiensthilfen gewährt, so dass die Zins- und Tilgungsleistungen vom Land Nordrhein-Westfalen übernommen werden und die Verbindlichkeit über einen Zeitraum von 20 Jahren sukzessive verringert wird. Aktuell beträgt der Bestand 684 TEuro. Weiterhin wurde ein Investitionskredit von 2.290 TEuro aufgenommen. Im Rahmen einer nachholenden Kreditaufnahme nach § 89 Absatz 2 GO NRW mussten zur Umschuldung von zum 31.12.2025 zu bilanzierenden Liquiditätskrediten im Jahr 2026 noch 1.323 TEuro aufgenommen werden.

Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

Zum Bilanzstichtag betragen die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung 2.606 TEuro (Vorjahr: 1.382 TEuro). Es handelt sich hier um Liquiditätskredite aus dem Programm „NRW.BANK Gute Schule 2020“, bilanziert mit 1.282 TEuro (Vorjahr: 1.382 TEuro). Vom Land werden

hierzu Schuldendiensthilfen gewährt, so dass die Zins- und Tilgungsleistungen vom Land Nordrhein-Westfalen übernommen werden und die Verbindlichkeit über einen Zeitraum von 20 Jahren sukzessive verringert wird. Ferner war ein Liquiditätskredit von 1.324 TEuro (Vorjahr: 0 Euro) gegenüber dem Städtischen Abwasserbetrieb Beckum zu bilanzieren.

Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Es handelt sich hierbei zum einen um Verpflichtungen der Stadt Beckum gegenüber den Beschäftigten aus gewährten Zinszuschüssen. Am 31.12.2025 beträgt die Summe dieser Verbindlichkeiten 3 TEuro (Vorjahr: 8 TEuro). Zum anderen werden hier Verbindlichkeiten ausgewiesen, die sich aus der treuhänderischen Flächenentwicklung durch die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH auf der Grundlage des mit dieser bestehenden Entwicklungsträgervertrages ergeben. Diese betragen 4.744 TEuro (Vorjahr: 4.855 TEuro).

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind Verpflichtungen auf Grund von Kauf- und Werkverträgen, Dienstleistungsverträgen, Miet- und Pachtverträgen und ähnlichen Verträgen, bei denen die Erbringung der Zahlung für eine empfangene Leistung noch aussteht. Am 31.12.2025 betragen diese Verbindlichkeiten 5.175 TEuro (Vorjahr: 6.218 TEuro).

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen sind unter anderem erhaltene Anzahlungen aus Zuwendungen Dritter, die bisher nicht verwendet wurden. Dies sind insbesondere Betriebskostenzuschüsse für die Kindertageseinrichtungen und Zuwendungen verschiedener Art im Schulbereich, die aufgrund des jahresübergreifenden Kindergarten-/Schuljahres erst im folgenden Jahr weitergeleitet werden.

Die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen betragen am 31.12.2025 14.991 TEuro. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich unter anderem aus höheren zum Stichtag 31.12.2025 noch offenen Verbindlichkeiten bei den Zuweisungen vom Land für die Schulen und den Zuschüssen für die Kindertageseinrichtungen.

Erhaltene Anzahlungen

Unter diesem Bilanzposten werden zum Beispiel erhaltene Zuwendungen für noch im Bau befindliche Gebäude, im Bau befindliche Aufbauten auf unbebauten Grundstücken, erhaltene Erschließungsbeiträge und Beiträge nach KAG für noch nicht fertig gestellte Straßenbaumaßnahmen ausgewiesen. Die erhaltenen Anzahlungen werden mit einem Betrag von 12.745 TEuro (Vorjahr: 10.049 TEuro) bilanziert. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus der noch nicht zugeordneten Investitionspauschale.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind ein Auffangposten für die nicht unter einem vorhergehenden Posten gesondert auszuweisenden Verbindlichkeiten. Hierunter fallen unter anderem Verbindlichkeiten aus Verwahrungen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit einem Betrag von 5.743 TEuro (Vorjahr: 6.540 TEuro) ausgewiesen.

Passive Rechnungsabgrenzung

Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite sind anzusetzen, wenn Einzahlungen vor dem Abschlussstichtag geleistet werden, diese aber Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die Stadt Beckum unterhält 2 kommunale Friedhöfe. Die generelle Nutzungsdauer einer Grabstätte beträgt 30 Jahre. Die hierfür erhobenen Bestattungsgebühren wurden entsprechend abgegrenzt. Sofern für Wiedererwerbe und so weiter andere Nutzungszeiten gelten, wurden diese entsprechend berücksichtigt.

Weiterhin wurden für die Weiterleitung von Zuwendungen an Dritte, die mit einer mehrjährigen und einklagbaren Gegenleistungsverpflichtung verbunden sind und weitere, bereits im Jahr 2024 eingezahlte Beträge, entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten betragen zum Bilanzstichtag 10.643 TEuro (Vorjahr: 10.777 TEuro).

2.3 Angaben zu außerplanmäßigen Abschreibungen

Im Haushaltsjahr wurden für Vermögensgegenstände des Anlagevermögens außerplanmäßige Abschreibungen mit 66 TEuro gebucht. Dies sind Abschreibungen gemäß § 36 Absatz 6 KomHVO NRW aus der außerplanmäßigen Abschreibung unter anderem von Verschrottungen der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Hardware an Schulen, Küchenmöbel und – geräte, Mobiliar Übergangsheime), sowie des Infrastrukturvermögens vor Ablauf der Nutzungsdauer. Diesen außerplanmäßigen Abschreibungen stehen außerplanmäßige Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen von 31 TEuro und der Auflösung von sonstigen Sonderposten von 2 TEuro gegenüber.

2.4 Noch nicht abgerechnete Erschließungsbeiträge für abgeschlossene Maßnahmen

Im Haushaltsjahr 2025 waren keine Beiträge nach dem Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) abzurechnen.

2.5 Angaben zu den Positionen der Ergebnis- und Finanzrechnung

Ordentliche Erträge

Die Steuern und ähnliche Abgaben enthalten im Wesentlichen die Gewerbesteuer (34.010 TEuro), den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (21.217 TEuro) die Grundsteuer B für Wohngebäude (4.724 TEuro), Grundsteuer B für Nichtwohngebäude (2.689 TEuro), den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (4.087 TEuro) und den Gemeindeanteil an der Kompensationszahlung (2.002 TEuro).

Im Bereich der Gewerbesteuer sind Mehrerträge von 11.510 TEuro gegenüber dem Planansatz ausgewiesen. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer erhöhte sich im Ergebnis um 138 TEuro gegenüber dem Planansatz.

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen betragen insgesamt 38.587 TEuro. Hierin enthalten sind Erträge aus der Auflösung der Sonderposten aus Zuwendungen von rund 4.088 TEuro. Hiervon entfallen 31 TEuro auf außerplanmäßige Auflösungen von Sonderposten.

Die sonstigen Transfererträge sind um 698 TEuro gegenüber dem geplanten Ansatz von 2.537 TEuro höher ausgewiesen. Dies ist auf höhere Erstattungen von sozialen Leistungen zurückzuführen.

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (16.791 TEuro) enthalten Erträge aus Verwaltungsgebühren (976 TEuro), Benutzungsgebühren (14.460 TEuro), Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge (1.190 TEuro) und Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für den Gebührenausgleich Bestattungswesen (48 TEuro), für den Gebührenausgleich Winterdienst (18 TEuro), für den Gebührenausgleich Straßenreinigung (10 TEuro) sowie Abfallbeseitigung (100 TEuro).

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte (1.057 TEuro) ergeben sich unter anderem aus Mieten und Pachten (740 TEuro), Erträgen aus Verkauf (192 TEuro) und Erträgen aus Musikveranstaltungen und Veranstaltungen des Stadtmarketings (125 TEuro).

Zu den Kostenerstattungen und -umlagen (2.765 TEuro) gehören hauptsächlich Erstattungen für Personal- und Sachkosten für den Bereich „Feuerwehr und Brandschutz" (unter anderem Brandschutzdienststelle), Erstattungen anderer Kommunen aufgrund von Dienstherrenwechsel und Erstattungen für Vorausleistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Die Erstattungen für Personal- und Sachkosten durch die städtischen Eigenbetriebe wurde gegen den Personal- und Sachaufwand gebucht, so dass im Aufwandsbereich entsprechend reduzierte Ergebnisse ausgewiesen werden.

Die Position der sonstigen ordentlichen Erträge (6.784 TEuro) beinhaltet unter anderem die Konzessionsabgaben (1.607 TEuro), Säumniszuschläge und Zinsen nach der Abgabenordnung (217 TEuro), Zinsen für Gewerbesteuernachforderungen (97 TEuro), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (2.749 TEuro) und Erträge aus abgeschriebenen Forderungen (223 TEuro) sowie Erträge aus dem Verkauf von Umlaufvermögen (1.075 TEuro).

Ordentliche Aufwendungen

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen beinhalten die Entgelte und Dienstbezüge für die aktiven und ehemaligen Beschäftigten der Stadt Beckum (35.697 TEuro). Insgesamt ergibt sich hier ein Minderaufwand von 6 TEuro gegenüber den Ansätzen. Bei den Dienstaufwendungen für Beamte belaufen sich die Minderaufwendungen auf 253 TEuro und bei den Tariflich Beschäftigten auf 489 TEuro. Demgegenüber mussten aufgrund höherer Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger 703 TEuro mehr als geplant aufgewendet werden.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (24.976 TEuro) ergeben sich im Wesentlichen aus den Unterhaltungsaufwendungen und den Bewirtschaftungskosten der Grundstücke, baulichen Anlagen und des Infrastrukturvermögens (12.562 TEuro) sowie aus den Unterhaltungsaufwendungen für das bewegliche Vermögen (606 TEuro), den Aufwendungen für Lernmittel (153 TEuro), den Aufwendungen für sonstige Sachleistungen (4.910 TEuro) und den Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen (2.958 TEuro).

Insgesamt wurden hier unter Berücksichtigung von Ermächtigungsübertragungen aus dem Jahr 2024 Mehraufwendungen von rund 901 TEuro verbucht.

In den bilanziellen Abschreibungen (7.542 TEuro) sind im Wesentlichen Abschreibungen auf Sachanlagen (7.388 TEuro) enthalten.

Die Transferaufwendungen (64.829 TEuro) schließen mit einem Mehraufwand von rund 3.304 TEuro ab. Dies ist insbesondere bedingt durch höhere Sozialtransferaufwendungen (2.199 TEuro) und eine durch höhere Einzahlungen aus der Gewerbesteuer bedingte höhere Gewerbesteuerumlage (+1.112 TEuro).

Des Weiteren beinhalten die Transferaufwendungen die Kreisumlage (23.295 TEuro) und den Aufwand für die Krankenhausfinanzierung (635 TEuro).

An sonstigen ordentlichen Aufwendungen wurden 7.178 TEuro aufgewandt. Die Verringerung von 109 TEuro gegenüber dem Vorjahresergebnis ist bedingt durch eine Vielzahl von geringeren Aufwandspositionen, denen aber auch verschiedene höhere Aufwandspositionen entgegenstehen.

Finanzergebnis

Bei den Finanzerträgen (664 TEuro) ergibt sich ein Mehrertrag von rund 105 TEuro. Dies ist den höheren ausgeschütteten Gewinnanteilen aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen geschuldet.

An Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen mussten 438 TEuro aufgewendet werden.

Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit können von den Erträgen und Aufwendungen abweichen, da nicht alle Erträge und Aufwendungen zahlungswirksam sind.

Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit schließt mit einem positiven Ergebnis von rund 1.648 TEuro ab.

Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Die Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit schließen mit einem negativen Ergebnis von rund 7.734 TEuro ab.

Hier ist zu berücksichtigen, dass Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsjahr 2024 von rund 10.833 TEuro vorhanden waren, die zu einer Erhöhung der Ermächtigungen im Haushaltsjahr 2025 geführt haben. Die diesen Ermächtigungsübertragungen zugehörigen Maßnahmen wurden – soweit möglich – vorrangig weitergeführt. In das Jahr 2026 wurden insbesondere zur Fortführung von Bau- und Beschaffungsmaßnahmen und zur Erfüllung von Verbindlichkeiten insgesamt 6.495 TEuro übertragen.

Insgesamt ergibt sich aus dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Saldo aus Investitionstätigkeit ein Finanzmittelfehlbetrag von 6.087 TEuro.

Finanzierungstätigkeit

Unter dieser Position werden die Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen und die Tilgung und Gewährung von Krediten für Investitionen ausgewiesen. Gleiches gilt für die Aufnahme und Tilgung von Liquiditätskrediten.

Im Bereich der Liquiditätskredite werden die im Laufe des Jahres entstehenden Einzahlungen und Auszahlungen kumuliert ausgewiesen.

2.6 Erläuterungen zu Haftungsverhältnissen und Bestellungen von Sicherheiten, aus denen sich künftig erhebliche finanzielle Verpflichtungen ergeben können

Verpflichtungen aus Bürgschaften sind zum Stichtag 31.12.2025 mit 10.916 TEuro vorhanden. Es handelt sich um Patronatserklärungen für die Kindertagesstätte „Vellerner Straße“ (2.340 TEuro), die Kindertagesstätte „Die Grashüpfer“ (3.016 TEuro) und einer Ausfallbürgschaft für den treuhänderischen Erwerb und die Entwicklung einer Grundstücksfläche gegenüber der Sparkasse Münsterland Ost.

Neben dem Contractingvertrag zur Energieeinsparung in Gebäuden und Einrichtungen (jährlicher Aufwandsbetrag 628 TEuro) bestehen im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit keine erheblichen Verpflichtungen.

Im Bereich der Investitionstätigkeit entstehen erhebliche Verpflichtungen im Rahmen der im Haushaltsplan zu Baumaßnahmen eingeräumten Verpflichtungsermächtigungen. Diese sind im Rahmen der Finanzplanung finanziert.

2.7 Forderungsspiegel

Der dem Anhang beizufügende Forderungsspiegel nach § 47 KomHVO NRW ist mindestens entsprechend § 42 Absatz 3 Nr. 2.2.1 und 2.2.2 KomHVO NRW zu gliedern und ist als **Anlage 1** beigefügt.

2.8 Verbindlichkeitenspiegel

Der Verbindlichkeitenspiegel nach § 48 KomHVO NRW ist in seiner Gliederung festgelegt. Er wurde nach dem vom Innenministerium empfohlenen Muster erstellt und ist als **Anlage 2** beigefügt.

2.9 Anlagenspiegel

Im Anlagenspiegel ist die Entwicklung der Posten des Anlagevermögens darzustellen. Er ist mindestens entsprechend § 42 Absatz 3 Nr. 1 KomHVO NRW zu gliedern.

Zu den Posten sind nach § 46 Absatz 2 Satz 2 jeweils die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die Zugänge, Abgänge und Umbuchungen, die Zuschreibungen, die kumulierten Abschreibungen, die Buchwerte am Abschlussstichtag und am vorherigen Abschlussstichtag und die Abschreibungen im Haushaltsjahr anzugeben.

Der Anlagenspiegel ist als **Anlage 3** beigefügt.

2.10 Rückstellungsspiegel

Mit dem Rückstellungsspiegel soll ein detaillierter Überblick über den Stand und den Umfang der gemeindlichen Rückstellungen am Abschlussstichtag gegeben werden.

Für die Gestaltung sind keine Formvorschriften zu beachten.

Der Rückstellungsspiegel ist als **Anlage 4** beigefügt.

2.11 Eigenkapitalspiegel

Der nach § 45 Absatz 3 KomHVO NRW aufzustellende Eigenkapitalspiegel ist als **Anlage 5** beigefügt.

2.12 Ermächtigungsübertragung

Ermächtigungen für Aufwendungen werden mit 582 TEuro (Vorjahr: 818 TEuro) übertragen.

Für die korrespondierenden Auszahlungen zu den übertragenen Ermächtigungen für Aufwendungen werden ebenfalls Ermächtigungen übertragen. Gleiches gilt für eventuelle Auszahlungen zu gebildeten Rückstellungen. Weiterhin werden für die Auszahlungen im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit, deren Fälligkeit im Folgejahr zu bedienen ist, Übertragungen von 11.255 TEuro vorgenommen, um nicht bereits die Planansätze 2026 zu belasten. Insgesamt werden 15.360 TEuro übertragen.

Investive Auszahlungsermächtigungen wurden mit 1.479 TEuro für noch ausstehende Fälligkeiten im Folgejahr und mit 5.016 TEuro für noch nicht abgeschlossene Maßnahmen gebildet.

Die Ermächtigungsübertragungen belasten das Jahresergebnis des Folgejahres, soweit sie in Anspruch genommen werden.

Zu den Ermächtigungsübertragungen ist als **Anlage 6** eine entsprechende Übersicht beigefügt.

2.13 Angaben gemäß § 38 Absatz 2 Satz 2 KomHVO NRW

Sofern eine Kommune von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichtes Gebrauch macht, sind in den Anhang des kommunalen Jahresabschlusses Angaben zu Erträgen und Aufwendungen mit den einzubeziehenden vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereichen aufzunehmen.

Eine entsprechende Übersicht zum letzten verfügbaren Jahresabschluss 2024 ist als **Anlage 7** beigefügt.

2.14 Angaben gemäß § 45 Absatz 2 Nummer 10 KomHVO NRW

Gesondert anzugeben sind Name und Sitz anderer Unternehmen, die Höhe des Anteils am Kapital, das Eigenkapital und das Ergebnis des letzten Geschäftsjahrs dieser Unternehmen, für das ein Jahresabschluss vorliegt, soweit es sich um Beteiligungen im Sinne des § 271 Absatz 1 Handelsgesetzbuch handelt.
Eine entsprechende Übersicht ist als **Anlage 8** beigefügt.

2.15 Übersicht gemäß § 95 Absatz 3 GO NRW

Am Schluss des Anhangs sind die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister, die Mitglieder des Rates, die Beigeordneten und die Kämmerin oder der Kämmerer, auch wenn sie im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, mit dem Familiennamen und mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen anzugeben.

Eine entsprechende Übersicht ist als **Anlage 9** beigefügt.

2.16 Gleichstellungsplan

Der Rat der Stadt Beckum hat am 07.03.2024 den Gleichstellungsplan für die Stadt Beckum beschlossen. Der Plan ist für die Jahre 2024 bis 2028 gültig.

aufgestellt:
Beckum, 05.08.2026

gezeichnet

Maria Schlieper
Stellvertretende Kämmerin

bestätigt:
Beckum, 05.08.2026

gezeichnet

Thomas Wulf
Allgemeiner Vertreter

Anlagen zum Anhang

3 Forderungsspiegel – Anlage 1 –

Art der Forderungen	Gesamtbetrag am. 31.12.2025 EUR	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag 2024 EUR
		bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	
	1	2	3	4	5
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	**25.329.609,97**	**23.378.097,23**	**748.589,82**	**1.202.922,92**	**23.305.486,56**
1.1 Gebühren	1.706.433,10	1.705.495,28	937,82	0,00	1.109.222,69
1.2 Beiträge	178.705,44	46.420,52	0,00	132.284,92	325.246,65
1.3 Steuern	1.869.271,29	1.869.271,29	0,00	0,00	1.346.633,01
1.4 Forderungen aus Transferleistungen	19.185.904,86	17.368.866,86	746.400,00	1.070.638,00	17.698.610,49
1.5 sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	2.389.295,28	2.388.043,28	1.252,00	0,00	2.825.773,72
2. Privatrechtliche Forderungen	**3.844.072,40**	**3.842.972,40**	**1.100,00**	**0,00**	**3.434.922,61**
2.1 gegenüber dem privaten Bereich	2.842.711,58	2.841.611,58	1.100,00	0,00	2.517.094,06
2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	334.198,64	334.198,64	0,00	0,00	317.920,23
2.3 gegenüber verbundenen Unternehmen	667.162,18	667.162,18	0,00	0,00	599.908,32
2.4 gegenüber Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5 gegenüber Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	**39.245,77**	**39.245,77**	**0,00**	**0,00**	**36.047,98**
4. Summe aller Forderungen	**29.212.928,14**	**27.260.315,40**	**749.689,82**	**1.202.922,92**	**26.776.457,15**

Erläuterung zur Wertberichtigung

Art der Forderungen	Gesamtbetrag vor Wertberichtigung am 31.12.2025 in Euro	Einzelwertberichtigung zum 31.12.2025 in Euro	Pauschalwert-berichtigung zum 31.12.2025 in Euro	Gesamtbetrag am 31.12.2025 in Euro
	1	2	3	4
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	**27.548.236,24**	**2.017.155,72**	**201.470,55**	**25.329.609,97**
1.1 Gebühren	2.334.520,83	618.706,15	9.381,58	1.706.433,10
1.2 Beiträge	178.705,44	0,00	0,00	178.705,44
1.3 Steuern	2.505.844,16	545.231,40	91.341,47	1.869.271,29
1.4 Forderungen aus Transferleistungen	19.185.904,86	0,00	0,00	19.185.904,86
1.5 sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	3.343.260,95	853.218,17	100.747,50	2.389.295,28
2. Privatrechtliche Forderungen	**4.987.687,34**	**995.162,82**	**148.452,12**	**3.844.072,40**
2.1 gegenüber dem privaten Bereich	3.986.326,52	995.162,82	148.452,12	2.842.711,58
2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	334.198,64	0,00	0,00	334.198,64
2.3 gegenüber verbundenen Unternehmen	667.162,18	0,00	0,00	667.162,18
3. Sonstige Vermögensgegenstände	**39.245,77**	**0,00**	**0,00**	**39.245,77**
4. Summe aller Forderungen	**32.575.169,35**	**3.012.318,54**	**349.922,67**	**29.212.928,14**

4 Verbindlichkeitenspiegel – Anlage 2 –

Art der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag 2025 EUR	mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	Gesamtbetrag 2024 EUR
	1	2	3	4	5
1. Anleihen	**0,00**	**0,00**		**0,00**	**0,00**
1.1 für Investitionen	0,00	0,00		0,00	0,00
1.2 zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00		0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	**11.494.100,73**	**331.530,47**	**915.606,54**	**10.246.963,72**	**7.719.275,41**
2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2 von Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3 von Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4 vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.1 vom Bund	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.2 vom Land	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.3 von Gemeinden und Gemeindeverbänden (GV)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.4 von Zweckverbänden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5. vom privaten Kreditmarkt	11.494.100,73	331.530,47	915.606,54	10.246.963,72	7.719.275,41
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten	10.809.988,73	281.838,47	667.146,54	9.861.003,72	6.6985.471,41
2.5.2 von übrigen Kreditgebern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5.3 von der NRW Bank für Gute Schule 2020	684.112,00	49.692,00	248.460,00	385.960,00	733.804,00
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	**2.606.175,31**	**1.423.557,31**	**497.940,00**	**684.678,00**	**1.381.794,00**
3.1 von Banken und Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.2 vom privaten Kreditmarkt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.3 von der NRW Bank für Gute Schule 2020	1.282.206,00	99.588,00	497.940,00	684.678,00	1.381.794,00
3.4 von eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen	1.323.969,31	1.323.969,31	0,00	0,00	0,00
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen *)	**4.747.551,61**	**2.477,24**	**4.745.074,37**	**0,00**	**4.862.908,13**
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	**5.174.511,33**	**5.162.331,61**	**12.179,72**	**0,00**	**6.217.660,48**
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	**14.990.765,27**	**14.990.765,27**	**0,00**	**0,00**	**13.747.599,11**
7. Erhaltene Anzahlungen aus Sonderposten	**12.744.565,92**	**12.744.565,92**	**0,00**	**0,00**	**10.048.619,17**
8. Sonstige Verbindlichkeiten	**5.743.137,54**	**5.735.892,54**	**7.245,00**	**0,00**	**6.540.243,95**
9. Summe aller Verbindlichkeiten	**57.500.807,71**	**40.391.120,36**	**6.178.540,98**	**10.931.641,72**	**50.518.100,25**
Nachrichtlich anzugeben:					
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten: z.B. Bürgschaften u.a.	**0,00**	**0,00**		**0,00**	**0,00**
Nachrichtlich anzugeben: **Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten:** z.B. Bürgschaften u.a.					

5 Anlagenspiegel – Anlage 3 –

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen und Zuschreibungen						Buchwert	
	Stand am 01.01.2025 Euro	Zugänge 2025 Euro	Abgänge 2025 Euro	Umbuchungen 2025 Euro	Stand am 31.12.2025 Euro	Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2024 Euro	Abschreibungen 2025 Euro	Zuschreibungen 2025 Euro	Umbuchungen 2025 Euro	Änderungen durch Zu- und Abgänge 2025 Euro	Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2025 Euro	am 31.12.2025 Euro	am 31.12.2024 Euro
		+	-	+/-			-	+	+/-	+/-	-		
- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -	- 10 -	- 11 -	- 12 -	- 13 -	- 14 -
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	**1.426.790,18**	**93.079,04**	**0,00**	**0,00**	**1.519.869,22**	**890.986,93**	**88.307,46**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**979.294,39**	**540.574,83**	**535.803,25**
2. Sachanlagen	**319.118.245,62**	**17.427.783,91**	**1.205.415,35**	**0,00**	**335.340.614,18**	**90.341.577,17**	**7.453.504,57**	**835,21**	**0,00**	**806.849,63**	**96.987.396,90**	**238.353.217,28**	**228.776.668,45**
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	**55.024.684,06**	**35.939,26**	**278.989,81**	**1.658.520,19**	**56.440.153,70**	**5.134.964,80**	**465.325,38**	**0,00**	**0,00**	**277.181,81**	**5.323.108,37**	**51.117.045,33**	**49.889.719,26**
2.1.1 Grünflächen	43.856.249,44	35.939,26	278.989,81	1.485.613,27	45.098.812,16	5.134.964,80	465.325,38	0,00	0,00	277.181,81	5.323.108,37	39.775.703,79	38.721.284,64
2.1.2 Ackerland	6.944.984,54	0,00	0,00	174.898,11	7.119.882,65	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.119.882,65	6.944.984,54
2.1.3 Wald, Forsten	3.206.068,12	0,00	0,00	-1.991,19	3.204.076,93	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.204.076,93	3.206.068,12
2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	1.017.381,96	0,00	0,00	0,00	1.017.381,96	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.017.381,96	1.017.381,96
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	**107.521.376,50**	**527,00**	**413.721,05**	**2.996.412,98**	**110.104.595,43**	**34.582.680,37**	**2.628.015,56**	**0,00**	**0,00**	**244.663,12**	**36.966.032,81**	**73.138.562,62**	**72.938.696,13**
2.2.1 Kindertageseinrichtungen	6.214.950,32	0,00	0,00	17.692,79	6.232.643,11	2.245.143,80	163.436,92	0,00	0,00	0,00	2.408.580,72	3.824.062,39	3.969.806,52
2.2.2 Schulen	67.120.637,25	0,00	19.521,05	1.682.484,59	68.783.600,79	23.013.939,96	1.736.418,62	0,00	0,00	19.499,05	24.730.859,53	44.052.741,26	44.106.697,29
2.2.3 Wohnbauten	3.135.258,36	0,00	0,00	0,00	3.135.258,36	722.377,46	47.090,75	0,00	0,00	0,00	769.468,21	2.365.790,15	2.412.880,90
2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	31.050.530,57	527,00	394.200,00	1.296.235,60	31.953.093,17	8.601.219,15	681.069,27	0,00	0,00	225.164,07	9.057.124,35	22.895.968,82	22.449.311,42
2.3 Infrastrukturvermögen	**119.532.639,29**	**3.214.242,51**	**126.912,89**	**4.789.246,54**	**127.409.215,45**	**37.878.077,77**	**2.342.888,30**	**0,00**	**0,00**	**93.993,15**	**40.126.972,92**	**87.282.242,53**	**81.654.561,52**
2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	19.644.234,03	81.959,98	32.915,77	76.080,45	19.769.358,69	52,14	0,00	0,00	0,00	0,03	52,11	19.769.306,58	19.644.181,89
2.3.2 Brücken und Tunnel	6.771.489,65	0,00	0,00	129.719,02	6.901.208,67	1.338.409,15	96.207,62	0,00	0,00	0,00	1.434.616,77	5.466.591,90	5.433.080,50
2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	445.494,69	0,00	0,00	29.914,15	475.408,84	28.825,93	11.289,33	0,00	0,00	0,00	40.115,26	435.293,58	416.668,76
2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	92.288.568,71	3.132.282,53	93.997,12	4.542.508,55	99.869.362,67	36.403.798,01	2.218.692,53	0,00	0,00	93.993,12	38.528.497,42	61.340.865,25	55.884.770,70
2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	382.852,21	0,00	0,00	11.024,37	393.876,58	106.992,54	16.698,82	0,00	0,00	0,00	123.691,36	270.185,22	275.859,67
2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	**1.459.384,12**	**0,00**	**0,00**	**6.186,20**	**1.465.570,32**	**339.737,26**	**49.027,39**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**388.764,65**	**1.076.805,67**	**1.119.646,86**

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen und Zuschreibungen						Buchwert	
	Stand am 01.01.2025 Euro	Zugänge 2025 Euro	Abgänge 2025 Euro	Umbuchungen 2025 Euro	Stand am 31.12.2025 Euro	Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2024 Euro	Abschreibungen 2025 Euro	Zuschreibungen 2025 Euro	Umbuchungen 2025 Euro	Änderungen durch Zu- und Abgänge 2025 Euro	Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2025 Euro	am 31.12.2025 Euro	am 31.12.2024 Euro
		+	-	+/-			-	+	+/-	+/-	-		
- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -	- 10 -	- 11 -	- 12 -	- 13 -	- 14 -
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	340.045,57	3.160,00	0,00	0,00	343.205,57	89,71	0,00	0,00	0,00	0,00	89,71	343.115,86	339.955,86
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	9.032.109,59	110.614,13	36.938,58	393.656,62	9.499.441,76	4.252.192,43	634.072,69	0,00	0,00	36.932,58	4.849.332,54	4.650.109,22	4.779.917,16
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.245.283,36	1.135.121,98	141.156,70	5.102,28	17.244.350,92	8.153.834,83	1.317.538,90	835,21	0,00	137.442,62	9.333.095,90	7.911.255,02	8.091.448,53
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	9.962.723,13	12.928.179,03	207.696,32	-9.849.124,81	12.834.081,03	0,00	16.636,35	0,00	0,00	16.636,35	0,00	12.834.081,03	9.962.723,13
3. Finanzanlagen	26.351.484,15	1.319.179,06	809,48	0,00	27.669.853,73	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	27.669.853,72	26.351.484,14
3.1 Anteile an verbundene Unternehmen	1.823.795,76	0,00	0,00	0,00	1.823.795,76	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.823.795,76	1.823.795,76
3.2 Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.3 Sondervermögen	15.096.149,76	0,00	0,00	0,00	15.096.149,76	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	15.096.149,75	15.096.149,75
3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	9.192.228,14	1.319.179,06	0,00	0,00	10.511.407,20	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10.511.407,20	9.192.228,14
3.5 Ausleihungen	239.310,49	0,00	809,48	0,00	238.501,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	238.501,01	239.310,49
3.5.1 an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.2 an Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.3 an Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.4 Sonstige Ausleihungen	239.310,49	0,00	809,48	0,00	238.501,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	238.501,01	239.310,49
4. Summe des Anlagevermögens	346.896.519,95	18.840.042,01	1.206.224,83	0,00	364.530.337,13	91.232.564,10	7.541.812,03	835,21	0,00	806.849,63	97.966.691,29	266.563.645,83	255.663.955,84

6 Rückstellungsspiegel – Anlage 5 –

Bilanzposition	Gesamtbetrag 01.01.2025	Veränderungen im Haushaltsjahr				
		Inanspruchnahme	Zuführung	Auflösung	Umbuchungen	Gesamtbetrag
	€	€	€	€	€	€
Pensionsrückstellungen nach BBesG und EFoG (Dienstbezüge)	18.027.606,00	0,00	2.260.881,00	393.816,00	-1.909.120,00	17.985.551,00
Pensionsrückstellungen nach BBesG und EFoG (Versorgungsbezüge)	23.297.446,00	2.940.321,77	3.580.027,77	1.057.523,00	1.909.120,00	24.788.749,00
Beihilferückstellungen Beamte (Aktive)	4.713.657,00	0,00	692.277,00	135.309,00	-406.107,00	4.864.518,00
Beihilferückstellungen Beamte (Versorgungsempfänger)	7.809.776,00	598.630,48	1.154.677,48	400.570,00	406.107,00	8.371.360,00
Rückstellungen für Entschädigung altersdiskriminierender Besoldung	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00
Rückstellungen für Deponien und Altlasten	75.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	75.000,00
Instandhaltungsrückstellungen (FD 65)	1.089.375,72	475.908,67	266.600,00	474.480,15	0,00	405.586,90
Instandhaltungsrückstellungen an Brücken (FD 66)	940.800,00	0,00	699.850,00	30.000,00	0,00	1.610.650,00
Instandhaltungsrückstellungen Straßen (FD 66)	0,00	0,00	260.000,00	0,00	0,00	260.000,00
Rückstellung für örtliche Prüfung	22.678,44	16.805,78	33.320,00	5.872,66	0,00	33.320,00
Rückstellung f. Altersteilzeit	172.431,00	43.000,00	36.400,00	0,00	0,00	165.831,00
Rückstellung für nicht genommenen Urlaub/geleistete Überstunden -Beamte-	318.117,82	318.117,82	327.717,74	0,00	0,00	327.717,74
Rückstellung für nicht genommenen Urlaub/geleistete Überstunden -tarifl. Beschäftigte-	1.241.148,88	1.241.148,88	1.351.560,85	0,00	0,00	1.351.560,85
Rückstellung für Erstattungsverpflicht. gem. § 107 b BeamtVG (Aktive)	53.613,00	0,00	5.406,00	0,00	0,00	59.019,00
Rückstellung für Erstattungsverpflicht. gem. § 107 b BeamtVG (Versorgungsempfänger)	447.527,00	0,00	9.338,00	0,00	0,00	456.865,00
Rückstellung für überörtliche Prüfungen	125.797,50	55.926,00	24.300,00	0,00	0,00	94.171,50
Rückstellung f. Prozesskosten, Anwaltshonorare, Bußgelder, Geldstrafen sowie Rechtsberatung	77.861,67	1.922,60	22.678,24	16.517,88	0,00	82.099,43
Rückstellung für Pächtereinbauten	152.447,11	0,00	4.573,41		0,00	157.020,52
Steuerrückstellungen für Betriebe gewerbl. Art (BgA)	22.700,00	13.976,43	152.700,00	8.723,57	0,00	152.700,00
Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	1.677.776,68	853.793,02	220.000,00	225.683,66	0,00	818.300,00
Gesamt	60.315.759,82	6.559.551,45	11.102.307,49	2.748.495,92	0,00	62.110.019,94

7 Eigenkapitalspiegel – Anlage 6 –

Bezeichnung		Bestand zum 31.12. des Vorjahres 2024	Verrechnung des Vorjahres-ergebnisses 2024	Verrechnungen mit der allgemeinen Rücklage nach § 44 Abs. 3 KomHVO im Haushaltsjahr 2025	Veränderungen der Sonderrücklage 2025	Jahresergebnis des Haushaltsjahres vor Beschluss über die Ergebnisverwendung 2025	Bestand am 31.12.des Haushaltsjahres 2025
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1.1	Allgemeine Rücklage	71.487.287,71	71.487.287,71	133.776,03	0,00		71.621.063,74
1.2	Sonderrücklagen	0,00	0,00		0,00		0,00
1.3	Ausgleichsrücklage	13.337.140,81	9.518.603,78				9.518.603,78
1.4	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-3.818.537,03	0,00			-640.316,59	-640.316,59
1.5	Nicht durche Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Gegenposten zu Aktiva)	0,00	0,00				0,00
Summe Eigenkapital		81.005.891,49	81.005.891,49				80.499.350,93
4.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00				0,00

8 Ermächtigungsübertragungen – Anlage 7 –

Ergebniplan/Aufwand			
Produktkonto	**Bezeichnung Produktkonto**	**Als Vormerkung nach 2026 übertragen in Euro**	**Als Rest nach 2026 übertragen in Euro**
- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -
011305.524100	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0,00	160.681,00
020501.525100	Haltung von Fahrzeugen	0,00	7.539,36
020501.541210	Ausbildung für Führerscheinklasse C / CE	0,00	11.002,76
020501.542950	Brandschutzbedarfsplan (Fortschr.) und Orga- Untersuchung	0,00	3.770,40
020505.541201	Ausbildung einschließlich Reisekosten	0,00	30.000,00
020505.525509	Unterh. (ohne Wertgrenze) von Inventar, Geräten u. Ausrüstung u.Ersatzbeschaffung (bis 60 €)	0,00	16.611,96
020505.542900	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	0,00	7.188,00
020505.542974	Orga-Untersuchung	0,00	11.309,76
030101.525510	Wartung und Sicherheitsüberprüfungen	0,00	3.500,00
030101.527102	Kosten für herkunftssprachl. Unterricht und Deutsch als Zweitsprache u. Fördermaterial	0,00	1.917,00
030101.531726	Weiterleitung d. Mittel f. Ganztagsschule an Kooperationspartner	0,00	60.000,00
030203.523700	Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an private Unternehmen	0,00	3.841,00
030205.523700	Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an private Unternehmen	0,00	3.443,00
030206.523700	Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an private Unternehmen	0,00	3.530,00
030207.523700	Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an private Unternehmen	0,00	3.962,00
030207.525513	Unterh. (ohne Wertgrenze) u. Beschaffung des bewegl. Verm. OGS (bis 60 €)	0,00	212,65
030501.527100	Beschaffung von Lernmitteln	0,00	1.993,37
030701.525511	Unterh. (ohne Wertgrenze) u. Beschaffungen (bis 60 €) des bewegl. Vermögens (versch. FD)	0,00	2.000,00
040301.525505	Unterh. (ohne Wertgrenze) u. Ersatzbeschaffung (bis 60 €) von Einrichtungsgegenständen	0,00	536,44
060108.525511	Unterh. (ohne Wertgrenze) u. Beschaffungen (bis 60 €) des bewegl. Vermögens (versch. FD)	0,00	800,00
080102.524100	Unterhaltung u.Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0,00	11.823,84
090101.542900	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	0,00	39.116,35
110501.528165	Sanierung Altlasten	0,00	3.000,00
120101.524212	Straßenunterhaltung durch Unternehmer	0,00	122.073,90
120101.524214	Unterhaltung an Brücken etc.	0,00	33.043,74
150101.528168	Innenstadtmanagement	0,00	1.989,30
150101.542972	Sonstige Aufwendungen Inanspruchname v. Rechten und Diensten Stadtmarketing	0,00	26.500,00

Ergebniplan/Aufwand			
Produktkonto	**Bezeichnung Produktkonto**	**Als Vormerkung nach 2026 übertragen in Euro**	**Als Rest nach 2026 übertragen in Euro**
- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -
150103.528035	Tourismusförderung (incl. Radtourismus)	0,00	3.332,35
150103.529147	Aufw. f. sonst. Dienstl. -Tourismusförderung (incl. Radtourismus) -	0,00	7.137,50
Gesamt	**Summe**	**0,00**	**581.855,68**

Finanzplan A/Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			
Produktkonto	**Bezeichnung Produktkonto**	**Als Vormerkung nach 2026 übertragen in Euro**	**Als Rest nach 2026 übertragen in Euro**
- 1 -	**- 2 -**	**- 3 -**	**- 4 -**
010101.725100	Haltung von Fahrzeugen	54,64	0,00
010101.742100	Auszahlungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	11.437,12	0,00
010101.742101	Auszahlungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	480,00	0,00
010101.749200	Fraktionszuwendungen	247,50	0,00
010201.729100	EB SBB Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	238,00	0,00
010203.743101	Amtl. Blätter, Zeitschriften und Bücher	32,90	0,00
010401.743101	Amtl. Blätter, Zeitschriften und Bücher	972,50	0,00
010401.749905	Auszahlungen Umsatzsteuer	257,22	0,00
010501.742931	Auszahlung von Rückstellungen aus örtlichen Prüfungen	16.805,78	33.320,00
010601.725100	Haltung von Fahrzeugen	587,61	0,00
010601.725103	EB SBB Haltung von Fahrzeugen	241,11	0,00
010601.728100	Auszahlungen für sonstige Sachleistungen	2.837,32	0,00
010601.729100	EB SBB Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	130,13	0,00
010601.741202	Fortbildung einschließlich Reisekosten	355,81	0,00
010601.741203	Anschaffung und Unterhaltung von Dienst- und Schutzkleidung	52,96	0,00
010601.742202	Mieten für Druck- und Kopiergeräte	15.394,14	0,00
010601.742207	Mieten und Nebenkosten	10,57	0,00
010601.743101	Amtl. Blätter, Zeitschriften und Bücher	24,00	0,00
010601.743126	Portogebühren	5.247,65	0,00
010601.749905	Auszahlungen Umsatzsteuer	2,51	0,00
010605.743106	Kosten für die Fertigung von Ausweispapieren	9.857,15	0,00
010605.749915	Weiterleitung vereinnahmte Beträge	48.521,15	0,00
010701.728100	Auszahlungen für sonstige Sachleistungen	112,56	0,00
010701.743128	Drucksachen und sonstiger Bürobedarf	35,70	0,00
010801.701105	Ausz. v. Rückstellungen f. Entschäd. altersdiskrimin. Besoldung	0,00	50.000,00
010801.704101	Amtsärztliche Untersuchungen	291,66	0,00
010801.741108	Auszahlungen f die Sparkassen Pensionskassen	43,20	0,00
010801.741201	Ausbildung einschließlich Reisekosten	8.486,57	0,00
010801.741208	Sicherheitstechnische und arbeitsmedizinische Betreuung	30.657,66	0,00
010801.741222	Gesundheitsmanagement	1.787,28	0,00
010801.743101	Amtl. Blätter, Zeitschriften und Bücher	907,48	0,00
010801.743103	Bekanntmachungen	10.011,02	0,00
010801.743107	Kränze, Nachrufe u.a. für Bedienstete u. Ratsmitglieder	2.136,84	0,00
010901.741202	Fortbildung einschließlich Reisekosten	1.023,40	0,00
010901.742932	Auszahlungen von Rückstellungen aus überörtl. Prüfungen	0,00	86.232,60

Finanzplan A/Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			
Produktkonto	**Bezeichnung Produktkonto**	**Als Vormerkung nach 2026 übertragen in Euro**	**Als Rest nach 2026 übertragen in Euro**
- 1 -	**- 2 -**	**- 3 -**	**- 4 -**
010901.744107	Auszahlungen für Steuerrück stellungen f. Betriebe gewerbl Art (BGA)	0,00	130.000,00
010903.742900	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	2.671,91	0,00
010903.742932	Auszahlungen von Rückstellungen aus überörtl. Prüfungen	0,00	7.938,90
010903.743101	Amtl. Blätter, Zeitschriften und Bücher	124,30	0,00
010903.743128	Drucksachen und sonstiger Bürobedarf	41,97	0,00
010905.743101	Amtl. Blätter, Zeitschriften und Bücher	310,90	0,00
011001.725508	Wartungs- und Pflegek. (ohne Wertgrenze) für die DV-Anlage u. Ersatzbeschaffung (bis 60€]	152,64	0,00
011001.741203	Anschaffung und Unterhaltung von Dienst- und Schutzkleidung	459,72	0,00
011001.742915	Kosten f. Planung, Beratung u. Dienstleistungen f.d. DV durch Externe	8.320,53	0,00
011001.742917	Lizenzgebühren, Miete, Pflegekosten u Nutzungsentgeld für Software	1.212,65	0,00
011001.743125	Fernsprechgebühren	4.823,77	0,00
011001.749905	Auszahlungen Umsatzsteuer	366,77	0,00
011002.725500	Unterhaltung (ohne Wertgrenze) u. Beschaffungen (bis 60 €) des beweglichen Vermögens	227,38	0,00
011002.742915	Kosten f. Planung, Beratung u. Dienstleistungen durch Externe	110,49	0,00
011002.742917	Lizenzgebühren, Miete, Pflegekosten u Nutzungsentgelt für Software	355,89	0,00
011002.749905	Auszahlungen Umsatzsteuer	45,80	0,00
011101.742935	Auszahlungen aus Rückstellungen für Prozess- kosten, Anwaltshonorare, Bußgelder, Geldstrafen sowie Rechtsberatung	0,00	82.099,43
011101.743101	Amtl. Blätter, Zeitschriften und Bücher	19,92	0,00
011301.724111	Steuern und Abgaben (FD 69)	4.503,46	0,00
011301.742900	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	26.351,90	0,00
011301.743101	Amtl. Blätter, Zeitschriften und Bücher	48,80	0,00
011305.721504	Auszahlungen für Instandhaltungsrückstellungen	0,00	405.586,90
011305.724100	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	102.168,69	160.681,00
011305.724103	Steuern und Abgaben	528,05	0,00
011305.724105	Heizenergiekosten	660.028,76	0,00
011305.724106	Reinigungsmittel, Reinigungskosten	76.556,56	0,00
011305.724107	Wasserverbrauch	191,67	0,00
011305.724109	Stromverbrauch	26.445,57	0,00
011305.724116	Hausmeisterbedarf	60,58	0,00
011305.725100	Haltung von Fahrzeugen	151,54	0,00

Finanzplan A/Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			
Produktkonto	**Bezeichnung Produktkonto**	**Als Vormerkung nach 2026 übertragen in Euro**	**Als Rest nach 2026 übertragen in Euro**
- 1 -	**- 2 -**	**- 3 -**	**- 4 -**
011305.725103	EB SBB Haltung von Fahrzeugen	227,01	0,00
011305.725500	Unterhaltung (ohne Wertgrenze) u. Beschaffungen (bis 60 €) des beweglichen Vermögens	30,09	0,00
011305.728044	Ratten- und Seuchenbekämpfung für Gebäude und Außenflächen	493,26	0,00
011305.729100	EB SBB Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	9.412,18	0,00
011305.729160	Contractingrate	52.295,50	0,00
011305.729182	Sicherheitsüberprüfungen	5.593,00	0,00
011305.741203	Anschaffung und Unterhaltung von Dienst- und Schutzkleidung	187,08	0,00
011305.742900	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	12.550,93	0,00
011305.743101	Amtl. Blätter, Zeitschriften und Bücher	212,00	0,00
011305.744801	Kosten f. Versicherungsschäden	2.370,31	0,00
011305.749905	Auszahlungen Umsatzsteuer	25,04	0,00
020101.728124	Kosten der Ersatzvornahme	1.125,22	0,00
020101.729100	EB SBB Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	2.516,58	0,00
020101.731800	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	1.450,00	0,00
020101.741203	Anschaffung und Unterhaltung von Dienst- und Schutzkleidung	9,52	0,00
020101.742926	Kosten für Gutachten PSYCHKG	552,99	0,00
020101.743101	Amtl. Blätter, Zeitschriften und Bücher	62,50	0,00
020105.728104	EB SBB Reinigung Wochenmarkt	1.918,63	0,00
020501.723501	Benutzungsgebühren f. städt. Bäder d. Kräfte d. Feuerwehr	275,00	0,00
020501.725100	Haltung von Fahrzeugen	2.777,37	7.539,36
020501.725103	EB SBB Haltung von Fahrzeugen	597,00	0,00
020501.725509	Unterh. (ohne Wertgrenze) von Inventar, Geräten u. Ausrüstung u.Ersatzbeschaffung (bis 60 €)	328,32	0,00
020501.741201	Ausbildung einschließlich Reisekosten	50.203,24	0,00
020501.741203	Anschaffung und Unterhaltung von Dienst- und Schutzkleidung	457,78	0,00
020501.741210	Ausbildung für Führerscheinklasse C / CE	885,07	11.002,76
020501.742103	Verdienstausfall für Feuerwehreinsätze	2.837,26	0,00
020501.742950	Brandschutzbedarfsplan (Fortschr.) und Orga- Untersuchung	0,00	3.770,40
020501.743126	Portogebühren	317,15	0,00
020505.725100	Haltung von Fahrzeugen	7.787,67	0,00
020505.725500	Unterhaltung (ohne Wertgrenze) u. Beschaffungen (bis 60 €) des beweglichen Vermögens	13,83	0,00
020505.725509	Unterh. (ohne Wertgrenze) von Inventar, Geräten u. Ausrüstung u.Ersatzbeschaffung (bis 60 €)	214,80	16.611,96

Finanzplan A/Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			
Produktkonto	**Bezeichnung Produktkonto**	**Als Vormerkung nach 2026 übertragen in Euro**	**Als Rest nach 2026 übertragen in Euro**
- 1 -	**- 2 -**	**- 3 -**	**- 4 -**
020505.728100	Auszahlungen für sonstige Sachleistungen	3.985,03	0,00
020505.741201	Ausbildung einschließlich Reisekosten	0,00	30.000,00
020505.741202	Fortbildung einschließlich Reisekosten	570,00	0,00
020505.742900	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	24.411,76	7.188,00
020505.742974	Ogra-Untersuchung	0,00	11.309,76
020505.743101	Amtl. Blätter, Zeitschriften und Bücher	125,00	0,00
020505.749905	Auszahlungen Umsatzsteuer	7.921,88	0,00
030101.725510	Wartung und Sicherheitsüberprüfungen	0,00	3.500,00
030101.727102	Kosten für herkunftssprachl. Unterricht und Deutsch als Zweitsprache u. Fördermaterial	0,00	1.917,00
030101.731726	Weiterleitung d. Mittel f. Ganztagsschule an Kooperationspartner	0,00	60.000,00
030101.731735	Weiterleitung Zuw. Land f. Betreuungsmaßnahmen Grundschulen	22.500,00	0,00
030200.728179	Benutzungsgeb. f. städt. Bäder	285,00	0,00
030200.729101	Schülerbeförderungskosten	3.239,38	0,00
030200.729123	Kosten für Sperrmüllabfuhr, Sondermüllentsorgung	396,25	0,00
030200.742203	Miete für Kopierer	250,23	0,00
030203.723700	Erstattungen für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an private Unternehmen	0,00	3.841,00
030203.728179	Benutzungsgeb. f. städt. Bäder	502,50	0,00
030203.729100	EB SBB Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	57,50	0,00
030203.729101	Schülerbeförderungskosten	3.443,49	0,00
030203.742203	Miete für Kopierer	119,74	0,00
030205.723700	Erstattungen für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an private Unternehmen	0,00	3.443,00
030205.728179	Benutzungsgeb. f. städt. Bäder	575,00	0,00
030205.729101	Schülerbeförderungskosten	9.232,73	0,00
030205.742203	Miete für Kopierer	219,41	0,00
030206.723700	Erstattungen für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an private Unternehmen	0,00	3.530,00
030206.728179	Benutzungsgeb. f. städt. Bäder	727,50	0,00
030206.729101	Schülerbeförderungskosten	2.634,27	0,00
030206.742203	Miete für Kopierer	94,86	0,00
030207.723700	Erstattungen für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an private Unternehmen	0,00	3.962,00
030207.725513	Unterh. u. Beschaffung (bis 60 €) des bewegl. Verm. OGS	0,00	212,65
030207.728179	Benutzungsgeb. f. städt. Bäder	235,00	0,00
030207.729101	Schülerbeförderungskosten	4.412,29	0,00
030207.742203	Miete für Kopierer	542,55	0,00

Finanzplan A/Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			
Produktkonto	**Bezeichnung Produktkonto**	**Als Vormerkung nach 2026 über-tragen in Euro**	**Als Rest nach 2026 über-tragen in Euro**
- 1 -	**- 2 -**	**- 3 -**	**- 4 -**
030207.749905	Auszahlungen Umsatzsteuer	5,82	0,00
030501.723700	Erstattungen für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an private Unternehmen	1.956,31	0,00
030501.727100	Beschaffung von Lernmitteln	0,00	1.993,37
030501.728179	Benutzungsgeb. f. städt. Bäder	780,00	0,00
030501.729101	Schülerbeförderungskosten	7.876,31	0,00
030501.731725	Weiterleitung Zuw. Land	13.500,00	0,00
030501.742203	Miete für Kopierer	441,81	0,00
030501.742956	Softwarepflege	141,31	0,00
030501.743115	Kommunikationsgebühren	20,50	0,00
030501.743125	Fernsprechgebühren	249,78	0,00
030501.749905	Auszahlungen Umsatzsteuer	450,30	0,00
030502.727100	Beschaffung von Lernmitteln	28,69	0,00
030502.728179	Benutzungsgeb. f. städt. Bäder	400,00	0,00
030502.728202	Lehr- und Unterrichtsmaterial digital	38,37	0,00
030502.729101	Schülerbeförderungskosten	14.716,58	0,00
030502.731725	Weiterleitung Zuw. Land	6.700,00	0,00
030502.742203	Miete für Kopierer	591,16	0,00
030502.743125	Fernsprechgebühren	106,98	0,00
030502.749905	Auszahlungen Umsatzsteuer	1.513,92	0,00
030701.725511	Unterh. (ohne Wertgrenze) u. Beschaffungen (bis 60 €) des bewegl. Vermögens (versch. FD)	0,00	2.000,00
030701.729101	Schülerbeförderungskosten	21.824,68	0,00
030701.742923	Gebühren für örtliche Prüfungen	371,88	0,00
030701.743125	Fernsprechgebühren	0,60	0,00
030801.723700	Erstattungen für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an private Unternehmen	1.308,00	0,00
030801.725502	EB SBB Unterh. von Inventar (ohne Wertgrenze) u. Ersatz-besch. (bis 60 €)	140,00	0,00
030801.725511	Unterh. (ohne Wertgrenze) u. Beschaffungen (bis 60 €) des bewegl. Vermögens (versch. FD)	44,98	0,00
030801.728100	Auszahlungen für sonstige Sachleistungen	58,80	0,00
030801.728179	Benutzungsgeb. f. städt. Bäder	295,00	0,00
030801.729101	Schülerbeförderungskosten	5.117,33	0,00
030801.731725	Weiterleitung Zuw. Land	13.500,00	0,00
030801.742203	Miete für Kopierer	583,10	0,00
040101.728139	Sächlicher Aufwand für Karneval	981,98	0,00
040101.729155	Ausz. f. sonst. Dienstl. / Kulturstrolche	760,00	0,00
040101.729166	Sonderreinig. / Müllentsorgung nach Veranstaltungen	390,54	0,00
040101.731823	Weiterleitung Zuw. Land f. d. Projekt "Kultur und Schule"	5.040,00	0,00

Finanzplan A/Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			
Produktkonto	**Bezeichnung Produktkonto**	**Als Vormerkung nach 2026 übertragen in Euro**	**Als Rest nach 2026 übertragen in Euro**
- 1 -	**- 2 -**	**- 3 -**	**- 4 -**
040102.728143	Anteilige Betriebskosten für die Nutzung des Stadttheaters	12.833,67	0,00
040102.729126	Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	330,50	0,00
040102.729143	Ausz. f. sonst. Dienstl. -Beckumer Spitzen-	467,47	0,00
040103.743126	Portogebühren	2,90	0,00
040105.728152	Kosten für Projekte der "Leseförderung"	2.505,78	0,00
040106.729144	Ausz. f. sonst. Dienstl. -Musik im Alten Pfarrhaus-	190,12	0,00
040301.701901	Dienstauszahlungen Sonstige Beschäftigte für Kurse	3.437,30	0,00
040301.701902	Dienstauszahlungen Sonstige Besch. für Schulabschlüsse	5.234,60	0,00
040301.701907	Dienstaufwendungen Sonstige "Deutsch als Fremdsprache"	17.449,19	0,00
040301.725505	Unterh. (ohne Wertgrenze) u. Ersatzbeschaffung (bis 60 €) von Einrichtungsgegenständen	0,00	536,44
040301.728156	Lehr- und Unterrichtsmittel	658,31	0,00
040301.729111	Prüfungsgebühren	533,93	0,00
040301.729126	Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	1.490,50	0,00
040301.743126	Portogebühren	183,34	0,00
040301.749900	Übrige weitere sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	506,69	0,00
040301.751112	Zinsen für Rückzahlung Zuwendung Land	38,27	0,00
050101.743128	Drucksachen und sonstiger Bürobedarf	134,00	0,00
050301.724133	Auszahlungen von Rückstellungen aus ungewissen Verbindlichkeiten	0,00	300.000,00
050301.733100	Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen	7.977,92	0,00
050902.729100	EB SBB Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	1.755,25	0,00
050902.731844	Auszahlung zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements	183,05	0,00
050902.733900	Sonstige soziale Leistungen	213,75	0,00
060102.723100	Erstattungen für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an Land	15.764,97	0,00
060102.733900	Sonstige soziale Leistungen	1.182,00	0,00
060105.728204	Sachausgaben Kinderstark/Kinderschutz	991,27	0,00
060105.733100	Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen	142.416,74	0,00
060105.733106	Auszahlungen für soziales Frühwarnsystem	1.848,75	0,00
060106.723200	Erstattungen für Auszahlungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit an Gemeinden (GV)	33.444,31	0,00
060106.728161	Kostenersatz im Rahmen der Vormundschaften	1.675,85	0,00
060106.729100	EB SBB Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	852,25	0,00
060106.731700	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	18.813,11	0,00
060106.731710	Personalkostenzuschuss an Fachstellen gegen Missbrauch	51.533,56	0,00

Finanzplan A/Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			
Produktkonto	**Bezeichnung Produktkonto**	**Als Vormerkung nach 2026 übertragen in Euro**	**Als Rest nach 2026 übertragen in Euro**
- 1 -	**- 2 -**	**- 3 -**	**- 4 -**
060106.733100	Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen	26.099,77	0,00
060106.733104	Ambulante Hilfen für seelisch Behinderte	93.585,96	0,00
060106.733107	Sozi. Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen (UMA)	2.173,22	0,00
060106.733200	Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen	296.202,77	0,00
060106.733202	Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen (UMA)	63.654,69	0,00
060106.741202	Fortbildung einschließlich Reisekosten	5.490,00	0,00
060106.743101	Amtl. Blätter, Zeitschriften und Bücher	135,00	0,00
060108.725511	Unterh. (ohne Wertgrenze) u. Beschaffungen (bis 60 €) des bewegl. Vermögens (versch. FD)	0,00	800,00
060108.733100	Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen	8.222,82	0,00
060108.733200	Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen	12.056,58	0,00
060501.701900	Dienstbezüge Sonstige Beschäftigte	3.912,50	0,00
060501.728100	Auszahlungen für sonstige Sachleistungen	652,08	0,00
060501.742900	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	202,23	0,00
060701.731808	Gesetzl. Zuschuss zu den Betriebskosten der Tageseinrichtungen für Kinder	7.832.707,83	0,00
060701.731810	Vertragl. zugesicherter Zusch. an Tageseinrichtungen	380.293,01	0,00
060701.731853	Weiterl. Fortbildungsmittel v. Land für Kita´s u. Tagespflege	200,00	0,00
060703.725505	Unterh. (ohne Wertgrenze) u. Ersatzbeschaffung (bis 60 €) von Einrichtungsgegenständen	88,66	0,00
060703.728100	Auszahlungen für sonstige Sachleistungen	68,00	0,00
060705.728100	Auszahlungen für sonstige Sachleistungen	68,00	0,00
080101.728162	Benutzungsgeb. f. städt. Bäder durch Vereine	4.215,00	0,00
080102.724100	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.073,59	11.823,84
080102.725503	Unterh. (ohne Wertgrenze) u. Ersatzbeschaffung von Geräten (bis 60 €)	16,95	0,00
080102.729100	EB SBB Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	10.138,05	0,00
080102.743123	Kosten für Sonderveranstaltungen	461,82	0,00
080102.743126	Portogebühren	272,09	0,00
080102.749905	Auszahlungen Umsatzsteuer	7.082,26	0,00
090101.729184	Projektbegleitung NRW.Urban "Renfert-Fläche"	27.648,65	0,00
090101.742900	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	0,00	39.116,35
100101.743101	Amtl. Blätter, Zeitschriften und Bücher	112,00	0,00
100301.724100	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	25,20	0,00
100301.729100	EB SBB Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	1.405,85	0,00

Finanzplan A/Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			
Produktkonto	**Bezeichnung Produktkonto**	**Als Vormerkung nach 2026 übertragen in Euro**	**Als Rest nach 2026 übertragen in Euro**
- 1 -	**- 2 -**	**- 3 -**	**- 4 -**
100301.742200	Mieten und Pachten	1.036,07	0,00
100303.724100	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	573,91	0,00
100303.724103	Steuern und Abgaben	142,96	0,00
100303.724110	EB SBB Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	579,50	0,00
100303.725100	Haltung von Fahrzeugen	265,81	0,00
100303.742207	Mieten und Nebenkosten	23,05	0,00
100303.743124	Fernsprechgebühren (Notruftelefone)	39,95	0,00
100304.724100	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2.590,91	0,00
100304.724110	EB SBB Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	70,00	0,00
100503.741202	Fortbildung einschließlich Reisekosten	180,00	0,00
100503.743101	Amtl. Blätter, Zeitschriften und Bücher	109,00	0,00
110101.723702	Auszahlung von Rückstellungen für ungew. Verbindlichkeiten an private Unternehmen	0,00	335.000,00
110105.749905	Auszahlungen Umsatzsteuer	814,75	0,00
110107.724105	Heizenergiekosten	24.541,80	0,00
110107.744107	Auszahlungen für Steuerrück stellungen f. Betriebe gewerbl Art (BGA)	0,00	22.700,00
110109.724105	Heizenergiekosten	69.178,30	0,00
110109.749905	Auszahlungen Umsatzsteuer	640,55	0,00
110501.724100	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2.746,48	0,00
110501.724126	Auszahlungen f. Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00	75.000,00
110501.728108	Entgelte a.d.Abfuhrunternehmer	29.627,65	0,00
110501.728109	Entgelte für die Benutzung des Entsorgungszentrums Ennigerloh	130.265,31	0,00
110501.728164	Abfallberatung	928,76	0,00
110501.728165	Sanierung Altlasten	7.153,84	3.000,00
120101.721605	Auszahlungen für Instandhaltungsrückstellungen Brücken	0,00	1.610.650,00
120101.723801	Kostenanteil der Stadt für Straßenentwässerung an den Abwasserbetrieb	6.338,28	0,00
120101.724122	Unterhaltung von Brunnenanlagen	1.091,49	0,00
120101.724133	Auszahlungen von Rückstellungen aus ungewissen Verbindlichkeiten	0,00	155.000,00
120101.724200	Unterh. u. Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens	15.565,31	0,00
120101.724210	Anpflanzungen an Straßen, Wegen usw.	7.084,43	0,00
120101.724212	Straßenunterhaltung durch Unternehmer	10.547,46	122.073,90
120101.724214	Unterhaltung an Brücken etc.	0,00	33.043,74
120101.724230	Auszahlungen für Rückstellung Straßenunterhaltung	0,00	260.000,00
120101.729100	EB SBB Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	768,30	0,00

Finanzplan A/Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			
Produktkonto	**Bezeichnung Produktkonto**	**Als Vormerkung nach 2026 über-tragen in Euro**	**Als Rest nach 2026 über-tragen in Euro**
- 1 -	**- 2 -**	**- 3 -**	**- 4 -**
120101.731503	Auszahlungen an EVB Unter- haltung Straßenbeleuchtung	78.300,59	0,00
120101.742200	Mieten und Pachten	4.213,79	0,00
120101.742940	Planung Kreisverkehre B 58 u. K 45	714,00	0,00
120101.743101	Amtl. Blätter, Zeitschriften und Bücher	52,80	0,00
120107.728047	EB SBB Erstattung Straßenreinigung	55.667,85	0,00
120107.728199	EB SBB Erstattung Winterdienst	36.442,89	0,00
120109.724201	EB SBB Unterh. u. Bewirtschaftung d. Infrastrukturvermö-gens	5.786,76	0,00
120110.724100	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	4.982,63	0,00
130101.742900	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	666,50	0,00
130103.724100	Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	233,66	0,00
130103.724110	EB SBB Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	33.317,76	0,00
130103.728100	Auszahlungen für sonstige Sachleistungen	381,34	0,00
130104.724201	EB SBB Unterh. u. Bewirtschaftung d. Infrastrukturvermö-gens	20.381,56	0,00
130104.742900	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	246,34	0,00
130501.724228	Unterh. d. Kommunalfriedhöfe	2.128,85	0,00
130501.724231	Unterhaltung der Ehrengräber	4.026,91	0,00
130501.729106	EB SBB Leist. des Gebührenhaushalt Bestattungswesen	31.982,41	0,00
130501.742900	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	2.127,32	0,00
140101.731001	Beiträge an die Künstlersozialversicherung	165,15	0,00
140101.743101	Amtl. Blätter, Zeitschriften und Bücher	63,80	0,00
150101.728168	Innenstadtmanagement	0,00	1.989,30
150101.729126	Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	447,92	0,00
150101.742969	Beratung Innenstadtmanagement Neubeckum	788,38	0,00
150101.742972	Sonstige Auszahlungen Inanspruchnahme v. Rechten und Diensten Stadtmarketing	0,00	26.500,00
150103.725504	BgA Wartung und Unterhaltung (ohne Wertgrenze) der mobilen Bühne u. Ersatzbesch. (bis 60 €)	8.573,52	0,00
150103.728019	BgA Pütt-Tage	1.184,84	0,00
150103.728020	BgA Weihnachtsmarkt Beckum	2.653,42	0,00
150103.728021	BgA Weihnachtsmarkt Neubeckum	3.452,81	0,00
150103.728023	BgA Weihnachtsmarkt Roland	225,00	0,00
150103.728024	BgA Stadtfest Neubeckum	2.218,95	0,00
150103.728035	Tourismusförderung (incl. Radtourismus)	0,00	3.332,35
150103.728038	BgA Aufwendungen für die Weihnachtsbeleuchtung	16.807,41	0,00
150103.729100	EB SBB Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	22.412,22	0,00

Finanzplan A/Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			
Produktkonto	**Bezeichnung Produktkonto**	**Als Vormerkung nach 2026 übertragen in Euro**	**Als Rest nach 2026 übertragen in Euro**
- 1 -	**- 2 -**	**- 3 -**	**- 4 -**
150103.729135	BgA Ausz. f. sonst. Dienstl. -Pütt-Tage-	3.881,62	0,00
150103.729136	BgA Ausz. f. sonst. Dienstl. -Weihnachtsmarkt Beckum-	6.220,53	0,00
150103.729137	BgA Ausz. f. sonst. Dienstl. -Weihnachtsmarkt Neubeckum-	3.491,38	0,00
150103.729138	BgA Ausz. f. sonst. Dienstl. -Weihnachtsmarkt Vellern-	3.210,84	0,00
150103.729139	BgA Ausz. f. sonst. Dienstl. -Weihnachtsmarkt Roland-	665,54	0,00
150103.729147	Ausz. f. sonst. Dienstl. -Tourismusförderung (incl. Radtourismus) -	887,50	7.137,50
150103.731001	Beiträge an die Künstlersozialversicherung	502,85	0,00
150103.742900	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	39,27	0,00
150103.749900	BgA Übrige weitere sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.120,00	0,00
150103.749905	Auszahlungen Umsatzsteuer	629,08	0,00
160105.751701	Zinsauszahlungen für Kredite von Kreditinstituten	46.609,43	0,00
Gesamt	**Summe**	**11.255.427,01**	**4.135.383,51**

Finanzplan B/Auszahlungen aus Investitionstätigkeit			
Produktkonto	**Bezeichnung Produktkonto**	**Als Vormerkung nach 2025 übertragen in Euro**	**Als Rest nach 2025 übertragen in Euro**
- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -
010101.781806	Zuschuss für Mandatsträger (aktivierbare Zuwendung)	425,00	0,00
010601.783104	Auszahlungen f. techn. Anlagen >410 EUR	0,00	71.050,97
011001.783101	Auszahlungen für den Erwerb von Hardware >60 EUR	6.791,27	100.000,00
011001.783104	Auszahlungen f. techn. Anlagen >410 EUR	257,00	0,00
011001.783105	Auszahlungen f. Maschinen > 410 EUR	0,00	1.199,96
011001.783107	Auszahl. f. immaterielle VMG - Software - > 410 EUR	0,00	33.682,95
011002.783101	Auszahlungen für den Erwerb von Hardware >60 EUR	14.994,00	0,00
011301.782100	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	162.502,50	811.686,09
011305.783100	Auszahlungen für BuG > 410 EUR	275,82	5.193,27
020301.783100	Auszahlungen für BuG > 410 EUR	1.230,48	0,00
020501.783100	Auszahlungen für BuG > 410 EUR	0,00	68.286,41
020501.783102	Auszahlungen für Fahrzeuge > 410 EUR	67.152,86	282.320,75
020501.785100	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen (FD 65)	64.287,39	44.229,39
020505.783100	Auszahlungen für BuG > 410 EUR	0,00	9.280,47
020505.783102	Auszahlungen für Fahrzeuge > 410 EUR	98,78	153.390,98
020505.783103	Auszahlungen für technische Ausrüstungsgegenst. > 410 EUR -Feuerschutz u. Rettungsdienst	0,00	6.465,66
020505.783203	Auszahlungen für technische Ausrüstungsgegenst. 60 EUR - 410 EUR -Feuerschutz und Rettungsdienst-	2.718,56	0,00
030200.783100	Auszahlungen für BuG > 410 EUR	0,00	2.771,87
030203.785100	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen (FD 65)	7.161,42	0,00
030205.785100	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen (FD 65)	20.951,11	139.500,00
030206.783108	BUG > 410 EUR (versch.FD-Bud.)	0,00	2.683,01
030206.783200	Auszahlungen für BuG 60 EUR bis 410 EUR	4.399,49	0,00
030501.783100	Auszahlungen für BuG > 410 EUR	0,00	11.944,03
030501.783200	Auszahlungen für BuG 60 EUR bis 410 EUR	0,00	19.997,80
030501.785100	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen (FD 65)	6.293,64	178.228,00
030502.783100	Auszahlungen für BuG > 410 EUR	639,05	28.158,17
030502.783200	Auszahlungen für BuG 60 EUR bis 410 EUR	1.111,44	0,00
030502.785100	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen (FD 65)	9.006,40	0,00
030701.783100	Auszahlungen für BuG > 410 EUR	600,95	26.616,46
030701.785100	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen (FD 65)	128.687,28	70.000,00
030801.783100	Auszahlungen für BuG > 410 EUR	0,00	25.236,00
030801.783104	Auszahlungen f. techn. Anlagen >410 EUR	0,00	77.980,92
030801.785100	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen (FD 65)	100.029,65	181.458,25
040101.783100	Auszahlungen für BuG > 410 EUR	1.752,68	0,00
040103.785100	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen (FD 65)	0,00	65.426,10
040105.785100	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen (FD 65)	142.922,36	0,00
040301.785100	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen (FD 65)	2.142,00	0,00

050501.783100	Auszahlungen für BuG > 410 EUR	0,00	7.000,00
060106.783100	Auszahlungen für BuG > 410 EUR	0,00	532,00
060106.783200	Auszahlungen für BuG 60 EUR bis 410 EUR	0,00	112,00
060108.783100	Auszahlungen für BuG > 410 EUR	0,00	1.200,00
060108.783200	Auszahlungen für BuG 60 EUR bis 410 EUR	0,00	3.000,00
060501.783100	Auszahlungen für BuG > 410 EUR	0,00	5.000,00
060502.783100	Auszahlungen für BuG > 410 EUR	0,00	1.514,80
060502.783200	Auszahlungen für BuG 60 EUR bis 410 EUR	1.381,71	0,00
060505.783208	Spiel-, Sport- und Turngeräte	3.500,72	123.403,10
060701.781707	Zuschuss an Kitas f. Ausbau, städtischer Eigenanteil, (aktivierbare Zuwendung)	325.639,20	0,00
080102.785204	Auszahlungen für Sportplätze (Rasen-, Kunstrasen u. Hartplätze)	0,00	20.000,00
090101.785100	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen (FD 65)	152.571,87	0,00
090101.785201	Aufbauten und Betriebs vorrichtungen auf Grünflächen einschl. Ausgleichsflächen	0,00	36.530,89
120101.781805	Neugestaltung Kirchplatz ohne nördlicher Weg, ARAP	16.750,00	87.690,21
120101.781809	Zuschuss an die EVB Straßenbeleuchtung, Neuanlagen	75.769,71	0,00
120101.785200	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	149.758,70	1.171.200,81
130102.785201	Aufbauten und Betriebs vorrichtungen auf Grünflächen einschl. Ausgleichsflächen	0,00	136.589,61
130103.785200	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	8.805,34
130103.785209	Auszahlungen für Straßen- und Stadtmobiliar, Warte-häuschen, Pflanzhochbeete u.a.	3.763,38	117.188,40
130105.785201	Aufbauten und Betriebs vorrichtungen auf Grünflächen einschl. Ausgleichsflächen	0,00	771.765,29
130501.785201	Aufbauten und Betriebs vorrichtungen auf Grünflächen einschl. Ausgleichsflächen	339,00	30.058,21
150101.781705	Zuweisungen und Zuschüsse an Unternehmen f. Breit-bandausbau	1.124,06	77.566,93
150103.783100	Auszahlungen für BuG > 410 EUR	1.689,80	0,00
Gesamt	**Summe**	**1.478.719,28**	**5.015.945,10**

9 Angaben gemäß § 38 Absatz 2 Satz 2 KomHVO NRW – Anlage 8–

Beteiligung	Bilanzsumme			Gewinn-und-Verlust-Rechnung			Auswirkungen für die Stadt Beckum (2024)
	2024 Euro	2023 Euro	2022 Euro	2024 Euro	2023 Euro	2022 Euro	
Versorgung und Verkehr							
Wasserversorgung Beckum GmbH	32.520.256,98	31.253.382,50	30.528.533,68	1.101.213,50	1.029.995,32	1.633.312,02	Gewinnausschüttung: 292.142,48 Euro Konzessionsabgabe: 378.656,00 Euro
Arbeitsgemeinschaft ostwestfälischer Versorgungsunternehmen GbR (AOV GbR)	1.512.767.000,00	1.378.199.000,00	1.260.738.000,00	0,00	0,00	0,00	keine
Arbeitsgemeinschaft ostwestfälischer Versorgungsunternehmen IT.Services GmbH	14.127.678,52	10.860.115,12	9.218.523,48	139.383,97	193.188,92	310.587,65	keine
Regionalverkehr Münsterland GmbH	66.158.033,42	45.117.197,18	48.371.441,97	–1.015.660,95	–90.750,95	–122.660,13	keine
Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH	23.838.703,02	24.727.124,82	25.899.143,90	–2.633.570,29	–2.150.164,33	–1.848.024,30	Zuschuss an die Gesellschaft: 137.340,00 Euro
Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG	36.331.566,74	38.440.596,57	36.835.571,66	3.133.696,49	3.302.522,02	3.325.472,39	Gewinnausschüttung: 1.918.557,75 Euro Konzessionsabgabe: 1.036.577,39 Euro
Energieversorgung Beckum Verwaltungs-GmbH	167.734,43	144.748,50	127.247,54	2.188,56	2.188,57	2.188,56	keine
Servicewerke Westfalen GmbH & Co. KG	227.809,73	220.009,50	190.790,81	2.156,31	2.433,00	6.161,81	keine
Servicewerke Westfalen Verwaltungs-GmbH	44.530,40	42.609,40	34.411,17	2.090,25	2.088,00	2.269,40	keine
Beteiligung	Bilanzsumme			Gewinn-und-Verlust-Rechnung			Auswirkungen für die Stadt Beckum (2024)

	2024 Euro	2023 Euro	2022 Euro	2024 Euro	2023 Euro	2022 Euro	
Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH	7.266.039,69	10.106.450,82	7.553.035,37	0,00	0,00	0,00	keine
Verkehrsbetrieb Kipp GmbH	5.763.421,42	6.679.495,56	6.677.048,47	0,00	0,00	0,00	keine
Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH (beka GmbH)	2.584.950,28	2.617.532,07	2.459.761,49	104.431,64	109.612,84	32.751,62	keine
Tarifgemeinschaft Münsterland-Ruhr-Lippe GmbH	497.171,28	490.460,47	448.620,36	2.900,07	3.235,58	5.457,62	keine
d-NRW AöR - Anstalt des öffentlichen Rechts	*	*	*	*	*	*	keine
Wohnungsbau, Stadtentwicklung							
Beckumer Wohnungsgesellschaft mbH	14.772.041,01	14.018.415,48	12.502.017,38	18.251,19	32.056,48	147.403,06	keine
NRW.Urban Kommunale Entwicklung GmbH	66.419.129,15	49.089.538,70	31.630.904,12	8.762,78	41.201,12	28.525,67	keine
Wirtschaft							
gfw – Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis WAF mbH	1.517.630,70	1.484.363,17	1.379.366,65	–12.546,51	80.052,91	–184.418,27	keine
Soziales, Kultur und Sport							
Radio Warendorf Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	758.949,98	628.908,19	627.615,47	–209.184,75	–321.953,14	–190.943,85	keine
Radio Warendorf Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	106.117,82	99.797,85	93.778,63	6.287,17	6.042,02	5.783,83	keine

Beteiligung	Bilanzsumme			Gewinn-und-Verlust-Rechnung			Auswirkungen für die Stadt Beckum (2024)
	2024 Euro	2023 Euro	2022 Euro	2024 Euro	2023 Euro	2021 Euro	
Eigenbetriebe							
Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum	26.797.110,68	26.577.403,46	26.574.004,04	–323.790,76	640.356,29	841.678,30	keine
Städtische Betriebe Beckum	6.263.445,39	6.697.470,31	5.667.567,91	–40.401,97	37.308,18	–121.761,60	Inanspruchnahme von Dienstleistungen in Höhe von rund 5.598.000,00 Euro
Städtischer Abwasserbetrieb Beckum	78.806.758,87	76.993.920,84	76.066.209,71	2.965.394,28	3.201.298,13	2.707.075,60	Verzinsung Stammkapital: 420.000,00 Euro
Zweckverbände							
Sparkassenzweckverband	keine	keine	keine	keine	keine	keine	keine
Sparkasse Beckum-Wadersloh	keine	1.085.828.792	1.103.319.987,58	keine	1.753.757,91	504.737,30	Gewinnausschüttung: 489.147,00 Euro
Sparkasse Münsterland Ost	13.688.045.492,16			16.318.672,22			keine
Schulzweckverband Beckum-Ennigerloh	130.397,23	195.324,41	224.458,58	–36.807,23	–27.669,51	–13.187,33	keine
Zweckverband Euregio	*	32.519.698,71	32.940.516,38	*	–86.228,78	126.107,74	keine
Wasserverband Aabach-Talsperre	*	16.365.712,77	16.398.948,17	0,00	0,00	0,00	keine

Genossenschaftsanteile							
Volksbank Beckum-Lippstadt eG	2.727.635.813,5	2.645.956.187,42	2.568.657.050,52	6.402.000,04	5.317.194,09	3.997.953,99	Dividendenausschüttung: 6,95 Euro
Bürgerenergiegenossenschaft Beckum eG	*	958.961.54	889.810,44	*	96.718,83	113.730,79	Dividendenausschüttung: *
Wersewind Beckum GmbH & Co. KG	*	*	*	*	*	keine	keine

10 Angaben gemäß § 45 Absatz 2 Nummer 10 KomHVO NRW – Anlage 9–

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Höhe des Anteils	Eigen-kapital zum 31.12.2023 Euro	Jahresergeb-nis zum 31.12.2023 Euro	Eigen-kapital zum 31.12.2024 Euro	Jahresergeb-nis zum 31.12.2024 Euro
1	2	3	4	5	6	7
Beckumer Wohnungsge-sellschaft mbH	Beckum	66,63%	4.233.926,97	32.056,48	4.252.178,16	18.251,19
Energieversor-gung Beckum GmbH & Co. KG	Beckum	66,00%	8.687.306,21	3.302.522,02	8.721.002,70	3.133.696,49
Energieversor-gung Beckum Verwaltungs-GmbH	Beckum	66,00%	73.781,28	2.188,57	75.969,84	2.188,56
Wasserversor-gung Beckum	Beckum	34,33%	15.319.952,23	1.029.995,32	15.521.165,73	1.101.213,50

11 Übersicht gemäß § 95 Absatz 3 GO NRW - Anlage 10 –

Verwaltungsvorstand	
Michael Gerdhenrich	Bürgermeister
Thomas Wulf	Allgemeiner Vertreter/Stadtkämmerer
Rat der Stadt Beckum	
Sven Altgott	
Kathrin Averdung	
Dieter Beelmann	
Kai Braunert	
Felix Brinkmann	(bis Oktober 2025)
Janis Brinkmann	(ab November2025)
Tanja Brunnert	(bis Oktober 2025)
Karin Burtzlaff	(bis Oktober 2025)
Nadhira de Silva	
Peter Dennin	
Burkhard Dierkes	
Manfred Dittert	
Elisabeth Eickmeier	(ab November 2025)
Andreas Focke	
Johannes Fuest	(ab November 2025)
Theresia Gerwing	(bis Oktober 2025)
Niklas Gesigora	(ab November 2025)
Peter Goriss	(bis Oktober 2025)
Rudolf Goriss	
Dr. Rudolf Grothues	2. stellvertretender Bürgermeister
Angelika Grüttner-Lütke	(bis Oktober 2025)
Sigrid Himmel	(bis Oktober 2025)
Melanie Högemann	(ab November 2025)
Ralf Högemann	
Stephan Hölling	(ab November 2025)
Markus Höner	
Sandra Ilgen	(ab November 2025)
René Klein-Heßling	(ab November 2025)
Hubert Kottmann	(bis Oktober 2025)
Andreas Kühnel	1. Stellvertretender Bürgermeister
Thomas Lorant	(ab November 2025)
Justus Lütke	(bis Oktober 2025)
Felix Markmeier-Agnesens	(bis Oktober 2025)
Sina-Sophie Moukhadder	(ab November 2025)
Volker Nussbaum	(ab November 2025)
Julian Ottenlips	(ab November 2025
Tobias Paschedag	
Elisabeth Peters	(ab November 2025)
Udo Pielsticker	(bis Oktober 2025)

Alexandra Poppenborg	(bis November 2025)
Karl-Heinz Przybylak	3. stellvertretender Bürgermeister
Timo Przybylak	
Christoph Pundt	
Markus Schiewe	
Thorsten Schindel	(ab November 2025)
Juliane Schmidt	(ab November 2025)
Sven Schneider	(ab November 2025)
Isabel Schröder	(ab November 2025)
Josef Schumacher	(bis Oktober 2025)
Heinz-Roman Sengen	(ab November 2025)
Michael Steinhoff	(ab November 2025)
Gregor Bernhard Stöppel	(bis Oktober 2025)
Christoph Tentrup-Beckstedde	
Peter Tripmaker	(bis Oktober 2025)
Aydin Ustaoglu	(ab November 2025)
Nicola vn Kevelaer	(ab November 2025)
Claus Voß	(ab November 2025)
Gilbert Wamba	
Christian Weber	
Ute Zeyn	

Lagebericht

12 Lagebericht zum Jahresabschluss 2025

Vorbemerkung

Nach § 95 Absatz 3 GO NRW ist ein Lagebericht aufzustellen.

Gemäß § 49 KomHVO NRW ist der Lagebericht so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune vermittelt wird.

Dazu ist ein Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr zu geben. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten.

Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der kommunalen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune zu enthalten. In die Analyse sollen produktorientierte Ziele und Kennzahlen, soweit sie bedeutsam für das Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune sind, einbezogen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss enthaltenen Ergebnisse erläutert werden. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Kommune einzugehen, zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.

Vermögens- und Kapitalstruktur, Schuldenlage

Die Struktur der Bilanz stellt sich wie folgt dar:

Schlussbilanz zum 31.12.2025

Aktiva	**Betrag in Euro**
0. Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit	7.481.397,42
1. Anlagevermögen	266.563.645,83
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	540.574,83
1.2 Sachanlagen	238.353.217,28
1.3 Finanzanlagen	27.669.853,72
2. Umlaufvermögen	40.004.848,62
2.1 Vorräte	8.043.027,23
2.2 Forderungen, sonst. Vermögensgegenstände	29.212.928,14
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00
2.4 Liquide Mittel	2.748.893,25
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	8.986.990,05
Summe Aktiva	**323.036.881,92**

Passiva	**Betrag in Euro**
1. Eigenkapital	80.499.350,93
1.1 Allgemeine Rücklage	71.621.063,74
1.2 Sonderrücklage	0,00
1.3 Ausgleichsrücklage	9.518.603,78
1.4 Bilanzieller Verlustvortrag	0,00
1.5 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-640.316,59
2. Sonderposten	112.283.204,52
3. Rückstellungen	62.110.019,94
4. Verbindlichkeiten	57.500.807,71
5. Passive Rechnungsabgrenzung	10.643.498,82
Summe Passiva	**323.036.881,92**

Das Bilanzvolumen beträgt am 31.12.2025 insgesamt rund 323.037 TEuro und ist damit um 9.998 TEuro höher als im Vorjahr. Dies resultiert auf der Aktivseite im Wesentlichen aus der Aktivierung der neuen Feuer-/Rettungswache Neubeckum und verschiedener fertiggestellter Straßen im Sachanlagevermögen. Auf der Passivseite sind die gestiegenen Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sowie erhöhten sonstigen Verbindlichkeiten, auch aus dem Liquiditätsverbund, zu benennen.

Die Bilanz wurde in den Abschlüssen 2020 bis 2023 um den Posten für die Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit erweitert. Hier ist der ermittelte Corona-Schaden und der Ukraine-Schaden von saldiert 7.481 TEuro ausgewiesen. Eine Veränderung durfte im Jahresabschluss 2025 nicht erfolgen.

Das auf der Aktivseite ausgewiesene Vermögen der Stadt Beckum setzt sich mit 82,51 Prozent aus Anlagevermögen zusammen. Davon entfallen 238.353 TEuro auf das Sachanlagevermögen und 27.670 TEuro auf die Finanzanlagen.

Bei den Sachanlagen stellt das Infrastrukturvermögen (unter anderem Straßen, Brücken) mit 87.282 TEuro den größten Posten dar. Der Wert der bebauten Grundstücke wird mit 73.139 TEuro, der Wert der unbebauten Grundstücke mit 51.117 TEuro ausgewiesen.

Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau sind mit 12.834 TEuro ausgewiesen.

Auf das restliche Sachanlagevermögen (unter anderem Maschinen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Kunstgegenstände, Bauten auf fremden Grund und Boden) entfallen 13.981 TEuro.

Von den Finanzanlagen mit 27.670 TEuro beziehen sich rund 1.824 TEuro auf Anteile an verbundenen Unternehmen, 15.096 TEuro auf Sondervermögen, 10.511 TEuro auf Wertpapiere des Anlagevermögens und 239 TEuro auf Ausleihungen.

Das Umlaufvermögen macht 12,38 Prozent der Bilanzsumme aus, wobei die Vorräte mit 8.043 TEuro, die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände mit 29.213 TEuro und die liquiden Mittel mit 2.749 TEuro ausgewiesen werden.

Auf die aktive Rechnungsabgrenzung entfallen 8.987 TEuro.

Die auf der Passivseite dargestellte Kapitalstruktur der Bilanz gibt darüber Auskunft, wie das Vermögen der Stadt finanziert ist.

Das Eigenkapital als Saldo zwischen dem Vermögen der Stadt (Aktiva) und den Verbindlichkeiten im weiteren Sinne (Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten, passive Rechnungsabgrenzung) beträgt 80.499 TEuro oder 24,91 Prozent der Bilanzsumme.

Die Allgemeine Rücklage weist einen Bestand von 71.621 TEuro auf.

Der Jahresüberschuss aus der Ergebnisrechnung 2024 ist mit 3.819 TEuro der Ausgleichsrücklage entnommen worden.

Auch das negative Jahresergebnis 2025 (- 640 TEuro) muss nach § 75 Absatz 3 GO NRW vollständig der Ausgleichsrücklage entnommen werden.

Die größte Position auf der Passivseite stellen mit 112.283 TEuro (34,76 Prozent) die Sonderposten dar.

Das städtische Anlagevermögen, wie zum Beispiel Straßen, Schulgebäude und Schuleinrichtungen, wurde und wird in vielen Fällen durch Erschließungsbeiträge und Zuwendungen des Bundes und

des Landes (Schul-, Sport-, Feuerschutzpauschale, allgemeine Investitionspauschale) anteilig finanziert.

In der Bilanz sind diese Förderungen des Anlagevermögens als Sonderposten auszuweisen und entsprechend der Nutzungsdauer des jeweiligen Vermögensgegenstandes im Ergebnisplan ertragswirksam aufzulösen. Die ebenfalls je Vermögensgegenstand zu berechnenden Abschreibungen, die im Ergebnisplan als Aufwand auszuweisen sind, werden somit zum Teil durch die Erträge aus der Sonderpostenauflösung kompensiert. Das Sachanlagevermögen ist zu 46,94 Prozent durch Sonderposten (ohne Sonderposten für den Gebührenausgleich) finanziert.

Durchschnittlich ist das Sachanlagevermögen also zur Hälfte aus Fördermitteln (einschließlich Erschließungsbeiträgen) finanziert.

Eigenkapital und Sonderposten, ohne die Sonderposten für den Gebührenausgleich und die sonstigen Sonderposten, betragen zusammen 192.379 TEuro oder 59,55 Prozent der Bilanzsumme.

Auf Rückstellungen entfallen 62.110 TEuro oder 19,23 Prozent der Bilanzsumme. Hiervon entfallen 56.010 TEuro auf die Pensionsrückstellungen.

An Instandhaltungsrückstellungen (Gebäude und Straßen) wurden rund 2.276 TEuro angesetzt.

Die Verbindlichkeiten betragen insgesamt 57.501 TEuro oder 17,80 Prozent der Bilanzsumme.

Hiervon entfallen auf die Verbindlichkeiten aus dem Programm „NRW.BANK.Gute Schule 2020“ 684 TEuro auf die Investitionskredite und 2.606 TEuro auf die Liquiditätskredite.

Zudem werden aufgenommene Investitionskredite zum Bilanzstichtag mit 10.810 Euro ausgewiesen.

Unter den Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen ist das im Jahr 2024 abgeschlossene kreditähnliche Rechtsgeschäft mit der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH mit 4.744 TEuro bilanziert.

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten die Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pool gegenüber den Eigenbetrieben von 4.627 TEuro (Städtische Betriebe Beckum mit 445 TEuro, Städtischer Abwasserbetrieb Beckum mit 4.182 TEuro).

Die Passive Rechnungsabgrenzung beträgt 10.643 TEuro beziehungsweise 3,29 Prozent der Bilanzsumme.

Ergebnis- und Finanzrechnung

Ertragslage

Im NKF steht der Ergebnisplan im Mittelpunkt der kommunalen Haushaltswirtschaft. Er enthält alle erwarteten Ressourcenzuwächse (Erträge) und voraussichtlichen Ressourcenverbräuche (Aufwendungen), die im Zusammenhang mit der kommunalen Leistungserbringung entstehen.

Das Jahresergebnis aus dem Saldo aller Erträge und Aufwendungen spiegelt die Entwicklung des Eigenkapitals wider. Ein positives Jahresergebnis führt zu einem Zuwachs, ein negatives Jahresergebnis zu einem Verzehr des Eigenkapitals.

Daher ist das Jahresergebnis auch die maßgebliche Größe für den Haushaltsausgleich. Der Haushalt ist ausgeglichen, wenn das Jahresergebnis keinen negativen Wert ausweist.

Die Haushaltswirtschaft im Jahr 2025 stand weiterhin unter dem Einfluss vielfältiger Krisen- und Belastungsfaktoren. Insbesondere die wirtschaftlichen Nachwirkungen der vielfältigen Krisen der

letzten Jahre, unter anderem die Folgen des Krieges in der Ukraine, sowie anhaltend und wohl auch dauerhaft hohe Personal- und Transferaufwendungen beeinträchtigten die finanzielle Entwicklung. Die weiterhin steigenden Aufwendungen konnten zu einem höheren Grad als noch im Jahr 2024 durch Erträge gedeckt werden. Ein positives Jahresergebnis konnte gleichwohl nicht erreicht werden. Ohne die überdurchschnittlichen Erträge, insbesondere der Gewerbesteuer, wäre das Jahresergebnis weit schlechter ausgefallen.

An dem Jahresergebnis von - 640 TEuro (Plan: - 10.076 TEuro/fortgeschriebener Ansatz: - 10.893 TEuro) wird deutlich, dass – trotz Verbesserungen gegenüber der Planung – die Ertrags- und Finanzlage der Stadt Beckum nicht als gut zu bezeichnen ist. Allerdings konnten Mehraufwendungen und Mindererträge gegenüber der Planung überkompensiert werden, so dass das Jahresergebnis positiver als geplant ausfällt.

Zu dieser Entwicklung haben folgende Veränderungen gegenüber den (fortgeschriebenen) Ansätzen geführt:

(Differenzen durch Rundungen möglich)	**Mehrertrag/ Minderaufwand**	**Minderertrag/ Mehraufwand**
Steuern und ähnliche Abgaben	11.730 TEuro	
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	103 TEuro	
Sonstige Transfererträge	698 TEuro	
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		645 TEuro
Privatrechtliche Leistungsentgelte	189 TEuro	
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	406 TEuro	
Sonstige ordentliche Erträge	1.843 TEuro	
Aktivierte Eigenleistungen	100 TEuro	
Ordentliche Erträge (Saldo der Veränderungen: 14.424 TEuro)	**15.068 TEuro**	**645 TEuro**
Personalaufwendungen	708 TEuro	
Versorgungsaufwendungen		703 TEuro
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		901 TEuro
Bilanzielle Abschreibungen	59 TEuro	
Transferaufwendungen		3.304 TEuro
Sonstige ordentliche Aufwendungen		109 TEuro
Ordentliche Aufwendungen (Saldo der Veränderungen: 4.250 TEuro)	**767 TEuro**	**5.017 TEuro**
Finanzerträge	105 TEuro	
Finanzaufwendungen	473 TEuro	
Finanzergebnis (Saldo der Veränderungen: 578 TEuro)	**578 TEuro**	

(Differenzen durch Rundungen möglich)	Mehrertrag/ Minderaufwand	Minderertrag/ Mehraufwand
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Saldo der Veränderungen: 10.753 TEuro)	**16.413 TEuro**	**5.662 TEuro**
Globaler Minderaufwand		**500 TEuro**
Jahresergebnis (Saldo der Veränderungen: +10.253 TEuro)	**16.413 TEuro**	**6.162 TEuro**
Jahresergebnis	**-640 TEuro**	

Der Jahresfehlbetrag 2025 (-640 TEuro) muss nach § 75 Absatz 3 GO NRW in voller Höhe der Ausgleichsrücklage entnommen werden.

Finanzlage

Für den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ergibt sich nach der verabschiedeten Planung ein negativer Saldo von 4.374 TEuro. Durch die Fortschreibung der Ansätze aufgrund der Ermächtigungsübertragungen ergab sich ein negativer Saldo von 21.727 TEuro. Im Ergebnis beträgt der Saldo +1.648 TEuro, da Mehreinzahlungen gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 12.250 TEuro eingegangen sind und Minderauszahlungen von 11.141 TEuro ausgewiesen sind. Insofern wurde hier eine Verbesserung gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 23.374 TEuro erreicht. Gegenüber dem Ansatz aus der Haushaltsplanung ergibt sich eine Verbesserung von 8.014 TEuro.

Einzahlungen im Investitionsbereich wurden mit 13.706 TEuro veranschlagt. Auszahlungen für Investitionen wurden mit 34.051 TEuro veranschlagt. Aufgrund der Ermächtigungsübertragungen ergibt sich ein fortgeschriebener Ansatz der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit von 44.884 TEuro. Nach der Planung entsteht daher ein negativer Saldo von 20.346 TEuro, der fortgeschriebene Ansatz beträgt –31.178 TEuro. Gegenüber diesem negativen Saldo beträgt die Veränderung 23.444 TEuro, der Saldo beträgt zum 31.12.2025 –7.734 TEuro.

Somit besteht insgesamt ein Finanzmittelfehlbetrag von 6.087 TEuro.

Im Rahmen der Finanzierungstätigkeit wurden die unterjährigen Buchungen des Cash-Pools abgebildet, auf den Anhang wird verwiesen.

Im Jahr 2025 wurde ein Investitionskredit von 4.000 TEuro aufgenommen. Im Rahmen einer nachholenden Kreditaufnahme nach § 89 Absatz 2 GO NRW mussten zur Umschuldung von zum 31.12.2025 zu bilanzierenden Liquiditätskrediten im Jahr 2026 noch 1.323 TEuro aufgenommen werden.

Insgesamt ergibt sich ein positiver Saldo aus der Finanzierungstätigkeit von 3.785 TEuro.

Dieser Saldo und der zu verrechnende Finanzmittelfehlbetrag ergeben eine negative Veränderung an eigenen Finanzmitteln von 2.302 TEuro.

Der Bestand an eigenen Finanzmitteln wird dem positiven Bestand an Finanzmitteln des Vorjahres (5.210 TEuro) saldiert und mit der Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln (- 160 TEuro) verrechnet, so dass sich insgesamt ein Bestand an liquiden Mitteln von 2.749 TEuro zum 31.12.2025 ergibt. Dies entspricht dem Bilanzausweis.

Risikomanagement

Um die Entwicklung im laufenden Haushaltsjahr zu überprüfen, wird jeweils zum 01.05. und 01.09. des Jahres ein Finanzstatusbericht erstellt. Der Bericht soll dazu dienen, Verwaltungsleitung und Rat über den Stand der Haushaltswirtschaft im laufenden Jahr zu informieren. Hierzu haben alle Budget-bewirtschaftenden Dienststellen der Stadt Beckum entsprechende Informationen zur aktuellen Situation und eine Prognose bis zum Ende des Haushaltsjahres abzugeben. Der Bericht soll die Haushaltssteuerung unterstützen und der Verwaltungsleitung und dem Stadtkämmerer Entscheidungen über notwendige Maßnahmen zur Gegensteuerung erleichtern.

Darüber hinaus werden zahlreiche Instrumente zur Risikominimierung eingesetzt. Die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen hat im Rahmen der letzten überörtlichen Prüfung der Stadt Beckum festgestellt: „Der Stadt Beckum liegen die wesentlichen Informationen zur Steuerung ihrer Haushaltswirtschaft vor. Der Verwaltungsführung und den politischen Gremien wird auch unterjährig regelmäßig und umfangreich über die finanzielle Situation berichtet."

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die zukünftige Haushaltsentwicklung der Stadt Beckum bleibt von erheblichen Unsicherheiten geprägt. Zu den wesentlichen Risiken zählen insbesondere die anhaltende Dynamik bei den Personal- und Sozialaufwendungen, steigende Bau- und Unterhaltungskosten sowie die Entwicklung der Zins- und Kapitalmärkte. Darüber hinaus können konjunkturelle Schwankungen zu rückläufigen Steuererträgen führen und die finanzielle Leistungsfähigkeit erheblich beeinträchtigen. Der Umstand, dass trotz der gegenüber der Haushaltsplanung verbesserten Entwicklung im Jahresverlauf 2025 kein Jahresüberschuss erzielt werden konnte, verdeutlicht die weiterhin angespannte finanzielle Ausgangslage der Stadt Beckum.

Weitere Risiken ergeben sich aus den steigenden Anforderungen an die kommunale Infrastruktur sowie aus gesetzlichen Aufgabenübertragungen, deren Finanzierung durch Bund und Land zu häufig nicht vollständig sichergestellt ist. Zudem führen die demografische Entwicklung und der Fachkräftemangel zu zusätzlichen Herausforderungen in verschiedenen Aufgabenbereichen.

Gleichzeitig bestehen Chancen für eine positive Haushaltsentwicklung. Die Stadt Beckum verfügt über ein umfangreiches Vermögensfundament mit einem Anlagevermögen von rund 266.564 TEuro. Dieses Vermögen dient jedoch überwiegend der dauerhaften kommunalen Aufgabenerfüllung und steht daher nur sehr eingeschränkt zur Finanzierung laufender Aufwendungen zur Verfügung. Es ist im Wesentlichen nicht veräußerbar.

Investitionen in Infrastruktur, Bildungseinrichtungen und Stadtentwicklung können die Attraktivität des Standortes stärken und langfristig positive Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Steuerkraft entfalten. Nicht verkannt werden darf aber, dass Investitionskostenzuschüsse des Bundes und des Landes nicht ausreichen werden, um die Investitionsaufgaben ohne Kreditaufnahmen finanzieren zu können. Die „Binnenfinanzierungskraft" der Stadt Beckum reicht zur Finanzierung nicht aus. Den Kreditaufnahmen wohnen ihrerseits Risiken für die Zukunft inne (Zinsänderungsrisiken, Tilgungsverpflichtung et cetera).

Die anhaltenden geopolitischen Konflikte und wirtschaftlichen Unsicherheiten belasten weiterhin die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und bergen Risiken für die kommunale Einnahmeentwicklung, auch konkret für die Stadt Beckum.

Strukturelle Entlastungen durch Bund und Land sind derzeit nicht absehbar. Die steigenden Belastungen im sozialen Bereich insgesamt sind Risiken für die kommunale Haushaltswirtschaft. Soweit

es – entgegen der Erwartungen – gelingt, Bund und Land zu weiteren Entlastungen zu bewegen, die dringend erforderlich sind, sind hier auch Chancen vorhanden.

Die Refinanzierung der geduldeten Asylsuchenden über die 3-Monats-Frist hinaus wurde zwischenzeitlich zwar verbessert, das Gesamtsystem ist jedoch weiterhin „unter Druck". Es bedarf zur Risikominimierung einer landesseitigen (Mit-)Finanzierung der sogenannten Vorhaltekosten, insbesondere bei den Unterkünften.

Die „Hilfen zur Erziehung" haben sich im Berichtsjahr weiter erhöht. Dieser landesweit zu beobachtende Trend stellt ein Risiko für die Haushaltswirtschaft dar. Es ist darüber hinaus jedoch insbesondere eine Herausforderung für die Verantwortlichen in diesem Bereich, den gestiegenen Anforderungen, in quantitativer und qualitativer Hinsicht, gerecht zu werden. Das Wohl des Einzelnen und das fachlich und gesetzlich gebotene Handeln sind der Maßstab.

Weitere Konsolidierungen sind grundsätzlich anzustreben. Dabei muss die Entwicklungsfähigkeit der Stadt Beckum gewahrt bleiben. Aufgrund der in der Vergangenheit bereits durchgeführten Konsolidierung wird es schwierig, erneut substanzielle Erfolge in diesem Bereich zu erzielen. Nicht zuletzt bedarf es der meist zeitaufwändigen Abstimmung mit den politischen Entscheidungsträgern. Nicht aus den Augen darf dabei geraten, dass Konsolidierung kein Selbstzweck ist. Es gilt, die Weiterentwicklungsfähigkeit der Stadt Beckum zu erhalten. Es steht außer Frage, dass die Stadt Beckum – so wie die weit überwiegende Mehrheit der nordrhein-westfälischen Kommunen – nicht in der Lage ist, von außen herangetragene Belastungen durch eigene Einnahmen oder immer neue Sparmaßnahmen und Leistungseinschnitte auszugleichen. Dies gilt insbesondere für die gesamtgesellschaftlich zu tragenden steigenden Sozialaufwendungen. Leistungseinschränkungen würden die kommunale Aufgabenerfüllung und die Attraktivität des kommunalen Leistungsangebotes zunehmend beeinträchtigen. Es darf bezweifelt werden, dass hierfür Verständnis in der Bevölkerung besteht.

Eine Chance bietet der eingerichtete Arbeitskreis „Finanzen Beckum". Durch einen frühzeitigen und kontinuierlichen Austausch zwischen Verwaltung und Politik können finanzwirtschaftliche Entwicklungen transparent dargestellt sowie Konsolidierungs- und Steuerungsmöglichkeiten gemeinsam erörtert werden. Die Wirksamkeit des Gremiums wird sich in der Zukunft zeigen.

Prognosebericht

Der Ergebnisplan des Jahres 2026 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 5.561 TEuro ab. Ohne Berücksichtigung des globalen Minderaufwands von 1.450 TEuro ist ein Jahresfehlbetrag von 7.011 TEuro zu berücksichtigen. Die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2027 bis 2029 sieht ebenfalls durchgängig negative Jahresergebnisse vor.

Der Haushaltsbericht Mai 2026 prognostiziert zum 31.12.2026 ein Jahresergebnis von –8.164 TEuro. Dieser Jahresfehlbetrag kann voraussichtlich noch durch die Ausgleichsrücklage gedeckt werden. In den Folgejahren könnten Verrechnungen mit der Allgemeinen Rücklage sowie gegebenenfalls bilanzielle Verlustvorträge erforderlich werden.

Nachtragsbericht

Unsicherheit besteht bezüglich der gestiegenen und weiter steigenden Baukosten und der Verfügbarkeit von Baumaterialien und -leistungen. Hieraus können sich Auswirkungen auf die Umsetzung geplanter Investitionsmaßnahmen sowie auf deren Wirtschaftlichkeit ergeben.

aufgestellt:
Beckum, 05.08.2026

Gezeichnet
Maria Schlieper
Stellvertretende Kämmerin

bestätigt:
Beckum, 05.08.2026

gezeichnet
Thomas Wulf
Allgemeiner Vertreter

NKF – Kennzahlenset

In gemeinsamer Arbeit von Aufsichtsbehörden der Gemeinden und Gemeindeverbände (GV) sowie der Gemeindeprüfungsanstalt als überörtliche Prüfungseinrichtung und Vertretern der örtlichen Rechnungsprüfung (VERPA) ist für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Kommunen ein NKF-Kennzahlenset erarbeitet worden. Darin sind die für die Prüfung wichtigen Kennzahlen zusammengefasst worden. Nach intensiver gemeinsamer Überarbeitung wird für die Haushaltsbeurteilung nunmehr das Kennzahlenset nach dem nachfolgenden Schema zugrunde gelegt:

Dieses Kennzahlenset macht eine Bewertung des Haushalts und der wirtschaftlichen Lage jeder Gemeinde nach einheitlichen Kriterien möglich, auch wenn dies durch unterschiedliche Stellen vorgenommen wird. Die Aufsichtsbehörden sollen das NKF-Kennzahlenset bei der Beurteilung von kommunalen Haushalten einsetzen.

Bei der Auswertung der Kennzahlen ist darauf zu achten, dass das Kennzahlenset nur bei vollständiger Anwendung Schlüsse über die haushaltswirtschaftliche Situation einer Gemeinde zulässt. Die isolierte Betrachtung einzelner Kennzahlen könnte zu Fehlinterpretationen führen.

Aufwandsdeckungsgrad (ADG)
Diese Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

Eigenkapitalquote 1 (EkQ1)
Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 1“ misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Die Kennzahl kann bei einer Gemeinde ein wichtiger Bonitätsindikator sein.

Eigenkapitalquote 2 (EkQ2)
Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 2“ misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Weil bei den Gemeinden die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese „langfristigen“ Sonderposten erweitert.

Fehlbetragsquote (FbQ)/Überschussquote
Diese Kennzahl gibt Auskunft über den durch einen Fehlbetrag in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil. Da mögliche Sonderrücklagen hier jedoch unberücksichtigt bleiben müssen, bezieht die Kennzahl ausschließlich die Ausgleichsrücklage und die allgemeine Rücklage ein. Zur Ermittlung der Quote wird das negative Jahresergebnis ins Verhältnis zu diesen beiden Bilanzposten gesetzt. Im Falle eines positiven Ergebnisses ergibt sich eine „negative Fehlbetragsquote“ die als Überschussquote interpretiert werden kann.

Infrastrukturquote (IsQ)
Diese Kennzahl stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht. In Einzelfällen kann es sachgerecht sein, auch die Gebietsgröße der Gemeinde oder andere örtliche Besonderheiten bei der Bewertung dieser Kennzahl zu berücksichtigen.

Abschreibungsintensität (AbI)
Die Kennzahl zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

Drittfinanzierungsquote (DfQ)
Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten im Haushaltsjahr. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch die Drittfinanzierung deutlich.

Investitionsquote (InQ)
Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen.

Anlagendeckungsgrad 2 (AnD2)
Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad II“ gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

Dynamischer Verschuldungsgrad (DVsG)
Mit Hilfe der Kennzahl „Dynamischer Verschuldungsgrad“ lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit der Gemeinde beurteilen. Sie hat dynamischen Charakter, weil sie mit dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit aus der Finanzrechnung eine zeitraumbezogene Größe enthält. Dieser Saldo zeigt bei jeder Gemeinde an, in welcher Größenordnung freie Finanzmittel aus ihrer laufenden Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Haushaltsjahr zur Verfügung stehen und damit zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden könnten. Der Dynamische Verschuldungsgrad gibt an, in wie vielen Jahren es unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln vollständig zu tilgen (Entschuldungsdauer).

Liquidität 2. Grades (Li2)
Die Kennzahl gibt stichtagsbezogen Auskunft über die „kurzfristige Liquidität“ der Gemeinde. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.

Kurzfristige Verbindlichkeitsquote (KVbQ)
Wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl „Kurzfristige Verbindlichkeitsquote“ beurteilt werden.

Zinslastquote
Die Kennzahl „Zinslastquote“ zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Netto-Steuerquote (NSQ) oder Allgemeine Umlagenquote (AUQ)
Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Für eine realistische Ermittlung der Steuerkraft der Gemeinde ist es erforderlich, den Gemeindeanteil an der Gewerbesteuer und den Aufwand für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit in Abzug zu bringen.

Zuwendungsquote (ZwQ)
Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Personalintensität (PI)
Die „Personalintensität" gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Im Hinblick auf den interkommunalen Vergleich dient diese Kennzahl dazu, die Frage zu beantworten, welcher Teil der Aufwendungen üblicherweise für Personal aufgewendet wird

Sach- und Dienstleistungsintensität (SDI)
Die Kennzahl „Sach- und Dienstleistungsintensität" lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Transferaufwandsquote (TAQ)
Die Kennzahl „Transferaufwandsquote" stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.

Nr.	**Kennzahlenset NRW (Stand Rd.-Erlass IM NRW vom 01.10.2008)**		
	Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation		
1.	Aufwandsdeckungsgrad	(Ordentliche Erträge / ordentliche Aufwendungen) x 100	99,4%
2.	Eigenkapitalquote 1	(Eigenkapital / Bilanzsumme) x 100	24,9%
3.	Eigenkapitalquote 2	(Eigenkapital + Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge) x 100 / Bilanzsumme	56,1%
4.	Fehlbetragsquote	(negatives Jahresergebnis / (Ausgleichsrücklage + Allgemeine Rücklage)) x -100	0,8%
	Kennzahlen zur Vermögenslage		
5.	Infrastrukturquote	(Infrastrukturvermögen / Bilanzsumme) x 100	27,0%
6.	Abschreibungsintensität	(Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen / ordentliche Aufwendungen) x 100	5,4%
7.	Drittfinanzierungsquote	(Erträge aus der Auflösung von Sonderposten / bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen) x 100	73,5%
8.	Investitionsquote	Bruttoinvestitionen / (Abgänge des Anlagevermögens + Abschreibungen auf das Anlagevermögen)) x 100	215,4%

	Kennzahlen zur Finanzlage		
9.	Anlagendeckungsgrad 2	(Eigenkapital + Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge + langfristiges Fremdkapital) x 100 / Anlagevermögen	96,8%
10.	Dynamischer Verschuldungsgrad (Angabe in Jahren)	Effektivverschuldung / Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (FR)	54,1
11.	Liqidität 2. Grades	((Liquide Mittel + kurzfristige Forderungen) / kurzfristige Verbindlichkeiten) x 100	74,3%
12.	Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	(kurzfristige Verbindlichkeiten / Bilanzsumme) x 100	12,5%
13.	Zinslastquote	(Finanzaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100	0,3%
	Kennzahlen zur Ertragslage		
14.	Netto-Steuerquote (bei kreisangehörigen Gemeinden)	(Steuererträge - GewSt.Umlage - Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit) / (ordentliche Erträge - GewSt.Umlage - Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit) x 100	49,0%
14.	Allgemeine Umlagenquote (bei Kreisen und Umlageverbänden alternativ zur Netto-Steuerquote)	(Allgemeine Umlage / ordentliche Erträge) x 100	16,7%
15.	Zuwendungsquote	(Erträge aus Zuwendungen / ordentliche Erträge) x 100	27,7%
16.	Personalintensität	(Personalaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100	22,1%
17.	Sach- und Dienstleistungsintensität	(Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen / ordentliche Aufwendungen) x 100	17,8%
18.	Transferaufwandsquote	(Transferaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100	46,2%

Analyse der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage

1. Ertragslage

1.1 Ergebnisanalyse auf Basis der Jahresergebnisse

Im Folgenden werden die tatsächlichen Ergebnisse des Haushaltsjahres 2025 und 2024 gegenübergestellt und Veränderungen aufgezeigt. Dabei werden die einzelnen Posten zur Summe der ordentlichen Erträge ins Verhältnis gesetzt, um ihren prozentualen Anteil an den Erträgen aus laufender Verwaltungstätigkeit der Stadt darzustellen.

	2025		2024		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Steuern und ähnliche Abgaben	69.747	50,0	57.440	45,7	12.307	+ 21,4
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	38.587	27,7	40.232	32,0	– 1.645	– 4,1
Sonstige Transfererträge	3.234	2,3	3.186	2,5	48	+ 1,5
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	16.791	12,0	16.263	12,9	528	+ 3,2
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.057	0,8	1.009	0,8	48	+ 4,8
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.765	2,0	2.766	2,2	– 1	0,0
Sonstige ordentliche Erträge	6.784	4,9	4.136	3,3	2.648	+ 64,0
Aktivierte Eigenleistungen	392	0,3	596	0,6	– 204	– 34,2
Ordentliche Erträge	139.357	100,0	125.628	100,0	13.729	+ 10,9
Personalaufwendungen	30.948	22,2	28.860	23,0	2.088	+ 7,2
Versorgungsaufwendungen	4.749	3,4	4.018	3,2	731	+ 18,2
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.976	17,9	23.589	18,8	1.387	+ 5,9
Bilanzielle Abschreibungen	7.542	5,4	7.260	5,8	282	+ 3,9
Transferaufwendungen	64.829	46,5	59.021	47,0	5.808	+ 9,8
Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.178	5,2	7.334	5,8	– 156	– 2,1
Ordentliche Aufwendungen	140.222	100,6	130.082	103,6	10.140	+ 7,8
Ordentliches Ergebnis	– 865	– 0,6	– 4.454	– 3,6	3.589	+ 80,6
Finanzergebnis	225		635		– 410	
Jahresergebnis	– 640		– 3.819		3.179	

Das Berichtsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 640. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Verbesserung um T€ 3.179. Dabei erhöhten sich die ordentlichen Erträge um T€ 13.729 und die ordentlichen Aufwendungen stiegen um T€ 10.140.

Unter den **Steuern und ähnlichen Abgaben** werden im Wesentlichen mit T€ 34.010 (Vorjahr: T€ 23.312) die Gewerbesteuereinnahmen, mit T€ 21.217 (Vorjahr: T€ 19.914) der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie mit T€ 7.662 (Vorjahr: T€ 7.537) Grundsteuereinnahmen ausgewiesen. Insgesamt haben sich die Steuern und ähnlichen Abgaben gegenüber dem Vorjahr um T€ 12.307 erhöht.

Die **Zuwendungen und allgemeine Umlagen** beinhalten mit T€ 4.088 (Vorjahr: T€ 3.589) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens, mit T€ 14.669 (Vorjahr: T€ 14.701) Zuwendungen und Zuschüsse von Land und Bund sowie in Höhe von T€ 18.567 (Vorjahr: T€ 20.633) die Verwendung von pauschalen Zuweisungen des Landes. Übrige Zuschüsse betrugen T€ 1.263 (Vorjahr: T€ 1.308).

Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** beinhalten im Wesentlichen Benutzungsgebühren und die Auflösung des Sonderpostens für Beiträge. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Leistungsentgelte um T€ 528 angestiegen. Dies insbesondere aufgrund des Anstiegs der Krankentransportgebühren (+T€ 588).

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 48. Ursächlich hierfür waren insbesondere die gestiegenen Mieten und Pachten. Im Berichtsjahr betrugen die Erlöse aus Grundstücksverkäufen T€ 192 (Vorjahr: T€ 171). Des Weiteren werden Mieten und Pachten in Höhe von T€ 740 (Vorjahr: T€ 663) und übrige privatrechtliche Erträge in Höhe von T€ 125 (Vorjahr: T€ 175) ausgewiesen.

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** sind im Berichtsjahr mit T€ 6.784 um T€ 2.648 höher als im Vorjahr ausgefallen. Dabei sind die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von T€ 2.748 im Vergleich zum Vorjahr um T€ 1.652 gestiegen. Dies im Wesentlichen aufgrund der Auflösung der Rückstellung für Pension und Beihilfe aufgrund eines Abgangs. Die Konzessionsabgaben betrugen im Berichtsjahr T€ 1.581 (Vorjahr: T€ 1.553).

Bei den **ordentlichen Aufwendungen** ergaben sich die größten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bei den Personalaufwendungen (T€ +2.088), den Versorgungsaufwendungen (T€ +732), den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (T€ +1.387) und den Transferaufwendungen (T€ 5.808).

Die **Personalaufwendungen** haben sich insgesamt um T€ 2.088 oder 7,2 % erhöht. Dabei stiegen die Löhne und Gehälter inklusive Sozialabgaben um T€ 1.767. Die Zuführung zu den Personalrückstellungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 321.

Der Anstieg der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** um insgesamt T€ 1.387 resultiert insbesondere daraus, dass die Unterhaltungsaufwendungen an Brücken im Vergleich zum Vorjahr um T€ 628 gestiegen sind.

Die **Transferaufwendungen** sind per Saldo um T€ 5.808 gestiegen. Die Kostensteigerungen entfallen im Wesentlichen auf den gesetzlichen Betriebskostenzuschuss für Kindertageseinrichtungen mit T€ 1.231, auf die Kreisumlage mit T€ 1.433, auf die Gewerbesteuerumlage mit T€ 1.000 sowie auf soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen und außerhalb von Einrichtungen mit T€ 845. Weiterhin stiegen die weitergeleiteten Mittel für Ganztagsschulen (T€ 253), die Zuschüsse an Kindertagespflegeangebote (T€ 356).

1.2 Ergebnisanalyse auf Basis der Haushaltsplanungen

Maßgeblich für die Analyse und Beurteilung des Ergebnisses des Haushaltsjahres sind die Abweichungen zu dem vom Rat beschlossenen Haushaltsplan.

Vor dem gesetzlichen Hintergrund der Gesamtdeckung und den vom Rat beschlossenen Deckungsvermerken stellt sich der Haushaltsplan bzw. dessen Fortschreibung im Vergleich zum Jahresergebnis 2025 wie folgt dar:

	Fortgeführter Ansatz (einschl. Ausgabereste) T€	Ist-Ergebnis T€	Vergleich fortgeführter Ansatz/ Ist-Ergebnis T€
Ordentliche Erträge			
Steuern und ähnliche Abgaben	58.017	69.747	11.730
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	38.485	38.587	102
Sonstige Transfererträge	2.537	3.234	697
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	17.435	16.791	– 644
Privatrechtliche Leistungsentgelte	868	1.057	189
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.359	2.765	406
Sonstige ordentliche Erträge	4.941	6.784	1.843
Aktivierte Eigenleistungen	292	392	100
	124.934	139.357	14.423
Ordentliche Aufwendungen			
Personalaufwendungen	31.656	30.948	– 708
Versorgungsaufwendungen	4.047	4.749	702
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.075	24.976	901
Bilanzielle Abschreibungen	7.601	7.542	– 59
Transferaufwendungen	61.525	64.829	3.304
Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.069	7.178	109
	135.973	140.222	4.249
Ordentliches Ergebnis	– 11.039	– 865	10.174
Finanzerträge	558	663	105
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	– 912	– 438	474
Finanzergebnis	– 354	225	579
Jahresergebnis	– 11.393	– 640	10.753

Während der fortgeschriebene Ansatz von einem Jahresfehlbetrag von T€ 11.393 ausging, weist das Ist-Ergebnis für 2025 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 640 aus. Die Ursachen für die Veränderungen werden im Folgenden erläutert.

Die ordentlichen Erträge liegen mit T€ 139.357 um T€ 14.423 über dem fortgeführten Ansatz, die ordentlichen Aufwendungen überschreiten den fortgeschriebenen Ansatz um T€ 4.249 und weisen einen Saldo von T€ 140.222 aus. Somit wird mit T€ -865 ein gegenüber dem Planansatz um T€ 10.174 verbessertes ordentliches Ergebnis ausgewiesen.

Ursächlich für den Anstieg der ordentlichen Erträge sind im Wesentlichen die Mehrerträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben, die per Saldo um T€ 11.730 über dem Planansatz liegen, was mit T€ 11.510 auf die Gewerbesteuer zurückzuführen ist.

Die Mehrerträge in Höhe von T€ 1.843 bei den sonstigen ordentlichen Erträgen resultieren im Wesentlichen aus dem Anstieg der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ +1.999).

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen haben den Planansatz um T€ 901 und die Transferaufwendungen um T€ 3.304 überschritten.

2. Vermögens-, Schulden- und Finanzlage

2.1 Vermögens- und Kapitalstruktur

In der nachfolgenden Übersicht werden die Vermögens-, Kapital- und Schuldposten der Bilanz zum 31. Dezember 2025 zusammengefasst und den entsprechenden Vorjahreszahlen gegenübergestellt.

Vermögensstruktur

	31.12.2025		31.12.2024		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Langfristige Aktiva					
Bilanzierungshilfe	7.481	2,3	7.481	2,4	0
Anlagevermögen	266.564	82,5	255.665	81,7	10.899
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.953	0,6	2.100	0,7	147
	275.998	85,4	265.246	84,7	10.752
Kurzfristige Aktiva					
Vorräte	8.043	2,5	9.353	3,0	– 1.310
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27.260	8,4	24.676	7,9	2.584
Liquide Mittel	2.749	0,9	5.210	1,7	– 2.461
Rechnungsabgrenzungsposten	8.987	2,8	8.554	2,7	433
	47.039	14,6	47.793	15,3	– 754
	323.037	100,0	313.039	100,0	9.998

Kapitalstruktur

	31.12.2025		31.12.2024		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Eigenkapital	80.499	24,9	81.006	25,9	– 507
Sonderposten	112.283	34,8	110.423	35,3	1.860
	192.782	59,7	191.429	61,2	1.353
Langfristige sonstige Passiva					
Rückstellungen	56.251	17,4	54.096	17,3	2.155
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	11.162	3,5	7.492	2,4	3.670
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	2.506	0,8	1.282	0,4	1.224
Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	4.745	1,5	4.709	1,5	36
	74.664	23,2	67.579	21,6	7.085
	267.446	82,9	259.008	82,8	8.438
Kurzfristige Passiva					
Rückstellungen	5.859	1,8	6.220	2,0	– 361
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	332	0,1	227	0,1	105
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	100	0,0	100	0,0	0
Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	3	0,0	154	0,0	– 151
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.175	1,6	6.218	2,0	– 1.043
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	14.991	4,6	13.747	4,4	1.244
Sonstige Verbindlichkeiten	5.743	1,8	6.540	2,1	– 797
Erhaltene Anzahlungen	12.745	3,9	10.048	3,2	2.697
Rechnungsabgrenzungsposten	10.643	3,3	10.777	3,4	– 134
	55.591	17,1	54.031	17,2	1.560
	323.037	100,0	313.039	100,0	9.998

Bei der Aufteilung der Vermögens- und Kapitalstruktur bezüglich der Fälligkeiten bzw. Fristigkeiten wurden Forderungen, Rechnungsabgrenzungsposten, Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr als langfristig behandelt.

Das **Anlagevermögen** hat sich bei Zugängen von T€ 18.840 sowie bei Abschreibungen von T€ 7.542 und Abgängen von T€ 399 um T€ 10.899 erhöht. Im Berichtsjahr wurden Anlagen in Bau in Höhe von T€ 9.849 fertiggestellt, umgebucht und unterlagen zum ersten Mal der normalen Abschreibung.

Die Passivseite der Bilanz, welche die Mittelherkunft dokumentiert, weist zum 31. Dezember 2025 ein **Eigenkapital** von T€ 80.499 aus. Die allgemeine Rücklage, als Bestandteil des Eigenkapitals, beträgt T€ 71.621. Die Ausgleichsrücklage hat sich nach Verrechnung des Jahresergebnisses 2024 um T€ 3.819 auf T€ 9.519 vermindert. Das Haushaltsjahr 2025 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 640 ab. Die Eigenkapitalquote, welche den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz zeigt, beträgt 24,9 %.

Die **Sonderposten** belaufen sich auf T€ 112.283 (34,8 %). Die Drittfinanzierungsquote, die einen Hinweis auf die Frage ermöglicht, inwieweit die Erträge aus den Sonderpostenauflösungen die Belastung durch Abschreibungen abmildern, beläuft sich auf 73,5 %.

Die kurz- und langfristigen **Rückstellungen** betragen T€ 62.110 und bilden somit 19,2 % der Bilanzsumme ab. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Summe der Rückstellungen um T€ 1.794. Ursächlich hierfür ist insbesondere der Anstieg der Pensionsrückstellungen (T€ +2.162) und der Instandhaltungsrückstellungen (T€ +246), während sich die sonstigen Rückstellungen reduzierten (T€ -613).

Die kurz- und langfristigen **Verbindlichkeiten** belaufen sich auf T€ 57.501. Gegenüber dem Vorjahr stiegen sie um T€ 6.983. Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen erhöhten sich um Neuaufnahmen in Höhe von T€ 4.000. Dem stehen planmäßige Tilgungen entgegen.

Ebenfalls erhöht haben sich die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (T€ +1.224).

Die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.244. Die Zunahme resultiert überwiegend aus dem Anstieg der Verbindlichkeiten der weiterzuleitenden Landeszuschüsse für Schule, Kindergärten und offener Ganztagsbetreuung.

Die erhaltenen Anzahlungen sind im Vergleich zum Vorjahr um T€ 2.697 gestiegen. Erhaltene Anzahlungen sind zweckgebundene Zuwendungen, für die eine Zuordnung zu einem fertiggestellten Anlagengegenstand noch aussteht.

2.2 Finanzlage

Liquiditätsverhältnisse

Der Untersuchung der Liquiditätsverhältnisse liegt der Gedanke zugrunde, dass das finanzielle Gleichgewicht dann erhalten bzw. durch kurzfristig wirksame Maßnahmen sichergestellt werden kann, wenn den nach Fälligkeitsfristen geordneten Verbindlichkeiten jeweils Vermögensgegenstände mit gleichen Liquidierbarkeitszeiten gegenüberstehen, die Zahlungsverpflichtungen also durch entsprechende flüssige oder flüssig zu machende Vermögensteile gedeckt sind.

Die Liquiditätslage stellt sich am Bilanzstichtag wie folgt dar:

	31.12.2025 T€	31.12.2024 T€
Liquide Mittel	2.749	5.210
Abzüglich		
Kurzfristiges Fremdkapital	55.591	54.031
Liquidität I	– 52.842	– 48.821
Zuzüglich		
Kurzfristige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27.260	24.676
Liquidität II	– 25.582	– 24.145
Zuzüglich		
Vorräte	8.043	9.353
Liquidität III	– 17.539	– 14.792
Veränderung des Liquiditätssaldos	– 2.747	

Zum Bilanzstichtag weist die Liquiditätslage eine Unterdeckung in Höhe von T€ 17.539 (Vorjahr: T€ 14.792) aus.

Der Liquiditätssaldo hat sich damit um T€ 2.747 verschlechtert; dies insbesondere aufgrund der gestiegenen kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie aufgrund des gesunkenen Bestandes an liquiden Mitteln.

Finanzrechnung

In der Finanzrechnung (direkte Methode einer Kapitalflussrechnung) werden die Zahlungsströme des Berichtsjahres getrennt nach der laufenden Verwaltungstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit dargestellt.

Anhand dieser Finanzrechnung, die diesem Bericht im Jahresabschluss als Anlage beigefügt ist, werden die Veränderung des Finanzmittelfonds sowie die dafür ursächlichen Mittelbewegungen aufgezeigt.

Zusammengefasst stellt sich die Finanzrechnung wie folgt dar:

	2025 T€	2024 T€
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.648	– 3.836
Saldo aus der Investitionstätigkeit	– 7.734	– 8.582
Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag	– 6.086	– 12.418
Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	3.785	11.042
Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	– 2.301	– 1.376
Anfangsbestand an Finanzmitteln	5.210	6.577
Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	– 160	9
Liquide Mittel	2.749	5.210

Aufgrund eines positiven Saldos aus der laufenden Verwaltungstätigkeit sowie einem negativen Saldo aus der Investitionstätigkeit und ein negativer Saldo aus der Investitionstätigkeit ist der Bestand an liquiden Mitteln um T€ 2.461 im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Verwendungsvorbehalt

Im Prüfungsbericht fasst der Abschlussprüfer die Ergebnisse seiner Arbeit insbesondere für jene Vertreter der Gemeinde zusammen, denen die Überwachung obliegt. Der Prüfungsbericht hat dabei die Aufgabe, durch die Dokumentation wesentlicher Prüfungsfeststellungen die Überwachung der Gemeinde durch die zuständigen Vertreter zu unterstützen. Er richtet sich daher – unbeschadet eines etwaigen, durch spezialgesetzliche Vorschriften begründeten Rechts Dritter zum Empfang oder zur Einsichtnahme – ausschließlich an Vertreter der Gemeinde zur gemeindeinternen Verwendung.

Unserer Tätigkeit liegen unser Auftragsbestätigungsschreiben zur Jahresabschlussprüfung und die "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf, herausgegebenen Fassung vom 1. Januar 2024 zu Grunde.

Dieser Prüfungsbericht ist ausschließlich dazu bestimmt, Grundlage von Entscheidungen der Vertreter der Gemeinde zu sein, und ist nicht für andere als bestimmungsgemäße Zwecke zu verwenden, so dass wir Dritten gegenüber keine Verantwortung, Haftung oder anderweitige Pflichten übernehmen, es sei denn, dass wir mit dem Dritten eine anderslautende schriftliche Vereinbarung geschlossen hätten oder ein solcher Haftungsausschluss unwirksam wäre.

Dies gilt sowohl für die ausgedruckten Exemplare des Berichts als auch für die elektronische Fassung, die wir Ihnen zur Verfügung stellen.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir keine Aktualisierung des Prüfungsberichts und/oder Bestätigungsvermerks hinsichtlich nach der Erteilung des Bestätigungsvermerks eingetretener Ereignisse oder Umstände vornehmen, sofern hierzu keine gesetzliche Verpflichtung besteht. Wer auch immer Informationen dieses Prüfungsberichts zur Kenntnis nimmt, hat eigenverantwortlich zu entscheiden, ob und in welcher Form er diese Informationen für seine Zwecke als nützlich und tauglich erachtet und durch eigene Untersuchungshandlungen erweitert, verifiziert oder aktualisiert.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für
Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer" genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf. 50341/1

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

TOP Ö 6

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2026/0236
öffentlich

Jahresabschluss 2025 des Eigenbetriebs Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum und Verwendung des Jahresergebnisses

Federführung: Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder

Beteiligungen: Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Auskunft erteilt: Herr Gerdhenrich | 02521 29-1000 | gerdhenrich@beckum.de

Beratungsfolge:

Betriebsausschuss
22.09.2026 Beratung

Rat der Stadt Beckum
23.09.2026 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Der Jahresabschluss zum 31.12.2025 des Eigenbetriebs Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum wird wie folgt beschlossen:

1. **Jahresabschluss 2025**

   Der Jahresabschluss des Eigenbetriebs Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum wird wie folgt festgestellt und beschlossen:

   Gewinn- und Verlustrechnung

   Betriebsergebnis ..... –1.554.053,89 Euro

   Finanzergebnis ..... 1.816.487,79 Euro

   Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ..... 262.433,90 Euro

   Ergebnis nach Steuern ..... 391.581,78 Euro

   Jahresüberschuss ..... 391.540,62 Euro

   Bilanz zum 31.12.2025

   Aktiva ..... 26.937.225,38 Euro

   Passiva ..... 26.937.225,38 Euro

2. **Behandlung des Jahresüberschusses**

   Der Jahresüberschuss in Höhe von 391.540,62 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Kosten/Folgekosten

Durch die Erstellung des Jahresabschlusses entstehen Personal- und Sachkosten, die dem laufenden Betrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Die Erstellung des Jahresabschlusses hat keine zusätzlichen finanziellen Auswirkungen.

Erläuterungen:

Der Rat der Stadt Beckum entscheidet gemäß § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Jahresergebnisses.

Der Jahresabschluss 2025 des Eigenbetriebs Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum wird in der Sitzung des Betriebsausschusses unter Mitwirkung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Curacon GmbH aus Münster vorgestellt und erläutert. Der Jahresabschluss und die Gewinnverwendung sind vom Rat der Stadt Beckum zu beschließen.

Anlage(n):

Prüfbericht zum Jahresabschluss zum 31.12.2025

TOP Ö 6

Anlage zur Vorlage 2026/0236

BERICHT

Eigenbetrieb Energie-versorgung und Bäder der Stadt Beckum

Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2025

GP-Nr. 214437

CURACON
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

INHALT

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	
Definition der Kennzahlen	
A. Prüfungsauftrag	1
B. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	2
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	6
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	9
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	9
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	9
2. Jahresabschluss	10
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	10
E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags	11
F. Schlussbemerkung	12

Anlagenverzeichnis

	Blatt
Jahresabschluss	
Bilanz zum 31. Dezember 2025	
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025	
Anlagespiegel	
Anhang	6–21
Anlage 1: Geschäftsbericht	
Kontennachweis Aktiva (Anlage zum Geschäftsbericht)	
Kontennachweis Passiva (Anlage zum Geschäftsbericht)	
Kontennachweis Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage zum Geschäftsbericht)	

Anlagenverzeichnis (Fortsetzung)

	Blatt
Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	1
1. Grundlagen der wirtschaftlichen Verhältnisse	1
2. Zweijahresübersicht	1
3. Ertragslage	2
4. Vermögens- und Finanzlage	6
Nachweis der Feststellungen zur Prüfung nach § 53 HGrG	11

Verwendungsvorbehalt

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024

Hinweise:
Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten.

Die PDF-Datei enthält drucktechnisch bedingt unbedruckte Seiten. Diese sind Teil unserer doppelseitigen Berichtsformatierung und sollten nicht gelöscht werden.

Abkürzungsverzeichnis

BHKW	Blockheizkraftwerk
D&O	Directors and Officers
DRS	Deutsche(r) Rechnungslegungs Standard(s)
EigVO NRW	Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
GO NRW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätzegesetz)
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
i. S. d.	im Sinne des
i. V. m.	in Verbindung mit
KomHVO NRW	Verordnung über das Haushaltswesen der Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen – KomHVO NRW)
n. F.	neue Fassung
PS	Prüfungsstandard des IDW
VOB	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VOF	Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen
VOL	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen

CURACON

Definition der Kennzahlen

Kennzahl	Berechnung
Materialaufwandsquote in %	Materialaufwand x 100 / Betriebliche Erträge
Anlagendeckung in %	(Eigenkapital + Sonderposten + langfristiges Fremdkapital) x 100 / Anlagevermögen
Investitionsfinanzierungsquote in %	Sonderposten x 100 / (Immaterielle Vermögensgegenstände + Sachanlagen)
Eigenkapitalquote I in %	Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme
Eigenkapitalquote II in %	(Eigenkapital + Sonderposten + Saldo aus Ausgleichsposten) x 100 / Bilanzsumme
Fremdkapitalquote in %	Kurzfristiges Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme
Liquiditätsgrad I in %	(Liquide Mittel + Wertpapiere des Umlaufvermögens) x 100 / Kurzfristiges Fremdkapital
Liquiditätsgrad II in %	(Liquide Mittel + Wertpapiere des Umlaufvermögens + kurzfristige Forderungen) x 100 / Kurzfristiges Fremdkapital
Liquiditätsgrad III in %	(Liquide Mittel + Wertpapiere des Umlaufvermögens + kurzfristige Forderungen + Vorräte) x 100 / Kurzfristiges Fremdkapital

A. Prüfungsauftrag

Die Betriebsleitung des

Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum,

im Folgenden auch Eigenbetrieb genannt,

beauftragte uns, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung gemäß § 103 GO NRW zu prüfen.

Der Prüfungsbericht richtet sich ausschließlich an den Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum.

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebs ist gemäß § 103 Abs. 1 GO NRW i. V. m. § 102 GO NRW zu prüfen. In die Prüfung des Jahresabschlusses ist die Buchführung einzubeziehen. Die Prüfung des Jahresabschlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet sind.

Auftragsgemäß wurde der Prüfungsumfang erweitert. Bezüglich der Erweiterungen verweisen wir auf Abschnitt E. dieses Prüfungsberichts. Der diesem Prüfungsbericht beigefügte Geschäftsbericht war nicht Gegenstand dieses Prüfungsauftrags.

Über Gegenstand, Art und Umfang der von uns entsprechend §§ 317 ff. HGB und § 103 GO NRW i. V. m. § 102 GO NRW durchgeführten Prüfung des Jahresabschlusses erstatten wir den vorliegenden Bericht.

Unsere Berichterstattung erfolgt nach den vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf, festgelegten Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n. F.).

Auftragsgemäß stellen wir die Aufgliederung einzelner Posten des Jahresabschlusses über den gesetzlichen Umfang hinaus in einem besonderen Abschnitt als Anlage dar.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, gelten die unter dem 29. September 2025 getroffenen Vereinbarungen sowie ergänzend die als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2024 und der Verwendungsvorbehalt.

B. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer auftragsgemäßen Prüfung haben wir den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 des Eigenbetriebs Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum mit dem folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen:

"Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum

Prüfungsurteil
Wir haben den Jahresabschluss des Eigenbetriebs Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Den in der Anlage 1 beigefügten Geschäftsbericht haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen nach §§ 21 ff. EigVO NRW i. V. m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2025 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 103 GO NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Betriebsausschuss sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den in der Anlage 1 beigefügten Geschäftsbericht.

Unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss erstreckt sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen, oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten zu dem Schluss gelangen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Betriebsausschusses sowie des Rats der Stadt für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen nach §§ 21 ff. EigVO NRW in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Der Betriebsausschuss und der Rat der Stadt sind verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Eigenbetriebs zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 103 GO NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Eigenbetriebs abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Münster, am 21. August 2026

CURACON GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Averbeck
Wirtschaftsprüfer

Menken
Wirtschaftsprüfer"

Hinweis: An dieser Stelle erfolgt nur ein wörtliches Zitat des Bestätigungsvermerks, der im Testatsexemplar erteilt wird. Der Bestätigungsvermerk wird daher an dieser Stelle nicht unterschrieben.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand der Prüfung

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gemäß § 317 HGB und § 103 Abs. 3 i. V. m. § 102 Abs. 3 GO NRW die Buchführung, den Jahresabschluss auf die Beachtung der für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen geprüft. Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften ist nur insoweit Gegenstand der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Auswirkungen auf den Jahresabschluss ergeben.

Gemäß § 21 Abs. 3 EigVO NRW ist im Rahmen der Jahresabschlussprüfung in entsprechender Anwendung des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ferner die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen und über die wirtschaftlich bedeutsamen Sachverhalte zu berichten.

Die Rechnungslegung sowie die dafür eingerichteten internen Kontrollen liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebs. Ebenso sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die dem Abschlussprüfer gemachten Angaben. Unsere Aufgabe besteht darin, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen einer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Art und Umfang der Prüfung

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung entsprechend den Vorschriften der §§ 317 ff. HGB und § 103 i. V. m. § 102 GO NRW durchgeführt.

Unsere Prüfung hat sich nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Eigenbetriebs und die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit des gesetzlichen Vertreters zugesichert werden kann (in Anlehnung an § 317 Abs. 4a HGB).

Auf der Grundlage unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir zunächst eine Prüfungsstrategie entwickelt. Diese basiert auf einer Einschätzung des rechtlichen und wirtschaftlichen Umfelds, seiner Ziele, Strategien und Geschäftsrisiken sowie auf den Auskünften der gesetzlichen Vertreter. Sie wird darüber hinaus von der Größe und Komplexität des Eigenbetriebs und der Wirksamkeit seiner rechnungslegungsrelevanten internen Kontrollen beeinflusst. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse haben wir bei der Auswahl und dem Umfang unserer analytischen Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen hinsichtlich der Bestandsnachweise und der rechnungsrelevanten Aussagen im Jahresabschluss berücksichtigt.

Da der Jahresabschluss des Vorjahres durch einen anderen Abschlussprüfer geprüft wurde, erfolgte zunächst die Durchsicht des Prüfungsberichts für das Vorjahr. Soweit sich wesentliche Vorjahreszahlen auf den Jahresabschluss des Berichtsjahres auswirken, wurden sie in unsere Prüfung einbezogen.

Darauf aufbauend wurde ein Prüfungsprogramm entwickelt. In diesem Prüfungsprogramm werden Art und Umfang der Prüfungshandlungen sowie folgende Prüfungsschwerpunkte des Berichtsjahres festgelegt:

- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen
- Vollständigkeit der Angaben im Anhang.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten die Beurteilung der Angemessenheit rechnungslegungsrelevanter interner Kontrollen, analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen. Art und Umfang sowie die Ergebnisse der Prüfungshandlungen wurden in unseren Arbeitspapieren dokumentiert.

Im Rahmen der Vorprüfung haben wir die rechnungslegungsrelevanten internen Kontrollen auf Ebene des Mutterunternehmens, der Stadt Beckum, untersucht. Die Untersuchung bezog sich insbesondere auf die Abläufe und Kontrollmechanismen in den Bereichen Personalwesen, Anlagevermögen und Beschaffungswesen. Da die rechnungslegungsrelevanten internen Kontrollen aufgrund von Personal- und Prozessidentität gesellschaftsübergreifend ausgestaltet sind, haben wir unsere bei dem Mutterunternehmen gewonnenen Erkenntnisse bei der Prüfung des Betriebs berücksichtigt.

Die Durchführung unserer Prüfung erfolgte unserem Prüfungsplan entsprechend grundsätzlich nicht kontrollorientiert. Daher haben wir unter Berücksichtigung unserer Risikoeinschätzung unsere analytischen Prüfungshandlungen und stichprobenweisen Einzelfallprüfungen von Geschäftsvorfällen und Beständen in nicht reduziertem Umfang durchgeführt.

Hinsichtlich der Einzelfallprüfungen haben wir Stichproben in bewusster Auswahl gezogen.

Zur Prüfung der geschäftlichen Beziehungen mit Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten haben wir uns zum 31. Dezember 2025 von allen uns benannten Instituten Bankbestätigungen zukommen lassen.

Rechtsanwaltsbestätigungen wurden nicht eingeholt. Wir haben uns durch alternative Prüfungshandlungen mit hinreichender Sicherheit davon überzeugt, dass bedeutsame Rechtsstreitigkeiten nicht bestehen.

Zu weiteren Ausführungen bezüglich Art und Umfang der Prüfung verweisen wir auf den Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks.

Wir haben die Prüfung in den Monaten Juli und August 2026 von unserem Büro aus durchgeführt.

Alle erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind uns von den gesetzlichen Vertretern des Eigenbetriebs und den uns benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bereitwillig erteilt worden.

Die gesetzlichen Vertreter haben uns die berufsübliche schriftliche Vollständigkeitserklärung zum Jahresabschluss mit dem ergänzenden Modul "Eigenbetriebe/eigenbetriebsähnliche Einrichtungen" erteilt.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Ordnungsmäßigkeit der Buchführung
Die Organisation der Buchführung, das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Die Organisation des Rechnungswesens ist den Verhältnissen des Eigenbetriebs angemessen.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen einschließlich des Belegwesens entsprechen nach unseren Feststellungen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung. Die Prüfung ergab keine Einwendungen.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir festgestellt, dass die von dem Eigenbetrieb getroffenen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten zu gewährleisten.

Die aus den Unterlagen zu entnehmenden Informationen sind in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß in Buchführung und Jahresabschluss abgebildet worden.

2. Jahresabschluss

Die Prüfungspflicht des Jahresabschlusses ergibt sich für den Eigenbetrieb aus § 103 Abs. 1 GO NRW.

Gemäß § 21 EigVO NRW sind die Größenmerkmale des HGB anzuwenden. Der Eigenbetrieb erfüllt die Größenmerkmale einer kleinen Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 1 HGB. Der Eigenbetrieb nimmt von der Erleichterung insofern Gebrauch, dass er keinen Lagebericht mehr erstellt.

Im Jahresabschluss wurden in allen wesentlichen Belangen die gesetzlichen und rechtsformspezifischen Vorschriften sowie die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und die ergänzenden landesrechtlichen Bestimmungen sowie die ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet.

Der Jahresabschluss schließt an den von Dr. Heilmaier & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Krefeld, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Vorjahresabschluss an. Er wurde in der Sitzung des Rates der Stadt Beckum vom 16. September 2025 festgestellt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Dabei wurden die handelsrechtlichen sowie die in der EigVO NRW geregelten Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften in allen wesentlichen Belangen beachtet.

Der Anhang enthält die gemäß den gesetzlichen Vorschriften erforderlichen Angaben.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses
Nach unserer auftragsgemäßen Prüfung stellen wir fest, dass der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entspricht und insgesamt, d. h. im Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt.

Bewertungsgrundlagen
Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden des Eigenbetriebs in dem vorliegenden Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 erfolgte gemäß den Vorschriften des HGB. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Anhang angegeben.

Veränderungen der Bewertungsmethoden wurden nicht vorgenommen.

E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags

Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz – HGrG
Wir haben im Rahmen unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 HGrG sowie den Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, geführt worden sind.

Gemäß IDW-Prüfungshinweis: Beurteilung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung öffentlicher Unternehmen (IDW PH 9.720.1) vom 9. September 2010 haben wir auch eine Beurteilung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung öffentlicher Unternehmen abzugeben. Unter Einbeziehung der passivierten Sonderposten für Investitionszuschüsse, die eigenkapitalähnlichen Charakter haben, ergibt sich eine hinreichende Eigenkapitalquote von 52,0 %.

Unsere Prüfungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrags haben zu keinen Einwendungen geführt.

F. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Prüfungsbericht, einschließlich der Wiedergabe des Bestätigungsvermerks, erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und dem Prüfungsstandard zu den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n. F.). Auf § 328 HGB wird verwiesen.

Münster, am 21. August 2026

CURACON GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Averbeck	Menken
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer
(digital signiert)	(digital signiert)

Anlagenverzeichnis

	Blatt
Jahresabschluss	
Bilanz zum 31. Dezember 2025	
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025	
Anlagespiegel	
Anhang	6–21
Anlage 1: Geschäftsbericht	
Kontennachweis Aktiva (Anlage zum Geschäftsbericht)	
Kontennachweis Passiva (Anlage zum Geschäftsbericht)	
Kontennachweis Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage zum Geschäftsbericht)	
Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	1
1. Grundlagen der wirtschaftlichen Verhältnisse	1
2. Zweijahresübersicht	1
3. Ertragslage	2
4. Vermögens- und Finanzlage	6
Nachweis der Feststellungen zur Prüfung nach § 53 HGrG	11
Verwendungsvorbehalt	
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024	

Eigenbetrieb
Energieversorgung und Bäder
der Stadt Beckum

Beckumer Bäder
...einfach mal treiben lassen!

Jahresabschluss

31. Dezember 2025

BECKUM
Immer besser.

Herausgeber:

STADT BECKUM

DER BÜRGERMEISTER
www.beckum.de

Kontaktdaten:

Stadt Beckum
Weststraße 46
59269 Beckum

02521 29-0
02521 2955-1999 (Fax)
stadt@beckum.de

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Diese Druckschrift wird von der Stadt Beckum herausgegeben.

Die Schrift darf weder von politischen Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments und für Bürgerentscheide.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der politischen Parteien und Wählergruppen sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien und Wählergruppen oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Stadt Beckum zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort **1**

I. Bilanz **2**

II. Anlagenspiegel **5**

III. Anhang **6**

A Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung 6

B Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 6

C Angaben zu den Posten der Bilanz 7

1. Aktivseite 7
2. Passivseite 8

D Angaben zu den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung 13

1. Umsatzerlöse 13
2. Sonstige betriebliche Erträge 13
3. Materialaufwand 13
4. Abschreibungen 14
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen 14
6. Erträge aus Beteiligungen 15
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen 15
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag 15
9. Sonstige Steuern 15

E Spezielle Angaben 15

1. Spezielle Angaben nach Handelsgesetzbuch 15
2. Änderung im Bestand 16
3. Umsatzerlöse 17
4. Personalaufwand 19
5. Latente Steuern 19

F Nachtragsbericht 20

G Ergänzende Angaben 20

1. Betriebsleitung 20
2. Betriebsausschuss 20
3. Gesamtbezüge der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses 21

IV. Geschäftsbericht 22

A Allgemeines 22

B Geschäftsverlauf 22

1. Umsatzerlöse 23
2. Sonstige betriebliche Erträge 23
3. Materialaufwand 23
4. Personalaufwand 23
5. Abschreibungen 23
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen 23
7. Beteiligungserträge 24
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge 24
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen 24
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag 24
11. Sonstige Steuern 24

C Lage der Einrichtung 25

1. Kapitalflussrechnung 25
2. Vermögens- und Finanzlage 26
3. Ertragslage 27

D Risikomanagement 28

E Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung 28

V. Anlagen 29

A Kontennachweis Aktiva 29

B Kontennachweis Passiva 31

C Kontennachweis Gewinn- und Verlustrechnung 33

Vorwort

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum" (im Folgenden als „Eigenbetrieb" bezeichnet) wurde mit Ratsbeschluss vom 10.10.1996 zum 01.01.1997 gegründet.

Zweck des Eigenbetriebes einschließlich etwaiger Hilfs- und Nebenbetriebe sind die Energieversorgung (Versorgung mit Strom und Gas) und die Wasserversorgung in Beckum – dieses beinhaltet auch den Erwerb und das Halten von Beteiligungen an der Wasserversorgung Beckum GmbH und an Energieversorgungsunternehmen sowie der Betrieb der Bäder der Stadt Beckum.

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) und den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) in der jeweils aktuellen Fassung aufgestellt. Dabei wurden die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften berücksichtigt.

Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebes ist das Kalenderjahr.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Beckum, den 21. August 2026

Michael Gerdhenrich
Betriebsleiter

I. Bilanz

AKTIVA	31.12.2025 in Euro	31.12.2024 in Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	10.030,13	16.007,99
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	930.000,46	971.392,16
2. Technische Anlagen und Maschinen	116.201,51	43.622,92
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	207.590,09	233.146,44
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	219.340,83	146.804,17
	1.473.132,89	1.394.965,69
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	22.691.515,39	22.691.515,39
	22.691.515,39	22.691.515,39
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.672,15	2.672,15
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.349,76	13.995,24
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR)		
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.861.621,47	1.950.746,05
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR)		
3. Forderungen gegenüber der Stadt/ anderen Eigenbetrieben	18.056,07	626.072,43
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR)		
4. Sonstige Vermögensgegenstände	874.251,01	100.424,63
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR)		
	2.759.278,31	2.691.238,35
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		
1. Kassenbestand	450,00	450,00
2. Guthaben bei Kreditinstituten	0,00	0,00
	450,00	450,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten	146,51	261,11
	26.937.225,38	**26.797.110,68**

PASSIVA	31.12.2025 in Euro	31.12.2024 in Euro
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	1.789.521,58	1.789.521,58
II. Kapitalrücklage		
1. Allgemeine Rücklage	1.734.204,40	1.734.204,40
III. Gewinnvortrag	10.047.819,59	10.371.610,55
IV. Jahresüberschuss	391.540,62	–323.790,96
	13.963.086,19	13.571.545,57
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		
1. Sonderposten für Zuschüsse	65.652,90	73.181,42
C. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	23.000,00	23.000,00
2. Sonstige Rückstellungen	68.790,00	83.290,00
	91.790,00	106.290,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.175.485,00	12.301.923,33
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 701.619,01 EUR (Vorjahr: 720.051,35 EUR)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	19.037,73	21.016,90
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 19.037,73 EUR (Vorjahr: 21.016,90 EUR)		
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	57.253,82	78.289,93
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 57.253,82 EUR (Vorjahr: 78.289,93 EUR)		
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt/ anderen Eigenbetrieben	525.883,04	77.738,18
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 525.883,04 EUR (Vorjahr: 77.738,18 EUR)		
5. Sonstige Verbindlichkeiten	15.525,37	544.460,00
a) davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 15.525,37 EUR (Vorjahr: 544.460,00 EUR)		
b) davon aus Steuern: 13.398,72 EUR (Vorjahr: 542.222,35 EUR)		
	12.793.184,96	13.023.428,34
E. Rechnungsabgrenzungsposten	23.511,33	22.665,35
	26.937.225,38	**26.797.110,68**

Gewinn- und Verlustrechnung

		PLAN 2025 in Euro	**IST 2025 in Euro**	**IST 2024 in Euro**
1.	Umsatzerlöse	449.950,00	456.383,49	428.984,45
2.	Sonstige betriebliche Erträge	16.500,00	24.546,03	23.698,18
3.	Materialaufwand	801.250,00	692.638,93	646.855,50
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	357.450,00	344.317,19	332.355,18
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	443.800,00	348.321,74	314.500,32
4.	Personalaufwand	958.600,00	971.340,67	954.585,33
	a) Löhne und Gehälter (davon Jahressonderzahlung 38.834,53 EUR)	736.450,00	739.893,90	739.350,15
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung (davon für Altersversorgung 48.955,27 EUR)	222.150,00	231.446,77	215.235,18
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	120.550,00	132.757,34	126.853,62
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	242.900,00	238.246,47	274.750,48
I.	**Betriebsergebnis**	–1.656.850,00	**–1.554.053,89**	**–1.550.362,30**
7.	Erträge aus Beteiligungen (davon aus verbundenen Unternehmen 2.065.233,00 EUR)	2.087.650,00	2.065.233,00	2.210.700,03
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	100,00	0,00	81,00
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	227.100,00	248.745,21	242.196,18
II.	**Finanzergebnis**	1.860.650,00	**1.816.487,79**	**1.968.584,85**
III.	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	203.800,00	**262.433,90**	**418.222,55**
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	79.000,00	–129.147,88	755.422,36
IV.	**Ergebnis nach Steuern**	124.800,00	391.581,78	–337.199,81
11.	Sonstige Steuern	3.000,00	41,16	–13.408,85
V.	**Jahresüberschuss/-fehlbetrag**	121.800,00	**391.540,62**	**–323.790,96**

II. Anlagenspiegel

Anlagenspiegel
des Eigenbetriebes Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum
zum
31. Dezember 2025

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Buchwerte	
	Anfangsstand 01.01.2025	Zugänge +	Abgänge ./.	Umbuchungen +/./.	Endstand 31.12.2025	Anfangsstand 01.01.2025	Zugänge, d. h. Abschreibungen im Wirtschaftsjahr +	Abgänge, d. h. angesammelte Abschreibungen auf die in Spalte 4 ausgewiesenen Abgänge ./.	Endstand 31.12.2025	Restbuchwerte 31.12.2025	Restbuchwerte 01.01.2025
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
I. Immaterielle Vermögengsgegenstände											
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	30.226,99	0,00	0,00	0,00	30.226,99	14.219,00	5.977,86	0,00	20.196,86	10.030,13	16.007,99
	30.226,99	0,00	0,00	0,00	30.226,99	14.219,00	5.977,86	0,00	20.196,86	10.030,13	16.007,99
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	5.348.567,34	26.698,46	0,00	0,00	5.375.265,80	4.377.175,18	68.090,16	0,00	4.445.265,34	930.000,46	971.392,16
2. Technische Anlagen und Maschinen	2.159.893,93	95.691,21	66.249,78	0,00	2.189.335,36	2.116.271,01	23.111,62	66.249,78	2.073.132,85	116.202,51	43.622,92
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	819.462,11	10.020,35	11.934,38	0,00	817.548,08	586.315,67	35.574,70	11.931,38	609.958,99	207.589,09	233.146,44
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	146.804,17	72.536,66	0,00	0,00	219.340,83	0,00	0,00	0,00	0,00	219.340,83	146.804,17
	8.474.727,55	204.946,68	78.184,16	0,00	8.601.490,07	7.079.761,86	126.776,48	78.181,16	7.128.357,18	1.473.132,89	1.394.965,69
III. Finanzanlagen											
1. Beteiligungen	22.691.515,39	0,00	0,00	0,00	22.691.515,39	0,00	0,00	0,00	0,00	22.691.515,39	22.691.515,39
2. Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	22.691.515,39	0,00	0,00	0,00	22.691.515,39	0,00	0,00	0,00	0,00	22.691.515,39	22.691.515,39
Summe Anlagevermögen	31.196.469,93	204.946,68	78.184,16	0,00	31.323.232,45	7.093.980,86	132.754,34	78.181,16	7.148.554,04	24.174.678,41	24.102.489,07

III. Anhang

A Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

B Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte insbesondere unter Beachtung des Vorsichtsprinzips und unter der Annahme der Fortführung des Eigenbetriebes.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen. Die Anschaffungskosten enthalten auch Anschaffungsnebenkosten. Die Abschreibungen erfolgen linear verteilt auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Bei beweglichen Anlagegegenständen wird die Abschreibung ab dem Monat des Zugangs berechnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Beteiligungen sind mit ihren Anschaffungskosten bilanziert.

Die Vorräte wurden zum Bilanzstichtag mit einem Festwert bewertet. Die letzte Bestandsaufnahme erfolgte zum 31. Dezember 2023.

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bilanziert.

Die Steuerrückstellungen wurden in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Die Bewertung erfolgte jeweils in Höhe des Erfüllungsbetrages und berücksichtigt alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihren Erfüllungsbeträgen passiviert.

C Angaben zu den Posten der Bilanz

1. Aktivseite

a) Sachanlagen

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Posten des Sachanlagevermögens und ihre Entwicklung im Wirtschaftsjahr sind in dem als Anlage beigefügten Anlagespiegel dargestellt.

b) Finanzanlagen

Die Finanzanlagen sind zu den in der Bilanz angegebenen Anschaffungskosten bilanziert. Die Beteiligungen weisen in ihren Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2025 die folgenden Werte aus:

	Eigenkapital in Euro	Ergebnis in Euro	Kapital-Anteil in Prozent
Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG, Beckum	8.542.931,97	2.705.625,76	66,00
Energieversorgung Beckum Verwaltungs-GmbH, Beckum	78.158,40	2.188,56	66,00
Wasserversorgung Beckum GmbH, Beckum	15.909.242,76	1.238.077,03	34,30

c) Vorräte

Die Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen beinhalten die Wassermenge in den Becken des Hallenbades Beckum sowie die Bestände an Reinigungsmitteln.

d) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich im Wesentlichen um Benutzungsgebühren sowie um die Betriebskostenabrechnung gegenüber einem Kioskpächter. Die Forderungen haben insgesamt eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr. Zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung waren die Forderungen ausgeglichen.

Bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen handelt es sich um Erlöse aus Energieverkäufen aus dem Blockheizkraftwerk sowie um die Gewinnausschüttung aus der Beteiligung an der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG für das Jahr 2025. Die Forderungen haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr. Zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung waren die Forderungen ausgeglichen.

Bei den Forderungen gegenüber der Stadt und anderen Eigenbetrieben handelt es sich um interne Umsatzsteuerverrechnungen sowie um Benutzungsgebühren von Schulen. Sie haben insgesamt eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr. Zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung waren die Forderungen ausgeglichen.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich im Wesentlichen um die restliche Umsatzsteuerforderung für das Jahr 2025, Erstattungen zur Kapitalertragsteuer für das Jahr 2024 sowie um Erstattungen zur Körperschaftsteuer für die Jahre 2023 bis 2025. Zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung war die Forderungen noch nicht ausgeglichen.

2. Passivseite

a) Eigenkapital

Das Gezeichnete Kapital und die Kapitalrücklage sind im Vergleich zur Vorjahresbilanz unverändert.

Der Gewinnvortrag hat sich um den Jahresfehlbetrag 2024 verringert, der laut Beschluss des Rates der Stadt Beckum vom 16.09.2025 auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Über die Verwendung des Jahresüberschusses 2025 hat der Rat zu entscheiden.

Die Betriebsleitung schlägt dem Betriebsausschuss und dem Rat der Stadt Beckum vor, den Jahresüberschuss 2025 in Höhe von 391.540,62 Euro dem bestehenden Gewinnvortrag in Höhe von 10.047.819,59 Euro hinzuzurechnen.

Entwicklung des Eigenkapitals:

	Stand 31.12.2025 in Euro	**Stand 31.12.2024 in Euro**
Gezeichnetes Kapital	1.789.521,58	1.789.521,58
Kapitalrücklage	1.734.204,40	1.734.204,40
Gewinnvortrag	10.047.819,59	10.371.610,55
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	391.540,62	–323.790,96
Eigenkapital	**13.963.086,19**	**13.571.545,57**

Die Erhöhung des Eigenkapitals ergibt sich aus dem Jahresüberschuss 2025.

Zum 31. Dezember 2025 beträgt die Eigenkapitalquote 51,83 Prozent (Vorjahr 50,65 Prozent). Differenzen zum Prüfungsbericht resultieren aus Rundungen auf volle Tausend Euro bei den Berechnungen der Kapitalquoten.

b) Sonderposten

Bei dem Sonderposten für Zuschüsse handelt es sich im Wesentlichen um die Gegenfinanzierung des Kinderplanschbeckens, der Wasserrutsche sowie des Sandspielschiffs im Freibad Beckum, der Wasserrutsche sowie der Matschanlage im Freibad Neubeckum sowie um verschiedene Finanzierungen durch die Fördervereine Beckum und Neubeckum. Die Sonderposten werden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der geförderten Vermögensgegenstände anteilig ertragswirksam aufgelöst.

c) Rückstellungen

	Stand 01.01.2025 in Euro	Inanspruchnahme in Euro	Auflösung in Euro	Zuführung in Euro	Stand 31.12.2025 in Euro
Steuern	23.000,00	22.952,58	47,42	23.000,00	23.000,00
Energieaudit	5.000,00	0,00	5.000,00	0,00	0,00
Jahresabschluss	5.850,00	5.250,00	600,00	6.000,00	6.000,00
Urlaub	35.540,00	35.540,00	0,00	33.650,00	33.650,00
Gleitzeitüberhang	36.900,00	36.900,00	0,00	29.140,00	29.140,00
Gesamt	**106.290,00**	**100.642,58**	**5.647,42**	**91.790,00**	**91.790,00**

Die Steuerrückstellung beinhaltet die abzuführende Kapitalertragsteuer für die hoheitliche Nutzung der Bäder durch das Schulschwimmen 2025.

Die Rückstellung für das Energieaudit wurde aufgelöst. Ein Energieaudit wurde durchgeführt.

Die Rückstellung für die Jahresabschlussprüfung umfasst die Prüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für das Jahr 2025.

Für die Nachgewährung der zum Bilanzstichtag noch nicht in Anspruch genommenen Urlaubstage und Gleitzeitüberhänge wurde auf der Basis der Personalkosten eine Rückstellung gebildet.

d) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Laufzeiten der unter diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2025 sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Kreditinstitut	Nummer	Gesamtverbindlichkeiten in Euro	Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr in Euro	zwischen einem und 5 Jahren in Euro	von mehr als 5 Jahren in Euro
Sparkasse Münsterland Ost	600105324	1.396.960,89	159.218,65	697.130,65	540.611,59
Sparkasse Münsterland Ost	600105316	746.836,69	85.120,75	372.696,81	289.019,13
Sparkasse Münsterland Ost	600111645	791.345,49	48.962,69	206.539,66	535.843,14
Helaba	800082166	790.836,50	43.380,25	180.979,95	566.476,30
DZ HYP AG	3306823000	164.578,79	15.156,15	62.693,43	86.729,21
DZ HYP AG	3306822200	830.847,44	39.931,92	164.930,01	625.985,51
DZ HYP AG	3306821400	565.850,64	23.436,59	98.293,12	444.120,93
DZ HYP AG	3306820600	233.265,13	8.809,48	36.928,42	187.527,23
DZ HYP AG	3306819800	1.168.406,17	43.272,87	181.053,95	944.079,35
DZ HYP AG	3322396700	144.412,80	16.451,28	66.184,68	61.776,84
Commerzbank AG	533618520	286.727,09	32.642,00	130.894,82	123.190,27
SaarLB Landesbank Saar	6040105880	811.883,70	40.294,22	163.123,82	608.465,66
Deutsche Kreditbank AG	6704626206	832.804,92	38.001,69	154.615,21	640.188,02
SaarLB Landesbank Saar	6040120395	695.738,66	28.678,93	118.452,00	548.607,73
Helaba	800108780	727.770,47	33.642,33	144.216,48	549.911,66
DZ HYP AG	3327703900	438.802,34	9.080,97	40.204,46	389.516,91
Sparkasse Münsterland Ost	696016500	954.804,26	22.031,43	94.253,38	838.519,45
Sparkasse Münsterland Ost	694151481	590.450,00	10.343,79	45.472,91	534.633,30
Zinsverbindlichkeit Abgrenzung		3.140,14	3.140,14	0,00	0,00
Summe Darlehen		**12.175.462,12**	**701.596,13**	**2.958.663,76**	**8.515.202,23**
Volksbank Beckum-Lippstadt	100721201	22,88	22,88	0,00	0,00
Summe Kontokorrent		**22,88**	**22,88**	**0,00**	**0,00**
Insgesamt		**12.175.485,00**	**701.619,01**	**2.958.663,76**	**8.515.202,23**

Im Wirtschaftsjahr wurde ein Investitionskredit von 590.450,00 Euro bei der Sparkasse Münsterland Ost aufgenommen. Der Darlehensbetrag wurde gemäß der Wirtschaftsplanung aufgenommen. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr bei den Investitionskrediten Tilgungsleistungen in Höhe von 704.763,55 Euro erbracht.

Die Laufzeiten der unter diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2024 sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Kreditinstitut	Nummer	Gesamtverbindlichkeiten in Euro	Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr in Euro	zwischen einem und 5 Jahren in Euro	von mehr als 5 Jahren in Euro
Sparkasse Beckum-Wadersloh	600105324	1.550.574,35	153.613,46	672.588,62	724.372,27
Sparkasse Beckum-Wadersloh	600105316	828.960,82	82.124,13	359.576,25	387.260,44
Sparkasse Beckum-Wadersloh	600111645	839.283,79	47.938,30	202.218,42	589.127,07
Helaba	800082166	833.495,55	42.659,05	177.971,15	612.865,35
DZ HYP AG	3306823000	183.241,06	18.662,27	61.860,32	102.718,47
DZ HYP AG	3306822200	880.050,04	49.202,60	162.835,70	668.011,74
DZ HYP AG	3306821400	594.531,74	28.681,10	96.457,11	469.393,53
DZ HYP AG	3306820600	244.048,35	10.783,22	36.245,86	197.019,27
DZ HYP AG	3306819800	1.221.418,69	53.012,52	177.840,17	990.566,00
DZ HYP AG	3322396700	160.826,28	16.413,48	66.032,68	78.380,12
Commerzbank AG	533618520	319.336,46	32.609,37	130.764,02	155.963,07
SaarLB Landesbank Saar	6040105880	851.985,09	40.101,39	162.343,17	649.540,53
Deutsche Kreditbank AG	6704626206	870.549,30	37.744,38	153.568,28	679.236,64
SaarLB Landesbank Saar	6040120395	724.053,41	28.314,75	116.947,88	578.790,78
Helaba	800108780	760.500,08	32.729,61	140.075,37	587.695,10
DZ HYP AG	3327703900	447.525,52	8.723,18	38.620,40	400.181,94
Sparkasse Münsterland Ost	696016500	976.255,00	21.450,74	91.769,15	863.035,11
Zinsverbindlichkeit Abgrenzung		15.263,03	15.263,03	0,00	0,00
Summe Darlehen		**12.301.898,56**	**720.026,58**	**2.847.714,55**	**8.734.157,43**
Volksbank Beckum-Lippstadt	100721201	24,77	24,77	0,00	0,00
Sparkasse Beckum-Wadersloh	31211	0,00	0,00	0,00	0,00
Geldtransit	-	0,00	0,00	0,00	0,00
Sparkasse Beckum-Wadersloh	88021	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Kontokorrent		**24,77**	**24,77**	**0,00**	**0,00**
Insgesamt		**12.301.923,33**	**720.051,35**	**2.847.714,55**	**8.734.157,43**

e) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung waren sämtliche Verbindlichkeiten ausgeglichen.

f) Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen

Es handelt sich bei hierbei um Verbindlichkeiten gegenüber der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG aus der Lieferung von Energie. Sie haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung waren sämtliche Verbindlichkeiten ausgeglichen.

g) Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Beckum

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt und anderen Eigenbetrieben handelt es sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten gegenüber dem Kernhaushalt aus Liquiditätskrediten im Rahmen des Cash-Pooling, Erstattungen für interne Dienstleistungsverrechnungen sowie um Verpflichtungen aus Reparaturen und Instandhaltungsarbeiten durch den Eigenbetrieb Städtische Betriebe Beckum. Sie haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung waren sämtliche Verbindlichkeiten ausgeglichen.

h) Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten umfassen im Wesentlichen die Lohn- und Kirchensteuern für den Monat Dezember 2025 sowie die Verbindlichkeiten zur Umsatzsteuer für das 4. Quartal 2025. Sie haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung waren sämtliche Verbindlichkeiten ausgeglichen.

i) Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten umfasst Benutzungsgebühren aus Wertkartenguthaben, die wirtschaftlich dem Jahr 2026 zugerechnet werden.

D Angaben zu den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse beinhalten die Benutzungsgebühren für die Bäder durch Privatpersonen, Schulen, Vereine und Ermäßigungsberechtigte sowie die Gebühren für Sonderveranstaltungen. Außerdem enthalten sie die Erlöse aus dem Stromverkauf durch das Blockheizkraftwerk, eine Steuererstattung für den Erdgaseinsatz beim Betrieb des Blockheizkraftwerkes, Erstattungen der Kraft-Wärme-Kopplungs-Zulage sowie Pachteinnahmen.

Von den Umsatzerlösen entfallen 111.490,00 Euro auf Leistungen gegenüber der Stadt Beckum und 82.367,84 Euro auf Leistungen gegenüber der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen hauptsächlich Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Rückstellungen sowie Versicherungserstattungen.

3. Materialaufwand

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren enthalten:

	Plan 2025 in Euro	Ist 2025 in Euro
Energie und Wasser	296.800,00	284.865,26
Contractingrate	36.150,00	36.050,40
Reinigungsmaterial und Chemikalien	18.250,00	19.521,58
Sonstiges	6.250,00	3.879,95
Gesamt	**357.450,00**	**344.317,19**

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen umfassen die folgenden Positionen:

	Plan 2025 in Euro	Ist 2025 in Euro
Unterhaltung Gebäude, Anlagen, Grünanlagen	208.800,00	125.660,64
Leistungen Städtische Betriebe Beckum	100.000,00	87.817,49
Fremdreinigung	135.000,00	134.843,61
Gesamt	**443.800,00**	**348.321,74**

Vom Materialaufwand entfallen 87.817,49 Euro auf Leistungen des Eigenbetriebes Städtische Betriebe Beckum und 321.378,79 Euro auf Leistungen der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG.

4. Abschreibungen

Die Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von insgesamt 132.757,34 Euro teilen sich wie folgt auf:

	Plan 2025 in Euro	Ist 2025 in Euro
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.000,00	5.977,86
Grundstücke und Gebäude	65.000,00	68.090,16
Technische Anlagen und Maschinen	16.550,00	23.112,62
Betriebs- und Geschäftsausstattung	33.000,00	35.576,70
Gesamt	**120.550,00**	**132.757,34**

5. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Plan 2025 in Euro	Ist 2025 in Euro
Steuern und Abgaben	88.000,00	105.084,29
Erstattung Datenverarbeitungsaufwand und Sachkosten an den Kernhaushalt	36.550,00	37.543,13
Vorsteuerkorrektur hoheitlicher Bereich	35.000,00	24.950,00
Versicherungen	22.950,00	23.451,42
Servicegebühr Bädersuite	11.100,00	6.694,24
Abschluss-, Prüfungs- und Beratungskosten	8.550,00	17.257,10
Werbung	5.600,00	916,56
Aus- und Fortbildung	4.650,00	886,45
Papier, Drucksachen und Bürobedarf	2.200,00	910,49
Sonstiges	28.300,00	20.552,79
Gesamt	**242.900,00**	**238.246,47**

Vom Sonstigen betrieblichen Aufwand entfallen 87.817,49 Euro auf Leistungen der Stadt Beckum.

6. Erträge aus Beteiligungen

Die Erträge wurden aus der Beteiligung an den folgenden Gesellschaften erzielt:

	Plan 2025 in Euro	Beteiligungs-ertrag 2025 in Euro	Anteil in Prozent
Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG	1.813.000,00	1.787.800,26	66,00
Wasserversorgung Beckum GmbH	274.650,00	277.432,74	34,33
Gesamt	**2.087.650,00**	**2.065.233,00**	

7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Es handelt sich hierbei um Zinsaufwendungen für die bezüglich des Beteiligungserwerbs und der Investitionen aufgenommenen langfristigen Darlehen.

8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Diese Position beinhaltet im Wesentlichen die voraussichtlich zu zahlende Kapitalertragsteuer 2025 für die hoheitliche Nutzung der Bäder im Rahmen des Schulschwimmens sowie Erstattungen zur Körperschaftsteuer für die Jahr 2023, 2024 und 2025.

9. Sonstige Steuern

Es handelt sich hierbei um Erstattungen zur Stromsteuer für das Jahr 2024.

E Spezielle Angaben

1. Spezielle Angaben nach Handelsgesetzbuch

Haftungsverhältnisse nach § 251 Handelsgesetzbuch bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Sonstige finanzielle Verpflichtungen im Sinne von § 285 Nummer 3 bis 3 a Handelsgesetzbuch bestehen nicht.

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt 6.000,00 Euro für Abschlussprüfungsleistungen für das Jahr 2025.

2. Änderung im Bestand

Die Zugänge bei den Sachanlagen beliefen sich auf 204.946,68 Euro und betrafen im Wesentlichen folgende Anschaffungen:

- Blockheizkraftwerk, Hallenbad Beckum (95.691,21 Euro),
- Spielschiff, Freibad Beckum (26.698,46 Euro),
- Tresor, Freibad Beckum (3.674,14 Euro),
- Hochdruckreiniger, Freibad Neubeckum (1.070,00 Euro),
- Sanierung Hallenbad Beckum (56.706,66 Euro),
- Sanierung Freibad Neubeckum (15.830,00 Euro)
- sowie verschiedene Kleingeräte (5.276,21 Euro).

3. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	Plan 2025 in Euro	Ist 2025 in Euro	Ist 2024 in Euro
Erlöse Hallenbad	161.000,00	169.951,22	174.399,03
Erlöse Freibad Beckum	96.000,00	101.387,86	90.243,98
Erlöse Freibad Neubeckum	101.000,00	94.091,91	101.494,14
Erlöse aus Nebengeschäften	91.950,00	90.952,50	62.847,30
Gesamt	**449.950,00**	**456.383,49**	**428.984,45**

Die verkauften Eintrittskarten teilen sich auf die einzelnen Tarife wie folgt auf:

Tarif	Verkaufte Karten	Verkaufte Karten
	2025	2024
Einzeleintritt Erwachsene	14 972	15 008
Einzeleintritt Ermäßigte	13 266	12 162
Gruppentageskarte	1 067	1 158
Spätschwimmertarif Freibad	375	453
Zehnerkarte Erwachsene	1 304	1 287
Zehnerkarte Ermäßigte	178	176
Saisonkarte Freibad Erwachsene	437	417
Saisonkarte Freibad Ermäßigte	11	17
Saisonkarte Freibad Familien	284	313
Saisonkarte Hallenbad Erwachsene	72	55
Saisonkarte Hallenbad Ermäßigte	2	1
Saisonkarte Hallenbad Familien	14	6
Jahreskarte Erwachsene	254	261
Jahreskarte Ermäßigte	9	13
Jahreskarte Familien	38	42

Die Zahl der Besucherinnen und Besucher in den Bädern stellen sich wie folgt dar:

	2025	2024
Hallenbad Beckum **Saison: 02.01. – 16.05.2025 und 15.09. – 31.12.2025**		
Öffentlichkeit	37 636	38 199
Schulen und Vereine	32 414	38 562
Summe	**70 050**	**76 761**
Freibad Beckum **Saison: 18.05. – 14.09.2025**		
Öffentlichkeit	36 691	35 860
Schulen und Vereine	4 474	3 744
Summe	**41 165**	**39 604**
Freibad Neubeckum **Saison: 11.05. – 14.09.2025**		
Öffentlichkeit	36 906	42 020
Schulen und Vereine	4 100	3 605
Summe	**41 006**	**45 625**
Bäder gesamt		
Öffentlichkeit	**111 233**	**116 079**
Schulen und Vereine	**40 988**	**45 911**
Summe	**152 221**	**161 990**

4. Personalaufwand

Der Personalaufwand in Höhe von 971.340,67 Euro setzt sich wie folgt zusammen:

	Plan 2025 in Euro	Ist 2025 in Euro	Ist 2024 in Euro
Entgelte	734.450,00	749.543,90	721.411,15
Veränderung Urlaubs-, Gleitzeit- und Altersteilzeitverpflichtungen	2.000,00	–9.650,00	17.939,00
Arbeitgeberanteil Zusatzversorgung	48.600,00	48.955,27	45.511,73
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung	131.800,00	137.427,45	122.936,21
Personalnebenausgaben	41.750,00	45.064,05	46.787,24
Gesamt	**958.600,00**	**971.340,67**	**954.585,33**

Im Jahr 2025 wurden durchschnittlich 18,91 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Im Jahresverlauf wurden durchschnittlich 13,75 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Vollzeit und 5,16 Aushilfen beschäftigt. Auszubildende wurden nicht beschäftigt.

Vom Personalaufwand entfallen 227.629,24 Euro auf Overhead-Kosten der Stadt Beckum. Für Aus- und Fortbildung wurden im Wirtschaftsjahr 2025 insgesamt 886,45 Euro verausgabt.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Eigenbetriebes sind bei der Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe versichert. Es bestehen Versorgungszusagen, die den versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine zusätzliche Alters-, Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung gewährleisten. Im Wirtschaftsjahr 2025 betrug der Umlagesatz 4,5 Prozent der Bruttoentgeltsumme.

Die umlagepflichtigen Entgelte beliefen sich im Wirtschaftsjahr auf 491.853,68 Euro (Vorjahr 461.433,55 Euro).

Der Eigenbetrieb zahlte im Wirtschaftsjahr 2025 an die Versorgungskasse Umlagen in Höhe von 38.118,66 Euro einschließlich eines Sanierungsentgeltes von 3,25 Prozent der Bruttoentgeltsumme.

5. Latente Steuern

Aktive und passive latente Steuern werden auf alle zum Bilanzstichtag bestehenden temporären und quasipermanenten Differenzen zwischen den Wertansätzen in der Steuerbilanz und den Wertansätzen in der Handelsbilanz gebildet sowie gegebenenfalls auf steuerliche Verlustvorträge. Die sich ergebenden Steuerbelastungen und Steuerentlastungen wurden verrechnet. Soweit ein aktiver Überhang entsteht, wird dieser nicht angesetzt. Zum 31. Dezember 2025 liegt der Berechnung ein Steuersatz von 15,80 Prozent (Körperschaftsteuer plus Solidaritätszuschlag) zugrunde.

F Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Ende des Wirtschaftsjahres nicht eingetreten.

G Ergänzende Angaben

1. Betriebsleitung

Der Betriebsleitung gehören im Wirtschaftsjahr an:

Betriebsleiter
Herr Michael Gerdhenrich (Bürgermeister der Stadt Beckum)

Stellvertretende Betriebsleiterin
Frau Maria Schlieper

2. Betriebsausschuss

Kai Braunert (Leitender Angestellter) – Vorsitzender bis November 2025

Markus Höner (Landwirt) – Vorsitzender ab Dezember 2025

Peter Goriss (Pensionär) bis November 2025

Nicolas van Kevelaer (Wirtschaftsingenieur) ab Dezember 2025

Josef Schumacher (Landwirt) bis November 2025

Manfred Dittert (Bauunternehmer)

Ansgar Rieskamp (Pharmakant) bis November 2025

Thomas Dreier (Diplom-Betriebswirt, selbständig)

Gilbert Wamba (Diplom-Ingenieur Maschinenbau, stellvertretender Abteilungsleiter) bis November 2025

Sven Altgott (Mediengestalter / Werbetechniker)

Monika Gerber (Bürokauffrau) bis November 2025

Andreas Focke (Industriemechaniker)

Joachim Freitag (EHS-Manager) bis November 2025

Peter Kreft (Pensionär)

Rüdiger Eickmeier (Technischer Sachbearbeiter)

Torsten Schindel (Polizeivollzugsbeamter) ab Dezember 2025

Münür Karaca (Diplom-Ingenieur Maschinenbau) ab Dezember 2025

Keven Klemm (Schichtleiter) ab Dezember 2025

Peter Dennin (Fachlehrer) ab Dezember 2025

Karl-Heinz Przybylak (Rentner) ab Dezember 2025

Cenker Karakus (Maschinenbauingenieur) ab Dezember 2025

Wilfried Overmeier (Rentner) ab Dezember 2025

3. Gesamtbezüge der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses

Der Betriebsleiter ist kommunaler Wahlbeamter der Stadt Beckum und erhält vom Eigenbetrieb keine gesonderte Vergütung. Die stellvertretende Betriebsleiterin ist Angestellte der Stadt Beckum und erhält vom Eigenbetrieb keine gesonderte Vergütung.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses erhalten für ihre Tätigkeit im Rahmen des Eigenbetriebes keine gesonderte Vergütung.

Beckum, den 21. August 2026

Michael Gerdhenrich
Bürgermeister und Betriebsleiter

IV. Geschäftsbericht

A Allgemeines

Der Eigenbetrieb wird gemäß § 107 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in Verbindung mit den Vorschriften der EigVO NRW wie ein Eigenbetrieb geführt und ist organisatorisch und wirtschaftlich selbstständig, ohne jedoch eine eigene Rechtspersönlichkeit zu besitzen.

Der Eigenbetrieb hält einen Anteil von 66 Prozent des Gesellschaftskapitals der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG (Strom- und Gasversorgung), von 66 Prozent des Gesellschaftskapitals der Energieversorgung Beckum Verwaltungs-GmbH sowie von 34,3 Prozent des Gesellschaftskapitals der Wasserversorgung Beckum GmbH.

Gemäß der Betriebssatzung umfassen die Aufgaben des Eigenbetriebes das Halten der Beteiligung an der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG (Versorgung mit Strom und Gas) und der Wasserversorgung Beckum GmbH sowie den Betrieb der Bäder der Stadt Beckum.

B Geschäftsverlauf

	Plan 2025 in Euro	Ist 2025 in Euro	Abweichung in Euro
Umsatzerlöse	449.950,00	456.383,00	+6.433,00
Sonstige betriebliche Erträge	16.500,00	24.546,00	+8.046,00
Materialaufwand	801.250,00	692.639,00	–108.611,00
Personalaufwand	958.600,00	971.341,00	+12.741,00
Abschreibungen	120.550,00	132.757,00	+12.207,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	242.900,00	238.246,00	–4.654,00
Betriebsergebnis	**–1.656.850,00**	**–1.554.054,00**	**+102.796,00**
Beteiligungserträge	2.087.650,00	2.065.233,00	–22.417,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	100,00	0,00	–100,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	227.100,00	248.745,00	+21.645,00
Finanzergebnis	**1.860.650,00**	**1.816.488,00**	**–44.162,00**
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**203.800,00**	**262.434,00**	**+58.634,00**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	79.000,00	–129.148,00	–208.148,00
Ergebnis nach Steuern	**124.800,00**	**391.582,00**	**+266.782,00**
Sonstige Steuern	3.000,00	41,00	–2.959,00
Jahresüberschuss	**121.800,00**	**391.541,00**	**+269.741,00**

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse sind um 6.433,00 Euro höher ausgefallen als geplant. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen erhöhte Einnahmen bei den Benutzungsgebühren aufgrund eines höheren Besucheraufkommens als geplant.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ergibt sich zum Planansatz eine Erhöhung von 8.046,00 Euro. Diese ergibt sich hauptsächlich aus Versicherungserstattungen, denen jedoch in gleicher Höhe Aufwendungen entgegenstehen, sowie aus der Auflösung von Rückstellungen.

3. Materialaufwand

Beim Materialaufwand ergibt sich zum Planansatz eine Verringerung in Höhe von 108.611,00 Euro. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen das Verschieben von Erhaltungsmaßnahmen ins Folgejahr (–74.000,00 Euro). Zudem waren weniger Reparaturen durch den Eigenbetrieb Städtische Betriebe Beckum erforderlich als geplant (–13.000,00 Euro).

4. Personalaufwand

Der Personalaufwand fiel um 12.741,00 Euro höher aus als geplant. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die Tarifsteigerung am dem 1.5.2025.

5. Abschreibungen

Die Abschreibungen auf Sachanlagen betrugen im Wirtschaftsjahr 132.757,00 Euro.

Sie entfallen in Höhe von 5.977,00 Euro auf immaterielle Vermögensgegenstände, von 68.090,00 Euro auf die Grundstücke, Gebäude und baulichen Anlagen, von 23.112,00 Euro auf Technische Anlagen und Maschinen und von 35.576,00 Euro auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

6. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen lediglich geringfügig um 4.654,00 Euro niedriger als im Wirtschaftsplan veranschlagt.

7. Beteiligungserträge

Die Beteiligungserträge fielen um 22.417,00 Euro geringer aus als geplant. Dies resultiert im Wesentlichen aus der niedrigeren Gewinnausschüttung der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG.

8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge sind im Wirtschaftsjahr nicht angefallen.

9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Im Vergleich zu den Plandaten sind die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen um 21.645,00 Euro höher ausgefallen. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen höhere Darlehenszinsen als geplant.

10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag fielen um 208.148,00 Euro niedriger aus als geplant. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die Erstattungen zur Körperschaftsteuer für die Veranlagungszeiträume 2023 bis 2024. Diese resultiert aus den geringeren steuerlichen Ergebnissen der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG.

11. Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern beinhalten die Stromsteuer für das Jahr 2025.

C Lage der Einrichtung

1. Kapitalflussrechnung

		2025 T€	2024 T€
+/–	Periodenergebnis	391	–324
+/–	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	133	127
+/–	Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	–14	–6
+/–	Auflösung von Sonderposten und sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	–14	–14
+/–	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	–67	–501
+/–	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	–104	461
+/–	Zinsaufwendungen/Zinserträge	–1.816	–1.963
+/–	Ertragsteueraufwand/-ertrag	–129	0
+/–	Ertragsteuerzahlungen	129	0
=	**Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit**	**–1.491**	**–2.220**
–	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	–205	–48
+	Erhaltene Zinsen	2.065	2.401
=	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit**	**1.860**	**2.353**
+	Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	590	976
–	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	–717	–661
+	Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	7	12
–	Gezahlte Zinsen	–249	–253
=	**Cashflow aus Finanzierungstätigkeit**	**–369**	**74**
	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	0	207
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	0	–207
=	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**0**	**0**

Der Cashflow zeigt den sich aus der laufenden Umsatztätigkeit ergebenden Finanzmittelüberschuss an, der dem Betrieb für Investitionen und Tilgungen zur Verfügung steht.

Unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag und der im laufenden Geschäftsjahr getätigten Auszahlungen für Investitionen und Finanzierungen ergibt sich eine negative Liquidität zum Bilanzstichtag.

2. Vermögens- und Finanzlage

	31.12.2025		31.12.2024		Veränderung
	in Euro	%	in Euro	%	in Euro
Aktiva					
Immaterielles Vermögen	10.030,00	0,04	16.008,00	0,06	–5.978,00
Sachanlagen	1.473.133,00	5,47	1.394.966,00	5,17	+78.167,00
Finanzanlagen	22.691.515,00	84,24	22.691.515,00	84,07	0,00
Langfristig gebundenes Vermögen	**24.174.678**	**89,74**	**24.102.489,00**	**89,30**	**72.189,00**
Forderungen	2.759.278,00	10,24	2.691.238,00	10,04	+68.040,00
Sonstiges kurzfristiges Vermögen	3.269,00	0,01	3.383,00	0,01	–114,00
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**2.762.547,00**	**10,26**	**2.694.621,00**	**10,06**	**+67.926,00**
Vermögen	**26.937.225,00**	**100,00**	**26.797.110,00**	**100,00**	**+140.115,00**
Passiva					
Wirtschaftliches Eigenkapital	14.028.739,00	52,08	13.644.727,00	50,92	+384.012,00
Langfristige Verbindlichkeiten	8.515.202,00	31,61	8.734.157,00	32,59	–218.955,00
Langfristiges Kapital	**22.543.941,00**	**83,69**	**22.378.884,00**	**83,51**	**+165.057,00**
Mittelfristige Verbindlichkeiten	2.958.664,00	10,98	2.847.715,00	10,63	+110.949,00
Mittelfristiges Kapital	**2.985.664,00**	**10,98**	**2.847.715,00**	**10,63**	**+110.949,00**
Rückstellungen	91.790,00	0,34	106.290,00	0,40	–14.500,00
Verbindlichkeiten Stadt	525.883,00	1,95	77.738,00	0,29	+448.145,00
Sonstige Verbindlichkeiten	91.817,00	0,33	643.767,00	2,39	–551.950,00
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	701.619,00	2,60	720.051,00	2,69	–18.432,00
Rechnungsabgrenzungsposten	23.511,00	0,09	22.665,00	0,08	+846,00
Kurzfristiges Kapital	**1.434.620,00**	**5,33**	**1.570.511,00**	**5,86**	**–135.891,00**
Kapital	**26.937.225,00**	**100,00**	**26.797.110,00**	**100,00**	**+140.115,00**

Das Bilanzbild wird auf der Aktivseite von dem langfristig gebundenen Vermögen (89,74 Prozent der Bilanzsumme) und auf der Passivseite von den lang-/mittelfristig verfügbaren Mitteln (94,67 Prozent der Bilanzsumme) geprägt. Die Bilanzsumme hat sich um 140.115,00 Euro erhöht.

Die Liquidität des Betriebes war zu jeder Zeit ausreichend, da durch das Cash-Pooling jederzeit ein Liquiditätskredit vom Kernhaushalt als Cash-Pool-Führer zur Verfügung gestellt wurde. Alle fälligen Zahlungen konnten geleistet werden.

3. Ertragslage

	2025 in Euro	2024 in Euro
Umsatzerlöse	456.000,00	429.000,00
Sonstige betriebliche Erträge	25.000,00	24.000,00
Betriebliche Erträge	**481.000,00**	**453.000,00**
Materialaufwand	693.000,00	647.000,00
Personalaufwand	971.000,00	955.000,00
Abschreibungen	133.000,00	127.000,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	238.000,00	275.000,00
Betriebliche Aufwendungen	**2.035.000,00**	**2.004.000,00**
Betriebsergebnis	**–1.554.000,00**	**–1.551.000,00**
Beteiligungserträge	2.065.000,00	2.210,000
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	249.000,00	242.000,00
Finanzergebnis	**1.816.000,00**	**1.968.000,00**
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**262.000,00**	**418.000,00**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-129.000,00	755.000,00
Ergebnis nach Steuern	**391.000,00**	**–337.000,00**
Sonstige Steuern	0,00	–13.000,00
Jahresfehlbetrag/-überschuss	**391.000,00**	**–323.000,00**

Das Jahresergebnis 2025 in Höhe von 391.000,00 Euro fiel im Gegensatz zum Vorjahresergebnis um 714.000 Euro höher aus.

Das Betriebsergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr geringfügig von –1.551.000,00 Euro verschlechtert auf –1.554.000,00 Euro.

Das Finanzergebnis ist im Vergleich zum Vorjahr von 1.968.000,00 Euro auf 1.816.000,00 Euro gesunken. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die im Vergleich zum Vorjahr geringeren Beteiligungserträge.

D Risikomanagement

Im kaufmännischen Bereich erfolgt eine fortlaufende Kontrolle von diversen Risikoindikatoren, darunter die regelmäßige Überprüfung der offenen Posten sowie der Liquiditätssituation des Betriebes.

Der Eintritt von Risiken (zum Beispiel fehlerhafte Buchungen, Hinterziehung von Finanzmitteln) wird darüber hinaus durch Funktionstrennung, Arbeitsanweisungen und durch das Belegwesen (Regelung in der Dienstanweisung für das Finanzwesen) sowie durch die in der Fachsoftware eingerichteten Sicherheits- und Kontrollmechanismen minimiert.

Ein ganzheitliches Risikomanagement, welches die vorhandenen Teile des Berichts- und Kontrollwesens sowie der Planung und Ausführung in Form einer Gesamtdokumentation komplettiert und formalisiert darstellt, liegt vor.

E Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die Überprüfung der gegenwärtigen Verhältnisse zeigt, dass im Berichtszeitraum keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden haben. Der weiterhin starke Wettbewerb im Strom- und Gasbereich mit eventuellen Auswirkungen auf das Ergebnis der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG wird weiterhin kritisch beobachtet. Auf eine Vorabausschüttung auf den erwarteten Gewinn der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG wird dauerhaft verzichtet. Dies führt spürbar zu einer verschlechterten Liquiditätslage des Betriebes.

Die Weiterentwicklung des steuerlichen Querverbundes wird weiter kritisch verfolgt. Zwar hat die Finanzverwaltung erfreulicherweise per Erlass geregelt, dass klimagerechte Alternativen zu einem gasbetriebenen Blockheizkraftwerk (zum Beispiel eine Wärmepumpe oder eine hybride Photovoltaik-Anlage) ebenfalls die geforderte technisch-wirtschaftliche Verflechtung begründen. Trotzdem bleibt das Risiko, dass der Querverbund kippt, wenn die Europäische Union ihn als unzulässige Beihilfe einordnen sollte.

Als weiteres Risiko wird die Finanzierung der Energiewende gesehen, welche die Energieversorger vor enorme Herausforderungen stellt. Das hierfür erforderliche Investitionsvolumen muss durch kaufmännische Maßnahmen bereitgestellt werden, welche jedoch unmittelbare negative Auswirkungen auf die Finanzierung des Eigenbetriebes Energieversorgung und Bäder haben können.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2026 weist einen Jahresfehlbetrag von 55.630,00 Euro aus. Investitionen sind in Höhe von 2.988.600,00 Euro geplant.

Beckum, den 21. August 2026

Michael Gerdhenrich
Bürgermeister und Betriebsleiter

V. Anlagen

A Kontennachweis Aktiva

Konto	Bezeichnung	31.12.2025 in Euro	31.12.2025 in Euro	31.12.2024 in Euro	31.12.2024 in Euro
	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				
020000	EDV-Software	10.030,13	10.030,13	16.007,99	16.007,99
	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken				
006000	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken, Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	279.482,49		279.482,49	
008000	Bauten auf eigenen Grundstücken	370.350,97		383.306,93	
011100	Außenanlagen	280.167,00	930.000,46	308.602,74	971.392,16
	Technische Anlagen und Maschinen				
020000	Technische Anlagen und Maschinen	116.201,51	116.201,51	43.622,92	43.622,92
	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung				
030000	Betriebs- und Geschäftsausstattung	207.590,09		232.834,44	
048000	Geringwertige Wirtschaftsgüter	298,00		288,00	
049000	Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens Hallenbad Beckum	4,00		4,00	
049100	Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens Freibad Beckum	12,00		12,00	
049200	Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens Freibad Neubeckum	8,00	207.590,09	8,00	233.146,44
	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau				
012700	Sanierung Hallenbad Beckum	203.510,83		146.804,17	
012800	Sanierung Freibad Neubeckum	15.830,00	219.340,83	0,00	146.804,17
	Beteiligungen				
051000	Beteiligung Wasserversorgung Beckum GmbH	1.810.269,30		1.810.269,30	
051100	Beteiligung Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG	20.864.086,09		20.864.086,09	
051200	Beteiligung Energieversorgung Beckum Verwaltungs-GmbH	17.160,00	22.691.515,39	17.160,00	22.691.515,39

Konto	Bezeichnung	31.12.2025 in Euro	31.12.2025 in Euro	31.12.2024 in Euro	31.12.2024 in Euro
	Vorräte				
300000	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.672,15	2.672,15	2.672,15	2.672,15
	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen				
140000	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.856,21		4.206,77	
140001	Debitorische Kreditoren	1.493,55	5.349,76	9.788,47	13.995,24
	Forderungen gegen verbundene Unternehmen				
140501	Debitorische Kreditoren	0,00		24.998,44	
144000	Forderung gegen EVB GmbH & Co. KG	1.861.621,47	1.861.621,47	1.925.747,61	1.950.746,05
	Forderungen gegenüber der Gemeinde/anderen Eigenbetrieben				
136400	Cash Pool Führungskonto	0,00		603.721,78	
142000	Forderungen gegenüber der Gemeinde/anderen Eigenbetrieben	16.625,18		18.847,85	
142001	Debitorische Kreditoren	1.430,89	18.056,07	3.502,80	626.072,43
	Sonstige Vermögensgegenstände				
141000	Sonstige Vermögensgegenstände	794.674,73		82.229,47	
154500	Umsatzsteuerforderung	6.403,39		18.195,16	
154700	Anrechenbare Kapitalertragsteuer	69.358,19		0,00	
154800	Anrechenbarer Solidaritätszuschlag auf Kapitalertragsteuer	3.814,70	874.251,01	0,00	100.424,63
	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks				
100000	Kasse	450,00	450,00	450,00	450,00
	Rechnungsabgrenzungsposten				
098900	Aktive Rechnungsabgrenzung	146,51	146,51	261,11	261,11
	SUMME AKTIVA	**26.937.225,38**	**26.937.225,38**	**26.797.110,68**	**26.797.110,68**

B Kontennachweis Passiva

Konto	Bezeichnung	31.12.2025 in Euro	31.12.2025 in Euro	31.12.2024 in Euro	31.12.2024 in Euro
	Gezeichnetes Kapital				
080000	Gezeichnetes Kapital	1.789.521,58	1.789.521,58	1.789.521,58	1.789.521,58
	Kapitalrücklage				
084000	Kapitalrücklage	1.721.166,46		1.721.166,46	
084400	Kapitalrücklage durch andere Zuzahlungen in das Eigenkapital	13.037,94	1.734.204,40	13.037,94	1.734.204,40
	Gewinnvortrag				
086000	Gewinnvortrag vor Verwendung	10.047.819,59	10.047.819,59	10.371.610,55	10.371.610,55
	Jahresfehlbetrag/-überschuss	**391.540,62**	**391.540,62**	**–323.790,96**	**–323.790,96**
	Sonderposten				
095000	Sonderposten Sammelposten	65.652,90	65.652,90	73.181,42	73.181,42
	Steuerrückstellungen				
097100	Steuerrückstellung Kapitalertragsteuer	23.000,00	23.000,00	23.000,00	23.000,00
	Sonstige Rückstellungen				
097600	Rückstellung Energieaudit	0,00		5.000,00	
097800	Rückstellung für Prüfung	6.000,00		5.850,00	
097900	Urlaubsrückstellung	33.650,00		35.540,00	
098000	Rückstellung für Gleitzeitüberhang	29.140,00	68.790,00	36.900,00	83.290,00
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
063000	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.172.321,98		12.286.635,53	
121000	Volksbank Beckum-Lippstadt eG 100 721 201	22,88		24,77	
160100	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.140,14	12.175.485,00	15.263,03	12.301.923,33
	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
160000	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	17.544,18		11.732,93	
160001	Kreditorische Debitoren	1.493,55	19.037,73	9.283,97	21.016,90
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen				
160500	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	57.253,82		53.291,49	
160501	Kreditorische Debitoren	0,00	57.253,81	24.998,44	78.289,93
	Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde/anderen Eigenbetrieben				
136400	Cash Pool Führungskonto	460.292,31		0,00	
162000	Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt und anderen Eigenbetrieben	64.159,84		74.235,38	
162001	Kreditorische Debitoren	1.430,89	525.883,04	3.502,80	77.738,18

Konto	Bezeichnung	31.12.2025 in Euro	31.12.2025 in Euro	31.12.2024 in Euro	31.12.2024 in Euro
	Sonstige Verbindlichkeiten				
163000	Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer	5.5384,14		6.145,80	
164000	Sonstige Verbindlichkeiten	8.014,58		536.076,55	
179000	Umsatzsteuer laufendes Jahr	0,00		0,00	
179200	Ausgegebene Gutscheine	2.126,65	15.525,37	2.237,65	544.460,00
	Rechnungsabgrenzungsposten				
099000	Passive Rechnungsabgrenzung	23.511,33	23.511,33	22.665,35	22.665,35
	SUMME PASSIVA	**26.937.225,38**	**26.937.225,38**	**26.797.110,68**	**26.797.110,68**

C Kontennachweis Gewinn- und Verlustrechnung

Konto	Bezeichnung	Plan 2025 in Euro	31.12.2025 in Euro	31.12.2024 in Euro
	Umsatzerlöse			
270500	Steuererstattung Erdgaseinsatz Blockheizkraftwerk	10.000,00	8.311,37	10.310,69
270600	Förderung Stromerzeugung Blockheizkraftwerk 19 % Umsatzsteuer	16.000,00	30.065,60	11.624,56
270800	Förderung Stromerzeugung Blockheizkraftwerk nicht steuerbar	3.000,00	9.141,20	3.675,72
830000	Benutzungsgebühren Hallenbad Beckum 7 % Umsatzsteuer	58.000,00	67.774,19	62.295,96
830100	Benutzungsgebühren Freibad Beckum 7 % Umsatzsteuer	80.000,00	81.925,33	72.500,91
830200	Benutzungsgebühren Freibad Neubeckum 7 % Umsatzsteuer	87.000,00	78.740,16	87.648,66
830700	Benutzungsgebühren Ermäßigungsberechtigte Hallenbad Beckum 7 % Umsatzsteuer	3.000,00	4.776,65	3.646,20
830800	Benutzungsgebühren Ermäßigungsberechtigte Freibad Beckum 7 % Umsatzsteuer	9.000,00	6.781,47	9.340,00
830900	Benutzungsgebühren Ermäßigungsberechtigte Freibad Neubeckum 7 % Umsatzsteuer	6.500,00	5.682,92	6.067,88
831100	Benutzungsgebühren Sonderveranstaltungen 7 % Umsatzsteuer	20.000,00	18.669,81	21.300,19
831200	Benutzungsgebühren Vereine Hallenbad Beckum 7 % Umsatzsteuer	40.000,00	37.920,57	42.829,44
831300	Benutzungsgebühren Vereine Freibad Beckum 7 % Umsatzsteuer	2.500,00	7.163,56	2.670,57
831400	Benutzungsgebühren Vereine Freibad Neubeckum 7 % Umsatzsteuer	4.000,00	4.373,83	4.212,60
831500	Rücknahme Altgutscheine 7 %	0,00	0,00	–17,76
841000	Benutzungsgebühren Schulen Hallenbad Beckum	40.000,00	40.810,00	44.345,00
841100	Benutzungsgebühren Schulen Freibad Beckum	4.500,00	5.517,50	5.732,50
841200	Benutzungsgebühren Schulen Freibad Neubeckum	3.500,00	5.295,00	3.565,00
862100	Mieterträge steuerfrei Freibad Beckum	4.450,00	4.440,00	4.440,00
862600	Pachteinnahmen steuerfrei Freibad Beckum	1.000,00	1.711,16	2.259,29
862700	Pachteinnahmen steuerfrei Freibad Neubeckum	1.000,00	1.020,00	1.000,00
891000	Shopverkäufe 19 % Umsatzsteuer	3.000,00	3.733,86	3.615,49
892000	Erlöse Energieverkauf Blockheizkraftwerk Hallenbad Beckum 19 % Umsatzsteuer	53.500,00	32.529,31	25.921,55
		449.950,00	**456.383,49**	**428.984,45**
	Sonstige betriebliche Erträge			
270000	Sonstige Erträge	50,00	181,16	188,38
273500	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	100,00	5.647,42	0,00
274000	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	13.050,00	14.078,52	14.235,19
274200	Versicherungsentschädigungen Hallenbad Beckum	1.000,00	0,00	0,00

Konto	Bezeichnung	Plan 2025 in Euro	31.12.2025 in Euro	31.12.2024 in Euro
274300	Versicherungsentschädigungen Freibad Beckum	1.000,00	2.705,83	8.274,39
274400	Versicherungsentschädigungen Freibad Neubeckum	1.000,00	1.756,35	883,47
274500	Erstattung Versicherungsbeitrag durch Förderverein Neubeckum	150,00	116,75	116,75
892100	Vermischte Einnahmen Hallenbad Beckum	50,00	0,00	0,00
892200	Vermischte Einnahmen Freibad Beckum	50,00	0,00	0,00
892500	Vermischte Einnahmen Freibad Neubeckum	50,00	60,00	0,00
		16.500,00	**24.546,03**	**23.698,18**
	Materialaufwand			
	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren			
401000	Heizungskosten für Gas Hallenbad Beckum	173.000,00	175.417,50	154.352,62
401100	Heizungskosten für Gas Freibad Beckum	44.300,00	38.546,75	36.508,68
401200	Heizungskosten für Gas Freibad Neubeckum	32.500,00	19.689,26	24.401,32
401500	Wasserverbrauch Hallenbad Beckum	5.000,00	4.636,58	5.061,71
401600	Wasserverbrauch Freibad Beckum	5.000,00	1.951,69	2.451,53
401700	Wasserverbrauch Freibad Neubeckum	8.000,00	8.881,40	7.678,89
402000	Stromverbrauch Hallenbad Beckum	7.000,00	6.012,31	7.980,57
402100	Stromverbrauch Freibad Beckum	8.000,00	12.901,05	13.098,09
402200	Stromverbrauch Freibad Neubeckum	14.000,00	16.828,72	18.684,12
402300	Contracting-Rate Hallenbad Beckum	18.050,00	18.025,20	18.025,20
402400	Contracting-Rate Freibad Beckum	9.050,00	9.012,60	9.012,60
402500	Contracting-Rate Freibad Neubeckum	9.050,00	9.012,60	9.012,60
403000	Reinigungsmittel, -kosten Hallenbad Beckum	5.300,00	3.587,19	1.604,71
403100	Reinigungsmittel, -kosten Freibad Beckum	8.450,00	10.936,83	12.732,12
403200	Reinigungsmittel, -kosten Freibad Neubeckum	4.500,00	4.997,56	7.467,73
403500	Unterhaltung der Abfallsammelstellen Freibad Neubeckum	850,00	650,16	1.021,56
403600	Anschaffung, Unterhaltung von Dienstkleidung Hallenbad Beckum	2.550,00	1.570,36	1.576,05
403700	Anschaffung, Unterhaltung von Dienstkleidung Freibad Beckum	1.200,00	785,78	734,15
403800	Anschaffung, Unterhaltung von Dienstkleidung Freibad Neubeckum	1.100,00	873,65	809,08
408000	Unterhaltung Grünanlagen Gebäude Hallenbad Beckum	150,00	0,00	0,00
408100	Unterhaltung Grünanlagen Gebäude Freibad Beckum	200,00	0,00	49,54
408200	Unterhaltung Grünanlagen Gebäude Freibad Neubeckum	200,00	0,00	92,41
		357.450,00	**344.317,19**	**332.355,18**

Konto	Bezeichnung	Plan 2025 in Euro	31.12.2025 in Euro	31.12.2024 in Euro
	Aufwendungen für bezogene Leistungen			
400000	Unterhaltung Hallenbad Beckum	16.000,00	10.098,00	0,00
400100	Unterhaltung Freibad Beckum	76.300,00	25.535,17	11.040,26
400200	Unterhaltung Freibad Neubeckum	19.000,00	1.858,37	9.069,82
404000	Anteilige Wartungskosten Blockheizkraftwerk Hallenbad Beckum	16.000,00	14.876,48	12.799,59
404100	Anteilige Wartungskosten Blockheizkraftwerk Freibad Beckum	5.000,00	4.443,61	3.823,29
405000	Bezogene Leistungen EB SBB (FD 65) Hallenbad Beckum	35.000,00	29.554,70	24.243,08
405100	Bezogene Leistungen EB SBB (FD 65) Freibad Beckum	25.000,00	32.062,20	28.069,56
405200	Bezogene Leistungen EB SBB (FD 65) Freibad Neubeckum	30.000,00	18.600,86	36.800,28
405500	Bezogene Leistungen EB SBB (FD 81) Hallenbad Beckum	2.000,00	218,11	0,00
405600	Bezogene Leistungen EB SBB (FD 81) Freibad Beckum	4.000,00	3.227,48	3.409,91
405700	Bezogene Leistungen EB SBB (FD 81) Freibad Neubeckum	4.000,00	4.154,14	1.820,73
405800	Fremdreinigung Hallenbad Beckum	84.400,00	73.241,63	64.283,90
405900	Fremdreinigung Freibad Beckum	25.300,00	32.233,70	32.082,15
406000	Fremdreinigung Freibad Neubeckum	25.300,00	29.368,28	28.263,16
407000	Laufende Unterhaltung Gebäude und Anlagen Hallenbad Beckum	27.000,00	31.432,14	27.210,92
407100	Laufende Unterhaltung Gebäude und Anlagen Freibad Beckum	22.000,00	15.807,18	16.519,02
407200	Laufende Unterhaltung Gebäude und Anlagen Freibad Neubeckum	16.000,00	13.887,46	10.354,15
409000	Reparatur/Instandsetzung Hallenbad Beckum	2.000,00	2.277,08	1.733,96
409100	Reparatur/Instandsetzung Freibad Beckum	5.000,00	4.929,08	2.306,96
409200	Reparatur/Instandsetzung Freibad Neubeckum	4.500,00	516,07	4.669,58
		443.800,00	**348.321,74**	**314.500,32**
	Personalaufwand			
	Löhne und Gehälter			
410000	Personalausgaben Hallenbad Beckum	352.450,00	340.785,90	329.400,34
410100	Personalausgaben Freibad Beckum	183.900,00	203.443,03	182.301,41
410200	Personalausgaben Freibad Neubeckum	198.100,00	205.314,97	209.709,40
410300	Urlaubs- und Gleitzeitverpflichtungen	2.000,00	–9.650,00	19.310,00
410400	Zuführung/Auflösung zur Altersteilzeitrückstellung	0,00	0,00	–1.371,00
		736.450,00	**739.893,90**	**739.350,15**
	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			
410500	Arbeitgeber-Anteil Zusatzversorgung Hallenbad Beckum	24.700,00	23.916,04	21.770,08
410600	Arbeitgeber-Anteil Zusatzversorgung Freibad Beckum	11.500,00	12.376,99	11.108,72
410700	Arbeitgeber-Anteil Zusatzversorgung Freibad Neubeckum	12.400,00	12.662,24	12.632,93

Konto	Bezeichnung	Plan 2025 in Euro	31.12.2025 in Euro	31.12.2024 in Euro
411000	Arbeitgeber-Anteil Sozialversicherung Hallenbad Beckum	67.300,00	67.062,50	59.113,46
411100	Arbeitgeber-Anteil Sozialversicherung Freibad Beckum	30.650,00	34.570,61	29.736,16
411200	Arbeitgeber-Anteil Sozialversicherung Freibad Neubeckum	33.850,00	35.794,34	34.086,59
411500	Versorgungskassenbeitrag Hallenbad Beckum	15.200,00	14.895,93	15.210,96
411600	Versorgungskassenbeitrag Freibad Beckum	13.050,00	14.568,22	14.879,77
411700	Versorgungskassenbeitrag Freibad Neubeckum	13.050,00	14.568,22	14.879,77
412000	Beihilfe Hallenbad Beckum	150,00	504,74	582,95
412100	Beihilfe Freibad Beckum	150,00	496,58	570,71
412200	Beihilfe Freibad Neubeckum	150,00	0,00	570,71
412500	Personalnebenkosten Hallenbad Beckum	0,00	18,11	43,86
412600	Personalnebenkosten Freibad Beckum	0,00	6,13	17,76
412700	Personalnebenkosten Freibad Neubeckum	0,00	6,12	30,75
		222.150,00	**231.446,77**	**215.235,18**
	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes			
483000	Abschreibungen auf Sachanlagen	115.350,00	128.231,48	118.663,27
483100	Außerplanmäßige Abschreibung	0,00	0,00	0,00
483200	Abgang Restbuchwerte	0,00	3,00	1,00
483500	Sofortabschreibung Geringwertige Wirtschaftsgüter	5.200,00	4.522,86	8.189,35
		120.550,00	**132.757,34**	**126.853,62**
	Sonstige betriebliche Aufwendungen			
200000	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	3.714,50
408300	Vorausleistungen für Versicherungsschäden Hallenbad Beckum	1.000,00	0,00	0,00
408400	Vorausleistungen für Versicherungsschäden Freibad Beckum	1.000,00	0,00	449,32
408500	Vorausleistungen für Versicherungsschäden Freibad Neubeckum	1.000,00	1.340,76	948,12
436000	Versicherung für Gebäude/Einrichtung Hallenbad Beckum	5.600,00	5.456,29	4.713,33
436100	Versicherung für Gebäude/Einrichtung Freibad Beckum	4.100,00	4.148,51	3.460,94
436200	Versicherung für Gebäude/Einrichtung Freibad Neubeckum	3.200,00	3.347,23	2.704,87
436600	Unfall-, Haftpflicht-, sonstige Versicherung Hallenbad Beckum	3.350,00	3.499,77	3.319,29
436700	Unfall-, Haftpflicht-, sonstige Versicherung Freibad Beckum	3.350,00	3.499,81	3.319,26
436800	Unfall-, Haftpflicht-, sonstige Versicherung Freibad Neubeckum	3.350,00	3.499,81	3.319,26
438000	Beiträge an Verbände und Vereine Hallenbad Beckum	200,00	473,00	153,00
438100	Beiträge an Verbände und Vereine Freibad Beckum	200,00	320,50	153,00
438200	Beiträge an Verbände und Vereine Freibad Neubeckum	200,00	320,50	154,00

Konto	Bezeichnung	Plan 2025 in Euro	31.12.2025 in Euro	31.12.2024 in Euro
439000	Steuern und Abgaben Hallenbad Beckum	29.650,00	46.230,61	46.439,75
439100	Steuern und Abgaben Freibad Beckum	25.800,00	19.259,74	17.516,38
439200	Steuern und Abgaben Freibad Neubeckum	32.550,00	39.593,94	36.038,60
460000	Werbekosten Hallenbad Beckum	5.000,00	803,12	3.045,75
460100	Werbekosten Freibad Beckum	300,00	56,72	76,47
460200	Werbekosten Freibad Neubeckum	300,00	56,72	203,01
460300	Erwerb von Shopartikeln Hallenbad Beckum	1.000,00	904,96	690,13
460400	Erwerb von Shopartikeln Freibad Beckum	1.000,00	989,52	63,84
460500	Erwerb von Shopartikeln Freibad Neubeckum	1.000,00	989,51	200,22
464100	Jubiläumsaufwand Freibäder	7.000,00	1.655,40	0,00
470000	Unterhaltung, Anschaffung, Ersatz von Inventar Hallenbad Beckum	1.200,00	305,54	0,00
470100	Unterhaltung, Anschaffung, Ersatz von Inventar Freibad Neubeckum	450,00	115,29	0,00
470200	Unterhaltung, Anschaffung, Ersatz von Inventar Freibad Neubeckum	850,00	279,25	0,00
470400	Gerätemiete Freibad Neubeckum	2.200,00	1.510,50	2.100,00
490000	Sonstige betriebliche Aufwendungen	500,00	2.545,93	29,00
490100	Vorsteuerkorrektur hoheitlicher Bereich	35.000,00	24.950,00	16.045,77
491000	Porto Hallenbad Beckum	100,00	509,80	299,65
491100	Porto Freibad Beckum	100,00	254,91	299,64
491200	Porto Freibad Neubeckum	100,00	254,91	299,64
492000	Fernsprechgebühren Hallenbad Beckum	350,00	370,92	358,08
492100	Fernsprechgebühren Freibad Beckum	100,00	241,07	179,04
492200	Fernsprechgebühren Freibad Neubeckum	1.000,00	1.442,88	903,58
492500	Rundfunk Hallenbad Beckum	200,00	165,24	165,24
492600	Rundfunk Freibad Beckum	50,00	24,48	24,48
492700	Rundfunk Freibad Neubeckum	50,00	24,48	24,48
493000	Papier, Drucksachen und sonstiger Bürobedarf Hallenbad Beckum	800,00	443,54	345,69
493100	Papier, Drucksachen und sonstiger Bürobedarf Freibad Beckum	700,00	233,47	363,40
493200	Papier, Drucksachen und sonstiger Bürobedarf Freibad Neubeckum	700,00	233,48	112,15
493600	Bekanntmachungen	1.500,00	1.971,19	1.213,55
493700	Gema-Gebühren Hallenbad Beckum	500,00	123,62	314,13
493800	Gema-Gebühren Freibad Beckum	500,00	28,13	85,50
493900	Gema-Gebühren Freibad Neubeckum	500,00	28,13	0,00
494000	Amtliche Blätter, Zeitschriften, Bücher Hallenbad Beckum	150,00	145,23	210,06
494100	Amtliche Blätter, Zeitschriften, Bücher Freibad Beckum	150,00	87,34	155,18
494200	Amtliche Blätter, Zeitschriften, Bücher Freibad Neubeckum	150,00	87,35	155,23
494500	Fortbildungskosten Hallenbad Beckum	2.850,00	354,65	1.499,26
494600	Fortbildungskosten Freibad Beckum	900,00	214,95	581,50
494700	Fortbildungskosten Freibad Neubeckum	900,00	316,85	651,94
495000	Beratungskosten	3.000,00	11.257,10	60.743,40
495700	Abschluss- und Prüfungskosten	5.550,00	6.000,00	5.550,00

Konto	Bezeichnung	Plan 2025 in Euro	31.12.2025 in Euro	31.12.2024 in Euro
496000	Miete Druck- und Kopiergeräte Hallenbad Beckum	1.000,00	365,17	374,76
496100	Miete Druck- und Kopiergeräte Freibad Beckum	500,00	182,58	187,38
496200	Miete Druck- und Kopiergeräte Freibad Neubeckum	500,00	182,58	187,37
496300	Datenverarbeitungsaufwand Hallenbad Beckum	9.900,00	10.248,50	12.085,53
496400	Datenverarbeitungsaufwand Freibad Beckum	7.400,00	7.686,37	9.064,14
496500	Datenverarbeitungsaufwand Freibad Neubeckum	7.400,00	7.686,38	9.064,15
496600	Sachkosten Hallenbad Beckum	4.050,00	4.159,38	4.108,13
496700	Sachkosten Freibad Beckum	3.900,00	3.881,25	3.814,69
496800	Sachkosten Freibad Neubeckum	3.900,00	3.881,25	3.814,68
497000	Buchungsgebühren im Kontokorrentverkehr	2.000,00	2.312,12	2.161,82
497100	SaaS-Gebühr Bädersuite Hallenbad Beckum	5.600,00	3.315,36	3.218,10
497200	SaaS-Gebühr Bädersuite Freibad Beckum	2.750,00	1.689,44	1.638,55
497300	SaaS-Gebühr Bädersuite Freibad Neubeckum	2.750,00	1.689,44	1.638,55
		242.900,00	**238.246,47**	**274.750,48**
	Erträge aus Beteiligungen			
260000	Erträge aus Beteiligung Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG	1.813.000,00	1.787.800,26	1.918.557,75
261500	Erträge aus Beteiligung Wasserversorgung GmbH	274.650,00	277.432,74	292.142,28
		2.087.650,00	**2.065.233,00**	**2.210.700,03**
	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
265000	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	100,00	0,00	0,00
265800	Zinserträge § 233 a Abgabenordnung (AO)	0,00	0,00	81,00
		100,00	**0,00**	**81,00**
	Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
210100	Säumniszuschläge § 240 Abgabenordnung (AO)	0,00	0,00	282,50
211000	Zinsaufwendungen für kurzfristige Verbindlichkeiten	5.000,00	3,94	3.466,55
211100	Zinsen Kassenkredit	0,00	0,00	0,00
212000	Zinsaufwendungen für langfristige Verbindlichkeiten	222.100,00	248.741,27	236.882,13
213000	Sonstiger Zinsaufwand	0,00	0,00	1.565,00
		227.100,00	**248.745,21**	**242.196,18**
	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			
220000	Körperschaftsteuer	36.900,00	0,00	0,00
220800	Solidaritätszuschlag	2.100,00	0,00	0,00
220300	Körperschaftsteuer Vorjahre	0,00	245.742,00	694.239,00
220900	Solidaritätszuschlag Vorjahre	0,00	13.515,00	38.183,36
223100	Kapitalertragsteuer	40.000,00	35.633,57	23.000,00
228200	Erstattung Vorjahre für Ertragsteuern	0,00	–401.933,00	0,00
228300	Erstattung Vorjahre Solidaritätszuschlag	0,00	–22.105,45	0,00
		79.000,00	**–129.147,88**	**755.422,36**
	Sonstige Steuern			
435000	Verbrauchsteuer	3.000,00	41,16	–13.408,85
	Jahresfehlbetrag/-überschuss	**121.800,00**	**391.540,62**	**–323.790,96**

Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1. Grundlagen der wirtschaftlichen Verhältnisse

Der Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum erfüllt die Energieversorgung (Versorgung mit Strom und Gas) und die Wasserversorgung in Beckum. Dieses beinhaltet auch den Erwerb und das Halten von Beteiligungen an der Wasserversorgung Beckum GmbH und an Energieversorgungsunternehmen sowie den Betrieb der Bäder der Stadt Beckum.

2. Zweijahresübersicht

Nachfolgend wird der Jahresabschluss nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten untergliedert und analysiert.

		2025	2024
Kennzahlen zur Ertragslage			
Jahresergebnis	T€	392	– 324
Betriebsergebnis	T€	– 1.559	– 1.538
Finanzergebnis	T€	1.816	1.969
Umsatzerlöse	T€	456	429
Materialaufwandsquote	%	150,0	147,4
Kennzahlen zur Vermögenslage			
Eigenkapitalquote I	%	51,8	50,6
Eigenkapitalquote II	%	52,0	50,9
Investitionsfinanzierungsquote	%	4,5	5,2
Anlagendeckung	%	105,5	104,7
Fremdkapitalquote (kurzfristig)	%	5,4	5,9
Kennzahlen zur Finanzlage			
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	T€	– 1.491	2.138
Cashflow aus Investitionstätigkeit	T€	1.860	– 2.579
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	T€	– 369	– 701
Liquiditätsgrad II	%	192,4	171,4
Liquiditätsgrad III	%	192,6	171,6

CURACON

3. Ertragslage

Gemäß der als Anlage beigefügten Gewinn- und Verlustrechnung schließt das Geschäftsjahr 2025 mit einem Jahresüberschuss von T€ 392 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag T€ 324) ab. Das Ergebnis hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um T€ 716 erhöht.

Das Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2025 T€	2024 T€
Betriebliche Erträge	462	439
Betriebliche Aufwendungen	2.021	1.977
Betriebsergebnis	– 1.559	– 1.538
Finanzergebnis	1.816	1.969
Neutrales Ergebnis	6	0
Ertragsteuern	– 129	755
Jahresergebnis	392	– 324

Im nachfolgenden Ergebnisvergleich der Geschäftsjahre 2025 und 2024 sind die einzelnen Aufwands- und Ertragsposten gegenübergestellt und die Veränderungen aufgezeigt:

	2025		2024		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	456	98,7	429	97,7	27	+ 6,3
Sonstige betriebliche Erträge	6	1,3	10	2,3	– 4	– 40,0
Betriebliche Erträge	462	100,0	439	100,0	23	+ 5,2
Personalaufwand	971	210,2	955	217,5	16	+ 1,7
Materialaufwand	693	150,0	647	147,4	46	+ 7,1
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	119	25,8	113	25,7	6	+ 5,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen (einschließlich sonstiger Steuern)	238	51,5	262	59,6	– 24	– 9,2
Betriebliche Aufwendungen	2.021	437,5	1.977	450,2	44	+ 2,2
Betriebsergebnis	– 1.559	– 337,5	– 1.538	– 350,2	– 21	– 1,4
Fördermittelergebnis	0		0		0	
Finanzergebnis	1.816		1.969		– 153	
Neutrales Ergebnis	6		0		6	
Ertragsteuern	– 129		755		– 884	
Jahresergebnis	392		– 324		716	

Die **Umsatzerlöse** setzen sich wie folgt zusammen:

	2025 T€	2024 T€	Veränderung T€
Erlöse Hallenbad aus			
öffentlicher Nutzung	72	66	6
Schul- und Vereinsschwimmen	79	87	– 8
Sonderveranstaltungen	19	21	– 2
	170	174	– 4
Erlöse Freibad Beckum			
öffentliche Nutzung	89	82	7
Schul- und Vereinsschwimmen	12	8	4
Mieten und Pachten	6	7	– 1
	107	97	10
Erlöse Freibad Neubeckum			
öffentliche Nutzung	84	94	– 10
Schul- und Vereinsschwimmen	10	8	2
Mieten und Pachten	1	1	0
	95	103	– 8
Erlöse aus Nebengeschäften			
Stromverkauf BHKW	33	26	7
Steuererstattung für Erdgaseinsatz BHKW	8	10	– 2
Förderung Stromerzeugung BHKW	39	15	24
	80	51	29
Übrige	4	4	0
	456	429	27

Der **Personalaufwand** entwickelte sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt:

	2025 T€	2024 T€	Veränderung T€
Löhne und Gehälter	740	740	0
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	231	215	16
	971	955	16

Der **Materialaufwand** veränderte sich wie folgt:

	2025 T€	2024 T€	Veränderung T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			
Heizenergie	234	215	19
Strom	36	40	– 4
Wasser	15	15	0
Reinigungsmittel	20	22	– 2
Contracting	36	36	0
Übriges	4	4	0
	345	332	13
Bezogene Leistungen			
Leistungen SBB	88	90	– 2
Fremdreinigung	135	125	10
Wartung BHKW	19	17	2
Laufende Unterhaltung	61	54	7
Unterhaltungsmaßnahmen	45	29	16
	348	315	33
	693	647	46

Die **Abschreibungen** belaufen sich im Berichtsjahr auf T€ 133 (Vorjahr: T€ 127).

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen (einschließlich sonstiger Steuern)** stellen sich wie folgt dar:

	2025 T€	2024 T€	Veränderung T€
Steuern und Abgaben	105	100	5
Abschluss-, Prüfungs- und Beratungsleistungen	17	66	– 49
Datenverarbeitung und Sachkosten an Kernhaushalt	38	42	– 4
Versicherungen	25	22	3
Servicegebühr Bädersuite	7	7	0
Sonstige Aufwendungen	46	38	8
Sonstige Steuern	0	– 13	13
	238	262	– 24

Das **Betriebsergebnis** ist mit T€ -1.559 erneut negativ (Vorjahr: T€ -1.538).

Das **Fördermittelergebnis** ergibt sich aus den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten (T€ 14, Vorjahr: T€ 14) und den Abschreibungen auf bezuschusstes Anlagevermögen (T€ 14, Vorjahr: T€ 14).

Das **Finanzergebnis** liegt mit T€ 1.816 um T€ 153 unter dem des Vorjahres. Es setzt sich wie folgt zusammen:

	2025 T€	2024 T€	Veränderung T€
Erträge aus Beteiligungen			
Energieversorgung Beckum GmbH & Co.KG	1.788	1.919	– 131
Wasserversorgung Beckum GmbH	277	292	– 15
	2.065	2.211	– 146
Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	249	242	7
	1.816	1.969	– 153

Die **Ertragsteuern** haben sich um T€ 884 vermindert. Nach erhöhten Nachzahlungen von Ertragsteuern für die Jahre 2022 und 2023 aus den steuerlichen Ergebnissen 2022 und 2023 der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG reduzierte sich die Steuerlast wieder deutlich. Im Berichtsjahr bestehen Forderungen gegenüber dem Finanzamt in Höhe von T€ 755.

Maßgeblich für die Analyse und Beurteilung des Ergebnisses des Wirtschaftsjahres sind die Abweichungen zu dem vom Rat beschlossenen Wirtschaftsplan.

Im nachfolgenden Ergebnisvergleich des Wirtschaftsplans mit dem Geschäftsjahr 2025 sind die einzelnen Aufwands- und Ertragsposten gegenübergestellt und die Veränderungen aufgezeigt:

	Wirtschaftsplan		2 0 2 5		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	450	96,4	456	98,7	6	+ 1,3
Sonstige betriebliche Erträge	17	3,6	6	1,3	– 11	> 100,0
Betriebliche Erträge	467	100,0	462	100,0	– 5	– 1,1
Personalaufwand	959	205,4	971	210,2	12	+ 1,2
Materialaufwand	801	171,5	693	150,0	– 108	– 15,6
Abschreibungen	121	25,9	119	25,8	– 2	– 1,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	243	52,0	238	51,5	– 5	– 2,1
Betriebliche Aufwendungen	2.124	454,8	2.021	437,5	– 103	– 5,1
Betriebsergebnis	– 1.657	– 354,8	– 1.559	– 337,5	98	– 6,3
Erträge aus Beteiligungen	2.088		2.065		– 23	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	227		249		22	
Finanzergebnis	1.861		1.816		– 45	
Neutrales Ergebnis	0		6		6	
Steuern vom Einkommen und Ertrag	79		– 129		– 208	
Ergebnis nach Steuern	125		392		267	
Sonstige Steuern	3		0		– 3	
Jahresergebnis	122		392		270	

4. Vermögens- und Finanzlage

In der nachfolgenden Übersicht werden die Vermögens- und Kapitalposten der Bilanz zum 31. Dezember 2025 zusammengefasst und den entsprechenden Vorjahreszahlen gegenübergestellt.

Vermögensstruktur

	31.12.2025		31.12.2024		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Langfristige Aktiva					
Anlagevermögen	24.175	89,7	24.103	90,0	72
Kurzfristige Aktiva					
Vorräte	3	0,0	3	0,0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5	0,0	14	0,1	– 9
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.862	6,9	1.951	7,2	– 89
Forderungen an die Stadt und andere Eigenbetriebe	18	0,1	626	2,2	– 608
Sonstige Vermögensgegenstände/ Rechnungsabgrenzung	874	3,3	100	0,5	774
	2.762	10,3	2.694	10,0	68
	26.937	100,0	26.797	100,0	140

Kapitalstruktur

	31.12.2025		31.12.2024		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Eigenkapital	13.963	51,8	13.572	50,6	391
Sonderposten für Investitionszuschüsse	66	0,2	73	0,3	– 7
	14.029	52,0	13.645	50,9	384
Langfristige sonstige Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.474	42,6	11.582	43,2	– 108
	25.503	94,6	25.227	94,1	276
Kurzfristige Passiva					
Rückstellungen	92	0,4	106	0,4	– 14
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	701	2,6	720	2,7	– 19
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	19	0,1	21	0,1	– 2
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt und anderen Eigenbetrieben	526	2,0	78	0,3	448
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	57	0,2	78	0,3	– 21
Sonstige Verbindlichkeiten	15	0,0	544	2,0	– 529
Rechnungsabgrenzungsposten	24	0,1	23	0,1	1
	1.434	5,4	1.570	5,9	– 136
	26.937	100,0	26.797	100,0	140

Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind als langfristig behandelt.

Das **Anlagevermögen** hat sich zum 31. Dezember 2025 bedingt durch Zugänge von T€ 205 sowie planmäßige Abschreibungen in Höhe von T€ 133 um T€ 72 vermindert.

Die Zusammensetzung des Anlagevermögens sowie seine Entwicklung im Berichtsjahr sind aus dem Bruttoanlagenspiegel des Anhangs ersichtlich.

Die **Vorräte** enthalten überwiegend Verbrauchsmaterial für den Betrieb der Bäder.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** entfallen überwiegend auf die Benutzungsgebühren sowie auf die Betriebskostenabrechnung gegenüber einem Kioskpächter.

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** belaufen sich zum Bilanzstichtag auf T€ 1.862. Es handelt sich im Wesentlichen um die Gewinnausschüttung aus der Beteiligung an der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG für das Jahr 2025 sowie um Erlöse aus Energieverkäufen aus dem Blockheizkraftwerk.

Im Berichtsjahr bestehen **Forderungen an die Stadt und andere Eigenbetriebe** in Höhe von T€ 18 aus Umsatzsteuerforderungen und Forderungen aus Benutzungsgebühren von Schulen.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände/Rechnungsabgrenzung** in Höhe von T€ 874 (Vorjahr: T€ 100) beinhalten im Wesentlichen Umsatzsteuerforderungen für das Jahr 2025 sowie Kapitalertragsteuererstattungen für das Jahr 2024 sowie Erstattungen zur Körperschaftsteuer für die Jahre 2023 bis 2025.

Das **Eigenkapital** erhöhte sich aufgrund des Jahresüberschusses in Höhe von T€ 392. Der Gewinnvortrag hat sich entsprechend dem Ergebnisverwendungsbeschluss um T€ 324 auf T€ 10.048 vermindert.

Bei den **Sonderposten für Investitionszuschüsse** handelt es sich um Zuschüsse zur Finanzierung des Baus oder der Anschaffung diverser Bauwerke und Ausstattungsgegenstände für die Freibäder Beckum und Neubeckum durch die örtlichen Fördervereine.

Die **Rückstellungen** umfassen Steuerrückstellungen aus voraussichtlich abzuführender Kapitalertragsteuer für das Jahr 2025 aus der hoheitlichen Nutzung der Bäder im Rahmen des Schulschwimmens sowie sonstige Rückstellungen für im Wesentlichen Aufwendungen für Urlaub und Mehrarbeit und Jahresabschlussprüfung.

Die Veränderung der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** resultiert aus planmäßigen Tilgungen sowie der Aufnahme eines Investitionskredits in Höhe von T€ 590.

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** sind stichtagsbedingt um T€ 2 gesunken.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt und anderen Eigenbetrieben** von T€ 526 umfassen im Wesentlichen Erstattungen für interne Dienstleistungsverrechnungen sowie Verpflichtungen aus Reparaturen und Instandhaltungsarbeiten durch den Eigenbetrieb Städtische Betriebe Beckum. Weiterhin bestehen Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt im Rahmen des Cash-Poolings (T€ 460; Vorjahr: Forderungen in Höhe von T€ 603).

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** beziehen sich auf Leistungen der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG im Rahmen der Lieferung von Energie.

Die **übrigen Verbindlichkeiten** betreffen im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer (T€ 5), ausgegebenen Gutscheinen (T€ 2) und Körperschaftsteuer zzgl. Solidaritätszuschlag (T€ 8).

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** bildet das periodengerecht abzugrenzende, bis zum Bilanzstichtag noch nicht in Anspruch genommene Wertkartenguthaben von Badegästen ab und beträgt T€ 24.

Liquiditätsverhältnisse

Der Untersuchung der Liquiditätsverhältnisse liegt der Gedanke zugrunde, dass das finanzielle Gleichgewicht dann erhalten bzw. durch kurzfristig wirksame Maßnahmen sichergestellt werden kann, wenn den nach Fälligkeitsfristen geordneten Verbindlichkeiten jeweils Vermögensgegenstände mit gleichen Liquidierbarkeitszeiten gegenüberstehen, die Zahlungsverpflichtungen also durch entsprechende flüssige oder flüssig zu machende Vermögensteile gedeckt sind.

An den Bilanzstichtagen stellt sich die Liquiditätslage wie folgt dar:

	31.12.2025 T€	31.12.2024 T€
Liquide Mittel	0	0
Abzüglich		
Kurzfristiges Fremdkapital	1.434	1.570
Liquidität I	– 1.434	– 1.570
Zuzüglich		
Kurzfristige Forderungen	2.759	2.691
Liquidität II	1.325	1.121
Zuzüglich		
Vorräte	3	3
Liquidität III	1.328	1.124
Veränderung des Liquiditätssaldos	204	

Die Liquiditätslage weist zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres eine Überdeckung von T€ 1.328 aus, die sich damit gegenüber dem Vorjahr insgesamt um T€ 204 erhöht hat. Das kurzfristig realisierbare Schuldendeckungspotential deckt in vollem Umfang das kurzfristige Fremdkapital.

Die Liquiditätsgrade I bis III stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2025	31.12.2024
Liquiditätsgrad I in %	0,0	0,0
Liquiditätsgrad II in %	192,4	171,4
Liquiditätsgrad III in %	192,6	171,6

Die Kennzahl Liquiditätsgrad II ist für die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit und des Finanzierungsspielraums des Eigenbetriebs am aussagekräftigsten. Eine Kennzahl unter 100,0 % weist auf die Gefahr hin, dass nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen, um die kurzfristig fälligen Schulden decken zu können.

Kapitalflussrechnung

In der Kapitalflussrechnung werden die Zahlungsströme des Berichtsjahres getrennt nach den Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit dargestellt. Die Kapitalflussrechnung wurde in Anlehnung an den Rechnungslegungsstandard DRS 21 des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e. V. (DRSC) aufgestellt.

Ausgangspunkt der Kapitalflussrechnung ist der Finanzmittelfonds, der seit der Einführung des Cash-Poolings mit der Stadt Beckum in 2024 nun immer bei T€ 0 liegen wird.

Die Veränderung des Finanzmittelfonds sowie die dafür ursächlichen Mittelbewegungen werden anhand der Kapitalflussrechnung aufgezeigt, die wir diesem Bericht als Anlage beigefügt haben.

Die folgende Tabelle stellt einen Auszug aus der Kapitalflussrechnung dar.

	2025 T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	– 1.491
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	1.860
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	– 369
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	0
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	0

Durch die Eliminierung aller Aufwendungen und Erträge, die nicht zahlungswirksam waren, gibt der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit den Überschuss der im Berichtsjahr laufenden Ausgaben über die erzielten Einnahmen an. Er stellt damit das Innenfinanzierungspotential zur Deckung besonderer Ausgaben dar, etwa für Schuldentilgung und Investitionen.

Nachweis der Feststellungen zur Prüfung nach § 53 HGrG

1. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation

Fragenkreis 1:
Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Zuständige Organe sind die Betriebsleitung und der Betriebsausschuss sowie in besonderen Fällen der Rat der Stadt Beckum. Die Aufgabenverteilung ist durch die EigVO NRW, die Betriebssatzung und interne Dienstanweisungen der Stadt Beckum geregelt. Eine gesonderte Geschäftsordnung für den Betriebsausschuss sowie ein Geschäftsverteilungsplan für die Betriebsleitung existieren nicht. Rechte und Pflichten des jeweiligen Organs sind in der Betriebssatzung geregelt.

Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Betriebes.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtsjahr haben vier Betriebsausschusssitzungen stattgefunden, die sich mit Themen des Eigenbetriebs befasst haben. Die Sitzungen wurden ordnungsgemäß protokolliert.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Der Betriebsleiter Michael Gerdhenrich ist Mitglied in Gremien folgender Gesellschaften, Verbände, Vereine, Stiftungen, Körperschaften etc.

- Beckumer Wohnungsgesellschaft mbH
- Energieversorgung Beckum GmbH & Co.KG
- Energieversorgung Beckum Verwaltungs-GmbH
- Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH
- Kuratorium des AWO – Heinrich-Dor-mann-Zentrum, Beckum
- Kuratorium Erziehungshilfe Sankt Klara /Caritasverband im Kreisdekanat WAF e.V.
- Regionalbeirat GVV-Kommunalversicherung
- Regionalverkehr Münsterland GmbH
- Sparkasse Beckum-Wadersloh
- Wasserversorgung Beckum GmbH
- Westfälische Landeseisenbahn GmbH
- Zweckverband Sparkasse Beckum-Wadersloh
- Sparkassenverband Westfalen-Lippe
- Stiftung Sparkasse
- Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen.

Für die stellvertretende Betriebsleiterin Frau Schlieper wurde keine Mitgliedschaft in den oben genannten Gremienarten angezeigt.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Herr Michael Gerdhenrich als Betriebsleiter und Frau Maria Schlieper als stellvertretende Betriebsleiterin sind in ihrer Eigenschaft als Bürgermeister der Stadt Beckum bzw. Mitarbeiterin der Stadt Beckum für den Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder Stadt Beckum tätig. Eine gesonderte Vergütung erfolgt daher nicht. Gleiches gilt für die Mitglieder des Betriebsausschusses.

2. Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums

Fragenkreis 2:
Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Die Zuständigkeiten sowie Weisungs- und Vertretungsbefugnisse ergeben sich aus dem Organisationsplan und den Dienstanweisungen der Stadt Beckum und darüber hinaus aus den Regelungen der Betriebssatzung und ggf. der Gemeindeordnung. Alle für die Organisation relevanten Pläne und Regelungen werden regelmäßig auf ihre Tauglichkeit und Zweckmäßigkeit hin überprüft und bei Bedarf angepasst.

Im Rahmen unserer Prüfung ist uns keine abweichende Handhabung bekannt geworden.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Nein. Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Die Stadt Beckum verfügt über eine Dienstanweisung über das Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken. Die Dienstanweisung ist am 1. Juli 2012 in Kraft getreten. Darüber hinaus sind weitere Vorkehrungen zur Korruptionsbekämpfung in der allgemeinen Geschäftsanweisung sowie in der Dienstanweisung über das Beschaffungs- und Vergabewesen geregelt. Bei der Stadt Beckum wurde im Jahr 2011 eine Stelle zur Korruptionsbekämpfung eingerichtet, die auch für die Belange des Eigenbetriebs zuständig ist.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Grundsätzlich ist der Betrieb in die Richtlinienkompetenz der Stadt Beckum mit eingebunden und handelt nach den dort festgelegten Dienstanweisungen, der Vergabeordnung sowie der Zuständigkeitsordnung, Betriebssatzung, und der Dienstanweisung für das Sitzungsmanagement vom 4. April 2023.

Die Betriebssatzung und die Eigenbetriebsverordnung NRW regeln die wesentlichen Entscheidungsprozesse. Hierzu gehören bspw. die Befugnisse, die Aufgaben und die Anweisungen der Organe des Eigenbetriebs.

Es haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die betreffenden Arbeitsanweisungen nicht eingehalten werden.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Es besteht eine dem Betrieb angemessene Dokumentation aller Verträge. Die Ablage und Verwaltung geschehen i. d. R. dezentral bei den betroffenen Stellen/Abteilungen. Soweit wir prüften, waren die Vertragsunterlagen nach unseren Feststellungen auf dem aktuellen Stand. Im Zuge des Aufbaus eines steuerlichen Kontrollsystems wird bei der Stadt Beckum ein Vertragscontrolling eingerichtet, welches auch die Belange des Eigenbetriebes berücksichtigt. Zum 1. Juni 2019 ist die Dienstanweisung für das innerbetriebliche steuerliche Kontrollsystem in Kraft getreten.

Fragenkreis 3:
Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?

Für den Betrieb wird jährlich ein Wirtschaftsplan gemäß der Eigenbetriebsverordnung NRW mit Ergebnis- und Finanzplan sowie eine Stellenübersicht erstellt. Das planerische Vorgehen entspricht den Bedürfnissen des Betriebs.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Gemäß § 13 der Betriebssatzung hat die Betriebsleitung den Betriebsausschuss und den Bürgermeister vierteljährlich einen Monat nach Quartalsabschluss über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Ausführung des Finanzplanes schriftlich zu unterrichten. Im Wirtschaftsjahr 2025 erfolgten vier Sitzungen mit ausführlicher Berichterstattung der Betriebsleitung.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen ist entsprechend dem gesetzlichen und aktuellen technischen Stand aufgebaut und organisiert. Defizite, die sich hinsichtlich der Größe oder der Tätigkeit des Betriebs ergeben könnten, waren nicht ersichtlich. Die Kostenrechnung ist ausreichend in Bezug auf ihre Planungs- und Kontrollfunktion für den Betrieb.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Die Liquiditätskontrolle im Betrieb erfolgt permanent durch eine kurzfristige Mittel-Bedarfs-Abstimmung. Die lang- und mittelfristigen Liquiditätsplanungen erfolgen im Rahmen jährlicher Planungen für den Wirtschaftsplan. Ggf. werden Liquiditätsunterdeckungen durch Darlehen (mittel- bis langfristig) und Kontokorrentkredite bzw. kurzfristige Einlagen der Stadt gedeckt.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Im Jahr 2020 hat der Rat der Stadt Beckum beschlossen, einen automatisierten Liquiditätsverbund zwischen den Eigenbetrieben und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen der Stadt Beckum sowie dem Kernhaushalt einzurichten. Der Beschluss wird seit dem Jahr 2024 umgesetzt.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Es ist sichergestellt, dass Entgelte gegenüber fremden Dritten vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden. Das Mahnwesen wird von der Stadt Beckum als die für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs beauftragte Stelle wahrgenommen; es ist gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden. Ein Rückgriff auf das Mahnwesen war aufgrund fehlender säumiger Debitoren nicht notwendig.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Eine eigene Controlling-Abteilung ist aufgrund der Betriebsgröße nicht eingerichtet. Für die Steuerung des Betriebs werden die Quartalsberichte und deren Ergebnisse herangezogen.

Aufgrund des überschaubaren Geschäftsfeldes und der geringen Größe des Betriebs ist der Umfang der Controlling-Maßnahmen ausreichend.

h) Ermöglicht das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Der Bürgermeister der Stadt Beckum (Herr Michael Gerdhenrich) ist Mitglied des Aufsichtsrates der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG sowie Mitglied des Aufsichtsrates der Wasserversorgung Beckum GmbH. Der Vorsitzende des Betriebsausschusses, Herr Kai Braunert, ist Mitglied des Aufsichtsrates der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG. Entsprechend sind mittelbare Steuerungs- und Überwachungsmöglichkeiten bei wesentlichen Beteiligungen gegeben.

Fragenkreis 4:
Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

   Ein Risikofrüherkennungssystem i. S. d. § 91 Abs. 2 AktG wurde im Wirtschaftsjahr 2013 in Betrieb genommen. Das Risikofrüherkennungssystem wird laufend an die Bedürfnisse des Betriebes angepasst.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

   Es haben sich im Rahmen der Prüfung keinerlei Anzeichen ergeben, dass eine Kontrolle der Planabweichungen nicht erfolgt. Die Protokolle der Betriebsausschusssitzungen enthalten jedoch keine Angaben der Betriebsleitung über Ergebnisse der Planabweichungsuntersuchung und einer darauffolgenden Berichterstattung gegenüber dem Betriebsausschuss. Die Maßnahmen sind geeignet auf grundlegende wirtschaftliche Probleme und Risiken für den Eigenbetrieb hinzuweisen.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

   Eine gesonderte Dokumentation lag während der Prüfung nicht vor.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

   Wir verweisen auf die Antwort zu Frage 4 a).

Fragenkreis 5:
Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:
   - Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
   - Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
   - Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
   - Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?

   Die genannten Finanzinstrumente werden von dem Eigenbetrieb nicht eingesetzt.

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

   Die genannten Finanzinstrumente werden von dem Eigenbetrieb nicht eingesetzt.

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt, insbesondere in Bezug auf:
   - Erfassung der Geschäfte?
   - Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse?
   - Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung?
   - Kontrolle der Geschäfte?

   Die genannten Finanzinstrumente werden von dem Eigenbetrieb nicht eingesetzt.

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

   Die genannten Finanzinstrumente werden von dem Eigenbetrieb nicht eingesetzt.

e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

Die genannten Finanzinstrumente werden von dem Eigenbetrieb nicht eingesetzt.

f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Die genannten Finanzinstrumente werden von dem Eigenbetrieb nicht eingesetzt.

Fragenkreis 6:
Interne Revision

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle, oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Eine eigene Revisionsabteilung für den Betrieb existiert nicht. Die Jahresabschlussprüfung wird durch die Tätigkeit der Gemeindeprüfungsanstalt NRW ergänzt. Darüber hinaus erfolgen in unregelmäßigen Abständen schwerpunktbezogene Prüfungen durch die örtliche Rechnungsprüfung der Stadt Beckum.

b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Wir verweisen auf die Antwort zur Frage 6a).

c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Im Berichtsjahr wurden Prüfungen der Buchungsbelege und der Vergaben durch die örtliche Rechnungsprüfung vorgenommen. Wesentliche Beanstandungen wurden nicht festgestellt. Die Prüfungsergebnisse wurden in schriftlichen Prüfungsmitteilungen dokumentiert.
Die Korruptionsprävention war Bestandteil der Beleg- und Vergabeprüfung im Berichtsjahr.

d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Eine Abstimmung zwischen der örtlichen Rechnungsprüfung und dem Abschlussprüfer hat im Vorfeld der Jahresabschlussprüfung nicht stattgefunden.

e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Wir verweisen auf Frage 6c).

f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Wir verweisen auf Frage 6c).

3. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit

Fragenkreis 7:
Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Anhaltspunkte, dass bei zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach der Betriebssatzung Zustimmungen nicht eingeholt worden sind, haben sich für uns nicht ergeben. Alle Vorhaben wurden durch den Wirtschaftsplan 2025 genehmigt.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Solche Kredite sind nicht vergeben worden.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass an Stelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Anhaltspunkte für eine derartige Zerlegung von Maßnahmen haben sich bei unserer Prüfung nicht ergeben.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Uns liegen keine Erkenntnisse vor, dass Geschäfte vorgenommen oder Maßnahmen ergriffen wurden, die nicht im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betriebssatzung standen, oder dass notwendige Einwilligungen und Genehmigungen fehlten.

Fragenkreis 8:
Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Der Eigenbetrieb ist verpflichtet, einen Wirtschaftsplan für das folgende Wirtschaftsjahr zu erstellen. Teil des Wirtschaftsplans sind ein Vermögensplan und ein Finanzplan, worin alle wesentlichen geplanten Investitionen enthalten sein müssen. Der Vermögens- und Finanzplan wird jeweils vom Betriebsausschuss beraten, geprüft und beschlossen.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Derartige Anhaltspunkte haben sich innerhalb unserer Prüfung nicht ergeben.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Die Investitionstätigkeiten werden durch die Betriebsleitung laufend überwacht und ggf. wird bei auftretenden Abweichungen eine Anpassung vorgenommen. Die Entwicklungen der Investitionen sind Bestandteil der Quartalsberichterstattung.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Im Berichtsjahr haben wir keine Kenntnisse von wesentlichen Überschreitungen bei abgeschlossenen Investitionen erhalten.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Der Betrieb hat seine Kreditlinien innerhalb des Berichtszeitraums zu keiner Zeit vollständig ausgeschöpft. Leasing- oder ähnliche Verträge wurden nicht abgeschlossen.

Fragenkreis 9:
Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Bei unseren Prüfungen haben wir keine Anhaltspunkte für solche Verstöße gegen die für den Eigenbetrieb geltenden Vergaberegelungen festgestellt.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, werden grundsätzlich Konkurrenzangebote eingeholt.

Fragenkreis 10:
Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Gemäß § 13 der Betriebssatzung hat die Betriebsleitung den Betriebsausschuss und den Bürgermeister vierteljährlich einen Monat nach Quartalsabschluss über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Ausführung des Vermögensplans schriftlich zu unterrichten.

Es wurden vier Quartalsberichte im Berichtsjahr vorgelegt.

Eine Protokollierung über die Berichterstattung in den Betriebsausschusssitzungen in den Sitzungsprotokollen fand nicht statt.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Nach unserer Einschätzung vermitteln die Berichte an die Kontrollorgane zum Zeitpunkt der Berichterstattung einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebs.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Aufgrund der Durchsicht der Protokolle der Ausschusssitzungen können wir feststellen, dass das Überwachungsorgan von der Betriebsleitung über alle wesentlichen Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet wurde. Wir haben bei unserer Prüfung keine Anhaltspunkte für ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle gefunden.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Auf besonderen Wunsch des Betriebsausschusses musste die Betriebsleitung nicht berichten.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Nach unseren Erkenntnissen war die Berichterstattung gegenüber dem Betriebsausschuss umfassend und geeignet, ein zutreffendes Bild von der tatsächlichen Lage des Eigenbetriebs zu vermitteln.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine D&O-Versicherung (Vermögensschadenhaftpflichtversicherung für Organe und leitende Angestellte) ist nicht abgeschlossen.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Nach unseren Erkenntnissen wurden keinerlei Interessenkonflikte von Mitgliedern der Betriebsleitung sowie den Mitgliedern des Betriebsausschusses gemeldet.

Fragenkreis 11:
Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Im Berichtsjahr besteht u.E. kein nicht betriebsnotwendiges Vermögen.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Bestände sind nicht auffallend hoch oder niedrig.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Die Vermögenslage wird grundsätzlich nicht durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte beeinflusst.

Fragenkreis 12:
Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

   Zum Bilanzstichtag betrug die Eigenkapitalquote 52,0 %, die Fremdkapitalquote entsprechend 48,0 %. Die Finanzierung erfolgt im Bereich Fremdkapital über Darlehen von Kreditinstituten sowie bei Bedarf über Kontokorrentkredite.

   Der Betrieb ist grundsätzlich bestrebt, wesentliche Investitionen nach Möglichkeit durch Eigen und/oder langfristiges Fremdkapital zu finanzieren.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

   Die Frage ist nicht einschlägig, da kein Konzerntatbestand vorliegt.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

   Der Eigenbetrieb hat im Berichtsjahr keine Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten.

Fragenkreis 13:
Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Es bestehen keine Finanzierungsprobleme aufgrund der gegebenen Eigenkapitalausstattung.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Die Betriebsleitung schlägt vor, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen. Aus wirtschaftlicher Sicht sind keine diesem Vorschlag entgegenstehenden Sachverhalte bekannt.

Fragenkreis 14:
Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/ Konzernunternehmen zusammen?

Es liegen keine unterschiedlichen Segmente vor, da der Betrieb nur im Bereich Bäder tätig ist.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Nein, einmalige Vorgänge, die das Jahresergebnis geprägt haben, sind nicht vorgefallen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Alle Leistungsbeziehungen zwischen der Stadt Beckum, anderen Eigenbetrieben der Stadt Beckum und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden nach den in der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen zu marktüblichen Konditionen erbracht bzw. in Anspruch genommen.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Es handelt sich nicht um einen Betrieb/Unternehmen, der/das einer konzessionsabgabengebundenen Tätigkeit nachgeht (z. B. Energieversorger).

Fragenkreis 15:
Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es Verlust bringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Der Betrieb von Schwimmbädern durch kommunale Träger erfolgt in der Regel nicht kostendeckend (Benutzungsentgelte< Betriebsaufwendungen), sodass sich eine permanente Verlustsituation ergibt. Die Erträge aus den Beteiligungen an der Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG sowie an der Wasserversorgung Beckum GmbH überwiegen gewöhnlich die Verluste, die sich aus dem Betrieb der Bäder ergeben.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Die Betriebsleitung bemüht sich die Kostensituation der Bäder zu optimieren und so die aus dem Bäderbetrieb resultierenden Verluste zu begrenzen.

Fragenkreis 16:
Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zu Fragenkreis 15 a.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Wir verweisen auf Frage 15 b. Der Eigenbetrieb hat hinsichtlich der Ergebnisse der Unternehmen, an denen er Beteiligungen hält, keine (un-)mittelbaren Steuerungsmöglichkeiten.

Verwendungsvorbehalt

Im Prüfungsbericht fasst der Abschlussprüfer die Ergebnisse seiner Arbeit insbesondere für jene Vertreter der Gemeinde zusammen, denen die Überwachung obliegt. Der Prüfungsbericht hat dabei die Aufgabe, durch die Dokumentation wesentlicher Prüfungsfeststellungen die Überwachung der Gemeinde durch die zuständigen Vertreter zu unterstützen. Er richtet sich daher – unbeschadet eines etwaigen, durch spezialgesetzliche Vorschriften begründeten Rechts Dritter zum Empfang oder zur Einsichtnahme – ausschließlich an Vertreter der Gemeinde zur gemeindeinternen Verwendung.

Unserer Tätigkeit liegen unser Auftragsbestätigungsschreiben zur Jahresabschlussprüfung und die "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf, herausgegebenen Fassung vom 1. Januar 2024 zu Grunde.

Dieser Prüfungsbericht ist ausschließlich dazu bestimmt, Grundlage von Entscheidungen der Vertreter der Gemeinde zu sein, und ist nicht für andere als bestimmungsgemäße Zwecke zu verwenden, so dass wir Dritten gegenüber keine Verantwortung, Haftung oder anderweitige Pflichten übernehmen, es sei denn, dass wir mit dem Dritten eine anderslautende schriftliche Vereinbarung geschlossen hätten oder ein solcher Haftungsausschluss unwirksam wäre.

Dies gilt sowohl für die ausgedruckten Exemplare des Berichts als auch für die elektronische Fassung, die wir Ihnen zur Verfügung stellen.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir keine Aktualisierung des Prüfungsberichts und/oder Bestätigungsvermerks hinsichtlich nach der Erteilung des Bestätigungsvermerks eingetretener Ereignisse oder Umstände vornehmen, sofern hierzu keine gesetzliche Verpflichtung besteht. Wer auch immer Informationen dieses Prüfungsberichts zur Kenntnis nimmt, hat eigenverantwortlich zu entscheiden, ob und in welcher Form er diese Informationen für seine Zwecke als nützlich und tauglich erachtet und durch eigene Untersuchungshandlungen erweitert, verifiziert oder aktualisiert.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für
Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer" genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf. 50341/1

Lizenziert für/Licensed to: CURACON GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft | 4311118 | 139

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

TOP Ö 7

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2026/0270
öffentlich

Entlastung des Betriebsausschusses des Eigenbetriebs Energieversorgung und Bäder für das Geschäftsjahr 2025

Federführung: Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder

Beteiligungen: Fachbereich Finanzen und Beteiligungen

Auskunft erteilt: Herr Gerdhenrich | 02521 29-1000 | gerdhenrich@beckum.de

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Beckum
23.09.2026 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Dem Betriebsausschuss des Eigenbetriebs Energieversorgung und Bäder wird für das Geschäftsjahr 2025 die Entlastung erteilt.

Kosten/Folgekosten

Durch die Erteilung der Entlastung entstehen keine Kosten beziehungsweise Folgekosten.

Finanzierung

Die Entlastung des Betriebsausschusses hat keine finanziellen Auswirkungen.

Erläuterungen:

Der Rat der Stadt Beckum entscheidet gemäß § 4 Buchstabe c Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die Entlastung des Betriebsausschusses.

Mit der Entlastung bringt der Rat der Stadt Beckum sein Einverständnis mit dem wirtschaftlichen und finanziellen Gebaren des Betriebsausschusses für das vergangene Geschäftsjahr zum Ausdruck. Der Betriebsausschuss wird in seiner Sitzung am 22.09.2026 über die Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebs Energieversorgung und Bäder beschließen. Das Ergebnis der Abstimmung wird in der Sitzung mitgeteilt.

Anlage(n):

ohne

TOP Ö 8

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2026/0261
öffentlich

Übernahme von WVG-eigenen Geschäftsanteilen an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH durch die Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH und Änderung des Gesellschaftsvertrags der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH

Federführung: Fachbereich Finanzen und Immobilien

Beteiligungen: Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung

Auskunft erteilt: Herr Wulf | 02521 29-2000 | wulf@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss
10.09.2026 Beratung

Rat der Stadt Beckum
23.09.2026 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

1. Der Rat der Stadt Beckum stimmt der unentgeltlichen Übertragung von WVG-eigenen Geschäftsanteilen an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH im Nennbetrag von insgesamt 316.360,00 Euro zum Erwerb durch die 3 WVG-Gesellschafter Regionalverkehr Münsterland, Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH und Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH zu.

2. Der Rat der Stadt Beckum stimmt den Änderungen des Gesellschaftsvertrags der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH zu.

3. Der Rat der Stadt Beckum ermächtigt die Vertreter des Rates der Stadt Beckum in den Gremien der Westfälischen Landes-Eisenbahn GmbH den zur Umsetzung der Anteilsübertragung (Nummer 1) und Änderung des Gesellschaftsvertrags (Nummer 2) erforderlichen Beschlüssen zuzustimmen.

4. Die Beschlussfassungen zu Nummer 1 und 2 werden unter dem Vorbehalt des positiven Abschlusses des Anzeigeverfahrens gemäß § 115 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) bei der Bezirksregierung gefasst:

   Etwaigen Änderungen an dem Gesellschaftsvertrag der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH, die sich im Rahmen des Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung nach § 115 GO NRW ergeben, wird zugestimmt.

5. Ebenfalls unter Vorbehalt des positiven Abschlusses des Anzeigeverfahrens gemäß § 115 GO NRW bei der Bezirksregierung bestimmt der Rat der Stadt Beckum gemäß § 10 Nummer 6 Satzung der WVG in der zukünftigen Fassung den 1. stellvertretenden Vorsitz des Aufsichtsrates der Westfälischen Landes-Eisenbahn GmbH zur stellvertretenden Gesellschaftsvertreterin beziehungsweise zum stellvertretenden Gesellschaftervertreter der Westfälischen Landes-Eisenbahn GmbH in der Gesellschafterversammlung der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Personal- und Sachkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Rechtsgrundladen

Gemäß § 108 Absatz 5 Buchstabe b GO NRW dürfen Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde in Gesellschaftsgremien wesentlichen Änderungen des Gesellschaftsvertrags nur zustimmen, wenn zuvor der Rat den Änderungen zugestimmt hat. Diese Beschränkung gilt nur für Gesellschaften, an denen Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 Prozent beteiligt sind. Zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Beteiligung sind die §§ 107 und 107a GO NRW einschlägig.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Beckum ist mit einem Anteil von 0,91 Prozent unmittelbar an der Regionalverkehr Münsterland GmbH beteiligt. Die Regionalverkehr Münsterland GmbH ist mit einem Anteil von 51,91 Prozent unmittelbar an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH beteiligt.

Gleichzeitigt ist die Stadt Beckum mit einem Anteil von 6,54 Prozent unmittelbar an der Westfälischen Landes-Eisenbahn GmbH beteiligt. Die Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH ist mit einem Anteil von 11,67 Prozent unmittelbar an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH beteiligt.

Somit ist die Stadt Beckum sowohl über die Regionalverkehr Münsterland GmbH als auch über die Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH mittelbar an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH mit einem durchgerechneten Anteil von insgesamt 1,09 Prozent beteiligt.

Die übrigen 33,33 Prozent an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH halten die Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH.

Ausgangslage

Aufgrund der Kündigung des Betriebs- und Geschäftsführungsvertrags mit der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH durch die Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH zum 31.12.2025 wurde im Rahmen der Austrittsverhandlungen bestätigt, dass eine weitere Beteiligung der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH nicht zielführend und gewünscht ist. Entsprechend wurden zunächst diverse Szenarien untersucht, wer die Geschäftsanteile im Nennbetrag von 316.360,00 Euro (14,29 Prozent) von der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH zum 01.01.2026 übernehmen kann. Dabei standen rasch die bestehenden Gesellschafter im Fokus.

Aus Gründen der noch abzuklärenden Verteilung der Geschäftsanteile auf die bestehenden Gesellschafter wurden in einem ersten Schritt die Geschäftsanteile der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH von der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH selbst übernommen.

Damit einhergehend wurde der Gesellschaftsvertrag angepasst. Die Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH erhielt 2 ruhende Sitze im Aufsichtsrat der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH und auch das 6. Mandat der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat wurde ruhend gestellt.

Zwischenzeitlich konnten sich die Gesellschafter der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH darauf einigen, dass die Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH ihre WVG-eigenen Anteile an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH zu laufenden Nummer 1 c und 7 der Gesellschafterliste der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH mit Stand vom 31.12.2025 im Nennbetrag von insgesamt 316.360,00 Euro, die sie von der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH erworben hat, unentgeltlich zu je 1/3 Anteil an die WVG-Gesellschafter Regionalverkehr Münsterland GmbH, Regionalverkehr Ruhr-Lippe und Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH überträgt. Damit verbunden erhöhen sich deren Geschäftsanteile an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH auf 33,333 Prozent bei der Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH, 51,905 Prozent bei der Regionalverkehr Münsterland GmbH und 14,762 Prozent bei der Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH. Im Zuge der Übertragung der WVG-eigenen Anteile ist der Gesellschaftsvertrag der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (Synopse) anzupassen. Die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder soll korrespondieren zum Austritt der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH auf insgesamt 15 reduziert werden. Damit erhalten die jetzigen Gesellschafter wie bestehend in der Summe 10 Aufsichtsratsmandate, aufgeteilt auf Regionalverkehr Münsterland GmbH 5, Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH 4 und Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH 1. Zudem stehen wie vorgeschrieben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Summe 5 Aufsichtsratsmandate zu, aufgeteilt auf Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH 2, Regionalverkehr Münsterland GmbH 1, Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH 1 sowie Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH 1.

Um die gemeinsame Ausrichtung der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH zu stärken und eine Durchgriffsmöglichkeit eines Gesellschafters auszuschließen, sollen die im Gesellschaftsvertrag zulässigen Entscheidungen mit einfacher Mehrheit für Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung auf eine 60-prozentige Mehrheit angehoben werden.

Aufgrund der geringen Anzahl der Gesellschaftervertreter soll in der Gesellschafterversammlung der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH zukünftig mit einer Stellvertretung gearbeitet werden. Diese Stellvertretungen werden jeweils aus den Gesellschafterversammlungen der Unternehmen Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH, Regionalverkehr Münsterland GmbH und Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH entsenden.

Änderungen der Gesellschaftsverträge

Die oben erläuterten Änderungen wurden in die als Anlage zur Vorlage beiliegenden Synopse des Gesellschaftsvertrags eingearbeitet.

Anzeigeverfahren

Die Änderungen des Gesellschaftsvertrags müssen nach Zustimmung durch den Rat gemäß § 115 GO NRW der Bezirksregierung Münster als zuständige Aufsichtsbehörde angezeigt werden.

Anlage(n):

Synopse zum Gesellschaftsvertrag der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH

TOP Ö 8

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
§ 1 **Firma und Sitz der Gesellschaft, Geschäftsjahr**		
1. Die Firma der Gesellschaft lautet: **Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH** 2. Sitz der Gesellschaft ist Münster. 3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr		
§ 2 **Gegenstand des Unternehmens**		
1. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Sinne des § 107 Abs. 1 GO NRW in den Verkehrsgebieten der Gesellschafter sowie die Koordinierung und Rationalisierung der operativ tätigen Verkehrsunternehmen (im Folgenden nur Verkehrsunternehmen genannt). Hierzu übernimmt das Unternehmen als Servicegesellschaft die Geschäftsbesorgung für kaufmännische und betriebliche Managementaufgaben für die Verkehrsunternehmen, d.h. die Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM), die Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH (RLG), die Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH (WLE) sowie sämtliche Tochtergesellschaften, mit allen Rechten und Pflichten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und Anordnungen der Aufsichtsbehörden sowie im Namen und auf Rechnung eines jeden Unternehmens. Darüber hinaus kann sie jene Geschäftsbesorgung für weitere Verkehrsunternehmen übernehmen.		

ENTWURF

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
2. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gegenstand des Unternehmens unmittelbar oder mittelbar zu fördern geeignet sind. Sie darf zu diesem Zweck unter den Vorgaben des § 107 Abs. 3 GO NRW Zweigniederlassungen errichten, andere Unternehmen gleicher oder verwandter Art gründen, erwerben oder sich an diesen beteiligen und deren Geschäftsführung übernehmen, ferner Interessengemeinschaften eingehen.		
3. Die Gesellschaft übt ihre Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung in den Verkehrsgebieten der Gesellschafter nach kaufmännischen Grundsätzen aus. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 108 Abs. 3 und § 109 GO NRW zu verfahren.		
§ 3 Gesellschaftskapital		
1. DasStammkapital der Gesellschaft beträgt 2.214.500 EUR		
2. Die Geschäftsanteile müssen mindestens 1 EUR betragen und auf volle EUR lauten.		
3. Die Einziehung von Geschäftsanteilen ist zulässig		
§ 4 Kosten der Gesellschaft		
Die Kosten der Gesellschaft für die Geschäftsbesorgung nach § 2 werden von den Verkehrsunternehmen getragen. Einzelheiten hierzu werden jeweils in einem		

ENTWURF

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
gesonderten Geschäftsbesorgungsvertrag geregelt.		
§ 5 **Organe der Gesellschaft**		
Organe der Gesellschaft sind: 1. Geschäftsführer, 2. Aufsichtsrat, 3. Gesellschafterversammlung		
§ 6 **Geschäftsführer**		
1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Die Zahl der Geschäftsführer bestimmt die Gesellschafterversammlung		
2. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.		
3. Die Gesellschafterversammlung kann einzelnen oder allen Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis erteilen und Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB. Gleiches gilt im Falle der Liquidation für die von der Gesellschafterversammlung bestellten Liquidatoren.		
4. Den Geschäftsführern obliegen alle Pflichten und Rechte, die sich aus den Gesetzen, Verordnungen, aufsichtsbehördlichen Anordnungen, diesem Gesellschaftsvertrag, einer Geschäftsordnung für die		

ENTWURF

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
Geschäftsführung oder Weisungen der Gesellschafterversammlung ergeben.		
§ 7 Aufsichtsrat	**§ 7 Aufsichtsrat**	
1. Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern	1. Der Aufsichtsrat besteht aus **15** Mitgliedern	*Die WVG überträgt ihre zwei Geschäftsanteile, die sie von der VKU erworben hat, zu gleichen Teilen an die RVM, RLG und WLE.* *Die beiden von der WVG übernommenen ruhenden Aufsichtsratsmandate entfallen.*
2. Sie sollen den Aufsichtsräten der Verkehrsunter-nehmen angehören, die Repräsentanz der die Gesellschafter tragenden Kreise gewährleisten und werden von den Gesellschaftern unter Beachtung des § 113 Abs. 2 GO NRW bestimmt. Die RVM er-hält 5 Sitze, die RLG erhält 4 Sitze, die WLE erhält 1 Sitz und die WVG erhält 2 ruhende Sitze im Aufsichtsrat der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH.	2. Sie sollen den Aufsichtsräten der Verkehrsunter-nehmen angehören, die Repräsentanz der die Gesellschafter tragenden Kreise gewährleisten und werden von den Gesellschaftern unter Beachtung des § 113 Abs. 2 GO NRW bestimmt. Die RVM erhält 5 Sitze, die RLG erhält 4 Sitze und die WLE erhält 1 Sitz im Aufsichtsrat der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH.	
3. Sechs Aufsichtsratsmitglieder werden aus einer von den Arbeitnehmern gewählten Vorschlagsliste nach Maßgabe des § 108a GO NRW in seiner jeweils gültigen Fassung in den Aufsichtsrat entsendet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zwei Mandate mit WVG-Arbeitnehmern und jeweils ein Mandat mit Arbeitnehmern der Verkehrsunternehmen RVM, RLG und WLE besetzt werden. Das 6. Mandat wird ruhend gestellt.	3. **Fünf** Aufsichtsratsmitglieder werden aus einer von den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen gewählten Vorschlagsliste nach Maßgabe des § 108a GO NRW in seiner jeweils gültigen Fassung in den Aufsichtsrat entsendet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zwei Mandate mit WVG-Arbeitnehmern und jeweils ein Mandat mit Arbeitnehmern der Verkehrsunternehmen RVM, RLG und WLE besetzt werden.	*Das sechste ruhende Mandat entfällt*
4. Den über die Verkehrsunternehmen beteiligten Gebietskörperschaften wird das Recht eingeräumt, nach Maßgabe von Abs. 2 Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden bzw. zur Entsendung durch die Verkehrsunternehmen vorzuschlagen. Diese unterliegen den Weisungen und Beschlüssen ihrer jeweiligen Vertretungskörperschaft. Für die Arbeitnehmervertreter gilt insoweit § 108a GO NRW in seiner jeweils gültigen Fassung.	4. Den über die Verkehrsunternehmen beteiligten Gebietskörperschaften wird das Recht eingeräumt, nach Maßgabe von Abs. 2 Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden bzw. zur Entsendung durch die Verkehrsunternehmen vorzuschlagen. **Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben die Interessen der sie entsendenden Gemeinden zu verfolgen**. Diese unterliegen den Weisungen und Beschlüssen ihrer jeweiligen Vertretungskörperschaft. **Die in den Aufsichtsrat bestellten Vertreter haben die**	*Vorgabe der Bezirksregierung Münster, gem. § 113 Abs. 1 und 5 GO NRW*

ENTWURF

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
	von ihnen vertretenen Räte über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist. Für die Arbeitnehmervertreter gilt insoweit § 108a GO NRW in seiner jeweils gültigen Fassung.	
5. Die Amtszeit des Aufsichtsrates beginnt, wenn sämtliche Mitglieder entsandt sind. Die Vertretungskörperschaft einer Gebietskörperschaft ist für den Gesellschafter berechtigt, alle oder einige der von ihr in den Aufsichtsrat entsandten Personen als Mitglieder des Aufsichtsrates jederzeit abzuberufen, sofern gleichzeitig entsprechende neue Mit-glieder in den Aufsichtsrat entsendet werden. Für die Arbeitnehmervertreter gilt insoweit § 108a GO NRW in seiner jeweils gültigen Fassung.		
6. Die Amtszeit eines entsandten Aufsichtsratsmitgliedes beginnt mit seiner Entsendung und endet mit dem Tag seiner Abberufung durch den entsendenden Gesellschafter, der Niederlegung des Amtes durch das jeweilige Aufsichtsratsmitglied oder dem Tod des Aufsichtsratsmitgliedes.		
7. Über die Regelungen gemäß Abs. 5 und 6 hinaus endet die Amtszeit eines Aufsichtsratsmitgliedes, das zur Zeit seiner Entsendung der Vertretungskörperschaft einer über die Verkehrsunternehmen beteiligten Gebietskörperschaft angehört hat, auch mit seinem Ausscheiden aus der Vertretungskörperschaft beziehungsweise dem Ende der Wahlperiode der ihn bestellenden Vertretungskörperschaft. Die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter endet mit der Wahlperiode der sie bestellenden Vertretungskörperschaften. Das ausscheidende		

ENTWURF

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
Aufsichtsratsmitglied führt die Geschäfte bis zur Entsendung des neuen Mitglieds fort.		
8. Der Aufsichtsrat wählt alle zwei Jahre einen neuen Vorsitzenden, der jeweils einem der die Verkehrsunternehmen tragenden Kreise angehört und rollierend von den Gesellschaftern gestellt wird. Zudem wählt der Aufsichtsrat zwei Stellvertreter aus seiner Mitte.	8. Der Aufsichtsrat wählt alle zwei Jahre einen neuen Vorsitzenden, der jeweils einem der die Verkehrsunternehmen tragenden Kreise angehört **und in der Weise rollierend von den Gesellschaftern gestellt wird, dass jeweils der 1. Stellvertreter im Aufsichtsrat der WVG zum Vorsitzenden nach Ablauf der jeweiligen Wahlperiode aufrückt. Zudem wählt der Aufsichtsrat zwei Stellvertreter aus seiner Mitte.**	Aufnahme in den Gesellschaftsvertrag aufgrund Vereinbarung der Gesellschafter vom 07.07.2011 in der gemeinsamen Sitzung der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH. RVM, RLG, WLE und WVG – Beschluss am 21.05.2025 im Rahmen der Änderung des Gesellschaftsvertrages der WVG bezüglich des Austritts der VKU. Wurde aufgrund eines Übertragungsfehlers bei der letzten Beurkundung in der Aufsichtsratssitzung der WVG am 17.12.2025 nicht übernommen.
9. Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten zur Abgeltung der im Interesse der Gesellschaft gemachten Aufwendungen eine pauschalierte Entschädigung, die die Gesellschafterversammlung festlegt. Daneben werden die anfallenden Fahrtkosten erstattet. Die Auszahlung erfolgt unbar.		
§ 8 **Einberufung und Beschlussfassung im Aufsichtsrat**	**§ 8** **Einberufung und Beschlussfassung im Aufsichtsrat**	
1. Der Aufsichtsrat ist mindestens zweimal im Kalenderjahr unter Angabe der Tagesordnung in der Regel unter Einhaltung einer Frist von mindestens 14 Tagen, wobei der Tag der Einberufung und der Tag der Sitzung nicht mitgerechnet werden, von der Geschäftsführung im Einvernehmen mit dem Vor-sitzenden des Aufsichtsrates durch Brief, Telefax oder E-Mail einzuberufen. In dringenden Fällen kann auch mit einer kürzeren Frist eingeladen wer-den. Der Aufsichtsrat ist unverzüglich einzuberufen, wenn 6 Mitglieder es unter Angabe der Tagesordnung		

ENTWURF

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
verlangen		
2. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn die Mitglieder unter den zuletzt bekannten Kontaktdaten ordnungsgemäß nach Maßgabe von Abs. 1 eingeladen wurden und mindestens **die Hälfte** – darunter der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter – anwesend sind. Bei mangelnder Beschlussfähigkeit ist unverzüglich nach Maßgabe von Abs. 1 durch die Geschäftsführung eine Folgesitzung einzuberufen mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass der Aufsichtsrat in jedem Fall beschlussfähig ist.	2. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn die Mitglieder unter den zuletzt bekannten Kontaktdaten ordnungsgemäß nach Maßgabe von Abs. 1 eingeladen wurden und mindestens **60 %** – darunter der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter – anwesend sind. Bei mangelnder Beschlussfähigkeit ist unverzüglich nach Maßgabe von Abs. 1 durch die Geschäftsführung eine Folgesitzung einzuberufen mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass der Aufsichtsrat in jedem Fall beschlussfähig ist.	*Hier soll die Stimmenmehrheit analog zur Gesellschafterversammlung auf 60 % angehoben werden.*
3. Soweit das Gesetz oder dieser Gesellschaftsvertrag nichts Abweichendes vorsehen, beschließt der Aufsichtsrat mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.	3. Soweit das Gesetz oder dieser Gesellschaftsvertrag nichts Abweichendes vorsehen, beschließt der Aufsichtsrat mit einer Mehrheit **von 60 %** der abgegebenen Stimmen.	
4. Beschlüsse im Aufsichtsrat werden grundsätzlich in der Aufsichtsratssitzung gefasst. Die Beschlüsse der Aufsichtsratsmitglieder können auch außerhalb der Aufsichtsratssitzung durch Einholung der Stimmabgabe im schriftlichen Verfahren oder durch den Einsatz von Telekommunikationseinrichtungen (E-Mail, Telefax und/oder Telefon) erfolgen, wenn sich alle Mitglieder mit dieser Art der Stimmabgabe einverstanden erklären. Eine kombinierte Beschlussfassung (z.B. mündliche und schriftliche/ textliche Stimmabgabe) ist zulässig. Die Zustimmung der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder zu einer Beschlussfassung mittels Stimmabgabe im schriftlichen Verfahren bzw. durch Einsatz von Telekommunikationseinrichtungen gilt als erteilt, wenn der jedem Aufsichtsratsmitglied übermittelten Beschlussvorlage mit dem Hinweis auf die außerhalb der Aufsichtsratssitzung beabsichtigte Beschluss-		

ENTWURF

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
fassung nicht innerhalb von 10 Tagen nach Absendung der Beschlussvorlage widersprochen wird.		
5. Ein Aufsichtsratsmitglied, das verhindert ist an einer Sitzung des Aufsichtsrates teilzunehmen, ist berechtigt, ein anderes Mitglied des Aufsichtsrates zur Stimmabgabe schriftlich oder elektronisch zu er-mächtigen. Mit der Ermächtigung muss das Stimm-verhalten festgelegt werden. Die Ermächtigung gilt nicht für Abstimmungen, für die das Stimmverhalten nicht festgelegt wurde.		
6. Über die Sitzung des Aufsichtsrates ist eine Niederschrift zu fertigen, die sämtliche gefassten Beschlüsse mit ihrem Wortlaut enthalten muss. Die Niederschrift über die Aufsichtsratssitzung ist vom Vorsitzenden und einem Geschäftsführer zu unterschreiben. Die Niederschrift soll den Aufsichtsräten innerhalb von 6 Wochen nach der Sitzung bzw. der Beschlussfassung gemäß Abs. 4 durch Brief, Telefax oder E-Mail übersandt werden.		
§ 9 **Aufgaben des Aufsichtsrates**		
1. Der Aufsichtsrat berät und überwacht die Geschäftsführung		
2. Zu folgenden Angelegenheiten, gleichgültig, ob die Maßnahmen unmittelbar für und gegen die Gesellschaft selbst gelten sollen oder ob es sich um Maßnahmen handelt, die die Gesellschaft als Vertreterin für einen anderen treffen will oder soweit die Maßnahmen zur Umsetzung einer Handlung der Geschäftsführung bedürfen, ist die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates erforderlich:		

ENTWURF

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
a) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken sowie Bauvorhaben, deren Wert 50.000 EUR überschreiten,		
b) Abschluss von Erbbaurechts-, Miet- und Pachtverträgen von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung		
c) Aufnahme und Gewährung von Darlehen und Übernahme von Bürgschaften oder sonstigen Sicherheiten, soweit sie nicht mit dem Wirtschaftsplan genehmigt sind, sowie Abschluss aller Arten von Derivatgeschäften,		
d) Sonstige Rechtsgeschäfte, deren Wert jeweils 50.000 EUR übersteigen, soweit sie nicht mit dem Wirtschaftsplan genehmigt sind,		
e) Gewährung dauerhafter außertariflicher Leistungen, soweit sie nicht mit dem Wirtschaftsplan genehmigt sind.		
3. Der Aufsichtsrat kann weitere Maßnahmen bestimmen, für die die Geschäftsführung seiner vorherigen Zustimmung bedarf.		
§ 10 Gesellschafterversammlung	**§ 10 Gesellschafterversammlung**	
1. Die Gesellschafterversammlung ist nach Bedarf oder auf Verlangen eines Gesellschafters, mindestens jedoch zweimal im Kalenderjahr unter Angabe der Tagesordnung in der Regel mit einer Frist von mindestens 14 Tagen, wobei der Tag der Einberufung und		

ENTWURF

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
der Tag der Versammlung nicht mitgerechnet werden, von der Geschäftsführung im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates durch Brief, Telefax oder E-Mail einzuberufen. In dringenden Fällen kann auch mit einer kürzeren Frist eingeladen werden.		
2. Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung hat der Vorsitzende des Aufsichtsrates bzw. einer der beiden Stellvertreter.		
3. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß nach Maßgabe von Abs. 1 eingeladen wurde und mindestens die Hälfte des Gesellschaftskapitals vertreten ist. Bei mangelnder Beschlussfähigkeit ist unverzüglich nach Maßgabe von Abs. 1 durch die Geschäftsführung eine Folge-versammlung einzuberufen mit dem Hinweis, dass diese in jedem Fall beschlussfähig ist.	3. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß nach Maßgabe von Abs. 1 eingeladen wurde und **mindestens 60 %** des Gesellschaftskapitals vertreten ist. Bei mangelnder Beschlussfähigkeit ist unverzüglich nach Maßgabe von Abs. 1 durch die Geschäftsführung eine Folge-versammlung einzuberufen mit dem Hinweis, dass diese in jedem Fall beschlussfähig ist.	*Die Beschlussfähigkeit wird von 50 % auf 60 % angehoben*
4. Soweit das Gesetz oder dieser Gesellschaftsvertrag nicht Abweichendes vorsehen, beschließt die Gesellschafterversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Je 1 EUR eines Geschäftsanteils gewährt eine Stimme. Die Gesellschaftervertreter können ihre Stimmrechte nur einheitlich ausüben.	4. Soweit das Gesetz oder dieser Gesellschaftsvertrag nichts Abweichendes vorsehen, beschließt die Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit **von 60 %** der abgegebenen Stimmen. Je 1 EUR eines Geschäftsanteils gewährt eine Stimme. Die Gesellschaftervertreter können ihre Stimmrechte nur einheitlich ausüben.	*Die Stimmenmehrheit wird von 50 % auf 60 % angehoben*
5. Den über die Verkehrsunternehmen beteiligten Gebietskörperschaften wird das Recht eingeräumt, Gesellschaftervertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden bzw. zur Entsendung durch die Verkehrsunternehmen vorzuschlagen. Diese sind an die Weisungen und Beschlüsse ihrer jeweiligen Vertretungskörperschaft gebunden. Auf Beschluss der jeweiligen Vertretungskörperschaft haben sie ihr Amt jederzeit niederzulegen.	5. Den über die Verkehrsunternehmen beteiligten Gebietskörperschaften wird das Recht eingeräumt, Gesellschaftervertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden bzw. zur Entsendung durch die Verkehrsunternehmen vorzuschlagen. **Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung haben die Interessen der sie entsendenden Gemeinden zu verfolgen**. Diese sind an die Weisungen und Beschlüsse ihrer jeweiligen Vertretungskörperschaft	*Vorgabe der Bezirksregierung Münster, gem. § 113 Abs. 1 und 5 GO NRW*

ENTWURF

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
	gebunden. **Die in die Gesellschafterversammlung bestellten Vertreter haben die von ihnen vertretenen Räte über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist**. Auf Beschluss der jeweiligen Vertretungskörperschaft haben sie ihr Amt jederzeit niederzulegen.	
6. Ein Gesellschaftervertreter kann sich jederzeit durch eine mit schriftlicher Vollmacht versehene Person in der Gesellschafterversammlung vertreten lassen. Die Vollmacht ist dort zu hinterlegen.	**6. Das Recht der über die Verkehrsunternehmen beteiligten Gebietskörperschaften nach vorstehend § 10 Abs. 5 zur Entsendung von Gesellschaftervertretern bzw. zum Vorschlag zur Entsendung von Gesellschaftervertretern durch die Verkehrsunternehmen umfasst auch das Recht, einen oder mehrere stellvertretende Gesellschaftervertreter zu entsenden oder zur Entsendung durch die Verkehrsunternehmen vorzuschlagen. Für diese gelten die Bestimmungen nach § 10 Abs. 5 entsprechend.**	*Vorgabe der Bezirksregierung Münster, gem. § 113 Abs. 2 GO NRW*
7. Gesellschafterbeschlüsse werden grundsätzlich in der Gesellschafterversammlung gefasst. Die Beschlussfassung der Gesellschafter kann auch außerhalb der Gesellschafterversammlung durch Einholung der Stimmabgabe im schriftlichen Verfahren oder durch den Einsatz von Telekommunikationseinrichtungen (E-Mail, Telefax und/oder Telefon) erfolgen, wenn sich alle Gesellschafter mit dieser Art der Stimmabgabe einverstanden erklären. Eine kombinierte Beschlussfassung (z.B. mündliche und schriftliche/textliche Stimmabgabe) ist zulässig. Die Zustimmung der Gesellschafter zu einer Beschlussfassung mittels Stimmabgabe im schriftlichen Verfahren bzw. durch Einsatz von Telekommunikationseinrichtungen gilt als erteilt, wenn der jedem Gesellschafter schriftlich mittels Brief, Telefax oder E-Mail übermittelten		

ENTWURF

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
Beschlussvorlage mit dem Hinweis auf die außerhalb der Gesellschafterversammlung beabsichtigte Beschlussfassung nicht innerhalb von 10 Tagen nach Absendung der Beschlussvorlage widersprochen wird.		
8. Über die Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die sämtliche gefassten Beschlüsse mit ihrem Wortlaut enthalten muss. Die Niederschrift über die Gesellschafterversammlung ist vom Vorsitzenden und einem Geschäftsführer zu unterschreiben. Die Niederschrift soll den Gesellschaftervertretern innerhalb von 6 Wochen nach der Sitzung bzw. der Beschlussfassung gemäß Abs. 7 durch Brief, Telefax oder E-Mail übersandt werden.		
9. Die Gesellschaftervertreter erhalten zur Abgeltung der im Interesse der Gesellschaft gemachten Aufwendungen eine pauschalierte Entschädigung, die die Gesellschafterversammlung festlegt. Daneben werden anfallende Fahrtkosten erstattet. Die Auszahlung erfolgt unbar.		
10. Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben das Recht, als Gäste ohne Stimmrecht an der Gesellschafterversammlung teilzunehmen.		
§ 11 **Aufgaben der Gesellschafterversammlung**		
1. Zu nachfolgenden Angelegenheiten, gleichgültig, ob die Maßnahmen unmittelbar für und gegen die Gesellschaft selbst gelten sollen oder ob es sich um Maßnahmen handelt, welche die Gesellschaft als Vertreterin für einen anderen treffen will oder soweit es sich um Maßnahmen handelt, zu deren		

ENTWURF

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
Umsetzung es einer Handlung der Geschäftsführung bedarf, ist die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung erforderlich:		
a) Feststellung des Jahresabschlusses und Beschluss über die Verwendung des Ergebnisses,		
b) Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates und der Geschäftsführer,		
c) Wahl des Abschlussprüfers,		
d) Genehmigung des Wirtschaftsplans,		
e) Aufteilung der Kosten der Gesellschaft nach § 4		
f) Änderung und Neufassung des Gesellschaftsvertrages		
g) Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen		
h) Erwerb, Belastung und Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen oder Teilen davon,		
i) Erwerb, Belastung und Veräußerung von Geschäftsanteilen oder Teilen davon sowie Übergang von Geschäftsanteilen oder Teilen davon im Wege der Gesamtrechtsnachfolge nach dem Umwandlungsgesetz,		
j) Übertragung des Unternehmens an Dritte,		
k) Abschluss, Änderung, Aufhebung und Kündigung von Unternehmensverträgen im Sinne		

ENTWURF

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
der §§ 291 und 292 AktG,		
l) Auflösung der Gesellschaft,		
m) Fortsetzung der Gesellschaft nach Auflösung,		
n) Bestellung und Abberufung von Liquidatoren,		
o) Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern und Prokuristen, wobei möglichst Personenidentität zwischen diesen und den Geschäftsführern und Prokuristen der angeschlossenen Verkehrsunternehmen zu wahren ist,		
p) Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführer mit der Festlegung des Geschäftsverteilungsplanes,		
q) Weisungen an die Geschäftsführung in Geschäftsführungsangelegenheiten.		
2. Für die Beschlussfassung zu den Angelegenheiten nach Ziff. 1 mit Ausnahme des Beschlusses über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates (Buchstabe b) 1. Var.) ist jeweils eine Mehrheit von 90 % des vertretenen Gesellschaftskapitals erforderlich. Über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates beschließt die Gesellschafterversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen.	2. Beschlussfassungen zu den Angelegenheiten nach Ziff. 1, mit Ausnahme des Beschlusses über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates (Buchstabe b) 1. Var.), erfordern jeweils Einstimmigkeit. Über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates beschließt die Gesellschafterversammlung mit einer **Mehrheit von 60 %** der abgegebenen Stimmen.	*Die Stimmenmehrheit nach Ziffer 1 wird von 90 % auf Einstimmigkeit angehoben. Für die Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder ist zukünftig eine Stimmenmehrheit von 60 % der abgegebenen Stimmen notwendig.*
3. Die Gesellschafterversammlung kann weitere Maßnahmen bestimmen, für die die Geschäftsführung ihrer vorherigen Zustimmung bedarf.		

ENTWURF

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
§ 12 **Jahresabschluss, Lagebericht, Prüfung und Ergebnisverwendung, Transparenz, Planung**		
1. Jahresabschluss und Lagebericht sind von der Geschäftsführung innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für Kapitalgesellschaften aufzustellen und der Abschlussprüferin bzw. dem Abschlussprüfer vorzulegen; § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuches ist nicht anzuwenden. Im Lagebericht oder im Zusammenhang damit ist zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen.		
2. Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach Eingang des Prüfungsberichtes dem Aufsichtsrat zur Prüfung vorzu-legen. Der Bericht des Aufsichtsrates über das Ergebnis seiner Prüfung ist den Gesellschaftern ebenfalls unverzüglich vorzulegen.		
3. Die Gesellschafter haben bis spätestens zum Ablauf der ersten 8 Monate des Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung für das vorangegangene Geschäftsjahr zu beschließen. Auf den Jahresabschluss sind bei der Feststellung die für seine Aufstellung geltenden Vorschriften anzuwenden.		
4. Der Jahresabschluss und Lagebericht sind in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für Kapitalgesellschaften zu prüfen; § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuches ist nicht anzuwenden. Die		

ENTWURF

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
Abschlussprüfung muss sich auch auf die Prüfungsgegenstände des § 53 Abs. 1 Haushaltsgrundsätzegesetz erstrecken. Den Gesellschaftern stehen unbeschadet der Rechte aus § 51 a GmbHG die Befugnisse gemäß § 112 GO NRW zu. Bei der Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichts sind im Übrigen die in § 108 GO NRW (in der jeweils gültigen Fassung) festgelegten Vorgaben zu berücksichtigen, sofern diese vorliegend An-wendung finden. In dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts ist zudem darauf einzugehen, ob das von der Gemeinde zur Verfügung gestellte Eigenkapital angemessen verzinst wird.		
5. Die Gesellschaft verpflichtet sich, den Gesellschaftern alle Nachweise und Unterlagen, die zur Erstellung eines Gesamtabschlusses gemäß § 116 GO NRW benötigt werden, form- und fristgerecht zur Verfügung zu stellen. Erforderliche Auskünfte werden erteilt.		
6. Die Offenlegung richtet sich nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches. Darüber hinaus gelten die Bekanntmachungs- und Offenlegungsvorschriften des § 108 GO NRW.		
7. Für jedes Wirtschaftsjahr ist ein Wirtschaftsplan auf-zustellen. Der Wirtschaftsführung ist eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde zu legen und den Gesellschaftervertretern zur Kenntnis zu bringen.		
§ 13 Gewinnverteilung		

ENTWURF

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
Die Gewinnverteilung erfolgt gern. § 29 GmbH-Gesetz oder aufgrund eines anderslautenden Beschlusses der Gesellschafterversammlung.		
§ 14 Gleichstellung		
Die Gesellschaft verpflichtet sich, die Vorschriften des LGG NRW zu beachten. Die Bezeichnungen in diesem Vertrag gelten sowohl für die weibliche als auch die männliche Form.		
§ 15 Schlussbestimmungen		
1. Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder der Vertrag eine an sich notwendige Regelung nicht enthalten, so berührt dies die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht. Die Parteien verpflichten sich, zur Ersetzung einer unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung oder zur Ausfüllung der Regelungslücke eine rechtlich zulässige Be-stimmung unter Beachtung der gebotenen Form und Mehrheitserfordernisse durch Gesellschafter-beschluss herbeizuführen, die soweit wie möglich dem entspricht, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt hätten, wenn sie die Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit der betreffenden Bestimmung bzw. die Regelungslücke erkannt hätten.		
2. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen, soweit gesetzlich vorgeschrieben, im elektronischen Bundesanzeiger bzw. im Amtsblatt der Stadt Münster.		

ENTWURF

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung

ENTWURF

TOP Ö 9

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2026/0279
öffentlich

Übernahme von WVG-eigenen Geschäftsanteilen an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH durch die Regionalverkehr Münsterland GmbH und Änderung des Gesellschaftsvertrags der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH

Federführung: Fachbereich Finanzen und Immobilien

Beteiligungen: Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung

Auskunft erteilt: Herr Wulf | 02521 29-2000 | wulf@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss
10.09.2026 Beratung

Rat der Stadt Beckum
23.09.2026 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

1. Der Rat der Stadt Beckum stimmt der unentgeltlichen Übertragung von WVG-eigenen Geschäftsanteilen an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH im Nennbetrag von insgesamt 316.300,00 Euro zum Erwerb durch die 3 WVG-Gesellschafter Regionalverkehr Münsterland, Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH und Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH zu.

2. Der Rat der Stadt Beckum stimmt den Änderungen des Gesellschaftsvertrags der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH zu.

3. Der Rat der Stadt Beckum ermächtigt die Vertreter des Rates der Stadt Beckum in den Gremien der Regionalverkehr Münsterland GmbH den zur Umsetzung der Anteilsübertragung (Nummer 1) und Änderung des Gesellschaftsvertrags (Nummer 2) erforderlichen Beschlüssen zuzustimmen.

4. Die Beschlussfassungen zu Nummer 1 und 2 werden unter dem Vorbehalt des positiven Abschlusses des Anzeigeverfahrens gemäß § 115 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen bei der Bezirksregierung gefasst:

   Etwaigen Änderungen an dem Gesellschaftsvertrag der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH, die sich im Rahmen des Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung nach § 115 GO NRW ergeben, wird zugestimmt.

6. Ebenfalls unter Vorbehalt des positiven Abschlusses des Anzeigeverfahrens gemäß § 115 GO NRW bei der Bezirksregierung bestimmt der Rat der Stadt Beckum gemäß § 10 Nummer 6 Satzung der WVG in der zukünftigen Fassung den 1. stellvertretenden Vorsitz des Aufsichtsrates der Regionalverkehr Münsterland GmbH zur stellvertretenden Gesellschaftsvertreterin beziehungsweise zum stellvertretenden Gesellschaftsvertreter der Regionalverkehr Münsterland GmbH in der Gesellschafterversammlung der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Personal- und Sachkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Rechtsgrundlagen

Gemäß § 108 Absatz 5 Buchstabe b GO NRW dürfen Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde in Gesellschaftsgremien wesentlichen Änderungen des Gesellschaftsvertrags nur zustimmen, wenn zuvor der Rat den Änderungen zugestimmt hat. Diese Beschränkung gilt nur für Gesellschaften, an denen Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 Prozent beteiligt sind. Zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Beteiligung sind die §§ 107 und 107a GO NRW einschlägig.

Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Beckum ist mit einem Anteil von 0,91 Prozent unmittelbar an der Regionalverkehr Münsterland GmbH beteiligt. Die Regionalverkehr Münsterland GmbH ist mit einem Anteil von 51,91 Prozent unmittelbar an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH beteiligt.

Gleichzeitig ist die Stadt Beckum mit einem Anteil von 6,54 Prozent unmittelbar an der Westfälischen Landes-Eisenbahn GmbH beteiligt. Die Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH ist mit einem Anteil von 11,67 Prozent unmittelbar an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH beteiligt.

Somit ist die Stadt Beckum sowohl über die Regionalverkehr Münsterland GmbH als auch über die Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH mittelbar an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH mit einem durchgerechneten Anteil von insgesamt 1,09 Prozent beteiligt.

Die übrigen 33,33 Prozent an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH halten die Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH.

Ausgangslage

Aufgrund der Kündigung der Betriebs- und Geschäftsführungsvertrages mit der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH durch die Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH zum 31.12.2025 wurde im Rahmen der Austrittsverhandlungen bestätigt, dass eine weitere Beteiligung der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH nicht zielführend und gewünscht ist. Entsprechen wurden zunächst diverse Szenarien untersucht, wer die Geschäftsanteile im Nennbetrag von 316.360 Euro (14,29 Prozent) von der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH zum 01.01.2026 übernehmen kann. Dabei standen rasch die bestehenden Gesellschafter im Fokus.

Aus Gründen der noch abzuklärenden Verteilung der Geschäftsanteile auf die bestehenden Gesellschafter wurden in einem ersten Schritt die Geschäftsanteile der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH von der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH selbst übernommen.

Damit einhergehend wurde der Gesellschaftsvertrag angepasst. Die Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH erhielt 2 ruhende Sitz im Aufsichtsrat der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH und auch das 6. Mandat der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat wurde ruhend gestellt.

Zwischenzeitlich konnten sich die Gesellschafter der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH darauf einigen, dass die Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH ihre WVG-eigenen Anteile an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH zu laufender Nummer 1 c und 7 der Gesellschafterliste der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH mit Stand vom 31.12.2025 im Nennbetrag von insgesamt 316.360,00 Euro, die sie von der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH erworben hat, unentgeltlich zu je 1/3 Anteil an die WVG-Gesellschafter Regionalverkehr Münsterland GmbH, Regionalverkehr Ruhr-Lippe und Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH überträgt. Damit verbunden erhöhen sich deren Geschäftsanteile an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH auf 33,333 Prozent bei der Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH, 51,905 Prozent bei der Regionalverkehr Münsterland GmbH und 14,762 Prozent bei der Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH. Im Zuge der Übertragung der WVG-eigenen Anteile ist der Gesellschaftsvertrag der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (Synopse) anzupassen. Die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder soll korrespondierend zum Austritt der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH auf insgesamt 15 reduziert werden. Damit erhalten die jetzigen Gesellschafter wie bestehend in der Summe 10 Aufsichtsratsmandate, aufgeteilt auf Regionalverkehr Münsterland GmbH 5, Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH 4 und Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH 1. Zudem stehen wie vorgeschrieben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitsnehmern in der Summe 5 Aufsichtsratsmandate zu, aufgeteilt auf Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH 2, Regionalverkehr Münsterland GmbH 1, Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH 1 sowie Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH 1.

Um die gemeinsame Ausrichtung Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH zu stärken und eine Durchgriffsmöglichkeit eines Gesellschafters auszuschließen, sollen die im Gesellschaftsvertrag zulässigen Entscheidungen mit einfacher Mehrheit für den Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung auf eine 60-prozentige Mehrheit angehoben werden.

Aufgrund der geringen Anzahl der Gesellschaftsvertreter soll in der Gesellschaftsversammlung der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH zukünftig mit einer Stellvertretung gearbeitet werden. Diese Stellvertretungen werden jeweils aus den Gesellschafterversammlung der Unternehmen Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH, Regionalverkehr Münsterland GmbH und Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH entsenden.

Änderungen der Gesellschaftsverträge

Die oben erläuterten Änderungen wurden in die als Anlage zur Vorlage beiliegenden Synopse des Gesellschaftsvertrags eingearbeitet.

Anzeigeverfahren

Die Änderungen des Gesellschaftsvertrags müssen nach Zustimmung durch den Rat gemäß § 115 GO NRW die Bezirksregierung Münster als zuständige Aufsichtsbehörde angezeigt werden.

Anlage(n):

Synopse zum Gesellschaftsvertrag der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH

TOP Ö 9

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
§ 1 **Firma und Sitz der Gesellschaft, Geschäftsjahr**		
1. Die Firma der Gesellschaft lautet: **Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH** 2. Sitz der Gesellschaft ist Münster. 3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr		
§ 2 **Gegenstand des Unternehmens**		
1. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Sinne des § 107 Abs. 1 GO NRW in den Verkehrsgebieten der Gesellschafter sowie die Koordinierung und Rationalisierung der operativ tätigen Verkehrsunternehmen (im Folgenden nur Verkehrsunternehmen genannt). Hierzu übernimmt das Unternehmen als Servicegesellschaft die Geschäftsbesorgung für kaufmännische und betriebliche Managementaufgaben für die Verkehrsunternehmen, d.h. die Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM), die Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH (RLG), die Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH (WLE) sowie sämtliche Tochtergesellschaften, mit allen Rechten und Pflichten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und Anordnungen der Aufsichtsbehörden sowie im Namen und auf Rechnung eines jeden Unternehmens. Darüber hinaus kann sie jene Geschäftsbesorgung für weitere Verkehrsunternehmen übernehmen.		

ENTWURF

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
2. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gegenstand des Unternehmens unmittelbar oder mittelbar zu fördern geeignet sind. Sie darf zu diesem Zweck unter den Vorgaben des § 107 Abs. 3 GO NRW Zweigniederlassungen errichten, andere Unternehmen gleicher oder verwandter Art gründen, erwerben oder sich an diesen beteiligen und deren Geschäftsführung übernehmen, ferner Interessengemeinschaften eingehen.		
3. Die Gesellschaft übt ihre Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung in den Verkehrsgebieten der Gesellschafter nach kaufmännischen Grundsätzen aus. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 108 Abs. 3 und § 109 GO NRW zu verfahren.		
§ 3 Gesellschaftskapital		
1. DasStammkapital der Gesellschaft beträgt 2.214.500 EUR		
2. Die Geschäftsanteile müssen mindestens 1 EUR betragen und auf volle EUR lauten.		
3. Die Einziehung von Geschäftsanteilen ist zulässig		
§ 4 Kosten der Gesellschaft		
Die Kosten der Gesellschaft für die Geschäftsbesorgung nach § 2 werden von den Verkehrsunternehmen getragen. Einzelheiten hierzu werden jeweils in einem		

ENTWURF

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
gesonderten Geschäftsbesorgungsvertrag geregelt.		
§ 5 **Organe der Gesellschaft**		
Organe der Gesellschaft sind: 1. Geschäftsführer, 2. Aufsichtsrat, 3. Gesellschafterversammlung		
§ 6 **Geschäftsführer**		
1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Die Zahl der Geschäftsführer bestimmt die Gesellschafterversammlung		
2. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.		
3. Die Gesellschafterversammlung kann einzelnen oder allen Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis erteilen und Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB. Gleiches gilt im Falle der Liquidation für die von der Gesellschafterversammlung bestellten Liquidatoren.		
4. Den Geschäftsführern obliegen alle Pflichten und Rechte, die sich aus den Gesetzen, Verordnungen, aufsichtsbehördlichen Anordnungen, diesem Gesellschaftsvertrag, einer Geschäftsordnung für die		

ENTWURF

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
Geschäftsführung oder Weisungen der Gesellschafterversammlung ergeben.		
§ 7 Aufsichtsrat	**§ 7 Aufsichtsrat**	
1. Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern	1. Der Aufsichtsrat besteht aus **15** Mitgliedern	*Die WVG überträgt ihre zwei Geschäftsanteile, die sie von der VKU erworben hat, zu gleichen Teilen an die RVM, RLG und WLE.* *Die beiden von der WVG übernommenen ruhenden Aufsichtsratsmandate entfallen.*
2. Sie sollen den Aufsichtsräten der Verkehrsunter-nehmen angehören, die Repräsentanz der die Gesellschafter tragenden Kreise gewährleisten und werden von den Gesellschaftern unter Beachtung des § 113 Abs. 2 GO NRW bestimmt. Die RVM er-hält 5 Sitze, die RLG erhält 4 Sitze, die WLE erhält 1 Sitz und die WVG erhält 2 ruhende Sitze im Aufsichtsrat der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH.	2. Sie sollen den Aufsichtsräten der Verkehrsunter-nehmen angehören, die Repräsentanz der die Gesellschafter tragenden Kreise gewährleisten und werden von den Gesellschaftern unter Beachtung des § 113 Abs. 2 GO NRW bestimmt. Die RVM erhält 5 Sitze, die RLG erhält 4 Sitze und die WLE erhält 1 Sitz im Aufsichtsrat der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH.	
3. Sechs Aufsichtsratsmitglieder werden aus einer von den Arbeitnehmern gewählten Vorschlagsliste nach Maßgabe des § 108a GO NRW in seiner jeweils gültigen Fassung in den Aufsichtsrat entsendet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zwei Mandate mit WVG-Arbeitnehmern und jeweils ein Mandat mit Arbeitnehmern der Verkehrsunternehmen RVM, RLG und WLE besetzt werden. Das 6. Mandat wird ruhend gestellt.	3. **Fünf** Aufsichtsratsmitglieder werden aus einer von den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen gewählten Vorschlagsliste nach Maßgabe des § 108a GO NRW in seiner jeweils gültigen Fassung in den Aufsichtsrat entsendet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zwei Mandate mit WVG-Arbeitnehmern und jeweils ein Mandat mit Arbeitnehmern der Verkehrsunternehmen RVM, RLG und WLE besetzt werden.	*Das sechste ruhende Mandat entfällt*
4. Den über die Verkehrsunternehmen beteiligten Gebietskörperschaften wird das Recht eingeräumt, nach Maßgabe von Abs. 2 Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden bzw. zur Entsendung durch die Verkehrsunternehmen vorzuschlagen. Diese unterliegen den Weisungen und Beschlüssen ihrer jeweiligen Vertretungskörperschaft. Für die Arbeitnehmervertreter gilt insoweit § 108a GO NRW in seiner jeweils gültigen Fassung.	4. Den über die Verkehrsunternehmen beteiligten Gebietskörperschaften wird das Recht eingeräumt, nach Maßgabe von Abs. 2 Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden bzw. zur Entsendung durch die Verkehrsunternehmen vorzuschlagen. **Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben die Interessen der sie entsendenden Gemeinden zu verfolgen**. Diese unterliegen den Weisungen und Beschlüssen ihrer jeweiligen Vertretungskörperschaft. **Die in den Aufsichtsrat bestellten Vertreter haben die**	*Vorgabe der Bezirksregierung Münster, gem. § 113 Abs. 1 und 5 GO NRW*

ENTWURF

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
	von ihnen vertretenen Räte über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist. Für die Arbeitnehmervertreter gilt insoweit § 108a GO NRW in seiner jeweils gültigen Fassung.	
5. Die Amtszeit des Aufsichtsrates beginnt, wenn sämtliche Mitglieder entsandt sind. Die Vertretungskörperschaft einer Gebietskörperschaft ist für den Gesellschafter berechtigt, alle oder einige der von ihr in den Aufsichtsrat entsandten Personen als Mitglieder des Aufsichtsrates jederzeit abzuberufen, sofern gleichzeitig entsprechende neue Mit-glieder in den Aufsichtsrat entsendet werden. Für die Arbeitnehmervertreter gilt insoweit § 108a GO NRW in seiner jeweils gültigen Fassung.		
6. Die Amtszeit eines entsandten Aufsichtsratsmitgliedes beginnt mit seiner Entsendung und endet mit dem Tag seiner Abberufung durch den entsendenden Gesellschafter, der Niederlegung des Amtes durch das jeweilige Aufsichtsratsmitglied oder dem Tod des Aufsichtsratsmitgliedes.		
7. Über die Regelungen gemäß Abs. 5 und 6 hinaus endet die Amtszeit eines Aufsichtsratsmitgliedes, das zur Zeit seiner Entsendung der Vertretungskörperschaft einer über die Verkehrsunternehmen beteiligten Gebietskörperschaft angehört hat, auch mit seinem Ausscheiden aus der Vertretungskörperschaft beziehungsweise dem Ende der Wahlperiode der ihn bestellenden Vertretungskörperschaft. Die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter endet mit der Wahlperiode der sie bestellenden Vertretungskörperschaften. Das ausscheidende		

ENTWURF

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
Aufsichtsratsmitglied führt die Geschäfte bis zur Entsendung des neuen Mitglieds fort.		
8. Der Aufsichtsrat wählt alle zwei Jahre einen neuen Vorsitzenden, der jeweils einem der die Verkehrsunternehmen tragenden Kreise angehört und rollierend von den Gesellschaftern gestellt wird. Zudem wählt der Aufsichtsrat zwei Stellvertreter aus seiner Mitte.	8. Der Aufsichtsrat wählt alle zwei Jahre einen neuen Vorsitzenden, der jeweils einem der die Verkehrsunternehmen tragenden Kreise angehört **und in der Weise rollierend von den Gesellschaftern gestellt wird, dass jeweils der 1. Stellvertreter im Aufsichtsrat der WVG zum Vorsitzenden nach Ablauf der jeweiligen Wahlperiode aufrückt. Zudem wählt der Aufsichtsrat zwei Stellvertreter aus seiner Mitte.**	Aufnahme in den Gesellschaftsvertrag aufgrund Vereinbarung der Gesellschafter vom 07.07.2011 in der gemeinsamen Sitzung der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH. RVM, RLG, WLE und WVG – Beschluss am 21.05.2025 im Rahmen der Änderung des Gesellschaftsvertrages der WVG bezüglich des Austritts der VKU. Wurde aufgrund eines Übertragungsfehlers bei der letzten Beurkundung in der Aufsichtsratssitzung der WVG am 17.12.2025 nicht übernommen.
9. Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten zur Abgeltung der im Interesse der Gesellschaft gemachten Aufwendungen eine pauschalierte Entschädigung, die die Gesellschafterversammlung festlegt. Daneben werden die anfallenden Fahrtkosten erstattet. Die Auszahlung erfolgt unbar.		
§ 8 **Einberufung und Beschlussfassung im Aufsichtsrat**	**§ 8** **Einberufung und Beschlussfassung im Aufsichtsrat**	
1. Der Aufsichtsrat ist mindestens zweimal im Kalenderjahr unter Angabe der Tagesordnung in der Regel unter Einhaltung einer Frist von mindestens 14 Tagen, wobei der Tag der Einberufung und der Tag der Sitzung nicht mitgerechnet werden, von der Geschäftsführung im Einvernehmen mit dem Vor-sitzenden des Aufsichtsrates durch Brief, Telefax oder E-Mail einzuberufen. In dringenden Fällen kann auch mit einer kürzeren Frist eingeladen wer-den. Der Aufsichtsrat ist unverzüglich einzuberufen, wenn 6 Mitglieder es unter Angabe der Tagesordnung		

ENTWURF

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
verlangen		
2. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn die Mitglieder unter den zuletzt bekannten Kontaktdaten ordnungsgemäß nach Maßgabe von Abs. 1 eingeladen wurden und mindestens **die Hälfte** – darunter der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter – anwesend sind. Bei mangelnder Beschlussfähigkeit ist unverzüglich nach Maßgabe von Abs. 1 durch die Geschäftsführung eine Folgesitzung einzuberufen mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass der Aufsichtsrat in jedem Fall beschlussfähig ist.	2. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn die Mitglieder unter den zuletzt bekannten Kontaktdaten ordnungsgemäß nach Maßgabe von Abs. 1 eingeladen wurden und mindestens **60 %** – darunter der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter – anwesend sind. Bei mangelnder Beschlussfähigkeit ist unverzüglich nach Maßgabe von Abs. 1 durch die Geschäftsführung eine Folgesitzung einzuberufen mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass der Aufsichtsrat in jedem Fall beschlussfähig ist.	*Hier soll die Stimmenmehrheit analog zur Gesellschafterversammlung auf 60 % angehoben werden.*
3. Soweit das Gesetz oder dieser Gesellschaftsvertrag nichts Abweichendes vorsehen, beschließt der Aufsichtsrat mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.	3. Soweit das Gesetz oder dieser Gesellschaftsvertrag nichts Abweichendes vorsehen, beschließt der Aufsichtsrat mit einer Mehrheit **von 60 %** der abgegebenen Stimmen.	
4. Beschlüsse im Aufsichtsrat werden grundsätzlich in der Aufsichtsratssitzung gefasst. Die Beschlüsse der Aufsichtsratsmitglieder können auch außerhalb der Aufsichtsratssitzung durch Einholung der Stimmabgabe im schriftlichen Verfahren oder durch den Einsatz von Telekommunikationseinrichtungen (E-Mail, Telefax und/oder Telefon) erfolgen, wenn sich alle Mitglieder mit dieser Art der Stimmabgabe einverstanden erklären. Eine kombinierte Beschlussfassung (z.B. mündliche und schriftliche/ textliche Stimmabgabe) ist zulässig. Die Zustimmung der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder zu einer Beschlussfassung mittels Stimmabgabe im schriftlichen Verfahren bzw. durch Einsatz von Telekommunikationseinrichtungen gilt als erteilt, wenn der jedem Aufsichtsratsmitglied übermittelten Beschlussvorlage mit dem Hinweis auf die außerhalb der Aufsichtsratssitzung beabsichtigte Beschluss-		

ENTWURF

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
fassung nicht innerhalb von 10 Tagen nach Absendung der Beschlussvorlage widersprochen wird.		
5. Ein Aufsichtsratsmitglied, das verhindert ist an einer Sitzung des Aufsichtsrates teilzunehmen, ist berechtigt, ein anderes Mitglied des Aufsichtsrates zur Stimmabgabe schriftlich oder elektronisch zu er-mächtigen. Mit der Ermächtigung muss das Stimm-verhalten festgelegt werden. Die Ermächtigung gilt nicht für Abstimmungen, für die das Stimmverhalten nicht festgelegt wurde.		
6. Über die Sitzung des Aufsichtsrates ist eine Niederschrift zu fertigen, die sämtliche gefassten Beschlüsse mit ihrem Wortlaut enthalten muss. Die Niederschrift über die Aufsichtsratssitzung ist vom Vorsitzenden und einem Geschäftsführer zu unterschreiben. Die Niederschrift soll den Aufsichtsräten innerhalb von 6 Wochen nach der Sitzung bzw. der Beschlussfassung gemäß Abs. 4 durch Brief, Telefax oder E-Mail übersandt werden.		
§ 9 **Aufgaben des Aufsichtsrates**		
1. Der Aufsichtsrat berät und überwacht die Geschäftsführung		
2. Zu folgenden Angelegenheiten, gleichgültig, ob die Maßnahmen unmittelbar für und gegen die Gesellschaft selbst gelten sollen oder ob es sich um Maßnahmen handelt, die die Gesellschaft als Vertreterin für einen anderen treffen will oder soweit die Maßnahmen zur Umsetzung einer Handlung der Geschäftsführung bedürfen, ist die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates erforderlich:		

ENTWURF

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
a) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken sowie Bauvorhaben, deren Wert 50.000 EUR überschreiten,		
b) Abschluss von Erbbaurechts-, Miet- und Pachtverträgen von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung		
c) Aufnahme und Gewährung von Darlehen und Übernahme von Bürgschaften oder sonstigen Sicherheiten, soweit sie nicht mit dem Wirtschaftsplan genehmigt sind, sowie Abschluss aller Arten von Derivatgeschäften,		
d) Sonstige Rechtsgeschäfte, deren Wert jeweils 50.000 EUR übersteigen, soweit sie nicht mit dem Wirtschaftsplan genehmigt sind,		
e) Gewährung dauerhafter außertariflicher Leistungen, soweit sie nicht mit dem Wirtschaftsplan genehmigt sind.		
3. Der Aufsichtsrat kann weitere Maßnahmen bestimmen, für die die Geschäftsführung seiner vorherigen Zustimmung bedarf.		
§ 10 Gesellschafterversammlung	**§ 10 Gesellschafterversammlung**	
1. Die Gesellschafterversammlung ist nach Bedarf oder auf Verlangen eines Gesellschafters, mindestens jedoch zweimal im Kalenderjahr unter Angabe der Tagesordnung in der Regel mit einer Frist von mindestens 14 Tagen, wobei der Tag der Einberufung und		

ENTWURF

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
der Tag der Versammlung nicht mitgerechnet werden, von der Geschäftsführung im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates durch Brief, Telefax oder E-Mail einzuberufen. In dringenden Fällen kann auch mit einer kürzeren Frist eingeladen werden.		
2. Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung hat der Vorsitzende des Aufsichtsrates bzw. einer der beiden Stellvertreter.		
3. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß nach Maßgabe von Abs. 1 eingeladen wurde und mindestens die Hälfte des Gesellschaftskapitals vertreten ist. Bei mangelnder Beschlussfähigkeit ist unverzüglich nach Maßgabe von Abs. 1 durch die Geschäftsführung eine Folge-versammlung einzuberufen mit dem Hinweis, dass diese in jedem Fall beschlussfähig ist.	3. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß nach Maßgabe von Abs. 1 eingeladen wurde und **mindestens 60 %** des Gesellschaftskapitals vertreten ist. Bei mangelnder Beschlussfähigkeit ist unverzüglich nach Maßgabe von Abs. 1 durch die Geschäftsführung eine Folge-versammlung einzuberufen mit dem Hinweis, dass diese in jedem Fall beschlussfähig ist.	*Die Beschlussfähigkeit wird von 50 % auf 60 % angehoben*
4. Soweit das Gesetz oder dieser Gesellschaftsvertrag nicht Abweichendes vorsehen, beschließt die Gesellschafterversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Je 1 EUR eines Geschäftsanteils gewährt eine Stimme. Die Gesellschaftervertreter können ihre Stimmrechte nur einheitlich ausüben.	4. Soweit das Gesetz oder dieser Gesellschaftsvertrag nichts Abweichendes vorsehen, beschließt die Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit **von 60 %** der abgegebenen Stimmen. Je 1 EUR eines Geschäftsanteils gewährt eine Stimme. Die Gesellschaftervertreter können ihre Stimmrechte nur einheitlich ausüben.	*Die Stimmenmehrheit wird von 50 % auf 60 % angehoben*
5. Den über die Verkehrsunternehmen beteiligten Gebietskörperschaften wird das Recht eingeräumt, Gesellschaftervertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden bzw. zur Entsendung durch die Verkehrsunternehmen vorzuschlagen. Diese sind an die Weisungen und Beschlüsse ihrer jeweiligen Vertretungskörperschaft gebunden. Auf Beschluss der jeweiligen Vertretungskörperschaft haben sie ihr Amt jederzeit niederzulegen.	5. Den über die Verkehrsunternehmen beteiligten Gebietskörperschaften wird das Recht eingeräumt, Gesellschaftervertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden bzw. zur Entsendung durch die Verkehrsunternehmen vorzuschlagen. **Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung haben die Interessen der sie entsendenden Gemeinden zu verfolgen**. Diese sind an die Weisungen und Beschlüsse ihrer jeweiligen Vertretungskörperschaft	*Vorgabe der Bezirksregierung Münster, gem. § 113 Abs. 1 und 5 GO NRW*

ENTWURF

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
	gebunden. **Die in die Gesellschafterversammlung bestellten Vertreter haben die von ihnen vertretenen Räte über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist**. Auf Beschluss der jeweiligen Vertretungskörperschaft haben sie ihr Amt jederzeit niederzulegen.	
6. Ein Gesellschaftervertreter kann sich jederzeit durch eine mit schriftlicher Vollmacht versehene Person in der Gesellschafterversammlung vertreten lassen. Die Vollmacht ist dort zu hinterlegen.	**6. Das Recht der über die Verkehrsunternehmen beteiligten Gebietskörperschaften nach vorstehend § 10 Abs. 5 zur Entsendung von Gesellschaftervertretern bzw. zum Vorschlag zur Entsendung von Gesellschaftervertretern durch die Verkehrsunternehmen umfasst auch das Recht, einen oder mehrere stellvertretende Gesellschaftervertreter zu entsenden oder zur Entsendung durch die Verkehrsunternehmen vorzuschlagen. Für diese gelten die Bestimmungen nach § 10 Abs. 5 entsprechend.**	*Vorgabe der Bezirksregierung Münster, gem. § 113 Abs. 2 GO NRW*
7. Gesellschafterbeschlüsse werden grundsätzlich in der Gesellschafterversammlung gefasst. Die Beschlussfassung der Gesellschafter kann auch außerhalb der Gesellschafterversammlung durch Einholung der Stimmabgabe im schriftlichen Verfahren oder durch den Einsatz von Telekommunikationseinrichtungen (E-Mail, Telefax und/oder Telefon) erfolgen, wenn sich alle Gesellschafter mit dieser Art der Stimmabgabe einverstanden erklären. Eine kombinierte Beschlussfassung (z.B. mündliche und schriftliche/textliche Stimmabgabe) ist zulässig. Die Zustimmung der Gesellschafter zu einer Beschlussfassung mittels Stimmabgabe im schriftlichen Verfahren bzw. durch Einsatz von Telekommunikationseinrichtungen gilt als erteilt, wenn der jedem Gesellschafter schriftlich mittels Brief, Telefax oder E-Mail übermittelten		

ENTWURF

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
Beschlussvorlage mit dem Hinweis auf die außerhalb der Gesellschafterversammlung beabsichtigte Beschlussfassung nicht innerhalb von 10 Tagen nach Absendung der Beschlussvorlage widersprochen wird.		
8. Über die Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die sämtliche gefassten Beschlüsse mit ihrem Wortlaut enthalten muss. Die Niederschrift über die Gesellschafterversammlung ist vom Vorsitzenden und einem Geschäftsführer zu unterschreiben. Die Niederschrift soll den Gesellschaftervertretern innerhalb von 6 Wochen nach der Sitzung bzw. der Beschlussfassung gemäß Abs. 7 durch Brief, Telefax oder E-Mail übersandt werden.		
9. Die Gesellschaftervertreter erhalten zur Abgeltung der im Interesse der Gesellschaft gemachten Aufwendungen eine pauschalierte Entschädigung, die die Gesellschafterversammlung festlegt. Daneben werden anfallende Fahrtkosten erstattet. Die Auszahlung erfolgt unbar.		
10. Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben das Recht, als Gäste ohne Stimmrecht an der Gesellschafterversammlung teilzunehmen.		
§ 11 **Aufgaben der Gesellschafterversammlung**		
1. Zu nachfolgenden Angelegenheiten, gleichgültig, ob die Maßnahmen unmittelbar für und gegen die Gesellschaft selbst gelten sollen oder ob es sich um Maßnahmen handelt, welche die Gesellschaft als Vertreterin für einen anderen treffen will oder soweit es sich um Maßnahmen handelt, zu deren		

ENTWURF

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
Umsetzung es einer Handlung der Geschäftsführung bedarf, ist die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung erforderlich:		
a) Feststellung des Jahresabschlusses und Beschluss über die Verwendung des Ergebnisses,		
b) Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates und der Geschäftsführer,		
c) Wahl des Abschlussprüfers,		
d) Genehmigung des Wirtschaftsplans,		
e) Aufteilung der Kosten der Gesellschaft nach § 4		
f) Änderung und Neufassung des Gesellschaftsvertrages		
g) Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen		
h) Erwerb, Belastung und Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen oder Teilen davon,		
i) Erwerb, Belastung und Veräußerung von Geschäftsanteilen oder Teilen davon sowie Übergang von Geschäftsanteilen oder Teilen davon im Wege der Gesamtrechtsnachfolge nach dem Umwandlungsgesetz,		
j) Übertragung des Unternehmens an Dritte,		
k) Abschluss, Änderung, Aufhebung und Kündigung von Unternehmensverträgen im Sinne		

ENTWURF

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
der §§ 291 und 292 AktG,		
l) Auflösung der Gesellschaft,		
m) Fortsetzung der Gesellschaft nach Auflösung,		
n) Bestellung und Abberufung von Liquidatoren,		
o) Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern und Prokuristen, wobei möglichst Personenidentität zwischen diesen und den Geschäftsführern und Prokuristen der angeschlossenen Verkehrsunternehmen zu wahren ist,		
p) Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführer mit der Festlegung des Geschäftsverteilungsplanes,		
q) Weisungen an die Geschäftsführung in Geschäftsführungsangelegenheiten.		
2. Für die Beschlussfassung zu den Angelegenheiten nach Ziff. 1 mit Ausnahme des Beschlusses über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates (Buchstabe b) 1. Var.) ist jeweils eine Mehrheit von 90 % des vertretenen Gesellschaftskapitals erforderlich. Über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates beschließt die Gesellschafterversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen.	2. Beschlussfassungen zu den Angelegenheiten nach Ziff. 1, mit Ausnahme des Beschlusses über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates (Buchstabe b) 1. Var.), erfordern jeweils Einstimmigkeit. Über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates beschließt die Gesellschafterversammlung mit einer **Mehrheit von 60 %** der abgegebenen Stimmen.	*Die Stimmenmehrheit nach Ziffer 1 wird von 90 % auf Einstimmigkeit angehoben. Für die Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder ist zukünftig eine Stimmenmehrheit von 60 % der abgegebenen Stimmen notwendig.*
3. Die Gesellschafterversammlung kann weitere Maßnahmen bestimmen, für die die Geschäftsführung ihrer vorherigen Zustimmung bedarf.		

ENTWURF

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
§ 12 **Jahresabschluss, Lagebericht, Prüfung und Ergebnisverwendung, Transparenz, Planung**		
1. Jahresabschluss und Lagebericht sind von der Geschäftsführung innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für Kapitalgesellschaften aufzustellen und der Abschlussprüferin bzw. dem Abschlussprüfer vorzulegen; § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuches ist nicht anzuwenden. Im Lagebericht oder im Zusammenhang damit ist zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen.		
2. Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach Eingang des Prüfungsberichtes dem Aufsichtsrat zur Prüfung vorzu-legen. Der Bericht des Aufsichtsrates über das Ergebnis seiner Prüfung ist den Gesellschaftern ebenfalls unverzüglich vorzulegen.		
3. Die Gesellschafter haben bis spätestens zum Ablauf der ersten 8 Monate des Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung für das vorangegangene Geschäftsjahr zu beschließen. Auf den Jahresabschluss sind bei der Feststellung die für seine Aufstellung geltenden Vorschriften anzuwenden.		
4. Der Jahresabschluss und Lagebericht sind in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für Kapitalgesellschaften zu prüfen; § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuches ist nicht anzuwenden. Die		

ENTWURF

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
Abschlussprüfung muss sich auch auf die Prüfungsgegenstände des § 53 Abs. 1 Haushaltsgrundsätzegesetz erstrecken. Den Gesellschaftern stehen unbeschadet der Rechte aus § 51 a GmbHG die Befugnisse gemäß § 112 GO NRW zu. Bei der Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichts sind im Übrigen die in § 108 GO NRW (in der jeweils gültigen Fassung) festgelegten Vorgaben zu berücksichtigen, sofern diese vorliegend An-wendung finden. In dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts ist zudem darauf einzugehen, ob das von der Gemeinde zur Verfügung gestellte Eigenkapital angemessen verzinst wird.		
5. Die Gesellschaft verpflichtet sich, den Gesellschaftern alle Nachweise und Unterlagen, die zur Erstellung eines Gesamtabschlusses gemäß § 116 GO NRW benötigt werden, form- und fristgerecht zur Verfügung zu stellen. Erforderliche Auskünfte werden erteilt.		
6. Die Offenlegung richtet sich nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches. Darüber hinaus gelten die Bekanntmachungs- und Offenlegungsvorschriften des § 108 GO NRW.		
7. Für jedes Wirtschaftsjahr ist ein Wirtschaftsplan auf-zustellen. Der Wirtschaftsführung ist eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde zu legen und den Gesellschaftervertretern zur Kenntnis zu bringen.		
§ 13 Gewinnverteilung		

ENTWURF

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung
Die Gewinnverteilung erfolgt gern. § 29 GmbH-Gesetz oder aufgrund eines anderslautenden Beschlusses der Gesellschafterversammlung.		
§ 14 Gleichstellung		
Die Gesellschaft verpflichtet sich, die Vorschriften des LGG NRW zu beachten. Die Bezeichnungen in diesem Vertrag gelten sowohl für die weibliche als auch die männliche Form.		
§ 15 Schlussbestimmungen		
1. Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder der Vertrag eine an sich notwendige Regelung nicht enthalten, so berührt dies die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht. Die Parteien verpflichten sich, zur Ersetzung einer unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung oder zur Ausfüllung der Regelungslücke eine rechtlich zulässige Be-stimmung unter Beachtung der gebotenen Form und Mehrheitserfordernisse durch Gesellschafter-beschluss herbeizuführen, die soweit wie möglich dem entspricht, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt hätten, wenn sie die Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit der betreffenden Bestimmung bzw. die Regelungslücke erkannt hätten.		
2. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen, soweit gesetzlich vorgeschrieben, im elektronischen Bundesanzeiger bzw. im Amtsblatt der Stadt Münster.		

ENTWURF

Synopse Gesellschaftsvertrag der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH

Alte Fassung (Stand 11.02.2026)	Neue Fassung	Kommentierung

ENTWURF

TOP Ö 10

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2026/0111/1
öffentlich

Bericht über die überörtliche Prüfung der Stadt Beckum durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen im Jahr 2025

Federführung: Örtliche Rechnungsprüfung

Beteiligungen:

Auskunft erteilt: Frau Dahl | 02521 29-1400 | dahl@beckum.de

Beratungsfolge:

Rechnungsprüfungsausschuss
02.09.2026 Beratung

Rat der Stadt Beckum
23.09.2026 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

1. Der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen sowie die in der Anlage 2 zur Vorlage beigefügte Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen nebst Bewertung und Konkretisierung der Handlungsbedarfe werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Bericht des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses wird zur Kenntnis genommen.
3. Die Ausführungen zum Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen, wie in Anlage 2 zur Vorlage formuliert, werden als Stellungnahme zu den im Prüfungsbericht enthaltenen Feststellungen und Empfehlungen beschlossen und gegenüber der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen und dem Landrat des Kreises Warendorf als unterer staatlicher Verwaltungsbehörde – Kommunalaufsichtsbehörde – abgegeben.

Kosten/Folgekosten

Die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen erhebt für ihre Tätigkeit im Rahmen der überörtlichen Prüfungen Gebühren nach Maßgabe ihrer Gebührensatzung; für die Prüfung wurden Gebühren in Höhe von 87.725,60 Euro festgesetzt.

Finanzierung

Für die überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen werden jährlich anteilig entsprechende bilanzielle Rückstellungen gebildet. Die Gebühren für die Prüfung werden aus den bilanziellen Rückstellungen unter den Konten 010901.281124/742932 – Rückstellungen für überörtliche Prüfungen – gezahlt.

Erläuterungen:

Die Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen stützt sich auf § 105 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Zu den Aufgaben der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen gehört es zu prüfen, ob die Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen rechtmäßig, sachgerecht und wirtschaftlich handeln.

Die überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen wurde in der Zeit vom 01.02.2025 bis zum 31.01.2026 durchgeführt. Die für die Prüfung notwendigen Daten wurden seitens der Verwaltung nach den Vorgaben der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen zusammengestellt und hinsichtlich ihrer Vollständigkeit und Richtigkeit abgestimmt. Auf dieser Basis hat die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen die Daten analysiert.

Für die interkommunalen Vergleiche hat die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen überwiegend das Jahr 2024 zugrunde gelegt.

In der gemeinsamen Sitzung des Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss zusammen mit dem Rechnungsprüfungsausschuss am 23.04.2026 wurden seitens der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen die Prüfungsmethodik und die Prüfungsergebnisse in komprimierter Form vorgestellt und erläutert. Der abschließende Prüfungsbericht wurde den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt und ist dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügt.

Gemäß § 105 Absatz 6 GO NRW legt der Bürgermeister den Prüfungsbericht dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Beratung vor. Der Bürgermeister hat zu den Feststellungen und Empfehlungen, die im Prüfungsbericht gegenständlich sind, Stellung zu nehmen. Der Rechnungsprüfungsausschuss unterrichtet den Rat über das Ergebnis seiner Beratungen.

Im Anschluss daran beschließt der Rat gemäß § 105 Absatz 7 GO NRW über die gegenüber der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen und der Aufsichtsbehörde abzugebende Stellungnahme in Bezug auf die im Prüfungsbericht enthaltenen Feststellungen und Empfehlungen in öffentlicher Sitzung.

In der als Anlage 2 beigefügten Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen nimmt die Verwaltung zu den im Prüfungsbericht enthaltenen Feststellungen und Empfehlungen Stellung. Dabei werden die aufgezeigten Handlungserfordernisse konkretisiert, bewertet und der jeweils erforderliche Handlungsbedarf dargestellt.

Die Verwaltung schlägt vor, diese Ausführungen als Stellungnahme gemäß § 105 Absatz 7 GO NRW gegenüber der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen sowie dem Landrat des Kreises Warendorf als unterer staatlicher Verwaltungsbehörde (Kommunalaufsichtsbehörde) abzugeben. Über die Abgabe der Stellungnahme entscheidet der Rat.

Anlage(n):

1 Bericht über die überörtliche Prüfung der Stadt Beckum im Jahr 2025 durch die gpaNRW
2 Stellungnahme zum Bericht über die überörtliche Prüfung der Stadt Beckum im Jahr 2025 durch die gpaNRW

TOP Ö 10

gpaNRW

ÜBERÖRTLICHE PRÜFUNG

der Stadt Beckum
im Jahr 2025

Gesamtbericht

INHALTSVERZEICHNIS

Gesamtbericht		**1**
0.	**Vorbericht**	**6**
0.1	Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Stadt Beckum	6
0.1.1	Managementübersicht	6
0.2	Überörtliche Prüfung	8
0.2.1	Grundlagen	8
0.2.2	Prüfungsbericht	9
0.2.3	Nachhaltigkeitsaspekte in der Prüfung	10
0.2.4	Konsolidierungsmöglichkeiten	10
0.2.5	Verfahren nach Prüfungsabschluss	11
0.2.6	Umgang mit Feststellungen und Handlungsempfehlungen aus vergangenen Prüfungen	11
0.3	Prüfungsmethodik	12
0.3.1	Kennzahlenvergleich	12
0.3.2	Erfüllungsgrad	13
0.3.3	gpa-Kennzahlenset	13
0.4	Prüfungsablauf	13
0.5	Anlage 1: Zusammenfassung aller Feststellungen und Empfehlungen	15
0.6	Anlage 2: Nachhaltigkeit in der Stadt Becku	20
0.6.1	Nachhaltigkeitsinstrumente	20
0.6.2	Nachhaltigkeitsindikatoren	22
1.	**Finanzen**	**31**
1.1	Managementübersicht	31
1.2	Aufbau des Teilberichtes	33
1.3	Inhalte, Ziele und Methodik	34
1.4	Haushaltssituation	34
1.4.1	Haushaltsstatus	34
1.4.2	Ist-/ Plan-Ergebnisse	37
1.4.3	Eigenkapital	39
1.4.4	Verbindlichkeiten	41
1.4.5	Haushaltskonsolidierung	42
1.5	Haushaltssteuerung	44
1.5.1	Nachhaltigkeitshaushalt	44
1.5.2	Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen	44
1.5.3	Kredit- und Anlagemanagement	48
1.6	Anlage: Ergänzende Tabellen	56

2.	**Zahlungsabwicklung und Vollstreckung**	**60**
2.1	Managementübersicht	60
2.2	Aufbau des Teilberichtes	61
2.3	Inhalte, Ziele und Methodik	61
2.4	Zahlungsabwicklung	62
2.4.1	Aufwendungen	62
2.4.2	Einzahlungen	64
2.4.3	Prozessbetrachtungen	69
2.5	Vollstreckung	73
2.5.1	Aufwendungen	74
2.5.2	Vollstreckungsforderungen	75
2.6	Anlage: Ergänzende Tabellen	81
3.	**Gremienarbeit**	**83**
3.1	Managementübersicht	83
3.2	Aufbau des Teilberichtes	84
3.3	Inhalte, Ziele und Methodik	84
3.4	Örtliche Gremienstrukturen	85
3.5	Sitzungsmanagement	89
3.6	Aufwendungen Gremienmitglieder	93
3.6.1	Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder für gewählte Mitglieder	94
3.6.2	Entschädigungen im kommunalen Ehrenamt	96
3.7	Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitglieder	100
3.8	Digitalisierung der Gremienarbeit	103
3.9	Veröffentlichungspflicht gemäß Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW	106
3.10	Anlage: Ergänzende Tabelle	108
4.	**Personal, Organisation und Informationstechnik**	**109**
4.1	Managementübersicht	109
4.2	Aufbau des Teilberichtes	110
4.3	Inhalte, Ziele und Methodik	110
4.4	Orientierungsrahmen	111
4.4.1	Personal	112
4.4.2	Organisation	117
4.4.3	Informationstechnik	122
4.5	Personalressourcen	128
4.5.1	Personalquoten	128
4.5.2	Stellenbesetzung	132
4.5.3	Altersstruktur	133
4.5.4	Querschnittsaufgaben	134
4.6	Digitalisierungsniveau	135
4.7	Anlage 1: Berechnungsschritte Personalquoten	138

4.8	Anlage 2: Ergänzende Tabellen	141
5.	**Kommunales Krisenmanagement**	**143**
5.1	Managementübersicht	143
5.2	Aufbau des Teilberichtes	144
5.3	Inhalte, Ziele und Methodik	144
5.4	Strukturen und Ausgangssituation	145
5.5	Prävention und Vorbereitung	146
5.5.1	Erkennen von Risiken	147
5.5.2	Vorplanung	148
5.5.3	Regelungen zur Einbindung von Spontanhelfenden	149
5.6	Organisation	150
5.6.1	Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE)	152
5.6.2	Stabsraum	152
5.6.3	Notstromversorgung	154
5.6.4	Handlungsfähigkeit im Krisenfall	155
5.6.5	Dienstanweisung SAE	155
5.7	Schulung und Übung	157
5.7.1	Schulung der SAE-Mitglieder	158
5.7.2	Übung der SAE-Mitglieder	159
5.8	Bevölkerungsinformation und Medienarbeit	159
5.8.1	Krisenkommunikation	160
5.8.2	Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung	161
5.9	Nachbereitung und Evaluation	162
5.10	Anlage: Übersicht Erfüllungsgrad im kommunalen Krisenmanagement	163
5.11	Anlage: Ergänzende Tabellen	165
6.	**Hilfe zur Erziehung**	**167**
6.1	Managementübersicht	167
6.2	Aufbau des Teilberichtes	168
6.3	Inhalte, Ziele und Methodik	168
6.4	Einflussfaktoren Hilfe zur Erziehung	169
6.4.1	Aufwendungen HzE je Einwohnerin bzw. Einwohner (EW) von 0 bis unter 21 Jahre	169
6.4.2	Falldichte HzE	171
6.4.3	Aufwendungen HzE je Hilfefall	173
6.4.4	Anteil ambulanter Hilfefälle	175
6.4.5	Anteil Vollzeitpflegefälle	176
6.5	Hilfen nach §§ 27 ff. SGB VIII	178
6.5.1	Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII	178
6.5.2	Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform nach § 34 SGB VIII	179
6.5.3	Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII	179
6.5.4	Hilfen für Junge Volljährige nach § 41 SGB VIII	181

6.6	Wirtschaftliche Jugendhilfe	182
6.6.1	Kennzahlen Wirtschaftliche Jugendhilfe	182
6.6.2	Organisation, Personal und Digitalisierung in der WiJu	183
6.6.3	Controlling	187
6.6.4	Verfahrensstandards und Prozessabläufe	189
6.7	Anlage: Ergänzende Tabellen	195
7.	**gpa-Kennzahlenset**	**198**
7.1	Inhalte, Ziele und Methodik	198
7.2	Aufbau des gpa-Kennzahlensets	199
7.3	gpa-Kennzahlenset	201
	Kontakt	**206**

0. Vorbericht

0.1 Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Stadt Beckum

0.1.1 Managementübersicht

Als Ergebnis der überörtlichen Prüfung der Stadt Beckum stellt die gpaNRW nachfolgend die Haushaltssituation sowie die wesentlichen Handlungsmöglichkeiten der einzelnen Handlungsfelder dar.

Die Feststellungen und Empfehlungen haben wir tabellarisch in der Anlage 1 aufgeführt. Die Reihenfolge ist chronologisch und gibt keine Priorisierung vor.

Verschiedene Krisen belasten seit einigen Jahren die städtischen Haushalte und beeinflussen gegebenenfalls auch die in dieser überörtlichen Prüfung betrachteten Handlungsfelder. Soweit möglich, haben wir die Auswirkungen in den Teilberichten thematisiert.

Von 2019 bis 2023 ist die Haushaltssituation geprägt von positiven Jahresergebnissen, und einer positiven Eigenkapitalentwicklung: Mit 84,7 Mio. Euro ist die Eigenkapitalausstattung der Stadt überdurchschnittlich hoch. Jedoch konnte der Jahresabschluss 2023 nur mithilfe eines außerordentlichen Ertrags nach dem NKF-CUIG1 dargestellt werden. 2024 erzielte die Stadt ein defizitäres Jahresergebnis. Eine Haushaltssicherungspflicht kann Beckum mit dem Haushaltsplan 2025 nur vermeiden, indem sie jährlich einen globalen Minderaufwand ansetzt und die Möglichkeit von Verlustvorträgen nutzt. Der Einsatz von Verlustvorträgen unterliegt der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Positiv ist jedoch, dass das nun prognostizierte Jahresergebnis für 2025 nur ein Defizit von 1,5 Mio. Euro anstelle der geplanten 10,6 Mio. Euro vorsieht.

Die gpaNRW sieht die Notwendigkeit den Haushalt der Stadt Beckum durch weitere Konsolidierungsmaßnahmen zu stabilisieren. Zwar sind die Gesamtverbindlichkeiten Beckums unterdurchschnittlich und basieren größtenteils auf Verbindlichkeiten der Mehrheitsbeteiligungen. Für geplante Investitionen und Kredite zur Liquiditätssicherung werden steigende Zins- und Tilgungslasten die zukünftigen Haushalte belasten.

Der Rat der Stadt Beckum hat 2025 eine Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Diese wird jedoch nicht zur Haushaltssteuerung genutzt, es wurde bisher kein Nachhaltigkeitshaushalt verabschiedet. Die Stadt Beckum führt Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durch, hat jedoch keine verbindlichen Wertgrenzen oder einheitlichen Verfahrensstandards festgelegt. Die Stadt Beckum steuert ihr Kreditmanagement über eine verbindliche Dienstanweisung, die Zuständigkeiten, Verfahren und Verwaltung von Investitions- und Liquiditätskrediten klar regelt.

Die Kommunen stehen nicht nur finanziell von großen Herausforderungen. Im Prüfgebiet Personal, Organisation und Informationstechnik haben wir geprüft, wie die Stadt Beckum sich

[1] Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte in Nordrhein-Westfalen (NKF-COVID-19-Ukraine-Isiolierungsgesetz – NKF-CUIG)

angesichts des demografischen Wandels und des signifikanten Fachkräftemangels aufstellt. Neben einer aktiven und gut organisierten Recruitingpraxis setzt Beckum verstärkt auf interkommunale Zusammenarbeit und nutzt die Möglichkeiten des Quereinstiegs von Fachfremden, der Digitalisierung sowie den Einsatz von Ehrenamtlichen.

Wir empfehlen der Stadt zusätzlich das Prozessmanagement weiter auszubauen. Die Organisation der Informationstechnik ermöglicht der Stadt eine hohe Flexibilität in der strategischen und operativen Steuerung. Beckum hat bereits ein Strategiepapier zur Verwaltungsdigitalisierung, zur KI-Nutzung sowie Zielvorgaben zur IT-Ausstattung und –Entwicklung fixiert und treibt die Digitalisierung von Dienstleistungen aktiv voran. Viele Aufgaben können medienbrucharm bearbeitet werden. Mit der derzeitigen Einführung eines Dokumentenmanagementsystems schafft sich die Stadt Beckum eine gute Grundlage, dass Digitalisierungsniveau zukunftssicher weiter anzuheben.

Auch im Bereich der Zahlungsabwicklung nutzt Beckum die Chancen der Digitalisierung. Die Aufwendungen je Einzahlung konnten durch die intensive Nutzung von SEPA-Lastschriftverfahren und die bereits teilweise digitalisierte Verarbeitung der Einzahlungen gesenkt werden. Keine andere Stadt in unserem Vergleich erzielt einen höheren Anteil an Lastschriften. Bei den Kosten je Einzahlung liegt Beckum jetzt am Durchschnittswert der Vergleichskommunen.

Handlungsmöglichkeiten ergeben in der Reduzierung der hohen Anzahl ungeklärter Einzahlungen und bei der Steuerung der Durchlaufzeiten im Mahnwesen – von der Zahlungsaufforderung bis zur möglichen Übergabe an die Vollstreckung. Hier erzielt Beckum bei hohen Aufwendungen eine überdurchschnittliche Anzahl an erfolgreich abgewickelten Vollstreckungsforderungen.

Im Prüfgebiet Gremienarbeit haben wir die Rats- und Ausschussstruktur der Stadt interkommunal verglichen: Der Rat der Stadt Beckum hat 2004 die Anzahl der Ratsmitglieder um sechs reduziert. Die Ausschussstruktur orientiert sich an der Verwaltungsgliederung. Digitale und hybride Gremiensitzungen können bei der Stadt Beckum nicht durchgeführt werden. Um auch in Krisenzeiten sicher agieren zu können, sollte die Stadt Beckum mit den formalen Anforderungen von digitalen und hybriden Gremiensitzungen auseinandersetzen. Mit der Neufassung des Ortsrechts für die Stadt Beckum zu Beginn der aktuellen Wahlperiode im November 2025 ist die Stadt vollständig auf die digitale Gremienarbeit umgestiegen. Unterlagen auf Papier werden nur noch in begründeten Ausnahmefällen bereitgestellt.

Auffällig ist die überdurchschnittliche Zahl von Anträgen der Fraktionen und damit verbunden tagen die Gremien überdurchschnittlich oft. Das hohe Antragsvolumen verursacht verwaltungsseitig überdurchschnittlich viel Arbeit. Daher empfehlen wir der Stadt Beckum Lösungsmöglichkeiten zu erörtern um das Antragsvolumen zu reduzieren.

Die Stadt Beckum ist im Bereich kommunales Krisenmanagement bereits gut aufgestellt. Mit einem externen Dienstleister hat die Stadt für Anfang 2026 einen Workshop für SAE-Mitglieder geplant und will sie ihre Prozesse weiter optimieren um für zukünftige außergewöhnliche Ereignisse besser gerüstet zu sein. Für Bevölkerungsinformation und Medienarbeit greift die Stadt Beckum auf bewährte Kommunikationsregeln zurück. Sie nutzt verschiedene Kanäle um die Bevölkerung zu informieren.

Die Stadt Beckum bereitet ihre SAE-Einsätze gut nach und evaluiert sie. Die Ereignisse hat die Stadt nach einem SAE-Einsatz aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet mit dem Ziel, ihre

Abläufe und Prozesse zu verbessern und präventive Möglichkeiten aufzuzeigen. Erst Maßnahmen hat die Stadt daraus bereits umgesetzt.

Die Aufwendungen für die Hilfe zur Erziehung steigen in den Kommunen kontinuierlich an. Sie sind bezogen auf die Einwohnerinnen und Einwohner unter 21 Jahren in Beckum 2024 überdurchschnittlich.

Bei den Hilfefällen HzE je 1.000 EW gehört die Stadt Beckum zur Hälfte der Vergleichskommunen mit den höchsten Fallzahlen. Positiv wirkt sich jedoch aus, dass die Aufwendungen je Hilfefall sehr niedrig sind. Grund dafür ist der sehr hohe Anteil von ambulanten Hilfefällen an den Hilfefällen gesamt. Der Anteil von Vollzeitpflegefällen an den stationären Hilfefällen ist in Beckum leicht überdurchschnittlich – auch das beeinflusst die Kosten je Hilfefall positiv.

Vor dem Hintergrund der stetig gestiegenen Aufwendungen gewinnt die Refinanzierung durch Kostenerstattungen an Bedeutung. Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum bezieht die Wirtschaftliche Jugendhilfe (WiJu) in das Controlling ein. Die Analyse der Entwicklung von Aufwendungen und Fallzahlen im Rahmen des Berichts Kinder- und Jugendhilfe bewerten wir sehr positiv. Auch die vorhandene Verschriftlichung von Verfahrensstandards und Prozessabläufen unterstützt eine rechtzeitige Zuständigkeitsprüfung und Geltendmachung von Kostenerstattungsansprüchen. Zudem trägt sie zu einer einheitlichen und qualifizierten Sachbearbeitung in der WiJu bei.

0.2 Überörtliche Prüfung

0.2.1 Grundlagen

Zu den Aufgaben der gpaNRW gehört es zu prüfen, ob die Kommunen des Landes NRW rechtmäßig, sachgerecht und wirtschaftlich handeln. Die Prüfung stützt sich auf § 105 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Die finanzwirtschaftliche Analyse steht dabei im Vordergrund. Grund dafür ist die äußerst schwierige Finanzlage vieler Städte und die gesetzliche Vorgabe, den kommunalen Haushalt stets auszugleichen[2]. Ein Schwerpunkt unserer Prüfung sind Vergleiche auf Basis von Kennzahlen.

Wir wollen mit unserer Prüfung eine wirtschaftliche, krisenfeste, klimaresiliente, nachhaltige und digitalisierte Stadtverwaltung sowie die Sicherstellung der Aufgabenerfüllung unterstützen.

Bei der Auswahl der Prüfungsschwerpunkte lässt sich die gpaNRW von ihren Zielen leiten, einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten, die strategische und operative Steuerung zu unterstützen sowie auf Risiken hinzuweisen. Dabei sind wir bestrebt, einerseits die ganze Bandbreite der kommunalen Aufgaben und andererseits deren finanzielle Bedeutung zu berücksichtigen. Die Auswahl der Prüfungsschwerpunkte stimmt die gpaNRW vor der Prüfung mit kommunalen Praktikerinnen und Praktikern ab.

[2] § 75 Abs. 2 Satz 1 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)

Der Prüfungsbericht richtet sich an die Verantwortlichen der Kommunen in Rat und Verwaltung. Er zielt darauf ab, diesen Personenkreis zu unterstützen und so einen Beitrag zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Städte zu leisten.

0.2.2 Prüfungsbericht

Der Prüfungsbericht besteht aus dem Vorbericht, den Teilberichten und dem gpa-Kennzahlenset:

- Der Vorbericht informiert in der Managementübersicht über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung. Zudem enthält er Informationen zum Prüfungsablauf und zur Prüfungsmethodik, eine Übersicht über die in der überörtlichen Prüfung getroffenen Feststellungen und Empfehlungen sowie eine Übersicht der Nachhaltigkeitsindikatoren im interkommunalen Vergleich der mittleren kreisangehörigen Städte.
- Die Teilberichte beinhalten die ausführlichen Ergebnisse der einzelnen Prüfgebiete.
- Das gpa-Kennzahlenset enthält eine Zusammenstellung aller wesentlichen Kennzahlen und eine Erläuterung, wie das Kennzahlenset aufgebaut ist.

Die in dem Bericht genannten **Rechtsgrundlagen** haben wir in der Fassung angewendet, die zum Zeitpunkt des geprüften Sachverhaltes galten.

In den verschiedenen Handlungsfeldern berechnet die gpaNRW **Personalaufwendungen** auf Basis von KGSt-Durchschnittswerten[3]. Soweit die gpaNRW in einzelnen Handlungsfeldern davon abweicht, weisen wir im Teilbericht darauf hin. Bei der Ist-Erhebung von Vollzeitstellen nutzen wir eine einheitliche Definition, die in den Anleitungen zur Datenerhebung enthalten ist.

0.2.2.1 Struktur der Berichte

Der Aufbau unserer Teilberichte folgt grundsätzlich einer festen Struktur:

Wertung: Einleitend treffen wir eine wertende Aussage zu unserem Prüfungsergebnis innerhalb eines Abschnitts. Wertungen, die eine Stellungnahme der Stadt nach § 105 Abs. 6 und 7 GO NRW notwendig machen, bezeichnen wir als **Feststellung**.

Sollvorstellung: Die Sollvorstellung stellt die Inhalte und das Prüfungsziel im folgenden Abschnitt dar. Sie ist allgemein formuliert und grundsätzlich für alle Städte gültig, z. B. auf Basis der aktuell geltenden Gesetzeslage. Die Sollvorstellung ist *kursiv* gedruckt.

Analyse: Im Anschluss an die Sollvorstellung analysiert die gpaNRW die individuelle Situation in der geprüften Stadt.

Empfehlung: Letztlich weisen wir dann die bei der Prüfung erkannten Verbesserungspotenziale als Empfehlung aus.

[3] KGSt-Bericht „Kosten eines Arbeitsplatzes“ in der jeweils aktuellen Fassung.

Feststellungen, die eine Stellungnahme der Stadt während des Prüfungsverfahrens erfordern (z. B. ein festgestellter Rechtsverstoß) kennzeichnen wir im Prüfungsbericht mit einem Zusatz.

0.2.3 Nachhaltigkeitsaspekte in der Prüfung

Die Vereinten Nationen haben am 25. September 2015 auf dem UN-Nachhaltigkeitsgipfel in New York das Zielsystem Agenda 2030 mit 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals - kurz SDGs) und 169 Unterzielen beschlossen. Diese Ziele sollen weltweit eine nachhaltige Entwicklung in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht unterstützen. Die Kommunen sind dabei Schlüsselakteure, damit die Ziele umgesetzt werden können. Viele Städte und Gemeinden sind sich ihrer Verantwortung bewusst und haben bereits damit begonnen, ein wirkungsorientiertes kommunales Nachhaltigkeitsmanagement[4] aufzubauen.

Nachhaltigkeit ist ein Querschnittsthema, welches sich über nahezu alle Aufgabenbereiche einer Stadt erstreckt und damit auch in vielen unserer Prüfungsthemen Platz findet.

So gehen wir insbesondere in den Prüfgebieten Finanzen, Personal, Organisation und IT sowie Gebäudewirtschaft - Klimaschutz konkret auf relevante Nachhaltigkeitsaspekte und -aktivitäten ein.

In Anlage 2 haben wir darüber hinaus die von den Städten eingesetzten Nachhaltigkeitsinstrumente und im interkommunalen Vergleich die Nachhaltigkeitsindikatoren dargestellt. Die Nachhaltigkeitsindikatoren ersetzen dabei die aus vorherigen Prüfungen bekannten Strukturmerkmale.

0.2.4 Konsolidierungsmöglichkeiten

Die gpaNRW zeigt den formellen Handlungsrahmen einer Stadt auf, macht den unterschiedlichen Ressourceneinsatz durch den Vergleich der Städte transparent und weist dabei auf Ansätze für Veränderungen hin.

Der in den Städten festgestellte Ressourceneinsatz ist im interkommunalen Vergleich sehr unterschiedlich. Orientierung bietet der Überblick über die Streuung der Werte, insbesondere im Vergleich zu den Viertelwerten. In einzelnen Teilberichten zeigen wir Möglichkeiten für einen sparsamen Ressourceneinsatz oder zur Verbesserung der Ertragssituation.

Oftmals ist für eine langfristige Einsparung zunächst ein erhöhter Ressourceneinsatz notwendig. Dies gilt zum Beispiel bei Maßnahmen des Klimaschutzes.

Der Prüfung liegt keine vollständige Betrachtung von Kernverwaltung, Sondervermögen und Beteiligungen zugrunde. Es ist daher möglich, dass in anderen Bereichen weitere Verbesserungsmöglichkeiten bestehen, die über in diesem Prüfungsbericht beschriebene Handlungsmöglichkeiten hinausgehen.

[4] Ein kommunales Nachhaltigkeitsmanagement ist ein Bündel an Prozessen, Maßnahmen und Instrumenten, welches die Entwicklung der Nachhaltigkeit in der Kommune fördert

0.2.5 Verfahren nach Prüfungsabschluss

Die Stadt nimmt zu allen Feststellungen und Empfehlungen des Prüfungsberichts nach § 105 Abs. 6 und 7 GO NRW Stellung.

Die Berichte der überörtlichen Prüfungen sowie die Stellungnahmen der Städte werden auf der Internetseite der gpaNRW veröffentlicht.

0.2.6 Umgang mit Feststellungen und Handlungsempfehlungen aus vergangenen Prüfungen

Nach der letzten überörtlichen Prüfung haben die mittleren kreisangehörigen Städte aufgrund der geänderten Rechtslage erstmals die Stellungnahme zu den im Prüfungsbericht enthaltenen Feststellungen und Empfehlungen nach § 105 Abs. 6 und 7 GO NRW abgegeben.

Die Stadt Beckum hat zunächst die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung am 7. September 2021 in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vorgestellt und in der Ratssitzung am 9. September 2021 die Stellungnahme nach § 105 GO NRW beschlossen.

Die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Stadt Beckum wurden dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Beratung und dem Rat der Stadt Beckum zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die Stellungnahme des Bürgermeisters wurde vom Rat der Stadt Beckum einstimmig beschlossen.

Die Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt wurden weitgehend erfolgreich umgesetzt.

Die Stadt Beckum ist dazu übergegangen, größere Investitionsprojekte durch Projektsteuerer begleiten zu lassen. Diese externe Expertise hat dazu geführt, dass die Ansätze professioneller, nachvollziehbarer und realitätsnäher veranschlagt werden. Ein Bauinvestitionscontrolling erfolgt mit einer regelmäßigen Berichterstattung im Bauausschuss, zuletzt zur Lebenskostenanalyse für den Neubau der Grundschule Sonnenschule.

Vergabeverfahren werden nun ausschließlich ohne eine politische Beschlussfassung durchgeführt, soweit die Örtliche Rechnungsprüfung der vorgesehenen Vergabe zugestimmt hat. Die politischen Vertreterinnen und Vertreter werden über ein Berichtswesen zeitnah über erfolgte Auftragsvergaben informiert. Dies hat zu einer Beschleunigung der Vergabeverfahren bis zur Auftragserteilung von circa 3 Wochen geführt.

Im Aufgabenbereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes ist eine Fachsoftware eingeführt worden, die die Führung einer vollständigen elektronischen Akte nebst Bildern und Tonaufnahmen ermöglicht. Für den Arbeitsbereich Wirtschaftliche Jugendhilfe wurde ein Qualitätshandbuch entwickelt, deren dargestellten Prozesse und Bearbeitungszeiten Grundlage für die Personalbemessung sowie die Einarbeitung neuer Fachkräfte sind.

0.3 Prüfungsmethodik

0.3.1 Kennzahlenvergleich

Der Kennzahlenvergleich ist eine prägende Prüfungsmethodik der gpaNRW. Dazu errechnen wir Kennzahlen in den Städten und vergleichen diese landesweit. Für den Vergleich ist eine einheitliche Ausgangsbasis erforderlich. Es gibt jedoch keine landeseinheitliche Festlegung unterhalb der Produktbereichsebene, so dass die Produktgruppen häufig unterschiedliche Produkte und die Produkte unterschiedliche Leistungen enthalten. Daher ist der Vergleich nicht in allen Fällen unmittelbar aus den Daten der Jahresrechnungen heraus möglich. Wir haben deshalb Grunddaten einheitlich definiert und erheben diese vor Ort.

Die Stadt soll ihren Kennzahlenwert gut einordnen können. Deshalb stellen wir folgende Werte dar:

- die Extremwerte, also das Minimum und das Maximum, und
- drei Viertelwerte.

Viertelwerte teilen eine nach Größe geordnete statistische Reihe in vier Viertel. Der erste Viertelwert teilt die vorgefundenen Werte so, dass 25 Prozent darunter und 75 Prozent darüber liegen. Der zweite Viertelwert entspricht dem Median und liegt in der Mitte der statistischen Reihe, d.h. 50 Prozent der Werte liegen unterhalb und 50 Prozent oberhalb dieses Wertes. Der dritte Viertelwert teilt die vorgefundenen Werte so, dass 75 Prozent darunter und 25 Prozent darüber liegen.

Ebenfalls nennen wir die Anzahl der Werte, die in den Vergleich eingeflossen sind. In den interkommunalen Vergleich hat die gpaNRW die Werte von maximal 131 mittleren kreisangehörigen Städten[5] einbezogen.

Im Prüfgebiet Finanzen erfassen und analysieren wir die wichtigsten materiellen und formellen Rahmenbedingungen der Haushaltswirtschaft. Der Schwerpunkt unserer Analyse liegt darin, ob die Haushaltswirtschaft nachhaltig ausgerichtet ist. Die Prüfung setzt dabei auf den Ergebnissen der örtlichen Prüfung auf.

Nicht immer kann eine Stadt alle Grundzahlen erheben. Ebenso sind aus unterschiedlichsten Gründen einzelne Kennzahlen nicht mit den Kennzahlen anderer Städte vergleichbar. In beiden Fällen kennzeichnet die gpaNRW in Grafiken und Tabellen den Wert der Stadt mit „k. A.“. Sollte die Kennzahl der Stadt nicht mit den Kennzahlen der Vergleichsstädte vergleichbar sein, erläutert die gpaNRW textlich den Grund hierfür. Die Angabe „k. A.“ deutet somit nicht automatisch auf eine mangelnde Datenlieferung der Stadt hin.

Im Jahr 2022 erfolgte eine neue Zensuserhebung in Deutschland. Zwischenzeitlich wurden insbesondere die Zahlen der Einwohnerinnen und Einwohner auf die neue Basis umgestellt und

[5] Ohne Berücksichtigung der Stadt Salzkotten, die seit 01.01.2025 den Status einer mittleren kreisangehörigen Kommune hat, in 2023/2024 jedoch bereits im Segment der kleinen kreisangehörigen Kommunen geprüft worden ist.

danach fortgeschrieben. In unserer Prüfung verwenden wir ausnahmslos Daten auf der fortgeschriebenen Basis des Zensus 2022.

0.3.2 Erfüllungsgrad

Um bei steuerungsrelevanten Themen messen zu können, inwieweit eine Stadt die Anforderungen unserer Sollvorstellung umsetzt, ermittelt die gpaNRW Erfüllungsgrade. Dafür führen wir standardisierte Interviews und analysieren Unterlagen. Wir drücken den Erfüllungsgrad in einem Prozentwert aus und stellen ihn zur Standortbestimmung auch im interkommunalen Vergleich dar.

0.3.3 gpa-Kennzahlenset

Steuerungsrelevante Kennzahlen der von der gpaNRW betrachteten kommunalen Handlungsfelder stellen wir im gpa-Kennzahlenset dar. Die Übersicht enthält Kennzahlen aus Handlungsfeldern, die die gpaNRW in vorangegangenen Prüfungen betrachtet hat. Ergänzt wird das gpa-Kennzahlenset durch Kennzahlen, die wir erstmalig in der aktuellen Prüfung der mittleren kreisangehörigen Städte erhoben haben.

Die Fortschreibung der örtlichen Kennzahlen sowie der interkommunalen Vergleichswerte ermöglicht den Städten eine aktuelle Standortbestimmung. Zusammen mit den aus früheren Prüfungen bekannten Analysen, Handlungsempfehlungen sowie Hinweisen auf mögliche Konsolidierungsmöglichkeiten können die Städte diese für ihre interne Steuerung nutzen.

0.4 Prüfungsablauf

Die Prüfung in Beckum wurde in der Zeit vom 1. Februar 2025 bis zum 31. Januar 2026 durchgeführt.

Zunächst hat die gpaNRW die erforderlichen Daten und Informationen zusammengestellt und mit der Stadt Beckum hinsichtlich ihrer Vollständigkeit und Richtigkeit abgestimmt. Auf dieser Grundlage haben wir die Daten und Sachverhalte analysiert.

Für den interkommunalen Vergleich verwenden wir in der Stadt Beckum Daten aus den Jahren 2024. Neben den Daten früherer Jahre haben wir ebenfalls aktuelle Entwicklungen und Besonderheiten der Stadt Beckum berücksichtigt, um Aussagen für die Zukunft machen zu können.

Geprüft haben:

Leitung der Prüfung	Friederike Wandmacher
Finanzen	Julia Richter
Zahlungsabwicklung und Vollstreckung	Julia Richter
Gremienarbeit	Anna Bieche
Personal, Organisation und IT	Marion Engbers

Kommunales Krisenmanagement	Anna Bieche
Hilfe zur Erziehung	Okka Lüke

Das Prüfungsergebnis haben die Prüfenden mit den beteiligten Beschäftigten in den betroffenen Organisationseinheiten erörtert.

Ein Abschlussgespräch im Verwaltungsvorstand fand am 26. Januar 2026 statt.

Herne, den 26.03.2026

Im Auftrag	Im Auftrag
gez.	gez.
Thomas Nauber	Friederike Wandmacher
Abteilungsleitung	Projektleitung

0.5 Anlage 1: Zusammenfassung aller Feststellungen und Empfehlungen

Tabelle: Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2025 – Handlungsfelder

Feststellung		Empfehlung	
Haushaltssteuerung			
F1	Die Stadt Beckum führt regelmäßig Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durch. Sie hat noch keine verbindlichen Wertgrenzen nach § 13 Abs. 1 KomHVO NRW, oberhalb derer Wirtschaftlichkeitsvergleiche erforderlich sind, oder Verfahrensstandards schriftlich festgelegt.	E1.1	Die Stadt Beckum sollte Wertgrenzen nach § 13 Abs. 1 KomHVO NRW festlegen. Oberhalb dieser ist ein Wirtschaftlichkeitsvergleich verpflichtend.
		E1.2	Die Stadt Beckum sollte verbindliche Regelungen zu Mindeststandards für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen festlegen oder den Fachdiensten Arbeitshilfen zur Verfügung stellen.
F2	Die Stadt Beckum hat bislang keinen Handlungsrahmen für ihr Anlagemanagement verschriftlicht.	E2	Die Stadt Beckum sollte ihr Anlagemanagement durch einen verbindlichen, schriftlich festgelegten Handlungsrahmen stärken, um klare Ziele, Zuständigkeiten und Verfahren zu definieren. Dadurch erhöht sie Transparenz, Rechtssicherheit und Effizienz bei künftigen Anlageentscheidungen.
Zahlungsabwicklung und Vollstreckung			
F1	Aufgrund fehlender Sollstellungen hat die Stadt Beckum eine hohe Anzahl neuer ungeklärter Einzahlungen. Dies führt zu einem unnötigen Mehraufwand in der Zahlungsabwicklung.	E1	Die Stadt Beckum sollte die Anzahl ihrer unterjährig auftretenden ungeklärten Einzahlungen reduzieren. Sie sollte die Gründe für fehlende Sollstellungen systematisch erfassen und mögliche Gegenmaßnahmen ergreifen.
F2	Die Durchlaufzeiten zwischen Zahlungsaufforderung und möglicher Übergabe an die Vollstreckung sind in Beckum unterdurchschnittlich. 2024 führen nicht einmal die Hälfte aller Mahnungen zu einem Ausgleich der Forderungen.	E2	In Hinblick auf die unterdurchschnittliche Erfolgsquote Mahnungen in Prozent sollte die Stadt Beckum ihre Fristen im Prozess zum Umgang mit Forderungen überprüfen und optimieren.
F3	Die Stadt Beckum bietet bereits mehrere elektronische Zahlungsmöglichkeiten an. Ihre schriftlichen Regelungen zum E-Payment kann die Stadt noch ausweiten.	E3	Die Stadt Beckum sollte strategische Vorgaben für das E-Payment treffen und hierzu schriftliche Regelungen treffen.

	Feststellung		Empfehlung
F4	Der Bestand der Vollstreckungsforderungen liegt in Beckum auf einem hohen Niveau. Er nimmt jährlich zu. Mit hohem Personaleinsatz erledigt Beckum mehr als 90 Prozent der abgewickelten eigenen Vollstreckungsforderungen erfolgreich.	E4	Die Stadt Beckum sollte Maßnahmen ergreifen, um einen weiteren Anstieg ihrer bestehenden Vollstreckungsforderungen zu vermeiden. Sie sollte prüfen, wann die Weiterverfolgung einer Forderung noch lohnenswert erscheint.
Gremienarbeit			
F1	Die Stadt Beckum gehört zu der Hälfte der Kommunen mit den meisten Anträgen. Auch die Anzahl der Sitzungen liegt über dem Durchschnitt.	E1	Die Stadt Beckum sollte mit den Gremienvertretungen erörtern, welche Maßnahmen sinnvoll sind um die Sitzungshäufigkeit zu reduzieren.
F2	Die Stadt Beckum gewährt Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitglieder gemäß Erlasslage. Eine Bedarfsermittlung zur Bestimmung der Höhe der Zuwendung führt die Stadt Beckum nicht regelmäßig durch.	E2	Die Stadt Beckum sollte mit den Gremienvertretungen erörtern, welche Maßnahmen sinnvoll sind um die Sitzungshäufigkeit zu reduzieren.
F3	Die Stadt Beckum ermöglicht digitale Gremienarbeit. Die Durchführung von digitalen und hybriden Gremiensitzungen ist bei der Stadt Beckum nicht möglich.	E3	Um ihre Handlungsfähigkeit auch in Krisenzeiten oder kritischen Notlagen sicherstellen zu können, sollte sich die Stadt Beckum mit den formalen Voraussetzungen zur Durchführung von digitalen und hybrider Gremiensitzungen befassen. Dazu kann sich die Stadt Beckum in der Handreichung zur Digitalen und hybriden Sitzungen in Kommunen im Land NRW informieren.
Personal, Organisation und IT			
F1	Die Stadt Beckum hat für neue Mitarbeitende den Zugang zu notwendigem Wissen, zur Informationstechnik sowie den Wissenstransfer strukturiert geregelt, so dass sie dem Risiko von Wissensverlusten entgegenwirken kann. Konzepte zum Onboarding und zur Fort- und Weiterbildung sind noch nicht fixiert, werden aber aktuell entwickelt.	E1	Die Stadt Beckum sollte wie geplant Konzepte für das Onboarding sowie für eine strukturierte Vorgehensweise zur gezielten Organisation und Durchführung von Fort- und Weiterbildungen erstellen, um mit ausreichend qualifiziertem Personal ihre Leistungs- und Zukunftsfähigkeit zu sichern.
F2	Die Stadt Beckum hat verschiedene Aktivitäten durchgeführt, um die Mitarbeitendenzufriedenheit und -bindung zu erhöhen. Sie beabsichtigt, Regelungen zum Offboarding-Prozess zu fixieren.	E2	Die Stadt Beckum sollte wie geplant auch zum Offboarding ein Konzept ausarbeiten. Sie sollte darin auch Regelungen für das Führen von Austrittsgesprächen sowie die vorhandene Vorgehensweise zum Löschen von IT-Berechtigungen und der Rückgabe der IT-Ausstattung aufnehmen.
F3	Die Stadt Beckum betrachtet regelmäßig und einzelfallbezogen kritisch ihre Aufgaben und setzt durch die Priorisierung wichtiger Aufgaben ihre Ressourcen grundsätzlich gezielt ein. Zur Sicherung ihrer Handlungsfähigkeit bestehen mit Blick auf aktuelle Stellenbeschreibungen, -bewertungen und Anforderungsprofile noch Optimierungsmöglichkeiten.	E3	Die Stadt Beckum sollte ihre strategische Steuerung stärken, indem sie auch dauerhaft wiederkehrende Aufgaben zentral priorisiert und Stellen regelmäßig beschreibt und bewertet.

Feststellung		Empfehlung	
F4	Die Stadt Beckum nutzt Möglichkeiten zur Standardisierung von Prozessen sowie ein strukturiertes Prozessmanagement noch nicht, so dass sie das Risiko eingeht, ineffiziente Verwaltungsabläufe nicht oder zu spät zu erkennen.	E4	Die Stadt Beckum sollte ihre Verwaltungsprozesse zentral erfassen und Rahmenbedingungen für das Prozessmanagement festlegen und darin einheitliche Ziele, Standards und Priorisierungen fixieren um Verwaltungsabläufe zu optimieren, zu automatisieren und wenn möglich zu digitalisieren. Zudem sollte Beckum den Einsatz einer Fachanwendung für Prozessaufnahmen und –analysen prüfen. Und um die regelmäßige Prozessaufnahme und eine kontinuierliche Prozessoptimierung zu gewährleisten, sollte die Stadt für die Aufgabe des Prozessmanagements bedarfsgerechte Stellenanteile bereitstellen.
F5	Die Stadt Beckum überprüft regelmäßig und umfassend, ob der Personalbestand eine effektive Aufgabenerfüllung ermöglicht. Die etablierten Ziele für die Stellenbemessung hat Beckum noch nicht verschriftlicht, so dass keine Verbindlichkeit für die Einhaltung besteht.	E5	Die Stadt Beckum sollte Ziele für die Stellenbemessung festlegen. Ein klarer Zielrahmen verbessert Transparenz, Planbarkeit und die strategische Ausrichtung der Stellenbemessung.
F6	Die Stadt Beckum besitzt eine gute strategische Grundlage für die digitale Transformation ihrer Verwaltung. Sie hat bereits ein Strategiepapier zur Verwaltungsdigitalisierung, Nutzung von KI und zur Personalqualifizierung sowie Zielvorgaben zur IT-Ausstattung und -Entwicklung fixiert. Verbindliche Vorgaben zur IT-Strategie sind geplant.	E6	Die Stadt Beckum sollte ihre orientierungsgebenden Entscheidungen zur IT-Strategie dokumentieren; bestenfalls in Form eines IT-Strategiepapiers. Sie sollte darin auch strategische Vorgaben zu ihrem IT-Betriebsmodell sowie zu Make-or-Buy-Entscheidungen aufnehmen und die Umsetzung überwachen, um bei Abweichungen rechtzeitig gegensteuern zu können.
F7	Die Stadt Beckum ist im Bereich des IT-Managements bereits gut aufgestellt. Optimierungspotenzial sehen wir noch beim Projektmanagement und hinsichtlich der Auswertung von Störungs- und Supportanfragen.	E7.1	Die Stadt Beckum sollte ihre Projektabläufe im IT-Bereich standardisieren, Indikatoren zu deren Überwachung festlegen und Verantwortlichkeiten definieren. Die Nutzung einer Projektmanagementsoftware kann die effiziente Umsetzung, Steuerbarkeit und Transparenz von Projekten unterstützen.
		E7.2	Die Stadt Beckum sollte die vorhandenen Informationen aus ihrem gut strukturierten Anforderungs- und Störungsmanagement regelmäßig auswerten, um daraus erforderliche Maßnahmen ableiten zu können die IT-Steuerung weiter zu verbessern.
F8	Die technischen IT-Sicherheitsstrukturen der Stadt Beckum sind bereits sehr gut. Gleichwohl bestehen noch Optimierungsansätze, um potenzielle Ausfallrisiken weiter zu reduzieren.	E8	Die Stadt Beckum sollte wie geplant Notfallpläne für alle definierten Notfallsituationen erstellen und verbindlich dokumentieren. Damit kann sie die Ausfallzeiten nach IT-Ausfällen weiter verringern.
F9	Die Stadt Beckum ist mit der digitalen Transformation ihrer Verwaltung auf einem guten Weg und treibt die Digitalisierung von Dienstleistungen aktiv voran. Dennoch gibt es in den überprüften Prozessabläufen noch Möglichkeiten, Medienbrüche weiter zu minimieren.	E9	Die Stadt Beckum sollte ihre gute Grundlage ausbauen und die digitale Transformation ihrer Verwaltung weiter vorantreiben. Dazu sollte sie ihre Prozesse gezielt auf vermeidbare Medienbrüche hin untersuchen. Für eine optimale Unterstützung der Sachbearbeitung sollte sie Informationen aus vorgelagerten Prozessen bzw. anderen Fachverfahren soweit wie möglich automatisiert zusammenführen oder über eine Schnittstelle einspielen.

Feststellung		Empfehlung	
Kommunales Krisenmanagement			
F1	Die Stadt Beckum hat eine Vielzahl von Risiken erkannt. Die Dokumentation über die Risikobewertung zeigt Verbesserungspotenzial auf.	E1	Die Stadt Beckum könnte mit einer Gesamtübersicht inklusive der Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadensausmaß ihr kommunales Krisenmanagement besser dokumentieren und damit eine besserte Entscheidungsgrundlage für den Mitteleinsatz schaffen.
F2	Die Stadt Beckum hat viele Maßnahmen ergriffen um Krisen oder krisenähnlichen Ereignissen zu begegnen. Die Konzepte hat die Stadt noch nicht vollständig abgeschlossen und umgesetzt.	E2	Die Stadt Beckum sollte wie beabsichtigt ihre Risiko- und Krisenpläne weiter ausarbeiten und unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze prüfen, welche Maßnahmen sie umsetzen kann.
F3	Die Stadt Beckum hat keine Regelung zur Einbindung von Spontanhelfenden getroffen.	E3	Um die Einsatzkräfte vor Ort bei der Ereignisbewältigung zu entlasten und eine effektive Einsatzbewältigung sicherzustellen, sollte die Stadt Beckum wie beabsichtigt Regelungen im Umgang mit Spontanhelfenden treffen.
F4	Mit einem gut erreichbaren SAE-Raum sowie weiteren Ausweichmöglichkeiten hat die Stadt Beckum eine gute Basis für die Arbeitsfähigkeit des SAE geschaffen. Eine Zugangsbeschränkung hat die Stadt bisher nicht vorgesehen.	E4	Die Stadt Beckum sollte prüfen, ob die analoge und digitale Ausstattung des SAE-Raums ausreicht. Mit einer Regelung zur regelmäßigen Überprüfung der Ausstattung könnte die Stadt die Einsatzfähigkeit der analogen und technischen Ausstattung sicherstellen. Die Stadt sollte eine Zugangssteuerung während eines SAE-Einsatzes einrichten.
F5	Die Stadt Beckum kann mit ihrer Notstromversorgung alle Aufgaben für die Daseinsvorsorge der Bevölkerung sicherstellen. Sie hat keine verbindlichen Intervalle für die Funktionstest ihrer Notstromaggregate festgelegt. Übungen finden nur in den Feuerwehrwachen statt.	E5	Die Stadt Beckum sollte verbindliche Intervalle für die Wartung und Funktionstest der Notstromaggregate festlegen und regelmäßig den Notbetrieb üben.
F6	Die Stadt Beckum hat eine umfangreiche Dienstanweisung für den SAE. Diese entspricht jedoch nur teilweise der gelebten Praxis.	E6	Die Stadt Beckum sollte wie beabsichtigt, ihre Dienstanweisung SAE überarbeiten.
F7	Die Stadt Beckum arbeitet neue SAE-Mitglieder ein. Schulungen für alle SAE-Mitglieder hat die Stadt bisher nicht durchgeführt.	E7	Die Stadt Beckum sollte wie geplant die Schulung der SAE-Mitglieder durchführen. Sie sollte regelmäßige Schulungen etablieren und die verpflichtende Teilnahme verbindlich regeln.
F8	Die Stadt Beckum hat bisher keine Übungen der SAE-Mitglieder durchgeführt.	E8	Die Stadt Beckum sollte wie geplant, ein Übungskonzept erarbeiten und Übungen mit den SAE-Mitgliedern regelmäßig durchführen.
F9	Die Stadt Beckum nutzt für die Krisenkommunikation verschiedene Medien um alle Bevölkerungsschichten zu erreichen. Sie nutzt vorgefertigte Checklisten, allerdings nicht bezogen auf alle ermittelten Gefahren .	E9	Die Stadt Beckum könnte ihre Krisenkommunikation stärken indem sie für alle ermittelten Gefahren Checklisten nutzt.

Feststellung		Empfehlung	
F10	Die Stadt Beckum informiert die Bevölkerung über die Selbsthilfefähigkeit in Flyern und Gesprächen. Onlinemedien nutzt die Stadt zur Stärkung der Selbsthilfefähigkeit selten.	E10	Die Stadt Beckum könnte die Selbsthilfefähigkeit ihrer Bevölkerung stärken, indem sie auch in sozialen Medien über die Möglichkeit der Selbsthilfe informiert.
Hilfe zur Erziehung			
F1	Die Stadt Beckum hat einen leicht überdurchschnittlichen Anteil Vollzeitpflegefälle an den stationären Hilfefällen. Der Anteil Vollzeitpflegefälle ist von 2023 auf 2024 gesunken.	E1	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte auch weiterhin daran arbeiten, den Anteil an Kindern und Jugendlichen in Vollzeitpflege zu erhöhen. Dafür sollte der Fachdienst die bereits ergriffenen Maßnahmen zur Akquise und Werbung für geeignete Pflegefamilien überprüfen und weitere Maßnahmen eruieren. Weitere Ausführungen zur Vollzeitpflege folgen im Kapitel 6.5.1 Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII.
F2	Bei den Hilfeplanfällen je Vollzeit-Stelle ordnet sich die Stadt Beckum im interkommunalen Vergleich am Median ein. Die Stadt nutzt eine prozessorientierte Personalbemessung. Ein Einarbeitungskonzept für die WiJu gibt es aktuell nicht.	E2	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte ein Einarbeitungskonzept für die WiJu entwickeln, um eine gute Einarbeitung von neuen Fachkräften in der WiJu zu fördern.
F3	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum führt regelmäßig ein umfangreiches Controlling durch. Darin berücksichtigt der Fachdienst auch die Aufgaben der Wirtschaftlichen Jugendhilfe. Mit Zielen, Zielwerten und Kennzahlen arbeitet der Fachdienst aber zurzeit noch nicht.	E3.1	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte das Finanzcontrolling durch konkrete operative Ziele und ein Kennzahlensystem weiterentwickeln. Der Fachdienst sollte die Erreichung der Ziele regelmäßig überprüfen.
		E3.2	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte ein systematisches Fachcontrolling etablieren und auch für die stationären Hilfen zur Erziehung Maßnahmen zur Qualitätssicherung erarbeiten.
F4	Fallabgaben und Fallübernahmen erfolgen in Beckum standardisiert. Vorgaben für die Festsetzung des sog. Strafdrittels hat der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe bislang nicht definiert.	E4	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe sollte auch für die ausbleibende Reaktion eines neu zuständigen Jugendamts Standards definieren. Hierzu zählt auch die Androhung und Festsetzung eines Strafdrittels.
F5	Standardisierte Prozesskontrollen sind im Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum durch die Verfahrensstandards und die Fachsoftware etabliert. Prozessunabhängige Kontrollen gibt es in der WiJu bislang aber nicht.	E5	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte standardisierte Kontrollen in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe einführen. Dabei sollte der Fachdienst Regelungen zu Art und Umfang der Kontrollen verbindlich festlegen.

0.6 Anlage 2: Nachhaltigkeit in der Stadt Becku

Ziel der gpaNRW in dieser Prüfung ist unter anderem aufzuzeigen, wie weit sich die mittleren kreisangehörigen Städte in NRW bereits mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinandergesetzt haben. Dazu haben wir abgefragt, welche Nachhaltigkeitsinstrumente von der Stadt eingesetzt werden oder geplant sind.

Zudem haben wir Nachhaltigkeitsindikatoren im inter- und intrakommunalen Vergleich dargestellt.

0.6.1 Nachhaltigkeitsinstrumente

Instrumente für eine wirkungsorientierte Nachhaltigkeitssteuerung sind eine Nachhaltigkeitsstrategie, Nachhaltigkeitscheck/Nachhaltigkeitsprüfung, Nachhaltigkeitsberichte und ein Nachhaltigkeitshaushalt[6]. Auf den Nachhaltigkeitshaushalt gehen wir in der Finanzprüfung detaillierter ein.

Für die gpaNRW steht im Vordergrund, durch die Darstellung unterschiedlicher Lösungsansätze und Umsetzungsstände, zu einem Ideen- und Erfahrungsaustausch unter den Städten beizutragen. Die Nachhaltigkeitsinstrumente werden in den Städten in ihrer Art und Ausprägung unterschiedlich definiert und gelebt.

0.6.1.1 Nachhaltigkeitsstrategie

Die kommunale Nachhaltigkeitsstrategie stellt den Ausgangspunkt und den Leitfaden für nachhaltiges Handeln dar. Sie dient dazu, wesentliche Eckpunkte und Inhalte für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort zu dokumentieren. Die Strategie wird dabei in Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik sowie weiteren Beteiligten (Unternehmen, Bürgerschaft) entwickelt und von der Politik beschlossen. Inhaltlich werden strategische und operative Ziele, Maßnahmen sowie notwendige Ressourcen erarbeitet und Indikatoren bestimmt, um die Ziele messen zu können. Einen interkommunalen Vergleich von Nachhaltigkeitsindikatoren stellen wir im Kapitel 0.6.2.1 und 0.6.2.2 dar.

2024 hat sich die **Stadt Beckum** um das vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen geförderte Projekt „Prozesskette Nachhaltigkeit NRW“ beworben. Im Zuge dessen konnte Beckum im Zeitraum Januar 2024 bis Januar 2025 mit einer Steuerungsgruppe, bestehend aus Vertretungen von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung, eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie im Sinne der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen erarbeiten. Der Rat der Stadt Beckum hat am 10. Juli 2025 die Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt und deren Handlungsprogramm beschlossen (Beschlussvorlage 2025/0115).

Die Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Beckum entwickelt als Gesamtstrategie den bereits am 28. Juni 2017 beschlossenen Masterplan „100 % KlimaBEwusst“ weiter und bündelt andere

[6] vgl. KGSt B 02/2024 – Kommunales Nachhaltigkeitsmanagement und Bertelsmann Stiftung 27.11.2018 - Wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement in Kommunen, LAG21

nachhaltige Konzepte der Stadt (z. B. Radverkehrskonzept, Verwaltungsdigitalisierungsstrategie sowie kommende Projekte wie der kommunalen Wärmeplanung, Klimaanpassungskonzept).

Den Kern der Nachhaltigkeitsstrategie bildet das Handlungsprogramm. Dieses beinhaltet Leitlinien und operative Ziele für die folgenden Handlungsfelder:

- nachhaltige Verwaltung,
- gute Arbeit und nachhaltiges Wirtschaften,
- Klimaschutz und Energie,
- nachhaltige Mobilität sowie
- Ressourcenschutz und Klimafolgeanpassung.

Die Stadt Beckum hat sich in der Nachhaltigkeitsstrategie bewusst dazu entschieden, keine expliziten Maßnahmen festzulegen. Stattdessen fügt sie im Anhang Maßnahmenvorschläge ein, die dem Sach- und Finanzierungsvorbehalt unterliegen und einzeln zu beschließen sind.

0.6.1.2 Nachhaltigkeitscheck/ Nachhaltigkeitsprüfung

Der Nachhaltigkeitscheck/eine Nachhaltigkeitsprüfung soll die voraussichtlichen Wirkungen eines Vorhabens auf die nachhaltige Entwicklung abschätzen. Dazu beurteilt die Verwaltung die Ratsvorlagen auf ihre wahrscheinlichen Auswirkungen für eine nachhaltige Entwicklung. So können die Vorlagenerstellenden zum Beispiel durch die Beantwortung von Leitfragen kenntlich machen, ob das geplante Vorhaben nachhaltigkeitsfördernd, -hemmend oder -neutral ist. Der Nachhaltigkeitscheck dient als zusätzliche Entscheidungsgrundlage. Er hat grundsätzlich einen themenübergreifenden Charakter und umfasst alle relevanten Handlungsfelder der nachhaltigen Entwicklung.

Die **Stadt Beckum** stellt in ihren Beschlussvorlagen aktuell noch nicht standardisiert die ökologischen, ökonomischen oder sozialen Nachhaltigkeitswirkungen dar.

0.6.1.3 Nachhaltigkeitsberichtswesen

Der Nachhaltigkeitsbericht informiert in der Regel über den aktuellen Stand und die bisherige Entwicklung des Themas. Er kann Informationen zum Stand der Instrumente, Prozesse und Maßnahmen, Analysen zur operativen und strategischen Zielerreichung, den Zielbezug zu Indikatoren, finanzielle und personelle Ressourcen sowie Empfehlungen zur Strategieanpassung enthalten.

Die Adressaten können Verwaltungsführung, Rat und Bürgerschaft sein. Der Berichtsrhythmus wird im Vorfeld festgelegt.

Ein Nachhaltigkeitsberichtswesen hat die Stadt Beckum noch nicht etabliert. Die im Kapitel „0.6.1.1 Nachhaltigkeitsstrategie“ beschriebenen Maßnahmenvorschläge ergänzen die in der Nachhaltigkeitsstrategie festgelegten operativen Ziele und dienen dem Monitoring sowie der Fortschreibung des Projekts. Die Steuerungsgruppe soll sich laut der Beschlussvorlage

2025/0115 hierfür einmal jährlich treffen, um den Fortschritt zu evaluieren. Die Ergebnisse des Monitorings sollen spätestens im Jahr 2028 zusammengetragen werden.

0.6.2 Nachhaltigkeitsindikatoren

Nachhaltigkeitsindikatoren dienen dazu, die Wirksamkeit der Maßnahmen und Instrumente zu Nachhaltigkeitsaspekten fortlaufend zu messen und zu bewerten. Für eine erste allgemeine Einschätzung kann auf bestehende Kennzahlenkonzepte zur nachhaltigen Entwicklung zurückgegriffen werden.

Für die kommunale Ebene in NRW ist insbesondere das von der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21) entwickelte Indikatorenset von Bedeutung. In ihrem Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal[7] stellte die LAG 21 neben Befragungsergebnissen bisher Indikatoren zu verschiedenen Themenbereichen für alle nordrhein-westfälischen Kommunen im Zeitverlauf dar. Wenngleich die LAG 21 nunmehr auf die Darstellung der Indikatoren in ihrem Bericht verzichtet und die qualitativen Befragungsergebnisse in den Vordergrund stellt[8], erlauben die seinerzeit definierten Indikatoren einen guten flächendeckenden Überblick.

Wir haben in unserer Prüfung der mittleren kreisangehörigen Städte dieses Indikatorenset aufgegriffen, weil eine nachhaltige Entwicklung und ein nachhaltiges Handeln von zentraler, strategischer Bedeutung sind. Wir möchten der Politik und der Verwaltung mit dem Indikatorenset der LAG 21 einen Gesamtüberblick zur Nachhaltigkeit geben und einen Vergleich innerhalb der mittleren kreisangehörigen Städte ermöglichen. Dazu haben wir die Nachhaltigkeitsindikatoren aus allgemein zugänglichen Datenquellen[9] und eigenen Erhebungen ermittelt und einen interkommunalen Vergleich erstellt.

Im Folgenden stellen wir zunächst auf der Basis von Streu- und Balkendiagrammen eine Auswahl von Nachhaltigkeitsindikatoren für die Stadt Beckum dar. Indikatoren mit einer hohen Aussagekraft und strategischen Relevanz erhalten den Vorrang. Die in den vorangegangenen überörtlichen Prüfungen dargestellten Strukturkennzahlen wurden, soweit möglich, in die Nachhaltigkeitsindikatoren überführt.

0.6.2.1 Ausgewählte Nachhaltigkeitsindikatoren im interkommunalen Vergleich

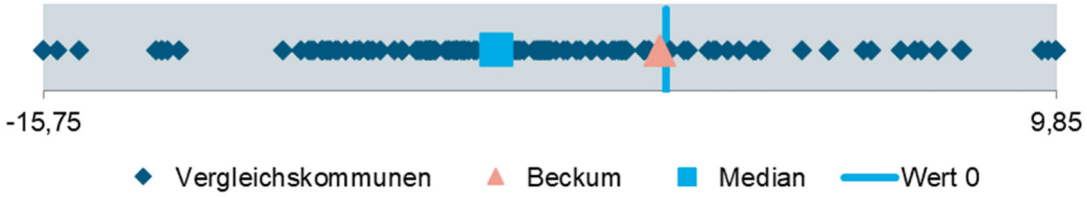
Die **Bevölkerungsentwicklung** ist ein Kontextindikator und zeigt bei einem positiven Prozentwert, dass die Bevölkerung in dem Stadtgebiet bis 2050 gegenüber dem Jahr 2025 wächst. Bei einem negativen Prozentwert verringert sich die Bevölkerung.

[7] vgl. LAG 21, Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal 2022, https://www.lag21.de/files/default/pdf/Themen/nn-transfer-n/lag21-nrwkommunal-2022.pdf.

[8] vgl. LAG 21, Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal, https://www.lag21.de/files/default/pdf/Themen/nn-transfer-n/nrwkommunal-2024.pdf

[9] IT.NRW, Energieatlas NRW vom LANUV NRW u.a.

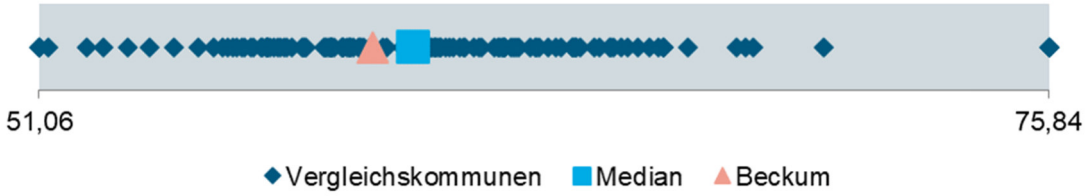
Bevölkerungsentwicklung bis 2050 in Prozent



Die Grafik zeigt für Beckum perspektivisch bis 2050 eine leicht rückläufige Bevölkerungsentwicklung. Der Wert für Beckum liegt bei -0,17 Prozent, der Median für die mittleren kreisangehörigen Kommunen bei -4,3 Prozent. Die Beckumer Bevölkerungsentwicklung ist somit stabiler, als in den Vergleichskommunen

Der **Abhängigenquotient** zeigt das Verhältnis der wirtschaftlich abhängigen Bevölkerung zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Als wirtschaftlich abhängig gelten dabei altersmäßig nicht erwerbsfähige Personen unter 15 Jahre und über 65 Jahren.

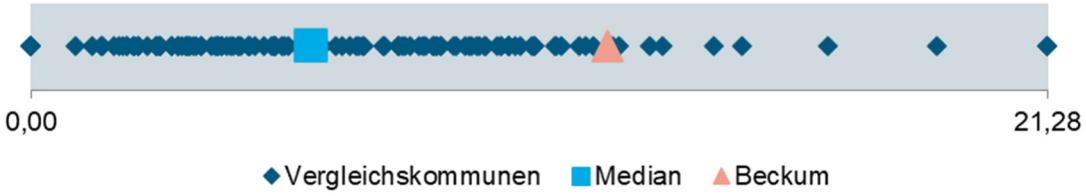
Abhängige Personen je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (Abhängigenquotient) 2025



In Beckum kommen auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter kommen in Beckum 59,25 Menschen, die noch nicht oder nicht mehr erwerbsfähig sein können. Dieser Wert ist unterdurchschnittlich. Die Kennzahl fasst die beiden Demografieindikatoren „Jugendquotient“ und „Altenquotient“ zusammen. Der Jugendquotient liegt in Beckum bei 20,16 und damit leicht überdurchschnittlich (S. Tabelle Nachhaltigkeitsindikatoren der Stadt Beckum im Anschluss an dieses Kapitel).

Der Indikator der **Schulabgehenden ohne Abschluss** bezieht sich auf das SDG 4 „Hochwertige Bildung“. Ein fehlender Schulabschluss ist häufig mit schlechteren Zukunftsaussichten für die Betroffenen verbunden.

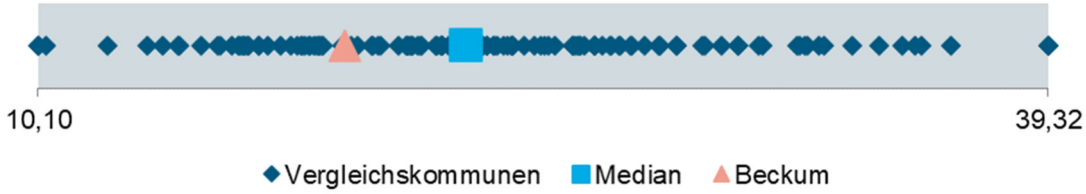
Schulabgehende allgemeinbildende Schulen ohne Abschluss in Prozent 2024



Hier liegt der Wert für die Stadt Beckum deutlich über dem Median. In mehr als 75 Prozent der Vergleichskommunen erreichen mehr Schülerinnen und Schüler einen Abschluss. Ein hoher Wert hier kann Auswirkungen auf die benötigten Hilfen zur Erziehung haben. Der hohe Wert hier korrespondiert mit der Falldichte in der Jugendhilfe (s. dort Kapitel 6.4.2).

Die **Betreuungsquote der unter 3-Jährigen** bezieht sich auf das SDG 4 „Hochwertige Bildung“. Sie ist ein wichtiger Indikator für die soziale und ökonomische Dimension einer nachhaltigen Entwicklung. Bildung, Chancengleichheit und Demografischer Wandel sind dabei ebenso bedeutend wie die finanzielle Situation von Familien oder alleinerziehenden Familien.

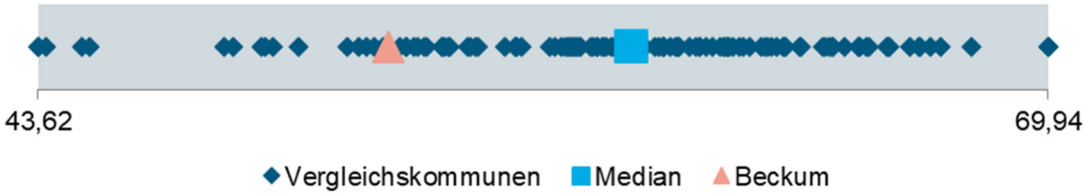
Betreuungsquote der unter 3-Jährigen in Prozent 2025



Die Betreuungsquote ist seit 2012 deutlich angestiegen. Mit 18,97 Prozent liegt die Stadt Beckum jedoch hinsichtlich der Zahl der betreuten Kinder unter drei Jahren deutlich unter dem Durchschnitt. 75 Prozent der Kommunen erreichen hier eine höhere Quote.

Die **Wahlbeteiligung bei der letzten Kommunalwahl** bezieht sich auf das Ziel SDG 16 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“. Sie zeigt an, wie inklusiv und repräsentativ kommunale Entscheidungsfindungsprozesse von der eigenen Bevölkerung wahrgenommen werden.

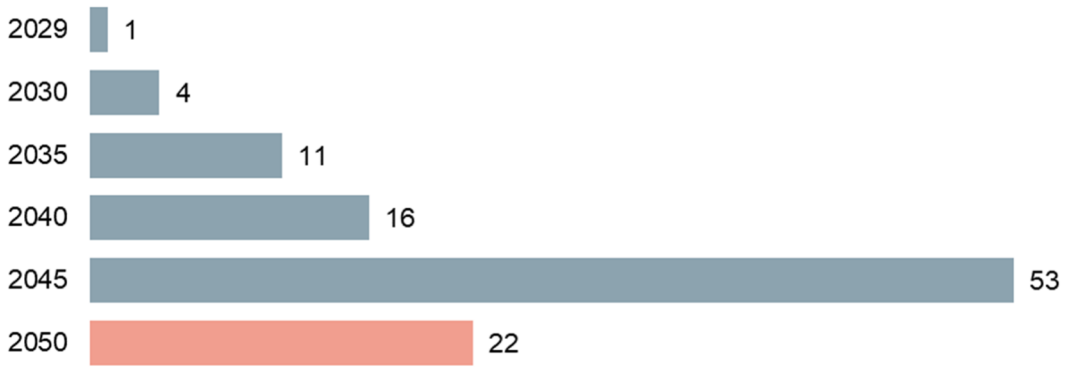
Wahlbeteiligung Kommunalwahl in Prozent 2025



Die Wahlbeteiligung ist in Beckum sowohl bei Bundestags-, Europa- und Kommunalwahl niedriger als in den Vergleichskommunen. Rund 75 Prozent der Kommunen haben eine höhere Wahlbeteiligung. Bei den Kommunalwahlen ist der mit 52,75 Prozent leicht über dem ersten Quartilswert.

Mit dem **Zieljahr des Erreichens der CO_2/THG-Neutralität** zeigt sich, bis wann die Kommune treibhausgasneutral werden will. Dies steht im Einklang mit dem Ziel SDG 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“. dazu erheben wir in allen mittleren kreisangehörigen Städten, in welchem Jahr die CO_2 /Treibhausgasneutralität erreicht werden soll.

Zieljahr der CO_2/Treibhausgas-Neutralität



Die Stadt Beckum hat entschieden, die THG-Neutralität bis zum Jahr 2050 erreichen zu wollen. Damit liegt sich fünf Jahre hinter dem von der Landesregierung avisierten Zieljahr 2045. Die Stadt Beckum ist seit 2016 eine „Masterplankommune mit kommunaler Klimaschutzstrategie“. Im Masterplan "100 % KlimaBEwusst" wird dargestellt, wie eine Reduktion der Treibhausgase um 95 % und der Endenergie um 50 % bis zum Jahr 2050 im Vergleich zum Jahr 1990 gelingen kann.[10]

Die **Steuereinnahmekraft** je Einwohnerin bzw. Einwohner ist ein Indikator für die wirtschaftliche und finanzielle Lage einer Stadt und bezieht sich auf das SDG 16 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“.

Steuereinnahmekraft je EW in Euro 2024

[10] Ergebnisbericht zum Masterplan 100% Klimaschutz Beckum

Die kommunalen Handlungsspielräume werden von der Steuerkraft der Kommunen stark beeinflusst. Die Steuereinnahmekraft je Einwohner liegt in Beckum mit 1.475 Euro im Jahr 2024 fast genau am ersten Viertelwert: 75 Prozent der Kommunen haben eine höhere Steuereinnahmekraft als Beckum.

0.6.2.2 Nachhaltigkeitsindikatorenset der Stadt Beckum im intra- und interkommunalen Vergleich

Auf den nachfolgenden Seiten bilden wir das gesamte Indikatorenset der LAG 21 als inter- und intrakommunalen Vergleich der mittleren kreisangehörigen Städte ab. Detaillierte Informationen zur Aussagekraft und Differenzierung der einzelnen Indikatoren enthält der Nachhaltigkeitsbericht der LAG 21[11]. Wenn wir für Kennzahlen keinen Wert ermitteln können, geben wir in der entsprechenden Spalte den Hinweis „keine Angabe (k. A.)“.

Aufgrund des Zensus 2022 haben alle einwohnerbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren im Jahr 2012 eine andere Datenbasis als die aktuellen Werte. Dies ist bei der Betrachtung der zeitlichen Entwicklung zu berücksichtigen. Die betroffenen Werte des Jahres 2012 sind in der Tabelle mit einem Sternchen gekennzeichnet.

[11] vgl. LAG 21, Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal 2022, https://www.lag21.de/files/default/pdf/Themen/nn-transfer-n/lag21-nrwkommunal-2022.pdf.

Nachhaltigkeitsindikatoren [12]der Stadt Beckum

Themenbereich / Indikator	Beckum 2012	Beckum aktuell	Minimum	1. Viertel-wert	2. Viertel-wert (Median)	3. Viertel-wert	Maximum	Anzahl Werte	Vergleichs-jahr
Kontextindikatoren Demografie[13]									
Bevölkerungsentwicklung bis 2050 in Prozent	k. A.	-0,17	-15,75	-6,51	-4,30	-1,03	9,85	131	2025
Abhängigenquotient (Abhängige Personen je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter)	54,76*	59,25	51,06	57,58	60,26	62,74	75,84	131	2025
Anteil der EW** 0 bis unter 21 Jahre an der Gesamtbevölkerung in Prozent[14]	21,23*	20,16	17,77	19,15	19,91	20,44	25,69	131	2025
Anteil der EW** ab 80 Jahre an der Gesamtbevölkerung in Prozent[15]	5,93*	7,31	5,16	6,62	7,26	7,95	10,19	131	2025
Bildung und Betreuung									
Schulabgehende allgemeinbildende Schulen ohne Abschluss in Prozent	10,32	12,07	0,00	3,42	5,88	9,36	21,28	131	2024
Schulabgehende allgemeinbildende Schulen mit höherem Schulabschluss[16] in Prozent	44,30	50,00	19,67	36,96	42,62	48,22	67,95	131	2024
Betreuungsquote der unter 3-Jährigen in Prozent	13,11*	18,97	10,10	18,28	22,49	26,21	39,32	131	2025

[12] vgl. LAG 21, Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal 2022, https://www.lag21.de/files/default/pdf/Themen/nn-transfer-n/lag21-nrwkommunal-2022.pdf

[13] Als Vergleichsjahr ist hier das Jahr 2025 ausgewiesen. Die gpaNRW verwendet für das Vergleichsjahr 2025 durchgängig die Einwohnerzahlen am Stichtag 31.12.2024 auf der Basis des Zensus 2022.

[14] Die gpaNRW berücksichtigt beim Jugendanteil die Bevölkerung unter 21 Jahre. Die LAG 21 stellt stattdessen die Bevölkerung unter 15 Jahren dar.

[15] Die gpaNRW berücksichtigt beim Altenanteil die Bevölkerung über 80 Jahre. Die LAG 21 stellt stattdessen die Bevölkerung über 65 Jahren dar.

[16] Als höherer Schulabschluss wird die Allgemeine Hochschulreife sowie die Fachhochschulreife berücksichtigt.

Themenbereich / Indikator	Beckum 2012	Beckum aktuell	Minimum	1. Viertel-wert	2. Viertel-wert (Median)	3. Viertel-wert	Maximum	Anzahl Werte	Vergleichs-jahr
Betreuungsquote der 3 bis unter 6-Jährigen in Prozent	92,56*	93,83	64,97	92,35	95,66	98,08	108	131	2025
Wahlen									
Wahlbeteiligung Kommunalwahl in Prozent	k. A.	52,75	43,62	55,91	59,08	61,96	69,94	131	2025
Wahlbeteiligung Bundestagswahl in Prozent	k. A.	80,89	74,91	81,35	83,64	85,18	88,61	131	2025
Wahlbeteiligung Europawahl in Prozent	k. A.	61,31	50,88	61,24	64,42	67,29	73,33	131	2024
Fläche[17]									
Siedlungs- und Verkehrsfläche je EW** in qm	580	643.	237	396	510	663	1.467	131	2024
Flächenneuinanspruchnahme (Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche seit dem Vorjahr in ha)	11,67	4,00	-23,00	0,50	3,00	9,00	49,00	131	2024
Neu erstellte Wohngebäude je 10.000 EW**	20,77*	8,90	0,36	4,27	7,11	10,13	26,46	131	2024
Klima und Energie									
Zieljahr der CO_2/Treibhausgasneutralität[18]	k. A.	2050	2029	2040	2045	2045	2050	107	2025
Anteil erneuerbare Energien am Stromverbrauch in Prozent	k. A.	77,40	5,09	10,19	22,18	42,81	359	131	2024
Mobilität									
Pendelndensaldo je 100 EW**	2,34*	-1,63	-25,95	-12,41	-6,66	-0,12	27,13	131	2025

[17] Die Erhebung für die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung erfolgt seit dem Jahr 2016 durch das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS). Zuvor lagen der Erhebung die Automatisierten Liegenschaftsbücher (ALB) zugrunde. Mit dieser Umstellung gingen auch Änderungen und Erweiterungen des Nutzungsartenkatalogs einher, sodass die verwendeten Definitionen und Abgrenzungen nicht in vollem Umfang übereinstimmen. Die Vergleichbarkeit der Werte für die Siedlungs- und Verkehrsfläche ist daher nicht in vollem Umfang gegeben.

[18] Eigene Erhebungen.

Themenbereich / Indikator	Beckum 2012	Beckum aktuell	Minimum	1. Viertel-wert	2. Viertel-wert (Median)	3. Viertel-wert	Maximum	Anzahl Werte	Vergleichs-jahr
PKW-Dichte (Zugelassene PKW je 1.000 EW**)	554*	646	540	620	643	670	1.135	131	2025
Veränderung der polizeilich erfassten Straßenverkehrs-unfälle seit dem Vorjahr in Prozent	4,78	-11,56	-33,80	-8,71	-0,44	6,31	38,00	131	2024
Kommunale Finanzen[19]									
Steuereinnahmekraft je EW** in Euro	928*	1.475	907	1.473	1.667	1.923	7.709	131	2024
Gesellschaftliche Teilhabe / Armut									
Mindestsicherungsquote[20] in Prozent	8,10*	9,10	4,80	6,65	7,80	9,55	14,60	131	2024
Arbeit und Wirtschaft									
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort je 1.000 Erwerbsfähige (Arbeitsplatzdichte)	610*	672	232	435	558	674	1.157	131	2025
Beschäftigungsquote am Wohnort in Prozent	57,31*	69,75	51,26	63,36	65,15	67,39	75,76	131	2025
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort am 30.06.	13.372	16.416	6.521	10.941	13.935	17.963	26.882	131	2025
Gewerbeanmeldungen für Neugründungen je 1.000 EW**	4,79*	6,02	4,72	6,03	6,85	7,61	15,58	131	2024
Arbeitslosenanteil in Prozent (Verhältnis der nicht er-werbstätigen Personen im erwerbstätigen Alter zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten)	8,89	8,12	4,51	6,27	7,60	8,71	14,97	131	2025

[19] Die gpaNRW analysiert im Teilbericht Finanzen die Schuldenlage der Kommunen. Die Indikatoren der LAG 21 zur Verschuldung nutzen Daten von IT.NRW. Diese Daten beinhalten teilweise andere Beurteilungen / Zuordnungen von kommunalen Beteiligungen und Eigenbetrieben als es in unserer Prüfungsdefinition und -darstellung vorgesehen ist. Daher kann es zu erheblichen Abweichungen kommen, sodass wir an dieser Stelle auf die Darstellung von Verschuldungsindikatoren verzichten und auf den Teilbericht Finanzen verweisen.

[20] Als Mindestsicherungsleistungen werden die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II, laufende Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII und Regelleistungen nach dem AsylbLG verstanden.

Themenbereich / Indikator	Beckum 2012	Beckum aktuell	Minimum	1. Viertel-wert	2. Viertel-wert (Median)	3. Viertel-wert	Maximum	Anzahl Werte	Vergleichs-jahr
Gesundheit									
Sterbefälle von Personen unter 65 Jahren je 10.000 EW**	16,34*	15,65	9,46	14,09	15,65	17,96	25,34	131	2024

* Der Wert aus dem Jahr 2012 beruht auf Daten des Zensus 2011 und ist daher mit den aktuellen (Vergleichs-)Werten auf der Basis des Zensus 2022 nur eingeschränkt vergleichbar.
** EW = Einwohnerinnen und Einwohner

1. Finanzen

1.1 Managementübersicht

Die wesentlichen Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Stadt Beckum im Prüfgebiet Finanzen stellt die gpaNRW nachfolgend zusammenfassend dar.

Die Feststellungen und Empfehlungen haben wir tabellarisch in der Anlage aufgeführt. Die Reihenfolge ist chronologisch und gibt keine Priorisierung vor.

Haushaltssituation

Von 2019 bis 2023 erzielte die Stadt Beckum durchweg positive Jahresergebnisse. Sie erreichten 2021 mit sieben Mio. Euro ihren Höchstwert. In der Folge entwickelte sich auch das Eigenkapital der Stadt positiv: Es stieg um rund 18 Mio. Euro auf insgesamt 84,7 Mio. Euro. Interkommunal verglichen ist die Eigenkapitalausstattung der Stadt überdurchschnittlich hoch.

Bereits den Jahresüberschuss 2023 konnte Beckum nur mithilfe eines außerordentlichen Ertrags nach dem NKF-CUIG[21] darstellen. 2024 erzielte die Stadt dann ein defizitäres Jahresergebnis, welches das Eigenkapital auf 81,0 Mio. Euro minderte. Der negative Trend setzt sich in der Planung fort. Mit ihrem Haushaltsplan 2025 prognostiziert die Stadt bis 2028 kumulierte Fehlbeträge von 24 Mio. Euro. Diese würden das Eigenkapital bis 2028 auf rund 57 Mio. Euro reduzieren und die Ausgleichsrücklage 2025 komplett aufzehren. Die Stadt Beckum könnte diese dann nicht mehr als Risikovorsorge zum Ausgleich defizitärer Jahresergebnisse nutzen. Unter Berücksichtigung des prognostizierten Jahresergebnisses 2025 gestaltet sich die Entwicklung besser: Das prognostizierte Jahresergebnis sieht für 2025 nur ein Defizit von 1,5 Mio. Euro anstelle von 10,6 Mio. Euro vor. Die Stadt würde die Ausgleichsrücklage erst 2026 aufzehren.

Eine Haushaltssicherungspflicht kann Beckum mit dem Haushaltsplan 2025 nur vermeiden, indem sie jährlich einen globalen Minderaufwand ansetzt und die Möglichkeit von Verlustvorträgen nutzt. Der Einsatz von Verlustvorträgen unterliegt der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

[21] Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte in Nordrhein-Westfalen (NKF-COVID-19-Ukraine-Isiolierungsgesetz – NKF-CUIG)

Beckums Gesamtverbindlichkeiten Konzern liegen einwohnerbezogen unter dem Durchschnitt. Sie basieren zu einem großen Teil auf Verbindlichkeiten der Mehrheitsbeteiligungen. Im Kernhaushalt bilanziert die Stadt Beckum bis 2023 nur Förderkredite, für die das Land die Zins- und Tilgungsleistungen trägt. Zur Finanzierung ihrer Investitionsvorhaben hat die Stadt 2024 einen Investitionskredit von rund sieben Mio. Euro aufgenommen. Bis 2028 plant die Stadt einen deutlichen Anstieg ihrer Kreditverbindlichkeiten. Neben weiteren Investitionskrediten zur Finanzierung geplanter Investitionsvorhaben, wird die Stadt voraussichtlich auch Liquiditätskredite benötigen.

Bisher war Beckum finanziell gut aufgestellt. Die gpaNRW sieht künftig jedoch Handlungsbedarf für die Stadt Beckum einen Beitrag zu leisten, ihren Haushalt durch Konsolidierungsmaßnahmen zu stabilisieren. Dieser ergibt sich vor allem aus den für die kommenden Jahre geplanten negativen Jahresergebnissen und dem daraus resultierenden Eigenkapitalverzehr. Daneben führt das steigende Kreditvolumen zu höheren Zins- und Tilgungslasten, die zukünftige Haushalte belasten.

Haushaltssteuerung

Der Rat der Stadt Beckum hat 2025 eine Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Ein Nachhaltigkeitshaushalt existiert bislang nicht. Auch Nachhaltigkeitsziele sind im Haushalt noch nicht abgebildet. Mit der Nachhaltigkeitsstrategie könnte die Stadt künftig Ziele und Kennzahlen erweitern und so einen Nachhaltigkeitshaushalt entwickeln, der Finanzmittel gezielt mit Nachhaltigkeitszielen verknüpft.

Die Stadt Beckum führt bereits Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durch, hat jedoch keine verbindlichen Wertgrenzen oder einheitlichen Verfahrensstandards festgelegt. Um Entscheidungen transparenter, vergleichbarer und effizienter zu gestalten, sollte sie klare Regelungen zu Prozessen, Zuständigkeiten und Dokumentationspflichten einführen. Einheitliche Mindeststandards und Arbeitshilfen würden die Qualität und Nachvollziehbarkeit zukünftiger Investitionsentscheidungen erhöhen.

Die Stadt Beckum steuert ihr Kreditmanagement über eine verbindliche Dienstanweisung, die Zuständigkeiten, Verfahren und Verwaltung von Investitions- und Liquiditätskrediten klar regelt. Ziel ist es, die Liquidität sicherzustellen, Investitionen bedarfsgerecht zu finanzieren und Risiken wie Zinsänderungs- oder Klumpenrisiken zu minimieren. Investitionskredite schreibt die Stadt grundsätzlich aus. Liquiditätskredite deckt sie vorrangig intern im Liquiditätsverbund mit den städtischen Eigenbetrieben. Soweit dies nicht möglich ist, nimmt sie externe Kredite nur innerhalb klar definierter Rahmenbedingungen auf. Beckum hat ein quartalsweises Berichtswesen etabliert, das den Entscheidungstragenden eine effektive Steuerung des Kreditportfolios ermöglicht.

Für ihr Anlagemanagement hat die Stadt Beckum bislang keinen schriftlichen Handlungsrahmen. Eine klare strategische Ausrichtung ist jedoch notwendig, um Entscheidungen nachvollziehbar zu gestalten, Risiken zu steuern und die finanzielle Handlungsfähigkeit nachhaltig zu sichern.

1.2 Aufbau des Teilberichtes

Die Kapitel dieses Teilberichtes beginnen mit einer wertenden Aussage zu unserem Prüfungsergebnis. Wertungen, die eine Stellungnahme der Stadt nach § 105 Abs. 6 und 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) notwendig machen, bezeichnen wir als **Feststellung**.

Anschließend folgt *kursiv* gedruckt die **Sollvorstellung.** Die Sollvorstellung stellt die Inhalte und das Prüfungsziel im Kapitel dar. Sie ist allgemein formuliert und grundsätzlich für alle Städte gültig, z. B. auf Basis der aktuell geltenden Gesetzeslage.

Ausgehend von diesem Soll analysieren wir die individuelle Situation in der geprüften Stadt und weisen dabei erkannte Verbesserungspotenziale als **Empfehlung** aus.

Weitere allgemeine Ausführungen zur Struktur der Teilberichte stehen im Vorbericht.

1.3 Inhalte, Ziele und Methodik

Im Prüfgebiet Finanzen gibt die gpaNRW einen Kurzüberblick über die Haushaltssituation der Stadt Beckum. Methodisch stellt die gpaNRW wesentliche Kennzahlen zur Haushaltssituation im Zeitverlauf und interkommunalen Vergleich dar.

Sie beantwortet darüber hinaus folgende Fragen zur Haushaltssteuerung:

- Hat die Stadt Nachhaltigkeitsziele und -kennzahlen in ihrem Haushalt integriert?
- Führt die Stadt bei Investitionsentscheidungen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen routine- und standardmäßig durch?
- Beschäftigt sich die Stadt mit den relevanten Anforderungen ihres Kredit- und Anlageportfolios?

In der Anlage dieses Teilberichts liefern ergänzende Tabellen zusätzliche Informationen. Diese zeigen neben der Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen aus der aktuellen Prüfung die Zusammensetzung und Entwicklung einzelner (Bilanz-)Posten sowie ergänzende Berechnungen.

1.4 Haushaltssituation

Die gpaNRW stellt die Haushaltssituation auf Basis der festgestellten Jahresabschlüsse 2019 bis 2024 dar.

Für die Plandaten berücksichtigen wir den bekannt gemachten Haushaltsplan 2025 einschließlich der mittelfristigen Haushaltsplanung bis 2028.

1.4.1 Haushaltsstatus

→ Mit der Haushaltsplanung 2025 kann die Stadt Beckum kann eine Haushaltssicherungspflicht nur dadurch vermeiden, dass sie globale Minderaufwände und Verlustvorträge anwendet. Die Anwendung der Verlustvorträge unterliegt der Genehmigungspflicht der Aufsichtsbehörde.

Haushaltsstatus Beckum 2019 bis 2025

Haushaltsstatus*	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025**
Ausgeglichener Haushalt	X	X	X	X	X		
Fiktiv ausgeglichener Haushalt						X	
Genehmigungspflichtige Verringerung der allgemeinen Rücklage							
Genehmigungspflichtiger Verlustvortrag							X

* Der Haushaltsstatus in den Ist-Jahren bis 2024 bemisst sich am Jahresergebnis, der Haushaltsstatus in den Plan-Jahren ab 2025 am Haushaltsplan.
** Die gpaNRW stellt in der Tabelle den Haushaltsstatus mit der höheren Restriktion dar. Der Haushalt der Stadt Beckum ist 2025 noch fiktiv ausgeglichen. In der mittelfristigen Haushaltsplanung berücksichtigt die Stadt Verlustvorträge. Diese unterliegen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Die Höhe der Ausgleichsrücklage und der allgemeinen Rücklage zeigen, inwieweit die Stadt aktuell und in den kommenden Jahren negative Jahresergebnisse ausgleichen kann.

Jahresergebnisse und Rücklagen 2024 bis 2028

Grund- und Kennzahlen	2024	2025	2026	2027	2028
Jahresergebnis*	-3.819	-1.500**	-5.525	-4.377	-3.988
Ausgleichsrücklage in Tausend Euro	9.519	8.019	2.494	0,00	0,00
Verlustvortrag gem. § 78 Abs. 2 Satz 1 Nummer 2 GO NRW in Tausend Euro	0,00	0,00	0,00	--1.883	-3.988
Bilanzieller Verlustvortrag in Tausend Euro	0,00	0,00	0,00	--1.883	--5.871
Allgemeine Rücklage in Tausend Euro	71.487	71.487	64.006***	64.006	64.006
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Tausend Euro	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Veränderung der Ausgleichsrücklage durch das Jahresergebnis in Tausend Euro	-3.819	-1.500	-2.494	0,00	0,00
Veränderung der allgemeinen Rücklage durch das Jahresergebnis in Tausend Euro	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Veränderung der allgemeinen Rücklage durch Verrechnung vorgetragener Verluste in Tausend Euro	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verringerung der allgemeinen Rücklage des Vorjahres durch das Jahresergebnis und die Verrechnung vorgetragener Verluste in Tausend Euro	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Grund- und Kennzahlen	2024	2025	2026	2027	2028
Verringerung der allgemeinen Rücklage des Vorjahres durch das Jahresergebnis und vorgetragene Verluste in Prozent	keine Verringerung	keine Verringerung	keine Verringerung	keine Verringerung	keine Verringerung
Fehlbetragsquote in Prozent	4,51	1,85	6,95	6,58	6,42

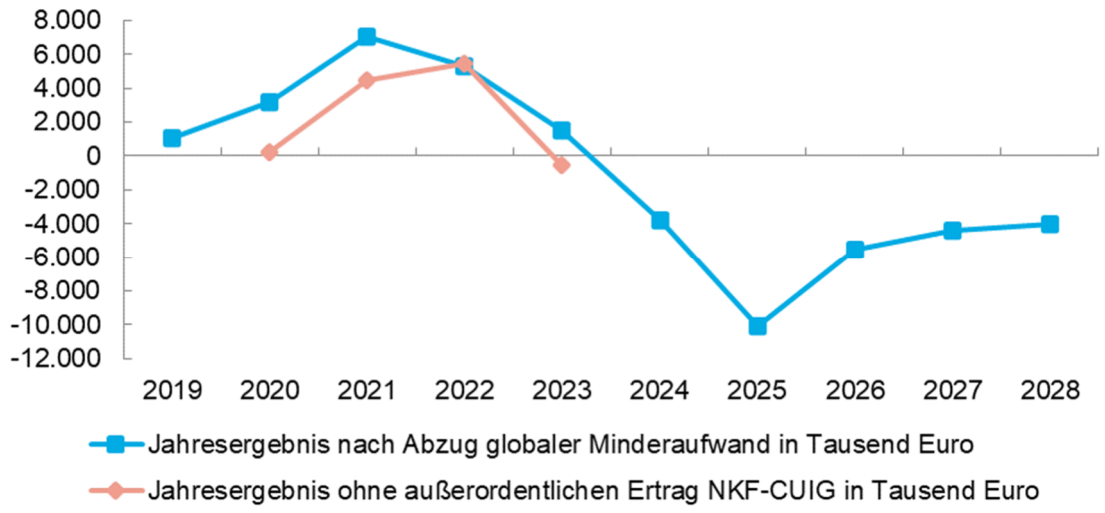
2024: IST, ab 2025: PLAN
* Die Jahresergebnisse im PLAN berücksichtigen die Jahresergebnisse nach Abzug globaler Minderaufwand. Die gpaNRW nimmt den Verwendungsbeschluss vorweg und ordnet die Jahresergebnisse direkt der Ausgleichsrücklage bzw. der allgemeinen Rücklage zu.
** Bei dem angegebenen Wert handelt es sich um einen Prognosewert zum Jahresergebnis 2025. Die gpaNRW schreibt die Entwicklung der Rücklagen und Verlustvorträge in dieser Tabelle auf dieser Basis fort. Die Verlustvorträge entsprechen nicht den von der Stadt Beckum ursprünglich im Haushaltsplan 2025 geplanten Verlustvorträgen.
*** Der Wert der allgemeinen Rücklage 2026 berücksichtigt die von der Stadt Beckum geplante, erfolgsneutrale Verrechnung der Bilanzierungshilfe nach dem NKF-CUIG

1.4.2 Ist-/ Plan-Ergebnisse

- Die Jahresergebnisse der Stadt Beckum waren in den Jahren 2019 bis 2023 durchgehend positiv. Zum Teil konnte die Stadt die Jahresüberschüsse nur mithilfe der außerordentlichen Erträge nach dem NKF-CUIG darstellen. Interkommunal verglichen erzielt die Stadt Beckum in vier von fünf Jahren bessere Jahresergebnisse je Einwohnerin bzw. Einwohner als 50 Prozent der übrigen Städte. Trotz Verbesserungen gegenüber der Planung erzielte die Stadt mit dem Jahresabschluss 2024 ein Defizit. Hierdurch verschlechtert sich auch die Positionierung im interkommunalen Vergleich.

- Auch zukünftig geht die Stadt von einer schlechteren Haushaltssituation aus. Sie plant bis zum Ende der mittelfristigen Haushaltsplanung 2028 jährlich Defizite in Höhe von durchschnittlich sechs Mio. Euro.

Jahresergebnisse sowie Jahresergebnisse ohne außerordentlichen Ertrag nach dem NKF-CUIG Beckum in Tausend Euro 2019 bis 2023

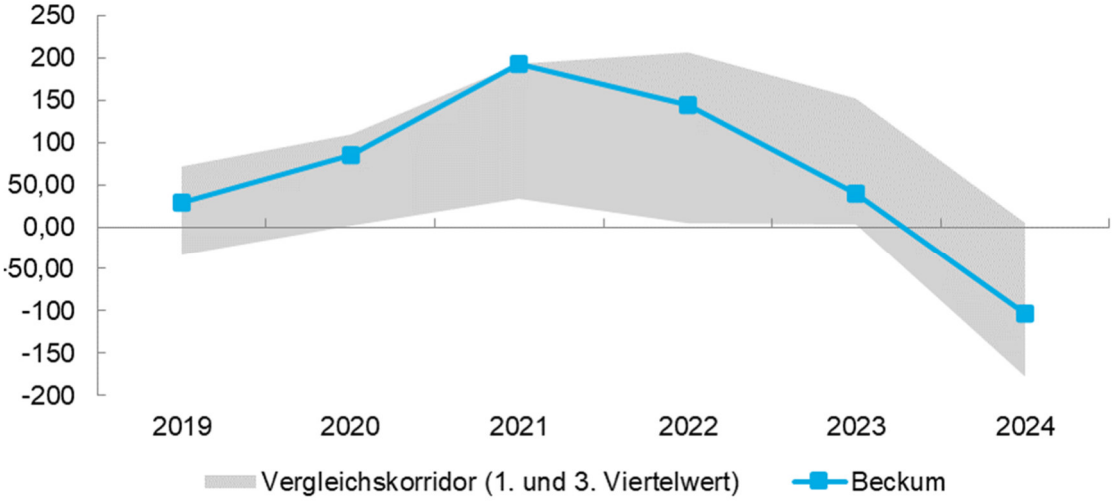


* bis 2024: IST, ab 2025: PLAN
** Die Plan-Jahre berücksichtigen die Jahresergebnisse nach Abzug globaler Minderaufwand

Die einzelnen Jahresergebnisse stehen in der Tabelle 2 in der Anlage dieses Teilberichts.

Interkommunal verglichen positioniert sich die Stadt Beckum wie folgt:

Jahresergebnis je EW* in Euro 2019 bis 2024

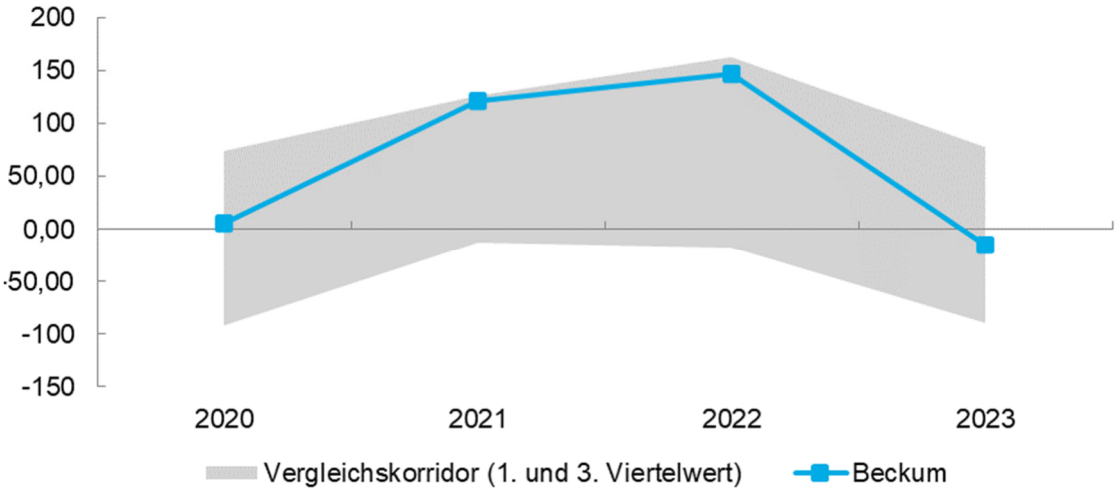


* Einwohnerin bzw. Einwohner

Die einzelnen Werte stehen in der Tabelle 3 im Anhang dieses Teilberichts.

Der Vergleichskorridor erfasst den Wertebereich der Städte zwischen dem ersten und dritten Viertelwert. Oberhalb und unterhalb des Vergleichskorridors liegen die jeweils 25 Prozent der Städte mit den höchsten bzw. niedrigsten Werten.

Jahresergebnis ohne außerordentlichen Ertrag NKF-CUIG je EW in Euro 2020 bis 2023*



* Die gpaNRW stellt den interkommunalen Vergleich der Jahresergebnisse ohne außerordentlichen Ertrag NKF-CUIG je EW nur für die Jahre dar, in denen eine Isolierung der Pandemie- und kriegsbedingten Haushaltsbelastungen möglich war.

Die einzelnen Werte stehen in der Tabelle 4 im Anhang dieses Teilberichts.

Einen Einfluss auf die Höhe der Steuererträge und der Jahresergebnisse haben die festgelegten Steuerhebesätze. Im Vergleich positioniert sich die Stadt Beckum mit ihren gewählten Hebesätzen wie folgt:

Hebesätze Beckum in von Hundert 2024

Steuerart	Beckum	Durchschnittswert der Größenklasse lt. IT.NRW	Durchschnittswert des Kreises	Durchschnittswert des Regierungsbezirks	fiktiver Hebesatz
Grundsteuer A	279	320	275	303	259
Grundsteuer B	519	621	519	608	501
Gewerbesteuer	435	436	430	455	416

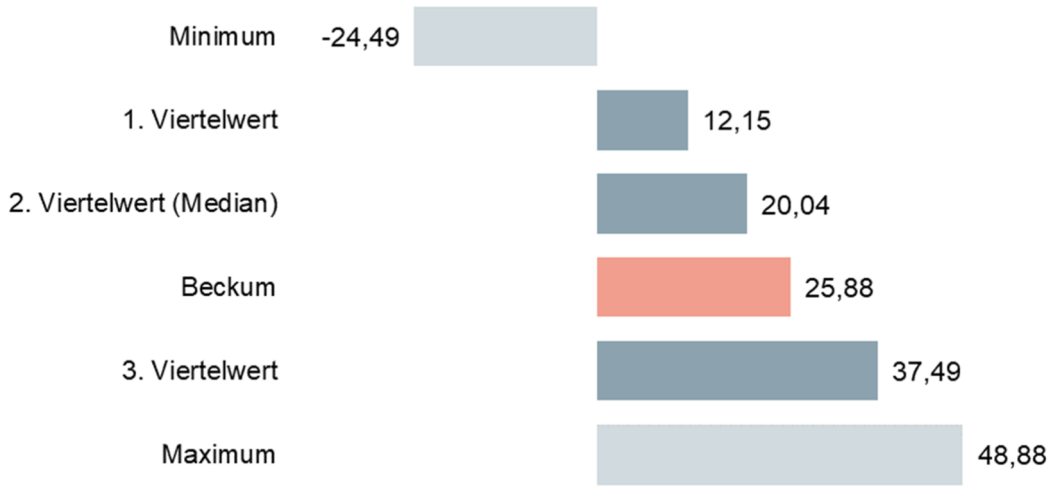
Zum 1. Januar 2025 erfolgte eine Reform der Grundsteuer. Ziel des Bundesgesetzgebers war es, dass die Grundsteuerreform insgesamt aufkommensneutral gestaltet werden soll. Die Stadt Beckum hat differenzierte Hebesätze für Wohngebäude und Nichtwohngebäude gewählt. 2025 hat sie die vom Land Nordrhein-Westfalen berechneten, aufkommensneutralen Hebesätze gewählt: Für die Grundsteuer B für Nichtwohngrundstücke berücksichtigt sie einen Hebesatz von 1.110 v. H. und für die Grundsteuer B für Wohngrundstücke einen Hebesatz von 607 v. H. Hebesatzpunkten. Den Hebesatz für die Gewerbesteuer lässt sie unverändert bei 435 v. H. Hebesatzpunkten, den für die Grundsteuer A setzt sie auf 331 v. H. Hebesatzpunkten fest.

1.4.3 Eigenkapital

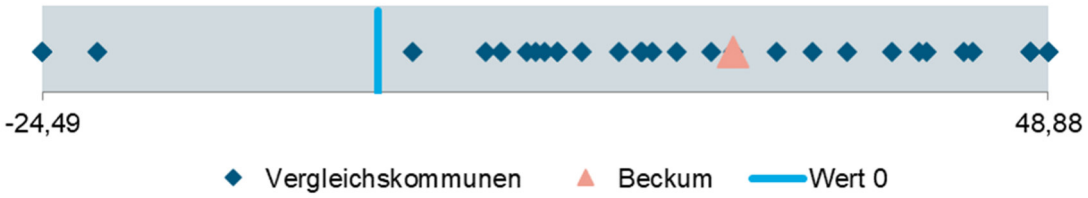
- Insbesondere die in Summe positiven Jahresergebnisse haben das Eigenkapital der Stadt Beckum von 2019 bis 2024 um 14,2 Mio. Euro auf 81,0 Mio. Euro erhöht. Bezogen auf die Bilanzsumme ist das Eigenkapital überdurchschnittlich hoch.
- Die geplanten Defizite werden das Eigenkapital der Stadt Beckum um 24,0 Mio. Euro reduzieren und die Ausgleichsrücklage aufzehren, sollten sie tatsächlich eintreten. Die Stadt Beckum könnte die Ausgleichsrücklage dann nicht mehr als Risikovorsorge zum Ausgleich defizitärer Jahresergebnisse nutzen.

Die einzelnen Positionen zum Eigenkapital stehen in der Tabelle 5 im Anhang dieses Teilberichts.

Eigenkapitalquote 1 in Prozent 2024



In den interkommunalen Vergleich sind 29 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



Weitere Eigenkapitalkennzahlen 2024

Kennzahlen	Beckum	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Eigenkapitalquote 1 ohne Bilanzierungshilfe NKF-CUIG in Prozent	24,06	-27,02	9,25	18,71	36,84	48,43	29
Eigenkapitalquote 2 in Prozent	58,37	-5,40	36,60	47,14	58,37	81,22	29
Eigenkapitalquote 2 ohne Bilanzierungshilfe NKF-CUIG in Prozent	57,36	-7,54	33,47	45,96	57,36	81,11	29
Ausgleichsrücklage je EW in Euro	257	0,00	123	302	1.037	2.754	29

1.4.4 Verbindlichkeiten

- Die Gesamtverbindlichkeiten Konzern der Stadt Beckum sind unterdurchschnittlich hoch. Ein Großteil der Verbindlichkeiten ist dabei auf die Mehrheitsbeteiligungen der Stadt Beckum zurückzuführen. Im Kernhaushalt bilanziert die Stadt 2023 nur Kredite aus dem Landesprogramm „Gute Schule 2020“, für das das Land die Zins- und Tilgungsleistungen trägt. 2024 nimmt sie einen weiteren Investitionskredit in Höhe von rund sieben Mio. Euro auf.

- Für die Jahre 2025 bis 2028 plant die Stadt Beckum einen deutlichen Anstieg ihrer Kreditverbindlichkeiten. Neben Investitionskrediten zur Finanzierung ihrer geplanten Investitionsvorhaben wird die Stadt voraussichtlich auch Liquiditätskredite benötigen.

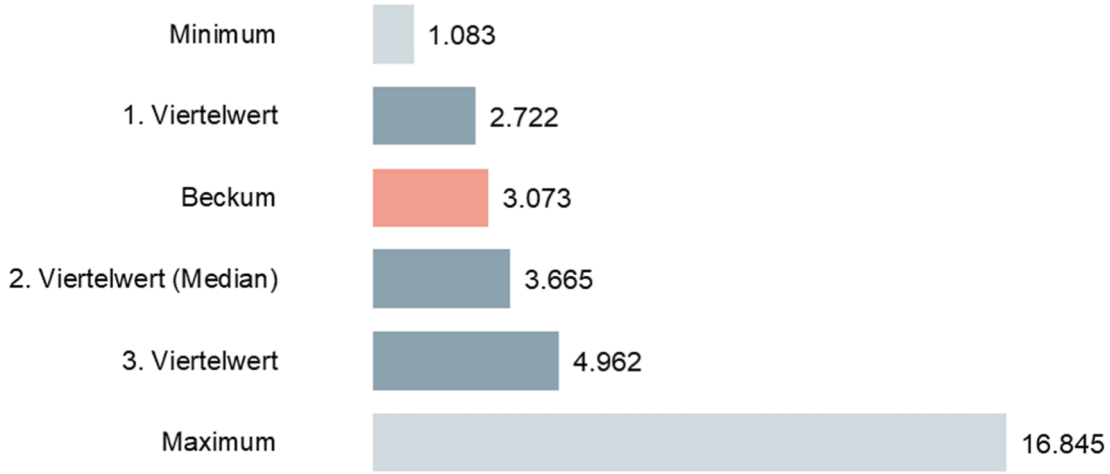
Für die Berechnung der Gesamtverbindlichkeiten 2023 hat die gpaNRW die Verbindlichkeiten des Kernhaushaltes der Stadt Beckum mit denen der Mehrheitsbeteiligungen und Sondervermögen unter Berücksichtigung wesentlicher Verflechtungen saldiert.

Die so ermittelten Verbindlichkeiten hat die gpaNRW mit den Gesamtverbindlichkeiten anderer Städte verglichen. Soweit von anderen Städten nur hilfsweise errechnete Verbindlichkeiten des Konzerns vorlagen, hat die gpaNRW diese Verbindlichkeiten in den Vergleich einbezogen.

Die einzelnen Positionen der Gesamtverbindlichkeiten Konzern stehen in der Tabelle 6 im Anhang dieses Teilberichts.

Interkommunal verglichen positioniert sich die Stadt Beckum mit ihren Gesamtverbindlichkeiten Konzern wie folgt:

Gesamtverbindlichkeiten Konzern je EW in Euro 2023



In den interkommunalen Vergleich sind 46 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

Die geplanten Salden der Finanzplanung zeigen, inwieweit eine Stadt zukünftig in der Lage ist, eigenständig Investitionen und Darlehenstilgungen zu finanzieren oder ob sie hier auf eine Fremdfinanzierung angewiesen ist.

Salden der Finanzplanung Beckum in Tausend Euro 2025 bis 2028

Grund- und Kennzahlen	2025	2026	2027	2028
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-6.367	-1.959	-2.328	-2.324
Saldo aus Investitionstätigkeit	-20.346	-25.238	-28.831	-25.368
Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag	-26.712	-27.198	-31.159	-27.691
Saldo aus Finanzierungtätigkeit	26.712	27.198	31.159	27.691
Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	0	0	0	0

1.4.5 Haushaltskonsolidierung

Um auch in schwierigeren Zeiten einen Haushaltsausgleich zu erreichen, sollte eine Stadt freiwillige Leistungen und Standards, die über das rechtlich notwendige Maß hinausgehen, auf den Prüfstand stellen. Dies bedarf einer kritischen Aufgabenanalyse und Prioritätensetzungen. Dies gilt insbesondere für Städte, die ihre Ausgleichsrücklage verbraucht haben und haushaltsrechtlichen Einschränkungen unterliegen. Eine Stadt kann im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts zwar entscheiden, freiwillige Leistungen weiter zu erbringen. In diesen Fällen sollten jedoch Kompensationsmaßnahmen möglichst einen ausgeglichenen Haushalt sicherstellen sowie eine Überschuldung vermeiden.

Auskunftsgemäß befindet sich die Stadt Beckum seit Jahren in einem Konsolidierungsprozess. Der Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss beschloss in seiner Sitzung vom 30. Januar 2024 als politische Maßgabe im Rahmen der Beratung des Haushaltes 2024: „Neue (Dauer-)Aufgaben und Ausgaben sollen nur dann aufgenommen werden, wenn sie als zwingend notwendig beziehungsweise zum Erhalt der Infrastruktur unverzichtbar erkannt werden.“ Weitere Konsolidierungen seien grundsätzlich anzustreben. Der Stadt Beckum ist es wichtig, dass die Entwicklungsfähigkeit der Stadt gewahrt bleibt. Aufgrund der in der Vergangenheit bereits durchgeführten Konsolidierung werde es nach Angaben der Stadt schwierig, erneut substanzielle Erfolge in diesem Bereich zu erzielen. Nicht zuletzt bedürfe es der meist zeitaufwändigen Abstimmung mit den politischen Entscheidungstragenden.

1.4.5.1 gpa-Kennzahlenset

Anhand des gpa-Kennzahlensets können die Städte frühzeitig Entwicklungen erkennen und diesen bei Bedarf entgegensteuern – oder aber positive Entwicklungen weiter vorantreiben. Das gpa-Kennzahlenset dient somit als Indikator und Steuerungshilfe. Die Städte können die Kennzahlen für die strategische und operative Steuerung nutzen und sie in die Haushaltspläne und Jahresabschlüsse integrieren.

In manchen Handlungsfeldern kann das gpa-Kennzahlenset zudem Ansätze für mögliche Konsolidierungsfelder bieten. Wir verweisen auf den Teilbericht 7 „gpa-Kennzahlenset“. In dieser Prüfungsrunde stellt die gpaNRW für die ausgewählten Handlungsfelder besonders aussagekräftige und steuerungsrelevante Kennzahlen im interkommunalen Vergleich dar:

- Haushaltssituation,
- Zahlungsabwicklung und Vollstreckung,
- Gremienarbeit,
- Personal,
- Informationstechnik,
- Schulen Bewirtschaftung,
- Soziales,
- Hilfe zur Erziehung,
- Tagesbetreuung für Kinder,
- Spiel- und Bolzplätze,
- Bauaufsicht,
- Park- und Gartenanlagen sowie
- Straßenbegleitgrün.

Ebenso ermöglicht die gpaNRW die Fortschreibung der eigenen Kennzahlen über ein entsprechendes Tool auf ihrer Internetseite.

1.4.5.2 NKF-Kennzahlenset

Das **NKF-Kennzahlenset NRW** ermöglicht einer Stadt darüber hinaus eine sachgerechte Beurteilung ihrer wirtschaftlichen Lage anhand einheitlicher Kriterien. Die gpaNRW stellt auf ihrer Internetseite ein Excel-Dokument zum Ermitteln der NKF-Kennzahlen bereit. Zudem stellt sie dort interkommunale Vergleichswerte der Kennzahlen zur Verfügung.

1.5 Haushaltssteuerung

Im folgenden Abschnitt betrachtet die gpaNRW die nachhaltige Haushaltssteuerung der Stadt Beckum anhand der Themen „Nachhaltigkeitshaushalt“ und „Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bei Investitionsentscheidungen“. Des Weiteren prüfen wir, ob die Stadt Regelungen zum Kredit- und Anlagemanagement getroffen hat.

1.5.1 Nachhaltigkeitshaushalt

Die Städte befinden sich in einer frühen Phase der Implementierung einer wirkungsorientierten Nachhaltigkeitssteuerung. Prozesse zur Nachhaltigkeitssteuerung müssen noch etabliert werden und sich bewähren. Entsprechend treffen wir in dieser Prüfung keine Feststellungen und geben keine Empfehlungen zum Thema Nachhaltigkeitshaushalt. Für die gpaNRW steht im Vordergrund, durch die Darstellung unterschiedlicher Lösungsansätze und Umsetzungsstände zu einem Ideen- und Erfahrungsaustausch unter den Städten beizutragen.

Die Grundlage für einen Nachhaltigkeitshaushalt ist die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie durch die Stadt, in der spezifische Ziele festgelegt werden. Detaillierte Informationen zur Strategie und den Zielen sind im Vorbericht zu finden.

Der Nachhaltigkeitshaushalt baut auf dem produktorientierten bzw. wirkungsorientierten Haushalt, den die Städte bereits im Rahmen der NKF-Einführung implementiert haben, auf. Zudem stellt der Nachhaltigkeitshaushalt dar, welche finanziellen Ressourcen auf Produktebene aufgewendet werden müssen, um die Ziele zu erreichen. Da der Nachhaltigkeitshaushalt eine Form der wirkungsorientierten Steuerung sein kann, sollte er in bereits vorhandene Strukturen eines wirkungsorientierten Haushaltes integriert werden. Dadurch werden Parallelstrukturen vermieden.

→ Die Stadt Beckum hat eine Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet. Sie hat das Thema Nachhaltigkeit noch nicht mithilfe von Zielen und Kennzahlen mit dem Haushalt verknüpft.

Der Rat der **Stadt Beckum** hat am 10. Juli 2025 eine Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet. Zudem hat der Rat bereits 2013 den Masterplan „Erneuerbare Energien“ beschlossen. Weitere Informationen zu den Nachhaltigkeitsinstrumenten enthält der Teilbericht „0. Vorbericht“ im Kapitel „0.6.1 Nachhaltigkeitsinstrumente“.

Einen Nachhaltigkeitshaushalt hat Beckum nicht. In ihrem Haushalt bildet die Stadt bislang auch keine fachbezogenen Ziele und Kennzahlen zur Nachhaltigkeit aus den einzelnen Bereichen, wie z. B. Soziales oder Mobilität, ab. Allgemeine Ziele und Kennzahlen zu ihren Produkten hat sie jedoch innerhalb des Haushalts festgelegt. Auf Basis ihrer Nachhaltigkeitsstrategie könnte Beckum die vorhandenen Ziele und Kennzahlen ergänzen. Die Stadt könnte auf dieser Basis einen Nachhaltigkeitshaushalt entwickeln, der die finanziellen Mittel mit den Nachhaltigkeitszielen und –kennzahlen verknüpft.

1.5.2 Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen

Eine Stadt kann durch routinemäßige Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen ein effizientes Verwaltungshandeln und eine nachhaltig ausgerichtete Haushaltswirtschaft im Sinne des § 75 Abs. 1

GO NRW unterstützen. Insbesondere bei Investitionen, die die Haushaltslage über einen langen Zeitraum belasten können, sind Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen im Vorfeld der Investitionsentscheidung sinnvoll.

Wirtschaftlichkeit ist das günstigste Verhältnis zwischen dem verfolgten Zweck einer Maßnahme und den einzusetzenden Mitteln. Die Stadt sollte sich systematisch und sorgfältig mit den wirtschaftlichen Auswirkungen aller Maßnahmen auseinandersetzen. Es gilt das Minimalprinzip: Die Stadt sollte das vorgegebene Ziel mit möglichst wenig Mitteln erreichen. In dieser Prüfung konzentriert sich die gpaNRW auf Investitionen, da Investitionsentscheidungen in der Regel nur schwer wieder rückgängig gemacht werden können. Dabei sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass auch alle Alternativen berücksichtigt werden, die anstelle einer Investition getroffen werden könnten, zum Beispiel Mieten und Leasing. Aufwand und die Methodik der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sollten in einem angemessenen Verhältnis zur Maßnahme stehen. Der nordrhein-westfälische Verordnungsgeber sieht daher in § 13 Abs. 1 KomHVO NRW eine Festlegung von Wertgrenzen durch den Rat vor. Vor der Veranschlagung von Investitionen oberhalb der Wertgrenze soll ein Wirtschaftlichkeitsvergleich mehrerer in Frage kommender Möglichkeiten vorliegen.

Üblicherweise beginnt eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung mit einer Analyse der Ausgangslage und des Handlungsbedarfes. Daraus können konkrete Ziele, Prioritäten und etwaige Zielkonflikte erarbeitet und die relevanten Handlungsalternativen abgeleitet werden. Die Handlungsalternativen werden im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsberechnung mithilfe geeigneter Methoden miteinander verglichen. Nach Abschluss der Maßnahme können in einer abschließenden Erfolgskontrolle Erfahrungen für die Durchführung zukünftiger Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen gewonnen werden.

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum führt regelmäßig Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durch. Sie hat noch keine verbindlichen Wertgrenzen nach § 13 Abs. 1 KomHVO NRW, oberhalb derer Wirtschaftlichkeitsvergleiche erforderlich sind, oder Verfahrensstandards schriftlich festgelegt.

Eine Stadt sollte routinemäßig Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchführen. Dazu sollte sie den gesamten Prozess einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung systematisch, transparent, vergleichbar, objektiv, vollständig und nachvollziehbar ausgestalten. Die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sollten den politischen Entscheidungstragenden adressatengerecht kommuniziert werden. Nach § 13 Abs. 1 KomHVO NRW sollte der Rat einer Stadt Wertgrenzen festlegen, ab welcher Investitionshöhe ein Wirtschaftlichkeitsvergleich gefordert wird. Unterhalb der Wertgrenze sollten mindestens Kostenberechnungen vorliegen und Folgekosten bewertet werden.

Die **Stadt Beckum** hat bisher keine Wertgrenze für die Einzelveranschlagung von Investitionen nach § 4 Abs. 4 S. 3 KomHVO NRW festgelegt. Auch eine verbindliche Wertgrenze für verpflichtende Wirtschaftlichkeitsvergleiche nach § 13 Abs. 1 KomHVO NRW fehlt. Ohne diese Grenzen muss die Stadt vor jeder Investition einen Wirtschaftlichkeitsvergleich durchführen. Dabei sind mindestens die Anschaffungs- oder Herstellungskosten sowie die Folgekosten zu vergleichen.

Liegt eine Investition unterhalb einer festgelegten Grenze, genügt nach § 13 Abs. 3 KomHVO NRW eine einfache Kostenberechnung. Um den Verwaltungsaufwand zu verringern, sollte der Rat daher eine Wertgrenze beschließen.

Der Gesetzgeber macht keine Vorgaben zum Umfang der Kostenberechnung. Die Stadt kann selbst bestimmen, wie detailliert sie diese durchführt. Auch unterhalb der Wertgrenze ist es sinnvoll, die Folgekosten zu berücksichtigen. Dazu gehören der Kapitaldienst, Abschreibungen sowie laufende Aufwendungen für Unterhaltung, Wartung und Betrieb des Vermögensgegenstandes.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte Wertgrenzen nach § 13 Abs. 1 KomHVO NRW festlegen. Oberhalb dieser ist ein Wirtschaftlichkeitsvergleich verpflichtend.

Der Rat kann die Wertgrenzen per Beschluss z. B. in der Hauptsatzung oder in der Haushaltssatzung festlegen. Dabei kann er unterschiedliche Grenzen für Baumaßnahmen und für die Anschaffung beweglicher Güter bestimmen.

Die Stadt Beckum prüft die Wirtschaftlichkeit von Investitionsentscheidungen auch ohne festgelegte Wertgrenzen. Sie legt dabei besonderes Augenmerk auf Vorhaben mit erheblichen und langfristigen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Die Fachdienste führen die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen eigenverantwortlich durch. Mit der Erstellung größerer Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen betraut die Stadt in der Regel externe Unternehmen.

Die meisten Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen beziehen sich auf Bauprojekte. Mit der steigenden Zahl größerer Bauprojekte nimmt auch die Zahl der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen zu. Darüber hinaus hat die Stadt bereits Untersuchungen in weiteren Bereichen vorgenommen – etwa bei Liegenschaften, der Beschaffung von Dienstfahrzeugen und dem Support der schulischen Informationstechnik.

Die Stadt Beckum hat zuletzt für folgende Maßnahmen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen erstellt:

- Maßnahmen zur Umsetzung der 1. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes 2015 (Neubau Feuer- und Rettungswachen in Beckum und Neubeckum, Ertüchtigung des Feuerwehrgerätehauses in Vellern),
- Neubau Sonnenschule sowie
- ergebnisoffene Prüfung einer möglichen Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht.

Beckum legt großen Wert darauf, dass alle Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen den rechtlichen Anforderungen entsprechen. Sie sollen entweder die Investitionsentscheidung („Lease or buy“) oder den gesamten Lebenszyklus des betrachteten Objektes berücksichtigen.

Über die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen informiert die Verwaltung die Politik.

Die Fachdienste dokumentieren die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen eigenständig. Bisher existieren noch keine schriftlichen Regelungen zum Ablauf von

Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen. Eine klare Prozessbeschreibung würde helfen, die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen systematisch, transparent, vergleichbar, objektiv, vollständig und nachvollziehbar zu gestalten.

Darüber hinaus wären theoretische Grundlagen, praxisnahe Hinweise, Beispiele und Hilfsmittel zur Unterstützung der Fachdienste hilfreich. Diese Instrumente erhöhen die Sicherheit bei der Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen. Um Ressourcenengpässen, Fehleinschätzungen und einer eingeschränkten Auswahl von Alternativen vorzubeugen, sollten alle relevanten Akteure frühzeitig in den Prozess eingebunden werden.

Der Umfang einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sollte sich nach der jeweiligen Wertgrenze richten. Dabei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- einzubeziehende Akteure,
- Abstimmungsprozesse,
- Methode der Wirtschaftlichkeitsberechnung und
- Dokumentationspflichten.

So bleibt der Aufwand der Untersuchung in einem angemessenen Verhältnis zur jeweiligen Maßnahme.

Eine klare und vollständige Dokumentation ist entscheidend für die Begründung und spätere Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen. Alle Schritte – von der Bedarfsfeststellung bis zur Erfolgskontrolle – sollten verständlich dokumentiert und in den Fachdiensten zugänglich sein. Ein einheitlicher Dokumentationsstandard erleichtert Verwaltung und Politik die Nachvollziehbarkeit und unterstützt eine transparente Entscheidungsfindung.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte verbindliche Regelungen zu Mindeststandards für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen festlegen oder den Fachdiensten Arbeitshilfen zur Verfügung stellen.

Eine solche Regelung könnte insbesondere folgende Inhalte umfassen:

- Pflicht zur Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bei der Planung von finanzwirksamen Maßnahmen,
- Anlässe von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen,
- Regelungen zum Prozess und zu standardisierten Verfahrensschritten der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen,
- Zuständigkeiten und notwendige Interaktion der Fachdienste,
- Methoden der Wirtschaftlichkeitsberechnung und Anwendungsfälle,
- Festlegung von Wertgrenzen sowie
- Vorgaben zur Dokumentation.

1.5.3 Kredit- und Anlagemanagement

In den nachfolgenden Kapiteln betrachtet die gpaNRW die Ausrichtung und Steuerung im Bereich des Kredit- und Anlagemanagements durch die Stadt Beckum. Wir nehmen in der Prüfung keine vollständige Risikoanalyse der in der Stadt Beckum getroffenen Regelungen vor. Die konkreten Vorgaben, Maßnahmen und internen Kontrollmechanismen, die für ein adäquates Kredit- und Anlagemanagement erforderlich sind, muss die Stadt Beckum selbst eruieren und festlegen.

1.5.3.1 Strategische Ausrichtung des Kreditmanagements und Verfahren bei Kreditaufnahmen

Die Finanzspielräume der Städte und Gemeinden werden zunehmend kleiner. Zumindest zur Investitionsfinanzierung und bisweilen auch zur Finanzierung der laufenden Verwaltungstätigkeit, sind die Städte auf eine Aufnahme von Krediten angewiesen. Um den Haushalt zu entlasten oder die Planungssicherheit zu erhöhen, steigt gleichermaßen der Handlungsbedarf einer strategischen Auseinandersetzung mit dem Kreditmanagement. Die zielorientierte Steuerung des Schuldenportfolios ist dabei zu einer besonderen Aufgabe kommunaler Finanzpolitik geworden. Grundlage für ein ausgewogenes Kreditmanagement ist eine breitgefächerte Gläubigerstruktur, um strategiekonforme Kreditangebote aus dem gesamten Kapitalmarktbereich zu wirtschaftlichen Konditionen zu erhalten. Ein zielorientiertes Kreditmanagement basiert dabei auf folgenden Grundsätzen:

- Entwicklung einer strategischen Ausrichtung im Spannungsfeld von Zinssicherheit und Zinsoptimierung,
- Beobachtung der Kapitalmärkte,
- Analyse der möglichen Einflussfaktoren auf die Zinssätze,
- Zielorientierte Steuerung des Kreditportfolios,
- Auswahl und Anwendung geeigneter Finanzierungsinstrumente,
- Analyse des derzeitigen Schuldenbestandes und Risikomonitoring unter Einbeziehung zukünftiger Kreditbedarfe.

→ Die Stadt Beckum hat den Handlungsrahmen und die strategische Ausrichtung für ihr Kreditmanagement in einer Dienstanweisung festgelegt. Diese regelt Zuständigkeiten, Verfahren und die Verwaltung der Finanzierungsinstrumente eindeutig. Zur Risikominimierung schließt die Dienstanweisung Zinsderivate und Fremdwährungsgeschäfte ausdrücklich aus. Durch die gezielte Steuerung der Laufzeiten und einem Verzicht auf Investitionskredite mit variablem Zinssatz trägt sie dazu bei, Klumpen- und Zinsänderungsrisiken wirksam zu minimieren.

Eine Stadt sollte den Handlungsrahmen und die strategische Ausrichtung für ihr Kreditportfolio festlegen, zum Beispiel in einer Dienstanweisung oder Richtlinie. Insbesondere Zinsänderungsrisiken und Klumpenrisiken sollte sie dabei im Blick behalten. Die Regelungen sollten unter Beteiligung der politischen Gremien getroffen werden. Neben strategischen Festlegungen sollte eine Stadt für Kreditaufnahmen Verfahrensvorgaben und Entscheidungsbefugnisse verbindlich und widerspruchsfrei regeln.

Die Aufnahme und Verwaltung von Investitions- und Liquiditätskrediten gewinnt in der **Stadt Beckum** zunehmend an Bedeutung. Bis zum Jahr 2028 plant die Stadt einen deutlichen Anstieg ihrer Investitionskredite. Darüber hinaus wird die Stadt voraussichtlich auch Liquiditätskredite benötigen (vgl. Kapitel „1.4.4 Verbindlichkeiten“). Vor diesem Hintergrund hat die Stadt Beckum einen verbindlichen Handlungsrahmen für das Kreditmanagement geschaffen. Mit Wirkung vom 2. September 2025 ist die „Dienstanweisung für die Kreditwirtschaft der Stadt Beckum“ in Kraft getreten. Sie gilt für den Kernhaushalt sowie für die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen. Die Dienstanweisung legt fest, welche Finanzierungsinstrumente in der Stadt Beckum zulässig sind. Sie regelt zudem Zuständigkeiten, Entscheidungsbefugnisse und das Verfahren bei der Aufnahme von Krediten sowie beim Abschluss kreditähnlicher Rechtsgeschäfte. Darüber hinaus beschreibt sie die Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit der Verwaltung der Finanzierungsinstrumente.

Mit ihrem Kreditmanagement verfolgt die Stadt Beckum vorrangig das Ziel, ihre Liquidität dauerhaft sicherzustellen und ihre Investitionstätigkeit bedarfsgerecht zu finanzieren. Grundlage hierfür sind der ermittelte Liquiditätsbedarf sowie Prognosen zur Investitionstätigkeit im Rahmen der Haushaltsberichterstattung. Ein zentraler Bestandteil der strategischen Ausrichtung ist die Gewährleistung von Wirtschaftlichkeit und die Vermeidung finanzieller Risiken. Um sogenannte „Klumpenrisiken“ zu minimieren, strebt die Stadt eine gezielte Streuung der Kreditlaufzeiten an. Die Dienstanweisung legt hierzu fest, dass auf eine gleichmäßige Verteilung der Enden der Zinsbindungsfristen im gesamten Kreditbestand zu achten ist – einschließlich neuer Kreditaufnahmen. Bei Bedarf ist eine Aufteilung von Investitionskrediten in mehrere Tranchen mit unterschiedlichen Laufzeiten vorzunehmen. Liquiditätskredite sind zeitlich auf das Mindestmaß zu begrenzen. Sobald die Liquiditätslage es zulässt, soll die Stadt sie teilweise oder vollständig zurückführen.

Zum 31. Dezember 2024 weist die Stadt Beckum ein überschaubares und wenig komplexes Kreditportfolio auf. Sie hat weder Fremdwährungskredite noch Zinsderivate abgeschlossen. Die Dienstanweisung schließt diese Finanzierungsinstrumente ausdrücklich aus. Ebenso untersagt sie die Aufnahme von Investitionskrediten mit variablem Zinssatz und erlaubt Forward-Darlehen nur in besonders begründeten Ausnahmefällen.

In der Dienstanweisung hat die Stadt Beckum die Zuständigkeiten im Kreditmanagement eindeutig festgelegt:

- Der Fachdienst 20 „Finanzen und Controlling“ verantwortet die Investitionskredite des Kernhaushalts sowie des Eigenbetriebs „Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum“ und des „Städtischen Abwasserbetriebs Beckum“.
- Der Fachdienst 20 verwaltet die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte.
- Der Fachdienst 21 „Stadtkasse und Steuern“ ist für die Liquiditätskredite der Stadt Beckum sowie der Eigenbetriebe „Energieversorgung und Bäder der Stadt Beckum“ und „Städtischen Abwasserbetriebe Beckum“ zuständig.
- Die „Städtischen Betriebe Beckum“ sind für die Verwaltung der dortigen Investitions- und Liquiditätskredite zuständig.

Die Dienstanweisung regelt zudem, wie die Stadt Beckum Kredite aufnimmt und kreditähnliche Geschäfte abschließt:

- Die Stadt schreibt Investitionskredite grundsätzlich aus. Dazu nutzt Beckum ein elektronisches Verfahren über Vergabeplattformen und ergänzt dieses durch E-Mail-Ausschreibungen. Sie führt eine Ausschreibungsliste auf der alle infrage kommenden Institute verzeichnet sind und die sie regelmäßig zur Angebotsabgabe auffordert. Jede Ausschreibung enthält insbesondere

  - Kreditart und -betrag,
  - Dauer der Zinsbindung und Kreditlaufzeit,
  - Tilgungsleistung,
  - Fälligkeit der Zins- und Tilgungsleistungen,
  - Zinskonventionen,
  - Auszahlungstermin,
  - Abgabe-, Zuschlags- und Bindungsfristen.

  Der Fachdienst 20 wertet die eingegangenen Angebote nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit aus und legt sie über die Stadtkämmerin bzw. dem Stadtkämmerer der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister zur Entscheidung über den Zuschlag vor.

- Die Stadt Beckum betreibt ein Cashpooling-System. Bevor sie externe Liquiditätskredite aufnimmt, nutzt sie vorrangig die internen Liquiditätsreserven innerhalb des Cashpools. Für externe Kreditaufnahmen schließt die Stadt Beckum Rahmenvereinbarungen mit ihren Hausbanken, die folgende Punkte regeln:

  - maximalen Kreditsumme,
  - Verfahren der Inanspruchnahme,
  - Zahlungsfrist und
  - Zinssatz.

  Die Stadt kann variable Zinssätze vereinbaren, sofern diese an einen anerkannten und nachvollziehbaren Referenzzinssatz gekoppelt sind. In begründeten Ausnahmefällen kann die Stadt Beckum auch außerhalb der Rahmenvereinbarungen Liquiditätskredite aufnehmen. In diesem Fall gilt das Verfahren zur Aufnahme von Investitionskrediten entsprechend.

- Vor Abschluss eines kreditähnlichen Rechtsgeschäfts (z. B. Leasing) informieren die jeweiligen Organisationseinheiten den Fachdienst 20 „Finanzen und Controlling“ eigenverantwortlich. Der Fachdienst 20 prüft das Vorliegen eines kreditähnlichen Rechtsgeschäftes. Er erstellt gemeinsam mit der Organisationseinheit eine Wirtschaftlichkeitsberechnung, die Unterlagen für das kommunalrechtliche Anzeigeverfahren sowie die Vorlagen für die politischen Gremien.

Die Dienstanweisung definiert außerdem die Aufgaben zur Verwaltung der Investitions- und Liquiditätskredite sowie der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte. Dazu gehören vor allem das Führen einer Bieterliste, die Dokumentation der Verwaltungsvorgänge, die Verwaltung der Kreditverträge und des Kreditbestandes in der dafür vorgesehenen Software, die Überwachung der Zinsbindungsfristen zur rechtzeitigen Ausschreibung von Umschulungen, die Beobachtung des Zinsmarktes, um günstige Konditionen zu nutzen und die regelmäßige Berichterstattung an die politischen Gremien.

1.5.3.2 Kreditportfolio und Berichtswesen

→ Die Stadt Beckum überwacht ihr Kreditportfolio und steuert es gezielt über verschiedene Laufzeiten. Die Verwaltung berichtet quartalsweise an die politischen Gremien über die Entwicklungen. So erhalten die Entscheidungstragenden jederzeit alle relevanten Informationen, um das Kreditportfolio der Stadt Beckum effektiv zu steuern.

Eine Stadt sollte jederzeit einen Überblick über ihr Kreditportfolio haben und über die Entwicklung regelmäßig berichten. Daneben sollte sie einen ausreichenden Informationsfluss zwischen den Verantwortlichen des Kreditmanagements und den entsprechenden Entscheidungstragenden im Verwaltungsvorstand sicherstellen. Zudem sollte der Informationsfluss von der Verwaltung zur Politik gewährleistet werden. Mit den Informationen sollte die Stadt ihr Kreditportfolio zielorientiert steuern.

Kreditportfolio Beckum zum 31. Dezember 2024

Grund- und Kennzahlen	2024
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen in Tausend Euro	7.719*
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung in Tausend Euro	1.382**
Anteil der Kreditverbindlichkeiten in fremder Währung an Kreditverbindlichkeiten in Prozent	0
Anzahl Derivate	0
Anzahl der Kreditverträge	9
Anzahl der Kreditgeber	2

*davon Investitionskredite aus dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“: 0,7 Mio. Euro
** davon Liquiditätskredite aus dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“: 1,4 Mio. Euro

Zum 31. Dezember 2024 belaufen sich die Kreditverbindlichkeiten der Stadt Beckum auf 9,1 Mio. Euro. Sie werden planmäßig in den nächsten Jahren weiter steigen (vgl. Kapitel „1.4.4 Verbindlichkeiten“).

Der überwiegende Anteil des Kreditportfolios der Stadt Beckum entfällt mit rund 85 Prozent auf Investitionskredite. Vier Investitionskredite mit einem Gesamtvolumen von 0,7 Mio. Euro stammen aus dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“. Für diese Kredite übernimmt das Land Nordrhein-Westfalen die Zins- und Tilgungsleistungen. Den weiteren Investitionskredit von rund sieben Mio. Euro hat die Stadt erst 2024 auf dem privaten Kreditmarkt aufgenommen.

Alle Liquiditätskredite der Stadt stammen aus dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“, sodass die Stadt auch hierfür keine Zins- und Tilgungsleistungen selbst trägt. Weder Zinsderivate noch Fremdwährungskredite belasten das Kreditportfolio. Diese Finanzierungsinstrumente schließt die Stadt in ihrer Dienstanweisung aus (vgl. Kapitel „1.5.3.1 Strategische Ausrichtung des Kreditmanagements und Verfahren bei Kreditaufnahmen).

Der Investitionskredit außerhalb des Förderprogramms hat eine Laufzeit von noch mehr als fünf Jahren mit einer Zinsfestschreibung bis 2027. Angesichts des perspektivisch stark steigenden Kreditbedarfs besteht für die Stadt ein Risiko langfristig hoher Zinsbelastungen in der Zukunft. Die geplanten Finanzergebnisse verschlechtern sich bis zum Ende des mittelfristigen Finanzplanungszeitraums 2028 deutlich: Die jährlichen Zins- und Finanzaufwendungen steigen von zuletzt 0,3 Mio. Euro (2024) auf 3,1 Mio. Euro (2028). Entsprechend ihrer Dienstanweisung sollte die Stadt bei Kreditaufnahmen darauf achten, Klumpenrisiken zu vermeiden und Zinsänderungsrisiken durch eine Streuung der Laufzeiten zu minimieren.

Mit dem „Bericht über die Entwicklung der Kreditverbindlichkeiten der Stadt Beckum sowie über wichtige Investitionsvorhaben und strategische Grundsatzentscheidungen der Beteiligungen“ informiert der Fachbereich Finanzen und Beteiligungen quartalsweise den Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss über das Kreditmanagement.

Der Bericht liefert folgende Informationen:

- Er beschreibt die Quartalsentwicklung der Investitionskredite des Kernhaushalts und der Eigenbetriebe und dokumentiert Kreditaufnahmen für Investitionen, Umschuldungen sowie die planmäßige Tilgung und Tilgung von Umschuldungen. Anschließend fasst der Bericht zusammen, in welchem Umfang Ent- oder Verschuldungen stattgefunden haben.

- Zusätzlich stellt der Bericht die jährliche Entwicklung der Investitions- und Liquiditätskredite im Kernhaushalt und bei den Eigenbetrieben dar. Er informiert darüber, inwieweit sich die Stadt oder die städtischen Eigenbetriebe im Jahresverlauf ent- oder verschuldet haben.

- Auch über Zinsanpassungen, Neuaufnahmen und Umschuldungen informiert der Bericht. Er nennt das Kreditinstitut, die Kreditkonditionen (Darlehensart, Zinskonditionen, Laufzeit, Zinsbindungsfrist, jährliche liquide Belastung), den Kreditbetrag, den Aufnahmezeitpunkt sowie das Vertragsdatum. Ergänzend erläutert die Stadt ihr Vorgehen bei der Kreditaufnahme, zum Beispiel die Wahl kurzer Zinsbindungsfristgen angesichts der aktuellen Zinssituation.

- Für den Liquiditätsverbund von Kernhaushalt und städtischen Eigenbetrieben zeigt der Bericht jeweils stichtagsbezogen die Liquiditätssalden. Außerdem stellt er die Höchst- und Tiefststände der Liquiditätssalden im Quartal auf.

- Neben den Kreditverbindlichkeiten informiert der Bericht über wichtige Investitionsvorhaben und strategische Grundsatzentscheidungen der Beteiligungen ein.

1.5.3.3 Anlagemanagement

Sofern eine Stadt über einen längeren Zeitraum oder temporär über erhebliche liquide Mittel verfügt, kann sie diese Mittel anlegen. Bei der Anlage der verfügbaren Mittel ist auf den Dreiklang

- einer ausreichenden Sicherheit,
- der Verpflichtung zur Sicherstellung der Liquidität sowie
- eines angemessenen Ertrags

zu achten. Die individuelle Ausrichtung und Gewichtung dieser Ziele ist abhängig von der strategischen Ausrichtung einer Stadt. Daneben spielt für viele Städte die Nachhaltigkeit eine zunehmend stärkere Rolle bei der Entscheidung zum Abschluss von Finanzanlagen.

Städte verfolgen auch langfristige Anlageziele. Beispielsweise treffen Städte Vorsorge zur langfristigen Sicherung der zukünftigen Zahlungsverpflichtungen für Pensionen. Dies kann u. a. durch Einzahlung in den entsprechenden Versorgungsfonds gelingen.

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum hat bislang keinen Handlungsrahmen für ihr Anlagemanagement verschriftlicht.

Eine Stadt sollte einen Handlungsrahmen für ihr Anlageportfolio schriftlich festlegen, zum Beispiel in einer Dienstanweisung oder Richtlinie. Die Stadt sollte insbesondere regeln, welche Anlageinstrumente die Verwaltung nutzen und welche Risiken sie gegebenenfalls eingehen darf. Die Regelungen sollten unter politischer Beteiligung beschlossen werden.

Finanzmittel und Anlageportfolio Beckum zum 31. Dezember 2024 in Tausend Euro

Grund- und Kennzahlen	2024
Liquide Mittel	5.210
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0
Wertpapiere des Anlagevermögens	9.192*

*Versorgungsfonds der Westfälisch-Lippischen Versorgungskasse sowie Rückdeckungsversicherung

Die **Stadt Beckum** hat bisher keinen verbindlichen Handlungsrahmen für ihr Anlagemanagement. Aufgrund ihrer konservativen Anlagestrategie hat sie bislang darauf verzichtet. Die „Dienstanweisung für das Finanzwesen“ der Stadt Beckum sieht vor, dass Liquiditätsüberschüsse – soweit möglich und wirtschaftlich – sicher und ertragsorientiert anzulegen sind. Derzeit legt die Stadt überschüssige Mittel überwiegend als Festgeld an, sofern die Zinsen attraktiv sind und entsprechende Mittel verfügbar sind. Über Geldanlagen entscheidet im Rahmen der Liquiditätsbewirtschaftung die Leitung des Fachdienstes 21 „Stadtkasse und Steuern“. Darüber hinaus treffen die Kämmerin bzw. der Kämmerer mit der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister - ggf. unter Einbeziehung der politischen Gremien – die Entscheidungen.

Auch Kommunen, die selten oder ausschließlich sicherheitsorientiert Geld anlegen, sollten grundlegende strategische Leitlinien für ihr Anlagemanagement formulieren. Selbst wenige, klar definierte Regeln schaffen Verbindlichkeit und Rechtssicherheit für die Verantwortlichen. Zudem erhöhen sie die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Anlageentscheidungen.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte ihr Anlagemanagement durch einen verbindlichen, schriftlich festgelegten Handlungsrahmen stärken, um klare Ziele, Zuständigkeiten und Verfahren zu definieren. Dadurch erhöht sie Transparenz, Rechtssicherheit und Effizienz bei künftigen Anlageentscheidungen.

Die Richtlinie sollte mindestens folgende Punkte regeln:

- Anwendungsbereich: Festlegung, für welche Arten von Finanzgeschäften die Regelungen gelten.
- Anlageziele und Grundsätze: Die Stadt Beckum sollte klare Ziele formulieren, mögliche Zielkonflikte benennen und Prioritäten festlegen. Typische Ziele können sein:
  - Angemessene Erträge unter Wahrung von Sicherheit und Liquidität.
  - Akzeptanz niedriger oder negativer Zinsen, wenn dadurch die Anlagerisiken senken.
  - Beschränkung von Einlagen auf Finanzinstitute mit institutsbezogenem Sicherungssystem, um das Risiko eines Totalverlusts zu vermeiden.
  - Vorrang von Investitionsfinanzierung oder Cashpooling innerhalb des Kommunalkonzerns vor einer Geldanlage.
- Geltungsbereich: Die Regelungen sollten neben dem Kernhaushalt auch mögliche Ausgliederungen der Stadt Beckum umfassen. Treffen diese eigene Anlageentscheidungen, ist der Umfang der Befugnisse schriftlich zu dokumentieren.
- Zulässige Anlageinstrumente: Die Stadt Beckum sollte definieren, welche Anlageformen erlaubt oder ausgeschlossen sind – etwa Derivate oder Anleihen mit bestimmten Bonitätsforderungen.
- Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse: Diese sollten eindeutig geregelt und bei Bedarf nach Anlagevolumen gestaffelt sein.
- Verfahren der Geldanlage: Vorgaben zur Einholung und Bewertung von Angeboten sollten klar festgelegt werden, einschließlich der Bedingungen, unter denen mehrere Angebote einzuholen sind.
- Dokumentation: Sowohl die Angebotseinholung als auch die Entscheidungsfindung sind schriftlich festzuhalten. Allen wesentlichen Entscheidungsgrundlagen sollten nachvollziehbar dokumentiert werden.

- Kontrolle und Berichtswesen: Umfang und Häufigkeit der Berichterstattung sollten sich an der Komplexität und dem Risikopotenzial des Anlageportfolios orientieren. Es ist festzulegen, wer an wen, in welchem Turnus und mit welchen Inhalten berichtet.

Darüber hinaus kann die Stadt Beckum ergänzende Regelungen aufnehmen, etwa Begriffsdefinitionen oder Methoden zur Messung von Zielerreichung und Risikoabsicherung. Diese zusätzlichen Vorgaben werden vor allem dann sinnvoll, wenn das Anlageportfolio komplexer wird. Es gibt geeignete Muster für Richtlinien zum kommunalen Kreditmanagement[22], die auch Vorlagen für ein kommunales Anlagenmanagement enthalten. Diese kann die Stadt Beckum in Gänze oder auszugsweise als Vorlage heranziehen.

[22] Deutscher Städtetag 2015: Kommunales Zins- und Schuldenmanagement – Muster für Dienstanweisungen: abrufbar unter https://www.staedtetag.de/themen/finanzmanagement-muster-dienstanweisungen, Download 19.08.2022.

1.6 Anlage: Ergänzende Tabellen

Tabelle 1: Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2024/2025 – Haushaltssteuerung

	Feststellung	Seite		Empfehlung	Seite
Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen					
F1	Die Stadt Beckum führt regelmäßig Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durch. Sie hat noch keine verbindlichen Wertgrenzen nach § 13 Abs. 1 KomHVO NRW, oberhalb derer Wirtschaftlichkeitsvergleiche erforderlich sind, oder Verfahrensstandards schriftlich festgelegt.	45	E1.1	Die Stadt Beckum sollte Wertgrenzen nach § 13 Abs. 1 KomHVO NRW festlegen. Oberhalb dieser ist ein Wirtschaftlichkeitsvergleich verpflichtend.	46
			E1.2	Die Stadt Beckum sollte verbindliche Regelungen zu Mindeststandards für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen festlegen oder den Fachdiensten Arbeitshilfen zur Verfügung stellen.	47
Kredit- und Anlagemanagement					
F2	Die Stadt Beckum hat bislang keinen Handlungsrahmen für ihr Anlagemanagement verschriftlicht.	53	E2	Die Stadt Beckum sollte ihr Anlagemanagement durch einen verbindlichen, schriftlich festgelegten Handlungsrahmen stärken, um klare Ziele, Zuständigkeiten und Verfahren zu definieren. Dadurch erhöht sie Transparenz, Rechtssicherheit und Effizienz bei künftigen Anlageentscheidungen.	54

Tabelle 2: Jahresergebnisse und Jahresergebnisse ohne außerordentlichen Ertrag nach dem NKF-CUIG Beckum in Tausend Euro 2019 bis 2028

Kennzahlen	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028
Jahresergebnis*	1.055	3.157	7.048	5.317	1.481	-3.819	-10.076	-5.525	-4.377	-3.988
Jahresergebnis ohne außerordentlichen Ertrag nach dem NKF-CUIG	entfällt	203	4.460	5.421	-561	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt

bis 2019: IST, ab 2025: PLAN
* Die Jahresergebnisse im PLAN berücksichtigen die Jahresergebnisse nach Abzug globaler Minderaufwand

Tabelle 3: Jahresergebnis je EW in Euro 2019 bis 2023

Jahr	Beckum	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
2019	28,80	-288	-33,00	21,21	71,15	537	49
2020	85,76	-1.675	1,32	38,51	110	400	60
2021	192	-202	33,39	97,16	193	689	60
2022	145	-959	3,86	135	207	2.106	59
2023	40,08	-799	3,12	94,38	152	668	55
2024	-103	-1.894	-178	-89,93	5,36	264	30

Tabelle 4: Jahresergebnis ohne außerordentlichen Ertrag NKF-CUIG je EW in Euro 2020 bis 2023

Jahr	Beckum	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
2020	5,50	-1.675	-92,07	-5,56	74,00	400	59
2021	122	-225	-12,99	45,05	127	574	60
2022	148	-1.014	-17,69	83,68	162	1.225	59
2023	-15,20	-799	-89,35	11,02	78,09	365	54

Tabelle 5: Eigenkapital Beckum in Tausend Euro 2019 bis 2024

Kennzahlen	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Eigenkapital	67.480	70.649	77.760	83.162	84.749	81.006

Kennzahlen	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0	0
Eigenkapital 1	**67.480**	**70.649**	**77.760**	**83.162**	**84.749**	**81.006**
außerordentliche Erträge nach dem NKF-CUIG	0	2.955	2.588	-104	2.042	0
Eigenkapital 1 ohne Bilanzierungs-hilfe NKF-CUIG	**67.480**	**67.694**	**72.217**	**77.722**	**77.268**	**73.524**
Sonderposten für Zuwendungen	63.757	64.074	63.639	72.785	73.590	74.420
Sonderposten für Beiträge	32.452	31.603	30.465	29.096	28.044	27.310
Eigenkapital 2	**163.689**	**166.326**	**171.864**	**185.043**	**186.382**	**182.736**
Eigenkapital 2 ohne Bilanzierungs-hilfe NKF-CUIG	**163.689**	**163.371**	**166.321**	**179.604**	**178.901**	**175.254**
Bilanzsumme	**255.263**	**265.154**	**277.240**	**287.606**	**290.737**	**313.039**

Tabelle 6: Gesamtverbindlichkeiten Konzern Beckum in Tausend Euro 2023

Grunddaten Kernhaushalt	2023
Verbindlichkeiten Kernhaushalt	27.772
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von verbundenen Unternehmen	0
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von Sondervermögen	0
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen	23
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0
Ausleihungen an Sondervermögen	0
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	53
Forderungen gegenüber Sondervermögen	324

Grunddaten Kernhaushalt	2023
Verbindlichkeiten Mehrheitsbeteiligungen und Sondervermögen*	86.839
Zu eliminierende Verbindlichkeiten der Beteiligungen untereinander	692
Verbindlichkeiten Konzern Stadt	**113.518**

*Eigenbetrieb Städtische Betriebe Beckum, Eigenbetrieb Städtischer Abwasserbetrieb Beckum, Eigenbetrieb Energieversorgung und Bäder, Beckumer Wohnungsgesellschaft mbH, Energieversorgung Beckum GmbH & Co. KG, Energieversorgung Beckum Verwaltungs-GmbH

2. Zahlungsabwicklung und Vollstreckung

2.1 Managementübersicht

Die wesentlichen Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Stadt Beckum im Prüfgebiet Zahlungsabwicklung und Vollstreckung stellt die gpaNRW nachfolgend zusammenfassend dar.

Die Feststellungen und Empfehlungen haben wir tabellarisch in der Anlage aufgeführt. Die Reihenfolge ist chronologisch und gibt keine Priorisierung vor.

Zahlungsabwicklung

Die Stadt Beckum hat ihren Personaleinsatz in der Sachbearbeitung der Zahlungsabwicklung 2024 um rund eine halbe Stelle reduziert. Damit konnte sie die Aufwendungen je Einzahlung in der Zahlungsabwicklung reduzieren. Interkommunal liegt sie jetzt am Durchschnittswert der Vergleichskommunen. Mit einer gleichzeitig gestiegenen Anzahl von Einzahlungen, bearbeitete die Stadt in diesem Jahr überdurchschnittlich viele Einzahlungen je Vollzeit-Stelle. Beckum verarbeitet Zahlungseingänge teilweise automatisiert und hat ein Projekt initiiert, um den Automatisierungsgrad weiter zu erhöhen.

Die Anzahl der ungeklärten Einzahlungen ist in Beckum vergleichsweise hoch. Die Stadt sollte die Gründe für die fehlenden Sollvorstellungen systematisch erfassen und mögliche Gegenmaßnahmen ergreifen.

Die Möglichkeit des SEPA-Lastschriftverfahrens nutzt die Stadt Beckum umfassend und bewirbt diese aktiv. Keine andere Stadt erzielt einen höheren Anteil an Lastschriften an den Einzahlungen. Auch im Bereich des E-Payments bietet Beckum bereits ein breites Spektrum elektronischer Serviceleistungen an. Die Stadt sollte hierzu strategische Regelungen treffen und verschriftlichen.

Die Durchlaufzeiten im Mahnwesen – von der Zahlungsaufforderung bis zur möglichen Übergabe an die Vollstreckung - sind in Beckum gering. Allerdings gehört Beckum 2024 zum Viertel der Kommunen mit der geringsten Erfolgsquote bei den Mahnungen. Es führen nicht einmal die Hälfte aller Mahnungen zu einem Ausgleich der Forderungen. Die Stadt Beckum sollte ihre Fristen im Prozess zum Umgang mit Forderungen überprüfen und optimieren.

Vollstreckung

Mit vergleichsweise hohen Aufwendungen erzielt die Stadt Beckum eine überdurchschnittliche Anzahl an erfolgreich abgewickelten Vollstreckungsforderungen. Ihre neu entstandenen Vollstreckungsforderungen kann die Stadt jährlich nicht vollumfänglich abarbeiten. Dadurch steigt die Anzahl der bestehenden Vollstreckungsforderungen jährlich an und ist 2024 rund 45 Prozent höher als 2020. Die Stadt sollte daher Maßnahmen ergreifen, um einen weiteren Anstieg der bestehenden Vollstreckungsforderungen zu vermeiden. Sie sollte prüfen, wann die Weiterverfolgung einer Forderung noch lohnenswert erscheint.

2.2 Aufbau des Teilberichtes

Die Kapitel dieses Teilberichtes beginnen mit einer wertenden Aussage zu unserem Prüfungsergebnis. Wertungen, die eine Stellungnahme der Stadt nach § 105 Abs. 6 und 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) notwendig machen, bezeichnen wir als **Feststellung**.

Anschließend folgt *kursiv* gedruckt die **Sollvorstellung.** Die Sollvorstellung stellt die Inhalte und das Prüfungsziel im Kapitel dar. Sie ist allgemein formuliert und grundsätzlich für alle Städte gültig, z. B. auf Basis der aktuell geltenden Gesetzeslage.

Ausgehend von diesem Soll analysieren wir die individuelle Situation in der geprüften Stadt und weisen dabei erkannte Verbesserungspotenziale als **Empfehlung** aus.

Weitere allgemeine Ausführungen zur Struktur der Teilberichte stehen im Vorbericht.

2.3 Inhalte, Ziele und Methodik

Die Prüfung im Prüfgebiet Zahlungsabwicklung und Vollstreckung beschäftigt sich im Wesentlichen mit der Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung. Sie stützt sich auf ermittelte Kennzahlen zur Beurteilung des Ressourceneinsatzes[23]. Unterstützend betrachtet die gpaNRW Teilprozesse anhand von Checklisten.

Die Prüfung untergliedert sich in die zwei Handlungsfelder

- Zahlungsabwicklung und
- Vollstreckung.

Eine Rechtmäßigkeitsprüfung der Zahlungsabwicklung und Vollstreckung wird im Rahmen der Prüfung nicht durchgeführt. Ziel der Prüfung ist es, auf Steuerungs- und Optimierungsmöglichkeiten hinzuweisen. Dazu liefert die gpaNRW den Städten in der Prüfung eine aktuelle Standortbestimmung und zeigt mögliche Schwachstellen auf. Eine tiefgreifende Analyse der Kennzahlen der Vollstreckung ist allerdings nicht Gegenstand dieser Prüfung.

[23] Die in den Berechnungen zu Grunde gelegten Personal- und Sachaufwendungen stützen sich auf den KGSt-Bericht „Kosten eines Arbeitsplatzes“ in der jeweils aktuellen Fassung.

2.4 Zahlungsabwicklung

→ Die Stadt Beckum hat 2024 den Personaleinsatz in der Zahlungsabwicklung reduziert. Dadurch sind die Aufwendungen gesunken. Je Einzahlung liegen sie jetzt am interkommunalen Mittelwert. Die Stadt verarbeitet ihre Einzahlungen teilautomatisiert. Fehlende Sollstellungen führen zu einer hohen Anzahl ungeklärter Einzahlungen.

Die Zahlungsabwicklung einer Stadt sollte die Einzahlungen auf den Geschäftskonten wirtschaftlich bearbeiten. Dafür ist ein hoher Automatisierungsgrad erforderlich. Nicht zuordenbare Einzahlungen auf den Geschäftskonten sind unverzüglich zu klären. Die Zahlungsabwicklung für Dritte ist wirtschaftlich wahrzunehmen.

Die Aufgaben der Zahlungsabwicklung sind vielfältig. Grundsätzlich ist auch die Vollstreckung der Zahlungsabwicklung zuzuordnen. Die gpaNRW stellt diese Inhalte getrennt dar. Zunächst wird auf die Zahlungsabwicklung eingegangen. Zu den Tätigkeiten im engeren Sinne (i. e. S.) zählen wir im Wesentlichen die

- Abwicklung des Zahlungsverkehrs,
- Tages-, Zwischen- und Jahresabschlüsse in der Zahlungsabwicklung,
- Offene-Posten-Verwaltung,
- Überzahlungen und ungeklärte Ein- / Auszahlungen,
- Belegablage und Archivierung für die Zahlungsabwicklung,
- Liquiditätssicherung und kurzfristige Liquiditätsplanung,
- Mahnläufe offener Forderungen sowie
- Verwahrung von Wertgegenständen.

Nicht zu den regelmäßigen Aufgaben der Zahlungsabwicklung zählen wir Tätigkeiten, die der Geschäftsbuchführung zuzuordnen sind und eventuell zentral wahrgenommene Aufgaben (z. B. Stundungen, Niederschlagungen und der Erlass von Forderungen).

Auf die Tätigkeiten der Vollstreckung gehen wir im Kapitel 2.5 Vollstreckung näher ein.

Als Indikator für die Wirtschaftlichkeit analysiert die gpaNRW zunächst die Aufwendungen und den Personaleinsatz in der Zahlungsabwicklung. Ergänzend werden ausgewählte Prozesse im Forderungsmanagement betrachtet.

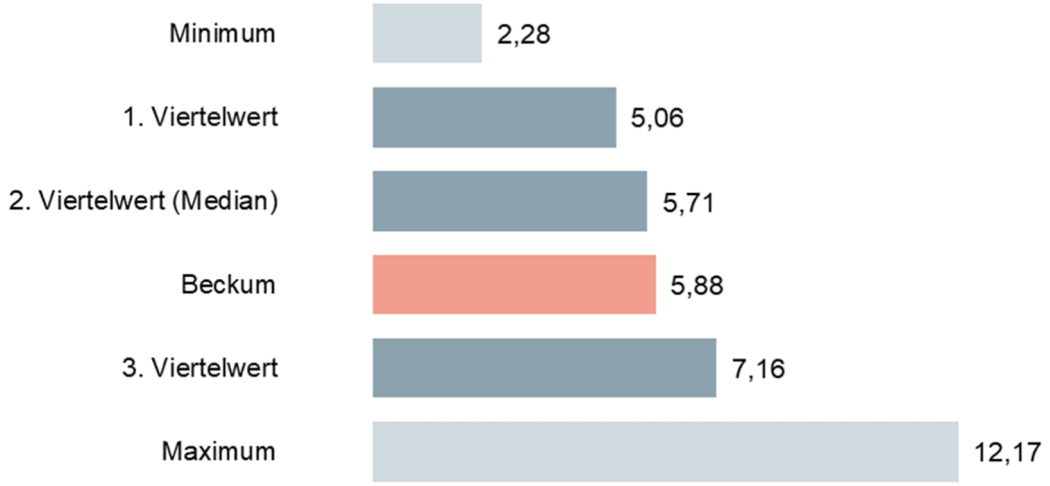
2.4.1 Aufwendungen

Die **Stadt Beckum** setzte 2024 für die Bearbeitung der Einzahlungen auf den verschiedenen Geschäftskonten 3,08 Vollzeit-Stellen in der Sachbearbeitung und 0,20 Vollzeit-Stellen für den Overhead ein.

Hierfür entstanden Personal- und Sachaufwendungen[24] in Höhe von 278.629 Euro im Jahr 2024.

Daraus resultieren Aufwendungen je Einzahlung in Höhe von 5,88 Euro. Im interkommunalen Vergleich positioniert sich die Stadt Beckum damit wie folgt:

Aufwendungen Zahlungsabwicklung je Einzahlung in Euro 2024



In den interkommunalen Vergleich sind 36 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

Die Aufwendungen Zahlungsabwicklung je Einzahlung lagen in Beckum von 2020 bis 2024 über dem Durchschnitt der Vergleichskommunen. 2024 positioniert sich die Stadt nur leicht über dem Median.

Beckum hat vergleichsweise hohe Personal- und Sachaufwendungen in der Zahlungsabwicklung. Diese sind 2020 bis 2023 höher als bei 75 Prozent der der aktuell im Vergleich stehenden mittleren kreisangehörigen Kommunen. 2024 positioniert sich die Stadt etwas besser: Die Personal- und Sachaufwendungen liegen hier leicht unter dem 3. Viertelwert.

Eine nähere Betrachtung der Personalaufwendungen zeigt: Die Stadt hat überdurchschnittlich viele Stellen in der Sachbearbeitung der Zahlungsabwicklung. Interkommunal verglichen weisen von 2020 bis 2023 jeweils mehr als 75 Prozent der übrigen Kommunen eine geringere

[24] KGSt-Bericht „Kosten eines Arbeitsplatzes“ in der jeweils aktuellen Fassung

Stellenausstattung aus. 2024 reduzierte die Stadt ihren Personaleinsatz um rund eine halbe Stelle und verbesserte damit auch ihre Positionierung im interkommunalen Vergleich. Diese ist immer noch überdurchschnittlich hoch. Auch die Eingruppierung der Mitarbeitenden in der Zahlungsabwicklung ist in Beckum vergleichsweise hoch.

Auf die Einzahlungen gehen wir im folgenden Kapitel „2.4.2 Einzahlungen“ näher ein.

2.4.2 Einzahlungen

Einen wesentlichen Teil der Arbeit der Beschäftigten in der Zahlungsabwicklung nehmen die Buchung der Einzahlungen sowie die Verarbeitung der Kontoauszüge ein.

Wir erfassen alle Einzahlungen auf den Geschäftskonten, die eine Stadt zu verwalten hat. Dies umfasst auch die Einzahlungen auf den Geschäftskonten für Dritte im Rahmen öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen sowie für die Abwicklung fremder Finanzmittel. Eine Einzahlung kann mehrere Forderungen betreffen. Auch bei den Lastschriften wird nur der Zahlungseingang des Gesamtpakets als eine Einzahlung berücksichtigt.

Nicht berücksichtigt werden Geschäftskonten, die in die Bewirtschaftung einer Organisationseinheit übertragen wurden. Ein häufig auftretender Fall ist die Abwicklung von Schulgirokonten.

Anzahl der Einzahlungen auf den Geschäftskonten Beckum 2020 bis 2024

Grundzahlen	2020	2021	2022	2023	2024
Einzahlungen auf allen Geschäftskonten	43.243	42.082	45.463	47.896	47.366
davon Einzahlungen auf allen Geschäftskonten für Verkehrsordnungswidrigkeiten	8.106	6.630	9.095	10.818	9.095
davon Einzahlungen auf allen Geschäftskonten für Dritte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Lastschriften* in den Lastschriftläufen	178.670	219.126	198.383	197.051	197.413

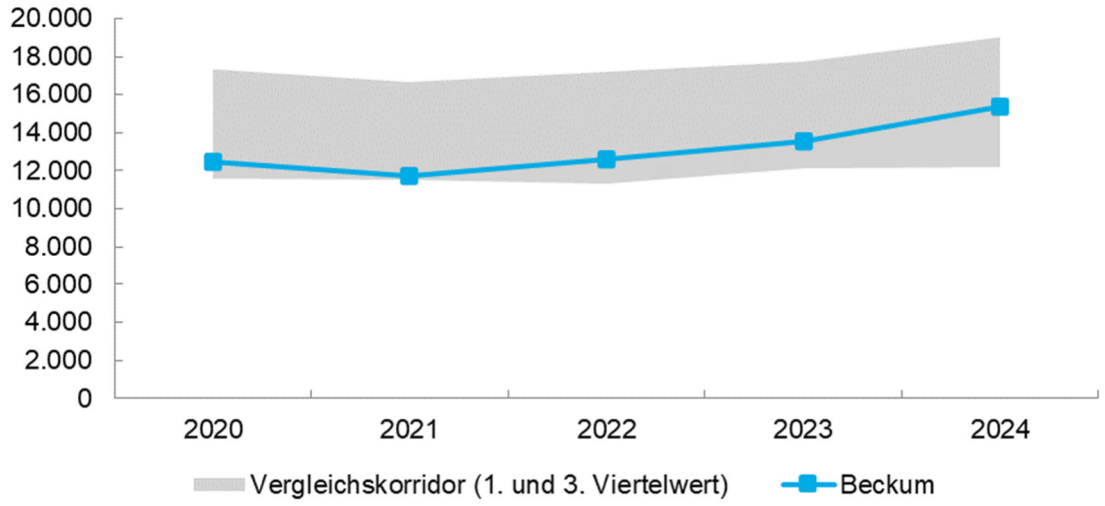
* auf Grundlage vorliegender Single Euro Payments Area (SEPA)-Mandate

Die Einzahlungen auf allen Geschäftskonten schwanken im Zeitverlauf. Insgesamt haben sie 2024 gegenüber 2020 zugenommen. Die Entwicklung folgt dabei im Wesentlichen der Entwicklung der Einzahlungen auf allen Geschäftskonten für Verkehrsordnungswidrigkeiten. Diese haben durchschnittlich einen Anteil von einem Fünftel der gesamten Einzahlungen.

Auch die Lastschriften schwanken im Zeitverlauf. Gegenüber dem Jahr 2020 konnte die Stadt ihre Lastschriften jeweils steigern. Besonders hoch waren sie 2021 mit 219.126 Lastschriften in den Lastschriftläufen. In diesem Jahr hat die Stadt Beckum erstmals Gewässerunterhaltungsgebühren erhoben, die von vielen Grundeigentümern zu entrichten sind und die Anzahl der Lastschriften auch für folgende Jahre erhöhen. Die besonders hohe Anzahl an Lastschriften 2021 ergibt sich zudem dadurch, dass Beckum in diesem Jahr die Möglichkeit nutzte, die Gewässerunterhaltungsgebühren auch für die Jahre ab 2018 nachzuerheben. Von 2022 bis 2024 hatte Beckum durchschnittlich 197.616 Lastschriften in den Lastschriftläufen. Die positiven Auswirkungen einer hohen Anzahl von Lastschriften beschreibt das nachfolgende Kapitel „2.4.2.1 SEPA-Lastschrift“.

Die tägliche Bearbeitung der Einzahlungen stellt die prägende Sachbearbeitung in der Zahlungsabwicklung i. e. S. dar. Daher berücksichtigt die gpaNRW sämtliche Vollzeit-Stellen in der Sachbearbeitung unabhängig von der einzelnen Aufgabe und stellt sie der Zahl der Einzahlungen gegenüber.

Einzahlungen je Vollzeit-Stelle Zahlungsabwicklung 2024



Der Vergleichskorridor erfasst den Wertebereich der Städte zwischen dem ersten und dritten Viertelwert. Oberhalb und unterhalb des Vergleichskorridors liegen die jeweils 25 Prozent der Städte mit den höchsten bzw. niedrigsten Werten.

Die Tabelle 2 in der Anlage enthält die Werte zur Abbildung.

Trotz steigender Einzahlungen waren die Einzahlungen je Vollzeit-Stelle in Beckum von 2020 bis 2023 unterdurchschnittlich. 2024 lagen die Einzahlungen je Vollzeit-Stelle dagegen über dem Median. Hier wirkt sich der in Kapitel „2.4.1 Aufwendungen“ beschriebene reduzierte Personaleinsatz positiv aus.

Einen erheblichen Einfluss auf diese Kennzahl hat der Automatisierungsgrad in der Zahlungsabwicklung. Ein hoher Anteil an automatisierter Verarbeitung von Einzahlungen vermeidet manuelle Arbeiten und ist damit ein wesentlicher Einflussfaktor auf die benötigten personellen Ressourcen.

Nach Angaben der Stadt Beckum ist der Workflow zur Verbuchung von Zahlungseingängen teilweise automatisiert. Die Stadt nutzt ein Programm zur automatisierten Verarbeitung elektronischer Kontoauszüge. Bei korrekt angegebenem Verwendungszweck erfolgt eine automatische Verknüpfung der Einzahlung mit einem offenen Posten. Dies ist in durchschnittlich 60 Prozent der Fälle möglich. In den übrigen Fällen erfolgt dagegen eine manuelle Zuordnung der Einzahlung durch Fachdienst 21. Bei Bedarf stimmt sich dieser mit den übrigen Fachdiensten ab. Die Stadt hat in diesem Jahr ein Projekt zur Verbesserung der Zuordnungsquoten initiiert, um den Anteil der automatisiert eingelesenen Daten an den Zahlungseingängen zu verbessern.

Weitere Möglichkeiten, um die Bearbeitung von Zahlungseingängen zu optimieren und hierdurch den Arbeitsaufwand zu reduzieren, ergeben sich aus einer

- weiteren Steigerung des Anteils der SEPA-Lastschriftmandate,
- Reduzierung der ungeklärten Ein- und Auszahlungen sowie
- Optimierung der Prozesse im Forderungsmanagement.

Auf diese Punkte geht die gpaNRW in den nachstehenden Kapiteln näher ein.

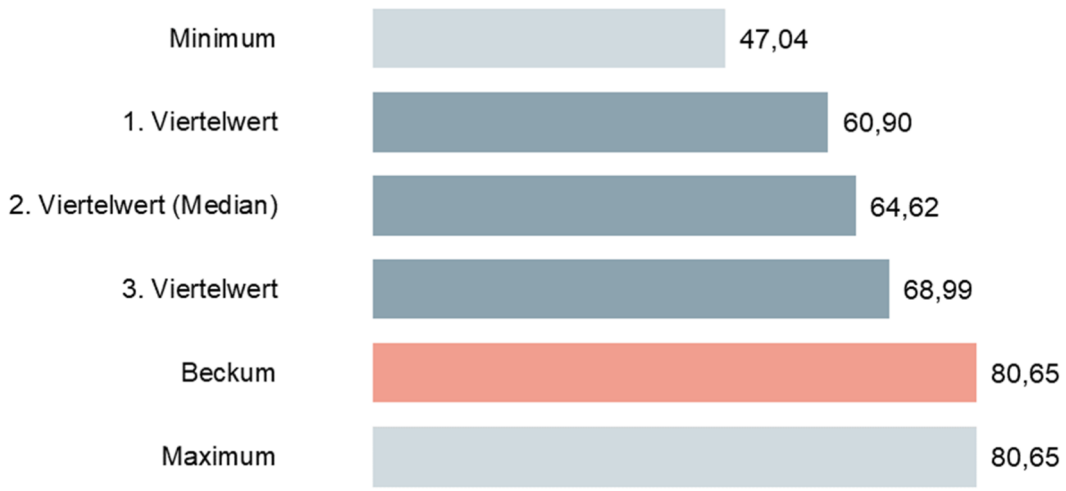
2.4.2.1 SEPA-Lastschrift

→ Die Stadt Beckum nutzt die Möglichkeit des SEPA-Lastschriftverfahrens umfassend und bewirbt dessen Nutzung aktiv.

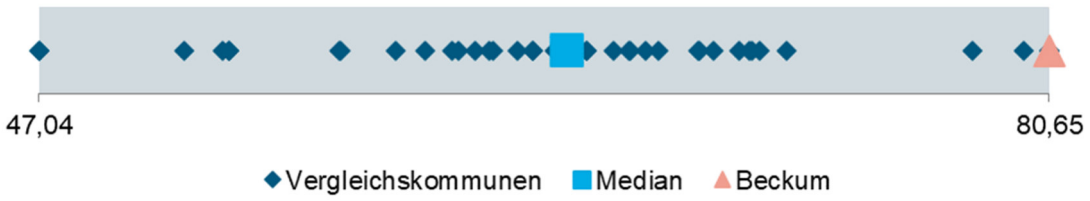
Eine Stadt sollte darauf hinwirken, dass Zahlungspflichtige für wiederkehrende Forderungen SEPA-Lastschriftmandate erteilen. Das Lastschrifteinzugsverfahren erleichtert sowohl dem Zahlungspflichtigen als auch der Stadt die Überwachung der Zahlungen und reduziert die offenen Forderungen.

Ein SEPA-Lastschriftmandat ist die rechtliche Legitimation für den Einzug von SEPA-Lastschriften. Ein Mandat umfasst sowohl die Zustimmung des Zahlenden zum Einzug der Zahlung per SEPA-Lastschrift durch den Zahlungsempfangenden als auch den Auftrag an den eigenen Zahlungsdienstleistenden zur Einlösung der Zahlung.

Anteil Lastschriften an Einzahlungen in Prozent 2024



In den interkommunalen Vergleich sind 39 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



Die **Stadt Beckum** macht von der Möglichkeit des SEPA-Lastschriftmandates Gebrauch. Der Anteil der Lastschriften an den Einzahlungen ist hoch. Er lag in den Jahren 2020 bis 2024 bei durchschnittlich 81 Prozent.

Die Stadt nutzt Lastschriftverfahren umfassend und wirbt auf ihrer Internetseite aktiv dafür, eine Einzugsermächtigung für regelmäßig wiederkehrende Zahlungen zu nutzen. Sie zeigt dem Zahlungspflichtigen auch die Vorteile eines SEPA-Lastschriftmandates auf:

- kein Ausfüllen von Überweisungen,
- keine Terminüberwachung,
- kein Risiko, da Betrag innerhalb von acht Wochen rückbuchbar ist,
- keine zeitraubenden Wege zur Bank sowie
- Vermeidung von Säumniszuschlägen, Mahn- und Vollstreckungsgebühren.

Auch bei Bescheiden zu wiederkehrenden Abgaben wie Grundbesitzabgaben, Hundesteuer, Gewerbesteuer, Elternbeiträge Kindertageseinrichtung, Pachten etc. oder Mahnungen offeriert die Stadt Beckum die Möglichkeit des Lastschriftverfahrens. Sie legt den Bescheiden einen Vordruck zur Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats bei. Diesen können Zahlungspflichtige ebenfalls auf der städtischen Internetseite abrufen.

2.4.2.2 Ungeklärte Ein- und Auszahlungen

→ **Feststellung**
Aufgrund fehlender Sollstellungen hat die Stadt Beckum eine hohe Anzahl neuer ungeklärter Einzahlungen. Dies führt zu einem unnötigen Mehraufwand in der Zahlungsabwicklung.

Eine Stadt hat nach § 23 Abs. 1 Verordnung über das Haushaltswesen der Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen – KomHVO NRW) die ihr zustehenden Forderungen vollständig zu erfassen und rechtzeitig durchzusetzen. Hierbei sollte sie zusätzlichen Aufwand vermeiden. Der Zahlungseingang ist zu überwachen. Sobald eine Forderung entsteht, sollte daher unverzüglich die Sollstellung durch die jeweils zuständige Organisationseinheit erfolgen. Ungeklärte Zahlungsausgänge sollten eine Ausnahme darstellen.

Ungeklärte Ein- und Auszahlungen Beckum 2020 bis 2024

Grundzahlen	2020	2021	2022	2023	2024
Neue ungeklärte Einzahlungen	8.154	7.099	7.552	7.661	7.585

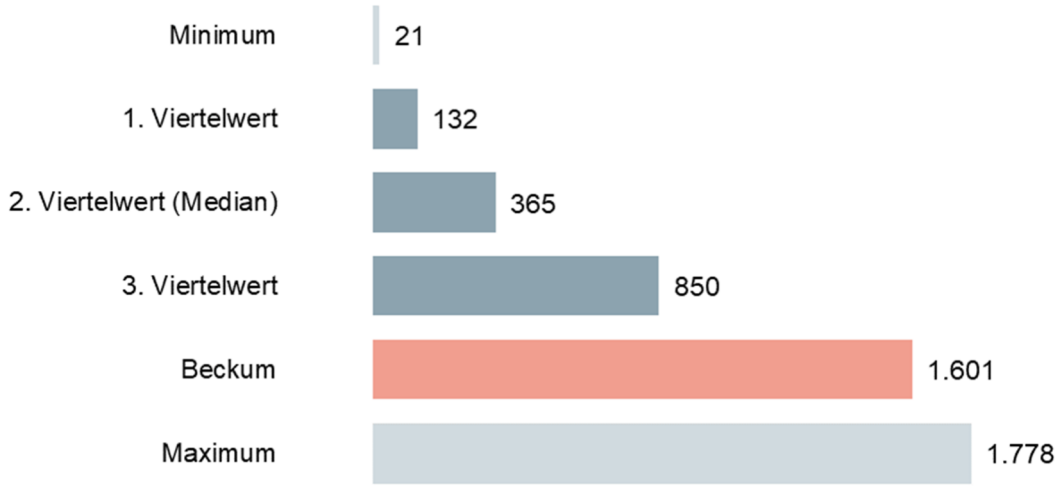
Grundzahlen	2020	2021	2022	2023	2024
Neue ungeklärte Auszahlungen	206	209	210	175	188
Bestehende ungeklärte Einzahlungen zum Stichtag	153	158	120	168	209
Bestehende ungeklärte Auszahlungen zum Stichtag	2,00	1,00	1,00	1,00	0,00

Ungeklärte Auszahlungen sollten unterjährig nur in geringem Maße vorkommen. Grundsätzlich darf eine Stadt keine Auszahlungen tätigen, die sie nicht zuordnen kann. Insgesamt gelingt es der **Stadt Beckum** ihre neuen ungeklärten Auszahlungen zum Stichtag (01. Januar eines jeden Jahres) 2024 vollständig und in den übrigen Jahren fast vollständig abzuarbeiten. Nach Auskunft der Stadt handelt es sich dabei um Abbuchungen von Banken, denen noch keine Sollstellung vorausging, z. B. für Kontoführungsgebühren.

Bei den neuen ungeklärten Einzahlungen gelingt der Stadt Beckum dagegen kein vollständiger Abbau zum Stichtag. Die neuen ungeklärten Einzahlungen resultieren u. a. aus fehlenden Sollstellungen der Fachdienste. Die Sollstellung ist systembedingt in Beckum nur an die Bescheiderstellung geknüpft, wenn Schnittstellen zwischen den Programmen bestehen. Das ist beispielsweise bei Elternbeiträgen, VHS-Gebühren, Krankentransporten, Verkehrsordnungswidrigkeiten oder dem gesamten Veranlagungsbereich der Fall. Die Stadt bietet bei Verkehrsordnungswidrigkeiten die Möglichkeit, den Betrag per QR-Code[25] zu zahlen. Über diesen können die Zahlungspflichtigen die Forderung der Stadt sofort und bequem online zahlen. Die Sollstellung der Forderung erfolgt hier jedoch nicht unmittelbar, was in der Folge zu einer hohen Zahl ungeklärter Einzahlungen führen kann.

Im Verhältnis zu den Einzahlungen hat die Stadt Beckum mehr ungeklärte Zahlungseingänge als mindestens 75 Prozent der Vergleichskommunen:

Neue ungeklärte Zahlungseingänge je 10.000 Einzahlungen 2024



[25] Quick Response Code

In den interkommunalen Vergleich sind 34 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

Die Bearbeitung von ungeklärten Zahlungseingängen und -ausgängen bindet sowohl im Fachdienst 21, als auch dezentral in den zuständigen Fachdiensten personelle Ressourcen. Um der Anforderung des § 23 Abs. 1 KomHVO gerecht zu werden, bedarf es u. a. der aktiven Mitwirkung der Fachdienste. Deren Sollstellung ist Grundvoraussetzung für die Erfassung von Forderungen und der automatisierten Verarbeitung von Zahlungseingängen. Die Automatisierung führt zur Vermeidung von unnötigen manuellen Nacharbeiten.

Daneben kann die Stadt Beckum ohne Sollstellung die Forderung nicht überwachen und beitreiben. Bleibt die Zahlung einer solchen Forderung aus, kann dies nur manuell in den Fachdiensten nachgehalten werden. Erwartungsgemäß führt dies neben dem entstehenden Mehraufwand für eingehende Zahlungen auch zu Zahlungsausfällen für nicht erfasste bzw. nachgehaltene Forderungen.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte die Anzahl ihrer unterjährig auftretenden ungeklärten Einzahlungen reduzieren. Sie sollte die Gründe für fehlende Sollstellungen systematisch erfassen und mögliche Gegenmaßnahmen ergreifen.

2.4.3 Prozessbetrachtungen

Ergänzend zu den zuvor genannten Aspekten nehmen die Prozesse im Forderungsmanagement Einfluss auf den Erfolg in der Zahlungsabwicklung sowie die dafür entstehenden Aufwendungen.

Im Forderungsmanagement geht es insbesondere um die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung. Das Forderungsmanagement verfolgt daher u. a. das Ziel, Forderungsausfälle zu vermeiden und die Liquidität zu verbessern bzw. langfristig zu sichern. Vorbeugende Maßnahmen zur Entstehung sowie eine lückenlose Überwachung von Forderungen und ein effektives Mahnverfahren tragen maßgeblich zur Erreichung dieser Ziele bei. Jede Forderung, die beglichen ist, muss nicht weiterverfolgt werden. Neben der Reduzierung des Aufwandes in der Zahlungsabwicklung und Vollstreckung hat dies direkten Einfluss auf die Liquidität der Städte. Darüber hinaus gilt grundsätzlich, je schneller die Beitreibung einer Forderung erfolgt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die offene Forderung beglichen wird. Ein gutes Forderungsmanagement beginnt bereits in den dezentralen Organisationseinheiten.

In dieser Prüfung betrachtet die gpaNRW zwei Prozesse. Zum einen den Prozess von der Entstehung einer Forderung bis zur Übergabe an die Vollstreckung und zum anderen den Prozess im Zusammenhang mit E-Payment.

2.4.3.1 Prozess Umgang mit Forderungen

Feststellung
Die Durchlaufzeiten zwischen Zahlungsaufforderung und möglicher Übergabe an die Vollstreckung sind in Beckum unterdurchschnittlich. 2024 führen nicht einmal die Hälfte aller Mahnungen zu einem Ausgleich der Forderungen.

Die Zahlungspflichtigen sollten bei der Zahlung einer Forderung unterstützt werden. Die Durchlaufzeiten im Prozess sollten möglichst kurz und generell einheitlich geregelt sein. Ein Zahlungsziel von bis zu 14 Tagen ist grundsätzlich vertretbar. Mit Entstehung der Forderung sollte die Stadt eine Sollstellung veranlassen.

Eine Stadt sollte fällige Forderungen zeitnah verfolgen. Dafür sollte die Stadt mindestens monatliche, automatisierte Mahnintervalle einrichten. Die Übergabe der offenen Forderung an die Vollstreckung sollte ebenfalls automatisiert mit einem zweiten Mahnintervall erfolgen. Unnötige Prozessschritte sollte die Stadt vermeiden.

In der Prüfung beschränkt sich die gpaNRW auf den Teilprozess von der Entstehung der Forderungen bis zur ggf. notwendigen Übergabe an die Vollstreckung. Dabei liegt der Fokus auf einigen wesentlichen Aspekten, die in vorangegangen Prüfungen aufgefallen sind und häufig Optimierungspotenzial bieten.

Fristen und Mahnintervalle

Grundzahlen	Beckum	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Tage zwischen Zahlungsaufforderung und Fälligkeit der Forderung	30,00	6,00	14,00	21,00	30,00	34,00	35
Tage zwischen Fälligkeit der Forderung und Berücksichtigung für den Mahnlauf	7,00	5,00	7,50	12,00	14,00	25,00	39
Tage zwischen den Mahnläufen	7,00	7,00	14,00	14,00	20,50	60,00	35
Tage zwischen erstem Mahnlauf und Übergabe an die Vollstreckung	14,00	10,00	14,00	14,00	28,00	60,00	38
Mögliche Laufzeit zwischen Zahlungsaufforderung und Übergabe an die Vollstreckung in Tagen	51,00	33,00	45,25	55,00	63,00	100	34

Die **Stadt Beckum** hat für ihre Forderungen ein eher langes Zahlungsziel von 30 Tagen festgelegt. Begleicht eine Zahlungspflichtige bzw. ein Zahlungspflichtiger die Forderung nicht innerhalb dieser Frist, berücksichtigt die Stadt diese nach sieben Tagen für den Mahnlauf. Beckum führt wöchentlich (immer montags) Mahnläufe durch. Die Stadt übergibt die Forderung 14 Tage nach dem ersten Mahnlauf an die Vollstreckung, soweit diese Frist ohne Zahlungseingang oder Kontaktaufnahme durch die Schuldnerin bzw. den Schuldner verstreicht.

Handelt es sich bei der Zahlungspflichtigen um eine Behörde oder Krankenkasse, berücksichtigt die Stadt Beckum längere Fristen. Die Tage zwischen der Fälligkeit der Forderung und der

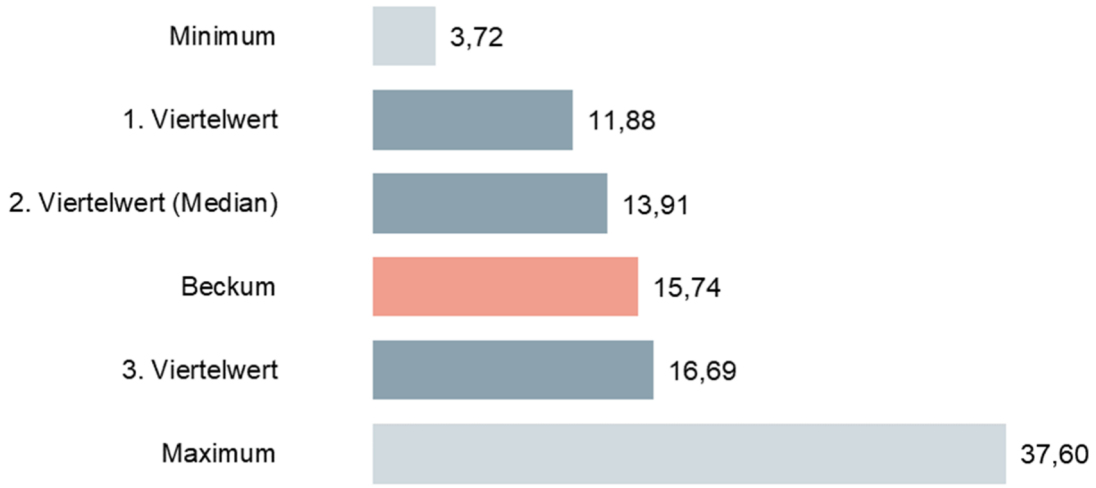
Berücksichtigung für den Mahnlauf beträgt in diesem Fall 28 Tage. Die Forderung übergibt sie in diesem Fall erst 21 Tage nach der ersten Mahnung an die Vollstreckung.

Die mögliche Laufzeit zwischen Zahlungsaufforderung und Vollstreckung liegt in Beckum, soweit die Zahlungspflichtige keine Behörde oder Krankenkasse ist, bei 51 Tagen. Dies liegt vor allem am eher langen Zahlungsziel.

Grundsätzlich gilt, dass die Wahrscheinlichkeit eine Forderung zu erhalten steigt, je schneller diese beigetrieben wird. Jede offene Forderung bedeutet fehlende Liquidität, die die Stadt Beckum unter Umständen kreditfinanziert ausgleichen müsste. Dies würde die Gesamtverbindlichkeiten der Stadt erhöhen (vgl. Teilbericht „1. Finanzen“).

Im Jahr 2024 entfielen in Beckum auf eine Anzahl von 47.366 Einzahlungen 7.457 Mahnungen. Interkommunal verglichen musste die Stadt überdurchschnittlich viele Forderungen anmahnen.

Anteil Mahnungen an Einzahlungen in Prozent 2024



In den interkommunalen Vergleich sind 37 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

Je mehr Mahnungen durch eine vollständige Zahlung Erfolg haben, desto weniger belastet wird im Anschluss die Vollstreckung. Die „Erfolgsquote Mahnung in Prozent“ verdeutlicht, wie viele Schuldnerinnen bzw. Schuldner auf die Mahnung reagieren, bevor die Zahlungsabwicklung die überfälligen Forderungen an die Vollstreckung übergibt.

Erfolgsquote Mahnung in Prozent

Beckum	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
46,24	13,92	46,24	59,94	69,65	93,97	33

In Beckum ist die Erfolgsquote der Mahnungen rückläufig. Während von 2020 bis 2023 noch durchschnittlich 51,75 Prozent der Mahnungen zum Ausgleich der Forderungen führten, haben 2024 weniger als die Hälfte der Mahnungen Erfolg. Beckum gehört damit zum Viertel der mittleren kreisangehörigen Städte mit der geringsten Erfolgsquote. Ein Grund könnte sein, dass die Anzahl der Tage zwischen ersten Mahnlauf und Übergabe an die Vollstreckung mit 14 Tagen eher gering ist.

→ **Empfehlung**
In Hinblick auf die unterdurchschnittliche Erfolgsquote Mahnungen in Prozent sollte die Stadt Beckum ihre Fristen im Prozess zum Umgang mit Forderungen überprüfen und optimieren.

2.4.3.2 Prozess E-Payment

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum bietet bereits mehrere elektronische Zahlungsmöglichkeiten an. Ihre schriftlichen Regelungen zum E-Payment kann die Stadt noch ausweiten.

Eine Stadt hat nach § 7 des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (E-Government-Gesetz Nordrhein-Westfalen - EGovG NRW) für elektronisch durchgeführte Verwaltungsverfahren mindestens ein elektronisches Zahlungsverfahren anzubieten.

In diesem Zusammenhang sollte die Stadt grundlegende Aspekte regeln und die Möglichkeiten, die das E-Payment bietet, nutzen. Das Angebot von E-Payment sollte in der Verwaltung flächendeckend zur Verfügung stehen und aktiv vorangetrieben werden. Eine Stadt sollte darauf hinwirken, dass Zahlungspflichtige die zur Verfügung stehenden Methoden kennen und nutzen.

Die **Stadt Beckum** begegnet dem Thema E-Payment offen und sieht hierin einen Mehrwert.

Die Stadt bietet E-Payment für verschiedene Dienstleistungen an. So können z. B. Parkgebühren über die Apps verschiedener externer Dienstleister beglichen werden. Die Nutzung der Apps ist dabei ein zusätzliches Angebot. Ebenso können Parkende die Parkgebühren bar oder per Karte an den Parkautomaten entrichten. Auch Online-Dienstleistungen (z. B. Dienstleistungen der Meldebehörde, Gewerbeangelegenheiten) können Zahlungspflichtige mithilfe elektronischer Bezahldienste oder Kreditkarte zahlen. Gleiches gilt für den Online-Erwerb von Tickets für kulturelle Veranstaltungen oder die städtischen Bäder.

Digitale Bezahlmethoden tragen dazu bei, den Aufwand für Zahlungspflichtige gering zu halten. Diese können Zahlungsverpflichtungen direkt leisten. Das erhöht die Zahlungsbereitschaft und reduziert die Gefahr von vergessenen Zahlungsverpflichtungen. Zudem werden Zahlungen im E-Payment oftmals schneller verbucht und die Überschreitung von Fälligkeiten wird reduziert.

In der Dienstanweisung für das Finanzwesen regelt die Stadt Beckum zulässige Zahlungsmittel. Neben Bargeld, Schecks, Geld-, Debit- und Kreditkarten lässt sie Zahlungen mithilfe von

elektronischen Bezahldiensten zu. Weitere Regelungen zum Einsatz von E-Payment enthält die Dienstanweisung nicht. Strategische Vorgaben, z. B. in Form von Zielvorgaben, räumen den digitalen Bezahlmethoden eine größere Bedeutung ein und schaffen Verbindlichkeit.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte strategische Vorgaben für das E-Payment treffen und hierzu schriftliche Regelungen treffen.

Angepasst an ihre konkreten Bedürfnisse und die örtlichen Verhältnisse sollte die Stadt die nachstehenden Mindestinhalte festlegen:

- Der **Anwendungsbereich** sollte den flächendeckenden Einsatz von E-Payment ermöglichen bzw. mindestens dort vorschreiben, wo auch digitale Leistungen angeboten werden.
- Die wesentlichen **Ziele und Grundsätze** ihres E-Payment sollte die Stadt verbindlich festlegen. Solche Ziele könnten z. B. die Reduzierung offener Forderungen durch direkte Bezahlung und die Minimierung von Mahnungen sein.
- Zum **Geltungsbereich** der Regelungen sollten neben dem Kernhaushalt auch eventuelle Ausgliederungen der Stadt gehören.
- Bestimmte **Bezahlmethoden** sollten geregelt sein. Die Stadt kann ihre Nutzung explizit ausschließen oder in einem bestimmten Rahmen zulassen.
- **Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse** sollten eindeutig geregelt werden.

Die Stadt Beckum kann daneben weitere Aspekte in ihre Festlegungen aufnehmen. Begriffsbestimmungen oder Vorgaben zur Messung der Zielerreichung und Risikoabsicherung könnten eine Dienstanweisung in diesem Bereich gegebenenfalls sinnvoll ergänzen.

2.5 Vollstreckung

→ **Feststellung**
Der Bestand der Vollstreckungsforderungen liegt in Beckum auf einem hohen Niveau. Er nimmt jährlich zu. Mit hohem Personaleinsatz erledigt Beckum mehr als 90 Prozent der abgewickelten eigenen Vollstreckungsforderungen erfolgreich.

Eine Stadt sollte die Bearbeitung der Vollstreckungsforderungen wirtschaftlich durchführen. Die Anzahl von Vollstreckungsforderungen sollte sie möglichst gering halten.

Werden Forderungen nicht beglichen, kann die Stadt diese in der Regel als eigene Vollstreckungsstelle nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Verwaltungsvollstreckungsgesetz NRW - VwVG NRW) beitreiben. Einen wesentlichen Teil der Arbeit der Beschäftigten in der Vollstreckung nimmt daher die Bearbeitung der Vollstreckungsforderungen in Anspruch.

Zu den Aufgaben der Vollstreckung zählen vor allem

- die Vollstreckung von öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Forderungen im Innendienst,
- die Vollstreckung von öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Forderungen im Außendienst sowie
- die Vollstreckung in das bewegliche und unbewegliche Vermögen einschließlich der Bearbeitung von Insolvenzen, Versteigerungen usw.

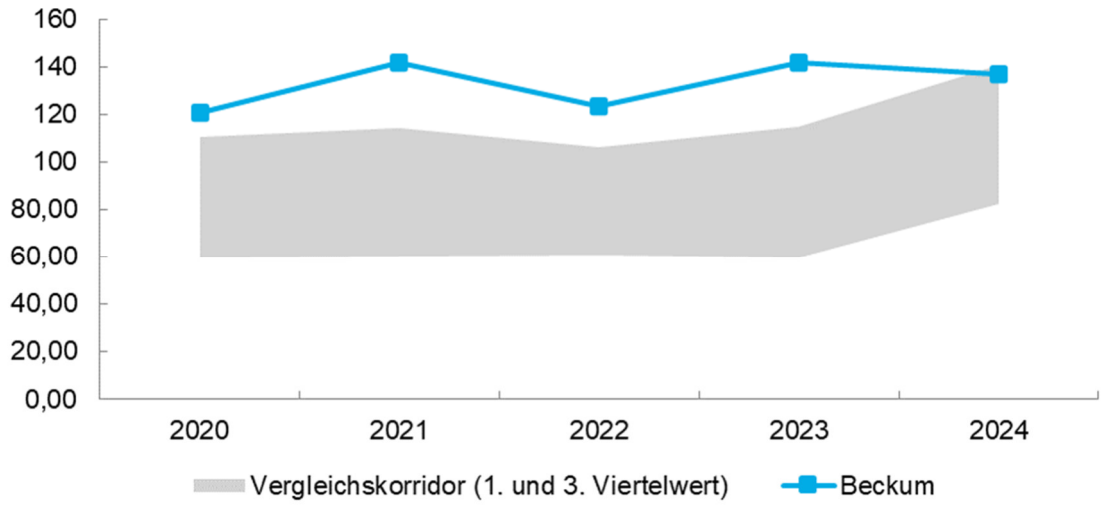
2.5.1 Aufwendungen

Die **Stadt Beckum** setzte 2024 für die Bearbeitung der Vollstreckungsforderungen 5,33 Vollzeit-Stellen in der Sachbearbeitung und 0,30 Vollzeit-Stellen für den Overhead ein.

Hierfür entstanden 2024 Personal- und Sachaufwendungen[26] in Höhe von 472.790 Euro.

Daraus resultieren Aufwendungen je abgewickelter Vollstreckungsforderung in Höhe von 137 Euro. Im interkommunalen Vergleich positioniert sich die Stadt Beckum damit wie folgt:

Aufwendungen je abgewickelter Vollstreckungsforderung in Euro 2020 bis 2024



Der Vergleichskorridor erfasst den Wertebereich der Stadt zwischen dem ersten und dritten Viertelwert. Oberhalb und unterhalb des Vergleichskorridors liegen die jeweils 25 Prozent der Städte mit den höchsten bzw. niedrigsten Werten.

Die Tabelle 3 in der Anlage enthält die Werte zur Abbildung.

Gemessen an den abgewickelten Vollstreckungsforderungen sind die Personal- und Sachaufwendungen in der Vollstreckung der Stadt Beckum bis 2023 höher als bei drei Vierteln der

[26] KGST-Bericht „Kosten eines Arbeitsplatzes“ in der jeweils aktuellen Fassung

anderen mittleren kreisangehörigen Kommunen. 2024 erzielt die Stadt Beckum eine bessere, aber immer noch überdurchschnittliche Positionierung im interkommunalen Vergleich.

Im Zeitverlauf schwanken die Aufwendungen je abgewickelter Vollstreckungsforderung. Der Stadt ist es im unterschiedlichen Umfang gelungen, ihre Vollstreckungsforderungen abzuwickeln. Nähere Informationen hierzu enthält das folgende Kapitel „2.5.2 Vollstreckungsforderungen“.

Neben der Anzahl der abgewickelten Vollstreckungsforderungen bestimmt die Höhe der jeweiligen Personal- und Sachaufwendungen den Kennzahlenwert. Auf diese hat wiederum der Stellenumfang sowie die Wertigkeit der Stellen Einfluss. Die Zahl der vollzeitverrechneten Stellen ist in Beckum sowohl für die Sachbearbeitung in der Vollstreckung, als auch für den Overhead hoch. Die Stadt gehört jeweils zum Viertel der Kommunen mit der höchsten Stellenausstattung.

2.5.2 Vollstreckungsforderungen

Vollstreckungsforderungen sind alle von der Mahnung in die Vollstreckung übergegangenen Forderungen. Hinzu kommen ggf. Forderungen, die nicht gemahnt werden müssen und Forderungen von Dritten. Jede nicht durch Zahlung beglichene Forderung ist eine einzelne Vollstreckungs(haupt)forderung. Alle zur Hauptforderung zählenden Nebenforderungen werden gemeinsam mit der Hauptforderung als eine Vollstreckungsforderung gewertet.

Auch die Vollstreckungsankündigungen sind der Vollstreckung zugehörig. Viele Vollstreckungsstellen setzen mit einer Vollstreckungsankündigung die Zahlungspflichtigen über die weitere Vorgehensweise in Kenntnis.

Die nachstehenden Kennzahlen zu den Vollstreckungsforderungen lassen Rückschlüsse auf die Arbeit in der jeweiligen Stadt zu. Sie zeigen, wie hoch die Belastung in der Vollstreckung ist und ob Rückstände bestehen sowie deren Entwicklung. Wir erfassen die Daten über mehrere Jahre und stellen diese zusätzlich in den interkommunalen Vergleich.

Vollstreckungsforderungen Beckum 2020 bis 2024

Grundzahlen	2020	2021	2022	2023	2024
Bestehende Vollstreckungsforderungen zum 01. Januar	6.241	7.198	7.738	8.388	9.038
Erhaltene neue Vollstreckungsforderungen	4.529	4.081	4.115	3.750	4.560
Abgewickelte Vollstreckungsforderungen	3.572	3.541	3.465	3.100	3.452
An andere Kommunen abgegebene eigene Forderungen	129	126	133	61	33

Die Stadt Beckum hat von 2020 bis 2024 weniger Vollstreckungsforderungen abgewickelt, als sie neue erhalten hat. Dadurch haben sich die bestehenden Vollstreckungsforderungen in diesem Zeitraum um rund 45 Prozent auf 9.038 Vollstreckungsforderungen erhöht. Bis 2023 hat sich die Anzahl der abgewickelten Vollstreckungsforderungen jährlich reduziert. 2024 hat Beckum wieder ähnlich viele Vollstreckungsforderungen abgewickelt wie 2022.

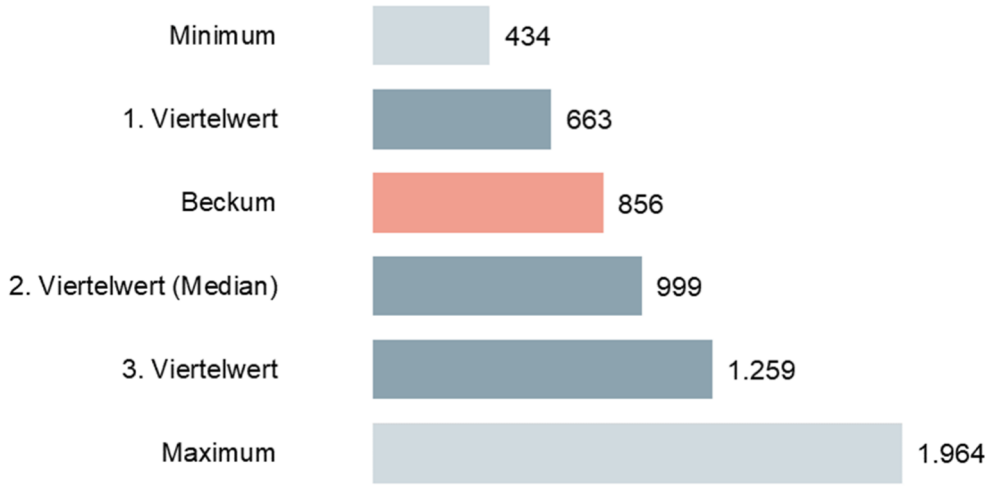
Bei der Entwicklung der Vollstreckungsforderungen ist die gesetzliche Änderung im Zusammenhang mit den Forderungen des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR) zu berücksichtigen. Zum 01. Dezember 2021 wurde der WDR selbst zur Vollstreckungsbehörde. Stufenweise wurde

die Aufgabe der Vollstreckung der WDR-Forderungen damit in die Zuständigkeit des WDR übertragen. Zum 01. Januar 2024 ist die Übertragung abgeschlossen. Auch die an die Städte in Auftrag gegebenen „Altfälle“ wurden von diesen zurück zu geben. Die Übertragung der WDR-Forderungen in der Stadt Beckum hat Mitte Oktober 2022 stattgefunden. Dies spiegelt sich in den abgewickelten Forderungen 2022 und den neu erhaltenen Vollstreckungsforderungen sowie abgewickelten Vollstreckungsforderungen des Folgejahres wider.

2.5.2.1 Neue Vollstreckungsforderungen

Sofern die Mahnung erfolglos war, werden die offenen Forderungen von der Zahlungsabwicklung an die Vollstreckungsstelle weitergeleitet. Diese stellt grundsätzlich bei jeder neuen Forderung Ermittlungen zum Schuldenden an und leitet entsprechende Vollstreckungsmaßnahmen ein. Aufgrund der manuellen und individuellen Sachbearbeitung bedeutet jede neue Forderung im Vergleich zur Zahlungsabwicklung einen deutlich höheren Personaleinsatz. Ergänzend zu den eigenen Forderungen hat eine Vollstreckungsstelle Amtshilfeersuchen anderer Behörden zu bearbeiten. Nach § 4 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Verwaltungsverfahrensgesetz NRW – VwVfG NRW) ist sie dazu verpflichtet. Dies erfolgt ohne eine Gegenleistung in Form einer Gebühr oder Ähnlichem. Aus diesem Grund bezieht die gpaNRW auch die Amtshilfeersuchen in die Analyse ein.

Neue Vollstreckungsforderungen je Vollzeit-Stelle 2024



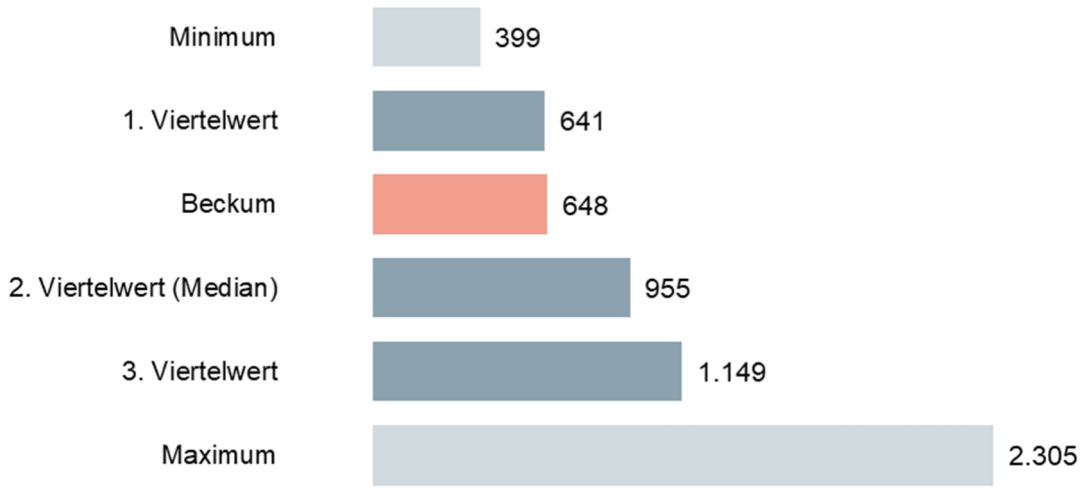
In den interkommunalen Vergleich sind 32 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

Die neuen Vollstreckungsforderungen je Vollzeitstelle liegen in der **Stadt Beckum** im interkommunalen Vergleich unter dem Median. Der unterdurchschnittliche Kennzahlenwert ergibt sich trotz einer eher hohen Anzahl an neuen Vollstreckungsforderungen vor allem aus einem vergleichsweise hohen Anteil an eingesetzten Stellen in der Vollstreckung.

2.5.2.2 Abgewickelte Vollstreckungsforderungen

Die Vollstreckungsforderungen kann die Stadt entweder durch vollständige Zahlung oder auf andere Weise abwickeln. Als erfolgreich abgewickelt zählen alle Vollstreckungsforderungen, die durch Direktzahlung, Aufrechnung, Ratenzahlung, Pfändung usw. abgeschlossen wurden. Auf andere Weise erledigt werden Vollstreckungsforderungen durch Niederschlagung, Erlass, Ausbuchung, Rückgabe oder Rücknahme.

Abgewickelte Vollstreckungsforderungen je Vollzeit-Stelle Vollstreckung 2024



In den interkommunalen Vergleich sind 30 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

Obwohl die Zahl der Vollstreckungsforderungen je Vollzeitstelle gestiegen sind, gehört die **Stadt Beckum** 2024 zur Hälfte der Kommunen, die eine geringere Anzahl an Vollstreckungsforderungen je Vollzeit-Stelle abwickelt.

Das Ziel einer Stadt sollte es sein, möglichst viele ihrer Vollstreckungsforderungen erfolgreich abzuwickeln. Inwieweit dies der Stadt Beckum gelingt, betrachten wir folgend:

Ergänzende Kennzahlen zu den abgewickelten Vollstreckungsforderungen in Prozent 2024

Kennzahlen	Beckum	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Anteil erfolgreich abgewickelte eigene Vollstreckungsforderungen an abgewickelten Vollstreckungsforderungen	79,78	16,50	50,57	59,79	71,81	80,34	28
Anteil Niederschlagungen an abgewickelten Vollstreckungsforderungen	1,16	0,00	1,00	2,97	3,66	14,40	32
Anteil abgewickelte Vollstreckungsforderungen für Amts- und Vollstreckungshilfe an abgewickelten Vollstreckungsforderungen	13,59	8,03	15,40	25,15	31,15	50,35	32
Anteil abgewickelte Vollstreckungsforderungen für freiwillige Vereinbarungen an abgewickelten Vollstreckungsforderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,06	31,66	31

Von den abgewickelten Vollstreckungsforderungen entfallen 13,59 Prozent auf abgewickelten Vollstreckungsforderungen für Amts- und Vollstreckungshilfe. Der Anteil der Niederschlagungen spielt mit 1,16 Prozent in Beckum, wie auch in vielen anderen Städten, eine untergeordnete Rolle. Die Stadt schlägt weniger Vollstreckungsforderungen nieder als die Hälfte der mittleren kreisangehörigen Kommunen. Dies wiederum kann zu einem hohen Anteil an bestehenden Vollstreckungsforderungen führen. Diese betrachten wir im nachfolgenden Kapitel „2.5.2.3 Bestehende Vollstreckungsforderungen“.

Die verbliebenen 5,47 Prozent wickelt Beckum auf sonstige Weise, beispielsweise durch Erlass (z. B. niedrige Elternbeiträge durch Einkommensnachweis) oder Ausbuchung (z. B. Verjährung von Verkehrsordnungswidrigkeiten) ab.

Beckum kann mehr als drei Viertel ihrer Vollstreckungsforderungen erfolgreich durch Direktzahlung, Aufrechnung, Ratenzahlung, Pfändung usw. abwickeln. Die Stadt erzielt damit bessere Ergebnisse als die übrigen Vergleichskommunen. Dies spiegelt sich auch in der Erfolgsquote[27] Vollstreckung wider. Diese liegt 2024 bei 92,32 Prozent. Beckum wickelt mehr eigene Vollstreckungsforderungen erfolgreich ab, als mindestens 75 Prozent der Vergleichskommunen. Auch in den Vorjahren erreicht die Stadt Beckum eine Erfolgsquote Vollstreckung von jeweils mehr als 90 Prozent.

In den interkommunalen Vergleich sind 28 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

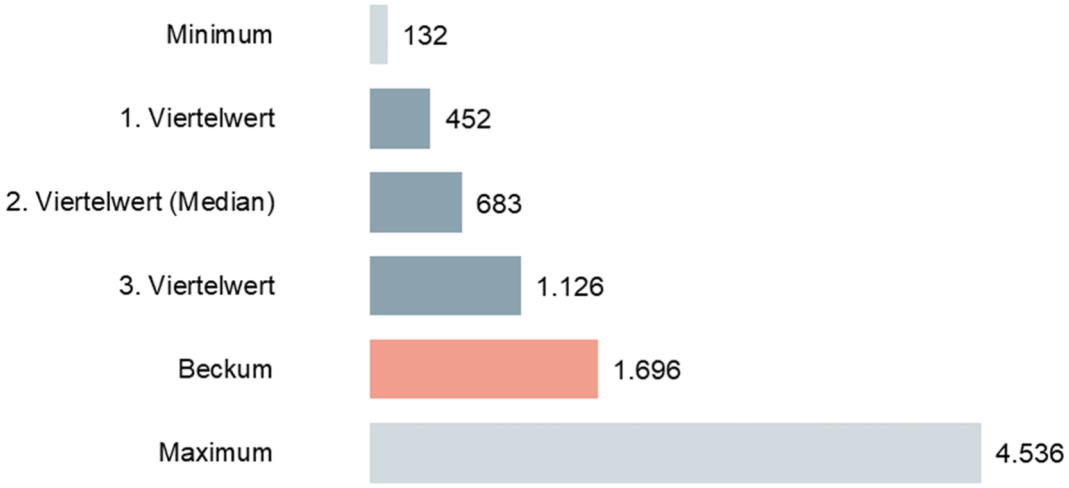
[27] Erfolgsquote Vollstreckung in Prozent: Erfolgreich abgewickelte eigene Vollstreckungsforderungen / Abgewickelte eigene Vollstreckungsforderungen

Erfolgsquote Vollstreckung in Prozent 2024

2.5.2.3 Bestehende Vollstreckungsforderungen

Ein hoher Bestand an Vollstreckungsforderungen stellt grundsätzlich eine Belastung für die Beschäftigten in der Vollstreckungsstelle dar. Alle offenen Vollstreckungsforderungen sind zu überwachen und in regelmäßigen Abständen sind neue Ermittlungen anzustellen. Zudem birgt insbesondere ein hoher Anteil an Ordnungswidrigkeiten eine erhöhte Gefahr von Verjährungen. Ziel der Städte sollte es daher sein, den Bestand möglichst gering zu halten und die personellen Ressourcen wirtschaftlich einzusetzen.

Bestehende Vollstreckungsforderungen je Vollzeit-Stelle Vollstreckung 2024



In den interkommunalen Vergleich sind 30 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

Wie in Kapitel „2.5.2 Vollstreckungsforderungen“ beschrieben, nimmt der Bestand der Vollstreckungsforderungen in Beckum jährlich zu. Im Ergebnis kann das Personal die jährlich neu

entstehenden Vollstreckungsforderungen nicht vollständig abarbeiten. Das zeigt sich auch an der Kennzahl „Bestehende Vollstreckungsforderungen je Vollzeit-Stelle Vollstreckung“. Während diese 2020 und 2021 noch den Median stellen, sind sie seit 2022 überdurchschnittlich und 2024 sogar im höchsten Vergleichsviertel des interkommunalen Vergleichs.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte Maßnahmen ergreifen, um einen weiteren Anstieg ihrer bestehenden Vollstreckungsforderungen zu vermeiden. Sie sollte prüfen, wann die Weiterverfolgung einer Forderung noch lohnenswert erscheint.

2.6 Anlage: Ergänzende Tabellen

Tabelle 1: Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2024/2025 - [Handlungsfeld]

	Feststellung	Seite		Empfehlung	Seite
Einzahlungen					
F1	Aufgrund fehlender Sollstellungen hat die Stadt Beckum eine hohe Anzahl neuer ungeklärter Einzahlungen. Dies führt zu einem unnötigen Mehraufwand in der Zahlungsabwicklung.	67	E1	Die Stadt Beckum sollte die Anzahl ihrer unterjährig auftretenden ungeklärten Einzahlungen reduzieren. Sie sollte die Gründe für fehlende Sollstellungen systematisch erfassen und mögliche Gegenmaßnahmen ergreifen.	69
Prozessbetrachtungen					
F2	Die Durchlaufzeiten zwischen Zahlungsaufforderung und möglicher Übergabe an die Vollstreckung sind in Beckum unterdurchschnittlich. 2024 führen nicht einmal die Hälfte aller Mahnungen zu einem Ausgleich der Forderungen.	70	E2	In Hinblick auf die unterdurchschnittliche Erfolgsquote Mahnungen in Prozent sollte die Stadt Beckum ihre Fristen im Prozess zum Umgang mit Forderungen überprüfen und optimieren.	72
F3	Die Stadt Beckum bietet bereits mehrere elektronische Zahlungsmöglichkeiten an. Ihre schriftlichen Regelungen zum E-Payment kann die Stadt noch ausweiten.	72	E3	Die Stadt Beckum sollte strategische Vorgaben für das E-Payment treffen und hierzu schriftliche Regelungen treffen.	73
Vollstreckung					
F4	Der Bestand der Vollstreckungsforderungen liegt in Beckum auf einem hohen Niveau. Er nimmt jährlich zu. Mit hohem Personaleinsatz erledigt Beckum mehr als 90 Prozent der abgewickelten eigenen Vollstreckungsforderungen erfolgreich.	73	E4	Die Stadt Beckum sollte Maßnahmen ergreifen, um einen weiteren Anstieg ihrer bestehenden Vollstreckungsforderungen zu vermeiden. Sie sollte prüfen, wann die Weiterverfolgung einer Forderung noch lohnenswert erscheint.	80

Tabelle 2: Einzahlungen je Vollzeit-Stelle Zahlungsabwicklung 2020 bis 2024

Jahr	Beckum	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
2020	12.462	7.144	11.583	13.228	17.351	38.771	36
2021	11.755	7.705	11.536	13.879	16.683	41.957	37
2022	12.629	7.605	11.310	14.233	17.217	41.739	37
2023	13.568	7.322	12.137	14.409	17.700	47.214	36
2024	15.379	7.287	12.198	15.064	18.989	40.412	37

Tabelle 3: Aufwendungen je abgewickelte Vollstreckungsforderung in Euro 2020 bis 2024

Jahr	Beckum	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
2020	121	33,26	59,55	81,36	111	215	28
2021	142	31,22	60,40	79,97	114	195	29
2022	123	20,95	61,13	74,69	106	205	30
2023	142	26,65	59,82	84,90	115	232	30
2024	137	39,11	82,32	95,96	141	240	30

3. Gremienarbeit

3.1 Managementübersicht

Die wesentlichen Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Stadt Beckum im Prüfgebiet Gremienarbeit stellt die gpaNRW nachfolgend zusammenfassend dar.

Die Feststellungen und Empfehlungen haben wir tabellarisch in der Anlage aufgeführt. Die Reihenfolge ist chronologisch und gibt keine Priorisierung vor.

Die überörtliche Prüfung der gpaNRW für das Prüfgebiet Gremienarbeit erfolgte zu einem Zeitpunkt, zu dem sich u. a. die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW), die Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse (Entschädigungsverordnung – EntschVO NRW) sowie weitere Regelungen zu digitalen bzw. hybriden Gremiensitzungen in der Überarbeitung befanden. Die Prüfung greift den Normbestand des jeweiligen Jahres auf. Spätere Anpassungen des Landesgesetzgebers bleiben bei der Kennzahlenerhebung unberücksichtigt.

Darüber hinaus startete die überörtliche Prüfung der fünften Prüfungsrunde der mittleren kreisangehörigen Kommunen in dem Jahr der Kommunalwahl 2025. Folglich bezieht sich das IKO-Vergleichsjahr 2024 auf den Zeitpunkt vor den Kommunalwahlen. Dort, wo es inhaltlich sinnvoll ist, stellt die gpaNRW Veränderungen und Entwicklungen, die sich durch die Kommunalwahl ergeben haben, dar.

Gremienarbeit

Der Rat der Stadt Beckum hat im Jahr 2004 die Anzahl der Ratsmitglieder gemäß § 3 Abs. 2 KommunalWahlG um sechs Ratsmitglieder reduziert. Der Rat hat sich nach der Kommunalwahl 2020 und 2025 mit der Ausschussstruktur befasst. Diese orientiert sich an der Verwaltungsgliederung.

Die Stadt Beckum hat ein hohes Antragsvolumen der Fraktionen. Aufgrund der Vielzahl der Themen tagen die Gremien überdurchschnittlich oft. Das hohe Antragsvolumen führt zu einer Belastung des städtischen Personals, welches mit der Vorbereitung der Anträge beschäftigt ist. Die Stadt Beckum sollte deshalb verschiedene Lösungsmöglichkeiten erörtern um das Antragsvolumen zu reduzieren.

Die Ratsmitglieder der Stadt Beckum erhalten eine pauschale Aufwandsentschädigung. Dadurch sind die Aufwendungen im Vergleich zu den anderen mittleren kreisangehörigen Städten niedrig.

Auch gewährt die Stadt Beckum Verdienstausfall, Haushaltsführungsentschädigung sowie Fahrtkosten entsprechend den Regelungen der GO NRW und EntschVO NRW.

Die Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitglieder gewährt die Stadt Beckum gemäß Erlass. Eine regelmäßige Überprüfung der Fraktionszuwendung erfolgte bei der Stadt

Beckum nicht. Die Stadt hat nach der Kommunalwahl eine Bedarfsberechnung durchgeführt und die Höhe der Fraktionszuwendungen angepasst.

Die Stadt Beckum bietet papierlose Gremienarbeit an. Das Angebot wird nicht von allen Gremienmitglieder angenommen. Digitale und hybride Gremiensitzungen kann die Stadt Beckum nicht durchführen. Um auch in Krisenzeiten sicher agieren zu können, sollte sich die Stadt Beckum mit den formalen Anforderungen von digitalen und hybriden Gremiensitzungen auseinandersetzen.

Die Veröffentlichungspflichten nach dem Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW hält die Stadt Beckum ein.

3.2 Aufbau des Teilberichtes

Die Kapitel dieses Teilberichtes beginnen mit einer wertenden Aussage zu unserem Prüfungsergebnis. Wertungen, die eine Stellungnahme der Stadt nach § 105 Abs. 6 und 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) notwendig machen, bezeichnen wir als **Feststellung**.

Anschließend folgt *kursiv* gedruckt die **Sollvorstellung.** Die Sollvorstellung stellt die Inhalte und das Prüfungsziel im Kapitel dar. Sie ist allgemein formuliert und grundsätzlich für alle Städte gültig, z. B. auf Basis der aktuell geltenden Gesetzeslage.

Ausgehend von diesem Soll analysieren wir die individuelle Situation in der geprüften Stadt und weisen dabei erkannte Verbesserungspotenziale als **Empfehlung** aus.

Weitere allgemeine Ausführungen zur Struktur der Teilberichte stehen im Vorbericht.

3.3 Inhalte, Ziele und Methodik

Die kommunale Gremienarbeit ist grundgesetzlich verankerter Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung. Auf der einen Seite wird sie stark geprägt durch landesgesetzliche Vorgaben. Andererseits beeinflussen individuelle örtliche Gegebenheiten sowie die kommunale Selbstverwaltung die Gremienarbeit der Stadt Beckum. Die Arbeit der demokratisch gewählten Vertretungskörperschaften ist dabei vielschichtig. Sie wird durch Schlüsselakteure wie Parteien, Fraktionen, Verwaltung und Bürgerschaft geprägt. Die kommunale Gremienarbeit ist daher keine originäre oder alleinige Verwaltungstätigkeit, sondern ein Zusammenspiel der ehrenamtlichen Kommunalpolitik und der Verwaltung.

Die gpaNRW betrachtet den finanziellen Ressourceneinsatz im Zusammenhang mit nicht-monetären Aspekten sowie wesentlichen Steuerungs- und Kontrollmechanismen. Wir analysieren hierbei auch, ob die Verwaltung die vom Landesgesetzgeber normierten formalen Anforderungen an die örtliche Gremienarbeit einhält.

Die Prüfung untergliedern wir hierbei in

- die örtliche Gremienstruktur,

- das Sitzungsmanagement,
- die Aufwendungen für Gremienmitglieder,
- die Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitglieder,
- die Digitalisierung der Gremienarbeit sowie
- die Umsetzung der Veröffentlichungspflicht nach dem Korruptionsbekämpfungsgesetz Nordrhein-Westfalen (KorruptionsbG NRW).

Die gpaNRW gibt Hinweise zu Optimierungsmöglichkeiten und zeigt Handlungsmöglichkeiten auf. Gleichzeitig sensibilisiert sie die Städte für Weiterentwicklungsmöglichkeiten durch Digitalisierung in der Gremienarbeit.

Die gpaNRW hat die erforderlichen Daten erhoben und im Austausch mit der Stadt Beckum abgestimmt. Zudem haben wir die Arbeitsweise der Stadt Beckum über einen standardisierten Fragebogen aufgenommen.

3.4 Örtliche Gremienstrukturen

Die örtliche Gremienstruktur wird durch die GO NRW und die im Kommunalwahlgesetz NRW (KWahlG NRW) festgelegten Vorgaben definiert.

→ Der Rat der Stadt Beckum hat sich nach der letzten Wahlperiode mit der Bildung und Zuständigkeit der Fachausschüsse befasst. Die Fachausschüsse orientieren sich an der Verwaltungsgliederung.

Eine Stadt sollte eine gute Grundlage für eine effektive und effiziente Gremienarbeit schaffen. Hierzu sollte sie nachstehende Anforderungen erfüllen:

- *Die Gremienstruktur sollte sich nach Möglichkeit an der Verwaltungsgliederung orientieren und verwandte Themenbereiche in Ausschüssen konzentrieren.*
- *Eine Stadt sollte zumindest einmal in einer Wahlperiode die freiwilligen Fachausschüsse, Interessensvertretungen und Bezirksausschüsse auf ihre Relevanz hin überprüfen.*
- *Eine Stadt sollte die Zuständigkeiten und Befugnisse der Fachausschüsse in Form einer Satzung, Zuständigkeitsordnung oder durch Beschluss formalisieren.*
- *Eine Stadt sollte gem. § 3 KWahlG NRW regelmäßig zum Ende einer Wahlperiode prüfen, ob sie die Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter bei der nächsten Kommunalwahl reduzieren kann (Verkleinerung des Stadtrates).*

Die Gremienstruktur einer Stadt wird unter anderem durch die Einwohnendenzahl, die kommunale Selbstverwaltung sowie durch Wahlergebnisse beeinflusst. In der nachfolgenden Tabelle stellt die gpaNRW die Gremienstruktur im interkommunalen Vergleich dar.

Überblick über die Gremienstruktur 2024

Grundzahlen	Beckum	Minimum	1. Viertel-wert	2. Viertel-wert (Median)	3. Viertel-wert	Maximum	Anzahl Werte
Ratsmitglieder	38	32	38	42	48	62	73
Überhang-/ Aus-gleichsmandate	0	0	0	0	6	16	73
Einzelratsmitglieder	0	0	1	1	2	4	73
Sachkundige Bürgerin-nen und Bürger	52	13	46	61	87	212	72
Sachkundige EW*	10	0	0	10	21	85	73
Fraktionen	5	3	5	6	6	8	73
Pflichtige Fachaus-schüsse	2	2	2	2	2	3	73
Pflichtige Fachaus-schüsse auf spezialge-setzlicher Grundlage	3	0	1	2	2	5	73
Freiwillige Fachaus-schüsse	5	2	5	6	8	11	72
Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher	0	0	0	0	3	18	72
Bezirksausschüsse	0	0	0	0	0	13	73

* Einwohnerinnen und Einwohner

Die **Stadt Beckum** hat den Finanzausschuss mit dem Hauptausschuss zusammengelegt. Zudem bearbeitet der Ausschuss Themen zur Digitalisierung. Darüber hinaus zählt zu den pflichtigen Ausschüssen der Rechnungsprüfungsausschuss.

Die Stadt Beckum hat drei Fachausschüsse spezialgesetzlicher Grundlage. Hierzu zählen

- der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familie,
- der Betriebsausschuss sowie
- der Integrationsrat.

Weitere Themen bearbeitet der Rat der Stadt Beckum in freiwilligen Ausschüssen. Dabei gehört die Stadt Beckum mit fünf freiwilligen Fachausschüssen zu dem Viertel der Kommunen mit der niedrigsten Zahl an Fachausschüssen.

Sie hat nachfolgende freiwillige Ausschüsse gebildet:

- Ausschuss für Stadtentwicklung,
- Ausschuss für Bauen, Umwelt, Klimaschutz, Energie und Vergaben,

- Ausschuss für Inklusion, Gleichstellung, Soziales, Wohnen und Ehrenamt,
- Interkommunaler Volkshochschulausschuss und
- Schul-, Kultur- und Sportausschuss.

Damit entsprechen die Ausschüsse überwiegend der kommunalen Gliederung. Die Stadt Beckum betreibt zusammen mit der Gemeinde Wadersloh eine Volkshochschule. In einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung haben die beiden Kommunen die Zuständigkeit geregelt und Aufgaben dem interkommunalen Volkshochausschuss übertragen.

Die überörtliche Prüfung der fünften Prüfungsrunde der mittleren kreisangehörigen Kommunen startete im Jahr der Kommunalwahl 2025. Daher ist es möglich, dass sich die Gremienstrukturen im Vergleich zum Jahr 2024 verändert haben. Die nachfolgende vergleichende Darstellung der Gremienstruktur vor und nach der Kommunalwahl ermöglicht eine transparente Übersicht über strukturelle Veränderungen sowie organisatorische Weiterentwicklungen.

Vergleichende Darstellung der Gremienstruktur der Stadt Beckum vor und nach der Kommunalwahl 2025

Grundzahlen	Vor der Kommunalwahl 2025	Nach der Kommunalwahl 2025	Reduzierung	Erhöhung/ Erweiterung/ Vergrößerung
Ratsmitglieder	38	44	0	6
Überhang-/ Ausgleichsmandate	0	6	0	6
Einzelratsmitglieder	0	0	0	0
Sachkundige Bürgerinnen und Bürger	52	70	0	
Sachkundige EW*	10	13	0	3
Fraktionen	5	6	0	1
Pflichtige Fachausschüsse	2	2	0	0
Pflichtige Fachausschüsse auf spezialgesetzlicher Grundlage	3	3	0	0
Freiwillige Fachausschüsse	5	5	0	0
Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher	0	0	0	0
Bezirksausschüsse	0	0	0	0

Die gpaNRW betrachtet nachfolgend formale Aspekte der Gremienstruktur im interkommunalen Vergleich. Mit dem Aspekt „Verkleinerung der Vertretungskörperschaft“ bilden wir ab, wie viele Städte im Vergleichsjahr die in § 3 KWahlG NRW geregelte Möglichkeit wahrgenommen haben, die Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter um zwei, vier, sechs, acht, zehn oder

zwölf, davon je zur Hälfte in Wahlbezirken, zu verringern. Dazu müssen sie spätestens 45 Monate nach Beginn der Wahlperiode eine entsprechende Satzung erlassen.

Die Aspekte „Neuzuschnitt der Gremien“ und „Zuständigkeitsregelung der Fachausschüsse“ beziehen sich darauf, ob Städte den Zuschnitt oder die Größe der Fachausschüsse nach der Kommunalwahl 2020 zum Zeitpunkt des Vergleichsjahres 2024 angepasst haben und ob die Zuständigkeiten und Befugnisse der Fachausschüsse 2024 in Form einer Satzung, Zuständigkeitsordnung oder durch Beschluss formalisiert wurden. Wenn sich nach der Kommunalwahl 2025 Änderungen ergeben haben, werden diese nach der Darstellung des interkommunalen Vergleiches erläutert.

Formale Aspekte der Gremienstruktur 2024

Formale Aspekte	Beckum	Minimum
Verkleinerung der Vertretungskörperschaft	Ja	49 von 72
Neuzuschnitt der Gremien nach 2020	Ja	52 von 74
Zuständigkeitsregelung der Fachausschüsse	Ja	70 von 74

Die Verwaltung der Stadt Beckum sowie der Stadtrat haben sich bereits in der letzten Legislaturperiode aktiv mit der örtlichen Gremienstruktur beschäftigt. Sie haben den Zuschnitt und Größe der Fachausschüsse nach der Kommunalwahl 2020 angepasst. So ist der Haupt- und Finanzausschuss auch für das Thema Digitalisierung zuständig. Entsprechend hat der Rat den Ausschuss in Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss umbenannt. Im Bereich Bauen hat der Rat das Thema Klimaschutz angesiedelt und dadurch einen Ausschuss für Bauen, Umwelt, Klimaschutz, Energie und Vergaben gebildet.

In der neuen Legislaturperiode hat die Stadt Beckum ihre Ausschussstruktur angepasst. Der Integrationsrat heißt nun Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration. Die Zuständigkeit hat die Stadt um das ähnlich gelagerte Themenfeld „Chancengerechtigkeit“ erweitert.

Die Zuständigkeiten der Fachausschüsse waren im Vergleichsjahr 2024 klar in einer Zuständigkeitsordnung geregelt. Diese hat der Rat und die Verwaltung zuletzt am 20. Dezember 2022 angepasst. Nach der Kommunalwahl 2025 hat die Stadt Beckum am 20. November 2025 eine neue Zuständigkeitsordnung erlassen.

In der nachfolgenden Tabelle stellt die gpaNRW dar, in welcher Höhe die Vertretungskörperschaft der Stadt Beckum vor oder in der abgelaufenen Wahlperiode gemäß § 3 KWahlG NRW die Möglichkeit in Anspruch genommen hat, die Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter zu verringern.

Anzahl der reduzierten Vertreterinnen und Vertreter bis zum Jahr 2024

Kennzahl	Beckum	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Reduzierte Vertreterinnen und Vertreter	6	0	0	4	6	6	72

Der Rat der Stadt Beckum hat durch eine Satzung im Jahr 2004 den Rat um sechs Mitglieder von 44 auf 38 Mitglieder verkleinert. Nach der Kommunalwahl 2025 hat der Rat aufgrund von Ausgleich- und Überhangmandate 44 Mitglieder. Die Stadt Beckum macht somit von der Möglichkeit der Verkleinerung der Vertretungskörperschaft Gebrauch, ohne dass durch den Gesetzgeber ermöglichte Maximum (zwölf) der Verkleinerung auszuschöpfen.

3.5 Sitzungsmanagement

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum gehört zu der Hälfte der Kommunen mit den meisten Anträgen. Auch die Anzahl der Sitzungen liegt über dem Durchschnitt.

Eine Stadt sollte ein effizientes und vorausschauendes Sitzungsmanagement etablieren. Das Ziel sollte sein, so viele Gremiensitzungen wie gesetzlich empfohlen, jedoch so wenige wie nötig im Jahr abzuhalten. Die Stadt bzw. die Gremien sollten Mehrfachberatungen in unterschiedlichen Fachausschüssen im Rahmen einer Beratungsfolge vermeiden. Aus Sicht der gpaNRW sollte eine Stadt regelmäßige Sondersitzungen oder Gremiensitzungen mit sehr wenigen Tagesordnungspunkten ebenfalls soweit möglich vermeiden.

Eine Stadt sollte hierbei folgende Voraussetzungen erfüllen:

- *Formale Regelungsnotwendigkeiten zur Antragsstellung in ihrer Hauptsatzung/ Geschäftsordnung aufnehmen (wer darf Anträge stellen?).*
- *Den Umgang mit Anregungen und Beschwerden in der Hauptsatzung regeln und die Prüfung der Eingabeberechtigungen durchführen.*
- *Die Sitzungshäufigkeit der Fachausschüsse auf das notwendige Maß beschränken und Mehrfachberatungen im Rahmen einer Beratungsfolge vermeiden.*

Die gpaNRW betrachtet neben den Sitzungsterminen die Eingaben an den Rat einer Stadt, wie Anträge von Fraktionen und Einzelratsmitgliedern gemäß § 48 Abs. 1 S. 2 GO NRW. Ein Fünftel der Ratsmitglieder oder eine Fraktion kann Anträge zur Tagesordnung stellen. Die Hauptsatzung oder Geschäftsordnung kann auch einzelnen Ratsmitgliedern oder Minderheiten das Recht geben, Anträge zu stellen.

In Fällen dringender Entscheidungen kann das reguläre Beschlussverfahren durchbrochen werden, um eine Eil- oder Dringlichkeitsentscheidung zu ermöglichen und die Handlungsfähigkeit der Stadt zu gewährleisten.

Seit der Änderung des § 24 GO NRW im Dezember 2021 können sich nur noch Einwohnerinnen und Einwohner, die mindestens drei Monate in der Stadt wohnen, mit Beschwerden oder Anregungen an den Rat wenden. Der Rat kann diese an einen Ausschuss delegieren. Unabhängig davon haben auch Vereine und Initiativen durch Artikel 17 GG weiterhin das Recht, Petitionen einzureichen, jedoch ohne Beratungsanspruch.

Zusätzlich betrachtet die gpaNRW die Bürgerbeteiligung durch Bürgerbegehren und -entscheide. Gemäß § 26 GO NRW können Bürgerinnen und Bürger beantragen, dass sie anstelle des Rates über eine Angelegenheit entscheiden.

Nachfolgend betrachten wir die Anzahl der Eingaben an den Rat im Zeitraum von 2020 bis 2024. Das Jahr 2025 wird nicht mitbetrachtet, da es aufgrund der Kommunalwahl nicht repräsentativ ist.

Eingaben an den Rat 2020 bis 2024

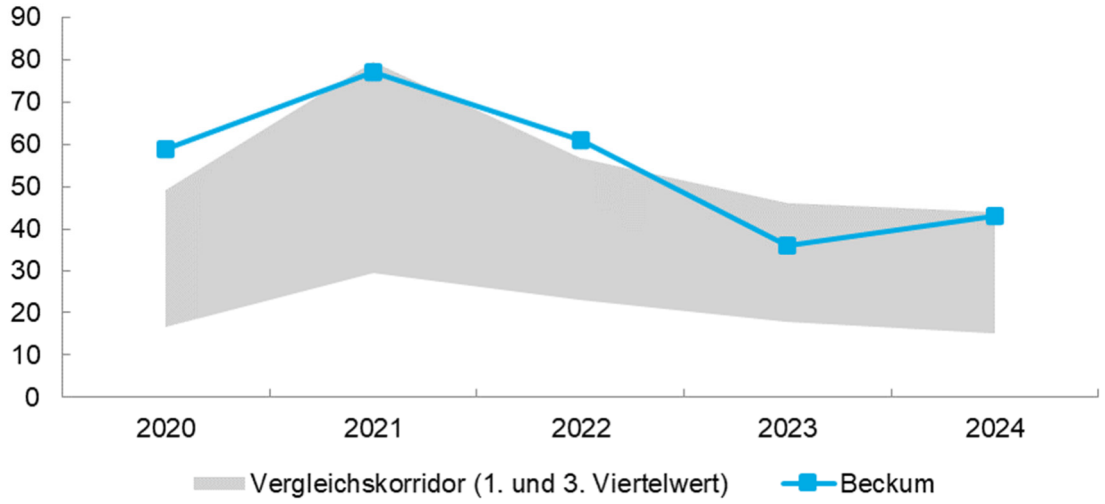
Grundzahl	Beckum	Minimum	1. Viertel-wert	2. Viertel-wert (Median)	3. Viertel-wert	Maximum	Anzahl Werte
Anträge von Fraktionen und Einzelratsmitgliedern	276	33	110	180	276	915	65
Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen	46	0	13	22	40	128	65
Bürgerbegehren	0	0	0	0	0	2	59
Bürgerentscheide	0	0	0	0	0	1	59
Petitionen nach Art. 17 GG	0	0	0	0	0	5	59
Anregungen und Beschwerden	28	0	8	16	44	259	65

In der **Stadt Beckum** sieht die in dem Betrachtungszeitraum 2020 bis 2024 gültige Hauptsatzung ein Antragsrecht wie folgt vor:

Danach hat jede Person das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft schriftlich mit Anregungen und Beschwerden an den Rat zu wenden. Anregungen und Beschwerden müssen dabei Angelegenheiten betreffen, für die die Stadt Beckum zuständig ist. Anonyme Anfragen werden nicht in den Rat eingebracht. Das gilt auch für Anfragen die keine Anregungen oder Beschwerden sind. Die antragende Person wird über den Fortgang des Verfahrens, den Termin und den Ort der Beratung und über die abschließende Entscheidung des Rates oder des mit der Erledigung betrauten Ausschusses informiert.

Gemäß § 24 Abs. 1 GO NRW reicht für die Antragsstellung die Textform nach § 126b BGB aus. Im Unterschied zur Schriftform ist eine eigenhändige Unterschrift nicht zwingend erforderlich. Es genügt, wenn der Text die absendende Person eindeutig erkennen lässt, z.B. durch Angabe des Namens und der Adresse. Dadurch sind auch Anträge per Email möglich. In der Praxis werden in Beckum zwar auch solche Anfragen bearbeitet, dennoch verstößt die Hauptsatzung durch das Erfordernis der Schriftform gegen § 24 Abs. 1 GO NRW. Die Stadt Beckum hat während der Prüfung die Hautsatzung geändert und die Textform für Anregungen und Beschwerden zugelassen. In der von der **Stadt Beckum** am 20. November 2025 neu beschlossenen Hauptsatzung hat die Stadt für Anregungen und Beschwerden die Textform zugelassen und das Antragsrecht formal beschränkt, auf Einwohnende, die mindestens seit drei Monaten im Stadtgebiet wohnhaft sind.

Anträge von Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitgliedern im Zeitverlauf 2020 bis 2024



Der Vergleichskorridor erfasst den Wertebereich der Städte zwischen dem ersten und dritten Viertelwert. Oberhalb und unterhalb des Vergleichskorridors liegen die jeweils 25 Prozent der Städte mit den höchsten bzw. niedrigsten Werten.

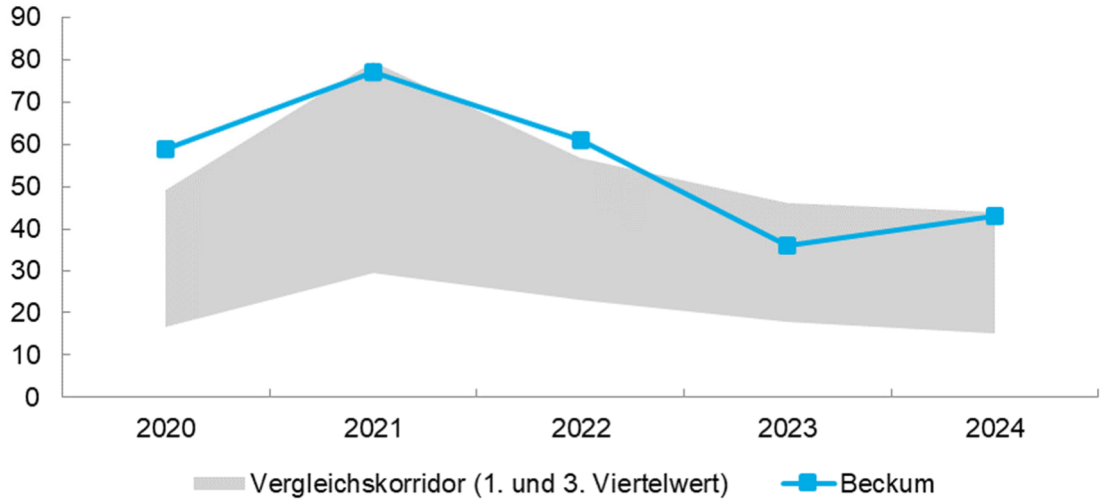
Gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Beckum kann ein Fünftel der Ratsmitglieder oder eine Fraktion Vorschläge für die Tagesordnung einbringen. In vier von fünf Vergleichsjahren lag die Anzahl der Anträge von Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitgliedern über dem Median.

Auch die Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen liegen oberhalb des dritten Viertelwertes. Hier sind jedoch 40 Anträge auf das Jahr 2020 zurück zu führen. Die Ursache dafür war in den vielen Vergabeentscheidungen sowie dem Pandemiegeschehen zu finden. Die Stadt Beckum hat den zustimmenden Beschluss für eine Vergabeentscheidung durch eine Berichtspflicht ersetzt. Diese Vorgehensweise begrüßt die gpaNRW. Ein Beschlusserfordernis für Vergaben ist ohnehin obsolet da keine Ermessensentscheidung besteht.

Durch diese Änderung sind die Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen in den Folgejahren 2021 und 2022 auf jeweils drei gefallen. Im Jahr 2023 und 2024 gab es keine Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen.

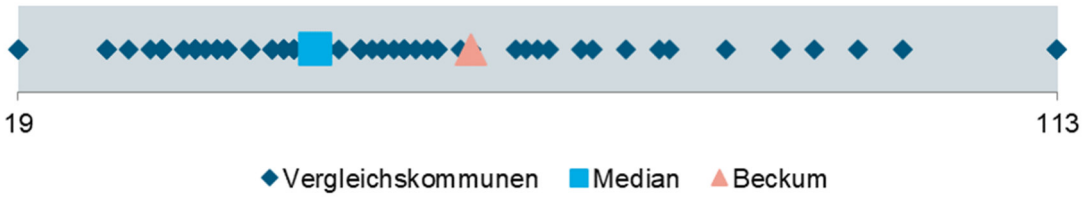
Die gpaNRW betrachtet die Sitzungsintensität über einen Zeitverlauf von fünf Jahren innerhalb der letzten Wahlperiode. Wegen der Kommunalwahl wird das Jahr 2025 nicht berücksichtigt, da es nicht repräsentativ und mit den Vorjahren vergleichbar ist. Die Sitzungstermine 2020 bis 2024 stellen wir in der nachfolgenden Grafik im Zeitverlauf mit einem Mehrjahres-Korridor in den interkommunalen Vergleich.

Sitzungstermine im Zeitverlauf 2020 bis 2024



Die Stadt Beckum gehört zu der Hälfte der Kommunen deren Rat und seine Ausschüsse am häufigsten tagen. Die Sitzungshäufigkeit ist konstant auf hohem Niveau.

In den interkommunalen Vergleich sind 92 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



Mit 60 Sitzungsterminen im Jahr 2024 liegt die Stadt Beckum oberhalb dem dritten Viertelwert. Die meisten Vergleichskommunen kommen mit weniger Sitzungen aus. Gemäß § 47 Abs. 1 GO NRW soll der Rat so oft es die Geschäftslage fordert, tagen, mindestens jedoch alle zwei Monate. Das Höchstmaß der Sitzungstermine ist somit durch die Geschäftslage bestimmt.

Die Stadt Beckum teilt mit, dass unnötige Sitzungen abgesagt werden. Dennoch sei die Tagesordnung, trotz der Häufigkeit der Sitzungstermine, gut gefüllt. Nach der Kommunalwahl 2025 hat die Stadt Beckum ihre Ausschüsse erweitert. Dies kann dazu führen, dass die Anzahl an Sitzungen weiter zunimmt.

Häufige Sitzungstermine können das Interesse an der Gremienarbeit schmälern, weil sich das politische Ehrenamt mit einem hohen zeitlichen Aufwand weniger gut mit der Erwerbstätigkeit und Lebensumstände ihrer Mitglieder vereinbaren lässt. Dies kann dazu führen, dass das Interesse an Gremienarbeit sinkt und der Rat veraltet.

Die Stadt Beckum sollte mit den Gremienvertretungen erörtern, den Umgang mit Anträgen zu optimieren. Gremienmitglieder könnten einfache Anfragen telefonisch mit der Verwaltung besprechen. Dadurch würden Personalressourcen der Verwaltung weniger belastet. Auch die Einführung eines regelmäßigen Berichtswesens durch die Verwaltung könnte zu einer Verringerung der Anträge führen und somit zu einer Verringerung der Sitzungshäufigkeit beitragen.

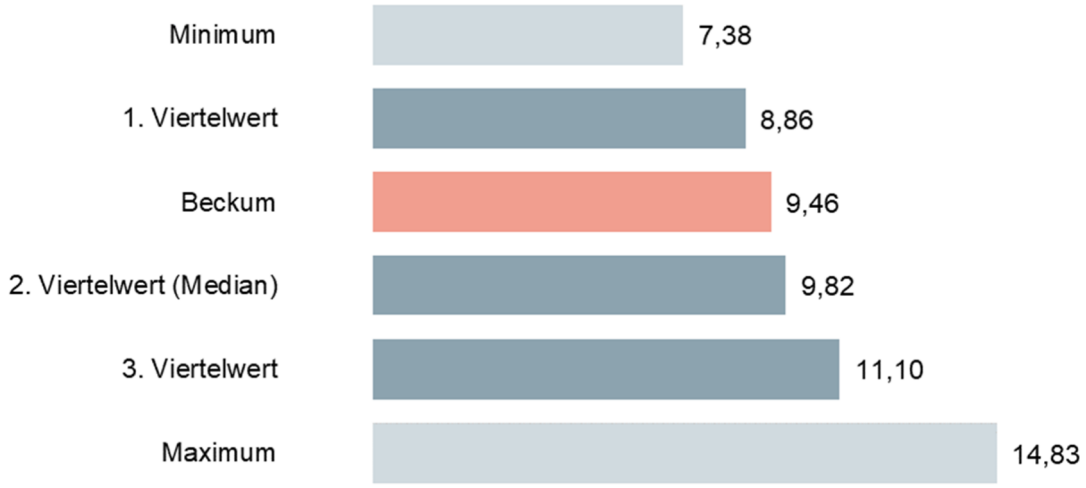
Empfehlung
Die Stadt Beckum sollte mit den Gremienvertretungen erörtern, welche Maßnahmen sinnvoll sind um die Sitzungshäufigkeit zu reduzieren.

3.6 Aufwendungen Gremienmitglieder

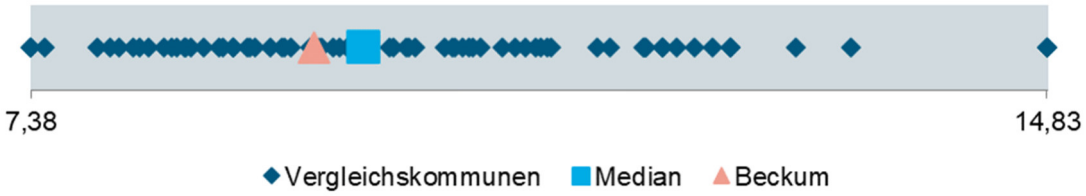
Die Städte leisten für die Gremienarbeit bzw. Gremienmitglieder unterschiedliche Aufwendungen entsprechend des KWahlG NRW, der GO NRW sowie der EntschVO NRW. Die gpaNRW erhebt für die nachfolgende Analyse Aufwendungen für Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder und Verdienstausfall für Gremienmitglieder entsprechend der EntschVO NRW. Verwaltungskosten, die z. B. für die Betreuung und das Management der örtlichen Gremienarbeit entstehen, berücksichtigt die gpaNRW nicht. Ebenso sind die Fraktionszuwendungen in diesen Aufwendungen nicht enthalten. Diese analysiert die gpaNRW separat in Kapitel 3.7. Die nachfolgenden Darstellungen dienen der Stadt als Standortbestimmung im interkommunalen Vergleich.

Ausgangspunkt für die Analyse der Aufwendungen für die Gremienarbeit gem. der EntschVO NRW der Stadt Beckum sind die Aufwendungen im Verhältnis zu den Einwohnerinnen und Einwohnern.

Aufwendungen für Gremienmitglieder je EW in Euro 2024



In den interkommunalen Vergleich sind 71 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



3.6.1 Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder für gewählte Mitglieder

Die Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder für die gewählten Mitglieder kommunaler Gremien richten sich nach dem KWahlG NRW, der GO NRW und der EntschVO NRW in der jeweils gültigen Fassung. Einfluss auf die Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder haben folgende Faktoren:

- die Zahl der Einwohnenden einer Stadt,
- das vor Ort gewählte Abrechnungsmodell,
- die Tagungshäufigkeit von Gremien und Fraktionen sowie
- die Zahl von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern mit erhöhter Aufwandspauschale (Fraktionsvorsitzende, Ausschussvorsitzende oder ehrenamtliche Vertretungen der Hauptverwaltungsbeamtin bzw. des Hauptverwaltungsbeamten).

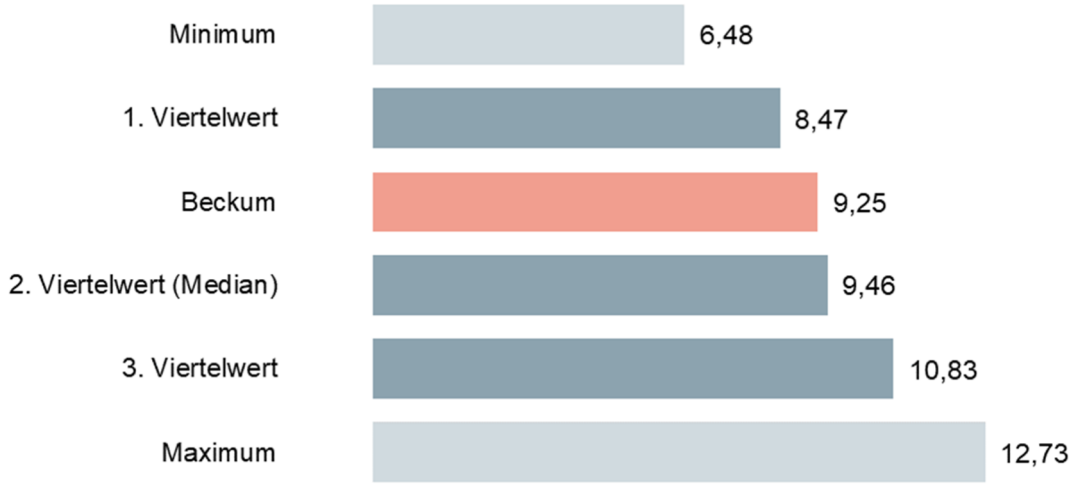
→ Die Stadt Beckum gewährt ihren Ratsmitgliedern als Aufwandsentschädigung die Vollpauschale. Trotz vieler Sitzungen sind die Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder der Gremien vergleichsweise gering.

Eine Stadt sollte die Ratsarbeit entsprechend der rechtlichen Vorgaben gestalten, dazu sollte diese:

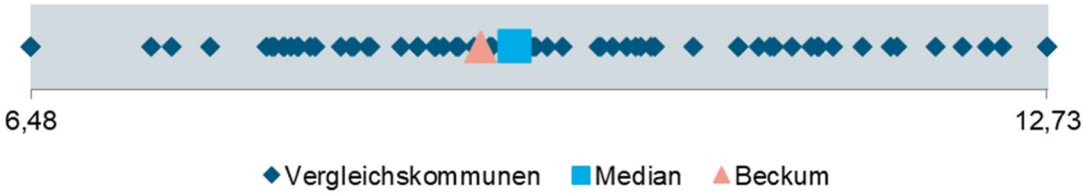
- *die Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder entsprechend der EntschVO NRW zahlen sowie*
- *eine Höchstzahl an abrechenbaren Fraktionssitzungen für Ratsmitglieder je Jahr definieren.*

Für die **Stadt Beckum** ergeben sich einwohnerbezogen folgende Aufwandsentschädigungen.

Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder Gremien je EW in Euro 2024



In den interkommunalen Vergleich sind 65 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



Die gpaNRW stellt nachfolgend die Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder unterteilt nach Mandat dar.

Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder Gremienarbeit 2024

Kennzahlen	Beckum	Minimum	1. Viertel-wert	2. Viertel-wert (Median)	3. Viertel-wert	Maximum	Anzahl Werte
Aufwandsentschädi-gungen Ratsmitglie-der je EW in Euro	7,87	5,54	7,76	8,59	9,46	12,20	69
Sitzungsgeld sach-kundige Bürgerinnen und Bürger je EW in Euro	1,36	0,06	0,34	0,61	0,97	2,17	64
Sitzungsgeld sach-kundige EW je EW in Euro	0,02	0,00	0,00	0,00	0,04	0,83	65

Kennzahlen	Beckum	Minimum	1. Viertel-wert	2. Viertel-wert (Median)	3. Viertel-wert	Maximum	Anzahl Werte
Aufwandsentschädi-gungen Ortsvorste-herinnen und Orts-vorsteher je EW in Euro	0,00	0,00	0,00	0,00	0,29	1,96	69

Die **Stadt Beckum** zahlt ihren Ratsmitgliedern eine monatliche Pauschale. Trotz der überdurchschnittlichen vielen Sitzungstermine sind damit die Aufwendungen für Ratsmitglieder vergleichsweise gering. Die Aufwendungen für sachkundige Bürgerinnen und Bürger liegen hingegen oberhalb des dritten Viertelwertes. Damit gehört die Stadt Beckum zu dem Viertel der Kommunen mit den höchsten Aufwendungen für sachkundige Bürgerinnen und Bürger. Die hohen Aufwendungen für sachkundige Bürgerinnen und Bürger entstehen durch die hohe Sitzungshäufigkeit.

Nachfolgend stellt die gpaNRW die formalen Anforderungen an die Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder für die gewählten Vertreterinnen und Vertreter im interkommunalen Vergleich für das Betrachtungsjahr 2024 dar. Die Wahl der Art der Auszahlung der Aufwandsentschädigungen ist dabei auch der Ausdruck der örtlichen Gremienstruktur und kann im interkommunalen Vergleich variieren.

Formale Anforderungen an die Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder 2024

Anforderungen	Beckum	Städte, die diese Anforderung erfüllen
Ausschließliche Monatspauschale	Ja	45 von 74
Monatspauschale und Sitzungsgelder	Nein	29 von 74
Höchstzahl abrechenbarer Fraktionssitzungen	Ja	71 von 71

Gemäß § 45 Abs. 3 Satz 3 GO NRW ist die Anzahl der übernahmefähigen Fraktionssitzungen für alle Gremienmitglieder zu beschränken. Diese Beschränkung ist auch für Ratsmitglieder relevant, die eine Aufwandsentschädigung in Form einer Monatspauschale erhalten. Neben der Aufwandsentschädigung haben Ratsmitglieder weitere Ansprüche, welche wir im Kapitel 3.6.2 Entschädigungen im kommunalen Ehrenamt betrachten. Diese Ansprüche bestehen für jede Fraktionssitzung, wenn die Stadt die Anzahl der Fraktionssitzungen nicht beschränkt. Die Stadt Beckum hat in § 11 Abs. 9 ihrer Hauptsatzung vom 18. November 2020 für alle Gremienmitglieder auf 28 Sitzungen beschränkt. Diese Regelung findet sich in § 13 Abs. 7 der Hauptsatzung vom 20. November 2025 wieder.

3.6.2 Entschädigungen im kommunalen Ehrenamt

Die Gremienmitglieder einer Stadt haben die Möglichkeit, Entschädigungen für die mandatsbedingte Ausübung gem. § 45 GO NRW zu beantragen. Die rechtliche Grundlage bildet die

EntschVO NRW. Die regelmäßigen Anpassungen in der EntschVO NRW in den letzten Jahren sind mit dem Ziel der „Stärkung des kommunalen Ehrenamtes“ erfolgt.

Der Rat kann gemäß § 45 Abs. 2 GO NRW in der Hauptsatzung beschließen, dass die Stadt den Ratsmitgliedern sowie den Mitgliedern der Ausschüsse und Bezirksvertretungen zusätzlich zu den gesetzlichen und durch Rechtsverordnung festgelegten Vorgaben weitere ergänzende Leistungen gewährt. Darunter fallen z. B. ein Geldbetrag für die Anschaffung oder Nutzung eines IT-Geräts für den digitalen Sitzungsdienst, Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderung, eine zusätzliche Unfallversicherung etc.

Des Weiteren kann der Rat einer Stadt Regelungen zum Umgang mit der Abrechnung von Verdienstausfall, z.B. in einer Verdienstausfallrichtlinie, beschließen. Eine solche macht die Abrechnung transparent, fördert die Gleichbehandlung aller Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und gibt den abrechnenden Personen eine Basis zur Ausübung ihres Ermessens. Einheitliche Vordrucke zur Beantragung der Leistungen vereinfachen das Verfahren und stellen die Dokumentationspflicht der Stadt gleichmäßig sicher.

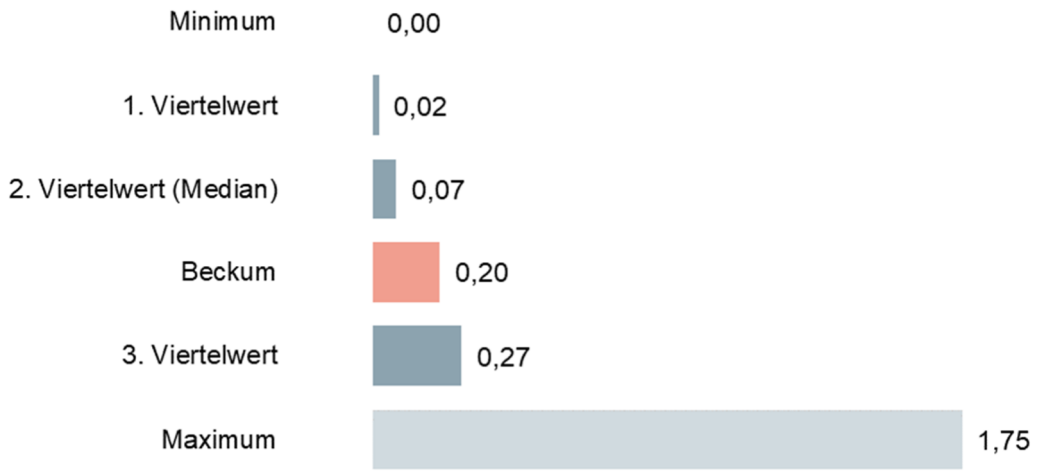
→ Die Stadt Beckum hat umfangreiche Regelungen zum Verdienstausfall in ihrer Hauptsatzung getroffen.

Eine Stadt sollte das kommunale Ehrenamt stärken sowie dessen Vereinbarkeit mit Beruf und Familie fördern. Hierzu sollte sie

- *grundsätzliche Regelungen zum Ersatz der Entschädigungen in ihrer Hauptsatzung formalisieren,*
- *Anforderungen an die Abrechnung von Entschädigungen verbindlich festlegen und transparent dokumentieren,*
- *einen Pauschalstundensatz entsprechend der EntschVO NRW für den Verdienstausfall festlegen sowie*
- *einen Höchstsatz des Verdienstausfalls entsprechend der EntschVO NRW festlegen.*

Für die **Stadt Beckum** ergeben sich einwohnerbezogen folgende Aufwendungen für Entschädigungen im Vergleichsjahr 2024 entsprechend der EntschVO NRW.

Entschädigungen je EW in Euro 2024



In den interkommunalen Vergleich sind 66 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

Die gpaNRW stellt nachfolgend die Entschädigungen im Vergleichsjahr 2024 entsprechend der EntschVO NRW unterteilt nach Mandat dar.

Entschädigungen je Mandat 2024

Kennzahlen	Beckum	Minimum	1. Viertel-wert	2. Viertel-wert (Median)	3. Viertel-wert	Maximum	Anzahl Werte
Entschädigungen Ratsmitglieder je EW in Euro	0,03	0,00	0,01	0,06	0,24	1,54	66
Entschädigungen sachkundige Bürge-rinnen und Bürger je EW in Euro	0,18	0,00	0,00	0,00	0,01	0,23	65
Entschädigungen sachkundige EW je EW in Euro	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,05	65

Nachfolgend stellt die gpaNRW die Ergebnisse zu den formalen Anforderungen an die Entschädigung für die gewählten Vertreterinnen und Vertreter dar.

Anforderungen an die Entschädigung der Gremienmitglieder 2024

Anforderungen	Beckum	Minimum
Regelung zum Verdienstausfall	Ja	73 von 74
Regelmäßige Überprüfung der Abrechnungsgrundlage	Ja	68 von 74

Die Stadt Beckum gewährt Verdienstausfall-, Haushaltsentschädigung sowie Kinderbetreuungskosten gemäß den Regelungen der EntschVO NRW. Nach § 6 Abs. 1 Satz 2 EntschVO NRW entspricht der Regelstundensatz der Höhe des jeweils geltenden Mindestlohns.

Von der Möglichkeit eine abweichende Regelung zu treffen, hat die Stadt Beckum gemäß § 6 Abs. 1 Satz 3 EntschVO NRW Gebrauch gemacht und den Regelstundensatz auf 15 Euro festgelegt (§ 11 Abs. 7 der Hauptsatzung der Stadt Beckum). Den in § 6 Abs. 1 Satz 4 EntschVO NRW genannten Höchstsatz von 84,00 Euro je Stunde wendet die Stadt Beckum an, auch wenn sich diese Regelung nicht explizit in der Hauptsatzung der Stadt Beckum wiederfindet.

Abhängig Beschäftigte erhalten den tatsächlichen Verdienstausfall bis zur Maximalgrenzen, wenn sie einen entsprechenden Nachweis einreichen. Dabei wird die Fest- und Gleitzeit berücksichtigt, wobei die Gleitzeit zur Hälfte als Arbeitszeit angerechnet wird. Selbstständige müssen einen höheren Verdienstausfall durch schriftliche Erklärung glaubhaft machen. Bei Selbstständigen gilt die Vermutungsregelung, dass die Arbeitszeit um 19 Uhr endet. Eine abweichende Festsetzung ist bei glaubhafter Darlegung möglich.

Für die Gewährung der Haushaltsführungsentschädigung sowie den Ersatz der Kosten einer notwendigen Betreuung von pflege- oder betreuungsbedürftigen Angehörigen sind mit der Neuregelung der EntschVO nicht mehr die Zeiten mandatsbedingter Abwesenheit vom Haushalt, sondern die Zeiten der Ausübung des Mandats maßgeblich. Hiermit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass bei einer digitalen Teilnahme an einer Rats-, Bezirksvertretungs-, Ausschuss- oder Fraktionssitzung im Regelfall nicht von einer (körperlichen) Abwesenheit vom Haushalt auszugehen ist. Weder die Führung des Haushalts noch die Kinderbetreuung sollen zeitgleich mit der Teilnahme an einer Sitzung der genannten Gremien in digitaler Form erfolgen.

Haushaltsführungsentschädigung wird bei der Stadt Beckum für die Zeiten der Mandatsausübung auf Antrag erstattet. Die Stadt Beckum berät hierzu ihre Gremien und stellt bei Bedarf ein Antragsformular zur Verfügung. Während der Prüfung hat die Stadt Beckum die Hauptsatzung angepasst und Haushaltsführungsentschädigung für die Zeiten der Mandatsausübung zugelassen.

Die Stadt Beckum hat in ihrer Hauptsatzung keine Regelung zu Fahrtkosten getroffen. In den Zuwendungsrichtlinien hat die Stadt Beckum die Reisekosten für die Teilnahme an einer auswärtigen Klausurtagung einer Fraktion geregelt.

Nach § 8 EntschVO haben Mitglieder der kommunalen Vertretungen einen Anspruch Erstattung der Fahrkosten zwischen Hauptwohnung und Sitzungsort und zurück. Für die Ermittlung der Reisekosten ist das Landesreisekostengesetz anwendbar. Der Rat kann gemäß § 45 Abs. 2 GO NRW selbst entscheiden, in welcher Form Fahrt- und Parkkosten zu erstatten sind. Zur Reduzierung von Verwaltungsaufwand könnte anstelle von Einzelabrechnung der Fahrtkosten eine

Pauschalvergütung gewährt werden. Unter Würdigung von Klimaschutzaspekten wäre alternativ die Kostenübernahmen für die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln möglich.

Grundsätzlich besteht die Möglichkeit auf Fahrtkostenerstattung gemäß § 8 EntschVO, bisher wurden diese jedoch nicht beantragt.

3.7 Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitglieder

Die Höhe der finanziellen, sachlichen und personellen Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitglieder liegt im Ermessen der Vertretungskörperschaft. Darüber fasst die Vertretungskörperschaft einen Beschluss. Der Landesgesetzgeber setzt keine Höchstgrenze für Zuwendungen, definiert jedoch in § 56 Abs. 3 GO NRW und dem Erlass „Zuwendungen kommunaler Körperschaften an Fraktionen der Vertretungen“[28] Mindeststandards. Der Erlass regelt auch die zulässige Verwendung, Nachweispflichten und die Prüfung der Mittel. Bei der Festlegung der Zuwendungshöhe sind folgende Rahmenbedingungen zu beachten:

- Erfüllung der im Erlass definierten angemessenen Mindestausstattung,
- Sicherstellung des verfassungsrechtlichen Auftrages der Fraktionen,
- Grundsatz der Chancengleichheit und Willkürverbot sowie
- Grundsatz der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Transparenz.

Der Erlass „Zuwendungen kommunaler Körperschaften an Fraktionen der Vertretungen“ definiert folgende Mindeststandards für die Zuwendungen an Fraktionen:

Räume: Die Verwaltung muss den Fraktionen angemessene Büro- und Sitzungsräume zur Verfügung stellen oder finanzieren. Kann die Verwaltung keine Räume bereitstellen, sind bei der finanziellen Erstattung die genannten Parameter und Nebenkosten zu berücksichtigen.

Geschäftsbedürfnisse für die laufende Fraktionsarbeit: Hierzu zählen Finanz- oder Sachmittel für Büromöbel und zeitgemäße IT-Ausstattung, orientiert an einem Standardarbeitsplatz der kommunalen Verwaltung. Zusätzlich müssen die Kosten für Bürobedarf, Porto, Internetanschluss sowie Technikbeschaffung und -wartung gedeckt werden.

Grundausstattung an Print- und Onlinemedien: Dazu gehören lokale Online- und Printmedien sowie der Zugang zu Onlinerechtsdatenbanken. Diese Zugänge stellt die Stadt im Rahmen der Mindestausstattung nur der Fraktionsgeschäftsführung bzw. dem Fraktionsvorstand, nicht jedoch allen Fraktionsmitgliedern zur Verfügung.

Mitgliedschaft in kommunalpolitischen Vereinigungen, die insbesondere der Fort- und Weiterbildung der Mandatstragenden dienen.

[28] https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV16-3491.pdf (abgerufen am 10.08.2022).

Inanspruchnahme externer Beratungsleistungen in einem angemessenen Umfang.

Die Berechnung der Zuwendungen an Fraktionen und Einzelratsmitglieder basiert auf § 56 Abs. 3 GO NRW und der Rechtsprechung. Die Verwaltung muss dabei die Grundsätze der Chancengleichheit und des Gleichheitsgrundsatzes beachten. In der Praxis haben sich zweistufige Berechnungsmodelle etabliert, bei denen Städte einen Grundbetrag als Sockelbetrag und einen Pro-Kopf-Betrag je Fraktionsmitglied zahlen. Es gibt auch degressiv-proportionale Modelle. Bei finanziellen Zuwendungen sind Einzelratsmitglieder verpflichtet, einen jährlichen Verwendungsnachweis zu erbringen.

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum gewährt Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitglieder gemäß Erlasslage. Eine Bedarfsermittlung zur Bestimmung der Höhe der Zuwendung führt die Stadt Beckum nicht regelmäßig durch.

Eine Stadt sollte nach dem Erlass folgende Anforderungen an die Zuwendung an Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitglieder erfüllen:

- *Die Mindeststandards für die Ausstattung von Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitgliedern werden eingehalten.*
- *Bei einstimmigem Verzicht auf Fraktionszuwendungen aus dem Haushalt sind die im Erlass geforderten Mindestausstattungen zwingend zu gewährleisten.*
- *Die Berechnung der Fraktionszuwendungen sollte auf der aktuellen Gesetzeslage basieren.*
- *Mindestens einmal pro Wahlperiode sollte die Stadt eine Bedarfsermittlung zur Höhe der Zuwendungen durchführen.*
- *Jährlich ist eine Erklärung der Fraktionen zur ordnungsgemäßen Verwendung der Zuwendungen erforderlich.*
- *Die Prüfung der Verwendungsnachweise erfolgt durch die Hauptverwaltungsbeamtin bzw. den Hauptverwaltungsbeamten.*
- *Die Zuwendungen an Fraktionen und Einzelratsmitglieder sind in einer besonderen Anlage zum Haushaltsplan darzustellen.*

In der **Stadt Beckum** gab es im Vergleichsjahr 2024 fünf Fraktionen. Nachfolgend betrachtet die gpaNRW neben der formalen Berechnungsgrundlage die Höhe der sachlichen und finanziellen Zuwendungen an die Fraktionen vor dem Hintergrund der definierten Mindestausstattung für das Jahr Vergleichsjahr 2024.

In der Stadt Beckum erhielten im Jahr 2024 die Fraktionen größenunabhängig einen Sockelbetrag von 165 Euro monatlich, dies entspricht einem Sockelbetrag von 1.980 Euro jährlich. Weiterhin erhielten die Fraktionen monatlich 3750 Euro je Fraktionsmitglied. Dies entspricht einem Pro-Kopf-Betrag von 450 Euro jährlich. Der Rat der Stadt Beckum hat in seiner Sitzung vom 20. November 2025 die Höhe der Fraktionssitzungen angepasst.

In der Stadt Beckum entspricht die Zahlung der Fraktionszuwendungen der oben beschriebenen Erlasslage.

Die nachfolgende Tabelle stellt die monetär geleisteten Fraktionszuwendungen im interkommunalen Vergleich für das Vergleichsjahr 2024 dar. Die gpaNRW bei der Darstellung die überwiegend gewählte Variante des Sockelbetrags in Kombination mit einem Pro-Kopf-Betrag je Mitglied der Fraktionen zugrunde gelegt.

Verteilung der monetären Fraktionszuwendungen 2024*

Kennzahl	Beckum	Minimum	1. Viertel-wert	2. Viertel-wert (Median)	3. Viertel-wert	Maximum	Anzahl Werte
Sockelbetrag je Fraktion pro Jahr in Euro	1.980	0,00	611	1.200	2.400	7.564	67
Kopfbetrag je Mitglied pro Jahr in Euro	450	104	240	360	491	1.800	69

* Geldwerte Leistungen sind in dem Vergleich nicht berücksichtigt. Die Stadt Beckum erfüllt im Vergleichsjahr 2024 die Mindeststandards des Erlasses. Kann eine Stadt den Fraktionen aufgrund von Platzmangel oder anderen Beschränkungen keine entsprechenden Räume stellen, so sind nach gängiger Auffassung entsprechend finanzielle Zuwendungen als Ersatz zu leisten.

Der Sockelbetrag ist unterteilt für die Anmietung von Räumlichkeiten und für Geschäftsausgaben. Wenn die Stadt Beckum keine geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, erstattet sie monatlich 90 Euro pauschal und 12,50 Euro je Fraktionsmitglied. Diese Zuwendung erhalten derzeit vier der fünf Fraktionen. Damit werden die Mindeststandards des Erlasses erfüllt.

Darüber hinaus gewährt die Stadt Beckum monatlich 75,00 Euro pauschal und 12,50 Euro je Fraktionsmitglied für laufend Geschäftsausgaben. Gruppen erhalten zwei Drittel des Pauschalbetrages. Einzelratsmitglieder erhalten eine vergleichbare Ausstattung mit Kommunikationsmitteln wie eine Fraktion. Sie erhalten für Sach- und Kommunikationsmittel zusätzlich eine monatliche Pauschale von 22,50 Euro.

Für die Beratung des Haushaltsplanentwurfs oder die Vorbereitung von Entscheidungen über grundlegendet Planungen kann einmal jährlich eine Fraktionssitzung außerhalb des Stadtgebietes stattfinden. Die Stadt Beckum gewährt Fraktionen Reise- und Übernachtungskosten gemäß Landesreisekostengesetz, wenn die Klausurtagung sich innerhalb von Deutschland befindet und höchstens 200 Kilometer vom Stadtgebiet entfernt ist.

Die Stadt Beckum erfüllt teilweise die weiteren Anforderungen im Bereich der Fraktionszuwendungen im Vergleichsjahr 2024. Die gpaNRW stellt diese nachfolgend tabellarisch dar.

Weitere Anforderungen der Fraktionszuwendungen 2024

Anforderung	Beckum	Minimum
Regelmäßige Bedarfsermittlung	Nein	33 von 73
Nachweis der Fraktionszuwendungen	Ja	73 von 73
Erklärung der Vorsitzenden	Ja	70 von 74
Prüfung durch die Hauptverwaltungsbeamtin bzw. den Hauptverwaltungsbeamten	Ja	66 von 73
Gesonderte Anlage im Haushaltsplan	Ja	69 von 74

Die Stadt Beckum führt die Bedarfsermittlung über die Ausstattung von Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitgliedern nicht regelmäßig durch. Die letzte Bedarfsermittlung hat die Stadt im Jahr 2011 durchgeführt. Somit hat die Stadt in dem Betrachtungszeitraum 2020 bis 2024 die Fraktionszuwendungen nicht angepasst.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte in jeder Legislaturperiode eine Bedarfsermittlung zur Höhe der Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitglieder vornehmen.

Aufgrund der Teuerungsrate der vergangenen Jahre, hat die Stadt eine Bedarfsermittlung durchgeführt. Der Rat der Stadt Beckum hat in seiner Sitzung am 20. November 2025 die Anpassung der Fraktionszuwendungen beschlossen. Die Änderung betrifft auch die Höhe der Zuwendungen für Einzelratsmitglieder.

Gemäß § 56 Abs. 3 GO NRW haben die Fraktionen über die Fraktionszuwendungen einen Nachweis in einfacher Form zu führen, welcher durch den Bürgermeister zu prüfen ist. Eine gesonderte Anlage über die Fraktionszuwendungen ist dem Haushaltsplan beigefügt. Die Anlage entspricht dem Muster der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW). Diese Verpflichtung wird durch den Bürgermeister erfüllt.

3.8 Digitalisierung der Gremienarbeit

Die Digitalisierung der Gremienarbeit ist in den letzten Jahren bereits in vielen Städten, z. B. durch den Einsatz von Ratsinformationssystemen in Kombination mit mobilen Endgeräten, forciert worden. Analoge, also papierbasierte Sitzungsunterlagen wurden dadurch immer mehr abgelöst.

Insbesondere während der COVID-19 Pandemie haben Städte zudem digitale oder hybride Gremiensitzungen immer wieder als mögliche Alternative zur Präsenzsitzung thematisiert bzw. auch tatsächlich durchgeführt.

Das Land NRW trägt dem Gedanken einer hohen Resilienz und der Arbeitsfähigkeit der Gremien in Krisenzeiten nunmehr Rechnung. Nach entsprechender Änderung der GO NRW sowie durch die Verordnung über die Durchführung digitaler und hybrider Sitzungen kommunaler Vertretungen (Digitalsitzungsverordnung – DiGiSiVO) lässt das Land auch für die

Vertretungskörperschaft und ihre Ausschüsse inzwischen digitale bzw. hybride Gremiensitzungen zu. Das eigentliche Zulassungsverfahren wird durch einen Antrag des Herstellers der zulassungspflichtigen Fachanwendung eröffnet.

Als Zulassungsstelle gem. Artikel 6 Gesetz zur Einführung digitaler Sitzungen für kommunale Gremien und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften veröffentlicht die gpaNRW auf ihrer Internetseite eine Übersicht über die laufenden und abgeschlossenen Zulassungsverfahren[29].

Mit dem „Gesetz zur Einführung digitaler Sitzungen für kommunale Gremien und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften“ vom 13. April 2022 hat das Land Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit eingeräumt, unter bestimmten Voraussetzungen digitale und hybride Gremiensitzungen durchzuführen. In §§ 47 a und 58 a GO NRW sind dafür die rechtlichen Rahmenbedingungen festgelegt.

In diesem rechtlichen Rahmen regelt der § 47 a GO NRW, dass in besonderen Ausnahmefällen wie Katastrophen, einer epidemischen Lage oder anderen außergewöhnlichen Notsituationen die Durchführung von Sitzungen des Rates, der Ausschüsse und der Bezirksvertretungen in digitaler Form erfolgen können, sofern die dafür erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind (digitale Sitzung). Darüber hinaus kann eine Stadt gem. § 58 a GO NRW auch bestimmen, dass Ausschüsse des Rates auch außerhalb der besonderen Ausnahmefälle nach § 47 a Absatz 1 GO NRW hybride Sitzungen durchführen dürfen; hiervon ausgenommen sind jedoch Sitzungen der Haupt-, Finanz- und Rechnungsprüfungsausschüsse.

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum ermöglicht digitale Gremienarbeit. Die Durchführung von digitalen und hybriden Gremiensitzungen ist bei der Stadt Beckum nicht möglich.

Eine Stadt sollte eine moderne und digitalisierte Gremienarbeit gewährleisten. Dazu sollte sie folgende Punkte umsetzen:

- *Ein öffentlich zugängliches digitales Ratsinformationssystem betreiben, das von Gremienmitgliedern über Endgeräte genutzt werden kann.*
- *Ein schriftliches Nutzungskonzept für das Ratsinformationssystem und die Endgeräte vorlegen.*
- *Vollständig papierlose Gremienarbeit anstreben (intern und extern).*
- *Den Sitzungssaal mit moderner Präsentations- und Sitzungstechnik, wie einem hochauflösenden Monitor oder Beamer mit kabelloser Bildübertragung und Mikrofonen, ausstatten.*
- *Technische Vorkehrungen und formale Regelungen (Anpassung der Hauptsatzung und Geschäftsordnung gemäß §§ 47 a, 58 a GO NRW) für digitale und hybride Sitzungen treffen, wobei die verwendeten Anwendungen den aktuellen IT-Sicherheitsstandards entsprechen sollten (gemäß DiGiSiVO).*

[29] https://gpanrw.de/prufung/digitale-gremienarbeit/digitale-gremienarbeit

Im nachfolgenden Abschnitt stellt die gpaNRW die Ergebnisse zu den Anforderungen an die digitale Gremienarbeit im Vergleichsjahr 2024 dar:

Anforderungen an die Digitalisierung der Gremienarbeit 2024

Anforderungen	Beckum	Minimum
Ratsinformationssystem	Ja	74 von 74
Interner Vorlagenworkflow	Ja	50 von 74
Ratsinformationssystem über Internetseite	Ja	74 von 74
Ratsinformationssystem über Endgeräte	Ja	74 von 74
Bereitstellung von Endgeräten	Nein	46 von 74
Papierlose Gremienarbeit	Ja	69 von 74
Nutzen alle Gremienmitglieder die papierlose Gremienarbeit?	Nein	25 von 74
Moderne Sitzungstechnik	Ja	63 von 74
KI Transkription (Protokolle)	Nein	3 von 74
Leistungsstarkes WLAN	Ja	72 von 74
Digitale und hybride Gremiensitzungen	Nein	0 von 74
Ratspodcast (audio)	Nein	1 von 65
Rats-TV (audiovisuell)	Nein	11 von 64

Die **Stadt Beckum** verfügt über ein Ratsinformationssystem mit internen Vorlagenworkflow. Das Ratsinformationssystem ist über mobile Endgeräte erreichbar. Die papierlose Gremienarbeit wird angeboten, jedoch noch nicht von allen Gremienmitglieder genutzt. Durch Änderung der Hauptsatzung und die vorrangige Nutzung der papierlosen Gremienarbeit will die Stadt Beckum alle Gremienmitglieder dazu bewegen, vorrangig papierlos zu arbeiten.

Die Stadt Beckum stellt für die digitale Gremienarbeit keine mobilen Endgeräte zur Verfügung. Stattdessen erhalten Ratsmitglieder einen Zuschuss von 600 Euro je Wahlperiode, wenn sie der elektronischen Einladung zustimmen und auf die Einladung über den Postweg verzichten. Sachkundige Bürgerinnen und sachkundige Bürger erhalten einen Zuschuss von 100 Euro je Wahlperiode. Der Sitzungssaal verfügt über moderne Sitzungstechnik und ein leistungsstarkes WLAN. Um digitale und hybride Gremiensitzungen durchführen zu können, müssen weitere formale und technische Voraussetzungen geschaffen werden.

→ **Empfehlung**
Um ihre Handlungsfähigkeit auch in Krisenzeiten oder kritischen Notlagen sicherstellen zu können, sollte sich die Stadt Beckum mit den formalen Voraussetzungen zur Durchführung von digitalen und hybrider Gremiensitzungen befassen. Dazu kann sich die Stadt Beckum in der Handreichung zur Digitalen und hybriden Sitzungen in Kommunen im Land NRW informieren.

3.9 Veröffentlichungspflicht gemäß Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW

Der Gesetzgeber hat im KorruptionsbG NRW die Veröffentlichungspflicht für die Gremienarbeit geregelt. Das KorruptionsbG NRW verpflichtet gemäß § 7 die Rats- und Ausschussmitglieder zur Angabe bestimmter Daten gegenüber der Hauptverwaltungsbeamtin bzw. dem Hauptverwaltungsbeamten, die in geeigneter Form zu veröffentlichen sind. Hierunter fallen:

- der ausgeübte Beruf und eventuelle Beraterverträge,
- die Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Absatz 1 Satz 5 des Aktiengesetzes,
- die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Absätze 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen,
- die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen sowie
- die Funktionen in Vereinen oder vergleichbaren Gremien.

→ Die Stadt Beckum veröffentlicht die in § 7 KorruptinsbG geforderten Angaben zu ihren Gremienmitgliedern im Ratsinformationssystem

Eine Stadt muss die im KorruptionsbG NRW vorgegebenen Regelungen umsetzen und an eine zeitgemäße Gremienarbeit anpassen. Dafür sollte eine Stadt folgende Punkte erfüllen:

- *Eine Stadt muss dafür Sorge tragen, dass die Mitglieder der Vertretungskörperschaft entsprechend dem KorruptionsbG NRW im Rahmen der Veröffentlichungspflichten regelmäßig Auskunft erteilen.*
- *Eine Stadt sollte die Auskünfte jährlich in geeigneter Form, bestenfalls digital, veröffentlichen.*

Nachfolgend stellt die gpaNRW die Ergebnisse zu den Anforderungen zur Einhaltung der Veröffentlichung der Auskunft gem. § 7 KorruptionsbG NRW im Vergleichsjahr 2024 dar.

Anforderung zur Veröffentlichung gem. § 7 KorruptionsbG NRW 2024

Anforderung	Beckum	Minimum
Veröffentlichung gem. § 7 KorruptionsbG NRW	Ja	73 von 74

Die **Stadt Beckum** veröffentlicht die Auskunft der Mandatstragenden nach dem KorruptionsbG NRW. Im Ratsinformationssystem sind die einzelnen Gremienmitglieder gelistet. Die Informationen zu den Gremienmitgliedern sind dabei sehr unterschiedlich. Alle aktiven Ratsmitglieder und sachkundige Bürger haben eine Antikorruptionserklärung im Jahr 2024 abgegeben. Darin hat die Verwaltung die nach § 7 KorruptionsbG NRW verpflichteten Angaben abgefragt. Diese Erklärung kann im Ratsinformationssystem unter dem jeweiligen Gremienmitglied von Jedermann

eingesehen werden. Damit hat die Stadt Beckum die Anforderungen des § 7 KorruptionsbG erfüllt.

3.10 Anlage: Ergänzende Tabelle

Tabelle 1: Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2025/2026 - Gremienarbeit

	Feststellung	Seite		Empfehlung	Seite
Sitzungsmanagement					
F1	Die Stadt Beckum gehört zu der Hälfte der Kommunen mit den meisten Anträgen. Auch die Anzahl der Sitzungen liegt über dem Durchschnitt.	89	E1	Die Stadt Beckum sollte mit den Gremienvertretungen erörtern, welche Maßnahmen sinnvoll sind um die Sitzungshäufigkeit zu reduzieren.	93
Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitglieder					
F2	Die Stadt Beckum gewährt Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitglieder gemäß Erlasslage. Eine Bedarfsermittlung zur Bestimmung der Höhe der Zuwendung führt die Stadt Beckum nicht regelmäßig durch.	101	E2	Die Stadt Beckum sollte in jeder Legislaturperiode eine Bedarfsermittlung zur Höhe der Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitglieder vornehmen.	103
Digitalisierung der Gremienarbeit					
F3	Die Stadt Beckum ermöglicht digitale Gremienarbeit. Die Durchführung von digitalen und hybriden Gremiensitzungen ist bei der Stadt Beckum nicht möglich.	104	E3	Um ihre Handlungsfähigkeit auch in Krisenzeiten oder kritischen Notlagen sicherstellen zu können, sollte sich die Stadt Beckum mit den formalen Voraussetzungen zur Durchführung von digitalen und hybrider Gremiensitzungen befassen. Dazu kann sich die Stadt Beckum in der Handreichung zur Digitalen und hybriden Sitzungen in Kommunen im Land NRW informieren.	105

4. Personal, Organisation und Informationstechnik

4.1 Managementübersicht

Die wesentlichen Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Stadt Beckum im Prüfgebiet Personal, Organisation und Informationstechnik stellt die gpaNRW nachfolgend zusammenfassend dar.

Die Feststellungen und Empfehlungen haben wir tabellarisch in der Anlage aufgeführt. Die Reihenfolge ist chronologisch und gibt keine Priorisierung vor.

Personal, Organisation und Informationstechnik

Die Stadt Beckum hat die aktuellen Themen wie Fachkräftemangel, demografischer Wandel, Generationenwechsel, Wissenstransfer sowie die steigenden Anforderungen an die Digitalisierung und die IT-Sicherheit im Blick. Um diesen Herausforderungen und den sich daraus ergebenden Risiken gerecht zu werden, hat Beckum wesentliche orientierungsgebende Ziel- und Planungsvorgaben in den Handlungsfeldern Personal, Organisation und IT definiert. Diese sind jedoch nicht immer verschriftlicht oder formalisiert.

Im Bereich **Personal** zeichnet sich Beckum durch ein sehr gut organisiertes Recruiting und Einstellungsverfahren aus. Die Stadt Beckum prognostiziert regelmäßig ihre Fluktuation und ihren Personalbedarf. Allein aufgrund der Altersstruktur ihres Personals rechnet die Stadt Beckum in den nächsten zehn Jahren mit einer signifikanten Fluktuation. Um die Vielzahl von Abgängen zu kompensieren und eine dauerhafte Aufgabenerledigung zu gewährleisten, setzt Beckum bereits verstärkt auf interkommunale Zusammenarbeit. Zur Sicherstellung eines ausreichenden und qualifizierten Personals nutzt sie zudem die Möglichkeiten des Quereinstiegs von Fachfremden, der Digitalisierung sowie den Einsatz von Ehrenamtlichen. Und um Führungs-, Fach- und Nachwuchskräfte zu gewinnen, zu fördern und zu binden, hat Beckum attraktive Angebote geschaffen.

Auch im Bereich **Organisation** hat sich die Stadt Beckum orientierungsgebende Ziel- und Planungsvorgaben gegeben, um zukunftsfähig zu sein. Der Personalbedarf und die Aufgabenstruktur werden regelmäßig kritisch betrachtet und einige Aufgaben sind bereits nach Relevanz priorisiert. Die Stadt Beckum könnte ihre strategische Steuerung weiter stärken, indem sie ihre Stellen regelmäßig beschreibt und bewertet. Im Bereich des Prozessmanagements schöpft die Stadt Beckum die bestehenden Möglichkeiten noch nicht aus. Mit einem strukturierten Prozessmanagement könnte sie Wissen zentral konservieren, weitere Optimierungspotenziale ermitteln und den Erfolg von Optimierungen langfristig kontrollieren.

Die Stadt Beckum betreibt den Bereich der **Informationstechnik** weitgehend in Eigenregie. Sie hat nur wenige operative IT-Aufgaben ausgelagert. Dies ermöglicht ihr eine hohe Flexibilität in der strategischen und operativen Steuerung ihrer IT. Beckum hat bereits ein Strategiepapier zur

Verwaltungsdigitalisierung, zur KI-Nutzung sowie Zielvorgaben zur IT-Ausstattung und –Entwicklung fixiert. Durch ihr Lizenzmanagement gewährleistet sie, dass Softwarelizenzen bedarfsgerecht und rechtskonform eingesetzt werden. Auch ein Anforderungs- und Störungsmanagement ist installiert. Eine IT-Strategie, bei der der reibungslose und effiziente IT-Betrieb als Mittel, um die Verwaltungsziele zu erreichen, im Fokus steht, hat Beckum noch nicht verschriftlicht. Die Verbesserungsmöglichkeiten für das Themenfeld der IT-Sicherheit erläuterte die gpaNRW aufgrund der Sensibilität der Daten direkt mit der Stadt Beckum.

Beckum treibt die Digitalisierung von Dienstleistungen aktiv voran und kann bereits bei vielen Aufgaben eine medienbrucharme Bearbeitung gewährleisten. Mit der derzeitigen Einführung einer verwaltungsweiten Implementierung eines Dokumentenmanagementsystems schafft sich die Stadt Beckum eine gute Grundlage, dass Digitalisierungsniveau zukunftssicher weiter anzuheben.

Im Fazit verfügt die Stadt Beckum über solide Grundlagen und befindet sich aktuell gegenüber Kommunen vergleichbarer Größenordnung in NRW bereits auf einem guten Weg, auch in Zukunft ihr Leistungsangebot aufrecht zu erhalten und somit handlungsfähig bleiben zu können.

4.2 Aufbau des Teilberichtes

Die Kapitel dieses Teilberichtes beginnen mit einer wertenden Aussage zu unserem Prüfungsergebnis. Wertungen, die eine Stellungnahme der Stadt nach § 105 Abs. 6 und 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) notwendig machen, bezeichnen wir als **Feststellung**.

Anschließend folgt *kursiv* gedruckt die **Sollvorstellung.** Die Sollvorstellung stellt die Inhalte und das Prüfungsziel im Kapitel dar. Sie ist allgemein formuliert und grundsätzlich für alle Städte gültig, z. B. auf Basis der aktuell geltenden Gesetzeslage.

Ausgehend von diesem Soll analysieren wir die individuelle Situation in der geprüften Stadt und weisen dabei erkannte Verbesserungspotenziale als **Empfehlung** aus.

Weitere allgemeine Ausführungen zur Struktur der Teilberichte stehen im Vorbericht.

4.3 Inhalte, Ziele und Methodik

Die Prüfung im Bereich Personal, Organisation und Informationstechnik (IT) ist darauf ausgerichtet, die Stadt dabei zu unterstützen, ihre Handlungsfähigkeit zur Erbringung ihres Dienstleistungsangebotes langfristig zu sichern. Wir prüfen in diesem Zusammenhang, inwieweit die Städte Vorkehrungen getroffen haben, um den Herausforderungen zu begegnen, vor denen alle Städte gleichermaßen stehen:

- Fachkräftemangel,
- demografischer Wandel,
- gesellschaftlicher Wandel und Generationenwechsel,

- zunehmende und komplexer werdende Aufgaben,
- knapper werdende Finanzmittel,
- steigende Anforderungen an die Digitalisierung,
- hohe IT-Sicherheitsanforderungen und
- eine heterogene IT-Landschaft.

Die gpaNRW betrachtet die Handlungsfelder Personal, Organisation und IT zwar in einzelnen Unterkapiteln, aber nicht isoliert voneinander. Themenübergreifend stellt sie folgende Leitfragen in den drei Hauptkapiteln:

- Orientierungsrahmen: Hat die Stadt orientierungsgebende Ziel- und Planungsvorgaben gemacht, um den zuvor genannten Herausforderungen gerecht werden zu können?
- Personalressourcen: Welche Personalressourcen und -strukturen stehen der Stadt zur Verfügung, um die eigenen Ziele zu erreichen?
- Digitalisierungsniveau: Was hat die Stadt durch die Verzahnung von Personal, Organisation und IT im Bereich der Digitalisierung bereits erreicht?

Wir beschränken uns in der Analyse auf ausgewählte Aspekte und Indikatoren, um die vorgenannten Leitfragen zu beantworten. Dabei handelt es sich um Aspekte, die für jede Stadt unabhängig von ihrer Größenordnung für ein effektives und effizientes Verwaltungshandeln wesentlich sind. Wir bewerten diese Aspekte im Hinblick auf ihre Zweckmäßigkeit und zeigen gegebenenfalls bestehende Risiken auf. Über den interkommunalen Vergleich erhalten die Städte zudem in allen Prüfaspekten eine Standortbestimmung.

Im Rahmen der Prüfung im Prüfgebiet Personal, Organisation und IT erhebt die gpaNRW die erforderlichen Bewertungsgrundlagen. Dies erfolgt über strukturierte Datenabfragen, Fragebögen und standardisierte Interviews zu einzelnen Themenfeldern. Die zu den Wertungskriterien gebildeten Erfüllungsgrade und Kennzahlen zur Personalstruktur bilden den Ausgangspunkt unserer Analysen. Beim Erfüllungsgrad bewertet die gpaNRW, inwieweit eine Stadt die Anforderungen unserer Sollvorstellung umsetzt. Wir drücken den Erfüllungsgrad in einem Prozentwert aus. Den Erfüllungsgrad stellt die gpaNRW zur Standortbestimmung auch im interkommunalen Vergleich dar.

4.4 Orientierungsrahmen

Zukunftsfähig zu sein bedeutet, sich proaktiv mit potenziellen Herausforderungen sowie den daraus resultierenden Risiken auseinanderzusetzen. Eine Verwaltung benötigt einen eindeutigen Orientierungsrahmen, aus dem das Aufgabenportfolio, die hierfür erforderlichen Ressourcen und die Art der Aufgabenerledigung sowie ihre Priorisierung abgeleitet werden.

Städte sind in der formalen und inhaltlichen Gestaltung ihres Orientierungsrahmens grundsätzlich frei. Sie können ihre individuellen Stärken in den Bereichen Personal, Organisation und IT nutzen, um vorhandene Schwächen auszugleichen und Risiken zu minimieren:

- Personal: Die Mitarbeitenden sind das Rückgrat jeder Verwaltung. Qualifizierte, motivierte und gut betreute Mitarbeitende stellen sicher, dass Aufgaben effizient und kompetent erledigt werden. Personalentwicklung und -management tragen dazu bei, notwendige Kompetenzen und Fachwissen im Team aufzubauen und zu erhalten.

- Organisation: Strukturierte Abläufe und klare Zuständigkeiten sind unerlässlich für reibungslose Prozesse. Eine gut durchdachte, möglichst prozessorientierte Organisation fördert die Effizienz, minimiert Fehlerquellen und ermöglicht eine rasche Anpassung an neue Anforderungen oder Krisen.

- IT: IT-Infrastruktur und digitale Lösungen ermöglichen eine schnelle und verlässliche Bearbeitung von Verwaltungsaufgaben. Sie fördern effiziente Kommunikationswege, den sicheren Umgang mit Daten und die Automatisierung von Prozessen. Eine robuste IT sichert zudem die Kontinuität in Krisensituationen und erhöht die Flexibilität der Verwaltung.

Letztendlich muss die organisatorische und konzeptionelle Arbeit der Stadt aber auch in einem angemessenen Verhältnis zum Nutzen stehen. Die gpaNRW prüft daher zu ausgewählten Teilaspekten, inwiefern die Stadt bereits zweckmäßig Ziele setzt und Maßnahmen plant oder ergriffen hat.

4.4.1 Personal

Städte sind für die Bereitstellung wichtiger öffentlicher Dienstleistungen, wie Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Infrastruktur, verantwortlich. Ein gut qualifiziertes und motiviertes Personal ist entscheidend, um diese Dienstleistungen effektiv zu erbringen. Viele Städte sehen sich mit dem demografischen Wandel konfrontiert. Hohe Fluktuationsraten können die Kontinuität und Qualität der Dienstleistungen beeinträchtigen. Für Städte wird es immer schwerer, Vakanzen zu besetzen. Hauptgrund dafür ist ein verbreiteter Fachkräftemangel, also mehr Bedarf als Angebot an spezialisierten Arbeitskräften. Die Sicherstellung eines ausreichenden und qualifizierten Personals ist daher eine zentrale Herausforderung für die städtische Leistungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit. Daher ist es wichtig, dass die Personalabteilung u. a.

- mögliche Personalabgänge frühzeitig erkennt und eine strategische Nachfolge regelt,

- die Möglichkeiten der Einbindung von Externen z. B. durch Interkommunale Zusammenarbeit oder den Einsatz Ehrenamtlicher prüft,

- ein für Bewerbende attraktives, zielgerichtetes Einstellungsverfahren umsetzt,

- einen strukturierten Einarbeitungsprozess für neue Mitarbeitende gestaltet,

- individuelle Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Förderung der Mitarbeitendenqualifikationen plant und umsetzt,

- Talente für Schlüsselpositionen innerhalb der Verwaltung identifiziert und entsprechend entwickelt sowie

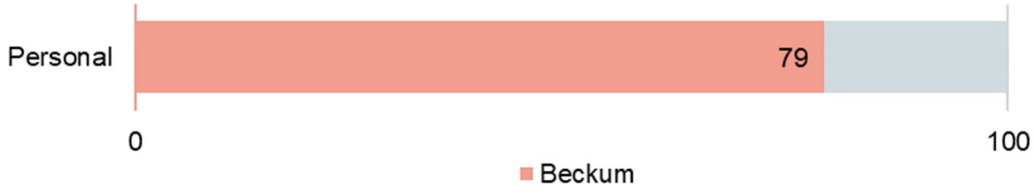
- Maßnahmen zur Steigerung der Mitarbeitendenzufriedenheit, -bindung, -gesundheit und Arbeitssicherheit einsetzt.

Schriftliche Rahmenvorgaben, Konzepte, Arbeitshilfen und Fachanwendungen geben dabei einen Orientierungsrahmen, der die Personalabteilung unterstützen sollte.

Wir haben alle Vergleichsstädte zu gewichteten Einzelanforderungen zum Thema „Personal“ befragt. Aus diesen Kriterien setzt sich die Bewertung in einem Erfüllungsgrad zusammen.

Die **Stadt Beckum** erreicht im Hinblick auf die geprüften Aspekte folgenden Erfüllungsgrad:

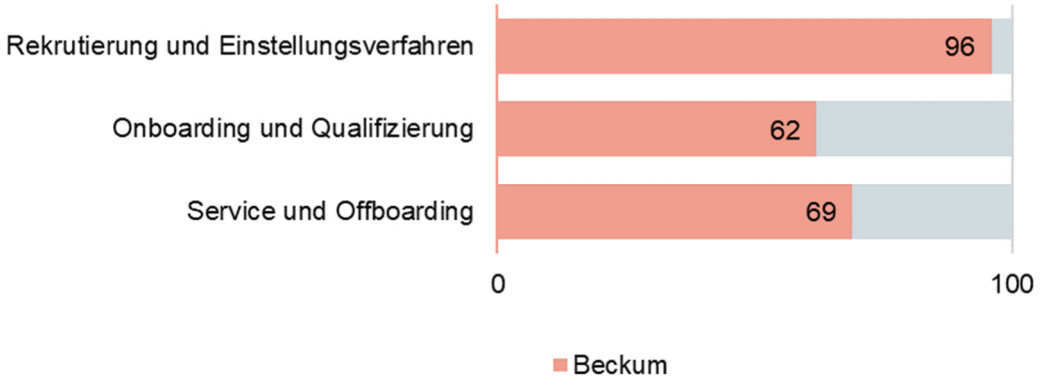
Erfüllungsgrad Personal in Prozent 2025



In den interkommunalen Vergleich sind 43 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

In der Grafik sind nicht alle Vergleichswerte einzeln sichtbar, da mehrere Städte gleiche Erfüllungsgrade erreichen und sich die Werte dadurch überlagern. Der Median beträgt 86 Prozent. Der dargestellte Erfüllungsgrad setzt sich aus den nachstehenden Einzelergebnissen zusammen:

Teilerfüllungsgrade Personal in Prozent 2025



Nachfolgend erläutert die gpaNRW ihre detaillierten Erkenntnisse zu den oben aufgeführten Aspekten sowie etwaige Ansatzpunkte, um den Orientierungsrahmen für den Personalbereich zu optimieren.

4.4.1.1 Rekrutierung und Einstellungsverfahren

- Die Stadt Beckum erkennt durch ihre regelmäßigen Fluktuationsauswertungen und -prognosen Personalabgänge rechtzeitig und hat Maßnahmen ergriffen, um als Arbeitgeberin attraktiv zu sein. Die Rekrutierung von Personal sowie das Einstellungsverfahren hat sie sehr gut organisiert.

Eine Stadt sollte Personalabgänge rechtzeitig erkennen können und eine strategische Nachfolge regeln. Sie sollte attraktiv für potenzielle Bewerbende sein und das Einstellungsverfahren für Bewerbende ansprechend gestalten.

Die **Stadt Beckum** ordnet sich im Vergleich mit 96 Prozent über dem Median ein. Die Hälfte der Vergleichsstädte erfüllt maximal 90 Prozent der geprüften Kriterien.

Beckum hat ihre Personalabgänge gut im Blick. Die Stadt wertet jährlich die voraussichtliche Altersfluktuation langfristig aus. Zudem berücksichtigt sie in dieser Auswertung auch verschiedene weitere Fluktuationsgründe und ermittelt den sich daraus ergebenden Personalbedarf.

Für ihr Einstellungsverfahren hat Beckum ein standardisiertes Vorgehen festgelegt. Die strukturierte Verwaltung der Bewerber und der Daten für den internen Abstimmungsprozess wird über eine spezialisierte Fachsoftware für das Bewerbungsmanagement sichergestellt.

Um Führungs-, Fach- und Nachwuchskräfte im Wettbewerb mit anderen öffentlichen und privaten Arbeitgebern zu gewinnen und zu binden, hat die Stadt attraktive Angebote geschaffen; beispielsweise in den Bereichen

- Gesundheitsmanagement (Rückenkurse und Betriebssport),
- flexible Organisationsmodelle (Homeoffice und Desk-Sharing) und
- flexible Arbeitszeitmodelle (Gleitzeit, Teilzeit, Sabbatical und Altersteilzeit).

Auf die Attraktivitätsfaktoren macht Beckum in Stellenausschreibungen, Vorstellungsgesprächen und Messepräsentationen sowie auf ihrer Homepage aufmerksam. Auch auf die Möglichkeit des Quereinstiegs von Fachfremden weist sie in Stellenausschreibungen hin und nutzt diesen Weg bereits erfolgreich, um Personal zu gewinnen.

Zudem arbeitet die Stadt Beckum im Personalbereich mit anderen Kommunen zusammen. Sie tauscht sich im Personalbereich regelmäßig mit den entsprechenden Fachkräften der kreisangehörigen Kommunen aus; sowie anlassbezogen zu Stellenbemessungen. Daneben nimmt Beckum auch an einem regelmäßigen kreisübergreifenden Austausch von Ausbildungsleitungen teil. Beckum plant die bestehende interkommunale Zusammenarbeit im Personalbereich weiter auszubauen. Auch in anderen Bereichen arbeitet sie bereits erfolgreich interkommunal zusammen Weitere Ausführungen hierzu sind im Berichtsabschnitt 4.5.1 aufgeführt.

Außerdem nutzt die Stadt Beckum den Einsatz Ehrenamtlicher zur Aufgabenerfüllung. Zudem fördert sich ehrenamtliches Engagement auf verschiedenen Wegen. Sie hat einen Stellenanteil für ehrenamtliches Engagement eingerichtet und der jährliche Neujahrsempfang findet immer zu Ehren eines bestimmten Ehrenamtes statt. Außerdem hat die Stadt Beckum als Anerkennung für ehrenamtliches Engagement die Ehrenamtskarte sowie die Jubiläumsehrenamtskarte des Landes NRW eingeführt. Durch diese Einbindung von Externen z. B. durch die Interkommunale Zusammenarbeit oder den Einsatz Ehrenamtlicher kann die Stadt ihre Aufgabenvielfalt weiter gut bewältigen.

4.4.1.2 Onboarding und Qualifizierung

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum hat für neue Mitarbeitende den Zugang zu notwendigem Wissen, zur Informationstechnik sowie den Wissenstransfer strukturiert geregelt, so dass sie dem Risiko von Wissensverlusten entgegenwirken kann. Konzepte zum Onboarding und zur Fort- und Weiterbildung sind noch nicht fixiert, werden aber aktuell entwickelt.

Eine Stadt sollte den Ablauf des Onboarding konkret festlegen und verschriftlichen. Individuelle Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Förderung der Mitarbeitendenqualifikationen sollte sie planen und umsetzen. Sie sollte Talente für Schlüsselpositionen innerhalb der Verwaltung identifizieren und entsprechend entwickeln.

Die **Stadt Beckum** ordnet sich im Vergleich mit 62 Prozent unter dem ersten Viertelwert von 73 Prozent ein. Beckum erzielt bei diesem Teilaspekt einen niedrigeren Erfüllungsgrad als die meisten Vergleichskommunen. Die Hälfte der Vergleichsstädte erfüllt mindestens 81 Prozent der geprüften Kriterien.

Um neuen Mitarbeitenden einen reibungslosen Einstieg in ihr neues Arbeitsfeld zu ermöglichen, legt die Stadt Beckum viel Wert auf eine gute Einarbeitung. Sie arbeitet Neueingestiegene durch erfahrenes Personal ein und strebt an, vakant werdende Stellen frühzeitig neu zu besetzen, so dass ein strukturierter Wissenstransfer in Form einer zeitweisen Doppelbesetzung gegeben ist. Quereinsteigende qualifiziert Beckum zudem mit entsprechenden verwaltungsspezifischen Lehrgängen.

Damit sich der/die „Neue“ am ersten Tag schon willkommen fühlt und die Einarbeitung reibungslos gelingt, sollten auch die IT-Ausstattung und erforderliche IT-Zugänge fertig eingerichtet und nutzbar sein. Mittels digitaler Personalwechselbögen stellt die Stadt Beckum sicher, dass neue Mitarbeitende die erforderliche IT-Ausstattung sowie alle notwendigen Programme und Zugänge zur Verfügung gestellt und eingerichtet werden. Dieser klar definierte Prozess ermöglicht, schnell die benötigten Zugriffsrechte und IT-Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Auch bezüglich des Zugangs zu notwendigem Wissen hat Beckum ein strukturiertes Verfahren etabliert. Die Allgemeine Geschäftsanweisung und andere wichtige Regelungen werden jedem Bediensteten bei Dienstantritt zur Verfügung gestellt und deren Kenntnisnahme wird dokumentiert. Sämtliche Dienstanweisungen und Vereinbarungen stehen im Intranet zur Verfügung, worüber der/die „Neue“ informiert wird. Das Verfahren stellt sicher, dass neue Bedienstete wichtige interne Regelungen und der Zugang zu weiteren Dienstanweisungen und Vereinbarungen bei Dienstantritt bekannt sind.

Ein Onboarding-Konzept, das klare Vorgaben für einen strukturierten Ablauf des Onboarding regelt, entwickelt Beckum derzeit. Die Stadt rechnet mit einer Fertigstellung des Konzeptes in den nächsten Monaten.

Gezielte Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen können die Fähigkeiten und Kenntnisse der Mitarbeitenden erweitern. Sie können aber auch die Zufriedenheit im Job erhöhen und die Bindung an die Kommune stärken. Zudem erfordert der fortlaufende Wandel in der Arbeitswelt regelmäßige Schulungen, um mit den neuen Technologien, rechtlichen Vorgaben und modernen Verfahren Schritt zu halten. Ein Verfahren zur Fort- und Weiterbildung ist in Beckum bereits etabliert, aber noch nicht verschriftlicht. Die Stadt entwickelt aber bereits ein Personalentwicklungs- bzw. Fortbildungskonzept, das Standards setzt, Transparenz schafft und die Chancengleichheit fördert.

Empfehlung
Die Stadt Beckum sollte wie geplant Konzepte für das Onboarding sowie für eine strukturierte Vorgehensweise zur gezielten Organisation und Durchführung von Fort- und Weiterbildungen erstellen, um mit ausreichend qualifiziertem Personal ihre Leistungs- und Zukunftsfähigkeit zu sichern.

4.4.1.3 Service und Offboarding

Feststellung
Die Stadt Beckum hat verschiedene Aktivitäten durchgeführt, um die Mitarbeitendenzufriedenheit und -bindung zu erhöhen. Sie beabsichtigt, Regelungen zum Offboarding-Prozess zu fixieren.

Eine Stadt sollte Maßnahmen zur Steigerung der Mitarbeitendenzufriedenheit und -bindung planen und umsetzen, dazu gehören auch das Gesundheitsmanagement und die Arbeitssicherheit. Sie sollte den Ablauf eines potenziellen Offboarding konkret festlegen und verschriftlichen.

Die **Stadt Beckum** ordnet sich im Vergleich mit 69 Prozent unter dem ersten Viertelwert von 76 Prozent ein. Beckum erzielt bei diesem Teilaspekt einen niedrigeren Erfüllungsgrad als die meisten Vergleichskommunen. Die Hälfte der Vergleichsstädte erfüllt mindestens 86 Prozent der geprüften Kriterien.

Aus den gesetzlichen Vorschriften und Normen zum Arbeitsschutz und zur Arbeitssicherheit lassen sich folgende Mindeststandards und Maßnahmen ableiten:

- Risikobewertung von potentiellen Gefahren am Arbeitsplatz,
- Ernennung eines/einer Sicherheitsbeauftragten,
- Schulungen zur Arbeitssicherheit und zum Gesundheitsschutz,
- ggf. Bereitstellung persönlicher Schutzausrüstung,
- Ausbildung von Ersthelfern und Vorhalten einer Erste-Hilfe-Ausrüstung am Arbeitsplatz
- Erstellung eines Notfallplans,
- Überprüfung und Wartung von Arbeitsmitteln und –geräten,

- Förderung einer offenen Kommunikation bezüglich Sicherheitsbedenken und Verbesserungsvorschlägen,
- Arbeitszeitregelungen, die helfen, Überlastung und Erschöpfung zu vermeiden, und
- Programme zur Förderung der Gesundheit am Arbeitsplatz.

Die Stadt Beckum erfüllt sämtliche aufgeführten Mindeststandards zur Arbeitssicherheit. Zu einigen der aufgeführten Punkte hat sie gesonderte Dienstanweisungen und Leitlinien fixiert; beispielsweise die Leitlinie für gesundheitsförderndes Führen. Um den Bedürfnissen ihrer Mitarbeitenden gerecht zu werden sowie die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, hat Beckum bereits verschiedene flexible Arbeitszeit- und Organisationsmodelle implementiert (weitere Ausführungen hierzu im Berichtsabschnitt 4.4.1.1). Die Stadt plant, weitere Arbeitsflexibilisierungen einzuführen. Außerdem hat die Stadt Beckum im Bereich des Gesundheitsmanagements mehrere Programme etabliert; beispielsweise das Betriebliches Eingliederungs-Management (BEM), Rückenkurse und andere Angebote zur Bewegung.

Ein wichtiger Aspekt des Personalmanagements ist auch der Prozess, der den Austritt des Mitarbeitenden aus der Kommune regelt. Regelungen zum Offboarding-Prozess hat die Stadt Beckum noch nicht verschriftlicht. Analog zum Onboarding sieht die Stadt Beckum auch für das Offboarding vor, ein Konzept zu erstellen.

Um das Risiko von Datenmissbrauch oder -verlust und das Abhandenkommen von Ressourcen zu minimieren, sollte auch das Löschen von IT-Berechtigungen und die Rückgabe von IT-Ausstattung geregelt werden. Hierzu hat die Stadt Beckum bereits ein strukturiertes Verfahren zur Löschung von Berechtigungen sowie zur Rückgabe von Ausstattung im IT-Bereich definiert. Die Löschung von IT-Berechtigungen wird über die bereits im Berichtsabschnitt 4.4.1.1 angesprochenen Personalwechselbögen sichergestellt und dokumentiert. Ein klar definierter Prozess ermöglicht, schnell und umfassend die Zugriffsrechte zu löschen und die Rückgabe von IT-Ressourcen zu gewährleisten.

Empfehlung
Die Stadt Beckum sollte wie geplant auch zum Offboarding ein Konzept ausarbeiten. Sie sollte darin auch Regelungen für das Führen von Austrittsgesprächen sowie die vorhandene Vorgehensweise zum Löschen von IT-Berechtigungen und der Rückgabe der IT-Ausstattung aufnehmen.

Mit der Umsetzung der geplanten Konzepte für das On- und Offboarding sowie für die Personalentwicklung bzw. Fortbildung würde die Stadt Beckum den Erfüllungsgrad für den Gesamtbereich Personal und insbesondere für die Teilaspekte „Onboarding und Qualifizierung“ und „Service und Offboarding“ enorm heben. Aber vor allem könnte sie mit einem strukturierten Ein- bzw. Austrittsprozess sowie eine individuelle Förderung der Mitarbeitendenqualifikation ihre Attraktivität als Arbeitgeberin weiter erhöhen.

4.4.2 Organisation

Die Organisation einer Stadt ist von zentraler Bedeutung, da sie maßgeblich zur Effizienz, Transparenz und Bürgernähe der Verwaltung beiträgt. Die hierfür zuständigen

Verwaltungsmitarbeitenden sorgen u. a. für den Orientierungsrahmen, der maßgeblich zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit einer Stadt beiträgt, indem sie

- Ziele, Standards und Richtlinien entwickeln, die eine einheitliche Qualität der Dienstleistungen sicherstellen,
- die Aufgaben und Verwaltungsprozesse vollständig erfassen, priorisieren und optimal ausrichten sowie
- Stellenanalysen, Stellenbemessungen und Personalbedarfsberechnungen durchführen.

Ein wesentliches Instrument, um die Personal- und Sachressourcen bestmöglich auf die Verwaltungsziele auszurichten, ist dabei die Prozessgestaltung. Eine Standardisierung in den Prozessen trägt dazu bei

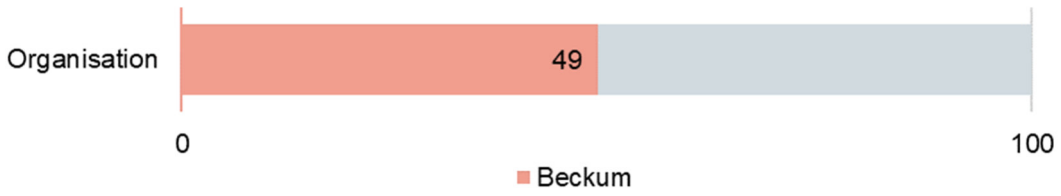
- den Zeit- und Ressourcenaufwand zu minimieren,
- eine gleichbleibende Arbeitsqualität zu gewährleisten,
- Fehler zu reduzieren,
- die erforderliche Kommunikation abzusichern,
- Einarbeitungen zu erleichtern und
- rechtliche Risiken zu minimieren.

Dazu müssen verbindliche Vorgaben für die Durchführung notwendiger Arbeitsschritte gemacht und kommuniziert werden. Diese können Zeitvorgaben, Qualitätsstandards und Verantwortlichkeiten beinhalten. Die Einhaltung der Vorgaben kann technisch unterstützt werden, indem eine Stadt beispielsweise Workflow-Management-Systeme einsetzt oder eine geeignete Software für die Prozessautomatisierung nutzt.

Wir haben alle Vergleichsstädte zu gewichteten Einzelanforderungen zum Thema „Organisation“ befragt. Aus diesen Kriterien setzt sich entsprechend die Bewertung in einem Erfüllungsgrad zusammen.

Die **Stadt Beckum** erreicht im Hinblick auf die geprüften Aspekte folgenden Erfüllungsgrad:

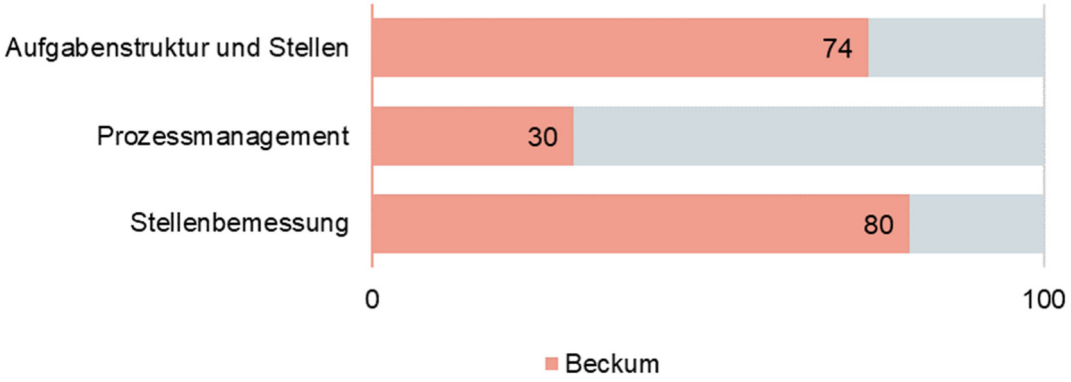
Erfüllungsgrad Organisation in Prozent 2025



In den interkommunalen Vergleich sind 36 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

In der Grafik sind nicht alle Vergleichswerte einzeln sichtbar, da mehrere Städte gleiche Erfüllungsgrade erreichen und sich die Werte dadurch überlagern. Der Median beträgt 64 Prozent. Der dargestellte Erfüllungsgrad setzt sich aus den nachstehenden Einzelergebnissen zusammen:

Teilerfüllungsgrade Organisation in Prozent 2025



Nachfolgend erläutert die gpaNRW ihre detaillierten Erkenntnisse zu den oben aufgeführten Aspekten sowie etwaige Ansatzpunkte, um den Orientierungsrahmen für den Organisationsbereich zu optimieren.

4.4.2.1 Aufgabenstruktur und Stellen

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum betrachtet regelmäßig und einzelfallbezogen kritisch ihre Aufgaben und setzt durch die Priorisierung wichtiger Aufgaben ihre Ressourcen grundsätzlich gezielt ein. Zur Sicherung ihrer Handlungsfähigkeit bestehen mit Blick auf aktuelle Stellenbeschreibungen, -bewertungen und Anforderungsprofile noch Optimierungsmöglichkeiten.

Eine Stadt sollte alle zu erledigenden Aufgaben zentral erfassen, regelmäßig kritisch betrachten und systematisch nach Relevanz priorisieren. So kann sie ihre Ressourcen gezielt einsetzen. Sie sollte Zielvorgaben zur Aufgabenerfüllung und Dienstleistungsqualität festlegen. Für alle Stellen sollte sie aktuelle Stellenbeschreibungen, -bewertungen und Anforderungsprofile erstellen.

Die **Stadt Beckum** ordnet sich im Vergleich mit 74 Prozent beim Median ein.

Beckum hat ihre Aufgaben erfasst und stellt diese einzelfallbezogen aber auch regelmäßig mit der Aufstellung des Stellenplans auf den Prüfstand und betrachtet sie kritisch. Wie die meisten anderen Kommunen hat auch die Stadt Beckum ihre zu erledigenden Aufgaben noch nicht vollständig nach abgestufter Erledigungsdringlichkeit priorisiert. Aber um in Krisenzeiten besonders schnell und effektiv reagieren zu können, hat Beckum bereits schriftlich festgelegt, welche Leistungen im Falle der Bewältigung von Großeinsatzlagen, Krisen, Katastrophen und Energiemangellagen besonders relevant sind. Zudem werden derzeit zur Gewährleistung der IT-Sicherheit konkrete Pläne entwickelt, die auch die Priorisierung von Aufgaben beinhalten wird.

Zielvorgaben zur Aufgabenerfüllung und Dienstleistungsqualität legt die Stadt Beckum in den jährlichen Mitarbeitenden-Gesprächen fest. Zudem sind Zielvorgaben zur Aufgabenerfüllung und Dienstleistungsqualität zu einigen Tätigkeiten definiert; beispielsweise in den Bereichen Gebäudereinigung, Straßenbegleitgrünreinigung, Papierkorbreinigung und Heckenschnitt. Und im Bereich der Grünflächenpflege hat Beckum eine Projektgruppe gebildet, die sich mit dem Thema "Qualität der Grünpflege" beschäftigt.

Stellenbeschreibungen und -bewertungen sowie Anforderungsprofile werden in Beckum anlassbezogen, beispielsweise bei Ausschreibung der Stelle, bei Aufgabenveränderung oder aufgrund von Überprüfungsanträgen, angepasst bzw. erstellt. Eine turnusmäßige Überprüfung erfolgt bislang nicht.

Zielvorgaben zur Aufgabenerfüllung und Dienstleistungsqualität sowie Stellenbeschreibungen und Anforderungsprofile definieren die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und die Anforderungen an die Position. Sie sind relevant für den Stelleninhabenden, die Führungskraft, aber auch für eine gezielte Rekrutierung von neuen Mitarbeitenden. Im Falle von Konflikten oder rechtlichen Auseinandersetzungen können Stellenbeschreibungen außerdem als Dokumentation dienen, um die Anforderungen und Erwartungen an eine Position zu belegen. Sie dienen zudem als Grundlage für die Leistungsbeurteilung und Stellenbewertung. Eine fundierte Bewertung aller Stellen ermöglicht es, Ressourcen effizient zuzuweisen. Eine regelmäßige Überprüfung der Stellenbewertungen ist wichtig, um sicherzustellen, dass die Aufgaben und Anforderungen den aktuellen Gegebenheiten entsprechen.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte ihre strategische Steuerung stärken, indem sie auch dauerhaft wiederkehrende Aufgaben zentral priorisiert und Stellen regelmäßig beschreibt und bewertet.

4.4.2.2 Prozessmanagement

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum nutzt Möglichkeiten zur Standardisierung von Prozessen sowie ein strukturiertes Prozessmanagement noch nicht, so dass sie das Risiko eingeht, ineffiziente Verwaltungsabläufe nicht oder zu spät zu erkennen.

Eine Stadt sollte ihre Verwaltungsprozesse als Ausgangspunkt zentral bereichsübergreifend in einer allen Mitarbeitenden zugänglichen Fachanwendung dokumentieren, um Verwaltungsabläufe zu optimieren, zu automatisieren und wenn möglich zu digitalisieren. Dabei sollte sie den

aktuellen Standard zur Prozessmodellierung (BPMN[30] 2.0) und Prozessbibliotheken nutzen. Sie sollte Ziele, Standards und Priorisierungen schriftlich festlegen.

Die **Stadt Beckum** ordnet sich im Vergleich mit 30 Prozent unter dem ersten Viertelwert von 35 Prozent ein. Beckum erzielt bei diesem Teilaspekt einen deutlich niedrigeren Erfüllungsgrad als die meisten Vergleichskommunen. Die Hälfte der Vergleichsstädte erfüllt mindestens 64 Prozent der geprüften Kriterien.

Im Bereich des Prozessmanagements schöpft die Stadt Beckum sowohl bei der Prozesserfassung als auch bei der Prozessoptimierung die bestehenden Möglichkeiten noch nicht aus. Sie hat das Prozessmanagement bislang nicht als Aufgabe organisiert und Verwaltungsprozesse nur für einzelne Verfahrensabläufe dokumentiert. Beckum hat beispielsweise die Kern- und sich daraus ableitenden Teilprozesse der Wirtschaftlichen Jugendhilfe beschrieben und in einem Qualitätshandbuch dargestellt. Weitere Ausführungen zu den Verfahrensstandards und Prozessabläufen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe sind im Teilbericht 6 „Hilfe zur Erziehung“ im Berichtsabschnitt 6.6.4 aufgeführt.

Stellenanteile für Prozessaufnahmen und -analysen sind bislang nicht in Stellenbeschreibungen verankert und nicht bemessen. Auch strukturierte Rahmenbedingungen zur Prozessgestaltung und um einheitlich dokumentierte Prozesse sicherzustellen, hat Beckum noch nicht festgelegt.

Mit einem strukturierten Prozessmanagement und geeigneten Stellenanteilen könnte Beckum eine solide Grundlage schaffen, um Wissen zu konservieren, Optimierungspotenziale zu ermitteln und den Erfolg von Optimierungen langfristig zu kontrollieren. Sie könnte damit zudem die digitale Transformation unterstützen und die Ressourcennutzung transparent darlegen.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte ihre Verwaltungsprozesse zentral erfassen und Rahmenbedingungen für das Prozessmanagement festlegen und darin einheitliche Ziele, Standards und Priorisierungen fixieren um Verwaltungsabläufe zu optimieren, zu automatisieren und wenn möglich zu digitalisieren. Zudem sollte Beckum den Einsatz einer Fachanwendung für Prozessaufnahmen und –analysen prüfen. Und um die regelmäßige Prozessaufnahme und eine kontinuierliche Prozessoptimierung zu gewährleisten, sollte die Stadt für die Aufgabe des Prozessmanagements bedarfsgerechte Stellenanteile bereitstellen.

4.4.2.3 Stellenbemessung

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum überprüft regelmäßig und umfassend, ob der Personalbestand eine effektive Aufgabenerfüllung ermöglicht. Die etablierten Ziele für die Stellenbemessung hat Beckum noch nicht verschriftlicht, so dass keine Verbindlichkeit für die Einhaltung besteht.

Eine Stadt sollte den aktuellen und zukünftigen Personalbedarf mindestens einmal jährlich auswerten, um Handlungsbedarf zu erkennen. Die Auswertung sollte Fluktuationen sowie Veränderungen in der Aufgabenwahrnehmung bezüglich Mengen, Standards und rechtlicher Vorgaben umfassen.

[30] Business Process Model and Notation

Die **Stadt Beckum** ordnet sich im Vergleich mit 80 Prozent deutlich über dem Median ein. Die Hälfte der Vergleichsstädte erfüllt maximal 63 Prozent der geprüften Kriterien.

Die Stadt Beckum prüft bei der jährlichen Aufgabenkritik im Rahmen der Haushaltsaufstellung auch, ob der Personalbestand eine effektive Aufgabenerledigung ermöglicht. Zudem überprüft die Stadt Beckum anlassbezogen ihren Personalbestand, beispielsweise bei einer Überlastungsanzeige und aufgrund interner Aufforderungen.

Um den aktuellen und zukünftigen Bedarf planen zu können und Ressourcen gezielt einsetzen zu können, berücksichtigt Beckum verschiedene Aspekte, beispielsweise

- anlassbezogen eine Auswertung von Fallzahlen und die sie beeinflussenden Daten sowie
- zukünftige Anforderungen, Entwicklungen und Vorgaben (z. B. demografische Änderungen, Gesetzesregelungen).

Die Stadt Beckum dokumentiert ihre Stellenbemessungen und beteiligt bei Stellenbemessungen die Mitarbeitenden mittels Austauschs und Interviews.

Ziele für die Stellenbemessungen wie beispielsweise eine bedarfsgerechte Personalplanung, Effizienzsteigerung und Qualitätsverbesserung der Dienstleistungen hat Beckum im Blick und werden auch bei der Stellenbemessung berücksichtigt. Zudem beachtet die Stadt Beckum bei den Umsetzungsmaßnahmen nach einer Stellenbemessung, dass Rollen und Verantwortlichkeiten geklärt werden, dass eine transparente Kommunikation gewährleistet ist und dass der Fortschritt der Umsetzung überwacht wird. Die Ziele für die Stellenbemessung und Regelungen zu Umsetzungsmaßnahmen sind jedoch bislang nicht verschriftlicht.

➔ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte Ziele für die Stellenbemessung festlegen. Ein klarer Zielrahmen verbessert Transparenz, Planbarkeit und die strategische Ausrichtung der Stellenbemessung.

4.4.3 Informationstechnik

Die gpaNRW prüft den Orientierungsrahmen im Kontext der IT anhand nachstehender Aspekte:

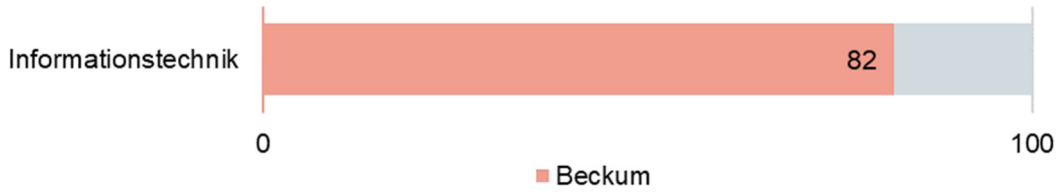
- IT- und Digitalisierungsstrategie,
- IT-Service-Management und
- IT-Sicherheit.

Die IT- und Digitalisierungsstrategie bildet das strategische Fundament für den zielgerichteten Einsatz von Technologien, um Effizienz und Agilität der Geschäftsprozesse zu fördern. Das IT-Service-Management gewährleistet die effektive Bereitstellung und kontinuierliche Verbesserung dieser Technologien, um den Bedürfnissen der Nutzenden gerecht zu werden und einen reibungslosen Betrieb sicherzustellen. Dabei spielt die IT-Sicherheit eine entscheidende Rolle, da sie die Integrität, Vertraulichkeit und Verfügbarkeit von Daten und Systemen schützt. Ohne eine solide Sicherheitsarchitektur können weder IT- noch Digitalisierungsstrategien erfolgreich umgesetzt werden, da sie durch Cyberangriffe, Datenverlust oder andere sicherheitsrelevante Vorfälle gefährdet wären.

Alle drei Bereiche sind essentiell, um eine resiliente und bedarfsgerechte IT-Landschaft zu schaffen, die den Herausforderungen der digitalen Transformation gerecht werden kann.

Die **Stadt Beckum** erreicht im Hinblick auf die geprüften Aspekte folgenden Erfüllungsgrad:

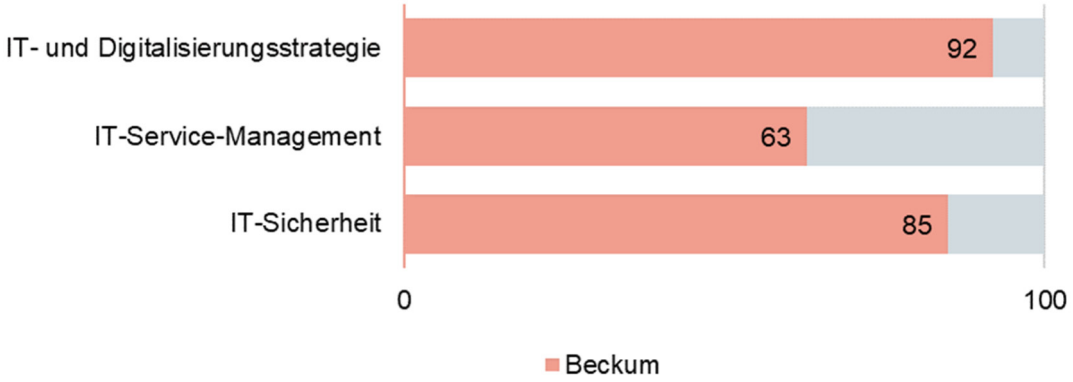
Erfüllungsgrad IT in Prozent 2025



In den interkommunalen Vergleich sind 28 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

In der Grafik sind nicht alle Vergleichswerte einzeln sichtbar, da mehrere Städte gleiche Erfüllungsgrade erreichen und sich die Werte dadurch überlagern. Der Median beträgt 57 Prozent. Der dargestellte Erfüllungsgrad setzt sich aus den nachstehenden Einzelergebnissen zusammen:

Teilerfüllungsgrade IT in Prozent 2025



Nachfolgend erläutert die gpaNRW ihre detaillierten Erkenntnisse zu den oben aufgeführten Aspekten sowie etwaige Ansatzpunkte, um den Orientierungsrahmen für die IT zu optimieren.

4.4.3.1 IT- und Digitalisierungsstrategie

Feststellung
Die Stadt Beckum besitzt eine gute strategische Grundlage für die digitale Transformation ihrer Verwaltung. Sie hat bereits ein Strategiepapier zur Verwaltungsdigitalisierung, Nutzung von KI und zur Personalqualifizierung sowie Zielvorgaben zur IT-Ausstattung und -Entwicklung fixiert. Verbindliche Vorgaben zur IT-Strategie sind geplant.

Eine Stadt sollte zu folgenden Aspekten ihrer IT und digitalen Transformation verbindliche strategische Vorgaben festlegen und an konkreten Zielvorgaben ausrichten:

- *Ausstattungs- und Entwicklungsziele,*
- *Steuerungsstrukturen,*
- *Personalqualifizierung,*
- *Beschaffungen im IT-Umfeld sowie*
- *den Einsatz künstlicher Intelligenz (KI).*

Sie sollte auch den Weg zur Zielerreichung festlegen und die Einhaltung kontinuierlich überprüfen, um bei Abweichungen rechtzeitig gegensteuern zu können.

Darauf aufbauend sollte eine Stadt einen organisatorischen und vertragsrechtlichen Rahmen (IT-Betriebsmodell) wählen, der geeignet ist, IT-Leistungen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten möglichst flexibel an strategischen Zielen auszurichten.

Die **Stadt Beckum** ordnet sich im Vergleich mit 92 Prozent bei den am besten bewerteten Städten ein. Die Hälfte der Vergleichsstädte erfüllt maximal 70 Prozent der geprüften Kriterien.

Der Fachdienst „Zentrale Dienste“ der Stadt Beckum hat eine Digitalisierungsstrategie politisch beschließen lassen. Diese wurde zuletzt im Sommer 2025 aktualisiert und erneut beschlossen. Der Fokus dieses Strategiepapiers liegt dabei auf der Verwaltungsdigitalisierung. Davon abzugrenzen sind die Handlungsfelder der Digitalisierung an städtischen Schulen und die Entwicklung Beckums im Sinne einer „Smart City“. Für den Bereich „Smart City“ ist die Entwicklung eines eigenständigen Strategiepapiers zu einem späteren Zeitpunkt geplant.

Folgende übergeordnete Ziele hat die Stadt Beckum definiert und in ihrer Verwaltungsdigitalisierungsstrategie aufgeführt:

- Steigerung der (verwaltungsinternen) Effizienz und Synergieeffekte,
- Schaffung von digitaler Kompetenz und Motivation der Beschäftigten durch moderne Arbeitswelten,
- Verbesserung des Dienstleistungsangebotes und unkomplizierte digitale Zugänge für die Bevölkerung.

Neben organisatorischen und strategischen Aspekten der Digitalisierungsstrategie sind in dem Strategiepapier auch die daraus abgeleiteten Maßnahmen als konkret geplantes Projekt dargestellt. Zu jedem Projekt ist ein Projektsteckbrief mit Projektzielen, Projektverantwortlichen und

zeitlichen Vorgaben zur Umsetzung erstellt. Zudem sind die Maßnahmen der Verwaltungsdigitalisierungsstrategie übersichtlich in einer Roadmap zusammengefasst. Die Umsetzung der Projekte wird verfolgt; ggf. werden die Vorhaben neu priorisiert und angepasst sowie neue Maßnahmen aufgenommen. Die Änderungen sind der stetig aktualisierten Roadmap zu entnehmen. Zu neu hinzugekommenen Projekten werden bislang keine Projektsteckbriefe erstellt. Mit der Anlage von Projektsteckbriefen auch zu neuen Maßnahmen könnte Beckum die strukturierte Planung von Verwaltungsdigitalisierungsprojekten konsequent weiterverfolgen. Hierdurch würden auch zu diesen Vorhaben die Projektziele, Mehrwerte, Herausforderungen und Projektverantwortlichen eindeutig und transparent definiert.

Die Stadt Beckum hat in ihrer Verwaltungsdigitalisierungsstrategie auch strategische Aspekte zu Ausstattungs- und Entwicklungszielen geregelt. Ein damit einhergehendes nachhaltiges Konzept zur Personalentwicklung und -qualifizierung hat sie in ihrem Stadtentwicklungskonzept 2025 als Ziel fixiert. Neben der Umsetzung der fixierten Ziele wird im IT-Bereich zusätzlich individuell auf anstehende Ansprüche reagiert; zuletzt beispielsweise zu den Themenbereichen Dokumentenmanagementsystems (DMS) und künstliche Intelligenz (KI). Parallel dazu betreibt sie im Bereich Digitalisierung einen interkommunalen Austausch mit Nachbarkommunen (weitere Ausführungen hierzu sind im Berichtsabschnitt 4.5.1 aufgeführt).

Beckum setzt KI bereits gelegentlich ein; z. B. zur Texterstellung und für Raumkonzepte. Die Stadt plant den weiteren Einsatz von KI, und zwar ein KI-Sprachmodell und den Einsatz eines Chatbots auf ihrer Homepage. Daneben werden KI-Assistenzsysteme auch ungeplant in bestehende Fachverfahren integriert, beispielsweise mit der Einführung neuer Funktionen nach Software-Updates. Um für einen sicheren, transparenten und verantwortungsvollen Einsatz von KI zu sorgen, hat die Stadt Beckum einen Leitfaden für die Nutzung von KI fixiert. Darüber hinaus bietet sie ihren Beschäftigten Schulungen zum Umgang mit KI an.

Die Verschriftlichung einer IT-Strategie, bei der die Technologie, also der reibungslose und effiziente IT-Betrieb als Mittel, um die Verwaltungsziele zu erreichen, im Fokus steht, steht in Beckum auch noch aus. Strategische Handlungsfelder wie beispielsweise die verstärkte Nutzung der internen Cloud, Ausbau der Serverlandschaft, Erstellung einer Nachhaltigkeitsstrategie und Einführung neuer Technologien wie künstliche Intelligenz (KI) hat Beckum aber bereits erkannt und priorisiert.

Empfehlung
Die Stadt Beckum sollte ihre orientierungsgebenden Entscheidungen zur IT-Strategie dokumentieren; bestenfalls in Form eines IT-Strategiepapiers. Sie sollte darin auch strategische Vorgaben zu ihrem IT-Betriebsmodell sowie zu Make-or-Buy-Entscheidungen aufnehmen und die Umsetzung überwachen, um bei Abweichungen rechtzeitig gegensteuern zu können.

4.4.3.2 IT-Service-Management

Feststellung
Die Stadt Beckum ist im Bereich des IT-Managements bereits gut aufgestellt. Optimierungspotenzial sehen wir noch beim Projektmanagement und hinsichtlich der Auswertung von Störungs- und Supportanfragen.

Eine Stadt sollte Steuerungsstrukturen und -prozesse etablieren, die eine wirtschaftliche und anforderungsgerechte IT-Bereitstellung sowie eine zielgerichtete Umsetzung von Digitalisierungsprojekten gewährleisten. Daraus leiten wir folgende Einzelanforderungen ab:

- *Projektmanagement: Eine Stadt sollte Standards zur systematischen Überwachung der Projektstände und Kosten sowie der Qualität definiert haben, um frühzeitig auf Abweichungen reagieren und Anpassungen vornehmen zu können.*
- *Anforderungsmanagement: Eine Stadt sollte gewährleisten, dass sie alle verwaltungsweiten Anforderungen an IT-Systeme unter Berücksichtigung strategischer Zielvorgaben zentral steuert, um die Ressourcen zielorientiert einzusetzen.*
- *Lizenzmanagement: Eine Stadt sollte sicherstellen, dass sie Softwarelizenzen verwaltungsweit bedarfsgerecht und rechtskonform einsetzt, um Risiken zu begrenzen.*
- *Störungsmanagement: Eine Stadt sollte alle Störfälle, die in Zusammenhang mit IT auftreten, systematisch dokumentieren, klassifizieren und auswerten, um daraus Handlungsbedarf ableiten zu können.*

Die **Stadt Beckum** ordnet sich im interkommunalen Vergleich mit 63 Prozent beim Median ein.

Für die erfolgreiche Umsetzung ihrer Projekte im Gebäudemanagement hat die Stadt Beckum bereits entsprechende Fachsoftware im Einsatz. Für die Umsetzung von IT-Projekten nutzt sie bislang keine Projektmanagementsoftware. Dennoch geht Beckum auch bei der Umsetzung ihrer größeren Projekte im IT-Bereich strukturiert vor. Die Projektstände sowie die Kostenentwicklung zu den bedeutsamen Projekten werden regelmäßig kontrolliert. Der Prozess zur Überwachung des Projektfortschritts und der Kosten umfasst auch die Berichterstattung und ggf. die Anpassungen des Projektplans. Konkrete Vorgaben, in welchen Fällen eine Projektstruktur einzurichten ist, welche Rahmenbedingungen vor Beginn eines IT-Projekts überprüfbar zu definieren und während der Umsetzung zu überwachen sind, hat Beckum bislang nicht festgelegt.

➔ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte ihre Projektabläufe im IT-Bereich standardisieren, Indikatoren zu deren Überwachung festlegen und Verantwortlichkeiten definieren. Die Nutzung einer Projektmanagementsoftware kann die effiziente Umsetzung, Steuerbarkeit und Transparenz von Projekten unterstützen.

Zur Meldung von IT-Anforderungen und -Störungen hat Beckum ein internes Ticketsystem eingerichtet. Auch die Benachrichtigung des externen IT-Dienstleisters erfolgt über Tickets. Diese Vorgehensweise ermöglicht eine strukturierte und dokumentierte Bearbeitung und Nachverfolgung der Meldungen bis zur Lösung. Zudem wird verhindert, dass Anforderungs- und Störungsmeldungen übersehen werden oder verloren gehen. Eine Auswertung der Störungen und Supportanfragen erfolgt in Beckum bislang nicht. Die Stadt könnte beispielsweise mit einer systematischen Auswertung der Meldungen im Ticket-System wertvolle Hinweise auf die Angemessenheit von abgerechneten Leistungen, Anpassungen im Leistungsportfolio sowie etwaigem Schulungsbedarf bei den eigenen Nutzerinnen und Nutzern erhalten und so die IT-Steuerung noch verbessern.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte die vorhandenen Informationen aus ihrem gut strukturierten Anforderungs- und Störungsmanagement regelmäßig auswerten, um daraus erforderliche Maßnahmen ableiten zu können die IT-Steuerung weiter zu verbessern.

Die Stadt Beckum gewährleistet durch ihr Lizenzmanagement, dass Softwarelizenzen in der gesamten Verwaltung entsprechend den Bedürfnissen und rechtlichen Vorgaben eingesetzt werden und ausgewertet werden können. Ihre Vertrags- und Lizenzdaten dokumentiert die Stadt zusammenhängend an zentraler Stelle und ein systematischer Abgleich zwischen gekauften und tatsächlich installierten Lizenzen findet anlassbezogen statt. Die Stadt Beckum plant ihr Lizenzmanagement weiter zu optimieren, indem sie künftig ein Fachverfahren zur Verwaltung und automatisierten Inventarisierung von Software einsetzt. Damit können auch die benötigten und verfügbaren vorhandenen und die genutzten Lizenzen ohne nennenswerten Aufwand regelmäßig abgeglichen werden. Zudem setzt Beckum parallel bereits eine Software-Lösung zur Verwaltung von IT-Infrastrukturen ein.

4.4.3.3 IT-Sicherheit

→ **Feststellung**
Die technischen IT-Sicherheitsstrukturen der Stadt Beckum sind bereits sehr gut. Gleichwohl bestehen noch Optimierungsansätze, um potenzielle Ausfallrisiken weiter zu reduzieren.

Eine Stadt sollte Entscheidungen über technische und organisatorische IT-Sicherheitsmaßnahmen auf der Grundlage einer fundierten Risikoanalyse treffen, um bedarfsgerecht agieren zu können. Dies bedingt, dass sich eine Stadt mit möglichen Notfallszenarien und deren Folgen auseinandersetzt. Daraus sollte sie Maßnahmen ableiten, die sowohl auf die Prävention als auch auf die Intervention gerichtet sind.

Die **Stadt Beckum** ordnet sich im interkommunalen Vergleich mit 85 Prozent auch zur IT-Sicherheit bei den am besten bewerteten Städten ein. Die Hälfte der Vergleichsstädte erfüllt maximal 56 Prozent der geprüften Kriterien.

Beckum hat bereits einige IT-Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt. Zudem hat die Stadt einige wichtige strategische Vorgaben und Prozesse mittels Dienstanweisung oder in anderer geeigneter Form dokumentiert. Unter anderem hat sie ein IT-Sicherheitskonzept und eine formelle Leitlinie zur Informationssicherheit erstellt. Auch im Bereich der Notfallvorsorge wurden verschiedene einzelne Maßnahmen ergriffen, es fehlt jedoch noch ein umfassendes Notfallvorsorgekonzept für alle identifizierten Notfallszenarien.

Eine formalisierte Dokumentation ist die Basis, um einen Ressourcenbedarf ableiten zu können. Zudem gewährleistet sie, dass die Maßnahmen und Strukturen nicht nur von einzelnen Personen abhängig sind. Auch im Schadensfall (z. B. Datenleck, Cyberangriff), kann die Verwaltung so nachweisen, dass sie angemessene Maßnahmen getroffen hat, um die Sicherheit ihrer IT-Infrastruktur zu gewährleisten. Dies kann im rechtlichen Kontext wichtig sein, um Haftungsrisiken zu minimieren.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte wie geplant Notfallpläne für alle definierten Notfallsituationen erstellen und verbindlich dokumentieren. Damit kann sie die Ausfallzeiten nach IT-Ausfällen weiter verringern.

Informationen zu IT-Sicherheitsrisiken sind sensible Informationen. Daher stellen wir die Ergebnisse hier lediglich zusammenfassend dar. Detaillierte Handlungsoptionen hat die gpaNRW dokumentiert und mit der Stadtverwaltung im Prüfungsverlauf eingehend kommuniziert.

4.5 Personalressourcen

Risiken für die Handlungsfähigkeit der Verwaltungen ergeben sich vor allem aus ihrer Personalstruktur, in der oft ältere Beschäftigte überwiegen (alterszentrierte Personalstruktur). Hier droht der Verlust von Personal durch starke Verrentungs- und Pensionierungswellen. Diese zu erwartenden starken altersbedingten Personalfluktuationen innerhalb der Verwaltung und die Veränderungen des kommunalen Leistungsangebotes erfordern einen zielgerichteten Umgang mit den Personalressourcen. Steigende Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit hat auch, dass es den Städten gelingt, mit dem zukünftig vorhandenen Personal auf sich verändernde Aufgaben flexibel reagieren zu können. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren – beispielsweise Nachbarstädte – rückt hier in den Fokus.

→ Aufgrund der Altersstruktur ihres Personalkörpers hat die Stadt Beckum mit einer erheblichen altersbedingten Fluktuation in den nächsten zehn Jahren zu rechnen. Neben der Nachbesetzung von Stellen gelingt es Beckum die Fluktuation zusätzlich aufzufangen, indem die Stadt Wege der interkommunalen Zusammenarbeit, der Verwaltungsdigitalisierung, des Quereinstiegs von Fachfremden sowie des Einsatzes von Ehrenamtlichen intensiv beschreitet.

Eine Stadt sollte über bedarfsgerechte Personalressourcen mit einer ausgewogenen Altersstruktur verfügen, um eine dauerhafte Aufgabenerledigung und adäquate Vertretungsmöglichkeiten sicherzustellen.

In den einzelnen Unterkapiteln betrachten wir darauf bezogen folgende Aspekte:

- Personalquoten,
- Stellenbesetzung,
- Altersstruktur sowie
- Querschnittsaufgaben.

4.5.1 Personalquoten

Um die gesamtpersonalwirtschaftliche Ist-Situation der **Stadt Beckum** im Vergleich darstellen zu können, haben wir zum Stichtag 30. Juni 2024 die aggregierten Kennzahlen

- Vollzeit-Stellen 1 je 1.000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner (EW) als Personalquote 1 und
- Vollzeit-Stellen 2 je 1.000 EW als Personalquote 2 ermittelt.

Die Berechnungsschritte zu den Personalquoten sind diesem Teilbericht als Anlage beigefügt.

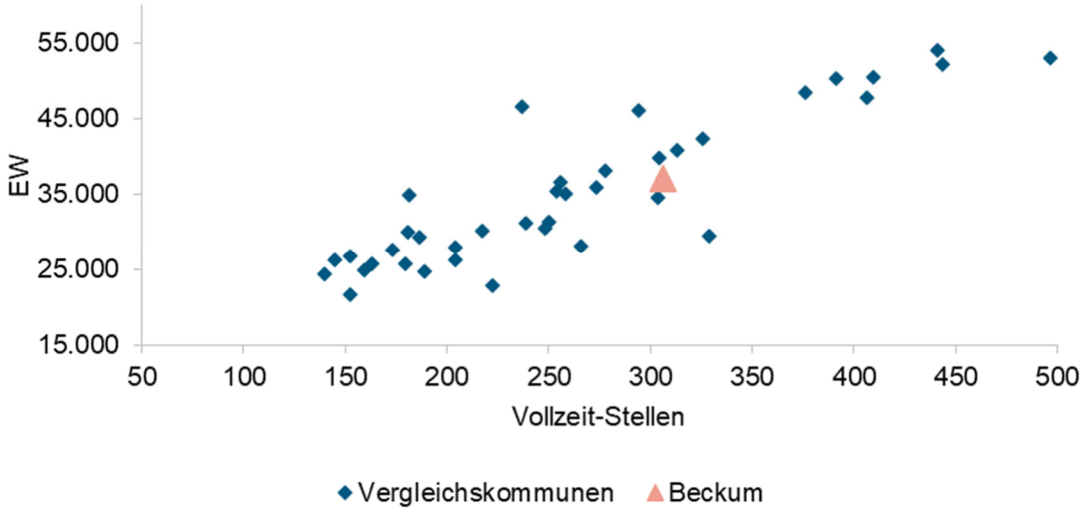
Personalquoten 2024

Kennzahl	Beckum	Minimum	1. Viertel-wert	2. Viertel-wert (Median)	3. Viertel-wert	Maxi-mum	Anzahl Werte
Vollzeit-Stellen 1 je 1.000 EW (Personalquote 1)	10,81	5,59	8,42	9,68	10,89	15,73	41
Vollzeit-Stellen 2 je 1.000 EW (Personalquote 2)	8,28	5,08	6,41	7,63	8,15	11,79	41

Die Personalquoten zeigen, wie hoch der Personaleinsatz in Beckum in Relation zu den Einwohnern ist. Der interkommunale Vergleich zeigt zudem auf, wie sich der eigene Personaleinsatz im Vergleich zu anderen Kommunen darstellt. Die Personalquoten dienen in der Prüfung als Indikator, um zu sehen, ob die Kommunen ihre Aufgaben im Vergleich verstärkt oder weniger stark mit eigenem Personal erledigen. Sie sind nicht geeignet, um daraus einen konkreten Stellenbedarf oder Stellenüberhang abzuleiten. Denn die Art der Aufgabenwahrnehmung, der Grad der Ausgliederung sowie spezifische Anforderungen und Gegebenheiten der einzelnen Bereiche bleiben dabei unberücksichtigt. Um eine Aussage treffen zu können, ob die Anzahl des vorhandenen Personals angemessen, zu hoch oder zu niedrig ist, sind systematische Stellenbemessungen durchzuführen.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht mit der Gegenüberstellung der Vollzeit-Stellen für die Personalquote 2 und der Einwohnendenzahl der Kommune zum einen die Tendenz, dass einwohnerstärkere Kommunen mehr eigenes Personal zur Aufgabenerledigung einsetzen und zum anderen, dass es auch bei vergleichbarer Einwohnendenzahl durchaus eine hohe Streubreite im Einsatz von eigenem Personal zur Aufgabenerledigung gibt.

Vollzeit-Stellen 2 und Einwohnende 2024



Die Position der Stadt Beckum zeigt, dass sie im Vergleich zu den Kommunen ihrer Größenordnung zur Aufgabenerledigung eher eigenes Personal einsetzt.

Im Folgenden werden die Werte der Einwohnerinnen und Einwohner sowie die Personalquote 1 und 2 der Stadt Beckum für die Jahre 2019 und 2024 verglichen. Die Ausgangswerte und Berechnungsschritte der Personalquoten 1 und 2 für beide Jahre sind auch im Berichtsabschnitt 4.7 aufgeführt.

Anders als bei der letzten Erhebung für das Jahr 2019 führen wir bei der Berechnung der Personalquote 2 für das Jahr 2024 keine Sonderbereinigung der Stellen, die die Aufgaben eines Jugendamtes (Erzieherische Jugendhilfe, UVG etc.) erledigen, mehr durch. Um einen reellen Veränderungsprozentsatz für die Personalquote 2 darzustellen, ist daher in der nachfolgend aufgeführten Tabelle der Vergleich der Personalquote 2 aufgeführt, bei dem der Kennzahlenwert für das Jahr 2019 ebenfalls nicht um die Stellenanteile des Jugendamtes bereinigt ist und somit vergleichbar ist, mit der Personalquote 2 des Jahres 2024.

Veränderung Kennzahlenwerte 2019 gegenüber 2024 – Stadt Beckum

Bezeichnung	Veränderung
Einwohnerinnen bzw. Einwohner	Erhöhung um 1,15 Prozent
Vollzeit-Stellen 1 je 1.000 EW (Personalquote 1)	Erhöhung um 10,19 Prozent
Vollzeit-Stellen 2 je 1.000 EW (Personalquote 2)	Erhöhung um 3,50 Prozent

Die Erhöhungen bei den Personalquoten der Stadt Beckum bewegen sich in einem vergleichsweise niedrigen Rahmen. Bei den bislang vorliegenden Vergleichswerten der mittleren kreisangehörigen Kommunen ist ein Anstieg im Median von rund 16 Prozent bei den Personalquoten 1 und von rund 14 Prozent bei den Personalquoten 2 zu verzeichnen. Generell ist ein Anstieg aufgrund von Aufgabenzuwächsen/-veränderungen durchaus der Regelfall.

Wir haben in den Personalquoten bereits einige Bereiche, die nicht „Kernverwaltung“ im engeren Sinne sind, bereinigt. Auch in einigen anderen – nicht bereinigten – Bereichen setzen die Städte eigenes Personal ein, um die Aufgaben zu erledigen. Dies wirkt sich in den individuellen Kennzahlen entsprechend aus. Die nachfolgende Aufstellung stellt einige dieser Bereiche dar, die wir für den Vergleich zusätzlich als informatorische Größe erfasst haben:

Eigener Personaleinsatz in Vollzeit-Stellen (absolut) für ausgewählte Aufgabenbereiche 2024

Aufgabe	Beckum	Minimum	1. Viertel-wert	2. Viertel-wert (Median)	3. Viertel-wert	Maximum	Anzahl Werte
Bauhof	69,18	0,00	30,27	54,00	64,75	110,15	41
Grundschulen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	53,18	41
Musikschulen	0,00	0,00	0,00	4,30	7,26	17,48	41
Büchereien	2,20	0,00	2,69	4,00	5,53	10,40	41
Unterhaltsvorschussleistungen	2,85	0,00	1,00	2,00	3,00	7,45	41
Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien	32,31	0,00	7,33	15,76	24,02	66,83	41
Sportstätten und Bäder	22,36	0,00	2,56	6,00	15,38	66,04	41

Die Stadt Beckum setzt bei der Pflege des Gemeindegebietes auf das eigene Personal des Baubetriebshofes. Die Unterhaltung des Baubetriebshofes fällt in die Zuständigkeit der Städtischen Betriebe Beckum. Zu den Aufgaben des Baubetriebshofes zählen insbesondere die

- Straßenunterhaltung und Winterdienst,
- Grünunterhaltung und Landschaftspflege und die
- Gebäudeunterhaltung.

Bei der Grünflächenpflege wird der Baubetriebshof von einer Einrichtung zur beruflichen Rehabilitation und Förderung von Menschen mit geistigen, mehrfachen und psychischen Behinderungen unterstützt. Dazu gehört auch die Unterhaltung der städtischen Sport- und Spielplätze sowie der beiden kommunalen Friedhöfe. Der gesamte städtische Fuhrpark inklusive der Feuerwehr sowie der Maschinen und Geräte werden ebenfalls durch die Mitarbeitenden des Baubetriebshofes gewartet und repariert.

Beckum betreibt mehrere städtische Sport- und Turnhallen sowie Außensportanlagen (Kampfbahnen und Spielfelder) sowie zwei Freibäder und ein Hallenbad. Das Hallenbad pausiert in den Sommermonaten. Ferner unterhält die Stadt Beckum eine Bücherei mit eigenem Personal. Die Stadtbücherei Neubeckum wird in 2025 umfassend saniert und ist daher momentan geschlossen. Auch für die Bearbeitung der Anträge nach dem Unterhaltsvorschussgesetz und für die Aufgabe „Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien“ hält Beckum Personal vor. Die OGS-Betreuung der Grundschulen wird nicht mit eigenem Personal vorgenommen. Musikunterricht wird durch die Schule für Musik des Kreises Warendorf angeboten, die einen Unterrichtsstandort in Beckum unterhält.

Auch eine Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) nimmt Einfluss auf die Personalquoten. Mit dieser Form der Kooperation haben die Kommunen eine Möglichkeit, um den Herausforderungen des Fachkräftemangels und der hohen altersbedingten Fluktuation entgegenzuwirken. Durch den Austausch von Ressourcen und Knowhow können die beteiligten Kommunen ihre Angebote optimieren und effizienter gestalten. Die gpaNRW sieht die interkommunale Zusammenarbeit als strategisches Instrument zur Stärkung der kommunalen Strukturen.

Die Stadt Beckum arbeitet bereits in verschiedenen Bereichen erfolgreich interkommunal zusammen. Beispielsweise betreibt Beckum einen interkommunalen und energieautarken Baubetriebshofes zusammen mit dem Kreis Warendorf. Zudem übernimmt die Stadt Beckum für kleinere Kommunen des Kreises Warendorf die Aufgaben der Zentralen Vergabe- und Submissionsstelle. Außerdem nimmt die Feuerwehr Beckum die Aufgaben der Brandschutzdienststelle für elf Städte und Gemeinden des Kreises Warendarf wahr. Beckum arbeitet auch darüber hinaus im Personalbereich interkommunal zusammen. Ausführungen hierzu sind im Berichtsabschnitt 4.4.1.1 aufgeführt.

Die Stadt Beckum profitiert auch im Bereich Digitalisierung von einem interkommunalen Erfahrungsaustausch mit anderen kreisangehörigen Kommunen und allgemeinen Kontakten zu Modellkommunen. Beispielsweise wurde innerhalb des Kreises Warendorf ein Arbeitskreis gebildet, der die kreisangehörigen Kommunen im Bereich der Einführung von OZG-Formularen unterstützt, hierzu einen Austausch von Erfahrungen und Best-Practice-Lösungen ermöglicht und erforderliche Schulungen anbietet. Dadurch werden Insellösungen vermieden und neue Lösungen direkt im Verbund entwickelt.

4.5.2 Stellenbesetzung

Grundsätzlich gibt der Stellenplan einer Stadt neben einer Übersicht der Ist-Besetzung auch Auskunft darüber, welche Zahl an Soll-Vollzeit-Stellenanteilen benötigt wird. Den Abgleich dieser Soll-Zahl mit der tatsächlichen Ist-Besetzung stellen wir als Stellenbesetzungsquote nachfolgend dar:

Stellenbesetzungsquote 2024

Kennzahl	Beckum	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Anteil Ist-Vollzeit-Stellen Verwaltung an Soll-Vollzeit-Stellen Verwaltung in Prozent	95,88	76,26	89,78	92,18	95,58	99,79	40

Die **Stadt Beckum** hat im Berichtsjahr 2024 341,44 Vollzeit-Stellen im Stellenplan der Verwaltung vorgesehen, von denen zum Stichtag 30. Juni 2024 327,37 Vollzeit-Stellen besetzt waren. 14,07 Vollzeit-Stellen waren zu dem Zeitpunkt unbesetzt. Dies entspricht einer Stellenbesetzungsquote von rund 96 Prozent.

Eine Stellenbesetzungsquote über oder unter 100 Prozent muss nicht gleichzeitig bedeuten, dass zu viel oder zu wenig Personal vorhanden ist. Denn durch Aufgabenverlagerungen, beispielsweise im Wege interkommunaler Zusammenarbeit, oder durch andere Veränderungen in der Aufgabenerledigung kann sich zwischenzeitlich der tatsächliche Bedarf verringert oder

erhöht haben. Beckum ermittelt regelmäßig ihren Personal- und Stellenbedarf (vgl. Ausführungen im Berichtsabschnitt 4.4.1.1). Die Stadt hat damit ihre Planstellenveränderungen gut im Blick.

Neben der tatsächlichen Besetzung von Stellen sind auch der Altersdurchschnitt sowie die Altersstruktur des Personalkörpers wichtige Faktoren, um Bedarfe möglichst präzise prognostizieren zu können. Darauf geht die gpaNRW im folgenden Kapitel ein.

4.5.3 Altersstruktur

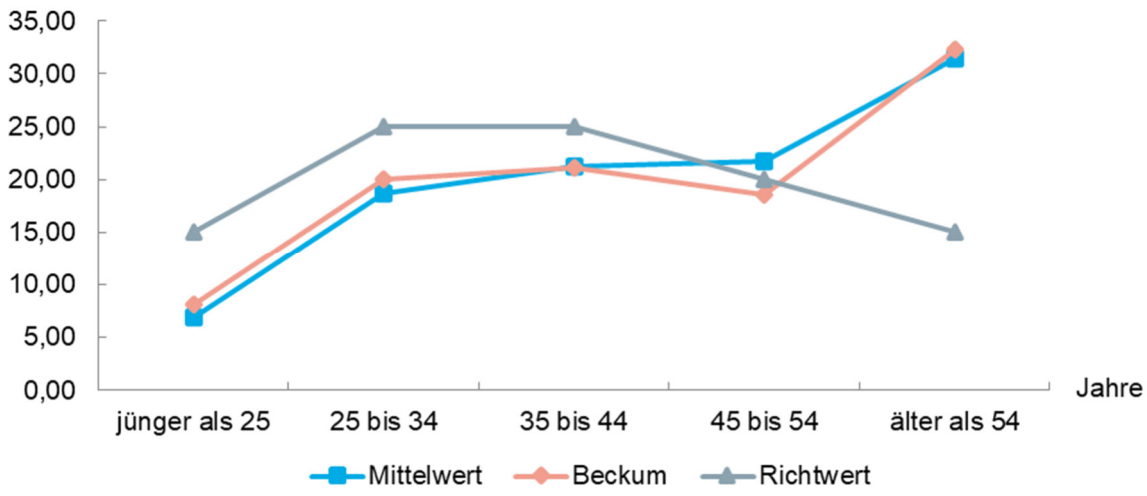
Eine vollständige Altersstrukturanalyse ist die unerlässliche Basis für die Abstimmung einzusetzender personalwirtschaftlicher Instrumente. Auf ihr kann die Stadt beispielsweise realistische Fluktuationsprognosen aufsetzen.

Altersdurchschnitt 2024

Kennzahl	Beckum	Minimum	1. Viertel-wert	2. Viertel-wert (Median)	3. Viertel-wert	Maximum	Anzahl Werte
Durchschnittsalter Mitarbeitende in Jahren	44,82	41,19	44,29	45,22	45,91	47,81	40

Die prozentuale Verteilung der einzelnen Altersgruppen der Mitarbeitenden insgesamt verdeutlicht die nachfolgende Grafik:

Altersstruktur 2024



Zum Stichtag 30. Juni 2024 waren im Verwaltungsbereich der **Stadt Beckum** insgesamt 555 Mitarbeitende beschäftigt. Dennoch gibt es eine mit 179 Personen recht große Gruppe von Mitarbeitenden, die innerhalb der nächsten zehn Jahre in den Ruhestand eintreten werden. Insgesamt sind über 32 Prozent der Mitarbeitenden in der Stadt Beckum älter als 55 Jahre. Dies führt zu einer erheblichen altersbedingten Fluktuation in den nächsten zehn Jahren.

In Zeiten des Fachkräftemangels gestaltet sich die Nachbesetzung von Stellen aber auch die Bindung von Mitarbeitenden zunehmend schwieriger. Für die Stadt ergeben sich daraus insbesondere folgende Handlungsfelder: Zum einen ist die erhebliche altersbedingte Fluktuation aufzufangen und zum anderen ist die Attraktivität von Beckum als Arbeitgeber zu erhöhen. Bezüglich der bereits entwickelten Attraktivitätsfaktoren wird auf die entsprechenden Ausführungen in den Berichtsabschnitten 4.4.1.1 und 4.4.1.3 verwiesen.

Wie in den in den Berichtsabschnitten 4.4 „Orientierungsrahmen“ und 4.5.1 „Personalquoten“ dargestellt, federt Beckum die Fluktuation außerdem bereits zusätzlich ab, indem sie Wege der Interkommunalen Zusammenarbeit, der Verwaltungsdigitalisierung, des Quereinstiegs von Fachfremden sowie des Einsatzes von Ehrenamtlichen intensiv beschreitet.

Zudem birgt das zahlreiche Ausscheiden von Mitarbeitenden auch beträchtliche Risiken im Hinblick auf den Wissens- und Erfahrungswerteverlust. Diesen Herausforderungen begegnet die Stadt Beckum bereits gut durch einen strukturierten Wissenstransfer bei planbaren Personalabgängen (siehe Ausführungen hierzu im Berichtsabschnitt 4.4.1.1).

Neben der Altersstruktur hat Beckum auch den Krankenstand im Blick zu behalten. Die Stadt Beckum wertet - auch wegen der ggf. zu führenden Gespräche im Rahmen des Betrieblichen Eingliederungsmanagements – die Krankentage regelmäßig aus. Mit einer gut geführten Krankenstatistik kann Beckum auch Auswirkungen von Krankheitsausfällen, z. B. durch sich jeweils im Einzelfall daraus ergebende Arbeitsverdichtungen bzw. Mehrbelastung anderer Mitarbeitender rechtzeitig erkennen und gegensteuernde Maßnahmen einleiten. Dies schützt den gesamten Personalbestand vor Überlastung.

4.5.4 Querschnittsaufgaben

Zu den von einer Stadt zu erledigenden Querschnittsaufgaben rechnen wir insbesondere

- Kämmerei und Finanzbuchhaltung sowie sonstiges Finanzmanagement,
- Personal- und Organisationsangelegenheiten sowie sonstiges Personalmanagement,
- IT.

Die gpaNRW stellt den Personaleinsatz im Finanzbereich in Bezug zu den EW dar. Die Aufgaben der Personal- und Organisationsangelegenheiten sowie der IT setzen wir in Bezug zur Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (MA).

Vollzeit-Stellen Finanzen je 1.000 EW 2024

Aufgabe	Beckum	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Finanzen	0,47	0,17	0,41	0,50	0,55	0,72	40

Vollzeit-Stellen Personal und Organisation, IT je MA 2024

Aufgaben	Beckum	Minimum	1. Viertel-wert	2. Viertel-wert (Median)	3. Viertel-wert	Maximum	Anzahl Werte
Personal und Organisation	0,03	0,01	0,02	0,02	0,03	0,08	40
IT	0,02	0,01	0,01	0,02	0,02	0,03	40

Die getrennte Darstellung der Querschnittsaufgaben trägt der organisatorischen Spezialisierung der mittleren kreisangehörigen Städte Rechnung. Auch wenn die rechnerischen Werte im unteren Dezimalbereich liegen, erlauben sie im interkommunalen Vergleich dennoch eine grundsätzliche Einordnung des jeweiligen Personalansatzes. Zudem müssen die Ergebnisse stets im Kontext struktureller Rahmenbedingungen interpretiert werden – etwa dem Grad der Digitalisierung, dem Umfang externer Leistungsvergaben (z. B. über Rechenzentren) oder bestehender interkommunaler Kooperationen. Solche Faktoren können den Ressourcenbedarf in diesen Aufgabenfeldern erheblich beeinflussen, ohne dass dies unmittelbar aus der quantitativen Stellenzahl ablesbar ist.

Die **Stadt Beckum** positioniert sich bei den eingesetzten Vollzeit-Stellen für Querschnittsaufgaben im Bereich Finanzen bezogen auf die Zahl der Einwohnenden zwischen dem ersten Viertelwert und dem Median. Das bedeutet: Mehr als 50 Prozent der Vergleichskommunen verfügen über einen höheren eigenen Personaleinsatz in diesem Bereich. Wie bei den Personalquoten (siehe Berichtsabschnitt 4.5.1) kann und sollte auch aus dem interkommunalen Vergleich dieser Kennzahlen nicht abgeleitet werden, ob der Personalbestand der Stadt Beckum zu gering oder zu hoch ist. Dieser Vergleich ist vielmehr im Zusammenhang mit den Ergebnissen zu den Erfüllungsgraden in den Bereichen Personal, Organisation und IT zu betrachten (siehe Berichtsabschnitte 4.4.1, 4.4.2 und 4.4.3).

Bei den Personal- und Organisationsangelegenheiten sowie der IT liegt Beckum bezogen auf die Zahl der Mitarbeitenden im interkommunalen Vergleich beim dritten Viertelwert bzw. beim Median. Die Positionierung zeigt somit einen vergleichsweise unauffälligen eigenen Personaleinsatz im Bereich der Querschnittsaufgaben Personal, Organisation und IT. Und das obwohl die Stadt Beckum nur wenige operative IT-Aufgaben ausgelagert hat. Auch aufwandsintensive Fachverfahren sowie die IT-Standardarbeitsplätze werden selbst bereitgestellt.

4.6 Digitalisierungsniveau

Die Digitalisierung ist nicht nur in technischer Hinsicht eine Herausforderung, sondern stößt vor allem auch organisatorisch und personell an Grenzen. Dabei hat der Abbau von Medienbrüchen im Wege der Verwaltungsdigitalisierung sowohl hinsichtlich der Dauer als auch mit Blick auf die einzuhaltende Qualität kommunaler Dienstleistungsprozesse einen positiven Einfluss. Mittelbar können die Städte so auch die Folgen des demografischen Wandels abmildern.

Die gpaNRW stellt im Folgenden dar, inwieweit die Arbeit in ausgewählten Bereichen der Verwaltung bereits digital erfolgt. Daraus leiten wir das Digitalisierungsniveau ab, um über die Wirksamkeit der seitens der Stadt getroffenen personellen, organisatorischen und technischen Maßnahmen urteilen zu können. Denn die enge Verzahnung von Personal, Organisation und IT ist

entscheidend, um die Potenziale der Digitalisierung optimal zu nutzen und eine erfolgreiche digitale Transformation zu gewährleisten.

Um das Digitalisierungsniveau zu bestimmen, hat die gpaNRW exemplarisch fünf Verwaltungsleistungen ausgewählt und unter einheitlichen Prüfkriterien betrachtet. Die Prüfkriterien zielen darauf ab, Medienbrüche im gesamten Prozess vom auslösenden Ereignis (z. B. Antrag) bis hin zum Ergebnis (z. B. Bescheid) zu identifizieren. Ergänzend betrachten wir, inwieweit die gesamte Verwaltung bereits auf elektronische Akten als Grundlage für digitales Verwaltungshandeln zurückgreifen kann.

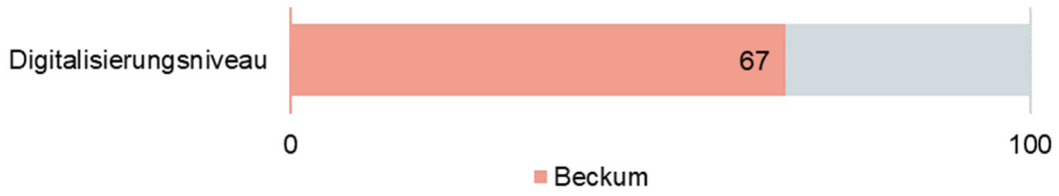
Das ermittelte Digitalisierungsniveau stellt keine detaillierte Prozessprüfung dar, sondern eine Einschätzung auf Grundlage der kommunalen Selbstauskunft, die durch die gpaNRW plausibilisiert wird. Im Vordergrund steht die interkommunale Einordnung des erreichten Digitalisierungsstands, um ein Gesamtbild der digitalen Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu zeichnen. Empfehlungen sprechen wir nur aus, wenn sich daraus konkrete und bislang nicht an anderer Stelle behandelte Optimierungsansätze ergeben.

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum ist mit der digitalen Transformation ihrer Verwaltung auf einem guten Weg und treibt die Digitalisierung von Dienstleistungen aktiv voran. Dennoch gibt es in den überprüften Prozessabläufen noch Möglichkeiten, Medienbrüche weiter zu minimieren.

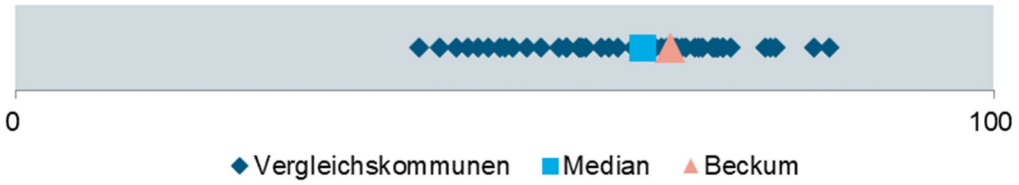
Eine Stadt sollte bereits Fortschritte bei der Einführung der elektronischen Aktenführung in der gesamten Verwaltung vorweisen können, um eine wesentliche Grundlage für das digitale Arbeiten zu besitzen. Darüber hinaus sollte sie bei einzelnen Verwaltungsleistungen, über das Online-Angebot hinaus, auch eine möglichst medienbruchfreie bzw. medienbrucharme Bearbeitung gewährleisten.

Die **Stadt Beckum** erreicht im Hinblick auf die geprüften Beispielaspekte folgendes Digitalisierungsniveau:

Digitalisierungsniveau in Prozent 2025

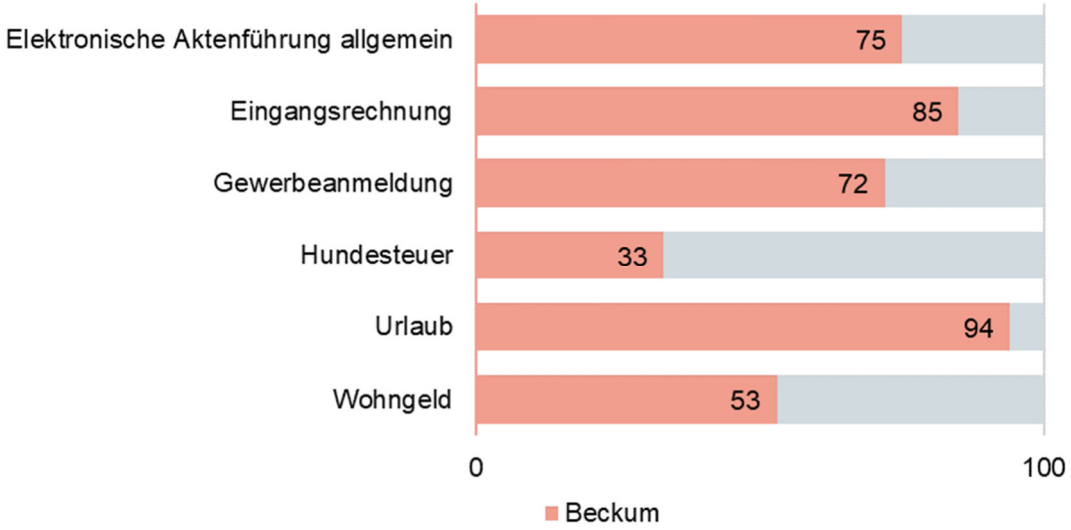


In den interkommunalen Vergleich sind 49 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



In der Grafik sind nicht alle Vergleichswerte einzeln sichtbar, da mehrere Städte gleiche Erfüllungsgrade erreichen und sich die Werte dadurch überlagern. Die Stadt Beckum ordnet sich mit 67 Prozent im interkommunalen Vergleich zwischen dem Median (64 Prozent) und dem dritten Viertelwert (70 Prozent) ein. Das Digitalisierungsniveau setzt sich aus den nachstehenden Einzelergebnissen zusammen:

Digitalisierungsniveau im Detail in Prozent 2025



Im interkommunalen Vergleich zeigt sich, dass die abgebildeten Prozesse Eingangsrechnung, Gewerbeanmeldung und Urlaub bei der Stadt Beckum recht weit im Digitalisierungsniveau vorangeschritten sind.

Positiv hervorzuheben ist zudem, dass die betrachteten Prozesse - ausgenommen die Anmeldung zur Hundesteuer - bei der Stadt Beckum digital beginnen können. Im Verlauf gestaltet sich der Digitalisierungsstand dann unterschiedlich. Es entstehen noch zahlreiche Medienbrüche, zum Teil führt die Stadt auch noch Akten in Papierform. Nicht bei allen Prozessen ist die Vermeidung von Medienbrüchen gänzlich von der Stadt beeinflussbar. Beispielsweise wird der Wohngeldbescheid landesweit zentralisiert erstellt und in Papierform versandt.

Das Dokumentenmanagementsystems (DMS) befindet sich bei der Stadt Beckum aktuell im Rollout. Derzeit nutzen ca. ein Drittel aller Mitarbeitenden ein DMS. Der Anteil wird sich sukzessive mit der Anbindung der restlichen Mitarbeitenden erhöhen und damit auch das Digitalisierungsniveau.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte ihre gute Grundlage ausbauen und die digitale Transformation ihrer Verwaltung weiter vorantreiben. Dazu sollte sie ihre Prozesse gezielt auf vermeidbare Medienbrüche hin untersuchen. Für eine optimale Unterstützung der Sachbearbeitung sollte sie Informationen aus vorgelagerten Prozessen bzw. anderen Fachverfahren soweit wie möglich automatisiert zusammenführen oder über eine Schnittstelle einspielen.

4.7 Anlage 1: Berechnungsschritte Personalquoten

Ausgangswerte Personalquotenberechnung

Grundlage ist die mit Datum vom 05. Februar 2025 von der Stadt Beckum zur Verfügung gestellte Personalliste sowie für die Bereinigungsschritte die zusätzlich von der Stadt ausgefüllte Datenerfassung.

Der Ausgangswert bzw. die nachfolgenden Ausgangswerte zur Personalquotenberechnung haben wir dabei bereits um die Stellenanteile reduziert, die auf Auszubildende oder Personal in der Freizeitphase etc. entfallen.

Ausgangswerte zur Personalquotenberechnung

Bezeichnung	2019	2024
Vollzeit-Stellen Verwaltung auf Grundlage der Personalliste - Stichtag 30.06.	310,94	346,20
Vollzeit-Stellen (z. B. GmbH, Sondervermögen, etc.) auf Grundlage weiterer Personalliste(n) - Stichtag 30.06.	90,00	107,87

Personalquote 1

Bereinigung 1 für die Berechnung der Personalquote 1

Bezeichnung	2019	2024
Rat und Fraktionen	0,00	0,00
Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen	0,00	0,00
soziale Einrichtungen für Ältere (ohne Pflegebedürftige)	1,00	0,35
soziale Einrichtungen für pflegebedürftige ältere Menschen	0,00	0,00
Krankenhäuser	0,00	0,00
Kur- und Badeeinrichtungen	0,00	0,00
Elektrizitätsversorgung	0,00	0,20
Gasversorgung	0,00	0,00
Wasserversorgung	0,00	0,00
Fernwärmeversorgung	0,00	0,00
Versorgung mit Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur	0,00	0,00
Abfallwirtschaft	5,40	6,11
Abwasserbeseitigung	23,50	24,59
Straßenreinigung	1,51	3,37
ÖPNV	0,00	0,00
Friedhofs- und Bestattungswesen	2,06	5,04
Land- und Forstwirtschaft	0,00	3,66

Bezeichnung	2019	2024
Wirtschaftsförderung	6,84	8,23
Märkte	0,95	1,40
Schlacht- und Viehhöfe	0,00	0,00
Vermögensverwaltungsgesellschaften, Sparkassen, sonstige wirtschaftliche Unternehmen	0,00	0,00
Tourismus	gemeinsam mit Wirtschaftsförderung erhoben	0,28
Summe Vollzeit-Stellen für die Bereinigung 1	**41,26**	**53,23**

Berechnung Personalquote 1

Bezeichnung	2019	2024
Vollzeit-Stellen auf Grundlage der Personalliste(n) 30.06.	400,94	454,07
abzüglich Vollzeit-Stellen für die Bereinigung 1	41,26	53,23
Zwischensumme Vollzeit-Stellen für die Personalquote 1	**359,68**	**400,84**
Einwohnerzahl zum 31.12. des Vorjahres	36.646	37.068
Vollzeit-Stellen je 1.000 EW = Personalquote 1	**9,81**	**10,81**

Personalquote 2

Zur Ermittlung der Personalquote 2 haben wir die Stellenbasis der Personalquote 1 um weitere Stellenanteile wie folgt bereinigt:

Bereinigung 2 für die Berechnung der Personalquote 2

Bezeichnung	2019	2024
Gebäudereinigung	0,00	0,00
Brandschutz	50,59	28,30
Rettungsdienst	gemeinsam mit Brandschutz erhoben	46,60
Grundsicherungsleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)	0,00	0,00
Eigene kommunale Tageseinrichtungen für Kinder	16,04	18,91
Summe Vollzeit-Stellen für die Bereinigung 2[31]	**66,63**	**93,81**

[31] In der vergangenen Prüfrunde fand noch eine Sonderbereinigung in allen mittleren kreisangehörigen Kommunen für die Vollzeit-Stellen Jugendamt (inkl. UVG) statt
(dies war 2019 ein Umfang von 28,74 Vollzeit-Stellen, so dass insgesamt 95,37 Vollzeit-Stellen für die damalige Bereinigung ausgewiesen wurden)

Berechnung Personalquote 2

Bezeichnung	2019	2024
Zwischensumme Vollzeit-Stellen für die Personalquote 1	359,68	400,84
abzüglich Vollzeit-Stellen für die Bereinigung 2	66,63	93,81
Zwischensumme Vollzeit-Stellen für die Personalquote 2	**293,05**	**307,03**
Einwohnerzahl zum 31.12. des Vorjahres	36.646	37.068
Vollzeit-Stellen je 1.000 EW = Personalquote 2	**8,00**	**8,28**

4.8 Anlage 2: Ergänzende Tabellen

Tabelle 1: Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2025 – Personal, Organisation und Informationstechnik

	Feststellung	Seite		Empfehlung	Seite
Orientierungsrahmen					
F1	Die Stadt Beckum hat für neue Mitarbeitende den Zugang zu notwendigem Wissen, zur Informationstechnik sowie den Wissenstransfer strukturiert geregelt, so dass sie dem Risiko von Wissensverlusten entgegenwirken kann. Konzepte zum Onboarding und zur Fort- und Weiterbildung sind noch nicht fixiert, werden aber aktuell entwickelt.	115	E1	Die Stadt Beckum sollte wie geplant Konzepte für das Onboarding sowie für eine strukturierte Vorgehensweise zur gezielten Organisation und Durchführung von Fort- und Weiterbildungen erstellen, um mit ausreichend qualifiziertem Personal ihre Leistungs- und Zukunftsfähigkeit zu sichern.	116
F2	Die Stadt Beckum hat verschiedene Aktivitäten durchgeführt, um die Mitarbeitendenzufriedenheit und -bindung zu erhöhen. Sie beabsichtigt, Regelungen zum Offboarding-Prozess zu fixieren.	116	E2	Die Stadt Beckum sollte wie geplant auch zum Offboarding ein Konzept ausarbeiten. Sie sollte darin auch Regelungen für das Führen von Austrittsgesprächen sowie die vorhandene Vorgehensweise zum Löschen von IT-Berechtigungen und der Rückgabe der IT-Ausstattung aufnehmen.	117
F3	Die Stadt Beckum betrachtet regelmäßig und einzelfallbezogen kritisch ihre Aufgaben und setzt durch die Priorisierung wichtiger Aufgaben ihre Ressourcen grundsätzlich gezielt ein. Zur Sicherung ihrer Handlungsfähigkeit bestehen mit Blick auf aktuelle Stellenbeschreibungen, -bewertungen und Anforderungsprofile noch Optimierungsmöglichkeiten.	119	E3	Die Stadt Beckum sollte ihre strategische Steuerung stärken, indem sie auch dauerhaft wiederkehrende Aufgaben zentral priorisiert und Stellen regelmäßig beschreibt und bewertet.	120
F4	Die Stadt Beckum nutzt Möglichkeiten zur Standardisierung von Prozessen sowie ein strukturiertes Prozessmanagement noch nicht, so dass sie das Risiko eingeht, ineffiziente Verwaltungsabläufe nicht oder zu spät zu erkennen.	120	E4	Die Stadt Beckum sollte ihre Verwaltungsprozesse zentral erfassen und Rahmenbedingungen für das Prozessmanagement festlegen und darin einheitliche Ziele, Standards und Priorisierungen fixieren um Verwaltungsabläufe zu optimieren, zu automatisieren und wenn möglich zu digitalisieren. Zudem sollte Beckum den Einsatz einer Fachanwendung für Prozessaufnahmen und –analysen prüfen. Und um die regelmäßige Prozessaufnahme und eine kontinuierliche Prozessoptimierung zu gewährleisten, sollte die Stadt für die Aufgabe des Prozessmanagements bedarfsgerechte Stellenanteile bereitstellen.	121

	Feststellung	Seite		Empfehlung	Seite
F5	Die Stadt Beckum überprüft regelmäßig und umfassend, ob der Personalbestand eine effektive Aufgabenerfüllung ermöglicht. Die etablierten Ziele für die Stellenbemessung hat Beckum noch nicht verschriftlicht, so dass keine Verbindlichkeit für die Einhaltung besteht.	121	E5	Die Stadt Beckum sollte Ziele für die Stellenbemessung festlegen. Ein klarer Zielrahmen verbessert Transparenz, Planbarkeit und die strategische Ausrichtung der Stellenbemessung.	122
F6	Die Stadt Beckum besitzt eine gute strategische Grundlage für die digitale Transformation ihrer Verwaltung. Sie hat bereits ein Strategiepapier zur Verwaltungsdigitalisierung, Nutzung von KI und zur Personalqualifizierung sowie Zielvorgaben zur IT-Ausstattung und -Entwicklung fixiert. Verbindliche Vorgaben zur IT-Strategie sind geplant.	124	E6	Die Stadt Beckum sollte ihre orientierungsgebenden Entscheidungen zur IT-Strategie dokumentieren; bestenfalls in Form eines IT-Strategiepapiers. Sie sollte darin auch strategische Vorgaben zu ihrem IT-Betriebsmodell sowie zu Make-or-Buy-Entscheidungen aufnehmen und die Umsetzung überwachen, um bei Abweichungen rechtzeitig gegensteuern zu können.	125
F7	Die Stadt Beckum ist im Bereich des IT-Managements bereits gut aufgestellt. Optimierungspotenzial sehen wir noch beim Projektmanagement und hinsichtlich der Auswertung von Störungs- und Supportanfragen.	125	E7.1	Die Stadt Beckum sollte ihre Projektabläufe im IT-Bereich standardisieren, Indikatoren zu deren Überwachung festlegen und Verantwortlichkeiten definieren. Die Nutzung einer Projektmanagementsoftware kann die effiziente Umsetzung, Steuerbarkeit und Transparenz von Projekten unterstützen.	126
			E7.2	Die Stadt Beckum sollte die vorhandenen Informationen aus ihrem gut strukturierten Anforderungs- und Störungsmanagement regelmäßig auswerten, um daraus erforderliche Maßnahmen ableiten zu können die IT-Steuerung weiter zu verbessern.	127
F8	Die technischen IT-Sicherheitsstrukturen der Stadt Beckum sind bereits sehr gut. Gleichwohl bestehen noch Optimierungsansätze, um potenzielle Ausfallrisiken weiter zu reduzieren.	127	E8	Die Stadt Beckum sollte wie geplant Notfallpläne für alle definierten Notfallsituationen erstellen und verbindlich dokumentieren. Damit kann sie die Ausfallzeiten nach IT-Ausfällen weiter verringern.	128
Digitalisierungsniveau					
F9	Die Stadt Beckum ist mit der digitalen Transformation ihrer Verwaltung auf einem guten Weg und treibt die Digitalisierung von Dienstleistungen aktiv voran. Dennoch gibt es in den überprüften Prozessabläufen noch Möglichkeiten, Medienbrüche weiter zu minimieren.	136	E9	Die Stadt Beckum sollte ihre gute Grundlage ausbauen und die digitale Transformation ihrer Verwaltung weiter vorantreiben. Dazu sollte sie ihre Prozesse gezielt auf vermeidbare Medienbrüche hin untersuchen. Für eine optimale Unterstützung der Sachbearbeitung sollte sie Informationen aus vorgelagerten Prozessen bzw. anderen Fachverfahren soweit wie möglich automatisiert zusammenführen oder über eine Schnittstelle einspielen.	137

5. Kommunales Krisenmanagement

5.1 Managementübersicht

Die wesentlichen Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Stadt Beckum im Prüfgebiet „Kommunales Krisenmanagement“ stellt die gpaNRW nachfolgend zusammenfassend dar.

Die Feststellungen und Empfehlungen haben wir tabellarisch in der Anlage aufgeführt. Die Reihenfolge ist chronologisch und gibt keine Priorisierung vor.

Kommunales Krisenmanagement

Die Stadt Beckum gehört zu dem Viertel der Vergleichsstädte deren kommunales Krisenmanagement am weitesten fortgeschritten ist. Mit einem externen Dienstleister hat die Stadt für Anfang 2026 einen Workshop für SAE-Mitglieder geplant. Darüber hinaus will sie die Ausstattung und Prozesse optimieren um für zukünftige außergewöhnliche Ereignisse besser gerüstet zu sein. In diesem Bericht wird der tatsächliche Stand betrachtet. Zukünftige Planungen fließen in die Bewertung nicht ein.

Die Stadt Beckum hat verschiedene Risiken erkannt und Bewältigungsstrategien ausgearbeitet. Einige Konzepte befinden sich kontinuierlich in der Entwicklung. Im Zusammenhang mit der **Prävention und Vorbereitung** von Krisen ist es sinnvoll auch die Einbindung von Spontanhelfenden zu regeln. Dadurch könnte die Stadt Einsatzkräfte vor Ort entlasten. Eine Regelung zum Umgang mit Spontanhelfenden hat die Stadt bisher nicht getroffen.

Organisatorisch ist die Stadt Beckum gut aufgestellt. Die Stadt hat einen Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) eingerichtet und Grundlagen über Räumlichkeiten, Zuständigkeiten und Arbeitsweise in der Dienstanweisung SAE geregelt. Die nicht mehr aktuelle Dienstanweisung wird zeitnah durch die Stadt überarbeitet. Der Stabsraum ist zentral gelegen und notstromversorgt. Sofern die Stadt den Dienstbetrieb nicht aufrechterhalten kann, ist den Mitarbeitenden bekannt, wer welche Aufgaben zu übernehmen hat.

Konkrete Regelungen zu **Schulungen und Übungen** gibt es bei der Stadt Beckum derzeit noch nicht. Die Stadt weist neue SAE-Mitglieder in ihre Aufgabe ein. Schulungen und Übungen für alle SAE-Mitglieder hat die Stadt bisher nicht durchgeführt. Dies will die Stadt mit dem Workshop Anfang 2026 nachholen.

Für **Bevölkerungsinformation und Medienarbeit** greift die Stadt Beckum auf bewährte Kommunikationsregeln zurück. Sie nutzt sowohl Online- als auch Printmedien um ihre Bevölkerung zu informieren. Darüber hinaus kann die Stadt die Bevölkerung über Sirenen, WarnApp und Durchsagen vor Ort erreichen. Damit kann die Stadt im Notfall kurzfristig alle Bevölkerungsschichten auf dem gesamten Stadtgebiet erreichen. Die Stadt hat eine Seite auf ihrer Homepage zur Vorsorge bei Krisen und Katastrophen eingerichtet. Die Bevölkerung kann sich informieren, mit welchen Maßnahmen sie sich auf außergewöhnliche Ereignisse vorbereiten kann und wo sich in einem solchen Fall Hilfe holen kann.

Die Stadt Beckum bereitet ihre SAE-Einsätze gut **nach und evaluiert sie**. Die Ereignisse hat die Stadt nach einem SAE-Einsatz aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet mit dem Ziel, ihre Abläufe und Prozesse zu verbessern und präventive Möglichkeiten aufzuzeigen. Erst Maßnahmen hat die Stadt daraus bereits umgesetzt.

5.2 Aufbau des Teilberichtes

Die Kapitel dieses Teilberichtes beginnen mit einer wertenden Aussage zu unserem Prüfungsergebnis. Wertungen, die eine Stellungnahme der Stadt nach § 105 Abs. 6 und 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) notwendig machen, bezeichnen wir als **Feststellung**.

Anschließend folgt *kursiv* gedruckt die **Sollvorstellung.** Die Sollvorstellung stellt die Inhalte und das Prüfungsziel im Kapitel dar. Sie ist allgemein formuliert und grundsätzlich für alle Städte gültig, z. B. auf Basis der aktuell geltenden Gesetzeslage.

Ausgehend von diesem Soll analysieren wir die individuelle Situation in der geprüften Stadt und weisen dabei erkannte Verbesserungspotenziale als **Empfehlung** aus.

Weitere allgemeine Ausführungen zur Struktur der Teilberichte stehen im Vorbericht.

5.3 Inhalte, Ziele und Methodik

Die Prüfung des kommunalen Krisenmanagements erfolgt auf der Grundlage der allgemeinen kommunalen Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Gefahrenabwehr. Die rechtlichen Rahmenbedingungen ergeben sich insbesondere aus dem Ordnungsbehördengesetz NRW (OBG NRW), dem Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) und dem Runderlass „Krisenmanagement in den Kommunen“ des Ministeriums des Innern NRW (Krisenstabserlass).

In ihrer Funktion als örtliche Ordnungsbehörde obliegt es den Kommunalverwaltungen, auch in besonderen Gefahren- und Schadenslagen schnell handlungsfähig und sprachfähig zu sein und zu bleiben. Eine unzureichende organisatorische Vorbereitung kann im Ereignisfall nicht nur zu erheblichen finanziellen Nachteilen führen, sondern auch haftungsrechtliche Konsequenzen haben. Ein vorausschauendes und strukturiertes Krisenmanagement ist somit nicht nur sinnvoll, sondern auch geboten.

Die vielfältigen Krisen der letzten Jahre, wie z. B. Extremwetterereignisse, Pandemien und auch Cyber-Angriffe, haben die Städte landesweit vor große Herausforderungen gestellt. Die akuten und teilweise ohne Vorwarnung eingetretenen Krisenlagen haben gezeigt, wie entscheidend schnelles und koordiniertes Handeln auf kommunaler Ebene ist.

Mit unserer Prüfung betrachten wir, ob die Städte in Krisenlagen schnell und effizient handeln und Krisen somit strukturiert bewältigen können.

Dabei analysieren wir, inwieweit die vorhandenen Strukturen, die organisatorischen Abläufe und Maßnahmen eine koordinierte und effektive Krisenbewältigung ermöglichen. Dazu schauen wir

uns die präventive Risikoermittlung und die darauf basierenden Vorplanungen, die interne Organisation, wie z.B. den Aufbau des Stabes für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) sowie Regelungen für die Schulung und Übung des eingesetzten Personals an. Ein weiterer Schwerpunkt der Prüfung ist die Bevölkerungsinformation und Medienarbeit. Insbesondere bei krisenhaften Szenarien ist die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie mit den Medien essenziell. Dies bedarf aus Sicht der gpaNRW einer guten Vorplanung, um in Krisenzeiten schnell und souverän kommunizieren zu können.

Die Prüfung des kommunalen Krisenmanagements hat zum Ziel, die bestehenden Vorbereitungen, Maßnahmen und organisatorischen Grundprinzipien zu bewerten. Zusätzlich möchten wir Stärken und Schwächen der Krisenplanung identifizieren und die Stadt bei der Optimierung ihres kommunalen Krisenmanagements unterstützen sowie Impulse zur individuellen Weiterentwicklung aufzeigen.

Die gpaNRW ermittelt mithilfe standardisierter Interviews sowie der Analyse von vorgelegten Unterlagen Erfüllungsgrade. Beim Erfüllungsgrad bewertet die gpaNRW, inwieweit eine Stadt die Anforderungen unserer Sollvorstellung umsetzt. Wir drücken den Erfüllungsgrad in einem Prozentwert aus. Diesen stellt die gpaNRW zur Standortbestimmung auch im interkommunalen Vergleich dar.

5.4 Strukturen und Ausgangssituation

Die örtlichen Besonderheiten kann eine Stadt in der Regel nicht beeinflussen. Wir fassen die strukturelle Ausgangslage der Stadt nachfolgend zusammen:

Örtliche Strukturen 2024

Grundzahlen	Beckum	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
EW*	37.068	16.657	26.865	34.556	44.405	61.847	131
Pendelndensaldo	-604	-9.729	-4.360	-1.991	144	7.679	131
Gebietsfläche in ha	11.146	2.050	4.498	7.206	10.075	30.310	131
Störfallbetriebe[32]	0	0	0	1	2	11	131

*Einwohnerinnen und Einwohner

Die **Stadt Beckum** weist mit ihrer großen Gebietsfläche eine niedrigere Bevölkerungsdichte in interkommunalen Vergleich auf. Während die Stadtteile Vellern und Roland ländlich geprägt sind, verteilen sich die meisten Einwohnenden auf die Stadtteile Beckum und Neubeckum. Im Falle einer Gefahrenlage muss die Stadt die unterschiedlichen Strukturen der Ortsteile berücksichtigen. Im Stadtgebiet von Beckum liegt kein Störfallbetrieb. Dennoch sieht die Stadt als

[32] Betriebe der unteren und oberen Klasse gemäß § 1 Absatz 1 der Störfall-Verordnung - 12. BImSChV

Industriestandort mit einer hohen Konzentration an brennbaren Stoffen und Gefahrenstofflagern eine besondere Gefahr in den Gewerbegebieten.

Das Stadtgebiet ist geprägt von vielen Gewässern. Durch die Steinbrüche ist eine Seenlandschaft entstanden. Darüber hinaus verzeichnet die Stadt Beckum viele Quellen in ihrem Stadtgebiet. Die meisten dieser Bäche münden in die Werse, welche östlich des Stadtkerns entsteht. In der Vergangenheit kam es aufgrund starker Regenereignisse zu Hochwasser. (vgl. 5.5.1 Erkennen von Risiken).

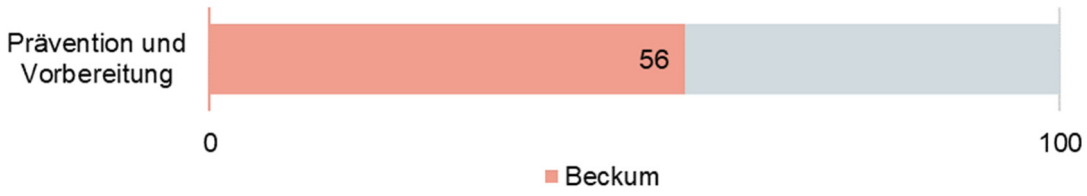
Die Autobahn A2 verläuft quer durch das Stadtgebiet. Im Nahverkehr wird der Rhein-Ruhr-Express und die Ems-Börde-Bahn häufig pendelnden Personen genutzt. Daneben durchquert eine wichtige ICE-Verbindung das Stadtgebiet. Die Infrastruktur ist stark frequentiert, so dass eine Vielzahl von Personen täglich auf ihrer Durchreise das Stadtgebiet passieren. Im Falle eines Unglücks oder Evakuierung muss die Stadt für eine Vielzahl von Personen Unterbringungsmöglichkeiten schaffen. Darüber hinaus muss die Stadt eine Kommunikationsstrategie vorhalten, um die auf dem Stadtgebiet weit verteilten Einwohnenden sowie die vielen pendelnden Personen erreichen und schützen zu können (vgl. 5.8.1 Krisenkommunikation).

Die äußeren Rahmenbedingungen kann eine Stadt nur bedingt beeinflussen. Es obliegt der Verwaltung, wie sie sich mit ihrem Krisenmanagement aufstellt. Das Erkennen und Vorbereiten von Risiken, eine gute Organisation, klare Kommunikation, krisenfestes Personal sowie die Nachbereitung und Evaluation von Krisen tragen aus Sicht der gpaNRW zu einem effektiven Krisenmanagement bei. Auf die einzelnen Teilaspekte geht die gpaNRW im folgenden Berichtsverlauf näher ein.

5.5 Prävention und Vorbereitung

Die Prävention und Vorbereitung sind Bestandteile eines ganzheitlichen Krisenmanagements. Präventive Risikoermittlung und die Erstellung dazugehöriger Notfallpläne stärken die Resilienz einer Stadt. Sie stellen darüber hinaus die Handlungsfähigkeit auch bei außergewöhnlichen Ereignissen sicher.

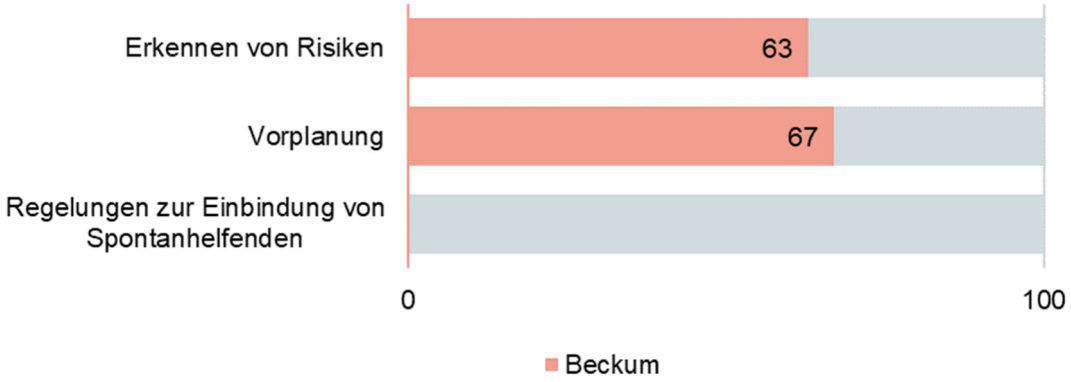
Erfüllungsgrad Prävention und Vorbereitung in Prozent 2025



In den interkommunalen Vergleich sind 43 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

In der Grafik sind nicht alle Vergleichswerte einzeln sichtbar, da mehrere Städte gleiche Erfüllungsgrade erreichen und sich die Werte dadurch überlagern. Der Median beträgt 56 Prozent. Der dargestellte Erfüllungsgrad setzt sich aus den nachstehenden Einzelergebnissen zusammen:

Teilerfüllungsgrade Prävention und Vorbereitung in Prozent 2025



In den nachfolgenden Kapiteln analysiert die gpaNRW die einzelnen Teilaspekte.

5.5.1 Erkennen von Risiken

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum hat eine Vielzahl von Risiken erkannt. Die Dokumentation über die Risikobewertung zeigt Verbesserungspotenzial auf.

Eine Stadt sollte potenzielle Risiken für ihr Stadtgebiet ermitteln und bewerten. Mit vorausschauenden Analysen und örtlichen Risikoszenarien sollte die Stadt die Eintrittswahrscheinlichkeit von möglichen Gefahren untersuchen und eine Aussage über das zu erwartende Schadensausmaß treffen. Eine Stadt sollte den Rat bzw. das zuständige politische Gremium über die Erkenntnisse transparent informieren, um eine objektive Entscheidungsgrundlage für mögliche Maßnahmen und Investitionen zu schaffen.

Die **Stadt Beckum** hat sich mit einer Vielzahl von potenziellen Risiken beschäftigt. Um die Gefahrenlage bewerten zu können, hat sie neben den internen Fachbereichen auch externe Akteure befragt und Gefahrenkarten herangezogen. So gab es unter anderem Gespräche mit örtlichen Hilfsorganisationen, der Polizei, Krankenhäusern und weiteren Akteuren. Daneben wurden Fachbüros beauftragt um entsprechende Konzepte zu erstellen. Damit hat sich die Stadt

ein umfassendes Bild über mögliche Gefahren und der Risikoeinschätzung gemacht. Dabei hat die Stadt ihren Fokus auf folgende Gefahren gelegt:

- Pandemien,
- Extremwetterereignisse,
- schwere Verkehrsunfälle,
- Industrieunfälle mit Gefahrenstoffen,
- Schadensereignisse bei Großveranstaltungen,
- Energiemangellage/Blackouts und
- Cyberangriffe.

Die Dokumentation ist auf das jeweilige Risiko bezogen. Deshalb ist nicht ersichtlich, ob sich die Stadt bereits mit einer Gefahrensituation beschäftigt hat und kein besonderes Risiko festgestellt hat, oder ob sie sich mit der Gefahrensituation bisher nicht auseinandergesetzt hat. Eine Ermittlung der Eintrittswahrscheinlichkeit und des Schadensausmaßes liegt nicht für jedes Risiko vor.

Bei der Krisenprävention arbeiten die Fachdienste Recht und Ordnung und Brandschutz und Rettungsdienst eng zusammen. Beide Fachdienste haben bezogen auf ihren Aufgabenbereich das Weltgeschehen im Blick. Mögliche Ereignisse, die auch die Stadt Beckum treffen könnten, bringen die beiden Fachdienste in den Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) ein. Dieser entscheidet, ob der SAE einbezogen wird. Die Überprüfung der Risiken erfolgt somit kontinuierlich. Verbindliche Routinen wie eine dokumentierte Überprüfung der Risiken sowie einen konkreten Zeitplan hat die Stadt Beckum nicht.

Die Stadt Beckum hat ihre politischen Gremien in unterschiedlicher Weise informiert und beteiligt. Die begrenzten Haushaltsmittel könnten dazu führen, dass nicht jede präventive Maßnahme zur Risikobewältigung gleichermaßen umgesetzt werden kann. Eine Gesamtübersicht über die Risiken mit der Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadensausmaß bietet eine gute Grundlage um politische Entscheidungen zu treffen. Zudem kann dadurch die Dokumentation des kommunalen Krisenmanagements verbessert werden.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum könnte mit einer Gesamtübersicht inklusive der Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadensausmaß ihr kommunales Krisenmanagement besser dokumentieren und damit eine besserte Entscheidungsgrundlage für den Mitteleinsatz schaffen.

5.5.2 Vorplanung

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum hat viele Maßnahmen ergriffen um Krisen oder krisenähnlichen Ereignissen zu begegnen. Die Konzepte hat die Stadt noch nicht vollständig abgeschlossen und umgesetzt.

Eine Stadt sollte die Ergebnisse der Risikobewertung als Grundlage für den Aufbau und Umfang ihres Krisenmanagements nutzen und auf Basis der ermittelten Risiken individuelle Bewältigungsstrategien entwickeln. Zusätzlich sind für unvorhergesehene Ereignisse gemäß 2.5 Krisenstabserlass des Landes Nordrhein-Westfalen[33] Arbeits-, Informations- und Kommunikationsstrukturen zwischen Kreis und kreisangehöriger Stadt abzustimmen.

Im Umgang mit den zuvor genannten Risiken hat die **Stadt Beckum** für die meisten der vorgenannten Risiken Pläne erarbeitet und präventive Maßnahmen festgelegt. Dazu hat sie Fachbüros engagiert und die Erfahrungen anderer Städte berücksichtigt. Darüber hinaus gab es Arbeitsgruppen und Abstimmungen mit anderen Städten.

So hat beispielsweise die Renaturierung der Werse und die Bildung einer Auenlandschaft hat dazu beigetragen das Hochwasserrisiko zu minimieren. Dennoch arbeitet die Stadt weiter an einem Hochwasserkonzept. Auch das IT-Sicherheitskonzept wird weiter ausgebaut. Der Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung bereitet sich durch Vorplanung auf mögliche Krisen-Szenarien bei einer Großveranstaltung vor. Auf Kreisebene arbeitet die Stadt Beckum an einem Klimafolgenanpassungskonzept mit.

Mit den vielen unterschiedlichen Maßnahmen bereitet sich die Stadt gut auf mögliche Gefahren vor. Daneben hat die Stadt auch Maßnahmen ergriffen, die im Falle eines Schadensereignisses greifen -etwa die Beschaffung von Sandsäcken, die Spiegelung des Servers sowie die Anschaffung von Notstromaggregaten und Satellitentelefonen. Die Stadt hat einen SAE eingerichtet (vgl. 5.6.1 Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE)) und diesen mit einer Dienstanweisung ausgestattet (vgl. 5.6.5 Dienstanweisung SAE). Die Verantwortlichkeiten und Handlungsabläufe sind noch nicht für jedes ermittelte Risiko abgeschlossen.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte wie beabsichtigt ihre Risiko- und Krisenpläne weiter ausarbeiten und unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze prüfen, welche Maßnahmen sie umsetzen kann.

Gemäß Punkt 2.5 des Krisenstabserlasses des Landes Nordrhein-Westfalen hat die Stadt Beckum die Arbeits-, Informations- und Kommunikationsstrukturen mit dem Kreis Warendorf abgestimmt. Dazu hat sie klare Regelungen getroffen, welche Kontaktmöglichkeiten zu verwenden sind und wie zu verfahren ist, wenn die Infrastruktur ausfällt. Es gibt mit den Kreis Warendorf einen regelmäßigen Austausch.

5.5.3 Regelungen zur Einbindung von Spontanhelfenden

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum hat keine Regelung zur Einbindung von Spontanhelfenden getroffen.

[33] Krisenmanagement durch Krisenstäbe im Lande Nordrhein-Westfalen bei Großeinsatzlagen, Krisen und Katastrophen; Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 26. September 2016

Eine Stadt sollte Vorkehrungen treffen, um im Ereignisfall Hilfsangebote von Spontanhelfenden[34] entgegennehmen und gezielt koordinieren zu können. Eine Stadt sollte in der Lage sein, die eingehenden Hilfsangebote zu prüfen, über deren Einsatzmöglichkeiten zu entscheiden und eine Rückmeldung an die Anbietenden zu geben. Ziel sollte es sein, spontane Unterstützung aus der Bevölkerung sinnvoll einzubinden und dabei schnell und transparent zu handeln.

Die Einsatzkräfte vor Ort koordinieren bei der **Stadt Beckum** den Einsatz von Spontanhelfenden.

Spontanhelfende können die Ereignisbewältigung positiv beeinflussen, wenn sie gezielt eingesetzt werden. Zwar haben Spontanhelfende oft keine Einsatzerfahrung, dennoch können sie durch eigene Kompetenzen wie medizinische Kenntnisse, handwerkliche, organisatorische Fähigkeiten oder besondere Ortskenntnisse die die Einsatzkräfte unterstützen. Unkoordinierte Aktionen können jedoch die Rettungs- und Hilfsmaßnahmen stören. Umso wichtiger ist deshalb die gezielte Steuerung von Hilfsangeboten. Übernimmt die Verwaltung die organisatorische Betreuung der Spontanhelfenden, werden die Einsatzkräfte vor Ort entlastet. Zur organisatorischen Vorbereitung gehören etwa[35]:

- das Erfassen der Hilfsangebote,
- die Kommunikation mit Spontanhelfenden und Einsatzstelle,
- die Einsatzplanung nach persönlichen Fähigkeiten und Verfügbarkeit,
- die Dokumentation des Einsatzes sowie Belehrung über Standard- oder Sicherheitsinformationen.

Die Stadt Beckum hat die Notwendigkeit erkannt, Regelungen im Umgang mit Spontanhelfenden zu treffen. Während der Prüfung hat sie erste Überlegungen zur Umsetzbarkeit getroffen.

→ **Empfehlung**
Um die Einsatzkräfte vor Ort bei der Ereignisbewältigung zu entlasten und eine effektive Einsatzbewältigung sicherzustellen, sollte die Stadt Beckum wie beabsichtigt Regelungen im Umgang mit Spontanhelfenden treffen.

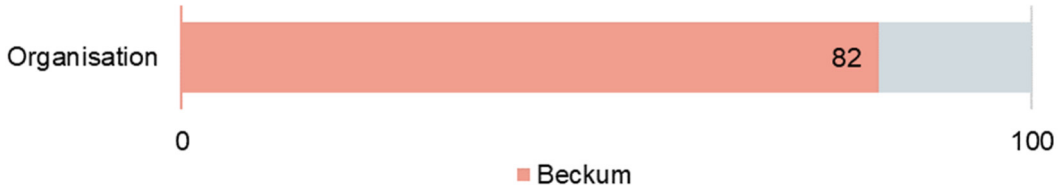
5.6 Organisation

Die organisatorische Vorbereitung einer Stadt auf außergewöhnliche Ereignisse bildet die Grundlage, um in Ad-hoc-Lagen schnell und zielgerichtet handeln zu können. Klare Strukturen, Vorgaben und Abläufe sind zentrale Steuerungsinstrumente, die für Orientierung und Handlungssicherheit, insbesondere in stressbelasteten Situationen sorgen.

[34] Im Referentenentwurf zur Modernisierung des BHKG NRW vom 14. Juli 2025 werden die Spontanhelfenden als freiwillig Helfende bezeichnet.

[35] Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat hilfreiche Informationen zum Einsatz und Umgang mit Spontanhelfen unter: Spontanhilfe im Einsatz zusammengetragen.

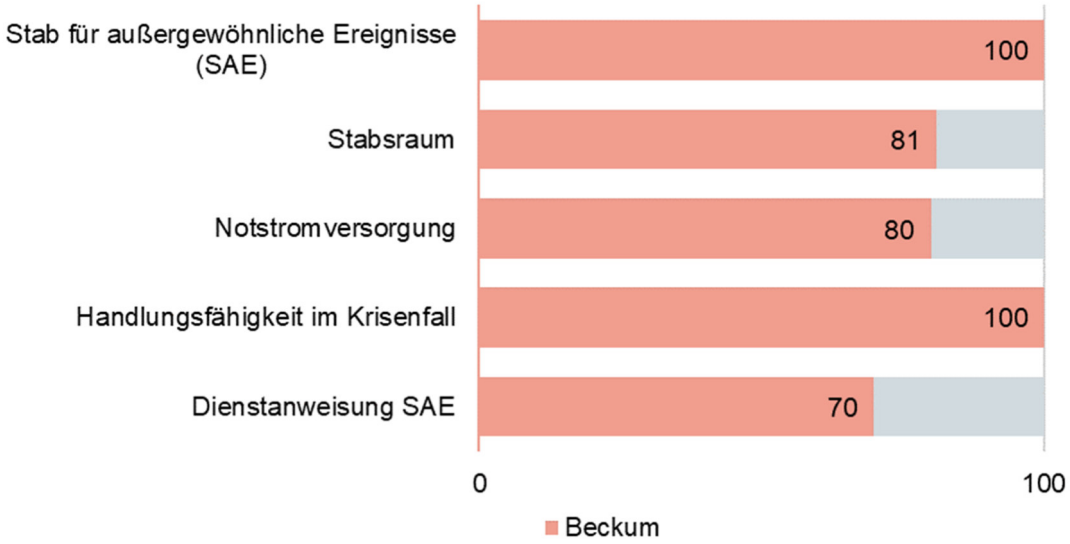
Erfüllungsgrad Organisation in Prozent 2025



In den interkommunalen Vergleich sind 43 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

In der Grafik sind nicht alle Vergleichswerte einzeln sichtbar, da mehrere Städte gleiche Erfüllungsgrade erreichen und sich die Werte dadurch überlagern. Der Median beträgt 73 Prozent. Der dargestellte Erfüllungsgrad setzt sich aus den nachstehenden Einzelergebnissen zusammen:

Teilerfüllungsgrade Organisation in Prozent 2025



In den nachfolgenden Kapiteln analysiert die gpaNRW die einzelnen Teilaspekte.

5.6.1 Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE)

→ Die Stadt Beckum hat einen SAE eingerichtet. Dieser ist mehrschichtfähig.

Eine Stadt sollte entsprechend Ziffer 2.5 Krisenstabserlass des Landes Nordrhein-Westfalen einen Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) einrichten. Bei der personellen Besetzung der einzelnen Funktionen im SAE sollte eine Stadt mindestens eine Zwei-Schicht-Fähigkeit sicherstellen.

Die **Stadt Beckum** hat im Jahr 2018 einen SAE eingerichtet. Der SAE hat sich bisher mit dem Personal- und Ressourceneinsatz für die Corona-Pandemie sowie der Flüchtlingskrise befasst. Im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise hat der SAE ein Konzept zur Energiemangellage erarbeitet. Zudem wurde das Hochwasserereignisses im September 2023 als außergewöhnliches Ereignis eingestuft. Deshalb hat die Stadt den SAE einberufen.

Der Bürgermeister hat am 03. April 2018 die Dienstanweisung für den Stab für außergewöhnliche Ereignisse (Dienstanweisung SAE) in Kraft treten lassen (vgl. 5.6.5 Dienstanweisung SAE). Danach besteht der SAE aus den Leitungen:

- des Fachbereichs innere Verwaltung,
- des Fachbereichs Finanzen und Beteiligungen,
- des Fachbereichs Recht, Sicherheit und Ordnung,
- des Fachdienstes Recht und Ordnung sowie
- des Fachdienstes Brandschutz und Rettungsdienst.

Indem die Stadt die Vertretungen mit eingebunden hat, sind alle Funktionen und Aufgaben zweifach besetzt. Ist absehbar, dass der SAE-Einsatz länger dauert, bildet die Stadt zwei Schichten welche gemischt aus Leitungspersonen und Vertretungen bestehen. Dadurch sorgt die Stadt für ein ausgewogenes Verhältnis in beiden Schichten. Mit diesen Regelungen ist die Stadt zur Bewältigung eines außergewöhnlichen Ereignisses mehrschichtfähig. Je nach Dauer und Lage kann eine Übernachtung erforderlich sein. Nach dem letzten SAE-Einsatz hat die Stadt für den Notfall Feldbetten beschafft. Aus Sicht der gpaNRW hat die Stadt Beckum damit gute Grundlagen geschaffen um den SAE über einen längeren Zeitraum aufrecht zu erhalten.

5.6.2 Stabsraum

→ **Feststellung**
Mit einem gut erreichbaren SAE-Raum sowie weiteren Ausweichmöglichkeiten hat die Stadt Beckum eine gute Basis für die Arbeitsfähigkeit des SAE geschaffen. Eine Zugangsbeschränkung hat die Stadt bisher nicht vorgesehen.

Eine Stadt sollte einen Raum für den SAE bereithalten, der im Krisenfall kurzfristig einsatzbereit ist. Der Raum sollte an einem zentralen und überschwemmungssicheren Ort positioniert sein und ausreichend Platz bieten, um die Mitglieder des SAE sowie erforderliche Technik und Arbeitsmittel unterzubringen. Darüber hinaus sollte der Raum vor unbefugtem Betreten von nicht autorisierten Personen geschützt sein.

Die **Stadt Beckum** hat als SAE-Raum einen Raum im Rathaus bestimmt, welcher gut erreichbar ist. Es bestehen dadurch kurze Wege zu den Fachbereichen der Verwaltung. Der Zugang zum Gebäude ist mit dem üblichen elektronischen Schlüssel möglich. So können die SAE-Mitglieder auch außerhalb der regulären Arbeitszeit den SAE-Raum erreichen. Daneben kann der SAE jederzeit auf eine der Räumlichkeiten in der Feuerwehrwache ausweichen. Dadurch kann der SAE je nach Lage eine nahe gelegene Räumlichkeit zum Ereignis wählen oder sich vor anderen in der Feuerwehrwache abschirmen. Die SAE-Räume sind notstromversorgt. Dadurch kann der SAE auch bei einem Stromausfall auf digitale Medien zugreifen. Liegt auch eine Gasmangellage vor, kann die Stadt die Räume in der Feuerwehrwache durch den Flüssiggasvorrat beheizen. Bei der Planung der neuen Feuerwehrwache hat die Stadt Beckum die Belange des SAE berücksichtigt und einen SAE-Raum entsprechend eingeplant.

Eine Zugangsbeschränkung hat die Stadt Beckum für den SAE-Raum bisher nicht. Jede Person, die sich im Verwaltungsgebäude befindet kann den SAE-Raum betreten. In besonderen Situationen kann es erforderlich sein, sich selbst von dem übrigen Verwaltungspersonal abzuschirmen. In einem solchen Fall könnte eine Zugangssteuerung erforderlich sein. Die Zugangssteuerung könnte die Stadt Beckum entweder durch separate Zylinder oder durch Einlasskontrollen umsetzten.

Der derzeitige SAE-Raum wird während des üblichen Verwaltungsbetriebs als Schulungs- und Besprechungsraum genutzt. Wird der Raum währenddessen für den SAE benötigt, so beendet ein Mitglied des SAE die Veranstaltung. Die Verantwortlichkeit ist klar in der DA SAE geregelt und bekannt. Aufgrund seiner Größe bietet die Räumlichkeit auch einem erweiterten SAE genügend Platz.

Der Raum ist grundsätzlich sofort einsatzbereit. Die Technik ist mit den Tablets der SAE-Mitglieder kompatibel. Zudem hält die Stadt Laptops vor. Auch fremde Geräte sind mit der Technik kompatibel. Eine dokumentierte Überprüfung des Raums findet bei der Stadt Beckum nicht statt. Mit einer Checkliste könnte die Stadt die jederzeitige technische Einsatzfähigkeit des Raumes nachweisen.

Um auch im Falle eines Blackouts oder Cyberangriffs handlungsfähig zu sein, sollte ein SAE-Raum stets auch mit analogen Arbeitsmitteln ausgestattet sein. Aktuelle Pläne und Listen sind erforderlich um ohne Einsatz von Technik, notwendige Personen erreichen und Entscheidungen treffen zu können. Der SAE sollte sich auf die Aktualität der Daten verlassen können.

Für einen solchen Fall hält die Stadt Beckum im SAE-Raum analoge Arbeitsmittel wie Flipchart und Pinnwände vor. Die analoge Ausstattung wird auch teilweise für Schulungen genutzt, weshalb eine regelmäßige Überprüfung der Ausstattung bei der Stadt Beckum stattfindet. Für den SAE hält die Stadt Beckum Kontaktlisten bereit. Mit Kartenmaterial hat die Stadt den SAE-Raum bisher nicht ausgestattet. Aufgrund kurzer Wege kann die Stadt Karten schnell aus den umliegenden Büroräumen heranholen. Eine regelmäßige Überprüfung der ausgedruckten Kontaktlisten findet nicht statt. Um möglichst aktuell zu sein und mit einem schonenden Umgang mit der Ressource Papier setzt die Stadt Beckum auf digitales Arbeiten. Deshalb hat die Stadt ihren Server gespiegelt. Dank der Datenspiegelung und Notstromaggregaten sind aus Sicht der Stadt die digitalen Inhalte in allen erdenklichen Szenarien verfügbar.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte prüfen, ob die analoge und digitale Ausstattung des SAE-Raums ausreicht. Mit einer Regelung zur regelmäßigen Überprüfung der Ausstattung könnte die Stadt die Einsatzfähigkeit der analogen und technischen Ausstattung sicherstellen. Die Stadt sollte eine Zugangssteuerung während eines SAE-Einsatzes einrichten.

5.6.3 Notstromversorgung

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum kann mit ihrer Notstromversorgung alle Aufgaben für die Daseinsvorsorge der Bevölkerung sicherstellen. Sie hat keine verbindlichen Intervalle für die Funktionstest ihrer Notstromaggregate festgelegt. Übungen finden nur in den Feuerwehrwachen statt.

Eine Stadt sollte definieren, welche städtischen Einrichtungen mit Notstrom zu versorgen sind. Hierfür sollte eine Stadt Notstromaggregate/ Netzersatzanlagen vorhalten und sowohl die Wartung als auch die Versorgung mit Betriebsstoffen für mindestens 72 Stunden verlässlich sicherstellen können. Die Funktionsfähigkeit der Notstromeinspeisung sollte die Stadt regelmäßig überprüfen.

Die **Stadt Beckum** hat festgelegt, dass das Rathaus sowie die Feuer- und Rettungswachen notstromversorgt werden. Damit die Stadt einen Notbetrieb gewährleisten kann, hat sie den dafür notwendigen Bedarf ermittelt.

Für eine verlässliche Notstromversorgung sind Regelungen für die Treibstoffversorgung der Notstromaggregate unerlässlich. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) versteht unter einer verlässlichen Notstromversorgung einen vorgeplanten Notbetrieb von mindestens 72 Stunden ohne weitere Kraftstoffzufuhr, um der Behörde eine gewisse Handlungsfähigkeit zu verschaffen. Die Stadt Beckum hat mit einem Treibstofflieferanten eine mündliche Absprache getroffen. Schriftliche Verträge sind kostenintensiv, da die Lieferanten eine Bereitstellungsgebühr für das Vorhalten von Treibstoff verlangen. In diesem Zusammenhang hat die Stadt Beckum entschieden, dass sie vom Lieferanten unabhängig sei möchte. Deshalb hat die Stadt eine eigene Tankstelle errichtet. Auch verfügt die Stadt über einen Tankwagen, so dass sie die Notstromaggregate betanken kann. Darüber hinaus verfügen die Feuer- und Rettungswachen über Flüssiggasvorräte. Damit schafft es die Stadt sich mindestens für 72 Stunden mit Notstrom zu versorgen.

Die Wartung der Notstromaggregate erfolgt bei den Feuer- und Rettungswachen monatlich. In diesem Zusammenhang führt die Feuerwehr auch Funktionstests durch. Auch die Notstromversorgung wird geübt. Die übrigen Notstromaggregate warten die Hausmeister entsprechend den Herstellerangaben und prüfen diese auf Funktion. Ein Wartungsintervall hat die Stadt bisher nicht festgelegt. Übungen finden nicht statt. Nur unter Vollauslastung kann verlässlich geprüft werden, ob die Notstromaggregate ausreichend dimensioniert sind. Eine Übung bietet zudem den Vorteil, dass sich das Personal auf den Notbetrieb einstellen kann, indem es auf vorhandene Erfahrungen aus Übungen zurückgreifen kann. Deshalb ist aus Sicht der gpaNRW wichtig, den Notbetrieb zumindest jährlich zu üben.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte verbindliche Intervalle für die Wartung und Funktionstest der Notstromaggregate festlegen und regelmäßig den Notbetrieb üben.

5.6.4 Handlungsfähigkeit im Krisenfall

→ Die Stadt Beckum hat definiert welche Dienstleistungen sie im Falle einer Krise aufrechterhält. Dem dafür nicht erforderlichen Personal hat sie alternative Tätigkeiten zugewiesen.

Eine Stadt sollte für den Krisenfall vorplanen, welche kommunalen Leistungen im Sinne der Daseinsvorsorge zwingend aufrechtzuerhalten sind. Hierzu sollte eine Stadt die notwendigen Funktionen und die erforderlichen Ressourcen benennen.

Die **Stadt Beckum** hat festgelegt, welche Dienstleistungen sie im Falle einer Krise weiter erbringen will. Dazu hat sie fünf Kategorien gebildet und untergliedert. Unter Einbindung der Fachbereiche hat die Stadt jede Stelle betrachtet. Das Ergebnis hat die Stadt kommuniziert und dokumentiert. So kann die Stadt je nach Situation das Angebot stufenweise begrenzen. Darüber hinaus hat die Stadt Beckum während der Corona-Pandemie einen Einsatzplan des gesamten Personals erstellt unter dem Gesichtspunkt der Reduzierung von Kontakten. Hierbei hat die Stadt die Besonderheit jeder Stelle sowie die der Stelleninhaberinnen und -inhaber betrachtet. Auch dieser Plan ist jederzeit greifbar, sofern eine Kontaktbeschränkung notwendig ist.

Kann die originäre Tätigkeit nicht ausgeübt werden, so hat die Stadt alternative Tätigkeiten festgelegt. Der Einsatz erfolgt nach Qualifikation und besonderen Kenntnissen. Ersthelfende setzt die Stadt beispielweise als Ansprechpersonen in einem der zwei Leuchttürme ein.

Leuchttürme bezeichnen Sammelstellen, welche im Falle einer Krise für die Bevölkerung zur Verfügung stehen. Die Leuchttürme sind notstromversorgt. Dadurch kann die Bevölkerung jederzeit einen Notruf absetzen und sich über die aktuelle Lage informieren sowie Verhaltensanweisungen erhalten. Die Stadt Beckum hat zwei Schulgebäude mit Notstrom versorgt. Diese stehen der Bevölkerung als Leuchttürme zur Verfügung.

5.6.5 Dienstanweisung SAE

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum hat eine umfangreiche Dienstanweisung für den SAE. Diese entspricht jedoch nur teilweise der gelebten Praxis.

Eine Stadt sollte eine Dienstanweisung für den SAE erstellen, welche die Zuständigkeiten und Abläufe im Krisenfall und in Bezug auf den SAE regelt. Die Dienstanweisung sollte die Stadt regelmäßig überprüfen und aktualisieren.

Dabei sollte die Stadt in Ihrer Dienstanweisung folgende Mindestinhalte regeln[36]:

- die Einberufung des Stabes,
- die personelle Besetzung des Stabes,
- die Alarmierung und Erreichbarkeit der Stabsmitglieder,

[36] in Anlehnung an Ziffer 2.4.3 des Erlasses Krisenmanagement durch Krisenstäbe im Land Nordrhein-Westfalen bei Großeinsatzlagen, Krisen und Katastrophen vom 26. September 2016

- die räumliche Unterbringung des Stabes sowie
- das Vorhalten bzw. Sicherstellen erforderlicher Kommunikationsmitten.

Die **Stadt Beckum** hat ihre Dienstanweisung SAE am 03. April 2018 erlassen. Danach entscheidet die Verwaltungsleitung oder die von der Verwaltungsleitung benannte Person über die Einberufung und personelle Zusammensetzung des SAE. Die Verwaltungsleitung übernimmt die Leitung des SAE, sofern sie keine andere Person dafür bestimmt hat. Bisher entscheidet der Bürgermeister situationsabhängig, ob er die Leitung des SAE an eine andere Person überträgt. Im Falle einer Krise fordert die Öffentlichkeit viel Aufmerksamkeit.

Der operativ-taktische Part des kommunalen Krisenmanagements agiert während seines Einsatzes eigenständig. Dies sollte auch für den SAE gelten. Zu den Aufgaben des SAE gehören das Koordinieren und Veranlassen von Verwaltungsmaßnahmen. Während der Bürgermeister für die Bevölkerung da sein kann, kann der SAE, Lösungswege erarbeiten und diese dem Bürgermeister zur Entscheidung vorlegen. Die Stadt Beckum sollte die gelebte Praxis in die Dienstanweisung übernehmen und die Leitung des SAE sowie dessen Vertretung bestimmen. Sie sollte auch eine Vertretungsregelung für die Leitung des SAE in der Dienstanweisung festhalten.

Neben der personellen Besetzung des Stabes regelt die DA SAE der Stadt Beckum auch die einzelnen Aufgaben. Für das Vorhalten und Sicherstellen erforderlicher Kommunikationsmittel ist der Fachdienst Datenverarbeitung zuständig. Der Fachdienst soll die Kommunikationsfähigkeit ständig überwachen und der aktuellen Lage anpassen. Zudem ist der Sitz des Stabes in der Dienstanweisung genannt. Dazu stehen dem SAE fünf Räumlichkeiten in unterschiedlichen Gebäuden zur Verfügung. Die Stadt hat abweichend von dieser Regelung einen anderen Raum als primären SAE-Raum bestimmt. Drei der genannten Räumlichkeiten werden nicht mehr als SAE-Räume genutzt. Diese Änderung sollte die Stadt in ihrer Dienstanweisung berücksichtigen.

Eine konkrete Regelung zur Alarmierung und Erreichbarkeit der Stabsmitglieder hat die Stadt Beckum in ihrer Dienstanweisung nicht getroffen. In einer Anlage zur Dienstanweisung könnte die Stadt konkrete Alarmierungswege aufzeigen und die Kontaktdaten pflegen. Aus Sicht der gpaNRW ist eine zeitliche Regelung sinnvoll. In der Dienstanweisung sollte die Stadt festlegen zu welchem Zeitpunkt nach Einberufung der SAE handlungsfähig ist.

Es besteht bei der Stadt Beckum eine gelebte Praxis. Während der Dienstzeit sollen SAE-Mitglieder unverzüglich nach Einberufung den SAE-Raum aufsuchen. Außerhalb der Dienstzeit findet sich der SAE schnellstmöglich ein. Die Stadt Beckum hat sich bewusst gegen eine zeitliche Festlegung entschieden. Unter Beachtung der tariflichen und beamtenrechtlichen Bestimmungen hält die Stadt eine konkrete zeitliche Vorgabe für den SAE nicht durchsetzbar, ohne Bereitschaftszeiten auszulösen. Die dauerhafte Anordnung von Bereitschaftszeiten für SAE-Mitglieder ist aus Sicht der Stadt mit dem Grundsatz der wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung nicht vereinbar.

Im Falle einer großflächigen Evakuierung durch Bundes- oder Landesbedienstete könnten auch ortsfremde Personen zum Einsatz kommen. Diese könnten die SAE-Mitglieder daran hindern, zeitnah den SAE-Raum aufzusuchen, wenn sich die SAE-Mitglieder nicht legitimieren können. Diese Gefahr hat die Stadt Beckum erkannt und alle ständigen Mitglieder des SAE mit Dienstausweisen ausgestattet.

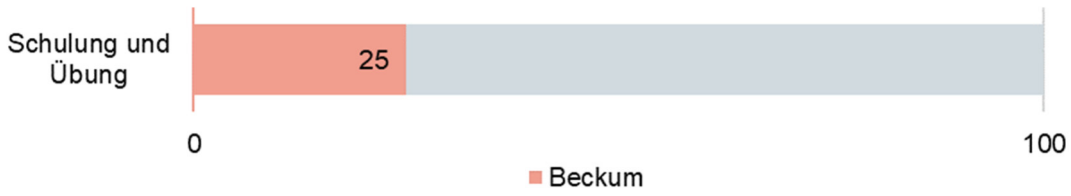
Empfehlung
Die Stadt Beckum sollte wie beabsichtigt, ihre Dienstanweisung SAE überarbeiten.

Die Stadt Beckum hat einen Dienstleister beauftragt gemeinsam eine neue Dienstanweisung auszuarbeiten. In diesem Zusammenhang möchte die Stadt alle Prozesse und die Ausstattung des SAE betrachten und Optimierungsmöglichkeiten herausfinden.

5.7 Schulung und Übung

Schulungen und Übungen sind Schlüsselfaktoren für ein effektives Krisenmanagement. Nur wenn die Beteiligten umfassend geschult sind und regelmäßig üben, haben sie das nötige Fachwissen und kennen die festgelegten Abläufe bei außergewöhnlichen Ereignissen. Das gewährleistet die Handlungsfähigkeit der Stadt auch in Ad-hoc-Lagen.

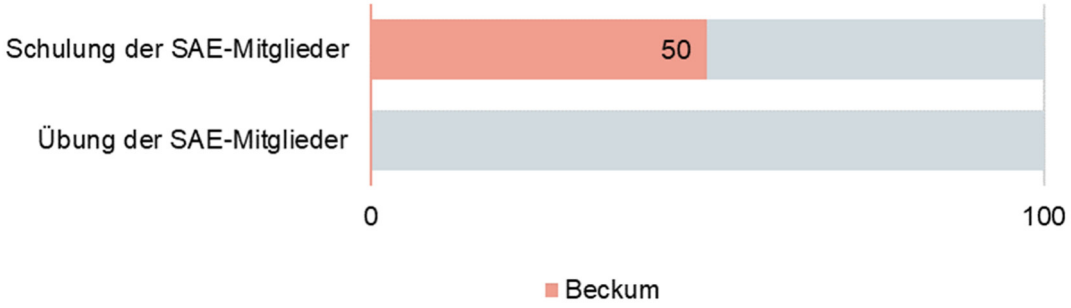
Erfüllungsgrad Schulung und Übung in Prozent 2025



In den interkommunalen Vergleich sind 43 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

In der Grafik sind nicht alle Vergleichswerte einzeln sichtbar, da mehrere Städte gleiche Erfüllungsgrade erreichen und sich die Werte dadurch überlagern. Der Median beträgt 25 Prozent. Der dargestellte Erfüllungsgrad setzt sich aus den nachstehenden Einzelergebnissen zusammen:

Teilerfüllungsgrade Schulung und Übung in Prozent 2025



In den nachfolgenden Kapiteln erläutert die gpaNRW die einzelnen Teilaspekte.

5.7.1 Schulung der SAE-Mitglieder

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum arbeitet neue SAE-Mitglieder ein. Schulungen für alle SAE-Mitglieder hat die Stadt bisher nicht durchgeführt.

Eine Stadt sollte alle SAE-Mitglieder für ihre Tätigkeit schulen und regelmäßig fortbilden, um sicherzustellen, dass alle Beteiligten ihre Verantwortlichkeiten und Aufgaben im Krisenfall kennen. Die Inhalte der Schulungen sollte die Stadt verbindlich regeln.

Die **Stadt Beckum** weist neue SAE-Mitglieder in die Aufgabe des SAE ein. Regelmäßige Schulungen finden bei der Stadt Beckum nicht statt.

Eine Stadt sollte jedes neue Mitglied vor dem ersten Einsatz schulen. Aus Sicht der gpaNRW sind folgende Schulungsinhalte sinnvoll:

- die Strukturen und Aufgaben des SAE,
- die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten des SAE,
- die Kommunikationswege und
- die technischen Besonderheiten.

Mit einer verbindlichen Regelung etwa als Anlage zur Dienstanweisung könnte die Stadt sicherstellen, dass neue SAE-Mitglieder diese Mindestinhalte vor dem ersten Einsatz bekannt sind. Überdies ist es sinnvoll auch die übrigen SAE-Mitglieder regelmäßig zu schulen. Dabei sollte die Stadt das Ziel verfolgen, alle SAE-Mitglieder auf einen einheitlichen Wissensstand zu bringen und sie mit den rechtlichen und organisatorischen Grundlagen der SAE-Tätigkeit vertraut zu machen.

Für Schulungen des SAE ist gemäß DA SAE der Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung im Benehmen mit dem Fachbereich Innere Verwaltung zuständig. Die Stadt Beckum erachtet Schulungen für wichtig. Sie berichtet, dass es schwierig sei geeignete Schulungen zu finden. Die meisten Angebote seien auf Krisenstäbe oder die Feuerwehr ausgelegt. Aus Sicht der Stadt ist eine Regelung zu Schulungshäufigkeit und Schulungsinhalten nicht sinnvoll, wenn der Markt

keine Auswahl zulässt. Deshalb hat die Stadt bisher keine Regelung zu Schulungsinhalten und Schulungshäufigkeit getroffen. Eigene Schulungslösungen hat die Stadt Beckum bisher nicht erarbeitet. Die Stadt Beckum plant für Anfang 2026 einen Workshop für SAE-Mitglieder. Hierzu hat sie mit einem Anbieter Kontakt aufgenommen und ein Schulungskonzept erarbeitet. Die Schulung wird für alle SAE-Mitglieder und deren Vertretung verpflichtend sein.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte wie geplant die Schulung der SAE-Mitglieder durchführen. Sie sollte regelmäßige Schulungen etablieren und die verpflichtende Teilnahme verbindlich regeln.

5.7.2 Übung der SAE-Mitglieder

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum hat bisher keine Übungen der SAE-Mitglieder durchgeführt.

Eine Stadt sollte regelmäßig Übungen durchführen, um die Einsatzbereitschaft des SAE zu überprüfen und die Fähigkeiten der SAE-Mitglieder zu festigen. Diese Übungen sollten auch die Zusammenarbeit mit externen Akteuren (z.B. Kreis, Nachbarkommunen, Polizei, Feuerwehr, Hilfsorganisationen) beinhalten.

Die **Stadt Beckum** ist an Übungen interessiert. Sie hat bisher selbst keine Übungen der SAE-Mitglieder durchgeführt. Die vom Kreis Warendorf angekündigte gemeinsame Übung. hat bisher nicht stattgefunden.

Während Schulungen das theoretische Wissen vermitteln, sollen Übungen das Wissen in realitätsnahen Szenarien überprüfen und festigen. Dadurch können die Einsatzbereitschaft und Einsatzfähigkeit der SAE-Mitglieder sowie das Zusammenspiel mit externen Akteuren überprüft und verbessert werden. Damit bieten Übungen Rückschlüsse über die Funktionsfähigkeit des städtischen Krisenmanagements. Die Erkenntnisse daraus bieten eine wichtige Steuerungsgrundlage zur Weiterentwicklung des städtischen Krisenmanagements. Darüber hinaus können durch Übungen SAE-Mitglieder ihre Fähigkeiten und Kompetenzen weiter ausbauen und festigen.

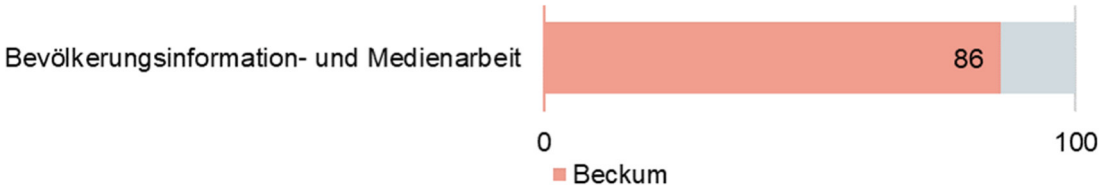
→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum sollte wie geplant, ein Übungskonzept erarbeiten und Übungen mit den SAE-Mitgliedern regelmäßig durchführen.

Die Stadt Beckum hat mitgeteilt, dass sie mit einem Dienstleister Schulungen und Übungen erarbeitet. Die Schulung und Übung der SAE-Mitglieder sind für Anfang 2026 geplant.

5.8 Bevölkerungsinformation und Medienarbeit

Eine gelungene Bevölkerungsinformation und Medienarbeit basieren auf strategischen Prozessen, die darauf abzielen, zeitnah, transparent und zielgerichtet Informationen über potenzielle Gefahren bei außergewöhnlichen Ereignissen und akuten Krisensituationen der Öffentlichkeit zu vermitteln. Sie dienen dazu, die Bevölkerung angemessen zu informieren, Ängste und Unsicherheiten zu reduzieren, die Selbsthilfefähigkeit zu stärken, Verständnis für getroffene Maßnahmen zu wecken und die Bevölkerung zur aktiven Mitarbeit zu bewegen.

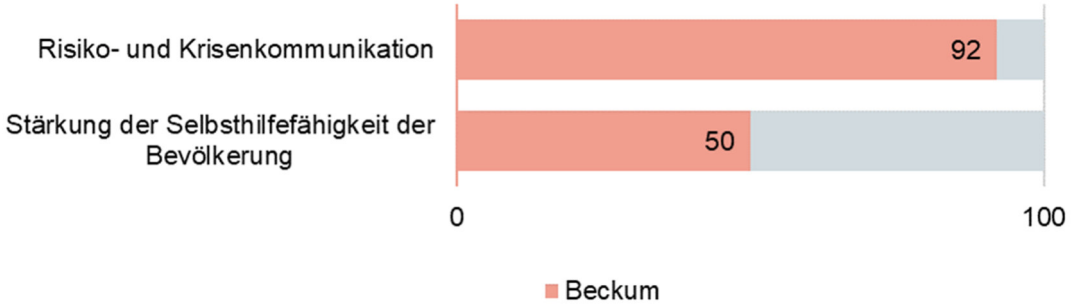
Erfüllungsgrad Bevölkerungsinformation und Medienarbeit in Prozent 2025



In den interkommunalen Vergleich sind 43 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

In der Grafik sind nicht alle Vergleichswerte einzeln sichtbar, da mehrere Städte gleiche Erfüllungsgrade erreichen und sich die Werte dadurch überlagern. Der Median beträgt 79 Prozent.

Teilerfüllungsgrade Bevölkerungsinformation und Medienarbeit in Prozent 2025



In den nachfolgenden Kapiteln erläutert die gpaNRW die einzelnen Teilaspekte.

5.8.1 Krisenkommunikation

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum nutzt für die Krisenkommunikation verschiedene Medien um alle Bevölkerungsschichten zu erreichen. Sie nutzt vorgefertigte Checklisten, allerdings nicht bezogen auf alle ermittelten Gefahren .

Eine Stadt sollte individuelle Kommunikationsregeln im Vorfeld einer Krise erarbeiten. Dabei sollte sie ihre Kommunikationsleitlinien sowohl für die interne als auch für die Kommunikation nach außen vorplanen. Die Regelungen sollten die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten definieren, um in einer akuten Krisensituation zeitnah, reibungslos und ereignisorientiert über

die erprobten Kommunikationskanäle informieren zu können. Hierzu zählen beispielsweise Warn-Apps, Sirenen und auch digitale Plattformen.

Die **Stadt Beckum** nutzt für die Kommunikation, auch außerhalb einer Krise, ein breites Portfolio. Die Stadt tritt mit örtlichen Medien, über die Homepage, über diverse Soziale Medien oder in Ortsgesprächen in Kontakt mit der Bevölkerung. So kann die Stadt durch aktuelle Berichterstattung Vertrauen aufbauen und im Falle einer Krise auf bewährte Kommunikationskanäle zurückgreifen.

Für die Krise hat die Pressestelle der Stadt ein Krisenhandbuch erarbeitet. Darin hat sie wichtige Informationen für sich zusammengefasst. Enthalten sind auch Kurzchecklisten. Umfangreiche Kommunikationschecklisten, FAQ-Listen sowie vorgefertigte Texte nutzt die Stadt bisher nicht. Diese können die Stadt dabei unterstützen während einer Krise ihre Bevölkerung schnell zu informieren.

Für die Warnung der Bevölkerung hält die Stadt Beckum Banddurchsagen bereit. Damit ist es ihr möglich, im Falle einer Krise ihre Bevölkerung schnell zu informieren. Das Sirenennetz hat die Stadt flächendeckend ausgebaut. Auch bei der Erschließung von neuen Baugebieten hat die Stadt darauf geachtet, dass die vorhandenen Sirenen dieses Gebiet abdecken oder dafür neue Sirenen installiert. Dadurch ist eine zeitnahe Warnung auf dem gesamten Stadtgebiet möglich. Mit den Feuerwehr- und Lautsprecherwagen ist eine mobile Warnmöglichkeit gegeben. Darüber hinaus kann die Stadt MoWaS nutzen. Dies ist ein deutschlandweites modulares Warnsystem mit welchen die Bevölkerung bei Gefahren gewarnt werden kann. So kann die Stadt Beckum die Bevölkerung über die WarnAPP NINA, Radio, Fernsehen sowie über SMS erreichen. Damit ist es der Stadt möglich die vielen ein- und auspendelnden Personen zu erreichen. Ebenfalls kann die Stadt darüber Personen informieren, welche sich auf Durchreise befinden.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum könnte ihre Krisenkommunikation stärken indem sie für alle ermittelten Gefahren Checklisten nutzt.

5.8.2 Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum informiert die Bevölkerung über die Selbsthilfefähigkeit in Flyern und Gesprächen. Onlinemedien nutzt die Stadt zur Stärkung der Selbsthilfefähigkeit selten.

Eine Stadt sollte verschiedene Kommunikationskanäle nutzen, um die Bevölkerung auch außerhalb einer akuten Krise über grundsätzlich bestehende Risiken zu informieren und die Selbsthilfefähigkeit zu stärken.

Die Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung ist gemäß § 3 Abs. 5 BHKG eine präventive Aufgabe der **Stadt Beckum**. Durch aufklärende Arbeit soll erreicht werden, dass die Bevölkerung auf Gefahren gut vorbereitet ist und dadurch weniger von der Handlung und Versorgung der Stadtverwaltung abhängig ist. Dabei steht es der Stadt frei, in welcher Form sie die Selbsthilfefähigkeit stärkt. Die Stadt Beckum hat im Bürgerbüro diverse Flyer zur Stärkung der Selbsthilfefähigkeit ausgelegt. In Gesprächen mit Interessensgruppen bietet die Stadt Vorträge und Informationen an. Es mangelt jedoch oft am Interesse aus der Bevölkerung.

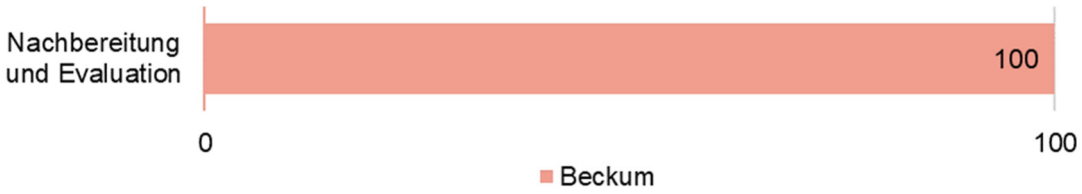
Die Informationswege der Bevölkerung sind sehr unterschiedlich. Während die ältere Bevölkerung die Informationen überwiegend in der Zeitung oder vor Ort sucht, nutzten junge Menschen vornehmlich soziale Medien. Um alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen sollte die Stadt für die Stärkung der Selbsthilfefähigkeit auch alle ihr zur Verfügung stehenden Kommunikationswege nutzen. Die Stadt Beckum hat eine Seite zur Vorsorge bei Krisen und Katastrophen eingerichtet. Darin enthalten sind Informationen, wie die Bevölkerung ihre Selbsthilfefähigkeit stärken kann. Neben Checklisten für Vorräte sind dort auch Anlaufstellen benannt, wenn die Feuerwehr und Rettungsdienst nicht mehr telefonisch erreichbar. Zudem verweist die Stadt auf andere Internetseiten: wie etwa zum Ratgeber des BBK oder die Internetseite des Kreises Warendorf. Auch durch regelmäßige Berichterstattung in sozialen Medien kann die Stadt die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung stärken.

→ **Empfehlung**
Die Stadt Beckum könnte die Selbsthilfefähigkeit ihrer Bevölkerung stärken, indem sie auch in sozialen Medien über die Möglichkeit der Selbsthilfe informiert.

5.9 Nachbereitung und Evaluation

Nachbereitung und Evaluation sind wichtige Phasen im Krisenmanagement, um die Erfahrungen aus einem außergewöhnlichen Ereignis oder einer Übung systematisch zu reflektieren. Das stellt sicher, dass die Stadt aus den Erkenntnissen lernt und das kommunale Krisenmanagement stetig optimiert.

Erfüllungsgrad Nachbereitung und Evaluation in Prozent 2025



In den interkommunalen Vergleich sind 43 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

In der Grafik sind nicht alle Vergleichswerte einzeln sichtbar, da mehrere Städte gleiche Erfüllungsgrade erreichen und sich die Werte dadurch überlagern. Der Median beträgt 63 Prozent.

- Die Stadt Beckum analysiert ihre SAE-Einsätze und reflektiert diese. Sie erarbeitet Verbesserungsmöglichkeiten und setzt diese um.

Eine Stadt sollte nach jedem außergewöhnlichen Ereignis und jeder Übung die internen Abläufe analysieren und deren Wirksamkeit sowie Effektivität bewerten. Identifizierte Verbesserungsmöglichkeiten sollte die Stadt dokumentieren und erforderliche Anpassungen am kommunalen Krisenmanagement vornehmen.

Die **Stadt Beckum** hatte aufgrund eines Hochwasserereignisses im September 2023 einen SAE-Einsatz. Die Nachbesprechung erfolgte in Anwesenheit des SAE, der Feuerwehr sowie weiterer Beteiligter etwa zwei Wochen nach dem Ereignis. Zur Vorbereitung hat sich der Bürgermeister die Ereignisse aus der Sicht der Feuerwehr, des SAE sowie dem Fachbereich Baubereich schildern lassen. Das Ereignis wurde im Haupt- und Finanzausschuss besprochen. Das politische Gremium wurde über die Ereignisse und den SAE-Einsatz sowie mögliche präventive Maßnahmen informiert.

Aus Sicht der gpaNRW ist eine strukturierte Nachbereitung entscheidend, um aus den (auch negativen) Erfahrungen einer Krisensituation zu lernen und das individuelle kommunale Krisenmanagement nachhaltig zu verbessern. Zur Krisenfestigkeit gehört nicht nur die Bewältigung, sondern auch die konsequente Nachbereitung und Evaluation. Dadurch kann die Stadt ihre Strukturen des Krisenmanagements bedarfsgerecht anpassen. Die regelhafte Nachbereitung von außergewöhnlichen Ereignissen ist somit ein wichtiges Instrument, um die Abläufe und die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen im Nachgang beurteilen zu können.

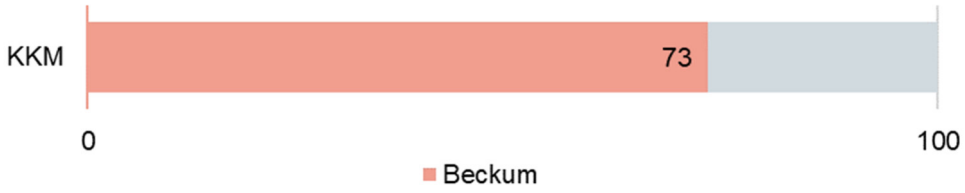
Die Beteiligten haben sich in der Nachbesprechung über die Dienstanweisung, die Alarmierung, die technische Umsetzung, die Versorgung, die Presse und Medienarbeit, die Nachbereitung und Konzepte ausgetauscht. Dabei haben die Beteiligten den Ereignishergang aus verschiedenen Perspektiven betrachtet und Optimierungsmöglichkeiten erarbeitet und verbindlich festgehalten. Im Nachgang wurden weitere Mitarbeitende über die Ergebnisse informiert. Die Stadt hat sodann ihr Verfahren optimiert, indem sie Schemen, Checklisten und Mustertexte angelegt hat. Sie hat weitere Aufgaben zugewiesen und technische Anforderungen konkretisiert. Darüber hinaus hat die Stadt die Ausstattung des SAE-Raums angepasst. Zudem hat der Fachbereich 7 den Auftrag erhalten ein Hochwasserkonzept zu erarbeiten.

Aus Sicht der gpaNRW hat die Stadt das außergewöhnliche Ereignis gut nachbereitet und dokumentiert. Durch Anpassen der Ausstattung und Strukturen hat die Stadt einen positiven Beitrag für zukünftige Einsätze geleistet.

5.10 Anlage: Übersicht Erfüllungsgrad im kommunalen Krisenmanagement

Nachfolgend fasst die gpaNRW die Ergebnisse aus den Erfüllungsgraden der Berichtskapitel 5.5 Prävention und Vorbereitung, 5.6 Organisation, 5.7 Schulung und Übung, 5.8 Bevölkerungsinformation und Medienarbeit und 5.9 Nachbereitung und Evaluation zusammen:

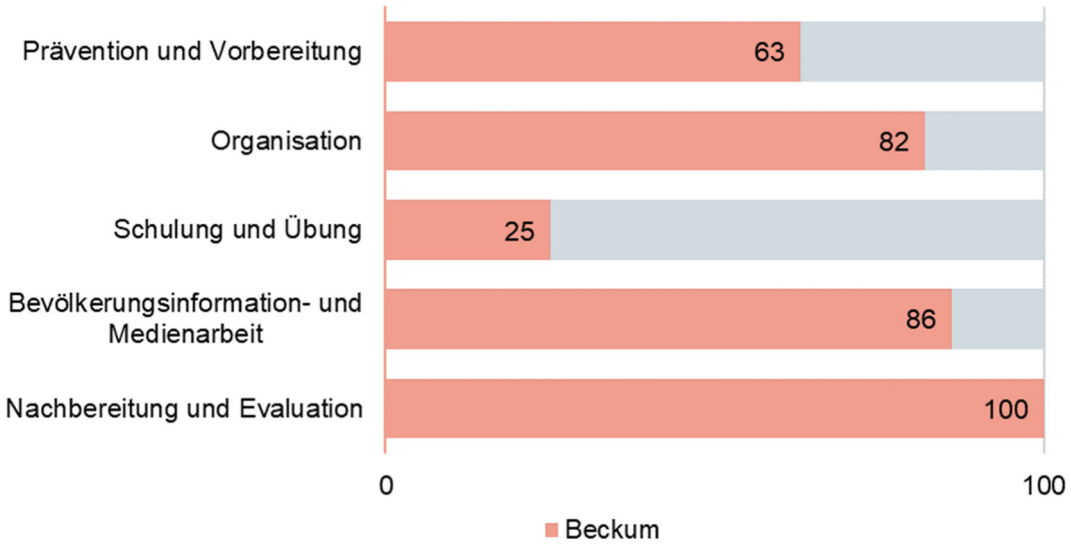
Erfüllungsgrad Krisenmanagement in Prozent 2025



In den interkommunalen Vergleich sind 43 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

In der Grafik sind nicht alle Vergleichswerte einzeln sichtbar, da mehrere Städte gleiche Erfüllungsgrade erreichen und sich die Werte dadurch überlagern. Der Median beträgt 64 Prozent. Der dargestellte Erfüllungsgrad setzt sich aus den nachstehenden Einzelergebnissen zusammen:

Erfüllungsgrade der einzelnen Teilaspekte in Prozent 2025



5.11 Anlage: Ergänzende Tabellen

Tabelle 1: Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2025 – Kommunales Krisenmanagement

Feststellung		Seite	Empfehlung		Seite
Erkennen von Risiken					
F1	Die Stadt Beckum hat eine Vielzahl von Risiken erkannt. Die Dokumentation über die Risikobewertung zeigt Verbesserungspotenzial auf.	147	E1	Die Stadt Beckum könnte mit einer Gesamtübersicht inklusive der Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadensausmaß ihr kommunales Krisenmanagement besser dokumentieren und damit eine besserte Entscheidungsgrundlage für den Mitteleinsatz schaffen.	148
Vorplanung					
F2	Die Stadt Beckum hat viele Maßnahmen ergriffen um Krisen oder krisenähnlichen Ereignissen zu begegnen. Die Konzepte hat die Stadt noch nicht vollständig abgeschlossen und umgesetzt.	148	E2	Die Stadt Beckum sollte wie beabsichtigt ihre Risiko- und Krisenpläne weiter ausarbeiten und unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze prüfen, welche Maßnahmen sie umsetzen kann.	149
Regelungen zur Einbindung von Spontanhelfenden					
F3	Die Stadt Beckum hat keine Regelung zur Einbindung von Spontanhelfenden getroffen.	149	E3	Um die Einsatzkräfte vor Ort bei der Ereignisbewältigung zu entlasten und eine effektive Einsatzbewältigung sicherzustellen, sollte die Stadt Beckum wie beabsichtigt Regelungen im Umgang mit Spontanhelfenden treffen.	150
Stabsraum					
F4	Mit einem gut erreichbaren SAE-Raum sowie weiteren Ausweichmöglichkeiten hat die Stadt Beckum eine gute Basis für die Arbeitsfähigkeit des SAE geschaffen. Eine Zugangsbeschränkung hat die Stadt bisher nicht vorgesehen.	152	E4	Die Stadt Beckum sollte prüfen, ob die analoge und digitale Ausstattung des SAE-Raums ausreicht. Mit einer Regelung zur regelmäßigen Überprüfung der Ausstattung könnte die Stadt die Einsatzfähigkeit der analogen und technischen Ausstattung sicherstellen. Die Stadt sollte eine Zugangssteuerung während eines SAE-Einsatzes einrichten.	154

	Feststellung	Seite		Empfehlung	Seite
Notstromversorgung					
F5	Die Stadt Beckum kann mit ihrer Notstromversorgung alle Aufgaben für die Daseinsvorsorge der Bevölkerung sicherstellen. Sie hat keine verbindlichen Intervalle für die Funktionstest ihrer Notstromaggregate festgelegt. Übungen finden nur in den Feuerwehrwachen statt.	154	E5	Die Stadt Beckum sollte verbindliche Intervalle für die Wartung und Funktionstest der Notstromaggregate festlegen und regelmäßig den Notbetrieb üben.	154
Dienstanweisung SAE					
F6	Die Stadt Beckum hat eine umfangreiche Dienstanweisung für den SAE. Diese entspricht jedoch nur teilweise der gelebten Praxis.	155	E6	Die Stadt Beckum sollte wie beabsichtigt, ihre Dienstanweisung SAE überarbeiten.	157
Schulung der SAE-Mitglieder					
F7	Die Stadt Beckum arbeitet neue SAE-Mitglieder ein. Schulungen für alle SAE-Mitglieder hat die Stadt bisher nicht durchgeführt.	158	E7	Die Stadt Beckum sollte wie geplant die Schulung der SAE-Mitglieder durchführen. Sie sollte regelmäßige Schulungen etablieren und die verpflichtende Teilnahme verbindlich regeln.	159
Übung der SAE-Mitglieder					
F8	Die Stadt Beckum hat bisher keine Übungen der SAE-Mitglieder durchgeführt.	159	E8	Die Stadt Beckum sollte wie geplant, ein Übungskonzept erarbeiten und Übungen mit den SAE-Mitgliedern regelmäßig durchführen.	159
Krisenkommunikation					
F9	Die Stadt Beckum nutzt für die Krisenkommunikation verschiedene Medien um alle Bevölkerungsschichten zu erreichen. Sie nutzt vorgefertigte Checklisten, allerdings nicht bezogen auf alle ermittelten Gefahren .	160	E9	Die Stadt Beckum könnte ihre Krisenkommunikation stärken indem sie für alle ermittelten Gefahren Checklisten nutzt.	161
Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung					
F10	Die Stadt Beckum informiert die Bevölkerung über die Selbsthilfefähigkeit in Flyern und Gesprächen. Onlinemedien nutzt die Stadt zur Stärkung der Selbsthilfefähigkeit selten.	161	E10	Die Stadt Beckum könnte die Selbsthilfefähigkeit ihrer Bevölkerung stärken, indem sie auch in sozialen Medien über die Möglichkeit der Selbsthilfe informiert.	162

6. Hilfe zur Erziehung

6.1 Managementübersicht

Die wesentlichen Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der **Stadt Beckum** im Prüfgebiet Hilfe zur Erziehung (HzE) stellt die gpaNRW nachfolgend zusammenfassend dar.

Die Feststellungen und Empfehlungen haben wir tabellarisch in der Anlage aufgeführt. Die Reihenfolge ist chronologisch und gibt keine Priorisierung vor.

Hilfe zur Erziehung

Die Prüfung der gpaNRW beruht auf Kennzahlenvergleichen und einer Betrachtung der Faktoren, die sich auf die **Aufwendungen HzE je Einwohnerin bzw. Einwohner (EW) von 0 bis unter 21 Jahre** auswirken. Die einwohnerbezogenen Aufwendungen sind im interkommunalen Vergleich des Jahres 2024 in Beckum am Median.

Die einwohnerbezogenen Aufwendungen werden unter anderem von den **Hilfefällen HzE je 1.000 EW von 0 bis unter 21 Jahre (Falldichte HzE)** beeinflusst. Hier gehört die Stadt Beckum zur Hälfte der Vergleichskommunen mit den höchsten einwohnerbezogenen Fallzahlen. Aber auch die **Aufwendungen je Hilfefall** wirken sich auf die einwohnerbezogenen Aufwendungen aus. Diese bestehen vor allem aus Transferleistungen an freie Träger. Die Stadt Beckum hat im interkommunalen Vergleich sehr niedrige fallbezogene Aufwendungen. Grund dafür ist der sehr hohe **Anteil von ambulanten Hilfefällen an den Hilfefällen gesamt.** Dieser beeinflusst die Aufwendungen je Hilfefall positiv. Innerhalb der stationären Hilfen stellt die Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII die günstigste Form der Hilfe dar. Der **Anteil von Vollzeitpflegefällen an den stationären Hilfefällen** ist in Beckum leicht überdurchschnittlich.

Vor dem Hintergrund der gestiegenen Aufwendungen gewinnt die Refinanzierung durch die Geltendmachung von Kostenerstattungen weiter an Bedeutung. Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum bezieht die Wirtschaftliche Jugendhilfe (WiJu) bereits in das **Controlling** ein. Die Analyse der Entwicklung von Aufwendungen und Fallzahlen im Rahmen des Berichts Kinder- und Jugendhilfe bewerten wir sehr positiv. Wir empfehlen die Weiterentwicklung des Controllings auf Basis von strategischen und operativen Zielen sowie die Überprüfung der Zielerreichung mithilfe von Kennzahlen.

Die WiJu der Stadt Beckum ist an die **Fachsoftware** des Jugendamtes angebunden. Das unterstützt die Fallbearbeitung und Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD). Auch die vorhandene Verschriftlichung von **Verfahrensstandards und Prozessabläufen** unterstützt eine rechtzeitige Zuständigkeitsprüfung und Geltendmachung von Kostenerstattungsansprüchen. Zudem trägt sie zu einer einheitlichen und qualifizierten Sachbearbeitung in der WiJu bei.

6.2 Aufbau des Teilberichtes

Die Kapitel dieses Teilberichtes beginnen mit einer wertenden Aussage zu unserem Prüfungsergebnis. Wertungen, die eine Stellungnahme der Stadt nach § 105 Abs. 6 und 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) notwendig machen, bezeichnen wir als **Feststellung**.

Anschließend folgt *kursiv* gedruckt die **Sollvorstellung.** Die Sollvorstellung stellt die Inhalte und das Prüfungsziel im Kapitel dar. Sie ist allgemein formuliert und grundsätzlich für alle Städte gültig, z. B. auf Basis der aktuell geltenden Gesetzeslage.

Ausgehend von diesem Soll analysieren wir die individuelle Situation in der geprüften Stadt und weisen dabei erkannte Verbesserungspotenziale als **Empfehlung** aus.

Weitere allgemeine Ausführungen zur Struktur der Teilberichte stehen im Vorbericht.

6.3 Inhalte, Ziele und Methodik

Das Prüfgebiet Hilfe zur Erziehung umfasst nach der Definition der gpaNRW die Hilfen nach dem Zweiten Kapitel, vierter Abschnitt des Achten Buches Sozialgesetzbuches (SGB VIII) (§§ 27 bis 35, 35a, 41). Wesentliche Rechtsgrundlage für die Gewährung von Hilfen zur Erziehung ist das SGB VIII in Verbindung mit den dazu ergangenen landesrechtlichen Ausführungsgesetzen. Auf Hilfe zur Erziehung besteht für die Personensorgeberechtigten und ihr Kind nach § 27 Abs. 1 SGB VIII ein Rechtsanspruch, wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist.

Ziel der Prüfung ist es, auf Steuerungs- und Optimierungspotenziale hinzuweisen und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die das finanzwirtschaftliche Ergebnis perspektivisch verbessern können. Dazu analysiert die gpaNRW in den Jugendämtern der mittleren kreisangehörigen Kommunen die Erträge und Aufwendungen sowie die Fallzahlen und die Personalausstattung. Dazu macht die gpaNRW strukturierte Datenabfragen. Zusätzlich führt sie zu inhaltlichen Themen standardisierte Interviews.

Im Fokus der Betrachtung steht ein wirtschaftlicher Ressourceneinsatz unter Berücksichtigung fachlicher Standards der Aufgabenerfüllung. Mittels interkommunaler Kennzahlenvergleiche steigt die gpaNRW in die Analyse ein. Für die tiefergehende Analyse werten wir Unterlagen und Ergebnisse aus Gesprächen vor Ort aus. Darüber hinaus bezieht die gpaNRW Besonderheiten des Jugendamtes in ihre Betrachtung ein.

Die Erträge und Aufwendungen beziehen sich auf das Haushaltsjahr. Die Falldaten ermittelt die gpaNRW schwerpunktmäßig über einen Jahresdurchschnittswert. Für weitere Abfragen, wie z.B. Verweildauern und Betreuungsdauern, wird eine andere Zählweise (im Kalenderjahr beendete Hilfefälle) vorgegeben.

Der inhaltliche Schwerpunkt dieser Prüfung liegt in der Analyse der Wirtschaftlichen Jugendhilfe (WiJu). Der Ressourceneinsatz im Bereich Hilfe zur Erziehung wird neben der Aufwandsseite auch erheblich von der Ertragsseite, z.B. durch die Geltendmachung von

Kostenerstattungsansprüchen, geprägt. Zusätzlich kommt einer sachlich richtigen Zuständigkeitsprüfung eine hohe Bedeutung zu, um Vermögensschäden durch unzuständig erfolgte Leistungen zu vermeiden.

Den Prozess „Zuständigkeit im Hilfeplanverfahren prüfen“ stellt die gpaNRW grafisch dar. Unsere Prozessaufnahme zielt darauf ab, den Informationsfluss zwischen dem Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) und der Wirtschaftlichen Jugendhilfe (WiJu) zu optimieren. Es sollen Schwachstellen aufgezeigt und Verbesserungsmöglichkeiten ermittelt werden. Die Schnittstelle zwischen ASD und WiJu ist von Bedeutung, damit alle Informationen für eine rechtssichere Prüfung der Zuständigkeit umfassend und zeitnah ausgetauscht werden.

In der Anlage dieses Teilberichtes befinden sich differenzierte Grunddaten zu Einwohnerzahlen sowie den Aufwendungen und Fallzahlen der Hilfe zur Erziehung für die Stadt Beckum.

6.4 Einflussfaktoren Hilfe zur Erziehung

6.4.1 Aufwendungen HzE je Einwohnerin bzw. Einwohner (EW) von 0 bis unter 21 Jahre

→ Die einwohnerbezogenen Aufwendungen für die Hilfen zur Erziehung der Stadt Beckum liegen 2024 am Median. Die hohe Falldichte wirkt sich belastend auf die einwohnerbezogenen Aufwendungen aus. Die niedrigen Aufwendungen je Hilfefall sowie der hohe Anteil an ambulanten Hilfefällen wirken sich dagegen entlastend auf die einwohnerbezogenen Aufwendungen aus.

Die Aufwendungen Hilfe zur Erziehung umfassen die Transferaufwendungen für die ambulanten und stationären Hilfen nach den §§ 27 bis 35, 35a und 41 SGB VIII.

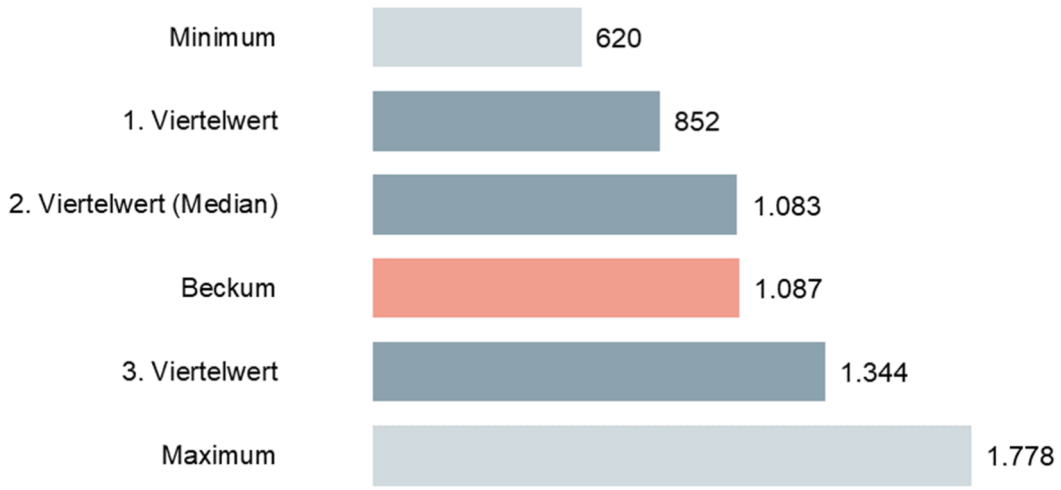
Soweit für ambulante erzieherische Hilfen eigenes Personal für die Leistungserbringung eingesetzt wird (eigener ambulanter Dienst), werden die Personalaufwendungen auf der Grundlage der KGSt-Arbeitsplatzkosten[37] entsprechend der Vollzeit-Stellenanteile und der Entgeltgruppe bzw. Besoldungsgruppe in die Aufwendungen eingerechnet. Soweit Kinder/ Jugendliche in eigenen Einrichtungen der Erziehungshilfe der Stadt betreut werden, sind die Aufwendungen für die Betreuung auf der Grundlage der internen Leistungsverrechnungen (iLV) zu berücksichtigen. Sollten keine iLV ausgewiesen sein, wird ersatzweise ein fiktiver Tagessatz analog von in den eigenen Einrichtungen untergebrachten auswärtigen Kindern/ Jugendlichen in die Aufwendungen eingerechnet.

Die **Stadt Beckum** setzt eigenes Personal für die Leistungserbringung von Hilfen zur Erziehung ein. Deshalb sind in 2024 neben den Transferaufwendungen für Hilfen zur Erziehung in Höhe von rund 8 Mio. Euro auch Personalaufwendungen in die Betrachtung eingeflossen. Eigene Einrichtungen der Erziehungshilfe hat die Stadt nicht. Bezogen auf die 7.450 Einwohner und

[37] KGSt-Bericht „Kosten eines Arbeitsplatzes“ in der jeweils aktuellen Fassung

Einwohnerinnen von 0 bis unter 21 Jahre, ergeben sich Aufwendungen für die Hilfen zur Erziehung in Höhe von 1.087 Euro je Einwohnerin und Einwohner von 0 bis unter 21 Jahre.

Aufwendungen HzE je EW* von 0 bis unter 21 Jahre in Euro 2024



*Einwohnerin bzw. Einwohner

In den interkommunalen Vergleich sind 26 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

Im interkommunalen Vergleich liegen die einwohnerbezogenen Aufwendungen der Stadt Beckum 2024 am Median.

Entwicklung der einwohnerbezogenen Aufwendungen Beckum 2023 bis 2024

Kennzahl	2023	2024
Aufwendungen HzE je EW von 0 bis unter 21 Jahre in Euro	929	1.087

In der letzten überörtlichen Prüfung hatte die Stadt Beckum in 2018 noch einwohnerbezogene Aufwendungen für Hilfen zur Erziehung in Höhe von 719 Euro. Diese sind in der Zwischenzeit somit deutlich gestiegen. Auch von 2023 bis 2024 haben sich die einwohnerbezogenen Aufwendungen um rund 17 Prozent weiter erhöht. Die Aufwendungen HzE je Einwohnerin und Einwohner von 0 bis unter 21 Jahre und damit auch die dargestellte Entwicklung werden durch

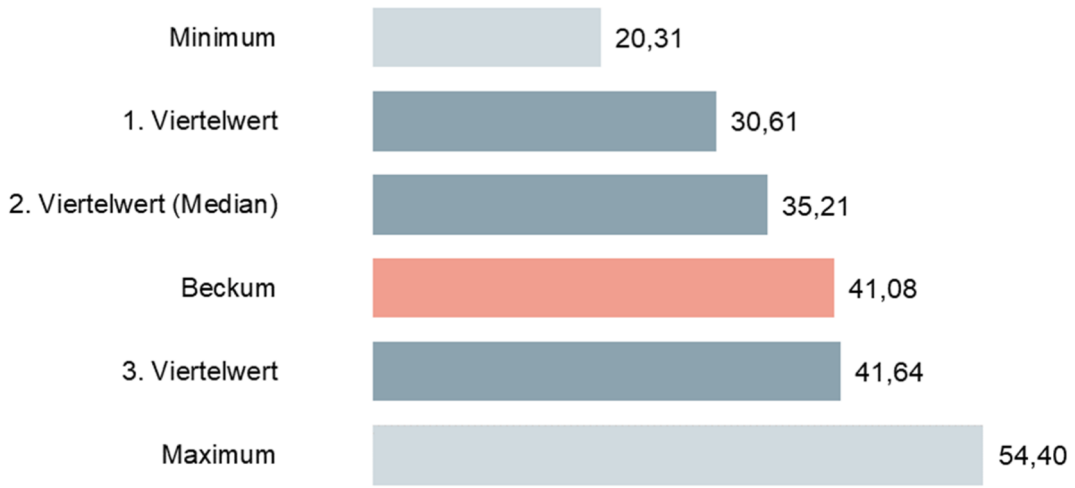
mehrere Faktoren beeinflusst. Die einzelnen Einflussfaktoren stellen wir im Folgenden näher dar und analysieren sie.

6.4.2 Falldichte HzE

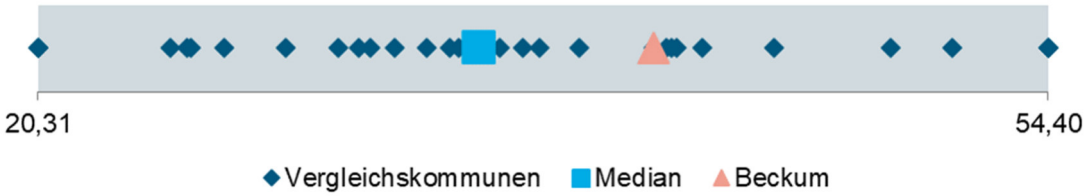
- Die Stadt Beckum hat in 2024 eine hohe Falldichte Hilfe zur Erziehung (HzE). Das wirkt sich belastend auf die Aufwendungen HzE je Einwohner und Einwohnerin (EW) von 0 bis unter 21 Jahre aus.

Die gpaNRW definiert die Falldichte als die Zahl der Hilfefälle für Hilfen zur Erziehung je 1.000 EW von 0 bis unter 21 Jahre. Durch präventive Maßnahmen, eine gute Zugangssteuerung und kurze Laufzeiten von Hilfefällen sollte das Jugendamt darauf hinwirken, dass die Falldichte niedrig bleibt, um die Aufwendungen HzE je EW von 0 bis unter 21 Jahre nicht unnötig zu belasten.

Hilfefälle HzE je 1.000 EW von 0 bis unter 21 Jahre (Falldichte HzE) 2024



In den interkommunalen Vergleich sind 26 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



Die **Stadt Beckum** gehört im interkommunalen Vergleich zur Hälfte der Kommunen mit den einwohnerbezogen höchsten Fallzahlen. Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe führt dieses Ergebnis auf ein Zusammenspiel aus verschiedenen Faktoren zurück. Hierzu zählen neben schwierigen Sozialstrukturen auch ein hohes Maß an Personalfluktuation im ASD. Eine

zunehmende Zahl an Kindeswohlgefährdungsmeldungen sowie komplexe Fallverläufe führen zu einer hohen Arbeitsbelastung im ASD. Die vielen Personalwechsel bedeuten weitere Belastung durch Einarbeitungszeiten und der Kompensation von Personalvakanzen. Häufig kann die Stadt Stellen aufgrund des Fachkräftemangels sowie den hohen Anforderungen an die Arbeit im ASD nicht unmittelbar nachbesetzen. Durch das häufig wechselnde Personal wird zudem die Fallsteuerung erschwert, was umfangreichere und länger andauernde Hilfeverläufe begünstigt. Der Fachdienst versucht durch verschiedene Maßnahmen, z. B. im Bereich der Personalgewinnung und -einarbeitung sowie Qualitätssicherung auf diese Entwicklung zu reagieren.

Entwicklung der Falldichte HzE Beckum 2023 bis 2024

Grund-/Kennzahl	2023	2024
Hilfefälle gesamt	305	306
Einwohner und Einwohnerinnen von 0 bis unter 21 Jahre	7.351	7.450
Hilfefälle HzE je 1.000 EW von 0 bis unter 21 Jahre (Falldichte HzE)	**41,52**	**41,08**

Die Falldichte ist in Beckum von 2023 auf 2024 minimal gesunken. Das hängt mit der gestiegenen Anzahl der Einwohner und Einwohnerinnen von 0 bis unter 21 Jahre zusammen. Differenziert nach ambulanten und stationären Hilfefällen, stellt sich die einwohnerbezogene Falldichte im interkommunalen Vergleich wie folgt dar:

Hilfefälle HzE je 1.000 EW von 0 bis unter 21 Jahre (Falldichte HzE ambulant und stationär) 2024

Kennzahl	Beckum	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Ambulante Hilfefälle HzE je 1.000 EW von 0 bis unter 21 Jahre (Falldichte ambulant)	27,83	10,23	17,34	21,77	23,89	38,56	26
Stationäre Hilfefälle HzE je 1.000 EW von 0 bis unter 21 Jahre (Falldichte stationär)	13,26	8,32	12,28	13,81	16,19	20,36	26

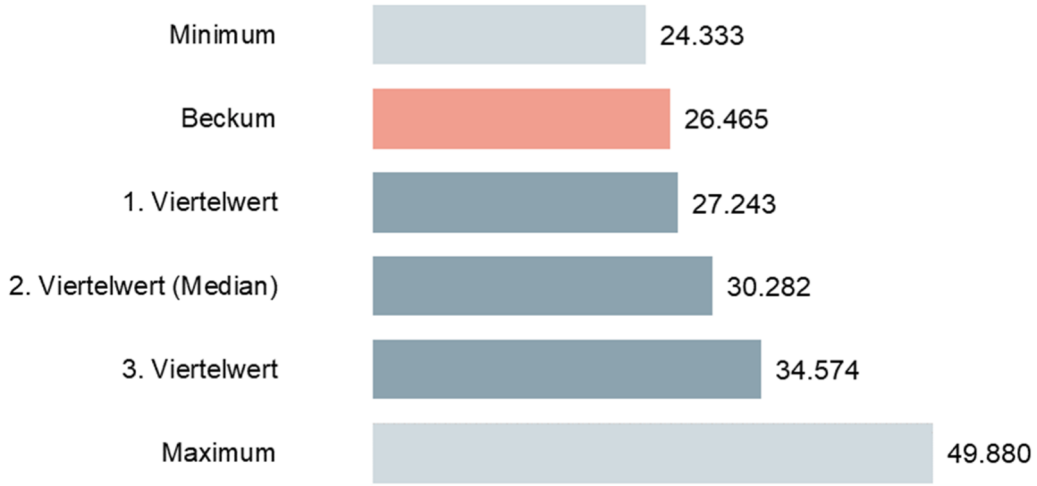
Bei der Falldichte ambulant gehört die Stadt Beckum zu dem Viertel der Vergleichskommunen mit den höchsten einwohnerbezogenen Fallzahlen. Bei der Falldichte stationär gehört die Stadt hingegen zu der Hälfte der Vergleichskommunen mit den niedrigeren einwohnerbezogenen Fallzahlen.

Neben der Falldichte haben auch die Aufwendungen je Hilfefall Einfluss auf die einwohnerbezogenen Aufwendungen. Diese betrachten wir im nächsten Kapitel näher.

6.4.3 Aufwendungen HzE je Hilfefall

→ Die Stadt Beckum hat sehr niedrige Aufwendungen HzE je Hilfefall. Das wirkt sich entlastend auf die Aufwendungen HzE je Einwohner und Einwohnerin von 0 bis unter 21 Jahre aus.

Aufwendungen HzE je Hilfefall in Euro 2024



In den interkommunalen Vergleich sind 26 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

Ambulante und stationäre Aufwendungen HzE je Hilfefall in Euro 2024

Kennzahl	Beckum	Minimum	1. Viertel-wert	2. Viertel-wert (Median)	3. Viertel-wert	Maximum	Anzahl Werte
Ambulante Aufwendungen HzE je Hilfefall in Euro	11.049	11.049	12.508	14.735	16.975	23.698	26
Stationäre Aufwendungen HzE je Hilfefall in Euro	58.831	39.158	51.166	56.081	60.336	89.769	26

Die **Stadt Beckum** gehört im interkommunalen Vergleich zu dem Viertel der Kommunen mit den niedrigsten Aufwendungen je Hilfefall. Differenziert nach ambulanten und stationären Aufwendungen hat die Stadt bei den ambulanten Hilfen aktuell die geringsten fallbezogenen

Aufwendungen. Bei den stationären Aufwendungen gehört die Stadt zu der Hälfte der Kommunen mit den höheren fallbezogenen Aufwendungen.

Entwicklung der Aufwendungen HzE Beckum 2023 bis 2024

Kennzahl	2023	2024
Aufwendungen HzE je Hilfefall in Euro	22.378	26.465
Ambulante Aufwendungen HzE je Hilfefall in Euro	9.344	11.049
Stationäre Aufwendungen HzE je Hilfefall in Euro	54.323	58.831

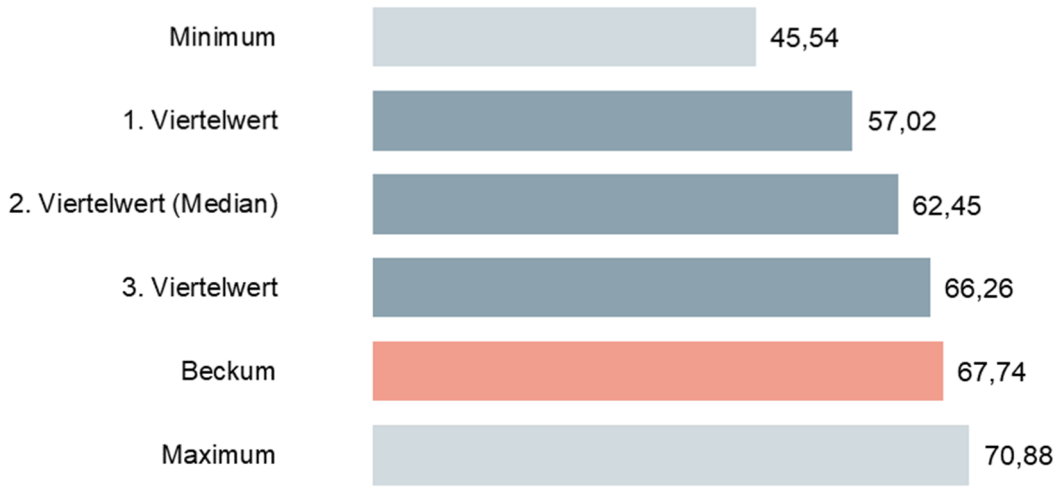
Die fallbezogenen Aufwendungen sind von 2023 bis 2024 um rund 18 Prozent gestiegen. Das hängt im Wesentlichen mit einem Anstieg der ambulanten Aufwendungen je Hilfefall zusammen. Diese sind von 2023 auf 2024 ebenfalls um rund 18 Prozent gestiegen. Bei den stationären Aufwendungen je Hilfefall liegt der Anstieg von 2023 bis 2024 bei rund acht Prozent. Grundsätzlich ist bei allen Hilfearten ein Anstieg der fallbezogenen Aufwendungen zu verzeichnen. Das hängt auch mit Kostensteigerungen aufgrund von höheren Personalaufwendungen bei den Trägern durch neue Tarifabschlüsse zusammen. Bei den ambulanten Hilfen ist mittlerweile die Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII die maßgebende Hilfeart. Weitere Ausführungen folgen im Kapitel 6.5.3 Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII. Die stationären Aufwendungen je Hilfefall werden maßgeblich von den Aufwendungen für die Heimerziehung nach § 34 SGB VIII beeinflusst. In Beckum machen diese Aufwendungen rund 56 Prozent der stationären Aufwendungen und rund 40 Prozent der gesamten Aufwendungen für die Hilfen zur Erziehung aus. Weitere Ausführungen folgen im Kapitel 6.5.2 Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform nach § 34 SGB VIII.

Die Aufwendungen je Hilfefall werden maßgeblich von dem Anteil ambulanter Hilfefälle beeinflusst, welchen wir nachfolgend betrachten.

6.4.4 Anteil ambulanter Hilfefälle

→ Die Stadt Beckum hat in 2024 einen sehr hohen Anteil ambulanter Hilfefälle an den Hilfefällen Hilfe zur Erziehung. Das wirkt sich entlastend auf die Aufwendungen je Hilfefall und damit auch die Aufwendungen je Einwohnerin und Einwohner von 0 bis unter 21 Jahre aus.

Anteil ambulanter Hilfefälle an den Hilfefällen HzE in Prozent 2024



In den interkommunalen Vergleich sind 26 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

Entwicklung Anteil ambulanter Hilfefälle Beckum 2023 bis 2024

Kennzahl	2023	2024
Anteil ambulante Hilfefälle an den Hilfefällen HzE in Prozent	71,02	67,74

Der Anteil ambulanter Hilfefälle an den Hilfefällen Hilfen zur Erziehung ist in der **Stadt Beckum** von 2023 auf 2024 um rund fünf Prozent gesunken. Trotzdem hat die Stadt im interkommunalen Vergleich einen sehr hohen Anteil ambulanter Hilfefälle an den Hilfefällen HzE. In 2024 haben nur drei Vergleichskommunen einen höheren Anteil ambulanter Hilfefälle an den Hilfefällen insgesamt. Grundsätzlich ist ein hoher Anteil ambulanter Hilfefälle bei einer gleichzeitig niedrigen Falldichte erstrebenswert, da dadurch kostenintensive stationäre Hilfefälle vermieden werden können. Ein ambulanter Hilfefall verursacht in 2024 durchschnittliche Aufwendungen in Höhe von rund 11.000 Euro, während die Stadt Beckum für einen stationären Hilfefall im Durchschnitt

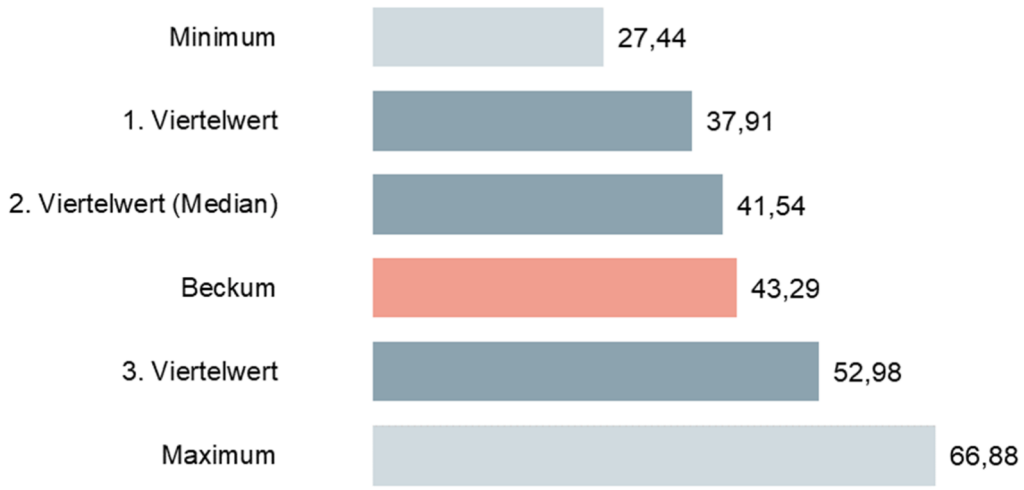
rund 59.000 Euro aufwenden muss. Die Stadt Beckum hat bereits einen sehr hohen Anteil ambulanter Hilfefälle an den Hilfefällen gesamt. Das wirkt sich positiv auf die Aufwendungen je Hilfefall und damit auch auf die Aufwendungen je Einwohner und Einwohnerin von 0 bis unter 21 Jahre aus. Allerdings ist die Falldichte im interkommunalen Vergleich ebenfalls sehr hoch. Das wiederum wirkt sich belastend auf die Aufwendungen je Einwohner und Einwohnerin von 0 bis unter 21 Jahre aus.

Neben dem Anteil ambulanter Hilfefälle wirkt sich auch der Anteil von Vollzeitpflegefällen an den stationären Hilfefällen auf die Aufwendungen je Hilfefall und damit die Aufwendungen je Einwohnerin und Einwohner von 0 bis unter 21 Jahre aus.

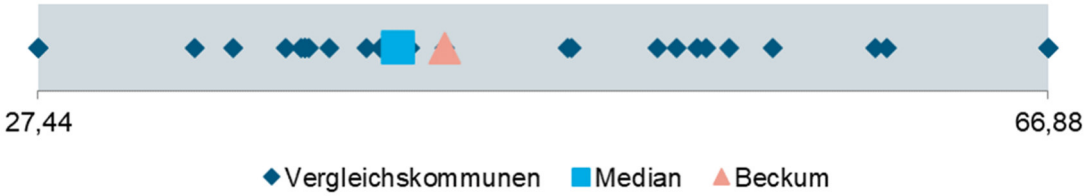
6.4.5 Anteil Vollzeitpflegefälle

→ **Feststellung**
Die Stadt Beckum hat einen leicht überdurchschnittlichen Anteil Vollzeitpflegefälle an den stationären Hilfefällen. Der Anteil Vollzeitpflegefälle ist von 2023 auf 2024 gesunken.

Anteil Hilfefälle nach § 33 SGB VIII an den stationären Hilfefällen HzE in Prozent 2024



In den interkommunalen Vergleich sind 26 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



Im Jahr 2024 waren 43 der 99 stationären Hilfeplanfälle bei der **Stadt Beckum** Fälle in Vollzeitpflege. Die Stadt hat damit einen leicht überdurchschnittlichen Anteil Vollzeitpflegefälle an den stationären Hilfefällen im interkommunalen Vergleich.

Entwicklung Anteil Vollzeitpflegefälle an den stationären Hilfefällen Beckum 2023 bis 2024

Kennzahl	2023	2024
Anteil Hilfefälle nach § 33 SGB VIII an den stationären Hilfefällen HzE in Prozent	47,12	43,29

Die Vollzeitpflegequote ist in Beckum von 2023 auf 2024 um rund acht Prozent gesunken. In der letzten überörtlichen Prüfung lag der Anteil Vollzeitpflegefälle an den stationären Hilfefällen in 2018 nur bei rund 42 Prozent und damit noch etwas niedriger.

Entwicklung der stationären Fallzahlen nach §§ 33, 34, 35, 35a und 41 SGB VIII Beckum 2023 bis 2024

Grundzahl	2023	2024
Vollzeitpflege § 33 SGB VIII, § 41 SGB VIII i. V. m. § 33 SGB VIII	42	43
Heimerziehung § 34 SGB VIII, § 41 SGB VIII i. V. m. § 34 SGB VIII	44	52
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung § 35 SGB VIII	2	2
Eingliederungshilfe stationär § 35a SGB VIII, § 41 i. V. m. § 35a SGB VIII	1	2
Stationäre Hilfefälle gesamt	**89**	**99**

Die absolute Zahl der Vollzeitpflegefälle bleibt von 2023 auf 2024 nahezu konstant. Auch die Fallzahlen im Bereich Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung und Eingliederungshilfe stationär haben sich in diesem Zeitraum kaum bzw. gar nicht verändert. Die Zahl der Hilfefälle in Heimerziehung ist zeitgleich aber deutlich gestiegen, was zu einem niedrigeren Anteil Vollzeitpflegefälle an den stationären Hilfefällen führt. Sollten die Hilfefälle in Heimerziehung bei gleichbleibender Anzahl an Hilfefällen in Vollzeitpflege weiter steigen, kann sich dies belastend auf die Aufwendungen je Hilfefall und die Aufwendungen je Einwohner und Einwohnerin von 0 bis 21 Jahre auswirken. Ein Fall in Vollzeitpflege verursacht in 2024 im Durchschnitt Aufwendungen in Höhe von rund 33.000 Euro, die durchschnittlichen Aufwendungen für einen Fall in Heimerziehung liegen bei rund 78.000 Euro. Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe hat ausgeführt, dass sich die Akquise von neuen Pflegefamilien sehr schwierig gestaltet, obwohl der Fachdienst über Informationen in der Presse, Werbeveranstaltungen, Infoabende usw. stetig daran arbeitet, die Situation zu verbessern. Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe nimmt wahr, dass die Bereitschaft zur Aufnahme von Pflegekindern abnimmt, weshalb in der letzten Zeit keine weiteren Pflegefamilien gewonnen werden konnten.

→ **Empfehlung**
Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte auch weiterhin daran arbeiten, den Anteil an Kindern und Jugendlichen in Vollzeitpflege zu erhöhen. Dafür sollte der Fachdienst die bereits ergriffenen Maßnahmen zur Akquise und Werbung für geeignete Pflegefamilien überprüfen und weitere Maßnahmen eruieren.

Weitere Ausführungen zur Vollzeitpflege folgen im Kapitel 6.5.1 Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII.

6.5 Hilfen nach §§ 27 ff. SGB VIII

Vertiefend betrachtet die gpaNRW nachfolgend einige wesentliche Hilfearten. Zusätzlich handelt es sich um die Hilfearten, die sich in größerem Umfang auf die Aufwendungen HzE auswirken.

6.5.1 Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII

Vollzeitpflege umfasst die Unterbringung von Kindern/ Jugendlichen außerhalb des Elternhauses in einer Pflegefamilie. Neben der normalen Pflegefamilie gibt es verschiedene Formen der Vollzeitpflege, z.B. Sonderpädagogische Pflegestellen für verhaltens- und entwicklungsauffällige Kinder/ Jugendliche. Eine Unterbringung kann zeitlich befristet oder auf Dauer angelegt sein.

Umfang der Hilfen nach § 33 SGB VIII 2024

Kennzahl	Beckum	Minimum	1. Viertel-wert	2. Viertel-wert (Median)	3. Viertel-wert	Maximum	Anzahl Werte
Stationäre Aufwendungen § 33 SGB VIII je EW von 0 bis unter 21 Jahre in Euro	186	41,79	117	148	182	255	26
Stationäre Aufwendungen § 33 SGB VIII je Hilfefall in Euro	33.437	12.871	21.167	25.137	28.454	40.859	26
Hilfefälle § 33 SGB VIII je 1.000 EW von 0 bis unter 21 Jahre (Falldichte § 33 SGB VIII)	5,57	2,92	4,67	5,84	7,10	8,87	26

Die **Stadt Beckum** gehört zu dem Viertel der Kommunen mit den höchsten einwohnerbezogenen Aufwendungen für die Vollzeitpflege. Die Falldichte ist auf einem leicht unterdurchschnittlichen Niveau. Die hohen einwohnerbezogenen Aufwendungen sind deshalb auf die sehr hohen Aufwendungen je Hilfefall zurückzuführen. Hier gehört die Stadt zu dem Viertel der Vergleichskommunen mit den höchsten fallbezogenen Aufwendungen. In 2023 lagen die Aufwendungen je Hilfefall Vollzeitpflege noch bei 25.503 Euro. Die Aufwendungen sind somit um rund 31 Prozent gestiegen. Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe führt die hohen fallbezogenen Aufwendungen insbesondere auf einen hohen Anteil an Pflegeverhältnissen in sogenannten Westfälischen Pflegefamilien (WPF) zurück. Hierbei sind die Familien an einen Träger gebunden, der sie zusätzlich begleitet und berät. Die Kosten für die Betreuung in Westfälischen Pflegefamilien sind deutlich höher als die Kosten für die Unterbringung in „normalen“ Pflegefamilien. Zudem gibt es in Beckum viele Fälle in Verwandtenpflege, in denen zusätzliche Hilfen erforderlich sind, um die Familiensysteme zu erhalten. Insgesamt zeigt sich nach den Angaben des Fachdienstes Kinder- und Jugendhilfe ein vermehrter Beratungs- und Betreuungsbedarf bei den Pflegefamilien. Um die Stabilität der Familiensysteme zu sichern, unterstützt der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum die Pflegefamilien deshalb bspw. mit Supervision, ergänzender Beratung, Erziehungsbeistand usw. Trotz der hohen Aufwendungen für die Vollzeitpflege sind

diese nach wie vor erheblich niedriger als die Aufwendungen für eine Heimerziehung. Diese betrachten wir im nächsten Kapitel ausführlicher.

6.5.2 Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform nach § 34 SGB VIII

Bei der Heimerziehung nach § 34 SGB VIII werden Kinder und Jugendliche außerhalb der Herkunftsfamilie Tag und Nacht pädagogisch betreut. Heimerziehung kann zeitlich befristet oder auf Dauer angelegt sein. Sie kann auch in speziellen Formen von Wohngruppen/ Wohngemeinschaften stattfinden.

Heimerziehung, sonst. betreute Wohnform nach § 34 SGB VIII 2024

Kennzahl	Beckum	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Stationäre Aufwendungen § 34 SGB VIII je EW von 0 bis unter 21 Jahre in Euro	433	240	333	420	476	797	26
Stationäre Aufwendungen § 34 SGB VIII je Hilfefall in Euro	78.194	54.697	78.049	84.026	93.988	125.478	26
Hilfefälle § 34 SGB VIII je 1.000 EW von 0 bis unter 21 Jahre (Falldichte § 34 SGB VIII)	5,54	2,97	3,92	5,16	6,19	9,26	26

Die **Stadt Beckum** gehört bei den einwohnerbezogenen Aufwendungen für die Heimerziehung nach § 34 SGB VIII zu der Hälfte der Vergleichskommunen mit den höheren Aufwendungen je Einwohner und Einwohnerin von 0 bis unter 21 Jahre. Das ist auf die leicht überdurchschnittliche Falldichte zurückzuführen. Bei den Aufwendungen je Hilfefall gehört die Stadt zu dem Viertel der Vergleichskommunen mit den niedrigsten fallbezogenen Aufwendungen.

6.5.3 Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII

Kinder und Jugendliche haben einen Anspruch auf Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII, wenn ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist.

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35a SGB VIII 2024

Kennzahl	Beckum	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Aufwendungen § 35a SGB VIII je EW von 0 bis unter 21 Jahre in Euro	137	15,16	102	164	265	556	26

Kennzahl	Beckum	Minimum	1. Viertel-wert	2. Vier-telwert (Median)	3. Viertel-wert	Maxi-mum	Anzahl Werte
Aufwendungen § 35a SGB VIII je Hilfefall in Euro	20.888	9.078	18.176	22.008	26.559	35.597	26
Ambulante Aufwendungen § 35a SGB VIII je Hilfefall in Euro	18.686	9.078	15.856	18.727	23.622	28.928	26
Ambulante Aufwendungen § 35a SGB VIII für Integrationshelfer/Schulbegleitung je Hilfefall in Euro	21.293	10.042	22.270	26.064	32.590	46.124	20
Hilfefälle § 35a SGB VII je 1.000 EW von 0 bis unter 21 Jahre (Falldichte § 35a SGB VIII)	6,57	1,67	5,47	7,06	10,54	18,64	26
Hilfefälle § 35a SGB VIII für Integrationshelfer/ Schulbegleitung je 1.000 EW von 0 bis unter 21 Jahre (Falldichte § 35a SGB VIII Integrationshelfer/ Schulbegleitung)	5,35	0,81	2,81	3,98	6,43	12,09	21

Die **Stadt Beckum** hat vergleichsweise niedrige einwohnerbezogene Aufwendungen für die Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII. Bezogen auf die Falldichte liegt die Stadt im interkommunalen Vergleich ebenfalls unter dem Median. Auch bei den fallbezogenen Aufwendungen gehört die Stadt zu der Hälfte der Vergleichskommunen mit den niedrigeren Aufwendungen je Hilfefall. Das ist auf die unterdurchschnittlichen ambulanten Aufwendungen je Hilfefall zurückzuführen. Diese machen in Beckum den größten Anteil bei der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII aus. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Aufwendungen für Integrationshilfe/Schulbegleitung. Das spiegelt sich in der überdurchschnittlichen Falldichte § 35a SGB VIII Integrationshilfe/Schulbegleitung wider. Auch die fallbezogenen Aufwendungen für die Integrationshilfe/Schulbegleitung sind niedrig. Hier gehört Beckum zum Viertel der Kommunen mit den geringsten Aufwendungen je Hilfefall.

Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe setzt für die Hilfen nach § 35a SGB VIII eine erfahrene Fachkraft als Spezialdienst ein. Das ermöglicht eine intensive Fallsteuerung sowie eine enge Vernetzung mit den Schulen, freien Trägern und anderen Trägern der Eingliederungshilfe wie dem Sozialamt des Kreises Warendorf. Auch die Umsetzung der Schulbegleitung als Poollösung wirkt sich positiv auf die Aufwendungen je Hilfefall Integrationshilfe/Schulbegleitung aus. Zudem hat die Stadt Beckum in Zusammenarbeit mit dem Schulamt des Kreises Warendorf sowie den Grundschulen ein Konzept entwickelt, um für Kinder mit herausforderndem Verhalten passgenaue Hilfestellungen und Angebote im Kontext Schule zu entwickeln. Ein Kernelement des Konzepts „Auf Augenhöhe“[38] ist die Einrichtung eines multiprofessionellen Beratungsteams an allen Grundschulen. Dieses ist unter anderem für die Beratung von Lehrkräften und Präventionsangebote zuständig. Außerdem ist es in die Hilfeplanung und -installation eingebunden, wenn eine Schulbegleitung zum Einsatz kommt. Eine pädagogische systemunterstützende Fachkraft (LUiS) unterstützt zudem Kinder mit besonderem Förderbedarf niederschwellig im

[38] Schulsozialarbeit | Stadt Beckum (https://www.beckum.de/lernen-miteinander/bildung/schulsozialarbeit/#accordion-1-1)

Schulalltag. Das Projekt soll dazu beitragen, hochschwellige und kostenintensive Einzelfallhilfen im Rahmen der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII abzubauen bzw. zu verhindern und kann sich damit ebenfalls positiv auf die Aufwendungen und Fallzahlen auswirken.

6.5.4 Hilfen für Junge Volljährige nach § 41 SGB VIII

Junge Menschen erhalten geeignete und notwendige Hilfe zur Erziehung, wenn und solange ihre Persönlichkeitsentwicklung eine selbstbestimmte, eigenverantwortliche und selbständige Lebensführung nicht gewährleistet. Diese Hilfen werden in der Regel nur bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt, sollen aber in begründeten Einzelfällen auch darüber hinaus gewährt werden. Eine Beendigung der Hilfe schließt die erneute Gewährung oder Fortsetzung einer Hilfe nicht aus.

Hilfe für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII 2024

Kennzahlen	Beckum	Minimum	1. Viertel-wert	2. Viertel-wert (Median)	3. Viertel-wert	Maxi-mum	Anzahl Werte
Aufwendungen § 41 SGB VIII je EW von 18 bis unter 21 Jahre in Euro	577	442	767	1.192	1.355	1.766	25
Aufwendungen § 41 SGB VIII je Hilfefall in Euro	25.770	24.060	34.304	41.075	48.668	74.051	25
Ambulante Aufwendungen § 41 SGB VIII je Hilfefall in Euro	4.775	3.040	7.620	10.090	11.861	25.405	25
Stationäre Aufwendungen § 41 SGB VIII je Hilfefall in Euro	47.572	39.674	46.847	60.670	67.222	95.737	25
Hilfefälle § 41 SGB VII je 1.000 EW von 18 bis unter 21 Jahre (Falldichte § 41 SGB VIII)	22,40	10,84	21,56	26,73	32,43	45,45	25
Ambulante Hilfefälle § 41 SGB VII je 1.000 EW von 18 bis unter 21 Jahre (Ambulante Falldichte § 41 SGB VIII)	11,41	2,10	5,91	9,38	13,95	17,67	25
Stationäre Hilfefälle § 41 SGB VII je 1.000 EW von 18 bis unter 21 Jahre (Stationäre Falldichte § 41 SGB VIII)	10,99	8,25	13,03	17,72	21,80	28,22	25

Die **Stadt Beckum** gehört zu dem Viertel der Vergleichskommunen mit den niedrigsten Aufwendungen je Hilfefall bei den Hilfen zur Erziehung für junge Volljährige. Differenziert nach ambulanten und stationären Aufwendungen gehört die Stadt bei den ambulanten Aufwendungen ebenfalls zu dem Viertel der Kommunen mit den niedrigsten Aufwendungen je Hilfefall. Die fallbezogenen stationären Aufwendungen sind unterdurchschnittlich. Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe führt dieses gute Ergebnis insbesondere auf die konzeptionelle Ausrichtung sowie

eine konsequente Fallsteuerung zurück. Der Fachdienst hat ein Konzept für die Gewährung von Hilfen für junge Volljährige entwickelt, das eine frühzeitige Steuerung der Hilfefälle mit dem Schwerpunkt der Perspektivklärung anstrebt und die Bedeutung von Netzwerkarbeit für eine gelingende Hilfe aufzeigt. Die im Spezialdienst beschäftigte Fachkraft arbeitet unter anderem eng mit dem Jobcenter, der Bundesagentur für Arbeit, der Jugendberufsagentur und Ausbildungsbetrieben zusammen. Dadurch können immer wieder neue Projekte und individuelle Lösungsansätze für die Jungen Volljährigen umgesetzt werden. Zudem hat sie sich auch aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung gegenüber den Trägern eine gute Verhandlungsposition erarbeitet. So kann bei den Hilfen aktiv auf eine Verselbstständigung hingearbeitet werden. Das führt nicht nur zu einer passgenauen und langfristigen Unterstützung der Jungen Volljährigen, sondern senkt auch die Aufwendungen. Bei der ambulanten Hilfegewährung kann die Stadt zudem auf einen kostengünstigen Träger zurückgreifen.

6.6 Wirtschaftliche Jugendhilfe

Die Wirtschaftliche Jugendhilfe (WiJu) ist eine Organisationseinheit im Jugendamt, die u.a. die verwaltungsmäßigen Abläufe im Rahmen der Hilfe zur Erziehung fachlich und rechtlich steuert. Es werden dort insbesondere die sachliche und örtliche Zuständigkeit für die Hilfefälle geprüft, Kostenerstattungsansprüche geltend gemacht sowie Fallübernahmen bzw. Fallabgaben koordiniert. Außerdem erfolgt hier die Bereitstellung der finanziellen Mittel für die im Hilfeplanverfahren festgestellten Bedarfe an Hilfe zur Erziehung.

6.6.1 Kennzahlen Wirtschaftliche Jugendhilfe

Das Sozialgesetzbuch VIII -Kinder und Jugendhilfe- (SGB VIII) ermöglicht den Jugendämtern in bestimmten Fällen Kostenerstattungsansprüche gegenüber anderen örtlichen Trägern der Jugendhilfe, gegenüber dem überörtlichen Träger der Jugendhilfe oder dem Land NRW geltend zu machen. Die möglichen Kostenerstattungsansprüche sind in §§ 89 ff. SGB VIII geregelt.

Eine Stadt sollte die Erträge aus Kostenerstattungen differenziert nach Rechtsgrundlagen erfassen und zur Steuerung regelmäßig auswerten.

Im Jahr 2024 konnte die **Stadt Beckum** Erträge aus Kostenerstattungen in Höhe von rund 2,5 Mio. Euro realisieren.

Erträge und Hilfefälle Kostenerstattungen 2024

Kennzahl	Beckum	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Kostenerstattungen je EW von 0 bis unter 21 Jahre in Euro	340	102	213	275	349	491	23
Hilfefälle mit Kostenerstattungsansprüchen je 1.000 EW von 0 bis unter 21 Jahre (Falldichte Kostenerstattungsansprüche)	5,64	4,26	5,61	7,59	8,50	9,98	18

Kennzahl	Beckum	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Kostenerstattungen je Hilfefall HzE in Euro	8.274	3.158	6.213	7.078	9.938	14.707	23

Die Stadt Beckum hat in 2024 hohe einwohnerbezogene Erträge aus Kostenerstattungen. Die Kostenerstattungen je Hilfefall HzE sind überdurchschnittlich. Die Falldichte Kostenerstattungsansprüche ist dagegen vergleichsweise niedrig.

Erträge aus Kostenerstattungen Beckum 2023 bis 2024

Grundzahl	2023	2024
Kostenerstattungen in Euro	670.342	2.532.465
davon Kostenerstattungen nach § 89 SGB VIII in Euro	0,00	0,00
davon Kostenerstattungen nach § 89a SGB VIII in Euro	493.697	878.221
davon Kostenerstattungen nach § 89b SGB VIII in Euro	3.427	21.734
davon Kostenerstattungen nach § 89c SGB VIII in Euro	29.503	260.303
davon Kostenerstattungen nach § 89d SGB VIII in Euro	143.715	1.372.206
davon Kostenerstattungen nach § 89e SGB VIII in Euro	0,00	0,00

Die Erfahrung hat gezeigt, dass der Schwerpunkt der Erträge aus Kostenerstattungen bei den übernommenen Fällen in Vollzeitpflege nach § 89a SGB VIII, den Kostenerstattungen bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise für UMA nach § 89d SGB VIII und den Kostenerstattungen bei fortdauernder oder vorläufiger Leistungsverpflichtung nach § 89c SGB VIII liegt. Die anderen Erträge aus Kostenerstattungen sind vom Umfang her vergleichsweise von geringerer Bedeutung und im Zeitverlauf häufig sehr schwankend. Das zeigt sich auch in Beckum.

Die Erträge sind insgesamt und in den einzelnen Kostenerstattungsarten von 2023 auf 2024 stark angestiegen. Das hängt nach den Angaben des Fachdienstes Kinder- und Jugendhilfe hauptsächlich damit zusammen, dass aufgrund einer unzureichenden Personalausstattung der WiJu viele Kostenerstattungsansprüche erst in 2024 abgerechnet und zum Soll gestellt wurden. Zudem konnten einige Kostenerstattungsverfahren gegenüber dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe nach jahrelanger Wartezeit erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. Weitere Ausführungen zum Personaleinsatz in der WiJu folgen im Kapitel 6.6.2.2 Personal.

6.6.2 Organisation, Personal und Digitalisierung in der WiJu

6.6.2.1 Organisation

Die WiJu der **Stadt Beckum** ist dem Fachdienst 51 Kinder- und Jugendhilfe zugeordnet. Der Fachdienst 51 gehört zum übergeordneten Fachbereich Jugend und Soziales. Die WiJu ist zentral organisiert und alle Fachkräfte sind an einem Standort untergebracht.

In Beckum wird organisatorisch zwischen dem ASD mit seinen zwei Teilstandorten, dem Pflegekinderdienst (PKD) sowie den Hilfen für junge Volljährige unterschieden. Wir fassen in diesem

Prüfbericht die ASD-Fachkräfte sowie die Fachkräfte aus dem Pflegekinderdienst sowie dem Spezialdienst Hilfe für junge Volljährige § 41 SGB VIII unter dem Begriff ASD zusammen.

Zum Aufgabenbereich der WiJu gehören in Beckum unter anderem die Zuständigkeitsprüfung, die Bescheiderteilung, die Auszahlung von Leistungen und Rechnungsprüfung sowie die Geltendmachung von Kostenerstattungsansprüchen und Kostenbeiträgen. Im Gegensatz zum sozialräumlich ausgerichteten ASD erfolgt die Fallverteilung in der WiJu nach Buchstaben. Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe überprüft die Fallverteilung regelmäßig und passt diese bei Bedarf an. Neben den „klassischen“ Aufgaben der WiJu sind auch Sonderaufgaben wie Admin-Tätigkeiten für die im Fachdienst eingesetzte Fachsoftware, das Finanzcontrolling und die Qualitätssicherung Bestandteil der Aufgaben der WiJu. Widerspruchs- und Klageverfahren bearbeitet die WiJu in Kooperation mit dem Fachdienst Recht und Ordnung.

Die in der WiJu eingesetzten Beschäftigten tauschen sich mindestens einmal monatlich im Rahmen einer Teamsitzung aus. Zudem gibt es einen monatlichen Austausch mit der Fachdienstleitung. Kenntnis über rechtliche Änderungen, Verfahrensänderungen und aktuelle Richtlinien erhält die WiJu im Wesentlichen über entsprechende E-Mail-Verteiler, z. B. vom Landesjugendamt oder ein Online-Portal. Neben direkten Kontakten zu anderen Jugendämtern ist die WiJu der Stadt Beckum über den regionalen Arbeitskreis WiJu auf Kreisebene sowie den halbjährlichen Austausch im LWL Arbeitskreis Wirtschaftliche Jugendhilfe Nord gut mit anderen Jugendämtern vernetzt.

Die WiJu nimmt bei allen neuen Hilfen an den Beschlusskonferenzen im ASD teil. In der Beschlusskonferenz definieren die beteiligten Fachkräfte vorläufig Art und Umfang der geeigneten Hilfe. Die konkrete Ausgestaltung erfolgt im späteren Hilfeplangespräch. Die Rahmenbedingungen und den Ablauf der Beschlusskonferenzen hat der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe verbindlich und schriftlich festgelegt. Damit ist ein regelmäßiger Austausch mit dem ASD gegeben und wirtschaftliche Aspekte, soweit möglich, fließen in die Trägerauswahl mit ein. Nach den Angaben des Fachdienstes Kinder- und Jugendhilfe gibt es bei stationären Hilfen aber nur wenig Spielräume bei der Anbieterauswahl, da nur selten mehrere Träger in Betracht kommen. Neben der Passgenauigkeit der Hilfe spielen hier auch die begrenzten Kapazitäten bei den Leistungsanbietern eine Rolle. Vielfach herrscht ein Mangel an freien Plätzen, sodass wirtschaftliche Faktoren kaum berücksichtigt werden können. Bei den ambulanten Hilfen profitiert die Stadt hingegen von einer großen Trägervielfalt vor Ort. Das erleichtert die Installation von passgenauen ambulanten Hilfen.

6.6.2.2 Personal

Die gpaNRW hat Daten zu Stellen im ASD und in der WiJu erhoben. Zu der Stellenausstattung der WiJu wird die Kennzahl nachfolgend dargestellt. Die Kennzahl zum ASD wird zur Information ohne Analyse im Anhang abgebildet.

→ **Feststellung**
Bei den Hilfeplanfällen je Vollzeit-Stelle ordnet sich die Stadt Beckum im interkommunalen Vergleich am Median ein. Die Stadt nutzt eine prozessorientierte Personalbemessung. Ein Einarbeitungskonzept für die WiJu gibt es aktuell nicht.

Eine Stadt sollte die notwendigen Personalressourcen in der WiJu vorhalten, damit diese ihre Aufgaben in der Hilfe zur Erziehung gut und rechtssicher bearbeiten und gesetzlich

vorgegebene Fristen einhalten kann. Dies setzt eine bedarfsgerechte Personalausstattung voraus. Hierfür ist eine Personalbemessung notwendig. Das Jugendamt sollte das Personal in der WiJu gut einarbeiten und regelmäßig qualifizieren.

Im Jahr 2024 beläuft sich der Personaleinsatz in der WiJu der **Stadt Beckum** auf 2,42 Vollzeit-Stellen. Dem gegenüber stehen 306 Hilfefälle.

Personal WiJu 2024

Kennzahl	Beckum	Minimum	1. Viertel-wert	2. Viertel-wert (Median)	3. Viertel-wert	Maximum	Anzahl Werte
Hilfeplanfälle Hilfe zur Erziehung je Vollzeit-Stelle WiJu	126	77	112	127	157	266	26

Eine rein summarische Betrachtung kann die tatsächliche Arbeitssituation vor Ort nur teilweise berücksichtigen und deshalb nur einen Anhaltspunkt für die Bewertung des Stellenvolumens bieten. Zwar haben wir bei den Vollzeit-Stellen nur die „klassischen“ Aufgaben der WiJu berücksichtigt, dennoch gibt es auch hier Unterschiede bei der Aufgabenorganisation zwischen den einzelnen Vergleichskommunen.

Gem. § 79 SGB VIII haben die Träger der öffentlichen Jugendhilfe für eine ausreichende Ausstattung der Jugendämter zu sorgen. Hierzu gehört auch eine dem Bedarf entsprechende Anzahl von Fachkräften. Zur Planung und Bereitstellung einer bedarfsgerechten Personalausstattung ist ein Verfahren zur Personalbemessung zu nutzen. Die Stadt Beckum verfügt über eine eigene Personalbemessungsgrundlage für die WiJu aus dem Jahr 2024. Hierfür hat die Stadt zunächst die durchschnittlichen Zeitbedarfe für die einzelnen Kern- und Teilprozesse der WiJu definiert und dann über die Anzahl der Prozesse sowie die Berücksichtigung von Systemzeiten (z. B. Fortbildung, Weiterbildung, Aufnahme von Fachinformationen, Kooperation und Netzwerkarbeit, Besprechung und Beratung, Rufbereitschaft usw.) den Personalbedarf ermittelt. Die Stadt Beckum hat damit eine gute Personalbemessungsgrundlage, um anlassbezogen und jährlich für die Haushaltsplanung den Personalbedarf zu überprüfen. In die Bedarfsberechnung fließen auch geplante Fluktuationen ein. Alle Stellen in der WiJu der Stadt Beckum sind seit Ende 2024 besetzt. Zuvor war die Personalausstattung nach den Angaben des Fachdienstes Kinder- und Jugendhilfe nicht ausreichend. Der Fachdienst hat in Abstimmung zwischen Fachdienstleitung und WiJu deshalb schriftlich fixiert, welche Aufgaben priorisiert zu bearbeiten sind.

Mit einem Wert in Höhe von 126 Hilfeplanfällen je Vollzeit-Stelle im Bereich der WiJu liegt die Stadt Beckum im interkommunalen Vergleich am Median. Grundsätzlich bindet die Teilnahme der WiJu an den Beschlusskonferenzen, die Zuständigkeitsprüfung bei allen Neufällen und die Bescheiderstellung Personalkapazitäten. Gleichzeitig führt dies aber auch zu einer sachgerechten Aufgabenwahrnehmung und unterstützt die Berücksichtigung von wirtschaftlichen Faktoren bei der Trägerauswahl sowie die konsequente Geltendmachung von Kostenerstattungen. Die frühzeitige und vollumfängliche Einbindung der WiJu stellt zudem sicher, dass der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe keine Fälle ohne Zuständigkeit der Stadt Beckum einleitet.

Aktuell hat der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe noch kein Einarbeitungskonzept für die WiJu entwickelt. Es gibt zwar einzelne Anleitungen sowie das Qualitätshandbuch Wirtschaftliche

Jugendhilfe, aber noch kein konkretes Einarbeitungskonzept. Dieses ist aber in der Erarbeitung. Grundlage hierfür soll die zwischenzeitig von den Arbeitskreisen WiJu-Nord und WiJu-Süd des LWL-Landesjugendamtes Westfalen entwickelte Arbeitshilfe zur Einarbeitung in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe[39] sein.

→ **Empfehlung**
Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte ein Einarbeitungskonzept für die WiJu entwickeln, um eine gute Einarbeitung von neuen Fachkräften in der WiJu zu fördern.

Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum legt Wert auf eine gute Qualifizierung der Fachkräfte. Deshalb sind auch in der WiJu Fortbildungen im Rahmen des Einarbeitungsprozesses standardmäßig vorgesehen. Aber auch in der Folge nehmen die Beschäftigen der WiJu regelmäßig an Fortbildungen teil.

6.6.2.3 Digitalisierung in der WiJu

→ Die Stadt Beckum setzt eine Jugendamtssoftware mit verbundenen Modulen für den Allgemeinen Sozialen Dienst und die Wirtschaftliche Jugendhilfe ein. Das schafft eine gute Grundlage für einen schnellen Informationsfluss und ein schnittstellenarmes Arbeiten.

Eine Stadt sollte die Fallbearbeitung in der WiJu mit angemessener IT-Ausstattung weitestgehend elektronisch durchführen. Dabei sollte eine automatisierte Schnittstelle zwischen den eingesetzten Modulen der Jugendamtssoftware des ASD und der WiJu vorhanden sein.

Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der **Stadt Beckum** setzt in der WiJu eine Fachsoftware ein. Das Modul der WiJu ist über eine Schnittstelle mit dem Modul des ASD verbunden. Die WiJu hat damit unter anderem Zugriff auf die vom ASD eingetragenen Stammdaten, den Bewilligungszeitraum und die aktuell geplante Hilfe. Zudem erhält die WiJu automatische Benachrichtigungen, wenn der ASD z. B. Änderungen an den Stammdaten vornimmt oder der Bewilligungszeitraum abläuft.

Die Fachsoftware bietet die Möglichkeit, Dokumente fallbezogen direkt aus der Software zu erstellen. Dafür hat der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe alle Vordrucke in der Software hinterlegt. Außerdem können die Fachkräfte in der Fachsoftware Dokumente fallbezogen ablegen. Ein Dokumentenmanagementsystem ist im Jugendamt noch nicht im Einsatz. Dennoch hat der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe das papierlose Arbeiten umgesetzt. Alle Dokumente werden in der Fachsoftware oder auf einem virtuellen Laufwerk elektronisch abgelegt. Das Führen einer Papierakte ist deshalb nicht mehr notwendig. Die Fallübergabe vom ASD zur WiJu erfolgt damit ebenfalls papierlos.

Die Rechnungen der freien Träger bearbeitet die WiJu ebenfalls digital. Die Auszahlungen nimmt die WiJu aktuell über die Finanzsoftware vor. Prinzipiell ist auch die Fachsoftware über eine Schnittstelle an die Finanzsoftware angebunden und es gibt ein Anbieter- und Trägerverzeichnis, in dem die Entgelte der belegten Anbieter/Träger hinterlegt sind. Die Fachsoftware

[39] Checkliste Einarbeitung in die Wirtschaftliche Jugendhilfe (https://www.lwl-landesjugendamt.de/media/filer_public/ee/ab/eeab01eb-b5a6-4200-93db-867570edb98f/250710-checkliste-einarbeitung-in-die-wirtschaftliche-jugendhilfe.pdf)

kann allerdings zurzeit nicht den digitalen Rechnungsworkflow der Stadt Beckum bedienen. Deshalb nimmt die WiJu die Auszahlungen bislang nicht über die Fachsoftware vor.

Die Stadt Beckum ermöglicht ihren Beschäftigten die Möglichkeit im Homeoffice zu arbeiten, soweit dies mit den Anforderungen an die jeweilige Stelle vereinbar ist. Auch für die Beschäftigten in der WiJu besteht daher die Möglichkeit im Homeoffice zu arbeiten und sie teilen sich ein Büro im Rahmen von Desksharing. Die Stadt hat die Beschäftigten hierzu mit den notwendigen mobilen Endgeräten ausgestattet. Im ASD ist aktuell die Umsetzung von mobilem Arbeiten in der Erprobung.

6.6.3 Controlling

→ **Feststellung**
Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum führt regelmäßig ein umfangreiches Controlling durch. Darin berücksichtigt der Fachdienst auch die Aufgaben der Wirtschaftlichen Jugendhilfe. Mit Zielen, Zielwerten und Kennzahlen arbeitet der Fachdienst aber zurzeit noch nicht.

Eine Stadt sollte im Jugendamt ein Controlling mit regelmäßigen Auswertungen von Kennzahlen sowie einem Berichtswesen installiert haben. Anhand von steuerungsrelevanten Kennzahlen sollte eine Stadt messen, ob die vereinbarten Ziele erreicht werden. Die Stadt sollte die Aufgaben der WiJu in das Controlling im Jugendamt einbeziehen. Das Controlling sollte regelmäßig die Erträge und Fälle der WiJu, wie z.B. Ansprüche aus Kostenerstattungen, Fallabgaben und -übernahmen sowie weitere Ertragsarten, Fallzahlen und Stellendaten auswerten.

Zum Controlling gehört unter anderem das **Finanzcontrolling**, also die Planung, Überwachung und Steuerung der Finanzen, um die vorhandenen Ressourcen optimal einzusetzen sowie Risiken zu minimieren. Das Finanzcontrolling für den Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der **Stadt Beckum** ist in der WiJu angesiedelt. Diese führt regelmäßig Auswertungen von Finanzdaten und Fallzahlen durch. Dabei berücksichtigt sie auch die Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenbeiträgen. Die Ergebnisse nutzt der Fachdienst nicht nur für die Haushaltsplanung, sondern analysiert diese auch im Rahmen eines Kinder- und Jugendhilfeberichts, der drei Mal im Jahr erstellt wird. Hierfür gibt es unter anderem einen engen Austausch zwischen WiJu und ASD zu der Entwicklung von Aufwendungen und Fallzahlen. Der Bericht stellt zunächst den Haushaltsansatz, den aktuellen IST- und Prognosestand dar und zeigt so die Abweichungen auf. Zudem gibt es zu den einzelnen Hilfeformen eine Analyse der Situation, daraus abgeleitete Steuerungsmaßnahmen sowie einen Ausblick auf die zu erwartende Entwicklung. Das bewertet die gpaNRW sehr positiv.

Die Stadt Beckum hat im Haushaltsplan für die Hilfen zur Erziehung außerdem strategische Ziele formuliert. Beispielsweise sind im Produkt 060105 Familienbezogene Hilfen folgende Ziele dargestellt:

- Personen- und Erziehungsberechtigte werden durch ambulante Begleitung bei der Bewältigung von Alltagsproblemen sowie bei der Lösung von Konflikten und Krisen unterstützt.

- Die Hilfe ist ressourcenaktivierend angelegt und soll schnellstmöglich dazu führen, dass die Personen- und Erziehungsberechtigten ihre Erziehungsaufgaben wieder ohne Unterstützung bewältigen können (Hilfe zur Selbsthilfe).

Die formulierten Ziele sind allerdings sehr allgemein gehalten und der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe nutzt diese nicht zu Steuerungszwecken. Zielwerte und Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung hat der Fachdienst bislang nicht festgelegt. Eine Verknüpfung mit den Analysen im Bericht der Kinder- und Jugendhilfe gibt es zurzeit ebenfalls nicht. Aktuell arbeitet der Fachdienst aber in Zusammenarbeit mit der hauseigenen Jugend- und Sozialhilfeplanerin an der Formulierung von strategischen Zielen. Grundsätzlich sollten aus übergeordneten strategischen Zielen konkrete operative Ziele abgeleitet werden. Diese sollten auf konkrete Maßnahmen ausgerichtet und damit möglichst genau definiert sein, z. B. „Hilfe für junge Volljährige soll bevorzugt in ambulanter Form oder in Form von betreutem Wohnen erbracht werden“. Optimal wäre die Arbeit mit Zielwerten, z. B. „Der Anteil an jungen Volljährigen in Heimerziehung liegt bei maximal 50 Prozent“. Die Wirkung des Ressourceneinsatzes wird hierdurch messbar. Die Zielerreichung sollte mithilfe von Kennzahlen regelmäßig überprüft werden. Kennzahlen stellen ein sinnvolles Instrument dar, um komplexe Tatbestände zu verdeutlichen und in einen Zusammenhang zu bringen. Hieran lassen sich beispielsweise Entwicklungen in Zeitvergleichen darstellen und Abweichungsanalysen vornehmen. Unter Kennzahlen verstehen wir Verhältniszahlen, die Sachverhalte in Beziehung zueinander setzen, z. B. „Anteil der Jungen Volljährigen in Heimerziehung an den gesamten Fällen Junge Volljährige in Prozent“. In Abgrenzung dazu handelt es sich bei Grundzahlen um absolute Wert- oder Mengengrößen, z. B. „Anzahl der Hilfen für Junge Volljährige“. Nicht oder nur anteilig erreichte Zielwerte sind regelmäßig zu hinterfragen. Bei der Bildung von steuerungsrelevanten Kennzahlen ist neben dem Bezug zu den strategischen und operativen Zielen eine Verknüpfung von Finanz- und Fachdaten sinnvoll. Beispielsweise könnte der Fachdienst Jugend die Kennzahlen dieses Berichts als Grundlage für ein eigenes Kennzahlensystem nutzen.

→ **Empfehlung**
Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte das Finanzcontrolling durch konkrete operative Ziele und ein Kennzahlensystem weiterentwickeln. Der Fachdienst sollte die Erreichung der Ziele regelmäßig überprüfen.

Das **Fachcontrolling** befasst sich mit der Überprüfung des Erfolgs von Maßnahmen sowie mit der Ausarbeitung und Einhaltung von Standards. So kann die Qualität und Effizienz der fachlichen Leistungen und Prozesse sichergestellt werden. Das Fachcontrolling im Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum befindet sich zurzeit noch im Aufbau. Im Bereich der ambulanten Hilfen zur Erziehung hat der Fachdienst aber bereits einige Maßnahmen erarbeitet. Hierzu zählt z. B. eine halbjährliche Prüfung der ambulanten Hilfefälle im Hinblick auf die korrekte Erfassung von beendeten Hilfefällen in der Fachsoftware sowie die Überprüfung von Laufzeiten, Hilfeplänen usw. bei den laufenden Hilfefällen.

→ **Empfehlung**
Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte ein systematisches Fachcontrolling etablieren und auch für die stationären Hilfen zur Erziehung Maßnahmen zur Qualitätssicherung erarbeiten.

6.6.4 Verfahrensstandards und Prozessabläufe

→ Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum hat die Prozesse der Wirtschaftlichen Jugendhilfe (WiJu) in einem Qualitätshandbuch für die WiJu definiert. Auch für die Zusammenarbeit zwischen dem Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) und der WiJu hat der Fachdienst verbindliche Standards festgelegt. Damit hat der Fachdienst eine gute Grundlage für eine effektive und einheitliche Aufgabenwahrnehmung geschaffen.

Eine Stadt sollte für die Aufgaben der WiJu die Standards und Abläufe der Aufgabenerfüllung in Verfahrensstandards schriftlich beschreiben. Hierzu gehören Prozesse, Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten, benötigte Unterlagen sowie Fristen. Diese Prozess- und Qualitätsstandards sollten allen Beschäftigten der WiJu möglichst auch digital zur Verfügung stehen.

Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der **Stadt Beckum** hat in Zusammenarbeit mit dem Fachdienst Zentrale Dienst ein Qualitätshandbuch für die WiJu erarbeitet. Darin sind folgende Kernprozesse beschrieben und mithilfe eines Ablaufdiagramms visualisiert:

- Leistungsgewährung,
- Zahlbarmachung,
- Refinanzierung von Leistungen,
- Kostenerstattung und Zuständigkeitswechsel

Aus den Kernprozessen leiten sich die einzelnen Teilprozesse ab. Für diese hat der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe die Ziele des Teilprozesses, die erforderlichen Aktivitäten und Prozessbeteiligten, etwaige Schnittstellen, die zu verwendenden Instrumente und Dokumente sowie den Zeitbedarf benannt. Die Standards zur Zusammenarbeit zwischen dem ASD und der WiJu sowie weitere Standards und Checklisten ergänzen das Qualitätshandbuch. Der Fachdienst hat damit eine gute Grundlage für eine einheitliche Sachbearbeitung in der WiJu geschaffen.

6.6.4.1 Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD)

→ Die enge Zusammenarbeit und der stetige Informationsaustausch zwischen dem Allgemeinen Sozialen Dienst und der Wirtschaftlichen Jugendhilfe der Stadt Beckum unterstützen eine rechtzeitige Zuständigkeitsprüfung und Geltendmachung von Kostenerstattungsansprüchen.

Eine Stadt sollte eine enge Zusammenarbeit zwischen ASD und WiJu in ihren Prozessen vorsehen. Hierbei sollte sie auf einen regelmäßigen Austausch, eine zeitnahe Einbindung der WiJu in das Hilfeplanverfahren bei Neufällen sowie auf einen schnellen Informationsfluss bei Änderungen in laufenden Fällen hinwirken.

Durch den Einsatz der gemeinsamen Fachsoftware fördert die **Stadt Beckum** einen schnellen und regelmäßigen Austausch zwischen dem ASD und der WiJu. Der Fachsoftwareeinsatz vereinfacht nicht nur die Fallübergabe bei Neufällen, sondern auch die laufende Fallbearbeitung. Die WiJu erhält z. B. automatische Hinweise in der Fachsoftware, wenn der ASD Änderungen in den Stammdaten von Fällen vornimmt oder sich Änderungen bei der Hilfeart, dem Hilfeumfang usw. ergeben. Zudem ist die WiJu bei allen neuen Hilfen in die Beschlusskonferenzen im ASD

eingebunden. Bewilligungsbescheide und Kostenzusagen an die Leistungserbringer erstellt die WiJu nach der Beschlusskonferenz und Fallübernahme vom ASD.

Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum hat die Zusammenarbeit zwischen ASD und WiJu außerdem in den Standards „Schnittstelle ASD - WiJu“ bzw. „Schnittstelle PKD – WiJu“ geregelt. Diese enthalten z. B. Vorgaben für Fallübernahmen von anderen Jugendämtern und Fallabgaben an andere Jugendämter sowie die Beschlusskonferenzen. Auch die Prozessbeschreibungen im Qualitätshandbuch Wirtschaftliche Jugendhilfe, im ASD-Qualitäts-Handbuch und im Qualitätshandbuch für den Pflegekinderdienst im Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe weisen bei den einzelnen Kern- und Teilprozessen auf die Schnittstellen zwischen ASD und WiJu hin.

6.6.4.2 Sachliche und örtliche Zuständigkeit prüfen

→ In Beckum ist der ASD für die Vorprüfung der örtlichen und sachlichen Zuständigkeit verantwortlich. Die WiJu nimmt die finale Zuständigkeitsprüfung vor der Gewährung einer Hilfe vor. Das stellt sicher, dass keine Hilfen ohne Zuständigkeit der Stadt Beckum eingeleitet werden.

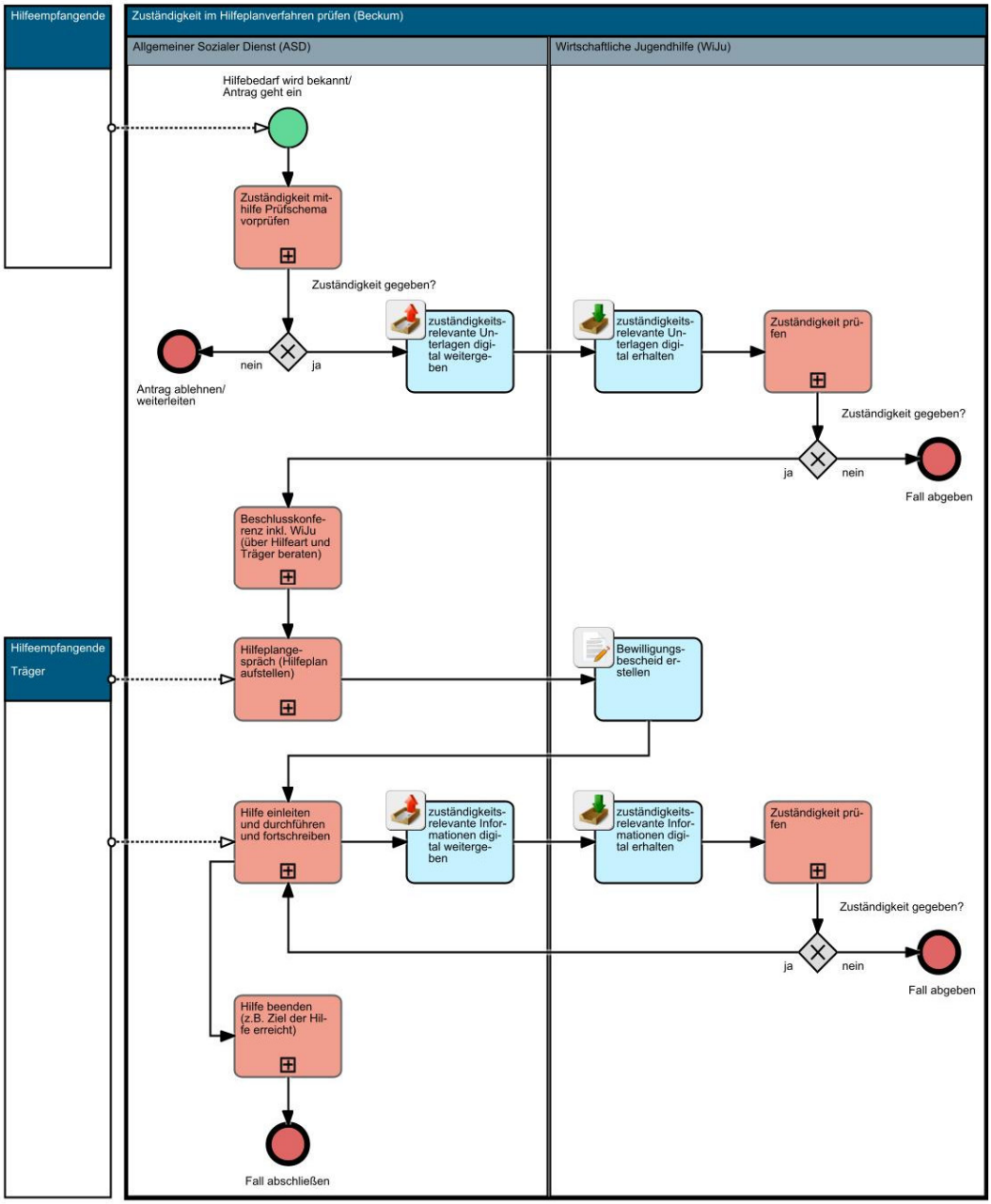
Eine Stadt sollte in der WiJu die sachliche und örtliche Zuständigkeit zeitnah und rechtssicher anhand der Rechtsvorschriften prüfen, um unzuständiges Handeln zu verhindern und Vermögensschäden zu vermeiden. Die Prüfung durch die WiJu sollte am Anfang des Hilfeplanverfahrens vor der kollegialen Beratung erfolgen. Dafür sollte der ASD der WiJu die für die Zuständigkeitsprüfung erforderlichen Unterlagen kurzfristig vorlegen. Das Jugendamt sollte sicherstellen, dass die WiJu zu jedem Zeitpunkt des Hilfeplanverfahrens alle zuständigkeitsrelevanten Informationen rechtzeitig erhält.

Im Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der **Stadt Beckum** ist der ASD für die erste Prüfung der sachlichen und örtlichen Zuständigkeit verantwortlich. Dies ist im ASD-Qualitäts-Handbuch im Teilprozess 1 „Erstkontakt“ und Teilprozess 3 „Klärung des Hilfebedarfs“ sowie im Verfahrensstandard „Schnittstelle ASD – WiJu“ verbindlich geregelt. Für die Zuständigkeitsprüfung stehen den Fachkräften ein Handout zum Thema Zuständigkeit, eine Übersicht über die örtliche Zuständigkeit sowie ein Prüfschema für die örtliche Zuständigkeit zur Verfügung. In schwierigen Fällen hält der ASD unmittelbar Rücksprache mit der WiJu. Die Rechtsgrundlage für die Zuständigkeit hält die ASD-Fachkraft in der Vorlage Beschlusskonferenz fest. Der WiJu obliegt die finale Feststellung der Zuständigkeit. Alle hierfür benötigten Unterlagen erhält die WiJu über die Einladung zur Beschlusskonferenz. Die finale Zuständigkeitsprüfung erfolgt damit noch vor der Entscheidung über eine Hilfe und somit vor der Bewilligung sowie dem Beginn der Hilfe. So stellt der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe sicher, dass Personalressourcen nicht erfolglos eingesetzt werden bzw. kein Vermögensschaden entsteht, sofern die Zuständigkeit bei einem anderen Träger liegt.

Im Rahmen der Hilfeplanung ist durch die fallzuständige ASD-Fachkraft laufend zu prüfen, ob sich zuständigkeitsrelevante Änderungen ergeben haben. Die Information muss schriftlich an die WiJu weitergeleitet werden. Dies ist in den Verfahrensstandards ebenfalls verbindlich geregelt. Zudem erhält die WiJu eine standardmäßige Information über die Fachsoftware, wenn sich z. B. der Hilfebedarf ändert, es einen Trägerwechsel gibt oder die Volljährigkeit erreicht wird. Hilfeplanprotokolle werden durch ein „Guckloch“ in der Fachsoftware automatisiert der WiJu zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt. Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe stellt so sicher, dass keine Änderung von zuständigkeitsrelevanten Informationen übersehen wird.

Nachfolgend ist der Prozess der Zuständigkeitsprüfung in den wesentlichen Schritten grafisch dargestellt.

Prozessmodell Zuständigkeit im Hilfeplanverfahren prüfen



6.6.4.3 Kostenerstattungsansprüche

- Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum hat Standards für die Prüfung und Geltendmachung von Kostenerstattungsansprüchen verbindlich definiert. Zudem nimmt die WiJu eine regelmäßige Aktenprüfung vor. Das verhindert die Verjährung von Ansprüchen und vermeidet Vermögensschäden.

Eine Stadt sollte in der WiJu des Jugendamtes Kostenerstattungsansprüche umfassend und fristgerecht geltend machen. Zusätzlich zur laufenden Bearbeitung sollte die WiJu jährliche Aktenprüfungen durchführen, damit keine Ansprüche verjähren und keine Vermögensschäden entstehen.

Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der **Stadt Beckum** hat die Prüfung und Geltendmachung von Kostenerstattungsansprüchen im Qualitätshandbuch Wirtschaftliche Jugendhilfe geregelt. Der Kernprozess „Kostenerstattung und Zuständigkeitswechsel“ beschreibt in sechs Teilprozessen die Verfahrensstandards für die einzelnen Kostenerstattungsarten.

Die WiJu prüft Kostenerstattungsansprüche standardmäßig bei Beginn der Hilfe sowie turnusmäßig einmal im Jahr. Hierfür nutzt die WiJu eigene Wiedervorlagen und eine Excel-Tabelle mit allen laufenden Fällen. Zudem erfolgt eine anlassbezogene Prüfung, wenn sich zuständigkeitsrelevante Änderungen ergeben. Im Laufe des Hilfeplanverfahrens besteht zwischen ASD und WiJu Kontakt, sobald sich Hilfeart, Hilfeumfang, Hilfedauer oder Bewilligungszeitraum ändern sowie zuständigkeitsrelevante Änderungen wie ein Wechsel des gewöhnlichen Aufenthalts von den Eltern bzw. Sorgeberechtigten oder den jungen Volljährigen, Sorgerechtsänderungen etc. vorliegen. Außerdem erhält die WiJu standardisierte Hinweise aus der Fachsoftware sowie die Hilfeplanprotokolle. Zur Zusammenarbeit zwischen dem ASD und der WiJu wird auf die Ausführungen in den vorherigen Kapiteln verwiesen.

Die WiJu rechnet die Kostenerstattungsfälle sofort nach Kostenanerkenntnis bzw. bei laufender Kostenerstattung zum Ende des Jahres ab. Sobald die WiJu die Höhe der Kostenerstattungsansprüche beziffert, richtet sie in der Finanzsoftware eine Einnahmesollstellung ein. Für die Überwachung des Zahlungseingangs und etwaige Abwicklung von Mahnverfahren ist der Fachdienst Stadtkasse und Steuern zuständig. Es gibt einen engen Austausch zwischen dem Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe und dem Fachdienst Stadtkasse und Steuern.

6.6.4.4 Fallabgaben und Fallübernahmen

- **Feststellung**
  Fallabgaben und Fallübernahmen erfolgen in Beckum standardisiert. Vorgaben für die Festsetzung des sog. Strafdrittels hat der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe bislang nicht definiert.

Eine Stadt sollte die Prozesse der Fallabgaben und Fallübernahmen schriftlich festlegen. Bei Fallübernahmen sollte die WiJu die sachliche und örtliche Zuständigkeit standardisiert überprüfen.

Die **Stadt Beckum** hat die Standards für Fallabgaben und Fallübernahmen in den Verfahrensstandards „Schnittstelle ASD – WJH“, „Schnittstelle PKD – WJH“ „Qualitätshandbuch WJH“, ASD-Qualitäts-Handbuch“ und Qualitätshandbuch für den Pflegekinderdienst im Fachdienst

Kinder- und Jugendhilfe festgelegt. Zudem nutzt die WiJu für die Bearbeitung von Fallabgaben und Fallübernahmen das im Arbeitskreis der Wirtschaftlichen Jugendhilfe des LWL-Landesjugendamtes erarbeitete Verfahren.[40]

Bei Fallübergaben und Fallübernahmen prüft die zuständige Fachkraft der WiJu zunächst die Zuständigkeit und informiert die zuständige ASD-Fachkraft, wenn die Voraussetzungen für eine Fallabgabe bzw. -übernahme gegeben sind. Hierfür prüft die WiJu bei Fallübernahmen die zugesandten Unterlagen und fordert ggfs. fehlende Unterlagen nach. Bei Fallabgaben stellt die WiJu zusammen mit den entscheidungsrelevanten Unterlagen einen Antrag auf Fallübernahme und Kostenerstattung beim zuständigen Jugendamt. Sofern das neu zuständiges Jugendamt nicht reagiert, erinnert die WiJu der Stadt Beckum zunächst.

Gem. § 89c SGB VIII ist dem örtlichen Träger für die Kosten, die er aufgewendet hat, weil der zuständige örtliche Träger pflichtwidrig gehandelt hat, ein zusätzlicher Betrag in Höhe eines Drittels dieser Kosten, mindestens jedoch 50 Euro, durch den zuständigen örtlichen Träger zu erstatten. Eine Festsetzung dieses Strafdrittels ist in Beckum bislang nicht erfolgt. Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe bemängelt die teils sehr lange dauernden Verfahrensabläufe bis zur tatsächlichen Fallabgabe. Standards für die Erinnerung bei fehlender Rückmeldung des neu zuständigen Jugendamts bzw. die Androhung und Festsetzung des Strafdrittels hat der Fachdienst bislang nicht definiert.

→ **Empfehlung**
Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe sollte auch für die ausbleibende Reaktion eines neu zuständigen Jugendamts Standards definieren. Hierzu zählt auch die Androhung und Festsetzung eines Strafdrittels.

Fallübernahmen und Fallabgaben erfolgen in der Regel in Papierform oder die Unterlagen werden verschlüsselt per E-Mail zur Verfügung gestellt. Prinzipiell wäre auch eine Abgabe und Übernahme über die Fachsoftware möglich. Allerdings müsste das andere Jugendamt dieselbe Fachsoftware einsetzen.

6.6.4.5 Prozesskontrollen

→ **Feststellung**
Standardisierte Prozesskontrollen sind im Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum durch die Verfahrensstandards und die Fachsoftware etabliert. Prozessunabhängige Kontrollen gibt es in der WiJu bislang aber nicht.

Eine Stadt sollte in der WiJu des Jugendamtes prozessintegrierte Kontrollmaßnahmen, technische Plausibilitätsprüfungen und prozessunabhängige Kontrollen durchführen.

Prozesskontrollen dienen dazu, Qualität und Effizienz in der Bearbeitung sicherzustellen. Sie können Verbesserungspotenziale identifizieren und Fehlerquellen verringern. Sie tragen so auch zur Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns bei.

Prozessintegrierte Kontrollmechanismen sind in der WiJu der **Stadt Beckum** durch die Fachsoftware und die Verfahrensstandards etabliert. Die im Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe

[40] https://www.lwl-landesjugendamt.de/de/neues/verfahrensablauf-bei-zustaendigkeitswechsel/

eingesetzt Fachsoftware weist beispielsweise auf die geplante Beendigung des Hilfeplans, die Notwendigkeit seiner Fortschreibung und das Erreichen der Altersgrenze automatisiert hin. Die Wiedervorlagen sind durch die zuständige Fachkraft, deren Vertretung sowie deren Führungskräfte einsehbar. Diese Mechanismen sichern die rechtzeitige Weiterbearbeitung von Hilfefällen. Prozessintegrierte Kontrollen zur Vermeidung von Vermögensschäden durch eine fehlerhafte Zuständigkeitsprüfung gibt es durch das in den Standards festgelegte Vier-Augen-Prinzip bei der Zuständigkeitsprüfung. Alle Hilfen werden zudem durch die ASD-Leitung geprüft und freigegeben. Außerdem gibt es auch bei den Auszahlungen ein Vier-Augen-Prinzip. Eine automatisierte Warnliste, die z. B. auf nicht geltend gemachte Kostenerstattungen sowie auf eine fehlende Reaktion des zuständigen Jugendamtes hinweist, gibt es zurzeit aber nicht. Hier arbeitet die WiJu mit eigenen individuellen Wiedervorlagen.

Prozessunabhängige Kontrollen sind in der WiJu der Stadt Beckum bislang nicht etabliert. Um eine rechtmäßige Aufgabenerledigung und die Einhaltung der Verfahrensstandards zu gewährleisten, sind neben prozessintegrierten Kontrollen auch regelmäßige stichprobenhafte Kontrollen durch eine Person, die nicht in den Prozess eingebunden ist, zu empfehlen. Diese prozessunabhängigen Kontrollen sollten regelmäßig erfolgen und schriftlich dokumentiert werden. Hierfür sollte der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe schriftliche Vorgaben und Checklisten definieren.

→ **Empfehlung**
Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte standardisierte Kontrollen in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe einführen. Dabei sollte der Fachdienst Regelungen zu Art und Umfang der Kontrollen verbindlich festlegen.

6.7 Anlage: Ergänzende Tabellen

Tabelle 1: Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2025 – Hilfe zur Erziehung

	Feststellung	Seite		Empfehlung	Seite
Einflussfaktoren Hilfe zur Erziehung					
F1	Die Stadt Beckum hat einen leicht überdurchschnittlichen Anteil Vollzeitpflegefälle an den stationären Hilfefällen. Der Anteil Vollzeitpflegefälle ist von 2023 auf 2024 gesunken.	176	E1	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte auch weiterhin daran arbeiten, den Anteil an Kindern und Jugendlichen in Vollzeitpflege zu erhöhen. Dafür sollte der Fachdienst die bereits ergriffenen Maßnahmen zur Akquise und Werbung für geeignete Pflegefamilien überprüfen und weitere Maßnahmen eruieren. Weitere Ausführungen zur Vollzeitpflege folgen im Kapitel 6.5.1 Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII.	177
Wirtschaftliche Jugendhilfe					
F2	Bei den Hilfeplanfällen je Vollzeit-Stelle ordnet sich die Stadt Beckum im interkommunalen Vergleich am Median ein. Die Stadt nutzt eine prozessorientierte Personalbemessung. Ein Einarbeitungskonzept für die WiJu gibt es aktuell nicht.	184	E2	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte ein Einarbeitungskonzept für die WiJu entwickeln, um eine gute Einarbeitung von neuen Fachkräften in der WiJu zu fördern.	186
F3	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum führt regelmäßig ein umfangreiches Controlling durch. Darin berücksichtigt der Fachdienst auch die Aufgaben der Wirtschaftlichen Jugendhilfe. Mit Zielen, Zielwerten und Kennzahlen arbeitet der Fachdienst aber zurzeit noch nicht.	187	E3.1	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte das Finanzcontrolling durch konkrete operative Ziele und ein Kennzahlensystem weiterentwickeln. Der Fachdienst sollte die Erreichung der Ziele regelmäßig überprüfen.	188
			E3.2	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte ein systematisches Fachcontrolling etablieren und auch für die stationären Hilfen zur Erziehung Maßnahmen zur Qualitätssicherung erarbeiten.	188
F4	Fallabgaben und Fallübernahmen erfolgen in Beckum standardisiert. Vorgaben für die Festsetzung des sog. Strafdrittels hat der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe bislang nicht definiert.	192	E4	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe sollte auch für die ausbleibende Reaktion eines neu zuständigen Jugendamts Standards definieren. Hierzu zählt auch die Androhung und Festsetzung eines Strafdrittels.	193

	Feststellung	Seite		Empfehlung	Seite
F5	Standardisierte Prozesskontrollen sind im Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum durch die Verfahrensstandards und die Fachsoftware etabliert. Prozessunabhängige Kontrollen gibt es in der WiJu bislang aber nicht.	193	E5	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte standardisierte Kontrollen in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe einführen. Dabei sollte der Fachdienst Regelungen zu Art und Umfang der Kontrollen verbindlich festlegen.	194

Tabelle 2: Bevölkerungsentwicklung zum 31.12. nach IT.NRW

	2021	2022	2023	2024
EW gesamt	36.637	36.737	36.942	37.068
EW von 0 bis unter 21 Jahre	7.379	7.373	7.351	7.450
EW von 18 bis unter 21 Jahre	1.184	1.145	1.147	1.183

Tabelle 3: Entwicklung der Fallzahlen nach Hilfearten

	2023	2024
Flex. amb. Hilfen § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII	63	50
Erziehungsbeistand § 30 SGB VIII	44	49
Sozialpädagogische Familienhilfe § 31 SGB VIII	45	47
Tagesgruppe § 32 SGB VIII	0	0
Intensive Sozialpädagogische Einzelbetreuung § 35 SGB VIII ambulant	0	0
Eingliederungshilfe § 35a SGB VIII ambulant	49	48
davon Eingliederungshilfe § 35a SGB VIII ambulant für Integrationshelfer	39	40
Hilfen für Junge Volljährige § 41 SGB VIII ambulant	17	14
ambulante Hilfefälle gesamt	**217**	**207**
Vollzeitpflege § 33 SGB VIII	40	42

	2023	2024
Heimerziehung § 34 SGB VIII	34	41
Intensive Sozialpädagogische Einzelbetreuung § 35 SGB VIII stationär	2	2
Eingliederungshilfe § 35a SGB VIII stationär	0	1
Hilfen für junge Volljährige § 41 SGB VIII stationär	13	13
stationäre Hilfefälle gesamt	**217**	**207**
Hilfefälle insgesamt	**305**	**306**
davon Hilfefälle für UMA*	**9**	**12**

*Unbegleitete minderjährige Ausländer

Tabelle 4: Personal ASD 2024

Kennzahl	Beckum	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Hilfeplanfälle Hilfe zur Erziehung je Vollzeit-Stelle ASD	23	15	21	25	36	43	26

7. gpa-Kennzahlenset

7.1 Inhalte, Ziele und Methodik

Die gpaNRW stützt die Analysen im Wesentlichen auf Kennzahlen. Dabei haben sich für die einzelnen Handlungsfelder der Städte bestimmte Kennzahlen als besonders aussagekräftig und steuerungsrelevant herausgestellt. Diese Schlüsselkennzahlen sind im gpa-Kennzahlenset zusammengefasst. Wir erheben die Kennzahlen kontinuierlich in unseren Prüfungen, um den Städten eine aktuelle Standortbestimmung zu ermöglichen.

Für Handlungsfelder, die wir in vorangegangenen Prüfungen untersucht haben, hat die gpaNRW in den aktuellen Prüfungen keinen Bericht erstellt. Analysen, Empfehlungen sowie Hinweise zu Konsolidierungsmöglichkeiten sind aus den vorangegangenen Prüfungsberichten bekannt oder übergreifend unter www.gpanrw.de in der Rubrik Prüfung veröffentlicht. Sofern wir das dargestellte Handlungsfeld aktuell geprüft haben, stehen Analysen sowie Feststellungen und Empfehlungen im jeweils genannten Teilbericht.

In einigen Fällen verzichten wir auf eine Fortschreibung der Kennzahlen aus der letzten Prüfungsrunde. Gründe hierfür sind äußere Einflüsse, die die Kennzahlen zu stark beeinflussen, wie beispielsweise Rechtsänderungen oder Krisen. Dies betrifft die Handlungsfelder Gebäudeportfolio, Einwohnermeldeaufgaben, Personenstandswesen, Schulen Flächenmanagement, Schülerbeförderung, Schulsekretariate, Sport Flächenmanagement und Straßenbeleuchtung.

Bei der Grunddatenerhebung und den Kennzahlenberechnungen hat die gpaNRW Plausibilitätsprüfungen durchgeführt. Damit ist die Validität der Daten und die interkommunale Vergleichbarkeit der Kennzahlenwerte sichergestellt. Hierzu dienen auch die mit den Verantwortlichen der Städte geführten Gespräche.

Die Definitionen der Grunddaten und Kennzahlen stellt die gpaNRW den Städten zur Verfügung. So können sie die Kennzahlen auch außerhalb der Prüfung fortschreiben. Die Städte können sie für die strategische und operative Steuerung nutzen und sie in die Haushaltspläne und Jahresabschlüsse integrieren.

Im Laufe der Prüfungen im Segment der mittleren kreisangehörigen Kommunen fließen sukzessive immer mehr Städte in die Vergleiche ein. Die gpaNRW aktualisiert das gpa-Kennzahlenset in regelmäßigen Abständen auf ihrer Internetseite. So ermöglicht die gpaNRW gerade Städten, die zu Beginn eines Segmentes geprüft wurden, die Standortbestimmung in einer größeren Vergleichsgruppe. Unter www.gpanrw.de steht das jeweils aktuelle gpa-Kennzahlenset mit interkommunalen Vergleichswerten zum Download zur Verfügung.

7.2 Aufbau des gpa-Kennzahlensets

Das gpa-Kennzahlenset enthält aus den aktuellen Prüfungen der mittleren kreisangehörigen Kommunen - gegliedert nach den Handlungsfeldern -

- die Werte der jeweiligen Stadt,
- die interkommunalen Vergleichswerte,
- die Anzahl der Vergleichswerte,
- das Vergleichsjahr für den interkommunalen Vergleich sowie
- die Angabe zum Teilbericht sofern die gpaNRW das Handlungsfeld aktuell geprüft hat.

Sofern die gpaNRW die Kennzahlen bereits in einer vorangegangenen Prüfung erhoben hat, enthält die Übersicht auch diese Werte. Bei manchen Kennzahlen haben sich zwischenzeitlich die Grunddatendefinitionen geändert. Ebenso haben wir in dieser Prüfungsrunde einige Kennzahlen erstmals erhoben. In beiden Fällen bilden wir nur die aktuellen Kennzahlenwerte ab und geben in der Spalte für Vorjahre den Hinweis „keine Angabe (k. A.)“. Der Zusatz „k. A.“ deutet für die Vorjahre somit nicht automatisch auf eine mangelnde Datenlieferung der Stadt hin.

Die Stadt soll ihre Kennzahlenwerte gut einordnen können. Deshalb stellen wir im gpa-Kennzahlenset folgende Vergleichswerte dar:

- die Extremwerte, also das Minimum und Maximum sowie
- drei Viertelwerte.

Die Viertelwerte teilen eine nach Größe geordnete statistische Reihe in vier Viertel. Der erste Viertelwert teilt die vorgefundenen Werte so, dass 25 Prozent darunter und 75 Prozent darüber liegen. Der zweite Viertelwert entspricht dem Median und liegt in der Mitte der statistischen Reihe, d.h. 50 Prozent der Werte liegen unterhalb und 50 Prozent oberhalb dieses Wertes. Der dritte Viertelwert teilt die vorgefundenen Werte so, dass 75 Prozent darunter und 25 Prozent darüber liegen.

Die Zahl der in den interkommunalen Vergleich eingegangenen Daten gibt einen Hinweis auf die statistische Sicherheit der Vergleichswerte. Von der gpaNRW durchgeführte Auswertungen haben gezeigt, dass sich beim weitaus überwiegenden Teil der Kennzahlen schon nach Einbeziehung von 12 bis 15 Vergleichswerten die statistischen Lagemaße ausreichend stabilisiert haben.

Die Kennzahlenwerte des interkommunalen Vergleichs und die zugehörigen Werte der Stadt basieren auf den jeweils aktuellsten vorliegenden Daten. Abhängig von den benötigten Grunddaten lagen während der Prüfung unterschiedliche Datenstände vor. Für jede Kennzahl ist deshalb das Jahr des interkommunalen Vergleichs angegeben. Der aktuelle Wert der Stadt bezieht sich ebenfalls auf das angegebene Vergleichsjahr.

Sofern die gpaNRW das Handlungsfeld aktuell geprüft hat, ist der betreffende Teilbericht in der letzten Spalte benannt.

7.3 gpa-Kennzahlenset

gpa-Kennzahlenset Beckum

Handlungsfelder/Kennzahlen	Beckum 2020	Beckum aktuell	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte	Ver-gleichs-jahr	Teilbericht
Haushaltssituation										
Jahresergebnis je EW* in Euro	56,70	-103	-1.894	-178	-89,93	5,36	264	30	2024	Finanzen
Eigenkapitalquote 1 in Prozent	26,35	25,88	-24,49	12,15	20,04	37,49	48,88	29	2024	Finanzen
Eigenkapitalquote 2 in Prozent	65,08	58,37	-5,40	36,60	47,14	58,37	81,22	29	2024	Finanzen
Gesamtverbindlichkeiten Konzern je EW in Euro	2.911	3.073	1.083	2.722	3.665	4.962	16.845	46	2023	Finanzen
Saldo aus laufender Verwaltungs-tätigkeit je EW in Euro	94,82	-104	-2.682	-48,59	52,90	96,38	487	29	2024	Finanzen
Zahlungsabwicklung										
Einzahlungen je Vollzeit-Stelle Zah-lungsabwicklung	k. A.	15.379	7.287	12.198	15.064	18.989	40.412	37	2024	Zahlungsab-wicklung und Vollstreckung
Neue ungeklärte Zahlungseingänge je 10.000 Einzahlungen	k. A.	1.601	21	132	365	850	1.778	34	2024	Zahlungsab-wicklung und Vollstreckung
Bestehende Vollstreckungsforderun-gen je Vollzeit-Stelle Vollstreckung	k. A.	1.696	132	452	683	1.126	4.536	30	2024	Zahlungsab-wicklung und Vollstreckung
Abgewickelte Vollstreckungsforde-rungen je Vollzeit-Stelle Vollstre-ckung	k. A.	648	399	641	955	1.149	2.305	30	2024	Zahlungsab-wicklung und Vollstreckung

Handlungsfelder/Kennzahlen	Beckum 2020	Beckum aktuell	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte	Ver-gleichs-jahr	Teilbericht
Gremienarbeit										
Aufwendungen für Gremienmitglieder je EW in Euro	k. A.	9,46	7,38	8,86	9,82	11,10	14,83	71	2024	Gremienarbeit
Aufwendungen für Gremienmitglieder je EW in Euro	k. A.	9,46	7,38	9,13	10,22	11,15	15,48	94	2024	Gremienarbeit
Personal										
Vollzeit-Stellen 1 je 1.000 EW (Personalquote 1)	9,81**	10,81	5,59	8,28	9,74	11,21	21,25	65	2024	Personal, Organisation und Informationstechnik
Vollzeit-Stellen 2 je 1.000 EW (Personalquote 2)	8,00**[41]	8,28	5,05	6,37	7,29	8,10	16,82	65	2024	Personal, Organisation und Informationstechnik
Informationstechnik (IT)										
IT-Kosten je Arbeitsplatz mit IT-Ausstattung in Euro	k. A.	5.282	2.568	4.712	5.474	6.513	7.663	88	2024	./.
Schulen Bewirtschaftung										
Aufwendungen Gesamtreinigung je qm Reinigungsfläche in Euro	12,97	9,39	9,39	15,15	16,43	19,61	36,74	43	2024	./.
Aufwendungen Eigenreinigung je qm Reinigungsfläche in Euro	k. A.	k. A.	15,90	21,72	27,97	40,51	82,99	23	2024	./.
Aufwendungen Fremdreinigung je qm Reinigungsfläche in Euro	12,97	9,39	9,39	14,05	15,48	17,26	23,65	38	2024	./.

[41] In der vergangenen Prüfrunde fand noch eine zusätzliche Sonderbereinigung in allen mkK für die Vollzeit-Stellen Jugendamt (inkl. UVG) statt – daher wurde damals die Personalquote 2 mit 7,21 ausgewiesen.

Handlungsfelder/Kennzahlen	Beckum 2020	Beckum aktuell	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte	Ver-gleichs-jahr	Teilbericht
Anteil Eigenreinigung an Gesamtreinigung in Prozent	100	0,00	0,00	0,00	1,64	33,40	100	43	2024	./.
Aufwendungen Hausmeisterdienste je qm Bruttogrundfläche in Euro	10,17	13,13	5,87	8,36	9,67	11,14	15,59	42	2024	./.
Wärmeverbrauch je qm in kWh	99,00	91,19	57,77	82,60	91,44	105,00	151,00	43	2024	./.
Stromverbrauch je qm Bruttogrundfläche in kWh	12,1	11,41	8,07	11,68	13,43	16,36	24,30	43	2024	./.
Wasserverbrauch je qm Bruttogrundfläche in Liter	153,00	141,00	69,03	117,00	137,00	153,00	223,00	42	2024	./.
Wohngeld										
Fälle je Vollzeit-Stelle Wohngeld	273	299	240	400	489	606	1.114	61	2024	./.
Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung nach dem 3. und 4. Kapitel SGB XII										
Leistungsbeziehende je Vollzeit-Stelle Hilfen nach dem 3. und 4. Kapitel SGB XII außerhalb von Einrichtungen	./.	238	82,96	153	175	208	418	61	2024	./.
Hilfe zur Erziehung										
Aufwendungen HzE je EW von 0 bis unter 21 Jahre in Euro	719***	1.087	620	852	1.083	1.344	1.778	26	2024	Hilfe zur Erziehung
Aufwendungen HzE je Hilfefall in Euro	23.389***	26.465	24.333	27.243	30.282	34.574	49.880	26	2024	Hilfe zur Erziehung
Anteil ambulante Hilfefälle an den Hilfefällen HzE in Prozent	57,68***	67,74	45,54	57,02	62,45	66,26	70,88	26	2024	Hilfe zur Erziehung
Anteil Hilfefälle nach § 33 SGB VIII an den stationären Hilfefällen HzE in Prozent	42,47***	43,29	27,44	37,91	41,54	52,98	66,88	26	2024	Hilfe zur Erziehung

Handlungsfelder/Kennzahlen	Beckum 2020	Beckum aktuell	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte	Ver-gleichs-jahr	Teilbericht
Hilfefälle Hilfe zur Erziehung je 1.000 EW von 0 bis unter 21 Jahre (Falldichte HzE)	30,76***	41,08	20,31	30,61	35,21	41,64	54,40	26	2024	Hilfe zur Erziehung
Tagesbetreuung für Kinder										
Fehlbetrag Tagesbetreuung für Kinder je EW von 0 bis unter 6 Jahre in Euro	2.279***	2.593	2.593	3.344	3.531	3.701	4.790	18	2024	./.
Verhältnis Elternbeiträge zu den Aufwendungen Tageseinrichtungen für Kinder (Elternbeitragsquote) in Prozent	13,7***	13,33	5,26	10,62	11,90	12,54	19,41	18	2024	./.
Fehlbetrag Tagesbetreuung für Kinder in Kindertageseinrichtungen je Platz in Euro	2.773***	3.143	3.103	3.937	4.285	4.598	4.833	18	2024	./.
Spiel- und Bolzplätze										
Fläche je EW unter 18 Jahre in qm	10,04	10,02	5,66	9,31	11,34	15,39	26,23	36	2023	./.
Aufwendungen je qm in Euro	4,70	5,22	1,65	4,03	5,23	6,30	15,60	35	2023	./.
Bauaufsicht										
Fälle je Vollzeit-Stelle Sachbearbeitung Bauaufsicht inkl. Bauberatung	72	112	20	52	71	99	143	84	2024	./.
Gesamtlaufzeit Bauanträge (normales Genehmigungsverfahren) in Kalendertagen	k.A.	117	47	91	111	140	471	73	2024	./.
Gesamtlaufzeit Bauanträge (vereinfachtes Genehmigungsverfahren) in Kalendertagen	k.A.	106	39	70	85	121	265	75	2024	./.
Park- und Gartenanlagen										
Fläche je EW in qm	4,73	4,76	0,76	2,89	5,03	9,79	27,41	26	2023	./.

Handlungsfelder/Kennzahlen	Beckum 2020	Beckum aktuell	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte	Ver-gleichs-jahr	Teilbericht
Aufwendungen je qm in Euro	k. A.	2,07	0,30	1,14	1,73	2,78	8,83	24	2023	./.
Straßenbegleitgrün										
Fläche je EW in qm	14,93	k. A.	1,18	4,57	9,23	15,93	63,50	33	2023	./.
Aufwendungen je qm in Euro	0,61	k. A.	0,14	1,15	1,84	3,65	7,37	29	2023	./.

* Einwohnerin bzw. Einwohner
** Wert der Stadt Beckum des Jahres 2019
*** Werte der Stadt Beckum des Jahres 2018

Kontakt

Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen
Shamrockring 1, Haus 4, 44623 Herne

Postfach 10 18 79, 44608 Herne
t 0 23 23/14 80-0
f 0 23 23/14 80-333
e info@gpa.nrw.de
DE-e Poststelle@gpanrw.de-mail.de
i www.gpa.nrw.de

TOP Ö 10

Stellungnahme zum Bericht über die überörtliche Prüfung der Stadt Beckum im Jahr 2025 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

Finanzen

Feststellungen und Empfehlungen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F1	Die Stadt Beckum führt regelmäßig Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durch. Sie hat noch keine verbindlichen Wertgrenzen nach § 13 Abs. 1 KomHVO NRW, oberhalb derer Wirtschaftlichkeitsvergleiche erforderlich sind, oder Verfahrensstandards schriftlich festgelegt.	45	entfällt
E1.1	Die Stadt Beckum sollte Wertgrenzen nach §13 Abs.1 KomHVO NRW festlegen. Oberhalb dieser ist ein Wirtschaftlichkeitsvergleich verpflichtend.	46	Derzeit bestehen keine konkret definierten Wertgrenzen für die verpflichtende Durchführung von Wirtschaftlichkeitsvergleichen. Unabhängig davon wird jedoch bereits jetzt im Rahmen der Haushaltsplanung und -ausführung insbesondere bei investiven Maßnahmen eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung vorgenommen, sofern dies aufgrund der finanziellen Bedeutung oder der Komplexität der Maßnahme angezeigt ist. Geplant ist, die Festlegung von Wertgrenzen in der Haushaltssatzung vorzunehmen. Dabei gilt es, im Rahmen einer Abwägung die Ausgewogenheit von Steuerungsgewinn und zusätzlichem Verwaltungsaufwand sicherzustellen.

Feststellungen und Empfehlungen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen			
			Die Maßnahme soll eine strukturierte Prüfung von Kosten-Nutzen-Aspekten erleichtern.
E1.2	Die Stadt Beckum sollte verbindliche Regelungen zu Mindeststandards für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen festlegen oder den Fachdiensten Arbeitshilfen zur Verfügung stellen.	47	Regelungen zu Mindestinhalten für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sollen erarbeitet und den Fachdiensten gezielt Arbeitshilfen zur Verfügung gestellt werden. Eine klare Regelung soll Verfahrensunsicherheiten beseitigen und zu einem effizienten Entscheidungsprozess beitragen. Dabei gilt es, die verschiedenen Tätigkeitsbereiche der Verwaltung angemessen zu berücksichtigen. Es kann beispielsweise davon ausgegangen werden, dass eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für eine Straßenbaumaßnahme andere Inhalte haben muss als eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für eine Hochbaumaßnahme. Auch sind bei anderen Beschaffungen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nach dem „Make-or-buy-Prinzip“ vorzugswürdig. Die Verwaltung strebt einen interkommunalen Austausch an, um die Erfahrungen anderer Kommunen in diesem Bereich einbeziehen zu können.

Feststellungen und Empfehlungen Kredit- und Anlagenmanagement			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F2	Die Stadt Beckum hat bislang keinen Handlungsrahmen für ihr Anlagemanagement verschriftlicht.	53	entfällt
E2	Die Stadt Beckum sollte ihr Anlagemanagement durch einen verbindlichen, schriftlich festgelegten Handlungsrahmen stärken, um klare Ziele, Zuständigkeiten und Verfahren zu definieren. Dadurch erhöht sie Transparenz, Rechtssicherheit und Effizienz bei künftigen Anlageentscheidungen.	54	Anlageentscheidungen – im Sinne einer mittel- bis langfristigen Anlage von „freier“ Liquidität – haben bei der Stadt Beckum in der Vergangenheit keine bedeutende Rolle gespielt und werden dies absehbar auch in Zukunft nicht. Abschnitt IV Ziffer 1 Dienstanweisung für das Finanzwesen legt als Aufgabe für die Zahlungsabwicklung (Fachdienst Stadtkasse und Steuern) die Geldanlage nicht benötigter liquider Mittel fest. Die Nutzung nicht benötigter liquider Mittel erfolgt derzeit im Rahmen des städtischen Liquiditätsverbundes und darüber hinaus in der Anlage von Tagesgeld bei einem der kontoführenden Institute. Ein Vollzugsdefizit beziehungsweise die Feststellung des Fehlens von weitergehenden Regelungen waren und sind nicht ersichtlich. Gleichwohl soll bei nächster Überarbeitung der Dienstanweisung für das Finanzwesen die Thematik aufgegriffen werden. Zu klären sein wird

Feststellungen und Empfehlungen Kredit- und Anlagenmanagement			
			insbesondere die Frage, ob es einer gesonderten Dienstanweisung bedarf. Die Verwaltung strebt ergänzend einen interkommunalen Austausch, um die Erfahrungen anderer Kommunen in diesem Bereich einbeziehen zu können.

Zahlungsabwicklung und Vollstreckung

Feststellungen und Empfehlungen Einzahlungen			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F1	Aufgrund fehlender Sollstellungen hat die Stadt Beckum eine hohe Anzahl neuer ungeklärter Einzahlungen. Dies führt zu einem unnötigen Mehraufwand in der Zahlungsabwicklung.	67	entfällt
E1	Die Stadt Beckum sollte die Anzahl ihrer unterjährig auftretenden ungeklärten Einzahlungen reduzieren. Sie sollte die Gründe für fehlende Sollstellungen systematisch erfassen und mögliche Gegenmaßnahmen ergreifen.	69	Hinsichtlich fehlender Sollstellungen wurde der Empfehlung der GPA bereits gefolgt. Im Zuge der Auswertung der Ergebnisse wurden die betroffenen Organisationseinheiten für eine unmittelbare Sollstellung ihrer Forderungen sensibilisiert. Die Verwaltung wird die Anzahl der ungeklärten Einzahlungen weiterhin beobachten und bei Bedarf auf die Organisationseinheiten zugehen.

Feststellungen und Empfehlungen Prozessbetrachtungen			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F2	Die Durchlaufzeiten zwischen Zahlungsaufforderung und möglicher Übergabe an die Vollstreckung sind in Beckum unterdurchschnittlich. 2024 führen nicht einmal die Hälfte aller Mahnungen zu einem Ausgleich der Forderungen.	70	entfällt

Feststellungen und Empfehlungen Prozessbetrachtungen			
E2	In Hinblick auf die unterdurchschnittliche Erfolgsquote Mahnungen in Prozent sollte die Stadt Beckum ihre Fristen im Prozess zum Umgang mit Forderungen überprüfen und optimieren.	72	Nach Einschätzung der Verwaltung liegt die unterdurchschnittliche Erfolgsquote Mahnungen insbesondere an der kurzen Frist von 2 Wochen zwischen der Mahnung und der Übergabe an die Vollstreckung. Zahlungen werden in einer Vielzahl der Fälle nach der Übergabe an die Vollstreckung geleistet, ohne dass Vollstreckungsmaßnahmen überhaupt durchgeführt wurden. Geplant ist eine Verlängerung der Frist zwischen der Mahnung und der Übergabe an die Vollstreckung auf 3 Wochen. Gleichzeitig soll das Zahlungsziel im Ursprungsbescheid/der Ursprungsrechnung (bisher 30 Tage) entsprechend abgesenkt werden. Es ist zu erwarten, dass die Erfolgsquote der Mahnungen verbessert werden kann. Allerdings wird das Vollstreckungsverfahren erst mit entsprechender Verzögerung begonnen. Die Veränderung des Zahlungsziels im Ursprungsbescheid/der Ursprungsrechnung (bisher 30 Tage) soll bei nächster Überarbeitung der Dienstanweisung für das Finanzwesen aufgegriffen werden. Die Veränderung der Fristen zwischen Mahnung und Vollstreckung würde sich anschließen.

Feststellungen und Empfehlungen Prozessbetrachtungen			
F3	Die Stadt Beckum bietet bereits mehrere elektronische Zahlungsmöglichkeiten an. Ihre schriftlichen Regelungen zum E-Payment kann die Stadt noch ausweiten.	72	entfällt
E3	Die Stadt Beckum sollte strategische Vorgaben für das E-Payment treffen und hierzu schriftliche Regelungen treffen.	73	Die Aufnahme von strategischen Vorgaben für das E-Payment soll bei nächster Überarbeitung der Dienstanweisung für das Finanzwesen aufgegriffen werden.

Feststellungen und Empfehlungen Vollstreckungsforderungen			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F4	Der Bestand der Vollstreckungsforderungen liegt in Beckum auf einem hohen Niveau. Er nimmt jährlich zu. Mit hohem Personaleinsatz erledigt Beckum mehr als 90 Prozent der abgewickelten eigenen Vollstreckungsforderungen erfolgreich.	73	entfällt
E4	Die Stadt Beckum sollte Maßnahmen ergreifen, um einen weiteren Anstieg ihrer bestehenden Vollstreckungsforderungen zu vermeiden. Sie sollte prüfen, wann die Weiterverfolgung einer Forderung noch lohnenswert erscheint.	80	Diese Empfehlung wird im Rahmen eines internen Projektes bearbeitet. In der Überlegung ist, Forderungen mit einer bisherigen Laufzeit von mehr als 5 Jahren unbefristet niederzuschlagen. Somit bleiben sowohl Anspruch als auch offene Posten erhalten, die Vollstreckungsforderung taucht aber als solche nicht mehr in den Auswertungen auf. Durch die

Feststellungen und Empfehlungen Vollstreckungsforderungen			
			spätestens nach 2 Jahren erfolgte 100-prozentige Wertberichtigung sind durch die unbefristete Niederschlagung nach 5 Jahren keine finanziellen Auswirkungen mehr vorhanden. Sollten später noch Zahlungen in einem Vollstreckungsfall eingehen, besteht der große Vorteil in diesem Vorgehen, dass die Zahlungen ohne weiteres noch zugeordnet werden können. Der Sachverhalt ist verwaltungsseitig noch nicht abschließend geprüft. Entsprechende Zahlungen würden aufgrund der vorherigen Wertberichtigung zu Erträgen führen.

Gremienarbeit

Feststellungen und Empfehlungen Sitzungsmanagement			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F1	Die Stadt gehört zu der Hälfte der Kommunen mit den meisten Anträgen. Auch die Anzahl der Sitzungen liegt über dem Durchschnitt.	89	entfällt
E1	Die Stadt Beckum sollte mit den Gremienvertretungen erörtern, welche Maßnahmen sinnvoll sind um die Sitzungshäufigkeit zu reduzieren.	93	Die Stadt Beckum ist bestrebt, die Anzahl der Sitzungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Geplante Sitzungen, die sich im weiteren Jahresverlauf als entbehrlich erweisen, werden daher abgesagt. Eine weitergehende Reduzierung der Sitzungshäufigkeit wird aufgrund der Vielzahl und Komplexität der zu behandelnden Themen derzeit jedoch als nicht praktikabel angesehen. Zur weiteren Optimierung der Sitzungsabläufe haben Verwaltung und Politik im Jahr 2022 gemeinsam ein Verfahren entwickelt, mit dem Zuständigkeiten für Vergabeentscheidungen von den kommunalpolitischen Gremien auf den Bürgermeister übertragen werden. Damit wurde die Anzahl der Sitzungen reduziert und gleichzeitig die Umsetzung von Projekten beschleunigt.

Feststellungen und Empfehlungen Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitglieder			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F2	Die Stadt Beckum gewährt Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitglieder gemäß Erlasslage. Eine Bedarfsermittlung zur Bestimmung der Höhe der Zuwendung führt die Stadt Beckum nicht regelmäßig durch.	101	entfällt
E2	Die Stadt Beckum sollte in jeder Legislaturperiode eine Bedarfsermittlung zur Höhe der Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und Einzelratsmitglieder vornehmen.	103	Die Empfehlung wird aufgenommen und entsprechend umgesetzt. Die nächste Bedarfsermittlung ist zu Beginn der Wahlperiode 2030 – 2035 vorgesehen, da eine entsprechende Bedarfsermittlung zuletzt im Oktober/November 2025 durchgeführt wurde.

Feststellungen und Empfehlungen Digitalisierung der Gremienarbeit			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F3	Die Stadt Beckum ermöglicht digitale Gremienarbeit. Die Durchführung von digitalen und hybriden Gremiensitzungen ist bei der Stadt Beckum nicht möglich.	104	entfällt

Feststellungen und Empfehlungen Digitalisierung der Gremienarbeit			
E3	Um ihre Handlungsfähigkeit auch in Krisenzeiten oder kritischen Notlagen sicherstellen zu können, sollte sich die Stadt Beckum mit den formalen Voraussetzungen zur Durchführung von digitalen und hybrider Gremiensitzungen befassen. Dazu kann sich die Stadt Beckum in der Handreichung zur Digitalen und hybriden Sitzungen in Kommunen im Land NRW informieren.	105	Die Stadt Beckum hat sich bereits vor Beginn der aktuellen Wahlperiode intensiv mit der Einführung digitaler und hybrider Sitzungen befasst. In einem interfraktionellen Gespräch im Oktober 2025 wurden den Fraktionen des Rates der Stadt Beckum die wesentlichen Gründe erläutert, weshalb die Aufnahme entsprechender Regelungen in das Beckumer Ortsrecht aus Sicht der Verwaltung derzeit nicht sinnvoll erscheint. Hierbei wurden insbesondere folgende Aspekte dargestellt: • Die Einführung digitaler und hybrider Sitzungen würde zusätzliche Kosten für Softwarelizenzen verursachen. Erforderlich wären sowohl eine gpa-zertifizierte Videosoftware als auch eine gpa-zertifizierte Abstimmungssoftware. Eine gpa-zertifizierte Softwarelösung, die beide Funktionen kombiniert, steht derzeit nicht zur Verfügung. • Zusätzliche Kosten entstünden zudem für die erforderliche Hardware und technische Ausstattung zur Videoübertragung beziehungsweise zum Streaming von Sitzungen. Da in Beckum diverse Räume für Sitzungen des Rates der Stadt Beckum sowie der Ausschüsse

			genutzt werden, müsste eine Vielzahl von Räumen entsprechend ausgestattet werden. • Alternativ könnte die Anschaffung mobiler Technik in Betracht gezogen werden. In diesem Fall wäre jedoch sicherzustellen, dass die technische Ausstattung vor jeder Sitzung transportiert sowie durch geschultes Personal auf- und abgebaut wird. • Darüber hinaus würden zusätzliche Personalaufwendungen für die Pflege der Software sowie der technischen Ausstattung entstehen. Zudem wäre bei den Sitzungen eine zusätzliche Person für die Bild- und Tonregie erforderlich. Aus dem Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen ergibt sich zudem, dass derzeit keine der 59 geprüften mittleren kreisangehörigen Städte die Voraussetzungen für die Durchführung digitaler und hybrider Sitzungen erfüllt. Auch im Rahmen interkommunaler Austausche zeigt sich, dass die überwiegende Zahl der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen die Durchführung digitaler und hybrider Sitzungen derzeit ablehnt.

Feststellungen und Empfehlungen Digitalisierung der Gremienarbeit			
			Die Fraktionen im Rat der Stadt Beckum haben sich dieser Einschätzung angeschlossen. Die Stadt Beckum wird die Entwicklung der Thematik weiterhin beobachten und bei veränderten rechtlichen, organisatorischen oder technischen Rahmenbedingungen erneut prüfen.

Personal, Organisation und Informationstechnik

Feststellungen und Empfehlungen Personal			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F1	Die Stadt Beckum hat für neue Mitarbeitende den Zugang zu notwendigem Wissen, zur Informationstechnik sowie den Wissenstransfer strukturiert geregelt, so dass sie dem Risiko von Wissensverlusten entgegenwirken kann. Konzepte zum Onboarding und zur Fort- und Weiterbildung sind noch nicht fixiert, werden aber aktuell entwickelt.	115	entfällt
E1	Die Stadt Beckum sollte wie geplant Konzepte für das Onboarding sowie für eine strukturierte Vorgehensweise zur gezielten Organisation und Durchführung von Fort- und Weiterbildungen erstellen, um mit ausreichend qualifiziertem Personal ihre Leistungs- und Zukunftsfähigkeit zu sichern.	116	Onboarding neuer Beschäftigter findet bei der Stadt Beckum selbstverständlich bereits statt. Die weiterhin geplante Erstellung eines verwaltungsweiten Konzepts soll einen Mehrwert bieten, indem es vorhandene Abläufe transparent macht, Standards vorgibt und Anregungen gibt, um neue Beschäftigte willkommen zu heißen und einzuarbeiten.

Feststellungen und Empfehlungen Personal			
F2	Die Stadt Beckum hat verschiedene Aktivitäten durchgeführt, um die Mitarbeitendenzufriedenheit und -bindung zu erhöhen. Sie beabsichtigt, Regelungen zum Offboarding-Prozess zu fixieren.	116	entfällt
2	Die Stadt Beckum sollte wie geplant auch zum Offboarding ein Konzept ausarbeiten. Sie sollte darin auch Regelungen für das Führen von Austrittsgesprächen sowie die vorhandene Vorgehensweise zum Löschen von IT-Berechtigungen und der Rückgabe der IT-Ausstattung aufnehmen.	117	Für das Offboarding gilt das zum Onboarding Gesagte, jedoch soll die Erarbeitung eines Onboarding-Konzeptes demgegenüber prioritär behandelt werden.

Feststellungen und Empfehlungen Organisation			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F3	Die Stadt Beckum betrachtet regelmäßig und einzelfallbezogen kritisch ihre Aufgaben und setzt durch die Priorisierung wichtiger Aufgaben ihre Ressourcen grundsätzlich gezielt ein. Zur Sicherung ihrer Handlungsfähigkeit bestehen mit Blick auf aktuelle Stellenbeschreibungen, -bewertungen und Anforderungsprofile noch Optimierungsmöglichkeiten.	119	entfällt
E3	Die Stadt Beckum sollte ihre strategische Steuerung stärken, indem sie auch dauerhaft wiederkehrende Aufgaben zentral priorisiert und Stellen regelmäßig beschreibt und bewertet.	120	Die Stadt Beckum hat bereits für Krisen- und Katastrophenfälle schriftlich festgelegt, welche Aufgaben eine besondere Priorität besitzen. Eine darüberhinausgehende zentrale Priorisierung dauerhaft wiederkehrender Aufgaben sowie die regelmäßige Beschreibung und Bewertung aller Stellen erfordern zusätzliche personelle und organisatorische Ressourcen. Die Umsetzung entsprechender Maßnahmen ist daher maßgeblich von der Bereitstellung ausreichender Kapazitäten abhängig.
F4	Die Stadt Beckum nutzt Möglichkeiten zur Standardisierung von Prozessen sowie ein strukturiertes Prozessmanagement noch nicht, so dass sie das Risiko eingeht, ineffiziente Verwaltungsabläufe nicht oder zu spät zu erkennen.	120	entfällt
E4	Die Stadt Beckum sollte ihre Verwaltungsprozesse zentral erfassen und Rahmenbedingungen für das Prozessmanagement festlegen und darin einheitliche Ziele, Standards und Priorisierungen fixieren um	121	Der Stadt Beckum sind die Vorteile eines strukturierten Prozessmanagements für die Steuerung, Organisation sowie das Wissensmanagement bewusst. Die Einführung und nachhaltige Etablierung eines

Feststellungen und Empfehlungen Organisation			
	Verwaltungsabläufe zu optimieren, zu automatisieren und wenn möglich zu digitalisieren. Zudem sollte Beckum den Einsatz einer Fachanwendung für Prozessaufnahmen und –analysen prüfen. Und um die regelmäßige Prozessaufnahme und eine kontinuierliche Prozessoptimierung zu gewährleisten, sollte die Stadt für die Aufgabe des Prozessmanagements bedarfsgerechte Stellenanteile bereitstellen.		zentralen Prozessmanagements setzen jedoch die Bereitstellung entsprechender personeller (bedarfsgerechte Stellenanteile) und finanzieller Ressourcen (geeignete Fachanwendung und technische Rahmenbedingungen) voraus.
F5	Die Stadt Beckum überprüft regelmäßig und umfassend, ob der Personalbestand eine effektive Aufgabenerfüllung ermöglicht. Die etablierten Ziele für die Stellenbemessung hat Beckum noch nicht verschriftlicht, so dass keine Verbindlichkeit für die Einhaltung besteht.	121	entfällt
E5	Die Stadt Beckum sollte Ziele für die Stellenbemessung festlegen. Ein klarer Zielrahmen verbessert Transparenz, Planbarkeit und die strategische Ausrichtung der Stellenbemessung.	122	Die Stadt Beckum orientiert sich bei der Stellenbemessung an den jeweiligen Anforderungen und Rahmenbedingungen des Einzelfalls. Dabei werden die spezifischen Aufgaben, Belastungen und organisatorischen Gegebenheiten individuell berücksichtigt. Allgemeingültige oder pauschale Zielvorgaben für die Stellenbemessung sind derzeit nicht vorgesehen.

Feststellungen und Empfehlungen Informationstechnik			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F6	Die Stadt Beckum besitzt eine gute strategische Grundlage für die digitale Transformation ihrer Verwaltung. Sie hat bereits ein Strategiepapier zur Verwaltungsdigitalisierung, Nutzung von KI und zur Personalqualifizierung sowie Zielvorgaben zur IT-Ausstattung und -Entwicklung fixiert. Verbindliche Vorgaben zur IT-Strategie sind geplant.	124	entfällt
E6	Die Stadt Beckum sollte ihre orientierungsgebenden Entscheidungen zur IT-Strategie dokumentieren; bestenfalls in Form eines IT-Strategiepapiers. Sie sollte darin auch strategische Vorgaben zu ihrem IT-Betriebsmodell sowie zu Make-or-Buy-Entscheidungen aufnehmen und die Umsetzung überwachen, um bei Abweichungen rechtzeitig gegensteuern zu können.	125	Grundsätzlich wird die Einschätzung geteilt und eine dokumentierte strategische Vorgehensweise als sinnvoll erachtet. Das ist in dieser Tiefe jedoch mit den aktuellen Mitteln nicht leistbar. Der Fachdienst Datenverarbeitung befindet sich in einer Phase der Neuausrichtung, sowohl in personeller wie in technischer Hinsicht, und stark mit der alltäglichen Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung ausgelastet. Dies lässt aktuell keine Kapazitäten für die Ausarbeitung von Strategiepapieren verfügbar.
F7	Die Stadt Beckum ist im Bereich des IT-Managements bereits gut aufgestellt. Optimierungspotenzial sehen wir noch beim Projektmanagement und hinsichtlich der Auswertung von Störungs- und Supportanfragen.	125	entfällt

Feststellungen und Empfehlungen Informationstechnik			
E7.1	Die Stadt Beckum sollte ihre Projektabläufe im IT-Bereich standardisieren, Indikatoren zu deren Überwachung festlegen und Verantwortlichkeiten definieren. Die Nutzung einer Projektmanagementsoftware kann die effiziente Umsetzung, Steuerbarkeit und Transparenz von Projekten unterstützen.	126	Projektabläufe werden aktuell einzelfallbezogen festgelegt. Die Definition von Standards wird grundsätzlich als sinnvoll erachtet, um die Projektarbeit im Zusammenspiel mit der jeweils betroffenen Fachverwaltung zu optimieren und die Verwendung von Hard- und Softwareprodukten stärker zu steuern. Bezüglich der Erarbeitung übergeordneter Richtlinien gilt aktuell das Gleiche wie zu E6.
E7.2	Die Stadt Beckum sollte die vorhandenen Informationen aus ihrem gut strukturierten Anforderungs- und Störungsmanagement regelmäßig auswerten, um daraus erforderliche Maßnahmen ableiten zu können die IT-Steuerung weiter zu verbessern.	127	Auswertungen sind möglich und werden in Einzelfällen anlassbezogen bereits durchgeführt. Zudem wird das zentrale Monitoring der eingesetzten Systeme sukzessive ausgebaut. Für nicht anlassbezogene regelmäßige Auswertungen fehlen aufgrund der Vielzahl an Vorgängen im laufendem „Alltagsgeschäft“ regelmäßig Kapazitäten, so dass dies nur bedingt leistbar ist.

Feststellungen und Empfehlungen Informationstechnik			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F8	Die technischen IT-Sicherheitsstrukturen der Stadt Beckum sind bereits sehr gut. Gleichwohl bestehen noch Optimierungsansätze, um potenzielle Ausfallrisiken weiter zu reduzieren.	127	entfällt
E8	Die Stadt Beckum sollte wie geplant Notfallpläne für alle definierten Notfallsituationen erstellen und verbindlich dokumentieren. Damit kann sie die Ausfallzeiten nach IT-Ausfällen weiter verringern.	128	Derzeit werden Notfallpläne finalisiert, Geschäftsfortführungspläne erstellt und Wiederanlaufpläne entwickelt. Gegenstand ist die Auswertung einer Prozessanalyse (business impact Analyse), bei der Zeitkritische Ausfallzeiten und kritische Prozesse betrachtet werden. Es ist im Spätsommer mit einem abschließendem Notfallhandbuch gemäß BSI Standard 27001 zu rechnen.

Feststellungen und Empfehlungen Digitalisierungsniveau			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F9	Die Stadt Beckum ist mit der digitalen Transformation ihrer Verwaltung auf einem guten Weg und treibt die Digitalisierung von Dienstleistungen aktiv voran. Dennoch gibt es in den überprüften Prozessabläufen noch Möglichkeiten, Medienbrüche weiter zu minimieren.	136	entfällt

Feststellungen und Empfehlungen Digitalisierungsniveau			
E9	Die Stadt Beckum sollte ihre gute Grundlage ausbauen und die digitale Transformation ihrer Verwaltung weiter vorantreiben. Dazu sollte sie ihre Prozesse gezielt auf vermeidbare Medienbrüche hin untersuchen. Für eine optimale Unterstützung der Sachbearbeitung sollte sie Informationen aus vorgelagerten Prozessen bzw. anderen Fachverfahren soweit wie möglich automatisiert zusammenführen oder über eine Schnittstelle einspielen.	137	Die Stadt Beckum betrachtet im Rahmen der weitern Umsetzung der OZG-Dienstleistungen bereits bestehende Medienbrüche. Ziel soll sein, die vorhandenen technischen Möglichkeiten der städtischen IT sowie der eingesetzten Fachverfahren und Softwarelösungen konsequent zu nutzen um Informationen möglichst automatisiert zusammenzuführen und Medienbrüche künftig weitestgehend zu vermeiden.

Kommunales Krisenmanagement

Feststellungen und Empfehlungen Erkennen von Risiken			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F1	Die Stadt Beckum hat eine Vielzahl von Risiken erkannt. Die Dokumentation über die Risikobewertung zeigt Verbesserungspotenzial auf.	147	entfällt
E1	Die Stadt Beckum könnte mit einer Gesamtübersicht inklusive der Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadensausmaß ihr kommunales Krisenmanagement besser dokumentieren und damit eine bessere Entscheidungsgrundlage für den Mitteleinsatz schaffen.	148	Die Empfehlung wird als sinnvoll erachtet und soll nach und nach in die Evaluation des SAE-Prozesses eingebaut werden. Kapazitäten für eine vollständige Bestandsaufnahme sind aktuell nicht personell eingeplant.

Feststellungen und Empfehlungen Vorplanung			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F2	Die Stadt Beckum hat viele Maßnahmen ergriffen um Krisen oder krisenähnlichen Ereignissen zu begegnen. Die Konzepte hat die Stadt noch nicht vollständig abgeschlossen und umgesetzt.	148	entfällt
E2	Die Stadt Beckum sollte wie beabsichtigt ihre Risiko- und Krisenpläne weiter ausarbeiten und unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze prüfen, welche Maßnahmen sie umsetzen kann.	149	Die Empfehlung wird als sinnvoll erachtet und soll nach und nach in die Evaluation des SAE-Prozesses eingebaut werden. Kapazitäten für eine vollständige Erarbeitung solcher Pläne sind aktuell nicht personell eingeplant.

Feststellungen und Empfehlungen Regelungen zur Einbindung von Spontanhelfenden			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F3	Die Stadt Beckum hat keine Regelung zur Einbindung von Spontanhelfenden getroffen.	149	entfällt
E3	Um die Einsatzkräfte vor Ort bei der Ereignisbewältigung zu entlasten und eine effektive Einsatzbewältigung sicherzustellen, sollte die Stadt Beckum wie beabsichtigt Regelungen im Umgang mit Spontanhelfenden treffen.	150	Die Empfehlung soll unter Berücksichtigung der einschlägigen fachlichen Hinweise umgesetzt werden, sobald die vorhandenen personellen Kapazitäten es zulassen.

Feststellungen und Empfehlungen Stabsraum			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F4	Mit einem gut erreichbaren SAE-Raum sowie weiteren Ausweichmöglichkeiten hat die Stadt Beckum eine gute Basis für die Arbeitsfähigkeit des SAE geschaffen. Eine Zugangsbeschränkung hat die Stadt bisher nicht vorgesehen.	152	Entfällt
E4	Die Stadt Beckum sollte prüfen, ob die analoge und digitale Ausstattung des SAE-Raums ausreicht. Mit einer Regelung zur regelmäßigen Überprüfung der Ausstattung könnte die Stadt die Einsatzfähigkeit der analogen und technischen Ausstattung sicherstellen. Die Stadt sollte eine Zugangssteuerung während eines SAE-Einsatzes einrichten.	154	Die Ausstattung des SAE-Raums wird in den Evaluierungen von Einsätzen laufend überprüft und die Erkenntnisse werden bei der Neu-Strukturierung der SAE-Arbeit berücksichtigt. Das Erfordernis einer besonderen technischen Zugangssteuerung wurde in den bisherigen Einsatzszenarien nicht bestätigt. Sie ist bei den Ausweichstandorten an der vorhandenen und der geplanten Feuer- und Rettungswache vorhanden bzw. eingeplant. Die Möglichkeit einer

Feststellungen und Empfehlungen Stabsraum			
			organisatorischen Zugangssteuerung bleibt im Einzelfall möglich.

Feststellungen und Empfehlungen Notstromversorgung			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F5	Die Stadt Beckum kann mit ihrer Notstromversorgung alle Aufgaben für die Daseinsvorsorge der Bevölkerung sicherstellen. Sie hat keine verbindlichen Intervalle für die Funktionstest ihrer Notstromaggregate festgelegt. Übungen finden nur in den Feuerwehrwachen statt.	154	Entfällt
E5	Die Stadt Beckum sollte verbindliche Intervalle für die Wartung und Funktionstest der Notstromaggregate festlegen und regelmäßig den Notbetrieb üben.	154	Wartungsintervalle und Funktionstests sollen durchgeführt werden. Regelmäßige Übungen werden als sinnvoll erachtet und sollen soweit im Rahmen der Kapazitäten und des notwendigen Betriebsablaufs eingeplant werden.

Feststellungen und Empfehlungen Dienstanweisung SAE			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F6	Die Stadt Beckum hat eine umfangreiche Dienstanweisung für den SAE. Diese entspricht jedoch nur teilweise der gelebten Praxis.	155	entfällt
E6	Die Stadt Beckum sollte wie beabsichtigt, ihre Dienstanweisung SAE überarbeiten.	157	Zur Überarbeitung der Dienstanweisung SAE hat eine Beratung und Schulung durch die KommunalAgentur stattgefunden. Die Dienstanweisung soll wie beabsichtigt finalisiert und implementiert werden.

Feststellungen und Empfehlungen Schulung der SAE-Mitglieder			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F7	Die Stadt Beckum arbeitet neue SAE-Mitglieder ein. Schulungen für alle SAE-Mitglieder hat die Stadt bisher nicht durchgeführt.	158	Entfällt
E7	Die Stadt Beckum sollte wie geplant die Schulung der SAE-Mitglieder durchführen. Sie sollte regelmäßige Schulungen etablieren und die verpflichtende Teilnahme verbindlich regeln.	159	Die erstmalige ausführliche Schulung ist durchgeführt. Es ist beabsichtigt, neue regelmäßige Mitglieder des SAE bei Dienstaufnahme entsprechend zu sensibilisieren und nach Einführung der neuen Dienstanweisung in angemessenen Zeiträumen alle Betroffenen erneut zu schulen.

Feststellungen und Empfehlungen Übung der SAE-Mitglieder			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F8	Die Stadt Beckum hat bisher keine Übungen der SAE-Mitglieder durchgeführt.	159	entfällt
E8	Die Stadt Beckum sollte wie geplant, ein Übungskonzept erarbeiten und Übungen mit den SAE-Mitgliedern regelmäßig durchführen.	159	Das Übungskonzept soll wie beabsichtigt im Rahmen der personellen Kapazitäten geplant und umgesetzt werden.

Feststellungen und Empfehlungen Krisenkommunikation			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F9	Die Stadt Beckum nutzt für die Krisenkommunikation verschiedene Medien um alle Bevölkerungsschichten zu erreichen. Sie nutzt vorgefertigte Checklisten, allerdings nicht bezogen auf alle ermittelten Gefahren.	160	entfällt
E9	Die Stadt Beckum könnte ihre Krisenkommunikation stärken, indem sie für alle ermittelten Gefahren Checklisten nutzt.	161	Die Vorbereitungen für die Krisenkommunikation sollen laufend vervollständigt werden und werden nach Einsätzen überprüft. Für die Vorbereitungen anhand ermittelter Gefahren gilt auch hier, dass für eine vollständige Ermittlung aktuell keine personellen Kapazitäten eingeplant sind.

Feststellungen und Empfehlungen Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F10	Die Stadt Beckum informiert die Bevölkerung über die Selbsthilfefähigkeit in Flyern und Gesprächen. Onlinemedien nutzt die Stadt zur Stärkung der Selbsthilfefähigkeit selten.	161	Entfällt
E10	Die Stadt Beckum könnte die Selbsthilfefähigkeit ihrer Bevölkerung stärken, indem sie auch in sozialen Medien über die Möglichkeit der Selbsthilfe informiert.	162	Informationen zur Selbsthilfe sollen künftig auch über soziale Medien verbreitet werden. Sensibilisierungen erfolgen in erster Linie anlassbezogen, um die nötige Aufmerksamkeit zu generieren und aufrecht zu erhalten.

Hilfe zur Erziehung

Feststellungen und Empfehlungen Anteil Vollzeitpflegefälle			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F1	Die Stadt Beckum hat einen leicht überdurchschnittlichen Anteil Vollzeitpflegefälle an den stationären Hilfefällen. Der Anteil Vollzeitpflegefälle ist von 2023 auf 2024 gesunken.	176	entfällt
E1	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte auch weiterhin daran arbeiten, den Anteil an Kindern und Jugendlichen in Vollzeitpflege zu erhöhen. Dafür sollte der Fachdienst die bereits ergriffenen Maßnahmen zur Akquise und Werbung für geeignete Pflegefamilien überprüfen und weitere Maßnahmen eruieren. Weitere Ausführungen zur Vollzeitpflege folgen im Kapitel 6.5.1 Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII.	177	Für das Haushaltsjahr 2026 wurden bereits Mittel eingestellt, um neue/weitere Maßnahmen zur Akquise von Pflegepersonen umzusetzen.

Feststellungen und Empfehlungen Organisation, Personal und Digitalisierung in der WiJu			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F2	Bei den Hilfeplanfällen je Vollzeit-Stelle gehört die Stadt Beckum im interkommunalen Vergleich am Median ein. Die Stadt nutzt eine prozessorientierte Personalbemessung. Ein Einarbeitungskonzept für die WiJu gibt es aktuell nicht.	184	entfällt

Feststellungen und Empfehlungen Organisation, Personal und Digitalisierung in der WiJu			
E2	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte ein Einarbeitungskonzept für die WiJu entwickeln, um eine gute Einarbeitung von neuen Fachkräften in der WiJu zu fördern.	186	Grundlagen für die Einarbeitung von neuen Fachkräften in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe sind bereits vorhanden (Flowcharts, Schnittstellenbeschreibung, Buchungsanleitung, Vorlagen zur Zuständigkeitsprüfung etc.). Diese Maßnahmen können nun in ein Konzept überführt werden.

Feststellungen und Empfehlungen Controlling			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F3	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum führt regelmäßig ein umfangreiches Controlling durch. Darin berücksichtigt der Fachdienst auch die Aufgaben der Wirtschaftlichen Jugendhilfe. Mit Zielen, Zielwerten und Kennzahlen arbeitet der Fachdienst aber zurzeit noch nicht.	187	entfällt
E3.1	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte das Finanzcontrolling durch konkrete operative Ziele und ein Kennzahlensystem weiterentwickeln. Der Fachdienst sollte die Erreichung der Ziele regelmäßig überprüfen.	188	Im Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe sind bereits ein Finanzmonitoring und Elemente eines Finanzcontrollings vorhanden. Die Entwicklung eines Kennzahlensystems und operativer Ziele sind nun die nächsten Schritte.
E3.2	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte ein systematisches Fachcontrolling etablieren und auch für die stationären Hilfen zur Erziehung Maßnahmen zur Qualitätssicherung erarbeiten.	188	Im Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe sind bereits Elemente eines Fachcontrollings vorhanden. Deren systematische Weiterentwicklung sowie die Erarbeitung von qualitätssichernden Maßnahmen sind nun die nächsten Schritte.

Feststellungen und Empfehlungen Verfahrensstandards und Prozessabläufe			
Nr.	**Text**	**Seite**	**Stellungnahme**
F4	Fallabgaben und Fallübernahmen erfolgen in Beckum standardisiert. Vorgaben für die Festsetzung des sog. Strafdrittels hat der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe bislang nicht definiert.	192	entfällt
E4	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe sollte auch für die ausbleibende Reaktion eines neu zuständigen Jugendamts Standards definieren. Hierzu zählt auch die Androhung und Festsetzung eines Strafdrittels.	193	Die Empfehlung wird Gegenstand einer weitergehenden Prüfung im Kontext Fallabgaben an neu zuständige Jugendämter.
F5	Standardisierte Prozesskontrollen sind im Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum durch die Verfahrensstandards und die Fachsoftware etabliert. Prozessunabhängige Kontrollen gibt es in der WiJu bislang aber nicht.	193	entfällt
E5	Der Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Beckum sollte standardisierte Kontrollen in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe einführen. Dabei sollte der Fachdienst Regelungen zu Art und Umfang der Kontrollen verbindlich festlegen.	194	Prozessunabhängige, standardisierte Kontrollen werden zukünftig durchgeführt werden. Hierfür wird eine entsprechende Checkliste entwickelt werden.

TOP Ö 11

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2026/0259
öffentlich

1. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Durchführung der Aufgaben einer interkommunalen Vergabe- und Submissionsstelle durch die Stadt Beckum

Federführung: Fachbereich Innere Verwaltung

Beteiligungen: Fachbereich Finanzen und Immobilien

Auskunft erteilt: Herr Sonnenburg | 02521 29-1010 | sonnenburg@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss
10.09.2026 Beratung

Rat der Stadt Beckum
23.09.2026 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die als Anlage zur Vorlage beigefügte 1. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Beelen, der Stadt Drensteinfurt, der Gemeinde Everswinkel, der Gemeinde Ostbevern, der Stadt Sassenberg, der Stadt Sendenhorst, der Stadt Telgte, der Gemeinde Wadersloh und der Stadt Beckum über die Durchführung der Aufgaben einer interkommunalen Vergabe- und Submissionsstelle durch die Stadt Beckum wird beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Aufgrund der Reduzierung des Stellenanteils für die interkommunale Vergabestelle sinkt der Ertrag für das laufende Haushaltsjahr von 165.000 Euro auf 100.200 Euro. Auf der Aufwandsseite entfallen Personalkosten entsprechend der persönlichen Einstufung der bisherigen Stelleninhaberin. Unabhängig von der Vereinbarung wird durch die Tätigkeit für den Abwasserbetrieb TEO AöR ein zusätzlicher Ertrag von 10.000 Euro erwartet.

Finanzierung

Die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt werden im Zuge der Haushaltsplanungen für das Jahr 2027 berücksichtigt.

Erläuterungen:

Der Rat der Stadt Beckum hat in seiner Sitzung am 17.09.2024 einstimmig der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Einrichtung der interkommunalen Vergabe- und Submissionsstelle zugestimmt (vergleiche Vorlage 2024/0225 und Niederschrift zur Sitzung). Auch die Räte der anderen Kommunen haben der Vereinbarung zugestimmt, sodass sie nach Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Warendorf am 21.03.2025 in Kraft getreten ist.

Bisher liegt der in der Vereinbarung festgelegte Stellenumfang bei 1,4 Stellen, der von den beteiligten Kommunen refinanziert wird. Nun beträgt der erforderliche Stellenumfang noch 0,85 Stellen. Es wird vorgeschlagen, den Stellenanteil für die interkommunale Vergabestelle bedarfsgerecht hieran anzupassen. Dies rückwirkend zum 01.01.2026, da mit der Änderung des Vergaberechts die Reduzierung der Verfahren eingetreten ist.

Des Weiteren hat der von den Gemeinden Telgte, Everswinkel, Ostbevern und Beelen getragene Abwasserbetrieb TEO AöR Interesse daran, die interkommunale Vergabe- und Submissionsstelle in Anspruch zu nehmen. Eine Einbindung in die öffentlich-rechtliche Vereinbarung ist aufgrund der Rechtsform nicht möglich. Die Bearbeitung erfolgt momentan auf der Grundlage von Einzelvereinbarungen. Der geplante Aufwand wird mit bis zu 0,15 Stellen geschätzt. Im Ergebnis steht damit weiterhin eine Refinanzierung der interkommunalen Vergabesachbearbeitung von 0,85 bis 1,00 Stellen.

Die personelle Besetzung ist bereits an die verringerten Bedarfe angepasst. 0,40 Stellenanteile für die Vergabesachbearbeitung wurden ursprünglich durch eine beamtete Person wahrgenommen, die die Stadt Beckum zum Ende November 2025 verlassen hat. Die Nachbesetzung erfolgte ohne Vergabesachbearbeitung durch eine tarifbeschäftigte Person mit einem Umfang von 0,62 Stellen. Die Stelleninhaberin der vollen Sachbearbeitungs-Stelle besucht aktuell den Verwaltungslehrgang 2. Der damit verbundene zeitliche Aufwand von rund 0,20 Stellen steht für die Sachbearbeitung nicht zur Verfügung. Soweit sich insgesamt Auswirkungen auf den Stellenplan ergeben, werden diese im Rahmen der Haushaltsberatungen aufgegriffen.

Im Haushaltsplan 2026 ist bei dem Produktkonto 010601.448200 – Kostenerstattungen, Kostenumlagen von Gemeinden (GV) – ein Ertrag von 165.000 Euro veranschlagt. Mit der Reduzierung sinkt der Ertrag auf 100.200 Euro. Für die Folgejahre wird im Haushaltsplanentwurf 2027 dieser Betrag ebenfalls eingeplant. Für die Leistungen für den Abwasserbetrieb TEO AöR werden ab 2027 10.000 Euro an Ertrag pro Jahr eingeplant. Hierfür wird das neue Produktkonto 010601.448209 – Kostenerstattung Vergabeverfahren TEO – gebildet.

Der Vorschlag zur 1. Änderung der Vereinbarung wird parallel den kommunalpolitischen Gremien der beteiligten Kommunen zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

Anlage(n):

1. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung

TOP Ö 11

1. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Durchführung der Aufgaben einer interkommunalen Vergabe- und Submissionsstelle durch die Stadt Beckum vom 14.02.2025

zwischen

der Gemeinde Beelen, Der Bürgermeister,
Warendorfer Straße 9 in 48361 Beelen,

der Stadt Drensteinfurt, Der Bürgermeister,
Landsbergplatz 7 in 48317 Drensteinfurt,

der Gemeinde Everswinkel, Der Bürgermeister,
Am Magnusplatz 30 in 48351 Everswinkel,

der Gemeinde Ostbevern, Der Bürgermeister,
Hauptstraße 24 in 48346 Ostbevern,

der Stadt Sassenberg, Der Bürgermeister,
Schürenstraße 17 in 48336 Sassenberg,

der Stadt Sendenhorst, Die Bürgermeisterin,
Kirchstraße 1 in 48324 Sendenhorst,

der Stadt Telgte, Der Bürgermeister,
Baßfeld 4-6 in 48291 Telgte,

der Gemeinde Wadersloh, Der Bürgermeister,
Liesborner Straße 5 in 59329 Wadersloh

und

der Stadt Beckum, Der Bürgermeister,
Weststraße 46 in 59269 Beckum

Artikel 1

§ 3 Absatz 1 Satz 1 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Durchführung der Aufgaben einer interkommunalen Vergabe- und Submissionsstelle durch die Stadt Beckum wird wie folgt neu gefasst:

„Die Stadt Beckum stellt zur Wahrnehmung der in § 2 beschriebenen Leistungen insgesamt 0,85 Stellenanteile zur Verfügung."

Artikel 2

Diese Änderung tritt nach der Bekanntmachung im Amtsblatt des Kreises Warendorf rückwirkend zum 01.01.2026 in Kraft.

(Ort), den (Datum)

Für die Gemeinde Beelen

_____

Bürgermeister Rolf Mestekemper

Für die Stadt Drensteinfurt

_____

Bürgermeister Markus Wiewel

Für die Gemeinde Everswinkel

_____

Bürgermeister Sebastian Seidel

Für die Gemeinde Ostbevern

_____

Bürgermeister Karl Piochowiak

Für die Stadt Sassenberg

_____

Bürgermeister Josef Uphoff

Für die Stadt Sendenhorst

_____

Bürgermeisterin Katrin Reuscher

Für die Stadt Telgte

_____

Bürgermeisterin Kathrin Behrendt

Für die Gemeinde Wadersloh

_____

Bürgermeister Christian Thegelkamp

Für die Stadt Beckum

_____

Bürgermeister Michael Gerdhenrich

TOP Ö 12

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2026/0246/1
öffentlich

Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung – Grundsatzbeschluss zur Anwendung der neuen Instrumente des Baugesetzbuches ("Bau-Turbo")

Federführung: Fachbereich Stadtentwicklung

Beteiligungen:

Auskunft erteilt: Herr Denkert | 02521 29-6000 | denkert.u@beckum.de

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Beckum
23.09.2026 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

1. Die Leitlinien zur Anwendung der neuen Instrumente des „Bau-Turbo" gemäß § 31 Absatz 3, § 34 Absatz 3b und § 246e Baugesetzbuch (BauGB) in der Stadt Beckum werden beschlossen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuständigkeiten für die Erteilung/Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB für Vorhaben entsprechend der Leitlinien zur Anwendung der neuen Instrumente des „Bau-Turbo" gemäß § 31 Absatz 3, § 34 Absatz 3b und § 246e BauGB wie folgt anzupassen:

   a) Folgende Fälle zur Anwendung der „Bau-Turbo"-Vorschriften werden auf den Bürgermeister als laufendes Geschäft der Verwaltung übertragen:

      - Die Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB entsprechend der Leitlinien der Stadt Beckum.
      - Die Erteilung/Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB für Vorhaben mit bis zu 10 Wohneinheiten und ohne besondere städtebauliche Bedeutung im unmittelbaren Siedlungskontext nach § 31 Absatz 3 (Bebauungspläne) sowie § 34 Absatz 3b BauGB (unbeplanter Innenbereich).

   b) Folgende Fälle zur Anwendung der „Bau-Turbo"-Vorschriften sollen auf den Ausschuss für Stadtentwicklung übertragen werden:

      - Die Erteilung/Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB für Vorhaben von über 10 Wohneinheiten oder mit besonderer städtebaulicher Bedeutung im unmittelbaren Siedlungskontext nach § 31 Absatz 3 (Bebauungspläne) sowie § 34 Absatz 3b BauGB (unbeplanter Innenbereich).
      - Die Erteilung/Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB für Vorhaben nach § 246e BauGB (insbesondere Außenbereichsflächen im räumlichen Zusammenhang mit dem Siedlungsbereich).

c) Der Rat der Stadt Beckum bleibt für folgende Fälle zur Anwendung der „Bau-Turbo"-Vorschriften zuständig:

- Die Erteilung/Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB für Vorhaben, die aus Sicht der Verwaltung städtebaulich vertretbar sind, aber den Leitlinien der Stadt Beckum widersprechen.
- Die Erteilung/Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB für Vorhaben mit über 50 Wohneinheiten oder mit besonderer städtebaulicher Bedeutung bei über 10 Wohneinheiten nach § 31 Absatz 3 (Bebauungspläne), § 34 Absatz 3b (unbeplanter Innenbereich) oder § 246e BauGB (insbesondere Außenbereichsflächen im räumlichen Zusammenhang mit dem Siedlungsbereich).

3. Die Leitlinien und die Regelung der Zuständigkeiten werden nach einem Jahr evaluiert. Die Verwaltung berichtet dann über diejenigen Vorhaben, bei denen die Verwaltung in eigener Zuständigkeit die Zustimmung nach § 36a BauGB versagt hat.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Sach- und Personalkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung hat in seiner Sitzung am 15.09.2026 einstimmig beschlossen, die Sachentscheidung um einen 3. Punkt zu ergänzen. Die Verwaltung wird dementsprechend nach einem Jahr die Leitlinien zur Anwendung der „Bau-Turbo"-Vorschriften evaluieren. Darüber hinaus wird die Verwaltung eine Übersicht über die Bauvorhaben erstellen, für die eine Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB erfolgt ist.

Des Weiteren wird auf die Erläuterungen und die Anlagen zur Vorlage 2026/0246 verwiesen.

Anlage(n):

ohne

TOP Ö 12.1

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2026/0246
öffentlich

Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung – Grundsatzbeschluss zur Anwendung der neuen Instrumente des Baugesetzbuches ("Bau-Turbo")

Federführung: Fachbereich Stadtentwicklung

Beteiligungen: Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung

Auskunft erteilt: Herr Denkert | 02521 29-6000 | denkert.u@beckum.de

Beratungsfolge:

Ausschuss für Stadtentwicklung
15.09.2026 Beratung

Rat der Stadt Beckum
23.09.2026 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

1. Die Leitlinien zur Anwendung der neuen Instrumente des „Bau-Turbo" gemäß § 31 Absatz 3, § 34 Absatz 3b und § 246e Baugesetzbuch (BauGB) in der Stadt Beckum werden beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuständigkeiten für die Erteilung/Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB für Vorhaben entsprechend der Leitlinien zur Anwendung der neuen Instrumente des „Bau-Turbo" gemäß § 31 Absatz 3, § 34 Absatz 3b und § 246e BauGB wie folgt anzupassen:
   a) Folgende Fälle zur Anwendung der „Bau-Turbo"-Vorschriften werden auf den Bürgermeister als laufendes Geschäft der Verwaltung übertragen:
      - Die Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB entsprechend der Leitlinien der Stadt Beckum.
      - Die Erteilung/Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB für Vorhaben mit bis zu 10 Wohneinheiten und ohne besondere städtebauliche Bedeutung im unmittelbaren Siedlungskontext nach § 31 Absatz 3 (Bebauungspläne) sowie § 34 Absatz 3b BauGB (unbeplanter Innenbereich).

   b) Folgende Fälle zur Anwendung der „Bau-Turbo"-Vorschriften sollen auf den Ausschuss für Stadtentwicklung übertragen werden:
      - Die Erteilung/Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB für Vorhaben von über 10 Wohneinheiten oder mit besonderer städtebaulicher Bedeutung im unmittelbaren Siedlungskontext nach § 31 Absatz 3 (Bebauungspläne) sowie § 34 Absatz 3b BauGB (unbeplanter Innenbereich).
      - Die Erteilung/Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB für Vorhaben nach § 246e BauGB (insbesondere Außenbereichsflächen im räumlichen Zusammenhang mit dem Siedlungsbereich).

c) Der Rat der Stadt Beckum bleibt für folgende Fälle zur Anwendung der „Bau-Turbo"-Vorschriften zuständig:

- Die Erteilung/Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB für Vorhaben, die aus Sicht der Verwaltung städtebaulich vertretbar sind, aber den Leitlinien der Stadt Beckum widersprechen.
- Die Erteilung/Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB für Vorhaben mit über 50 Wohneinheiten oder mit besonderer städtebaulicher Bedeutung bei über 10 Wohneinheiten nach § 31 Absatz 3 (Bebauungspläne), § 34 Absatz 3b (unbeplanter Innenbereich) oder § 246e BauGB (insbesondere Außenbereichsflächen im räumlichen Zusammenhang mit dem Siedlungsbereich).

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Sach- und Personalkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Am 30.10.2025 ist das Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung in Kraft getreten. Mit der damit verbundenen Änderung des Baugesetzbuches (BauGB) wurden unter anderem 4 Vorschriften zur Erleichterung der Zulassung von Wohnungsbauvorhaben geändert beziehungsweise eingeführt, die zusammenfassend als sogenannter „Bau-Turbo" bezeichnet werden:

- § 31 Absatz 3 BauGB – im beplanten Innenbereich für Ausnahmen und Befreiungen
- § 34 Absatz 3b BauGB – Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (unbeplanter Innenbereich)
- § 36a BauGB – Zustimmung der Gemeinde
- § 246e BauGB – Befristete Sonderregelung für den Wohnungsbau (vor allem auch für den Außenbereich)

Durch die Neufassung des § 31 Absatz 3 BauGB wird im Geltungsbereich eines Bebauungsplans (beplanter Innenbereich) nun dauerhaft durch erweiterte Befreiungen von Bebauungsplan-Festsetzungen die Schaffung neuen Wohnraums erleichtert, zum Beispiel durch Aufstockungen, Anbauten oder Bauen in der 2. Reihe. Neu eingeführt wird zudem mit dem neuen § 34 Absatz 3b BauGB ebenfalls dauerhaft die Möglichkeit zur Abweichung vom Gebot des Einfügens für die Errichtung von Wohngebäuden innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (unbeplanter Innenbereich).

Kerninhalt des „Bau-Turbo" ist die Einfügung eines neuen § 246e BauGB, der befristet bis zum 31.12.2030 zur Beschleunigung des Wohnungsbaus ein Abweichen von den Vorschriften des BauGB oder den aufgrund des BauGB erlassenen Vorschriften (wie zum Beispiel Bebauungsplan, Flächennutzungsplan oder Baunutzungsverordnung) erlaubt. Dies gilt auch für Vorhaben, die im Außenbereich errichtet werden sollen, sofern sie sich im räumlichen Zusammenhang mit Flächen eines Baugebietes oder eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils befinden.

Generell können Baugenehmigungen nach den „Bau-Turbo"-Vorschriften der §§ 31 Absatz 2, 34 Absatz 3b sowie 246e BauGB nicht über das hinausgehen, was planbar wäre. Das heißt, die Grundsätze der Bauleitplanung (unter anderem zur Konfliktbewältigung) gelten weiterhin. So gelten insbesondere auch das Gebot zur Wahrung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse oder Vorgaben aus Fachgesetzen wie der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen oder den Bereichen Immissionsschutz, Bodenschutz, Arten- und Umweltschutz, Hochwasserschutz oder Denkmalschutz. Dies muss bei jeder Bewertung eines Vorhabens beachtet werden.

Für die Vorhaben nach § 31 Absatz 3, § 34 Absatz 3b und § 246e BauGB ist gemäß § 36a BauGB stets die Zustimmung der Gemeinde erforderlich, selbst dann, wenn sie Trägerin der Bauaufsicht ist. Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn die Gemeinde sie nicht binnen 3 Monaten nach Eingang des Ersuchens der Genehmigungsbehörde verweigert. Die Gemeinde kann der betroffenen Öffentlichkeit vor der Entscheidung über die Zustimmung Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Antrag innerhalb angemessener Frist geben, höchstens jedoch innerhalb 1 Monats. In diesem Fall verlängert sich die Entscheidungsfrist der Gemeinde um die Dauer der Stellungnahmefrist – also auf maximal 4 Monate. Ansonsten ist keine Verlängerung der Zustimmungsfrist möglich.

Die Gemeinde übt mit der Zustimmungsentscheidung nach § 36a BauGB ihre kommunale Planungshoheit im Sinne von Artikels 28 Absatz 2 Grundgesetz (GG) aus. Dabei hat die Kommune eine weite Gestaltungsfreiheit, wobei sie an die allgemeinen Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns gebunden ist, insbesondere an die Anforderungen des allgemeinen und besonderen Gleichheitssatzes nach Artikel 3 GG. Auch eine partielle Anwendung des „Bau-Turbo" nur in bestimmten Gebieten oder nur für bestimmte Vorhaben ist nach Auffassung des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen daher möglich (siehe hierzu FAQ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen zum „Bau-Turbo"). Ebenso kann eine Zustimmung unter der Bedingung erteilt werden, dass der Vorhabenträger sich verpflichtet, bestimmte städtebauliche Anforderungen einzuhalten. Dies kann auch in städtebaulichen Verträgen mit dem Vorhabenträger geregelt werden.

Nach Ansicht des Städte- und Gemeindebunds Nordrhein-Westfalen, des Deutschen Städtetages sowie Bund und Land Nordrhein-Westfalen bietet sich die Fassung eines Grundsatzbeschlusses mit städtebaulichen Leitlinien zur Anwendung der „Bau-Turbo"-Vorschriften durch den Rat an (siehe hierzu beispielsweise Hinweise zur kommunalen Umsetzung des „Bau-Turbos" des Städte- und Gemeindebundes NRW). Damit soll die Einhaltung des Gleichbehandlungsgrundsatzes sichergestellt werden. Als Teil dieser Grundsatzbeschlüsse wird ebenfalls regelmäßig empfohlen, Zuständigkeiten anzupassen. Denn sofern nicht anders geregelt, ist aktuell für jede Zustimmung der Gemeinde nach § 36a ein Beschluss des Rates der Stadt Beckum erforderlich. Aufgrund der gesetzlich vorgegebenen kurzen Fristen hält es die Verwaltung für zweckmäßig, die Zuständigkeiten zwischen den kommunalpolitischen Gremien und der Verwaltung aufzuteilen.

Diverse Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben bereits einen solchen Grundsatzbeschluss in Form von Anwendungsvoraussetzungen oder „Negativlisten" sowie Anpassungen von Zuständigkeiten gefasst. Die Stadt Beckum will dies an die ersten Ergebnisse der Wohnbedarfsanalyse koppeln. Die vorgeschlagenen städtebaulichen und wohnbaulichen Rahmenbedingungen sollten regelmäßig evaluiert und bei Bedarf angepasst werden.

Auf Grundlage der ersten Ergebnisse schlägt die Verwaltung nun folgende inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung der Anwendung der „Bau-Turbo"-Vorschriften in den §§ 31 Absatz 3, 34 3b und 246e BauGB vor.

Leitlinien zur Anwendung der neuen Instrumente des „Bau-Turbo" gemäß § 31 Absatz 3, § 34 Absatz 3b und § 246e Baugesetzbuch (BauGB) in der Stadt Beckum

Mit der Anwendung der „Bau-Turbo"-Vorschriften möchte auch die Stadt Beckum einen Beitrag zur Beschleunigung des Wohnungsbaus leisten. Gleichwohl müssen Bauvorhaben mit der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung vereinbar sein. Einmal genehmigte Bauvorhaben können das Stadtbild prägen und die zukünftige Entwicklung von Quartieren nachhaltig prägen. Ziel muss immer sein, eine für die fallspezifische Umgebung passende Entwicklung der Siedlungsstruktur zu ermöglichen. So können sich Quartiere oder Nachbarschaften herausbilden, bei denen sich wohnbauliche Entwicklungen anbieten. Gleichwohl wird es auch Gebiete geben, in denen die Strukturen erhalten bleiben sollten.

Vorbehaltlich der Entscheidung im Einzelfall in der konkreten örtlichen Lage, bietet es sich grundsätzlich an, Leitlinien zu definieren, um eine Umsetzungsorientierung für Bauvorhaben zu gewährleisten.

1 Formelle Verfahrensvoraussetzungen der Stadt Beckum

Aus Sicht der Stadt Beckum ist eine dem Bauantrag vorausgehende informelle Abstimmung mit der Stadt Beckum durch die Bauinteressierten geboten. Da es sich um planersetzende Eingriffe in die städtebauliche Struktur handelt, ist eine Beratung durch den Fachdienst Stadtplanung und Wirtschaftsförderung naheliegend. Nur so kann sichergestellt werden, dass das Vorhaben frühzeitig planungsrechtlich und städtebaulich eingeschätzt sowie der Umfang der noch zu erbringenden Unterlagen abgestimmt werden kann. Dies bringt nicht nur Investitionssicherheit für die Bauinteressierten, sondern spart auch Kosten, da zum Beispiel der Zurückweisung eines Bauantrags vorgebeugt werden kann. Die Stadt Beckum behält sich daher vor, für nicht abgestimmte Bauanträge die Zustimmung nach § 36a BauGB zu versagen.

Darüber hinaus sollen Vorhaben mit städtebaulicher Relevanz – wie bereits aktuell praktiziert – bereits frühzeitig und damit noch vor der Zustimmung nach § 36a BauGB im Ausschuss für Stadtentwicklung vorgestellt werden.

2 Städtebauliche Negativliste

Die Zustimmung der Gemeinde nach § 36a BauGB für die Anwendung der Vorschriften nach den §§ 31 Absatz 3, 34 Absatz 3b und 246e BauGB wird grundsätzlich versagt, wenn Bauvorhaben

- gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse nicht wahren,
- dem Gebot der Rücksichtnahme nicht entsprechen,
- den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung widersprechen,
- sich im Außenbereich befinden, über eine geringfügige Arrondierung des Siedlungsbereiches hinausgehen und weiteren städtebaulichen Belangen widersprechen oder entgegenstehen,
- in Gewerbe- oder Industriegebieten geplant sind,
- den städtebaulichen Entwicklungszielen der Stadt Beckum aus beispielsweise informellen Planungskonzepten (zum Beispiel Wohnbedarfsanalyse, integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzepte) widersprechen oder entgegenstehen,

- in Naturschutzgebieten, Landschaftsschutzgebieten, Waldgebieten, geschützten Landschaftsbestandteilen sowie in festgesetzten oder vorläufig festgesetzten Überschwemmungsgebieten geplant sind oder
- die Erschließung nicht gesichert ist.

3 Weitere Rahmenbedingungen der Stadt Beckum

Darüber hinaus behält sich die Stadt Beckum vor, weitere Rahmenbedingungen in städtebaulichen Verträgen zu regeln. Dazu zählen insbesondere die Sicherung der Erschließung, Bauverpflichtungen, Gestaltungsvorgaben, klimapolitische Standards oder auch wohnungspolitische Ziele wie Quoten für öffentlich geförderten Wohnungsbau. Die Schließung städtebaulicher Verträge wird im Einzelfall unter Berücksichtigung der konkreten örtlichen Lage, der städtebaulichen Auswirkungen des Vorhabens sowie politischer Beschlüsse geprüft.

Die Stadt Beckum behält sich zudem im Einzelfall vor, entsprechend § 36a Absatz 2 BauGB die Betroffene Öffentlichkeit für die Dauer maximal 1 Monats Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Eine Beteiligung erscheint vor allem in den Fällen angezeigt, die eine hohe Zahl betroffener Dritter erwarten lässt oder die von hoher städtebaulicher Relevanz sind. In diesen Fällen verlängert sich die Frist für die Zustimmung der Gemeinde nach § 36a BauGB auf 4 Monate.

Anpassung der Zuständigkeitsordnung des Rates, der Ausschüsse und der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters der Stadt Beckum

Um die Vorschriften des „Bau-Turbo“ praktikabel nutzen zu können sowie zur Reduzierung des Aufwandes schlägt die Verwaltung vor, dass bestimmte Vorhaben als laufendes Geschäft der Verwaltung bewertet werden können. Alle weiteren Vorhaben sollen durch einen Beschluss des Rates oder des Ausschusses für Stadtentwicklung entschieden werden. Eine Aufteilung der Zuständigkeiten entspricht den Empfehlungen des Deutschen Städtetages sowie des Städte- und Gemeindebundes. Der nachstehende Vorschlag entspricht der Zielvorstellung der Gesetznovelle des BauGB zur beschleunigten Schaffung von neuem Wohnraum und ermöglicht eine schnelle Handlungsfähigkeit der Verwaltung bei der Genehmigung von Bauvorhaben.

Folgende Fälle zur Anwendung der „Bau-Turbo“-Vorschriften sollen auf den Bürgermeister als Geschäft der laufenden Verwaltung übertragen werden:

- Die Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB entsprechend den Leitlinien der Stadt Beckum.
- Die Erteilung/Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB für Vorhaben mit bis zu 10 Wohneinheiten und ohne besondere städtebauliche Bedeutung im unmittelbaren Siedlungskontext nach § 31 Absatz 3 (Bebauungspläne) sowie § 34 Absatz 3b BauGB (unbeplanter Innenbereich).

Folgende Fälle zur Anwendung der „Bau-Turbo“-Vorschriften sollen auf den Ausschuss für Stadtentwicklung übertragen werden:

- Die Erteilung/Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB für Vorhaben von über 10 Wohneinheiten oder mit besonderer städtebaulicher Bedeutung im unmittelbaren Siedlungskontext nach § 31 Absatz 3 (Bebauungspläne) sowie § 34 Absatz 3b BauGB (unbeplanter Innenbereich).

- Die Erteilung/Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB für Vorhaben nach § 246e BauGB (insbesondere Außenbereichsflächen im räumlichen Zusammenhang mit dem Siedlungsbereich).

Der Rat der Stadt Beckum soll für folgende Fälle zur Anwendung der „Bau-Turbo"-Vorschriften zuständig bleiben:

- Die Erteilung/Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB für Vorhaben, die aus Sicht der Verwaltung städtebaulich vertretbar sind, aber den Leitlinien der Stadt Beckum widersprechen.
- Die Erteilung/Versagung der Zustimmung nach § 36a BauGB für Vorhaben mit über 50 Wohneinheiten oder mit besonderer städtebaulicher Bedeutung und von über 10 Wohneinheiten nach § 31 Absatz 3 (Bebauungspläne), § 34 Absatz 3b (unbeplanter Innenbereich) oder § 246e BauGB (insbesondere Außenbereichsflächen im räumlichen Zusammenhang mit dem Siedlungsbereich)

Anlage(n):

Kurzdarstellung der „Bau-Turbo"-Vorschriften

STADT BECKUM

TOP Ö 12.1

Gesetzesänderung und Erläuterung

Folgende Normen sind mit dem Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung vom 08. Oktober 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 257 vom 29.10.2025) in das Baugesetzbuch (BauGB) als sogenannter „Bau-Turbo" aufgenommen beziehungsweise geändert worden:

<u>§ 31 Absatz 3 BauGB (Ausnahmen und Befreiungen):</u>

„(3) Mit Zustimmung der Gemeinde kann im Einzelfall oder in mehreren vergleichbaren Fällen von den Festsetzungen des Bebauungsplans zugunsten des Wohnungsbaus befreit werden, wenn die Befreiung auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist. Die Befreiung nach Satz 1 ist mit öffentlichen Belangen insbesondere dann nicht vereinbar, wenn sie aufgrund einer überschlägigen Prüfung voraussichtlich zusätzliche erhebliche Umweltauswirkungen hat."

Erläuterung:

- dauerhafte Anwendung im beplanten Innenbereich (Bebauungsplangebiete)
- erweitert die bisherigen Möglichkeiten zur Befreiung von den Festsetzungen eines Bebauungsplanes zugunsten des Wohnungsbaus (z. B. umfassendere Überschreitung von Baugrenzen, Erhöhung von festgesetzten Vollgeschossen oder Höhen)
- auch Grundzüge der Planung können betroffen sein, sofern mit nachbarlichen Interessen und öffentlichen Belangen vereinbar
- die Bindung an einen angespannten Wohnungsmarkt nach § 201a BauGB ist entfallen

<u>§ 34 Absatz 3b BauGB (Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile):</u>

„(3b) Mit Zustimmung der Gemeinde kann im Einzelfall oder in mehreren vergleichbaren Fällen vom Erfordernis des Einfügens in die nähere Umgebung abgewichen werden, wenn das Vorhaben der Errichtung eines Wohngebäudes dient und auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist."

Erläuterung:

- dauerhafte Anwendung im unbeplanten Innenbereich
- ermöglicht das Abweichen vom Erfordernis des Einfügens in die nähere Umgebung für Wohnbauvorhaben (z. B. Ermöglichung von Hinterlandbebauung oder Überschreitung vorhandener Höhen)
- ebenfalls Vereinbarkeit nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen

<u>§ 246e BauGB (befristete Sonderregelung für den Wohnungsbau:</u>

„(1) Mit Zustimmung der Gemeinde kann bis zum Ablauf des 31. Dezember 2030 von den Vorschriften dieses Gesetzbuchs oder den aufgrund dieses Gesetzbuchs erlassenen Vorschriften abgewichen werden, wenn die Abweichung unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist und einem der folgenden Vorhaben dient:

1. der Errichtung Wohnzwecken dienender Gebäude,

2. der Erweiterung, Änderung oder Erneuerung zulässigerweise errichteter Gebäude, wenn hierdurch neue Wohnungen geschaffen oder vorhandener Wohnraum wieder nutzbar wird, oder

3. der Nutzungsänderung zulässigerweise errichteter baulicher Anlagen zu Wohnzwecken, einschließlich einer erforderlichen Änderung oder Erneuerung.

Hat eine Abweichung für Vorhaben im Außenbereich oder eine Abweichung von Bebauungsplänen nach überschlägiger Prüfung voraussichtlich zusätzliche erhebliche Umweltauswirkungen, ist eine

Strategische Umweltprüfung nach den §§ 38 bis 46 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Bei Vorhaben nach den Nummern 18.7 und 18.8 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung bleibt die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung oder einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls unberührt.

(2) Für die Zustimmung der Gemeinde nach Absatz 1 Satz 1 gilt § 36a entsprechend.

(3) Im Außenbereich sind die Absätze 1 und 2 nur auf Vorhaben anzuwenden, die im räumlichen Zusammenhang mit Flächen stehen, die nach § 30 Absatz 1, Absatz 2 oder § 34 zu beurteilen sind. § 18 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 Satz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes ist anzuwenden.

(4) Die Befristung nach Absatz 1 Satz 1 bezieht sich nicht auf die Geltungsdauer einer Genehmigung, sondern auf den Zeitraum, bis zu dessen Ende im bauaufsichtlichen Verfahren von der Vorschrift Gebrauch gemacht werden kann.

(5) Wird ein Vorhaben nach Absatz 1 zugelassen, können in entsprechender Anwendung der Absätze 1 bis 4 auch zugelassen werden:

1. den Bedürfnissen der Bewohner dienende Anlagen für kulturelle, gesundheitliche und soziale Zwecke,

2. Läden, die zur Deckung des täglichen Bedarfs für die Bewohner dienen."

Erläuterung:

- der „Bau-Turbo" im engeren Sinne als befristete Sonderregelung (bis 31. Dezember 2030) mit Abweichungsmöglichkeit von sämtlichen Vorgaben des Bauplanungsrechtes insbesondere im Außenbereich
- Voraussetzung ist die Lage im räumlichen Zusammenhang zum Siedlungsbereich

<u>§ 36a BauGB (Zustimmung der Gemeinde)</u>

(1) Vorhaben nach § 31 Absatz 3 und § 34 Absatz 3b sind nur mit Zustimmung der Gemeinde zulässig, auch wenn die Gemeinde selbst die zuständige Bauaufsichtsbehörde ist. Die Gemeinde erteilt die Zustimmung, wenn das Vorhaben mit ihren Vorstellungen von der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung vereinbar ist. Sie kann ihre Zustimmung unter der Bedingung erteilen, dass der Vorhabenträger sich verpflichtet, bestimmte städtebauliche Anforderungen einzuhalten. Die Zustimmung der Gemeinde gilt als erteilt, wenn sie nicht binnen drei Monaten nach Eingang des Ersuchens der Genehmigungsbehörde verweigert wird; § 36 Absatz 2 Satz 2 zweiter Halbsatz gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde kann der betroffenen Öffentlichkeit vor der Entscheidung über die Zustimmung Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Antrag innerhalb angemessener Frist geben, höchstens jedoch innerhalb eines Monats. In diesem Fall verlängert sich die nach Absatz 1 Satz 4 anzuwendende Entscheidungsfrist um die Dauer der Stellungnahmefrist.

(3) Die Entscheidung der Gemeinde über die Zustimmung kann nur im Rahmen des Rechtsbehelfsverfahrens gegen die Zulassungsentscheidung überprüft werden.

Erläuterung:

- neues Instrument zur Ausübung der kommunalen Planungshoheit
- Mit Antragseingang 3 Monate Bearbeitungszeit (1 Monat zusätzlich bei Öffentlichkeitsbeteiligung); bei fehlender Rückmeldung gilt das Vorhaben als planungsrechtlich zulässig (Zustimmungsfiktion)
- Es besteht kein Anspruch auf Erteilung einer Zustimmung der Gemeinde und die Zustimmung kann an Bedingungen (z. B. über städtebauliche Verträge geknüpft werden)

TOP Ö 13

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2026/0241
öffentlich

Anregung/Beschwerde nach § 24 Gemeineordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – Schulen und Kitas als lebensrettende Kälteinseln: Sofortiger Einbau von Klimaanlagen und PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden

Federführung:	Fachbereich Finanzen und Immobilien
Beteiligungen:	Fachbereich Bildung, Kultur und Sport Fachbereich Jugend und Soziales Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung Fachbereich Stadtentwicklung
Auskunft erteilt:	Herr Wulf | 02521 29-2000 | wulf@beckum.de

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Beckum
23.09.2026 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Bei baulichen Planungen, sowohl im Bestand als auch bei Neubauten, ist der sommerliche Wärmeschutz weiterhin zu berücksichtigen. Dabei sollen sowohl wirtschaftliche, bauliche als auch energetische Aspekte einbezogen werden.

Die antragstellende Person ist hierüber zu unterrichten.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Personal- und Sachkosten, die der laufenden Verwaltungstätigkeit zuzuordnen sind.

Finanzierung

Bei Realisierung der Maßnahme fallen je Gebäude unterschiedlich Kosten an, die aufgrund fehlender Planung noch nicht beziffert werden können.

Erläuterungen:

Gemäß § 24 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) hat jede Einwohnerin oder Einwohner der Gemeinde, die oder der seit mindestens 3 Monaten in der Gemeinde wohnt, das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen in Textform nach § 126b Bürgerliches Gesetzbuch mit Anregungen oder Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Rat zu wenden. Die Zuständigkeiten der Ausschüsse und des Bürgermeisters werden hierdurch nicht berührt. Die Erledigung von Anregungen und Beschwerden kann der Rat einem Ausschuss übertragen. Die/Der Antragstellende ist über die Stellungnahme zu den Anregungen und Beschwerden zu unterrichten. Die näheren Einzelheiten regelt die Hauptsatzung.

Mit Schreiben vom 05.07.2026 beantragt die antragstellende Person unter anderem, die Schulen und Kindertagesstätten als „lebensrettende Kälteinseln“ auszubauen. Dies solle durch den sofortigen Einbau von Klimaanlagen und Fotovoltaik-Anlagen auf städtischen Gebäuden umgesetzt werden. Zur Begründung und weiteren Anliegen wird auf die Anlage zur Vorlage verwiesen.

Ein bestehender Anpassungsbedarf der kommunalen Infrastruktur aufgrund der veränderten klimatischen Gegebenheiten wird anerkannt. Ausdrücklich verwiesen wird auf das Integrierte Klimaanpassungskonzept für den Kreis Warendorf und 9 kreisangehörige Kommunen – Teilkonzept der Stadt Beckum – welches zur Beschlussfassung in der Sitzung des Rates der Stadt Beckum ebenfalls am 23.09.2026 vorgesehen ist (vergleiche Vorlage 2026/0239).

In der Begründung des Schreibens wird ausgeführt, während der Hitzewelle im Juni 2026 seien in Köln 120 Menschen an einem Wochenende zusätzlich an den Folgen der Hitze verstorben. Berichte zu erhöhten Todesfällen während der heißen Tage veröffentlichte unter anderem der Westdeutsche Rundfunk (https://www1.wdr.de/nrw/koeln/mehr-todesfaelle-hitzewelle-100.html, abgerufen am 04.08.2026). Die Darstellung in dem Schreiben findet in den angegebenen Quellen des Robert Koch-Instituts und des Deutschen Wetterdienstes nach Recherche der Verwaltung allerdings keine unmittelbare Grundlage. Nach den Berichten der Polizei wurden im Zeitraum von Freitag bis Sonntag zwar rund 120 Todesfälle insgesamt im Kölner Einsatzgebiet registriert, was deutlich über dem üblichen Wert lag. Ein ursächlicher Zusammenhang mit der Hitzewelle war zum damaligen Zeitpunkt jedoch nicht für die einzelnen Todesfälle nachgewiesen und wurde vielmehr als Gegenstand weiterer Bewertung dargestellt. Zudem sind Todesfälle während Hitzeperioden von den jeweiligen örtlichen, demografischen und klimatischen Rahmenbedingungen abhängig. Die für die Stadt Köln veröffentlichten Werte können daher nicht ohne Weiteres auf die Stadt Beckum übertragen oder als Beleg für die Erforderlichkeit der konkret beantragten Maßnahmen herangezogen werden. Unabhängig davon ist wissenschaftlich anerkannt, dass Hitzeperioden insbesondere bei älteren Menschen und gesundheitlich vorbelasteten Personen zu einer erhöhten Sterblichkeit (Übersterblichkeit) beitragen können. Das Robert Koch-Institut weist hitzebedingte Sterbefälle jedoch grundsätzlich nicht für einzelne Städte oder Einzelfälle aus, sondern ermittelt die hitzebedingte Übersterblichkeit auf Grundlage statistischer Modelle für größere Bevölkerungsgruppen.

Die in dem Antrag angeführten Zahlen zu vermeintlich hitzebedingten Todesfällen in Köln verdeutlichen die grundsätzliche Bedeutung des Themas Hitzeschutz. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei um statistische Schätzungen einer hitzebedingten Übersterblichkeit handelt und nicht um unmittelbar nachgewiesene Todesfälle infolge der Hitze. Die Zahlen beziehen sich zudem auf eine Großstadt mit erheblich anderen demografischen, städtebaulichen und klimatischen Rahmenbedingungen als die Stadt Beckum. Ein unmittelbarer Rückschluss auf die örtliche Gefährdungslage oder die Erforderlichkeit der beantragten Maßnahmen ist daher nicht möglich.

Der sommerliche Wärmeschutz an städtischen Gebäuden wird sehr ernst genommen. Die zunehmenden Auswirkungen von Hitzeperioden stellen auch für kommunale Gebäude eine Herausforderung dar und werden bei Bestandsgebäuden und zukünftigen Planungen berücksichtigt.

Bei der Planung neuer Schul- und Kindertagesstätten kommt dem sommerlichen Wärmeschutz bereits jetzt ein hoher Stellenwert zu. Hierzu gehört unter anderem die Prüfung, ob der Einbau von Klimaanlagen oder vergleichbaren Kühlsystemen technisch sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar und unter Berücksichtigung der Klimaschutzziele möglichst klimaneutral umgesetzt werden kann.

Neben den Investitionskosten sind insbesondere die langfristigen Betriebs- und Unterhaltungskosten sowie die energetischen Auswirkungen zu berücksichtigen. Erst auf Grundlage einer objektspezifischen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung kann über eine entsprechende Ausstattung im Einzelfall entschieden werden.

Für Bestandsgebäude stellt sich die Situation hingegen anders dar. Eine nachträgliche Ausstattung mit Klimaanlagen ist aufgrund baulicher Gegebenheiten und des erheblichen technischen Aufwands in der Regel nicht wirtschaftlich. Daher wird derzeit von einer flächendeckenden Nachrüstung des Gebäudebestands abgesehen. Unabhängig davon wird der sommerliche Wärmeschutz auch in bestehenden Schulen und Kindertageseinrichtungen im Rahmen der technischen und baulichen Möglichkeiten kontinuierlich verbessert, etwa durch die Installation von äußeren Sonnenschutzelementen oder durch technologisch verbesserte Fenster.

Die Errichtung von Fotovoltaik-Anlagen auf städtischen Gebäuden wird im Rahmen der jeweiligen Baumaßnahmen beziehungsweise einer objektspezifischen Prüfung betrachtet. Voraussetzung hierfür ist, neben der Erfüllung gesetzlicher Pflichten, dass die technischen, wirtschaftlichen und insbesondere die statischen Anforderungen des jeweiligen Gebäudes erfüllt werden. Im Gebäudebestand verfügen nicht alle Dächer über die erforderliche Tragfähigkeit, um die zusätzlichen Lasten einer Fotovoltaik-Anlage aufnehmen zu können. Aus diesem Grund ist derzeit eine flächendeckende Ausstattung aller städtischen Gebäude nicht möglich.

Bei Neubauvorhaben sowie bei geeigneten Sanierungsmaßnahmen werden die Voraussetzungen für den Einsatz von Fotovoltaik-Anlagen bereits heute im Rahmen der Planung berücksichtigt.

Die Notwendigkeit, einen Grundsatzbeschluss zur Öffnung von Kälteinseln „im Katastrophenfall“ herbeizuführen, wird aktuell nicht gesehen. Schulen und Kindertageseinrichtungen sind primär für ihren Bildungs- und Betreuungsauftrag konzipiert. Sie verfügen überwiegend weder über die baulichen und technischen Voraussetzungen noch über die organisatorischen und personellen Ressourcen, um als öffentliche Schutz- und Aufenthaltsorte für die Bevölkerung im Allgemeinen betrieben zu werden. Zudem bestehen Anforderungen hinsichtlich Aufsicht, Sicherheit, Haftung und Betriebsorganisation, die einer generellen Festlegung entgegenstehen.

Das Ziel, die Aufenthaltsqualität auf Schulgrundstücken zu verbessern und die Auswirkungen zunehmender Hitzeereignisse durch geeignete Klimaanpassungsmaßnahmen zu reduzieren, wird geteilt. Der pauschalen Anregung, sämtliche Schulhöfe und Außenanlagen „sofort“ zu entsiegeln und zu begrünen, sollte jedoch nicht gefolgt werden. Die Gestaltung der Schulaußenanlagen erfolgt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel sowie der jeweiligen baulichen, funktionalen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Eine pauschale und sofortige Umsetzung ist angesichts der Vielzahl der Liegenschaften weder planerisch noch finanziell realisierbar.

Die Stadt Beckum berücksichtigt Aspekte der Entsiegelung, Begrünung, Verschattung und Klimaanpassung bereits heute bei Neu-, Um- und Sanierungsmaßnahmen sowie bei der sukzessiven Weiterentwicklung ihrer Liegenschaften. Hierdurch kann eine bedarfsgerechte, wirtschaftliche und standortbezogene Umsetzung sichergestellt werden.

Weiterhin wird kontinuierlich geprüft, ob sich im Rahmen zukünftiger Baumaßnahmen oder städtebaulicher Projekte Fördermöglichkeiten für Entsiegelungs-, Begrünungs- und Verschattungsmaßnahmen ergeben. Noch im letzten Jahr konnte die Städtebauförderung genutzt werden, um den Schulhof der Rosa Parks Gesamtschule am Teilstandort Neubeckum aufzuwerten. Dabei wurden bisher versiegelte Flächen entsiegelt und begrünt.

Anlage(n):

Anregung/Beschwerde nach § 24 GO NRW

TOP Ö 13

Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW

Schulen und Kitas als lebensrettende Kälteinseln: Sofortiger Einbau von Klimaanlagen und PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden

Hiermit reiche ich als Bürger der Stadt Beckum gemäß § 24 Abs. 1 GO NRW folgende dringende Anregung ein:

"Der Rat der Stadt Beckum wird aufgefordert, mit folgenden Maßnahmen für einen besseren Schutz unserer Kinder vor tödlichen Hitzewellen zu sorgen:

1. Alle Schulen und Kindertagesstätten (Kitas) sind als Kälteinseln auszubauen, indem Klimaanlagen oder gleichwertige Kühlsysteme eingebaut werden.
2. Diese Kälteinseln sollen im Katastrophenfall geöffnet bleiben, um die Bevölkerung vor den tödlichen Auswirkungen von Hitzewellen zu schützen.
3. Schulhöfe und Außenanlagen sind sofort zu entsiegeln und zu begrünen, um eine kühlende Schattenwirkung umweltfreundlich sicherzustellen.
4. Um den zusätzlichen Strombedarf der Kühlsysteme klimaneutral zu decken, sind zeitnah PV-Anlagen auf allen geeigneten städtischen Gebäuden zu installieren."

Ziel dieser Anregung ist es, Kinder – insbesondere aus prekären Verhältnissen – vor den tödlichen Folgen der Klimakatastrophe zu schützen. Schulen und Kitas müssen als sichere Orte dienen, da viele Haushalte keine Kühlmöglichkeiten haben.

Begründung

Die Hitze tötet – und Kinder aus prekären Verhältnissen sind am stärksten gefährdet. Die Klimakatastrophe wird nun Jahr für Jahr weiter eskalieren. Das hat zur Folge, dass Hitzewellen häufiger, länger und tödlicher werden.

- In Köln starben während der letzten Hitzewelle im Juni 2026 120 Menschen zusätzlich – eine Übersterblichkeit, die direkt auf die extrem hohen Temperaturen zurückzuführen ist (Quelle: Deutscher Wetterdienst (DWD), RKI).
- Kinder sind besonders gefährdet: Ihr Körper kann Hitze schlechter regulieren. Ab 26°C in Klassenzimmern sinkt ihre Konzentrationsfähigkeit um bis zu 10 % – ab 30°C wird es lebensgefährlich.
- Soziale Ungleichheit verschärft die Krise:

- Kinder aus prekären Verhältnissen haben zu Hause oft keine Kühlmöglichkeiten.
- Sie leiden unter höheren gesundheitlichen Risiken und langfristigen Schäden (z. B. Nierenversagen, Entwicklungsverzögerungen).
- Schulen und Kitas als Kälteinseln sind für diese Kinder überlebenswichtig.

Ohne Kühlung in Schulen und Kitas setzen wir Kinder – besonders die Schwächsten – bewusster Lebensgefahr aus. Das Schließen von Schulen und Kitas bei Hitze ist keine Lösung, da viele Kinder zu Hause keinen Schutz finden. Klimaanlagen sind für einen Großteil der Familien eine aufwendige Investition. Vermieter können zur Zeit trotz der tödlichen Hitze nicht zum Einbau von Klimaanlagen verpflichtet werden.

Damit rückt die Kommune als Schutzinstanz für die Menschen im Falle von Katastrophen in den Mittelpunkt.

- Der Klimaschutz ist eine kommunale Aufgabe. Gemäß § 1 Abs. 2 GO NRW muss die Kommune die Daseinsvorsorge gewährleisten – dazu gehört der Schutz vor tödlichen Hitzefolgen.
- Als Teil der staatlichen Strukturen übernehmen Kommunen auch eine völkerrechtliche Verpflichtung. Das IGH-Gutachten (23. Juli 2025) und die UN-Resolution A/80/L.65 (20. Mai 2026) bestätigen: Staaten und Kommunen sind verpflichtet, die Klimakatastrophe zu bekämpfen und ihre Bürger:innen zu schützen.
- Die Klimakatastrophe beeinträchtigt auch das Bildungsrecht. Nach § 1 SchulG NRW hat jedes Kind ein Recht auf eine gesunde Lernumgebung. Hitze in Klassenzimmern und der Ausfall von Unterrichtsstunden verstoßen gegen dieses Recht. Dieses gefährdet Leben.

Der Strom für die Kühlsysteme muss in erster Linie über erneuerbare Energien erzeugt werden. Dazu ist der sofortige Beschluss für den massiven Aufbau von PV-Anlagen auf allen städtischen Gebäuden, Liegenschaften und Flächen erforderlich.

[redacted]

TOP Ö 14

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2026/0239
öffentlich

Integriertes Klimaanpassungskonzept für den Kreis Warendorf und 9 kreisangehörige Kommunen – Teilkonzept der Stadt Beckum

Federführung: Fachbereich Stadtentwicklung

Beteiligungen: Fachbereich Finanzen und Immobilien

Auskunft erteilt: Herr Denkert | 02521 29-6000 | denkert.u@beckum.de

Beratungsfolge:

Ausschuss für Bauen, Umwelt, Klimaschutz, Energie und Vergaben
16.09.2026 Beratung

Rat der Stadt Beckum
23.09.2026 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Das als Anlage zur Vorlage beigefügte integrierte Klimaanpassungskonzept für die Stadt Beckum wird beschlossen. Die Umsetzung sämtlicher Maßnahmen erfolgt vorbehaltlich vorhandener Ressourcen. Bei investiven Maßnahmen sind gesonderte Beschlüsse einzuholen.

Kosten/Folgekosten

Für die Konzepterstellung durch den Kreis Warendorf entstehen für die Stadt Beckum anteilige Kosten von rund 9.500 Euro. Darüber hinaus entstehen Sach- und Personalkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Die Mittel für die Konzepterstellung sind unter dem Produktkonto 140101.542963 – Klimaschutzteilkonzepte – eingeplant.

Erläuterungen:

Die Folgen des Klimawandels sind auch im Kreis Warendorf bereits deutlich spürbar. In den vergangenen Jahren haben Extremwetterereignisse wie Starkregen mit lokalen Überflutungen, längere Trockenperioden mit Ernteausfällen sowie Temperatursteigerungen zu erheblichen Belastungen geführt. Das „Weihnachtshochwasser" im Jahr 2023 mit außergewöhnlichen Pegelständen der Ems und auch der Werse in Beckum unterstreicht dieses. Neben unmittelbaren Schäden an Gebäuden und Infrastruktur treten auch mittel- bis langfristige Folgen auf, etwa in der Landwirtschaft, im Gesundheitswesen oder für die ökologische Stabilität der Landschaftsräume. Aufgrund seiner naturräumlichen und wirtschaftlichen Strukturen – insbesondere der hohen Bedeutung von Landwirtschaft, wasserwirtschaftlichen Systemen sowie wachsenden Siedlungsräumen – ist der Kreis Warendorf in besonderer Weise von klimatischen Veränderungen betroffen. Prognosen deuten darauf hin, dass die Durchschnittstemperaturen deutlich steigen werden und sich die daraus resultierenden Klimafolgen zukünftig weiter verschärfen werden.

Der Kreis Warendorf hat daher seit dem Jahr 2024 in Zusammenarbeit mit 9 kreisangehörigen Städten und Gemeinden (Beckum, Beelen, Drensteinfurt, Everswinkel, Oelde, Ostbevern, Telgte, Sassenberg und Wadersloh) ein integriertes Klimaanapassungskonzept erstellt. Dazu wurde im Jahr 2022 eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kreis Warendorf und den teilnehmenden Kommunen geschlossen. Das Konzept wird durch das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit gefördert; die Fördersumme beträgt rund 364.000 Euro für den Zeitraum vom 01.02.2024 bis zum 31.07.2026. Der Eigenanteil für die Stadt Beckum liegt bei circa 9.500 Euro. Mit der Ausarbeitung des Konzepts wurde durch den Kreis Warendorf die Gertec GmbH aus Essen beauftragt.

Mit dem vorliegenden Konzept für die Kreisverwaltung und für die 9 beteiligten Kommunen wurde der Status quo ermittelt und ein gemeinsamer Rahmen geschaffen, um Risiken frühzeitig zu erkennen, Handlungsbedarfe aufzuzeigen und Maßnahmen systematisch zu entwickeln. Das Konzept enthält dabei neben einer allgemeinen strategischen Grundlage zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels ebenfalls einen ortsspezifischen Maßnahmenkatalog. Aufgrund des Projektumfangs ist das Gesamtkonzept in 3 Bände gegliedert:

Band 1 – Rahmenbericht: Überblick über das Gesamtkonzept sowie wichtige Bausteine, wie das Kommunikationskonzept, die Gesamtstrategie oder das Controlling und die Verstetigungsstrategie,

Band 2 – Analysen: Bestands-, Betroffenheits- und Hotspotanalyse für alle Kommunen und den Kreis Warendorf,

Band 3 – Maßnahmen: entsprechende Maßnahmen für den Kreis, kooperative Maßnahmen für den Kreis und die Kommunen sowie kommunenspezifische Maßnahmen.

Mit dem Konzept existiert nun ein Steuerungsinstrument, das sowohl auf kommunaler Ebene als auch auf Kreisebene nutzbar ist. Es stellt eine abgestimmte und gleichzeitig kommunenscharfe Strategie zur Klimaanpassung dar und ist die Grundlage für eine nachhaltige Umsetzung in allen beteiligten Städten und Gemeinden.

Aufgrund der beschriebenen Akteursstruktur soll der Beschluss unter folgenden Rahmenbedingungen erfolgen:

1. Dieser Beschluss entfaltet keine Auswirkungen auf die individuellen Teilkonzepte der anderen Kooperationskommunen. Die Kommunen fassen eigenständig Beschlüsse zu ihren Teilkonzepten und Maßnahmen.
2. Der Kreistag beschließt gesondert das vorgelegte integrierte Klimaanpassungskonzept für die Kreisverwaltung Warendorf.
3. Die kommunenspezifischen Maßnahmen werden durch die jeweils zuständige Kommune umgesetzt. Eine Umsetzung erfolgt vorbehaltlich vorhandener Ressourcen. Bei investiven Maßnahmen sind gesonderte Beschlüsse zu treffen.
4. Die kooperativen Maßnahmen im Konzeptteil (Band 3 – Kapitel „Kreis und Kommunen“) der Kreisverwaltung werden durch den Kreis Warendorf koordiniert und gesteuert. Eine anlassbezogene Zusammenarbeit mit den entsprechenden Kommunen ist geplant. Dabei ist eine fortlaufende Abstimmung mit den Aktivitäten aller Beteiligten obligatorisch, um Synergien zu nutzen und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Mit dem vorliegenden Klimaanpassungskonzept verfügen die teilnehmenden Kommunen nun über ein belastbares und zukunftsorientiertes Steuerungsinstrument, das nun schrittweise in die Umsetzung überführt werden muss. Gleichzeitig wird es erforderlich sein, das Konzept als lernendes System weiterzuentwickeln. Klimatische Rahmenbedingungen, rechtliche Vorgaben und wissenschaftliche Erkenntnisse verändern sich fortlaufend. Nicht zuletzt bleibt die aktive Einbindung der Bevölkerung, von Unternehmen und weiteren Akteurinnen und Akteuren ein zentraler Erfolgsfaktor. Klimaanpassung ist eine Gemeinschaftsaufgabe, deren Wirksamkeit maßgeblich davon abhängt, dass sie breit getragen und mitgestaltet wird.

Mit der Novellierung des Bundes-Klimaanpassungsgesetzes sowie den entsprechenden landesrechtlichen Umsetzungen wird die Klimaanpassung künftig stärker als kommunale Pflichtaufgabe verankert. Bereits das seit 2024 geltende Bundes-Klimaanpassungsgesetz verpflichtet die Länder dazu, Rahmenbedingungen für kommunale Klimaanpassungskonzepte zu schaffen. In Nordrhein-Westfalen ist vorgesehen, dass Kommunen bis spätestens Ende 2029 eigene Klimaanpassungsstrategien vorhalten müssen.

Mit dem vorliegenden Beschluss kommt die Stadt Beckum dieser künftig verpflichtenden Aufgabe bereits frühzeitig nach und erfüllt damit die zu erwartenden gesetzlichen Anforderungen. Gleichzeitig schafft die verabschiedete Strategie eine belastbare Grundlage für zukünftige Maßnahmen und Förderprogramme im Bereich der Klimaanpassung.

Die beteiligten Kommunen haben das Konzept in ihren Gremien bereits beschlossen. Auch der Kreistag hat dem Konzept zugestimmt. Es wird daher empfohlen, das vorgelegte Klimaanpassungskonzept zu beschließen und im künftigen Verwaltungshandeln zur Anwendung zu bringen.

Anlage(n):

1 Integriertes Klimaanpassungskonzept Teilkonzept der Stadt Beckum Band 1 – Rahmenbericht
2 Integriertes Klimaanpassungskonzept Teilkonzept der Stadt Beckum Band 2 – Analysen
3 Integriertes Klimaanpassungskonzept Teilkonzept der Stadt Beckum Band 3 – Maßnahmen

Anlage 1 zur Vorlage 2026/0239

TOP Ö 14

Kreis Warendorf

Klimaanpassungskonzept für den Kreis Warendorf und neun kreisangehörige Kommunen - Teilkonzept Stadt Beckum

Band I – Rahmenbericht

Bearbeitung durch:

Gertec GmbH Ingenieurgesellschaft
Martin-Kremmer-Str. 12
45327 Essen
Telefon: +49 [0]201 24 564-0

Auftraggeber:

Kreis Warendorf
Amt für Umweltschutz und Straßenbau (66)
Waldenburger Str. 2
48231 Warendorf
02581-53-0
verwaltung@kreis-warendorf.de

Co-Autoren

Chiara Dombrowski, Klimaanpassungsmanagerin Kreis Warendorf
Lukas Wienstroer, Klimaanpassungsmanager Kreis Warendorf
chiara.dombrowski@kreis-warendorf.de | 02581-53-6647
lukas.wienstroer@kreis-warendorf.de | 02581-53-6646

Förderinformationen – Förderkennzeichen 67DAA00911:

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Titelbild: Kreishaus Warendorf; Quelle: eigenes Foto Kreis Warendorf

Eine Veröffentlichung/Vervielfältigung, auch auszugsweise, bedarf der Genehmigung durch den Kreis Warendorf oder einer der beteiligten Kommunen.

Vorwort

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger des Kreises Warendorf,

ich freue mich sehr, Ihnen das Klimaanpassungskonzept für den Kreis Warendorf und die neun beteiligten Kommunen Beckum, Beelen, Drensteinfurt, Everswinkel, Oelde, Ostbevern, Telgte, Sassenberg und Wadersloh vorstellen zu dürfen. Dieses Konzept ist ein bedeutender Schritt, um unsere Region auf die spürbaren und wachsenden Folgen des Klimawandels vorzubereiten.

Die vergangenen Jahre haben uns vor Augen geführt, dass Extremwetterereignisse keine Ausnahme mehr sind, sondern zunehmend Teil unseres Alltags werden. Längere Dürreperioden, Hitzewellen mit Temperaturen über 40 Grad im Sommer oder anhaltende (Stark-)Regenfälle in den Wintermonaten verdeutlichen, dass auch wir im Kreis Warendorf unmittelbar von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Diese Veränderungen stellen sowohl unsere Umwelt als auch unsere Gesellschaft und Wirtschaft vor große Herausforderungen.

Das integrierte Klimaanpassungskonzept bietet uns eine fundierte Grundlage, um diesen Herausforderungen systematisch zu begegnen. Ziel ist es, die Lebensqualität in unserem Kreis auch für kommende Generationen zu sichern und die Widerstandskraft unserer Städte und Gemeinden gegenüber den Folgen des Klimawandels zu stärken. Dabei geht es nicht nur um den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlage, sondern auch um die Stabilität unserer Infrastruktur, die Sicherheit der Bevölkerung und die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft. Wenn Mensch, Natur und Wirtschaft in einem ausgewogenen Verhältnis stehen, ist eine lebenswerte Zukunft möglich.

Die im Konzept erarbeiteten Maßnahmen decken wichtige Handlungsfelder ab: den Schutz der Bevölkerung vor Hitze, die Stärkung des Katastrophenschutzes, die Verbesserung der grünen Infrastruktur sowie die klimaresiliente Gestaltung von Gebäuden und Flächen. All diese Maßnahmen tragen dazu bei, dass wir uns als Region rechtzeitig anpassen, anstatt lediglich auf Schadensereignisse zu reagieren.

Ich bin besonders stolz darauf, dass dieses Konzept in enger Zusammenarbeit von Kreis und Kommunen entwickelt wurde. Denn Klimafolgen machen nicht an Gemeindegrenzen halt – wirksame Vorsorge gelingt nur im Schulterschluss. Die gemeinsame Arbeit ist daher ein starkes Signal für Zusammenhalt und Verantwortung über die eigene Kommune hinaus.

Mein besonderer Dank gilt allen, die an der Erarbeitung des Konzepts beteiligt waren. Hervorheben möchte ich die engagierte Arbeit der beiden Klimaanpassungsmanager des Amtes für Umweltschutz und Straßenbau, die kompetente Begleitung durch das Projektbüro Gertec sowie die wertvolle Unterstützung durch die verantwortlichen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den beteiligten Kommunen. Ebenso danke ich den vielen weiteren Fachleuten und Akteurinnen und Akteuren, Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Erfahrung und ihr Wissen in den Prozess eingebracht haben. Ohne dieses breite Engagement wäre die erfolgreiche Erstellung des Klimaanpassungskonzepts nicht möglich gewesen.

Lassen Sie uns nun gemeinsam die nächsten Schritte gehen und die im Konzept enthaltenen Maßnahmen tatkräftig umsetzen. Denn Klimaanpassung ist nicht nur eine Aufgabe der Verwaltung, sondern eine Gemeinschaftsaufgabe, die uns alle betrifft und bei der jede und jeder von uns einen Beitrag leisten kann.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Olaf Gericke

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 3

Inhaltsverzeichnis 5

Abbildungsverzeichnis 7

Abkürzungsverzeichnis 9

1 Einführung 11

1.1 Hintergrund 11

1.2 Übergeordnete Projektziele und Organisation 12

1.3 Bestehende Konzepte und Ansätze im Kreis Warendorf und der Stadt Beckum 13

1.3.1 Übergeordnete Konzepte und Ansätze im Kreis Warendorf 14

1.3.2 Kommunale Ansätze 15

2 Kommunikationskonzept 17

2.1 Kommunikationsstrategie und Arbeitsorganisation 18

2.2 Kommunikationsziele 19

2.3 Kommunikationswege und -formate 19

2.4 Steckbrief zur Kommunikationsstrategie 21

3 Öffentlichkeitsarbeit und Stakeholderpartizipation 23

3.1 Beteiligung der Öffentlichkeit (BuB) und politischer Gremien 25

3.1.1 Einbindung der Öffentlichkeit (BuB) 25

3.1.2 Politische Gremien 29

3.2 Ebene der Kreisverwaltung 29

3.3 Kommunale Ebene 31

3.3.1 Maßnahmenworkshop Kreis Nord und Süd - 03.07.2025 32

4 Bestands, Betroffenheits- und Hotspotanalysen 33

5 Gesamtstrategie 34

5.1 Das Zusammenwirken von Kreis und Kommunen 34

5.2 Gesamtstrategie als Verbindung relevanter Konzeptbausteine 34

5.3 Ableitung von Handlungsfeldern und Handlungsschwerpunkten 35

5.4 Leitlinien und Kernziele 37

5.4.1 Leitlinien 37

5.4.2 Kernziele des Anpassungskonzepts 39

5.4.3 Klimaanpassung und Nachhaltigkeit 41

5.5 Synergien zwischen Klimaschutz, Gesundheit und Naturschutz 44

6 Maßnahmenkatalog 46

6.1 Maßnahmenübersicht 46

6.2 Erläuterung der Maßnahmensteckbriefe 48

6.3 Umsetzungsfahrplan 50
7 Controlling- und Monitoringkonzept 52
7.1 Erfassung und Auswertung der Anpassungsmaßnahmen (Controlling top-down) 52
7.1.1 Controlling top-down Stadt Beckum 52
7.2 Wirksamkeit der Maßnahmen (Controlling bottom-up) 54
7.2.1 Controlling bottom-up Stadt Beckum 54
7.3 Umsetzungsfahrplan inklusive Personalbedarf und Kosten 55
7.4 Zuständigkeit, Dokumentation und Berichterstattung 56
7.4.1 Zertifizierungssysteme und Hilfsmittel 57
8 Interkommunale Verstetigungsstrategie 59
8.1 Personelle Verstetigung 60
8.2 Schaffung geeigneter Organisationsstrukturen 61
8.3 Folgeförderung DAS A.2 und DAS A.3 und Steckbrief zur Verstetigung und Implementierung eines integrierten Klimaanpassungsmanagements 61
8.4 Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit 64
9 Zusammenfassung und Ausblick 65

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Bausteine der Konzepterstellung	12
Abbildung 2	Analyse der relevanten Akteurinnen und Akteure für die Konzepterstellung	17
Abbildung 3	Zeitstrahl der Stakeholder-Partizipation mittels verschiedener Formate	18
Abbildung 4	Beispiele für externe Kommunikation	20
Abbildung 5	Abschlussveranstaltung, 19.03.2026 in Ostbevern	26
Abbildung 6	Screenshot Ideenkarte zur Klimafolgenanpassung (04.07.2025) auf beteiligung.nrw	27
Abbildung 7	Häufigkeiten der Begriffsnennung (gruppiert) der Online-Ideenkarte und Umfrage	28
Abbildung 8	Bürgerinnen- und Bürgerfest zum 50-jährigen Kreisjubiläum am 18.05.2025	29
Abbildung 9	Zusammenfassung des Betroffenheitsworkshops 06.05.2025	30
Abbildung 10	Maßnahmenworkshop Kreisverwaltung Warendorf 03.07.2025	32
Abbildung 11	UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung	42

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Vorhandene Konzepte im Kreis und der Stadt Beckum 14
Tabelle 2 Chronologische Darstellung der Formate entsprechend Kommunikationsstrategie 24
Tabelle 3 Handlungsfelder im Klimaanpassungskonzept 35
Tabelle 4 Ausgewählte UN-Nachhaltigkeitsziele 43
Tabelle 5 Blanko-Maßnahmensteckbrief mit Erläuterung der einzelnen Felder 50
Tabelle 6 Umsetzungsfahrplan für die kooperativen Maßnahmen 51

Abkürzungsverzeichnis

a	Jahr
ABK	Abwasserbeseitigungskonzept
ALKIS	Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem
ASP	Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner
AT/a	Arbeitstage pro Jahr
AWG	Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH
BKG	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie
BMUKN	Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung
BuB	Bürgerinnen und Bürger
CIR	Color-Infrarot
CO_2	Kohlenstoffdioxid
CO_2eq	Kohlenstoffdioxid-Äquivalent
DAS	Deutsche Anpassungsstrategie
DGM1	Digitales Geländemodell mit einer Gitterweite von 1 Meter
DLM	Digitales Landschaftsmodell
DPSIR	Driving forces, Pressures, States, Impacts and Responses
DWD	Deutscher Wetterdienst
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EEA	Europäische Umweltagentur
eea	European energy award
ESF	Europäischer Sozialfonds
EURO-CORDEX	Coordinated Downscaling Experiment for Europe
EW	Einwohnerinnen und Einwohner
GEP	Generalentwässerungsplan
gfw	Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH
GHSP	Gesundheitlicher Hitzeschutzplan
ha	Hektar
HAP	Hitzeaktionsplan
HK	Handwerkskammer
HQ100	Hochwasserereignis mit statistischem Wiederkehrintervall von 100 Jahren
HQextrem	Hochwasserereignis mit statistischem Wiederkehrintervall von über 100 Jahren
HWGK	Hochwassergefahrenkarte
IKEK	Integriertes Kommunales Entwicklungskonzept
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
ISEK	Integriertes Stadtentwicklungskonzept
KAB	Klimaanpassungsbeauftragte, Klimaanpassungsbeauftragter in den Kommunen
KAK	Klimaanpassungskonzept
KAM	Klimaanpassungsmanagement, Klimaanpassungsmanagerin/-manager des Kreises
KAnG	Bundes-Klimaanpassungsgesetz
KlAnG	Klimaanpassungsgesetz NRW
KOSTRA	Koordinierte Starkniederschlags-Regionalisierungs-Auswertungen
KRITIS	Kritische Infrastruktur

KSM	Klimaschutzmanagement, Klimaschutzmanagerin/-manager
KVS	Kaltluftvolumenstrom
LANUV	Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (Seit 1.4.2025 Landesamt für Natur, Umwelt und Klima Nordrhein-Westfalen (LANUK))
LuKIFG	Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz
LWK	Landwirtschaftskammer
LZG NRW	Landeszentrum Gesundheit NRW
mGROWA	Modell zur Berechnung des monatlichen Großräumigen Wasserhaushalts
mNN	Meter über Normalnull
NABU	Naturschutzbund Deutschland e.V.
NBK	Niederschlagswasserbeseitigungskonzept
NGO	Non-Governmental Organization
NIB	Nachhaltig im Beruf
NKU	Netzwerk Klimaanpassung & Unternehmen.NRW
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (deutsch: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
PDCA	Plan-Do-Check-Act (iterativer Ansatz zur kontinuierlichen Verbesserung von Produkten, Personen und Dienstleistungen)
PET	Physiologisch Äquivalente Temperatur
ppm	Parts per million
RCP	Repräsentativer Konzentrationspfad (engl.: Representative Concentration Pathway)
ReKliEs-DE	Regionale Klimaprojektionen Ensemble für Deutschland
SAE	Stab für außergewöhnliche Ereignisse
SMI	Bodenfeuchteindex (engl.: Soil moisture index)
SO	Stadtwerke Ostmünsterland
SoMe	Social Media
SWOT	Stärken, Schwächen Chancen, Risiken (engl.: Strengths, Weaknesses, Opportunities, Threats)
t	Tonne
TEO	Feuerwehren Telgte, Everswinkel und Ostbevern, bilden zusammen den TEO-Verbund
TEO AöR	Abwasserbetrieb TEO Anstalt des öffentlichen Rechts (Telgte, Everswinkel, Ostbevern und Beelen)
THG	Treibhausgas
UBA	Umweltbundesamt
UFZ	Helmholtz Zentrum für Umweltforschung
UHI	Urbane Hitzeinsel (engl.: Urban Heat Island)
UKMP	Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung
UNB	Untere Naturschutzbehörde
UV	Ultraviolett(-strahlung)
VASS	Vektoren, Allergene, Schadtiere, Schadpflanzen
VHS	Volkshochschule
W	Watt
WBV	Wasserversorgung Beckum
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WLV	Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband
WRRL	Wasserrahmenrichtlinie
WuB	Wasser- und Bodenverbände
ZUG	Zukunft-Umwelt-Gesellschaft

1 Einführung

1.1 Hintergrund

Der Klimawandel stellt weltweit, national und regional eine der zentralen Herausforderungen dar. Seine Folgen sind auch in Nordrhein-Westfalen und im Kreis Warendorf bereits deutlich spürbar. In den vergangenen Jahren haben Extremwetterereignisse wie Starkregen mit lokalen Überflutungen, längere Trockenperioden mit Ernteausfällen sowie zunehmende Hitzebelastungen in den Städten zu erheblichen Belastungen geführt. Ereignisse wie im Jahr 2021 mit verheerenden Überschwemmungen in mehreren Kommunen (Ahrtalregion) oder die Hitze- und Dürresommer 2018 bis 2020 verdeutlichen, dass NRW in vielfältiger Weise betroffen ist. Das „Weihnachtshochwasser" 2023 mit außergewöhnlichen Pegelständen der Ems unterstreicht dies. Neben unmittelbaren Schäden an Gebäuden und Infrastruktur treten auch mittel- bis langfristige Folgen auf, etwa in der Landwirtschaft, im Gesundheitswesen oder für die ökologische Stabilität der Landschaftsräume. Aufgrund seiner naturräumlichen und wirtschaftlichen Strukturen – insbesondere der hohen Bedeutung von Landwirtschaft, wasserwirtschaftlichen Systemen sowie wachsenden Siedlungsräumen – ist der Kreis in besonderer Weise von klimatischen Veränderungen betroffen. Prognosen deuten darauf hin, dass die Durchschnittstemperaturen deutlich steigen werden und sich die resultierenden Klimafolgen zukünftig verschlimmern werden (vgl. Band II – Analysen).

Vor diesem Hintergrund wird deutlich: Die Anpassung an die Folgen des Klimawandels wird zu einer Notwendigkeit, gleichbedeutend der konsequenten Reduzierung von Treibhausgasemissionen (Klimaschutz). Anpassungsstrategien sollen Schäden vorbeugen, Risiken mindern und die Handlungsfähigkeit von Kommunen, Institutionen sowie Akteurinnen und Akteuren langfristig sichern. Sie tragen dazu bei, die Lebensqualität, die Funktionsfähigkeit zentraler Infrastrukturen sowie die wirtschaftliche und ökologische Stabilität auch unter sich verändernden Rahmenbedingungen zu gewährleisten.

Rechtlich und strategisch ist die Klimafolgenanpassung in verschiedenen übergeordneten Vorgaben verankert. Auf europäischer Ebene bildet die EU-Anpassungsstrategie[1] den Rahmen. Auf Bundesebene sind die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel[2] sowie die Aktionspläne Anpassung[3] maßgeblich. Mit dem Klimaanpassungsgesetz (KAnG) des Bundes von 2024 wurde erstmals ein verbindlicher rechtlicher Rahmen geschaffen, der Bund, Länder und Kommunen verpflichtet, Vorsorgekonzepte zu entwickeln und die Klimaanpassung als dauerhafte Aufgabe in Planungs- und Entscheidungsprozesse zu integrieren[4]. Das Land Nordrhein-Westfalen hat 2021 ein eigenes Klimaanpassungsgesetz (KlAnG NRW) verabschiedet und im Oktober 2024 eine aktualisierte Klimaanpassungsstrategie für die Jahre 2024-2029 vorgelegt, die zentrale Handlungsfelder definiert und die Kommunen und Kreise ausdrücklich als Schlüsselakteurinnen und -akteure benennt. Im Jahre 2026 soll zusätzlich eine Novellierung des Landesgesetzes (KlAnG) erfolgen, welches die Vorgaben des KAnG integriert.

Für den Kreis Warendorf ergibt sich daraus die Aufgabe, die übergeordneten Leitlinien auf die spezifischen regionalen Bedingungen zu übertragen. Mit Beschluss vom 01.11.2023 wurde die Kreisverwaltung daher beauftragt, ein Klimafolgenanpassungskonzept für die Kreisverwaltung und die Kommunen Beckum, Beelen, Everswinkel, Drensteinfurt, Oelde, Ostbevern, Sassenberg, Telgte und Wadersloh zu erarbeiten. Die Kommunen Ahlen, Ennigerloh, Sendenhorst und Warendorf verfolgen bereits eigene, lokale Ansätze zur Klimafolgenanpassung und sind

[1] EU-Anpassungsstrategie der Europäische Kommission 2021:
https://climate.ec.europa.eu/eu-action/adaptation-and-resilience-climate-change/eu-adaptation-strategy_en?prefLang=de
[2] Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel 2024 des BMUKN:
https://www.bmuv.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaanpassung/das_2024_strategie_bf.pdf
[3] Aktionsplan Anpassung III:
https://www.bundesumweltministerium.de/download/aktionsplan-anpassung-zur-deutschen-anpassungsstrategie-an-den-klimawandel
[4] Klimaanpassungsgesetz: https://www.bundesumweltministerium.de/themen/klimaanpassung/das-klimaanpassungsgesetz-kang

daher nicht offiziell Teil des Konzepts, werden jedoch im Sinne einer kreisweiten Anpassungsstrategie berücksichtigt.

Die Erarbeitung des vorliegenden Klimaanpassungskonzeptes wurde durch das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit und den Projektträger Zukunft – Umwelt – Gesellschaft (ZUG) im Rahmen des Förderprogramms „Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel" (Förderschwerpunkt DAS-A.1 „Erstellung eines Nachhaltigen Anpassungskonzepts") gefördert.

1.2 Übergeordnete Projektziele und Organisation

Mit dem vorliegenden Konzept für die Kreisverwaltung und die neun beteiligten Kommunen wurde der Status quo ermittelt und ein gemeinsamer Rahmen geschaffen, um Risiken frühzeitig zu erkennen, Handlungsbedarfe aufzuzeigen und Maßnahmen systematisch zu entwickeln. Ziel ist es, die Lebensqualität in der Region langfristig zu sichern, Schäden und Belastungen zu minimieren sowie Chancen, die sich durch den Wandel ergeben, verantwortungsvoll zu nutzen. Dabei geht es nicht nur um den Schutz von Menschen und Sachwerten, sondern auch um die Stärkung von Ökosystemen und die nachhaltige Entwicklung des kommunalen Raums. Durch koordiniertes Handeln der kreisangehörigen Städte und Gemeinden bestehen vielfältige Chancen, die Anpassungsfähigkeit zu stärken, effizient zu arbeiten und Synergien durch interkommunale Zusammenarbeit zu nutzen.

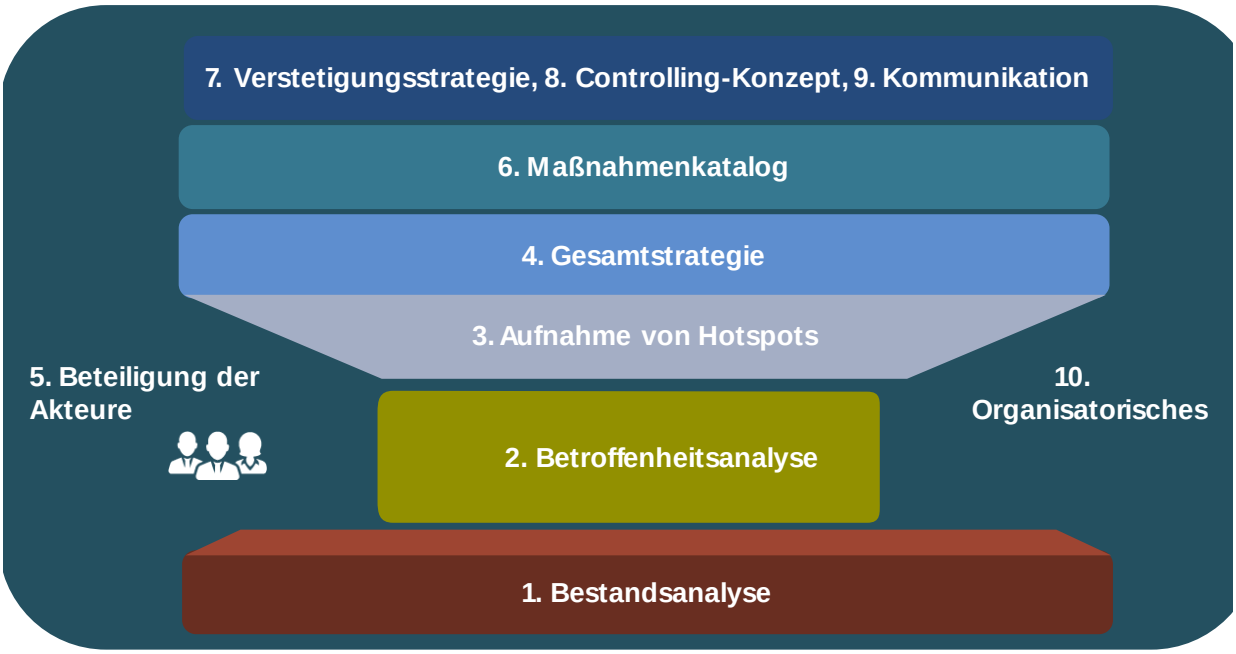


Abbildung 1 Bausteine der Konzepterstellung

Der allgemeine Projektablauf mit seinen einzelnen Arbeitsbausteinen ist in Abbildung 1 dargestellt. Die Kernelemente bilden die Bestandsaufnahme zum beobachteten und erwarteten Klimawandel für den Kreis Warendorf sowie eine räumliche und funktionale Betroffenheitsanalyse (vgl. Band II – Analysen). Die räumliche Analyse stellt fest, welche Teile der Kommunen besonders durch den Klimawandel betroffen sind und lokalisiert Hotspots (z. B. mögliche Starkregengefahrenlage, Hochwasser oder örtliche Hitzebelastung). So können priorisierte Handlungsfelder festgelegt werden, für die in der funktionalen Betroffenheitsanalyse die Auswirkungen des Klimawandels und die Anpassungsfähigkeit der Kommunen mittels SWOT-Analysen untersucht werden. Auf Basis aller Eingaben werden konkrete Anpassungsmaßnahmen ausgearbeitet und in den Kontext einer umsetzungsorientierten

Gesamtstrategie eingebettet (vgl. Kapitel 6, Maßnahmenkatalog und Kapitel 5, Gesamtstrategie). Im Controllingkonzept (vgl. Kapitel 7) und der Verstetigungsstrategie (vgl. Kapitel 8) werden Wege zur langfristigen Umsetzung des Projekts in der Praxis aufgezeigt. Zudem werden innerhalb des Kommunikationskonzepts (vgl. Kapitel 2) Vorgehensweisen erarbeitet, um die Ideen und Maßnahmen zur Klimaanpassung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Einbindung von Fachakteurinnen und -akteuren, Stakeholdern und der Öffentlichkeit (Akteurinnen- und Akteursbeteiligung) stellt eine Klammer um den Gesamtprozess dar, durch die im Rahmen verschiedenster Formate Input und Reflexion zu den Prozessbausteinen erfolgte.

Ein wesentliches Projektziel war es, das Konzept so zu gestalten, dass eine Anschlussförderung (über die DAS Förderung A2 und A3) für den Kreis und die einzelnen Kommunen separat in der Folge möglich ist. Das bedeutet, dass bestimmte Projektbausteine spezifisch für die Kommunen und den Kreis ausgearbeitet wurden, wie etwa die Bestands-, Betroffenheits- und Hotspotanalysen oder der Maßnahmenkatalog (jeweils eigene Unterkapitel in Band II – Analysen und Band III – Maßnahmen). Spezifische Analysen ermöglichen die individuelle Beantragung von Fördermitteln für ein Folgeprojekt durch die Kommunen und den Kreis (A2), verbessern aber vor allem die Kommunenschärfe und damit die Aussagekraft des Konzepts.

Auf Grund des Projektumfangs ist das Gesamtkonzept in drei Bände gegliedert. Dieser Band, Band I – Rahmenbericht, liefert einen Überblick über das Gesamtkonzept und enthält wichtige Bausteine, wie das Kommunikationskonzept, die Gesamtstrategie oder das Controlling und die Verstetigungsstrategie. Band II – Analysen enthält für alle Kommunen und den Kreis die Bestands-, Betroffenheits- und Hotspotanalyse. Band III – Maßnahmen, enthält die entsprechenden Maßnahmen für den Kreis, kooperative Maßnahmen für den Kreis und die Kommunen sowie kommunenspezifische Maßnahmen.

Die Bearbeitung des Konzepts seitens des Kreises erfolgte durch zwei geförderte Personalstellen für Klimaanpassungsmanagement. Aus organisatorischen Gründen wurden die Kommunen in Clustern organisiert (Cluster Nord bzw. Kreis Nord: Beelen, Everswinkel, Ostbevern, Sassenberg, Telgte; Cluster Süd bzw. Kreis Süd: Beckum, Drensteinfurt, Oelde, Wadersloh). Durch die räumliche Nähe in den Clustern bestand eine weitere Möglichkeit, Synergien bei der Maßnahmenentwicklung und -umsetzung zu nutzen, sowie gemeinsame Stakeholder zu adressieren.

Mit dem Konzept existiert nun ein Steuerungsinstrument, das sowohl auf kommunaler Ebene (für die konkrete Maßnahmenumsetzung) als auch auf Kreisebene (für die Koordination, Synergienutzung, Berichterstattung und Weiterentwicklung der kreisweiten Klimaanpassungsarbeit) nutzbar ist. Es stellt eine kreisweit abgestimmte und gleichzeitig kommunenscharfe Strategie zur Klimaanpassung dar und hilft, die Grundlage für eine nachhaltige Umsetzung in allen beteiligten Städten und Gemeinden zu schaffen und die Klimaanpassung in der Region voranzubringen.

1.3 Bestehende Konzepte und Ansätze im Kreis Warendorf und der Stadt Beckum

Für den Kreis Warendorf sowie die neun Kommunen liegen diverse Konzepte, Planungsgrundlagen und Studien vor, die Schnittstellen zum Thema Klimaanpassung aufweisen. Im Sinne einer integrierten Betrachtung des Querschnittsthemas Klimaanpassung ist es erforderlich, einen Überblick über bestehende Aktivitäten der Kommunen und des Kreises zu erhalten. Zudem sollte möglichst eine Konsistenz zwischen allen existierenden Konzepten bewahrt werden. In folgender Tabelle sind relevante Ansätze und Konzepte chronologisch von jung nach alt gelistet. Abwasserbeseitigungskonzepte (ABK) und Niederschlagsbeseitigungskonzepte (NBK) liegen für alle Kommunen vor.

	Konzepte und Ansätze	Erstellung
Kreis Warendorf	Strategie KlimaTisch	2026
	Kreisentwicklungsprogramm WAF2030plus	2025
	aktualisierter Regionalplan Münsterland	2025
	LEADER „9+ Kreis Warendorf"	2023-2027
	Projekt KlimaSicher	2020-2022
	Klimaneutrale Münsterlandkreise bis 2040	2021
	„Münsterland-Erklärung": MÜNSTERLAND. DAS GUTE LEBEN.	2020
	Kreisentwicklungsprogramm WAF2030plus	2019
	Regionalplan Münsterland	2013/2014
	Energie- und Klimaschutzkonzept des Kreises Warendorf	2011
	Teilnahme am European Energy Award (eea)	2008-2024
	Teil der Initiative „Münsterland ist Klimaland"	
Stadt Beckum	Landschaftspläne	1986-2018
	Nachhaltigkeitsstrategie	2025
	Fortschreibung ISEK Innenstadt Beckum	2025
	Wasserversorgungskonzept zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung nach § 38 Wasserversorgungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen	2024
	Abwasserbeseitigungskonzept (ABK)	2023
	ISEK Neubeckum – Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept für die Innenstadt Neubeckum	2020
	Niederschlags-/Abfluss-Modell obere Werse	2018
	100 % KlimaBEwusst – Der Masterplan für Beckum	2017
	Gesamtrekultivierungsplan	
	Dorfentwicklungskonzept Brock	2020
	Wasserversorgungskonzept für die Gemeinde Ostbevern nach § 38 Absatz 3 LWG	2018
	ländliches Wegenetzkonzept	2018
	Klimaschutzkonzept	2011

Tabelle 1 Vorhandene Konzepte im Kreis und der Stadt Beckum mit Bezug zum Thema Klimaanpassung

1.3.1 Übergeordnete Konzepte und Ansätze im Kreis Warendorf

Aus der Länge der Liste wird ersichtlich, dass in allen Kommunen vielfältige Ansatzpunkte im Rahmen von Untersuchungen, Konzepten, Programmen etc. vorhanden sind. Integrierte Konzepte gehen zum Teil bis 2008 zurück. Erste Klimaschutzkonzepte für Kommunen des Kreises Warendorf datieren auf 2011. Neben kommunalen Ansätzen sind auf Kreisebene und darüber hinaus weitere, umfassende und integrierende Ansätze vorhanden.

Für alle Kommunen sind für die berichtspflichtigen Gewässer Maßnahmen zur Abwasserbeseitigung, Hochwasserschutz, Fließgewässerrenaturierung und entsprechende Vorsorgekonzepte aus dem Bewirtschaftungsplan NRW umzusetzen.

Auf Raumebene der Bezirksregierung beginnend, liefert der Regionalplan Münsterland erste grobe Anhaltspunkte über die Zielsetzungen im Bereich der Klimaanpassung. Als wichtige Bestandteile einer effektiven Klimaanpassung werden u. a. genannt:

- Sicherung von Grünzügen und Grünbereichen, um Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete zu erhalten
- Kommunale Pläne zu Hochwasserrisikomanagement der Bezirksregierung
- Formulierungen zum klimagerechten Waldumbau als forstlicher Rahmenplan
- Sicherung und Ausbau von ökologischen Biotopverbundsystemen
- Klimaangepasste und klimaschonende Landwirtschaft
- Kommunale Hochwasserschutzkonzepte und Starkregenvorsorgekonzepte

Der fortgeschriebene Regionalplan bringt ggf. Anpassungen mit sich.

Von kreisweiter Bedeutung ist vor allem das Kreisentwicklungsprogramms WAF2030plus, welches im Jahr 2025 aktualisiert wurde und einen Orientierungsrahmen für die zukünftige Entwicklung des Kreises darstellt. Darin werden u. a. die Handlungsfelder „Klimaschutz, Mobilität, Umwelt" und „Sicherheit" bearbeitet. Das Handlungsfeld „Klimaschutz, Mobilität, Umwelt" betrachtet Klimaschutz und Klimaanpassung als integrierte Aufgabe in fünf Teilprojekten. Davon sind insbesondere die Projekte „Interkommunales Hochwassermonitoring", „Wiedervernässung von Flächen" sowie „KlimaTisch – Bündnis für Klimaschutz und Klimaanpassung" relevant, da das Klimaanpassungskonzept zu deren Umsetzung beitragen kann. Aus dem Handlungsfeld „Sicherheit", in dem es um die Stärkung der Resilienz durch Vorbereitung und Information geht, sind vor allem die Teilprojekte „Bau eines Zentrums für Bevölkerungsschutz" sowie die „Aufklärungskampagne zur Selbsthilfe" relevant.

Das Projekt KlimaSicher, welches 2022 abgeschlossen wurde, widmete sich explizit dem Thema Klimafolgenanpassung in Unternehmen. Erkenntnisse können im laufenden Prozess zur Ansprache bzw. Maßnahmenentwicklung für die Zielgruppe verwendet werden.

Darüber hinaus sind die sechs Kommunen Beelen, Drensteinfurt, Everswinkel, Oelde, Ostbevern und Sassenberg Teil der LEADER-Region „9+ Kreis Warendorf" (Laufzeit 2023-2027), in der ggf. auch Projekte zur Klimafolgenanpassung gefördert werden können, sofern sie den Anforderungen an die Leitziele der Region entsprechen. Das Vorgängerprojekt (ohne Everswinkel) fußte auf der Regionale[n] Entwicklungsstrategie (RES) für die Lokale Aktionsgruppe „8Plus – VITAL.NRW" im Kreis Warendorf. Die Gemeinde Wadersloh ist ebenfalls Teil einer LEADER-Region (Lippe-Möhnesee), die sich allerdings Richtung Bördelandschaft und Sauerland orientiert.

Der Kreis Warendorf ist Teil des Münsterlandes. Unter dem Slogan „Münsterland ist Klimaland" werden durch den Münsterland e.V. sowie die Landesgesellschaft NRW.Energy4Climate Klimaschutz- und Klimaanpassungsaspekte kampagnenartig aufbereitet und über die Kreise und Kommunen für alle Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt. Diese Aktivitäten sind den Bestrebungen der Münsterlandkreise und der Stadt Münster nach einer gemeinsamen Regionalentwicklung zuzuordnen, die in der sogenannten Münsterland-Erklärung definiert ist. Eine Säule dieser Zusammenarbeit stellt das Themenfeld „Klimaschutz und Klimaanpassung" dar.

Kommunal relevante Ansätze werden nachfolgend kurz und exemplarisch beschrieben.

1.3.2 Kommunale Ansätze

Konzepte und Ansätze Stadt Beckum

Die Stadt Beckum erfüllt mit dem Wasserversorgungs- und dem Abwasserbeseitigungskonzept Pflichtaufgaben, und hat dadurch bereits einen guten Überblick über die Thematik.

Im Jahr 2018 wurde ein Niederschlags-/Abfluss-Modell für die Obere Werse als Detailstudie in Folge bereits bekannter erhöhter Betroffenheit in diesem Bereich durchgeführt.

Interessante Anknüpfungspunkte bietet möglicherweise der Gesamtrekultivierungsplan als Instrument zur Flächenplanung und -gestaltung zwischen Stadt und Zementindustrie. Bei der Rekultivierung von Tagebauflächen lassen sich Klimaanpassungsaspekte verhältnismäßig leicht integrieren.

Das ISEK Neubeckum und der Masterplan enthalten beide bereits (Teil-)Handlungsfelder zur Klimaanpassung mit hinterlegten Maßnahmen, an die bei der Entwicklung spezifischer Maßnahmen für Beckum angeknüpft werden kann.

2 Kommunikationskonzept

Im Folgenden wird dargestellt, inwieweit die Kommunikation – eingebettet in die komplexe Konstellation aus Kreis und den neun beteiligten Kommunen sowie der Öffentlichkeit und weiteren Stakeholdern – sowohl für die Phase der Konzepterstellung als auch für die spätere Konzeptumsetzung aufeinander abgestimmt wurde. Hierzu wurde auf den jeweiligen Ebenen zunächst eine umfassende Akteursanalyse durchgeführt, einschließlich lokalspezifischer Betrachtungen auf kommunaler Ebene (u. a. interne und externe Akteurinnen und Akteure sowie deren Relevanz für verschiedene Handlungsfelder). Eine Übersicht der wesentlichen Adressatengruppen ist der folgenden Abbildung zu entnehmen. Das hier vorgestellte Kommunikationskonzept steuert einerseits die Phase der Konzepterarbeitung, soll jedoch zugleich als Grundlage für die anschließende Umsetzung des Konzepts dienen. Das operative Vorgehen wird in einem jährlichen Zeit- und Umsetzungsplan konkretisiert (vgl. Kapitel 2.4).

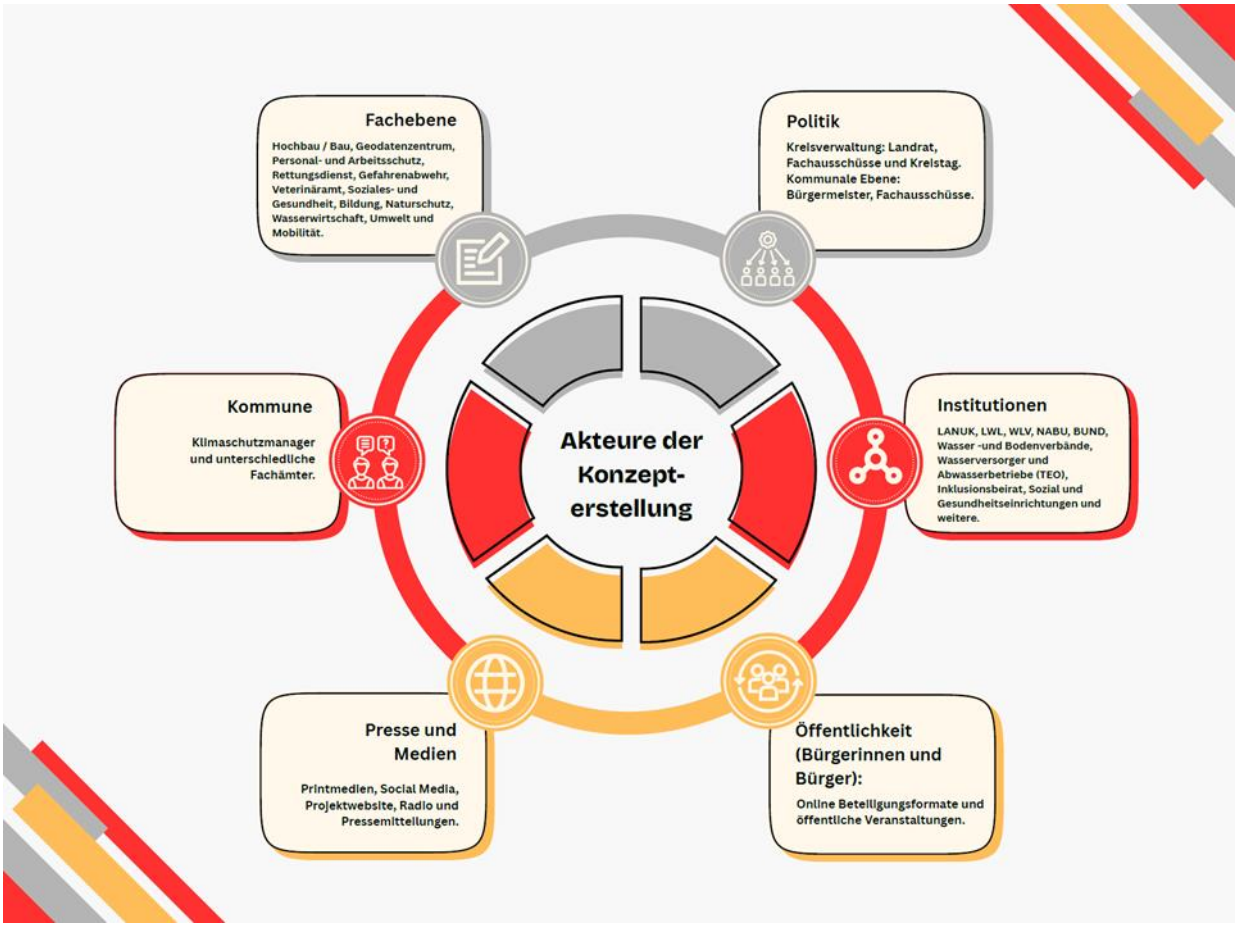


Abbildung 2 Analyse der relevanten Akteurinnen und Akteure für die Konzepterstellung, eigene Darstellung – Stand 2025

2.1 Kommunikationsstrategie und Arbeitsorganisation

Zum einen sollen wichtige Stakeholder (Fachakteurinnen und -akteure, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung und in den beteiligten Kommunen) bei den Zielen und der Strategie der Kommunikation mitbedacht werden, zum anderen sollen die Bürgerinnen und Bürger bereits während der Konzepterstellung informiert werden. Einerseits sollen sie zur Beteiligung angeregt, andererseits für eigene Maßnahmenumsetzung sensibilisiert werden und auch die zukünftige Umsetzung des Konzepts durch eine bessere Bekanntheit in der Öffentlichkeit erleichtert werden. Für diese komplexe Aufgabe wird wie folgt die Kommunikationsstrategie, die Ziele und die Kommunikationsmittel erläutert.

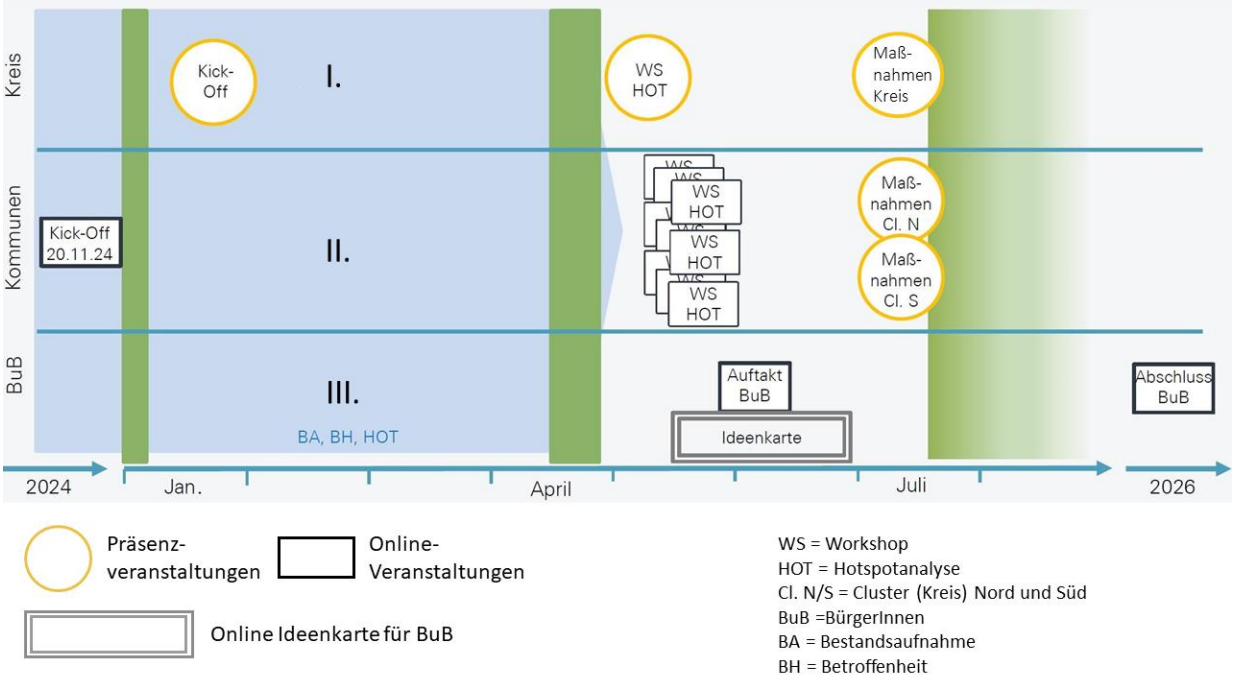


Abbildung 3 Zeitstrahl der Stakeholder-Partizipation mittels verschiedener Formate, Gertec 2025

Zunächst wurden drei wichtige Ebenen (vgl. Abbildung 3) identifiziert: Die Ebene der Kreisverwaltung inklusive aller relevanten Ämter und weiteren Akteurinnen und Akteuren, die Ebene der Kommunen inklusive aller relevanten Ämter und lokalspezifischer Akteure und die Ebene der Öffentlichkeit, also der Bürgerinnen und Bürger (BuB). Anlassbezogen wurden entsprechende externe Fachakteurinnen und -akteure zu den Beteiligungsformaten hinzugezogen.

Bei der Kommunikation ist zu beachten, dass die Konzepterstellung für den Kreis und nur neun von dreizehn der kreisangehörigen Kommunen erfolgt. Es gibt daher verschiedene Ebenen der Kommunikation und auch Zielgruppen bei gleichzeitiger Hauptverantwortlichkeit auf Seiten des Kreises. Der Kreis kann zwar nur auf seiner Ebene wirken, jedoch Anregungen und Materialien zur Wirkebene der Kommunen weiterreichen. Der Kreis versteht sich als Dienstleisterin und Dienstleister für seine Kommunen und wird in der Phase der Konzeptumsetzung und darüber hinaus eine wichtige Rolle bei einer vereinheitlichten und potenzierenden Kommunikation bezüglich der Klimafolgenanpassung einnehmen.

Vom Kreis aufbereitete Informationen, Materialien, Anregungen wurden durch die örtlichen Verantwortlichen für die interne und externe Kommunikation (in Richtung der BuB) genutzt. Darüber hinaus kommunizieren die Kommunen ihre eigenen Maßnahmen und Aktivitäten, eingebettet in die Strukturen, die der Kreis bietet, und unter Berücksichtigung der in diesem Konzept genannten Formate.

Für jede der in Abbildung 3 genannten Ebenen wurden spezifische Überlegungen zur Kommunikation (Akteurinnen und Akteure, Kommunikationswege etc.) angestellt und umgesetzt. Ergänzend findet sich in Kapitel 3 eine zusätzliche Liste mit allen durchgeführten Veranstaltungen während der Projektlaufzeit.

Der Kreis verfügt über eine Projekthomepage. Zur Vermittlung von Meilenstein-Ergebnissen können die KAM Texte für diese Homepage verfassen. Die dort veröffentlichten Inhalte können an die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Kommunen weitergeleitet werden, die für Verlinkung oder lokale Weitervermittlung sorgen.

Es gibt Anlässe, über die im Nachgang berichtet wird, Anlässe, die unmittelbare Aufmerksamkeit benötigen (z. B. Präsentation im Ausschuss) und solche, die Vorlauf oder Werbung benötigen, wie die Bürgerinnen- und Bürgerveranstaltungen oder die Ideenkarte.

Die wesentlichen Aufgaben der Kommunikation, während der Konzepterstellung sollten durch die KAM erfolgen; bei Bedarf kann die Pressestelle des Kreises eingebunden werden. Gertec schreibt Protokolle und unterstützt inhaltlich bei der Erarbeitung von Texten oder Folien.

2.2 Kommunikationsziele

Folgende Kommunikationsziele wurden bei der Konzepterstellung oder werden für die Konzeptumsetzung ganzheitlich und begleitend verfolgt:

- Transparenz herstellen gegenüber den verschiedenen Zielgruppen
- Konzept mit seinen Inhalten bekannt machen und seine Notwendigkeit darstellen bzw. die Bedeutung des Klimaanpassungsbedarfs vermitteln
- Regelmäßige Berichterstattung zu Meilensteinen gewähren; auf der internen/Kreis-Ebene und auf der externen Ebene (Kommunen, Bürgerinnen und Bürger, sonstige Akteurinnen und Akteure)
- Vorbereitung und Bewerbung von Partizipationselementen, intern wie extern
- Steigerung der Akzeptanz (für die Umsetzung) der entwickelten Maßnahmen
- Klärung von Fristen und Verantwortlichkeiten der anfallenden Kommunikationsaufgaben

Neben den spezifischen Anlässen (z. B. Partizipationselemente während der Konzepterstellung, Thementage von Kreis oder Kommunen, Umsetzung spezifischer Maßnahmen) und dafür notwendigen Inhalten können, je nach Zielgruppe, auch allgemeine Inhalte mit vermittelt werden. Dazu zählen beispielsweise Kernbotschaften, wie:

- Notwendigkeit der Klimaanpassung bei allen Akteurinnen und Akteuren für eine sichere Zukunft
- Klimaanpassung ist eine Gemeinschaftsaufgabe und bedarf der Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure
- Möglichkeiten zur Mitwirkung und für persönliches Anpassungs-Engagement präsentieren
- Hinweis auf allgemeine Projektinformationen über die Projektwebsite
- Erreichung der im Konzept im Fokus stehenden vulnerablen Gruppen

2.3 Kommunikationswege und -formate

Für die Zeit der Konzepterstellung und für die Zeit der Umsetzung werden verschiedene Kommunikationswege bzw. -kanäle bespielt sowie verschiedene Anspracheformate verwendet.

Kommunikationswege

- Kommunikationskanäle des Kreises: E-Mail-Verteiler auf Basis des Akteurinnen- und Akteurskatasters, vorhandene E-Mail-Verteiler des Kreises, Intranet und Internetpräsenz allgemein (Homepage), Social-Media-Kanäle von Kreis und Kommunen
- Kommunikationskanäle der Kommunen: Aushänge, Ratsinformationssystem, Homepage der Kommune, Social-Media-Kanäle, E-Mail-Verteiler
- Regionale Presse (Glocke, Westfälische Nachrichten), regionales Radio (Radio WAF)
- Kommunikation über Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wie Kammern, Verbände, Vereine und NGO's

Abbildung 4 Beispiele für externe Kommunikation (Quellen: Zeitungsartikel siehe Darstellung; Poster und Social Media Post eigene Darstellungen)

Kommunikationsformate

Folgende Kommunikationsformate wurden bei der Ansprache der einzelnen Akteurinnen und Akteure genutzt. Die Erfahrungen mit den durchgeführten Formaten während der Konzepterstellung helfen, die Kommunikation während der Umsetzung des Konzepts zu verbessern.

- Präsenztermine, wie Vorträge, Informationsveranstaltungen, Bürgerinnen- und Bürgerdialoge
- Interne Teambesprechungen bei Kreis/Kommune
- Fachworkshops
- Onlinebasierte Formate
- Erklär-Videos
- Radiobeiträge
- Pressemitteilungen
- Persönliche Gespräche (Expertinnen- und Experteninterviews)
- Flyer und Fotos

- Poster, Plakate
- Citizen Science (Ideenkarte und Umfrage auf der Plattform Beteiligung NRW)

2.4 Steckbrief zur Kommunikationsstrategie

Die Darstellung der Kommunikationsstrategie ist im nachfolgenden Steckbrief dargestellt. Er enthält vor allem auch Informationen zur operativen Umsetzung der Kommunikation.

Nr. II / Überg_Kreis

Kommunikationsstrategie (Zeit- und Fahrplan)

Ausgangslage und Zielsetzung

Für die erfolgreiche Umsetzung des Klimafolgenanpassungskonzepts ist eine ziel-, bedarfs- und gruppengerechte Kommunikation der verschiedenen Themen, Kampagnen und Maßnahmen entscheidend. Die Maßnahme verfolgt das Ziel, die Sichtbarkeit der Aktivitäten zu erhöhen, die Bevölkerung sowie relevante Akteurinnen und Akteure zu informieren und die Maßnahmen des Kreises strategisch zu vernetzen. Weiterhin sollen durch eine gut abgestimmte Planung im Zeitverlauf Terminkonflikte und Doppelstrukturen vermieden werden.

Beschreibung

Die Maßnahme umfasst die Erstellung und fortlaufende Pflege eines Kommunikationsplans, der zeitlich abgestimmt und themenspezifisch aufbereitet wird. Dabei werden bestehende Kampagnen, regionale Events und Kommunikationskanäle (z. B. Kreisklimanewsletter) integriert. Ein Schwerpunkt liegt auf der engen Zusammenarbeit mit der Pressestelle, um Inhalte professionell aufzubereiten, Veröffentlichungen abzustimmen und Reichweite sowie Medienresonanz zu erhöhen. Ziel ist eine strukturierte, konsistente und ansprechende Kommunikation, die interne und externe Akteurinnen und Akteure einbindet, die öffentliche Wahrnehmung der Klimaanpassungsmaßnahmen steigert und deren Umsetzung unterstützt.

Dabei sollten die Inhalte und Aktivitäten der kreisweiten Maßnahmen in den Kommunikationsfahrplan einbezogen werden sowie Best-Practices proaktiv vorgestellt werden.

Bei der Umsetzung der Kommunikation soll auf Strukturen von Münsterland ist Klimaland zurückgegriffen werden, beispielsweise Kampagnen-Grundlagen oder Verteiler.

Handlungsschritte

1. Erstellung eines jährlichen Kommunikationsplans mit zeitlicher Abstimmung der Kampagnen und Maßnahmen unter Einbezug der Pressestelle und des Klimaschutzteams
2. Festlegung der Kommunikationsinhalte, Zielgruppen und Plattformen (Homepage, Social Media, Printmaterialien u. a.)
3. Integration bestehender Kampagnen und Veranstaltungen (z. B. „Abpflastern", Hitzeaktionstag, Woche der Klimaanpassung, ZukunftsWald, KlimaTisch, Vorgartenwettbewerb)
4. Scoutng relevanter regionaler Events
5. Laufende Überarbeitung und Optimierung der Homepage und digitalen Plattformen
6. Bewerbung von besonderen Projekten oder Aktionen (z. B. „coole Route")
7. Enge Abstimmung mit der Pressestelle und kommunalen Ansprechpartnerinnen und Partnern
8. Abstimmung mit allen Maßnahmen des Klimafolgenanpassungskonzepts mit Öffentlichkeitswirkung

Durchführungszeitraum: fortlaufend

Priorität: hoch

Zielgruppenbeschreibung

Bevölkerung im Kreis Warendorf;
Kommunale Akteurinnen und Akteure,
Verwaltung und Fachämter;
Presseämter und IT-Bereiche;
Schulen, Vereine und lokale Initiativen

Verantwortliche und Beteiligte

Amt 66 (KAM, KSM), Pressestelle (beratend)

Gewinnung weiterer Akteure

Kooperation mit lokalen Medien und Pressevertreterinnen und -vertreter;
Einbindung von Partnerinnen- und Partnerorganisationen und Vereinen in die Kommunikationsmaßnahmen;
Nutzung von Netzwerkstrukturen wie „Münsterland ist Klimaland" zur Reichweitensteigerung

Kostenschätzung

Gering (< 10.000 €)

Personalschätzung

Mittel (bis 30 AT/a)

Finanzierung

Haushaltsmittel

Klimaanpassungswirkung

Mittel

Anmerkung

Durch eine strukturierte Kommunikationsstrategie wird die Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung und bei Akteuren erhöht, die Akzeptanz für Anpassungsmaßnahmen gesteigert und die Handlungsfähigkeit der Verwaltung unterstützt. Die Maßnahme sorgt dafür, dass die Wirkung anderer Klimaanpassungsmaßnahmen verstärkt und sichtbar gemacht wird.

Beitrag zu DAS Zielen

4, 9, 17

Erfolgsindikatoren

Erstellung und Umsetzung eines vollständigen Jahres-Kommunikationsplans;
Anzahl und Reichweite veröffentlichter Kampagnen, Beiträge und Veranstaltungen;
Beteiligung von Partnerinnen und Partnern und Zielgruppen an Kommunikationsaktionen;
Regelmäßige Aktualisierung und Nutzung der Homepage und digitalen Plattformen

Synergieeffekte

Mehrwert (direkt und/oder indirekt) für alle anderen Maßnahmen, da diese verstärkt und sichtbar gemacht werden

3 Öffentlichkeitsarbeit und Stakeholderpartizipation

Im folgenden Kapitel werden aufbauend auf dem Kommunikationskonzept die umgesetzten Formate und einzelnen Workshops oder öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen dargelegt. In der unten dargestellten Tabelle 2 sind alle kommunikationsrelevanten Aktivitäten chronologisch aufgeführt. Darauf aufbauend werden einzelnen Veranstaltungen im Detail beleuchtet und der Bezug zur Relevanz für das gesamte Konzept und zum Kommunikationskonzept dargelegt.

In der Tabelle ist ebenfalls aufgeschlüsselt, welche der dargestellten Ebenen adressiert wurden und welche der in Kapitel 2 erläuterten Kommunikationswege und Formate dazu genutzt wurden. Die aufgelisteten Formate wurden aus unterschiedlichen Hintergründen genutzt, sei es zur Bewerbung, der Durchführung selbst oder zur nachgeschalteten Berichtserstattung. Ebenfalls ist die Tabelle eine detaillierte Auflistung des Ablaufs der Akteurinnen- und Akteursbeteiligung nach Abbildung 3. Zur besseren Lesbarkeit sind die zahlreichen geführten Expertinnen- und Experteninterviews nicht gelistet. Darunter waren zum Beispiel Gespräche mit einem Vertreter der TEO (Abwasserbetrieb), der Wasserversorgung Beckum oder auch Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Kreisverwaltung.

Datum	Inhalt	Ebene	Format
05.06.2024	Hitzeaktionstag	Kreisverwaltung und Öffentlichkeit (BuB)	Informationsveranstaltung, Sensibilisierung, nachgeschaltete interne Umfrage und Meldung
09.06.2024	Tag der Landwirtschaft	Kreisverwaltung, Öffentlichkeit (BuB), Kommune Telgte	Informationsveranstaltung, Sensibilisierung
30.10.2024	Lenkungsgruppe Klimaschutz mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Telgte	Kreisverwaltung, Kommunen (alle), Öffentlichkeit	Informationsveranstaltung und nachgeschaltete Pressemitteilung, Sachstandsbericht
22.11.2024	Kick-Off mit den Ansprechpartnerinnen und -partnern (ASP) der Kommunen	Kreisverwaltung, Kommunen (alle)	Online-Call, Informationsveranstaltung
25.11.2024	Verwaltungsspitze Kreis (inkl. Landrat)	Kreisverwaltung	Informationsveranstaltung, Sachstandsbericht
04.02.2025	Auftaktveranstaltung auf Kreisebene	Kreisverwaltung	Informationsveranstaltung, Sensibilisierung, Sachstandsbericht, Fachvortrag
07.03.2025	Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung	Kreisverwaltung, Öffentlichkeit	Sachstandsbericht
12.03.2025	Lenkungsgruppe Klimaschutz mit Bürgermeister und Klimaschutzmanagern der Kommunen, Drensteinfurt	Kreisverwaltung, Kommunen (alle), Öffentlichkeit	Informationsveranstaltung und Pressemitteilung, Sachstandsbericht
18.03.2025	Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität, Telgte	Kommune Telgte, Öffentlichkeit	Sachstandsbericht, Pressemitteilung
10.04.2025	Ü60-Seniorinnen- und Seniorentreff in Drensteinfurt	Öffentlichkeit (vulnerable Gruppen), Kommune Drensteinfurt	Informationsveranstaltung und Sensibilisierung, Flyer

06.05.2025	„Betroffenheitsworkshop" Kreisverwaltung inkl. ausgewählter Fachexpertinnen und -experten (z. B. WLV, NABU)	Kreisverwaltung, Öffentlichkeit	Informationsveranstaltung, Sensibilisierung, Pressemitteilung, Expertinnen- und Experteninterview, Workshop
12.05.-22.05.2025	Betroffenheitsworkshop mit Expertinnen- und Expertengruppe der jeweiligen Kommune	am Konzept beteiligte Kommunen	Informationsveranstaltung, Sensibilisierung, Expertinnen- und Experteninterview, Workshop
18.05.2025	Kreisjubiläum – interaktiver Stand zum Thema Klimaanpassung	Kreisverwaltung, Öffentlichkeit (BuB)	Informationsveranstaltung, Sensibilisierung, Pressemitteilung, Social Media, Lokalpresse, Flyer
04.06.2025	Online Bürgerinnen- und Bürgerveranstaltung zur Partizipation in den Prozess	Öffentlichkeit (BuB)	Informationsveranstaltung, Sensibilisierung, Pressemitteilung, Social Media Post, Lokalpresse, Flyer
05.06.2025	Interaktiver Stand auf den Wochenmärkten Drensteinfurt und Telgte inklusive Ankündigung im Radio	Öffentlichkeit (BuB)	Informationsveranstaltung, Sensibilisierung, Pressemitteilung, Social Media Post, Lokalpresse, Radio, Flyer
26.03.-30.06.2025	Online Beteiligungskarte	Öffentlichkeit (BuB)	Informationsveranstaltung, Sensibilisierung, Pressemitteilung, Social Media Post, Lokalpresse, Flyer und Poster
02.07.2025	„Maßnahmenworkshop" Kreisverwaltung	Kreisverwaltung	Informationsveranstaltung, Sensibilisierung, Pressemitteilung, Fachworkshop
03.07.2025	„Maßnahmenworkshop" Kreis Nord	beteiligte Kommunen (Nord)	Informationsveranstaltung, Sensibilisierung, Pressemitteilung, Fachworkshop
03.07.2025	„Maßnahmenworkshop" Kreis Süd	beteiligte Kommunen (Süd)	Informationsveranstaltung, Sensibilisierung, Pressemitteilung, Fachworkshop
26.09.2025	Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung	Kreisverwaltung, Öffentlichkeit (Politik)	Sachstandsbericht
18.11.2025	Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität, Telgte	Kommune, Öffentlichkeit (Politik)	Sachstandsbericht
19.11.2025	Münsterland ist Klimaland – Netzwerk für Klimaschutz und -anpassung	Kommunalverwaltungen aus dem Münsterland	Informationsveranstaltung, Sensibilisierung, Fachworkshop
19.03.2026	Abschlussveranstaltung „Vorrausschauend handeln – sicher in die Zukunft. Klimaanpassungsstrategie im Kreis Warendorf", Ostbevern	Öffentlichkeit, Fachakteurinnen und -akteure, Politik, Kommunalverwaltung	Informationsveranstaltung, Sensibilisierung, Pressemitteilung, Fachworkshop
19.04.2026	Nachhaltigkeitstag Oelde	Öffentlichkeit (BuB)	Informationsveranstaltung, Sensibilisierung, Pressemitteilung, Fachworkshop
22.03.-17.05.2026	LWL-Ausstellung „Das Klima in Westfalen", begleitendes Programm, Museum Abtei Liesborn	Öffentlichkeit	Informationsveranstaltung, Sensibilisierung, Pressemitteilung, Fachworkshop

Tabelle 2 Chronologische Darstellung der Formate entsprechend Kommunikationsstrategie

3.1 Beteiligung der Öffentlichkeit (BuB) und politischer Gremien

Die Beteiligung der Öffentlichkeit war ein zentraler Bestandteil des Klimaanpassungskonzeptes, weswegen die Bürgerinnen und Bürger (BuB) aktiv in die Konzepterstellung mit einbezogen wurden. Bürgerinnen und Bürger sowie die Politik stellen neben der Kreisverwaltung und den beteiligten Kommunalverwaltungen zwei der drei Ebenen der Akteurinnen- und Akteursbeteiligung dar (vgl. Abbildung 3). Das Ziel der Beteiligung war die Sensibilisierung für die Thematik Klimaanpassung, die Steigerung der Motivation zur Mitwirkung, Bereitstellen von Informationen, das Schaffen von Rückhalt durch die Politik, sowie das Sammeln von Anregungen für die Entwicklung von Maßnahmen. Auf die eingesetzten Formate wird in den nächsten Abschnitten eingegangen.

3.1.1 Einbindung der Öffentlichkeit (BuB)

Infoveranstaltung I (online) – 04.06.2025

Zur umfassenden Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gehörte die Online-Infoveranstaltung des Kreises Warendorf am 04.06.2025, die an alle kreisangehörigen Kommunen adressiert war. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde die Methodik der Konzepterstellung aufgezeigt und Teilnehmende konnten sich selbst aktiv mit ihren Ideen einbringen. Zum Einstieg wurden sie mithilfe einer Mentimeter-Umfrage nach ihrer Motivation zur Teilnahme an der Veranstaltung gefragt. Das Ergebnis war, dass ein verstärktes Interesse für das Thema vorhanden ist und eine verstärkte Dringlichkeit zum Handeln gesehen wird. In einem Fachvortrag wurden ausgewählte Ergebnisse der Bestands-, Betroffenheits- und Hotspot-Analyse vorgestellt, danach folgte ein Impulsvortrag zum Thema Hitzeprävention und Eigenvorsorge. Im Anschluss wurde in den Themenbereichen: „Klimaangepasst Wohnen und Arbeiten", „Stadt- und Freiraum" und „Gesundheit und Bevölkerungsschutz" diskutiert. Dabei wurden drei Leitfragen berücksichtigt: „Kennen Sie bereits Angebote und umgesetzte Projekte in Ihrer Kommune bzw. dem Kreis Warendorf zur Anpassung an den Klimawandel?", „Welche Bedarfe sehen Sie in diesem Themenfeld?", und „Welche Angebote und Maßnahmen wünschen Sie sich?". Ergebnisse der Diskussion waren beispielsweise, dass im Bereich Wohnen der Bedarf nach Sensibilisierung sowie eindeutiger und direkter Kommunikation genannt und eine Kommunikationsstrategie gewünscht wurde. Im Themenblock Bevölkerung und Gesundheit wurde mehr Lösungsorientierung gefordert. Ebenfalls wurden öffentliche Sonnencremespender an hochfrequentierten Plätzen, wie in den Niederlanden stellenweise üblich, als Best-Patrice-Beispiel angeregt.

Infoveranstaltung II – Abschlussveranstaltung „Vorausschauend handeln – sicher in die Zukunft. Klimaanpassungsstrategie im Kreis Warendorf" am 19.03.2026

Zum Ende der Konzepterstellung erfolgte eine umfassende Abschlussveranstaltung. Gemeinsam mit der Gemeinde Ostbevern stellte das KAM der Kreisverwaltung Warendorf ein vielseitiges Rahmenprogramm auf. Dieses war in zwei Teile gestaffelt. Am Vor- und Nachmittag wurden frei zugängliche interaktive Stände zu Themen rund um Klimafolgen geboten. Das KAM der Kreisverwaltung war mit einem Infostand vertreten. Ebenfalls wurde das Hochwasser-Mobil des HKC (Hochwasserkompetenzzentrums) ausgestellt. Dort wurde insbesondere zu baulicher Vorsorge rund um das Eigenheim informiert. Zusätzlich konnten Bürgerinnen und Bürger sich im Bevölkerungsschutzmobil des Kreises zum Thema Eigenvorsorge informieren.

Im Abendprogramm wurde eine Fachveranstaltung angeboten. In rund zwei Stunden wurden die Kernaussagen des Konzepts zusammen mit dem Dienstleister vorgestellt. Anschließend hielt ein Referent des Hochwasserkompetenzzentrums einen kurzen Vortrag, an den eine Podiumsdiskussion mit regionalen Fachakteuren anschloss (vgl. Foto).

Abbildung 5 Abschlussveranstaltung, 19.03.2026 in Ostbevern

Online-Ideenkarte und Umfrage

Mittels einer Online-Ideenkarte und einer Online-Umfrage wurden von den Bürgerinnen und Bürgern des Kreises Warendorf Rückmeldungen und Ideen zum Thema Klimaanpassung eingeholt. Die Karte und die Umfrage waren von Ende März 2025 bis Ende Juni 2025 freigeschaltet (vgl. Abbildung 6). Es kamen insgesamt 236 Vorschläge oder Hinweise auf der Ideenkarte zusammen. Außerdem wurden noch 1.500 Kommentare oder Bewertungen sowie weitere Anmerkungen mit Hilfe von Freitextangaben getätigt. Die Stichworte „Hitze" bzw. die Forderung nach „kühlen Orten und Begrünung" waren die häufigsten Begriffsnennungen.

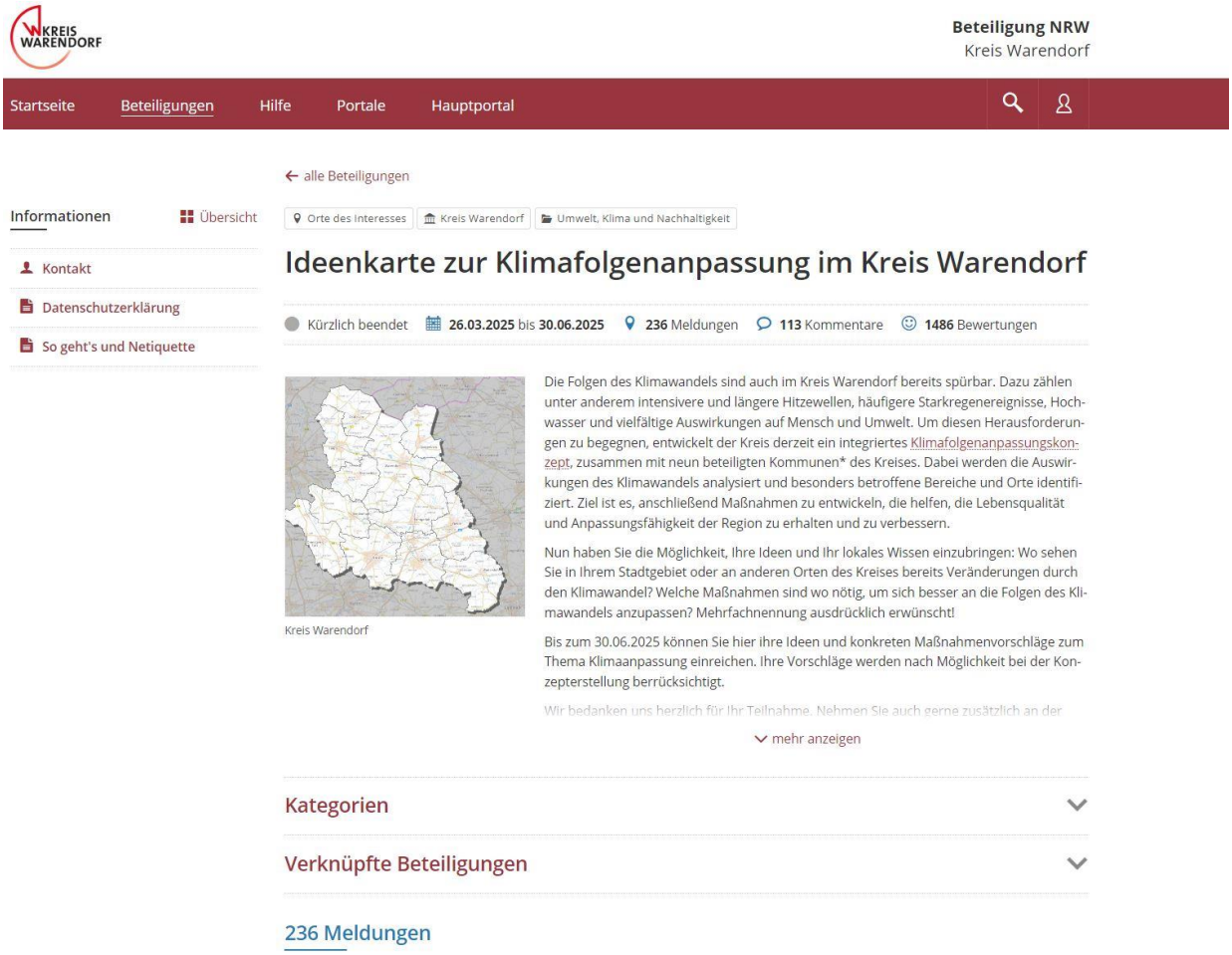


Abbildung 6 Screenshot Ideenkarte zur Klimafolgenanpassung (04.07.2025) auf beteiligung.nrw

Dies spiegelt die Umfrage, an der 201 Personen teilnahmen, wider[5]. Die Forderung nach mehr Verschattung wurde häufig erwähnt, gerade an hoch frequentierten Plätzen, wie Schulhöfen. Ein weiterer Vorschlag war eine „Übung für den Ernstfall", um die Bevölkerung auf mögliche Gefahrensituationen vorzubereiten und mehr Eigenvorsorge anzuregen. Bei der Entwicklung der Maßnahmen wurden die Ideen und Anmerkungen der Bürgerinnen und Bürger, wenn möglich, berücksichtigt. Die häufigsten Begriffsnennungen sind im Balkendiagramm in Abbildung 7 zusammengefasst. Die Abbildung zeigt deutlich: Den befragten Bürgerinnen und Bürgern sind Themen wie Hitze („heiß", „Schatten", „Kühlung" etc.), Starkregen/Hochwasser oder Grün sehr wichtig. Die Ergebnisse der Umfrage sind auf der Projekthomepage veröffentlicht.

[5] Statistik und Ergebnisse der Umfrage: https://www.kreis-warendorf.de/fileadmin/user_upload/Umfrage_Beteiligung_NRW_Klimafolgenanpassung.pdf

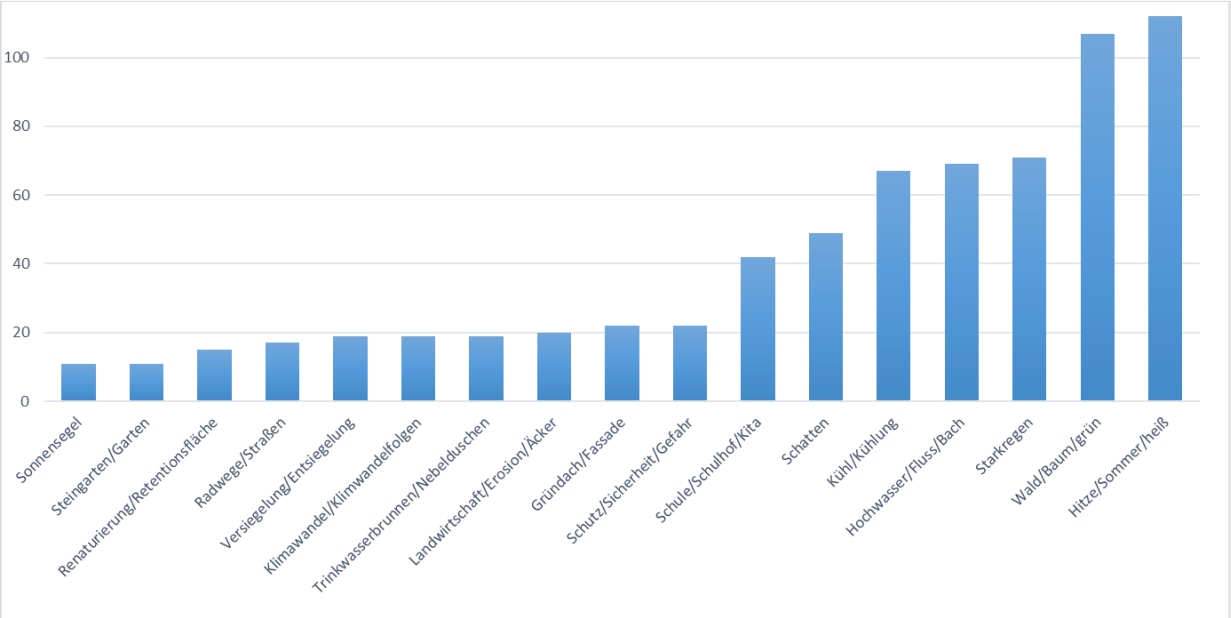


Abbildung 7 Häufigkeiten der Begriffsnennung (gruppiert) der Online-Ideenkarte und Umfrage (eigene Darstellung Kreis Warendorf)

Weitere öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen

Neben der Online-Veranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger gab es weitere öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen. Den Auftakt bildete der Hitzeaktionstag in der Kreisverwaltung am 05.06.2024. Dieser wurde zusammen mit dem Gesundheitsamt und dem Haupt- und Personalamt der Kreisverwaltung veranstaltet und durch interne sowie externe Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Eine weitere Veranstaltung war der Tag der Landwirtschaft in Telgte am 09.06.2024, bei dem das Klimaanpassungsteam mit einem interaktiven Stand vertreten war.

Am 10.04.2025 wurde das Thema Klimaanpassung in einem Ü-60-Seniorentreff in Drensteinfurt platziert. Im Rahmen eines Vortrags wurde der Unterschied zwischen Klimaschutz und Klimaanpassung verdeutlicht, sowie zur Hitzeprävention sensibilisiert und die Ideenkarte beworben.

Die größte öffentlichkeitswirksame Veranstaltung war das Bürgerinnen- und Bürgerfest zum 50-jährigen Kreis-Jubiläum am 18.05.2025. Dort wurden zusammen mit dem Klimaschutz-Team der Kreisverwaltung unterschiedliche Themen an einem gemeinsamen Stand präsentiert. Die beiden Klimaanpassungsmanager haben in Kooperation mit dem Gesundheitsamt über die möglichen gesundheitlichen Gefahren bei steigenden Temperaturen aufmerksam gemacht und „Hitzefächer" und „Hitzewarner" an Bürgerinnen und Bürger verteilt. Darüber hinaus wurde über die allgemeinen Folgen des Klimawandels informiert, sowie ein anschauliches Schwammstadtmodell präsentiert.

Abbildung 8 Bürgerinnen- und Bürgerfest zum 50-jährigen Kreisjubiläum am 18.05.2025 (interaktiver Stand Klimaschutz und Klimafolgenanpassung)

Der bundesweite Hitzeaktionstag 2025 wurde zum Anlass genommen, um am Folgetag, dem 05.06.2025 auf den Wochenmärkten in Telgte und Drensteinfurt mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen und auf das Konzept sowie zu Themen wie Hitze und Starkregen hinzuweisen.

3.1.2 Politische Gremien

Lenkungsgruppe Klimaschutz

Die Lenkungsgruppe Klimaschutz ist eine Initiative der Städte und Gemeinden, in der die Behördenleitungen und das Fachpersonal zu den Themen Klimaschutz und -anpassung mit dem Ziel zusammenfinden, konkrete Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Durch die Teilnahme der KAM war der regelmäßige Austausch über den aktuellen Sachstand der Konzepterstellung mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern gegeben. Da es sich um ein Gremium aller kreisangehörigen Kommunen handelt, wurden auch jene Kommunen informiert, die nicht an der Konzepterstellung beteiligt waren.

Berichterstattung Ausschüsse

Zusätzlich war eine Berichterstattung im entsprechenden Ausschuss auf Kreisebene obligatorisch (vgl. Tabelle 2). Dazu wurde regelmäßig im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung (UKMP) über den Sachstand der Konzepterstellung berichtet. Ebenfalls wurde auf Anfrage in kommunalen Ausschüssen berichtet.

3.2 Ebene der Kreisverwaltung

Auf Kreisverwaltungsebene fanden unterschiedliche Formate statt. Zu Projektbeginn und im Projektverlauf wurden der Verwaltungsvorstand, der Landrat und die Dezernentinnen und Dezernenten der Kreisverwaltung über die Konzepterstellung, das weitere Vorgehen und in Folge über den Umsetzungsstand informiert.

Im Sinne einer integrierten Betrachtung und Begleitung der Konzepterstellung wurde verwaltungsintern eine Expertinnen- und Expertenrunde aus verschiedensten betroffenen Ämtern gegründet und eine gemeinsame Auftaktveranstaltung durchgeführt. Zur Vervollständigung der Bestandsaufnahme, der Betroffenheitsanalyse und der Hotspotanalyse sowie in Folge zur Diskussion von Maßnahmen für die Kreisverwaltung sowie für kooperative Maßnahmen wurden Workshops durchgeführt. Diese verschiedenen Veranstaltungen werden in den nachfolgenden Kapiteln beschrieben.

Auftaktveranstaltung Kick-Off – 04.02.2025

Der erste Meilenstein war die Kick-Off Veranstaltung am 04.02.2025. Diese diente zum Kennenlernen und Ideenaustausch der einberufenen Expertinnen und Experten. Außerdem wurden durch einen Fachvortrag des Landesamts für Natur, Umwelt und Klima NRW (LANUK) erste wichtige Informationen über die Klimafolgen im Kreis Warendorf vermittelt.

Workshop zur Betroffenheits- und Hotspotanalyse – 06.05.2025

Am 6. Mai fand der Workshop unter Beteiligung der relevanten Fachämter der Kreisverwaltung sowie mit ausgewählten externen Akteurinnen und Akteuren, wie Vertreterinnen und Vertreter von Kreishandwerkerschaft Steinfurt-Warendorf, Landwirtschaftskammer NRW, Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband e.V., Regionalforstamt Münsterland, Wasserversorgung Beckum und BUND Kreisgruppe Warendorf im Kreishaus statt. Nach der Vorstellung der Ergebnisse der Bestands-, Betroffenheits- und Hotspotanalyse für den Kreis Warendorf identifizierten und diskutierten die Teilnehmenden Bedarfe und Herausforderungen (vgl. Abbildung 9) in den Themenfeldern „Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Boden", „Gesundheit und Bevölkerungsschutz", „Infrastruktur und Wasserwirtschaft" sowie „Planung, Strukturen, Bauen und Übergreifend". Für die Mehrzahl der Themenfelder wurden mangelnde Sensibilisierung und fehlendes Bewusstsein für die Notwendigkeit zur Klimaanpassung festgestellt. Ebenfalls deckten sich die von den teilnehmenden Expertinnen und Experten geäußerten identifizierten Kernprobleme mit den durch die Analysen des Dienstleisters identifizierten Betroffenheiten und Hotspots.

	Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Boden	Gesundheit und Bevölkerungs-schutz	Infrastruktur und Wasserwirtschaft	Planung, Strukturen, Bauen, Übergreifend
Identifizierte Kern-Probleme	Hitze und Dürre im Sommer und zu viel Wasser im Winter, Ernteeinbußen und höhere Kosten, Invasive Arten, Biodiversitätsverlust, Bodenerosion	Andauernde Hitzeperioden und der Schutz vulnerabler Gruppen, mangelnde bauliche Strukturen, Bevölkerungsschutz (Starkregen, Hochwasser, Hitze, Extremereignisse), übergreifendes und überregionales Agieren	Sicherstellung der Trinkwasserversorgung, Wassersteuerung bei Starkregenereignissen oder extremen Hoch- und Niedrigwassern, interkommunaler Austausch	Fehlendes Bewusstsein, mangelnde Sensibilisierung, Regeldurchsetzung (Schottergärten), Flächenkonflikte, Ressourcenkonflikte (Finanzen, Personal), Doppelstrukturen vermeiden
mögliche Bedarfe	Monitoring, Ausbau und Fortführung „Schwammland"-projekte (Drainagen), Arbeitsgruppen, Aufforstungsprojekte vorantreiben, Großgrundbesitzer gezielt adressieren (Wälder)	Präventionsarbeit, Krisenschutzkonzepte und Übungen, Aufklärung und Sensibilisierung, Monitoring (Vektoren), Arbeitsgruppen, konkrete Hitzeaktionspläne (Leitfaden)	Ausbau von Überwachungs- und Steuerungselementen, Ausbau Auen und Moore, Beratung und Fortbildung, „Schwammland"-projekte, Monitoring (Wasser)	Beratung, Fortbildung, Vernetzung, Arbeitsgruppen, Eigene Liegenschaften anpassen, Informationen bereitstellen (Karten), Personal, Vorbilder, Datenvollständigkeit

Stand 06.05.2025 – Betroffenheitsworkshop Kreisebene

Abbildung 9 Zusammenfassung des Betroffenheitsworkshops 06.05.2025, eigene Darstellung Kreis Warendorf

Maßnahmen-Workshop Kreisverwaltungsebene – 02.07.2025

Der Maßnahmen-Workshop auf der Kreisverwaltungsebene, an dem die aus der Kreisverwaltung berufenen Expertinnen und Experten teilnahmen, fand Anfang Juli statt. Nach einer kurzen Einführung mit Sachstandsbericht wurden der Arbeitsstand des Maßnahmenportfolios und der Handlungsfelder durch die Firma Gertec vorgestellt.

Grundlegend wurden alle Maßnahmen als relevant und nachvollziehbar kommentiert. Diskussionsbedarf bestand bezüglich der Finanzierung und der zeitlichen Kapazitäten. Dementsprechend wurden Überlegungen zu einer Anschlussförderung positiv bewertet.

3.3 Kommunale Ebene

Für die Kommunen wurde zur Durchführung der kommunenspezifischen Workshops (Betroffenheits- und Maßnahmenworkshop) auf Basis der Akteursanalyse und in Abstimmung mit den Kommunen jeweils eine lokale Expertenrunde einberufen. Dieses Vorgehen wurde im Vorfeld der Konzepterstellung mit den beteiligten Kommunen abgestimmt.

Mit den Kommunen fanden entsprechend insgesamt neun digitale Betroffenheitsworkshops statt. Dies ermöglichte einen individuellen Blick auf die Betroffenheit in den Kommunen und war zentrale Grundlage für die anschließende spezifische Maßnahmenentwicklung.

Der Maßnahmenworkshop fand in Präsenz in der Kreisverwaltung statt und wurde nach Kreis Nord und Süd aufgeteilt. Wesentliche Erkenntnisse der Workshops werden in den nachfolgenden Abschnitten erläutert.

Beckum, 15.05.2025

In Beckum gab es bereits Probleme mit Starkregenereignissen, was zu überfluteten Kellern (meistens zurückzuführen auf fehlende Rückschlagklappen) führte. Ein weiteres Problem ist die Hitze in Schulgebäuden und dem Rathaus. Die Stadt hat eine Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen, welche auch Maßnahmen zum Thema Klimafolgenanpassung beinhaltet. Die zu entwickelnden Maßnahmen könnten sich daran orientieren. Beckum wünscht sich, ebenso wie andere Kommunen, eine gemeinsame Kampagne für den Bevölkerungsschutz sowie zur Sensibilisierung.

3.3.1 Maßnahmenworkshop Kreis Nord und Süd - 03.07.2025

Der Maßnahmenworkshop für die Cluster Nord und Süd hatte zum Ziel, dass die Fachämter ihre Expertise zu den vorgeschlagenen Maßnahmen abgeben und diese diskutiert werden konnten. Ergänzende Maßnahmenkomponenten konnten eingebracht werden. Am Vormittag fanden sich die Kommunen des Nordkreises in der Kreisverwaltung ein und am Nachmittag die Kommunen des Südkreises. Der Vorteil bei der interkommunalen Zusammenkunft bestand darin, von gegenseitigem Wissen zu profitieren und Maßnahmen mit den Gemeindenachbarn direkt zu besprechen, bzw. Maßnahmen von interkommunalem Charakter zu benennen, um so Synergien zu erzeugen. Nach einer kurzen Einführung und dem Bericht zum Status quo des Konzeptes wurden Maßnahmenvorschläge und Handlungsfelder durch die Firma Gertec vorgestellt und durch die Anwesenden kommentiert und diskutiert. Im Anschluss gab es eine Arbeitsphase in kommunenspezifischen Kleingruppen. Diese diente dazu, dass die Kommunen ihre individuellen Fragen und Anmerkungen besprechen konnten.

Abbildung 10 Maßnahmenworkshop Kreisverwaltung Warendorf 03.07.2025, Quelle: eigenes Foto Kreis Warendorf

4 Bestands, Betroffenheits- und Hotspotanalysen

Im Rahmen der Bestandsanalysen werden der beobachtete und der erwartete Klimawandel betrachtet sowie diverse soziodemographische Parameter wie Siedlungs- und Bevölkerungsstruktur.

Die Betroffenheits- und Hotspotanalyse untersucht die räumliche Betroffenheit (vor allem in Bezug auf Hitze und Starkregen sowie Hochwasser) und erlaubt durch Verschneidung diverser Informationen die Identifikation besonders betroffener Bereiche, sogenannter Hotspots. Eine funktionale Betroffenheitsanalyse untersucht mit Hilfe einer SWOT-Analyse (Bewertung von Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken) die Anfälligkeit der Handlungsfelder auf Klimaveränderungen.

Die Analysen bilden eine wichtige konzeptionelle Grundlage und wurden daher spezifisch für jede Kommune und den Kreis erstellt. Auf Grund des Umfangs wurden die Ergebnisse in einem eigenen Band: Band II – Analysen zusammengestellt.

5 Gesamtstrategie

Die Gesamtstrategie stellt das übergeordnete Steuerungselement des vorliegenden Klimaanpassungskonzepts dar. Sie basiert auf den gewonnenen Erkenntnissen und stellt eine langfristige Strategie mit klaren Leitlinien und Visionen dar, die verankert wird. So kann eine ganzheitliche Anpassungsstrategie gewährleistet werden, die auf relevanten Handlungsfeldern sowie gesetzlichen Anforderungen (z. B. KlAnG) fußt und in Planungsprozesse integriert ist. Die Leitlinien definieren die Ausrichtung und den Zweck der Anpassungsmaßnahmen und helfen, relevante Maßnahmen, die letztendlich einen effektiven Beitrag zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Kreis Warendorf leisten, in bestehende Strukturen und Planungen des Kreises (z. B. Kreisentwicklungsprogramm, Ziele des KlimaTisch) und der Kommunen zu integrieren.

5.1 Das Zusammenwirken von Kreis und Kommunen

Die Gesamtstrategie gilt sowohl für den Kreis bzw. die Kreisverwaltung und ihren Einflussbereich als auch für die am Konzept teilnehmenden neun Kommunen Beckum, Beelen, Drensteinfurt, Everswinkel, Oelde, Ostbevern, Telgte, Sassenberg und Wadersloh. Die Kommunen Ahlen, Ennigerloh, Sendenhorst und Warendorf verfolgen ihre eigenen strategischen Ansätze zur Anpassung an den Klimawandel. Auf Grund der Zugehörigkeit zum Kreis und seinem Zuständigkeitsbereich ist eine Einbeziehung dieser Kommunen in die Klimaanpassungsarbeit des Kreises Warendorf sinnvoll.

Für die Erstellung und Umsetzung des Konzepts ist der Kreis ein zentraler Akteur. Er verfügt bereits über ein verstetigtes Klimaanpassungsmanagement und kann so ein Motor für eine kreisweit koordinierte Klimaanpassungsarbeit sein. Gleichzeitig verfolgt er eigene Klimaanpassungsmaßnahmen, die die kreisangehörigen Kommunen nicht direkt betreffen. Folgerichtig sind die Maßnahmen in diesem Konzept in Verantwortungsbereiche aufgeteilt: Kreismaßnahmen werden durch den Kreis allein verantwortet. Kooperative Maßnahmen finden sinnvollerweise in mehreren Kommunen statt und der Kreis nimmt eine steuernde und koordinierende Rolle ein und hilft so, Synergien freizusetzen. In ihrem eigenen Einflussbereich setzten die Kommunen die für sie herausgearbeiteten Anpassungsmaßnahmen um.

5.2 Gesamtstrategie als Verbindung relevanter Konzeptbausteine

Die Gesamtstrategie verknüpft und bündelt die Ergebnisse der vorangegangenen Kapitel innerhalb des Konzeptes in Form von Leitlinien und Zielen. Die Erkenntnisse aus der Bestandsanalyse, der Betroffenheitsanalyse, der räumlichen Hotspots und der Akteurinnen- und Akteursbeteiligung werden integriert und in strategischer Hinsicht bewertet. Auch vorhandene Konzepte auf Kreis- und Kommuneneben wurden berücksichtigt.

Im Rahmen der Bestandsanalyse (vgl. Band II – Analysen) wurden neben diesen vorhandenen Konzepten und Strategien auch die geographischen, demographischen, infrastrukturellen und ökologischen Gegebenheiten erfasst. Diese Erhebung liefert eine solide Ausgangslage, auf deren Basis sich räumliche Schwerpunkte der Klimawandelauswirkungen herausstellen.

Aufbauend darauf zeigen die Betroffenheitsanalysen (vgl. Band II – Analysen) welche die spezifischen Risiken und Verwundbarkeiten der Kommunen gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels untersuchen, sowohl räumliche als auch funktionale Betroffenheiten innerhalb der Städte und Gemeinden auf. Diese sind für die weitere Umsetzung des Konzepts von besonderer Bedeutung. Zudem identifizieren sie, wo erhöhter Handlungsbedarf besteht.

Hierbei wurden sowohl aktuelle als auch prognostizierte Klimafolgen wie Hitze, Starkregen, Dürre oder Hochwasser analysiert. Die räumliche Verortung der Hotspots ermöglicht den Kommunen eine fokussierte Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen, seien es solche zur Abmilderung von bzw. Anpassung an Hitze einerseits oder Starkregen und Überflutung andererseits.

Die Einbindung relevanter Akteurinnen und Akteure aus Stadtverwaltung, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist entscheidend für die Akzeptanz und Wirksamkeit des Klimaanpassungskonzepts. Durch partizipative Prozesse (z. B. durch Workshops, Interviews) wurden möglichst lokale Kenntnisse und Perspektiven in die Konzeptentwicklung integriert, um einen Satz an geeigneten Maßnahmen zu schaffen. Dieser gliedert sich in drei Bereiche auf und liefert spezifische Handlungsmöglichkeiten für die Kommunen, die Kommunen und den Kreis in Kooperation, sowie die Kreisverwaltung (vgl. Kapitel 6, Maßnahmenkatalog und Band III – Maßnahmen) und hilft, das Konzept im Sinne der Gesamtstrategie in die Umsetzung zu bringen.

Abschließend sichern das Controlling-Konzept, die Verstetigungsstrategie (vgl. Kapitel 7 und Kapitel 8) sowie das Kommunikationskonzept, die Öffentlichkeitsarbeit und die Stakeholderpartizipation (vgl. Kapitel 2 und Kapitel 3) im Zusammenspiel von Kreis und Kommunen eine langfristige Implementierung und kontinuierliche Weiterentwicklung der Klimaanpassungsstrategie. Sie definieren organisatorische Strukturen, Zuständigkeiten und Prozesse, um die Maßnahmen dauerhaft in den Verwaltungsalltag zu integrieren. Ein effektives Monitoring- und Evaluationssystem ermöglicht die regelmäßige Überprüfung der Fortschritte, die Anpassung von Maßnahmen an neue Erkenntnisse und die transparente Kommunikation der Ergebnisse an alle Beteiligten.

5.3 Ableitung von Handlungsfeldern und Handlungsschwerpunkten

Im Zuge der Analysen, der Akteurinnen- und Akteursbeteiligung und der Gesamtprozesssteuerung haben sich drei thematische und ein übergreifendes Handlungsfeld (vgl. Tabelle 3) herauskristallisiert.

Hierbei kann jedes Handlungsfeld weitere Themenfelder (z. B. Biodiversität und Landwirtschaft) umfassen, die sich nicht direkt aus dem Handlungsfeldnamen erschließen und Inhalte ineinander übergehen, was auf den interdisziplinären Charakter der Klimaanpassung sowie vielfältige Wechselwirkungen zurückzuführen ist. Die Handlungsfelder gelten sowohl für den Kreis und seine Maßnahmen als auch für die Kommunen. Einen Überblick über Themenfelder innerhalb der Handlungsfelder gibt Tabelle 3.

Handlungsfeldname	Kürzel	Beinhaltete Themen
Bauwesen	Bau	Stadtplanung, eigene Liegenschaften, Infrastruktur, Biodiversität
Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	WuW	Hochwasserschutz, Starkregenvorsorge, Biodiversität, Landwirtschaft und Forstwirtschaft, Infrastruktur
Bevölkerungsschutz und menschliche Gesundheit	BuMG	Menschliche Gesundheit, Hitzevorsorge, Katastrophenschutz
Übergreifend	Überg	Organisation, Austausch, Netzwerke

Tabelle 3 Handlungsfelder im Klimaanpassungskonzept für den Kreis Warendorf und neun Kommunen

Jedes Handlungsfeld kann weitere Themenfelder (z. B. Biodiversität und Landwirtschaft) umfassen, die sich nicht direkt aus dem Handlungsfeldnamen erschließen, jedoch inhaltlich ineinander übergehen, was auf den interdisziplinären Charakter der Klimaanpassung sowie vielfältige Wechselwirkungen zurückzuführen ist. Die Handlungsfelder gelten sowohl für den Kreis als auch für die Kommunen.

Die Handlungsfelder decken die Bedarfe ab, die sich einerseits informatorisch, andererseits strukturell ergeben. Wissensstand und Informationsbedarf der Bürgerinnen und Bürger sind sehr unterschiedlich. Um die (private) Klimaanpassung zu fördern, braucht es daher zielgruppengerechte Kampagnen, Mitmachaktionen und eine passende Kommunikation.

Im Einklang mit eher informatorischen Maßnahmen werden sichtbare, strukturelle Anpassungsmaßnahmen im öffentlichen Raum unternommen. Die strukturellen Anpassungsmaßnahmen haben zwei Teilziele: Hitzeanpassung und Steigerung der Resilienz gegenüber Starkregen und Überschwemmungen. Das Teilziel Hitzeanpassung wird beispielsweise durch Begrünungsmaßnahmen im Stadtgebiet adressiert. Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen werden oft auch durch zusätzliche Retentionsflächen realisiert, die die Resilienz gegenüber Starkregenereignissen erhöhen. Darüber hinaus haben Begrünungs- und Entsiegelungsmaßnahmen den Vorteil, dass sie von der Bevölkerung positiv wahrgenommen werden, im Stadtbild deutlich sichtbar und ihre Effekte spürbar sind. Maßnahmen an privaten Gebäuden oder in Gewerbegebieten sind sinnvoll, werden hier allerdings nicht betrachtet, da die Kommunen und der Kreis wenig direkten Einfluss auf die Umsetzung haben. Hier können Anreize wie Förderungen, Anpassungen von Richtlinien und die oben beschriebenen informatorischen Maßnahmen angewendet werden.

Priorisierung der Klimawandelauswirkungen und Flächenmanagement

Betroffenheit und Schäden durch Klimafolgen sind vielfältig und können in Ausprägungskombinationen von materiell/immateriell und direkt/indirekt auftreten. Leichter monetär erfassbare direkte und nachgelagert indirekte Schäden in Deutschland deuten darauf hin, dass Starkregenereignisse die höchsten Kosten verursachen. Jedoch ist insbesondere bei indirekten (z. B. sinkende Wirtschaftsleistung durch Lieferengpässe in Folge von Klimawandelauswirkung in Exportländern) oder immateriellen (Zufriedenheit, Lebensqualität) Klimawandelfolgen die Datenlage dünn und eine Quantifizierung schwer[6]. Eine genormte Priorisierung lässt sich daher nicht belegbar vornehmen.

Die Klimawandelwirkung „Zunahme von Hitze" kann erhebliche Auswirkungen haben, insbesondere in dem Szenario des RCP 8.5 Pfades (vgl. Band II – Analysen, Temperaturentwicklung). Hier sind hohe Folgekosten in Summe von menschlichen (Hitzetote, Zunahme von Krankheiten), wirtschaftlichen (sinkende Produktivität, Schäden in der Landwirtschaft (verendende Tiere, verminderte Ernten)) und ökologischen Schäden (Verkümmern von Pflanzen, verminderte Ökosystemleistungen) zu erwarten. Wobei zum jetzigen Zeitpunkt, in Folge der eher ländlichen Siedlungsstruktur, die Hitzebelastung in den Ortslagen im Kreisgebiet noch vergleichsweise moderat ausfällt.

Durch Starkregen und Überflutung sind vor allem Schäden an Infrastruktur und Gebäuden und weniger direkte menschliche Schäden zu erwarten. Die Betroffenheits- und Hotspotanalysen und Datenbanken des Landes[7] zeigen, dass nur ein Teil der Kommunen offiziell durch Flusshochwasser betroffen ist und Hotspots durch Überflutung räumlich begrenzt und in der Anzahl überschaubar sind. Dennoch zeigen die Erfahrungen der Kommunen auch an kleineren Fließgewässern wie beispielsweise dem Axtbach insbesondere in Kombination von Hochwasser und Starkregen Gefährdungssituationen, die aktuell noch unzureichend abgebildet sind. Lange anhaltende Überflutungen können die lokale landwirtschaftliche Produktion, als ein wichtiger Wirtschaftszweig im Kreis Warendorf ebenfalls stark einschränken.

[6] Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2023): Kosten durch Klimawandelfolgen in Deutschland. https://www.ioew.de/fileadmin/user_upload/BILDER_und_Downloaddateien/Publikationen/2023/BMWK-Merkblatt-Klimawandelfolgen_Zusammenfassung.pdf

[7] Hinweis: Die Daten zur Hochwassergefahrenkarte und Hochwasserrisikokarte für manche Flüsse (z. B. Bever, flussaufwärts ab Westbevern-Dorf) werden ab einem bestimmten Punkt nicht mehr durch das Land zur Verfügung gestellt. Dort liegen lediglich die Daten zu festgesetzten Überschwemmungsgebieten oder BKG Starkregenkarten vor.

Da Klimaanpassungsmaßnahmen interdisziplinär und umfassend gestaltet sind und selten nur genau eine Klimafolge adressieren oder auf eine Wirkung limitiert sind, sollten alle Klimawandelwirkungen weiterhin integriert betrachtet und Lösungen interdisziplinär vorangebracht werden. Ohne übergreifende Kommunikation und Aktivierung der Akteurinnen und Akteure bleiben notwendige Handlungsschritte aus. Entsiegelung und Begrünung dient beispielsweise gleichzeitig der Starkregenvorsorge (verbesserte Versickerung von Wasser) UND dem präventiven Gesundheitsschutz (Schatten, Verdunstungskühle) UND der Biodiversität (mehr Pflanzen, verbesserte Vernetzung von Ökosystemen). Drainagesysteme auf Ackerflächen dienen primär der Ableitung von überschüssigem Wassers und der Vermeidung von Staunässe. Eine verbesserte Wasserverfügbarkeit in Trockenzeiten kann durch regulierbare Systeme erreicht werden, die Wasser gezielt zurückhalten. Hier eine Balance zu halten, wird zukünftig eine wichtige Aufgabe bei der Klimaanpassung sein.

Die Betroffenheits- und Hotspotanalysen weisen je Kommune besonders betroffene Flächen aus, die hinsichtlich Anpassung an Hitze und Starkregen/Überflutung primär zum Schutz der menschlichen Gesundheit (bzw. vulnerabler Gruppen) adressiert werden sollten.

In den Maßnahmen werden jeweils Flächen zur Umsetzung adressiert, oft in Kombination mit entsprechenden Akteurinnen und Akteuren (private Gärten und Immobilienbesitzerinnen und -besitzer, Landwirtschaftsflächen und Landwirte, kommunale Flächen oder Straßen). Da keine Vorgaben für Privatbesitzerinnen und -besitzer gemacht werden können, müssen die Kommunen über ihre entsprechende Öffentlichkeits- und Kommunikationsarbeit entsprechende Akteurinnen und Akteure adressieren und so zur Umsetzung von Maßnahmen anregen. Kommunale Liegenschaften sollen zum Teil intensiver untersucht werden, um gezielt Maßnahmen mit Vorbildcharakter und/oder Maßnahmen im öffentlichen Raum (Wirkbereich der Kommunen) umzusetzen. Da der Kreis selbst kaum über größere Flächen verfügt, kann er als Partnerin und Partner für (Pilot-)Projekte einbezogen werden.

5.4 Leitlinien und Kernziele

Das Klimafolgenanpassungskonzept des Kreises Warendorf verfolgte das Ziel, eine abgestimmte und kommunenscharfe Strategie zur Klimaanpassung zu entwickeln und die Grundlage für eine nachhaltige Umsetzung in den beteiligten Städten und Gemeinden zu schaffen. Dazu wurden unter dem Motto „Vorausschauend handeln – sicher in die Zukunft. Klimaanpassungsstrategie des Kreis Warendorf" Leitlinien formuliert sowie Kernziele herausgearbeitet. Die Ziele des Konzepts und der einzelnen Maßnahmen stehen dabei im Einklang mit den UN-Nachhaltigkeitszielen.

5.4.1 Leitlinien

Die nachfolgenden Leitlinien führen zur Zielvision „Vorrausschauend handeln – sicher in die Zukunft. Klimaanpassungsstrategie des Kreis Warendorfs". Sie stellen ein Extrakt der Handlungsabsichten und -notwendigkeiten dar und geben eine gebündelte Darstellung wesentlicher Ziele des Konzepts.

<u>Gemeinsam stark</u>:

- Der Kreis Warendorf und seine Kommunen arbeiten gemeinsam an Lösungen für einen klimarobusten, resilienten und lebenswerten Kreis.
- Netzwerke und Partnerschaften stellen ein wichtiges Hilfsmittel dar.
- Synergien werden genutzt und organisatorische Doppelstrukturen werden vermieden.
- Klimaschutz und Klimaanpassung werden gemeinsam gedacht.

Kreis und Kommunen als Vorbilder:

- Die vorbildlich angepasste eigene Infrastruktur ermöglicht auch zukünftig sicheres Leben und Arbeiten.

Gesundheit und Bevölkerung schützen:

- Erhalt und Schutz der Gesundheit bei Hitze werden vorangetrieben, Gesundheitsrisiken werden präventiv gemindert. Die Bevölkerung, Ärzte sowie Pflegepersonal werden sensibilisiert.
- Der Katastrophenschutz wird z. B. gegenüber Starkregen und Hitze gestärkt.

Hilfe zur Selbsthilfe:

- Kreis und Kommunen unterstützen bei der privaten Eigenvorsorge durch Sensibilisierung und Information.

Klimaangepasste Siedlungsentwicklung:

- Sanierte Immobilien- und Neubauten sind auf künftige Starkregenereignisse und Hitzephasen vorbereitet.

Klimasicherer Verkehr:

- Bei der baulichen und organisatorischen Verkehrsplanung werden potenzielle Klimafolgen mitbedacht.

Klimasichere Wirtschaft:

- Kreis und Kommunen sichern einen attraktiven Wirtschaftsstandort und unterstützen ein auch zukünftig geschütztes Arbeiten und Wirtschaften.

Wasserschäden vermeiden:

- Gemeinsam werden Hochwasser- und Starkregengefahren im öffentlichen und privaten Raum gemindert.
- Kritische Infrastrukturen (z.B. Energieversorgung) wird vor Extremwetterereignissen gesichert.

Sichere Landwirtschaft:

- Landwirte werden bei Veränderungsprozessen unterstützt, um die Lebensmittelproduktion zu sichern und die Kulturlandschaft zu erhalten.

Schwammland Kreis Warendorf:

- Der Wasserrückhalt in der Fläche mindert Gefahren bei Starkregen und stärkt die Landwirtschaft bei Trockenheit.
- Maßnahmen zur gezielten Entwässerung schützen die Bewirtschaftbarkeit.

Schwammstädte und -gemeinden:

- Wasserrückhalt und Versickerung werden gestärkt, die Infrastruktur wird geschützt.
- Der Kreis Warendorf treibt die Wiedervernässung von Flächen und Gewässerauen voran.

Biodiversität in Stadt und Land stärken:

- Kreis und Kommunen stärken die Biodiversität.
- Ökosystemleistungen werden erhalten und ausgebaut und naturbasierte Lösungen priorisiert.

Klimaangepasster Waldumbau:

- Klimagepasste Bewirtschaftung des Waldes wird vorangetrieben.

Trinkwasserressourcen schützen:

- Austausch von Akteurinnen und Akteuren zur Sicherung von Ressourcen und Schaffung von Redundanzen.
- Gemeinsam wird für einen sensiblen und nachhaltigen Umgang mit Wasser geworben.

Anpassungsmaßnahmen wirtschaftlich tragfähig gestalten:

- Die Kosten-Nutzen-Relation wird geprüft und Synergien mit bestehenden Maßnahmen genutzt.

5.4.2 Kernziele des Anpassungskonzepts

Auf Basis der ermittelten Gefahren und den daraus entwickelten Leitlinien wurden Kernziele definiert, die sich im Maßnahmenprogramm widerspiegeln. Diese Kernziele lauten:

Reduzierung hitzebedingter Risiken und Stärkung der Hitzebewältigung

Ziel ist es, die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Risiken zunehmender Hitzeereignisse zu minimieren. Durch koordinierte Maßnahmen sollen insbesondere vulnerable Bevölkerungsgruppen geschützt werden. Ebenfalls sollen weitere Bereiche, beispielsweise die landwirtschaftliche Produktion, einbezogen werden. Dazu gehören:

- Förderung von Verschattung und Begrünung in Dörfern, auf Schul- und Kindergartengeländen, an Pflegeeinrichtungen und im öffentlichen Raum
- Aufklärung über gesundheitliche Folgen von Hitze und Informationsangebote für Bürgerinnen und Bürger
- Unterstützung von Landwirtinnen und Landwirten bei der Umstellung auf klimaangepasste Bewirtschaftungsweisen
- Maßnahmen zur Reduzierung von Hitzestress bei Nutztieren (z. B. Verschattung, Wasserversorgung, Stallklimatisierung)

Vorsorgeorientierte Minderung von Starkregen- und Hochwasserrisiken

Ziel ist es, die Anfälligkeit von Siedlungsgebieten, landwirtschaftlichen Nutzflächen und Infrastrukturen gegenüber Starkregen- und Hochwasserereignissen zu reduzieren. Dabei stehen präventive, risikobasierte Planungsansätze (z. B. Fließwegeanalyse) sowie die Kombination technischer und naturbasierter Maßnahmen im Fokus. Dazu gehören:

- Nutzung von Starkregengefahrenkarten bei künftigen Planungen in Siedlungs- und Landwirtschaftsbereichen
- Aufbau dezentraler großflächiger Schutzmaßnahmen (z. B. Rückhaltebecken und -flächen, bepflanzte Mulden)
- Förderung von Entsiegelung und kleinräumigen Versickerungsmaßnahmen
- Unterstützung der Landwirtschaft bei erosionsmindernden Bewirtschaftungsformen (z. B. Zwischenfrüchte, Feldhecken)
- Aufklärung der Bevölkerung über eigene Vorsorgemaßnahmen

Stärkung resilienter Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung

Klimaanpassung soll als Querschnittsthema in der räumlichen Planung sowie in der Entwicklung und Erhaltung von Infrastrukturen verankert werden. Der Kreis und die Kommunen streben eine robuste Gestaltung von Siedlungen, Verkehrs- und Versorgungsstrukturen an. Dazu gehören:

- Berücksichtigung von Klimafolgen bei der Stadt- und Bauleitplanung
- Reduzierung des Flächenverbrauchs und Schutz landwirtschaftlich wertvoller Böden
- Sicherung von Kaltluftschneisen in Ortslagen
- Klimaanpassung bei Kreis- und Gemeindestraßen (z. B. Entwässerung, Verschattung von Haltestellen)
- Förderung dezentraler Wasserrückhaltung nach dem „Schwammland-Prinzip" (Versickerung, Speicherung und Nutzung von Niederschlägen) unter Berücksichtigung der rechtlichen Anforderungen
- Stärkung und Vernetzung von Klein-Ökosystemen (z. B. Parkanlagen)
- Versorgungssicherheit (KRITIS schützen und ausfallsicher gestalten, dezentrale Energielösungen)

Sicherung von land- und forstwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen sowie Ökosystemen

Ziel ist es, natürliche Ökosysteme sowie landwirtschaftlich genutzte Flächen so weiterzuentwickeln, dass ihre Leistungsfähigkeit unter veränderten Klimabedingungen erhalten bleibt. Natur- und Agrarlandschaften sollen nachhaltig genutzt, Biodiversität, Bodenfruchtbarkeit, Wasserhaushalt und Ernährungssicherheit erhalten werden. Dazu gehören:

- Stärkung naturbasierter Lösungen wie Gewässerrenaturierung, Anlage von Kleingewässern, Agroforstsysteme
- Unterstützung einer nachhaltigen Wasserbewirtschaftung für Landwirtschaft und Trinkwasserversorgung
- Förderung standortangepasster Kulturen und Bewirtschaftungsweisen
- Förderung klimaangepasster Waldbewirtschaftung und Waldumbau
- Schutz und Vernetzung natürlicher Lebensräume (z. B. Feldhecken, Blühstreifen, Feuchtgebiete)
- Kooperation mit Land- und Forstwirtschaft zur gemeinsamen Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen

Stärkung von Anpassungskompetenz und Eigenvorsorge

Ziel ist es, die Selbsthilfefähigkeit und Eigenverantwortung der Bevölkerung, der Landwirtschaft sowie der regionalen Wirtschaft zu stärken. Durch Information, Beratung und gezielte Unterstützungsangebote soll ein hohes Maß an Risikobewusstsein geschaffen werden, das eigenständiges Handeln und vorsorgende Anpassungsmaßnahmen ermöglicht. Dazu gehören:

- Wissensvermittlung zu klimabedingten Risiken und Anpassungsmöglichkeiten
- Informationsangebote für Bürgerinnen und Bürger (z. B. zur privaten Regenwassernutzung, Hitzeschutz im Alltag)
- Förderung von Nachbarschaftshilfe und gemeinschaftlichen Initiativen im Katastrophenfall
- Beratung von Landwirtinnen und Landwirten zu klimaangepassten Anbau- und Bewirtschaftungsstrategien
- Einbindung regionaler Betriebe in Anpassungsmaßnahmen

Institutionalisierung von handlungsfeldübergreifender Zusammenarbeit und Wissenstransfer

Eine wirksame Klimaanpassung erfordert koordinierte Strukturen zwischen den relevanten Akteuren. Ziel ist der Aufbau und die Verstetigung kooperativer Arbeitsstrukturen, die den kontinuierlichen Austausch von Wissen, Daten und Erfahrungen sicherstellen. Synergien zwischen Kommunen, Fachakteuren und weiteren Institutionen sollen gezielt genutzt werden. Dazu gehören:

- Einrichtung einer Koordinierungsstelle Klimaanpassung beim Kreis
- Stärkung der Zusammenarbeit mit lokalen, regionalen und überregionalen Akteurinnen und Akteuren (z. B. Landwirtschaftskammer, Wasserverbände, Naturschutzorganisationen, Nachbarkreise/-kommunen, Multiplikatoren, Aktive)
- Aufbau von Pilotprojekten zur klimaangepassten Landwirtschaft und Siedlungsentwicklung
- Regelmäßige Berichterstattung zu Klimafolgen und zur Maßnahmenumsetzung
- Förderung des Erfahrungsaustauschs auf verschiedenen Ebenen
- Ausbau und Zusammenarbeit mit Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen

Weiterer Ausbau der Wiedervernässung und Gewässerauen

Die Wiedervernässung von Flächen und Schaffung von Gewässerauen leistet einen wichtigen Beitrag zur Klimaanpassung und zum Klimaschutz im Kreis Warendorf. Die Wiedervernässung dient dem Naturschutz sowie dem Erhalt und der Wiederherstellung von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere. Weiterhin leistet die Wiedervernässung von Feuchtgebieten und Mooren einen erheblichen Beitrag als Emissionssenke durch CO_2-Bindung zur Zielsetzung der Kompensation und kann durch erhöhte Grundwasserneubildungsraten zur Sicherung der Wasserversorgung beitragen.

Steigerung der Wiederaufforstung

Die Wiederaufforstung im Kreis Warendorf leistet einen wichtigen Beitrag zur Klimaanpassung sowie zum Klimaschutz. Die Wiederaufforstung dient dem Naturschutz sowie dem Erhalt und der Wiederherstellung von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere. Die Wiederaufforstung hat unter Klimaschutzgesichtspunkten das Ziel der CO_2-Kompensation und soll gleichzeitig die vielen anderen wichtigen Ökosystemleistungen des Waldes stärken.

5.4.3 Klimaanpassung und Nachhaltigkeit

Bei der Erstellung der Gesamtstrategie wurden die Ziele auch den Nachhaltigkeitszielen der UN (Sustainable Development Goals, SDGs) berücksichtigt. Hierbei handelt es sich um 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, die im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda 2030 von allen 193 Mitgliedern beschlossen wurden. Diese Ziele wurden auf Bundesebene in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie konkretisiert.

Abbildung 11 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung[8]

Im Kreis Warendorf werden mit den erarbeiteten Klimaanpassungsmaßnahmen vor allem die nachfolgend aufgelisteten Ziele adressiert (vgl. Tabelle 4). Platzierte Maßnahmen können auch weitere Ziele mit bedienen.

SGD 3 Gesundheit und Wohlergehen:

Mit den Maßnahmen wird darauf geachtet, dass die Hitzebelastung für die Menschen im Kreis Warendorf möglichst gering gehalten wird. Dies gilt insbesondere für die vulnerablen Gruppen wie Senioren, Schwangere, Arbeitende im Außenbereich und Kinder.

SDG 4 Hochwertige Bildung

Verständnis für Klimawandelzusammenhänge, Klimafolgenanpassung und Handlungsmöglichkeiten ist eine wichtige Grundlage, die bereits bei Kindergarten- und Schulkindern gelegt werden kann. Auch Klima-Bildung im Erwachsenenalter kann Handlungskompetenz und Anpassungsbereitschaft verbessern.

SGD 6 Sauberes Wasser und Sanitärversorgung

Der Schutz von sauberem Wasser ist sehr wichtig. Die Bevölkerung ist für die zunehmende Bedeutung der Ressource Trinkwasser und des sparsamen Umgangs zu sensibilisieren, um in den zunehmenden Trockenphasen Engpässe zu vermeiden.

SGD 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden

Der Kreis Warendorf sollte im Sinne der Nachhaltigkeit und der Vorbildfunktion seine Handlungsmöglichkeiten in den eigenen Liegenschaften (Schutz vor Starkregen, Hitze, Hagel) und dem öffentlichen Raum nutzen.

SGD 13 Maßnahmen zum Klimaschutz

Parallel zur Anpassung an den Klimawandel sollte der Klimaschutz im Kreis Warendorf vorangetrieben werden. Dabei sollte auf Synergien geachtet werden und Themen wie beispielsweise steigende Kühlungsbedarfe und Ausbau der erneuerbaren Energien oder Infrastruktur im öffentlichen Raum gemeinsam gedacht und entwickelt werden.

SGD 15 Leben an Land

In Kooperation mit Akteurinnen und Akteuren aus der Land- und Forstwirtschaft, dem Naturschutz, der Zivilgesellschaft soll der Kreis Warendorf Maßnahmen ergreifen, die helfen, terrestrische Ökosystem zu schützen, zu stärken oder zu erhalten (beispielsweise Monitoring von und Umgang mit invasiven Arten, angepasste Flächenbewirtschaftung, angepasstes Waldmanagement, Ökosystemvernetzung).

SDG 17 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

Kooperationen von Kreis und Kommunen, aber auch mit weiteren Stakeholdern sowie Akteurinnen und Akteuren stärken die Maßnahmenumsetzung (Reichweite und Tiefe) durch Nutzung von Synergien und Steigerung von Kompetenzen.

Tabelle 4 Ausgewählte UN-Nachhaltigkeitsziele

5.5 Synergien zwischen Klimaschutz, Gesundheit und Naturschutz

Innerhalb einer wirksamen kreisweiten und kommunalen Klimapolitik sollten Klimaschutz und Klimaanpassung nicht getrennt voneinander gedacht werden. Beide Bereiche sind eng miteinander verwoben und profitieren von einer gemeinsamen strategischen Ausrichtung. Während der Klimaschutz die Ursachen des Klimawandels adressiert („Mitigation"), indem er die Emission von Treibhausgasen mindert, zielt die Klimaanpassung auf die Verringerung der Verwundbarkeit gegenüber den nicht mehr vermeidbaren Klimafolgen („Adaption")

Die intelligente Verschränkung von Klimaschutz und -anpassung eröffnet nicht nur technische und planerische Synergieeffekte, sondern auch finanzielle und organisatorische: Durch eine integrierte Umsetzung können Ressourcen effizienter eingesetzt, Fördermittel gebündelt und langfristig wirksame Strukturen aufgebaut werden. Eine solche Herangehensweise erhöht die Effektivität der Maßnahmen, schafft robuste Schnittstellen zwischen Verwaltungseinheiten und vermeidet Zielkonflikte. Insbesondere in Planungs- und Entscheidungsprozessen ist es daher essenziell, beide Perspektiven systematisch mitzudenken.

Bei der Entwicklung und Umsetzung der Klimaanpassungsmaßnahmen wird Inklusion auf zwei Ebenen mitgedacht: Zum einen werden Bürgerinnen und Bürger informiert und beteiligt. Zum anderen werden Maßnahmen so konzipiert, dass – in klimatischer Hinsicht – stets der Fokus auf das zukünftige Wohlergehen vulnerabler Gruppen, wie älterer Menschen, Kranker oder Kinder gelegt wird. Hier sind Verbesserungen des Raums (Aufenthaltsqualität innen und außen), aber auch Vorsorgestrukturen (Hilfsangebote, Netzwerke relevanter Akteurinnen und Akteure, verbesserter Bevölkerungsschutz etc.) zu nennen.

Naturbasierte Maßnahmen stärken ökologische Funktionen, sorgen also für eine funktionsfähige Natur und eine intakte, gewohnte Umwelt, in der der menschliche Körper keinen übermäßigen Stress – vor allem durch Hitze – erfährt. Sie sind somit förderlich für die menschliche Gesundheit.

Naturnahe Maßnahmen wie die Anlage von Feuchtbiotopen, die Wiedervernässung größerer Flächen, Schaffung von Gewässerauen, die Begrünung innerstädtischer Räume oder eine klimaangepasste Wiederaufforstung tragen nicht nur zur Dämpfung klimatischer Extremereignisse wie Hitze oder Starkregen bei, sondern fungieren zugleich als effektive Kohlenstoffsenken. Solche Lösungen zeichnen sich durch ihre Multifunktionalität aus: Sie verbessern das Mikroklima, fördern die Wasserrückhaltung, erhöhen die Lebensqualität im öffentlichen Raum (z. B. Verminderung von Hitzestress, saubere Luft) und leisten gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz durch Bindung von CO_2. In dicht besiedelten Räumen haben grüne Infrastrukturen wie Parks, begrünte Dächer oder Fassaden zudem den Vorteil, sowohl Hitzeinseln zu entschärfen als auch Energieverbräuche durch Verschattung und Kühlung zu reduzieren – was sich wiederum positiv auf die Emissionsbilanz einer Kommune auswirkt.

Darüber hinaus spielt die Stärkung der Biodiversität vor Ort in den Kommunen eine wichtige Schlüsselrolle innerhalb des vorliegenden integrierten Klimaanpassungskonzepts. Die Erhaltung und Förderung biologischer Vielfalt ist nicht nur ein ökologisches Ziel, sondern zugleich ein wirksames Instrument zur Klimaresilienz. Intakte Ökosysteme wie Moore, Auen, Gewässer oder Wälder sind in der Lage, klimatische Schwankungen besser zu kompensieren und extreme Wetterereignisse abzufedern. Sie verfügen über eine hohe Anpassungskapazität, bieten Lebensräume für eine Vielzahl von Arten und sichern zugleich essenzielle Ökosystemleistungen, wie Bestäubung, Bodenerhalt, Wasserfiltration und klimatische Ausgleichsfunktionen. Biodiversitätsfördernde Maßnahmen wie die Schaffung von Biotopverbundsystemen als Grünvernetzung, die Anlage von Blühwiesen, der Erhalt alter Baumstrukturen oder die Umgestaltung versiegelter Flächen in naturnahe Areale tragen wesentlich dazu bei, die Resilienz der Kommunen im Kreis gegenüber klimatischen Belastungen zu verbessern. Gleichzeitig entstehen dadurch Lebensräume, die nicht nur Artenvielfalt sichern, sondern auch soziale Räume aufwerten und gesundheitliche Vorteile für die Bevölkerung bieten. Gerade in einer Zeit, in der viele Tier- und Pflanzenarten durch die klimabedingte Veränderung ihrer Lebensräume zusätzlich unter Druck geraten, leistet die Verknüpfung von Klimaanpassung und Naturschutz einen unverzichtbaren Beitrag.

Langfristig ermöglicht die Verbindung von Klimaanpassung, Klimaschutz und Biodiversitätsförderung eine ganzheitliche Transformationsstrategie, die auf eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft im Kreis Warendorf ausgerichtet ist. Alle Bürgerinnen und Bürger profitieren von gesünderen Lebensbedingungen, attraktiveren Freiräumen und einer höheren Aufenthaltsqualität, was die Akzeptanz und Mitwirkung in den folgenden Umsetzungsprozessen erhöht.

6 Maßnahmenkatalog

Der Maßnahmenkatalog für den Kreis und die neun beteiligten Kommunen umfasst drei Verantwortungsbereiche, die sich im Zuge der Konzepterstellung als sinnvoll ergeben haben: „Kreis", „Kreis und Kommunen" sowie „Kommunen". Der Verantwortungsbereich „Kreis" umfasst Maßnahmen, die der Kreis für das gesamte Kreisgebiet bzw. in seinem eigenen Hoheitsbereich (z. B. kreiseigene Liegenschaften, Kreismitarbeiterinnen und -mitarbeiter, zentrale Dienstleistungen) umsetzen kann. Im Verantwortungsbereich „Kreis und Kommunen" („kooperative Maßnahmen") sind Maßnahmen enthalten, die für mehrere, bis alle teilnehmenden Kommunen von Interesse sein können und in denen Synergieeffekte durch die Initiierung und Begleitung des Kreises gehoben werden können. Dies kann beispielsweise durch eine zentrale Koordination, einheitliche Medienarbeit oder eine gemeinsame und gesteuerte Evaluation geschehen. Im Verantwortungsbereich „Kommunen" befinden sich die Maßnahmen, die spezifisch für die jeweiligen Kommunen gelten. Alle Maßnahmen wurden aus den Analyse- und Rechercheergebnissen sowie dem Beteiligungsprozess entwickelt oder abgeleitet.

Die Erstellung des vorliegenden integrierten Klimaanpassungskonzepts dient einer systematischen, langfristig wirksamen sowie kreisweit und kommunal verankerten Klimavorsorge. Diese Bestrebungen und bereits zahlreiche bestehende Maßnahmen wurden zu Beginn des Projekts recherchiert, sowie mit Hilfe der einzelnen Partizipationsformate mit den beteiligten Kommunen ermittelt. Ein Teil davon findet sich jeweils in den funktionalen Betroffenheitsanalysen (vgl. Band II – Analysen), sowie den bestehenden Ansätzen und Konzepten (vgl. Kapitel 1.3.) wieder. Der in diesem Kapitel aufgeführte Maßnahmenkatalog ergänzt die bereits vorhandenen, jedoch noch am Anfang stehenden Klimaanpassungsbestrebungen der Akteurinnen und Akteure und unterstützt die vertiefende Umsetzung.

6.1 Maßnahmenübersicht

Insgesamt wurden 13 Kreismaßnahmen, 13 kooperativen Maßnahmen sowie 130 kommunenspezifischen Maßnahmen, verteilt über vier Handlungsfelder, erarbeitet. Die Anzahl innerhalb der Kommunen reicht von 7 bis 21 Maßnahmen. Der Maßnahmenkatalog der Gemeinde Ostbevern umfasst 7 Maßnahmen.

Die nächsten Tabellen geben eine Übersicht über die für die Kommune relevanten Maßnahmen. Eine detaillierte Ausführung der Maßnahmen findet sich in Band III.

HF	Kürzel	Nr.	Maßnahmentitel
Übergreifend	Überg_Koop	1	Schulungen und Fortbildungen für Kreis- und Kommunalbeschäftigte
	Überg_Koop	2	Fachaustausch Klimafolgenanpassung
	Überg_Koop	3	Sachstands und Tätigkeitsbericht für Kommunalpolitikerinnen und -politiker
Bauwesen	Bau_Koop	4	Kampagne „Klimafolgenanpassung rund ums Gebäude"
	Bau_Koop	5	Informations- und Beratungsangebote für Unternehmen zum Thema Klimaresilienz
Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	WuW_Koop	6	Austausch mit Nachbarkommunen zu Flusshochwasser
	WuW_Koop	7	Stärkung des ortsnahen Rückhalts und der Verwendung von Wasser – Modellprojekt

Bevölkerungs-schutz und menschliche Gesundheit	BuMG_Koop	8	Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Aktionen oder Veranstaltungen
	BuMG_Koop	9	Sensibilisierung – Aufklärung und Partizipation der Bevölkerung
	BuMG_Koop	10	Bildungsangebote zum Thema Klimafolgenanpassung und natürlichem Klimaschutz
	BuMG_Koop	11	Zusammenarbeit und Sensibilisierung zum Thema Klimafolgenanpassung von regionalen Sozial- und Gesundheitseinrichtungen
	BuMG_Koop	12	Gemeinsame Katastrophenschutz-Übungen und Erprobung von Stäben
	BuMG_Koop	13	Unterstützung des vorsorgenden Bevölkerungsschutzes mit Fokus auf Klimafolgen

Tabelle 5 Übersicht kooperative Maßnahmen (Kreis und Kommunen)

Kommune	HF	Kürzel	Nr.	Maßnahmentitel
Beckum	Übergreifend	Überg_Komm	1	Baumpflanzaktionen und Bürgerinnen- und Bürgerwaldprojekte
	Bauwesen	Bau_Komm	2	Anpassungsfahrplan: ganzheitliche Bestands-, Potenzial- und Risikoanalyse von kommunalen Gebäuden und Liegenschaften hinsichtlich der Klimafolgen
		Bau_Komm	3	Entsiegelungspotenziale ermitteln und systematisch ausschöpfen
	Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	WuW_Komm	4	Vorsorgende Starkregenstrategie (inkl. Starkregenanalyse und -untersuchung) erarbeiten
		WuW_Komm	5	Implementierung eines Grünflächenmanagements und Erstellung von klimaangepassten Grünflächenbewirtschaftungskonzepten
		WuW_Komm	6	Grün-blaue Infrastruktur im öffentlichen Raum stärken – Modellprojekt
		WuW_Komm	7	Stärkung des Schwammstadtprinzips und des dezentralen Rückhalts sowie der Nutzung von Regenwasser
		BuMG_Komm	19	Strukturen des kommunalen Katastrophenschutzes stärken
		BuMG_Komm	20	Trinkwasserverfügbarkeit erhöhen
		BuMG_Komm	21	Hitzeaktionsplan entwickeln und umsetzen
		Bau_Komm	6	Umsetzung der Maßnahmen aus dem Anpassungsfahrplan: Klimaangepasste Gestaltung von Schulgebäuden und Schulhöfen
		Bau_Komm	7	Stadtbaumbestand erhalten und klimaangepasst weiterentwickeln – unter Einbindung partizipativer Formate
	Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	WuW_Komm	8	Bestehende Starkregenstrategie weiter umsetzen und fortschreiben
		WuW_Komm	9	Klimaangepasstes Grünflächenbewirtschaftungskonzept
		WuW_Komm	10	Kooperation mit der örtlichen Landwirtschaft stärken
		WuW_Komm	11	Grün-blaue Infrastruktur im öffentlichen Raum stärken – Modellprojekt
		WuW_Komm	12	Stärkung des ortsnahen Rückhalts und der Verwendung von Wasser
	Bevölkerungs-schutz und	BuMG_Komm	13	Strukturen des kommunalen Katastrophenschutzes stärken

	menschliche Gesundheit	BuMG_Komm	14	Hitzeaktionsplan entwickeln und umsetzen & Trinkwasserverfügbarkeit erhöhen
		Bau_Komm	7	Klimaanpassung in der Bauleitplanung und Standards erarbeiten
		Bau_Komm	8	Entsiegelungspotenziale ermitteln und systematisch ausschöpfen
		Bau_Komm	9	Klimaangepasste kommunale Gebäude und Flächen
		Bau_Komm	10	Klimaangepasste Gestaltung von Schulgebäuden und Schulhöfen
	Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	WuW_Komm	11	Vorsorgende Starkregenstrategie (inkl. Starkregenanalyse und -untersuchung) erarbeiten
		WuW_Komm	12	Grün-blaue Infrastruktur im öffentlichen Raum stärken – Modellprojekt
		WuW_Komm	13	Stärkung des ortsnahen Rückhalts und der Verwendung von Wasser
	Bevölkerungsschutz und menschliche Gesundheit	BuMG_Komm	14	Unterstützung von lokalen Konzepten/Aktionsplänen des Katastrophenschutzes (Brand, Hochwasser, Starkregen, Hitze)
		BuMG_Komm	15	Strukturen des kommunalen Katastrophenschutzes stärken
		BuMG_Komm	16	Hitzeaktionsplan entwickeln und umsetzen

Tabelle 6 Übersicht Kommunenspezifische Maßnahmen

Die Umsetzung des Klimaanpassungskonzepts stellt eine umfangreiche Aufgabe für die Kommunalverwaltungen dar. Es liegen jedoch nicht alle Maßnahmen vollständig in der Hand der Verwaltungen. Es bedarf auch der Aktivierung und Eigeninitiative der Bürgerschaft, der Unternehmerschaft sowie sozialer Einrichtungen. Dieser ganzheitliche Ansatz bedeutet, dass die Kommunen und der Kreis nicht immer allein agieren, sondern auf die Unterstützung und Mitwirkung der verschiedenen Akteurinnen und Akteuren in den Kommunen und im gesamten Kreis angewiesen sind. Die Bürgerschaft kann durch individuelles Handeln und Engagement einen bedeutenden Beitrag zur Klimaanpassung leisten. Unternehmen sind aufgerufen, klimafreundliche Maßnahmen umzusetzen und zur Resilienz der Kommunen beizutragen. Ebenso spielen soziale Einrichtungen eine wichtige Rolle, indem sie beispielsweise in der Sensibilisierung und Bildung für Klimaanpassung und -schutz tätig sind. Es ist ein gemeinsamer Prozess, bei dem die Verwaltungen koordinierend und initiierend handeln, jedoch auf die Mitwirkung und Unterstützung der gesamten Gesellschaft angewiesen sind.

6.2 Erläuterung der Maßnahmensteckbriefe

Alle Maßnahmen wurden in Form von Steckbriefen beschrieben. Wie in Tabelle 6 und 7 dargestellt, sind die Maßnahmen nach thematischen Handlungsfeldern sortiert. Sie beinhalten neben der Erläuterung von Ausgangslage und Zielsetzung, einer Beschreibung der Maßnahme und Handlungsschritte auch Einschätzungen zu den adressierten und benötigten Akteurinnen und Akteuren sowie eine Bewertung und Begründung der Anpassungsleistung. Die Erfolgsindikatoren erleichtern das Monitoring und Controlling während der Umsetzung.

Die Einschätzung der zu erwartenden Kosten über den gesamten betrachteten Zeitraum innerhalb der Maßnahmensteckbriefe erfolgte zunächst durch die Einteilung in drei qualitative Klassen: gering (<10.000 €), mittel (10.000 €-100.000 €) und hoch (>100.000 €), die des zu erwartenden Personalaufwands in vier qualitative Klassen: gering (bis 10 AT/a), mittel (bis 30 AT/a), hoch (bis 75 AT/a) und sehr hoch (> 75 AT/a). Um dies verständlicher zu

gestalten, wurden den Klassen darüber hinaus Grenzwerte für die gesamten Kosten und den jährlichen Personalaufwand zugewiesen. Es ist jedoch zu beachten, dass diese Werte lediglich eine grobe Einordnung darstellen und die tatsächlichen Werte je nach Umsetzungsumfang der Maßnahmen und zukünftigen Preisentwicklungen variieren können. Sollten Fördermöglichkeiten bekannt sein, die die Finanzierung einer Maßnahme unterstützen können, werden diese ebenfalls im Steckbrief angegeben.

Die Bewertung der Klimaanpassungswirkung erfolgte gleichermaßen durch Einteilung in fünf Kategorien unter Berücksichtigung des geplanten Maßnahmenumfangs, der Art der Maßnahmen und der betroffenen Bevölkerung. Dabei wurde analysiert und bewertet, in welchem Ausmaß die betrachteten Anpassungsmaßnahmen wirksam werden und dadurch Klimarisiken reduzieren können.

Synergieeffekte zu anderen Maßnahmen oder Prozessen wurden aufgegriffen, um die Verknüpfung zu erleichtern und dem integrativen Gedanken des Konzepts Rechnung zu tragen.

Die Bewertung der Priorität erfolgte in drei qualitativen Stufen: gering, mittel, hoch und berücksichtigt einerseits die Wichtigkeit, z. B. durch ihre erwartete Wirkung für den Kreis bzw. die Kommune und andererseits die Umsetzbarkeit in Form von Personal- und Finanzmittelverfügbarkeit.

Nachfolgend ist exemplarisch ein Steckbrief eingefügt (vgl. Tabelle 5), in dem die einzelnen Felder knapp erläutert werden.

Nr. / Kürzel

Titel

Ausgangslage und Zielsetzung

Wo startet die Maßnahme, was ist ihr Hintergrund.

Was soll mit der Maßnahme erreicht werden.

Beschreibung

Beschreibung des Vorgehens bzw. der Maßnahmeninhalte

Handlungsschritte

1. chronologische Auflistung
2. von Handlungsschritten
3. ...

Durchführungszeitraum:

in Quartalen von ... bis

Priorität: 3 Stufen: gering, mittel, hoch

Zielgruppenbeschreibung

Wer wird durch die Maßnahme adressiert

Verantwortliche und Beteiligte

Federführung und weitere wichtige Akteurinnen und Akteure

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteuren

Weitere hilfreiche Akteurinnen und Akteure

Kostenschätzung
3 Stufen: gering, mittel, hoch

Personalschätzung
5 Stufen: gering, gering-mittel, mittel, mittel-hoch, hoch

Finanzierung
Fördermittel, falls vorhanden

Klimaanpassungswirkung
5 Stufen: gering, gering-mittel, mittel, mittel-hoch, hoch

Beitrag zu DAS Zielen
Nr. entsprechender Ziele

Anmerkung
Erläuterung der Wirkkette (qualitative)

Erfolgsindikatoren
Kennzahlen zur Überprüfung der erfolgreichen Umsetzung

Synergieeffekte
Zu Maßnahmen oder Prozessen

Tabelle 5 Blanko-Maßnahmensteckbrief mit Erläuterung der einzelnen Felder

Alle Maßnahmen werden in Band III – Maßnahmen detailliert abgebildet.

6.3 Umsetzungsfahrplan

Der Umsetzungsfahrplan ist ein tabellarischer Überblick aller Maßnahmen inklusive Kosten, Umsetzungszeitraum, Personalaufwände und Umsetzungsstand. Diese Tabelle wird im späteren Verlauf der Umsetzung für das Controlling genutzt (vgl. Kapitel 7.2.1). Daran kann gemessen werden, ob Zeitpläne, Finanzen und Durchführungen eingehalten wurden. Der Umsetzungsfahrplan umfasst zunächst einen Zeitraum von achteinhalb Jahren und beginnt mit Ablauf des Erstvorhabens. Der Zeithorizont wurde so gewählt, dass nach rund vier Jahren ein erstes größeres Monitoring stattfinden und nach acht Jahren eine Fortschreibung des Konzepts erfolgen kann. Dies hat den Vorteil, dass genügend Zeit vorhanden ist, dass sich das integrierte Klimaanpassungsmanagement als Querschnittsthema entfalten kann und auch Maßnahmen realisierbar sind. Exemplarisch ist hier der Umsetzungsfahrplan für die kooperativen Maßnahmen abgebildet (vgl. Tabelle 6). Alle, auch die kommunenspezifischen Umsetzungsfahrpläne, werden gesondert im Band III – Maßnahmen dargestellt.

				2026		2027				2028				2029				2030				2031				2032				2033				2034					
Nr.	Kürzel	Handlungsfeld	Titel der Maßnahme	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	geschätzer Personaleinsatz	Kostenschätzung
1	Überg_Koop	Übergreifend	Schulungen und Fortbildungen für Kreis- und Kommunalbeschäftigte																																			Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
2	Überg_Koop	Übergreifend	Fachaustausch Klimafolgenanpassung																																			Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
3	Überg_Koop	Übergreifend	Sachstands und Tätigkeitsbericht Klimaanpassung/Klimaschutz für Kommunalpolitiker																																			Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
4	Bau_Koop	Bauwesen	Kampagne "Klimafolgenanpassung rund ums Gebäude"																																			Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
5	Bau_Koop	Bauwesen	Informations- und Beratungsangebote für Unternehmen																																			Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
6	WuW_Koop	Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	Austausch mit Nachbarkommunen zu Flusshochwasser																																			Gering (bis 10 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
7	WuW_Koop	Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	Stärkung des ortsnahen Rückhalts und der Verwendung von Wasser - Modellprojekt																										x									Hoch (bis 75 AT/a)	Hoch (> 100.000 €)
8	BuMG_Koop	Bevölkerungsschutz und Menschliche Gesundheit	Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Aktionen oder Veranstaltungen																																			Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
9	BuMG_Koop	Bevölkerungsschutz und Menschliche Gesundheit	Sensibilisierung zur Eigenvorsorge - Aufklärung und Partizipation der Bevölkerung																																			Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
10	BuMG_Koop	Bevölkerungsschutz und Menschliche Gesundheit	Bildungsangebote zum Thema Klimafolgenanpassung und natürlichem Klimaschutz																																			Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
11	BuMG_Koop	Bevölkerungsschutz und Menschliche Gesundheit	Zusammenarbeit und Sensibilisierung zum Thema Klimafolgenanpassung von regionalen Sozial- und Gesundheitseinrichtungen																																			Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
12	BuMG_Koop	Bevölkerungsschutz und Menschliche Gesundheit	Gemeinsame Katastrophenschutz-Übungen und Erprobung von Stäben									Ü				Ü				Ü				Ü				Ü				Ü				Ü		Hoch (bis 75 AT/a)	Mittel (10.000 € - 100.000 €)
13	BuMG_Koop	Bevölkerungsschutz und Menschliche Gesundheit	Unterstützung des vorsorgenden Bevölkerungsschutzes mit Fokus auf Klimafolgen																																			Gering (bis 10 AT/a)	Gering (< 10.000 €)

F	Fortschreibung/Aktualisierung
C	Controllingbericht (jährlich)
M	Monitoringbericht
Ü	Übung
x	abgeschlossene Maßnahme/Vorhaben

Tabelle 6 Umsetzungsfahrplan für die kooperativen Maßnahmen

7 Controlling- und Monitoringkonzept

Das Controllingkonzept spielt eine wesentliche Rolle in der Umsetzung und Evaluierung der geplanten Klimaanpassungsmaßnahmen. Eine effektive Erfassung und Auswertung der Anpassungsmaßnahmen ist unerlässlich, um deren Fortschritt nachzuhalten, bei Bedarf Anpassungen vorzunehmen und so den Erfolg des Konzeptes sicherzustellen. Begleitend dazu wird auch ein fortlaufendes Monitoring des Klimawandels stattfinden und geprüft werden, ob die entsprechenden Anpassungsmaßnahmen den aktuellen klimatischen Herausforderungen gerecht werden (vgl. Band II – Analysen). Das Controlling erfolgt sowohl top-down (output) als auch bottom-up (outcome) und entspricht somit auch den Vorgaben des Förderschwerpunkt A.1 der deutschen Anpassungsstrategie.[8]

Hierzu werden die entwickelten Maßnahmen in den Verantwortungsbereichen „Kreis", „Kreis und Kommunen" (kooperative Maßnahmen) sowie „Kommunen" in den vier Handlungsfeldern „Übergeordnet", „Bauwesen", „Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft" sowie „Bevölkerungsschutz und menschliche Gesundheit" betrachtet.

7.1 Erfassung und Auswertung der Anpassungsmaßnahmen (Controlling top-down)

Die Erfassung und Auswertung der Anpassungsmaßnahmen erfolgt auf einer übergeordneten Ebene, um sicherzustellen, dass die definierten Ziele des Klimaanpassungskonzeptes erreicht werden.

Für jede Maßnahme wurden relevante Parameter wie Erfolgsindikator, Durchführungszeitraum, Priorität, Zielgruppe, Verantwortliche und Beteiligte, Kosten- und Personalschätzung, Finanzierungsmöglichkeiten und Klimaanpassungswirkung definiert. Diese Parameter dienen als Grundlage für die Festlegung von Zielen zur Umsetzung sowie für die Überwachung des Fortschritts.

Für das top-down-Controlling ist eine regelmäßige Überprüfung und Aktualisierung dieser Daten von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass die Maßnahmen in Einklang mit der Gesamtstrategie und den aktuellen Entwicklungen umgesetzt werden. Dies soll durch die kontinuierliche Überprüfung sowie einer fortlaufenden Berichterstattung in den politischen Gremien, der kreiseigenen Arbeitsgruppe, dem interkommunalen Austausch der kommunalen Klimaanpassungsbeauftragten (KAB) sowie den kommunenspezifischen Formaten gewährleistet werden. Die Durchführung des Controllings sowie die Berichterstattung werden beim Kreis federführend durch das Klimaanpassungsmanagement umgesetzt. In den Kommunen sind primär die KAB dafür verantwortlich, sofern die Kommunen dies nicht anders bestimmen.

Das nachfolgende Kapitel 7.1.1. zeigt für die Stadt Beckum das Controlling der Maßnahmen geordnet nach den definierten Handlungsfeldern. Anhand der aufgeführten Erfolgsindikatoren soll die Zielerreichung der einzelnen Maßnahmen gemessen, geprüft und evaluiert werden (top-down-Ansatz, Spalten „Ziel" und „Erfolgsindikator". Sie lassen Aussagen darüber zu, inwieweit die jeweiligen Maßnahmen erfolgreich umgesetzt werden.

7.1.1 Controlling top-down Stadt Beckum

	Maßnahmentitel	Ziel	Erfolgsindikator
Übergreifend	Baumpflanzaktionen und Bürgerinnen- und Bürgerwaldprojekte	Eigentümerinnen und -eigentümer von Privatgrundstücken, landwirtschaftliche Betriebe und	Anzahl der gepflanzten Bäume/angelegten Bürgerinnen- und Bürgerwaldflächen;

[8] https://www.z-u-g.org/fileadmin/zug/Dateien/Foerderprorgamme/DAS_Anpassung_an_den_Klimawande/211119_DAS_Merkblatt_fuer_Foerderschwerpunkt_A.1.pdf

		Gemeinschaftsstrukturen werden dabei unterstützt kleinräumige Pflanzaktionen und weitere Projekte durchzuführen, um zur flächendeckenden Klimaresilienz beizutragen.	Höhe der eingeworbenen Spenden; Zahl der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen
Bau	Anpassungsfahrplan: ganzheitliche Bestands-, Potenzial- und Risikoanalyse von kommunalen Gebäuden und Liegenschaften hinsichtlich der Klimafolgen	Auf Grundlage des zu erstellenden Anpassungsfahrplans werden Klimaanpassungsmaßnahmen systematisch und priorisiert umgesetzt.	Erstellung des Anpassungsfahrplans mit Prioritätenliste; Anzahl identifizierter Maßnahmen
	Entsiegelungspotenziale ermitteln und systematisch ausschöpfen	Nach Identifizierung der Entsiegelungspotenziale werden diese verschieden priorisiert umgesetzt, wodurch negative Auswirkungen des Klimawandels minimiert werden.	Anzahl und Fläche der identifizierten und entsiegelten Areale (m²); Anzahl ökologisch aufgewerteter Flächen im Stadt-/Gemeindegebiet
WuW	Vorsorgende Starkregenstrategie (inkl. Starkregenanalyse und -untersuchung) erarbeiten	Es wurden aus bestehenden Erkenntnissen konkrete Handlungsoptionen abgeleitet und in einer kommunalen Starkregenstrategie gebündelt. Die Bevölkerung wird hierbei umfassend eingebunden.	Vorliegen einer kommunalen Starkregenstrategie inklusive Gefahrenkarten; Anzahl identifizierter und priorisierter Risikogebiete; Zahl umgesetzter Maßnahmen aus der Prioritätenliste; Informations- und Beteiligungsangebote für Bürgerinnen und Bürger (z. B. Veranstaltungen, Broschüren, Online-Tools)
	Implementierung eines Grünflächenmanagements und Erstellung von klimaangepassten Grünflächenbewirtschaftungskonzepten	Es wurde ein Grünflächenmanagement als Steuerungsinstrument implementiert und ein klimaangepasstes Grünflächenbewirtschaftungskonzept entwickelt. Dies umfasst die Erfassung, Bewertung und Optimierung sämtlicher öffentlicher Grün- und Freiflächen, wobei Themen wie das Mikroklima, die Biodiversität und die Ressourceneffizienz gefördert werden.	Erstelltes klimaangepasstes Grünflächenbewirtschaftungskonzept; Anzahl der digital erfassten und bewerteten Flächen; Umgesetzte Maßnahmen (Blühstreifen, Hecken, Baumkataster, Regenwassernutzung)
	Grün-blaue Infrastruktur im öffentlichen Raum stärken – Modellprojekt	Ein grün-blaues Modellprojekts zur Verbesserung der problematischen Klimatope, Stärkung bestehender natürlicher Funktionen und Nutzung der Werse als klimaaktiven Grünzug wird umgesetzt. Das Leuchtturmprojekt wird anschließend für weitere städtische Bereiche genutzt.	Anzahl realisierter grün-blauer Infrastrukturprojekte mit Vorbildcharakter; Höhe der eingeworbenen Fördermittel
	Stärkung des Schwammstadtprinzips und des dezentralen Rückhalts sowie der Nutzung von Regenwasser	Ziel der Maßnahme ist es, Niederschlagswasser vor Ort aufzunehmen, zu speichern, zu verdunsten oder erneut zu nutzen und dadurch den kommunalen	Abgeschlossene Analysen; Anzahl Zisternen/Grauwassernutzungsanlagen; Entwicklung des Wasserverbrauchs

		Starkregenschutz, die Bewässerung von Grünflächen und die ökologische Funktionsfähigkeit des Stadtgebietes zu stärken.	

7.2 Wirksamkeit der Maßnahmen (Controlling bottom-up)

Die Wirksamkeit der Maßnahmen wird auf der Ebene der konkreten Umsetzung überprüft. Hierbei werden die tatsächlichen Ergebnisse und Auswirkungen der Maßnahmen bewertet, um festzustellen, ob die gesetzten Ziele erreicht wurden und ob Anpassungen erforderlich sind.

Der bottom-up-Ansatz zur Wirksamkeit der Maßnahmen beinhaltet die kontinuierliche Überwachung von Indikatoren wie Temperaturanstieg, Häufigkeit von Extremwetterereignissen, Schutz der Bevölkerung vor Starkregen und Überschwemmungen sowie die Erhaltung von Stadtgrün und landwirtschaftlichen Flächen. Grafiken oder Tabellen helfen dabei, die Entwicklung der Indikatoren über die Zeit darzustellen und Trends zu identifizieren. Durch die Analyse dieser Daten können Schwachstellen im Konzept identifiziert und die entwickelten Maßnahmen fortlaufend angepasst werden Somit stellt der Ansatz ein effektives Monitoring dar.

Die Tabelle im nachfolgenden Kapitel 7.2.1. zeigt für die Maßnahmen die Stadt Beckum das Controlling bottom up geordnet nach den definierten Handlungsfeldern und einer Erläuterung zur Erfolgsüberprüfung.

7.2.1 Controlling bottom-up Stadt Beckum

	Maßnahmentitel	Klimaanpassungswirkung	Erfolgsüberprüfung
Übergreifend	Baumpflanzaktionen und Bürgerinnen- und Bürgerwaldprojekte	Mittel	Direkte Wirkung durch die Verbesserung der lokalen Kühlwirkung und Luftqualität; Beitrag zur Anpassungsfähigkeit gegenüber Hitze und Trockenheit.
Bau	Anpassungsfahrplan: ganzheitliche Bestands-, Potenzial- und Risikoanalyse von kommunalen Gebäuden und Liegenschaften hinsichtlich der Klimafolgen	Gering-mittel	Indirekte Auswirkungen durch die Berücksichtigung von Klimarisiken in kommunalen Investitions- und Sanierungsentscheidungen.
	Entsiegelungspotenziale ermitteln und systematisch ausschöpfen	Mittel-hoch	Direkte Wirkung durch die langfristige Reduktion von Überflutungs- und Hitzerisiken sowie Verbesserten Versickerung und Grundwasserneubildung.
WuW	Vorsorgende Starkregenstrategie (inkl. Starkregenanalyse und -untersuchung) erarbeiten	Mittel	Direkte Wirkung durch erhöhte Vorsorge- und Reaktionsfähigkeit und Vorbereitung konkreter Maßnahmen.
	Implementierung eines Grünflächenmanagements und Erstellung von klimaangepassten Grünflächenbewirtschaftungskonzepten	Mittel	Direkte Wirkung durch erhöhte Widerstandsfähigkeit von Grünflächen gegenüber Hitze und Trockenheit; Stabilisierung von Ökosystemleistungen (Kühlung, Wasserrückhalt, Biodiversität); Nachhaltige Sicherung der Nutzbarkeit öffentlicher Grünflächen (6-7 Jahre)

	Grün-blaue Infrastruktur im öffentlichen Raum stärken – Modellprojekt	Hoch	Direkte Wirkung durch erhöhte Vorsorge- und Reaktionsfähigkeit und erhöhte Widerstandsfähigkeit der urbanen Klimafunktionalität gegenüber Hitze und Trockenheit;
	Stärkung des Schwammstadtprinzips und des dezentralen Rückhalts sowie der Nutzung von Regenwasser	Hoch	Direkte Wirkung durch erhöhte Vorsorge- und Reaktionsfähigkeit und erhöhte Widerstandsfähigkeit der urbanen Klimafunktionalität gegenüber Hitze und Trockenheit;

7.3 Umsetzungsfahrplan inklusive Personalbedarf und Kosten

Der Umsetzungsfahrplan ist ein tabellarischer Überblick aller Maßnahmen inklusive Umsetzungszeitraum, Kosten und Personalaufwänden. Für die verschiedenen Verantwortungsbereiche und spezifisch für die Kommunen wurde jeweils ein Umsetzungsfahrplan erarbeitet und in Band III – Maßnahmen abgebildet. Daran kann gemessen werden, ob Zeitpläne, Finanzen und Durchführungen eingehalten wurden. Aufgrund des langfristigen Umsetzungszeitraums verbleiben hierbei entsprechende Planungsunsicherheiten und gleichzeitig auch Chancen, auf die es je nach tatsächlicher Entwicklung im Rahmen der Gesamtsteuerung jeweils zu reagieren gilt.

Der Umsetzungsfahrplan umfasst zunächst einen Zeitraum von 8,5 Jahren und ist in Jahresquartale unterteilt, beginnend ab Q3 2026 mit der Fertigstellung des Konzepts bzw. Abschluss des Erstvorhabens. Der dargestellte Zeitraum endet mit Q4 2034. So können acht volle Jahre abgebildet werden. Außerdem beachtet dieser Plan auch zwei Aktualisierungszyklen der übergeordneten Anpassungsstrategie des Landes, welche alle fünf Jahre fortgeschrieben wird (2029/2034). Bei der Erstellung des Umsetzungsfahrplans wurde auf eine realistische Zeitplanung geachtet, um Flexibilität zu ermöglichen und auf unvorhergesehene Ereignisse reagieren zu können.

Die Bewertung des Personalbedarfs und der Kosten für die Umsetzung der Maßnahmen ist ein wesentlicher Bestandteil des Controlling-Konzeptes. Jede der Maßnahmen erfordert den Einsatz von Ressourcen zur Umsetzung und Betreuung der Klimaanpassungsmaßnahmen. Eine möglichst präzise Schätzung des benötigten Personaleinsatzes und der finanziellen Mittel ist daher unerlässlich.

Durch die überblickhafte Darstellung der geplanten Kosten- und Personalkapazitäten für jede Maßnahme wird somit eine Gesamtschau über die erforderlichen Ressourcen für die Umsetzung des Klimaanpassungskonzeptes gegeben. Im Rahmen des Controllings können dabei auch mögliche Einsparpotenziale durch Synergien zwischen verschiedenen Maßnahmen berücksichtigt werden.

Für die laufende Steuerung der Maßnahmenumsetzung sollten neben der Ressourcenverfügbarkeit (Personal und Kosten) auch noch weitere Kriterien berücksichtigt werden. Hierzu zählen die „Grundlegenden Kriterien zur nachhaltigen Klimawandelanpassung" aus dem „Handbuch zur guten Praxis der Anpassung an den Klimawandel" des Umweltbundesamts[9] – d. h. die Wirksamkeit, die Robustheit, die Nachhaltigkeit, die finanzielle Tragbarkeit, die Flexibilität sowie die positiven Nebeneffekte einer Maßnahme. Hinzu kommen außerdem die Verfügbarkeit von Fördermitteln, der mögliche Einsatz unterstützender Akteurinnen und Akteuren, die klimatischen Entwicklungen, der technische Fortschritt, die Erzielung themen- oder maßnahmenübergreifender Synergieeffekte, die in den Maßnahmensteckbriefen ermittelte Priorität und auch die weitere Beteiligung von Klimaanpassungsakteurinnen und -akteuren aus Politik, Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft.

[9] https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/handbuch-zur-guten-praxis-der-anpassung-an-den (Seite 14)

7.4 Zuständigkeit, Dokumentation und Berichterstattung

Das Controlling-Konzept für die Verantwortungsbereiche „Kreis" sowie „Kreis und Kommunen" wird federführend durch das Klimaanpassungsmanagement beim Kreis koordiniert und durchgeführt. Dabei muss eine Zusammenarbeit mit den KAB in den Kommunen für die Umsetzung der kooperativen Maßnahmen erfolgen.

Für die Erfolgsmessung müssen zu Beginn einer umzusetzenden Maßnahme geeignete Indikatoren festgelegt werden, welche für die dazugehörigen Folgeprozesse benötigt werden. Das KAM spricht sich hierzu mit den jeweiligen Verantwortlichen der Einzelmaßnahmen ab und bringt geeignete Vorschläge ein. Hierzu greift es insbesondere auf die in den jeweiligen Maßnahmensteckbriefen vorgeschlagenen Erfolgsindikatoren zurück und ergänzt diese bei Bedarf. Die Indikatoren sollten vorzugsweise quantitativ sein, um den Umsetzungsstand oder die Wirksamkeit der Maßnahmen zuverlässig bewerten zu können. Gleichzeitig sollten sie leicht zu erheben, verständlich und akzeptiert sein.

Für die Datenerhebung und Dokumentation der Indikatoren sind die Verantwortlichen der jeweiligen Einzelmaßnahmen selbst zuständig. Zur Sicherstellung der Einheitlichkeit und Übersichtlichkeit sollte das KAM standardisierte Datenblätter als Excel-Tabelle zur Verfügung stellen. Die Datenerhebung und Dokumentation beginnt mit der Maßnahmenumsetzung und erfolgt je nach Maßnahme entweder jährlich oder entsprechend des Umsetzungsfortschritts. Die Bündelung und Auswertung der erfassten Daten und Informationen sowie die hiermit verbundene Koordination übernimmt das KAM. Ebenso überprüft es durch gezielte Befragungen den aktuellen Umsetzungsstand von Maßnahmen und überwacht so auch den Gesamtumsetzungsstand.

Innerhalb der Kommunen sind die KAB oder entsprechendes ausführendes Personal für das Controlling der kommunenspezifischen Maßnahmen verantwortlich. Der Wissenstransfer des beschriebenen Vorgehens in die Kommunen erfolgt zum einen praktisch über die gemeinschaftlich umzusetzenden kooperativen Maßnahmen, zum anderen theoretisch über die regelmäßig stattfindenden interkommunalen Austauschtreffen der KAB der Kommunen und des KAM des Kreises. So profitieren die Kommunen auch von den geschaffenen Rahmenbedingungen und geregelten Vorgehensweisen.

Je nach zukünftiger Förder-Konstellation (vgl. Kapitel 8.3) kann das KAM des Kreises die Fortschritte der kommunenspezifischen Maßnahmen bei entsprechender Meldung durch die KAB in das Gesamtcontrolling integrieren und so einen vollständigen Überblick über die kreisweiten Klimaanpassungsaktivitäten geben.

Die Überprüfung des Umsetzungsstandes des integrierten Klimaanpassungskonzeptes soll in einem Turnus von einem Jahr durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang sollte eine strategische Abstimmung mit der verwaltungseigenen Gruppe und dem Verwaltungsvorstand erfolgen, um den Nachsteuerbedarf bezüglich Personals und Finanzmitteln zu besprechen. Zusätzlich soll projektbezogen und nach Bedarf eine Berichterstattung in den entsprechenden Verwaltungsvorständen erfolgen.

In Kombination mit den weiteren Erkenntnissen und Hinweisen aus den kommunalen und der kreisweiten Arbeitsgruppe dienen die im Controlling-Prozess gewonnenen Informationen als Grundlage für die fortlaufende, mindestens jährliche Berichterstattung an die politischen Gremien (vgl. Kooperative Maßnahme „Sachstands- und Tätigkeitsbericht für Kommunalpolitikerinnen und -politiker"), aber auch zur Kommunikation im Rahmen der Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit.

Darüber hinaus sollte im Jahr 2031 (mit Ablauf der aktuellen Klimanormalperiode 2001-2030) ein umfassender Monitoringbericht durch das KAM erstellt werden. Neben den Inhalten aus der jährlichen Berichterstattung sollte dieser auch Erkenntnisse aus dem Klimawandelmonitoring[10] enthalten, die im Laufe des Anpassungsprozesses vorgenommenen Änderungen und Modifizierungen aufführen und wichtige Zusammenhänge und Empfehlungen für den weiteren Anpassungsprozess herausstellen. Nach acht Jahren im Jahr 2034 ist eine Fortschreibung des Klimaanpassungskonzepts vorgesehen. Weiterhin sollten etwaige Gesetzesänderungen insbesondere nach Landesrecht fortlaufend berücksichtigt werden. Es wird von einer Novellierung des Landesrechts (KlAnG NRW) Ende 2026 ausgegangen. Dieses integriert die Anforderungen des KAnG des Bundes und adressiert zukünftig auch gezielt Kommunen.

7.4.1 Zertifizierungssysteme und Hilfsmittel

European climate adaptation award (eca)

Bis Ende 2025 war der eca ein Qualitätsmanagement- und Zertifizierungsprogramm für Kommunen zur Anpassung an den Klimawandel, welches entlang eines PDCA-Zykluses einen strukturierten, mehrjährigen Planungs- und Umsetzungsprozess installierte und mit regelmäßigen Zertifizierungen referenziert den Fortschritt dokumentierte.

Auch das Schwesterprogramm, der european energy award (eea), an dem der Kreis sehr erfolgreich teilgenommen hat (Zertifizierung in Gold), wurde Ende 2025 eingestellt.

Es soll zeitnah ein neues Programm namens Klimakommune angeboten werden, welches die wichtigsten Handlungsfelder des eea und zusätzlich das Handlungsfeld Klimaanpassung enthält. Dieses Managementtool kann eine gute Möglichkeit für den Kreis Warendorf darstellen, die Verflechtung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsaktivitäten zu befördern und so Synergieeffekte zu nutzen und gleichzeitig das Monitoring der kreisweiten Klimaanpassungsaktivitäten zu unterstützen.

Anpassungsscanner

Der Anpassungsscanner des Kompetenzzentrums Klimafolgen und Anpassung (KomPass) stellt ein Hilfsmittel dar, welches ergänzend zum maßnahmenspezifischen Controlling durchgeführt werden kann. Es ermittelt in fünf Bereichen den Fortschritt der Klimaanpassungsaktivitäten von Kreis oder Kommunen (1. Werte, Ziele, Leitbilder; 2. Wissen; 3. Zusammenarbeit, Zuständigkeit; 4. Ressourcen, Kapazitäten; 5. Strategien, Maßnahmen).

Es kann kein spezifisches Controlling für die im Konzept enthaltenen Maßnahmen vornehmen, jedoch Teilaspekte abdecken, die im Scanner bereits definiert sind. Bei Nutzung kann es den Kommunen und dem Kreis helfen, sich vertiefend mit den Ergebnissen des Konzepts auseinanderzusetzen und die Bewusst-Machung der Klimaanpassungsthematik stärken.

DPSIR-Modell[11] als Perspektive für das lokale Controlling

Für das nationale Indikatorensystem der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) und das Klimafolgen- und Anpassungsmonitoring des Landes NRW findet das, von der OECD entwickelte und von der Europäischen Umweltagentur (EEA) übernommene, DPSIR-Modell Anwendung.

---

[10] Da sich klimatische Veränderungen erst über längere Zeiträume abzeichnen und umfassende Analysen hierzu mit einem hohen Aufwand verbunden sind, ist eine häufigere Betrachtung von Klimaparametern als im Abstand von vier Jahren, wie sie in der Deutschen Anpassungsstrategie vorgenommen wird, nicht sinnvoll.

[11] DPSIR (Definition): Modell zur Beschreibung der Kausalketten und Regelkreise für die Interaktion zwischen Mensch und Umwelt. DPSIR steht für Driver – Pressure – State – Impact – Response: anthropogene Aktivitäten (Drivers), daraus resultierende Umwelteinwirkungen (Pressures), sich einstellende Umweltzustände (States), hervorgerufene Umweltauswirkungen (Impacts) und durch diese Veränderungen in der Umwelt ausgelöste Reaktionen von Politik und Gesellschaft (Responses). (Umweltbundesamt (2012): Glossar zum Ressourcenschutz)

Mit dem ersten Monitoring-Bericht zum Klimaanpassungskonzept kann geprüft werden, ob auf eine vereinfachte Form dieses Modells umgestellt werden soll, um so eine bessere Vergleichbarkeit mit dem Landes- und Bundesmonitoring zu erzielen.

8 Interkommunale Verstetigungsstrategie

Die Verstetigung des Klimaanpassungsprozesses im Kreis Warendorf ist ein zentrales Anliegen und Element des Klimaanpassungskonzeptes. Ziel ist es, die erarbeiteten Strukturen, Prozesse und Maßnahmen über den Förderzeitraum hinaus dauerhaft in Verwaltung, Politik und Gesellschaft zu verankern, insbesondere in den strategischen Steuerungsprozessen der Kommunen und des Kreises. Dies umfasst

- Die Integration in Nachhaltigkeits- und Klimastrategien,
- die kontinuierliche Fortschreibung des Maßnahmenplans,
- den Ausbau interkommunaler Kooperation,
- Integration der gesetzlichen Grundlagen,
- personelle Absicherung in den Kommunen und beim Kreis und
- finanzielle Absicherung über die Haushaltseinbringung.

Die Verstetigungsstrategie gewährleistet, dass Klimaanpassung nicht als zeitlich befristetes Projekt verstanden wird, sondern als dauerhafte kommunale Aufgabe mit klaren Verantwortlichkeiten, organisatorischen Strukturen und finanzieller Absicherung.

Darüber hinaus sollen auch die bislang am Konzept unbeteiligten Kommunen (Ahlen, Ennigerloh, Sendenhorst und Warendorf) künftig verstärkt eingebunden und mitbedacht werden.

Durch eine erfolgreiche Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen wird die Klimaresilienz, d. h. ein verbesserter Schutz von Bevölkerung und Infrastruktur vor Klimafolgeschäden und damit einhergehend eine Vermeidung potenzieller Schadenskosten, im Kreis gesteigert. Es kommen weitere positive Effekte hinzu, wie etwa:

- Vorteile aus der interdisziplinären Ausrichtung der Kreis- und Kommunalverwaltungen
- Nutzung von (interkommunalen) Synergien und Stärkung der Zusammenarbeit durch Umsetzung von Maßnahmen und Projekten
- verbesserte Inanspruchnahme von Fördermitteln
- Erhalt von Natur- bzw. Ökosystemleistungen
- Ausgleich zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Belangen und Interessen
- lokale oder regionale Wertschöpfungen aus der Umsetzung von Einzelmaßnahmen (z. B. durch die Beauftragung von Handwerksbetrieben, Gartenbauunternehmen oder Gärtnereien)
- Verbesserung der Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Kommunen und im gesamten Kreis
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und eines Gemeinschaftsgefühls zwischen der Gesellschaft und den Verwaltungen
- nachhaltigere Ausrichtung der Gesellschaft durch Sensibilisierung und Stärkung des Bewusstseins

Das Klimaanpassungskonzept wurde auf die spezifischen Anforderungen der Kreisverwaltung sowie der neun beteiligten Kommunen abgestimmt und enthält viele Maßnahmen, die für eine interkommunale Zusammenarbeit vorgesehen sind. Diese ist insbesondere dann zweckmäßig, wenn gemeinsam Synergien genutzt werden können. Die Maßnahmen sind so konzipiert, dass sowohl die Kreisverwaltung als auch die Gemeinden jeweils innerhalb ihrer Zuständigkeiten und in Abstimmung mit relevanten Akteurinnen und Akteuren eine erfolgreiche Umsetzung sicherstellen können.

Darüber hinaus obliegt es den Kommunen, Klimaanpassungsstrukturen dauerhaft zu etablieren und ein Controlling einzuführen, das die Umsetzung der Maßnahmen überprüft. Für diese kommunalen Prozesse stehen der im Konzept entwickelte Maßnahmenkatalog, das Controlling-Konzept sowie die Verstetigungsstrategie als Grundlage zur Verfügung. Der gewählte Ansatz wird in den folgenden Kapitel detailliert beschrieben.

8.1 Personelle Verstetigung

Ein wesentlicher Schritt zur institutionellen Sicherung der Klimaanpassung stellt die Verstetigung des Klimaanpassungsmanagements bzw. die Schaffung einer solchen Stelle bzw. ausreichender Stellenkapazität dar. Für die Kreisverwaltung wurde dieser wichtige Schritt bereits am 01.08.2025 vollzogen. Diese ist bei der Kreisverwaltung in Warendorf im Amt für Umweltschutz und Straßenbau (Amt 66) angesiedelt. Damit sind nahtlos die dauerhafte Weiterentwicklung des Konzepts und die Umsetzung ausgewählter Maßnahmen sichergestellt. Eine Ausweitung der Stellenkapazitäten ist über eine Folgeförderung möglich (vgl. Kapitel 8.3). Das KAM des Kreises verantwortet zukünftig kreiseigene und interkommunale/-kooperative Maßnahmen (vgl. Maßnahmenkatalog, Kapitel 6).

In den Kommunen waren bislang Klimaanpassungsbeauftragte (KAB) benannt, die die Konzepterstellung begleitet haben. Diese Rolle verantworten in den meisten Fällen die örtlichen Klimaschutzmanagerinnen und -manager. Durch die Kommunenschärfe des Konzepts ist gewährleistet, dass auch die einzelnen Kommunen eine geförderte Personalstelle beantragen können (vgl. Kapitel 8.3). Mindestens empfiehlt sich jedoch die dauerhafte Benennung einer verantwortlichen Person (KAB) für Klimaanpassung je Verwaltung, besser jedoch die Schaffung von Personalkapazitäten für den Bereich Klimaanpassung.

Denn die Aufgaben des Klimaschutzmanagements bzw. eines KAB sind vielfältig und auch für die Verstetigung relevant. Nachfolgend werden wichtige Aufgaben dieser Personalie benannt:

- Initiierung und kooperative Planung von Einzelmaßnahmen mit anschließender fachlicher Begleitung und Unterstützung
- teilweise auch Übernahme des Projektmanagements mit eigener Durchführung von Einzelmaßnahmen
- Mitwirkung an der Daseinsvorsorge im Themenfeld Klimafolgenanpassung
- Klärung von Aufgaben und Zuständigkeiten innerhalb der Maßnahmen
- Gewinnung externer Akteurinnen und Akteure für die Umsetzung von Einzelmaßnahmen (bzw. ihrer Beteiligung an der Umsetzung)
- Mitwirkung an der Akquise potenzieller Fördermittel
- Beratung von Bürgerinnen und Bürgern und weiterer Akteurinnen und Akteure
- Übernahme des Monitorings und Controllings unter Zuarbeit der betroffenen Fachbereiche
- politische Berichterstattung und Gremienarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit
- Netzwerkarbeit
- (interner) Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Fragen zu Klimafolgenanpassung aus unterschiedlichsten Fachbereichen
- Gesamtkoordination der Konzeptumsetzung

8.2 Schaffung geeigneter Organisationsstrukturen

Die Klimaanpassung wird als Querschnittsaufgabe innerhalb der verschiedenen kommunalen Verwaltungen und in der Kreisverwaltung verankert und die interkommunale Zusammenarbeit gefördert. Dazu zählen folgende Primärziele:

- Einrichtung ämterübergreifender und interkommunaler Koordinationsstrukturen (vgl. z. B. Maßnahme „Verstetigung und Implementierung eines integrierten Klimaanpassungsmanagements" oder die kommunale Maßnahme „Internen Austausch zur Querschnittsaufgabe Klimafolgenanpassung stärken"),
- Anbindung des Klimaanpassungsmanagements an bestehende Gremien, Runden und Formate,
- Aufbau eines dauerhaften Controlling Systems zur Wirkungserfassung (vgl. Kapitel 7, Controlling- und Monitoringkonzept),
- Integration der Anpassungserfordernisse in Planungs- und Entscheidungsprozesse (z. B. Bauleitplanung, Grünflächenmanagement, Gewässerentwicklung) und
- Einbindung verschiedener Fachämter bei interkommunalen Projekten.

Während der Phase der Konzepterstellung wurden Organisationsstrukturen für eine interkommunale Klimaanpassung auf Seiten des Kreises und bei den Kommunen bereits erfolgreich erprobt. Die KAM übernehmen die Koordination innerhalb der Kreisverwaltung und mit den kommunalen KAB sowie die Einbindung externer Akteurinnen und Akteure und sichern so die institutionalisierte Fortführung des Anpassungsmanagements.

Weiterhin soll möglichst zeitnah nach Abschluss der Konzepterstellung die Umsetzung der Maßnahmen erfolgen. Zunächst sollen Maßnahmen mit hohem Erfolgsfaktor, hoher Sichtbarkeit und hoher Priorität fokussiert und durch das KAM des Kreises umgesetzt werden.

8.3 Folgeförderung DAS A.2 und DAS A.3 und Steckbrief zur Verstetigung und Implementierung eines integrierten Klimaanpassungsmanagements

Zur Verstetigung gehört vor allem die praktische Umsetzung der im Konzept priorisierten Maßnahmen. Damit wird sichergestellt, dass die Konzeptergebnisse nicht nur planerisch vorliegen, sondern auch praktisch realisiert werden und als Beispiel für andere Kommunen wirken. Dies kann über geeignete Förderinstrumente unterstützt werden:

- A.2 (Umsetzungsvorhaben/Anschlussvorhaben): Fortführung des Anpassungsmanagements nach Fertigstellung des Konzeptes durch weitere Fördermittel, insbesondere zur Umsetzung priorisierter Maßnahmen (vgl. Kapitel 8.1, Personelle Verstetigung)
- A.3 (Ausgewählte Maßnahme): Zielt auf die Umsetzung einer investiven Maßnahme (je beteiligte Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner) mit Modellcharakter, die einen substanziellen Beitrag zur Klimaanpassung leistet und die Sichtbarkeit des Themas in der Region erhöht (z. B. Maßnahmen zur Entsiegelung).

Das Konzept ist so detailliert gestaltet, dass sowohl für die Kreisverwaltung eine weitere geförderte Stelle geschaffen werden kann als auch die Kommunen – bei entsprechendem Interesse – ein eigenes KAM für die verbesserte Konzeptumsetzung beantragen können. Die Antragstellung zur Folgeförderung könnte in Eigenregie oder in Kooperation mit der Kreisverwaltung abgewickelt werden. Die Ausgestaltung kann als Kooperationsprojekt (Kreis mit Kommunen) oder als individuelle Vorhaben (Kreis und interessierte Kommunen jeweils für sich), ggf. auch als Misch-Version erfolgen.

Die Überlegungen zur „Verstetigung und Implementierung eines integrierten Klimaanpassungsmanagements" sind darüber hinaus in dem nachfolgenden gleichnamigen Steckbrief zusammengefasst worden.

Nr. I / Überg_Kreis

Verstetigung und Implementierung eines integrierten Klimaanpassungsmanagements

Ausgangslage und Zielsetzung

Für die Erstellung des Konzeptes wurden beim Kreis Warendorf zwei geförderte KAM-Stellen befristet bis Ende Juli 2026 eingestellt. Eine der beiden Stellen wurde bereits verstetigt. Bei den meisten Kommunen ist die Beantragung einer zusätzlichen geförderten KAM-Stelle (DAS A.2) zur Umsetzung des Konzeptes zunächst nicht vorgesehen. Vielmehr besteht der Wunsch, beim Kreis Kompetenzen und Kapazitäten zu bündeln und gezielt die Kommunen bei ihren Klimaanpassungsaktivitäten zu unterstützen. Weiterhin soll die Option zur Beantragung einer Folgeförderung für den Kreis (zusätzliche befristete Stelle), und/oder zeitweisen Aufstockung der bestehenden Stunden perspektivisch bestehen bleiben. Die Kommunen behalten sich vor, bei Bedarf auf Basis der kommunalen Teilkonzepte eine eigene geförderte Personalstelle im Bereich Klimafolgenanpassung zu schaffen. Bis dato sollte jede Kommune eine konkrete Ansprechperson für den Bereich Klimafolgenanpassung (KAB) benennen, welche im fortlaufenden und engen Austausch mit dem fest installierten KAM des Kreises steht.

Grundsätzlich trägt die dauerhafte Verankerung eines Klimaanpassungsmanagements wesentlich zur langfristigen Koordinierung und Umsetzung von Maßnahmen zur Klimaanpassung bei. Durch die kontinuierliche Besetzung der Stelle wird zudem Verlässlichkeit signalisiert, was das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger stärkt. Durch die Ansiedlung einer Personalstelle bei der Kreisverwaltung kann können das Querschnittsthema Klimafolgenanpassung zwischen den Fachämtern und Kommunen zielgerichteter koordiniert und Synergieeffekte genutzt werden.

Beschreibung

Zu den zentralen Aufgaben gehören die Begleitung und Umsetzung des Klimaanpassungskonzepts sowie die Sicherstellung seiner langfristigen Wirkung. Dies schließt die konkrete Koordination und Umsetzung von ausgewählten Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel aus diesem Konzept ein. Darüber hinaus steht das Klimaanpassungsmanagement den lokalen Akteurinnen und Akteuren beratend zur Seite – von der Planung über die Vorbereitung bis hin zur Umsetzung entsprechender Maßnahmen. Im Fokus stehen hierbei vor allem die kooperativen Maßnahmen.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil ist der Aufbau eines Monitoring- und Evaluationssystems inklusive Anwendung des strategischen Controllings. Dieses dient der regelmäßigen Überprüfung des Fortschritts und der Bewertung des Erfolgs der durchgeführten Maßnahmen unter Berücksichtigung der Verstetigungs- und Gesamtstrategie des Konzepts.

Zusätzlich verantwortet das Klimaanpassungsmanagement den Aufbau, die Pflege und die Weiterentwicklung von Netzwerken und Kooperationen – sowohl innerhalb der Verwaltung (fachämterübergreifende Zusammenarbeit) als auch mit externen Partnerinnen und Partnern zur Stärkung der Vernetzung. Dies ermöglicht einen kontinuierlichen Wissensaustausch sowie die gemeinsame Nutzung von Ressourcen und bewährten Vorgehensweisen im Bereich der Klimaanpassung. Durch die enge Zusammenarbeit mit Klimaanpassungsbeauftragten in den Kommunen, Fachabteilungen, Unternehmen, Vereinen und Bürgerinitiativen können Synergien genutzt und die Wirksamkeit der Maßnahmen gesteigert werden. Hierbei ist auf die Nutzung vorhandener Strukturen, sowohl in den Kommunen als auch im Kreis zu achten. Ziel ist die systematische und integrierte Behandlung von Klimaanpassungsthemen in der Verwaltung sicherzustellen und die Verankerung der Querschnittsaufgabe „Klimafolgenanpassung" im Verwaltungshandeln zu erreichen. Hierfür können Festlegungen von typischen Aufgaben im Bereich Klimaanpassung im Stellenplan hilfreich sein.

Bei Bedarf kann das bereits verstetigte Personal beim Kreis zukünftig bei der Beantragung geförderter Personalstellen unterstützen.

Handlungsschritte

1. Umsetzung des Klimaanpassungskonzepts für den Kreis
2. Unterstützung der Kommunen bei der Maßnahmenumsetzung – insbesondere kooperative Maßnahmen
3. Beantragung bzw. Unterstützung der Beantragung weiterer Fördermittel (z. B. geförderte Personalstellen, Maßnahmen zur Umsetzung)
4. Netzwerkarbeit
5. Monitoring, Controlling, Verstetigung

Durchführungszeitraum: fortlaufend

Priorität: hoch

Zielgruppenbeschreibung

Kreis und Kommunen

Verantwortliche und Beteiligte

KAM (Kreis), KAB der Kommunen

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure

Politik, Bürgerinnen und Bürger, weitere lokale Akteurinnen und Akteure

Kostenschätzung

Hoch (>100.000 €)

Personalschätzung

Sehr hoch (über 75 AT/a)

Finanzierung

Optionale Nutzung der Fördermittel über A.2 und A.3. Bundesförderung: Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (DAS)

Klimaanpassungswirkung

Hoch

Anmerkung

Personal stellt eine wesentliche Grundlage für die Maßnahmenumsetzung dar. Durch Kompetenz wird eine höhere Umsetzungstiefe in Maßnahmen, Prozessen, Entscheidungen von Kreis und Kommunen erreicht, sowie eine weitreichende Ansprache der Bürgerinnen und Bürger, wodurch ein weites Potenzialfeld für Maßnahmenumsetzung erschlossen wird.

Beitrag zu DAS Zielen

2, 3, 6, 8, 9, 11, 12, 13, 15, 17

Erfolgsindikatoren
Anzahl erreichte Indikatoren gemäß der umgesetzten Maßnahmen; Besetzung der vorhandenen KAM-Stelle

Synergieeffekte
Wichtige Grundlage für alle anderen Maßnahmen

8.4 Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit

Eine aktive Netzwerkarbeit durch Einbindung von Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Fachakteurinnen und -akteuren ist ein zentraler Baustein für die Verstetigung. Während der Konzepterstellung wurde bereits eine solide Grundlage (vgl. Kapitel 2, Kommunikationskonzept und Kapitel 3, Öffentlichkeitsarbeit und Stakeholderpartizipation) geschaffen, auf welcher aufgebaut werden kann. Die Vernetzung sollte sowohl intern über bestehende Formate erfolgen, aber auch neue entwickeln und etablieren (vgl. zum Beispiel Maßnahmen „Schulungen und Fortbildungen für Kreis- und Kommunalbeschäftigte", „Fachaustausch Klimafolgenanpassung" oder „Austausch mit Nachbarkommunen zu Flusshochwasser").

- Fortführung von Workshops, Informations- und Beteiligungsformaten zur Sensibilisierung und Mobilisierung,
- Aufbau und Pflege von Netzwerken zwischen Kommunen, Fachbehörden, Verbänden und weiteren relevanten Akteurinnen und Akteuren sowie
- Förderung von Bürgerinnen- und Bürger-Koproduktion (z. B. citicen science-Ideenkarte), bei der Maßnahmen gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden.

Dadurch entsteht ein breites gesellschaftliches Bewusstsein und Engagement für die Klimaanpassung, dass über den Förderzeitraum hinausträgt.

Politische Berichterstattung

Ein besonderer Aspekt der Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit stellt die politische Berichterstattung dar, denn für kreisweite und kommunale Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen spielt auch die Politik eine entscheidende Rolle. Das KAM oder die KAB informieren die Politik daher regelmäßig, jedoch mindestens einmal jährlich in entsprechenden Fachausschüssen über die Fortschritte und Entwicklungen bezüglich der Konzeptumsetzung. So liefern sie nicht nur aktuelle Fakten zum Klimawandel, sondern sensibilisieren für die Unvermeidbarkeit von guter Klimaanpassung und setzen sich für notwendige politische Beschlüsse zur Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen ein (vgl. auch Maßnahme „Sachstands und Tätigkeitsbericht für Kommunalpolitikerinnen und -politiker").

9 Zusammenfassung und Ausblick

Der Klimawandel stellt den Kreis Warendorf und seine Kommunen bereits heute vor Herausforderungen. Zunehmende Hitzebelastungen, längere Trockenperioden sowie häufigere Starkregen- und Hochwasserereignisse wirken sich spürbar auf Bevölkerung, Infrastruktur, Wirtschaft und Natur aus. Die Prognosen (vgl. Band II – Analysen) zeigen, dass sich diese Entwicklungen in Zukunft weiter verstärken werden. Vor diesem Hintergrund hat der Kreis Warendorf gemeinsam mit neun kreisangehörigen Kommunen ein integriertes Klimaanpassungskonzept erarbeitet, das als strategischer Rahmen für eine vorausschauende und systematische Anpassung an die komplexe Folgen des Klimawandels dient.

Das Konzept ist rechtlich und strategisch in verschiedene Vorgaben eingebettet. Auf rechtlicher Ebene kommt insbesondere das Klimaanpassungsgesetz auf Bundesebene (KAnG) und das KlAnG des Landes NRW zu tragen. Strategisch relevant ist darüber hinaus die EU-Anpassungsstrategie, die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS), sowie die Anpassungsstrategie von NRW. Ziel ist es, diese übergeordneten Vorgaben auf die spezifischen regionalen Gegebenheiten des Kreises Warendorf zu übertragen und eine kreisweit abgestimmte, zugleich kommunenscharfe Anpassungsstrategie zu entwickeln. Dabei verfolgt das Konzept einen integrierten Ansatz, der Klimaanpassung als Querschnittsaufgabe versteht und eng mit Klimaschutz, Gesundheitsvorsorge, Naturschutz, Gewässerschutz und nachhaltiger Raumentwicklung verknüpft ist.

Zentrale Grundlage des Klimaanpassungskonzepts bildet eine umfassende Bestandsaufnahme sowie eine räumliche und funktionale Betroffenheits- und Hotspotanalyse. Diese Analysen (vgl. Band II) zeigen, in welchen Teilräumen und Handlungsfeldern besondere Risiken bestehen, etwa durch Hitze in verdichteten Siedlungsbereichen, Starkregen und Überflutungen oder durch Trockenstress in der Landwirtschaft und in sensiblen Ökosystemen. Aufbauend darauf wurden prioritäre Handlungsfelder definiert und konkrete Anpassungsmaßnahmen entwickelt. Diese reichen vom Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Belastungen über die Stärkung der grünen und blauen Infrastruktur bis hin zur klimaresilienten Gestaltung von Gebäuden, Verkehrsflächen und technischen Infrastrukturen.

Ein wesentliches Merkmal des Konzepts ist der kooperative Ansatz zwischen Kreis und neun beteiligten Kommunen. Durch eine enge interkommunale Zusammenarbeit sollen Synergien genutzt, Ressourcen gebündelt und ein einheitlicher strategischer Rahmen geschaffen werden, ohne die unterschiedlichen Ausgangslagen und Bedarfe der einzelnen Kommunen zu vernachlässigen. Zukünftig sollen auch die vier Kommunen, welche nicht am Konzept beteiligt waren, bei strategischen und kooperative Aktivitäten einbezogen werden.

Ein weiterer zentraler Baustein ist das Kommunikations- und Beteiligungskonzept. Die Einbindung von Fachakteurinnen und -akteuren, politischen Gremien sowie der Öffentlichkeit erfolgte über viele verschiedene Formate und stellt sicher, dass lokalspezifische Erfahrungen, Wissen und Perspektiven in den Prozess eingeflossen sind. Gleichzeitig schafft das Kommunikationskonzept die Grundlage für eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit (Beispiel Ideenkarte) und Transparenz in der Umsetzungsphase.

Zur Sicherstellung der Wirksamkeit und Nachvollziehbarkeit der Maßnahmen wurde ein Controlling- und Monitoringkonzept entwickelt. Dieses kombiniert ein top-down-Controlling zur systematischen Erfassung des Umsetzungsstands mit einem bottom-up-Ansatz zur Bewertung der tatsächlichen Anpassungswirkungen. Ergänzt wird dies durch eine Verstetigungsstrategie, die organisatorische Strukturen, personelle Ressourcen und Möglichkeiten der Anschlussförderung berücksichtigt. Damit wird Klimaanpassung als dauerhafte Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert und nicht als zeitlich begrenztes Projekt verstanden.

Ausblick

Mit dem vorliegenden Klimaanpassungskonzept verfügt der Kreis Warendorf über ein belastbares und zukunftsorientiertes Steuerungsinstrument, das nun schrittweise in die Umsetzung überführt werden muss. Entscheidend für den Erfolg wird sein, die entwickelten Maßnahmen konsequent in kommunale und kreisweite Planungs-, Entscheidungs- und Investitionsprozesse zu integrieren und Klimaanpassung als festen Bestandteil des Verwaltungshandelns zu etablieren.

In den kommenden Jahren kommt der interkommunalen Zusammenarbeit eine besondere Bedeutung zu. Gemeinsame Projekte, Wissensaustausch und koordinierte Förderanträge bieten die Chance, Anpassungsmaßnahmen effizient umzusetzen und die Resilienz der gesamten Region zu stärken. Die im Konzept angelegte Möglichkeit zur Anschlussförderung auf Kreis- und Kommunenebene könnte hierfür eine wichtige Grundlage bieten.

Gleichzeitig wird es erforderlich sein, das Konzept als lernendes System weiterzuentwickeln. Klimatische Rahmenbedingungen, rechtliche Vorgaben und wissenschaftliche Erkenntnisse verändern sich fortlaufend. Das etablierte Monitoring- und Controllingsystem ermöglicht es, Maßnahmen regelmäßig zu überprüfen, bei Bedarf anzupassen und neue Handlungsbedarfe frühzeitig zu erkennen. Um dies zu bewältigen, kommt insbesondere das bei der Kreisverwaltung eingerichtete Klimaanpassungsmanagement zu tragen.

Nicht zuletzt bleibt die aktive Einbindung der Bevölkerung, von Unternehmen und weiteren Akteurinnen und Akteuren ein zentraler Erfolgsfaktor. Klimaanpassung ist eine Gemeinschaftsaufgabe, deren Wirksamkeit maßgeblich davon abhängt, dass sie breit getragen und mitgestaltet wird. Der Ausblick für den Kreis Warendorf ist damit klar: Das Klimaanpassungskonzept bildet den strategischen Rahmen – seine konsequente Umsetzung entscheidet darüber, wie widerstandsfähig, lebenswert und zukunftsfähig die Region unter den Bedingungen des Klimawandels sein wird.

TOP Ö 14

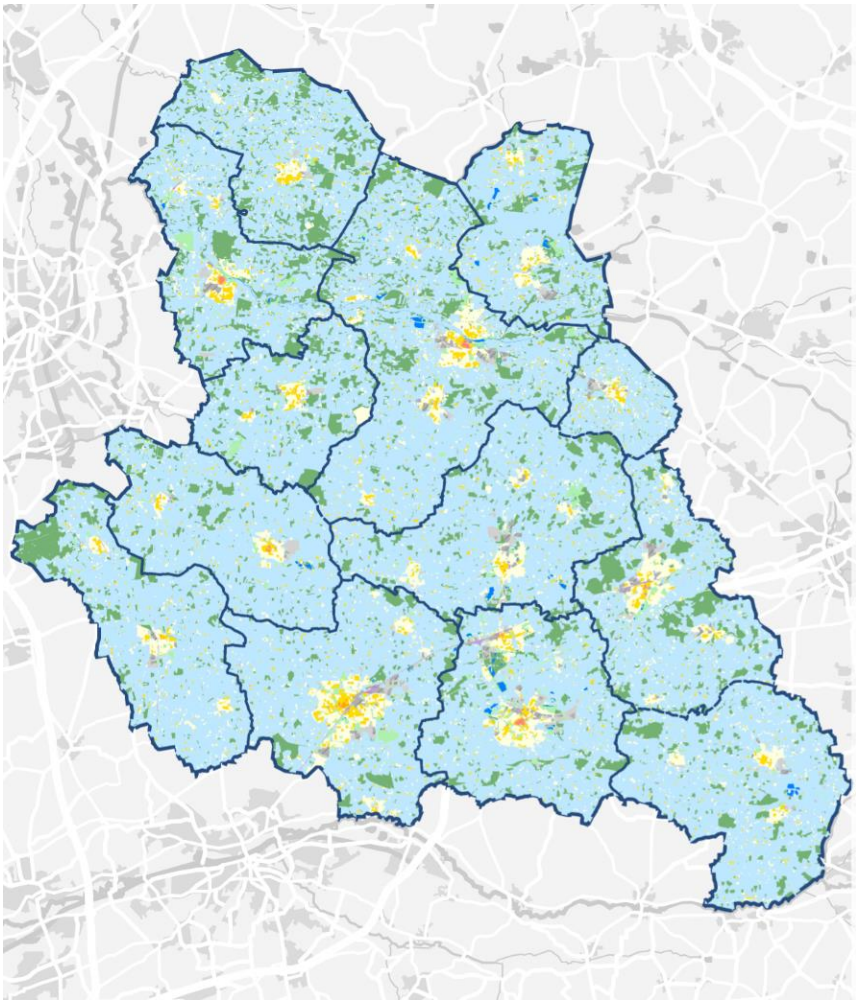
Anlage 2 zur Vorlage 2026/0239

Kreis Warendorf

Klimaanpassungskonzept für den Kreis Warendorf und neun kreisangehörige Kommunen – Teilkonzept Stadt Beckum

Band II – Analysen

Bestandsanalysen, Betroffenheits- und Hotspotanalysen für den Kreis und die Stadt Beckum



Bearbeitung durch:

Gertec GmbH Ingenieurgesellschaft
Martin-Kremmer-Str. 12
45327 Essen
Telefon: +49 [0]201 24 564-0

Auftraggeber:

Kreis Warendorf
Amt für Umweltschutz und Straßenbau (66)
Waldenburger Str. 2
48231 Warendorf
02581-53-0
verwaltung@kreis-warendorf.de

Co-Autoren

Chiara Dombrowski, Klimaanpassungsmanagerin Kreis Warendorf
Lukas Wienstroer, Klimaanpassungsmanager Kreis Warendorf
chiara.dombrowski@kreis-warendorf.de | 02581-53-6647
lukas.wienstroer@kreis-warendorf.de | 02581-53-6646

Förderinformationen – Förderkennzeichen 67DAA00911:

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Titelbild: Klimatope im Kreis Warendorf; Quelle: eigene Darstellung Gertec (Datenbasis: GeoBasis-DE/BKG (2024) CC BY 4.0, LANUK)

Eine Veröffentlichung/Vervielfältigung, auch auszugsweise, bedarf der Genehmigung durch den Kreis Warendorf oder einer der beteiligten Kommunen.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis 3

1 Einführung 8

2 Bestandsanalyse 9

2.1 Methodik 9

2.1.1 Beobachteter Klimawandel von 1961 bis 2020 9

2.1.2 Trockenheit 9

2.1.3 Grundwasserneubildung 10

2.1.4 Luftaustausch 10

2.1.5 Klimaszenarien 11

2.2 Bestandsanalyse Kreis 12

2.2.1 Siedlungsstruktur und Bevölkerung 12

2.2.2 Beobachteter Klimawandel von 1961 bis 2020 14

2.2.3 Erwarteter Klimawandel (zukünftige Entwicklung von 2031 bis 2100) 18

2.3 Bestandsanalyse Stadt Beckum 20

2.3.1 Siedlungsstruktur und Bevölkerung 20

2.3.2 Beobachteter Klimawandel von 1961 bis 2020 24

2.3.3 Erwarteter Klimawandel (zukünftige Entwicklung von 2031 bis 2100) 29

3 Betroffenheits- und Hotspotanalyse 32

3.1 Hintergrund und Methodik 33

3.1.1 Räumliche Betroffenheit Stadtklima und Hitze 33

3.1.2 Räumliche Betroffenheit Starkregen und Hochwasser 35

3.1.3 Funktionale Betroffenheit 38

3.2 Betroffenheits- und Hotspotanalyse Stadt Beckum 39

3.2.1 Hitzebelastung in Tag- und Nachtsituation 39

3.2.2 Hotspots Stadtklima und Hitze 41

3.2.3 Hotspots Starkregen 43

3.2.4 Hotspots Hochwasser 45

3.2.5 Funktionale Betroffenheitsanalyse 47

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Räumliche Aufteilung der Flächennutzung innerhalb des Kreises im Vergleich 13
Abbildung 2 Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung 13
Abbildung 3 Anteil der unter 3-Jährigen an der Bevölkerung 14
Abbildung 4 Abweichung der jährlichen Temperaturen (Zeitraum 1960-2024) vom langjährigen Mittel der Klimanormalperiode 1961-1990 15
Abbildung 5 SMI-Jahresmittelwerte und Dürrejahre mit SMI < 0,2 17
Abbildung 6 Temperaturverlauf innerhalb des Kreis Warendorf 19
Abbildung 7 Räumliche Aufteilung der Flächennutzung in Beckum 20
Abbildung 8 Flächenversiegelung in Beckum 21
Abbildung 9 Klimatope in Beckum 22
Abbildung 10 Bevölkerungsdichte nach Bezirk in Beckum 23
Abbildung 11 Anteil der Über-65-Jährigen im 100 m-Raster in Beckum 23
Abbildung 12 Durchschnittsalter der Bevölkerung in Beckum 24
Abbildung 13 Dürreempfindlichkeit von Ackerland in Beckum 26
Abbildung 14 Dürreempfindlichkeit von Grünland in Beckum 27
Abbildung 15 Grundwasserneubildung in Beckum 28
Abbildung 16 Kaltluftvolumenströme und Kaltlufteinwirkbereiche in Beckum 29
Abbildung 97 Thermische Belastung als Physiologisch Äquivalente Temperatur (PET) 39
Abbildung 98 Kaltluftvolumenströme und nächtliche Überwärmung 40
Abbildung 99 Thermische Situation und Ausgleichsfunktion der Grünflächen 41
Abbildung 100 Beckumer Hitze-Hotspots 42
Abbildung 101 Beckumer Hitze-Hotspots inkl. betroffener kritischer Infrastruktur 42
Abbildung 102 Starkregengefahrenkarte des Bundesamts für Kartographie und Geodäsie 43
Abbildung 103 Beckumer Starkregen Hotspots 44
Abbildung 104 Maximale Wassertiefen für HQ100 in Beckum 45
Abbildung 105 Flächennutzung innerhalb der Überschwemmungsgrenzen 46
Abbildung 106 Beckumer Hochwasser-Hotspots 47

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Temperaturveränderungen und Indikatorkennwerte von 1961 bis 2020	15
Tabelle 2	Jährliche Sonnenscheindauer von 1961 bis 2020	16
Tabelle 3	Niederschlagsveränderungen und Indikatorkennwerte von 1961 bis 2020	16
Tabelle 4	Ausgewählte markante Wetterereignisse der letzten 25 Jahre	18
Tabelle 5	Prognostizierte Entwicklung der Temperaturveränderung	18
Tabelle 6	Prognostizierte Entwicklung der Niederschlagsveränderung von 2031 bis 2100	19
Tabelle 7	Temperaturveränderungen und Indikatorkennwerte von 1961 bis 2020 in Beckum	25
Tabelle 8	Jährliche Sonnenscheindauer von 1961 bis 2020 in Beckum	25
Tabelle 9	Niederschlagsveränderungen und Indikatorkennwerte von 1961 bis 2020 in Beckum	25
Tabelle 10	Prognostizierte Entwicklung der Temperaturveränderung und Indikatorkennwerte	30
Tabelle 11	Prognostizierte Entwicklung der Niederschlagsveränderung und Indikatorkennwerte	31
Tabelle 52	Warnstufen Starkregen gemäß DWD	36
Tabelle 53	Warnstufen Starkregen (Dauerregen) gemäß DWD	37
Tabelle 54	SWOT-Analyse: Handlungssfeld Bauwesen Beckum	50
Tabelle 55	SWOT-Analyse: Handlungsfeld Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft Beckum	52
Tabelle 56	SWOT-Analyse: Handlungsfeld Bevölkerungsschutz und menschliche Gesundheit	56

Abkürzungsverzeichnis

a	Jahr
ABK	Abwasserbeseitigungskonzept
ALKIS	Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem
ASP	Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner
AT/a	Arbeitstage pro Jahr
AWG	Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH
BKG	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie
BMUKN	Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung
BuB	Bürgerinnen und Bürger
CIR	Color-Infrarot
CO_2	Kohlenstoffdioxid
CO_2eq	Kohlenstoffdioxid-Äquivalent
DAS	Deutsche Anpassungsstrategie
DNS	Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie
DGM1	Digitales Geländemodell mit einer Gitterweite von 1 Meter
DLM	Digitales Landschaftsmodell
DPSIR	Driving forces, Pressures, States, Impacts and Responses
DWD	Deutscher Wetterdienst
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EEA	Europäische Umweltagentur
eea	European energy award
ESF	Europäischer Sozialfonds
EURO-CORDEX	Coordinated Downscaling Experiment for Europe
EW	Einwohnerinnen und Einwohner
GEP	Generalentwässerungsplan
gfw	Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH
GHSP	Gesundheitlicher Hitzeschutzplan
ha	Hektar
HAP	Hitzeaktionsplan
HK	Handwerkskammer
HQ100	Hochwasserereignis mit statistischem Wiederkehrintervall von 100 Jahren
HQextrem	Hochwasserereignis mit statistischem Wiederkehrintervall von über 100 Jahren
HWGK	Hochwassergefahrenkarte
IKEK	Integriertes Kommunales Entwicklungskonzept
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
ISEK	Integriertes Stadtentwicklungskonzept
KAB	Klimaanpassungsbeauftragte, Klimaanpassungsbeauftragter in den Kommunen
KAK	Klimaanpassungskonzept
KAM	Klimaanpassungsmanagement, Klimaanpassungsmanagerin/-manager des Kreises
KAnG	Bundes-Klimaanpassungsgesetz
KlAnG	Klimaanpassungsgesetz NRW
KOSTRA	Koordinierte Starkniederschlags-Regionalisierungs-Auswertungen
KRITIS	Kritische Infrastruktur
KSM	Klimaschutzmanagement, Klimaschutzmanagerin/-manager
KVS	Kaltluftvolumenstrom

LANUV	Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (Seit 1.4.2025 Landesamt für Natur, Umwelt und Klima Nordrhein-Westfalen (LANUK))
LuKIFG	Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz
LWK	Landwirtschaftskammer
LZG NRW	Landeszentrum Gesundheit NRW
mGROWA	Modell zur Berechnung des monatlichen Großräumigen Wasserhaushalts
mNN	Meter über Normalnull
NABU	Naturschutzbund Deutschland e.V.
NBK	Niederschlagswasserbeseitigungskonzept
NGO	Non-Governmental Organization
NIB	Nachhaltig im Beruf
NKU	Netzwerk Klimaanpassung & Unternehmen.NRW
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (deutsch: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
PDCA	Plan-Do-Check-Act (iterativer Ansatz zur kontinuierlichen Verbesserung von Produkten, Personen und Dienstleistungen)
PET	Physiologisch Äquivalente Temperatur
ppm	Parts per million
RCP	Repräsentativer Konzentrationspfad (engl.: Representative Concentration Pathway)
ReKliEs-DE	Regionale Klimaprojektionen Ensemble für Deutschland
SAE	Stab für außergewöhnliche Ereignisse
SMI	Bodenfeuchteindex (engl.: Soil moisture index)
SO	Stadtwerke Ostmünsterland
SoMe	Social Media
SWOT	Stärken, Schwächen Chancen, Risiken (engl.: Strengths, Weaknesses, Opportunities, Threats)
t	Tonne
TEO	Feuerwehren Telgte, Everswinkel und Ostbevern, bilden zusammen den TEO-Verbund
TEO AöR	Abwasserbetrieb TEO Anstalt des öffentlichen Rechts (Telgte, Everswinkel, Ostbevern und Beelen)
THG	Treibhausgas
UBA	Umweltbundesamt
UFZ	Helmholtz Zentrum für Umweltforschung
UHI	Urbane Hitzeinsel (engl.: Urban Heat Island)
UKMP	Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung
UNB	Untere Naturschutzbehörde
UV	Ultraviolett(-strahlung)
VASS	Vektoren, Allergene, Schadtiere, Schadpflanzen
VHS	Volkshochschule
W	Watt
WBV	Wasserversorgung Beckum
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WLV	Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband
WRRL	Wasserrahmenrichtlinie
WuB	Wasser- und Bodenverbände
ZUG	Zukunft-Umwelt-Gesellschaft

1 Einführung

Das Klimaanpassungskonzept für den Kreis Warendorf und neun Kommunen ist aufgrund der Anforderungen durch die Förderrichtlinie sehr umfangreich. Aufgrund dessen wurde es zur besseren Lesbarkeit und Praktikabilität in drei thematische Bände gegliedert. Band I – Rahmenbericht liefert einen Überblick über das Gesamtkonzept und enthält wichtige Bausteine wie das Kommunikationskonzept, die Gesamtstrategie oder das Controlling und die Verstetigungsstrategie. Band III – Maßnahmen enthält die Maßnahmen für den Kreis und die Kommunen gemeinsam („kooperativ) sowie spezifisch für die jeweilige Kommune. Dieser Band, Band II – Analysen, enthält die Bestands-, Betroffenheits- und Hotspotanalyse.

Hier erfolgen vor allem Analysen des beobachteten und des erwarteten Klimawandels, sowie der Siedlungs- und Bevölkerungsstruktur. Da die Kommunen bereits über diverse Konzepte verfügen, die sich mit Bevölkerungs- und Siedlungsstrukturen beschäftigen, werden in der nachfolgenden Darstellung nur Kernelemente zur Charakterisierung der Kommunen genannt. Dabei wird insbesondere auf die Darstellung potenziell klimaanpassungsrelevanter Aspekte geachtet.

2 Bestandsanalyse

2.1 Methodik

2.1.1 Beobachteter Klimawandel von 1961 bis 2020

Wie in weiten Teilen NRWs sind die Auswirkungen des Klimawandels auch im Kreis Warendorf zu erkennen. Auf Basis der seit den 1950er Jahren erfassten Wetterdaten des Deutschen Wetterdienstes (DWD) wurden die klimatischen Änderungen umfassend ausgewertet. Die entsprechenden Daten stehen im Klimaatlas NRW und im Climate Data Center des DWD zur Verfügung. In den letzten Jahren spiegeln sich die klimatischen Änderungen hauptsächlich durch eine Veränderung lokaler Niederschläge und Temperaturen im Kreis wider.

Zur Ermittlung der Klimaentwicklung der letzten Jahrzehnte wurden die vieljährigen Mittel der Niederschläge und Lufttemperaturen sowie weitere vom DWD bereitgestellte Indikatorwerte für die Klimanormalperioden[1] seit 1961 zu Grunde gelegt. Die Daten des DWD wurden für das Kreisgebiet ausgewertet. Einzelrasterdaten wurden flächenanteilig aggregiert.

Im Zusammenhang mit den betrachteten Kennwerten der Lufttemperatur und des lokalen Niederschlags wurden darüber hinaus auch Daten zu den Klimakenntagen ausgewertet. Im Einzelnen wurden dabei folgende Kenntage untersucht:

- Eistage: Tage, an denen die Lufttemperatur ganztägig unter 0 °C liegt
- Frosttage: Tage, an denen die Lufttemperatur teilweise unter 0 °C liegt
- Sommertage: Tage, an denen das Maximum der Lufttemperatur ≥ 25 °C beträgt
- Heiße Tage: Tage, an denen das Maximum der Lufttemperatur ≥ 30 °C beträgt

2.1.2 Trockenheit

Das Helmholtz Zentrum für Umweltforschung (UFZ) liefert zur Einschätzung der Dürregefahr deutschlandweite Informationen zum täglichen Bodenfeuchtezustand. Auf Basis dieser modellierten Daten konnte für den Kreis Warendorf bzw. die Cluster Nord und Süd jeweils eine Zeitreihe von 1961-2022 zur Trockenheit des Bodens in einer Tiefe von durchschnittlich 1,8 m aufgestellt und untersucht werden. Die Bodenfeuchte wird anhand des Bodenfeuchteindex (SMI, soil moisture index) dargestellt. Dürre ist als SMI kleiner 0,2 definiert.

Zur besseren Einordnung der Trockenheit über die Jahre wird die Klassifizierung der SMI-Werte noch einmal dargestellt:

- SMI 0,20 - 0,30 = ungewöhnliche Trockenheit
- SMI 0,10 - 0,20 = moderate Dürre
- SMI 0,05 - 0,10 = schwere Dürre
- SMI 0,02 - 0,05 = extreme Dürre
- SMI 0,00 - 0,02 = außergewöhnliche Dürre

[1] Klimanormalperioden sind 30-jährige Zeiträume zur Beobachtung des Klimas. Diese Bezugszeiträume wurden in den 1930ern von der Weltorganisation für Meteorologie definiert und seitdem für Klimabeobachtungen genutzt.

2.1.3 Grundwasserneubildung

Der Klimawandel kann sich negativ auf den Grundwasserhaushalt und somit auf das vorhandene Grundwasserdargebot auswirken.

Anhand des mGROWA-Modells zur Berechnung des monatlichen großräumigen Wasserhaushalts wurden im Rahmen dieses Konzepts Daten zur Grundwasserneubildung für die Klimanormalperioden seit 1981[2] aufbereitet. Das Modell wurde vom LANUK mit weiteren Partnerinnen und Partner entwickelt, um Aussagen zum Wasserhaushalt in Deutschland treffen zu können. In das Modell fließen unter anderem Daten des DWD ein. Das Modell stellt unter Berücksichtigung von Bodeneigenschaften, Landnutzung und der Topographie, Niederschlag und potenzielle Verdunstung gegenüber und bilanziert so die dem Grundwasser zufließende Niederschlagsmenge. Es handelt sich bei mGROWA-Modell um ein rasterzellenbasiertes Wasserhaushaltsmodell. In einem ersten Schritt erfolgt die Bilanzierung des täglichen Gesamtabflusses, wobei die Niederschlagsmenge und die Verdunstung einberechnet werden. Hierbei werden sowohl mehrere Bodenschichten als auch der Kapillaraufstieg beachtet. Die Werte werden über mehrere Jahre aggregiert. Unterschieden werden die Grundwasserneubildung in Form des infiltrierenden Sickerwassers, welches ins Grundwasser zufließt und die Netto-Grundwasserneubildung, bei welcher Verdunstungsverluste durch kapillaren Aufstieg berücksichtigt werden. Bei Beachtung des mehrjährigen Mittels können die beiden Werte gleichgesetzt werden. Weitere Details zur Berechnung können dem Fachbericht entnommen werden[3].

2.1.4 Luftaustausch

Die Entstehung von Kaltluft in urbanen Gebieten ist eng mit den physikalischen Eigenschaften der Oberfläche und der topographischen Struktur verbunden. Nachts entsteht während windschwacher und wolkenarmer Wetterlagen Kaltluft über natürlichen oder naturnahen Oberflächen durch Wärmeabstrahlung. Dieser Prozess ist am effektivsten über Flächen mit geringer Vegetation, wie Grünland, Acker-, Brach- und Gartenland. Waldflächen tragen hauptsächlich aufgrund ihres größeren abkühlenden Luftvolumens zur Kaltluftmenge bei. Im Gegensatz zum Freiland wird die Luft hier jedoch weniger stark abgekühlt. In städtischen Umgebungen kühlen sich Oberflächen aufgrund der Wärmekapazität und Wärmeleitfähigkeit der bebauten und befestigten Flächen deutlich schlechter ab. Ein Kaltluftproduktionsvermögen ist hier kaum gegeben.

Die Funktionsweise des Kaltluftaustauschs in urbanen Räumen ist komplex. Der nächtliche Temperaturunterschied zwischen Stadt und kühlerem Umland führt zu einem Druckgradienten, welcher lokale Flurwinde begünstigt, die Kalt- und Frischluft in das Stadtgebiet tragen können. Bei gegebener Hangneigung und entsprechend geringer Rauigkeit der Oberfläche können darüber hinaus Kaltluftabflüsse als Hangabwinde entstehen. Die schwerere kalte Luft folgt dabei der Schwerkraft in Talrichtung. Eine wichtige Rolle beim Luftaustausch spielen sogenannte Luftleitbahnen, welche über ihre Ausrichtung in Windrichtung und ihre Schneisen-Funktionalität den Luftaustausch zwischen Siedlungsgebiet und Kaltluftentstehungsgebiet erleichtern können. Als Luftleitbahnen können beispielsweise geradlinige Freiflächen oder Wege dienen.

Im Rahmen dieses Konzeptes wurde auf Daten des LANUK zurückgegriffen4. Die Daten zum Luftaustausch setzen sich aus Informationen zur Richtung und Stärke des Kaltluftvolumenstroms für die nächtliche Situation zusammen. Der Kaltluftvolumenstrom wiederum setzt sich aus der Fließgeschwindigkeit der Kaltluft inklusive vertikaler und horizontaler Ausdehnung zusammen. Der Strömungsdurchgang wird in 100 m Rasterweite sekündlich gemessen. Strömungshindernisse wie Gebäude werden aufgrund der Rastergröße nur durch rasterzellen-spezifi-

[2] Frühere Datensätze liegen nicht vor
[3] LANUK (2021): https://www.lanuk.nrw.de/fileadmin/lanuvpubl/3_fachberichte/30110b.pdf
[4] LANUK: https://www.opengeodata.nrw.de/produkte/umwelt_klima/klima/planungskarten/; Datenmethodik LANUK: https://www.lanuk.nrw.de/fileadmin/lanuvpubl/3_fachberichte/Fachbericht_86-Klimaanalyse_web-gesichert.pdf

sche Porosität indirekt erfasst. Die Kaltlufteinwirkbereiche wurden ebenfalls durch das LANUK zur Verfügung gestellt. In diesen Bereichen innerhalb von bebautem Raum liegen Windgeschwindigkeiten von mindestens 0,1 m/s vor.

2.1.5 Klimaszenarien

Die im Rahmen des Fünften Sachstandsberichts des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) entwickelten RCP-Szenarien 4.5 und 8.5 modellieren die zukünftige Entwicklung des Klimasystems und der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2100 und bilden die Basis für die prognostizierten Klima-Entwicklungen in den folgenden Kapiteln. Während RCP 8.5 einen kontinuierlichen Anstieg der THG-Emissionen bis 2100 und damit ein „Weiter wie bisher"-Szenario beschreibt, wird im RCP 4.5 Szenario von begrenzten Klimaschutzmaßnahmen bis zum Ende des Jahrhunderts ausgegangen. In die RCP-Szenarien fließen auch die Rückkopplungen des Kohlenstoffkreislaufs, die Bevölkerungszunahme, das Bruttosozialprodukt und der Energieverbrauch neben anderen Faktoren ein.

Moderates Szenario RCP 4.5

Das RCP 4.5 Szenario beschreibt eine moderate Entwicklung der Treibhausgasemissionen, die nach einem Anstieg in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts ab etwa 2050 absinken. Im Jahr 2100 wird ein CO_2eq-Wert von etwa 650 ppm erreicht, was einem anthropogenen Strahlungsantrieb von 4,5 W/m² im Zeitraum 1850 bis 2100 entspricht. Dieses Szenario basiert auf der Annahme, dass weltweit moderate Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden.

Im Vergleich zum vorindustriellen Niveau wird für das RCP 4.5 Szenario bis 2100 ein globaler Temperaturanstieg von etwa 2,4 °C prognostiziert. Die sommerlichen Niederschläge in Deutschland könnten um etwa 10-20 % abnehmen, wobei jedoch regionale Unterschiede bestehen bleiben. Auch die Wahrscheinlichkeit von Extremwetterereignissen wie Hitzewellen, Starkniederschlägen oder Dürren nimmt zu, allerdings in geringerem Maße als im Szenario RCP 8.5.

Extremes Szenario RCP 8.5

Das RPC 8.5 Szenario beschreibt den linearen Anstieg der Treibhausgasemissionen auf 1.370 ppm CO_2eq. im Jahr 2100, entsprechend einem anthropogenen Strahlungsantrieb von 8,5 W/m² im Zeitraum 1850 bis 2100. Dieses Szenario wird von der Wissenschaftsgemeinschaft als „sehr wahrscheinlich" eingestuft. Es prognostiziert einen Anstieg der globalen Mitteltemperatur bis zum Jahr 2100 um ca. 4,8 °C und eine Abnahme von sommerlichen Niederschlägen in Deutschland um ca. 25 % im Vergleich zum vorindustriellen Wert. Entsprechend steigt auch die Wahrscheinlichkeit, Häufigkeit und Stärke von Extremwetterereignissen.

Klimaprojektionen

Die Betrachtung der zukünftigen Klimaentwicklung erfolgte anhand der zwei Szenarien. Die Klimaprojektionen von Kennwerten wie Temperatur, Niederschlag und Klimakenntagen für diese Szenarien basieren auf physikalischen Rechenmodellen und wurden unter Verwendung des DWD Referenzensemble v2018 erstellt, eine Auswahl von regionalen Klimaprojektionen aus den Projekten EURO-CORDEX und ReKliEs-DE. Das Modellensemble für das RCP 4.5-Szenario umfasst 12 Modelle, während für das RCP 8.5-Szenario 21 Modelle zur Verfügung standen. Zur Verbesserung der räumlichen Auflösung erfolgte durch den Deutschen Wetterdienst ein Downscaling auf eine 5 km x 5 km Auflösung.

Für die Auswertung wurden innerhalb der beiden Szenarien jeweils zwei 30-jährige Zeiträume als Klimareferenzperioden betrachtet: die „nahe Zukunft" (2031-2060) und die „ferne Zukunft" (2071-2100).

Unter Berücksichtigung unterschiedlicher Modellergebnisse innerhalb der Simulationen wurde ein „Erwartungskorridor" für beide Szenarien ermittelt, welcher die potenziellen Ober- und Untergrenzen der zu erwartenden Entwicklung darstellen soll. Für die betrachteten zukünftig steigenden Klimakennwerte wurde dafür jeweils das 15. (für RCP 4.5) und das 85. Perzentil der Ergebnisse (für RCP 8.5) als untere bzw. obere Grenze dieses Korridors festgelegt. Das bedeutet, dass beim 15. Perzentil 15 % der Modelle geringere Ergebnisse oder Veränderungen zeigen, während beim 85. Perzentil 15 % der Modelle größere Ergebnisse oder Veränderungen aufweisen. Um die gewünschten Betrachtungskorridore auch für Klimakennwerte wie Frosttage und Eistage, welche sich zukünftig durch eine Verringerung auszeichnen, zu ermöglichen, wurden aufgrund der Berechnungsmethodik für diese Kennwerte die jeweils anderen Perzentile berücksichtigt (85. Perzentil für RCP 4.5 und 15. Perzentil für RCP 8.5). Im Folgenden[5] werden die prognostizierten Entwicklungen der zukünftigen Klimareferenzperioden mit den langjährigen Mittelwerten der Referenzperiode 1991 bis 2020 verglichen.

2.2 Bestandsanalyse Kreis

2.2.1 Siedlungsstruktur und Bevölkerung

Der Kreis Warendorf hat eine Fläche von insgesamt knapp 1.320 km² und gut 282.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Siedlungsstruktur ist eher klein- bis mittelstädtisch geprägt. Im Konzeptraum sind Beckum und Oelde mit 37.000 und 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern die größten Kommunen, Beelen und Everswinkel mit 6.000 bzw. 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern die kleinsten[6]. Typisch insbesondere für die kleineren Orte sind die umliegenden Bauernschaften. Das Kreisgebiet besteht zu weiten Teilen aus flachwelliger „münsterländischer Parklandschaft", welche sich wiederum in die Westfälische Bucht eingliedert. Der höchste Punkt ist der Mackenberg in Oelde mit 173 m Höhe als Teil der Beckumer Berge. In der nördlichen Hälfte des Kreises durchfließt die Ems das Gebiet von Ost nach West und tangiert dabei auf einem sehr kurzen Stück die Orte Beelen und Sassenberg und fließt durch das komplette Stadtgebiet von Telgte. Im Süden, in der Gemeinde Wadersloh, stößt das Kreisgebiet an die Lippe. Die Werse, als etwas größerer Fluss der Kategorie zweiter Ordnung, fließt von Osten nach Westen durch Beckum und Drensteinfurt, biegt hier nach Norden und mündet zwischen Münster und Telgte in die Ems. Zahlreiche weitere Bäche durchziehen die einzelnen Kommunengebiete, die lokal für Überflutungs- und Überschwemmungsereignisse relevant werden können.

Abbildung 1 macht die räumliche Aufteilung der Flächennutzung innerhalb der Kommunen im Kreis im Vergleich zum NRW-weiten Durchschnitt deutlich. Insgesamt ist erkennbar, dass der Anteil an Landwirtschaftsflächen mit 69,7 % im Kreis deutlich oberhalb des NRW-Durchschnitts von 46,7 % liegt. Dementsprechend gering fallen auch die Waldflächenanteile innerhalb der Kommunen des Kreis Warendorf aus (5,3 bis 19,7 %). In Beelen sind die Unterschiede gegenüber NRW besonders deutlich. 75 % der Fläche machen hier Landwirtschaftsflächen und 5,3 % Waldflächen aus. Ähnlich verhält es sich in Wadersloh, wobei hier auch die Gebäude- und Freiflächenanteile auch im Verhältnis zum restlichen Kreisgebiet mit 6,9 % verhältnismäßig gering sind.

[5] Jeweils kommunenspezifisch und für den Kreis in den Kapiteln „Erwarteter Klimawandel (zukünftige Entwicklung von 2031 bis 2100)
[6] Quelle für Bevölkerungszahlen und Prognosen Landesdatenbank NRW, Stand 2022

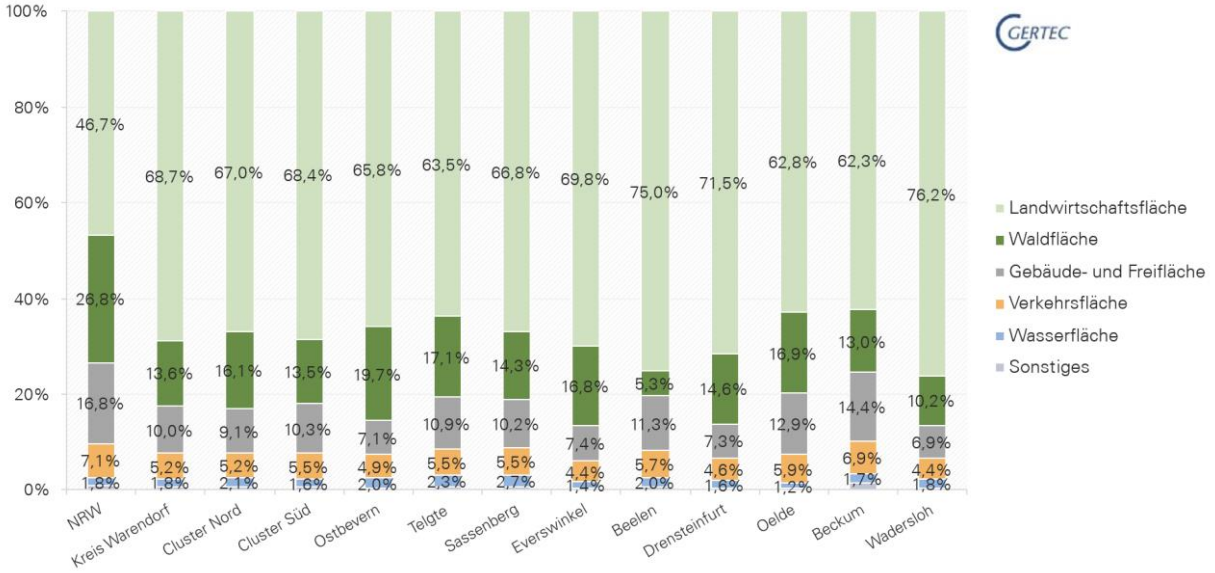


Abbildung 1 Räumliche Aufteilung der Flächennutzung innerhalb des Kreises im Vergleich (Quelle: ALKIS)

Betrachtet man die Entwicklung der Anteile der vulnerablen Gruppen (über 65-Jährige und unter 3-Jährige) bis 2045 in Abbildung 2 und Abbildung 3 wird deutlich, dass der Anteil der über 65-Jährigen zukünftig in allen Kommunen des Kreises ansteigen wird. Mit 32 % ist dieser Anteil in Drensteinfurt in 2045 am größten. Darüber hinaus ist hier über die Jahre auch mit der stärkste Anstieg der über 65-Jährigen zu verzeichnen (Zunahme um 11,5 %-Punkte). Nur in Beelen steigt der Anteil voraussichtlich noch stärker an (31,9 %-Punkte von 2022 bis 2045). Der Anteil der unter 3-Jährigen hingegen nimmt im gesamten Kreisgebiet bis 2045 kontinuierlich ab. Hier sticht Ostbevern aktuell mit einem besonders hohen Anteil von 3,5 % hervor. 2045 liegt der Anteil der unter 3-Jährigen in jeder Kommune zwischen 2 und 2,5 %.

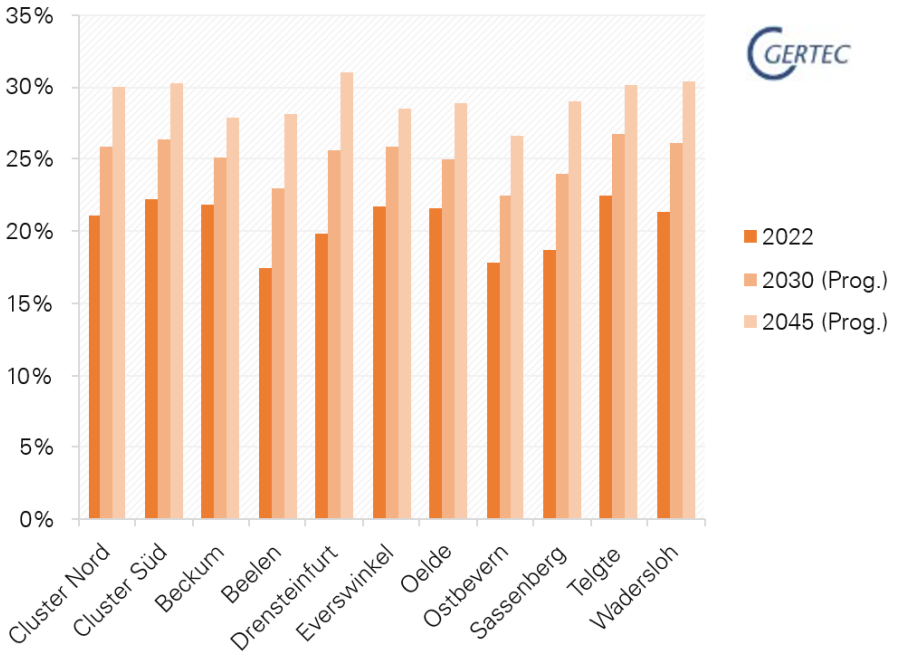


Abbildung 2 Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung (Quelle: Zensus 2022, Landesdatenbank NRW)

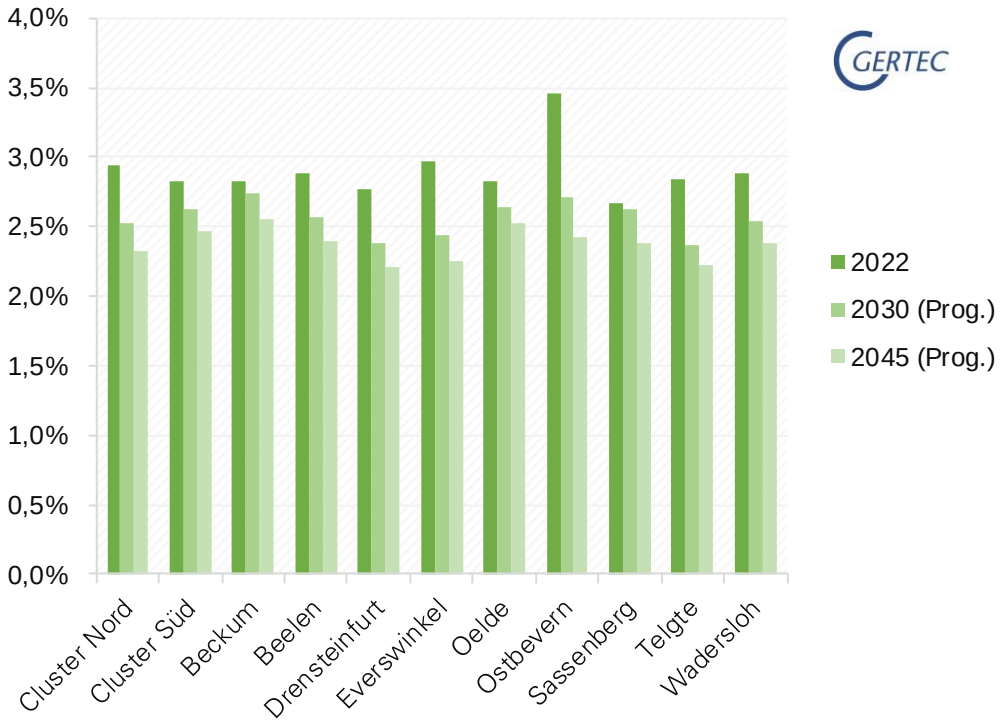


Abbildung 3 Anteil der unter 3-Jährigen an der Bevölkerung (Quelle: Zensus 2022, Landesdatenbank NRW)

2.2.2 Beobachteter Klimawandel von 1961 bis 2020[7]

Der Klimawandel der Vergangenheit und der Zukunft wird vor allem anhand der Klimaelemente Temperatur, Niederschlag und Trockenheit deutlich, weswegen diese in den nachfolgenden Kapiteln für den Kreis dargestellt werden. Detailliertere Betrachtungen befinden sich in den Kapiteln für die einzelnen Kommunen.

2.2.2.1 Temperatur

Der Vergleich der mittleren Lufttemperatur in den Referenzperioden von 1961 bis 1990 und 1991 bis 2020 zeigt einen Anstieg der Temperatur um bis zu 1 °C (ca. 11,1 %) (vgl. Tabelle 1). Noch deutlichere Änderungen sind bei den Tagen mit Extremtemperaturen innerhalb der unterschiedlichen Jahreszeiten zu sehen. Die Anzahl heißer Tage pro Jahr mit Temperaturen über 30 °C ist in den Jahren von 1991-2020 gegenüber 1961-1990 um vier Tage angestiegen, was einer Zunahme von 91,7 % entspricht. Die Anzahl der Sommertage (über 25 °C) ist um 11 Tage angestiegen, was eine Zunahme um 42,3 % bedeutet. Zudem hat sich die Sonnenscheindauer um bis zu 109 Stunden pro Jahr (7,4 %) erhöht (vgl. Tabelle 2). Demgegenüber reduzierte sich die Häufigkeit der Frost- und Eistage im gleichen Zeitraum um 8 bzw. um 5 Tage pro Jahr, was mit dem bereits bemerkten Anstieg der Lufttemperaturen einhergeht. Höhere Temperaturen führen zu einem Anstieg der Verdunstung und des Wasserdampfgehalts der Luft (gemäß Clausius-Clapeyron-Gleichung je 1 °C-Temperaturzunahme um bis zu 7 %)[8], was als ursächlich für die veränderten Niederschlagsmuster (z. B. erhöhte Wahrscheinlichkeit Starkregen, vgl. Kapitel 2.2.2.1) angesehen werden kann.

[7] Für eine einfacherer Lesbarkeit werden in den Tabellen in diesem Kapitel in der Regel gerundete Werte dargestellt. Da die Werte der prozentualen Änderung anhand der ungerundeten Ausgangswerte berechnet wurden, können diese von den Ergebnissen einer Nachberechnung anhand der dargestellten gerundeten Werte (teilweise stark) abweichen.

[8] Helmholtz Klima Dialogplattform: https://www.helmholtz-klima.de/klimafakten/behauptung-der-zusammenhang-von-extremwettern-und-klimawandel-ist-nicht-eindeutig-belegt#:~:text=Zudem%20beeinflussen%20warme%20Temperaturen%20die%20Verdunstung:%20Je,mehr%20Wasser%20in%20der%20Atmosph%C3%A4re%20bedeutet%20schlicht%2CJ)

Eine Betrachtung der Abweichungen der Jahresmitteltemperaturen im Zeitraum 1960 bis 2024 vom langjährigen Mittel der Klimanormalperiode 1961-1990 macht deutlich, dass sowohl die Anzahl der Temperaturabweichungen nach oben als auch die Höhe der Abweichungen in den letzten Jahren stetig zugenommen haben (vgl. Abbildung 4). So wurde seit dem Jahr 2019 bereits viermal eine Jahresmitteltemperatur erreicht, welche mindestens 2 °C über dem langjährigen Mittel lag (2020: 11,5 °C, 2022: 11,6 °C, 2023: 11,6 °C, 2024: 11,8 °C). Die Betrachtung der Jahresmitteltemperaturen über die Zeitreihe von 1961 bis 2024 als 11-jähriges gleitendes Mittel macht darüber hinaus den kontinuierlich steigenden Temperaturtrend seit etwa 1981 deutlich.

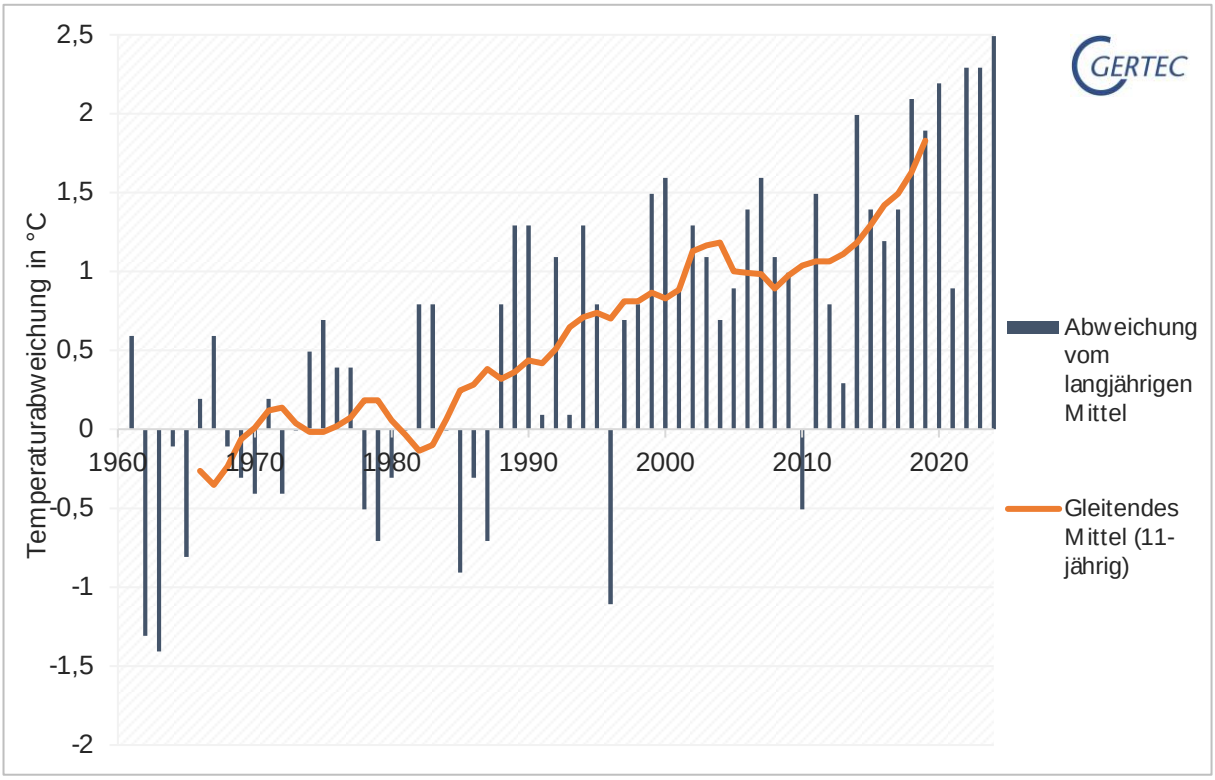


Abbildung 4 Abweichung der jährlichen Temperaturen (Zeitraum 1960-2024) vom langjährigen Mittel der Klimanormalperiode 1961-1990 im Kreis Warendorf (Quelle: LANUV, DWD)

	1961-1990	1971-2000	1981-2010	1991-2020	Änderung 1991-2020 gegenüber 1961-1990
Mittlere Temperatur [°C]	9,3	9,6	9,9	10,3	1 (11,1 %)
Eistage (ganztäglich < 0 °C)	14	11	11	9	-5 (-38,8 %)
Frosttage (teilweise < 0 °C)	64	58	59	56	-8 (-12,2 %)
Sommertage (> 25 °C)	27	30	34	38	11 (42,3 %)
Heiße Tage (> 30 °C)	4	6	7	8	4 (91,7 %)

Tabelle 1 Temperaturveränderungen und Indikatorkennwerte von 1961 bis 2020 im Kreis Warendorf (Quelle: LANUV, DWD)

	1961-1990	1971-2000	1981-2010	1991-2020	Änderung 1991-2020 gegenüber 1961-1990
Sonnenscheindauer gesamt [h]	1476	1488	1519	1586	109 (7,4 %)

Tabelle 2 Jährliche Sonnenscheindauer von 1961 bis 2020 im Kreis Warendorf (Quelle: LANUV, DWD)

Niederschlag

Der Vergleich der durchschnittlichen, jährlichen Niederschlagsmenge der Referenzperioden von 1961 bis 1990 sowie von 1991 bis 2020 im Kreis Warendorf zeigt insgesamt eine sehr leichte Zunahme von etwa 0,2 % (vgl. Tabelle 3). Diese Niederschlagszunahme fand hauptsächlich in den Winterhalbjahren statt (+8,2 %), wohingegen der Sommerniederschlag bis zur aktuellen Referenzperiode (1991 bis 2020) um 6,7 % abgenommen hat. Die Starkniederschlagstage mit insgesamt mehr als 10 mm bzw. 20 mm pro Tag innerhalb eines Jahres haben um jeweils 1 Tag zugenommen. Die Starkniederschlagstage mit über 30 mm pro Tag haben dagegen stagniert. Die Entwicklung deutet darauf hin, dass sich die Niederschläge stärker auf einzelne, intensivere Ereignisse konzentrieren, während längere Trockenphasen im Sommer wahrscheinlicher werden.

	1961-1990	1971-2000	1981-2010	1991-2020	Änderung 1991-2020 gegenüber 1961-1990
Niederschlagssumme gesamt [mm]	764	763	803	765	1 (0,2 %)
Niederschlagssumme Winterhalbjahr [mm]	365	382	410	395	30 (8,2 %)
Niederschlagssumme Sommerhalbjahr [mm]	399	382	394	372	-27 (-6,7 %)
Niederschlagstage gesamt > 10 mm/Tag	19	19	20	20	1 (5,3 %)
Niederschlagstage gesamt > 20 mm/Tag	3	3	4	4	1 (33,3 %)
Niederschlagstage gesamt > 30 mm/Tag	1	0	1	1	0 (0,0 %)

Tabelle 3 Niederschlagsveränderungen und Indikatorkennwerte von 1961 bis 2020 im Kreis Warendorf (Quelle: LANUV, DWD)

2.2.2.3 Trockenheit

In Abbildung 5 ist die Bodenfeuchte anhand des Bodenfeuchteindex (SMI, soil moisture index) dargestellt. Dürre ist als SMI kleiner 0,2 definiert. Die Abbildung zeigt eine deutliche Zunahme der Abfolge von Dürrejahren im Kreis Warendorf. Von den insgesamt 7 Jahren mit einem SMI-Jahresmittelwert von unter 0,2 seit 1960 sind vier Dürrejahre in den letzten vier Jahren dieser Zeitreihe zu beobachten. Für die Jahre 2019 und 2022 konnte jeweils ein SMI von 0,05 bzw. 0,04 und damit extreme Dürre festgestellt werden.

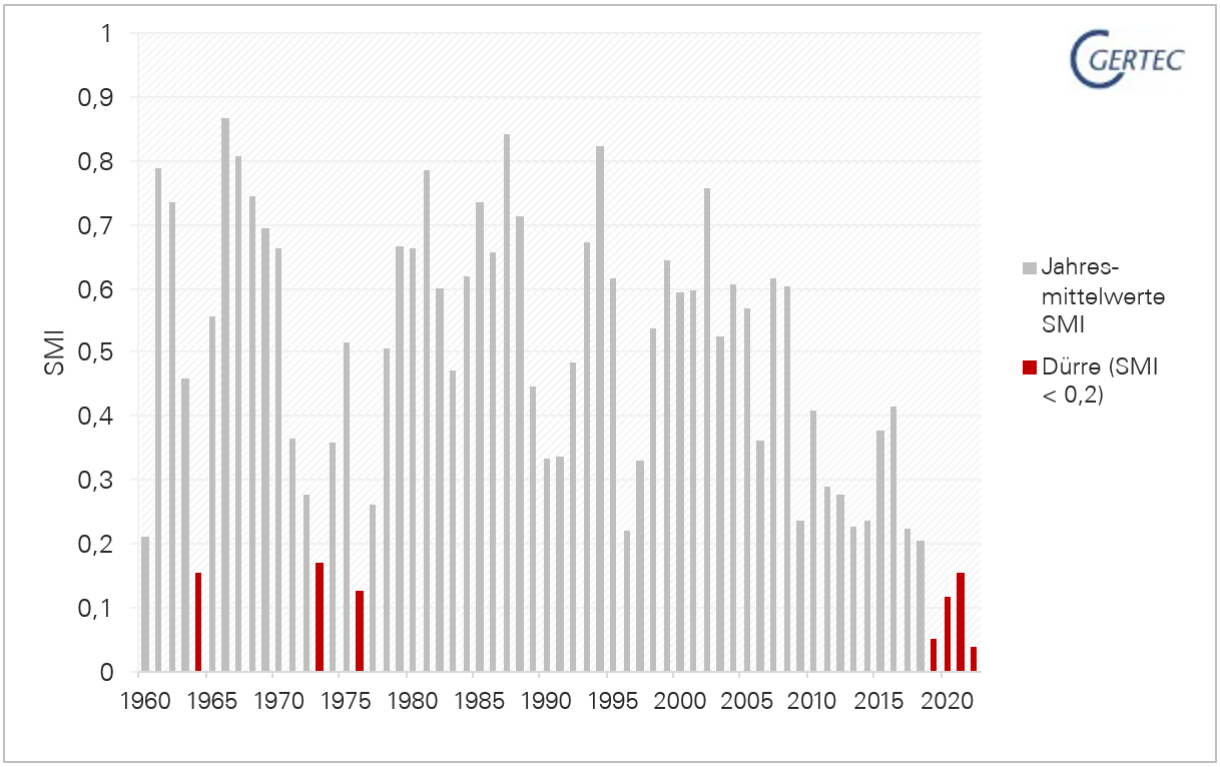


Abbildung 5 SMI-Jahresmittelwerte und Dürrejahre mit SMI < 0,2 im Kreis Warendorf (Quelle: UFZ Dürremonitor)

2.2.2.4 Ausgewählte markante Wetterereignisse der letzten 25 Jahre

Die nachfolgende Tabelle 4 zeigt ausgewählte, markante Wetterereignisse im Kreis Warendorf bzw. im regionalen Umfeld, die die in den Vorkapiteln genannten Zahlen und Kenntage verbildlichen.

Datum	Was	Link	Wo	Kommentar
Sommer 2003	Hitze	Jahrhundertsommer	Kreisweit	„Jahrhundertsommer"
01.11.2005	Schnee	Schneechaos	Münsterland	
18.01.2007	Orkan „Kyrill"	10 Jahre nach Orkan Kyrill	NRW	
10.08.2007	Hochwasser		mehrere Stellen im Kreisgebiet	Werse, Axtbach
22.08.2007	Hochwasser		mehrere Stellen im Kreisgebiet	Werse, Axtbach
10.01.2011	Hochwasser		Albersloh, Everswinkel, K13 Möhlerstr.	Werse, Ems, Bever
12.08.2015	Starkregen	Starkregen in Oelde	Oelde, Kernstadt	Axtbach
18.01.2018	Orkan „Friederike"	Sturmschäden an Pflaumenallee in Beckum beseitigt	Beckum	
Sommer 2018	Hitze	Wetterkapriolen gehören zu unserem Betriebsrisiko	Kreisweit	
Sommer 2019	Hitze		Kreisweit	

09.02.2020	Orkan „Sabine"	Orkantief Sabine löst am 09./10. Februar 2020 (dwd.de)	Kreisweit	
23.10.2020	Unwetter	Bilanz des Unwetters	Beckum	
01.07.2021	Starkregen	Starkregen im Münsterland	Kreisweit, vor allem Beckum, Wadersloh	
Sommer 2022	Hitze / Dürre			
12.09.2023	Starkregen	Großeinsatz wegen Hochwasser in Oelde	Oelde, Beckum, A2 überflutet	
13.09.2023	Starkregen	In der Spitze 270 Kräfte im Einsatz | Stadt Beckum	Beckum, Vellern	Stichelbach
Herbst/Winter 2023/24	Hochwasser	Das Weihnachtshochwasser 2023	Warendorf, Wadersloh und Telgte	Ems 4.50 m, Weihnachtshochwasser
13.07.2024	Tornado	Unwetter: Tornado in Telgte	Telgte, Sendenhorst	
13.08.2024	Hitze	Rekordverdächtige 36,2 Grad in Ostenfelde gemessen	Ostenfelde	36,2 Grad
Frühjahr 2025	Dürre	Trockenheit macht Landwirten im Kreis Warendorf zu schaffen	Kreisweit, Ostbevern	inkl. Waldbrand Tatenhausener Weg

Tabelle 4 Ausgewählte markante Wetterereignisse der letzten 25 Jahre im Kreis Warendorf

2.2.3 Erwarteter Klimawandel (zukünftige Entwicklung von 2031 bis 2100)

Zukünftige Veränderungen des Klimas lassen sich auf Grund verfügbarer Daten vor allem über die Klimaelemente Temperatur und Niederschlag abbilden, weswegen diese in den nachfolgenden Kapiteln beleuchtet und mit der letzten gültigen Klimanormalperiode verglichen werden.

2.2.3.1 Temperatur

Die prognostizierten Temperaturdaten für den Kreis Warendorf in Tabelle 5 zeigen einen klaren Erwärmungstrend über das 21. Jahrhundert hinweg, mit deutlichen Unterschieden zwischen den Szenarien RCP 4.5 und RCP 8.5. Bereits im moderaten Szenario RCP 4.5 steigt die mittlere Temperatur bis zum Ende des Jahrhunderts von aktuell 10,3 °C auf 11 °C, während im RCP 8.5-Szenario ein drastischer Anstieg auf 14 °C prognostiziert wird. Diese Entwicklung verdeutlicht eine zunehmende Belastung durch Hitze, insbesondere im RCP 8.5-Szenario. Abbildung 6 macht den Unterschied zwischen den Szenarien grafisch deutlich.

	1991-2020	2031-2060 RCP 4.5	2071-2100 RCP 4.5	2031-2060 RCP 8.5	2071-2100 RCP 8.5
Mittlere Temperatur [°C]	10,3	10,4	11,0	11,8	14,0

Tabelle 5 Prognostizierte Entwicklung der Temperaturveränderung von 2031 bis 2100 für RCP 4.5 und RCP 8.5 im Kreis Warendorf (Quelle: LANUK, DWD)

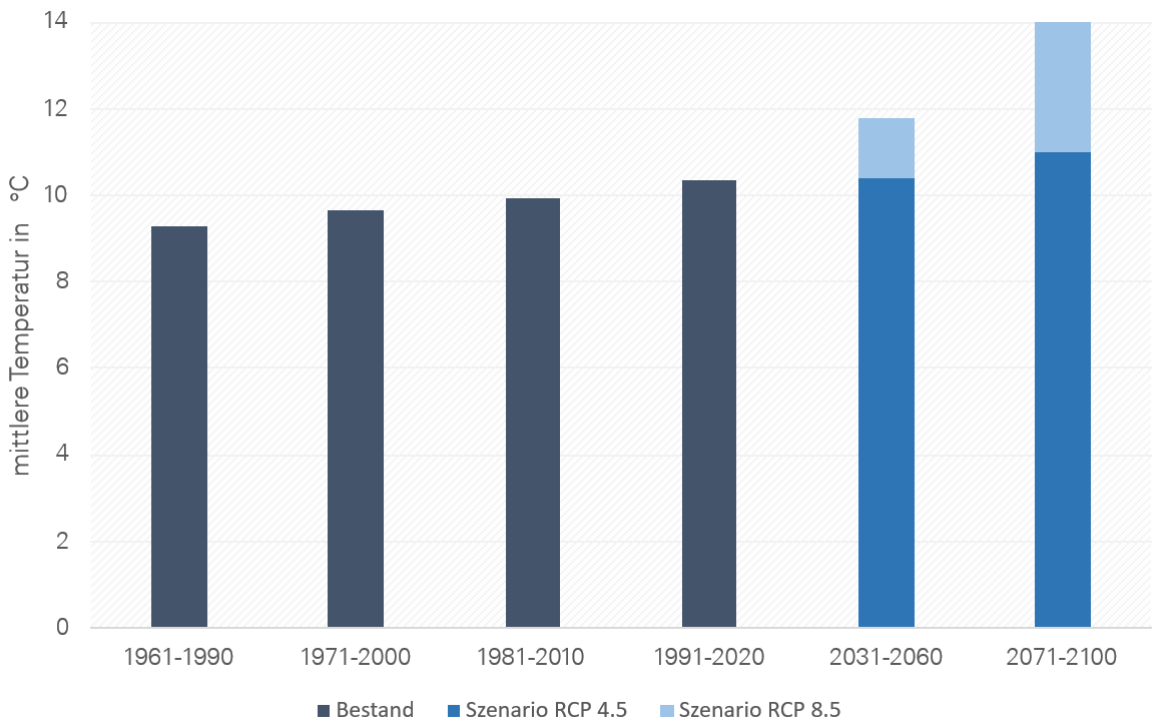


Abbildung 6 Temperaturverlauf innerhalb des Kreis Warendorf über die Klimareferenzperioden 1961-1990 bis 2071-2100 unterteilt nach RCP-Szenarien

2.2.3.2 Niederschlag

Tabelle 6 zeigt die prognostizierten Entwicklungen der langjährigen Mittel der Niederschlagsmengen für die Szenarien RCP 4.5 und RCP 8.5. Betrachtet werden das 15. Perzentil für RCP 4.5 und das 85. Perzentil für RCP 8.5.

Die prognostizierte Entwicklung der Niederschlagsmengen zeigt ein differenziertes Bild in Abhängigkeit vom Zeitraum und vom gewählten Emissionsszenario. Die jährliche Gesamtniederschlagsmenge steigt deutlich von derzeit 765 mm (1991-2020) auf bis zu 883 mm im Zeitraum 2071-2100 unter dem RCP 8.5-Szenario (85. Perzentil).

	1991-2020	2031-2060 RCP 4.5	2071-2100 RCP 4.5	2031-2060 RCP 8.5	2071-2100 RCP 8.5
Niederschlagssumme gesamt [mm]	765	773	764	865	883

Tabelle 6 Prognostizierte Entwicklung der Niederschlagsveränderung von 2031 bis 2100 für RCP 4.5 und RCP 8.5 im Kreis Warendorf (Quelle: LANUK, DWD)

Weitere relevante Indikatorwerte zur zukünftigen Entwicklung des Klimas werden in den folgenden Kapiteln jeweils kommunenscharf betrachtet.

2.3 Bestandsanalyse Stadt Beckum

2.3.1 Siedlungsstruktur und Bevölkerung

Beckum befindet sich im südlichen Teil des Warendorfer Kreisgebiets. Mit 36.647 Einwohnerinnen und Einwohnern[9] (Stand 2022) ist Beckum die bevölkerungsreichste der im Konzept betrachteten Kommunen[10].

Landwirtschaftsflächen dominieren einen Großteil der kommunalen Flächen und nehmen insbesondere das äußere Gebiet ein. Waldflächen sind nur sehr kleinteilig vorhanden. Größere zusammenhängende Flächen finden sich vor allem im Süden und Norden. Die kompakte, dicht bebaute Siedlungsfläche konzentriert sich zentral. Mit Neubeckum gibt es darüber hinaus ebenfalls im Norden größere Gebäude- und Freiflächen. Im Norden und Osten von Beckum sind große Bereiche mit Sonstiger Nutzung erkennbar. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Steinbrüche, welche teilweise bereits auch einige Wasserflächen abbilden. Weitere Wasserflächen (teilweise in ehemaligen Steinbrüchen) finden sich punktuell verteilt, vor allem zwischen Beckum und Neubeckum entlang größerer Grünzüge und östlich des Hauptsiedlungsbereichs von Beckum. Die räumliche Struktur zeigt ein klares Zentrum-Peripherie-Muster. Die räumliche Aufteilung der Nutzungsarten in Beckum ist in Abbildung 7 dargestellt.

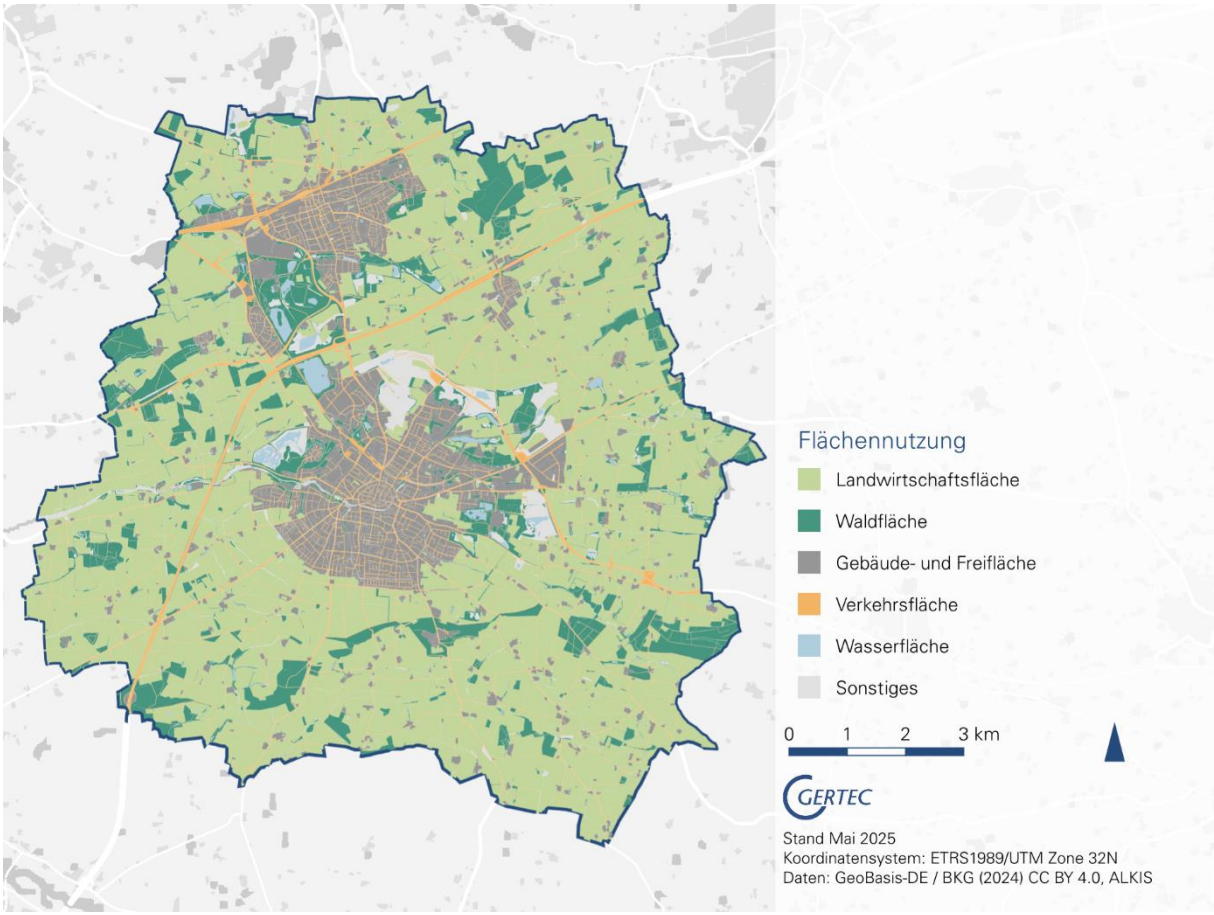


Abbildung 7 Räumliche Aufteilung der Flächennutzung in Beckum (Quelle: ALKIS)

Abbildung 8 verdeutlicht zusätzlich den Versiegelungsgrad innerhalb der Kommune. Hohe Versiegelungsgrade konzentrieren sich vor allem auf den zentralen Siedlungsbereich, wo auch die größte Dichte an Gebäuden und

[9] Landesdatenbank NRW, Stand 2022
[10] Größte Kommune im Kreis ist Ahlen.

Straßenflächen vorhanden ist. Gerade im Bereich der Gewerbeflächen nordwestlich von Beckum und südlich von Neubeckum sind besonders hohe Versiegelungsgrade erkennbar. Aber auch das unmittelbare Stadtzentrum von Beckum fällt mit höheren Versiegelungsraten auf.

Überwiegende Teile der Kommune, insbesondere die großflächigen landwirtschaftlichen Nutzungen und Waldflächen, weisen darüber hinaus keine oder nur sehr geringe Versiegelung auf. Es wird jedoch auch deutlich, dass Einzelgebäude oder Gehöfte im Außenbereich für sich genommen sehr hohe Versiegelungsgrade mit entsprechenden Hitzeproblematiken aufweisen.

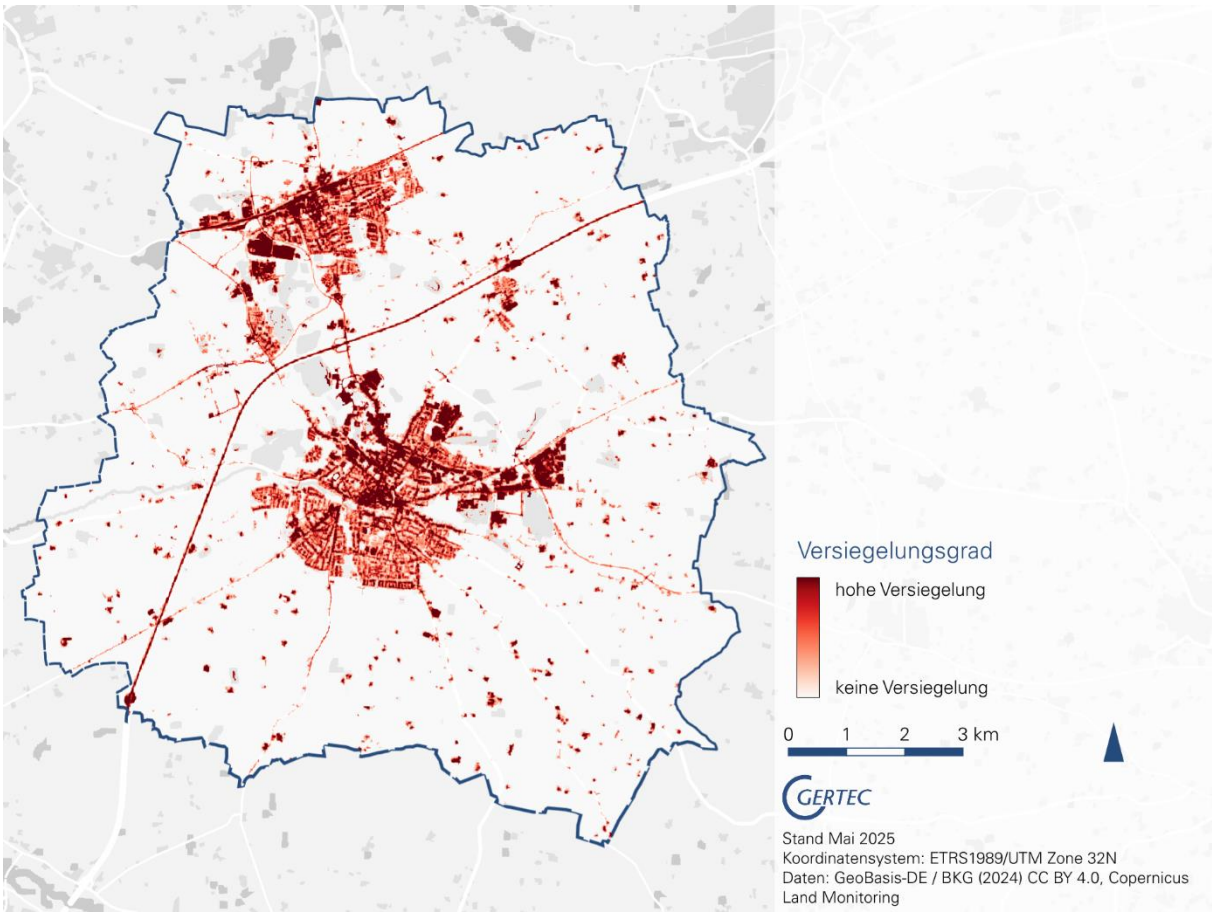


Abbildung 8 Flächenversiegelung in Beckum (Quelle: Copernicus Land Monitoring)

Die Abbildung 9 zeigt die Verteilung der Klimatope innerhalb von Beckum. Freilandklima dominiert den überwiegenden Teil des äußeren Stadtgebiets. Insbesondere im Westen, Süden und Osten sind größere zusammenhängende Freilandbereiche erkennbar. Die Waldklimabereiche treten ebenfalls verstärkt in den Randlagen auf, mit Schwerpunkten im Norden und Süden, wo größere Waldflächen vorhanden sind. Innerhalb des Siedlungsgebiets sind die Übergänge deutlich: Die Vorstadtklimabereiche bilden einen Gürtel um die dichte Stadtstruktur. Das Stadtrandklima und das Stadtklima konzentrieren sich um das zentrale Siedlungsgebiet. Das Innenstadtklima, welches besonders wärmebelastet ist, ist nur kleinflächig in den Zentrenlagen der beiden Ortsteile zu finden. Größere zusammenhängende Bereiche mit Gewerbe- und Industrieklima liegen hauptsächlich entlang der Verkehrsachsen im Südwesten von Neubeckum und im Nordosten von Beckum.

Besonders positiv wirken sich innerstädtische Grünflächen mit kühlendem Mikroklima aus, die punktuell in der Siedlungsstruktur verteilt sind, etwa im Westen in Nähe der Gewässer. Die Gewässer- und Seenklimabereiche

sind überwiegend kleinflächig, befinden sich aber ebenfalls im westlichen Stadtgebiet und wirken lokal klimaregulierend. Insgesamt zeigt sich ein klassisches Stadt-Umland-Klimamuster mit zunehmender Wärmebelastung zum Zentrum hin und kühlenden Einflussfaktoren in den Randbereichen.

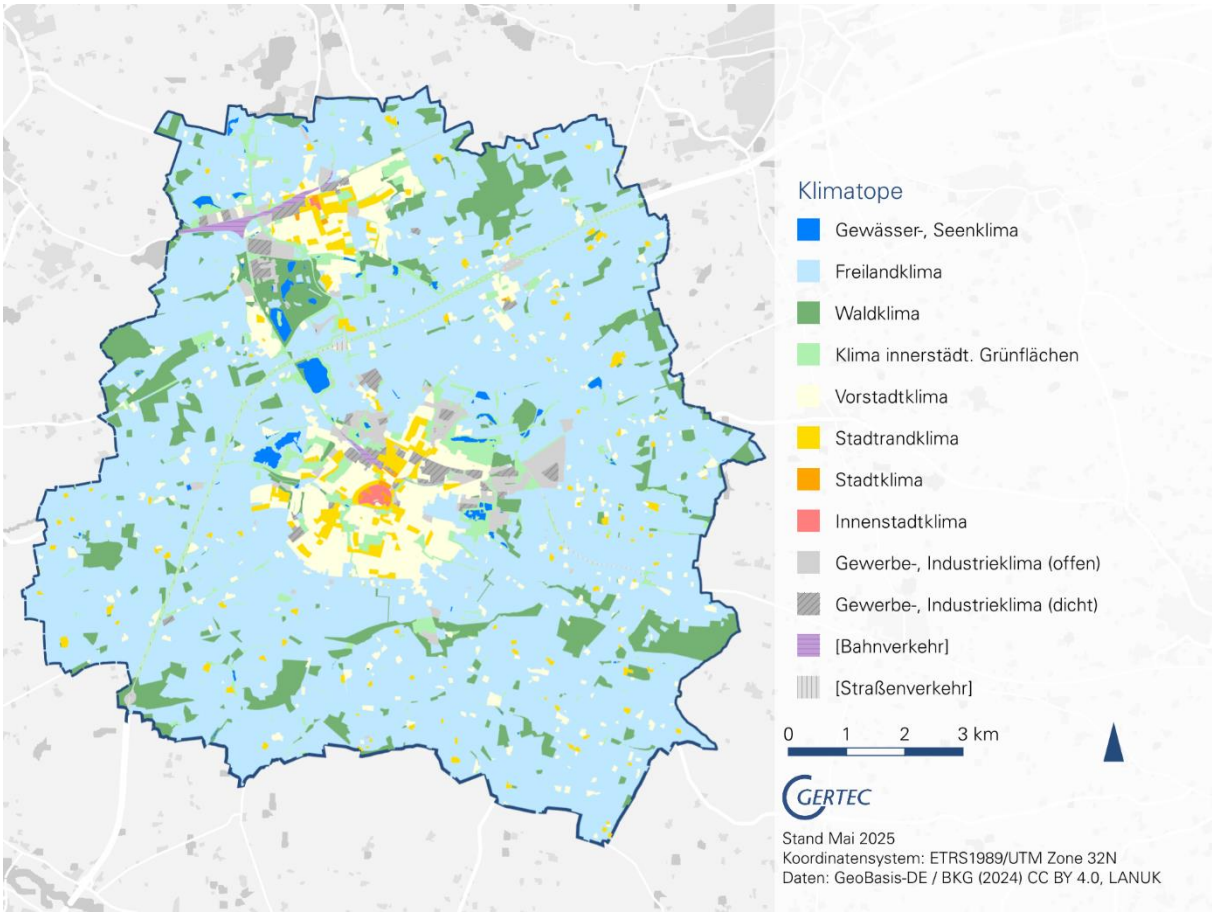


Abbildung 9 Klimatope in Beckum (Quelle: Klimaatlas NRW[11])

Die Analyse der Bevölkerungsstruktur zeigt deutliche räumliche Unterschiede innerhalb des Stadtgebiets. Die Bevölkerungsdichte folgt insgesamt einem typischen Muster: Sie nimmt zum Stadtzentrum hin deutlich zu und erreicht dort ihr Maximum mit etwa 7.580 Einwohnenden pro km², während die äußeren Stadtbereiche deutlich geringer besiedelt sind (vgl. Abbildung 10).

Abbildung 11 zeigt den Anteil der über 65-Jährigen im Stadtgebiet. Es wird deutlich, dass gerade in den dünn besiedelten Außenbereichen der Anteil nicht selten bei mindestens 50 % liegt, im Südosten häufig bei über 80 %. Darüber hinaus fällt auf, dass der Anteil der über 65-Jährigen im südlichen Teil der Stadt Beckum insgesamt höher ausfällt als im nördlichen Siedlungsgebiet. Besonders auffällig ist zudem das hohe Durchschnittsalter in der Siedlung Vellern im Nordosten sowie in den Bereichen westlich von Neubeckum. Grundsätzlich lässt sich jedoch beobachten, dass innerhalb der beiden großen Siedlungskerne die Bevölkerung im Durchschnitt jünger ist als in den peripheren Lagen (vgl. Abbildung 12).

[11] Die Darstellung des Stadtrandklimas im Bereich der Wohngebiete südlich des Siedlungskerns ist durch Änderungen der Flächennutzung während der Analyse fehlerhaft.

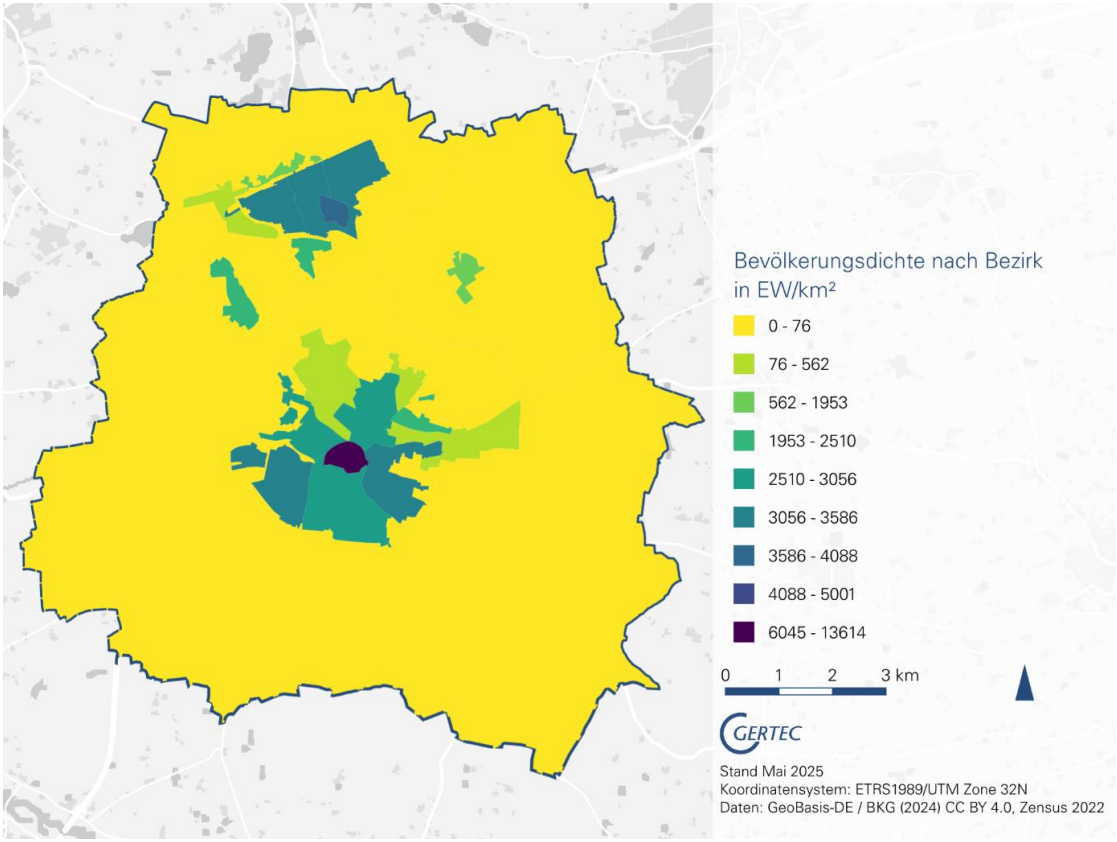


Abbildung 10 Bevölkerungsdichte nach Bezirk in Beckum (Quelle: Zensus 2022)

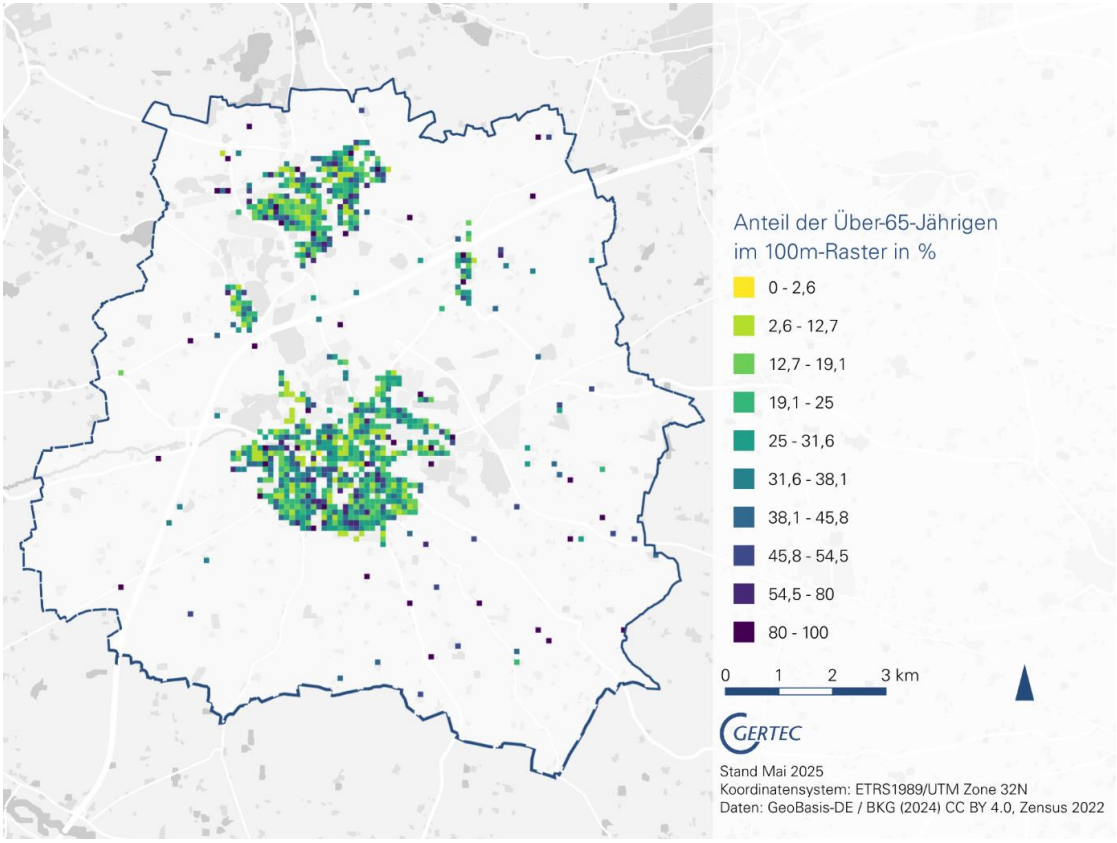


Abbildung 11 Anteil der Über-65-Jährigen im 100 m-Raster in Beckum (Quelle: Zensus 2022)

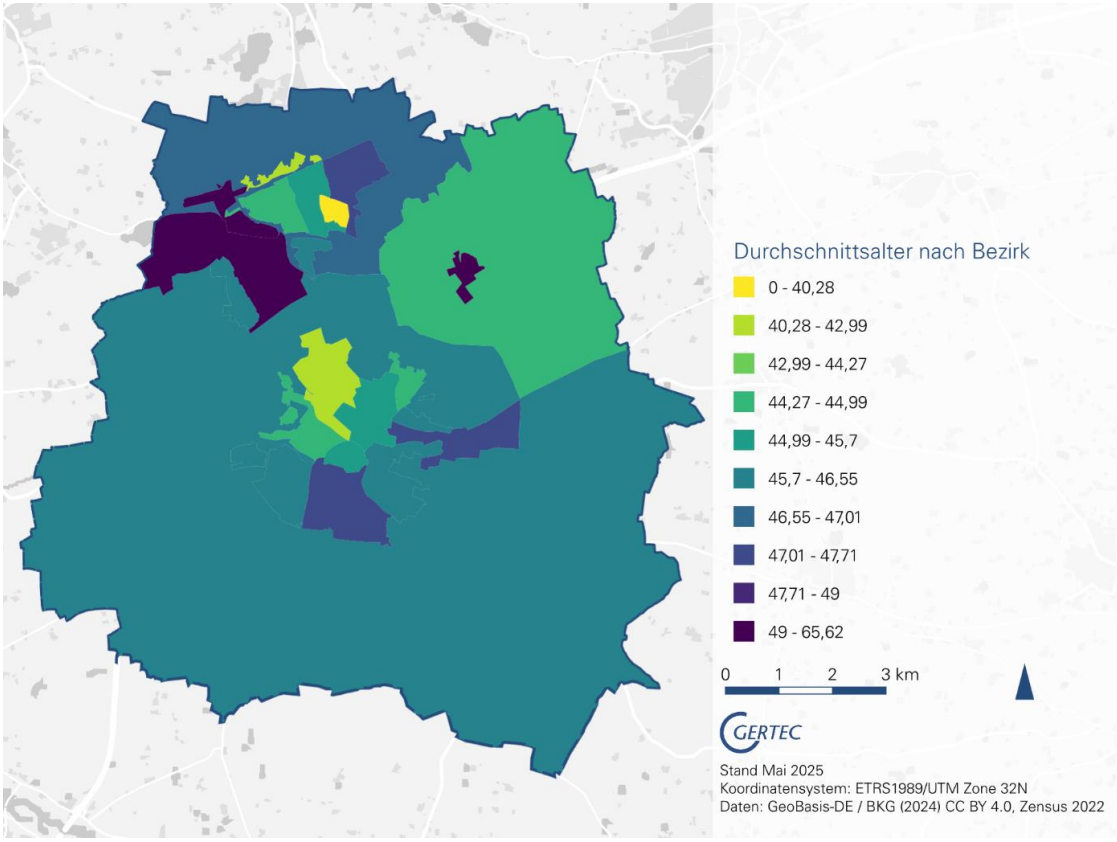


Abbildung 12 Durchschnittsalter der Bevölkerung in Beckum (Quelle: Zensus 2022)

2.3.2 Beobachteter Klimawandel von 1961 bis 2020[12]

Der Klimawandel der Vergangenheit wird vor allem anhand der Kenngrößen Temperatur und Niederschlag deutlich, weswegen diese in den nachfolgenden Kapiteln detailliert dargestellt werden. Sekundäre Klimaparameter, die aussagekräftig für bereits auftretende Be- oder Entlastungen sind, wie Dürreempfindlichkeit von Acker- oder Grünland, Grundwasserneubildung und Kaltluftströme werden ebenfalls analysiert.

2.3.2.1 Temperatur

Tabelle 7 macht deutlich, dass es in Beckum in den vergangenen Jahrzehnten bereits einen deutlichen Temperaturanstieg gegeben hat. Die durchschnittliche Jahrestemperatur erhöhte sich von 9,1 °C im Zeitraum 1961-1990 auf 10,2 °C in der Referenzperiode 1991-2020, was einem Anstieg um etwa 1 °C bzw. 11,5 % entspricht. Parallel dazu ging die Anzahl der Eistage deutlich zurück (-34,1 %), ebenso die Zahl der Frosttage (-15 %). Damit einher geht ein starker Zuwachs an warmen Tagen. Die Zahl der Sommertage stieg um 40,1 % von 27 auf 37 Tage im Jahr, die der heißen Tage hat sich im zeitlichen Verlauf sogar fast verdoppelt. Auch die in Tabelle 8 dargestellte Sonnenscheindauer zeigt einen positiven Trend mit einem Anstieg von 8,6 % gegenüber der Vergleichsperiode 1961-1990. Insgesamt verdeutlichen die Daten die Zunahme von Hitzeperioden und den gleichzeitigen Rückgang winterlicher Kälteereignisse als eindeutige Folge des Klimawandels.

[12] Für eine einfacherer Lesbarkeit werden in den Tabellen in diesem Kapitel in der Regel gerundete Werte dargestellt. Da die Werte der prozentualen Änderung anhand der ungerundeten Ausgangswerte berechnet wurden, können diese von den Ergebnissen einer Nachberechnung anhand der dargestellten gerundeten Werte (teilweise stark) abweichen.

	1961-1990	1971-2000	1981-2010	1991-2020	Änderung 1991-2020 gegenüber 1961-1990
Mittlere Temperatur [°C]	9,1	9,4	9,7	10,2	1 (11,5 %)
Eistage (ganztäglich < 0 °C)	15	12	12	10	-5 (-34,1 %)
Frosttage (teilweise < 0 °C)	69	63	63	58	-10 (-15,0 %)
Sommertage (> 25 °C)	27	29	33	37	11 (40,1 %)
Heiße Tage (> 30 °C)	4	6	7	8	4 (93,4 %)

Tabelle 7 Temperaturveränderungen und Indikatorkennwerte von 1961 bis 2020 in Beckum (Quelle: LANUV, DWD)

	1961-1990	1971-2000	1981-2010	1991-2020	Änderung 1991-2020 gegenüber 1961-1990
Sonnenscheindauer gesamt [h]	1473	1496	1518	1600	126 (8,6 %)

Tabelle 8 Jährliche Sonnenscheindauer von 1961 bis 2020 in Beckum (Quelle: LANUV, DWD)

2.3.2.2 Niederschlag

Die in Tabelle 9 dargestellten Niederschlagsdaten für Beckum zeigen insgesamt ein stabiles, jedoch innerhalb des Jahres ungleich verteiltes Muster. Die jährliche Gesamtniederschlagsmenge ist seit 1961 quasi unverändert. Es fällt allerdings eine deutliche Verschiebung zwischen den Jahreszeiten auf. Im Winterhalbjahr fiel in der Referenzperiode 1991–2020 knapp 8 % mehr Niederschlag als noch im Zeitraum 1961–1990, während im zeitlichen Verlauf innerhalb des Sommerhalbjahrs ein Rückgang um rund 6 % zu verzeichnen ist. Gleichzeitig hat die Zahl der Tage mit Tagesniederschlagsmengen über 10 mm bzw. 20 mm zugenommen, während die Häufigkeit von extremen Starkregenereignissen mit mehr als 30 mm Niederschlag nahezu unverändert geblieben ist. Die Wahrscheinlichkeit längerer Trockenperioden im Sommer kann damit insgesamt zunehmen, da sich der Jahresniederschlag vermehrt auf kürzere, aber dafür intensivere Ereignisse konzentriert.

	1961-1990	1971-2000	1981-2010	1991-2020	Änderung 1991-2020 gegenüber 1961-1990
Niederschlagssumme gesamt [mm]	809	808	852	810	1 (0,1 %)
Niederschlagssumme Winterhalbjahr [mm]	385	401	431	416	31 (7,9 %)
Niederschlagssumme Sommerhalbjahr [mm]	424	407	421	396	-27 (-6,4 %)
Niederschlagstage gesamt > 10 mm/Tag	20,4	-	-	21,1	0,7 (3,3 %)
Niederschlagstage gesamt > 20 mm/Tag	4,0	-	-	5,0	1 (25,5 %)
Niederschlagstage gesamt > 30 mm/Tag	1,0	-	-	1,0	0 (0,0 %)

Tabelle 9 Niederschlagsveränderungen und Indikatorkennwerte von 1961 bis 2020 in Beckum (Quelle: LANUV, DWD)

2.3.2.3 Weitere Klimaparameter

Abbildung 13 und Abbildung 14 zeigen die Empfindlichkeit gegenüber Dürre von Ackerland und Grünland innerhalb der Kommune auf. Insgesamt wird deutlich, dass Acker- und Grünland unter Berücksichtigung des Gesamtwasserhaushalts des Bodens in Beckum durchaus dürreempfindlich sind. Grünland ist hier aufgrund einer geringeren Durchwurzelungstiefe noch deutlicher betroffen. Auffällig ist die sehr hohe Dürreempfindlichkeit für Acker- als auch Grünland am südwestlichen Stadtgebietsrand. Anstehender Lehmboden kann hier die Wasserverfügbarkeit für Pflanzen beeinträchtigen.

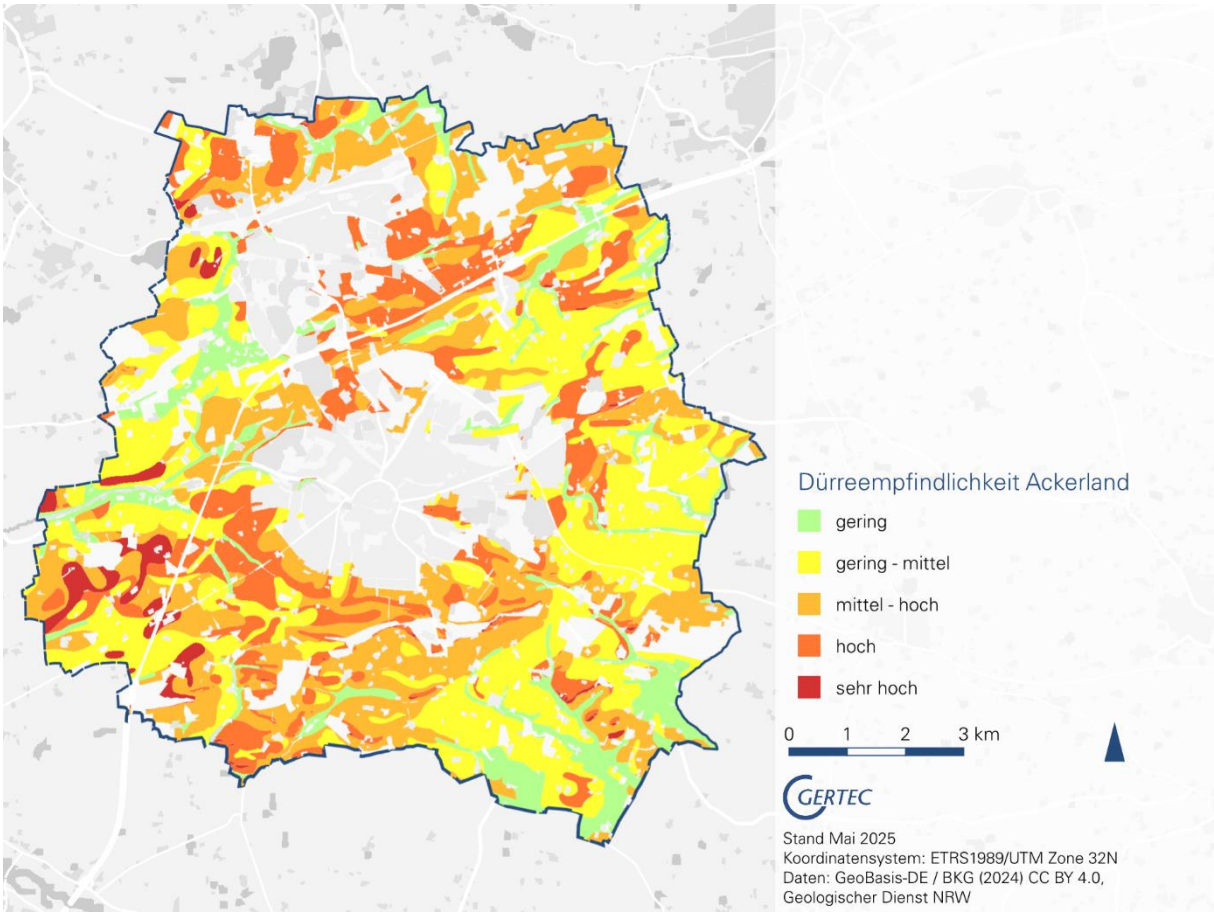


Abbildung 13 Dürreempfindlichkeit von Ackerland in Beckum (Quelle: Geologischer Dienst NRW)

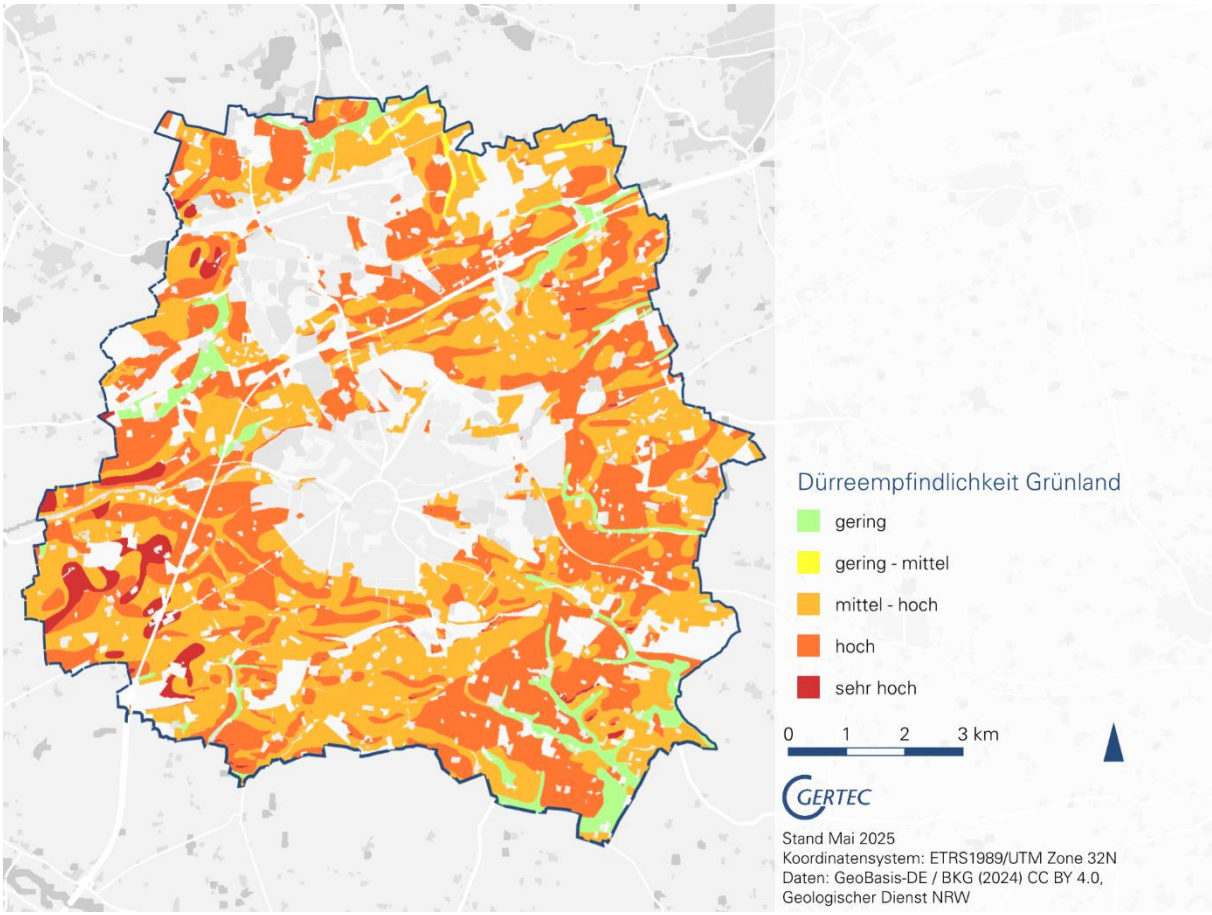


Abbildung 14 Dürreempfindlichkeit von Grünland in Beckum (Quelle: Geologischer Dienst NRW)

Die räumliche Darstellung der Grundwasserneubildung im Stadtgebiet von Beckum wird in Abbildung 15 für die Klimanormalperioden 1981-2010 und 1991-2020 sowie für den Zeitraum 2011-2020 dargestellt.

Die Abbildung macht die Abweichungen innerhalb der Dekade von 2011-2020 gegenüber der Referenzperiode 1991-2020 und der Referenzperiode 1981-2010 deutlich. Es ist erkennbar, dass die Grundwasserneubildung über die dargestellten Zeiträume beständig zurückgegangen ist. Gerade innerhalb des letzten Jahrzehnts ist die jährliche Grundwasserneubildungsrate nahezu auf dem gesamten Stadtgebiet auf etwa 50-100 mm/a zurückgegangen. Zusätzlich hat die Grundwasserzehrung gerade im Südosten und Nordwesten des Stadtgebiets deutlich zugenommen. Klimawandelbedingte erhöhte Temperaturen haben in dieser Zeit zu erhöhter Evaporation (Verdunstung) geführt, was in Kombination mit veränderten Niederschlagsmustern geringere Grundwasserneubildung zur Folge hat.

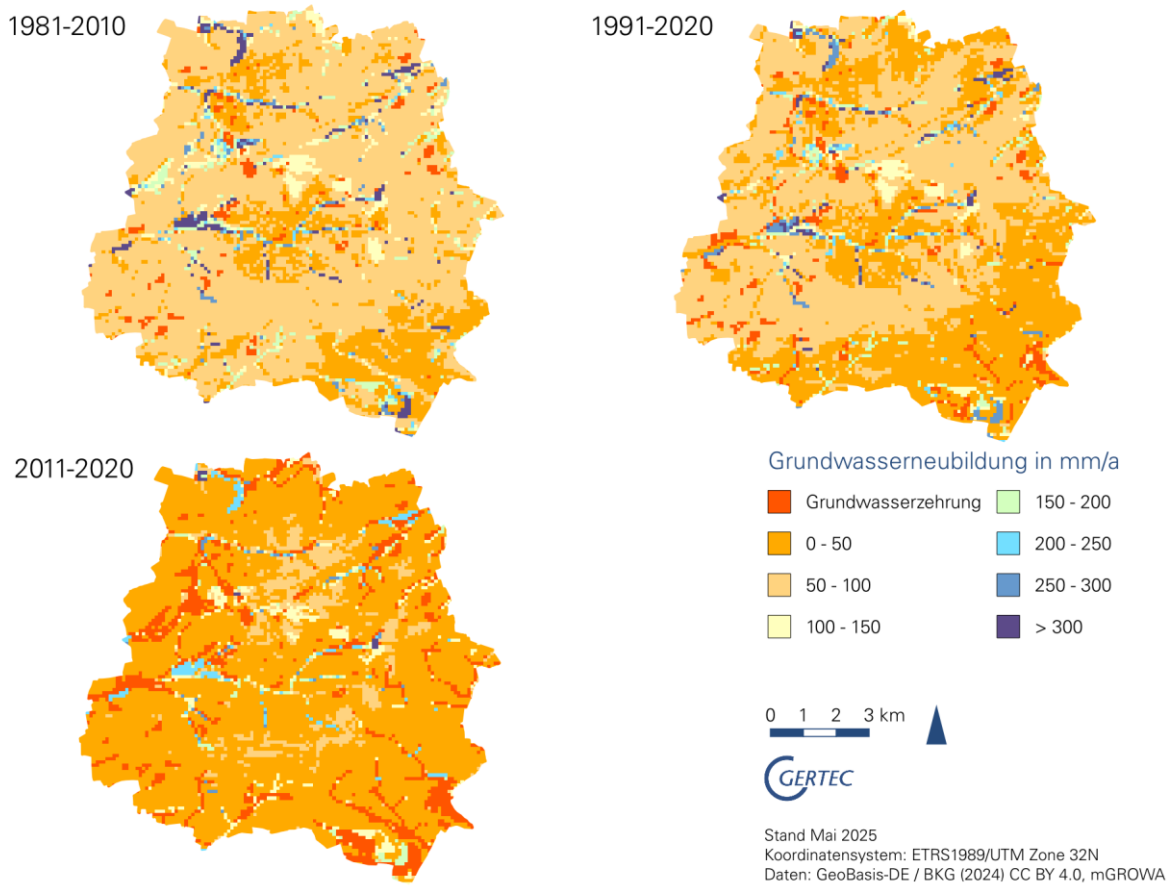


Abbildung 15 Grundwasserneubildung in Beckum (Quelle: mGROWA)

Auf dem Stadtgebiet von Beckum entstehen aufgrund der topographischen Lage der Stadt ausgeprägte Kaltluftvolumenströme in Richtung Süden und Südwesten, die sich in Form von Hangabwinden bemerkbar machen. Diese Kaltluftbewegungen entwickeln sich vor allem über den Grünland- und Landwirtschaftsflächen. Der Einfluss der Kaltluft ist lediglich im südlichen Teil der Stadt Beckum sowie in Teilbereichen von Neubeckum deutlicher spürbar. Dort sorgen die abfließenden Kaltluftströme für eine nächtliche Abkühlung und beeinflussen das lokale Mikroklima. Insgesamt bewegen sich die Kaltluftvolumenströme tendenziell aber weg von den großen Siedlungsgebieten. Die Einwirkbereiche und Kaltluftströme sind in Abbildung 16 dargestellt.

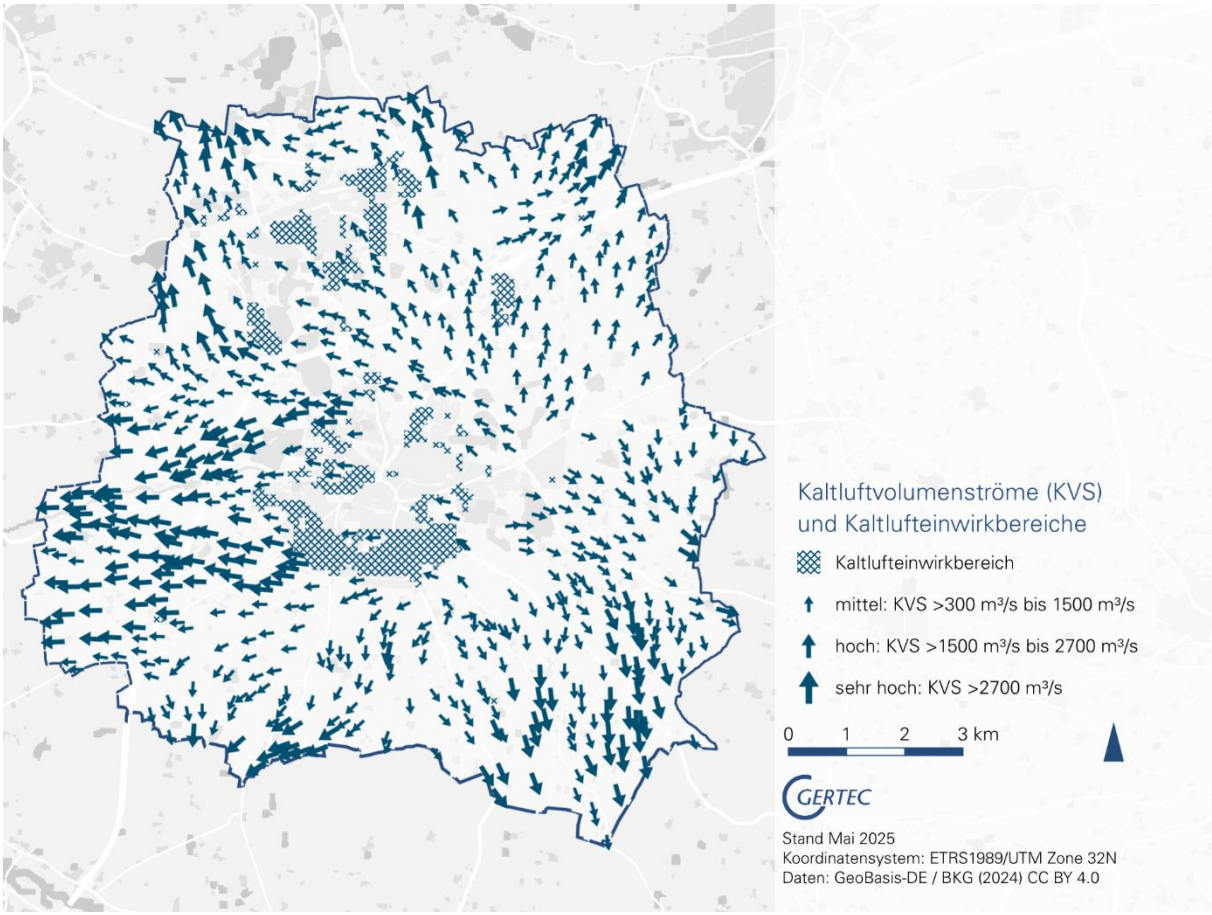


Abbildung 16 Kaltluftvolumenströme und Kaltlufteinwirkbereiche in Beckum (Quelle: LANUK)

2.3.3 Erwarteter Klimawandel (zukünftige Entwicklung von 2031 bis 2100)

Zukünftige Veränderungen des Klimas lassen sich auf Grund verfügbarer Daten vor allem über die Klimaelemente Temperatur und Niederschlag abbilden, weswegen diese in den nachfolgenden Kapiteln beleuchtet und mit der letzten gültigen Klimanormalperiode verglichen werden.

2.3.3.1 Temperatur

Die prognostizierten Temperaturdaten für Beckum in Tabelle 10 zeigen einen klaren Erwärmungstrend über das 21. Jahrhundert hinweg, mit deutlichen Unterschieden zwischen den Szenarien RCP 4.5 und RCP 8.5. Bereits im moderaten Szenario RCP 4.5 steigt die mittlere Temperatur bis zum Ende des Jahrhunderts von aktuell 10,2 °C auf 10,9 °C, während im RCP 8.5-Szenario ein drastischer Anstieg auf 14 °C prognostiziert wird. Die Anzahl der Eistage nimmt dabei deutlich ab – von heute 10 auf nur noch einen Tag jährlich im RCP 8.5 bis 2100. Auch Frosttage gehen stark zurück, von 58 auf nur noch 12. Gleichzeitig steigen die warmen Tage erheblich: Heiße Tage mit über 30 °C verdreieinhalbfachen sich (von 8 auf 29), und auch die Zahl der Sommertage wächst deutlich auf bis zu 81 im Jahr. Diese Entwicklung verdeutlicht eine zunehmende Belastung durch Hitze, insbesondere im RCP 8.5-Szenario.

	1991-2020	2031-2060 RCP 4.5	2071-2100 RCP 4.5	2031-2060 RCP 8.5	2071-2100 RCP 8.5
Mittlere Temperatur [°C]	10,2	10,3	10,9	11,7	14
Eistage (ganztäglich < 0 °C)	10	12	7	4	1
Frosttage (teilweise < 0 °C)	58	56	47	32	12
Sommertage (> 25 °C)	37	37	43	51	81
Heiße Tage (> 30 °C)	8	9	11	15	29

Tabelle 10 Prognostizierte Entwicklung der Temperaturveränderung und Indikatorkennwerte von 2031 bis 2100 für RCP 4.5 und RCP 8.5 in Beckum (Quelle: LANUK, DWD)

2.3.3.2 Niederschlag

Tabelle 11 zeigt die prognostizierten Entwicklungen der langjährigen Mittel der Niederschlagsmengen und damit einhergehender weiterer Indikatorwerte für die Szenarien RCP 4.5 und RCP 8.5. Betrachtet werden das 15. Perzentil für RCP 4.5 und das 85. Perzentil für RCP 8.5.

Die prognostizierte Entwicklung der Niederschlagsveränderungen zeigt ein differenziertes Bild in Abhängigkeit vom Zeitraum und vom gewählten Emissionsszenario. Die jährliche Gesamtniederschlagsmenge steigt deutlich von derzeit 810 mm (1991-2020) auf bis zu 928 mm im Zeitraum 2071-2100 unter dem RCP 8.5-Szenario (85. Perzentil). Insbesondere im Sommerhalbjahr ist innerhalb dieses Szenarios ein deutlicher Anstieg zu erkennen: von aktuell 396 mm auf bis zu 461 mm bis zum Ende des Jahrhunderts. Im Winterhalbjahr bleiben die Veränderungen moderater; ein leichter Rückgang ist im Szenario RCP 4.5 (15. Perzentil) über den gesamten Zeitraum zu beobachten, das RCP 8.5 Szenario hingegen stellt auch hier einen Anstieg bis 2100 fest.

Die Extremniederschlagstage nehmen innerhalb beider Szenarien ebenfalls tendenziell zu. Während die Anzahl der Tage mit >10 mm Niederschlag leicht zunimmt (aktuell 21,1 Tage, langfristig bis zu 26 Tage unter RCP 8.5 (22 Tage unter RCP 4.5)), steigt die Häufigkeit starker Ereignisse über 20 mm pro Tag von derzeit 5 auf bis zu 7 Tage (RCP 8.5). Sehr starke Niederschlagsereignisse mit mehr als 50 mm pro Tag treten bislang kaum auf, könnten jedoch zukünftig mit einer geringen, aber zunehmenden Wahrscheinlichkeit (bis zu 0,3 Tage jährlich) auftreten. Insgesamt deuten die Projektionen besonders unter dem Szenario RCP 8.5 auf intensivere Sommerniederschläge und insgesamt eine Zunahme extremer Ereignisse hin, was potenzielle Auswirkungen auf Überflutungsrisiken durch Hochwasser und Starkregen sowie den Wasserhaushalt erwarten lässt.

	1991-2020	2031-2060 RCP 4.5 (15. Perzentil)	2071-2100 RCP 4.5 (15. Perzentil)	2031-2060 RCP 8.5 (85. Perzentil)	2071-2100 RCP 8.5 (85. Perzentil)
Niederschlagssumme gesamt [mm]	810	821	815	905	928
Niederschlagssumme Winter-halbjahr [mm]	416	411	405	461	467
Niederschlagssumme Sommer-halbjahr [mm]	396	410	410	444	461
Niederschlagstage gesamt > 10 mm/Tag	21,1	21	22	24	26
Niederschlagstage gesamt > 20 mm/Tag	5,0	4	4	6	7
Niederschlagstage gesamt > 50 mm/Tag	-	0,1	0,1	0,2	0,3

Tabelle 11 Prognostizierte Entwicklung der Niederschlagsveränderung und Indikatorkennwerte von 2031 bis 2100 für RCP 4.5 und RCP 8.5 in Beckum (Quelle: LANUK, DWD)

3 Betroffenheits- und Hotspotanalyse

Für eine sinnvolle Ausarbeitung von Zielen und Maßnahmen innerhalb des vorliegenden Konzepts, ist ein Verständnis der Betroffenheiten gegenüber Klimawandelveränderungen innerhalb des Kreises notwendig. Das Umweltbundesamt (UBA) definiert die Betroffenheit oder Vulnerabilität gegenüber dem Klimawandel als den Grad, zu dem ein System – sei es ein Ökosystem, ein wirtschaftliches oder ein soziales System – durch den Klimawandel gefährdet ist. Diese Definition beruht auf dem durch das IPCC 2004/2007 etablierten Begriff der Vulnerabilität als eine Einschätzung der Gefährdung von Systemen durch den Klimawandel.

Zur Ermittlung der Betroffenheit bzw. Vulnerabilität wird eine Abschätzung der Anpassungskapazität eines Systems und der Klimawirkungsbewertung vorgenommen. Dabei wird das Zusammenspiel von Exposition und Sensitivität des Systems berücksichtigt, wobei zwischen einer räumlichen und einer funktionalen Betroffenheit unterschieden werden muss.

Exposition beschreibt dabei, inwieweit ein bestimmtes Gebiet oder ein Handlungsfeld den Auswirkungen des Klimawandels ausgesetzt ist. Dies kann sich auf Temperaturerhöhungen, veränderte Niederschlagsmuster, Extremwetterereignisse und andere klimatische Faktoren beziehen. Eine detaillierte Kartierung dieser exponierten Bereiche ermöglicht eine präzise Analyse der räumlichen Dimension der Betroffenheit. Auf der funktionalen Ebene bezieht sich die Exposition auf die spezifischen Handlungsfelder, Sektoren oder sozialen Gruppen, die anfällig für klimatische Veränderungen sind. Zum Beispiel können Landwirtschaft, Wasserversorgung, Gesundheitswesen oder soziale Gemeinschaften unterschiedliche Grade der Exposition gegenüber verschiedenen klimatischen Risiken aufweisen. Sensitivität hingegen beschreibt die Anfälligkeit oder Empfindlichkeit eines Systems oder einer Gemeinschaft gegenüber den identifizierten klimatischen Veränderungen. Die Kombination von Exposition und Sensitivität führt somit zu Betroffenheit.

Der Klimawandel hat weitreichende Folgen, die sich in verschiedenen Bereichen manifestieren, sowohl durch akute Ereignisse als auch durch langsam fortschreitende Veränderungen. Diese Entwicklungen erfordern Anpassungsmaßnahmen auf lokaler Ebene, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen und die Widerstandskraft zu stärken.

Akute Auswirkungen

Akute Auswirkungen des Klimawandels umfassen in der Regel plötzliche und extreme Wetterereignisse wie Stürme, Starkregen und Hitzewellen, die unmittelbare Schäden verursachen und oft zu humanitären Krisen führen. Die Anpassungen an diese Ereignisse erfordern nicht nur kurzfristige Maßnahmen zur Bewältigung gesundheitlicher Risiken, sondern auch zur Sicherung der städtischen Infrastruktur. Stark steigende Temperaturen während Hitzeperioden in den Sommermonaten erhöhen beispielsweise das Risiko von Hitzebelastungen. Hier gilt es, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und die Widerstandsfähigkeit der städtischen Systeme zu stärken. Präventive Anpassungsmechanismen, wie z. B. Hitzeaktionspläne können in diesen Fällen helfen.

Langsam fortschreitende Auswirkungen

Die langsam fortschreitenden Auswirkungen des Klimawandels unterscheiden sich von den akuten Auswirkungen in Bezug auf ihre zeitliche Dynamik und ihre Effekte auf die Umwelt und die Gesellschaft. Sie prägen das Stadtgeschehen über einen längeren Zeitraum. Eine Verschiebung der Wasserverfügbarkeit und die Veränderung von Ökosystemen und der Artenvielfalt aufgrund von Klimaänderungen beispielsweise wirken sich allmählich auf die Umwelt, die Landwirtschaft und die Lebensgrundlagen der Bevölkerung aus. Diese Entwicklungen erfordern eine

vorausschauende und nachhaltige Planung, um die Anpassungsfähigkeit des Kreises an veränderte Umweltbedingungen langfristig sicherzustellen.

3.1 Hintergrund und Methodik

3.1.1 Räumliche Betroffenheit Stadtklima und Hitze

Die gezielte Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel erfordert eine präzise Identifikation von Gebieten, die eine erhöhte Sensitivität gegenüber den Folgen des Klimawandels aufweisen. Die räumliche Betroffenheitsanalyse bezieht sich auf die Untersuchung und Bewertung der Auswirkungen des erwarteten und bereits beobachteten Klimawandels auf diese Bereiche innerhalb des Kreises Warendorf.

Die städtische Klimatologie und die damit einhergehende Hitzeentwicklung sind komplexe Phänomene, die von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst werden. Im Gegensatz zum makroskaligen Klima, in dem Zirkulationsprozesse langsam auf anthropogene Veränderungen reagieren, zeigen die unteren bodennahen Luftschichten eine hohe Empfindlichkeit gegenüber lokalen Veränderungen. Diese reagieren schnell auf Änderungen und können somit lokal begrenzte Klimatope ausformen[13].

Klimatope sind Flächen mit ähnlichen lufthygienischen und mikroklimatischen Eigenschaften, primär geprägt durch ihre Flächenbeschaffenheit[14]. Die Realnutzungskartierungen von besiedelten Gebieten dienen als Grundlage für diese Klassifikation, da die mikroklimatischen Verhältnisse in der Regel durch die Art der Bebauung bestimmt werden. Diese allgemeine Zuordnung von Flächennutzung und Klimatopen ermöglicht es, Klimainformationen durch Analogieschlüsse zuzuordnen, ohne für jede Flächennutzungsart spezifische Klimaindikatoren erheben zu müssen.

Ein Vergleich der Lufttemperaturen im urbanen Raum mit den angrenzenden ländlichen Gebieten verdeutlicht signifikante Unterschiede, insbesondere bei wolkenarmen und schwachwindigen Wetterlagen (autochthone Wetterlagen). Im Jahresmittel resultiert dies in einer um bis zu 1,5 °C höheren Temperatur in Innenstädten im Vergleich zu Außenbezirken. Während des Sommers können zeitweise Temperaturunterschiede von 5-10 °C auftreten.

Diese Phänomene, als sogenannte Hitzeinseln oder Urban Heat Islands (UHI) bekannt, manifestieren sich besonders nachts, wenn keine direkte Sonneneinstrahlung mehr vorhanden ist. Aufgrund unterschiedlicher Wärmekapazität und Wärmeleitfähigkeit der städtischen Materialien kühlen städtische Gebiete nachts langsamer ab als ihre umgebende Landschaft[15].

Die Wärmespeicherung im versiegelten Untergrund und durch Bauwerke im urbanen Raum ist bis zu 40 % größer als im nicht bebauten Umland. Gleichzeitig nimmt der fühlbare Wärmestrom in bebauten Gebieten bis zu 50 % zu, während die Windgeschwindigkeiten aufgrund der erhöhten Rauigkeit innerhalb starker Bebauung um bis zu 20 % abnehmen, jedoch mit einer Zunahme der Böigkeit einhergehend[16].

[13] Bruse, M. (1999). „Die Auswirkungen kleinskaliger Umweltgestaltung auf das Mikroklima: Entwicklung des prognostischen numerischen Modells ENVI-met zur Simulation der Wind-, Temperatur- und Feuchteverteilung in städtischen Strukturen". Diss. Ruhr-Universität. Bochum.
[14] Kuttler, W., Dütemeyer, D. und Barlag, A.-B. (2013). Handlungsleitfaden – Steuerungswerkzeug zur städtebaulichen Anpassung an thermische Belastungen im Klimawandel. Hrsg. von Universität Duisburg-Essen, Angewandte Klimatologie und Landschaftsökologie. Duisburg.
[15] Malberg, H. (2007). Meteorologie und Klimatologie. Springer-Verlag. Berlin und Heidelberg.
[16] Kuttler, W. (2004). „Stadtklima". In: Umweltwissenschaften und Schadstoff-Forschung 16.3, S. 187-199.

Besondere Herausforderungen in Bezug auf die Hitzebelastung der Menschen ergeben sich so in den Klimatopen des „Stadtklimas" und des „Innenstadtklimas". Hier können aufgrund der genannten Wärmespeichereigenschaften von Gebäuden, hoher Versiegelungsraten, anthropogener Wärmeemissionen, durch Bebauung beeinträchtigte Windgeschwindigkeiten und das Fehlen von Grünflächen verstärkt Hitzeinseln entstehen.

Die nachfolgenden Feststellungen basieren auf verfügbaren Analysen aus dem Klimaatlas des LANUK (www.klimaatlas.nrw.de). Die dort vorliegenden Klimaanalysen wurden mit einer Auflösung von 100 m x 100 m durchgeführt. Die Simulation erfolgte dabei für einen sommerlichen Strahlungstag für den folgende Kenngrößen gelten: Lufttemperatur um 21 Uhr: 20 °C, relative Feuchte 50 %, unbewölkt, windschwach. Unter Verwendung dieser Quelle konnten für dieses Konzept flächendeckende Ergebnisse verschiedener meteorologischer Parameter ermittelt und miteinander verschnitten werden, um besonders durch Hitzestress betroffene Bereiche innerhalb der einzelnen Kommunen zu identifizieren.

Die Physiologisch Äquivalente Temperatur (PET) ist dabei ein Maß für die thermische Belastung, das verschiedene meteorologische Parameter integriert, um das menschliche Wärmeempfinden zu simulieren. Sie berücksichtigt Faktoren wie Lufttemperatur, Luftfeuchtigkeit, Windgeschwindigkeit und Strahlungseinflüsse. Die PET ermöglicht eine ganzheitliche Bewertung der thermischen Umgebung und liefert eine standardisierte Temperatur, die die gleiche physiologische Wirkung auf den menschlichen Körper hat, wie die tatsächlich gemessenen Umweltbedingungen. Die ermittelte PET ist dabei definiert als die Lufttemperatur in einem Innenraum (relative Luftfeuchte 50 %, Windstille), bei welcher die Körperkern- und Hauttemperatur des Menschen identisch zu denen innerhalb der betrachteten Situation ist.

Klimawandelvorsorgebereiche werden in diesem Zusammenhang vom LANUK definiert als Gebiete, für die durch den Klimawandel unter Annahme eines pauschalen Temperaturanstiegs von 1 °C bis zur Mitte des Jahrhunderts eine solche Zunahme der thermischen Belastung erwartet wird, sodass diese Flächen dann zusätzlich in die höchsten klimatischen Belastungsklassen einzuordnen wären.

Als weiterer Schritt der Hotspotabgrenzung im Kontext der Hitzebelastung wurden zusätzliche Kriterien berücksichtigt. Insbesondere wurden die Bevölkerungsdichte sowie die Altersstruktur als relevante Faktoren herangezogen[17]. Eine höhere Einwohnerinnen- und Einwohnerdichte deutet auf eine potenziell größere Anzahl von Menschen hin, die einer möglichen Hitzebelastung ausgesetzt sind. Parallel dazu zeigt sich, dass insbesondere ältere Menschen, Schwangere und Kleinkinder aufgrund einer schlechteren Anpassung an extreme Hitze gesundheitlichen Folgen ausgesetzt sein können. Gebiete mit einem hohen Anteil älterer Menschen wurden daher als anfälliger für Hitzestress charakterisiert. Es ist zu beachten, dass aufgrund des prognostizierten demographischen Wandels der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung in Zukunft zunehmen wird (vgl. Abbildung 2).

Besondere Aufmerksamkeit gilt der Wohnbevölkerung, die insbesondere nachts aufgrund mangelnder Abkühlung im Bereich städtischer Wärmeinseln einer Hitzebelastung nicht ausweichen kann. Diese Gruppe wird in der Analyse als besonders anfällig gegenüber Hitzestress betrachtet. Im Gegensatz dazu kann tagsüber bei einem Aufenthalt im Innenstadtbereich einer Hitzebelastung durch Standortwechsel und Vermeidung besonnter Standorte entgegengewirkt werden. Innenstadtbereiche, die nicht hauptsächlich als Wohngebiete fungieren, sowie Industrie- und Gewerbegebiete, die einen geringen Anteil an Wohnbevölkerung aufweisen, werden daher als Gebiete mit einer etwas niedrigeren Anfälligkeitsstufe eingestuft.

Zur Ermittlung der Hotspots im Bereich Stadtklima und Hitze wurden die einzelnen Datensätze klassifiziert und miteinander verschnitten. Zur Klassifizierung wurden die einzelnen Datenebenen mittels z-Transformation[18] normiert, in Klassen von jeweils der Breite einer Standardabweichung eingeteilt und so vergleichbar gemacht. So

[17] Die Bevölkerungsdichte und Altersstruktur konnten aufgrund der Datenlage nur auf Stadtbezirksebene betrachtet werden.
[18] Die z-Transformation dient der Standardisierung von Daten, indem vom betrachteten Wert der Mittelwert abgezogen und anschließend durch die Standardabweichung geteilt wird.

konnten die Bereiche, welche von Hitze betroffen sind, weiter untergliedert und Fokusbereiche herausgestellt werden.

Für die Festlegung der Hotspots sind folgende Daten berücksichtigt worden:

- Thermische Belastung am Tag (PET > 29 °C)
- Nächtliche Überwärmung (Temperatur um 4 Uhr nachts > 17 °C)
- Klimawandelvorsorgebereiche
- Tatsächliche Nutzung (Wohnbauflächen)
- Altersstruktur
- Bevölkerungsdichte
- Kaltlufteinwirkbereiche

Bereiche innerhalb des Stadtgebiets mit Physiologisch Äquivalenten Temperaturen (PET) von mehr als 29 °C, wurden bei der Ermittlung der Hotspots als Grundfläche angenommen. Weitere Daten wurden zur Gewichtung des Hitzestresses innerhalb dieser Flächen verwendet. Die Gewichtungsfaktoren Altersstruktur, Bevölkerungsdichte und nächtliche Klimawandelvorsorgebereiche wurden dabei nur auf Wohngebiete innerhalb der Hotspotbereiche angewandt.

„Hitze-Hotspots" werden in den nachfolgenden Kapiteln auf Ebene der gesamten Kommune dargestellt. Zooms auf Kartenausschnitte sind im Rahmen von GIS möglich und können bei den KAM angefragt werden.

3.1.2 Räumliche Betroffenheit Starkregen und Hochwasser

Überschwemmungsgefahr besteht im Kreis Warendorf durch Fließgewässer sowie Überflutungsgefahr durch lokale Starkregenereignisse. Die Topografie spielt eine entscheidende Rolle für die Betroffenheit durch Starkregen und Hochwasser, wobei Niederungen und Gebiete mit begrenzter Entwässerung besonders anfällig für Überflutungen bzw. Überschwemmungen sind.

Starkregenereignisse stellen eine erhebliche Herausforderung im Rahmen der Klimaanpassung dar, insbesondere in Bezug auf potenzielle Überflutungen. Kurzzeitige Starkregenereignisse sind mit konvektiven Prozessen verbunden, bei denen feuchtwarme Luft aufsteigt und während des Abkühlens als Niederschlag kondensiert. In Folge entstehen massive Gewitterwolken, aus denen dann intensive Regenfälle resultieren. In der Regel treten diese Ereignisse vor allem im Sommerhalbjahr auf.

Durch eine Zunahme von Starkregenereignissen erhöht sich das Risiko von Bodenerosion und Überflutungen in tiefer liegenden Gebieten, sowie in Bereichen mit eingeschränkter Abflusskapazität. Kanalisationssysteme sind oft nicht auf die Bewältigung von Starkregen ausgelegt, was zu Rückstau und Überflutungen führen kann. Insbesondere in städtischen Ballungsräumen, wo die Versiegelung von Flächen die natürliche Versickerung von Regenwasser beeinträchtigt, wird diese Problematik besonders kritisch.

Der Deutsche Wetterdienst definiert Starkregen als Niederschlagsmengen von 15 bis 25 l/m² innerhalb einer Stunde oder 20 bis 35 l/m² in einem Zeitraum von 6 Stunden für markante Wetterwarnungen. Für Unwetterwarnungen gelten Regenmengen von über 25 bis 40 l/m² innerhalb einer Stunde oder über 35 l/m² bis 60 l/m² in einem Zeitraum von 6 Stunden. Warnungen vor extremen Unwettern werden bei Regenmengen von über 40 l/m² innerhalb einer Stunde oder über 60 l/m² in einem Zeitraum von 6 Stunden herausgegeben (vgl. Tabelle 12).

	in 1 Stunde	in 6 Stunden	Warnstufe und -bezeichnung
Starkregen	15-25 l/m²	20-35 l/m²	2 – Markante Wetterwarnung
Heftiger Starkregen	25-40 l/m²	35-60 l/m²	3 – Unwetterwarnung
Extrem heftiger Stark-regen	> 40 l/m²	> 60 l/m²	4 – Warnung vor extremem Unwetter

Tabelle 12 Warnstufen Starkregen gemäß DWD (Quelle DWD, eigene Darstellung Gertec nach DWD[19])

Aufgrund der Natur der Niederschlagsentwicklung in Gewitterzellen ist eine präzise räumliche Vorhersage dieser konvektiven Starkregenereignisse derzeit noch nicht möglich. Die spezifische räumliche Betroffenheit einzelner Stadtteile und Kommunen für auftretende Ereignisse kann daher, wenn überhaupt, nur mit kurzer Vorwarnzeit prognostiziert werden. Grundsätzlich müssen daher die gesamten Stadtgebiete als gleichermaßen durch Starkregen gefährdet betrachtet werden.

Die vom Bundesamt für Kartographie und Geodäsie bereitgestellte Starkregengefahrenkarte für NRW beruht auf Modellberechnungen und macht für den Kreis Warendorf und dessen Kommunen die besonders gefährdeten Bereiche deutlich. Es wird von einem extremen Starkregenereignis mit einem statistischen Wiederkehrintervall von mehr als 100 Jahren ausgegangen. Die Modellberechnung erfolgte unter Verwendung von Blockregen, wobei eine konstante Niederschlagsintensität von 100 mm/m²/h über den gesamten Zeitraum angenommen wurde. Die in der Karte vorliegenden Daten umfassen jeweils die maximalen Wasserstandshöhen.

Für die Erstellung einer landesweiten hochaufgelösten Reliefstruktur innerhalb des Modells wurden frei verfügbare Datenquellen wie DGM1 (geobasis NRW), ALKIS-Daten (Basis DLM, Hausumringe und Landnutzung) sowie KOSTRA-Daten des DWD verwendet. In Kombination mit den regionalen Niederschlagsdaten des DWD wurden mithilfe eines 2D-hydronumerischen Oberflächenabflussmodells die zeitlich und räumlich differenzierten Wassertiefen und Geschwindigkeiten während eines Starkregenereignisses visualisiert. Zusätzlich wurden Lagekoordinaten von Pumpwerken von Wasserverbänden für die Simulation herangezogen. Die Genauigkeiten der Simulation hängen von den örtlichen Gegebenheiten sowie deren realistischer Integration in das Modell ab.

Durch die Verknüpfung eines Oberflächenmodells mit einem hydrodynamischen Kanalnetzmodell in einer bidirektional gekoppelten Abfluss-Simulation können die realen Bedingungen noch präziser wiedergegeben werden, indem der Wasseraustausch zwischen Oberfläche und Kanalnetz berücksichtigt wird. Aufgrund des betrachteten Flächenausmaßes innerhalb des Modells ist eine solche gekoppelte Simulation jedoch technisch nicht realisierbar.

Auch Dauerregen kann ein Problem darstellen und zu Überschwemmungen, mit Schäden beispielsweise an Infrastruktur und Landwirtschaft, führen. Die entsprechenden Warnstufen des DWD zeigt die nachfolgende Tabelle 13.

[19] https://www.dwd.de/DE/wetter/warnungen_aktuell/kriterien/warnkriterien.html

	in 12 Stunden	in 24 Stunden	in 48 Stunden	in 72 Stunden	Warnstufe
Dauerregen	25-40 l/m²	30-50 l/m²	40-60 l/m²	60-90 l/m²	2
Ergiebiger Dauerregen	40-70 l/m²	50-80 l/m²	60-90 l/m²	90-120 l/m²	3
Extrem ergiebiger Dauerregen	> 70 l/m²	> 80 l/m²	> 90 l/m²	> 120 l/m²	4

Tabelle 13 Warnstufen Starkregen (Dauerregen) gemäß DWD (Quelle DWD, eigene Darstellung Gertec nach DWD[20])

Hochwasser sind natürliche Ereignisse, die in Folge langanhaltender und großräumiger Niederschläge, kurzzeitigem und lokal begrenztem Starkregen oder durch erhöhte Niederschlagsmengen im Winter entstehen. Die Entstehung von Hochwasser hängt von der Stärke der Niederschläge und den Eigenschaften des Einzugsgebietes ab. Durch den Klimawandel nehmen Extremwetterereignisse wie Starkniederschläge zu, was die Hochwassergefahr verstärkt.

Die Hochwassergefahrenkarten für NRW des LANUK liefern Informationen zu Überflutungsflächen und Wassertiefen bei Überschwemmungen von Risikogewässern nach § 74 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG). Diese Karten sind entscheidende Instrumente im Hochwasserrisikomanagement, da sie eine präzise Visualisierung von Gefährdungsbereichen ermöglichen.

Die Hochwasserkarten werden auf Grundlage von Modellberechnungen erstellt, die zunächst die maßgeblichen Hochwasserabflüsse an Fließgewässern mittels Niederschlag-Abfluss-Modellen bestimmen und klassifizieren. Die Erstellung des zugrundeliegenden Geländemodells basiert in der Regel auf Daten von Laserscan-Befliegungen, wobei eine Gitterweite von einem Meter verwendet wird, um eine präzise Höhenabbildung zu gewährleisten. Durch die Anwendung hydraulischer Simulationsmodelle werden Wasserstände, Fließgeschwindigkeiten und das Ausmaß der Überflutung ermittelt. Die Auswahl des geeigneten Modells erfolgt, entsprechend der Gebietsstruktur und des Fließgewässertyps, unter Berücksichtigung der Topografie und Talcharakteristik. Dies gewährleistet eine an die örtlichen Gegebenheiten angepasste Modellierung.

Innerhalb der Gefahrenkarten wird unterschieden zwischen Überschwemmungsgebieten und überschwemmungsgefährdeten Gebieten. Überschwemmungsgebiete sind gemäß § 76 Abs. 1 WHG definiert als Gebiete, die bei einem Hochwasserereignis eines oberirdischen Gewässers überschwemmt, durchflossen oder für die Hochwasserrückhaltung in Anspruch genommen werden. Diese Gebiete umfassen insbesondere die Flächen zwischen oberirdischen Gewässern und Deichen oder Hochufern. Die festgelegte Bemessungsgrundlage gemäß § 76 Abs. 2 WHG orientiert sich bundeseinheitlich an einem Hochwasserereignis, das statistisch ein Wiederkehrintervall von 100 Jahren (HQ100) aufweist. Überschwemmungsgebiete werden durch behördliche Verordnungen auf Grundlage von Berechnungen festgelegt. Die Ausweisung geht mit speziellen Schutzvorschriften einher, die durch ordnungsbehördliche Maßnahmen verbindlich werden.

Auf der anderen Seite sind überschwemmungsgefährdete Gebiete solche, die erst bei Überschreiten eines 100-jährigen Hochwasserereignisses überschwemmt werden oder die vor einem solchen Ereignis geschützt werden sollen. Diese Gebiete sind in erster Linie bei Versagen von Deichen oder Hochufern betroffen. Überschwemmungsgefährdete Gebiete werden ebenfalls durch die unteren Wasserbehörden festgesetzt und in Kartenform veröffentlicht.

Die Erfahrungen der kreisangehörigen Kommunen zeigen, dass auch Fließgewässer, die keine Risikogewässer gemäß § 74 des WHG sind, Hochwasser führen und Schäden verursachen können. Diese können in den Analysen

[20] https://www.dwd.de/DE/wetter/warnungen_aktuell/kriterien/warnkriterien.html

nur bedingt (z. B. über die Karten zur Starkregengefahr) berücksichtigt werden. Wichtig sind daher ihre Aufnahme in den kommunalen SWOT-Analysen sowie die Ortskenntnisse und Erfahrungen der Entscheider vor Ort, um drohenden Gefahren aktiv zu begegnen. Das Land NRW (LANUK) arbeitet im Rahmen von Pilotprojekten (z. B. KI-HopE-DE – KI-gestützte Hochwasserprognose für kleine Einzugsgebiete in Deutschland) daran, diese Wissenslücke offiziell zu schließen.

Zur Ermittlung der Hotspots im Bereich Starkregen und Hochwasser wurden die einzelnen Datensätze mit Hilfe einer z-Transformation normiert, klassifiziert und miteinander verschnitten. So konnten die Bereiche, die von Überflutungen und Überschwemmungen am stärksten betroffen sind, weiter untergliedert werden und Fokusbereiche herausgestellt werden. Für die Festlegung der Hotspots wurden folgende Daten berücksichtigt:

- Wasserstände bei extremen Starkregenereignissen (> 0,1 m)
- Versiegelungsgrad
- Überschwemmungsgrenzen und Wasserstände Hochwasser HQextrem
- Tatsächliche Nutzung
- Altersstruktur
- Bevölkerungsdichte

Für die Hotspot-Ermittlung im Bereich Starkregen wurden die Flächen mit einem maximalen Wasserstand von mindestens 0,1 m und einer Gesamtausbreitung von mindestens 500 m² als Grundfläche angenommen und mit weiteren Daten verschnitten und gewichtet. Dabei wurden Starkregen-Wassertiefen und der Versiegelungsgrad klassifiziert und bei der Gewichtung einzelner Flächen berücksichtigt. Gewichtungsfaktoren zur Altersstruktur und der Bevölkerungsdichte wurden dabei nur auf Wohngebiete innerhalb der Hotspotbereiche angewandt.

Für die Hotspot-Ermittlung im Bereich Hochwasser wurden die Überschwemmungsgrenzen für ein HQextrem-Hochwasser als Grundfläche angenommen. Beifolgender Datenverschneidung wurden Wassertiefen und der Versiegelungsgrad klassifiziert und bei der Gewichtung einzelner Flächen berücksichtigt. Gewichtungsfaktoren zur Altersstruktur und der Bevölkerungsdichte wurden dabei nur auf Wohngebiete innerhalb der Hotspotbereiche angewandt. Die Hotspots für Hochwasser werden abweichend von der generellen Gefahrenermittlung mit HQextrem als Grundlage berechnet, sodass mithilfe der abgestufte Legende detailliertere Aussagen zu der möglichen Betroffenheit gemacht werden können.

Hotspots zu den Themen Starkregen und Hochwasser werden in den nachfolgenden Kapiteln auf Ebene der gesamten Kommune dargestellt. Zooms auf relevante Kartenausschnitte sind im Rahmen von GIS möglich und können bei den KAM angefragt werden.

3.1.3 Funktionale Betroffenheit

Die funktionale Betroffenheitsanalyse dient der Identifikation von Größen wie Temperatur, Grundwasseranreicherung oder Landnutzung, deren klimawandelbedingte Veränderung über ihre Funktion in andere Handlungsfelder des Betrachtungsraums ausstrahlen und hierdurch die negativen Folgen des Klimawandels im Kreis Warendorf verstärken. Ziel ist außerdem, Ansatzpunkte für die Entwicklung von Anpassungsmaßnahmen herauszustellen.

Mit Hilfe einer SWOT-Analyse, diese steht für die englischen Begriffe „Strengths" (Stärken), „Weaknesses" (Schwächen), „Opportunities" (Chancen) und „Threats" (Risiken), lassen sich die Handlungsfelder im Hinblick auf klimabedingte Veränderungen strukturieren. Die vier Komponenten bilden die Grundlage der Analyse, um sowohl interne als auch externe Faktoren, die auf das System einwirken, zu identifizieren und zu bewerten. Diese Form

der Analyse ist ein bewährtes strategisches Planungsinstrument, das hilft, die Ausgangslage einer Fragestellung systematisch zu bewerten.

Die internen Faktoren umfassen Stärken und Schwächen. Stärken sind positive Eigenschaften oder Ressourcen, die zur Zielerreichung beitragen können, während Schwächen die Zielerreichung erschweren können. Die externen Faktoren, Chancen und Risiken, resultieren aus Entwicklungen und Einflüssen außerhalb des Systems, die entweder positive Möglichkeiten schaffen oder aber potenzielle Bedrohungen darstellen können.

Im Kontext des vorliegenden Klimaanpassungskonzepts sollen so die funktionalen Betroffenheiten durch den Klimawandel innerhalb verschiedener Handlungsfelder analysiert werden. Ziel ist es, fundierte strategische Empfehlungen zu entwickeln, die zur Stärkung der Klimaanpassungsfähigkeit der Kommunen des Kreises beitragen und Prioritäten für Maßnahmen setzen können.

Die folgenden Betroffenheitsanalysen orientieren sich grundsätzlich an den Handlungsfeldern dieses Konzeptes, die auf Themenfeldern der Deutschen Anpassungsstrategie fußen. Bei den Handlungsfeldern handelt es sich nicht um eine trennscharfe Einteilung, weshalb eine Mehrfachnennung von Auswirkungen nicht immer vermeidbar ist. Vielmehr verdeutlichen sie die Komplexität und die Tragweite von Klimawandelfolgen.

3.2 Betroffenheits- und Hotspotanalyse Stadt Beckum

3.2.1 Hitzebelastung in Tag- und Nachtsituation

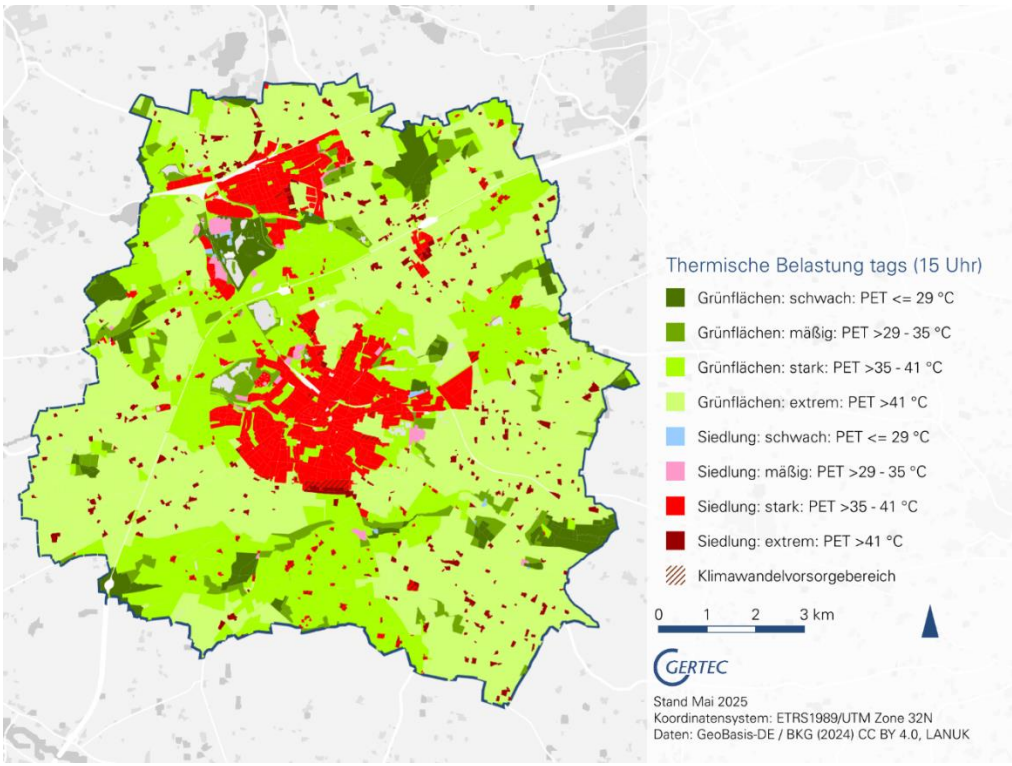


Abbildung 17 Thermische Belastung als Physiologisch Äquivalente Temperatur (PET) (Quelle: Klimaatlas NRW)

In Abbildung 17 wird die starke thermische Belastung in den dichter bebauten Teilen des Stadtgebiets deutlich. Hier werden großflächig PET-Werte von bis zu 41 °C angegeben[21]. Durch die exponierte Lage sind auch vereinzelte Ansiedlungen außerhalb des Hauptsiedlungsgebiets von starker bis extremer thermischer Belastung betroffen.

Aufgrund der nächtlichen Kaltluftvolumenströme und der geringeren Wärmespeicherkapazitäten innerhalb der ländlicheren Lagen kommt es in diesen Bereichen nicht zu einer nächtlichen Überwärmung. Die großflächigen Grünflächen, welche die äußeren Siedlungsflächen umgeben, sorgen ebenfalls dafür, dass es in den Randbereichen der Hauptsiedlungsgebiete zu keiner nächtlichen Überwärmung kommt (Abbildung 18). Nur im Innenstadtbereich von Beckum und nördlich des Siechenbachs wird eine mäßige bis starke nächtliche Überwärmung (teilweise über 20 °C) festgestellt. Die erhöhten Wärmespeicherkapazitäten der Bauwerke und versiegelten Untergründe und die kaum vorhandene Einwirkung der Kaltluftströme in diesen Bereichen sorgen für eine schlechtere nächtliche Abkühlung.

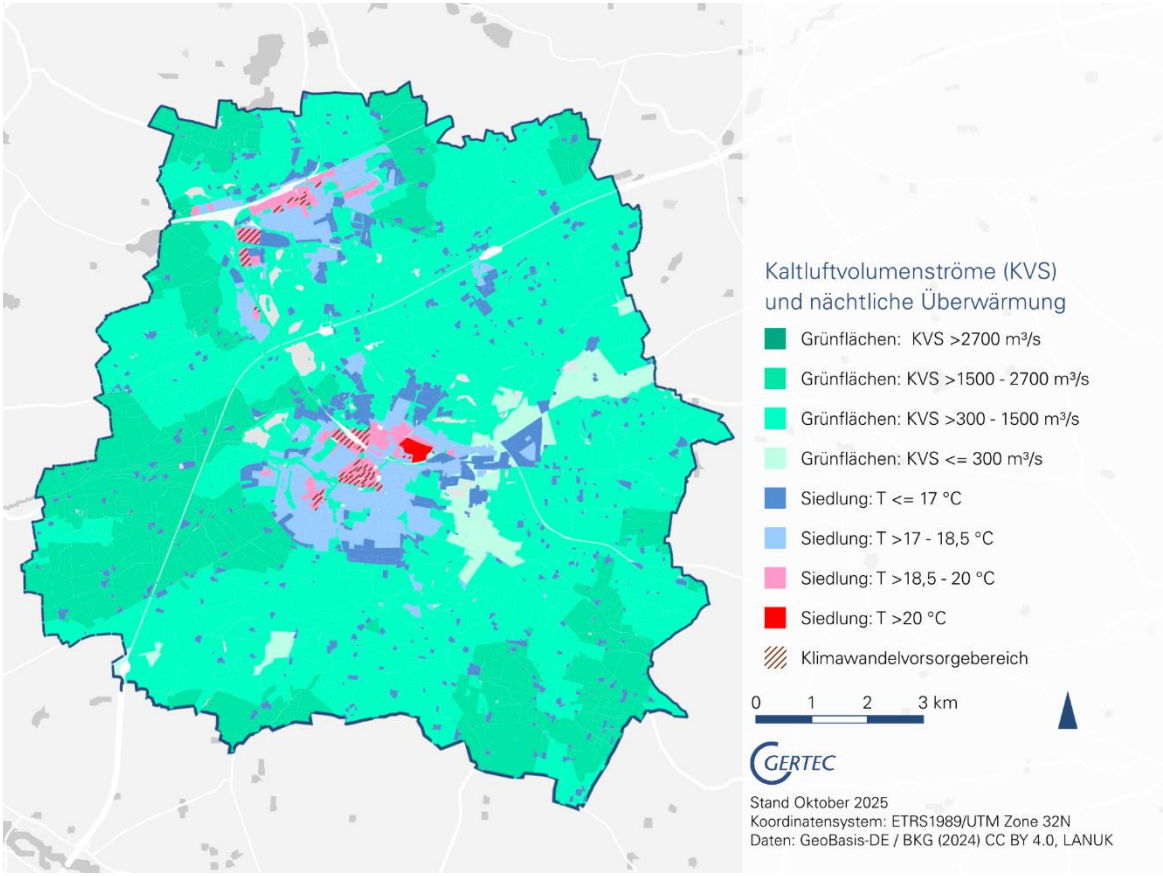


Abbildung 18 Kaltluftvolumenströme und nächtliche Überwärmung (Quelle: Klimaatlas NRW)

Abbildung 19 zeigt zusammenfassend die thermische Situation innerhalb der Siedlungsbereiche und die bestehende Ausgleichsfunktion der umliegenden Grünflächen. Es wird deutlich, dass den Beckumer Waldflächen im Westen am Dyckerhoffsee und entlang der Werse sowie südlich von Neubeckum die höchste Ausgleichsfunktion zukommt. Das beeinflusst die Siedlungsbereiche in direkter Umgebung positiv. In den Innenbereichen von Neubeckum und Beckum sowie im Industriegebiet nördlich des Siechenbachs kommt es insgesamt zu ungünstigen

[21] Hinweis: Aufgrund der vorhandenen Datengrundlage wird die Fläche des relativ neuen Wohngebiets am südlichen Stadtrand als extrem thermisch belastet (PET > 41 °C) dargestellt. Diese extreme Belastung ist ein Darstellungsfehler und wurde in der neuen Klimaanalyse des LANUK behoben (dort wird die Belastung als mäßig angegeben). Diese aktualisierten Daten waren jedoch zum Zeitpunkt der Analyse noch nicht vorhanden. Sobald die aktualisierte Datengrundlage vorliegt, wird die betroffene Abbildung ersetzt. Dies hat keinen Einfluss auf die ermittelten Hotspots für Beckum. Im Vergleich mit der nächtlichen Überwärmung ist die unterschiedliche Berechnung zu beachten. In die Berechnung für die Tagessituation fließt der Faktor Wind nicht ein, weshalb sich diese Analyse deutlich von der nächtlichen Situation unterschieden kann.

thermischen Situationen und auch vereinzelte außenliegende Hofstellen weisen eine ungünstige thermische Situation auf, was insbesondere Betriebe mit Viehhaltung vor Herausforderungen stellen kann. Deutlich wird zudem, dass große Teile der Hauptsiedlungsbereiche als Klimawandelvorsorgebereiche eingestuft werden und damit erhöhte Betroffenheiten durch zukünftige Erwärmungen aufweisen.

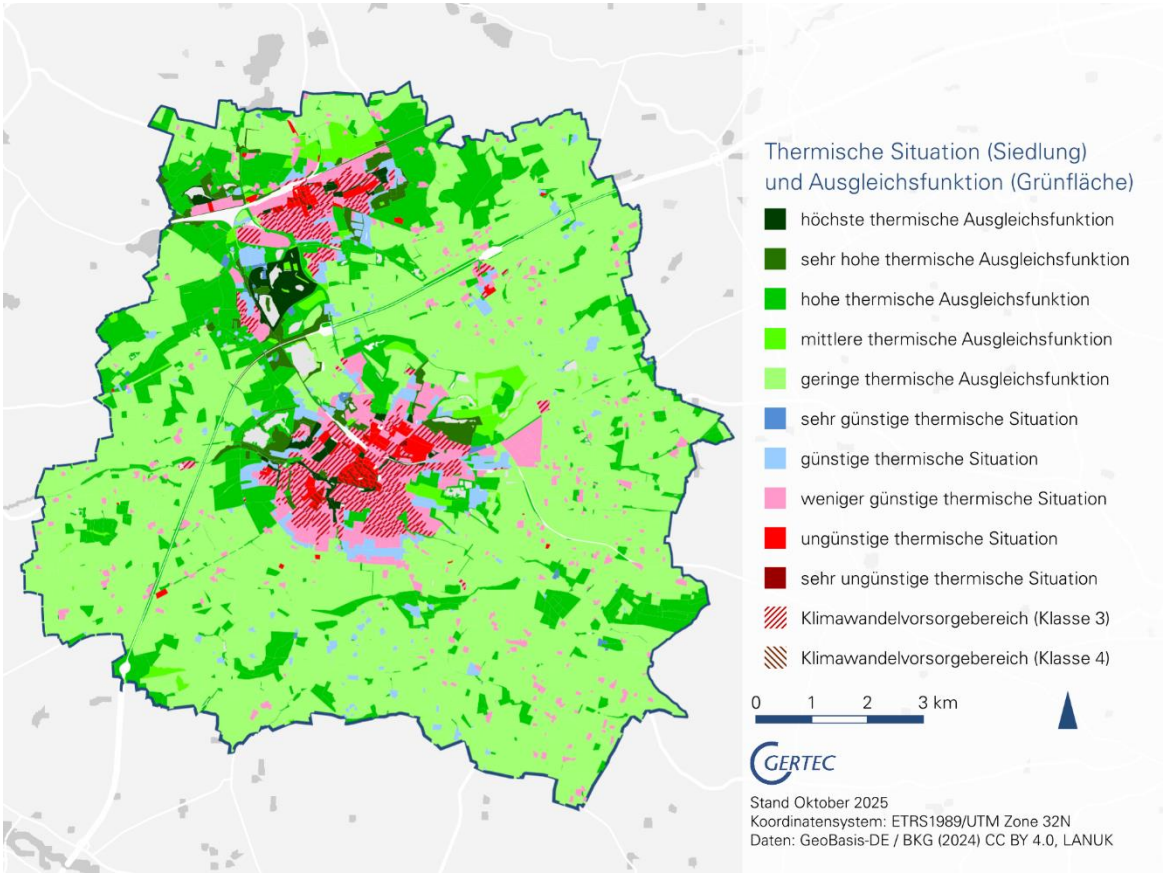


Abbildung 19 Thermische Situation und Ausgleichsfunktion der Grünflächen (inkl. Klimawandelvorsorgebereiche Quelle: Klimaatlas NRW)

3.2.2 Hotspots Stadtklima und Hitze

Abbildung 20 und Abbildung 21 zeigen eine Übersicht der Hitzestress-Hotspots im gesamten Stadtgebiet bzw. in den besonders betroffenen Bereichen der Innenstadt von Beckum. Es wird deutlich, dass die Wohngebiete südwestlich der Beckumer Innenstadt in geringerem Umfang betroffen sind und die Hotspots sich neben der Innenstadt in erster Linie in vorwiegend gewerblich genutzten Stadtbereichen befinden. Im stark betroffenen Innenstadtbereich sind einige kritische Infrastrukturen, wie Verwaltungsgebäude und eine Kindertagesstätte angesiedelt.

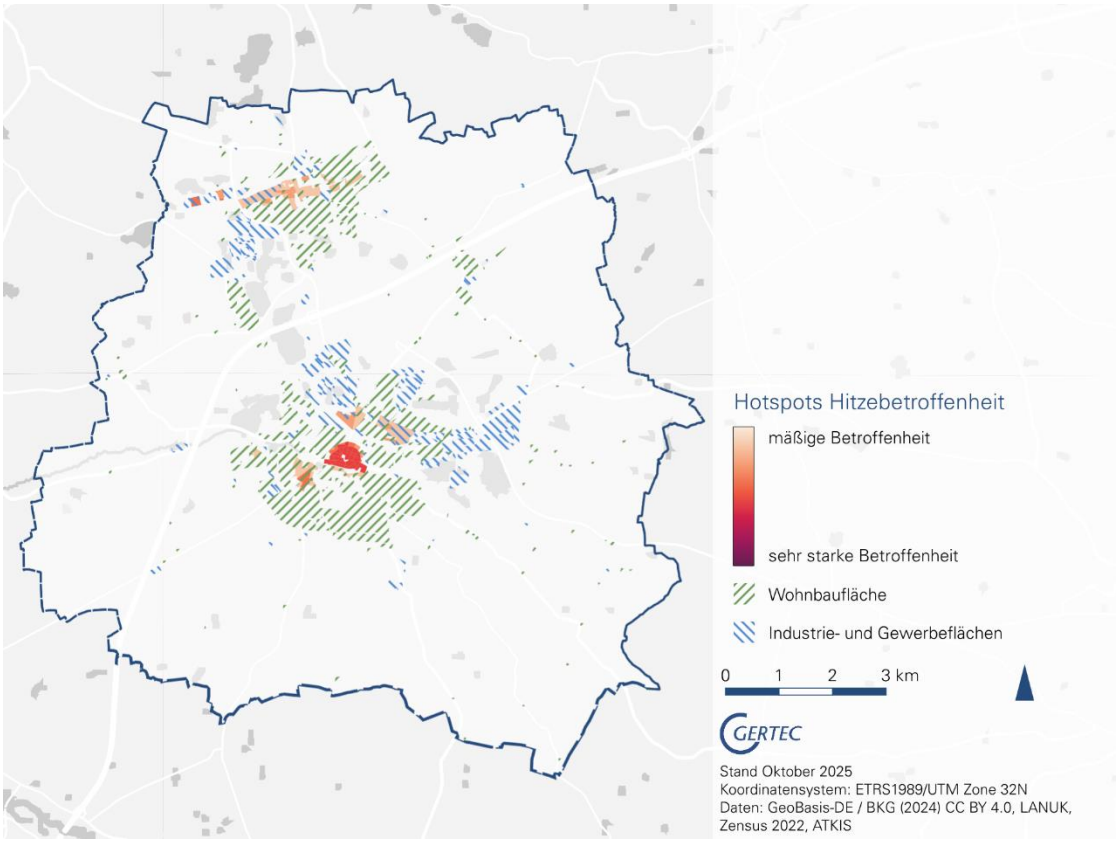


Abbildung 20 Beckumer Hitze-Hotspots (eigene Darstellung)

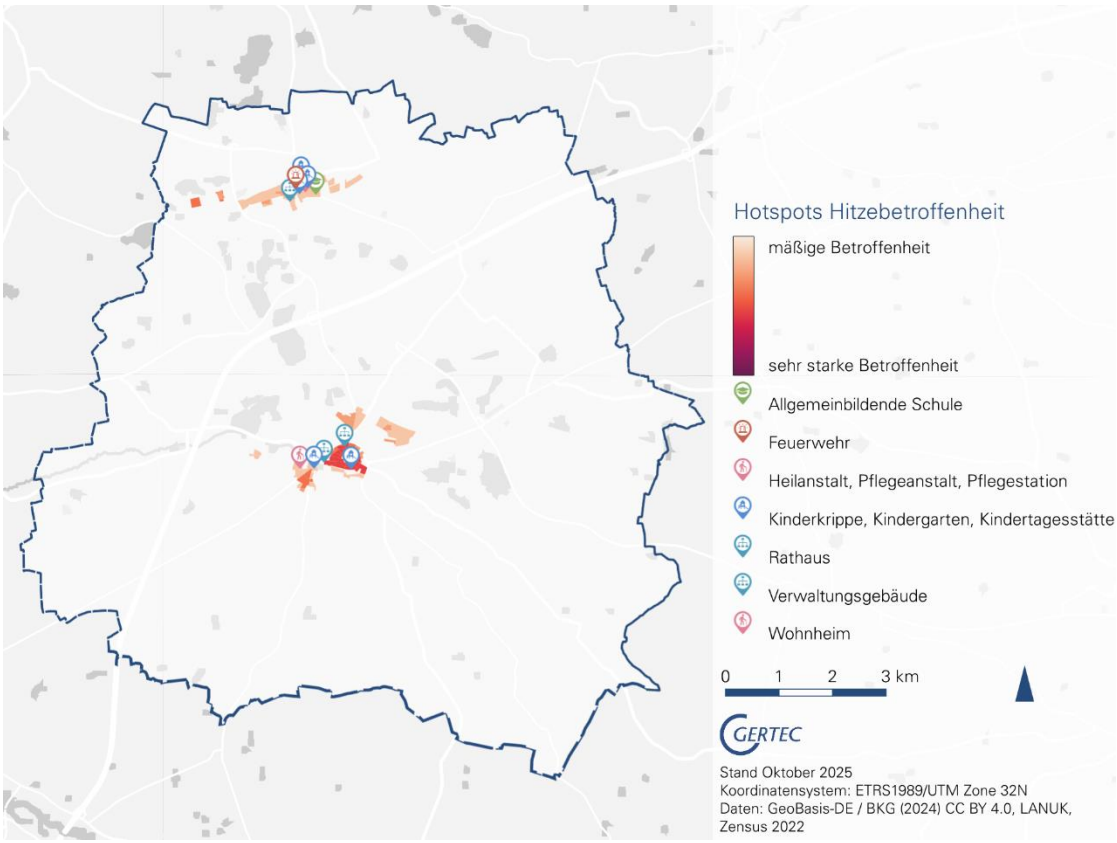


Abbildung 21 Beckumer Hitze-Hotspots inkl. betroffener kritischer Infrastruktur (eigene Darstellung)

3.2.3 Hotspots Starkregen

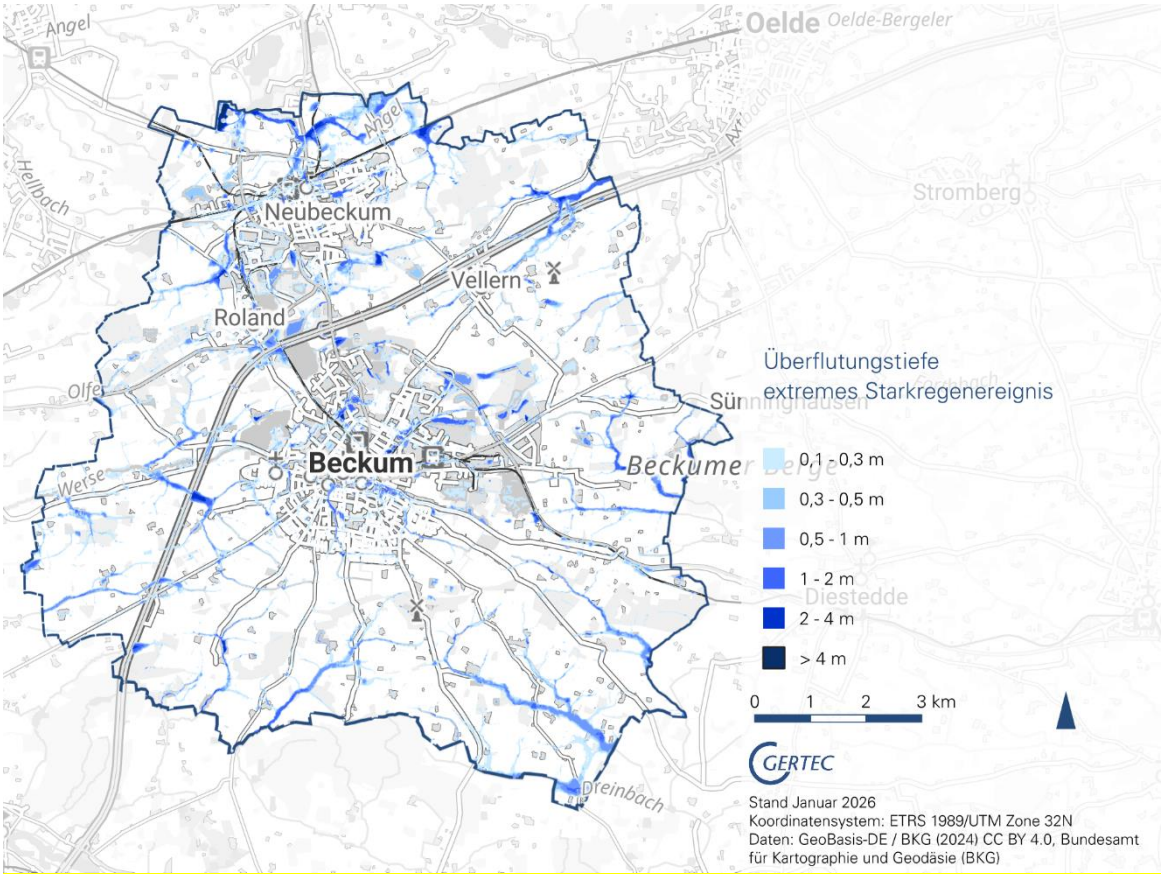


Abbildung 22 Starkregengefahrenkarte des Bundesamts für Kartographie und Geodäsie (für Beckum (extremes Ereignis) (Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie)

Die vom Bundesamt für Kartographie und Geodäsie bereitgestellte Starkregengefahrenkarte für NRW beruht auf Modellberechnungen und macht für Beckum die im Stadtgebiet besonders gefährdeten Bereiche deutlich (vgl. Abbildung 22). Es zeigt sich, dass die Auswirkungen solcher Ereignisse sich in kleinräumigen Gebieten mit erhöhten Wasserständen manifestieren, die über das gesamte Stadtgebiet verteilt auftreten.

Besonders betroffen sind Senken und Tallagen entlang der Fließgewässer im gesamten Stadtgebiet. Innerhalb der Siedlungsgebiete sind die betroffenen Flächen zwar meistens kleinräumiger, aber insgesamt über das gesamte Gebiet verteilt. Besonders hervorzuheben sind hier die Bereiche östlich des Beckumer Stadtkerns am Lippweg, im Bereich des Kollenbachs sowie in Neubeckum einzelne Senken entlang der Bahntrasse und im Bereich Breslauer Straße/Spiekerstraße.

Abbildung 23 zeigt eine Übersicht der Starkregen-Hotspots im gesamten Stadtgebiet. Besonders betroffen sind Teilbereiche der Beckumer Innenstadt, sowie Gewerbeflächen entlang der Bahntrasse in Neubeckum. Teilweise befindet sich kritische Infrastruktur in diesen Gebieten.

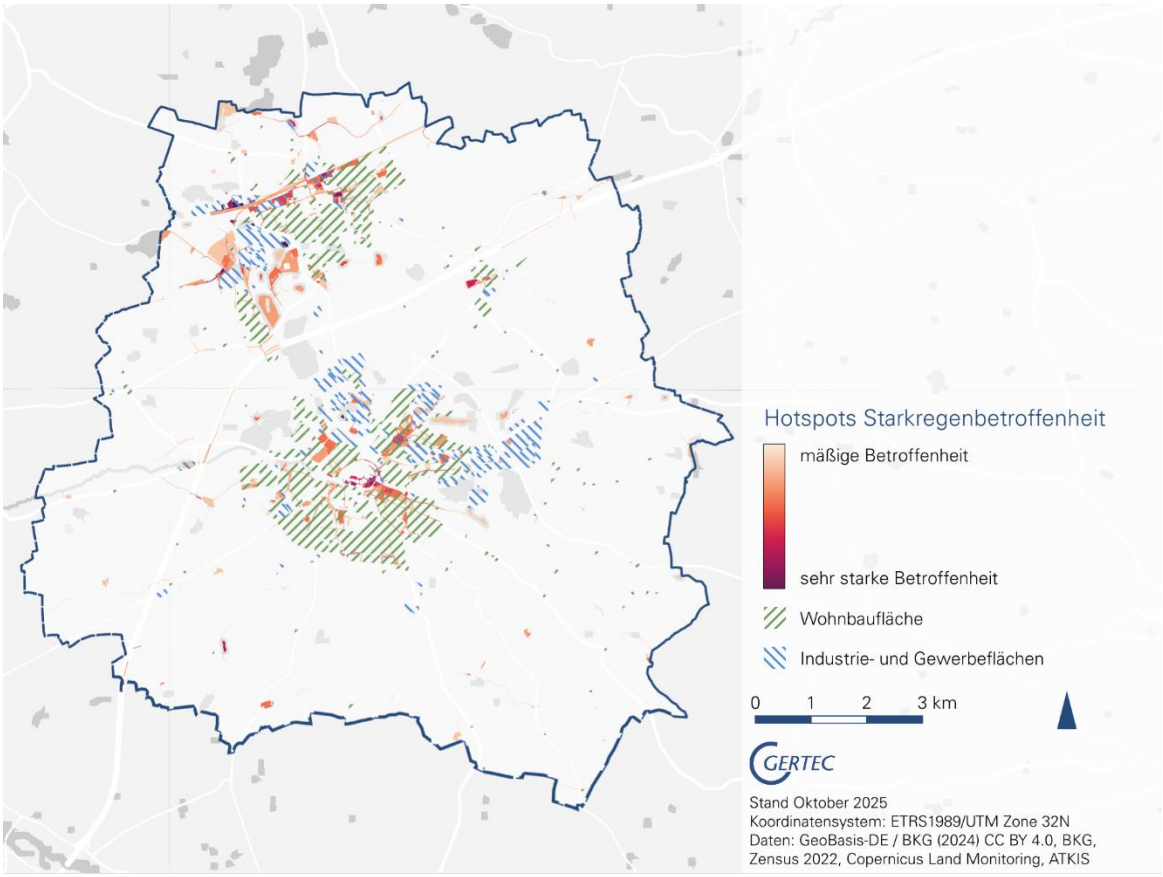


Abbildung 23 Beckumer Starkregen Hotspots (eigene Darstellung)

3.2.4 Hotspots Hochwasser

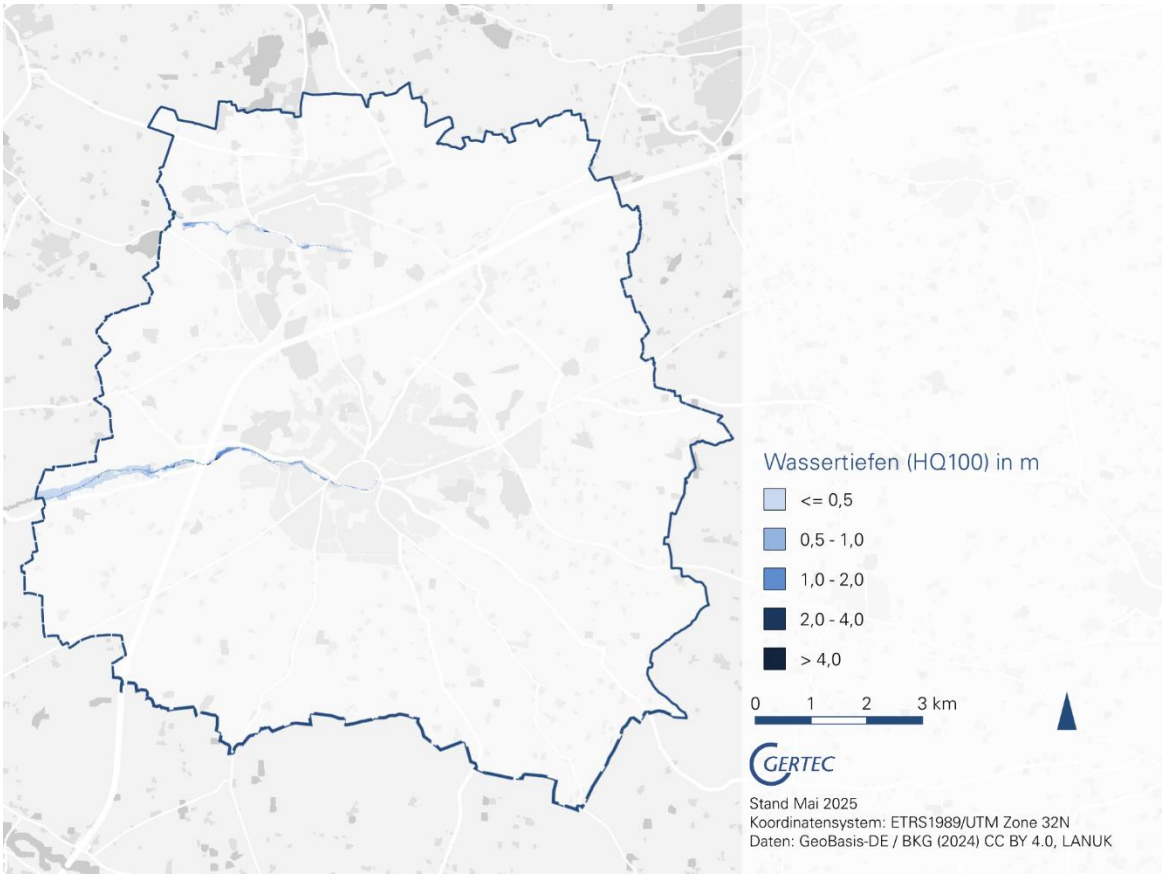


Abbildung 24 Maximale Wassertiefen für HQ100 in Beckum (Quelle: Hochwassergefahrenkarte NRW)

Abbildung 24 zeigt die maximalen Wassertiefen innerhalb von Beckum bei einem 100-jährigen Hochwasserereignis. Es wird deutlich, dass Überschwemmungen entlang einzelner Fließgewässer wie Werse oder Hellbach aufgrund ihrer Größe nur kleinräumigere Überschwemmungen im Stadtgebiet hervorrufen. Großflächige überschwemmungsgefährdete Gebiete sind nicht vorhanden.

Die Betrachtung der Flächennutzung in Abbildung 25 macht deutlich, dass hauptsächlich Landwirtschaftsflächen betroffen sind. Lediglich innerhalb der Siedlungszentren sind vereinzelt Wohn- und Industrie- und Gewerbeflächen betroffen. Die Ausdehnung der Überschwemmungsgebiete ist hier aber geringer und die Stadt ist auf HQ100 vorbereitet.

Es ist zu beachten, dass es im Einzelfall auch an kleineren Fließgewässern kleinräumig zu Überschwemmungen kommen kann. Problematisch ist auch Überschwemmung durch Starkregenereignisse aufgrund des Versiegelungsgrads und des begrenzten Abflusses im Innenstadtbereich. Das gilt es vor Ort nachzuhalten und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Hinweise kann auch die Starkregen-Analyse (vgl. Kapitel 3.2.3 geben).

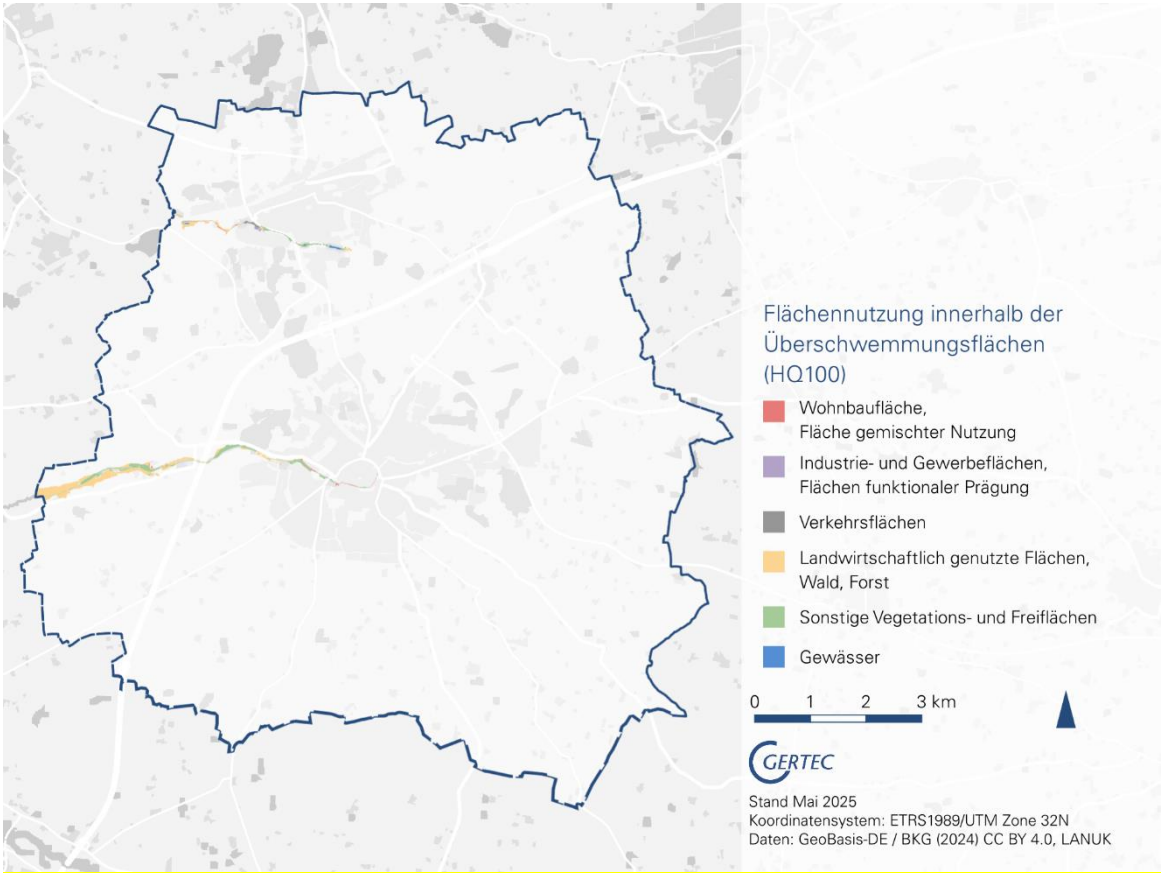


Abbildung 25 Flächennutzung innerhalb der Überschwemmungsgrenzen in Beckum (Quelle: Hochwasserrisikokarte NRW)

Abbildung 26 zeigt eine Übersicht der Hochwasser-Hotspots im gesamten Stadtgebiet. Hotspots sind im südöstlichen Stadtkern von Beckum sowie im westlichen Teil von Neubeckum westlich der B475 vorhanden. Hier befindet sich mit einer Kindertagesstätte kritische Infrastruktur. Bis HQ100 ist die Stadt jedoch bereits technisch abgesichert.

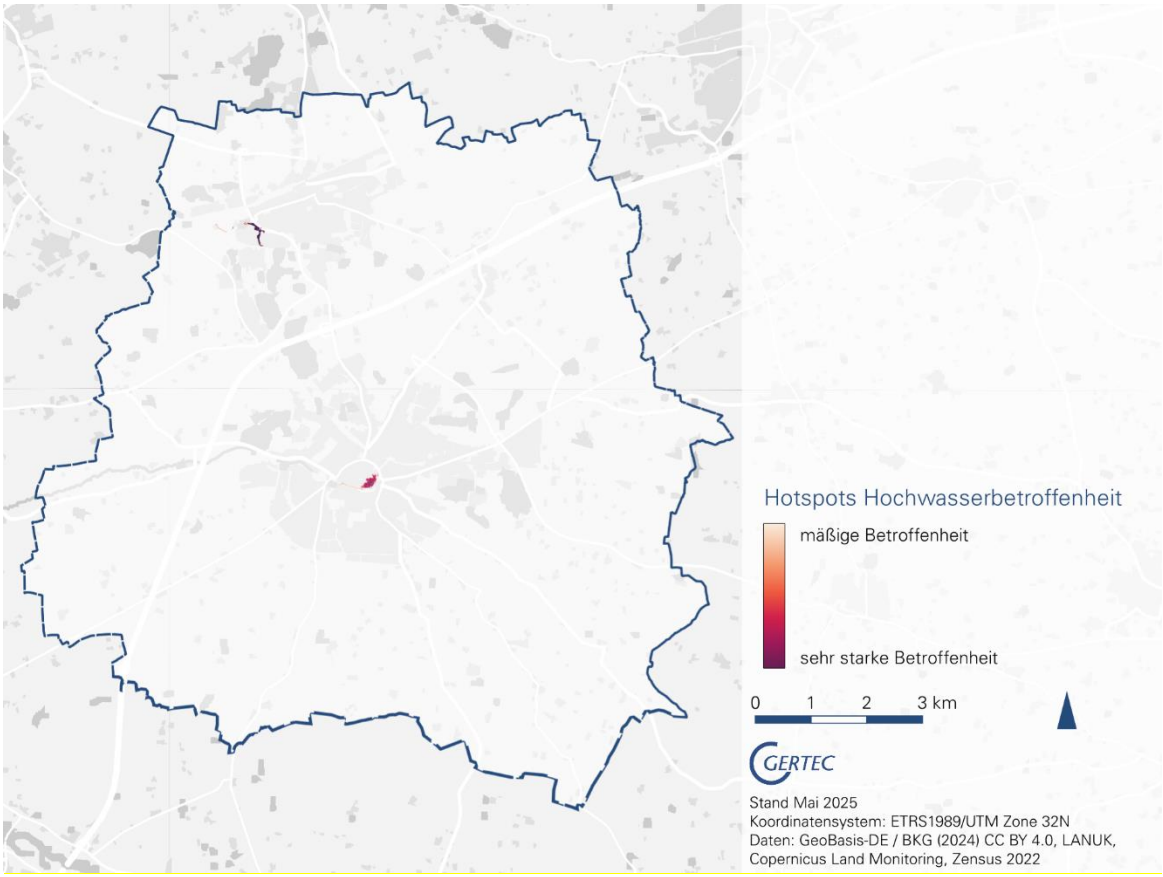


Abbildung 26 Beckumer Hochwasser-Hotspots (eigene Darstellung)

3.2.5 Funktionale Betroffenheitsanalyse

Im Rahmen der funktionalen Betroffenheitsanalyse werden die nachfolgenden Handlungsfelder betrachtet:

- Bauwesen
- Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft
- Bevölkerungsschutz und menschliche Gesundheit

Sekundär werden Aspekte weiterer Handlungsfelder mitbetrachtet, darunter insbesondere Biologische Vielfalt und landwirtschaftliche Aspekte.

3.2.5.1 Handlungsfeld Bauwesen

In diesem Handlungsfeld finden sich Aspekte der Handlungsfelder „Stadtentwicklung und kommunale Planung", „Bauen und Wohnen", „Verkehr und Verkehrsinfrastruktur", „Industrie und Gewerbe" sowie „Biologische Vielfalt" der Deutschen Anpassungsstrategie. Bei den vier letztgenannten sind direkte Betroffenheiten durch den Klimawandel gegeben, wohingegen das Handlungsfeld „Stadtentwicklung und kommunale Planung" an sich nicht direkt betroffen ist, sondern eher Lösungsansätze für alle betroffenen städtischen Bereiche liefern kann und muss. Betroffenheiten resultieren aus den typischen Klimawandelfolgen, wie Hitze, Trockenheit, Starkregen, Sturm etc., sind im Stadtgebiet äußerst vielfältig und werden zum Teil in den anderen Handlungsfeldern dieses Konzepts beschrieben, wie etwa „Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft" (vgl. Kapitel 3.2.5.2) und „Bevölkerungsschutz und menschliche Gesundheit" (vgl. Kapitel 3.2.5.3).

Das Handlungsfeld Bauwesen hat die Aufgabe, das gesamte Stadtgebiet im Blick zu behalten und mit geschickten Entscheidungen, Betroffenheiten in den diversen Belangen zu mindern oder vorzubeugen und dabei Nutzungs- und Interessenkonflikten zu begegnen. Dieses Handlungsfeld hat eine zentrale, steuernde Funktion, welches in seiner Wirkung auf viele weitere Themenfelder ausstrahlt.

Zukünftig wird es allgemein nötig sein, eine Anpassung der Stadtstrukturen an höhere Temperaturen, Extremwetterereignisse und Veränderungen im Grundwasserspiegel vorzunehmen, dies gilt jedoch auch speziell für eine entsprechende Anpassung der Gebäude in Beckum. In Bezug auf höhere Temperaturen sind vor allem Gebäude und Einrichtungen in den dichter versiegelten Stadtteilen, aber auch die Industrie- und Gewerbegebiete betroffen, da Baumaterialien wie Beton und Asphalt die Wärme aus Sonneneinstrahlung länger speichern und so auch nachts noch abgeben. Dies kann insbesondere in den Sommermonaten Juni bis August zu einer erhöhten thermischen Belastung (sogenannte Hitzeinselbildung) führen und mindert die Aufenthalts- und Wohnqualität in diesen Gebieten. Tagsüber verstärkt der Hitzeinseleffekt die Auswirkungen der prognostizierten häufigeren „Heißen Tage", sodass insbesondere in der Innenstadt und in den betroffenen Gewerbegebieten mit einem hitzebedingten Rückgang der Produktivität zu rechnen ist. Das Umweltbundesamt geht davon aus, dass durch die steigenden Temperaturen städtische Hitzeinseln bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts verstärkt auch in den Monaten Mai und September auftreten werden, was die gesundheitliche Belastung im städtischen Raum erhöht und in Industriegebieten zu zusätzlichen Anforderungen an Prozesskühlung führt. Aber auch die zunehmende Flächenversiegelung in urbanen Räumen, Trockenheit und Stickstoffbelastung tragen zu einem Rückgang von temperaturausgleichenden Freiflächen und städtischem Grün bei. Städtische Bäume werden durch Hitze, Bodenversiegelung und damit einhergehendem reduzierten Wurzelraum, Abgase und andere Faktoren belastet, die durch höhere Durchschnittstemperaturen, häufigere Hitzeinselbildung und verlagerte Niederschlagsereignisse weiter verstärkt werden.

Folgen des Klimawandels können auch Schäden an Gebäuden verursachen sowie die Gebäudefunktionalität einschränken. Höhere Durchschnittstemperaturen können sich laut Umweltbundesamt auf den Wasserhaushalt, insbesondere den Grundwasserspiegel auswirken, was zu Absackungen oder einer temporären Vernässung mit folgender Setzung des Bodens und damit zu Schäden an Gebäuden führen kann[22]. Eine sekundäre Folge von Stauwasser infolge von beispielsweise Starkniederschlägen ist, dass bei Eindringen in das Gebäude mit Mineralöl, Chemikalien und Fäkalien belastete Sedimente mit dem Wasser verteilt werden und dass die Feuchtigkeit die Bausubstanz angreift. Gleiches gilt für die steigende Anzahl von Extremwetterereignissen, die Überschwemmungen, Erosion und Hagelschäden mit sich bringen, die wiederum zu Gebäude- und Infrastrukturschäden führen können. Je stärker ein Gebiet versiegelt ist, desto höher ist das Risiko für Rückstau und Überschwemmungen während starker Regenfälle, wenn das Regenwasser nicht schnell genug versickern kann und die Bemessungsgrenze des Kanalsystems überschritten wird.[23] In lokalen Fließgewässern, wie der Werse oder dem Hellbach kann die zusätzliche Wassermenge die Fließgeschwindigkeit erhöhen, was zu Unterspülungen und Schäden an umliegenden Gebäuden und Infrastruktur führen kann (Betroffenheit ist jedoch eher gering, vgl. Kapitel 3.2.4). Entsprechend müssen sowohl Wohngebäude als auch Infrastruktur wie Straßen, Kanalisation und Strom- und Wärmeversorgung an zukünftige Gefahren angepasst werden. Hier besteht ein fließender Übergang in das bzw. eine starke Verflechtung mit dem Handlungsfeld „Wasserhaushalt, Wasserwirtschaft".

Die Raumordnungs-, Regional- und Bauleitplanung kann als Steuerungsinstrument wesentlich zur Abschwächung von Klimafolgenwirkungen beitragen, indem beispielsweise Flächen als Überschwemmungsfläche eingeplant und Infrastruktur in möglichst risikoarmen Bereichen errichtet wird. Andererseits kann sie auch Nutzungskonflikte mindern und multifunktionale Nutzungsformen vorantreiben, insbesondere in Bezug auf die Ressourcen Boden und (Trink-)Wasser.

[22] Umweltbundesamt, 2023. Monitoringbericht 2023 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel – Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Anpassungsstrategie der Bundesregierung. S.13.
[23] Umweltbundesamt, 2023. Monitoringbericht 2023 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel – Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Anpassungsstrategie der Bundesregierung. S. 224.

Dies kann beispielsweise bedeuten, dass eine starke Klimaanpassung als expliziter Abwägungsgrund in Planungsentscheidungen eingeführt wird. Neben der Sicherung von klimawirksamen Flächen und deren Vernetzung hat die kommunale Flächenplanung auch die Aufgabe, den Zuwachs von Siedlungs- und Verkehrsflächen zu begrenzen, Luftleitbahnen freizuhalten und für hitzeangepasstes Stadtgrün zu sorgen. Darüber hinaus ist die Kommune für die Klimaanpassung ihrer eigenen Gebäude verantwortlich.

Biologische Vielfalt

Ökosysteme und die biologische Vielfalt sind durch viele verschiedene Faktoren gefährdet, von denen der Klimawandel nur ein Teilaspekt ist. Gefährdung erfolgt durch Verkleinerung und Zerschneidung von Ökosystemen aufgrund von Landnahmen und Versiegelungen (für Gebäude, Straßen oder sonstige Infrastruktur), Umweltverschmutzung, Monokulturen in Land- und Forstwirtschaft, Vielfalt-verhindernde Bewirtschaftungsweisen (Mähen, Düngung, Vernichtung von Ackerbegleitgrün oder aus Sicht der Landwirtschaft schädlichen Insekten oder Pilzen). Globalisierung sorgt für die Einwanderung fremder Arten, die schlimmstenfalls so konkurrenzstark sind, dass heimische Tier- und Pflanzenarten verdrängt werden (beispielsweise japanischer Staudenknöterich, Springkraut, Riesenbärenklau).

Vor allem die durch den Klimawandel hervorgerufene Erwärmung wirkt sich auf die Ökosysteme aus. Aquatische Ökosysteme (beispielsweise Dyckerhoffsee) leiden in warmen und trockenen Phasen durch niedrige Pegelstände und steigende Wassertemperaturen, was sich negativ auf die Populationen von Pflanzen und Tieren auswirkt bzw. die Massenausbreitung unerwünschter Pflanzen oder Tiere zusätzlich fördern kann.

Auswirkungen auf die Biodiversität entstehen einerseits durch strukturelle Veränderungen infolge der eher „schleichenden" Erwärmung, andererseits akut durch Hitze- und Dürrephasen oder Starkregenereignisse. Diese klimatischen Änderungen, die normalerweise über tausende von Jahren graduell geschehen, werden durch das Tempo des Klimawandels beschleunigt und innerhalb von nur wenigen Jahrzehnten erfolgen. Die vielfältigen und komplexen Wechselwirkungen in Ökosystemen geraten aus dem Gleichgewicht und einheimische Tier- und Pflanzenarten können sich nicht in ausreichendem Maße anpassen, was für viele Arten existenzbedrohend ist. Dadurch werden auch die Gesundheit der einheimischen Ökosysteme (u. a. Wälder, Seen, Feuchtgebiete) sowie die Ökosystemdienstleistungen[24] geschädigt, welche oft für selbstverständlich gehalten werden. Gleichzeitig sinkt auch die Resilienz des Ökosystems gegenüber dem Klimawandel mit jeder verlorenen Spezies[25]. Laut Heinrich-Böll-Stiftung werden in der Hauptgruppe „Offenland", in die die Siedlungs- und Landschaftsstrukturen der Stadt Beckum eingeordnet werden können, nur 51 von 202 Lebensraumtypen als „aktuell ohne Verlustrisiko" aufgeführt. Die übrigen Lebensraumtypen sind in verschiedenen Graden gefährdet bis hin zu von Vernichtung bedroht (Stand 2016)[26].

Die klimatischen Veränderungen können darüber hinaus dazu führen, dass sich vom Menschen eingebrachte Pflanzen mit ursprünglich anderem Lebensraum (Neophyten) stärker ausbreiten und heimische Flora und Fauna weiter verdrängen. Beispielhaft sei hier das Drüsige Springkraut genannt, welches – aus Indien stammend – im 19. Jahrhundert als Zierpflanze nach Europa gebracht wurde und aufgrund seiner starken verwilderten Ausbreitung seit 2017 auf der „Liste invasiver gebietsfremder Arten von unionsweiter Bedeutung" steht.

Akute Dürre- und Trockenheitsphasen können die Vitalität der Vegetation stark einschränken und sich damit auch auf die von ihr abhängige Tierwelt auswirken. Bei Bäumen oder Wäldern im Trockenstress droht (bei Laubbäu-

[24] Z. B. saubere Luft und Wasser, die aus dem natürlichen Ökosystem entstehen, ohne dass Menschen das beeinflussen müssen.
[25] Quarks, 2022. https://www.quarks.de/umwelt/tierwelt/warum-wir-biodiversitaet-brauchen/
[26] Heinrich Böll Stiftung, 2019. https://www.boell.de/de/2019/01/09/biodiversitaet-deutschland-artenvielfalt-geht-verloren; Von 202 Lebensraumtypen im Bereich Offenland kann für 10 aufgrund einer defizitären Datenlage keine Aussage getroffen werden.

men) der Verlust der Kronen oder von Teilen davon, was wiederum zur Gefährdung von Menschen durch herabstürzende Äste führen kann. Es drohen weiterhin Schädlingsbefall (Stichwort „Borkenkäfer") oder gesteigerte Waldbrandgefahr.

Im Bereich der privaten Haushalte sorgen gewisse Moden, wie die Gestaltung von Schottergärten, die Vorliebe für Pflanzen mit wenig ökologischem Nutzen (bspw. Kirschlorbeer, Forsythie) oder aber einfach der Wunsch nach pflegeleichten Gärten für Einschränkungen der biologischen Vielfalt.

Im Gegensatz zu natürlichen Freiflächen oder Wäldern gilt für Stadtgrün und privates Grün, dass ihre Vitalität und Verdunstungsleistung durch Bewässerung gestärkt und erhalten werden kann, jedoch ist der Einsatz von Trinkwasser hierfür als kritisch anzusehen.

Für die Stadt Beckum bestehen Aufgaben, aber auch Handlungsmöglichkeiten, die sich zum Teil auch im Maßnahmenkatalog wiederfinden. Dabei bestehen Handlungsspielräume über die Stadtentwicklung und die kommunale Planung für eine Aufwertung und eine Vernetzung vorhandener Flächen zu sorgen. Vor dem Hintergrund der im Münsterland relativ „grünen" Siedlungsstruktur und den Erfahrungen der Kommunen mit Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligungen bietet sich eine gute Ausgangsbasis für eine akteursgetragene Maßnahmenumsetzung.

Stärken	Schwächen
• Masterplan Beckum mit Handlungsfeld Stadtentwicklung und Klimaanpassung • Erfahrungen mit klimaangepasster Flächengestaltung (z. B. umfassende Renaturierungsprojekte an Werse und Hellbach) • Nachhaltigkeitsstrategie und Fortschreibung ISEK mit Ansätzen zu Klimaanpassung	• fehlende Digitalisierung im Grünflächenmanagement • knappe finanzielle und personelle Ressourcen • Anpassungen im Bestand sind schwieriger zu realisieren als im Neubau
Chancen	**Risiken**
• Aufgelassene Steinbrüche und Gesamtrekultivierungsplan • konzeptionelle Grundlagen zur Stadtentwicklung vorhanden, in die Klimaanpassung integriert werden kann • mehr oder weniger stabile Bevölkerungsentwicklung (Prognose) bis 2050 • bestehende Bautätigkeiten • Verwaltung kann die gesamte Kommune im Blick halten und in vielen Bereichen Einfluss nehmen • Vorbildfunktion Stadt nutzen • Sich ändernde Gesetzeslagen und Förderkulissen	• relativ hoher Versiegelungs- und Bebauungsgrad (Kreisvergleich) • Umsetzung von Maßnahmen außerhalb der Verwaltung kaum beeinflussbar

Tabelle 14 SWOT-Analyse: Handlungssfeld Bauwesen Beckum

3.2.5.2 Handlungsfeld Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft

Der Wasserhaushalt eines Gebietes wird durch Niederschläge und Evapotranspiration bestimmt, die wiederum stark von den örtlichen Temperaturen und der Einstrahlung abhängen. Die Niederschlagsprognosen in den beiden Klimaszenarien (vgl. Kapitel 2.3.3.2) sagen eine Zunahme der Niederschlagsmengen bei gleichzeitiger saisonaler Verschiebung in die Wintermonate vorher, außerdem eine Zunahme von Starkregenereignissen.

Die Temperaturen in Beckum nehmen zu (vgl. Kapitel 2.3.3.1) gleichzeitig kommt es zu einem leichten Rückgang der Grundwasserneubildung (vgl. Kapitel 2.3.2.3). Dieser Trend ist deutschlandweit zu beobachten, ganz Deutschland verliert seit 2000 etwa 2,5 Gigatonnen Wasser pro Jahr[27].

An den örtlichen Fließgewässern (Beispielsweise Werse und Hellbach) ist ganzjährig mit Überflutungen zu rechnen, die sowohl von Starkniederschlägen als auch Flusshochwasser verursacht werden können (vgl. Kapitel 3.2)[28]. Auch abseits der Fließgewässer ist in lokalen Senken mit Überflutungen zu rechnen. Starkregenereignisse bergen neben Schäden an Gebäuden und Infrastruktur auch die Gefahr von Erosionsereignissen durch abfließendes Wasser, die wiederum beispielsweise der Landwirtschaft schaden (Abtrag von Boden auf Ackerflächen) oder zu Unterspülungen und damit Schäden an Gebäuden und Infrastruktur führen können (absackende/abrutschende Straßen und Gebäude). Stehendes Wasser auf landwirtschaftlichen Flächen schadet der Landwirtschaft ebenfalls, in dem Böden unbearbeitbar werden und Kulturen im feuchten Boden ersticken.

Die Verschiebung der Niederschläge aus den Sommermonaten in Richtung Wintermonate hat Folgen für die Wasserverfügbarkeit in der Vegetationsperiode. Reduzierte Niederschläge bzw. größtenteils oberflächlich abfließende Starkregenereignisse führen zu Wassermangel in den Sommermonaten, mit Folgen für die Vegetation – bspw. landwirtschaftlich genutzte Flächen (Äcker oder Wiesen), Wälder, Gärten, Parks und sonstige Grünflächen. Kann nicht zum Erhalt der Wasserversorgung bewässert werden, drohen Ernteeinbußen und eine reduzierte Kühlwirkung durch verringerte Evapotranspiration. Langfristig entstehen dauerhafte (Dürre-)Schäden an der Vegetation, wie bspw. das Absterben einzelner Pflanzen oder ganzer Wälder (Kalamitätsflächen, auch infolge eines Borkenkäferbefalls[29]). Hier sind direkte Wechselwirkungen von Wasserhaushalt und Vegetation/Biodiversität ersichtlich (vgl. Kapitel 3.2.5.1). Die reduzierte Kühlleistung der Vegetation kann in Siedlungsgebieten auch das Mikroklima verändern und die menschliche Gesundheit beeinträchtigen (vgl. Kapitel 3.2.5.3).

Die große Herausforderung der Wasserwirtschaft besteht darin, saisonalen Verlagerungseffekten (zu viel oder zu wenig Wasser) mit entsprechenden Maßnahmen zu begegnen. Dabei sind entsprechende Wasserqualitäten, bspw. für Trinkwasser, Brauchwasser oder Kühlwasser, zu berücksichtigen.

Trinkwasser in Beckum kommt bis auf wenige Ausnahmen (Selbstversorger mit eigenen Brunnen) über die Wasserversorgung Beckum (WVB). Gemäß dem aktuellen Wasserversorgungskonzept aus dem Jahr 2024 wird die Gefahr einer Einschränkung der Trinkwasserversorgung infolge von Trockenheit als gering eingestuft, da verschiedene Bezugsquellen zur Verfügung stehen. Risiken werden eher durch erhöhte Schadstoffbelastung („Nitrat") und vergleichsweise hohe Abwasseranteile in Phasen mit geringem Wasserangebot gesehen. welche die Wassergüte beeinträchtigen.

Beckum ist im Kreisvergleich verhältnismäßig stark versiegelt, was sich bei Starkregenereignissen negativ auf die Siedlungsentwässerung auswirken kann. Neue Baugebiete und Nachverdichtungen erhöhen die Auslastung der bestehenden Kanalisation. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass kommunale Kanalisationen nicht für die Ableitung von Starkregenereignissen dimensioniert sind. Selbst bei Vorhandensein technischer Möglichkeiten wäre eine solche Anpassung wirtschaftlich nicht durchführbar.

[27] Umweltbundesamt, 2023. Monitoringbericht 2023 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel – Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Anpassungsstrategie der Bundesregierung. S. 13.
[28] Flusshochwasser bezieht sich hier nicht auf die Ergebnisse der Hochwassergefahrenkarten des LANUK für NRW für Risikogewässer nach § 74 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG)
[29] Hier liegt eine Wirkkette vor. Trockenschäden/-stress erhöhen die Verwundbarkeit gegenüber Schädlingen.

Stärken	Schwächen
• Niederschlags-/Abfluss-Modell obere Werse • Enger Kontakt zur örtlichen Wasserversorgung WVB • Nachhaltigkeitsstrategie und Fortschreibung ISEK mit Ansätzen zu Klimaanpassung • Relevante Konzepte zeigen Handlungsbedarf auf (z. B. Wasserversorgungskonzept, Abwasserbeseitigungskonzept, Generalentwässerungsplan) • Erfahrung mit Hochwasser- und Starkregenereignissen	• fehlende Starkregen-Analyse • knappe finanzielle und personelle Ressourcen
Chancen	**Risiken**
• Attraktivierung der (Innen-)Stadt durch Gestaltung multifunktionaler und versickerungsfördernder Flächen	• Überflutungsgefahr durch lokale Fließgewässer • relativ hoher Versiegelungs- und Bebauungsgrad (Kreisvergleich); • sinkende Grundwasserneubildung bis Grundwasserzehrung • Fehlendes Bewusstsein/fehlende Anpassungshandlungen bei Bevölkerung

Tabelle 15 SWOT-Analyse: Handlungsfeld Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft Beckum

3.2.5.3 Handlungsfeld Bevölkerungsschutz und menschliche Gesundheit

Menschliche Gesundheit ist vor allem durch Hitze und Hitzefolgen sowie allgemeine Folgen steigender Durchschnittstemperaturen betroffen. Nachgelagert spielen auch VASS (Vektoren, Allergene, Schadtiere, Schadpflanzen; z. B. invasive Arten), die sich in Folge des Klimawandels ausbreiten, eine Rolle. Sekundär besteht Gefahr (für Leib und Leben) durch Überflutungen infolge von Hochwasser oder starken Niederschlagsereignissen.

Durch steigende Temperaturen und Hitzewellen kommt es bereits heute, zukünftig verstärkt, zu erhöhten Gesundheitsrisiken (z. B. Herz-Kreislauf-Probleme) und einer Zunahme der Morbidität. Das bedeutet, dass die Krankheitshäufigkeit bezogen auf eine bestimmte Bevölkerungsgruppe in einem bestimmten Zeitraum, insbesondere bei älteren Menschen (Altersgruppe 74+)[30], jungen Menschen (Kleinkinder) oder Menschen mit Vorerkrankung, zunimmt. Auch die Mortalität (Sterblichkeit) steigt. Außerdem ist durch die längere Vegetationsperiode mit einem stärkeren Pollenflug und dem Aufkommen invasiver Arten und neuer Krankheiten zu rechnen, es kommt zu steigender Belastung durch UV-Strahlen, eventueller Beeinträchtigung der Trinkwasserqualität sowie zu Luftbelastungen infolge zunehmender Inversionswetterlagen.

Die Zunahme von meteorologischen Ereignistagen („Sommertage", „heiße Tage" oder „Tropennächte[31]" etc.) wird auch die Stadt Beckum beeinflussen (vgl. Kapitel 2.3.3.1). Dieser Aspekt sowie der Aspekt des demographischen Wandels (vgl. Kapitel 2.3.1) führen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu einer steigenden Anfälligkeit gegenüber Hitzewellen.

Die Zunahme der Sommertage auf bis zu 43 Tage (RCP 4.5) bzw. 81 Tage (RCP 8.5) pro Jahr bis zum Ende des Jahrhunderts sowie eine Häufung der heißen Tage im selben Zeitraum auf bis zu 11 Tage (RCP 4.5) bzw. 29 Tage

[30] Bereits in der Gruppe Altersgruppe 65+ werden durch Wärme gesundheitliche Belastungen beobachtet, in Altersgruppe 74+ lässt sich wiederum eine erhöhte Sterblichkeit während Hitzephasen beobachten. Quelle: Umweltbundesamt, 2012. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/515/dokumente/4298.pdf

[31] Eine Tropennacht ist eine Nacht in der das Minimum der Lufttemperatur ≥ 20 °C beträgt.

(RCP 8.5) pro Jahr wird die bioklimatische Wärmebelastung für die zunehmend alternde Bevölkerung über den Faktor Lufttemperatur weiter verschärfen. Das Gesundheitsrisiko durch erhöhte Temperaturen steigt insbesondere in den dichter bebauten und versiegelten Siedlungsflächen, wobei weite Teile insbesondere ländlicher Kommunen im Münsterland sich durch eine vergleichsweise lockerer Bebauungsstruktur und teils große Gärten auszeichnen und somit im Vergleich etwas weniger unter Hitzestress leiden.

Menschen der Altersgruppe 74+ sind durch die Wärmebelastung besonders gesundheitlich gefährdet. Das Umweltbundesamt[32] geht in dieser Altersgruppe von einem hitzebedingten Anstieg der Mortalität um 6,6 % bei einer mäßigen Wärmebelastung (gefühlte Temperatur 26 - 32 °C bzw. PET 29 - 35 °C) bzw. um 12 % bei einer hohen Wärmebelastung (gefühlte Temperatur 32 - 38 °C bzw. PET 35 - 41 °C) aus.

Außerdem geht mit der Wärmebelastung eine zusätzliche Belastung des Gesundheitssystems einher. Es werden mehr Menschen mit hitzebedingten gesundheitlichen Problemen ambulant oder stationär behandelt werden müssen und auch der Sanitäts- und Rettungsdienst, Pflege- und Altersheime und soziale Dienste, das St. Elisabeth-Hospital aber auch Sportzentren, Kindergärten und Schulen müssen mit Wissen und zusätzlichem Personal auf die Situation vorbereitet werden[33].

Auch in Bezug auf das Bauwesen machen sich die höheren Temperaturen und zusätzlichen Hitze- und Sommertage im Rahmen der menschlichen Gesundheit bemerkbar. Die Produktivität derjenigen, die im Außenbereich tätig sind, nimmt ab 30 °C Außentemperatur ab, Pausen- und Arbeitszeiten werden zum Schutz der Gesundheit verlängert bzw. verlagert werden müssen. Dies kann Auswirkungen auf Dauer und Kosten von Neubau- und Instandsetzungsvorhaben haben. Außerdem dürfen Wohnungslose, die der Wärmebelastung teilweise ohne Zugang zu Schatten und ausreichend Trinkwasser ausgesetzt sind, nicht vergessen werden. Sie zählen mitunter zu den ersten Opfern einer Hitzewelle.

Auch das Gesundheitsrisiko durch UV-Strahlung steigt durch die vermehrte Einstrahlung und damit einhergehend das Hautkrebsrisiko. Dies gilt insbesondere für Menschen, die sich häufig im Freien aufhalten. Erste Studien deuten laut Umweltbundesamt darauf hin, dass das Aufkommen von Niedrigozonereignissen im Frühjahr in den letzten zwei Jahrzehnten zwar abgenommen hat, diese Jahreszeit aber insgesamt am stärksten von Niedrigozonereignissen betroffen ist[34]. Zwischen 1961 und 2020 ist die mittlere Anzahl der jährlichen Sonnenstunden in Beckum um ca. 8,6 % gestiegen, was auf Veränderungen der Aerosole und der Bewölkung zurückzuführen ist. Somit treffen die Niedrigozonereignisse[35] oft mit mehr Sonnenstunden zusammen, was besonders im Frühjahr zu stärkerer UV-Einstrahlung führt. Gleichzeitig haben die meisten Menschen im Frühjahr noch keinen hohen natürlichen Hautschutz und gehen oft unvorsichtig mit ihrer Sonnenexpositionsdauer um. Besonders betroffen sind Kinder, deren Haut und Augen weniger resilient gegenüber UV-Strahlung sind als die von Erwachsenen. Lange und starke Exposition gegenüber UV-Strahlen schädigen das Erbgut, wodurch das Hautkrebsrisiko steigt.[36] Mit einer höheren Hautkrebsrate steigen auch die Kosten für das Gesundheitswesen.

Im öffentlichen Raum ist die Trinkwasserverfügbarkeit, insbesondere im Sommer und während Hitzeperioden zunehmend von Bedeutung. Ein wichtiger Faktor für die gesundheitlichen Risiken während heißer Tage, Sommertage oder auch Tropennächten ist der Flüssigkeits- und Elektrolytverlust durch starkes Schwitzen, was gerade bei hochbetagten Menschen zu Herz-Kreislauf-Problemen führen oder andere bestehende gesundheitliche Beschwerden verstärken kann. Die Möglichkeit regelmäßig an sauberes Trinkwasser zu kommen, wird daher zunehmend wichtig für das gesellschaftliche Leben.

---

[32] https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/515/dokumente/4298.pdf
[33] Umweltbundesamt, 2023. https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-gesundheit/gesundheitsrisiken-durch-hitze#gesundheitsrisiko-hitze
[34] Umweltbundesamt, 2023. Monitoringbericht 2023 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel – Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Anpassungsstrategie der Bundesregierung. S.55.
[35] Ein Niedrigozonereignis bezeichnet eine Wetterlage, bei der die bodennahe Ozonkonzentration ungewöhnlich deutlich unter den langjährigen Durchschnittswerten liegt.
[36] Bundesamt für Strahlenschutz, 2025: https://www.bfs.de/DE/themen/opt/uv/wirkung/einfuehrung/einfuehrung.html

Neben der thermischen Belastung wird ein vermehrtes Auftreten von Inversionswetterlagen prognostiziert, bei denen ein Austausch zwischen den unteren und oberen Luftschichten besonders gering ist. Dies führt zu einer Erhöhung der Lufttemperatur innerhalb der bodennahen Luftschichten in der ohnehin schon warmen Stadt, was sich besonders ungünstig auf die Luftqualität auswirkt, da bodennahes Ozon und Emissionen kaum abgeführt werden können. Dies stellt vor allem für Kinder und Menschen, die an dicht befahrenen Straßen wohnen, ein Gesundheitsrisiko dar, da sie während dieser Inversionswetterlagen u. a. einer höheren Stickstoff- und Feinstaubbelastung ausgesetzt sind[37]. Bis zum Ende des Jahrhunderts wird ein zusätzliches hohes Risiko für Atemwegsbeschwerden infolge von Luftverunreinigungen als möglich angesehen[38].

Eine weitere Konsequenz der ansteigenden Temperaturen in Beckum ist mittelfristig die Ausweitung der Lebensräume neuer Tier- und Pflanzenarten und mit ihnen die Verbreitung neuer Infektionskrankheiten (z. B. durch Zoonosen[39]). Diese Prozesse werden durch u. a. längere Vegetationsperioden begünstigt. Ein bekanntes Beispiel ist die Ausweitung der Infektionsgebiete von Lyme-Borreliose, die überwiegend zwischen 40 und 60 Grad nördlicher Breite auftritt. Durch mildere, nassere Winter und wärmere Frühjahre sind die übertragenden Zeckenarten länger aktiv und treten dichter auf, was das Ansteckungsrisiko erhöht. Wärmere Frühjahrsmitteltemperaturen verlängern außerdem die Vegetationsperioden, wodurch der Pollenflug früher beginnt[40]. Diese Mehrfachbelastung über zunehmend längere Zeiträume kann zu einem Produktivitätsverlust durch vermehrte Krankheitstage führen.

Gesundheitsvorsorge gegenüber Hitze kann individuell durch Verhaltensanpassungen erfolgen. Wesentliche Möglichkeiten bestehen jedoch im Bereich der Stadtentwicklung und kommunalen Planung (vgl. Kapitel 3.2.5.1). Hier sind vor allem Maßnahmen zu nennen, die der Verhinderung von Hitze im bebauten Raum dienen, wie beispielsweise Entsiegelungs-, Begrünungs- und Verschattungsmaßnahmen, Maßnahmen zur Vernetzung von Grün, Maßnahmen zur blauen Infrastruktur (auch Benebelungsmaßnahmen oder Trinkbrunnen) oder (planerische) Maßnahmen zur Erhaltung von Kaltluftentstehungsgebieten, Maßnahmen zur Erhaltung oder Schaffung von Frischluftschneisen sowie ggf. diverse Vorgaben bei Neubaugebieten (Gebäudeausrichtung/-anordnung, Farben, Bepflanzung etc.). Im Gegensatz zur allgemeinen Gesundheitsvorsorge durch Hitzeschutz für die Bevölkerung hat die Stadt gegenüber den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung eine konkrete Fürsorgepflicht. Hier sind bauliche Maßnahmen des Hitzeschutzes an Verwaltungsgebäuden (Verschattung, Kühlung, Erhöhung der Albedo etc.), Anpassung von Arbeitszeiten, Anpassung von im Freien stattfindenden Arbeiten, Sensibilisierung und Information zu nennen.

Wirkungsvoll ist darüber hinaus die individuelle Verhaltensanpassung an Hitze. Um diese zu stärken, kann die Stadt mit Kampagnen und Informationsmaterialien arbeiten. Anpassungen auf individueller Ebene sind beispielsweise direkte Sonne zu meiden, Aktivitäten an Hitze anpassen, leicht essen und viel trinken. Darüber hinaus besteht, ähnlich wie bei der Verwaltung und ihren Mitarbeitenden, auch im privaten Gebäudebestand die Möglichkeit, für Verschattung, Albedoerhöhung oder die Steigerung der Verdunstungskühlung durch beispielsweise Gartengestaltung bzw. Entsiegelungsmaßnahmen zu sorgen.

Die arbeitende Bevölkerung ist, was Hitze am Tag angeht, von den Vorsorgemaßnahmen ihrer Arbeitgebenden abhängig. Arbeitgebende können dieselben Maßnahmen ergreifen wie die Verwaltung gegenüber ihren Mitarbeitenden. Durch entsprechende Informationen und Aktivitäten sollten Unternehmen zum Thema informiert und sensibilisiert werden.

---

[37] https://www.rki.de/DE/Content/Kommissionen/UmweltKommission/Stellungnahmen_Berichte/Downloads/stellungnahme_Luftqualitaetsregulierung.pdf?__blob=publicationFile

[38] Umweltbundesamt, 2023. Monitoringbericht 2023 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel – Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Anpassungsstrategie der Bundesregierung. S.37.

[39] Bundesinstitut für Risikobewertung, k.D. Zoonosen bezeichnen Infektionskrankheiten, die von Bakterien, Viren, Pilzen oder Prionen verursacht und wechselseitig zwischen Tieren und Menschen übertragen werden können.

[40] Umweltbundesamt, 2023. Monitoringbericht 2023 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel – Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Anpassungsstrategie der Bundesregierung. S.45.

Ein Fokus sollte auch auf der Gesundheitsinfrastruktur liegen. Pflegeeinrichtungen, Altenheime, das Krankenhaus, Arztpraxen, Kitas und Sportvereine könnten beispielsweise an ein Hitzefrühwarnsystem angeschlossen werden. Erste Studien des Umweltbundesamtes von 2012 weisen darauf hin, dass Hitzefrühwarnsysteme ca. 30 % der hitzebedingten Todesfälle an einem Hitzetag verhindern können[41]. Mit der frühzeitigen Einführung eines Hitzewarnsystems kann die Stadt Beckum dazu beitragen, die örtlichen Rettungskräfte und Gesundheitsversorgung während der Hitzetage im Sommer nicht zusätzlich zu belasten. Die genannten Stellen sollten angeregt werden, die Klimaresilienz ihrer Gebäude zu prüfen und ggf. Maßnahmen wie Sonnenschutz, Kühltechnik und Wärmeisolierung an der Gebäudehülle und -technik vorzunehmen. Im Rettungsdienst besteht ggf. zusätzlicher Personalbedarf sowie Nachrüstungsbedarf der Fahrzeuge mit Kühltechnik, um die gesundheitliche Auswirkung von Hitze auf Einsatzkräfte und Patientinnen und Patienten zu lindern.

Allgemein kommt der Kommune die Aufgabe zu, gegenüber den diversen Zielgruppen zu kommunizieren, diese zu den genannten Verhaltensänderungen und ggf. baulichen/flächennutzungstechnischen Maßnahmen zu informieren sowie diese zu entsprechenden Änderungen anzuregen.

Bevölkerungsschutz wird im Sinne des Klimawandels vor allem durch seine strukturellen und organisatorischen Eigenschaften relevant. Die Aufgaben reichen in alle Handlungsfelder herein und werden vor allem durch den Kreis übernommen. Da in Folge des Klimawandels mit einer Zunahme Bevölkerungsschutz-relevanter Ereignisse zu rechnen ist (z. B. Hochwasser und Überflutungen, Hitzewellen, Sturmereignisse, Wald- und Flächenbrände) hat der Kreis bereits begonnen, vermehrt Maßnahmen zu ergreifen. So wurde ein Bevölkerungsschutzmobil angeschafft, welches seit 2024 verfügbar ist und von den Kommunen ausgeliehen werden kann. Ein Bevölkerungsschutzzentrum in direkter Nachbarschaft zum Kreishaus befindet sich aktuell noch in der Planungsphase. Das Vorhaben wurde aber bereits genehmigt und der Bau soll spätestens 2028 abgeschlossen sein.

Die Erstellung eines Katastrophenschutzbedarfsplan zur Ermittlung konkreterer Handlungsbedarfe auf Kreisebene ist geplant, ein eigner Plan liegt nicht vor. Für den kreisweiten Katastrophenschutzplan ist eine gute Kooperation mit den Kreiskommunen und entsprechenden Akteurinnen und Akteuren, wie Feuerwehr, Rettungsdienst, THW etc. notwendig. Entsprechende Großübungen können helfen, den Plan zu erproben und sich auf kommende große Gefahrensituationen vorzubereiten.

Durch den Klimawandel werden VASS stärker verbreitet, so dass auch hier ein koordinierter Austausch auf Kreisebene notwendig wird.

Grundsätzlich ist ein verstärkter Austausch auf Kreisebene sinnvoll, da zunehmende Gefahrenlagen mit größerem Ausmaß und teils zunehmender Dauer den koordinierten Einsatz aller vorhandenen Ressourcen erforderlich machen werden.

Mindestens seit der Corona-Pandemie sind die Stäbe für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) in den Kommunen fest etabliert. Eine regelmäßige Erprobung, in Kooperation/Koordination mit entsprechenden Übungen des Kreises sorgt für den Ernstfall für einen reibungslosen Einsatz und erprobte vor-Ort Kommunikationsstrukturen.

Stärken	Schwächen
• Fairtrade-Stadt • Beckumer Berge als Erholungsraum • Einbettung in Aktivitäten des Kreises (z. B. Bevölkerungsschutzzentrum) • Relativ hoher Anteil an Gewässerfläche im Stadtgebiet (Erholungsraum, Verdunstungsfläche) (Kreisvergleich)	• knappe finanzielle und personelle Ressourcen • unzureichende Information der Bevölkerung • Verhaltensanpassung der Bevölkerung schwer beeinflussbar

[41] Umweltbundesamt, 2012. Kosten und Nutzen von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel – Analyse von 28 Anpassungsmaßnahmen in Deutschland. [online] https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/515/dokumente/4298.pdf

Chancen	Risiken
• Strukturen zur Beteiligung vorhanden: Nutzung von „Beteiligung NRW", Nutzung einer Mängel-Melde-App, Ehrenamtsplattform • Einbettung in Aktivitäten des Kreises (z. B. kreisweiter Katstrophenschutzbedarfsplan) • Einbindung von „Münsterland ist Klimaland" • Vorbildfunktion Stadt nutzen	• relativ hoher Versiegelungs- und Bebauungsgrad (Kreisvergleich) • Zunehmende Alterung der Bevölkerung (insbesondere Zunahme der Risikogruppe mit Alter 70+; ggf. sinkender Wille zur Hausumfeld-Gestaltung)

Tabelle 16 SWOT-Analyse: Handlungsfeld Bevölkerungsschutz und menschliche Gesundheit

Anlage 3 zur Vorlage 2026/0239

TOP Ö 14

Kreis Warendorf

Klimaanpassungskonzept für den Kreis Warendorf und neun kreisangehörige Kommunen – Teilkonzept Stadt Beckum

Band III – Maßnahmensteckbriefe und Umsetzungsfahrpläne

Bearbeitung durch:

Gertec GmbH Ingenieurgesellschaft
Martin-Kremmer-Str. 12
45327 Essen
Telefon: +49 [0]201 24 564-0

Auftraggeber:

Kreis Warendorf
Amt für Umweltschutz und Straßenbau (66)
Waldenburger Str. 2
48231 Warendorf
02581-53-0
verwaltung@kreis-warendorf.de

Co-Autoren

Chiara Dombrowski, Klimaanpassungsmanagerin Kreis Warendorf
Lukas Wienstroer, Klimaanpassungsmanager Kreis Warendorf
chiara.dombrowski@kreis-warendorf.de | 02581-53-6647
lukas.wienstroer@kreis-warendorf.de | 02581-53-6646

Förderinformationen – Förderkennzeichen 67DAA00911:

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Titelbild: Rasengittersteine; Quelle: lfritsche, pixabay

Eine Veröffentlichung/Vervielfältigung, auch auszugsweise, bedarf der Genehmigung durch den Kreis Warendorf oder einer der beteiligten Kommunen.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis 5

1 Einführung 7

1.1 Erläuterung der Maßnahmensteckbriefe 7

2 Maßnahmen der Stadt Beckum 8

2.1 Umsetzungsfahrplan Stadt Beckum 26

3 Maßnahmen für den Kreis Warendorf und die Kommunen 27

3.1 Umsetzungsfahrplan Verantwortungsbereich „Kreis und Kommunen" 54

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3 Maßnahmenübersicht Stadt Beckum 8
Tabelle 2 Maßnahmen für den Kreis Warendorf und die Kommunen (kooperativ) 27

Abkürzungsverzeichnis

a	Jahr
ABK	Abwasserbeseitigungskonzept
ALKIS	Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem
ASP	Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner
AT/a	Arbeitstage pro Jahr
AWG	Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH
BKG	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie
BMUKN	Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung
BuB	Bürgerinnen und Bürger
CIR	Color-Infrarot
CO_2	Kohlenstoffdioxid
CO_2eq	Kohlenstoffdioxid-Äquivalent
DAS	Deutsche Anpassungsstrategie
DNS	Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie
DGM1	Digitales Geländemodell mit einer Gitterweite von 1 Meter
DLM	Digitales Landschaftsmodell
DPSIR	Driving forces, Pressures, States, Impacts and Responses
DWD	Deutscher Wetterdienst
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EEA	Europäische Umweltagentur
eea	European energy award
ESF	Europäischer Sozialfonds
EURO-CORDEX	Coordinated Downscaling Experiment for Europe
EW	Einwohnerinnen und Einwohner
GEP	Generalentwässerungsplan
gfw	Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf mbH
GHSP	Gesundheitlicher Hitzeschutzplan
ha	Hektar
HAP	Hitzeaktionsplan
HK	Handwerkskammer
HQ100	Hochwasserereignis mit statistischem Wiederkehrintervall von 100 Jahren
HQextrem	Hochwasserereignis mit statistischem Wiederkehrintervall von über 100 Jahren
HWGK	Hochwassergefahrenkarte
IKEK	Integriertes Kommunales Entwicklungskonzept
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
ISEK	Integriertes Stadtentwicklungskonzept
KAB	Klimaanpassungsbeauftragte, Klimaanpassungsbeauftragter in den Kommunen
KAK	Klimaanpassungskonzept
KAM	Klimaanpassungsmanagement, Klimaanpassungsmanagerin/-manager des Kreises
KAnG	Bundes-Klimaanpassungsgesetz
KlAnG	Klimaanpassungsgesetz NRW
KOSTRA	Koordinierte Starkniederschlags-Regionalisierungs-Auswertungen

KRITIS	Kritische Infrastruktur
KSM	Klimaschutzmanagement, Klimaschutzmanagerin/-manager
KVS	Kaltluftvolumenstrom
LANUV	Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (Seit 1.4.2025 Landesamt für Natur, Umwelt und Klima Nordrhein-Westfalen (LANUK))
LuKIFG	Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz
LWK	Landwirtschaftskammer
LZG NRW	Landeszentrum Gesundheit NRW
mGROWA	Modell zur Berechnung des monatlichen Großräumigen Wasserhaushalts
mNN	Meter über Normalnull
NABU	Naturschutzbund Deutschland e.V.
NBK	Niederschlagswasserbeseitigungskonzept
NGO	Non-Governmental Organization
NIB	Nachhaltig im Beruf
NKU	Netzwerk Klimaanpassung & Unternehmen.NRW
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (deutsch: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
PDCA	Plan-Do-Check-Act (iterativer Ansatz zur kontinuierlichen Verbesserung von Produkten, Personen und Dienstleistungen)
PET	Physiologisch Äquivalente Temperatur
ppm	Parts per million
RCP	Repräsentativer Konzentrationspfad (engl.: Representative Concentration Pathway)
ReKliEs-DE	Regionale Klimaprojektionen Ensemble für Deutschland
SAE	Stab für außergewöhnliche Ereignisse
SMI	Bodenfeuchteindex (engl.: Soil moisture index)
SO	Stadtwerke Ostmünsterland
SoMe	Social Media
SWOT	Stärken, Schwächen Chancen, Risiken (engl.: Strengths, Weaknesses, Opportunities, Threats)
t	Tonne
TEO	Feuerwehren Telgte, Everswinkel und Ostbevern, bilden zusammen den TEO-Verbund
TEO AöR	Abwasserbetrieb TEO Anstalt des öffentlichen Rechts (Telgte, Everswinkel, Ostbevern und Beelen)
THG	Treibhausgas
UBA	Umweltbundesamt
UFZ	Helmholtz Zentrum für Umweltforschung
UHI	Urbane Hitzeinsel (engl.: Urban Heat Island)
UKMP	Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung
UNB	Untere Naturschutzbehörde
UV	Ultraviolett(-strahlung)
VASS	Vektoren, Allergene, Schadtiere, Schadpflanzen
VHS	Volkshochschule
W	Watt
WBV	Wasserversorgung Beckum
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WLV	Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband
WRRL	Wasserrahmenrichtlinie
WuB	Wasser- und Bodenverbände
ZUG	Zukunft-Umwelt-Gesellschaft

1 Einführung

Das Klimaanpassungskonzept für den Kreis Warendorf und neun Kommunen ist aufgrund der Anforderungen durch die Förderrichtlinie sehr umfangreich. Aufgrund dessen wurde es zur besseren Lesbarkeit und Praktikabilität in drei thematische Bände gegliedert. Band I – Rahmenbericht, liefert einen Überblick über das Gesamtkonzept und enthält wichtige Bausteine, wie das Kommunikationskonzept, die Gesamtstrategie oder das Controlling und die Verstetigungsstrategie. Band II – Analysen enthält die Bestands-, Betroffenheits- und Hotspotanalyse. Dieser Band, Band III – Maßnahmen, enthält die Maßnahmensteckbriefe für den Verantwortungsbereich „Kreis und Kommunen" und den Verantwortungsbereich „Kommunen", spezifisch für die jeweilige Kommune sowie die daraus abgeleiteten Umsetzungsfahrpläne.

1.1 Erläuterung der Maßnahmensteckbriefe

Alle Maßnahmen wurden in Form von Steckbriefen beschrieben. Die Maßnahmen sind thematisch nach Handlungsfeldern sortiert und beinhalten neben der Erläuterung von Ausgangslage und Zielsetzung, einer Beschreibung der Maßnahme und Handlungsschritte auch Einschätzungen zu den adressierten und benötigten Akteurinnen und Akteuren sowie eine Bewertung und Begründung der Anpassungsleistung. Die Erfolgsindikatoren erleichtern das Monitoring und Controlling während der Umsetzung.

Die Einschätzung der zu erwartenden Kosten über den gesamten betrachteten Zeitraum innerhalb der Maßnahmensteckbriefe erfolgte zunächst durch die Einteilung in drei qualitative Klassen: gering (<10.000 €), mittel (10.000 €-100.000 €) und hoch (>100.000 €), die des zu erwartenden Personalaufwands in vier qualitative Klassen: gering (bis 10 AT/a), mittel bis 30 AT/a, hoch (bis 75 AT/a) und sehr hoch (>75 AT/a). Um dies verständlicher zu gestalten, wurden den Klassen darüber hinaus Grenzwerte für die gesamten Kosten und den jährlichen Personalaufwand zugewiesen. Es ist jedoch zu beachten, dass diese Werte lediglich eine grobe Einordnung darstellen und die tatsächlichen Werte je nach tatsächlichem Umsetzungsumfang der Maßnahmen und zukünftigen Preisentwicklungen variieren können. Sollten Fördermöglichkeiten bekannt sein, die die Finanzierung einer Maßnahme unterstützen können, so werden diese ebenfalls im Steckbrief angegeben.

Die Bewertung der Klimaanpassungswirkung erfolgte gleichermaßen durch Einteilung in fünf Kategorien unter Berücksichtigung des geplanten Maßnahmenumfangs, der Art der Maßnahmen und der betroffenen Bevölkerung. Dabei wurde analysiert und bewertet, in welchem Ausmaß die betrachteten Anpassungsmaßnahmen wirksam werden und dadurch Klimarisiken reduzieren können.

Synergieeffekte zu anderen Maßnahmen oder Prozessen wurden aufgegriffen, um die Verknüpfung zu erleichtern und dem integrativen Gedanken des Konzepts Rechnung zu tragen.

Die Bewertung der Priorität erfolgte in drei qualitativen Stufen: gering, mittel, hoch und berücksichtigt einerseits die Wichtigkeit, z. B. durch ihre erwartete Wirkung für den Kreis bzw. die Kommune und andererseits die Umsetzbarkeit in Form von Personal- und Finanzmittelverfügbarkeit.

2 Maßnahmen der Stadt Beckum

Nr.	Kürzel	Handlungsfeld	Titel der Maßnahme
1	Überg_Komm	Übergreifend	Baumpflanzaktionen und Bürgerwaldprojekte
2	Bau_Komm	Bauwesen	Anpassungsfahrplan: ganzheitliche Bestands-, Potenzial- und Risikoanalyse von kommunalen Gebäuden und Liegenschaften hinsichtlich der Klimafolgen
3	Bau_Komm	Bauwesen	Entsiegelungspotenziale ermitteln und systematisch ausschöpfen
4	WuW_Komm	Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	Vorsorgende Starkregenstrategie (inkl. Starkregenanalyse und -untersuchung) erarbeiten
5	WuW_Komm	Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	Implementierung eines Grünflächenmanagements und Erstellung von klimaangepassten Grünflächenbewirtschaftungskonzepten
6	WuW_Komm	Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	Grün-blaue Infrastruktur im öffentlichen Raum stärken - Modellprojekt
7	WuW_Komm	Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	Stärkung des Schwammstadtprinzips und des dezentralen Rückhalts sowie der Nutzung von Regenwasser

Tabelle 1 Maßnahmenübersicht Stadt Beckum

Nr. 1 / Überg_Komm

Baumpflanzaktionen und Bürgerinnen- und Bürgerwaldprojekte

Ausgangslage und Zielsetzung

Bäume leisten einen entscheidenden Beitrag zur Klimaanpassung. Sie spenden Schatten, verbessern das Mikroklima, binden CO_2, tragen zur Wasserspeicherung bei und erhöhen die Biodiversität.

Im Stadtgebiet Beckum zeigt die Bestandsanalyse deutliche Hitzeinseln in den Innenstädten von Beckum und Neubeckum, eine hohe Versiegelung in Siedlungsbereichen sowie zunehmenden Trockenstress im direkten Umland. Gleichzeitig ist die kommunale Flächenverfügbarkeit aufgrund konkurrierender Nutzungen (Wohnbau, Gewerbe, Naturschutz, Ausgleichsflächen, Infrastruktur) eingeschränkt.

Ziel der Maßnahme ist es daher, durch Unterstützung sichtbarer Pflanzaktionen und insbesondere durch dezentral angelegte Baumpflanzmaßnahmen auf Privatgrundstücken, in der Landwirtschaft und in Gemeinschaftsstrukturen die Klimafolgenanpassung sowie die Verbundenheit mit der Region zu stärken. Durch die aktive Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern, Grundstückseigentümern und landwirtschaftlichen Betrieben wird die Akzeptanz erhöht und die Wirkung kleinräumiger Pflanzungen zu einem flächendeckenden Beitrag für ein klimaresilientes Beckum gebündelt.

Beschreibung

Die Maßnahme umfasst die Organisation und Umsetzung von Pflanzaktionen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie die Durchführung dezentraler Begrünungsprojekte auf privaten, halböffentlichen und landwirtschaftlichen Flächen. Dazu zählen Pflanzpakete für Gartenbesitzerinnen und Gartenbesitzer, Feldrand- und Hofbaumpflanzungen in der Landwirtschaft, gemeinschaftliche Pflanzaktionen in Ortsteilen sowie, sofern kommunale Flächen verfügbar sind, die Anlage von Bürger- oder Generationenwäldern.

Aufgrund der zunehmend ausgeschöpften kommunalen Flächen in Beckum rückt die Aktivierung privater Flächenpotenziale in den Mittelpunkt der Maßnahme. Die Stadt unterstützt dabei durch Beratung zur Artenwahl (insbesondere hitze- und trockenheitsangepasste Baumarten), Bereitstellung von Pflanzmaterial, Kooperationen mit lokalen Baumschulen, Spendenmodelle sowie organisatorische Unterstützung bei Pflanzterminen.

Ergänzend können Baumspendenprogramme für Unternehmen oder Privatpersonen sowie Patenschaften für neu gepflanzte Bäume eingerichtet werden. Durch eine sichtbare Öffentlichkeitsarbeit wird das Engagement der Bürgerinnen und Bürger hervorgehoben und die Wirkung der dezentralen Pflanzungen im Stadtgebiet aufgezeigt.

Handlungsschritte

1. Identifikation geeigneter Flächen (privat, halböffentlich, landwirtschaftlich, ggf. kommunal) für Baumpflanzungen
2. Entwicklung von Pflanzpaketen und Fördermodellen (z. B. Gartenbäume, Feldrandbäume, Obstbäume)
3. Planung und Organisation von Pflanzaktionen (inkl. Logistik, Artenwahl, Pflegekonzept)
4. Umsetzung gemeinschaftlicher Pflanztermine in Beckum und den Ortsteilen
5. Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation (z. B. Stadtkarte „Klimabäume in Beckum“) Evaluation und Feedback

Durchführungszeitraum: Q3 2026 -Q2 2030

Priorität: mittel

Zielgruppenbeschreibung

Verantwortliche und Beteiligte

Bürgerinnen und Bürger (direkte Teilnahme oder Spenden);
Schulen, Vereine und Organisationen;
Kommunalverwaltungen und politische Entscheidungsträger;
Lokale Unternehmen als Sponsoren oder Unterstützer

KSM/KAB, Grünflächenamt, Bauhof

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure

Kooperation mit Zukunftswald Kreis Warendorf e.V.;
Einbindung von Schulen, Kitas und Jugendgruppen;
Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen (z. B. Baumpatenschaften, Sponsoring);
Kooperation mit Umweltverbänden, Forst- oder Naturschutzbehörden

Kostenschätzung

Mittel (10.000 € - 100.000 €)

Personalschätzung

Mittel (bis 30 AT/a)

Finanzierung

Nutzung von Spendenmodellen (Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Stiftungen)
Beantragung von Mitteln über den etablierten Zukunftswald e.V. des Kreises zur Pflanzung von Bäumen

Klimaanpassungswirkung

Mittel

Anmerkung

Baumpflanzungen tragen zur Reduzierung von Hitzebelastung, zur Verbesserung des Wasserrückhalts sowie zur Erhöhung der Biodiversität bei. Darüber hinaus fördern sie die Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung und stärken die gesellschaftliche Resilienz.

Beitrag zu DNS Zielen

8, 11, 13, 15

Erfolgsindikatoren

Anzahl der gepflanzten Bäume/angelegten Bürgerinnen- und Bürgerwaldflächen;
Höhe der eingeworbenen Spenden;
Zahl der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen

Synergieeffekte

Maßnahme „Stadtbaumbestand erhalten und klimaangepasst weiterentwickeln"
Synergien mit bestehenden Projekten wie dem Zukunftswald

Nr. 2 / Bau_Komm

Anpassungsfahrplan: ganzheitliche Bestands-, Potenzial- und Risikoanalyse von kommunalen Gebäuden und Liegenschaften hinsichtlich der Klimafolgen

Ausgangslage und Zielsetzung

Kommunale Gebäude und Flächen sind bereits von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, insbesondere durch Hitze, Starkregen oder mangelnde Verschattung (z. B. Rathaus, Schulen). Gleichzeitig besteht ein hohes Potenzial, die Gebäude klimaresilienter zu gestalten und dadurch Betriebssicherheit, Aufenthaltsqualität und Ökosystemleistungen zu verbessern.

Ziel ist die Erstellung eines Anpassungsfahrplans, der auf Basis einer ganzheitlichen Bestands-, Potenzial- und Risikoanalyse konkrete Handlungsempfehlungen bereitstellt. Der Fahrplan bildet die Grundlage für eine systematische und priorisierte Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen.

Beschreibung

Die Maßnahme umfasst die Durchführung einer umfassenden Analyse der kommunalen Gebäude und Liegenschaften. Dabei werden sowohl vorhandene Daten und Analysen genutzt als auch neue Bewertungen ergänzt. Untersucht werden unter anderem Dach- und Fassadenbegrünungspotenziale, Beschattungsmöglichkeiten, Hitzebelastungen, Sanierungsstände sowie die Lage von Liegenschaften in besonders betroffenen Hotspots. Auf dieser Basis wird eine Prioritätenliste erstellt, die kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen definiert.

Handlungsschritte

1. Sichtung und Auswertung bereits vorhandener Analysen und Konzepte
2. Durchführung einer Bestandsaufnahme der kommunalen Gebäude und Liegenschaften
3. Ermittlung von Dachbegrünungsanteilen und weiteren Begrünungspotenzialen
4. Integration der Hotspotanalyse und ggf. Vertiefung (z. B. hohe Hitzebelastung, geringe Verschattung, Starkregenrisiko)
5. Bewertung des Sanierungsstands der Gebäude
6. Untersuchung von Beschattungs- und Entsiegelungspotenzialen
7. Erstellung einer Prioritätenliste zur Umsetzung geeigneter Anpassungsmaßnahmen
8. Zusammenführung der Ergebnisse in einem Anpassungsfahrplan
9. (Optional) Beauftragung eines externen Fachbüros zur Unterstützung oder Durchführung der Analysen

Durchführungszeitraum: Q1 2027 - Q1 2031

Priorität: mittel

Zielgruppenbeschreibung

Kommunale Verwaltung (Bauamt, Umweltamt, Liegenschaftsmanagement);
Schulen, Kitas und andere kommunale Einrichtungen;
Politische Entscheidungsträger (zur Priorisierung und Mittelbereitstellung)

Verantwortliche und Beteiligte

Gebäude-/Immobilienmanagement der Kommune

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure

Ggf. Fach-/Planungsbüro

Kostenschätzung

Gering (< 10.000 €)

Personalschätzung

Mittel (bis 30 AT/a)

Finanzierung

Förderprogramme wie BMUV-Anpassungsförderung (Maßnahme A.3) oder KfW 444

Klimaanpassungswirkung

Gering-mittel

Anmerkung

Die Maßnahme schafft eine strategische Grundlage für die klimaresiliente Entwicklung des kommunalen Gebäudebestands. Durch die systematische Analyse können zielgerichtet Maßnahmen umgesetzt werden, die zur Reduktion von Hitzebelastungen, zur Stärkung von Grün- und Blauinfrastrukturen sowie zur Sicherung der Nutzbarkeit der Gebäude beitragen.

Beitrag zu DNS Zielen

7, 8, 11, 13, 15

Erfolgsindikatoren

Erstellung des Anpassungsfahrplans mit Prioritätenliste;
Anzahl identifizierter Maßnahmen

Synergieeffekte

Bereitstellung von Daten über Kreismaßnahme „Klimaanpassung digital unterstützen - Geodaten bereitstellen, bearbeiten und sichtbar machen"
Maßnahme für die Umsetzung: „Klimaangepasste kommunale Gebäude und Flächen"

Nr. 3 / Bau_Komm

Entsiegelungspotenziale ermitteln und systematisch ausschöpfen

Ausgangslage und Zielsetzung

In Beckum sind große Flächen durch Straßen, Parkplätze, Innenhöfe, Gewerbeflächen, Schottergärten und weitere Infrastrukturen stark versiegelt. Die Bestandsanalyse zeigt, dass sich die ausgeprägten Hitzehotspots der Innenstadtbereiche (Beckum und Neubeckum), die stark versiegelten Verkehrsachsen sowie verschiedene Quartiere mit geringer Durchgrünung räumlich überschneiden. Diese Überschneidung verstärkt Überflutungsrisiken bei Starkregen, reduziert die nächtliche Abkühlung, beeinträchtigt die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum und schränkt natürliche Ökosystemleistungen deutlich ein.

Die Nachhaltigkeitsstrategie für Beckum enthält bereits Grundsätze für ressourcenschonende Flächenentwicklung, Begrünung und klimaangepasste Neu- und Umbauten. Zusätzlich ergeben sich aus dem Innenstadt Entwicklungskonzept konkrete Ansatzpunkte für Entsiegelungen im Bereich öffentlicher Plätze, Hauptwegeachsen, Innenhöfen und Straßenraumgestaltungen.

Ziel der Maßnahme ist es, systematisch Entsiegelungspotenziale zu identifizieren, zu priorisieren und umzusetzen, um das Niederschlagsmanagement zu verbessern, Wärmebelastungen zu reduzieren, Kaltluftschneisen zu erhalten oder zu stärken sowie die ökologische und gestalterische Qualität des städtischen Raums dauerhaft zu erhöhen.

Beschreibung

Die Maßnahme umfasst die konsequente Umsetzung der im ISEK Beckum Innenstadt definierten Entsiegelungsschwerpunkte. Dazu gehören insbesondere die Markt-/Kirchstraße, die Weststraße, die Nordstraße sowie im Stadtteil Neubeckum die Hauptstraße und das Bahnhofsumfeld. Diese Bereiche zeichnen sich gleichzeitig durch hohe Versiegelung, große Hitzebelastung und erhebliche Potenziale für mikroklimatische Verbesserungen aus.

Die Stadt führt dazu eine zusammenhängende Analyse der Versiegelungsdaten, Hitzehotspots und Starkregenrisiken durch und überlagert diese mit den Umsetzungsflächen aus dem ISEK. Auf dieser Grundlage werden objektbezogene Detailplanungen erstellt, die den Rückbau mineralischer Oberflächen, das Aufbrechen überdimensionierter befestigter Flächen und die wassersensible Umgestaltung vorsehen. Beispiele hierfür sind die Anlage von Baumpatios, Mulden-Rigolen-Systemen, Grüninseln, entsiegelten Aufenthaltsbereichen oder sickerfähigen Belägen.

Ergänzend werden auch kleinere Flächen wie Verkehrsinseln, Restflächen, Nebenanlagen, teilversiegelte Innenhöfe oder überbreite Gehwegbereiche systematisch einbezogen, sofern sie einen Beitrag zur Hitzevorsorge und Regenwasserbewirtschaftung leisten. Privateigentümerinnen und -eigentümer im ISEK-Gebiet werden gezielt angesprochen, um zusätzliche Entsiegelungsmaßnahmen auf privaten Flächen anzustoßen.

Die Umsetzung erfolgt schrittweise und wird mit den städtischen Neu- und Umbauplanungen sowie der Beckumer Nachhaltigkeitsstrategie abgestimmt.

Handlungsschritte

1. Übernahme der im ISEK benannten Entsiegelungsflächen in ein kommunales Umsetzungsprogramm
2. Abgleich der ISEK-Maßnahmen mit Hitze- und Versiegelungskarten zur Priorisierung
3. Detailplanung für priorisierte Bereiche (z. B. Markt-/Kirchstraße, Weststraße, Hauptstraße Neubeckum, Bahnhofsumfeld)
4. Umsetzung von Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen in den definierten ISEK-Umsetzungsräumen
5. Integration der Maßnahme in laufende Neu- und Umbauplanungen gemäß Nachhaltigkeitsstrategie
6. Ansprache von Eigentümerinnen und Eigentümern im ISEK-Gebiet zur Entsiegelung privater Flächen
7. Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation der erzielten Entsiegelungseffekte
8. Erstellung eines angepassten Hitzeaktionsplans

Durchführungszeitraum: Q3 2026 - Q1 2033

Priorität: mittel

Zielgruppenbeschreibung

Kommunale Verwaltung (Stadtplanung, Tiefbau, Umwelt, Grünflächen);
Bürgerinnen und Bürger (insbesondere Eigentümerinnen und Eigentümer versiegelter Privatflächen);
Wohnungswirtschaft, Gewerbebetriebe;
Politik, Umwelt- und Planungsausschüsse

Verantwortliche und Beteiligte

KSM/KAB, Grünflächenamt, Stadtplanung, Tiefbau

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure

Zusammenarbeit mit Umweltverbänden, Initiativen oder Bürgergruppen;
Fachliche Unterstützung durch Planungsbüros und Forschungseinrichtungen

Kostenschätzung

Gering (< 10.000 €)

Personalschätzung

Mittel (bis 30 AT/a)

Finanzierung

KfW 444 „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen" Modul D: Entsiegelung und Wiederherstellung von Bodenfunktionen (Förderung von Konzepten und Maßnahmen)

Klimaanpassungswirkung

Mittel - hoch

Anmerkung

Durch die Reduzierung von versiegelten Flächen wird das Niederschlagsmanagement verbessert und die Gefahr von Überflutungen bei Starkregenereignissen verringert. Gleichzeitig steigt die Fähigkeit der Flächen zur Versickerung und Verdunstung, was zu einer spürbaren Abkühlung im Stadtgebiet beiträgt und die Hitzebelastung reduziert. Zusätzlich werden durch die Begrünung entsiegelter Bereiche wichtige Ökosystemleistungen gestärkt, etwa die Förderung der Biodiversität, die Verbesserung der Luftqualität sowie die Schaffung von attraktiven Aufenthaltsräumen für die Bevölkerung. Die Maßnahme unterstützt somit nicht nur die ökologische Resilienz der Kommune, sondern verbessert auch die Lebens- und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum nachhaltig.

Beitrag zu DNS Zielen

7, 8, 11, 13, 15

Erfolgsindikatoren

Anzahl und Fläche der identifizierten und entsiegelten Areale (m²);
Anzahl ökologisch aufgewerteter Flächen im Stadt-/Gemeindegebiet

Synergieeffekte

KFW Förderung 444 - Förderschwerpunkt D1 (Bsp. Stadt Mannheim)
ggf. Nutzung von GEO-Daten über Kreismaßnahme „Klimaanpassung digital unterstützen – Geodaten bereitstellen, bearbeiten und sichtbar machen"

Nr.4 / WuW_Komm

Vorsorgende Starkregenstrategie (inkl. Starkregenanalyse und Untersuchung) erarbeiten

Ausgangslage und Zielsetzung

Starkregenereignisse treten im Zuge des Klimawandels auch in Beckum häufiger und intensiver auf. Die kommunale Bestandsanalyse zeigt, dass mehrere Bereiche des Stadtgebietes ein erhöhtes Gefährdungspotenzial aufweisen. Besonders kritisch sind topografisch tief liegende oder hanglagige Quartiere, enge Talräume, Abschnitte mit begrenzter Abflusskapazität sowie Bereiche mit hoher Versiegelungsdichte. Zu den besonders betroffenen Bereichen gehören unter anderem die Innenstadt Beckum mit Abflusswegen Richtung Wersegrünzug, der Innenstadtbereich Neubeckum (v. a. Hauptstraße–Bahnhofsumfeld), einzelne Wohnquartiere entlang der zahlreichen Gewässer insbesondere des Stichelbachs, sowie die entwässerungsschwachen Übergangsbereiche zwischen städtischen und landwirtschaftlichen Flächen.

Die im ISEK identifizierten Starkregenabflussbahnen zeigen zusätzlich potenziell nutzbare Retentions- und Entlastungsräume, insbesondere den Wersegrünzug als zentrales Rückhalte- und Ableitungselement.

Darüber hinaus bestehen überörtliche Projekte, etwa an den Zuläufen des Axtbachs, die eine enge Abstimmung mit der Stadt Oelde erfordern. Die Stadt Beckum plant daher standortscharfe Untersuchungen an besonders gefährdeten Abschnitten des Stichelbachs sowie die Beteiligung an einem interkommunalen Projekt zur Starkregenvorsorge am Axtbach.

Ziel der Maßnahme ist es, diese bestehenden Erkenntnisse systematisch zusammenzuführen, um aus der Gefährdungslage konkrete Handlungsoptionen abzuleiten und in einer kommunalen Starkregenstrategie zu bündeln. Neben der technischen Analyse stehen Information, Sensibilisierung und die aktive Einbindung der Bevölkerung im Fokus.

Beschreibung

Die Maßnahme umfasst die Beauftragung eines Fachbüros, das eine kommunale Starkregenanalyse für Beckum erarbeitet. Grundlage bilden vorhandene Daten und Projektergebnisse, insbesondere: die Starkregen- und Abflussmodellierungen aus dem ISEK Beckum Innenstadt, die Gefährdungsbilder und Engstellen im Bereich des Stichelbachs, die interkommunalen Abstimmungen mit Oelde zu Starkregen und Gewässerabfluss am Axtbach, der potenzielle Rückhalteraum des Wersegrünzugs als Entlastungsraum für Innenstadtflächen.

Die Analyse beinhaltet simulationsgestützte Abflusswege, Abflusstiefen, Fließgeschwindigkeiten und kritische Infrastrukturpunkte. Insbesondere für den Innenstadtbereich sollen die bestehenden ISEK-Modellierungen zu Gefährdungsschwerpunkten (Platzbereiche, Straßensenken, Engstellen, Übergänge in den Wersegrünzug) vertieft und in eine gesamträumliche Betrachtung eingeordnet werden.

Parallel werden die besonders sensiblen Bereiche entlang des Stichelbachs hinsichtlich Engstellen, Unterführungen, Durchlässen, hydraulischer Leistungsfähigkeit und Überflutungsflächen untersucht. Das interkommunale Projekt am Axtbach wird genutzt, um überörtliche Abflussprozesse und mögliche Rückhalteoptionen außerhalb des Stadtgebiets gemeinsam mit Oelde abzustimmen.

Aus den Analyseergebnissen wird eine Prioritätenliste abgeleitet, die technische, planerische und naturbasierte Maßnahmen enthält – z. B. Retentionsschaffung im Wersegrünzug, Optimierung der Gewässerprofile, Rückhalt im Oberlauf, Verbesserungen der Ableitungskapazitäten und lokale Schutzmaßnahmen in besonders verwundbaren Quartieren. Eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit stellt Transparenz her und unterstützt die Bevölkerung beim Selbstschutz.

Handlungsschritte

1. Ausschreibung und Beauftragung eines Fachbüros zur Durchführung der Starkregenanalyse
2. Zusammenführung und Bewertung bestehender Daten (ISEK, Stichelbach-Untersuchungen, interkommunaler Austausch Axtbach)
3. Durchführung der Starkregensimulationen und Erstellung standortscharfer Gefahrenkarten
4. Vertiefte Analyse der Innenstadt Beckum und des Wersegrünzugs als Retentions- und Entlastungsraum
5. Detailuntersuchung kritischer Abschnitte am Stichelbach (Abflusskapazitäten, Engstellen, hydraulische Defizite)
6. Interkommunale Abstimmung mit Oelde zur gemeinsamen Starkregenvorsorge am Axtbach
7. Erarbeitung einer kommunalen Prioritätenliste mit Handlungserfordernissen und Investitionsbedarfen
8. Einbindung der Bevölkerung: Information über Risiken, Abflusswege, Selbstschutzmaßnahmen und Hilfestellungen
9. Veröffentlichung der Ergebnisse (z. B. Karten, Webviewer, Broschüren, Online-Tools)
10. Umsetzung der priorisierten Maßnahmen

Durchführungszeitraum: Q3 2026 - Q4 2027

Priorität: mittel

Zielgruppenbeschreibung

Kommunale Fachämter (Bau, Planung, Umwelt, Tiefbau, Katastrophenschutz);
Politik und Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger;
Gewerbetreibende und Unternehmen in gefährdeten Lagen;
Bürgerinnen und Bürgers sowie Eigentümerinnen und Eigentümer in p

Verantwortliche und Beteiligte

Umwelt, Tiefbau, Stadtplanung, KAB

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure

Kooperation mit regionalen Wasserverbänden, Stadtwerken und Abwasserbetrieben;
Zusammenarbeit mit Fachbüros und Hochschulen;
Beteiligung von Katastrophenschutz, Feuerwehren und Versicherungen;
Vernetzung mit Nachbarkommunen für überörtliche Strategien

Kostenschätzung

Mittel (10.000 € - 100.000 €)

Personalschätzung

Mittel (bis 30 AT/a)

Finanzierung

BMUV-Förderprogramm „Anpassung an den Klimawandel" (Modul A.3 – kommunale Anpassungsstrategien)

Klimaanpassungswirkung

Anmerkung

Mittel

Durch die Maßnahme wird die Vorsorgefähigkeit gegenüber Starkregenereignissen erheblich gestärkt. Gefahren werden sichtbar, Risiken können reduziert und Präventionsmaßnahmen zielgerichtet umgesetzt werden. Gleichzeitig erhöht sich die Resilienz der Bevölkerung, indem Betroffene rechtzeitig informiert und unterstützt werden.

Beitrag zu DNS Zielen
8, 9, 11, 13, 15, 17

Erfolgsindikatoren

Vorliegen einer kommunalen Starkregenstrategie inklusive Gefahrenkarten;
Anzahl identifizierter und priorisierter Risikogebiete;
Zahl umgesetzter Maßnahmen aus der Prioritätenliste;
Informations- und Beteiligungsangebote für Bürgerinnen und Bürger (z. B. Veranstaltungen, Broschüren, Online-Tools)

Synergieeffekte

Erkenntnisse sind wichtig für weitere Maßnahmen, wie z. B. „Unterstützung von lokalen Konzepten/Aktionsplänen des Katastrophenschutzes (Brand, Hochwasser, Starkregen, Hitze)", „Stärkung des ortsnahen Rückhalts und der Verwendung von Wasser", „Klimaangepasstes Grünflächenbewirtschaftungskonzept und Optimierung der Regenwassernutzung"

Nr.5/ WuW_Komm

Implementierung eines Grünflachenmanagements und Erstellung von Klimaangepassten Grünflächenbewirtschaftungskonzepten

Ausgangslage und Zielsetzung

Grünflächen spielen eine zentrale Rolle für die Klimaanpassung der Stadt Beckum, da sie Kühlung, Versickerung, Erholung und Biodiversität fördern. Die kommunale Bestandsanalyse zeigt jedoch, dass Beckum bislang über kein systematisches Grünflächenmanagement verfügt und viele Pflege- und Entwicklungsentscheidungen ohne digitale Datengrundlage oder klare Zieldefinition erfolgen. Ein zentrales Instrument, dass ökologische und klimaaktive Funktionen (Verschattung, Verdunstung, Versickerung, Hitzeentlastung) einheitlich bewertet und steuert ist Grundvoraussetzung für ein zukunftsfähiges Klimaanpassungsmanagement.

Ziel der Maßnahme ist daher die vollständige Implementierung eines Grünflächenmanagements als zentrales Steuerungsinstrument sowie die Entwicklung eines klimaangepassten Grünflächenbewirtschaftungskonzepts. Damit sollen sämtliche öffentlichen Grün- und Freiflächen systematisch erfasst, bewertet und hinsichtlich hitze- und trockenheitsresilienter Pflege optimiert werden. Im Fokus stehen die Verbesserung des lokalen Mikroklimas, die Stärkung der Biodiversität und eine effiziente Nutzung vorhandener Ressourcen.

Beschreibung

Die Maßnahme umfasst den grundlegenden Aufbau eines digitalen Grünflächenmanagements für das gesamte Stadtgebiet Beckum. Da bislang kein einheitliches System existiert, müssen sämtliche Grünflächen einschließlich Parks, Ausgleichsflächen, Straßenbegleitgrün, Bachbegleitgrün, Baumbestände, Blühflächen sowie Grünzüge wie der Wersegrünzug erstmals vollständig erhoben, kategorisiert und in ein GIS überführt werden. Aufbauend auf dieser Bestandsaufnahme werden standortbezogene Pflege- und Entwicklungsziele definiert, die sowohl ökologische als auch klimatische Funktionen berücksichtigen.

Das Grünflächenbewirtschaftungskonzept wird darauf aufbauen und festlegen, wie Flächen künftig klimaresilient gepflegt und entwickelt werden sollen. Dazu gehören unter anderem: extensive Mähkonzepte (2–3 Schnitte), der Ausbau von Blühflächen und Staudenbereichen, naturnahe Pflege von Bach- und Auenbereichen, Baumartenauswahl nach Klimaresilienz (z. B. Trockenstress-Toleranz), Bewässerungsstrategien für Jungbäume sowie die Integration von Regenwasserbewirtschaftung auf Grünflächen (Mulden, Versickerungsbereiche, Retention im Wersegrünzug und an Grünzügen der Stadtteile).

Da die Stadt Beckum aktuell verschiedene parallel laufende Projekte zur Klimaanpassung verfolgt (z. B. Starkregenstrategie, Entsiegelungskonzept, Innenstadtkonzepte aus dem ISEK), wird das Grünflächenmanagement als zentraler Datenbaustein fungieren, um Maßnahmen strategisch zu koordinieren und Synergien effizient nutzbar zu machen. Eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit soll die Bevölkerung für naturnahe Pflege und die Bedeutung von Biodiversität und Klimaanpassung sensibilisieren.

Handlungsschritte

1. Klärung der internen Verantwortlichkeiten (Fachbereiche, Schnittstellen, Datenhoheit)
2. Vollständige Inventarisierung aller kommunalen Grünflächen (inkl. Parks, Grünzuge, Straßenbegleit- und Bachgrün)
3. Aufbau eines GIS-gestützten Grünflächenmanagementsystems (Datenmodell, Kategorien, Pflegeeinheiten)
4. Entwicklung eines klimaangepassten Grünflächenbewirtschaftungskonzepts (Pflegestufen, Mähregime, Biodiversitätsziele, Baumkonzept, Bewässerungskonzepte)
5. Umsetzung der angepassten Bewirtschaftung (Pilotflächen, schrittweise Ausweitung)
6. Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit (Information zu Pflegeumstellungen, Akzeptanzförderung)

Durchführungszeitraum: Q1 2027 - Q1 2031

Priorität: mittel

Zielgruppenbeschreibung
Kommunale Grünflächenämter, Umwelt- und Bauämter

Verantwortliche und Beteiligte
Umwelt, Zentrale Dienste, Stadtplanung, Tiefbau, Bauhof

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure
Kooperation mit Umwelt- und Naturschutzverbänden (z. B. NABU);
Fachbüros für Landschaftsplanung, Regenwassermanagement und GIS-Analysen

Kostenschätzung
Gering (< 10.000 €)

Personalschätzung
Mittel (bis 30 AT/a)

Finanzierung
KfW 444 "Natürlicher Klimaschutz in Kommunen" Modul A: Umstellung auf naturnahes Grünflächenmanagement
Haushaltsmittel

Klimaanpassungswirkung
Mittel

Anmerkung
Das Konzept ermöglicht eine systematische und klimaresiliente Bewirtschaftung kommunaler Grünflächen. Durch die gezielte Nutzung von Regen- und Grauwasser wird die Wasserversorgung der Flächen effizienter, Überhitzung und Verdunstungskrisen werden reduziert. Gleichzeitig werden durch extensivere Pflege, Blühstreifen, Hecken und Straßenbegleitgrün die Biodiversität gefördert, Kaltluftschneisen erhalten und Mikroklimaverbesserungen erzielt.

Beitrag zu DNS Zielen
7, 8, 11, 13, 15

Erfolgsindikatoren
Erstelltes klimaangepasstes Grünflächenbewirtschaftungskonzept;
Anzahl der digital erfassten und bewerteten Flächen;
Umgesetzte Maßnahmen (Blühstreifen, Hecken, Baumkataster, Regenwassernutzung)

Synergieeffekte
„Entsiegelungspotenziale ermitteln und systematisch ausschöpfen"

Nr. 6 / WuW_Komm

Grün-blaue Infrastruktur im öffentlichen Raum stärken – Modellprojekt

Ausgangslage und Zielsetzung

Die kommunale Bestandsanalyse zeigt, dass Beckum über eine heterogene blau-grüne Infrastruktur verfügt, die sich räumlich stark unterscheidet: Im Innenstadtbereich sind hohe Versiegelungsgrade, ausgeprägte Wärmeinseln und geringe Grünanteile festzustellen, während entlang der Werse, an den Bachläufen, in Parkanlagen sowie im Übergangsbereich zu den Stadtteilen natur- und klimatologisch besonders wertvolle Klimatope liegen. Diese Funktionsräume übernehmen wichtige Rollen für Kaltluftentstehung, Frischluftzufuhr, Verdunstungskühlung, Retention und Versickerung. Die Klimaanalyse weist insbesondere drei Problemkomplexe aus. Thermische Belastung im Innenstadtbereich, v. a. rund um die Fußgängerzone, den Westenwall und die hoch verdichteten Wohnbereiche. Unterbrechungen der Kaltluftentstehungs- und Luftleitbahnen, die wichtig für die nächtliche Abkühlung und Hitzeregulation wären. Hohe Abflussrisiken bei Starkregen, besonders im Innenstadtbereich in Richtung Werse, im Einzugsbereich des Stichelbachs und an stark versiegelten Verkehrsflächen.

Ziel der Maßnahme ist die Umsetzung eines grün-blauen Modellprojekts, das diese problematischen Klimatope gezielt verbessert, die bestehenden natürlichen Funktionsräume der Stadt stärkt und das Potenzial der Werse als zentralen klimaaktiven Grünzug systematisch erschließt. Durch ein solches Leuchtturmprojekt sollen klimaresiliente Stadtstrukturen geschaffen, Fördermittel akquiriert und ein übertragbares Beispiel für weitere Bereiche der Stadt entwickelt werden.

Beschreibung

Die Maßnahme sieht die Entwicklung eines umfassenden grün-blauen Modellprojekts vor, das direkt an die in der Analyse identifizierten klimatologischen Schlüsselräume und Schwachstellen anknüpft. Die räumlichen Strukturen Beckums zeigen, dass zwei Bereiche besonders geeignete Projektkulissen bilden:

1. Wersegrünzug (Innenstadt – Werse – Auebereich)

Der Wersegrünzug bildet aus klimatologischer Sicht einen der wichtigsten Kaltluftentstehungs- und Frischluftkorridore Beckums. Gleichzeitig ist er die natürliche Retentionsfläche für Starkregenabfluss aus der Innenstadt. Die Bestandsanalyse zeigt hier hohe Potenziale für Entsiegelungen und Rückbau technischer Strukturen, naturnahe Uferentwicklungen, multifunktionale Retentions- und Versickerungsflächen (Schwammstadt), Aufwertung der Grünflächen zu beschatteten Aufenthaltsbereichen, Stärkung der Kaltluftleitfunktion aus nördlichen und östlichen Grünräumen, Verknüpfung mit den im ISEK vorgesehenen Maßnahmen zur Innenstadt- und Freiraumentwicklung. Die Lage unmittelbar angrenzend an stark hitzebelastete Quartiere macht den Wersegrünzug zum wichtigsten klimatopischen Hebel der Innenstadt.

2. Stadtteilpark Nord

Der geplante Stadtteilpark Nord liegt im Übergang zwischen dicht bebauten Wohnbereichen und großflächigen Freiräumen. Die Analysen weisen ihn als klimatologisch maßgeblichen Kaltluftentstehungsraum aus, der in den Übergangsbereichen zwischen Steibruch, Verkehrsflächen und Wohnquartier großes Potenzial aufweist. Der Park eignet sich für ein Modellprojekt, das klimaresiliente Vegetationsstrukturen schafft (Baumgruppen, Staudenflächen, extensive Bereiche), Retentions- und Versickerungsflächen integriert, hitzeangepasste Aufenthaltsräume bereitstellt (Verschattung, Verdunstungskühlung), als entlastendes Funktionsglied für das stark versiegelte Umfeld dient.

Beide Räume tragen entscheidend zur Reduktion thermischer Belastungen, zur Wasseraufnahme und zur Verbesserung der Ökosystemleistungen bei. Sie stellen die wichtigsten blau-grünen Verbindungsräume zwischen Innenstadt, Siedlungsbereichen und Landschaft dar. Das Modellprojekt verknüpft somit die zentralen Herausforderungen Beckums Hitze, Starkregen, Versiegelung, Biodiversitätsverlust an zwei Orten mit maximalem Potenzial, hoher Sichtbarkeit und strategischer Bedeutung.

Handlungsschritte

1. Festlegung des Modellraums anhand der Klimatope und Auswahl der Teilflächen im Wersegrünzug bzw. Stadtteilpark Nord
2. Erhebung des konkreten Ist-Zustands (Versiegelung, Vegetation, Nutzungsstrukturen, Retentions- und Bodenfunktionen) durch Vor-Ort-Begehungen und GIS-Analyse
3. Ableitung flächenspezifischer Maßnahmenpakete (Entsiegelung, Retention, Bepflanzung, Wegeführung, Aufenthaltsbereiche) auf Basis der Analyseergebnisse
4. Abstimmung der Maßnahmen mit der Unteren Wasserbehörde, Stadtplanung, Naturschutz und Klimaschutz sowie Prüfung technischer Machbarkeit
5. Erstellung einer vollständigen Förderkulisse samt Kostenrahmen, Priorisierung und Förderanträgen
6. Ausarbeitung der Entwurfs- und Ausführungsplanung inklusive Bauphasen, Zeitplan und Detailplanung der grün-blauen Elemente
7. Umsetzung der priorisierten Maßnahmen, beginnend mit Flächen mit höchster Klimawirkung (z. B. Entsiegelung, Retentionsbereiche, Baumpflanzungen)
8. Wirkungskontrolle der umgesetzten Maßnahmen (Temperaturmessungen, Wasseraufnahme, Aufenthaltsqualität) und Ableitung weiterer Schritte

Durchführungszeitraum: Q3 2027 - Q1 2034

Priorität: mittel

Zielgruppenbeschreibung

Kommunalverwaltungen und Fachämter (Stadtplanung, Umwelt, Bau, Grünflächen);
Politik und Entscheidungsträger;
Bürgerinnen und Bürger vor Ort;
Externe Partnerinnen und Partner wie Planungsbüros, Architektinnen und Architekten, Unternehmen

Verantwortliche und Beteiligte

Stadtplanung, Umwelt, Tiefbau

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure

Kooperation mit Forschungseinrichtungen, Hochschulen oder regionalen Initiativen;
Einbindung lokaler Unternehmen und Wohnungsbaugesellschaften;
Beteiligung der Bevölkerung im Rahmen von Partizipationsprozessen;
Nutzung bestehender Netzwerke (z. B. KlimaTisch, Münsterland ist Klimaland)

Kostenschätzung

Hoch (> 100.000 €)

Personalschätzung

Hoch (bis 75 AT/a)

Finanzierung

KfW-Programme (z. B. KfW 444 – Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen)
Bundesförderung Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel (BMUV, DAS A.3)
Landesförderprogramme NRW (z. B. Klimaanpassung, Stadtentwicklung)
EU-Förderprogramme (LIFE, EFRE)
Kommunale Eigenmittel (als Kofinanzierung)

Klimaanpassungswirkung

Anmerkung

hoch

Die Maßnahme trägt zur Stärkung der Resilienzgh gegenüber Hitze, Starkregen und weiteren Klimafolgen bei. Sie verbessert das Mikroklima, erhöht die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, stärkt Ökosystemleistungen und dient durch ihren Modellcharakter als Impulsgeber für weitere Anpassungsprojekte im Kreis.

Beitrag zu DNS Zielen
7, 8, 11, 13, 15

Erfolgsindikatoren
Anzahl realisierter grün-blauer Infrastrukturprojekte mit Vorbildcharakter;
Höhe der eingeworbenen Fördermittel

Synergieeffekte
Ggf. Maßnahmen aus den Handlungsfeldern Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft oder Bauwesen

Nr. 7/ WuW_Komm

Stärkung des Schwammstadtprinzips und des dezentralen Rückhalts sowie Nutzung von Regenwasser

Ausgangslage und Zielsetzung

Die Innenstadt Beckums weist laut ISEK eine hohe Versiegelungsdichte, geringe Verdunstungsleistung und nur eingeschränkte Speicherfähigkeit der Oberflächen auf. Gleichzeitig zeigen die Starkregenanalysen deutliche Abflusskonzentrationen und Belastungspunkte entlang der Werse, in den angrenzenden Quartieren und an öffentlichen Gebäuden. Durch das Schwammstadtprinzip sollen dezentrale Rückhaltevolumen geschaffen, Abflussmengen reduziert, Verdunstungskühlung verbessert und Wasser länger im Stadtraum gehalten werden. Ziel der Maßnahme ist es, Niederschlagswasser vor Ort aufzunehmen, zu speichern, zu verdunsten oder erneut zu nutzen und dadurch den kommunalen Starkregenschutz, die Bewässerung von Grünflächen und die ökologische Funktionsfähigkeit des Stadtgebietes zu stärken.

Beschreibung

Die Maßnahme umfasst die schrittweise Umsetzung zentraler Schwammstadtelemente in Beckum. Dazu gehören dezentrale Regenwasserrückhalteanlagen an öffentlichen Gebäuden, Entsiegelungsmaßnahmen im Innenstadtbereich mit Unterflur-Rigolen, Mulden-Rigolen-Systemen und Baumrigolen, die Regenwassernutzung für die Bewässerung kommunaler Grünflächen sowie die Grauwasserverwendung in geeigneten Gebäuden. Ergänzend werden Zisternenlösungen an Kitas, Schulen und Verwaltungsstandorten geprüft. Für die Innenstadt werden die im ISEK ausgewiesenen Maßnahmenstandorte – insbesondere der Wersegrünzug, die Bereiche Weststraße / Münsterstraße sowie die potenziellen Retentionsflächen im Bereich der Werse – als Pilotflächen herangezogen. Die Maßnahme bildet zudem die Grundlage für ein kommunales Anreizsystem, mit dem private Haushalte, Gewerbe und Eigentümer zur Umsetzung eigener Schwammstadtelemente motiviert werden können.

Handlungsschritte

1. Analyse geeigneter kommunaler Gebäude und Flächen für Zisternen, Mulden-Rigolen-Systeme und dezentrale Rückhaltevolumen (mit Fokus auf Innenstadt-Hotspots laut ISEK und Starkregenkarte)
2. Prüfung der technischen Eignung für Grauwassernutzung und Regenwassernutzung in kommunalen Gebäuden
3. Ableitung konkreter Maßnahmenstandorte aus dem ISEK (Wersegrünzug, Retentionsräume, Innenstadtquartiere) und Priorisierung nach Klimawirkung
4. Entwicklung eines zielgerichteten Maßnahmenkonzeptes mit standardisierten Schwammstadtmodulen (Baumrigolen, wasserdurchlässige Beläge, Retentionsmulden, Versickerungsflächen)
5. Integration der Maßnahmen in laufende und geplante Stadtentwicklungs- und Freiraumprojekte (u. a. Wersegrünzug, Stadtteilpark Nord, Innenstadtentwicklung)
6. Erstellung von Informationsmaterial und einem kommunalen Anreizsystem zur Förderung privater Schwammstadtumsetzungen (z. B. Zisternen, Hofentsiegelung, Retentionsflächen)
7. Umsetzung der priorisierten Maßnahmen an kommunalen Standorten einschließlich Monitoring von Wasseraufnahme, Verdunstungsleistung und Abflussverzögerung
8. Evaluation der Wirksamkeit und Übertragung erfolgreicher Pilotmodule auf weitere Stadtbereich

Durchführungszeitraum: Q1 2027 - Q1 2033

Priorität: mittel

Zielgruppenbeschreibung

Kommunale Fachämter (Grünflächen, Bau, Schulen, Umwelt);
Schulen, Kitas, öffentliche Einrichtungen

Verantwortliche und Beteiligte

Tiefbau, Stadtplanung, Umwelt

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure

Kooperation mit Wasserversorgern und Ingenieurbüros; Einbindung von Schulen, Vereinen und Bürgerinitiativen für Pilotprojekte

Kostenschätzung

Hoch (> 100.000 €)

Personalschätzung

Hoch (bis 75 AT/a)

Finanzierung

Haushaltsmittel
Prüfung des Programms „Zukunftsfähige und nachhaltige Abwasserbeseitigung NRW (ZunA NRW)“ der NRW.BANK (Zuschüsse und Darlehen möglich)

Klimaanpassungswirkung

hoch

Anmerkung

Die Maßnahme trägt dazu bei, Starkregenrisiken zu mindern, Trinkwasser zu sparen, die Kühlwirkung urbaner Grünflächen zu erhalten und die Resilienz der Kommune gegenüber klimatischen Extremereignissen zu erhöhen. Sie unterstützt zudem die Umsetzung von Schwammstadt- und blau-grünen Infrastrukturmaßnahmen.

Beitrag zu DNS Zielen

7, 8, 11, 13, 15

Erfolgsindikatoren

Abgeschlossene Analysen;
Anzahl Zisternen/Grauwassernutzungsanlagen;
Entwicklung des Wasserverbrauchs

Synergieeffekte

„Klimaangepasste kommunale Gebäude und Flächen“
„Klimaangepasstes Grünflächenbewirtschaftungskonzept und Optimierung der Regenwassernutzung“
„Grün-blaue Infrastruktur im öffentlichen Raum stärken – Modellprojekt“

2.1 Umsetzungsfahrplan Stadt Beckum

				2026		2027				2028				2029				2030				2031				2032				2033				2034					
Nr.	Kürzel	Handlungsfeld	Titel der Maßnahme	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	geschätzer Personaleinsatz	Gesamtkosten-schätzung
1	Überg_Komm	Übergreifend	Baumpflanzaktionen und Bürgerwaldprojekte	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■																			Mittel (bis 30 AT/a)	Mittel (10.000 € - 100.000 €)
2	Bau_Komm	Bauwesen	Risikoanalyse von kommunalen Gebäuden und Liegenschaften hinsichtlich der Klimafolgen			■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■																Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
3	Bau_Komm	Bauwesen	Entsiegelungspotenziale ermitteln und systematisch ausschöpfen	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■								Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
4	WuW_Komm	Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	Vorsorgende Starkregenstrategie (inkl. Starkregenanalyse und -untersuchung) erarbeiten	■	■	■	■	■	■																													Mittel (bis 30 AT/a)	Mittel (10.000 € - 100.000 €)
5	WuW_Komm	Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	Implementierung eines Grünflächenmanagements und Erstellung von klimaangepassten Grünflächenbewirtschaftungskonzepten			■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■																Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
6	WuW_Komm	Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	Grün-blaue Infrastruktur im öffentlichen Raum stärken - Modellprojekt					■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■			Hoch (bis 75 AT/a)	Hoch (> 100.000 €)
7	WuW_Komm	Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	Stärkung des Schwammstadtprinzips und des dezentralen Rückhalts sowie der Nutzung von Regenwasser			■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■								Hoch (bis 75 AT/a)	Hoch (> 100.000 €)

3 Maßnahmen für den Kreis Warendorf und die Kommunen

Nr.	Kürzel	Handlungsfeld	Titel der Maßnahme
1	Überg_Koop	Übergreifend	Schulungen und Fortbildungen für Kreis- und Kommunalbeschäftigte
2	Überg_Koop	Übergreifend	Fachaustausch Klimafolgenanpassung
3	Überg_Koop	Übergreifend	Sachstands und Tätigkeitsbericht Klimaanpassung/Klimaschutz für Kommunalpolitiker
4	Bau_Koop	Bauwesen	Kampagne "Klimafolgenanpassung rund ums Gebäude"
5	Bau_Koop	Bauwesen	Informations- und Beratungsangebote für Unternehmen
6	WuW_Koop	Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	Austausch mit Nachbarkommunen zu Flusshochwasser
7	WuW_Koop	Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	Stärkung des ortsnahen Rückhalts und der Verwendung von Wasser - Modellprojekt
8	BuMG_Koop	Bevölkerungsschutz und Menschliche Gesundheit	Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Aktionen oder Veranstaltungen
9	BuMG_Koop	Bevölkerungsschutz und Menschliche Gesundheit	Sensibilisierung zur Eigenvorsorge - Aufklärung und Partizipation der Bevölkerung
10	BuMG_Koop	Bevölkerungsschutz und Menschliche Gesundheit	Bildungsangebote zum Thema Klimafolgenanpassung und natürlichem Klimaschutz
11	BuMG_Koop	Bevölkerungsschutz und Menschliche Gesundheit	Zusammenarbeit und Sensibilisierung zum Thema Klimafolgenanpassung von regionalen Sozial- und Gesundheitseinrichtungen
12	BuMG_Koop	Bevölkerungsschutz und Menschliche Gesundheit	Gemeinsame Katastrophenschutz-Übungen und Erprobung von Stäben
13	BuMG_Koop	Bevölkerungsschutz und Menschliche Gesundheit	Unterstützung des vorsorgenden Bevölkerungsschutzes mit Fokus auf Klimafolgen

Tabelle 2 Maßnahmen für den Kreis Warendorf und die Kommunen (kooperativ)

Allgemeiner Hinweis

Maßnahmen, für deren Umsetzung zusätzliche Haushaltsmittel nötig sind, stehen vorbehaltlich separater politischer Beschlüsse und unter Haushaltsvorbehalt.

Nr. 1 / Überg_Koop

Schulungen und Fortbildungen für Kreis- und Kommunalbeschäftigte

Ausgangslage und Zielsetzung

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltungen stehen immer häufiger vor der Aufgabe, in ihre Arbeit „die Anforderungen der Anpassung an den Klimawandel" zu integrieren. Dafür sind nicht immer ausreichende Kompetenzen oder spezifisches Wissen vorhanden.

Das notwendige Fachwissen und die Handlungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Kreis- und Kommunalverwaltung zum Thema Klimafolgen soll daher durch verschiedene Formate (z. B. angepasste Grünpflege) vermittelt werden. Dadurch werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für klimaschützende Verhaltensweisen bzw. Handlungsmöglichkeiten in ihrer täglichen Arbeit sensibilisiert und über geeignete Projekte, gesetzliche Grundlagen und Förderprogramme informiert. Es soll mindestens einmal jährlich eine Schulung organisiert werden.

Beschreibung

Bei dieser Maßnahme soll das Wissen zum Thema Klimafolgen in der Verwaltung erweitert werden, indem bedarfsgerechte Angebote erstellt und koordiniert werden. Angebote sollen sowohl zu allgemeinen als auch fachspezifischen Themen erstellt bzw. zusammengestellt werden. Thematisch sind Schulungen zu verschiedensten Themen wie Digitalisierung, Starkregen, Hitzeschutz etc. denkbar und auch die kostenfreie Anwenderschulung des Klimaatlas NRW des LANUK kann genutzt werden. Das KAM des Kreises hat die Aufgabe, weitere Themenbedarfe zu ermitteln und dafür entsprechende Angebote zu suchen oder zu schaffen.

Die Verbreitung des Wissens erfolgt entweder über vorhandene Angebote von Externen (s. Bsp. LANUK) oder über bestehende Schulungsportale, beispielsweise des Kreises. Es können aber auch Inhouse-Schulungen genutzt werden und das KAM kann ggf. eigenständig Themeninhalte vermitteln.

Der Kreis initiiert und organisiert die Maßnahme und vermittelt Angebote an Beschäftigte der Kreis- und Kommunalverwaltungen. Innerhalb der Kommunalverwaltung sollten die Angebote an das entsprechende Fachpersonal weitervermittelt werden. Die Verantwortung zur Umsetzung/Teilnahme liegt innerhalb der einzelnen Verwaltungen.

Handlungsschritte

1. Sammlung geeigneter fachspezifischer und übergreifender Schulungen
2. Ermittlung weiterer Bedarfe in den Verwaltungen
3. Verbreitung von Veranstaltungsterminen
4. Durchführung von Schulungen und Fortbildungen
5. Evaluation

Durchführungszeitraum: Q3 2026, fortlaufend

Priorität: hoch

Zielgruppenbeschreibung

Kreis- und Kommunalbeschäftige, (einschließlich Bauhofmitarbeiterinnen und -mitarbeiter)

Verantwortliche und Beteiligte

Kreis (KAM – Amt 66), Kommune (z. B. Personalamt, KSM/KAB)

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure

Land NRW (Informationsformate), Volkshochschulen, Universitäten, externe Dienstleisterinnen und Dienstleister

Kostenschätzung

Gering (< 10.000 €)

Personalschätzung

Mittel (bis 30 AT/a)

Finanzierung

Haushaltsmittel von Kreis und Kommunen; diverse Formate werden kostenlos angeboten oder können über Fördermittel für KAM abgedeckt werden.

Klimaanpassungswirkung

Mittel

Anmerkung

Keine direkte Wirkung durch Schulungen. Im Nachgang jedoch verbesserte Umsetzungstiefe und Integration von Klimaanpassungsthemen in Verwaltungshandeln, was zu einer verbesserten Resilienz von Kommunen und Kreis führt und die Vorbildwirkung unterstützen kann.

Beitrag zu DNS Zielen

3, 8, 9, 13

Erfolgsindikatoren

Anzahl Schulungen und Fortbildungen;
Anzahl Teilnehmende;
Feedback der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (z. B. über kurze Umfrage)

Synergieeffekte

Kooperative Maßnahme „Fachaustausch zum Thema Klimafolgenanpassung“

Nr. 2 / Überg_Koop

Fachaustausch Klimafolgenanpassung

Ausgangslage und Zielsetzung

Im Zuge der Akteursbeteiligung mit den Kommunen wurde deutlich, dass ein verstärkter Austausch zwischen den Fachabteilungen der Kommunen und der Kreisverwaltung sinnvoll ist.

Der bedarfsorientierte Austausch von Fachämtern soll gefördert werden, um praktische Erfahrungen auf Augenhöhe auszutauschen, um so einen Wissenstransfer zu schaffen und ggf. Synergieeffekte zu erzeugen. Ebenfalls dient dieser dazu, Gesetzesänderungen relevanten Akteurinnen und Akteuren zu vermitteln.

Beschreibung

In dieser Maßnahme steht der Austausch zwischen den Verwaltungen (interkommunal) im Fokus. Hierfür können bereits vorhandene Runden genutzt oder bei Bedarf neue Runden bzw. gezielte Termine durch das KAM initiiert werden. Vorhandene Runden sind beispielsweise das regelmäßige Treffen der Klimaschutzmanagerinnen und -manager, die Lenkungsgruppe Klimaschutz mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern oder das Netzwerk Klimaanpassung Münsterland. Insbesondere um den interkommunalen Austausch zwischen Fachämtern zu bewirken, sollten entsprechende Treffen durch das KAM des Kreises einberufen werden. So kann ein Austausch zwischen Planungs- und Grünflächenämtern, Bauämtern, Sozialämtern, Ordnungsämtern oder auch Institutionen, wie z. B. TEO, sinnvoll sein. Mögliche Themen sind z. B. Starkregen in der Stadtplanung, die Implementierung von grün-blauer Infrastruktur, Schutz vulnerabler Gruppen etc. Innerhalb der Termine können beispielsweise Best Practice-Beispiele vorgestellt werden, von Vorteilen und Erfahrungen mit Fördermitteln berichtet werden oder auch Fragestellungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingebracht und diskutiert werden.

Der Kreis initiiert und organisiert die Maßnahme, sucht und platziert bedarfsorientiert Themen und führt entsprechende Austauschrunden durch, bzw. dockt an bestehende Runden an. Die Kommunen und die Kreisverwaltung stellen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Termine frei und bringen sich inhaltlich ein.

Handlungsschritte

1. Sammlung vorhandener Runden und Arbeitsgruppen
2. Abfrage und Auswahl interessanter Themen
3. Durchführung der Austauschformate
4. Platzierung von Themen in vorhandenen Austauschrunden
5. Evaluation

Durchführungszeitraum: Q3 2026, fortlaufend

Priorität: hoch

Zielgruppenbeschreibung

Kreis- und Kommunalangestellte

Verantwortliche und Beteiligte

Kreis (KAM – Amt 66), Kommune (z. B. VV, Personalamt, KSM/KAB)

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure

Fachbüros, Referenten

Kostenschätzung

Gering (< 10.000 €)

Personalschätzung

Mittel (bis 30 AT/a)

Finanzierung

Haushaltsmittel von Kreis und Kommunen; Prüfung Fördermittel wie Kommunalrichtlinie – Aufbau und Betrieb kommunaler Netzwerke (4.1.5)

Klimaanpassungswirkung

Gering-mittel

Anmerkung

Keine unmittelbare Wirkung durch Fachaustausch. Im Nachgang jedoch verbesserte Umsetzungstiefe und Integration von Klimaanpassungsthemen in Verwaltungshandeln, was zu einer verbesserten Resilienz von Kommunen und Kreis führt.

Beitrag zu DNS Zielen

4,9,11,13,15

Erfolgsindikatoren

Anzahl der Austauschformate;
Anzahl Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Synergieeffekte

Kooperative Maßnahme „Bildungsangebote zum Thema Klimafolgenanpassung und natürlicher Klimaschutz"; Angebote durch öffentlich beauftrage Institutionen (WLV, LWK, WBV, TEO, Stadtwerke)

Nr. 3 / Überg_Koop

Sachstands- und Tätigkeitsbericht Klimaanpassung/ Klimaschutz für Kommunalpolitikerinnen und -politiker

Ausgangslage und Zielsetzung

Die Politik ist ein wichtiger Akteur, welcher über größere kommunale Vorhaben entscheidet und damit langfristige Weichen stellen kann.

Ziel dieser Maßnahme ist es, die Lokalpolitikerinnen und -politiker regelmäßig zum Thema Klimafolgenanpassung zu informieren, um einerseits wechselnden Ausschüssen und Räten eine aktuelle und profunde Wissensbasis für ihre Entscheidungen zu geben, andererseits ein regelmäßiges Update zu den Fortschritten in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung zu liefern – sowohl auf Kreis- als auch auf Kommunalebene.

Beschreibung

Die Maßnahme umfasst die regelmäßige, beispielsweise jährliche Berichterstattung in den relevanten Fachausschüssen der Kommunen und des Kreises. Im Sinne eines Entscheider-Briefings soll über aktuelle Vorhaben im Kreis und den Kommunen berichtet werden, Förderprogramme beworben und über Mittelverwendungen informiert werden. Auch die Erfolge der Klimaschutz- und Klimaanpassungsarbeit im Sinne von umgesetzten Maßnahmen sollen präsentiert werden. Weiterhin können auf Anfrage anlassbezogen Fakten und neue wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel erläutert werden und die Bedeutung von profunden und umsetzungsstarken Maßnahmen vermittelt werden, ggf. auch unter Einbezug externe Referentinnen und Referenten. Eine Einbindung der Kommunalberatung des LANUKs ist möglich, eine enge Zusammenarbeit mit Akteurinnen und Akteurinnen und Akteuren des lokalen Klimaschutzes ist hierbei notwendig.

Der Kreis (KAM und KSM) kann zum einen über die aktuelle Situation der Kreisaktivitäten in den Ausschüssen berichten, vor allem jedoch bei der Vermittlung allgemeinen/aktuellen Wissens zum Thema Klimafolgenanpassung für die Politik behilflich sein (z. B. Suche/Bereitstellung von Referenten, Zusammentragen von Erkenntnissen). Er kann ebenfalls durch Berichtsvorlagen über kommunale Aktivitäten oder eine Zusammenstellung relevanter Themen unterstützen. Die Kommunen sorgen für die Berichterstattung zu ihren eigenen Aktivitäten.

Handlungsschritte

1. Erstellung einer Vorlage für Klimaschutz-/Klimaanpassungsberichterstattung (Kreis)
2. Ggf. bei Bedarf Recherche/Aufbereitung aktueller Erkenntnisse zum Klimawandel unter Einbindung eines Referenten
3. Sammlung/Aufbereitung individueller Fortschritte in Klimaschutz und Klimaanpassung (Kreis und Kommunen)
4. Regelmäßige Berichterstattung in den Ausschüssen (Kreis und Kommune)
5. Evaluation/Feedback

Durchführungszeitraum: Q4 2027, fortlaufend

Priorität: hoch

Zielgruppenbeschreibung

Lokalpolitikerinnen und -politiker, Ausschüsse, Räte

Verantwortliche und Beteiligte

Kreis (KAM – Amt 66), Kommune (z. B. KSM/KAB, Umweltamt)

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure

Fachreferenten, LANUK, Verbraucherzentrale NRW

Kostenschätzung
Gering (< 10.000 €)

Personalschätzung
Mittel (bis 30 AT/a)

Finanzierung
Haushaltsmittel von Kommunen und Kreis

Klimaanpassungswirkung
Gering-mittel

Anmerkung
Keine direkte Wirkung durch Berichterstattung und Informationsweitergabe, jedoch wichtige Basis, wirkungsvoll Klimaanpassung in kommunalen Maßnahmen zu verankern und langfristig die Anpassungsfähigkeit und Resilienz von Kreis und Kommunen zu erhöhen.

Beitrag zu DNS Zielen
3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 15, 16, 17

Erfolgsindikatoren
Anzahl durchgeführter Berichterstattung;
Feedback der Politikerinnen und Politiker

Synergieeffekte
Kooperative Maßnahme „Schulungen und Fortbildungen für Kreis- und Kommunalbeschäftigte", „Fachaustausch Klimafolgenanpassung";
Einschätzung und Expertise von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern, sowie Ratsmitgliedern nutzen; Multiplikatoren schaffen

Nr. 4 / Bau_Koop

Kampagne „Klimafolgenanpassung rund ums Gebäude“

Ausgangslage und Zielsetzung

Die Vorsorge vor Klimawandelfolgen im privaten Gebäudebestand ist eine wichtige Säule für klimaangepasste und resiliente Kommunen, da der private Gebäudebestand einen hohen Flächenanteil im Kreisgebiet innehat. Im Rahmen der Akteursbeteiligung wurden in allen Kommunen Aspekte der Vorsorge im privaten Gebäudebestand benannt sowie die Notwendigkeit zur Sensibilisierung und Motivation der Bürgerinnen und Bürger gesehen. Weitere Themen könnten z. B. sein: die Sicherung des Gebäudes vor Starkregen- oder Überflutungsereignissen bzw. drückendem Grundwasser, ein adäquater sommerlicher Hitzeschutz, Sicherung vor Sturmereignissen, klimafreundliche Flächengestaltung mit vielfältigen positiven ökologischen Wirkungen etc.

Im Rahmen einer konzertierten, durch den Kreis koordinierten handlungsauslösenden Informations- und Kommunikationskampagne mit dem Ziel, einen klimasicheren Gebäudebestand zu schaffen, können Synergieeffekte für die Kommunen gehoben werden. Bürgerinnen und Bürger sollen in die Lage versetzt werden, eigenständig ihre Gebäude anzupassen. Eine gezielte Ansprache von Eigentümerinnen und Eigentümern in Hotspots (Starkregen, Hitze, Hochwasser) ist dabei denkbar.

Beschreibung

Da die Herausforderungen im privaten Gebäudebestand zur Anpassung an Klimafolgen sich in allen Kreiskommunen im Wesentlichen ähneln, sollte durch den Kreis ein Bündel an Informationen, Aktionen, Medienbeiträgen etc. zum Themenfeld zusammengestellt werden. Dieses Paket kann von den Kommunen individualisiert und angewendet werden. Die Kampagne wird jedoch am sinnvollsten durch alle Kommunen gleichzeitig (ggf. mit individuellen Bestandteilen) bespielt und kann vom Kreis auf übergeordneter Ebene unterstützt werden. Sei es durch Pressearbeit oder das Anbieten/Unterstützen von Einzelaktionen, z. B. durch Pressestelle oder KAM.

Die Integration folgender Aspekte in eine Gesamtkampagne ist denkbar:

- Nutzung vorhandener Formate und Materialien aus den Kommunen
- Nutzung und Weiterentwicklung von Kampagnenmaterialien von Partnerinnen und Partnern wie AltBauNeu, Verbraucherzentrale NRW, Münsterland ist Klimaland
- Veranstaltungen für interessierte Bürgerinnen und Bürger zu bestimmten Fokusthemen durchführen
- Multiplikatoren-Schulungen von fachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Handwerkern zur Stärkung der Eigenvorsorge und Reichweitenerhöhung im Sinne von 1:1-Formaten, z. B. im Bereich Starkregenberatung (Unterstützung durch TEO (Abwasserbetriebe) möglich)
- Vorgarten-Wettbewerbe ins Leben rufen oder Bewerbung von Kampagnen, wie z. B. "Abpflastern"
- Aufsuchende Klimaanpassungsberatung installieren
- Platzierung verschiedener Themen in der kreisweiten Sanierungswoche
- Anreize mit Hilfe der Bewerbung von Förderprogrammen setzen (Förderung Dachbegrünung)
- Planung und Gestaltung einer medialen Begleitung mit Fachartikeln in der Presse sowie kurzen Medienclips in Social Media-Formaten

Handlungsschritte

1. Sammlung und Bündelung geeigneter Themen und vorhandener Informationsformate
2. Bereitstellung erfolgreicher Formate/Materialien
3. Konzipierung einer Gesamtkampagne, bestehend aus Einzelbausteinen
4. Entwicklung der übergeordneten medialen Begleitung
5. Abstimmung der umzusetzenden Kampagnenelemente
6. Durchführung der vereinbarten Kampagnenelemente
7. Evaluation

Durchführungszeitraum: Q3 2026, fortlaufend

Priorität: hoch

Zielgruppenbeschreibung

Eigentümerinnen und Eigentümer, Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Institutionen

Verantwortliche und Beteiligte

KAM (Amt 66), Kommunen (z. B. KSM/KAB, Pressestelle)

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure

Unternehmen, Medien, Kreishandwerkerschaft, Verbraucherzentrale

Kostenschätzung

Gering (<10.000 €)

Personalschätzung

Mittel (bis 30 AT/a)

Finanzierung

Haushaltsmittel von Kreis und Kommunen, Fördermittel z. B. NRW.BANK: Eigentumsförderung - Modernisierung, NRW.BANK: Gebäudesanierung

Klimaanpassungswirkung

Mittel-hoch

Anmerkung

Eine kreisweite Kampagne mit hoher Reichweite wird im tendenziell Einfamilienhaus-geprägten Kreisgebiet eine hohe Flächenwirkung erzielen.

Beitrag zu DNS Zielen

3, 4, 6, 8, 11, 15, 17

Erfolgsindikatoren

Kampagne ist konzipiert;
Anzahl durchgeführter Aktionen;
Anzahl Medienbeiträge;
Resonanz (z. B. Klicks, Likes, Teilnehmerinnen- und Teilnehmerzahlen)

Synergieeffekte

Kooperative Maßnahmen „Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Aktionen oder Veranstaltungen", „Sensibilisierung – Aufklärung und Partizipation der Bevölkerung"; Smart Region Strategie - Smart Green Spaces; Akteurinnen und Akteure des KlimaTisches

Nr. 5 / Bau_Koop

Informations- und Beratungsangebote für Unternehmen zum Thema Klimaresilienz

Ausgangslage und Zielsetzung

Unternehmen im Kreis Warendorf sind bereits heute von den Folgen des Klimawandels sowie der Aussicht auf eine Verschärfung dieser Folgen betroffen. Unternehmensnahe Institutionen wie die gfw, IHK, HWK oder das NKU (Netzwerk Klimaanpassung & Unternehmen.NRW) bieten bereits Unterstützungsformate an und viele Unternehmen beschäftigen sich bereits mit der betrieblichen Zukunft im Klimawandel. Erfahrungen wurden bereits mit dem Projekt KlimaSicher gemacht, an welches angeknüpft werden kann. Dennoch ist ein weiterer Handlungsbedarf nach mehr Information, Beratung und Vernetzung zum Thema Klimaanpassung in Unternehmen im Kreis Warendorf vorhanden.

Durch diese Maßnahmen sollen vorhandene Beratungs- und Informationsangebote vermittelt und insbesondere solche Unternehmen, bei denen eine hohe Betroffenheit und große Folgeschäden zu erwarten sind, gezielt kontaktiert werden. Durch gut informierte Unternehmen soll die (Klima-)Resilienz der regionalen Wirtschaft langfristig gesteigert und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit des Kreises erhalten werden.

Beschreibung

Das KAM des Kreises stellt vorhandene Beratungs- und Unterstützungsangebote zusammen und bündelt diese. Hier sind beispielsweise bestehende Runden wie z. B. des KlimaTisch Kreis Warendof - Bündnis für Klimaschutz und Klimaanpassung zu nutzen. Neu ist das Projekt KLIMA.PROFIT, welches allgemein beworben werden könnte. Es werden anschließend Bedarfslücken eruiert und ggf. durch Informations- und Vernetzungsangebote ergänzt sowie Maßnahmen des Kreisentwicklungsprogramms integriert. Interkommunale Austauschveranstaltungen, organisiert durch den Kreis sind hierbei denkbar.

In Anlehnung an die Erfahrungen mit dem Unternehmensservice der Stadt Beckum kann ein individuelles Anspracheformat für (besonders betroffene) Unternehmen entwickelt werden.

Der Kreis stellt entsprechende Angebote für Unternehmen zusammen, bereitet diese öffentlichkeitswirksam auf und stellt diese den Kommunen zur Verfügung. Er organisiert, ggf. in Kooperation mit Partnerinnen und Partnern, Veranstaltungen, um Bedarfslücken zu schließen. Darüber hinaus entwickelt er ein Anspracheformat für besonders betroffene Unternehmen. Die Kommunen hingegen sorgen für die Weiterverbreitung der Informationsmaterialien und Bewerbung von Programmen bei den örtlichen Unternehmen. Sie geben bei Bedarf Rückmeldung an den Kreis bezüglich besonders betroffener Unternehmen (ggf. auf Basis der Betroffenheitsanalyse).

Handlungsschritte

1. Sammlung vorhandener Beratungsangebote und Veranstaltungen
2. Entwicklung eines Anspracheformats
3. Benennung und Ansprache besonders betroffener Unternehmen
4. Planung und Durchführung von Veranstaltungen
5. Regelmäßige Aktualisierung der Angebote
6. Evaluation/Feedback

Durchführungszeitraum: Q2 2027, fortlaufend

Priorität: mittel

Zielgruppenbeschreibung

Unternehmen

Verantwortliche und Beteiligte

KAM (Kreis – Amt 66), Kommunen (z. B. Wirtschaftsförderung, KSM/KAB)

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure
Wirtschaftsförderung, IHK, HK, NKU

Kostenschätzung
Gering (< 10.000 €)

Personalschätzung
Mittel (bis 30 AT/a)

Finanzierung
Haushaltsmittel von Kreis und Kommunen, Prüfung von Fördermitteln, wie Beratungsförderung zur betrieblichen Klimaanpassung (BbK NRW), Klimaanpassung.Unternehmen.NRW des EFRE/JTF-Programms NRW 2021-2027

Klimaanpassungswirkung
Mittel

Anmerkung
Keine direkte Wirkung durch Beratung, jedoch wichtige Grundlage einer mittelfristigen und vorausschauenden, erfolgreichen Anpassung an Klimawandelfolgen im Wirtschaftssektor. Die Maßnahme trägt so zur Steigerung der Anpassungskapazität bei.

Beitrag zu DNS Zielen
8, 9, 17

Erfolgsindikatoren
Anzahl durchgeführter Veranstaltungen; Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Synergieeffekte
Kreisentwicklungsprogramm;
Akteurinnen und Akteure des KlimaTisches, s. Kreismaßnahme „Unterstützung des „KlimaTisch Kreis Warendorf – Bündnis für Klimaschutz und Klimaanpassung"

Nr. 6 / WuW_Koop

Austausch mit Nachbarkommunen zu Flusshochwasser

Ausgangslage und Zielsetzung

Im Kreis Warendorf ist künftig mit einer Zunahme hydrologischer Extremereignisse zu rechnen, die zu lokalen Überflutungen, Schäden an Infrastrukturen und einer Gefährdung der Bevölkerung führen können. Die vorhandene Siedlungsstruktur entlang der Gewässer, versiegelte Flächen sowie begrenzte natürliche Rückhalteräume erhöhen das Risiko lokaler Flusshochwasserschäden zusätzlich. In der Vergangenheit führten vor allem kombinierte und anhaltende Hochwasser- und Starkregenereignisse zu lokalen Problemen. Aufgrund der überörtlichen Dynamik solcher Ereignisse können präventive und operative Maßnahmen nur wirksam sein, wenn die betroffenen Kommunen eng zusammenarbeiten und ihr Vorgehen abstimmen. Dieser Wunsch wurde im Rahmen der Akteursbeteiligung geäußert.

Vor diesem Hintergrund sollen der Austausch und die Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen zum Thema Flusshochwasser gestärkt werden. Durch regelmäßige Treffen sollen Wissen, Erfahrungen und Vorgehensweisen gebündelt, Kommunikationswege abgestimmt und gemeinsame Handlungsschritte für ein mögliches Hochwasserereignis entwickelt werden.

Beschreibung

Die Maßnahme sieht einen regelmäßigen Austausch zwischen Kommunen entlang der betroffenen Fließgewässer vor. Hierbei werden Erfahrungen zu bisherigen Hochwasserereignissen, Planungen, Projekten (Floodwaive – Axtbach-Projekt) und Schutzmaßnahmen geteilt. Ziel ist es, im Falle eines Hochwassers koordiniert zu handeln, Zuständigkeiten klar abzugrenzen und Synergien zu nutzen.

Auf Basis des Austauschs sollen gemeinsame Handlungsschritte abgeleitet werden, z. B. abgestimmte Evakuierungsstrategien, definierte Kommunikationsketten oder die Gründung gemeinsamer Einsatzstäbe. Als Vorbild kann der TEO-Verband (Feuerwehrverbund aus Telgte, Everswinkel, Ostbevern) dienen, der über Jahre erfolgreich kommunale Zusammenarbeit im Hochwasserschutz etabliert hat. Zudem können die Kommunen gemeinsam Bedarfe gegenüber dem Kreis oder weiteren Akteurinnen und Akteuren artikulieren, um Unterstützung und Ressourcen gezielt einzufordern.

Handlungsschritte

1. Initiierung eines ersten Austauschtreffens der interessierten/betroffenen Kommunen
2. Festlegung der Austauschstruktur (z. B. jährliche Treffen, feste Ansprechpersonen, Arbeitsgruppen)
3. Schwachstellen in der Kommunikation und Hochwasserbewältigung identifizieren
4. Ableitung gemeinsamer Handlungsschritte und Definition von Koordinationsmechanismen
5. Prüfung der Einrichtung gemeinsamer Einsatzstäbe oder Krisenstäbe im Falle eines Hochwassers
6. Gemeinsame Formulierung und Weitergabe von Bedarfen an den Kreis (z. B. Ressourcen, übergeordnete Koordination)
7. Evaluation/Prüfung im Ernstfall und regelmäßige Anpassung

Durchführungszeitraum: Q2 2027, fortlaufend

Priorität: mittel

Zielgruppenbeschreibung

Kommunen, Katastrophenschutzbehörden, Feuerwehren;
Bevölkerung, Betriebe und Landwirte in betroffenen Bereichen

Verantwortliche und Beteiligte

KAM (Kreis), Kommunen (z. B. Ordnungsämter, KSM/KAB, Stadtplanungs- und Grünflächenämter)

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure

Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Hilfsorganisationen; Wasser- und Bodenverbände, Zweckverbände; ggf. Kommunen außerhalb des Kreisgebiets

Kostenschätzung

Gering (< 10.000 €)

Personalschätzung

Gering (bis 10 AT/a)

Finanzierung

Haushaltsmittel von Kreis und Kommunen für Austausch; Prüfung von Fördermitteln für Umsetzung von Maßnahmen, z. B. Programme zur Hochwasservorsorge und Klimaanpassung (BMUV)
Landesprogramme: Fördermittel für interkommunale Zusammenarbeit und Krisenprävention, Förderrichtlinie Hochwasserrisikomanagement und Wasserrahmenrichtlinie
EU-Mittel: EFRE-Programme im Bereich Risikomanagement, Interreg-Projekte zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Klimaanpassungswirkung

Gering-mittel

Anmerkung

Risiken durch Überflutungen für betroffene Bevölkerung und Einsatzkräfte werden reduziert

Beitrag zu DNS Zielen

9, 11, 13, 17

Erfolgsindikatoren

Anzahl der Austauschtreffen;
Strukturen werden etabliert (Dokumentation)

Synergieeffekte

Kooperative Maßnahmen „Gemeinsame Katastrophenschutzübungen und Erprobung von Stäben" und „Unterstützung des vorsorgenden Bevölkerungsschutzes mit Fokus auf Klimafolgen"

Nr. 7 / WuW_Koop

Stärkung des ortsnahen Rückhalts und der Verwendung von Wasser – Modellprojekt

Ausgangslage und Zielsetzung

Klimawandelbedingte Extremwetterereignisse wie Starkregen, Hochwasser und Dürreperioden nehmen auch im Kreisgebiet zu. Dies führt einerseits zu Überlastungen der Kanalisation und Überschwemmungen, andererseits zu Wasserknappheit in Trockenzeiten. Gleichzeitig gehen naturnahe Speicher- und Retentionsräume (Grundwasserzehrung) zunehmend verloren.

Mit dieser Maßnahme soll Wasser vermehrt in der Fläche gehalten, nachhaltig nutzbar gemacht und die Aufnahmekapazität von Böden und Landschaften erhöht werden. Damit soll sowohl der Prävention gegenüber Starkregen und Hochwasser als auch der Vorsorge gegen Trockenheit und Dürre (Grundwasserzehrung) Rechnung getragen werden.

Beschreibung

Die Maßnahme setzt auf die Förderung und Umsetzung von blau-grüner Infrastruktur, die Wasser speichert, verzögert ableitet und für verschiedene Nutzungen verfügbar macht. Dazu zählen u. a. Rigolen, Zisternen, Entsiegelungsmaßnahmen sowie die Umsetzung von Schwammstadt- und Schwammland-Elementen. Hierbei werden blaue und grüne Infrastrukturen in der Kommune vermehrt angelegt, die das Wasser speichern oder verzögert abgeben können. Sowohl in den Kommunen als auch auf Kreisebene sollte die Umsetzung qualitativ hochwertiger blau-grüner Infrastruktur gefördert werden, da diese - neben dem Einfluss auf den Wasserhaushalt - auch weitere positive Effekte wie Verdunstungskühlung, positiven Einfluss auf die menschliche Gesundheit und die Verringerung des Gebäudeenergiebedarfs für Heizen und Kühlen mit sich bringt. Neben der Aufwertung und dem Anlegen von solchen Flächen im öffentlichen Raum, können zum Beispiel Förderprogramme die Dachbegrünung im privaten Bereich oder gewerblichen Bereich und Flächenentsiegelung vorantreiben. Anreize für Hauseigentümer zur ortsnahen Versickerung können neben planungsrechtlichen Vorschriften über eine angepasste Gebührenordnung für Abwasser gesetzt werden. Ein wichtiger Aspekt ist auch die Verbreitung von Informationen an Gebäudeeigentümer über mögliche Maßnahmen.

Ergänzend werden großräumige naturbasierte Lösungen wie die Wiedervernässung von Mooren, die Entwicklung von Auenlandschaften sowie die ökologische Anpassung von Gewässern verfolgt.

Der Kreis kann auf übergeordneter Ebene für Koordination und strategische Verknüpfung mit bestehenden Konzepten und Programmen zuständig sein, z. B. der Kreisentwicklungsstrategie „Wiedervernässung von Mooren" sowie für Vernetzung, Wissensaufbereitung und Austausch zwischen den Kommunen sorgen. Auch die Unterstützung von Pilotprojekten ist denkbar. Die Kommunen können im eigenen Verantwortungsbereich Maßnahmen anstoßen sowie private Eigentümer von Flächen ansprechen, um auch dort Maßnahmen anzuregen.

Handlungsschritte

1. Zusammenstellung geeigneter Informationsmaterialien und Identifizierung von geeigneten Pilotprojekten/Maßnahmen.
2. Ggf. Entwicklung eines Leitfadens für blau-grüne Infrastrukturen (z. B. Rigolen, Zisternen, Versickerungsflächen) und Identifizierung geeigneter Fördermittel
3. Akteursbeteiligung planen und Kommunikation entsprechend anpassen
4. Umsetzung und Begleitung von Pilotprojekten
5. Verknüpfung mit bestehenden Strategien und Programmen bzw. Umsetzung großflächiger naturbasierter Lösungen (z. B. „Wiedervernässung von Mooren")
6. Evaluation

Durchführungszeitraum: Q1 2028 - Q4 2032 Priorität: mittel

Zielgruppenbeschreibung

Kommunen, Bau- und Planungsämter, Wasserwirtschaftsverbände, Landwirtschaftsbetriebe;
Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen

Verantwortliche und Beteiligte

Kreis, Kommunen (z. B. Umweltamt, Stadtplanungsamt, Tiefbau, KSM/KAB)

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure

Naturschutzverbände, Wasserwirtschaftsverbände und Zweckverbände; Land- und Forstwirtschaft, Bürgerinitiativen; Fachplanungsbüros, Hochschulen und Forschungseinrichtungen; Vorbilder-Pilotprojekte (z. B. NiersCon)

Kostenschätzung

Hoch (> 100.000 €)

Personalschätzung

Hoch (bis 75 AT/a)

Finanzierung

kommunale Haushaltsmittel, Prüfung von Fördermitteln in Abhängigkeit von umzusetzenden Maßnahmen, z. B. Land NRW: Programme zu Wasserwirtschaft, Hochwasserschutz und Klimaanpassung, Bund: Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel" (BMUV), Nationale Wasserstrategie, EU: LIFE-Programm, ELER-Förderung für Moor- und Auenrenaturierung, EFRE-Mittel für grüne Infrastruktur; LuKIFG

Klimaanpassungswirkung

Hoch

Anmerkung

Verbesserung der Aufnahme- und Speicherfähigkeit von Landschaft und Siedlungsflächen trägt zur Vorsorge gegenüber Starkregen, Hochwasser und Dürre bei. Naturbasierte Lösungen wie Moor- und Auenrenaturierung stärken zugleich Ökosystemleistungen und stabilisieren langfristig den Wasserhaushalt.

Beitrag zu DNS Zielen

6, 8, 9, 13, 16

Erfolgsindikatoren

Informationsmaterial erstellt;
Anzahl realisierter Maßnahmen

Synergieeffekte

Kreismaßnahme „Klimaangepasste Flächen und Infrastruktur des Kreises mit Vorbildcharakter";
Kooperative Maßnahme "Austausch mit Nachbarkommunen zu Flusshochwasser"

Nr. 8 / BuMG_Koop

Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Aktionen oder Veranstaltungen

Ausgangslage und Zielsetzung

Im Kreis Warendorf werden bereits eine Vielzahl an öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen durch die Kommunen oder den Kreis durchgeführt. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Bevölkerung durch verschiedenste Aktionen zu vernetzen und im Rahmen von Veranstaltungen durch einen unmittelbaren Kontakt zur Thematik für Klimaanpassung zu sensibilisieren. Weiterhin soll die Handlungskompetenz der Bevölkerung durch unterschiedliche Formate erhöht werden.

Beschreibung

Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten für Aktionen. Mögliche Ideen wären: Aktionen am bundesweiten Hitzeaktionstag, Etablierung eines Tages der Sicherheit oder verschiedene Formate im Rahmen der Woche der Klimaanpassung. Hierbei könnten bestehende Formate wie Fachforen, Stadtfeste, Seniorentreffs oder Bürgerveranstaltungen genutzt werden. Aktionen entlang von Radrouten und Veranstaltungen im Rahmen der europäischen Mobilitätswoche oder der kreisweiten Sanierungswoche bieten weitere Anknüpfungsmöglichkeiten.

Der Kreis sammelt geeignete Aktionen/Formate/Anfragen und vermittelt diese an die Kreiskommunen. Der Kreis und die Kommunen setzten die Formate jeweils in Eigenregie um (vor Ort z. B. unterstützt durch ehrenamtlich engagierte Personen), jedoch ist eine Zusammenarbeit des Kreises mit den Kommunen denkbar. Dies betrifft beispielsweise Vorbereitung von Vorträgen, Bereitstellung von Infomaterial oder eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit.

Handlungsschritte

1. Sammlung geeigneter Ideen und geeigneter bestehender Formate
2. Auswahl umzusetzender Aktionen
3. Ausarbeitung und Bewerbung der Aktion gemeinsam mit den teilnehmenden Kommunen
4. Umsetzung im Kreis und den Kommunen
5. Mediale Aufbereitung

Durchführungszeitraum: Q3 2026, fortlaufend

Priorität: mittel

Zielgruppenbeschreibung

Fachabteilungen der Kommunalverwaltungen; Bürgerinnen und Bürger

Verantwortliche und Beteiligte

Kreis (KAM – Amt 66), Kommunen (Fachamt je nach Thema)

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure

Vereine, Institutionen, Schulen

Kostenschätzung

Gering (< 10.000 €)

Personalschätzung

Mittel (bis 30 AT/a)

Finanzierung

Haushaltsmittel von Kreis und Kommunen

Klimaanpassungswirkung

Gering-mittel

Beitrag zu DNS Zielen

3, 4, 8, 9, 11, 12, 15, 17

Anmerkung

Aktionen können eine große Menge an Bürgerinnen und Bürgern erreichen und so eine hohe Reichweite für Bewusstseinssteigerung erzielen.

Erfolgsindikatoren

Anzahl durchgeführter Aktionen und Veranstaltungen;
Anzahl erreichter Personen;
mediales Echo (Artikel, Klicks auf Beiträge etc.)

Synergieeffekte

Es sind Informationsveranstaltungen oder Mitmachaktionen z. B. Pflanzaktionen denkbar. Synergien bestehen mit der Kommunikationsstrategie des Kreises sowie weiteren Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit der Kommunen, z. B. „Optimierung der kommunalgesteuert

Nr. 9 / BuMG_Koop

Sensibilisierung zur Eigenvorsorge – Aufklärung und Partizipation der Bevölkerung

Ausgangslage und Zielsetzung

Die Bevölkerung ist durch Klimafolgen wie Starkregen, Hitzeperioden oder Dürreereignisse unmittelbar betroffen. Gleichzeitig besteht noch ein erhebliches Informationsdefizit zu Risiken, Vorsorgemöglichkeiten und geeigneten Handlungsweisen. Ohne Bewusstsein und Eigenvorsorge können Anpassungsmaßnahmen der Kommunen nur begrenzt wirksam sein.

Ziel ist es, die Bevölkerung umfassend über Klimafolgen und Möglichkeiten der Eigenvorsorge zu sensibilisieren, ihre Handlungskompetenz zu erhöhen und partizipative Elemente zu stärken. Damit soll ein aktives Mitwirken der Bürgerinnen und Bürger an der Klimaanpassung gefördert werden.

Beschreibung

Die Maßnahme umfasst die Entwicklung und Umsetzung einer breit angelegten Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagne für die Bevölkerung. Sie kombiniert klassische Öffentlichkeitsarbeit (Poster, Flyer, Kampagnen wie #besserbereit), digitale Formate (Social-Media-Beiträge), praxisnahe Angebote (Fachvorträge, Bürgerveranstaltungen) und interaktive Elemente (Citizen Science, Ideenkarte, Mitmachaktionen).

Zudem können verschiedene didaktische Materialien wie z. B. Klimakisten, Schwammstadt- oder Naturgefahrenmodelle zentral beschafft und beim Kreis für Kommunen und Bildungseinrichtungen zur Nutzung bereitgestellt werden. Externe Formate wie beispielsweise das Hochwasserschutzmobil (HKC-Mobil) können diese Maßnahmen ergänzen.

Die Rolle des Kreises ist die einer übergeordneten Koordinierungsstelle: Zusammenstellung von Informationsmaterialien, externen Angeboten, Referenten, Entwicklung einer Kommunikationsstrategie, Anleitung für Kommunen sowie die Koordination zur Vermeidung von Doppelstrukturen.

Die Kommunen übernehmen die Umsetzung vor Ort – beispielsweise durch Ausrichtung lokaler Veranstaltungen, Aktionen oder die Verteilung von Informationsmaterialien. Bei Bedarf kann das KAM des Kreises vor Ort eingebunden werden.

Handlungsschritte

1. Entwicklung einer Kommunikationsstrategie mit jahreszeitlicher Schwerpunktsetzung
2. Zusammenstellung und Bereitstellung von Informationsmaterialien (Flyer, Poster, Social-Media-Pakete, Fachreferenten)
3. Organisation von Vorträgen, Veranstaltungen und Aufklärungskampagnen vor Ort
4. Durchführung von Mitmachaktionen (z. B. Citizen-Science-Ideenkarte, Free-Refill-Initiativen)
5. Zentrale Anschaffung und Ausleihe von didaktischen Materialien (Klimakiste, Schwammstadtmodell, Naturgefahrenmodell)
6. Monitoring und Evaluation

Durchführungszeitraum: Q3 2026, fortlaufend

Priorität: hoch

Zielgruppenbeschreibung

Bürgerinnen und Bürger, Multiplikatoren

Verantwortliche und Beteiligte

Kreis (KAM - Amt 66), Kommunen (Pressestelle, KSM/KAB, bei Bedarf Fachämter)

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure

Vereine, Institutionen, NGOs, Schulen, Medienlandschaft

Kostenschätzung

Gering (< 10.000 €)

Personalschätzung

Mittel (bis 30 AT/a)

Finanzierung

Haushaltsmittel Kreis und Kommune, Prüfung von Fördermitteln im Bereich Bildung

Klimaanpassungswirkung

Mittel

Anmerkung

Keine direkte Wirkung durch Kampagne, jedoch Erhöhung der Handlungskompetenz der Bevölkerung zur Eigenvorsorge. Potenziell werden viele Bürgerinnen und Bürger erreicht.

Beitrag zu DNS Zielen

3, 6, 8, 9, 11, 13, 15

Erfolgsindikatoren

Anzahl durchgeführter Aktionen und Veranstaltungen;
Anzahl erreichter Personen;
mediales Echo (Artikel, Klicks auf Beiträge etc.)

Synergieeffekte

Kooperative Maßnahme „Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Aktionen oder Veranstaltungen", kommunale Maßnahmen „Optimierung der kommunalgesteuerten Kommunikation von Klimafolgenanpassung und Klimaschutz"

Nr. 10 / BuMG_Koop

Bildungsangebote zum Thema Klimafolgenanpassung und natürlicher Klimaschutz

Ausgangslage und Zielsetzung

Es gibt bereits ein BNE-Regionalzentrum (BNE = Bildung für nachhaltige Entwicklung) für den Kreis Warendorf und weitere Angebote im Bereich Bildung. Jedoch wurde unter anderem im Rahmen der Akteursbeteiligung für das Klimaanpassungskonzept der Bedarf nach ergänzenden Bildungsangeboten, insbesondere zu Klimafolgenanpassung und natürlichem Klimaschutz benannt. Gleichzeitig wurde betont, vorhandene Angebote zu bewerben und Doppelstrukturen zu vermeiden. Dazu können bereits implementierte Newsletter des Kreises (Kreisklimanewsletter, Regionales Bildungsbüro) genutzt werden.

Durch diese Maßnahme können verschiedene Akteurinnen und Akteure informiert und so ein Grundstein für eine zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklung gelegt werden, um eine höhere Handlungskompetenz zu erlangen. Gerade durch Projekte mit Schülerinnen und Schülern, aber auch Kita-Kindern kann ein grundlegendes Verständnis für den Klimawandel und Anpassungsmöglichkeiten geschaffen werden, welches in den Schülerinnen und Schülern langfristig wirken und sich auch auf das direkte familiäre Umfeld auswirken kann. Weiterhin umfasst die Maßnahme den stetigen Ausbau und die Pflege von Kontakten zu möglichen interkommunalen Bildungsakteurinnen und -akteuren.

Beschreibung

Im Rahmen dieser Maßnahme können interaktive und anschauliche Modelle genutzt werden, um verschiedenste Personen im Bereich Klima zu schulen. Es können Kita-Besuche oder Classroom Sessions durchgeführt werden. Gerade bei Schülerinnen und Schülern hinterlassen Aktionen im Freien oder zum Mitmachen nachhaltig Eindruck. Hilfreich können insbesondere interaktive und haptische Formate, wie z. B. ein Schwammstadtmodell, Mikroklimamodell, Naturgefahrenmodell sein. Teilweise können Räume vor Ort, wie ein Schulgarten oder das Schulhofgelände, für Aktionen bespielt werden.

Der Kreis übernimmt die Rolle, geeignete Angebote zusammenzutragen, ggf. fehlende Angebote zu ergänzen (z. B. Anschaffung von Materialien, die durch die Kommunen ausgeliehen werden können) und diese den Kommunen vorzuschlagen. Er kann durch Aufbereitung der Angebote zur Information der Schulen/Institutionen, bei der Umsetzung und später bei der medialen Begleitung unterstützen. Das KAM steht ebenfalls als Kontakt für Schulen und Kitas zur Verfügung. Die Kommunen und das kreisansässige Bildungsbüro (inkl. Medienzentrum) können bei der Weiterleitung und Vermittlung der Angebote an kommunale Einrichtungen unterstützen und dienen als Erstansprechpartnerin und -partner.

Handlungsschritte

1. Sammlung vorhandener und beliebter Angebote
2. Ergänzung von Angeboten und Anschaffung von Materialien
3. Aufbereitung der Angebote und Vermittlung an die Kommunen
4. Vermittlung der Angebote an relevante Akteurinnen und Akteure (z. B. Schulen, Kitas)
5. Unterstützung bei der Umsetzung
6. Mediale Aufbereitung
7. Regelmäßige Anpassung des Angebots

Durchführungszeitraum: Q3 2026, fortlaufend Priorität: hoch

Zielgruppenbeschreibung
Schülerinnen und Schüler, Berufsschulen, Kita-Kinder, Bürgerinnen und Bürger

Verantwortliche und Beteiligte
KAM (Kreis – Amt 66), Amt 51, Kommunen (z. B. KSM/KAB, Amt für Soziales, Bildung, Schulen, Kitas)

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure
außerschulische Bildungseinrichtungen, Wissenschaft, VHS, NGOs, Regionales Bildungsnetzwerk, ggf. Sponsoren

Kostenschätzung
Gering (< 10.000 €)

Personalschätzung
Mittel (bis 30 AT/a)

Finanzierung
Haushaltsmittel Kreis und Kommune, Prüfung ESF Plus-Förderrichtlinie zum Programm „Bildungskommunen" bzw. ESF/NIB „Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung" (BBNE), ggf. Sponsoring, „coole Schulhöfe"; LEADER Region

Klimaanpassungswirkung
Mittel

Anmerkung
Im Fokus steht der Lerneffekt, nicht die Umsetzungstiefe von Maßnahmen. Dennoch wird so das Potenzial zukünftiger Entscheider gestärkt, die Resilienz in Kommunen und Kreis zu erhöhen.

Beitrag zu DNS Zielen
4, 5, 8, 9, 16, 17

Erfolgsindikatoren
Anzahl durchgeführter Aktivitäten in Kooperation (z. B. mit Schulen)

Synergieeffekte
Kooperative Maßnahmen „Sensibilisierung zur Eigenvorsorge – Aufklärung und Partizipation der Bevölkerung", „Sachstands und Tätigkeitsbericht Klimaanpassung/Klimaschutz für Kommunalpolitikerinnen und -politiker"; bestehende Anschauungsmodelle

Nr. 11 / BuMG_Koop

Zusammenarbeit und Sensibilisierung zum Thema Klimafolgenanpassung von regionalen Sozial- und Gesundheitseinrichtungen

Ausgangslage und Zielsetzung

Über Sozial- und Gesundheitseinrichtungen können gerade vulnerable Personengruppen, wie z. B. Ältere, Vorerkrankte, Kinder oder auch sozial schwächere Personen erreicht werden, die von den Folgen des Klimawandels besonders stark betroffen sind. Gerade hierbei ist es wichtig, dass zum Beispiel vor Hitzeperioden vorbeugende Maßnahmen ergriffen werden. In den Workshops mit den Kommunen wurde deutlich, dass das Thema noch nicht genügend Raum erhält.

Die Maßnahme zielt darauf ab, Dialog und Vernetzung zwischen Akteurinnen und Akteuren des Sozial- und Gesundheitswesens und der Verwaltung zu stärken, den Kontakt zu vulnerablen und weiteren gefährdeten Gruppen über Multiplikatoren zu fördern sowie die Bevölkerung zu sensibilisieren. Wichtig ist es auch, bei den Akteurinnen und Akteuren Bedarfe zu ermitteln, um Angebote zielgerichtet platzieren zu können sowie Kompetenz und Selbstwirksamkeit bei den Einrichtungen wie auch bei den betroffenen Menschen zu fördern.

Beschreibung

Die Maßnahme setzt auf eine Kooperation zwischen Kreisverwaltung, Kommunen sowie Sozial- und Gesundheitseinrichtungen. Der Kreis erstellt eine Übersicht bestehender Angebote, stellt Informationsmaterialien bereit, initiiert bedarfsorientiert (neue) Themen, koordiniert (externe) Angebote und unterstützt die Vernetzung relevanter Akteurinnen und Akteure. Er bündelt und verbreitet zentral das Wissen.

Konkret kann beispielsweise der Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit durch mehrsprachige, barrierearme und sozialraumorientierte Formate, die gezielt Menschen mit niedrigem Einkommen, unsicherem Wohnstatus oder Migrationshintergrund erreichen, erfolgen. Klimaanpassungselemente (Hitzeschutz, Entsiegelung, Begrünung, Wassermanagement) können sichtbar gemacht, mit Förder- und Beratungsangeboten verknüpft und sozial gerecht ausgestaltet werden (z. B. Hitzeschutzförderungen (Vorhänge, Ventilatoren, Begrünung).

Die Kommunen setzen die Sensibilisierungs- und Dialogangebote vor Ort um. Dazu gehört die Erstellung eines spezifischen Akteurinnen- und Akteurskatasters, die Zusammenarbeit mit lokalen Einrichtungen, die Nutzung bestehender Gesprächsrunden, die Organisation von Veranstaltungen (z. B. Ü60-Treffen), die gezielte Ansprache vulnerabler Gruppen. Auch die Einbindung externer Referentinnen und Referenten sowie die Anwendung barrierearmer Formate wie Leichte Sprache spielen eine wichtige Rolle. Bei Bedarf kann auch das KAM hinzugezogen werden. Eine enge Abstimmung mit dem Sozialamt ist sinnvoll.

Zudem können bei Bedarf weitere Stakeholder wie Inklusionsbeiräte, Gleichstellungsbeauftragte, Wohnraumberatungen und zivilgesellschaftliche Initiativen aktiv eingebunden werden.

Handlungsschritte

1. Analyse vorhandener Akteurinnen und Akteure (insbesondere im Bereich vulnerabler Gruppen)
2. Themen- und Bedarfsanalyse im Bereich Sozial- und Gesundheitseinrichtungen
3. Aufbereitung und Bereitstellung von Informationsmaterialien (inkl. Leichter Sprache)
4. Organisation von niederschwelligen Sensibilisierungs- und Informationsveranstaltungen, z. B. Ü60-Treffen oder Gesundheitsdialoge, Nutzung bestehender Gesprächsrunden und Netzwerke, Einbindung externer Referentinnen und Referenten, Vor-Ort-Gespräche
5. Förderung der Zusammenarbeit mit weiteren relevanten Akteurinnen und Akteuren (z. B. Inklusionsbeirat, Wohnraumberatungen, Wohlfahrtsverbände)
6. Kontinuierliche Evaluation der Angebote und Anpassung an neue Bedarfe

Durchführungszeitraum: Q1 2027, fortlaufend

Priorität: hoch

Zielgruppenbeschreibung

Bürgerinnen und Bürger, kommunale Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, Pflegeeinrichtungen, Beratungsstellen, Wohlfahrtsverbände;
Vulnerable Gruppen (Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Vorerkrankungen, Menschen mit Behinderungen, sozial Benachteiligt

Verantwortliche und Beteiligte

KAM (Kreis), Amt 50, Amt 53 (beratend), Kommunen (z. B. Amt für Soziales, KSM/KAB, Pressestelle)

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure

Kooperation mit Inklusionsbeirat, Seniorenvertretungen, Wohnraumberatungen, Gleichstellungsbeauftragte;
Einbindung von Krankenkassen, Ärztenetzwerken und Pflegediensten;
Ggf. Kirchengemeinden

Kostenschätzung

Gering (< 10.000 €)

Personalschätzung

Mittel (bis 30 AT/a)

Finanzierung

kommunale Haushaltsmittel, Fördermittel z. B. Land NRW: Förderung von Gesundheitsprävention und/oder Inklusion

Klimaanpassungswirkung

Gering-mittel

Anmerkung

Erhöhung der Resilienz vulnerabler Gruppen, indem Sozial- und Gesundheitseinrichtungen sowie deren Multiplikatoren im Umgang mit Klimafolgen gestärkt werden.

Beitrag zu DNS Zielen

3, 5, 8, 9, 17

Erfolgsindikatoren

Akteurinnen- und Akteurskataster ermittelt;
Bedarfe bekannt; Infomaterialien erstellt;
Anzahl durchgeführter Aktionen/Treffen

Synergieeffekte

Kooperative Maßnahme „Unterstützung des vorsorgenden Bevölkerungsschutzes mit Fokus auf Klimafolgen"

Nr. 12 / BuMG_Koop

Gemeinsame Katastrophenschutzübungen und Erprobung von Stäben

Ausgangslage und Zielsetzung

Im Rahmen des Klimawandels nehmen die Extremwetterereignisse auch im Kreis Warendorf weiter zu, so dass mit häufigeren und ggf. größeren Einsätzen im Bereich von Gefahrenabwehr und Bevölkerungsschutz zu rechnen ist. Im Zuge der Akteursbeteiligung mit den Verwaltungen von Kreis und Kommunen wurde vielfach der Wunsch nach kreisweiten Katastrophenschutzübungen geäußert.

Durch gemeinsame Übungen sollen die Gefahrenabwehr und der Bevölkerungsschutz erprobt und Strukturen gefestigt werden. Gemeinsame Übungen können Defizite offenbaren, die anschließend behoben werden.

Beschreibung

Für eine gute Vorbereitung auf mögliche Gefahren sollte mindestens eine kommunale und/oder interkommunale Übung pro Jahr durchgeführt werden. Hierbei kann der Extremwetterplan erprobt, oder kommunenspezifische Wald- und Flächenbrandkonzepte geprüft sowie die Einberufung der diversen SAEs (Stab für außergewöhnliche Ereignisse) getestet werden. Wichtig ist es, reale Situationen bzw. Worst Cases zu simulieren: z. B. das parallele Eintreten verschiedenster örtlicher Gefahrenlagen.

Der Kreis übernimmt die Vorbereitung und Koordination einer kreisweiten Übung durch Amt 32, das KAM unterstützt dabei. Auch die vorbereitende und nachbereitende Öffentlichkeitsarbeit erfolgt über den Kreis. Die Kommunen koordinieren intern ihre relevanten Akteurinnen und Akteure und beteiligen sich an der Ergebnisauswertung und ggf. der Anpassung von Strukturen.

Handlungsschritte

1. Planung einer kreisweiten Übung unter Berücksichtigung bestehender Pläne zur Gefahrenabwehr
2. Durchführung einer kreisweiten Übung mit relevanten Akteurinnen und Akteuren
3. Erprobung der SAEs auf kommunaler Ebene und für den Kreis
4. Evaluierung der Übung und Ableitung von Anpassungsbedarfen
5. Wiederholung kreisweiter oder kommunaler Übungen

Durchführungszeitraum: Q3 2027, fortlaufend

Priorität: mittel

Zielgruppenbeschreibung

Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Rettungsdienst

Verantwortliche und Beteiligte

Amt 32, Amt 66, Kommunen (z. B. Ordnungsämter, VV)

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure

Bürgerinnen und Bürger

Kostenschätzung

Mittel (10.000 € - 100.000 €)

Personalschätzung

Hoch (bis 75 AT/a)

Finanzierung

Haushaltsmittel von Kreis und Kommunen

Klimaanpassungswirkung

Mittel-hoch

Beitrag zu DNS Zielen

3, 9, 11, 16, 17

Anmerkung

Wichtige Maßnahme mit hoher Reichweite und Bedeutung für menschliches Leben

Erfolgsindikatoren

Anzahl durchgeführter Übungen;
Optimierung vorhandener Konzepte erfolgt;
Feedback durch aktive Akteurinnen und Akteure und Bürgerinnen und Bürger

Synergieeffekte

Kooperative Maßnahme „Unterstützung des vorsorgenden Bevölkerungsschutzes mit Fokus auf Klimafolgen", Kreismaßnahme „Katastrophenschutzbedarfsplan" sowie weitere Aktivitäten des Kreises zum Katastrophenschutz

Nr. 13 / BuMG_Koop

Unterstützung des vorsorgenden Bevölkerungsschutzes mit Fokus auf Klimafolgen

Ausgangslage und Zielsetzung

Der Klimawandel führt zunehmend zu Extremwetterereignissen wie Hitzewellen, Starkregen, Überschwemmungen und Stürmen. Diese Ereignisse stellen eine wachsende Herausforderung für den Bevölkerungsschutz dar. Besonders betroffen sind vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, Kinder, Menschen mit Vorerkrankungen sowie Bewohnerinnen und Bewohner in dicht besiedelten oder infra-strukturell, z. B. schlecht angebundenen, anfälligen Gebieten. Eine Grundbetroffenheit gilt jedoch für das gesamte Kreis-/Gemeindegebiet

Ziel der Maßnahme ist es, die Akteurinnen und Akteure sowie Institutionen des Bevölkerungsschutzes systematisch im Bereich Klimafolgenanpassung zu stärken, vor allem durch eine verbesserte Vernetzung und enge Abstimmung von Kreis und KAM, Ordnungswesen und Bevölkerungsschutz. Im Vordergrund stehen präventive Ansätze, die Stärkung der Einsatzorganisationen, Informationsbereitstellung sowie die Sensibilisierung der Bevölkerung.

Beschreibung

Die Maßnahme umfasst die Einbindung klimabezogener Risiken in die Vorsorge- und Schutzkonzepte des Bevölkerungsschutzes. Mit Unterstützung des Kreises, vertreten z. B. durch das Klimaanpassungsmanagement, werden die konzeptionellen Grundlagen (z. B. Bedarfspläne, Erstellung eines Extremwetterszenarios) überprüft und/oder (weiter-)entwickelt. Hierfür nimmt das KAM beispielsweise an bestehenden kommunalen Runden teil (TEO, Feuerwehr). Der Kreis fungiert als zentrale Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung, Hilfsorganisationen und der Bevölkerung und unterstützt durch allgemeine Sensibilisierung der Bevölkerung, z. B. mittels entsprechender Öffentlichkeitsarbeit, wie Verbreitung der Kampagne „#besserbereit" oder die Verfügbarmachung geeigneter Materialien für die Kommunen. Das KAM kann Pilotprojekte (z. B. FloodWaive) im Kreisgebiet voranbringen oder mögliche Aktionen, wie z. B. einen „Tag der Sicherheit" unterstützen.

Die Kommunen verbessern ihre lokalen Konzepte und setzen sie praktisch um. Dazu zählt die gemeinsame Durchführung von Übungen oder die Durchführung von Informationsmaßnahmen vor Ort.

Auf Kreisebene erfolgt somit eine eher strategische Steuerung und Begleitung der Kommunen, während die operative Umsetzung und bürgernahe Kommunikation (mit Unterstützung des Kreises) dezentral durch die Kommunen gewährleistet wird.

Handlungsschritte

1. Identifizierung bestehender Runden und wichtiger Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner
2. Vorstellung und Teilnahme an Austauschrunden relevanter Akteurinnen und Akteure
3. Mitwirkung bei bestehenden Alarm- und Einsatzplänen hinsichtlich Klimafolgenrisiken
4. Ableitung weiterer Schritte (z. B. Informationskamapagne)

Durchführungszeitraum: Q3 2026, fortlaufend

Priorität: hoch

Zielgruppenbeschreibung

Einsatz- und Hilfsorganisationen (Feuerwehr, Rettungsdienste, Katastrophenschutz), Verwaltung, Gesundheitsämter;

Verantwortliche und Beteiligte

KAM (Kreis- Amt 66), Kommunen (z. B. Ordnungsämter, weitere Fachämter je nach konkretem Themenfeld)

Gewinnung weiterer Akteurinnen und Akteure

Bürgerinnen und Bürger und Institutionen (z. B. Schulen, Kitas, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser, Nachbarschaftsinitiativen)

Hilfsorganisationen (z. B. DRK, Johanniter, Malteser), Gesundheitssektor (Krankenkassen, Kliniken, Hausärzte), Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Ehrenamtliche, ggf. Bürgervereine und Nachbarschaftsnetzwerke

Kostenschätzung

Gering (< 10.000 €)

Personalschätzung

Mittel (bis 30 AT/a)

Finanzierung

kommunale Haushaltsmittel, Fördermittel z. B. NRW.BANK: Kommunal Invest / Kommunal Invest Plus

Klimaanpassungswirkung

Mittel-hoch

Anmerkung

Die Maßnahme erhöht die Resilienz gegenüber klimabedingten Extremereignissen, stärkt die Vorsorge- und Schutzstrukturen und mindert dadurch gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Folgen des Klimawandels.

Beitrag zu DNS Zielen

3, 4, 9, 11, 16, 17

Erfolgsindikatoren

Anzahl erreichter Akteurinnen und Akteure/Runden; Anzahl Mitwirkungen an Plänen/Konzepten

Synergieeffekte

Synergien zur Kreismaßnahme „Katastrophenschutzbedarfsplan" sowie Kooperativer Maßnahme „Gemeinsame Katastrophenschutzübungen und Erprobung von Stäben"

3.1 Umsetzungsfahrplan Verantwortungsbereich „Kreis und Kommunen"

				2026		2027				2028				2029				2030				2031				2032				2033				2034					
Nr.	Kürzel	Handlungsfeld	Titel der Maßnahme	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	geschätzer Personaleinsatz	Kostenschätzung
1	Überg_Koop	Übergreifend	Schulungen und Fortbildungen für Kreis- und Kommunalbeschäftigte																																			Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
2	Überg_Koop	Übergreifend	Fachaustausch Klimafolgenanpassung																																			Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
3	Überg_Koop	Übergreifend	Sachstands und Tätigkeitsbericht Klimaanpassung/Klimaschutz für																																			Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
4	Bau_Koop	Bauwesen	Kampagne "Klimafolgenanpassung rund ums Gebäude"																																			Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
5	Bau_Koop	Bauwesen	Informations- und Beratungsangebote für Unternehmen																																			Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
6	WuW_Koop	Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	Austausch mit Nachbarkommunen zu Flusshochwasser																																			Gering (bis 10 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
7	WuW_Koop	Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft	Stärkung des ortsnahen Rückhalts und der Verwendung von Wasser - Modellprojekt																										x									Hoch (bis 75 AT/a)	Hoch (> 100.000 €)
8	BuMG_Koop	Bevölkerungsschutz und Menschliche Gesundheit	Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Aktionen oder Veranstaltungen																																			Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
9	BuMG_Koop	Bevölkerungsschutz und Menschliche Gesundheit	Sensibilisierung zur Eigenvorsorge - Aufklärung und Partizipation der Bevölkerung																																			Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
10	BuMG_Koop	Bevölkerungsschutz und Menschliche Gesundheit	Bildungsangebote zum Thema Klimafolgenanpassung und natürlichem																																			Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
11	BuMG_Koop	Bevölkerungsschutz und Menschliche Gesundheit	Zusammenarbeit und Sensibilisierung zum Thema Klimafolgenanpassung von regionalen Sozial- und Gesundheitseinrichtungen																																			Mittel (bis 30 AT/a)	Gering (< 10.000 €)
12	BuMG_Koop	Bevölkerungsschutz und Menschliche Gesundheit	Gemeinsame Katastrophenschutz-Übungen und Erprobung von Stäben									Ü				Ü				Ü				Ü				Ü				Ü				Ü		Hoch (bis 75 AT/a)	Mittel (10.000 € - 100.000 €)
13	BuMG_Koop	Bevölkerungsschutz und Menschliche Gesundheit	Unterstützung des vorsorgenden Bevölkerungsschutzes mit Fokus auf Klimafolgen																																			Gering (bis 10 AT/a)	Gering (< 10.000 €)

F	Fortschreibung/Aktualisierung
C	Controllingbericht (jährlich)
M	Monitoringbericht
Ü	Übung
x	abgeschlossene Maßnahme/Vorhaben

TOP Ö 15

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2026/0263
öffentlich

Bebauungsplan Nr. 15 Gewerbegebiet "Neubeckumer Straße/Grüner Weg", 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) – Satzungsbeschluss

Federführung: Fachbereich Stadtentwicklung

Beteiligungen: Städtischer Abwasserbetrieb Beckum

Auskunft erteilt: Herr Denkert | 02521 29-6000 | denkert.u@beckum.de

Beratungsfolge:

Ausschuss für Stadtentwicklung
15.09.2026 Beratung

Rat der Stadt Beckum
23.09.2026 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

1 Anregungen gemäß § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB)

Es sind keine Anregungen gemäß § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit vom 06.07.2026 bis 07.08.2026 eingegangen.

2 Anregungen gemäß § 4 Absatz 2 BauGB

Die aus Anlage 1 zur Vorlage ersichtlichen Anregungen gemäß § 4 Absatz 2 BauGB der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Beteiligung vom 06.07.2026 bis 07.08.2026 werden zur Kenntnis genommen. Eine grundlegende Änderung des Bebauungsplans ist nicht erforderlich.

2.1 Stellungnahme Bezirksregierung Arnsberg: Abteilung 6 – Bergbau und Energie in Nordhrein-Westfalen vom 29.07.2026

Der Anregung zu möglichen Strontianitlagerstätten sowie auf altbergbauliche Hinweise im Umfeld des Geltungsbereichs wird gefolgt und in den Planunterlagen ergänzt.

Der Stellungnahme wird gefolgt.

2.2 Stellungnahme Deutsche Telekom Technik GmbH: West PTI 15 vom 06.07.2026

Der Anregung, dass dem/den Grundstückseigentümer/n die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch zu Gunsten der Telekom Deutschland GmbH, Sitz Bonn, auferlegt wird, wird nicht gefolgt. Es wurde argumentiert, dass im Baugebiet Verkehrsflächen teilweise nicht als öffentliche Verkehrswege gewidmet, sondern als Verkehrsflächen mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Anliegerinnen und Anlieger sowie Erschließungsträgerinnen und Erschließungsträger ausgewiesen werden. Diese Flächen müssten auch zur Erschließung der anliegenden Grundstücke mit Telekommunikationsinfrastruktur zur Verfügung stehen.

Es waren und sind keine Verkehrsflächen im Bebauungsplan festgesetzt. Das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht befindet sich im festgesetzten Gewerbegebiet beziehungsweise auf einem privaten Grundstück. Eine Erschließung anliegender Grundstücke wird nicht über das festgesetzte Gewerbegebiet erfolgen.

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

2.3 Stellungnahme Kreis Warendorf – Der Landrat, Amt für Umweltschutz und Straßenbau Untere Wasserbehörde – Wasserwirtschaft und Gewässer vom 03.08.2026

Der Anregung, die festgesetzte Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen, sowie von Gewässern (gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 25 Buchstabe b) als Wasserfläche und Fläche für die Wasserwirtschaft (gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 16 Buchstabe a) sowie Fläche für Hochwasserschutzanlagen, für die Regelung des Wasserabflusses, einschließlich des Niederschlagswassers aus Starkregenereignissen (gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 16 Buchstabe b) auszuweisen, wird nicht gefolgt.

Die Festsetzung gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 25 Buchstabe b BauGB wird beibehalten. Sie dient dem Erhalt von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen sowie für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen und von Gewässern und zielt damit zugleich auf die Sicherung des Gewässers und seiner ökologischen Funktion ab.

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Der Anregung, die Umlegung des Schmutzwasserkanals aufgrund des Grundwassersees I sei nicht nachvollziehbar, wird teilweise gefolgt.

Aufgrund der Umsetzung des Grundwassersees I musste der bestehende Regenwasserkanal/Entlastungskanal verlegt werden. Dieser verläuft nun im südlichen Bereich des Grundstücks 398. Zur Sicherung der unterirdisch verlaufenden Ver- und Entsorgungsanlage sowie zur Gewährleistung ihrer Erreichbarkeit wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht festgesetzt. Zur besseren Verständlichkeit wurde das entsprechende Kapitel der Begründung angepasst.

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

2.4 Stellungnahme Kreis Warendorf – Der Landrat, Amt für Umweltschutz und Straßenbau Untere Bodenschutzbehörde vom 03.08.2026

Der Anregung, in der Begründung auf die angrenzende Altablagerung einzugehen und die Altablagerung im Bebauungsplan zu kennzeichnen, wird teilweise gefolgt. Der Hinweis wird textlich im Kapitel 10 „Hinweise“ unter „Altablagerungen und Kampfmittel“ sowie im Kapitel D der Planzeichnung aufgenommen. Da sich die Altablagerung 50267 Bahnschotterdeponie Nolte außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße/Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) befindet, wird diese Kennzeichnung nicht in die Planzeichnung aufgenommen.

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Der Anregung, den Hinweis aufzunehmen, im Fall des Antreffens von schädlichen Bodenveränderungen die erforderlichen Maßnahmen bezogen auf den Einzelfall mit der Unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Warendorf abzustimmen, wird gefolgt.

Der Stellungnahme wird gefolgt.

2.5 Stellungnahme Landesbetrieb Wald und Holz NRW – Regionalforstamt Münsterland vom 05.08.2026

Der Anregung, die an die bebaute Fläche angrenzenden Gehölzbestände als Wald im Sinne des Gesetzes in den Planunterlagen festzusetzen, wird nicht gefolgt.

Die Darstellung einer Waldfläche wird nicht weiterverfolgt, da sich der Wald im Sinne des Gesetzes außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße/Grüner Weg", 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) befindet und somit nicht Teil dieses Bauleitplanverfahrens ist.

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

3 Satzungsbeschluss

Der Entwurf des Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße/Grüner Weg", 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) wird für den in der Planzeichnung dargestellten Bereich gemäß §§ 2 und 10 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB als Satzung beschlossen.

Die Begründung wird beschlossen.

Das Verfahren wurde gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren durchgeführt. Im beschleunigten Verfahren kann auf eine frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 BauGB verzichtet werden.

Von der Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der Angabe nach § 3 Absatz 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, wurde abgesehen. Der § 4c BauGB (Überwachung der Umweltauswirkungen) ist nicht anzuwenden.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Sach- und Personalkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Das Entwicklungs- und Gründungszentrum im Gewerbepark „Grüner Weg" entspricht in seiner derzeitigen Nutzung nicht den Festsetzungen des Bebauungsplans Nummer 15, Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße/Grüner Weg", 1. Änderung, der seit dem 29.11.1994 rechtskräftig ist. In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 30.06.2026 wurde der Aufstellungs- und Offenlagebeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplans gefasst (siehe Vorlage 2026/0115 und Niederschrift zur Sitzung).

Der rechtskräftige Bebauungsplan setzt eine „Fläche für den Gemeinbedarf“ fest. Vorgesehen ist insbesondere die Änderung der Art der baulichen Nutzung in ein Gewerbegebiet. Hierdurch wird die bestehende Nutzung planungsrechtlich gesichert. Auf diese Weise werden eine geordnete städtebauliche Entwicklung gewährleistet und die langfristige Funktionsfähigkeit des Gewerbestandorts gestärkt. Darüber hinaus werden vorhandene Grünstrukturen langfristig gesichert, indem entsprechende Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen sowie für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern festgesetzt werden.

Die Bebauungsplanänderung wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Die hierfür erforderlichen Voraussetzungen sind erfüllt, da die Grundfläche unter 20 000 Quadratmetern liegt und kein Vorhaben begründet wird, das einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegt. Somit kann auf eine frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 BauGB verzichtet werden. Ebenso kann von der Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB, vom Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der Angabe nach § 3 Absatz 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, abgesehen werden. Der § 4c BauGB (Überwachung der Umweltauswirkungen) ist nicht anzuwenden.

Der wirksame Flächennutzungsplan der Stadt Beckum stellt den Änderungsbereich als öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Parkanlage“ dar. Damit entspricht der Bebauungsplanentwurf nicht den Darstellungen des Flächennutzungsplans. Gemäß § 13a Absatz 2 Nummer 2 BauGB erfolgt daher nach Abschluss des vorliegenden Bebauungsplanverfahrens die Anpassung des Flächennutzungsplans im Wege der Berichtigung.

Die Planunterlagen haben gemäß § 3 Absatz 2 BauGB vom 06.07.2026 bis zum 07.08.2026 öffentlich ausgelegen. Seitens der Öffentlichkeit sind keine Einwände oder Anregungen eingegangen. Parallel erfolgte gemäß § 4 Absatz 2 BauGB die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange. Die eingegangenen Stellungnahmen sowie der Abwägungsvorschlag der Verwaltung sind als Anlage 1 zur Vorlage beigefügt. Die abwägungsrelevanten Stellungnahmen sind zusätzlich in der Sachentscheidung dargelegt.

Nach der Offenlage sind Hinweise sowie redaktionelle Ergänzungen in die Planunterlagen aufgenommen worden. Die erfolgten Änderungen sind in den Anlagen 3 und 5 zur Vorlage entsprechend kenntlich gemacht.

Der Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße/Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) kann als Satzung gemäß § 10 BauGB beschlossen werden.

Anlage(n):

1 Abwägungstabelle zur Beteiligung der Behörden und der Träger öffentlicher Belange
2 Begründung
3 Begründung (blaue Kennzeichnung)
4 Planzeichnung
5 Planzeichnung (blaue Kennzeichnung)

Stellungnahmen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange oder der Öffentlichkeit (06.07.2026 bis 07.08.2026)

lfd. Nr.	Verfasser der Stellungnahme; Datum der Stellungnahme	lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
1	Bezirksregierung Arnsberg: Abt. 6 - Bergbau und Energie in NRW 29.07.2026		Die vorbezeichnete Planmaßnahme befindet sich sowohl außerhalb verliehener Bergwerksfelder, als auch außerhalb erloschener Bergwerksgelder. Ausweislich der derzeit hier vorliegenden Unterlagen ist im Bereich des Planvorhabens kein Abbau von Mineralien dokumentiert. Danach ist mit bergbaulichen Einwirkungen nicht zu rechnen.	Der Anregung **wird gefolgt.** Ein Hinweis zu möglichen Strontianitlagerstätte und sowie zu altbergbaulichen Hinweisen wird in die Planunterlagen aufgenommen.
			Jedoch ist im weiteren Umfeld der Planmaßnahme in der Vergangenheit Strontianit abgebaut worden. Die Lagerstättenverhältnisse des Strontianits sind hier nicht hinreichend genau bekannt, sodass die Gewinnung des Strontianits im Bereich des Planvorhabens nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann. Ich empfehle daher die Beteiligung des Geologischer Dienst NRW-Landesbetrieb, De-Greiff-Straße 195 in 47803 Krefeld, der Ihnen möglicherweise noch nähere Informationen zu den Münsterländer Strontianitgängen mitteilen kann.	Der Hinweis wird **zur Kenntnis genommen**. Im Rahmen der Beteiligung wurde der Geologische Dienst NRW – Landesbetrieb als Träger öffentlicher Belange beteiligt. Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.
			Achten Sie bei der Durchführung des Planvorhabens auf eine mögliche Strontianitlagerstätte sowie auf altbergbauliche Hinweise. Hierbei kann es sich um atypische Bewegungsbilder der Tagesoberfläche oder von Baukörpern handeln, die geotechnisch, gründungstechnisch oder bauphysikalisch nicht erklärbar sind. Solche atypischen Bewegungsbilder sind Risse in Gebäuden oder Risse und Absenkungen an der Tagesoberfläche. Auch schnee- und eisfreie „Flecken“ im Winter oder kleinräumig begrenzte Vegetationsstörungen können Hinweise auf das Vorhandensein von Grubenbauen sein. Wenn solche Hinweise vorhanden sind, sollten Sie einen Sachverständigen einschalten.	Der Anregung **wird gefolgt.** Ein Hinweis zu möglichen Strontianitlagerstätte und sowie zu altbergbaulichen Hinweisen wird in die Planunterlagen aufgenommen.
			Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.	
			<u>Bearbeitungshinweis</u>: Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrunde liegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen	Der Hinweis wird **zur Kenntnis genommen**.

			sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundlagen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens- oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden. Soweit Sie als berechtigte öffentliche Stelle Zugang zur Behördenversion des Fachinformationssystems „Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW" (FIS GDU) besitzen, haben Sie hierdurch die Möglichkeit, den jeweils aktuellen Stand der hiesigen Erkenntnisse zur bergbaulichen Situation zu überprüfen. Details über die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten dieses Auskunftssystems finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg (www.bra.nrw.de) mithilfe des Suchbegriffs „Behördenversion GDU". Dort wird auch die Möglichkeit erläutert, die Daten neben der Anwendung ebenfalls als Web Map Service (WMS) sowie als Web Feature Service (WFS) zu nutzen.	
2	Bezirksregierung Münster: Dezernat 32 (Regionalentwicklung) 08.07.2026		Mit der vorgesehenen Bauleitplanung nach § 13a BauGB sollen vorhandene gewerbliche Ansiedlungen auf dem Gelände eines ehemaligen Entwicklungs- und Gründungszentrums von ca. 0,2 ha gesichert werden. Der geltende Regionalplan Münsterland stellt im Planungsraum einen Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) dar. Die beabsichtigte Änderung des Flächennutzungsplanes ist daher mit den Zielen der Raumordnung vereinbar.	Es ist **keine Abwägung erforderlich**.
3	Bezirksregierung Münster: Dezernat 33 (Ländliche Entwicklung, Bodenordnung) 27.07.2026		Gegen die Planung bestehen seitens der Bezirksregierung Münster, Dezernat 33, Flurbereinigungsbehörde, **keine Bedenken** hinsichtlich Flurbereinigung und Agrarstruktur.	Es ist **keine Abwägung erforderlich**.
4	Bezirksregierung Münster: Dezernat 54 (Wasserwirtschaft, einschl. anlagenbezogener Umweltschutz) 08.07.2026		Mit Schreiben vom 06.07.2026 haben Sie um fachliche Stellungnahme zu dem oben angegebenen Verfahren gebeten. Das Dezernat 54 – Wasserwirtschaft - der Bezirksregierung Münster hat zu dem Verfahren **keine Anmerkungen**. Bitte beachten Sie jedoch, dass für bestimmte wasserwirtschaftliche Belange (z. B. im Hinblick auf sonstige Gewässer oder Niederschlagswasserbeseitigung) auch eine Zuständigkeit der Unteren Wasserbehörde gegeben sein kann und diese daher stets gesondert zu beteiligen ist.	 Es ist **keine Abwägung erforderlich**. Der Hinweis wird **zur Kenntnis genommen**. Die Untere Wasserbehörde wurde ebenfalls im Verfahren beteiligt.

			Im Weiteren verweisen wir auf die Rundverfügung der Bezirksregierung Münster vom 23.10.2025. https://www.bezregmuenster.de/system/files/media/document/file/54_rundverfuegung_br_m s_23_10_2025.pdf	
5	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) (Referat Infra I 3) 13.07.2026		Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange **keine Einwände**.	Es ist **keine Abwägung erforderlich**.
6	Deutsche Bahn AG: DB Immobilien, Region West 13.07.2026		Die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von DB InfraGO AG (ehemals DB Netz AG / DB Station & Service AG) bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme zum o. g. Verfahren: Grundsätzlich gehen wir aufgrund der gegebenen Entfernung davon aus, dass ihr Vorhaben **keinen Einfluss auf den Bahnbetrieb** haben wird. Vorsorglich weisen wir jedoch auf die Sorgfaltspflicht des Vorhabensträgers hin. Die geplanten Maßnahmen dürfen keine negativen Auswirkungen auf Bahnanlagen haben. Auswirkungen auf Bahndurchlässe sowie Sichtbehinderungen der Triebfahrzeugführer durch Blendungen, Reflexionen oder Staubentwicklungen sind zu vermeiden. Außerdem ist zu beachten, dass Bahnübergänge durch erhöhtes Verkehrsaufkommen und den Einsatz schwer beladener Baufahrzeuge nicht beeinträchtigt werden dürfen. Darüber hinaus bitten wir um Beachtung folgender Hinweise: Zukünftige Aus- und Umbaumaßnahmen im Zusammenhang mit dem Eisenbahnbetrieb sind der Deutschen Bahn AG weiterhin zweifelsfrei und ohne Einschränkungen im öffentlichen Interesse zu gewähren. Durch den Eisenbahnbetrieb und der Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z. B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können.	 Es ist **keine Abwägung erforderlich**. Die Hinweise werden **zur Kenntnis genommen**.

			Die Herausgabe von Verkehrsdaten in Bezug auf Lärm (zur Berechnung von Schallemissionen, -immissionen, Erstellung schalltechnischer Untersuchungen und Planung von Schallschutzmaßnahmen) erfolgt zentral durch Deutsche Bahn AG, Umwelt (CU), Projekte Lärmschutz, Caroline-Michaelis-Straße 5-11, 10115 Berlin. Wird aufgrund des Vorhabens eine Kreuzung der vorhandenen Bahnstrecken mit Kanälen, Wasserleitungen o. ä. erforderlich, so sind hierfür entsprechende Kreuzungs- bzw. Gestattungsanträge zu stellen. Die notwendigen Antragsunterlagen hierzu finden Sie online unter: https://www.deutsche-bahn.com/de/geschaefte/immobilien/Leistungsspektrum/Verlegung_von_Leitungen-7174670 Aus den eingereichten Unterlagen gehen keine Hinweise auf bestehende Vereinbarungen zu Gunsten der DB AG und der mit dieser nach § 15 AktG verbundenen Unternehmen (Dienstbarkeiten, schuldrechtliche Vereinbarungen etc.) hervor. Besteht ein entsprechender Sachverhalt, so sind die für die Beurteilung der zu entscheidenden Fragen erforderlichen Angaben zu ergänzen und uns erneut zur Stellungnahme vorzulegen. Wir bitten um Beteiligung im weiteren Verfahren. Spätere Anträge auf Baugenehmigung für den Geltungsbereich sind uns ebenfalls erneut zur Stellungnahme vorzulegen. Wir behalten uns weitere Bedingungen und Auflagen vor.	
7	Deutsche Telekom Technik GmbH: West PTI 15 06.07.2026		Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Gegen den vorgelegten Bebauungsplan Nr. 15 bestehen **grundsätzlich keine Einwände**. Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus dem beigefügten Lageplan ersichtlich sind. Diese versorgen die vorhandene Bebauung. Ich gehe davon aus, dass die Telekommunikationslinien punktuell gesichert, aber unverändert in ihrer Trassenlage verbleiben können. Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben. Im Baugebiet werden Verkehrsflächen teilweise nicht als öffentliche Verkehrswege gewidmet, sondern als Verkehrsflächen mit Geh-, Fahr- und	Der Hinweis wird **zur Kenntnis genommen.**

			Leitungsrechten zugunsten der Anlieger und Erschließungsträger ausgewiesen. Diese Flächen müssen auch zur Erschließung der anliegenden Grundstücke mit Telekommunikationsinfrastruktur zur Verfügung stehen. Die Festsetzung der mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastenden Flächen nach § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB alleine begründet das Recht zur Verlegung und Unterhaltung von Telekommunikationslinien jedoch noch nicht. Deshalb muss in einem zweiten Schritt die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch erfolgen. Ich beantrage daher dem/den Grundstückseigentümer/n aufzuerlegen, die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch zu Gunsten der Telekom Deutschland GmbH, Sitz Bonn, mit folgendem Wortlaut zu veranlassen: Die Telekom Deutschland GmbH, Bonn, ist berechtigt, Telekommunikationslinien/-anlagen aller Art nebst Zubehör zu errichten, zu betreiben, zu ändern, zu erweitern, auszuwechseln und zu unterhalten. Sie darf zur Vornahme dieser Handlungen das Grundstück nach vorheriger Terminabsprache, bei unaufschiebbaren Maßnahmen (z. B. Entstörungen) jederzeit betreten und bei Bedarf befahren. Über und in einem Schutzbereich von 50 cm beiderseits der Telekommunikationslinien/-anlagen dürfen ohne Zustimmung der Telekom Deutschland GmbH keine Einwirkungen auf den Grund und Boden, gleich welcher Art und zu welchem Zweck, vorgenommen werden, durch die die Telekommunikationslinien/-anlagen gefährdet oder beschädigt werden können. Das Recht kann einem Dritten überlassen werden. Vor diesem Hintergrund weise ich vorsorglich darauf hin, dass die Telekom die Telekommunikationslinien nur dann verlegen kann, wenn die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit zu Gunsten der Telekom Deutschland GmbH, Sitz Bonn, im Grundbuch erfolgt ist. Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit frei gehalten, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.	Der Anregung **wird nicht gefolgt.** Es werden keine Verkehrsflächen im Bebauungsplan festgesetzt. Das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht befindet sich im festgesetzten Gewerbegebiet (GE) beziehungsweise auf einem privaten Grundstück. Eine Erschließung anliegender Grundstücke wird nicht über das festgesetzte Gewerbegebiet (GE) erfolgen.

			Weitere Kabelauskünfte erhalten Sie unter der E-Mail-Adresse Planauskunft.West1@telekom.de oder im Internet unter https://trassenauskunftkabel.telekom.de.	
8	Handwerkskammer Münster (Wirtschaftsförderung) 06.08.2026		Im Rahmen unserer Beteiligung an der Aufstellung sowie öffentlichen Auslegung der Änderung o. g. Bebauungsplanes tragen wir gemäß §§ 4 (2) und 3 (2) BauGB **keine Anregungen** vor.	Es ist **keine Abwägung erforderlich**.
9	Industrie- und Handelskammer Nord-Westfalen zu Münster 13.07.2026		Zu dem oben genannten Planverfahren bringen wir **keine Anregungen oder Bedenken** vor. Wie begrüßen die Überplanung und Festsetzung als Gewerbegebiet.	Es ist **keine Abwägung erforderlich**.
10	Kreis Warendorf - Der Landrat 03.08.2026		Zu dem o. a. Planungsvorhaben habe ich folgende Anregungen und Bedenken: <u>Amt für Umweltschutz und Straßenbau Untere Wasserbehörde - Wasserwirtschaft und Gewässer</u> Nach Prüfung der Unterlagen habe ich folgende Bedenken: Die Ausweisung der westlichen B-Planfläche gemäß § 9 Absatz 1 Nr. 25 BauGB ist unsachgemäß. Es handelt sich hierbei um den renaturierten Bereich des Rattbaches einschließlich des dazugehörigen Gewässerrandstreifens sowie Gewässerbegleitgrünzuges. Hier ist zur Sicherstellung der ökologischen Funktion des Gewässers unter Berücksichtigung des Wasserhaushalts, insbesondere des Hochwasserschutzes und der Gefahr infolge von Starkregenereignissen, § 9 Absatz 1 Nr. 16 a) und 16 b) BauGB zielführend. Daher bitte ich die B-Planfläche gem. § 9 Abs. 1 Nr. 16 a) und 16 b) BauGB auszuweisen. Eine zusätzliche Bepflanzung entlang des Rattbaches ist weder erforderlich noch zustimmungsfähig. Allerdings unter der Voraussetzung, dass entlang der seitlichen und hinteren Grundstücksgrenzen die Grenzen der überbaubaren	 Der Anregung **wird nicht gefolgt.** Die Festsetzung gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 25 Buchstabe b BauGB wird beibehalten. Sie dient dem Erhalt von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen sowie für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen und von Gewässern und zielt damit zugleich auf die Sicherung des Gewässers und seiner ökologischen Funktion ab. Entlang des Rattbachs ist eine zusätzliche Bepflanzung nicht vorgesehen. Es ist gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 25 Buchstabe b BauGB eine Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen, sowie von Gewässern festgesetzt.

			Flächen gemeint sind, bestehen keine Bedenken gegen eine Bepflanzung mit heimischen Bäumen und Sträuchern innerhalb der bebaubaren Flächen. Des Weiteren merke ich an, dass nach dem aktuellen Abwasserbeseitigungskonzept sowie der zugehörigen Kanalnetzanzeige lediglich der Schmutzwasserkanal über den südlichen Bereich des Grundstückes 398 verläuft. Daher ist die Formulierung unter Kap. 6.4 Aufgrund des bestehenden Grundwassersees I musste diese Kanalisation auf das Gewerbegebiet (GE) verlegt werden nicht nachvollziehbar. <u>Amt für Umweltschutz und Straßenbau Untere Bodenschutzbehörde</u> Die Fläche des B-Plans beinhaltet im Wesentlichen das Flurstück 398. Die südliche Spitze des Flurstücks grenzt unmittelbar an die Altablagerung 50267 Bahnschotterdeponie Nolte an. Nach den mir zurzeit vorliegenden Erkenntnissen gehe ich davon aus, dass von der Altablagerung keine nachteiligen Auswirkungen auf das Plangebiet zu erwarten sind. Ich rege allerdings an, dass in der Begründung auf die angrenzende Altablagerung eingegangen und die Altablagerung im B-Plan gekennzeichnet wird. Weiterhin wurde im B-Plan unter Kapitel D formuliert, dass im Fall des Antreffens von schädlichen Bodenveränderungen eine Komplettsanierung vorgegeben wird. Ich rege an, hier stattdessen folgenden Text aufzunehmen: Im Fall des Antreffens von schädlichen Bodenveränderungen sind die erforderlichen Maßnahmen bezogen auf den Einzelfall mit der Unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Warendorf abzustimmen. Im Übrigen bestehen gegen das Vorhaben aus bodenschutzrechtlicher Sicht **keine Bedenken**. <u>Untere Immissionsschutzbehörde</u> Aus der Sicht des Immissionsschutzes werden zu der o. g. Bauleitplanung **keine Bedenken oder Anregungen** erhoben.	Eine Bepflanzung ist lediglich auf den überbaubaren Grundstücksflächen im Gewerbegebiet (GE) zu versehen. Der Anregung **wird teilweise gefolgt.** Aufgrund der Umsetzung des Grundwassersees I musste der bestehende Regenwasserkanal/Entlastungskanal verlegt werden. Dieser verläuft nun im südlichen Bereich des Grundstücks 398. Zur Sicherung der unterirdisch verlaufenden Ver- und Entsorgungsanlage sowie zur Gewährleistung ihrer Erreichbarkeit wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht festgesetzt. Zur besseren Verständlichkeit wird das entsprechende Kapitel der Begründung angepasst. Der Anregung **wird teilweise gefolgt.** Der Hinweis wird textlich im Kapitel 10 „Hinweise“ unter „Altablagerungen und Kampfmittel“ sowie im Kapitel D der Planzeichnung aufgenommen. Da sich die Altablagerung 50267 Bahnschotterdeponie Nolte außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) befindet, wird diese Kennzeichnung nicht in die Planzeichnung aufgenommen. Der Anregung **wird gefolgt.** Der Hinweis wird textlich im Kapitel 10 „Hinweise“ unter „Altablagerungen und Kampfmittel“ sowie im Kapitel D der Planzeichnung aufgenommen. Es ist **keine Abwägung erforderlich**.

			Amt für Planung und Naturschutz Gegen das geplante Vorhaben bestehen, auf der Grundlage des gewählten, beschleunigten Verfahrens und der getroffenen Festsetzungen, aus naturschutzrechtlicher Sicht **keine Bedenken**.	Es ist **keine Abwägung erforderlich**.
11	Kreispolizeibehörde Warendorf 07.07.2026		Bzgl. Ihrer Anfrage zur Stellungnahme kann ich Ihnen von hier aus mitteilen, dass seitens der Polizei Warendorf hinsichtlich der genannten Planänderung aus verkehrsrechtlicher Sicht **keine Einwände** bestehen.	Es ist **keine Abwägung erforderlich**.
12	Landesbetrieb Straßenbau NRW: Regionalniederlassung Münsterland Hauptstelle Coesfeld 28.07.2026		Durch die 1. Änderung des o. g. Bebauungsplanes werden keine Belange des Landesbetriebes Straßen NRW, Regionalniederlassung Münsterland berührt. **Bedenken oder Anregungen** werden daher von hier **nicht vorgetragen**. Hinweise: Ich weise vorsorglich darauf hin, dass etwaige Ansprüche auf aktiven oder passiven Lärmschutz gegenüber dem Straßenbaulastträger nicht geltend gemacht werden können, da die Änderung des Bebauungsplanes in Kenntnis der bestehenden Straße erfolgt. Das Inkrafttreten des Bebauungsplanes bitte ich mir zu gegebener Zeit mitzuteilen.	Es ist **keine Abwägung erforderlich**. Die Hinweise werden **zur Kenntnis genommen**. Der Anregung **wird gefolgt.**
13	Landesbetrieb Wald und Holz NRW - Regionalforstamt Münsterland 05.08.2026		Gegen oben genannte Planung bestehen aus Sicht des Regionalforstamtes Münsterland **keine Bedenken**. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die an die bebaute Fläche angrenzenden Gehölzbestände Wald im Sinne des Gesetzes darstellen und in den Planunterlagen entsprechend als Wald darzustellen und zu berücksichtigen sind.	Es ist **keine Abwägung erforderlich**. Der Anregung **wird nicht gefolgt**. Die Darstellung einer Waldfläche wird nicht weiterverfolgt, da sich der Wald im Sinne des Gesetzes außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) befindet und somit nicht Teil dieses Bauleitplanverfahrens ist
14	Open Grid Europe GmbH (Beauskunftung durch PLEdoc; inkl. Ferngas		Wir beziehen uns auf Ihre oben genannte Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass die von uns verwalteten Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme **nicht betroffen** werden:	Es ist **keine Abwägung erforderlich**.

	Netzgesellschaft (Netzgebiet Nordbayern), MEGAL, TENP, METG, NETG, Kokereigasnetz Ruhr, Uniper Energy Storage (hier Speicherstandorte Epe, Eschenfelden und Krummhörn), Zeelink) 06.07.2026		• OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen • Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen • Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg • Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen • Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen • Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund • Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen • Zeelink GmbH & Co. KG, Essen Ausdrücklich weisen wir darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Anlagen nicht auszuschließen ist. Werden zum Ausgleich des planbedingten Eingriffs in die Natur und Landschaft Flächen an anderen Stellen festgesetzt, so gehören auch diese Ausgleichsflächen zum Bauleitplanverfahren. Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich und die von Ihnen benannte Maßnahmenkategorie. Die im Plan eventuell dargestellten Leitungsverläufe dienen lediglich zur groben Übersicht. Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs sowie eine Festsetzung weiterer Maßnahmen, die außerhalb des bereits angezeigten räumlichen Geltungsbereichs liegen, bedürfen immer einer erneuten Abstimmung mit uns.	Die Hinweise werden **zur Kenntnis genommen**.
15	Wasserversorgung Beckum GmbH 07.07.2026		Es bestehen **keine Bedenken**.	Es ist **keine Abwägung erforderlich**.
16	Westnetz GmbH: Dokumentation – Gas 09.07.2026		Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 06.07.2026 an die Westnetz GmbH, mit dem Sie um Stellungnahme für das Projekt: "Bebauungsplan Nr. 15 Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg, 1. Änderung der 1. Änderung", gebeten haben. In dem von Ihnen angegebenen Bereich befinden sich **keine Erdgashochdruckleitungen** der Westnetz GmbH.	Es ist **keine Abwägung erforderlich**.

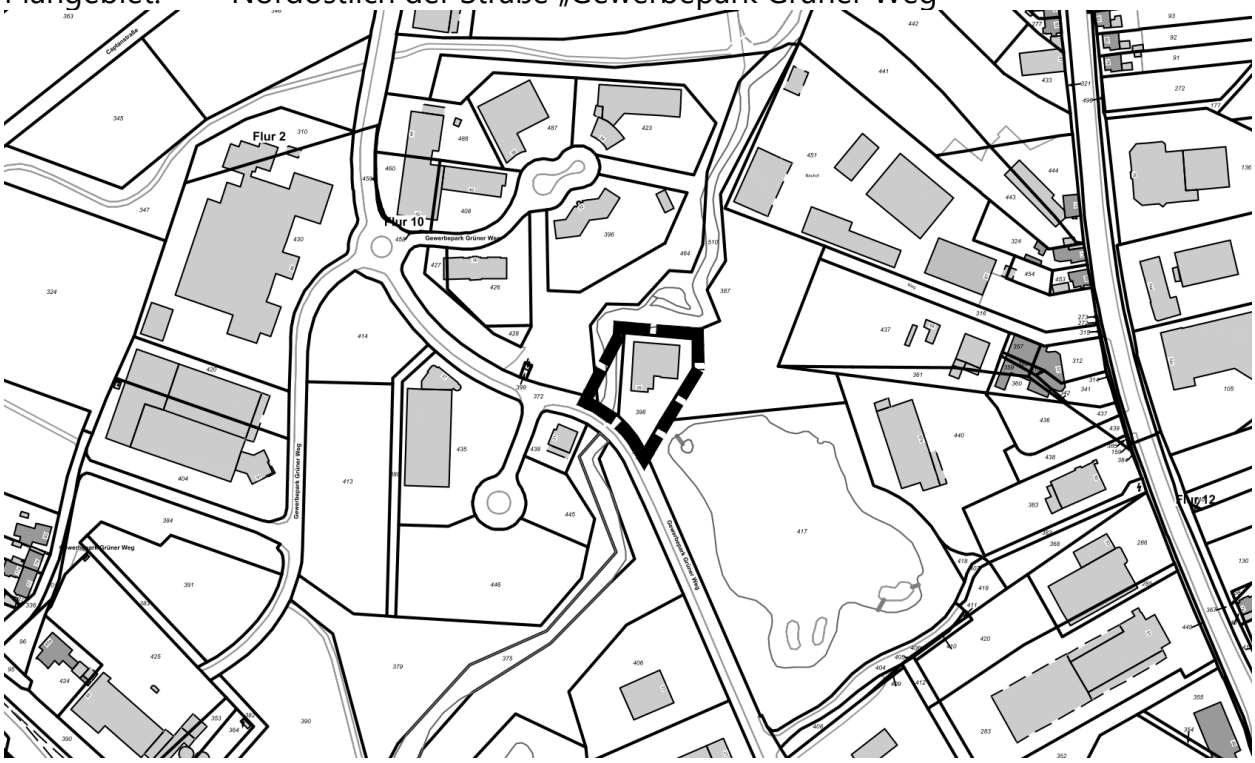
			Die o. g. Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf Erdgashochdruckleitungen mit einem Betriebsdruck ≥ 5bar. Für die eventuell vorhandenen Versorgungsleitungen anderer Druckstufen und Sparten (Strom, Wasser, Fernwärme) erteilt das Regionalzentrum Münster (posteingang-netzplanung-muenster@westnetz.de) eine Stellungnahme.	Der Hinweis wird **zur Kenntnis genommen**.

TOP Ö 15

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum)

Plangebiet: Nordöstlich der Straße „Gewerbepark Grüner Weg“



Übersichtsplan ohne Maßstab
Lizenz: Datenlizenz Deutschland – Zero – Version 2.0

Begründung

Verfahrensstand: Satzung gemäß § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch

---

Verfasser:
Stadt Beckum
Fachdienst Stadtplanung und Wirtschaftsförderung
Weststraße 46
59269 Beckum
02521 29-0
02521 2955-199 (Fax)
stadt@beckum.de

Stand: 27. August 2026

STADT BECKUM

DER BÜRGERMEISTER
www.beckum.de

Kontaktdaten:

Stadt Beckum
Fachdienst Stadtplanung
und Wirtschaftsförderung
Weststraße 46
59269 Beckum

02521 29-0
02521 2955-199 (Fax)
stadt@beckum.de

Inhaltsverzeichnis

I Begründung zum Bauleitplan 1

1 Räumlicher Geltungsbereich 1

2 Planungsanlass, Ziele und Zweck der Planung 2

3 Beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB 2

4 Planungsrechtliche Situation 3

4.1 Vorgaben der Raumordnung und der Landesplanung 3
4.2 Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan 4
4.3 Aktuelles Planungsrecht / Rechtsgrundlage gemäß Baugesetzbuch 5
4.4 Landschaftsplan 6
4.5 Schutzgebiete und schutzwürdige Bereiche 6

5 Bestandsbeschreibung / Städtebauliche Ausgangssituation 6

6 Planungsrechtliche Festsetzungen 7

6.1 Art der baulichen Nutzung 7
6.2 Maß der baulichen Nutzung 10
6.3 Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen 12
6.4 Geh-, Fahr- und Leitungsrechte 12
6.5 Bauliche Maßnahmen für den Einsatz erneuerbarer Energien 13
6.6 Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern 13
6.7 Flächen, unter denen der Bergbau umgeht oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind 14
6.8 Örtliche Bauvorschriften und Belange des Orts- und Landschaftsbilds 14

7 Belange der Erschließung 16

7.1 Verkehr 16
7.2 Ver- und Entsorgung 16

8 Belange des Umweltschutzes 17

8.1 Umweltbelange 17
8.2 Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung 18
8.3 Artenschutz 19
8.4 Wiederherstellungsverordnung 20
8.5 Überschwemmungs- und Hochwasserschutz 21
8.6 Bodenschutz 23

9 Umsetzung der Bauleitplanung 23

9.1 Flächenbilanz 23

10 Hinweise 24

II Anlagen 28

Anlage 1: Zeichnerische Vorher-Nachher-Darstellung der Anpassung im Wege einer Berichtigung des Flächennutzungsplanes der Stadt Beckum 28

Anlage 2: Abstandsliste 2007 (Fassung vom 06. Juni 2007)..... 29

Anlage 3: Protokoll Artenschutzprüfung (ASP)..... 35

I Begründung zum Bauleitplan

1 Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) befindet sich im Zentrum des Gewerbeparks Grüner Weg. Der 2242,23 Quadratmeter große Änderungsbereich umfasst das Flurstück 398 und teilweise die Flurstücke 464 und 510 der Flur 10 in der Gemarkung Beckum (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Räumlicher Geltungsbereich des Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum)
Lizenz: Datenlizenz Deutschland – Zero – Version 2.0

Der Geltungsbereich wird im Westen und Norden von einem vorhandenen Baumbestand eingefasst, durch den der Rattbach von Süd nach Nord verläuft. Östlich schließt sich weiterer Baumbestand an, während im Südosten ein Grundwassersee liegt. Im Süden wird der Geltungsbereich durch die Straße „Gewerbepark Grüner Weg“ begrenzt.

2 Planungsanlass, Ziele und Zweck der Planung

Der Änderungsbereich ist im Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung (rechtskräftig seit dem 29. November 1994) als „Fläche für den Gemeinbedarf“ festgesetzt und stellt das ehemalige Entwicklungs- und Gründungszentrum (EGZ) Beckums dar. Die Nutzung des dort befindlichen Gebäudebestands ist jedoch durch gewerbliche statt gemeinschaftlicher Nutzung geprägt. Zudem befindet sich auf einem Teil der festgesetzten „Fläche für den Gemeinbedarf“ Baumbestand sowie der renaturierte Rattbach, der nicht dem festgesetzten Gewässerverlauf im rechtskräftigen Bebauungsplan entspricht.

Ziel der Änderung ist, eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu gewährleisten und die Funktionsfähigkeit des Gewerbestandorts langfristig zu sichern. Vor diesem Hintergrund soll die Art der baulichen Nutzung neu festgesetzt und in ein Gewerbegebiet überführt werden. Mit der Festsetzung als Gewerbegebiet wird die bestehende Nutzung rechtlich gesichert und zugleich eine sinnvolle Ergänzung zu den umliegend ausgewiesenen gewerblichen Bauflächen geschaffen.

3 Beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB

Gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) besteht unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, Bebauungspläne der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren aufzustellen, zu ändern oder zu ergänzen.

Die Voraussetzungen zur Anwendung des § 13a Absatz 1 BauGB werden im Rahmen der Bebauungsplanänderung erfüllt. Der Änderungsbereich liegt innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils und ist damit dem Innenbereich im Sinne des § 34 BauGB zuzuordnen. Es handelt sich um eine bereits städtebaulich geprägte Fläche, die Bestandteil der vorhandenen Siedlungsstruktur ist. Die zu überplanende Fläche weist eine Grundstücksgröße von 2242,23 Quadratmetern auf und unterschreitet damit die in § 13a Absatz 1 Nummer 1 BauGB genannte Schwelle. Durch die Bebauungsplanänderung wird nicht die Zulässigkeit eines Vorhabens begründet, das einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) oder nach Landesrecht unterliegt. Zudem bestehen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Absatz 6 Nummer 7 Buchstabe b BauGB genannten Schutzgüter, wie etwa Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH-Gebiete) oder europäische Vogelschutzgebiete (Natura 2000). Ebenso sind keine Belange gemäß § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) berührt. Es bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass im Plangebiet Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen im Sinne der Störfallverordnung zu beachten wären.

Im beschleunigten Verfahren kann von der Umweltprüfung gemäß § 2 Absatz 4 BauGB, von dem Umweltbericht gemäß § 2a BauGB und von der Angabe gemäß § 3 Absatz 2 Satz 4 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, abgesehen werden. Der § 4c BauGB zur „Überwachung“ der erheblichen Umweltauswirkungen ist nicht anzuwenden. Ebenso kann auf die frühzeitige Beteiligung

der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 BauGB und der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB abgesehen werden.

4 Planungsrechtliche Situation

4.1 Vorgaben der Raumordnung und der Landesplanung

Bauleitpläne sind gemäß § 1 Absatz 4 BauGB den Zielen der Raumordnung anzupassen. Rechtliche Grundlage sind die Ziele des Landesentwicklungsplans des Landes Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) sowie die Ziele und Grundsätze des Regionalplans Münsterland.

Die Stadt Beckum wird im zeichnerischen Teil des LEP NRW als Mittelzentrum festgelegt. Der Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) befindet sich im dargestellten Siedlungsraum. Gemäß den textlichen Festsetzungen des LEP NRW werden die festgelegten Ziele für den Siedlungsraum „Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung“ (Ziel 6.1-1) und „Keine bandartigen Entwicklungen und Splittersiedlungen“ (Ziel 6.1-4) erfüllt. Da es sich um eine Bebauungsplanänderung im Bestand handelt, werden keine zusätzlichen Freiraum- oder Landwirtschaftsflächen in Anspruch genommen. Vielmehr erfolgt eine Anpassung der planungsrechtlichen Festsetzungen an die vorhandene Bebauung.

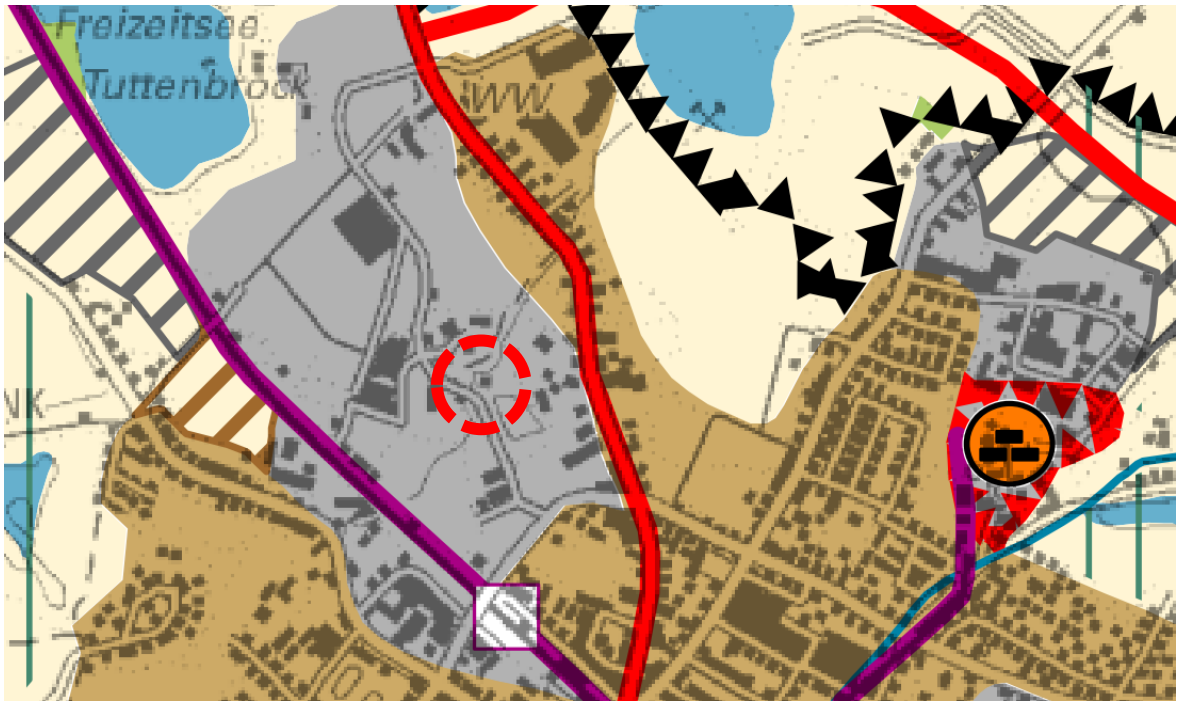


Abbildung 2: Ausschnitt Regionalplan Münsterland, unmaßstäblich

Im Regionalplan Münsterland des Regierungsbezirks Münster (wirksam seit April 2025) liegt der Änderungsbereich im „Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB)“ (siehe Abbildung 2). Die Änderung entspricht somit den im Regional

Münsterland dargestellten Zielen der Raumordnung und erfüllt die Anforderungen des Anpassungsgebots gemäß § 1 Absatz 4 BauGB.

Die Planung ist damit mit den Zielen der Raumordnung vereinbar und entspricht den Vorgaben des LEP NRW sowie des Regionalplans Münsterland.

4.2 Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan

Im Flächennutzungsplan der Stadt Beckum (wirksam seit Juli 2003) wird die Fläche des Änderungsbereichs als Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Parkanlage“ dargestellt (siehe Abbildung 3). Darüber hinaus ist sie als „Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft“ gemäß § 5 Absatz 2 Nummer 10 BauGB gekennzeichnet. Im nördlichen Teil sowie im Südwesten des Änderungsbereichs sind gewerbliche Bauflächen dargestellt. Südöstlich befindet sich eine Umgrenzung der Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdeten Stoffen belastet sind. Des Weiteren ist im Westen eine Umgrenzung der Flächen, unter denen der Bergbau umgeht oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind (Bereiche des ehemaligen oberflächennahen Strontianit-Abbaus) abgebildet.

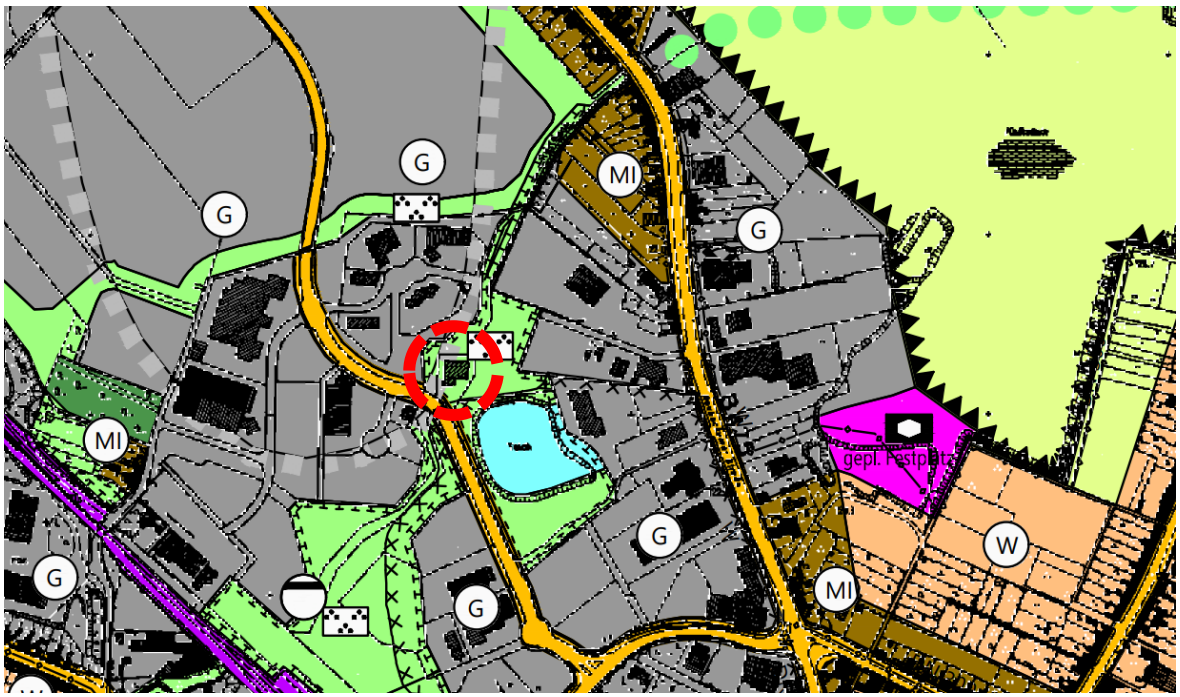


Abbildung 3: Ausschnitt Flächennutzungsplan der Stadt Beckum, unmaßstäblich

Die in der Bebauungsplanänderung beabsichtigte Festsetzung eines „Gewerbegebiets“ ist somit nicht gemäß § 8 Absatz 2 BauGB aus der Darstellung des Flächennutzungsplans entwickelbar. Jedoch stellt der Flächennutzungsplan gemäß § 5 Absatz 1 Satz 1 BauGB die städtebauliche Entwicklung der Gemeinde lediglich in den Grundzügen dar. Es ist zu beachten, dass er keine parzellenscharfen Darstellungen enthält. Darüber hinaus kann im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Absatz 2 Nummer 2 BauGB ein Bebauungsplan, der von Darstellungen des Flächennutzungsplans abweicht, auch aufgestellt werden, bevor der Flächennutzungsplan geändert oder ergänzt ist. Dabei darf die geordnete städtebauliche Entwicklung des

Gemeindegebiets nicht beeinträchtigt werden. Der Flächennutzungsplan ist im Wege der Berichtigung anzupassen. Dem Entwicklungsgebot des § 8 Absatz 2 BauGB kann somit entsprochen werden.

Die zeichnerische Vorher-Nachher-Darstellung der Anpassung im Wege der Berichtigung befindet sich im Anhang dieser Begründung (Anlage 1).

4.3 Aktuelles Planungsrecht / Rechtsgrundlage gemäß Baugesetzbuch

Der Änderungsbereich liegt im Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung, welcher seit dem 29. November 1994 rechtskräftig ist.

Im rechtskräftigen Bebauungsplan wird der Änderungsbereich als „Fläche für den Gemeinbedarf“, insbesondere für sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen der Gemeinschaftsinfrastruktur festgesetzt (siehe Abbildung 4). Nördlich wird zudem ein Teil als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft sowie für die Anlage von Gehölzstrukturen festgesetzt. Zur Sicherung der Durchgrünung und zur ökologischen Aufwertung des Plangebiets wurden Pflanzgebote für Bäume I. Ordnung sowie die Anlage variabler Grünflächen auf privaten Grundstücken festgelegt. Weiterhin ist der Bereich eines ehemaligen Steinbruchs im Plangebiet gekennzeichnet. Ergänzend dazu erfolgte eine Kennzeichnung der Flächen, in denen mit Eingriffen in Natur und Landschaft zu rechnen ist.

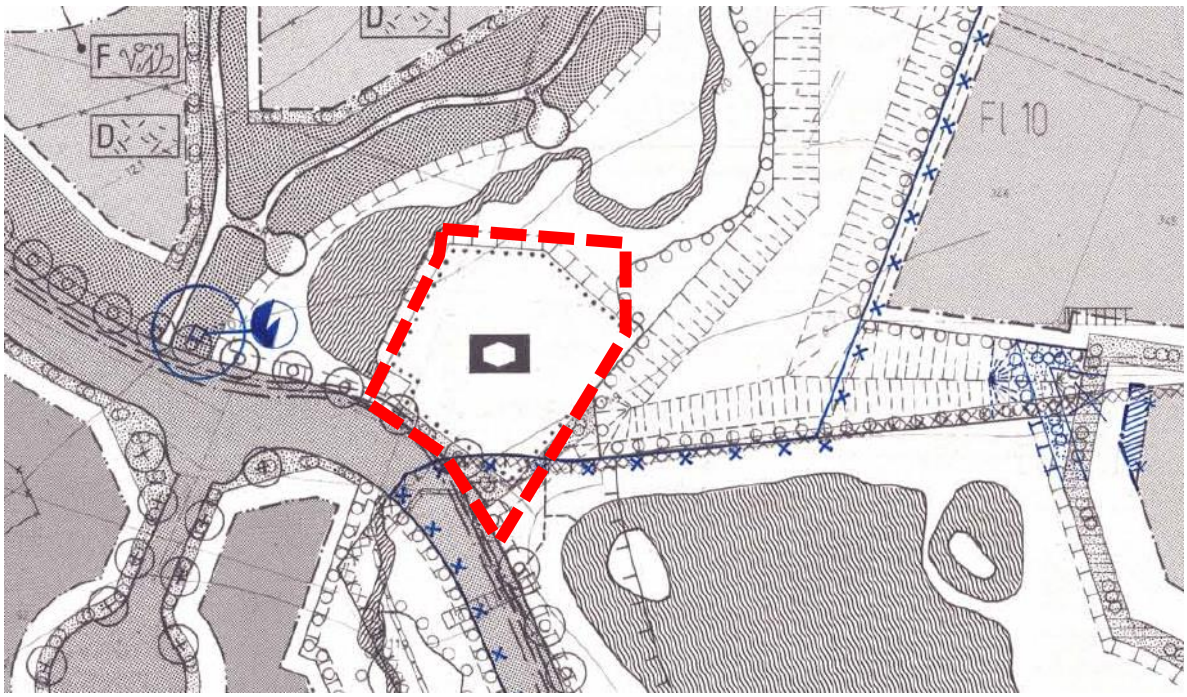


Abbildung 4: Ausschnitt rechtskräftiger Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung, unmaßstäblich

Da die Bestandssituation der Fläche nicht den Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“,

1. Änderung entspricht und eine langfristige gewerbliche Nutzung der Fläche städtebaulich angestrebt wird, ist eine Änderung des Bebauungsplans erforderlich.

4.4 Landschaftsplan

Der Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) liegt außerhalb des für das Beckumer Stadtgebiet gültigen Landschaftsplans des Kreises Warendorf (rechtskräftig seit Februar 1997). Eine Konsequenz für die Planung ergibt sich folglich nicht.

4.5 Schutzgebiete und schutzwürdige Bereiche

Im Rahmen der Bebauungsplanänderung sind keine der in § 20 Absatz 2 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) aufgeführten Schutzgebiete (Naturschutzgebiet, Nationalpark oder Nationales Naturmonument, Biosphärenreservat, Landschaftsschutzgebiete, Naturpark, Naturdenkmal oder geschützter Landschaftsbestandteil) berührt. Auch Wasserschutzgebiete liegen nicht im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum). Ebenso werden Natura 2000 Gebiete – Vogelschutzgebiete und Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH-Gebiete) – von der Bebauungsplanänderung nicht beeinträchtigt.

5 Bestandsbeschreibung / Städtebauliche Ausgangssituation

Der Änderungsbereich liegt zentral innerhalb des Gewerbeparks „Grüner Weg“ und ist in ein überwiegend gewerblich geprägtes Umfeld eingebettet. Es wird im Westen und Norden durch einen vorhandenen, zusammenhängenden Baumbestand eingefasst, innerhalb dessen der Rattbach in Nord-Süd-Richtung verläuft. Östlich des Änderungsbereichs schließt weiterer Baumbestand an, während sich im südöstlichen Bereich ein Grundwassersee befindet. Die südliche Grenze des Geltungsbereichs bildet die Straße „Gewerbepark Grüner Weg“.

Innerhalb des Änderungsbereichs befindet sich derzeit ein gewerblich genutztes Gebäude mit zugehörigem Parkplatz. Ergänzend sind Baum- und Grünstrukturen vorhanden, die das Gebiet teilweise gliedern und in die umgebenden Freiräume überleiten. Die verkehrliche Erschließung erfolgt über die Straße „Gewerbepark Grüner Weg“. Eine übergeordnete Verkehrsanbindung ist durch die Nähe zur Bundesautobahn A2 gegeben, deren Anschlussstelle sich in einer Entfernung von etwa 1,50 Kilometern befindet.

Die nähere Umgebung ist überwiegend durch Gewerbe- und Industrieflächen geprägt. Diese werden stellenweise durch Grünstrukturen aufgelockert.

6 Planungsrechtliche Festsetzungen

Mit der Änderung des Bebauungsplans soll die heute obsolete Festsetzung „Fläche für den Gemeinbedarf“ zu einem „Gewerbegebiet“ den Bestand planungsrechtlich sichern und an gegenwärtige Bedürfnisse anpassen. Darüber hinaus werden bestehende Grünstrukturen langfristig gesichert.

6.1 Art der baulichen Nutzung

Auf Grundlage des Baugesetzbuchs (BauGB) und der Baunutzungsverordnung (BauNVO) wird im Bebauungsplan ein Gewerbegebiet (GE) gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 8 BauNVO festgesetzt.

Gewerbegebiete dienen vorwiegend der Unterbringung von nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben.

<u>Abstandsklassen</u>

Das festgesetzte Gewerbegebiet (GE) wird gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Absatz 4 BauNVO nach Betriebsarten gegliedert. Zur Sicherstellung eines angemessenen Schutzes der umliegenden Wohnbebauung vor Belästigungen durch Gerüche, Lärm oder andere Emissionen werden im Rahmen der Bauleitplanung Gliederungsbereiche festgelegt. Grundlage für die Bemessung erforderlicher Abstände bildet die Abstandsliste 2007 (Fassung vom 06. Juni 2007).

Im festgesetzten Gewerbegebiet (GE) sind Anlagen der **Abstandsklassen I bis V** und Anlagen mit ähnlichem Emissionsverhalten im Gewerbegebiet unzulässig. Die aufgenommene Gliederung nach Abstandsklassen orientiert sich an den Regelungen des Ursprungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung. Somit bleibt der Schutz für angrenzende Wohnbebauungen erhalten und Immissionskonflikte werden vorgebeugt.

Gemäß § 31 Absatz 1 BauGB sind ausnahmsweise Betriebe der jeweils nächst niedrigen Abstandsklassen zulässig, wenn sie in ihrem Emissionsverhalten den Betrieben der zulässigen Abstandsklassen entsprechen. Durch eine Ausnahmeregelung können Anlagen der jeweils nächst niedrigen Abstandsklassen der Abstandsliste 2007 als Ausnahme zugelassen werden, wenn sie durch technische oder organisatorische Maßnahmen nachweislich in ihrem Emissionsverhalten den Betrieben der zulässigen Abstandsklassen entsprechen. Da das Ziel der Gliederung ein immissionsschutzorientiertes Ergebnis an den betroffenen Wohngebäuden ist, trägt diese Ausnahmeregelung dazu bei, Härte- oder Grenzfälle zu vermeiden.

Es wird ausdrücklich Bezug auf den Abstandserlass NRW mit Abstandsliste (Anlage 2) in der oben genannten Fassung aus 2007, die hiermit Bestandteil des Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) ist, genommen. Nach der bisherigen Rechtsprechung ist eine zusätzliche Aufnahme der Abstandsliste in das Planwerk nicht erforderlich, soweit der eindeutige Bezug auf die jeweils geltende Fassung und den Fundort der Abstandsliste gegeben ist.

Die Vorgehensweise berücksichtigt das Trennungsgebot unverträglicher Nutzungen nach § 50 BImSchG. Eine grundsätzliche Wohnverträglichkeit der vorbereiteten, gewerblichen Nutzung wird damit gesichert. Gleichzeitig verbleiben noch ausreichende Spielräume für betriebliche Entwicklungen.

Unzulässige und ausnahmsweise zulässige Nutzungen

Das Plangebiet soll insgesamt entsprechend der planerischen Zielvorstellungen und den Festsetzungen des Ursprungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung vor allem für produzierende und verarbeitende Betriebe vorgehalten werden. Vor diesem Hintergrund sowie zum Schutz des Gebietscharakters, der Sicherung der städtebaulichen Qualität und der Förderung einer nachhaltigen Gebietsentwicklung werden einzelne Nutzungen und Ausnahmemöglichkeiten, die dieser Zielsetzung widersprechen, im vorliegenden Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) ausgeschlossen. In diesem Rahmen werden folgende Festsetzungen getroffen:

a. Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Absatz 5 und 9 BauNVO wird festgesetzt, dass **Einzelhandelsbetriebe** gemäß § 8 Absatz 2 Nummer 1 BauNVO nicht zulässig sind.

   Entsprechend dem Einzelhandelskonzept der Stadt Beckum (Leitsatz III) sind Gewerbe- und Industriegebiete, die keine Einzelhandelsvorprägung aufweisen, grundsätzlich von Einzelhandel freizuhalten. Dies dient maßgeblich der weiteren Verfügbarkeit von Gewerbeflächen.

   Abweichend von der vorstehenden Regelung sind im festgesetzten Gewerbegebiet (GE) ausnahmsweise an den Endverbraucher gerichtete Verkaufsstellen zulässig, die in unmittelbarem betrieblichem Zusammenhang mit den Betrieben stehen und baulich untergeordnet sind (Annexhandel). Eine maximale Verkaufsfläche von 100,00 Quadratmetern darf nicht überschritten werden.

   Durch diese Regelung wird ein untergeordneter Verkauf handwerksbezogener Waren ermöglicht, um Betrieben, deren betrieblicher Charakter einen solchen Warenverkauft umfasst, einen angemessenen Handlungsspielraum einzuräumen und nicht nötige Einschränkungen zu vermeiden. Die Festsetzung orientiert sich zudem an den Vorgaben des Ursprungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung. Sie leistet einen angemessenen Beitrag dazu, Einzelhandelsnutzungen in die dafür im städtischen Einzelhandelskonzept vorgesehenen Bereiche zu lenken und gleichzeitig die Flächen des Gewerbegebiets für produzierende und verarbeitende Betriebe vorzubehalten. Mit der zahlenmäßigen Begrenzung der Verkaufsfläche für den Annexhandel soll die untergeordnete Stellung dieser Nutzung gegenüber dem jeweiligen Hauptbetrieb sichergestellt werden. Da die betroffenen Betriebe in der Regel über eine größere Betriebsfläche als die festgelegten 100,00 Quadratmetern verfügen, wird diese Begrenzung der Verkaufsfläche als sachgerecht und verhältnismäßig angesehen.

b. Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Absatz 5 und 9 BauNVO wird festgesetzt, dass **offene Lagerplätze** gemäß § 8 Absatz 2 Nummer 1 BauNVO in den an der Begrenzungslinie zur öffentlichen Verkehrsfläche gelegenen überbaubaren und nichtüberbaubaren Grundstücksflächen nicht zulässig sind.

   Die Festsetzung wird aus dem Ursprungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung übernommen, sodass weiterhin das Erscheinungsbild des Gewerbeparks zu den öffentlichen Verkehrsflächen hin gesichert und den Zielen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung am gewerblich Gesamtstandort Rechnung getragen wird.

c. Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Absatz 5 und 9 BauNVO wird festgesetzt, dass **Tankstellen** gemäß § 8 Absatz 2 Nummer 3 BauNVO nicht zulässig sind.

   Der Ausschluss wird aus dem Ursprungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung übernommen. Ziel der Bebauungsplanänderung ist, ein funktionsfähiges strukturiertes Gewerbegebiet zu entwickeln, das vorrangig der Ansiedlung produktionsorientierter Betriebe sowie typischer Gewerbebetriebe dient. Tankstellen stellen demgegenüber eine verkehrsintensive Nutzung dar, die häufig eine höhere Kundenzugänglichkeit sowie eine besondere verkehrliche Erschießung erfordert. Solche Anforderungen sind im Plangebiet nicht vereinbar und würden zu einer unverhältnismäßigen Belastung führen.

d. Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Absatz 6 BauNVO wird festgesetzt, dass **Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind** gemäß § 8 Absatz 3 Nummer 1 BauNVO nicht zulässig sind.

   Bereits im Ursprungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung wurde diese Festsetzung aufgrund der Ergebnisse der Altlastengefährdungseinschätzung vorgenommen. Damit sollten zukünftige gewerbliche Ansiedlungen und die damit verbundenen Probleme des Immissionsschutzes von Betriebswohnungen verhindert werden. Des Weiteren ist eine Betriebsleiterwohnung im Gewerbegebiet gemäß § 8 Absatz 3 Nummer 1 BauNVO nur ausnahmsweise zulässig, wenn sie dem Betrieb zugeordnet und ihm gegenüber untergeordnet ist. Dabei erweist sich der Umgang mit solchen Wohnflächen im Falle eines Betriebsumzugs als problematisch, da die Wohnflächen nicht unabhängig vom Betrieb genutzt werden können und deren Umnutzung oder Verwertung oftmals schwierig und mit erheblichem Aufwand verbunden ist. Zudem widerspricht die Zulässigkeit einer Wohnung in unmittelbarer Nähe zum hier umliegenden Industriegebiet dem Trennungsgebot des § 50 BImSchG, welcher Wohn- und Industrienutzung trennen soll. Dies zusammen kann die Flexibili-

tät und Entwicklungsmöglichkeiten des Gewerbegebiets eischränken und stellt einen weiteren Grund für die Festsetzung dar.

e. Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB wird festgesetzt, dass **Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke** gemäß § 8 Absatz 3 Nummer 2 BauNVO ausnahmsweise zulässig sind.

   Die ausnahmsweise Zulässigkeit ermöglicht eine funktionale Durchmischung und berücksichtigt ergänzende infrastrukturelle Angebote innerhalb des Gewerbegebiets. Zugleich wird im Rahmen des Genehmigungsverfahrens eine städtebauliche Einzelprüfung ermöglicht, sodass sichergestellt werden kann, das entsprechende Nutzungen sowohl hinsichtlich ihres Umfangs als auch ihrer städtebaulichen Einbindung und verkehrlichen Auswirkung mit der gewerblich geprägten Nutzung des Gebiets vereinbar sind und dessen Funktionsfähigkeit nicht beeinträchtigen. Die Möglichkeit einer Ausnahme entspricht somit dem planerischen Ziel, einerseits die vorrangige gewerbliche Nutzung zu sichern, andererseits aber eine sinnvolle Flexibilität für ergänzende gemeinwohlwohlorientierte Einrichtungen zu schaffen, sofern sich diese städtebaulich einfügen und keine Nutzungskonflikte hervorrufen.

f. Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Absatz 6 BauNVO wird festgesetzt, dass **Vergnügungsstätten jeglicher Art**, Kinos sowie Bordelle und ähnliche auf sexuelle Handlungen ausgerichtete Betriebe (Eros-Center, Peepshows, Privatclubs, Dirnenunterkünfte und ähnliche) gemäß § 8 Absatz 3 Nummer 3 BauNVO nicht zulässig sind.

   Diese sind im gesamten Plangebiet unzulässig, da sie dem städtebaulichen Ziel, das Gewerbegebiet vorrangig für Betriebe des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes sowie dienstleistungsorientierte Nutzungen vorzuhalten, nicht gerecht werden. Sie dienen typischerweise nicht der Förderung gewerblicher Strukturen im engeren Sinne und führen häufig zu einer gebietsentfremden Prägung, die mit dem angestrebten funktionalen Charakter des Gebiets nicht vereinbar ist. Zudem kann aufgrund ihrer äußerlichen Erscheinung und Nutzungsauswirkungen ein negativer Einfluss auf das Stadt- und Straßenbild ausgeübt werden und damit das planerische Ziel eines geordneten, städtebaulich integrierten und zukunftsfähigen Gewerbestandorts gefährden. Es besteht insbesondere die Gefahr städtebaulich unerwünschte Konzentrationen sowie eines sogenannten „Trading-Down“-Effekts, der sowohl das Plangeiet selbst als auch die nähere Umgebung negativ beeinflussen kann.

6.2 Maß der baulichen Nutzung

Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 16 und 18 BauNVO werden die Grundflächenzahl und die Höhe baulicher Anlagen festgesetzt.

Nutzungsmaße orientieren sich im Wesentlichen an den Festsetzungen des Ursprungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“,

1. Änderung. Mit der Zielsetzung eine Einbindung in das städtebauliche Umfeld zu gewährleisten, wird dieses Vorgehen für sinnvoll und vertretbar erachtet.

Grundflächenzahl

Die Grundflächenzahl (GRZ) gibt an, wie viel Quadratmeter Grundfläche je Quadratmeter Grundstücksfläche zulässig sind.

Insgesamt wird für das Plangebiet eine zulässige GRZ von 0,8 festgesetzt. Dies ist gemäß § 17 BauNVO der Orientierungswert für die Obergrenze zur Bestimmung des Maßes der baulichen Nutzung für Gewerbegebiete. Die Vorgaben lassen somit eine angemessene Nutzbarkeit der Grundfläche im Sinne des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden zu.

Höhe baulicher Anlagen

Zur Sicherung einer städtebaulich verträglichen Einfügung in das bestehende Orts- und Landschaftsbild werden differenzierte Höhenbegrenzungen für bauliche Anlagen festgelegt.

Die Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen erfolgt mittels Festsetzung der höchsten Gebäudehöhe (HGH) in der Planzeichnung. Diese wird definiert als obere Kante der Attika. Als Attika gilt die wandartige Erhöhung der Außenwand über den Dachrand hinaus. Als oberer Bezugspunkt gilt der oberste Abschluss der aufgehenden Außenwand (Oberkante Attika).

Die höchste Gebäudehöhe (HGH) von 12,00 Metern darf nicht überschritten werden. Die höchste Gebäudehöhe (HGH) kann nur durch technische Anlagen und Aufbauten (zum Beispiel Antennen, Solaranlagen, Lüftungs- und Klimaanlagen) um maximal 2,00 Meter überschritten werden. Dabei sind Schornsteine von den Festsetzungen zur Höhe baulicher Anlagen ausgenommen.

Die Bezugshöhe für die höchste Gebäudehöhe (HGH) bemisst sich im Verhältnis zur mittleren Höhenlage der für das jeweilige Baugrundstück maßgeblichen anbaufähigen Verkehrsfläche. Die Höhenlage der maßgeblichen anbaufähigen Verkehrsfläche wird über die Höhe der Fahrbahnmitte der nächstgelegenen Fahrbahn gemessen.

Bereits im Bebauungsplan Nummer 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung ist diese höhenmäßige Begrenzung der Gewerbebetriebe sowie eine mögliche Überschreitung enthalten. Dabei stellt die Gebäudehöhe ein maßgebendes städtebauliches Gestaltungskriterium dar. Demzufolge wurde auf die Festlegung der Geschossigkeit überwiegend verzichtet. Des Weiteren werden bei der Ausführung von Gebäuden mit Flachdächern die Dachflächen häufig für untergeordnete Bauteile wie Technikaufbauten (zum Beispiel Lüftungs- oder Klimaanlagen) genutzt. Für diese kann aus Gründen der Flexibilität eine Überschreitung zugelassen werden.

6.3 Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 2 BauGB in Verbindung mit § 22 und 23 BauNVO werden die Bauweise und die überbaubare Grundstücksfläche festgesetzt.

Mit der Festsetzung der Bauweise sowie der überbaubaren Grundstücksflächen werden die städtebauliche Ordnung, Funktionsfähigkeit und Verträglichkeit gesteuert.

Bauweise

Im Gewerbegebiet (GE) ist eine offene Bauweise zulässig.

Durch die offene Bauweise ist eine funktionale, flexible und gebietsverträgliche gewerbliche Nutzung möglich. Sie ermöglicht eine anpassungsfähige Grundstücksnutzung, etwa durch die Platzierung von Anbauten, Laderampen oder Lagerflächen ohne starre Gebäudestellung.

Überbaubare Grundstücksflächen

Die Festsetzung der überbaubaren Grundstücksfläche erfolgt durch Baugrenzen in der Planzeichnung.

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind so bemessen, dass der bauliche Bestand mit Erweiterungsmöglichkeiten erfasst wird. Entlang der seitlichen und hinteren Grundstücksgrenzen ist jeweils ein mindestens 1,00 Meter breiter Grünstreifen zu versehen, der mit standortgerechten heimischen Bäumen oder Sträuchern zu begrünen und dauerhaft zu erhalten ist.

6.4 Geh-, Fahr- und Leitungsrechte

Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 21 und Absatz 6 BauGB wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht auf dem Gewerbegebiet (GE) zugunsten der Stadt Beckum sowie der Ver- und Entsorgungsträger festgesetzt. Das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht ist der Planzeichnung zu entnehmen.

Im Gewerbegebiet (GE) verläuft der Regenwasserkanal/Entlastungkanal für die entwässerungstechnische Erschließung des rechtskräftigen Bebauungsplans Nummer 15, 1 Änderung. Aufgrund der Umsetzung des Grundwassersees I musste der bestehende Regenwasserkanal/Entlastungskanal verlegt werden. Dieser verläuft nun im südlichen Bereich des Grundstücks 398. Zur Sicherung und Erreichbarkeit der unterirdisch verlaufenden Ver- und Entsorgungsanlage wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht festgesetzt, sodass im Bereich des Geh-, Fahr- und Leitungsrechts keine baulichen Anlagen wie Hochbauten, Winkelsteine oder Bewuchs wie Hecken errichtet werden.

Eine Zugänglichkeit zur regelmäßigen Begehung, eine unregelmäßige Befahrung mit einem Lastkraftwagen mit 4 Tonnen Nutzlast und circa alle 5 Jahre mit einem Reinigungsfahrzeug mit 40 Tonnen Nutzlast ist sicherzustellen. Somit ist aufgrund der unterirdisch verlaufenden Ver- und Entsorgungsanlage eine dauerhafte

Befahrbarkeit im Bereich des Geh-, Fahr- und Leitungsrechts sicherzustellen. Bauliche Anlagen, die die Zugänglichkeit oder Befahrbarkeit beeinträchtigen könnten, sind unzulässig.

6.5 Bauliche Maßnahmen für den Einsatz erneuerbarer Energien

Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 23 Buchstabe b BauGB werden Flächen für erneuerbare Energien festgesetzt.

Innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sind auf den nutzbaren Dachflächen Anlagen zur Nutzung der einfallenden solaren Strahlungsenergie (Photovoltaikmodule, Solarwärmekollektoren) mit einer Mindestgröße von 50 Prozent der Grundfläche des Gebäudes zu errichten (Solarmindestfläche). Von der Festsetzung können Ausnahmen zugelassen werden, wenn nachgewiesen wird, dass eine Solaranlage nicht wirtschaftlich betrieben werden kann.

Die Festsetzung entspricht der am 01. September 2022 vom Rat der Stadt Beckum beschlossenen Solarpflicht für Wohn- und Nichtwohngebäude. Entsprechend dem politischen Beschluss wird in der Festsetzung zudem eine Ausnahmemöglichkeit gemäß § 31 Absatz 1 BauGB aus wirtschaftlichen Gründen aufgenommen. Der Vorhabenträger kann von der Solarmindestfläche abweichen, wenn über die Amortisationszeit einer Solaranlage mit 50 Prozent der Grundfläche eine Unwirtschaftlichkeit nachgewiesen werden kann. Hier kann die übliche Nutzungszeit eines Gebäudes berücksichtigt werden.

6.6 Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern

Im westlichen Teil des Geltungsbereichs werden Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern festgesetzt. Vorhandene Grünstrukturen sind gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 25 Buchstabe b BauGB fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Abgehende Pflanzen sind spätestens in der nachfolgenden Vegetationsperiode zu ersetzen.

Mit der Festsetzung eines Pflanzgebots wird die Durchgrünung des Gewerbeparks Grüner Weg gewährleistet und zur Verbesserung des Mikroklimas, zur Förderung der Biodiversität sowie zur Staubbindung beigetragen. Darüber hinaus dient die Sicherung vorhandener Bäume und Sträucher dem Schutz ortsbildprägender Strukturen und unterstützt das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung.

Durch die Fläche mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern verläuft zudem der Rattbach. Bereits im Ursprungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung kam der Renaturierung des Rattbachs eine ökologische und stadtgestalterische Bedeutung zu. Diese Zielsetzung soll unverändert fortgeführt werden. Die ökologische Funktion umfasste insbesondere die Schaffung eines für Pflanzen und Tiere bedeutsamen Lebensraums, die Aufwertung der

Situation im Hinblick auf den Wasserhaushalt sowie die Wahrnehmung klimatischer Ausgleichsfunktionen in Verbindung mit den angrenzenden Freiflächen der Gewerbebetriebe. Zur Sicherung dieser Funktionen sind Eingriffe unzulässig, die den Verlauf des Bachs, seine ökologische Funktion oder die Ufervegetation beeinträchtigen. Die Festsetzung stellt damit sicher, dass die bereits im Ursprungsplan verfolgten ökologischen und stadtgestalterischen Zielsetzungen dauerhaft erhalten bleiben.

Maßnahmen zur Unterhaltung, Sanierung oder ökologischen Verbesserung des Gewässers und seiner Ufervegetation sind zulässig, soweit sie in Abstimmung mit der zuständigen Wasser- und Naturschutzbehörde durchgeführt werden.

6.7 Flächen, unter denen der Bergbau umgeht oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind

Die in der Planzeichnung gemäß § 9 Absatz 5 Nummer 2 BauGB gekennzeichnete Fläche, unter der der Bergbau umgeht oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt ist, wurde aus der Planzeichnung des Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung übernommen. Hierbei handelt es sich um einen ehemaligen Steinbruchbereich.

Durch die Kennzeichnung soll auf mögliche geologische Risiken hingewiesen und eine bewusste Behandlung dieser Bereiche ermöglicht werden. Zugleich stellt diese Festlegung sicher, dass entsprechende Schutzmaßnahmen getroffen und die planerische Eindeutigkeit gewahrt bleibt.

6.8 Örtliche Bauvorschriften und Belange des Orts- und Landschaftsbilds

Das Ziel gestalterischer Festsetzungen im Bebauungsplan ist, das Erscheinungsbild und die städtebauliche Qualität eines Gebiets gezielt zu steuern und zu sichern. Dabei geht es nicht nur um funktionale Aspekte der Bebauung (zum Beispiel Nutzung, Dichte), sondern auch um ästhetische, architektonische und gestalterische Vorgaben, die das Ortsbild, die Identität und das Zusammenwirken von Gebäuden und Freiflächen betreffen.

<u>Abfallbehälter</u>

In den Vorgartenbereichen sind Abfallbehälter mit Sträuchern oder Hecken zu umpflanzen oder mit Rankpflanzen einzugrünen.

Die aufgenommene Bauvorschrift orientiert sich an den Regelungen des Ursprungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung. Damit bleibt die vorgesehene Gestaltung des Gewerbeparks erhalten.

<u>Begrünung von Stellplatzanlagen</u>

Bei ebenerdigen Stellplatzanlagen ist je angefangene 6 Stellplätze mindestens ein hochstämmiger Laubbaum zu pflanzen. Für jeden Baum ist eine Vegetationsfläche von mindestens 2,00 x 3,00 Metern dauerhaft freizuhalten. Die Bäume sind

dauerhaft zu unterhalten und bei Abgang durch geeignete Gehölze zu ersetzen (Ersatzverpflichtung).

Ziel dieser Festsetzung ist die Minderung der versiegelten Flächen, die Verbesserung des Mikroklimas sowie die gestalterische Einbindung der Stellplatzanlagen in das Orts- und Landschaftsbild.

Beleuchtung

Die Lichtpunkthöhe der für die Außenbeleuchtung des Plangebiets erforderlichen Lampenmasten darf maximal 5,00 Meter betragen. Die Lampen müssen nach unten strahlen und so ausgebildet sein, dass eine Lichtwirkung nur auf die zu beleuchtende Fläche erfolgt. Sie müssen so ausgestattet sein, dass nachtaktive Tiere nicht gestört beziehungsweise gefährdet werden.

Die aufgenommene Bauvorschrift orientiert sich an den Regelungen des Ursprungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung. Damit bleibt die vorgesehene Gestaltung des Gewerbeparks erhalten. Des Weiteren dient die Bauvorschrift dem Schutz der Natur. Durch die Vorgabe, dass die Lampen ausschließlich nach unten strahlen und so konstruiert sein müssen, wird ein Beitrag zur Reduzierung von Lichtimmissionen geleistet. Darüber hinaus werden damit artenschutzrechtliche Belange berücksichtigt. Künstliches Licht kann nachtaktive Tiere, insbesondere Insekten, Fledermäuse und andere lichtsensible Arten, in ihrem natürlichen Verhalten stören oder gefährden. Durch eine zielgerichtete, abgeschirmte und in ihrer Intensität angepasste Beleuchtung werden Anlockeffekte, Desorientierung und erhöhte Mortalitätsrisiken reduziert. Insgesamt dient die Regelung somit sowohl dem Umwelt- als auch dem Artenschutz.

Dachform

Als zulässige Dachform wird das Flachdach festgesetzt.

Diese Festsetzung dient der gestalterischen Einbindung des Plangebiets in die bestehende bauliche Umgebung. Der rechtskräftige Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung setzt ebenfalls Flachdächer fest, wodurch sich im Gebiet ein einheitliches städtebauliches Erscheinungsbild etabliert hat. Um diese gestalterische Kohärenz zu wahren, den Bestand zu sichern und eine harmonische Einfügung von künftigen Neubebauungen in die vorhandene Struktur zu gewährleisten, wird die Dachform auf Flachdächer in der Bebauungsplanänderung übernommen.

Einfriedungen

Einfriedungen entlang der Grundstücksgrenze sind einzugrünen und dürfen eine Höhe von maximal 2,00 Metern nicht überschreiten. Die Verwendung von Stacheldraht ist unzulässig.

Die aufgenommene Bauvorschrift orientiert sich an den Regelungen des Ursprungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung. Damit bleibt die vorgesehene Gestaltung des Gewerbeparks erhalten.

Werbeanlagen

Werbeanlagen sind im gesamten Plangebiet so zu gestalten, dass die Sicherheit und Ordnung des Verkehrs gewährleistet ist sowie das Orts- und Landschaftsbild nicht beeinträchtigt wird. Der Nachweis ist bei der zuständigen Baugenehmigungsbehörde zu führen.

Unzulässig sind Werbeanlagen an Einfriedungen und in den Vorgärten. Hiervon ausgenommen sind Hinweisschilder auf dem Grundstück entlang der Grundstückszufahrt. Diese Hinweisschilder dürfen das Maß von 2,00 Quadratmetern nicht überschreiten. Die Höhe beträgt maximal 1,80 Meter, einschließlich der Tragekonstruktion.

Werbeanlagen an Gebäudefassaden sind nur bis zu einer Gesamtgröße von maximal 10 Prozent der jeweiligen Fassadenfläche zulässig und dürfen die Attika beziehungsweise den Ortgang der Dächer nicht überragen. Dies gilt auch für Werbeanlagen gemäß § 65 Absatz 1 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW).

Unzulässig sind zudem Werbeanlagen auf und über den Dächern, blinkende und sich bewegende Werbeanlagen sowie Flaggenwerbung.

Die aufgenommene Bauvorschrift orientiert sich an den Regelungen des Ursprungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung. Damit bleibt die vorgesehene Gestaltung des Gewerbeparks erhalten.

7 Belange der Erschließung

Die Erschließung wird weiterhin über die Straße „Gewerbepark Grüner Weg“ sichergestellt.

7.1 Verkehr

Der Änderungsbereich ist unmittelbar durch die Anbindung an die angrenzende Verkehrsfläche, Gewerbepark Grüner Weg, verkehrlich erschlossen.

7.2 Ver- und Entsorgung

Die technische Erschließung mit Wasser, Strom und Telekommunikation wird durch die jeweiligen Versorgungsträger bereits sichergestellt. Für den geplanten Nutzungszweck können diese wie bisher weiter genutzt werden, da sich nach heutigem Kenntnisstand keine veränderten Ansprüche an die technische Infrastruktur ergeben.

Abfallentsorgung

Die Abfallentsorgung ist im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben gesichert.

Entwässerung

Gemäß § 55 Absatz 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) soll Niederschlagswasser ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen. Der § 44 Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) ergänzt beziehungsweise konkretisiert den bundesrechtlichen Grundsatz.

Die Entwässerungsplanung für das Plangebiet ist bereits im Trennsystem erstellt. Das Regenwasser wird weiterhin der bestehenden Regenwasserkanalisation und das Schmutzabwasser der bestehenden Schmutzwasserkanalisation zugeführt.

8 Belange des Umweltschutzes

8.1 Umweltbelange

Die vorliegende Bauleitplanung erfüllt die Bedingungen an einen Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB. Mit der Anwendung des § 13a BauGB kann entsprechend dem vereinfachten Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen (§ 13 BauGB) auf eine Darstellung der gemäß § 2 Absatz 4 BauGB ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes und der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen (Umweltprüfung) verzichtet werden. Die Umweltbelange sind dennoch in der Begründung zu betrachten. Bezüglich der Schutzgüter ergeht folgende Beurteilung:

Schutzgut	**Derzeitiger Umweltzustand**	**Umweltzustand nach Aufstellung des Bebauungsplans**
Mensch	Die Fläche ist überwiegend versiegelt und erfüllt daher keine Funktion als Erholungsraum. Auch der Bereich mit dichtem Baumbestand ist aufgrund seiner fehlenden Aufenthaltsqualität nicht für Erholungszwecke geeignet.	Mit der Änderung des Bebauungsplans wird der Bestand gesichert. Eine Beeinträchtigung des Schutzguts „Mensch“ ist somit nicht zu erwarten.
Pflanzen und Tiere	Ein Teilbereich des Plangebiets besteht aus Baumbestand, der potenziell Lebensräume für verschiedene Tierarten bietet.	Da keine Rodungen oder baulichen Eingriffe in den vorhandenen Baumbestand vorgesehen sind und dieser im Rahmen der Planung dauerhaft gesichert wird, sind keine negativen Auswirkungen auf bestehende Lebensräume zu erwarten. Die bestehenden

		Strukturen bleiben vollständig erhalten, sodass eine Beeinträchtigung des Schutzguts „Pflanzen und Tiere“ ausgeschlossen werden kann.
Naturraum und Landschaft	Das Plangebiet hat für das Schutzgut Naturraum und Landschaft keine Relevanz.	Eine Beeinträchtigung von „Naturraum und Landschaft“ wird mit der Planung nicht vorbereitet.
Boden/Fläche	Unversiegelte Flächen sind im Westen des Plangebiets in Form eines dichten Baumbestands vorhanden.	Mit der Änderung des Bebauungsplans wird der Bestand gesichert. Eine Beeinträchtigung des Schutzguts „Boden/Fläche“ ist somit nicht zu erwarten.
Gewässer/ Grundwasser	Im westlichen Bereich des Plangebiets verläuft der Rattbach.	Mit der Änderung des Bebauungsplans wird der Bestand gesichert. Der Verlauf des Rattbachs wird in der Planzeichnung übernommen. Eine Beeinträchtigung des Schutzguts „Gewässer/Grundwasser“ ist somit nicht zu erwarten.
Luft/Klima	In der Klimatopkarte wird das Plangebiet überwiegend als Gewerbe-, Industrieklima (offen) eingeordnet. Der westliche Bereich des Plangebiets wird als Klima innerstädtischer Grünflächen eingeordnet.	Mit der Änderung des Bebauungsplans wird der Bestand gesichert. Eine Beeinträchtigung des Schutzguts „Luft/Klima“ ist somit nicht zu erwarten.
Kultur- und Sachgüter	Es sind keine Bau- oder Bodendenkmäler vorhanden.	Es sind keine Auswirkungen für das Schutzgut „Kultur- und Sachgüter“ zu erwarten.

Tabelle 1: Beurteilung der zu betrachtenden Schutzgüter

Insgesamt sind infolge der Planung keine erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter und somit keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten.

8.2 Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Gemäß § 13a Absatz 2 Nummer 4 BauGB gelten Eingriffe in den Natur- und Landschaftshaushalt als bereits vor der planerischen Entscheidung zur Änderung des Bebauungsplans erfolgt oder zulässig gewesen. Aus diesem Grund entfällt die Not-

wendigkeit zur naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gemäß § 1a BauGB in Verbindung mit dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sowie das Aufzeigen von Maßnahmen zur Bewältigung von Eingriffsfolgen.

8.3 Artenschutz

Nach europäischem Recht müssen bei Eingriffsplanungen alle streng und auf europäischer Ebene besonders geschützten Arten berücksichtigt werden. Durch die Novellierungen des Bundesnaturschutzgesetzes vom 12. Dezember 2007 und 29. Juli 2009 (in Kraft 01. März 2010) wurde das deutsche Artenschutzrecht an die europarechtlichen Vorgaben angepasst. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung müssen die artenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Verbote gemäß § 44 Absatz 1 BNatSchG, welche bei der Umsetzung des Bebauungsplans entstehen, als spezielle Artenschutzprüfung (ASP) abgeprüft werden. Die gemeinsame Handlungsempfehlung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW sowie des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW vom 24. August 2010 enthält unter Punkt 4.2 Vorgaben zum Umgang mit Bauleitplänen, die älter als 7 Jahre sind. Danach ist für jede Planung grundsätzlich eine Artenschutzprüfung erforderlich, wobei der Umfang der Prüfung je nach Umfang der geplanten Nutzungen beziehungsweise Änderungen variiert. Im vorliegenden Fall ist der Bebauungsplan älter als 7 Jahre, sodass eine neue Artenschutzprüfung erforderlich ist. Das Protokoll zur Artenschutzprüfung wird als Anlage 3 beigefügt.

Insgesamt ist die Fläche als urbaner Lebensraum einzustufen, der durch vorhandene Bebauung, Grünstrukturen sowie unmittelbar angrenzende Verkehrs- und Gewerbestrukturen geprägt ist. Überwiegend ist eine Versiegelung um die vorhandene Bebauung vorhanden, mit vereinzelten Bepflanzungen des Parkplatzes. Der westliche Bereich der Bebauungsplanänderung ist durch Vegetation geprägt. Umliegend befinden sich weitere Grünstrukturen sowie ein stehendes Gewässer. Allgemein lässt die Gebietsprägung auf einen hohe anthropogenen Störgrad schließen. Daher wurden planungsrelevante Arten verschiedener Lebensraumtypen (Laubwälder mittlerer Standorte, Fließgewässer, Kleingehölze, Alleen, Bäume, Gebüsche, Hecken, Gärten, Parkanlagen, Siedlungsbrachen, Gebäude, Stillgewässer, Höhlenbäume) betrachtet. Nach Auswertung des Internetportals des Landesamtes für Natur, Umwelt und Klima Nordrhein-Westfalen (Quadrant 1 im Messtischblatt 4214) können potenziell 9 Fledermaus- und 38 Vogelarten sowie eine Amphibienart vorkommen. Dabei wird der Erhaltungszustand für 5 Vogelarten (Flussregenpfeifer, Rebhuhn, Wespenbussard, Girlitz, Turteltaube) als schlecht bewertet. Die im Messtischblatt 4214 insgesamt 48 potenziell vorhandenen planungsrelevanten Arten müssen nicht zwangsläufig auch im Änderungsbereich des Bebauungsplans vorkommen, da in diesem kleinen Ausschnitt nur ein Teil der im Messtischblatt auftretenden Lebensräume vorhanden ist.

Durch die Änderung des Bebauungsplans erfolgt eine Anpassung an den Bestand, wodurch eine baurechtliche Sicherung gewährleistet wird. Es ist daher nicht zu erwarten, dass potenziell vorkommende Arten beeinträchtigt werden. Sollte es jedoch

in der Zukunft zu Bestandsänderungen, etwa durch Abriss von Gebäuden oder Rodungen, kommen, ist im Rahmen der Baugenehmigung eine abschließende Regelung des Artenschutzes erforderlich. Zur Klarstellung wird in den textlichen Festsetzungen ein Hinweis aufgenommen, dass bei Baugenehmigungen entsprechende Nebenbestimmungen zu artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen zu berücksichtigen sind. Zusammenfassend ist somit festzuhalten, dass keine Habitatstrukturen überplant werden und sämtliche vorhandenen Strukturen erhalten bleiben.

Durch die Planung werden keine artenschutzrechtlichen Verbote vorbereitet.

8.4 Wiederherstellungsverordnung

Die Verordnung (EU) 2024/1991 des Europäischen Parlaments und des Rates der europäischen Union vom 24. Juni 2024 über die Wiederherstellung der Natur (WVO) und zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/869 verfolgt das Ziel, die biologische Vielfalt und Funktionsfähigkeit von Ökosystemen in der Europäischen Union wiederherzustellen und dauerhaft zu sichern. Sie schafft ein EU-weit verbindliches Regelwerk mit qualitativen und quantitativen Zielvorgaben für Wiederherstellungsmaßnahmen in allen relevanten Lebensräumen (von Land- und Binnengewässer- bis hin zu Meeres- und städtischen Ökosystemen).

Fernerhin schreibt Artikel 8 Absatz 1 Satz 1 WVO vor, dass die Mitgliedstaaten bis zum 31. Dezember 2030 sicherstellen, dass in städtischen Ökosystemgebieten, die gemäß Artikel 14 Absatz 4 der Verordnung bestimmt werden, kein Nettoverlust an der nationalen Gesamtfläche städtischer Grünflächen und städtischer Baumüberschirmung gegenüber 2024 zu verzeichnen ist. Wie die direkte Bezugnahme auf Artikel 14 Absatz 4 WVO zeigt, greift diese Vorgabe jedoch erst, nachdem die maßgeblichen städtischen Ökosystemgebiete gemäß Artikel 14 Absatz 4 WVO bestimmt und kartiert wurden. Ist dies geschehen, muss bei einem Eingriff in solche Ökosystemgebiete auch entsprechend funktionsgleich kompensiert werden (Fellenberg, Frank (2025): Anwendungsfragen rund um die Europäische Wiederherstellungsverordnung. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ). Seite 124 bis 130.)

Eine abschließende Abgrenzung der städtischen Ökosystemgebiete liegt für die Stadt Beckum noch nicht vor. Diese müssen aber zumindest Stadtzentren und städtische Räume erfassen. Der deutsche Gesetzgeber hat hierzu noch keine abschließende Entscheidung getroffen, eine Zugehörigkeit des Plangebiets zum städtischen Ökosystem kann daher nicht ausgeschlossen werden.

Als unmittelbar geltende EU-Verordnung ist die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur auch im Rahmen der Bauleitplanung zu berücksichtigen und gemäß § 1a Absatz 3 BauGB abwägungsrelevant.

Die vorliegende Bebauungsplanänderung dient ausschließlich der planungsrechtlichen Sicherung des vorhandenen Bestands. Die derzeit faktisch gewerblich genutzten Flächen sind im rechtskräftigen Bebauungsplan bislang als „Fläche für den Gemeinbedarf“ festgesetzt. Mit der Änderung erfolgt eine Anpassung der Gebietsfest-

setzung hin zu einem Gewerbegebiet gemäß § 8 BauNVO, um die bestehende Nutzung planungsrechtlich zu sichern.

Mit der Planung ist keine bauliche Erweiterung, keine zusätzliche Flächeninanspruchnahme und insbesondere keine zusätzliche Versiegelung verbunden. Der tatsächliche Bestand bleibt unverändert. Insofern werden keine neuen Eingriffe in Natur und Landschaft vorbereitet oder ermöglicht, die über das bereits bestehende Maß hinausgehen. Vor dem Hintergrund der Verordnung (EU) 2024/1991 über die Wiederherstellung der Natur ist festzustellen, dass durch die vorliegende Planung keine Verschlechterung des ökologischen Zustands zu erwarten ist. Die Verordnung zielt insbesondere auf die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme, die Verbesserung der Biodiversität sowie die Begrenzung zusätzlicher Flächeninanspruchnahme und Versiegelung ab. Da die Planung weder zusätzliche Bodenversiegelungen vorbereitet noch naturschutzfachlich relevante Strukturen beseitigt werden, steht sie den Zielen der Verordnung nicht entgegen. Darüber hinaus werden im Rahmen der Bebauungsplanänderung grünordnerische Festsetzungen getroffen, die zur ökologischen Aufwertung und Sicherung vorhandener Strukturen beitragen. Hierzu zählen insbesondere Festsetzungen zur Begrünung von Stellplatzanlagen sowie die Sicherung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen, zur Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie die Sicherung vorhandener Gewässerstrukturen.

Diese Festsetzungen tragen zur langfristigen Sicherung bestehender Grünstrukturen bei und unterstützen die Zielsetzungen der EU-Wiederherstellungsverordnung, insbesondere im Hinblick auf die Erhaltung und Entwicklung urbaner Grünflächen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Bebauungsplanänderung keine nachteiligen Auswirkungen im Sinne der EU-Wiederherstellungsverordnung erwarten lässt. Vielmehr erfolgt eine planungsrechtliche Klarstellung des Bestands unter gleichzeitiger Sicherung und teilweiser Stärkung vorhandener ökologischer Strukturen.

8.5 Überschwemmungs- und Hochwasserschutz

Der Änderungsbereich liegt nicht innerhalb eines festgesetzten Überschwemmungsgebiets gemäß § 76 WHG. Auch die Hochwassergefahrenkarte, welche Informationen über potenziell durch Hochwasser betroffene Bereiche sowie die dort zu erwartenden Wassertiefen und Fließgeschwindigkeiten bereitstellt, weist für den Änderungsbereich keine Betroffenheit aus. Die Karten liegen für 3 Szenarien mit unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit vor:

- $HQ_{häufig}$ (statistische Wiederkehrzeit von 10 bis 20 Jahren),
- HQ_{100} (statistische Wiederkehrzeit von 100 Jahren) und
- HQ_{extrem} (extrem seltenes Hochwasserereignis mit deutlich längerer Wiederkehrzeit als 100 Jahre).

Auch im Hinblick auf Starkregenereignisse wurde eine Betrachtung vorgenommen. Die Starkregengefahrenhinweiskarte des Landes Nordrhein-Westfalen zeigt 2 einstündige Niederschlagsszenarien:

- ein seltenes Ereignis mit einer lokalen Wiederkehrzeit von 100 Jahren sowie
- ein extremes Ereignis mit einer angenommenen Niederschlagsmenge von 90 Millimeter innerhalb einer Stunde.

Bei einem seltenen Starkregenereignis erreicht das Plangebiet rund um den Rattbach Wasserhöhen zwischen 100 und 200 Zentimetern (Abbildung 5). Ein Bereich im Südwesten sogar zwischen 200 und mehr als 400 Zentimetern. Auf der künftig Festgesetzten Gewerbefläche liegen die Wasserhöhen überwiegend zwischen 10 und mehr als 30 Zentimetern.

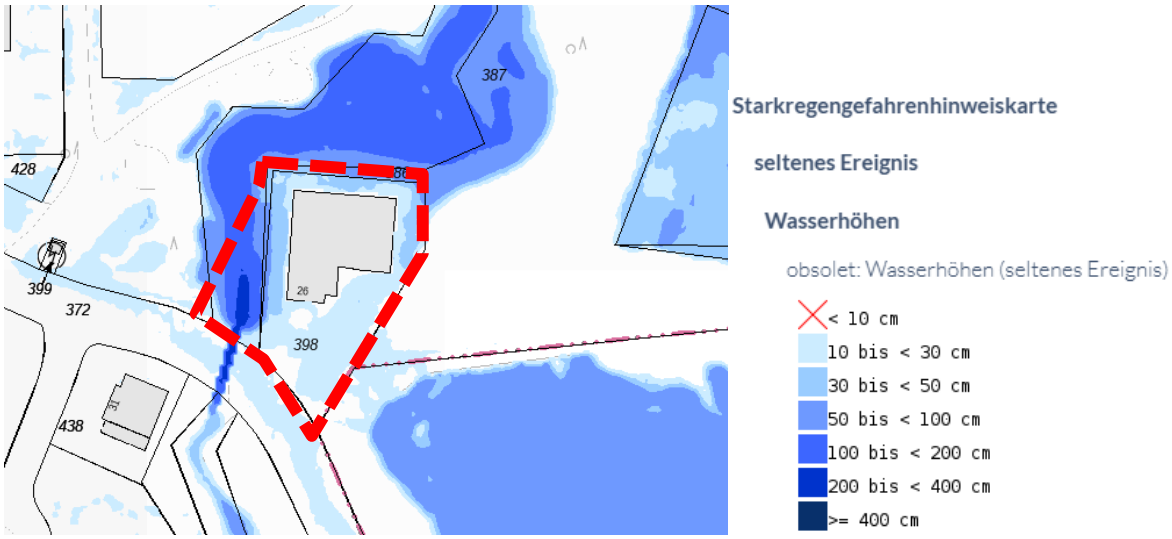


Abbildung 5: Ausschnitt Starkregengefahrenhinweiskarte (seltenes Ereignis), unmaßstäblich

Für das Szenario eines extremen Starkregenereignisses entspricht laut Starkregengefahrenhinweiskarte fast dieselbe Betroffenheit der des seltenen Ereignisses (Abbildung 6).

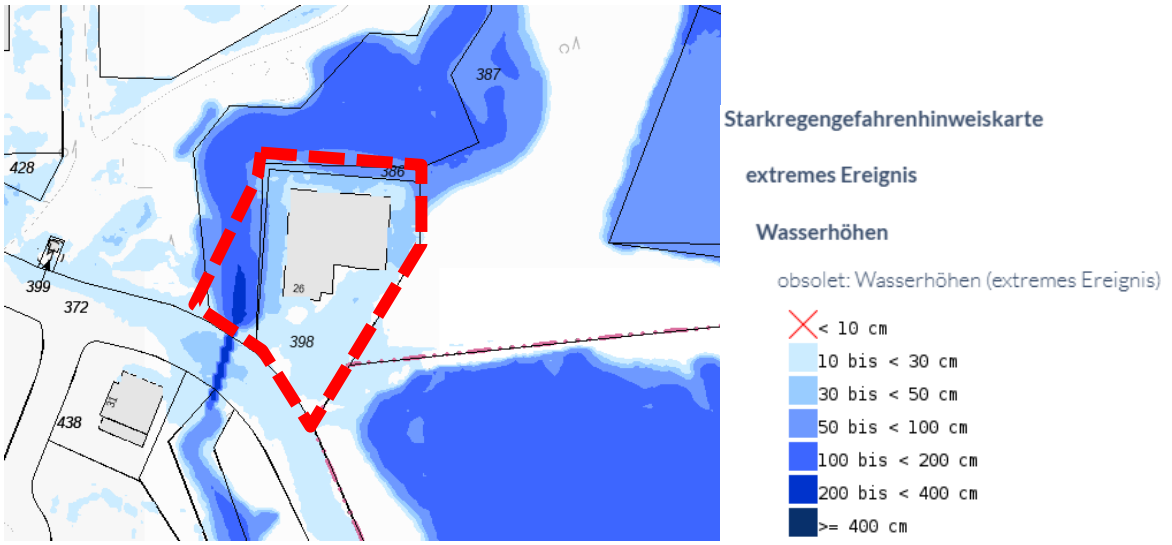


Abbildung 6: Ausschnitt Starkregengefahrenhinweiskarte (extremes Ereignis), unmaßstäblich

Insgesamt führt die Änderung des Bebauungsplans zu keiner relevanten nachteiligen Veränderung der hochwasserrelevanten Situation im Plangebiet. Durch die Bestandssicherung entsteht keine neue Versiegelung der Flächen.

8.6 Bodenschutz

Die Ziele des Boden- und Klimaschutzes sind im § 1a BauGB verankert. Demnach ist ein sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden sicherzustellen. Die zusätzliche Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen soll durch die Wiedernutzbarmachung bereits genutzter Flächen, Nachverdichtung, Maßnahmen zur Innenentwicklung sowie durch die Begrenzung der Bodenversiegelung reduziert werden.

Dem Grundsatz der „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ wird mit der Änderung des Bebauungsplans in vollem Umfang Rechnung getragen. Für das vorgesehene Bauvorhaben werden keine neuen Flächen im Außenbereich in Anspruch genommen, stattdessen erfolgt die Nutzung innerstädtischer, bereits erschlossener Flächen. Durch die Festsetzung eines Gewerbegebiets erhält der Änderungsbereich eine neue städtebauliche Perspektive sowie einen angepassten Maßstab der baulichen Zulässigkeit. Darüber hinaus wird durch die Festsetzung zum Erhalt vorhandener Bäume, Sträucher und sonstiger Bepflanzung sichergestellt, dass im Rahmen der Bebauungsplanänderung keine zusätzliche Flächenversiegelung erfolgt.

9 Umsetzung der Bauleitplanung

9.1 Flächenbilanz

Die Verteilung der einzelnen festgesetzten Flächennutzungen sind in der nachfolgenden Tabelle als Flächenbilanz dargestellt.

Nutzung	Planung	Anteil
Gewerbegebiet (GE)	1888,51 Quadratmeter	84,2 Prozent
Flächen für den Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	353,72 Quadratmeter	15,8 Prozent
Gesamt:	**2242,23 Quadratmeter**	**100 Prozent**

Tabelle 2: Flächenbilanz

10 Hinweise

Ergänzend zu den sonstigen Inhalten des Bebauungsplanes werden Hinweise zu folgenden Punkten aufgenommen:

Altablagerungen und Kampfmittel

Im Südosten des Geltungsbereichs sind Auffüllungen des ehemaligen Steinbruchs bekannt. Die Kennzeichnung von Flächen, unter denen der Bergbau umgeht oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind (§ 9 Absatz 5 Nummer 2 BauGB), wurde in die Planzeichnung aufgenommen.

Zudem grenzt die südliche Spitze des Flurstücks 398 unmittelbar an die Altablagerung 50267 Bahnschotterdeponie Nolte an. Diese liegt jedoch außerhalb des Geltungsbereichs der Bebauungsplanänderung.

Bei sämtlichen Eingriffen in den Boden ist verstärkt auf Auffälligkeiten (Verfärbungen, Fremdbestandteile, Geruch et cetera) zu achten. Im Fall des Antreffens von schädlichen Bodenveränderungen und/oder Altlasten sind gemäß § 2 Landesbodenschutzgesetz (LBodSchG) die erforderlichen Maßnahmen bezogen auf den Einzelfall mit der Unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Warendorf abzustimmen.

Die Bezirksregierung Arnsberg hat eine Luftbildauswertung bezüglich möglicher Kampfmittel für die Fläche durchgeführt. Die Auswertung der Flächen hat ergeben, dass keine Maßnahmen erforderlich sind, da keine in den Luftbildern erkennbaren Belastungen vorliegen. Es ist jedoch möglich, dass die verwendeten Luftbilder aufgrund von Bildfehlern, ungenügender zeitlicher Abdeckung oder ungenügender Sichtbarkeit, nicht alle Kampfmittelbelastungen zeigen.

Werden bei Erdarbeiten verdächtige Gegenstände, Bodenverfärbungen oder ähnliches festgestellt, die gegebenenfalls auf Kampfmittelbelastungen zurückzuführen sind, ist die Arbeit aus Sicherheitsgründen sofort einzustellen. In diesen Fällen sind die Untere Bodenschutzbehörde (Kreis Warendorf) und der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtliche Ordnungsbehörde oder der Polizei zu verständigen. Erfolgen Spezialtiefbauarbeiten mit erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen, Verbauarbeiten et cetera wird eine Bohrlochdetektion empfohlen und auf den Leitfaden des Kampfmittelbeseitigungsdienstes in Nordrhein-Westfalen verwiesen.

Artenschutz

Zur allgemeindienenden Vermeidung von Verbotstatbeständen des § 44 Absatz 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) werden folgende Vermeidungsmaßnahmen formuliert:

- Rodungsarbeiten und Baumfällungen sind auf den Zeitraum vom 01. Oktober eines Jahres bis zum 28./29. Februar des Folgejahres zu beschränken. Zu den Rodungsarbeiten gehört auch das Entfernen von Gebüschen.
- Vor einem Abriss der Gebäude sollten spalten- oder hohlraumbildende Dachziegel, Schieferplatten und Holzlatten im Dachbereich unter ökologischer

Baubegleitung entfernt werden. Dies ist zu folgenden Zeiten möglich: im April und zwischen Mitte August und Mitte November eines Jahres sowie auch zwischen Mitte November und März bei Temperaturen > 8°C.

- Vor Baubeginn sollte ein längeres Brachliegen der zu bebauenden Fläche vermieden werden, um eine Ansiedlung artenschutzrechtlich relevanter Arten zu verhindern. Die Aktivitäten der Baumaßnahmen (zum Beispiel Baustelleneinrichtung, Erdarbeiten, Materiallagerung) sind auf zukünftig versiegelte Bereiche zu beschränken.
- Größere Glasfronten sind zur Vermeidung von Vogelschlag vogelgerecht auszuführen. Maßnahmen zur Vermeidung von Vogelschlag an Glas, besonders an den gehölzexponierten Gebäudefassaden und großflächigen Glasfronten, sind zu prüfen.
- Dem aktuellen Stand der Technik entsprechend wird empfohlen, ausschließlich Leuchtmittel zu wählen, die eine geringe Anziehung auf Insekten haben und von Fledermäusen kaum wahrgenommen werden (geringer Blaulichtanteil (Lichtspektrum 570 bis 630 Nanometer), Farbtemperatur ≤ 2.700 Kelvin et cetera).

Bei Gebäudeabbrüchen und Neuplanungen sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens entsprechende Nebenbestimmungen zu artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen erneut zu berücksichtigen.

<u>Bergbau</u>

Der Geltungsbereich befindet sich sowohl außerhalb verliehener Bergwerksfelder, als auch außerhalb erloschener Bergwerksgelder. Ausweislich der derzeit hier vorliegenden Unterlagen ist im Bereich des Planvorhabens kein Abbau von Mineralien dokumentiert. Danach ist mit bergbaulichen Einwirkungen nicht zu rechnen.

Jedoch ist im weiteren Umfeld der Planmaßnahme in der Vergangenheit Strontianit abgebaut worden. Die Lagerstättenverhältnisse des Strontianits sind hier nicht hinreichend genau bekannt, sodass die Gewinnung des Strontianits im Bereich des Planvorhabens nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann.

Bei der Durchführung des Planvorhabens ist somit auf eine mögliche Strontianitlagerstätte sowie auf altbergbauliche Hinweise zu achten. Hierbei kann es sich um atypische Bewegungsbilder der Tagesoberfläche oder von Baukörpern handeln, die geotechnisch, gründungstechnisch oder bauphysikalisch nicht erklärbar sind. Solche atypischen Bewegungsbilder sind Risse in Gebäuden oder Risse und Absenkungen an der Tagesoberfläche. Auch schnee- und eisfreie „Flecken“ im Winter oder kleinräumig begrenzte Vegetationsstörungen können Hinweise auf das Vorhandensein von Grubenbauen sein.

Sollten derartige Auffälligkeiten festgestellt werden, ist zur weiteren Beurteilung ein entsprechend qualifizierter Sachverständiger hinzuzuziehen.

<u>Denkmalschutz</u>

Innerhalb des Geltungsbereichs befinden sich nach heutigem Kenntnisstand keine Baudenkmäler oder denkmalwerten Objekte. Auch Bodendenkmäler sind nicht

bekannt. Spezielle Maßnahmen des Denkmalschutzes oder der Denkmalpflege sind daher nicht erforderlich.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, das heißt Mauerwerke, Einzelfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Beschaffenheit, paläontologische Bodendenkmäler in Form von Fossilien (versteinerte Überreste von Pflanzen und Tieren aus der Kreidezeit (Ammoniten, Muscheln, Seeigel, Schwämme, et cetera)) entdeckt werden.

Archäologische Funde, die durch Bodenbewegungen aufgetreten sind, sind gemäß §§ 16 und 17 Nordrhein-westfälisches Denkmalschutzgesetz (DSchG NRW) der Stadt Beckum als Untere Denkmalbehörde und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Westfälisches Museum für Archäologie/Amt für Bodendenkmalpflege, anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens 3 Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten.

<u>Einsichtnahme von Gesetzen, Verordnungen, DIN-Normen, technischen Regelwerken, Richtlinien und Gutachten</u>

Die der Planung zugrundeliegenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse, DIN-Vorschriften, technische Regelwerke sowie Richtlinien aller Art) und Gutachten können während der Dienststunden bei der Stadt Beckum, Fachdienst Stadtplanung und Wirtschaftsförderung, Weststraße 46, 59269 Beckum, eingesehen werden.

<u>Flächenversiegelung</u>

Um den Verlust der natürlichen Retentionsfähigkeit des Bodens durch Versiegelung zu reduzieren sowie zur Minimierung der Niederschlagswasserabflussmengen wird empfohlen, die Befestigungen der privaten Erschließungsflächen wie zum Beispiel für oberirdische Stellplätze, Zufahrten und Garagenvorplätze aus wasserdurch-lässigen Materialien herzustellen. Dazu eignen sich Sickersteine, Drainpflaster oder Rasenpflaster.

<u>Hochwasser</u>

Der Geltungsbereich wird überwiegend als durch Starkregen gefährdeter Bereich hervorgehoben.

Für das Land Nordrhein-Westfalen liegen Starkregenhinweiskarten des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie (BKG) vor. Diese werden durch das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) zur Verfügung gestellt (http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de).

<u>Mutterboden</u>

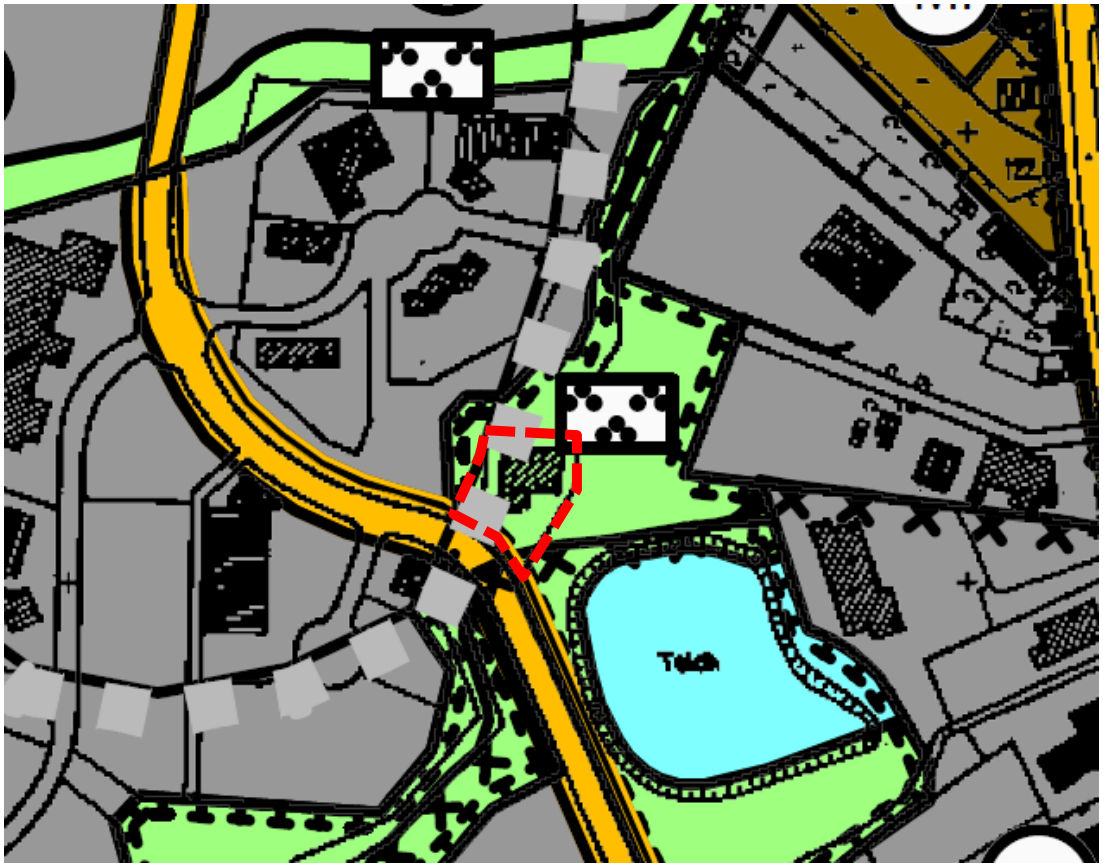
Gemäß § 202 BauGB in Verbindung mit DIN 18915 ist bei Errichtung oder Änderung von baulichen Anlagen der Oberboden (Mutterboden) in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung zu schützen. Er ist vordringlich im Geltungsbereich zu sichern, zur Wiederverwendung zu lagern und später wieder einzubauen.

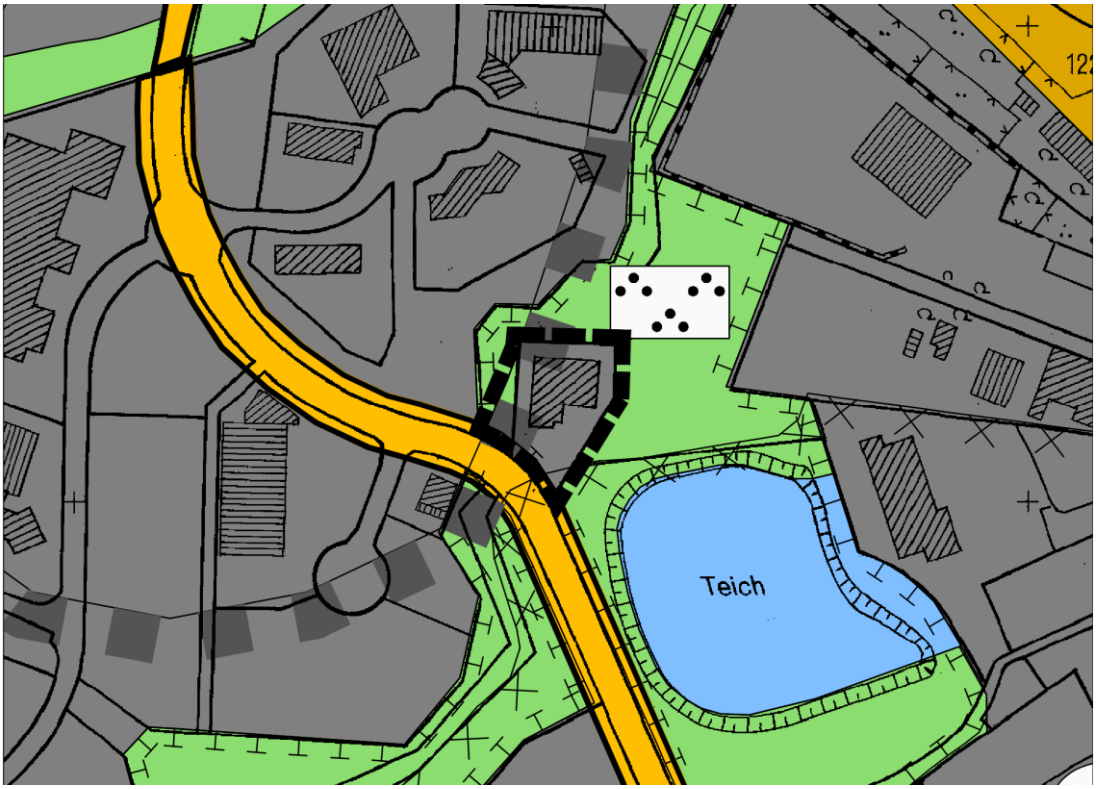
Beckum, August 2026

Verfasser:
Stadt Beckum
Fachdienst Stadtplanung und Wirtschaftsförderung
Weststraße 46
59269 Beckum

II Anlagen

Anlage 1: Zeichnerische Vorher-Nachher-Darstellung der Anpassung im Wege einer Berichtigung des Flächennutzungsplanes der Stadt Beckum





Anlage 2: Abstandsliste 2007 (Fassung vom 06. Juni 2007)

Anlage 1 zum RdErl v. 6.6.2007

Abstandsliste 2007

Abstandsliste 2007
(4. BImSchV: 15.07.2006)

Abstands-klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung) [1]
I	1.500	1	1.1 (1)	Kraftwerke mit Feuerungsanlagen für den Einsatz von Brennstoffen, soweit die Feuerungswärmeleistung 900 MW übersteigt (#)
		2	1.11 (1)	Anlagen zur Trockendestillation z. B. Kokereien und Gaswerke
		3	3.2 (1) a)	Integrierte Hüttenwerke, Anlagen zur Gewinnung von Roheisen und zur unmittelbaren Weiterverarbeitung zu Rohstahl in Stahlwerken, einschl. Stranggießanlagen
		4	4.4 (1)	Mineralölraffinerien (#)

[1] Die Anlagenbezeichnungen stimmen nicht immer mit denen der 4. BImSchV überein, denn sie enthält in manchen Fällen Oberbegriffe und/oder zusammenfassende Anlagenbezeichnungen, die hinsichtlich des Genehmigungserfordernisses zusammengehören, in ihrer Auswirkung i. S. des Abstandserlasses aber als selbstständige Anlagenarten zu sehen sind oder immissionsschutz- und planungsrechtlich ohne Bedeutung sind. Insofern konnte die Systematik der 4. BImSchV und auch die Einteilung nach Leistungskriterien nicht immer eingehalten werden. Abstands bestimmend ist aber - unabhängig von dem Genehmigungserfordernis - die Betriebsart, wie sie in der Abstandsliste beschrieben ist.

- 2 -

Abstands-klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
II	**1.000**	5	1.14 (1)	Anlagen zur Vergasung oder Verflüssigung von Kohle oder bituminösem Schiefer
		6	2.14 (2)	Anlagen zur Herstellung von Formstücken unter Verwendung von Zement oder anderen Bindemitteln durch Stampfen, Schocken, Rütteln oder Vibrieren mit einer Produktionsleistung von 1 t oder mehr je Stunde im Freien (*) (s. auch lfd. Nr. 90)
		7	3.1 (1)	Anlagen zum Rösten, Schmelzen oder Sintern von Erzen
		8	3.2 (1) b)	Anlagen zur Herstellung oder zum Erschmelzen von Roheisen oder Stahl mit einer Schmelzleistung von 2,5 Tonnen oder mehr je Stunde einschl. Stranggießen (*) (s. auch lfd. Nrn. 27 und 46)
		9	3.3 (1)	Anlagen zur Herstellung von Nichteisenrohmetallen aus Erzen, Konzentraten oder sekundären Rohstoffen einschl. Aluminiumhütten (#)
		10	3.15 (2)	Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Behältern aus Metall im Freien (z. B. Container) (*) (s. auch lfd. Nr. 96)
		11	3.18 (1)	Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Schiffskörpern oder -sektionen aus Metall im Freien (*) (s. auch lfd. Nr. 97)
		12	4.1 (1) c), p)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von schwefelhaltigen Kohlenwasserstoffen oder von Nichtmetallen, Metalloxiden oder sonstigen anorganischen Verbindungen (#)
		13	4.1 (1) g)	Anlagen zur Herstellung von metallorganischen Verbindungen durch chemische Umwandlung in industriellem Umfang (#)
		14	4.1 (1) h)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Chemiefasern (s. auch lfd. Nr. 50) (#)
		15	4.1 (1) l)	Anlagen zur Herstellung von Gasen wie Ammoniak, Chlor und Chlorwasserstoff, Fluor und Fluorwasserstoff, Kohlenstoff-oxiden, Schwefelverbindungen, Stickstoffoxiden, Wasserstoff, Schwefeldioxid, Phosgen (#)
		16	4.1 (1) r)	Anlagen zur Herstellung von Ausgangsstoffen für Pflanzenschutzmittel und von Bioziden (#)
		17	4.1 (1) s)	Anlagen zur Herstellung von Grundarzneimitteln durch chemische Umwandlung (Wirkstoffe für Arzneimittel) (#)
		18	6.3 (1+2)	Anlagen zur Herstellung von Holzspanplatten, Holzfaserplatten, oder Holzfasermatten
		19	7.12 (1)	Anlagen zur Beseitigung, Verwertung, Sammlung oder Lagerung von Tierkörpern oder tierischen Abfällen, ausgenommen Kleintierkrematorien (s. auch lfd. Nr. 200)
		20	10.15 (1+2)	Offene Prüfstände für oder mit a) Verbrennungsmotoren mit einer Feuerungswärmeleistung ab insgesamt 300 Kilowatt, b) Gasturbinen oder Triebwerken (s. auch lfd. Nr. 101)
		21	10.16 (2)	Offene Prüfstände für oder mit Luftschrauben (s. auch lfd. Nr. 101)
		22	-	Anlagen zur Herstellung von Eisen- oder Stahlbaukonstruktionen im Freien (*)

- 3 -

Abstands-klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
III	**700**	23	1.1 (1)	Kraftwerke und Feuerungsanlagen für den Einsatz von Brennstoffen, soweit die Feuerungswärmeleistung mehr als 150 MW bis max. 900 MW beträgt, auch Biomassekraftwerke (#)
		24	1.12 (1)	Anlagen zur Destillation oder Weiterverarbeitung von Teer oder Teererzeugnissen (#)
		25	2.3 (1)	Anlagen zur Herstellung von Zementklinker oder Zementen
		26	2.4 (1+2)	Anlagen zum Brennen von Bauxit, Dolomit, Gips, Kalkstein, Kieselgur, Magnesit, Quarzit oder von Ton zu Schamotte
		27	3.2 (1) b)	Elektro-Stahlwerke; Anlagen zur Stahlerzeugung mit Lichtbogenöfen unter 50 t Gesamtabstichgewicht (*) (s. auch lfd. Nrn. 8 und 46)
		28	3.24 (1)	Automobil- u. Motorradfabriken, Fabriken zur Herstellung von Verbrennungsmotoren (*)
		29	4.1 (1) a), d), e)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Kohlenwasser-stoffen einschl. stickstoff- oder phosphorhaltige Kohlenwasserstoffe (#)
		30	4.1 (1) f)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von halogenhaltigen Kohlenwasserstoffen (#)
		31	4.1 (1) m), n), o)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Säuren, Basen, Salzen (#)
		32	4.1 (1) q)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von phosphor-, stickstoff- oder kaliumhaltigen Düngemitteln (#)
		33	4.6 (1)	Anlagen zur Herstellung von Ruß (#)
		34	8.8 (1) 8.10 (1)	Anlagen zur physikalisch und/oder chemischen Behandlung von Abfällen mit einer Durchsatzleistung von 50 Tonnen Einsatzstoffen oder mehr je Tag (s. auch lfd. Nr. 71)
		35	-	Aufbereitungsanlagen für schmelzflüssige Schlacke (z. B. Hochofenschlacke)
		36	-	Freizeitparks mit Nachtbetrieb (*) (s. auch lfd. Nr. 160)

- 4 -

Abstands-klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
IV	**500**	37	1.1 (1)	Kraftwerke, Heizkraftwerke und Heizwerke mit Feuerungsanlagen für den Einsatz von Brennstoffen, soweit die Feuerungswärmeleistung 50 MW bis 150 MW beträgt, auch Biomassekraftwerke (#)
			8.2 (1) a) und b)	Anlagen zur Erzeugung von Strom, Dampf, Warmwasser, Prozesswärme oder erhitztem Abgas durch den Einsatz von Abfallhölzern ohne Holzschutzmittel oder Beschichtungen von halogenorganischen Verbindungen mit einer Feuerungswärmeleistung von 50 Megawatt oder mehr
		38	1.8 (2)	Elektroumspannanlagen mit einer Oberspannung von 220 kV oder mehr einschließlich der Schaltfelder, ausgenommen eingehauste Elektroumspannanlagen (*)
		39	1.9 (2)	Anlagen zum Mahlen oder Trocknen von Kohle
		40	1.10 (1)	Anlagen zum Brikettieren von Braun- oder Steinkohle
		41	2.8 (1+2)	Anlagen zur Herstellung von Glas oder Glasfasern auch soweit es aus Altglas hergestellt
		42	2.11 (1)	Anlagen zum Schmelzen mineralischer Stoffe einschließlich Anlagen zur Herstellung von Mineralfasern
		43	2.13 (2)	Anlagen zur Herstellung von Beton, Mörtel oder Straßenbaustoffen unter Verwendung von Zement (*)
		44	2.15 (1)	Anlagen zur Herstellung oder zum Schmelzen von Mischungen aus Bitumen oder Teer mit Mineralstoffen einschließlich Aufbereitungsanlagen für bituminöse Straßenbaustoffe und Teersplittanlagen mit einer Produktionsleistung von 200 t oder mehr je Stunde (s. auch lfd. Nr. 91)
		45	3.6 (1 + 2)	Anlagen zum Walzen von Stahl (Warmwalzen) und Metallen, ausgenommen Anlagen zum Walzen von Kaltband mit einer Bandbreite bis 650 mm (*)
		46	3.2 (1) b) 3.7 (1)	Anlagen zur Stahlerzeugung mit Induktionsöfen, Eisen-, Temper- oder Stahlgießereien mit einer Produktionsleistung von 20 t oder mehr Gussteile je Tag (s. auch lfd. Nrn. 8 und 27)
		47	3.11 (1 + 2)	Schmiede-, Hammer- oder Fallwerke (*)
		48	3.16 (1)	Anlagen zur Herstellung von warmgefertigten nahtlosen oder geschweißten Rohren aus Stahl (*)
		49	4.1 (1) b)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von sauerstoffhaltigen Kohlenwasserstoffen (#)
		50	4.1 (1) h)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Basiskunststoffen (Kunstharzen, Polymeren, Fasern auf Zellstoffbasis) (s. auch lfd. Nr. 14) (#)
		51	4.1 (1) i)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von synthetischen Kautschuken (#)
		52	4.1 (1) j)	Anlagen zur Herstellung von Farbstoffen und Pigmenten sowie von Ausgangsstoffen für Farben und Anstrichmittel (#)
		53	4.5 (2)	Anlagen zur Herstellung von Schmierstoffen wie Schmieröle, Schmierfette, Metallbearbeitungsöle (#)
		54	4.7 (1)	Anlagen zur Herstellung von Kohlenstoff (Hartbrandkohle) oder Elektrographit durch Brennen oder Graphitieren (#)

- 5 -

Abstands-klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
IV	**500**	55	4.8 (2)	Anlagen zum Destillieren von flüchtigen organischen Verbindungen mit einer Durchsatzleistung von 3 t oder mehr je Stunde (#) (s. auch lfd. Nr. 105)
		56	5.1 (1)	Anlagen zur Behandlung von Oberflächen von Stoffen, Gegenständen oder Erzeugnissen einschließlich der dazugehörigen Trocknungsanlagen unter Verwendung von organischen Lösungsmitteln mit einem Verbrauch an organischen Lösungsmitteln von 150 Kilogramm oder mehr je Stunde oder von 200 Tonnen oder mehr je Jahr
		57	5.2 (1)	Anlagen zum Beschichten, Imprägnieren, Kaschieren, Lackieren oder Tränken von Gegenständen, Glas- oder Mineralfasern oder bahnen- oder tafelförmigen Materialien einschließlich der zugehörigen Trocknungsanlagen mit Kunstharzen, soweit die Menge dieser Harze 25 Kilogramm oder mehr je Stunde beträgt
		58	5.5 (2)	Anlagen zum Isolieren von Drähten unter Verwendung von phenol- oder kresolhaltigen Drahtlacken
		59	5.8 (2)	Anlagen zur Herstellung von Gegenständen unter Verwendung von Amino- oder Phenolplasten mittels Wärmebehandlung, soweit die Menge der Ausgangsstoffe 10 kg oder mehr je Stunde beträgt
		60	7.3 (1+2) a) und b)	Anlagen zur Erzeugung von Speisefetten aus tierischen Rohstoffen oder zum Schmelzen von tierischen Fetten, ausgenommen Anlagen zur Verarbeitung von selbst gewonnenen tierischen Fetten zu Speisefetten in Fleischereien mit einer Leistung bis zu 200 Kilogramm Speisefett je Woche
		61	7.9 (1)	Anlagen zur Herstellung von Futter- oder Düngemitteln oder technischen Fetten aus den Schlachtnebenprodukten Knochen, Tierhaare, Federn, Hörner, Klauen oder Blut
		62	7.11 (1)	Anlagen zum Lagern unbehandelter Knochen, ausgenommen Anlagen für selbstgewonnene Knochen in - Fleischereien, in denen je Woche weniger als 4 000 kg Fleisch verarbeitet werden, und - Anlagen, die nicht durch lfd. Nr. 115 erfasst werden
		63	7.15 (1)	Kottrocknungsanlagen
		64	7.19 (1+2)	Anlagen zur Herstellung von Sauerkraut mit einer Produktionsleistung von 10 Tonnen oder mehr Sauerkraut je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert
		65	7.21 (1)	Mühlen für Nahrungs- oder Futtermittel mit einer Produktionsleistung von 300 Tonnen Fertigerzeugnissen oder mehr je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert (s. auch lfd. Nr. 193)
		66	7.23 (1+2)	Anlagen zur Erzeugung von Ölen oder Fetten aus pflanzlichen Rohstoffen mit einer Produktionsleistung von 1 Tonne Fertigerzeugnisse oder mehr je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert
		67	7.24 (1)	Anlagen zur Herstellung oder Raffination von Zucker unter Verwendung von Zuckerrüben oder Rohzucker
		68	8.1 (1) a)	Anlagen zur Beseitigung oder Verwertung fester, flüssiger oder gasförmiger Abfälle mit brennbaren Bestandteilen durch thermische Verfahren

- 6 -

Abstands-klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
IV	**500**	69	8.3 (1+2)	Anlagen zur thermischen Aufbereitung von Stahlwerksstäuben für die Gewinnung von Metallen oder Metallverbindungen im Drehrohr oder in einer Wirbelschicht
		70	8.5 (1+2)	Offene Anlagen zur Erzeugung von Kompost aus organischen Abfällen mit einer Durchsatzleistung von 3 000 Tonnen oder mehr Einsatzstoffen je Jahr (Kompostwerke) (s. auch lfd. Nr. 128)
		71	8.8 (2) 8.10 (2)	Anlagen zur physikalisch und/oder chemischen Behandlung von Abfällen mit einer Durchsatzleistung von 10 Tonnen bis weniger als 50 Tonnen Einsatzstoffen je Tag auch soweit nicht genehmigungsbedürftig (s. auch lfd. Nr. 34)
		72	8.9 (1) a) + b) 8.9 (2) a)	a) Anlagen zum Zerkleinern von Schrott durch Rotormühlen mit einer Nennleistung des Rotorantriebes von 100 Kilowatt oder mehr b) Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von Eisen- oder Nichteisenschrotten, einschließlich Autowracks, mit einer Gesamtlagerfläche von 15 000 Quadratmeter oder mehr oder einer Gesamtlagerkapazität von 1 500 Tonnen Eisen- oder Nichteisenschrotten oder mehr
		73	8.12 (1+2) a) und b)	Offene Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von Abfällen mit einer Aufnahmekapazität von 10 Tonnen oder mehr je Tag oder einer Gesamtlagerkapazität von 100 Tonnen oder mehr
		74	8.13 (1+2)	Offene Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von Schlämmen mit einer Aufnahmekapazität von 10 Tonnen oder mehr je Tag oder einer Gesamtlagerkapazität von 150 Tonnen oder mehr
		75	8.14 (1+2) a) und b)	Offene Anlagen zum Lagern von Abfällen soweit in diesen Anlagen Abfälle vor deren Beseitigung oder Verwertung jeweils über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr gelagert werden
		76	8.15 (1+2) a) und b)	Offene Anlagen zum Umschlagen von Abfällen mit einer Leistung von 100 Tonnen oder mehr je Tag, ausgenommen Anlagen zum Umschlagen von Erdaushub oder von Gestein, das bei der Gewinnung oder Aufbereitung von Bodenschätzen anfällt
		77	9.11 (2)	Offene oder unvollständig geschlossene Anlagen zum Be- oder Entladen von Schüttgütern, die im trockenen Zustand stauben können, soweit 400 Tonnen Schüttgüter oder mehr je Tag bewegt werden; dies gilt auch für saisonal genutzte Getreideannahmestellen. Anlagen zum Be- oder Entladen von Erdaushub oder von Gestein, das bei der Gewinnung oder Aufbereitung von Bodenschätzen anfällt, sind ausgenommen
		78	-	Abwasserbehandlungsanlagen für mehr als 100 000 EW (s. auch lfd. Nr. 143)
		79	-	Oberirdische Deponien (*)
		80	-	Autokinos (*)

Anlage 3: Protokoll Artenschutzprüfung (ASP)

KREIS WARENDORF Der Landrat

Online Antragssystem der Kreisverwaltung Warendorf

Protokoll einer Artenschutzprüfung Formular A

Anlage 2 - Protokoll einer Artenschutzprüfung (ASP)

Plan/Vorhaben (Bezeichnung): Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße/Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum)	
Plan-/Vorhabenträger (Name): Stadt Beckum	Antragstellung (Datum): 01.04.2026
Kurze Beschreibung des Plans/Vorhabens (Ortsangabe, Ausführungsart, relevante Wirkfaktoren); ggf. Verweis auf andere Unterlagen. Im Beckumer Gewerbepark Grüner Weg wird der Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße/Grüner Weg“, 1. Änderung geändert. Der Änderungsbereich ist als „Fläche für den Gemeinbedarf“ festgesetzt und stellt das ehemalige Entwicklungs- und Gründungszentrum (EGZ) Beckums dar. Die Art der baulichen Nutzung wird neu festgesetzt und in ein Gewerbegebiet überführt, da die Nutzung des dort befindlichen Gebäudebestands nicht den Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplan entspricht. Zudem befindet sich auf einem Teil der festgesetzten „Fläche für den Gemeinbedarf“ Baumbestand sowie der renaturierte Rattbach, der nicht dem festgesetzten Gewässerverlauf im rechtskräftigen Bebauungsplan entspricht.	
Ist es möglich, dass bei FFH-Anhang IV-Arten oder europäischen Vogelarten die Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG bei Umsetzung des Plans bzw. Realisierung des Vorhabens ausgelöst werden? ☐ ja ☑ nein	
Kurze Begründung warum keine Verbote durch das Vorhaben ausgelöst werden; ggf. Verweis auf andere Unterlagen. Verweis auf Kapitel 8 "Belange des Umweltschutzes"	

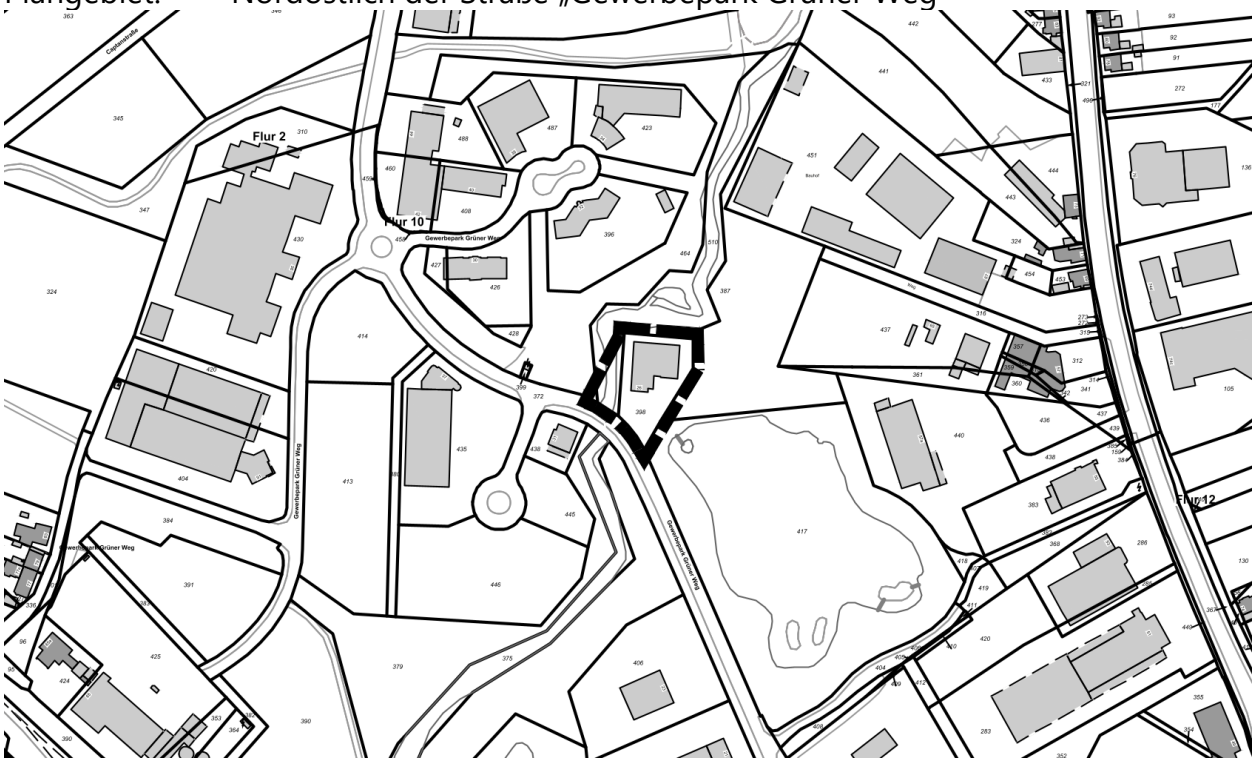
Ort, Datum	Unterschrift

TOP Ö 15

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum)

Plangebiet: Nordöstlich der Straße „Gewerbepark Grüner Weg“



Übersichtsplan ohne Maßstab
Lizenz: Datenlizenz Deutschland – Zero – Version 2.0

Begründung

Verfahrensstand: **Satzung gemäß § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch**

Verfasser:
Stadt Beckum
Fachdienst Stadtplanung und Wirtschaftsförderung
Weststraße 46
59269 Beckum
02521 29-0
02521 2955-199 (Fax)
stadt@beckum.de

Stand: 27. August 2026

STADT BECKUM

DER BÜRGERMEISTER
www.beckum.de

Kontaktdaten:

Stadt Beckum
Fachdienst Stadtplanung
und Wirtschaftsförderung
Weststraße 46
59269 Beckum

02521 29-0
02521 2955-199 (Fax)
stadt@beckum.de

Inhaltsverzeichnis

I Begründung zum Bauleitplan 1

1 Räumlicher Geltungsbereich 1

2 Planungsanlass, Ziele und Zweck der Planung 2

3 Beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB 2

4 Planungsrechtliche Situation 3

4.1 Vorgaben der Raumordnung und der Landesplanung 3
4.2 Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan 4
4.3 Aktuelles Planungsrecht / Rechtsgrundlage gemäß Baugesetzbuch 5
4.4 Landschaftsplan 6
4.5 Schutzgebiete und schutzwürdige Bereiche 6

5 Bestandsbeschreibung / Städtebauliche Ausgangssituation 6

6 Planungsrechtliche Festsetzungen 7

6.1 Art der baulichen Nutzung 7
6.2 Maß der baulichen Nutzung 10
6.3 Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen 12
6.4 Geh-, Fahr- und Leitungsrechte 12
6.5 Bauliche Maßnahmen für den Einsatz erneuerbarer Energien 13
6.6 Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern 13
6.7 Flächen, unter denen der Bergbau umgeht oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind 14
6.8 Örtliche Bauvorschriften und Belange des Orts- und Landschaftsbilds 14

7 Belange der Erschließung 16

7.1 Verkehr 16
7.2 Ver- und Entsorgung 16

8 Belange des Umweltschutzes 17

8.1 Umweltbelange 17
8.2 Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung 18
8.3 Artenschutz 19
8.4 Wiederherstellungsverordnung 20
8.5 Überschwemmungs- und Hochwasserschutz 21
8.6 Bodenschutz 23

9 Umsetzung der Bauleitplanung 23

9.1 Flächenbilanz 23

10 Hinweise 24

II Anlagen 28

Anlage 1: Zeichnerische Vorher-Nachher-Darstellung der Anpassung im Wege einer Berichtigung des Flächennutzungsplanes der Stadt Beckum 28

Anlage 2: Abstandsliste 2007 (Fassung vom 06. Juni 2007)..... 29

Anlage 3: Protokoll Artenschutzprüfung (ASP)..... 35

I Begründung zum Bauleitplan

1 Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) befindet sich im Zentrum des Gewerbeparks Grüner Weg. Der 2242,23 Quadratmeter große Änderungsbereich umfasst das Flurstück 398 und teilweise die Flurstücke 464 und 510 der Flur 10 in der Gemarkung Beckum (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Räumlicher Geltungsbereich des Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum)
Lizenz: Datenlizenz Deutschland – Zero – Version 2.0

Der Geltungsbereich wird im Westen und Norden von einem vorhandenen Baumbestand eingefasst, durch den der Rattbach von Süd nach Nord verläuft. Östlich schließt sich weiterer Baumbestand an, während im Südosten ein Grundwassersee liegt. Im Süden wird der Geltungsbereich durch die Straße „Gewerbepark Grüner Weg“ begrenzt.

2 Planungsanlass, Ziele und Zweck der Planung

Der Änderungsbereich ist im Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung (rechtskräftig seit dem 29. November 1994) als „Fläche für den Gemeinbedarf“ festgesetzt und stellt das ehemalige Entwicklungs- und Gründungszentrum (EGZ) Beckums dar. Die Nutzung des dort befindlichen Gebäudebestands ist jedoch durch gewerbliche statt gemeinschaftlicher Nutzung geprägt. Zudem befindet sich auf einem Teil der festgesetzten „Fläche für den Gemeinbedarf“ Baumbestand sowie der renaturierte Rattbach, der nicht dem festgesetzten Gewässerverlauf im rechtskräftigen Bebauungsplan entspricht.

Ziel der Änderung ist, eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu gewährleisten und die Funktionsfähigkeit des Gewerbestandorts langfristig zu sichern. Vor diesem Hintergrund soll die Art der baulichen Nutzung neu festgesetzt und in ein Gewerbegebiet überführt werden. Mit der Festsetzung als Gewerbegebiet wird die bestehende Nutzung rechtlich gesichert und zugleich eine sinnvolle Ergänzung zu den umliegend ausgewiesenen gewerblichen Bauflächen geschaffen.

3 Beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB

Gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) besteht unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, Bebauungspläne der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren aufzustellen, zu ändern oder zu ergänzen.

Die Voraussetzungen zur Anwendung des § 13a Absatz 1 BauGB werden im Rahmen der Bebauungsplanänderung erfüllt. Der Änderungsbereich liegt innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils und ist damit dem Innenbereich im Sinne des § 34 BauGB zuzuordnen. Es handelt sich um eine bereits städtebaulich geprägte Fläche, die Bestandteil der vorhandenen Siedlungsstruktur ist. Die zu überplanende Fläche weist eine Grundstücksgröße von 2242,23 Quadratmetern auf und unterschreitet damit die in § 13a Absatz 1 Nummer 1 BauGB genannte Schwelle. Durch die Bebauungsplanänderung wird nicht die Zulässigkeit eines Vorhabens begründet, das einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) oder nach Landesrecht unterliegt. Zudem bestehen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Absatz 6 Nummer 7 Buchstabe b BauGB genannten Schutzgüter, wie etwa Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH-Gebiete) oder europäische Vogelschutzgebiete (Natura 2000). Ebenso sind keine Belange gemäß § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) berührt. Es bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass im Plangebiet Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen im Sinne der Störfallverordnung zu beachten wären.

Im beschleunigten Verfahren kann von der Umweltprüfung gemäß § 2 Absatz 4 BauGB, von dem Umweltbericht gemäß § 2a BauGB und von der Angabe gemäß § 3 Absatz 2 Satz 4 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, abgesehen werden. Der § 4c BauGB zur „Überwachung“ der erheblichen Umweltauswirkungen ist nicht anzuwenden. Ebenso kann auf die frühzeitige Beteiligung

der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 BauGB und der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB abgesehen werden.

4 Planungsrechtliche Situation

4.1 Vorgaben der Raumordnung und der Landesplanung

Bauleitpläne sind gemäß § 1 Absatz 4 BauGB den Zielen der Raumordnung anzupassen. Rechtliche Grundlage sind die Ziele des Landesentwicklungsplans des Landes Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) sowie die Ziele und Grundsätze des Regionalplans Münsterland.

Die Stadt Beckum wird im zeichnerischen Teil des LEP NRW als Mittelzentrum festgelegt. Der Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) befindet sich im dargestellten Siedlungsraum. Gemäß den textlichen Festsetzungen des LEP NRW werden die festgelegten Ziele für den Siedlungsraum „Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung“ (Ziel 6.1-1) und „Keine bandartigen Entwicklungen und Splittersiedlungen“ (Ziel 6.1-4) erfüllt. Da es sich um eine Bebauungsplanänderung im Bestand handelt, werden keine zusätzlichen Freiraum- oder Landwirtschaftsflächen in Anspruch genommen. Vielmehr erfolgt eine Anpassung der planungsrechtlichen Festsetzungen an die vorhandene Bebauung.

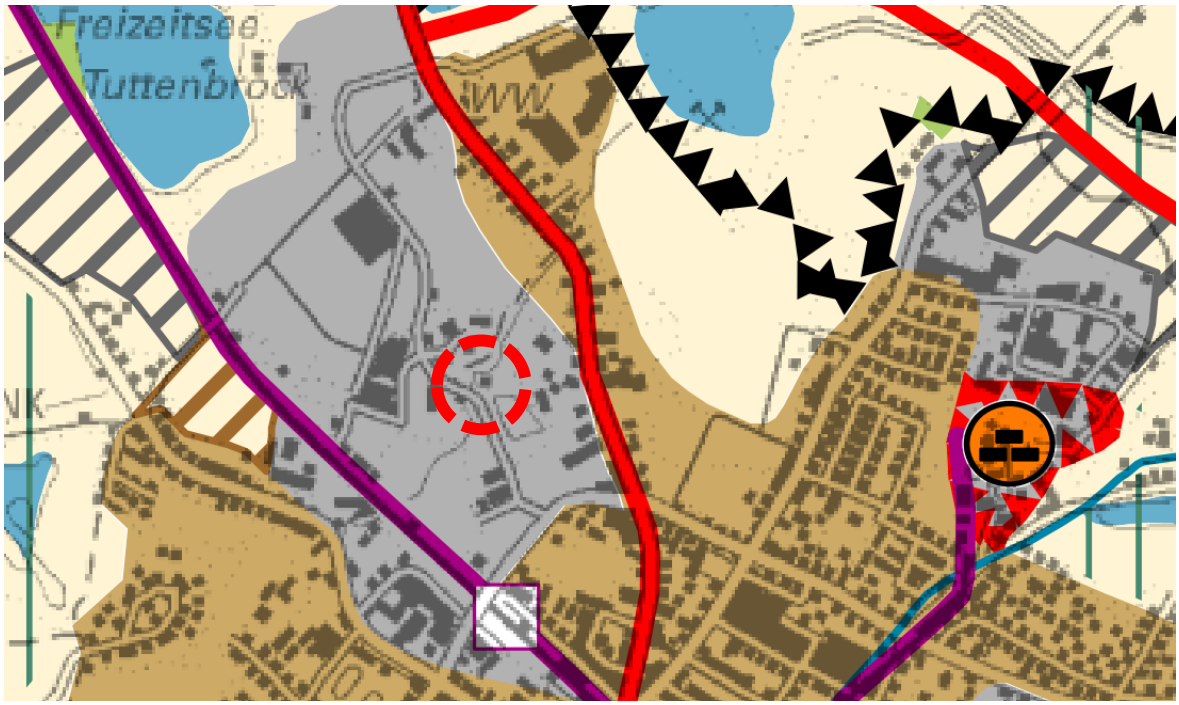


Abbildung 2: Ausschnitt Regionalplan Münsterland, unmaßstäblich

Im Regionalplan Münsterland des Regierungsbezirks Münster (wirksam seit April 2025) liegt der Änderungsbereich im „Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB)“ (siehe Abbildung 2). Die Änderung entspricht somit den im Regional

Münsterland dargestellten Zielen der Raumordnung und erfüllt die Anforderungen des Anpassungsgebots gemäß § 1 Absatz 4 BauGB.

Die Planung ist damit mit den Zielen der Raumordnung vereinbar und entspricht den Vorgaben des LEP NRW sowie des Regionalplans Münsterland.

4.2 Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan

Im Flächennutzungsplan der Stadt Beckum (wirksam seit Juli 2003) wird die Fläche des Änderungsbereichs als Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Parkanlage“ dargestellt (siehe Abbildung 3). Darüber hinaus ist sie als „Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft“ gemäß § 5 Absatz 2 Nummer 10 BauGB gekennzeichnet. Im nördlichen Teil sowie im Südwesten des Änderungsbereichs sind gewerbliche Bauflächen dargestellt. Südöstlich befindet sich eine Umgrenzung der Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdeten Stoffen belastet sind. Des Weiteren ist im Westen eine Umgrenzung der Flächen, unter denen der Bergbau umgeht oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind (Bereiche des ehemaligen oberflächennahen Strontianit-Abbaus) abgebildet.

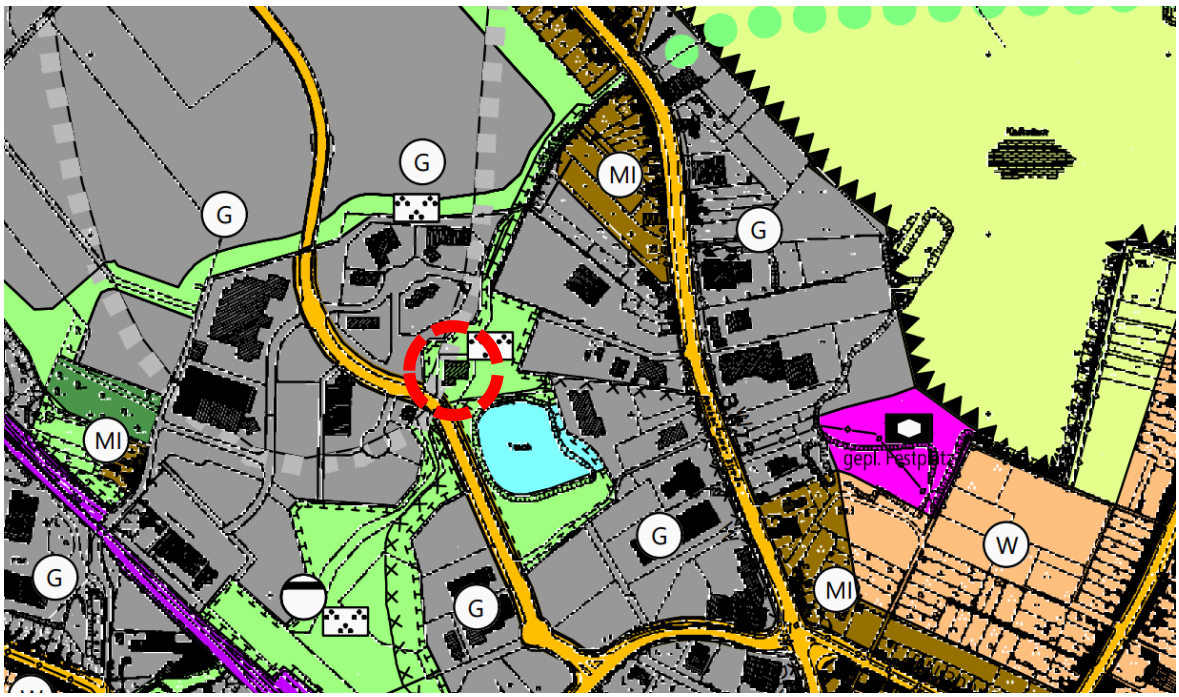


Abbildung 3: Ausschnitt Flächennutzungsplan der Stadt Beckum, unmaßstäblich

Die in der Bebauungsplanänderung beabsichtigte Festsetzung eines „Gewerbegebiets“ ist somit nicht gemäß § 8 Absatz 2 BauGB aus der Darstellung des Flächennutzungsplans entwickelbar. Jedoch stellt der Flächennutzungsplan gemäß § 5 Absatz 1 Satz 1 BauGB die städtebauliche Entwicklung der Gemeinde lediglich in den Grundzügen dar. Es ist zu beachten, dass er keine parzellenscharfen Darstellungen enthält. Darüber hinaus kann im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Absatz 2 Nummer 2 BauGB ein Bebauungsplan, der von Darstellungen des Flächennutzungsplans abweicht, auch aufgestellt werden, bevor der Flächennutzungsplan geändert oder ergänzt ist. Dabei darf die geordnete städtebauliche Entwicklung des

Gemeindegebiets nicht beeinträchtigt werden. Der Flächennutzungsplan ist im Wege der Berichtigung anzupassen. Dem Entwicklungsgebot des § 8 Absatz 2 BauGB kann somit entsprochen werden.

Die zeichnerische Vorher-Nachher-Darstellung der Anpassung im Wege der Berichtigung befindet sich im Anhang dieser Begründung (Anlage 1).

4.3 Aktuelles Planungsrecht / Rechtsgrundlage gemäß Baugesetzbuch

Der Änderungsbereich liegt im Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung, welcher seit dem 29. November 1994 rechtskräftig ist.

Im rechtskräftigen Bebauungsplan wird der Änderungsbereich als „Fläche für den Gemeinbedarf“, insbesondere für sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen der Gemeinschaftsinfrastruktur festgesetzt (siehe Abbildung 4). Nördlich wird zudem ein Teil als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft sowie für die Anlage von Gehölzstrukturen festgesetzt. Zur Sicherung der Durchgrünung und zur ökologischen Aufwertung des Plangebiets wurden Pflanzgebote für Bäume I. Ordnung sowie die Anlage variabler Grünflächen auf privaten Grundstücken festgelegt. Weiterhin ist der Bereich eines ehemaligen Steinbruchs im Plangebiet gekennzeichnet. Ergänzend dazu erfolgte eine Kennzeichnung der Flächen, in denen mit Eingriffen in Natur und Landschaft zu rechnen ist.

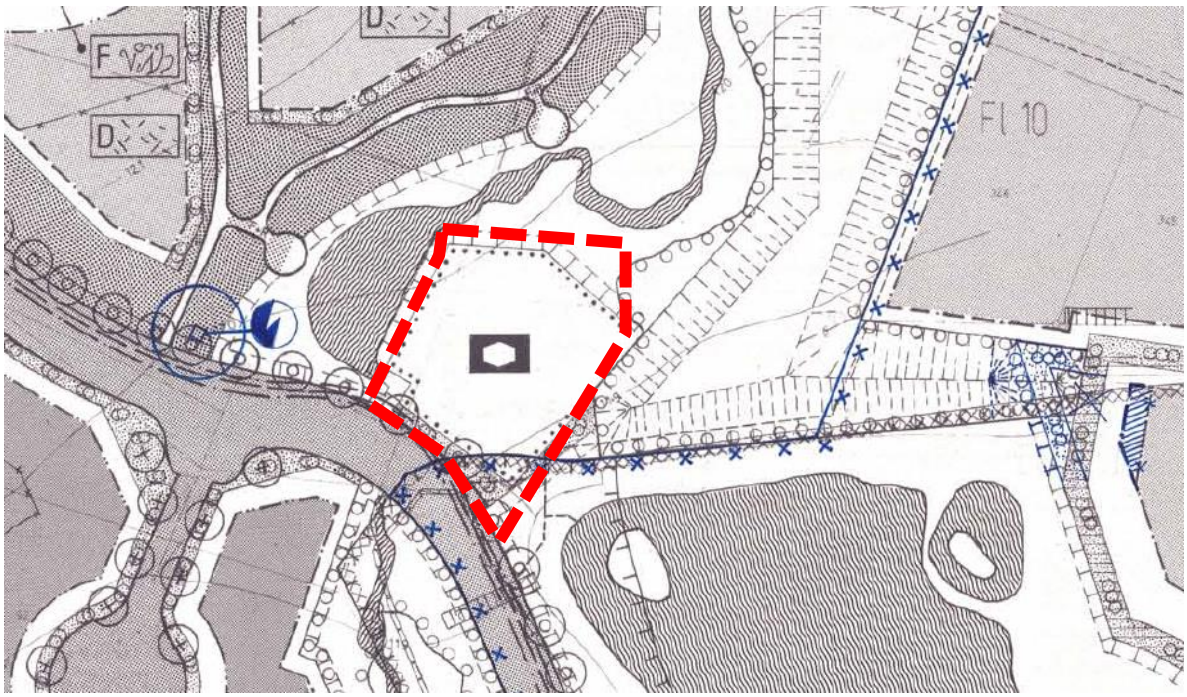


Abbildung 4: Ausschnitt rechtskräftiger Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung, unmaßstäblich

Da die Bestandssituation der Fläche nicht den Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“,

1. Änderung entspricht und eine langfristige gewerbliche Nutzung der Fläche städtebaulich angestrebt wird, ist eine Änderung des Bebauungsplans erforderlich.

4.4 Landschaftsplan

Der Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) liegt außerhalb des für das Beckumer Stadtgebiet gültigen Landschaftsplans des Kreises Warendorf (rechtskräftig seit Februar 1997). Eine Konsequenz für die Planung ergibt sich folglich nicht.

4.5 Schutzgebiete und schutzwürdige Bereiche

Im Rahmen der Bebauungsplanänderung sind keine der in § 20 Absatz 2 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) aufgeführten Schutzgebiete (Naturschutzgebiet, Nationalpark oder Nationales Naturmonument, Biosphärenreservat, Landschaftsschutzgebiete, Naturpark, Naturdenkmal oder geschützter Landschaftsbestandteil) berührt. Auch Wasserschutzgebiete liegen nicht im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum). Ebenso werden Natura 2000 Gebiete – Vogelschutzgebiete und Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH-Gebiete) – von der Bebauungsplanänderung nicht beeinträchtigt.

5 Bestandsbeschreibung / Städtebauliche Ausgangssituation

Der Änderungsbereich liegt zentral innerhalb des Gewerbeparks „Grüner Weg“ und ist in ein überwiegend gewerblich geprägtes Umfeld eingebettet. Es wird im Westen und Norden durch einen vorhandenen, zusammenhängenden Baumbestand eingefasst, innerhalb dessen der Rattbach in Nord-Süd-Richtung verläuft. Östlich des Änderungsbereichs schließt weiterer Baumbestand an, während sich im südöstlichen Bereich ein Grundwassersee befindet. Die südliche Grenze des Geltungsbereichs bildet die Straße „Gewerbepark Grüner Weg“.

Innerhalb des Änderungsbereichs befindet sich derzeit ein gewerblich genutztes Gebäude mit zugehörigem Parkplatz. Ergänzend sind Baum- und Grünstrukturen vorhanden, die das Gebiet teilweise gliedern und in die umgebenden Freiräume überleiten. Die verkehrliche Erschließung erfolgt über die Straße „Gewerbepark Grüner Weg“. Eine übergeordnete Verkehrsanbindung ist durch die Nähe zur Bundesautobahn A2 gegeben, deren Anschlussstelle sich in einer Entfernung von etwa 1,50 Kilometern befindet.

Die nähere Umgebung ist überwiegend durch Gewerbe- und Industrieflächen geprägt. Diese werden stellenweise durch Grünstrukturen aufgelockert.

6 Planungsrechtliche Festsetzungen

Mit der Änderung des Bebauungsplans soll die heute obsolete Festsetzung „Fläche für den Gemeinbedarf“ zu einem „Gewerbegebiet“ den Bestand planungsrechtlich sichern und an gegenwärtige Bedürfnisse anpassen. Darüber hinaus werden bestehende Grünstrukturen langfristig gesichert.

6.1 Art der baulichen Nutzung

Auf Grundlage des Baugesetzbuchs (BauGB) und der Baunutzungsverordnung (BauNVO) wird im Bebauungsplan ein Gewerbegebiet (GE) gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 8 BauNVO festgesetzt.

Gewerbegebiete dienen vorwiegend der Unterbringung von nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben.

<u>Abstandsklassen</u>

Das festgesetzte Gewerbegebiet (GE) wird gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Absatz 4 BauNVO nach Betriebsarten gegliedert. Zur Sicherstellung eines angemessenen Schutzes der umliegenden Wohnbebauung vor Belästigungen durch Gerüche, Lärm oder andere Emissionen werden im Rahmen der Bauleitplanung Gliederungsbereiche festgelegt. Grundlage für die Bemessung erforderlicher Abstände bildet die Abstandsliste 2007 (Fassung vom 06. Juni 2007).

Im festgesetzten Gewerbegebiet (GE) sind Anlagen der **Abstandsklassen I bis V** und Anlagen mit ähnlichem Emissionsverhalten im Gewerbegebiet unzulässig. Die aufgenommene Gliederung nach Abstandsklassen orientiert sich an den Regelungen des Ursprungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung. Somit bleibt der Schutz für angrenzende Wohnbebauungen erhalten und Immissionskonflikte werden vorgebeugt.

Gemäß § 31 Absatz 1 BauGB sind ausnahmsweise Betriebe der jeweils nächst niedrigen Abstandsklassen zulässig, wenn sie in ihrem Emissionsverhalten den Betrieben der zulässigen Abstandsklassen entsprechen. Durch eine Ausnahmeregelung können Anlagen der jeweils nächst niedrigen Abstandsklassen der Abstandsliste 2007 als Ausnahme zugelassen werden, wenn sie durch technische oder organisatorische Maßnahmen nachweislich in ihrem Emissionsverhalten den Betrieben der zulässigen Abstandsklassen entsprechen. Da das Ziel der Gliederung ein immissionsschutzorientiertes Ergebnis an den betroffenen Wohngebäuden ist, trägt diese Ausnahmeregelung dazu bei, Härte- oder Grenzfälle zu vermeiden.

Es wird ausdrücklich Bezug auf den Abstandserlass NRW mit Abstandsliste (Anlage 2) in der oben genannten Fassung aus 2007, die hiermit Bestandteil des Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) ist, genommen. Nach der bisherigen Rechtsprechung ist eine zusätzliche Aufnahme der Abstandsliste in das Planwerk nicht erforderlich, soweit der eindeutige Bezug auf die jeweils geltende Fassung und den Fundort der Abstandsliste gegeben ist.

Die Vorgehensweise berücksichtigt das Trennungsgebot unverträglicher Nutzungen nach § 50 BImSchG. Eine grundsätzliche Wohnverträglichkeit der vorbereiteten, gewerblichen Nutzung wird damit gesichert. Gleichzeitig verbleiben noch ausreichende Spielräume für betriebliche Entwicklungen.

Unzulässige und ausnahmsweise zulässige Nutzungen

Das Plangebiet soll insgesamt entsprechend der planerischen Zielvorstellungen und den Festsetzungen des Ursprungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung vor allem für produzierende und verarbeitende Betriebe vorgehalten werden. Vor diesem Hintergrund sowie zum Schutz des Gebietscharakters, der Sicherung der städtebaulichen Qualität und der Förderung einer nachhaltigen Gebietsentwicklung werden einzelne Nutzungen und Ausnahmemöglichkeiten, die dieser Zielsetzung widersprechen, im vorliegenden Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) ausgeschlossen. In diesem Rahmen werden folgende Festsetzungen getroffen:

a. Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Absatz 5 und 9 BauNVO wird festgesetzt, dass **Einzelhandelsbetriebe** gemäß § 8 Absatz 2 Nummer 1 BauNVO nicht zulässig sind.

   Entsprechend dem Einzelhandelskonzept der Stadt Beckum (Leitsatz III) sind Gewerbe- und Industriegebiete, die keine Einzelhandelsvorprägung aufweisen, grundsätzlich von Einzelhandel freizuhalten. Dies dient maßgeblich der weiteren Verfügbarkeit von Gewerbeflächen.

   Abweichend von der vorstehenden Regelung sind im festgesetzten Gewerbegebiet (GE) ausnahmsweise an den Endverbraucher gerichtete Verkaufsstellen zulässig, die in unmittelbarem betrieblichem Zusammenhang mit den Betrieben stehen und baulich untergeordnet sind (Annexhandel). Eine maximale Verkaufsfläche von 100,00 Quadratmetern darf nicht überschritten werden.

   Durch diese Regelung wird ein untergeordneter Verkauf handwerksbezogener Waren ermöglicht, um Betrieben, deren betrieblicher Charakter einen solchen Warenverkauft umfasst, einen angemessenen Handlungsspielraum einzuräumen und nicht nötige Einschränkungen zu vermeiden. Die Festsetzung orientiert sich zudem an den Vorgaben des Ursprungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung. Sie leistet einen angemessenen Beitrag dazu, Einzelhandelsnutzungen in die dafür im städtischen Einzelhandelskonzept vorgesehenen Bereiche zu lenken und gleichzeitig die Flächen des Gewerbegebiets für produzierende und verarbeitende Betriebe vorzubehalten. Mit der zahlenmäßigen Begrenzung der Verkaufsfläche für den Annexhandel soll die untergeordnete Stellung dieser Nutzung gegenüber dem jeweiligen Hauptbetrieb sichergestellt werden. Da die betroffenen Betriebe in der Regel über eine größere Betriebsfläche als die festgelegten 100,00 Quadratmetern verfügen, wird diese Begrenzung der Verkaufsfläche als sachgerecht und verhältnismäßig angesehen.

b. Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Absatz 5 und 9 BauNVO wird festgesetzt, dass **offene Lagerplätze** gemäß § 8 Absatz 2 Nummer 1 BauNVO in den an der Begrenzungslinie zur öffentlichen Verkehrsfläche gelegenen überbaubaren und nichtüberbaubaren Grundstücksflächen nicht zulässig sind.

   Die Festsetzung wird aus dem Ursprungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung übernommen, sodass weiterhin das Erscheinungsbild des Gewerbeparks zu den öffentlichen Verkehrsflächen hin gesichert und den Zielen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung am gewerblich Gesamtstandort Rechnung getragen wird.

c. Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Absatz 5 und 9 BauNVO wird festgesetzt, dass **Tankstellen** gemäß § 8 Absatz 2 Nummer 3 BauNVO nicht zulässig sind.

   Der Ausschluss wird aus dem Ursprungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung übernommen. Ziel der Bebauungsplanänderung ist, ein funktionsfähiges strukturiertes Gewerbegebiet zu entwickeln, das vorrangig der Ansiedlung produktionsorientierter Betriebe sowie typischer Gewerbebetriebe dient. Tankstellen stellen demgegenüber eine verkehrsintensive Nutzung dar, die häufig eine höhere Kundenzugänglichkeit sowie eine besondere verkehrliche Erschießung erfordert. Solche Anforderungen sind im Plangebiet nicht vereinbar und würden zu einer unverhältnismäßigen Belastung führen.

d. Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Absatz 6 BauNVO wird festgesetzt, dass **Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind** gemäß § 8 Absatz 3 Nummer 1 BauNVO nicht zulässig sind.

   Bereits im Ursprungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung wurde diese Festsetzung aufgrund der Ergebnisse der Altlastengefährdungseinschätzung vorgenommen. Damit sollten zukünftige gewerbliche Ansiedlungen und die damit verbundenen Probleme des Immissionsschutzes von Betriebswohnungen verhindert werden. Des Weiteren ist eine Betriebsleiterwohnung im Gewerbegebiet gemäß § 8 Absatz 3 Nummer 1 BauNVO nur ausnahmsweise zulässig, wenn sie dem Betrieb zugeordnet und ihm gegenüber untergeordnet ist. Dabei erweist sich der Umgang mit solchen Wohnflächen im Falle eines Betriebsumzugs als problematisch, da die Wohnflächen nicht unabhängig vom Betrieb genutzt werden können und deren Umnutzung oder Verwertung oftmals schwierig und mit erheblichem Aufwand verbunden ist. Zudem widerspricht die Zulässigkeit einer Wohnung in unmittelbarer Nähe zum hier umliegenden Industriegebiet dem Trennungsgebot des § 50 BImSchG, welcher Wohn- und Industrienutzung trennen soll. Dies zusammen kann die Flexibili-

tät und Entwicklungsmöglichkeiten des Gewerbegebiets eischränken und stellt einen weiteren Grund für die Festsetzung dar.

e. Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB wird festgesetzt, dass **Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke** gemäß § 8 Absatz 3 Nummer 2 BauNVO ausnahmsweise zulässig sind.

   Die ausnahmsweise Zulässigkeit ermöglicht eine funktionale Durchmischung und berücksichtigt ergänzende infrastrukturelle Angebote innerhalb des Gewerbegebiets. Zugleich wird im Rahmen des Genehmigungsverfahrens eine städtebauliche Einzelprüfung ermöglicht, sodass sichergestellt werden kann, das entsprechende Nutzungen sowohl hinsichtlich ihres Umfangs als auch ihrer städtebaulichen Einbindung und verkehrlichen Auswirkung mit der gewerblich geprägten Nutzung des Gebiets vereinbar sind und dessen Funktionsfähigkeit nicht beeinträchtigen. Die Möglichkeit einer Ausnahme entspricht somit dem planerischen Ziel, einerseits die vorrangige gewerbliche Nutzung zu sichern, andererseits aber eine sinnvolle Flexibilität für ergänzende gemeinwohlwohlorientierte Einrichtungen zu schaffen, sofern sich diese städtebaulich einfügen und keine Nutzungskonflikte hervorrufen.

f. Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Absatz 6 BauNVO wird festgesetzt, dass **Vergnügungsstätten jeglicher Art**, Kinos sowie Bordelle und ähnliche auf sexuelle Handlungen ausgerichtete Betriebe (Eros-Center, Peepshows, Privatclubs, Dirnenunterkünfte und ähnliche) gemäß § 8 Absatz 3 Nummer 3 BauNVO nicht zulässig sind.

   Diese sind im gesamten Plangebiet unzulässig, da sie dem städtebaulichen Ziel, das Gewerbegebiet vorrangig für Betriebe des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes sowie dienstleistungsorientierte Nutzungen vorzuhalten, nicht gerecht werden. Sie dienen typischerweise nicht der Förderung gewerblicher Strukturen im engeren Sinne und führen häufig zu einer gebietsentfremden Prägung, die mit dem angestrebten funktionalen Charakter des Gebiets nicht vereinbar ist. Zudem kann aufgrund ihrer äußerlichen Erscheinung und Nutzungsauswirkungen ein negativer Einfluss auf das Stadt- und Straßenbild ausgeübt werden und damit das planerische Ziel eines geordneten, städtebaulich integrierten und zukunftsfähigen Gewerbestandorts gefährden. Es besteht insbesondere die Gefahr städtebaulich unerwünschte Konzentrationen sowie eines sogenannten „Trading-Down“-Effekts, der sowohl das Plangeiet selbst als auch die nähere Umgebung negativ beeinflussen kann.

6.2 Maß der baulichen Nutzung

Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 16 und 18 BauNVO werden die Grundflächenzahl und die Höhe baulicher Anlagen festgesetzt.

Nutzungsmaße orientieren sich im Wesentlichen an den Festsetzungen des Ursprungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“,

1. Änderung. Mit der Zielsetzung eine Einbindung in das städtebauliche Umfeld zu gewährleisten, wird dieses Vorgehen für sinnvoll und vertretbar erachtet.

Grundflächenzahl

Die Grundflächenzahl (GRZ) gibt an, wie viel Quadratmeter Grundfläche je Quadratmeter Grundstücksfläche zulässig sind.

Insgesamt wird für das Plangebiet eine zulässige GRZ von 0,8 festgesetzt. Dies ist gemäß § 17 BauNVO der Orientierungswert für die Obergrenze zur Bestimmung des Maßes der baulichen Nutzung für Gewerbegebiete. Die Vorgaben lassen somit eine angemessene Nutzbarkeit der Grundfläche im Sinne des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden zu.

Höhe baulicher Anlagen

Zur Sicherung einer städtebaulich verträglichen Einfügung in das bestehende Orts- und Landschaftsbild werden differenzierte Höhenbegrenzungen für bauliche Anlagen festgelegt.

Die Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen erfolgt mittels Festsetzung der höchsten Gebäudehöhe (HGH) in der Planzeichnung. Diese wird definiert als obere Kante der Attika. Als Attika gilt die wandartige Erhöhung der Außenwand über den Dachrand hinaus. Als oberer Bezugspunkt gilt der oberste Abschluss der aufgehenden Außenwand (Oberkante Attika).

Die höchste Gebäudehöhe (HGH) von 12,00 Metern darf nicht überschritten werden. Die höchste Gebäudehöhe (HGH) kann nur durch technische Anlagen und Aufbauten (zum Beispiel Antennen, Solaranlagen, Lüftungs- und Klimaanlagen) um maximal 2,00 Meter überschritten werden. Dabei sind Schornsteine von den Festsetzungen zur Höhe baulicher Anlagen ausgenommen.

Die Bezugshöhe für die höchste Gebäudehöhe (HGH) bemisst sich im Verhältnis zur mittleren Höhenlage der für das jeweilige Baugrundstück maßgeblichen anbaufähigen Verkehrsfläche. Die Höhenlage der maßgeblichen anbaufähigen Verkehrsfläche wird über die Höhe der Fahrbahnmitte der nächstgelegenen Fahrbahn gemessen.

Bereits im Bebauungsplan Nummer 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung ist diese höhenmäßige Begrenzung der Gewerbebetriebe sowie eine mögliche Überschreitung enthalten. Dabei stellt die Gebäudehöhe ein maßgebendes städtebauliches Gestaltungskriterium dar. Demzufolge wurde auf die Festlegung der Geschossigkeit überwiegend verzichtet. Des Weiteren werden bei der Ausführung von Gebäuden mit Flachdächern die Dachflächen häufig für untergeordnete Bauteile wie Technikaufbauten (zum Beispiel Lüftungs- oder Klimaanlagen) genutzt. Für diese kann aus Gründen der Flexibilität eine Überschreitung zugelassen werden.

6.3 Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 2 BauGB in Verbindung mit § 22 und 23 BauNVO werden die Bauweise und die überbaubare Grundstücksfläche festgesetzt.

Mit der Festsetzung der Bauweise sowie der überbaubaren Grundstücksflächen werden die städtebauliche Ordnung, Funktionsfähigkeit und Verträglichkeit gesteuert.

Bauweise

Im Gewerbegebiet (GE) ist eine offene Bauweise zulässig.

Durch die offene Bauweise ist eine funktionale, flexible und gebietsverträgliche gewerbliche Nutzung möglich. Sie ermöglicht eine anpassungsfähige Grundstücksnutzung, etwa durch die Platzierung von Anbauten, Laderampen oder Lagerflächen ohne starre Gebäudestellung.

Überbaubare Grundstücksflächen

Die Festsetzung der überbaubaren Grundstücksfläche erfolgt durch Baugrenzen in der Planzeichnung.

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind so bemessen, dass der bauliche Bestand mit Erweiterungsmöglichkeiten erfasst wird. Entlang der seitlichen und hinteren Grundstücksgrenzen ist jeweils ein mindestens 1,00 Meter breiter Grünstreifen zu versehen, der mit standortgerechten heimischen Bäumen oder Sträuchern zu begrünen und dauerhaft zu erhalten ist.

6.4 Geh-, Fahr- und Leitungsrechte

Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 21 und Absatz 6 BauGB wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht auf dem Gewerbegebiet (GE) zugunsten der Stadt Beckum sowie der Ver- und Entsorgungsträger festgesetzt. Das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht ist der Planzeichnung zu entnehmen.

Im Gewerbegebiet (GE) verläuft der Regenwasserkanal/Entlastungkanal für die entwässerungstechnische Erschließung des rechtskräftigen Bebauungsplans Nummer 15, 1 Änderung. Aufgrund der Umsetzung des ~~bestehenden~~ Grundwassersees I musste der bestehende Regenwasserkanal/Entlastungskanal ~~diese Kanalisation auf das Gewerbegebiet (GE)~~ verlegt werden. Dieser verläuft nun im südlichen Bereich des Grundstücks 398. Zur Sicherung und Erreichbarkeit der unterirdisch verlaufenden Ver- und Entsorgungsanlage wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht festgesetzt, sodass ~~dürfen~~ im Bereich des Geh-, Fahr- und Leitungsrechts keine baulichen Anlagen wie Hochbauten, Winkelsteine oder Bewuchs wie Hecken errichtet werden.

Eine Zugänglichkeit zur regelmäßigen Begehung, eine unregelmäßige Befahrung mit einem Lastkraftwagen mit 4 Tonnen Nutzlast und circa alle 5 Jahre mit einem Reinigungsfahrzeug mit 40 Tonnen Nutzlast ist sicherzustellen. Somit ist aufgrund der unterirdisch verlaufenden Ver- und Entsorgungsanlage eine dauerhafte Befahrbar-

keit im Bereich des Geh-, Fahr- und Leitungsrechts sicherzustellen. Bauliche Anlagen, die die Zugänglichkeit oder Befahrbarkeit beeinträchtigen könnten, sind unzulässig.

6.5 Bauliche Maßnahmen für den Einsatz erneuerbarer Energien

Gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 23 Buchstabe b BauGB werden Flächen für erneuerbare Energien festgesetzt.

Innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sind auf den nutzbaren Dachflächen Anlagen zur Nutzung der einfallenden solaren Strahlungsenergie (Photovoltaikmodule, Solarwärmekollektoren) mit einer Mindestgröße von 50 Prozent der Grundfläche des Gebäudes zu errichten (Solarmindestfläche). Von der Festsetzung können Ausnahmen zugelassen werden, wenn nachgewiesen wird, dass eine Solaranlage nicht wirtschaftlich betrieben werden kann.

Die Festsetzung entspricht der am 01. September 2022 vom Rat der Stadt Beckum beschlossenen Solarpflicht für Wohn- und Nichtwohngebäude. Entsprechend dem politischen Beschluss wird in der Festsetzung zudem eine Ausnahmemöglichkeit gemäß § 31 Absatz 1 BauGB aus wirtschaftlichen Gründen aufgenommen. Der Vorhabenträger kann von der Solarmindestfläche abweichen, wenn über die Amortisationszeit einer Solaranlage mit 50 Prozent der Grundfläche eine Unwirtschaftlichkeit nachgewiesen werden kann. Hier kann die übliche Nutzungszeit eines Gebäudes berücksichtigt werden.

6.6 Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern

Im westlichen Teil des Geltungsbereichs werden Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern festgesetzt. Vorhandene Grünstrukturen sind gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 25 Buchstabe b BauGB fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Abgehende Pflanzen sind spätestens in der nachfolgenden Vegetationsperiode zu ersetzen.

Mit der Festsetzung eines Pflanzgebots wird die Durchgrünung des Gewerbeparks Grüner Weg gewährleistet und zur Verbesserung des Mikroklimas, zur Förderung der Biodiversität sowie zur Staubbindung beigetragen. Darüber hinaus dient die Sicherung vorhandener Bäume und Sträucher dem Schutz ortsbildprägender Strukturen und unterstützt das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung.

Durch die Fläche mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern verläuft zudem der Rattbach. Bereits im Ursprungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung kam der Renaturierung des Rattbachs eine ökologische und stadtgestalterische Bedeutung zu. Diese Zielsetzung soll unverändert fortgeführt werden. Die ökologische Funktion umfasste insbesondere die Schaffung eines für Pflanzen und Tiere bedeutsamen Lebensraums, die Aufwertung der Situation im Hinblick auf den Wasserhaushalt sowie die Wahrnehmung klimatischer

Ausgleichsfunktionen in Verbindung mit den angrenzenden Freiflächen der Gewerbebetriebe. Zur Sicherung dieser Funktionen sind Eingriffe unzulässig, die den Verlauf des Bachs, seine ökologische Funktion oder die Ufervegetation beeinträchtigen. Die Festsetzung stellt damit sicher, dass die bereits im Ursprungsplan verfolgten ökologischen und stadtgestalterischen Zielsetzungen dauerhaft erhalten bleiben.

Maßnahmen zur Unterhaltung, Sanierung oder ökologischen Verbesserung des Gewässers und seiner Ufervegetation sind zulässig, soweit sie in Abstimmung mit der zuständigen Wasser- und Naturschutzbehörde durchgeführt werden.

6.7 Flächen, unter denen der Bergbau umgeht oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind

Die in der Planzeichnung gemäß § 9 Absatz 5 Nummer 2 BauGB gekennzeichnete Fläche, unter der der Bergbau umgeht oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt ist, wurde aus der Planzeichnung des Bebauungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung übernommen. Hierbei handelt es sich um einen ehemaligen Steinbruchbereich.

Durch die Kennzeichnung soll auf mögliche geologische Risiken hingewiesen und eine bewusste Behandlung dieser Bereiche ermöglicht werden. Zugleich stellt diese Festlegung sicher, dass entsprechende Schutzmaßnahmen getroffen und die planerische Eindeutigkeit gewahrt bleibt.

6.8 Örtliche Bauvorschriften und Belange des Orts- und Landschaftsbilds

Das Ziel gestalterischer Festsetzungen im Bebauungsplan ist, das Erscheinungsbild und die städtebauliche Qualität eines Gebiets gezielt zu steuern und zu sichern. Dabei geht es nicht nur um funktionale Aspekte der Bebauung (zum Beispiel Nutzung, Dichte), sondern auch um ästhetische, architektonische und gestalterische Vorgaben, die das Ortsbild, die Identität und das Zusammenwirken von Gebäuden und Freiflächen betreffen.

<u>Abfallbehälter</u>

In den Vorgartenbereichen sind Abfallbehälter mit Sträuchern oder Hecken zu umpflanzen oder mit Rankpflanzen einzugrünen.

Die aufgenommene Bauvorschrift orientiert sich an den Regelungen des Ursprungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung. Damit bleibt die vorgesehene Gestaltung des Gewerbeparks erhalten.

<u>Begrünung von Stellplatzanlagen</u>

Bei ebenerdigen Stellplatzanlagen ist je angefangene 6 Stellplätze mindestens ein hochstämmiger Laubbaum zu pflanzen. Für jeden Baum ist eine Vegetationsfläche von mindestens 2,00 x 3,00 Metern dauerhaft freizuhalten. Die Bäume sind dauerhaft zu unterhalten und bei Abgang durch geeignete Gehölze zu ersetzen (Ersatzverpflichtung).

Ziel dieser Festsetzung ist die Minderung der versiegelten Flächen, die Verbesserung des Mikroklimas sowie die gestalterische Einbindung der Stellplatzanlagen in das Orts- und Landschaftsbild.

Beleuchtung

Die Lichtpunkthöhe der für die Außenbeleuchtung des Plangebiets erforderlichen Lampenmasten darf maximal 5,00 Meter betragen. Die Lampen müssen nach unten strahlen und so ausgebildet sein, dass eine Lichtwirkung nur auf die zu beleuchtende Fläche erfolgt. Sie müssen so ausgestattet sein, dass nachtaktive Tiere nicht gestört beziehungsweise gefährdet werden.

Die aufgenommene Bauvorschrift orientiert sich an den Regelungen des Ursprungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung. Damit bleibt die vorgesehene Gestaltung des Gewerbeparks erhalten. Des Weiteren dient die Bauvorschrift dem Schutz der Natur. Durch die Vorgabe, dass die Lampen ausschließlich nach unten strahlen und so konstruiert sein müssen, wird ein Beitrag zur Reduzierung von Lichtimmissionen geleistet. Darüber hinaus werden damit artenschutzrechtliche Belange berücksichtigt. Künstliches Licht kann nachtaktive Tiere, insbesondere Insekten, Fledermäuse und andere lichtsensible Arten, in ihrem natürlichen Verhalten stören oder gefährden. Durch eine zielgerichtete, abgeschirmte und in ihrer Intensität angepasste Beleuchtung werden Anlockeffekte, Desorientierung und erhöhte Mortalitätsrisiken reduziert. Insgesamt dient die Regelung somit sowohl dem Umwelt- als auch dem Artenschutz.

Dachform

Als zulässige Dachform wird das Flachdach festgesetzt.

Diese Festsetzung dient der gestalterischen Einbindung des Plangebiets in die bestehende bauliche Umgebung. Der rechtskräftige Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung setzt ebenfalls Flachdächer fest, wodurch sich im Gebiet ein einheitliches städtebauliches Erscheinungsbild etabliert hat. Um diese gestalterische Kohärenz zu wahren, den Bestand zu sichern und eine harmonische Einfügung von künftigen Neubebauungen in die vorhandene Struktur zu gewährleisten, wird die Dachform auf Flachdächer in der Bebauungsplanänderung übernommen.

Einfriedungen

Einfriedungen entlang der Grundstücksgrenze sind einzugrünen und dürfen eine Höhe von maximal 2,00 Metern nicht überschreiten. Die Verwendung von Stacheldraht ist unzulässig.

Die aufgenommene Bauvorschrift orientiert sich an den Regelungen des Ursprungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung. Damit bleibt die vorgesehene Gestaltung des Gewerbeparks erhalten.

Werbeanlagen

Werbeanlagen sind im gesamten Plangebiet so zu gestalten, dass die Sicherheit und Ordnung des Verkehrs gewährleistet ist sowie das Orts- und Landschaftsbild nicht beeinträchtigt wird. Der Nachweis ist bei der zuständigen Baugenehmigungsbehörde zu führen.

Unzulässig sind Werbeanlagen an Einfriedungen und in den Vorgärten. Hiervon ausgenommen sind Hinweisschilder auf dem Grundstück entlang der Grundstückszufahrt. Diese Hinweisschilder dürfen das Maß von 2,00 Quadratmetern nicht überschreiten. Die Höhe beträgt maximal 1,80 Meter, einschließlich der Tragekonstruktion.

Werbeanlagen an Gebäudefassaden sind nur bis zu einer Gesamtgröße von maximal 10 Prozent der jeweiligen Fassadenfläche zulässig und dürfen die Attika beziehungsweise den Ortgang der Dächer nicht überragen. Dies gilt auch für Werbeanlagen gemäß § 65 Absatz 1 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW).

Unzulässig sind zudem Werbeanlagen auf und über den Dächern, blinkende und sich bewegende Werbeanlagen sowie Flaggenwerbung.

Die aufgenommene Bauvorschrift orientiert sich an den Regelungen des Ursprungsplans Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung. Damit bleibt die vorgesehene Gestaltung des Gewerbeparks erhalten.

7 Belange der Erschließung

Die Erschließung wird weiterhin über die Straße „Gewerbepark Grüner Weg“ sichergestellt.

7.1 Verkehr

Der Änderungsbereich ist unmittelbar durch die Anbindung an die angrenzende Verkehrsfläche, Gewerbepark Grüner Weg, verkehrlich erschlossen.

7.2 Ver- und Entsorgung

Die technische Erschließung mit Wasser, Strom und Telekommunikation wird durch die jeweiligen Versorgungsträger bereits sichergestellt. Für den geplanten Nutzungszweck können diese wie bisher weiter genutzt werden, da sich nach heutigem Kenntnisstand keine veränderten Ansprüche an die technische Infrastruktur ergeben.

Abfallentsorgung

Die Abfallentsorgung ist im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben gesichert.

Entwässerung

Gemäß § 55 Absatz 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) soll Niederschlagswasser ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen. Der § 44 Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) ergänzt beziehungsweise konkretisiert den bundesrechtlichen Grundsatz.

Die Entwässerungsplanung für das Plangebiet ist bereits im Trennsystem erstellt. Das Regenwasser wird weiterhin der bestehenden Regenwasserkanalisation und das Schmutzabwasser der bestehenden Schmutzwasserkanalisation zugeführt.

8 Belange des Umweltschutzes

8.1 Umweltbelange

Die vorliegende Bauleitplanung erfüllt die Bedingungen an einen Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB. Mit der Anwendung des § 13a BauGB kann entsprechend dem vereinfachten Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen (§ 13 BauGB) auf eine Darstellung der gemäß § 2 Absatz 4 BauGB ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes und der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen (Umweltprüfung) verzichtet werden. Die Umweltbelange sind dennoch in der Begründung zu betrachten. Bezüglich der Schutzgüter ergeht folgende Beurteilung:

Schutzgut	**Derzeitiger Umweltzustand**	**Umweltzustand nach Aufstellung des Bebauungsplans**
Mensch	Die Fläche ist überwiegend versiegelt und erfüllt daher keine Funktion als Erholungsraum. Auch der Bereich mit dichtem Baumbestand ist aufgrund seiner fehlenden Aufenthaltsqualität nicht für Erholungszwecke geeignet.	Mit der Änderung des Bebauungsplans wird der Bestand gesichert. Eine Beeinträchtigung des Schutzguts „Mensch“ ist somit nicht zu erwarten.
Pflanzen und Tiere	Ein Teilbereich des Plangebiets besteht aus Baumbestand, der potenziell Lebensräume für verschiedene Tierarten bietet.	Da keine Rodungen oder baulichen Eingriffe in den vorhandenen Baumbestand vorgesehen sind und dieser im Rahmen der Planung dauerhaft gesichert wird, sind keine negativen Auswirkungen auf bestehende Lebensräume zu erwarten. Die bestehenden

		Strukturen bleiben vollständig erhalten, sodass eine Beeinträchtigung des Schutzguts „Pflanzen und Tiere“ ausgeschlossen werden kann.
Naturraum und Landschaft	Das Plangebiet hat für das Schutzgut Naturraum und Landschaft keine Relevanz.	Eine Beeinträchtigung von „Naturraum und Landschaft“ wird mit der Planung nicht vorbereitet.
Boden/Fläche	Unversiegelte Flächen sind im Westen des Plangebiets in Form eines dichten Baumbestands vorhanden.	Mit der Änderung des Bebauungsplans wird der Bestand gesichert. Eine Beeinträchtigung des Schutzguts „Boden/Fläche“ ist somit nicht zu erwarten.
Gewässer/ Grundwasser	Im westlichen Bereich des Plangebiets verläuft der Rattbach.	Mit der Änderung des Bebauungsplans wird der Bestand gesichert. Der Verlauf des Rattbachs wird in der Planzeichnung übernommen. Eine Beeinträchtigung des Schutzguts „Gewässer/Grundwasser“ ist somit nicht zu erwarten.
Luft/Klima	In der Klimatopkarte wird das Plangebiet überwiegend als Gewerbe-, Industrieklima (offen) eingeordnet. Der westliche Bereich des Plangebiets wird als Klima innerstädtischer Grünflächen eingeordnet.	Mit der Änderung des Bebauungsplans wird der Bestand gesichert. Eine Beeinträchtigung des Schutzguts „Luft/Klima“ ist somit nicht zu erwarten.
Kultur- und Sachgüter	Es sind keine Bau- oder Bodendenkmäler vorhanden.	Es sind keine Auswirkungen für das Schutzgut „Kultur- und Sachgüter“ zu erwarten.

Tabelle 1: Beurteilung der zu betrachtenden Schutzgüter

Insgesamt sind infolge der Planung keine erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter und somit keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten.

8.2 Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Gemäß § 13a Absatz 2 Nummer 4 BauGB gelten Eingriffe in den Natur- und Landschaftshaushalt als bereits vor der planerischen Entscheidung zur Änderung des Bebauungsplans erfolgt oder zulässig gewesen. Aus diesem Grund entfällt die Not-

wendigkeit zur naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gemäß § 1a BauGB in Verbindung mit dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sowie das Aufzeigen von Maßnahmen zur Bewältigung von Eingriffsfolgen.

8.3 Artenschutz

Nach europäischem Recht müssen bei Eingriffsplanungen alle streng und auf europäischer Ebene besonders geschützten Arten berücksichtigt werden. Durch die Novellierungen des Bundesnaturschutzgesetzes vom 12. Dezember 2007 und 29. Juli 2009 (in Kraft 01. März 2010) wurde das deutsche Artenschutzrecht an die europarechtlichen Vorgaben angepasst. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung müssen die artenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Verbote gemäß § 44 Absatz 1 BNatSchG, welche bei der Umsetzung des Bebauungsplans entstehen, als spezielle Artenschutzprüfung (ASP) abgeprüft werden. Die gemeinsame Handlungsempfehlung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW sowie des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW vom 24. August 2010 enthält unter Punkt 4.2 Vorgaben zum Umgang mit Bauleitplänen, die älter als 7 Jahre sind. Danach ist für jede Planung grundsätzlich eine Artenschutzprüfung erforderlich, wobei der Umfang der Prüfung je nach Umfang der geplanten Nutzungen beziehungsweise Änderungen variiert. Im vorliegenden Fall ist der Bebauungsplan älter als 7 Jahre, sodass eine neue Artenschutzprüfung erforderlich ist. Das Protokoll zur Artenschutzprüfung wird als Anlage 3 beigefügt.

Insgesamt ist die Fläche als urbaner Lebensraum einzustufen, der durch vorhandene Bebauung, Grünstrukturen sowie unmittelbar angrenzende Verkehrs- und Gewerbestrukturen geprägt ist. Überwiegend ist eine Versiegelung um die vorhandene Bebauung vorhanden, mit vereinzelten Bepflanzungen des Parkplatzes. Der westliche Bereich der Bebauungsplanänderung ist durch Vegetation geprägt. Umliegend befinden sich weitere Grünstrukturen sowie ein stehendes Gewässer. Allgemein lässt die Gebietsprägung auf einen hohe anthropogenen Störgrad schließen. Daher wurden planungsrelevante Arten verschiedener Lebensraumtypen (Laubwälder mittlerer Standorte, Fließgewässer, Kleingehölze, Alleen, Bäume, Gebüsche, Hecken, Gärten, Parkanlagen, Siedlungsbrachen, Gebäude, Stillgewässer, Höhlenbäume) betrachtet. Nach Auswertung des Internetportals des Landesamtes für Natur, Umwelt und Klima Nordrhein-Westfalen (Quadrant 1 im Messtischblatt 4214) können potenziell 9 Fledermaus- und 38 Vogelarten sowie eine Amphibienart vorkommen. Dabei wird der Erhaltungszustand für 5 Vogelarten (Flussregenpfeifer, Rebhuhn, Wespenbussard, Girlitz, Turteltaube) als schlecht bewertet. Die im Messtischblatt 4214 insgesamt 48 potenziell vorhandenen planungsrelevanten Arten müssen nicht zwangsläufig auch im Änderungsbereich des Bebauungsplans vorkommen, da in diesem kleinen Ausschnitt nur ein Teil der im Messtischblatt auftretenden Lebensräume vorhanden ist.

Durch die Änderung des Bebauungsplans erfolgt eine Anpassung an den Bestand, wodurch eine baurechtliche Sicherung gewährleistet wird. Es ist daher nicht zu erwarten, dass potenziell vorkommende Arten beeinträchtigt werden. Sollte es jedoch

in der Zukunft zu Bestandsänderungen, etwa durch Abriss von Gebäuden oder Rodungen, kommen, ist im Rahmen der Baugenehmigung eine abschließende Regelung des Artenschutzes erforderlich. Zur Klarstellung wird in den textlichen Festsetzungen ein Hinweis aufgenommen, dass bei Baugenehmigungen entsprechende Nebenbestimmungen zu artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen zu berücksichtigen sind. Zusammenfassend ist somit festzuhalten, dass keine Habitatstrukturen überplant werden und sämtliche vorhandenen Strukturen erhalten bleiben.

Durch die Planung werden keine artenschutzrechtlichen Verbote vorbereitet.

8.4 Wiederherstellungsverordnung

Die Verordnung (EU) 2024/1991 des Europäischen Parlaments und des Rates der europäischen Union vom 24. Juni 2024 über die Wiederherstellung der Natur (WVO) und zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/869 verfolgt das Ziel, die biologische Vielfalt und Funktionsfähigkeit von Ökosystemen in der Europäischen Union wiederherzustellen und dauerhaft zu sichern. Sie schafft ein EU-weit verbindliches Regelwerk mit qualitativen und quantitativen Zielvorgaben für Wiederherstellungsmaßnahmen in allen relevanten Lebensräumen (von Land- und Binnengewässer- bis hin zu Meeres- und städtischen Ökosystemen).

Fernerhin schreibt Artikel 8 Absatz 1 Satz 1 WVO vor, dass die Mitgliedstaaten bis zum 31. Dezember 2030 sicherstellen, dass in städtischen Ökosystemgebieten, die gemäß Artikel 14 Absatz 4 der Verordnung bestimmt werden, kein Nettoverlust an der nationalen Gesamtfläche städtischer Grünflächen und städtischer Baumüberschirmung gegenüber 2024 zu verzeichnen ist. Wie die direkte Bezugnahme auf Artikel 14 Absatz 4 WVO zeigt, greift diese Vorgabe jedoch erst, nachdem die maßgeblichen städtischen Ökosystemgebiete gemäß Artikel 14 Absatz 4 WVO bestimmt und kartiert wurden. Ist dies geschehen, muss bei einem Eingriff in solche Ökosystemgebiete auch entsprechend funktionsgleich kompensiert werden (Fellenberg, Frank (2025): Anwendungsfragen rund um die Europäische Wiederherstellungsverordnung. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ). Seite 124 bis 130.)

Eine abschließende Abgrenzung der städtischen Ökosystemgebiete liegt für die Stadt Beckum noch nicht vor. Diese müssen aber zumindest Stadtzentren und städtische Räume erfassen. Der deutsche Gesetzgeber hat hierzu noch keine abschließende Entscheidung getroffen, eine Zugehörigkeit des Plangebiets zum städtischen Ökosystem kann daher nicht ausgeschlossen werden.

Als unmittelbar geltende EU-Verordnung ist die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur auch im Rahmen der Bauleitplanung zu berücksichtigen und gemäß § 1a Absatz 3 BauGB abwägungsrelevant.

Die vorliegende Bebauungsplanänderung dient ausschließlich der planungsrechtlichen Sicherung des vorhandenen Bestands. Die derzeit faktisch gewerblich genutzten Flächen sind im rechtskräftigen Bebauungsplan bislang als „Fläche für den Gemeinbedarf“ festgesetzt. Mit der Änderung erfolgt eine Anpassung der Gebietsfest-

setzung hin zu einem Gewerbegebiet gemäß § 8 BauNVO, um die bestehende Nutzung planungsrechtlich zu sichern.

Mit der Planung ist keine bauliche Erweiterung, keine zusätzliche Flächeninanspruchnahme und insbesondere keine zusätzliche Versiegelung verbunden. Der tatsächliche Bestand bleibt unverändert. Insofern werden keine neuen Eingriffe in Natur und Landschaft vorbereitet oder ermöglicht, die über das bereits bestehende Maß hinausgehen. Vor dem Hintergrund der Verordnung (EU) 2024/1991 über die Wiederherstellung der Natur ist festzustellen, dass durch die vorliegende Planung keine Verschlechterung des ökologischen Zustands zu erwarten ist. Die Verordnung zielt insbesondere auf die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme, die Verbesserung der Biodiversität sowie die Begrenzung zusätzlicher Flächeninanspruchnahme und Versiegelung ab. Da die Planung weder zusätzliche Bodenversiegelungen vorbereitet noch naturschutzfachlich relevante Strukturen beseitigt werden, steht sie den Zielen der Verordnung nicht entgegen. Darüber hinaus werden im Rahmen der Bebauungsplanänderung grünordnerische Festsetzungen getroffen, die zur ökologischen Aufwertung und Sicherung vorhandener Strukturen beitragen. Hierzu zählen insbesondere Festsetzungen zur Begrünung von Stellplatzanlagen sowie die Sicherung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen, zur Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie die Sicherung vorhandener Gewässerstrukturen.

Diese Festsetzungen tragen zur langfristigen Sicherung bestehender Grünstrukturen bei und unterstützen die Zielsetzungen der EU-Wiederherstellungsverordnung, insbesondere im Hinblick auf die Erhaltung und Entwicklung urbaner Grünflächen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Bebauungsplanänderung keine nachteiligen Auswirkungen im Sinne der EU-Wiederherstellungsverordnung erwarten lässt. Vielmehr erfolgt eine planungsrechtliche Klarstellung des Bestands unter gleichzeitiger Sicherung und teilweiser Stärkung vorhandener ökologischer Strukturen.

8.5 Überschwemmungs- und Hochwasserschutz

Der Änderungsbereich liegt nicht innerhalb eines festgesetzten Überschwemmungsgebiets gemäß § 76 WHG. Auch die Hochwassergefahrenkarte, welche Informationen über potenziell durch Hochwasser betroffene Bereiche sowie die dort zu erwartenden Wassertiefen und Fließgeschwindigkeiten bereitstellt, weist für den Änderungsbereich keine Betroffenheit aus. Die Karten liegen für 3 Szenarien mit unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit vor:

- $HQ_{häufig}$ (statistische Wiederkehrzeit von 10 bis 20 Jahren),
- HQ_{100} (statistische Wiederkehrzeit von 100 Jahren) und
- HQ_{extrem} (extrem seltenes Hochwasserereignis mit deutlich längerer Wiederkehrzeit als 100 Jahre).

Auch im Hinblick auf Starkregenereignisse wurde eine Betrachtung vorgenommen. Die Starkregengefahrenhinweiskarte des Landes Nordrhein-Westfalen zeigt 2 einstündige Niederschlagsszenarien:

- ein seltenes Ereignis mit einer lokalen Wiederkehrzeit von 100 Jahren sowie
- ein extremes Ereignis mit einer angenommenen Niederschlagsmenge von 90 Millimeter innerhalb einer Stunde.

Bei einem seltenen Starkregenereignis erreicht das Plangebiet rund um den Rattbach Wasserhöhen zwischen 100 und 200 Zentimetern (Abbildung 5). Ein Bereich im Südwesten sogar zwischen 200 und mehr als 400 Zentimetern. Auf der künftig Festgesetzten Gewerbefläche liegen die Wasserhöhen überwiegend zwischen 10 und mehr als 30 Zentimetern.

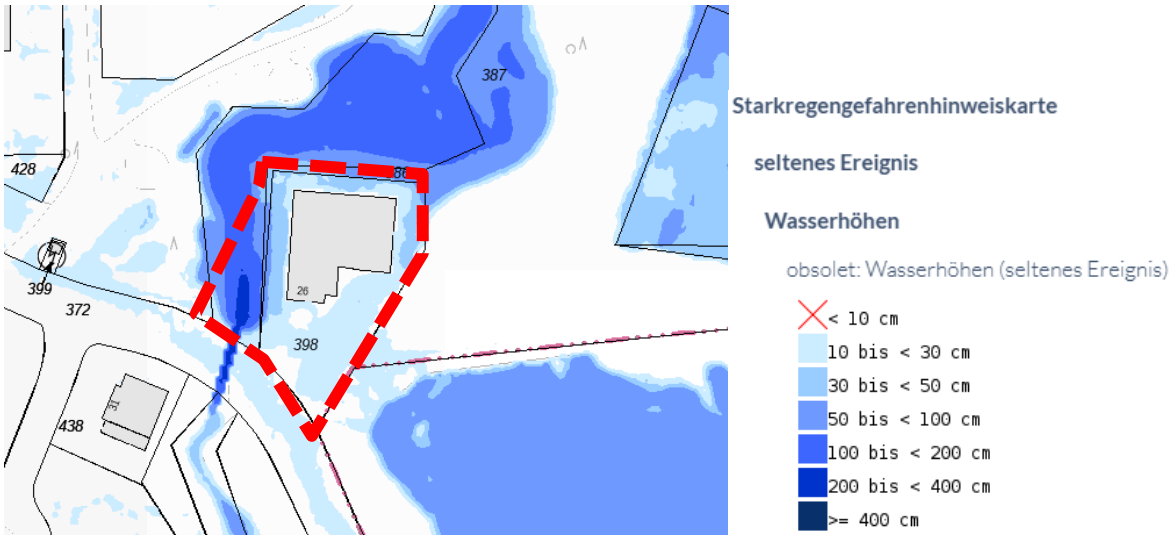


Abbildung 5: Ausschnitt Starkregengefahrenhinweiskarte (seltenes Ereignis), unmaßstäblich

Für das Szenario eines extremen Starkregenereignisses entspricht laut Starkregengefahrenhinweiskarte fast dieselbe Betroffenheit der des seltenen Ereignisses (Abbildung 6).

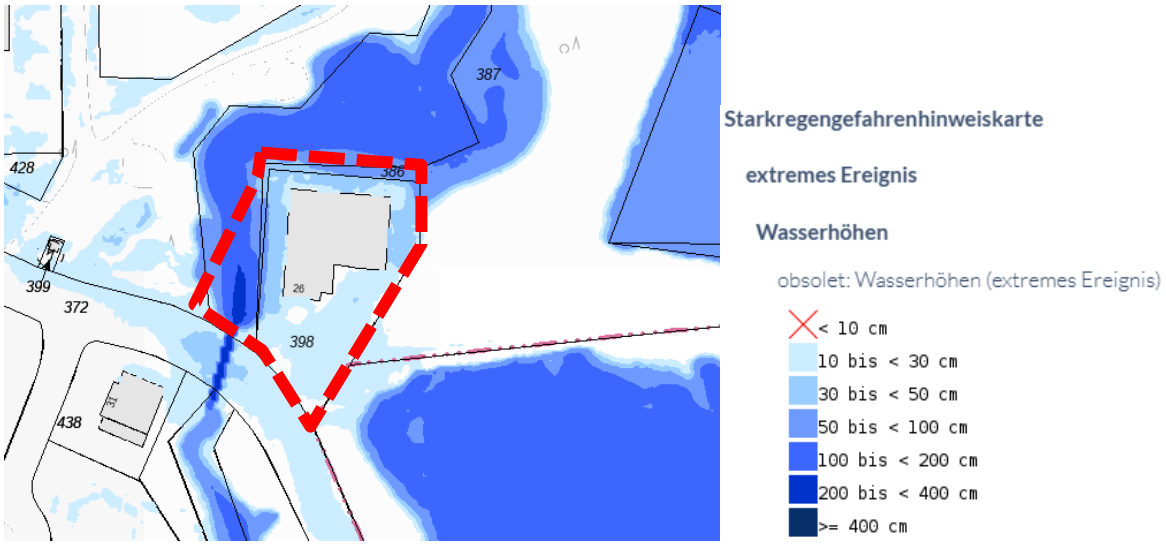


Abbildung 6: Ausschnitt Starkregengefahrenhinweiskarte (extremes Ereignis), unmaßstäblich

Insgesamt führt die Änderung des Bebauungsplans zu keiner relevanten nachteiligen Veränderung der hochwasserrelevanten Situation im Plangebiet. Durch die Bestandssicherung entsteht keine neue Versiegelung der Flächen.

8.6 Bodenschutz

Die Ziele des Boden- und Klimaschutzes sind im § 1a BauGB verankert. Demnach ist ein sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden sicherzustellen. Die zusätzliche Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen soll durch die Wiedernutzbarmachung bereits genutzter Flächen, Nachverdichtung, Maßnahmen zur Innenentwicklung sowie durch die Begrenzung der Bodenversiegelung reduziert werden.

Dem Grundsatz der „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ wird mit der Änderung des Bebauungsplans in vollem Umfang Rechnung getragen. Für das vorgesehene Bauvorhaben werden keine neuen Flächen im Außenbereich in Anspruch genommen, stattdessen erfolgt die Nutzung innerstädtischer, bereits erschlossener Flächen. Durch die Festsetzung eines Gewerbegebiets erhält der Änderungsbereich eine neue städtebauliche Perspektive sowie einen angepassten Maßstab der baulichen Zulässigkeit. Darüber hinaus wird durch die Festsetzung zum Erhalt vorhandener Bäume, Sträucher und sonstiger Bepflanzung sichergestellt, dass im Rahmen der Bebauungsplanänderung keine zusätzliche Flächenversiegelung erfolgt.

9 Umsetzung der Bauleitplanung

9.1 Flächenbilanz

Die Verteilung der einzelnen festgesetzten Flächennutzungen sind in der nachfolgenden Tabelle als Flächenbilanz dargestellt.

Nutzung	Planung	Anteil
Gewerbegebiet (GE)	1888,51 Quadratmeter	84,2 Prozent
Flächen für den Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	353,72 Quadratmeter	15,8 Prozent
Gesamt:	**2242,23 Quadratmeter**	**100 Prozent**

Tabelle 2: Flächenbilanz

10 Hinweise

Ergänzend zu den sonstigen Inhalten des Bebauungsplanes werden Hinweise zu folgenden Punkten aufgenommen:

Altablagerungen und Kampfmittel

Im Südosten des Geltungsbereichs sind Auffüllungen des ehemaligen Steinbruchs bekannt. Die Kennzeichnung von Flächen, unter denen der Bergbau umgeht oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind (§ 9 Absatz 5 Nummer 2 BauGB), wurde in die Planzeichnung aufgenommen.

Zudem grenzt die südliche Spitze des Flurstücks 398 unmittelbar an die Altablagerung 50267 Bahnschotterdeponie Nolte an. Diese liegt jedoch außerhalb des Geltungsbereichs der Bebauungsplanänderung.

Bei sämtlichen Eingriffen in den Boden ist verstärkt auf Auffälligkeiten (Verfärbungen, Fremdbestandteile, Geruch et cetera) zu achten. Im Fall des Antreffens von ~~Anhaltspunkte für das Vorliegen einer~~ schädlichen Bodenveränderungen und/oder Altlasten sind gemäß § 2 Landesbodenschutzgesetz (LBodSchG) die erforderlichen Maßnahme bezogen auf den Einzelfall mit der Unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Warendorf abzustimmen ~~unverzüglich der Stadt Beckum und der Unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Warendorf anzuzeigen und in Abstimmung ordnungsgemäß abzutragen und sachgerecht zu entsorgen~~.

Die Bezirksregierung Arnsberg hat eine Luftbildauswertung bezüglich möglicher Kampfmittel für die Fläche durchgeführt. Die Auswertung der Flächen hat ergeben, dass keine Maßnahmen erforderlich sind, da keine in den Luftbildern erkennbaren Belastungen vorliegen. Es ist jedoch möglich, dass die verwendeten Luftbilder aufgrund von Bildfehlern, ungenügender zeitlicher Abdeckung oder ungenügender Sichtbarkeit, nicht alle Kampfmittelbelastungen zeigen.

Werden bei Erdarbeiten verdächtige Gegenstände, Bodenverfärbungen oder ähnliches festgestellt, die gegebenenfalls auf Kampfmittelbelastungen zurückzuführen sind, ist die Arbeit aus Sicherheitsgründen sofort einzustellen. In diesen Fällen sind die Untere Bodenschutzbehörde (Kreis Warendorf) und der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtliche Ordnungsbehörde oder der Polizei zu verständigen. Erfolgen Spezialtiefbauarbeiten mit erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen, Verbauarbeiten et cetera wird eine Bohrlochdetektion empfohlen und auf den Leitfaden des Kampfmittelbeseitigungsdienstes in Nordrhein-Westfalen verwiesen.

Artenschutz

Zur allgemeindienenden Vermeidung von Verbotstatbeständen des § 44 Absatz 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) werden folgende Vermeidungsmaßnahmen formuliert:

- Rodungsarbeiten und Baumfällungen sind auf den Zeitraum vom 01. Oktober eines Jahres bis zum 28./29. Februar des Folgejahres zu beschränken. Zu den Rodungsarbeiten gehört auch das Entfernen von Gebüschen.
- Vor einem Abriss der Gebäude sollten spalten- oder hohlraumbildende Dachziegel, Schieferplatten und Holzlatten im Dachbereich unter ökologischer Baubegleitung entfernt werden. Dies ist zu folgenden Zeiten möglich: im April und zwischen Mitte August und Mitte November eines Jahres sowie auch zwischen Mitte November und März bei Temperaturen > 8°C.
- Vor Baubeginn sollte ein längeres Brachliegen der zu bebauenden Fläche vermieden werden, um eine Ansiedlung artenschutzrechtlich relevanter Arten zu verhindern. Die Aktivitäten der Baumaßnahmen (zum Beispiel Baustelleneinrichtung, Erdarbeiten, Materiallagerung) sind auf zukünftig versiegelte Bereiche zu beschränken.
- Größere Glasfronten sind zur Vermeidung von Vogelschlag vogelgerecht auszuführen. Maßnahmen zur Vermeidung von Vogelschlag an Glas, besonders an den gehölzexponierten Gebäudefassaden und großflächigen Glasfronten, sind zu prüfen.
- Dem aktuellen Stand der Technik entsprechend wird empfohlen, ausschließlich Leuchtmittel zu wählen, die eine geringe Anziehung auf Insekten haben und von Fledermäusen kaum wahrgenommen werden (geringer Blaulichtanteil (Lichtspektrum 570 bis 630 Nanometer), Farbtemperatur ≤ 2.700 Kelvin et cetera).

Bei Gebäudeabbrüchen und Neuplanungen sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens entsprechende Nebenbestimmungen zu artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen erneut zu berücksichtigen.

Bergbau

Der Geltungsbereich befindet sich sowohl außerhalb verliehener Bergwerksfelder, als auch außerhalb erloschener Bergwerksgelder. Ausweislich der derzeit hier vorliegenden Unterlagen ist im Bereich des Planvorhabens kein Abbau von Mineralien dokumentiert. Danach ist mit bergbaulichen Einwirkungen nicht zu rechnen.

Jedoch ist im weiteren Umfeld der Planmaßnahme in der Vergangenheit Strontianit abgebaut worden. Die Lagerstättenverhältnisse des Strontianits sind hier nicht hinreichend genau bekannt, sodass die Gewinnung des Strontianits im Bereich des Planvorhabens nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann.

Bei der Durchführung des Planvorhabens ist somit auf eine mögliche Strontianitlagerstätte sowie auf altbergbauliche Hinweise zu achten. Hierbei kann es sich um atypische Bewegungsbilder der Tagesoberfläche oder von Baukörpern handeln, die geotechnisch, gründungstechnisch oder bauphysikalisch nicht erklärbar sind. Solche

atypischen Bewegungsbilder sind Risse in Gebäuden oder Risse und Absenkungen an der Tagesoberfläche. Auch schnee- und eisfreie „Flecken“ im Winter oder kleinräumig begrenzte Vegetationsstörungen können Hinweise auf das Vorhandensein von Grubenbauen sein.

Sollten derartige Auffälligkeiten festgestellt werden, ist zur weiteren Beurteilung ein entsprechend qualifizierter Sachverständiger hinzuzuziehen.

Denkmalschutz

Innerhalb des Geltungsbereichs befinden sich nach heutigem Kenntnisstand keine Baudenkmäler oder denkmalwerten Objekte. Auch Bodendenkmäler sind nicht bekannt. Spezielle Maßnahmen des Denkmalschutzes oder der Denkmalpflege sind daher nicht erforderlich.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, das heißt Mauerwerke, Einzelfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Beschaffenheit, paläontologische Bodendenkmäler in Form von Fossilien (versteinerte Überreste von Pflanzen und Tieren aus der Kreidezeit (Ammoniten, Muscheln, Seeigel, Schwämme, et cetera)) entdeckt werden.

Archäologische Funde, die durch Bodenbewegungen aufgetreten sind, sind gemäß §§ 16 und 17 Nordrhein-westfälisches Denkmalschutzgesetz (DSchG NRW) der Stadt Beckum als Untere Denkmalbehörde und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Westfälisches Museum für Archäologie/Amt für Bodendenkmalpflege, anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens 3 Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten.

Einsichtnahme von Gesetzen, Verordnungen, DIN-Normen, technischen Regelwerken, Richtlinien und Gutachten

Die der Planung zugrundeliegenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse, DIN-Vorschriften, technische Regelwerke sowie Richtlinien aller Art) und Gutachten können während der Dienststunden bei der Stadt Beckum, Fachdienst Stadtplanung und Wirtschaftsförderung, Weststraße 46, 59269 Beckum, eingesehen werden.

Flächenversiegelung

Um den Verlust der natürlichen Retentionsfähigkeit des Bodens durch Versiegelung zu reduzieren sowie zur Minimierung der Niederschlagswasserabflussmengen wird empfohlen, die Befestigungen der privaten Erschließungsflächen wie zum Beispiel für oberirdische Stellplätze, Zufahrten und Garagenvorplätze aus wasserdurch-lässigen Materialien herzustellen. Dazu eignen sich Sickersteine, Drainpflaster oder Rasenpflaster.

Hochwasser

Der Geltungsbereich wird überwiegend als durch Starkregen gefährdeter Bereich hervorgehoben.

Für das Land Nordrhein-Westfalen liegen Starkregenhinweiskarten des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie (BKG) vor. Diese werden durch das Landesamt

für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) zur Verfügung gestellt (http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de).

Mutterboden

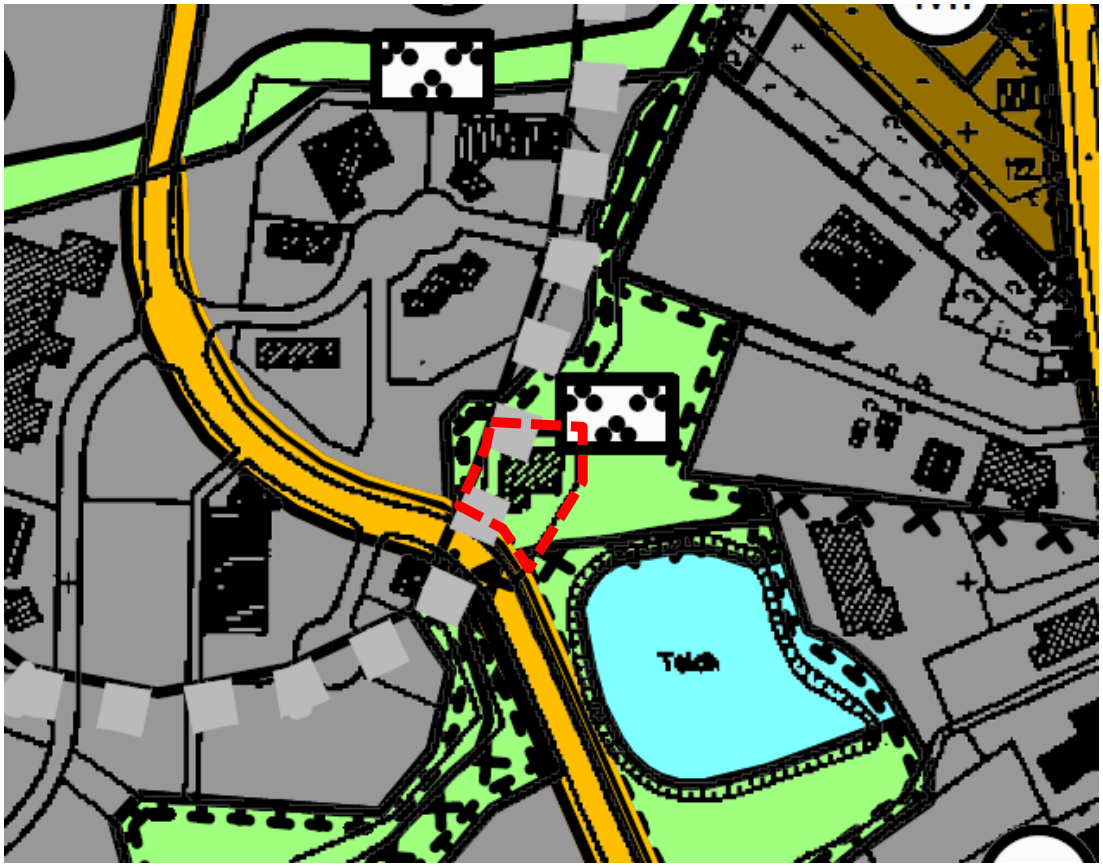
Gemäß § 202 BauGB in Verbindung mit DIN 18915 ist bei Errichtung oder Änderung von baulichen Anlagen der Oberboden (Mutterboden) in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung zu schützen. Er ist vordringlich im Geltungsbereich zu sichern, zur Wiederverwendung zu lagern und später wieder einzubauen.

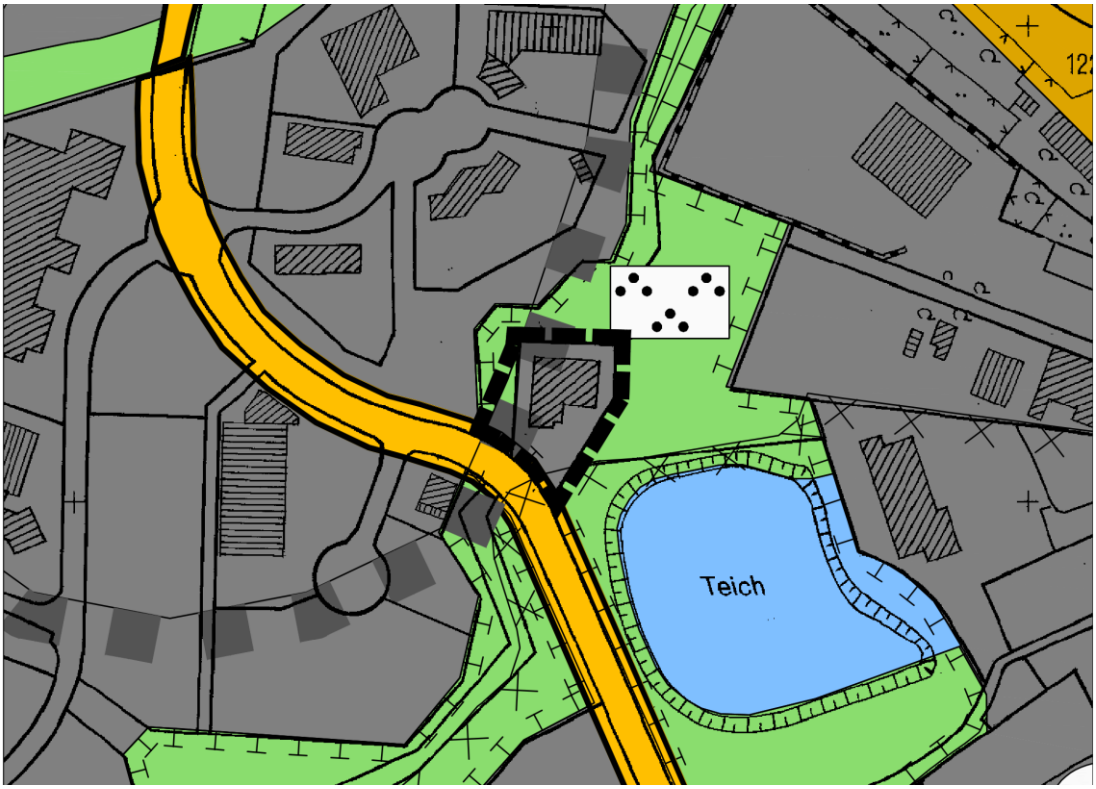
Beckum, August 2026

Verfasser:
Stadt Beckum
Fachdienst Stadtplanung und Wirtschaftsförderung
Weststraße 46
59269 Beckum

II Anlagen

Anlage 1: Zeichnerische Vorher-Nachher-Darstellung der Anpassung im Wege einer Berichtigung des Flächennutzungsplanes der Stadt Beckum





Anlage 2: Abstandsliste 2007 (Fassung vom 06. Juni 2007)

Anlage 1 zum RdErl v. 6.6.2007

Abstandsliste 2007

Abstandsliste 2007
(4. BImSchV: 15.07.2006)

Abstands-klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung) [1]
I	1.500	1	1.1 (1)	Kraftwerke mit Feuerungsanlagen für den Einsatz von Brennstoffen, soweit die Feuerungswärmeleistung 900 MW übersteigt (#)
		2	1.11 (1)	Anlagen zur Trockendestillation z. B. Kokereien und Gaswerke
		3	3.2 (1) a)	Integrierte Hüttenwerke, Anlagen zur Gewinnung von Roheisen und zur unmittelbaren Weiterverarbeitung zu Rohstahl in Stahlwerken, einschl. Stranggießanlagen
		4	4.4 (1)	Mineralölraffinerien (#)

[1] Die Anlagenbezeichnungen stimmen nicht immer mit denen der 4. BImSchV überein, denn sie enthält in manchen Fällen Oberbegriffe und/oder zusammenfassende Anlagenbezeichnungen, die hinsichtlich des Genehmigungserfordernisses zusammengehören, in ihrer Auswirkung i. S. des Abstandserlasses aber als selbstständige Anlagenarten zu sehen sind oder immissionsschutz- und planungsrechtlich ohne Bedeutung sind. Insofern konnte die Systematik der 4. BImSchV und auch die Einteilung nach Leistungskriterien nicht immer eingehalten werden. Abstands bestimmend ist aber - unabhängig von dem Genehmigungserfordernis - die Betriebsart, wie sie in der Abstandsliste beschrieben ist.

- 2 -

Abstands-klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
II	**1.000**	5	1.14 (1)	Anlagen zur Vergasung oder Verflüssigung von Kohle oder bituminösem Schiefer
		6	2.14 (2)	Anlagen zur Herstellung von Formstücken unter Verwendung von Zement oder anderen Bindemitteln durch Stampfen, Schocken, Rütteln oder Vibrieren mit einer Produktionsleistung von 1 t oder mehr je Stunde im Freien (*) (s. auch lfd. Nr. 90)
		7	3.1 (1)	Anlagen zum Rösten, Schmelzen oder Sintern von Erzen
		8	3.2 (1) b)	Anlagen zur Herstellung oder zum Erschmelzen von Roheisen oder Stahl mit einer Schmelzleistung von 2,5 Tonnen oder mehr je Stunde einschl. Stranggießen (*) (s. auch lfd. Nrn. 27 und 46)
		9	3.3 (1)	Anlagen zur Herstellung von Nichteisenrohmetallen aus Erzen, Konzentraten oder sekundären Rohstoffen einschl. Aluminiumhütten (#)
		10	3.15 (2)	Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Behältern aus Metall im Freien (z. B. Container) (*) (s. auch lfd. Nr. 96)
		11	3.18 (1)	Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Schiffskörpern oder -sektionen aus Metall im Freien (*) (s. auch lfd. Nr. 97)
		12	4.1 (1) c), p)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von schwefelhaltigen Kohlenwasserstoffen oder von Nichtmetallen, Metalloxiden oder sonstigen anorganischen Verbindungen (#)
		13	4.1 (1) g)	Anlagen zur Herstellung von metallorganischen Verbindungen durch chemische Umwandlung in industriellem Umfang (#)
		14	4.1 (1) h)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Chemiefasern (s. auch lfd. Nr. 50) (#)
		15	4.1 (1) l)	Anlagen zur Herstellung von Gasen wie Ammoniak, Chlor und Chlorwasserstoff, Fluor und Fluorwasserstoff, Kohlenstoff-oxiden, Schwefelverbindungen, Stickstoffoxiden, Wasserstoff, Schwefeldioxid, Phosgen (#)
		16	4.1 (1) r)	Anlagen zur Herstellung von Ausgangsstoffen für Pflanzenschutzmittel und von Bioziden (#)
		17	4.1 (1) s)	Anlagen zur Herstellung von Grundarzneimitteln durch chemische Umwandlung (Wirkstoffe für Arzneimittel) (#)
		18	6.3 (1+2)	Anlagen zur Herstellung von Holzspanplatten, Holzfaserplatten, oder Holzfasermatten
		19	7.12 (1)	Anlagen zur Beseitigung, Verwertung, Sammlung oder Lagerung von Tierkörpern oder tierischen Abfällen, ausgenommen Kleintierkrematorien (s. auch lfd. Nr. 200)
		20	10.15 (1+2)	Offene Prüfstände für oder mit a) Verbrennungsmotoren mit einer Feuerungswärmeleistung ab insgesamt 300 Kilowatt, b) Gasturbinen oder Triebwerken (s. auch lfd. Nr. 101)
		21	10.16 (2)	Offene Prüfstände für oder mit Luftschrauben (s. auch lfd. Nr. 101)
		22	-	Anlagen zur Herstellung von Eisen- oder Stahlbaukonstruktionen im Freien (*)

- 3 -

Abstands-klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
III	**700**	23	1.1 (1)	Kraftwerke und Feuerungsanlagen für den Einsatz von Brennstoffen, soweit die Feuerungswärmeleistung mehr als 150 MW bis max. 900 MW beträgt, auch Biomassekraftwerke (#)
		24	1.12 (1)	Anlagen zur Destillation oder Weiterverarbeitung von Teer oder Teererzeugnissen (#)
		25	2.3 (1)	Anlagen zur Herstellung von Zementklinker oder Zementen
		26	2.4 (1+2)	Anlagen zum Brennen von Bauxit, Dolomit, Gips, Kalkstein, Kieselgur, Magnesit, Quarzit oder von Ton zu Schamotte
		27	3.2 (1) b)	Elektro-Stahlwerke; Anlagen zur Stahlerzeugung mit Lichtbogenöfen unter 50 t Gesamtabstichgewicht (*) (s. auch lfd. Nrn. 8 und 46)
		28	3.24 (1)	Automobil- u. Motorradfabriken, Fabriken zur Herstellung von Verbrennungsmotoren (*)
		29	4.1 (1) a), d), e)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Kohlenwasser-stoffen einschl. stickstoff- oder phosphorhaltige Kohlenwasserstoffe (#)
		30	4.1 (1) f)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von halogenhaltigen Kohlenwasserstoffen (#)
		31	4.1 (1) m), n), o)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Säuren, Basen, Salzen (#)
		32	4.1 (1) q)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von phosphor-, stickstoff- oder kaliumhaltigen Düngemitteln (#)
		33	4.6 (1)	Anlagen zur Herstellung von Ruß (#)
		34	8.8 (1) 8.10 (1)	Anlagen zur physikalisch und/oder chemischen Behandlung von Abfällen mit einer Durchsatzleistung von 50 Tonnen Einsatzstoffen oder mehr je Tag (s. auch lfd. Nr. 71)
		35	-	Aufbereitungsanlagen für schmelzflüssige Schlacke (z. B. Hochofenschlacke)
		36	-	Freizeitparks mit Nachtbetrieb (*) (s. auch lfd. Nr. 160)

- 4 -

Abstands-klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
IV	**500**	37	1.1 (1)	Kraftwerke, Heizkraftwerke und Heizwerke mit Feuerungsanlagen für den Einsatz von Brennstoffen, soweit die Feuerungswärmeleistung 50 MW bis 150 MW beträgt, auch Biomassekraftwerke (#)
			8.2 (1) a) und b)	Anlagen zur Erzeugung von Strom, Dampf, Warmwasser, Prozesswärme oder erhitztem Abgas durch den Einsatz von Abfallhölzern ohne Holzschutzmittel oder Beschichtungen von halogenorganischen Verbindungen mit einer Feuerungswärmeleistung von 50 Megawatt oder mehr
		38	1.8 (2)	Elektroumspannanlagen mit einer Oberspannung von 220 kV oder mehr einschließlich der Schaltfelder, ausgenommen eingehauste Elektroumspannanlagen (*)
		39	1.9 (2)	Anlagen zum Mahlen oder Trocknen von Kohle
		40	1.10 (1)	Anlagen zum Brikettieren von Braun- oder Steinkohle
		41	2.8 (1+2)	Anlagen zur Herstellung von Glas oder Glasfasern auch soweit es aus Altglas hergestellt
		42	2.11 (1)	Anlagen zum Schmelzen mineralischer Stoffe einschließlich Anlagen zur Herstellung von Mineralfasern
		43	2.13 (2)	Anlagen zur Herstellung von Beton, Mörtel oder Straßenbaustoffen unter Verwendung von Zement (*)
		44	2.15 (1)	Anlagen zur Herstellung oder zum Schmelzen von Mischungen aus Bitumen oder Teer mit Mineralstoffen einschließlich Aufbereitungsanlagen für bituminöse Straßenbaustoffe und Teersplittanlagen mit einer Produktionsleistung von 200 t oder mehr je Stunde (s. auch lfd. Nr. 91)
		45	3.6 (1 + 2)	Anlagen zum Walzen von Stahl (Warmwalzen) und Metallen, ausgenommen Anlagen zum Walzen von Kaltband mit einer Bandbreite bis 650 mm (*)
		46	3.2 (1) b) 3.7 (1)	Anlagen zur Stahlerzeugung mit Induktionsöfen, Eisen-, Temper- oder Stahlgießereien mit einer Produktionsleistung von 20 t oder mehr Gussteile je Tag (s. auch lfd. Nrn. 8 und 27)
		47	3.11 (1 + 2)	Schmiede-, Hammer- oder Fallwerke (*)
		48	3.16 (1)	Anlagen zur Herstellung von warmgefertigten nahtlosen oder geschweißten Rohren aus Stahl (*)
		49	4.1 (1) b)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von sauerstoffhaltigen Kohlenwasserstoffen (#)
		50	4.1 (1) h)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Basiskunststoffen (Kunstharzen, Polymeren, Fasern auf Zellstoffbasis) (s. auch lfd. Nr. 14) (#)
		51	4.1 (1) i)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von synthetischen Kautschuken (#)
		52	4.1 (1) j)	Anlagen zur Herstellung von Farbstoffen und Pigmenten sowie von Ausgangsstoffen für Farben und Anstrichmittel (#)
		53	4.5 (2)	Anlagen zur Herstellung von Schmierstoffen wie Schmieröle, Schmierfette, Metallbearbeitungsöle (#)
		54	4.7 (1)	Anlagen zur Herstellung von Kohlenstoff (Hartbrandkohle) oder Elektrographit durch Brennen oder Graphitieren (#)

- 5 -

Abstands-klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
IV	**500**	55	4.8 (2)	Anlagen zum Destillieren von flüchtigen organischen Verbindungen mit einer Durchsatzleistung von 3 t oder mehr je Stunde (#) (s. auch lfd. Nr. 105)
		56	5.1 (1)	Anlagen zur Behandlung von Oberflächen von Stoffen, Gegenständen oder Erzeugnissen einschließlich der dazugehörigen Trocknungsanlagen unter Verwendung von organischen Lösungsmitteln mit einem Verbrauch an organischen Lösungsmitteln von 150 Kilogramm oder mehr je Stunde oder von 200 Tonnen oder mehr je Jahr
		57	5.2 (1)	Anlagen zum Beschichten, Imprägnieren, Kaschieren, Lackieren oder Tränken von Gegenständen, Glas- oder Mineralfasern oder bahnen- oder tafelförmigen Materialien einschließlich der zugehörigen Trocknungsanlagen mit Kunstharzen, soweit die Menge dieser Harze 25 Kilogramm oder mehr je Stunde beträgt
		58	5.5 (2)	Anlagen zum Isolieren von Drähten unter Verwendung von phenol- oder kresolhaltigen Drahtlacken
		59	5.8 (2)	Anlagen zur Herstellung von Gegenständen unter Verwendung von Amino- oder Phenolplasten mittels Wärmebehandlung, soweit die Menge der Ausgangsstoffe 10 kg oder mehr je Stunde beträgt
		60	7.3 (1+2) a) und b)	Anlagen zur Erzeugung von Speisefetten aus tierischen Rohstoffen oder zum Schmelzen von tierischen Fetten, ausgenommen Anlagen zur Verarbeitung von selbst gewonnenen tierischen Fetten zu Speisefetten in Fleischereien mit einer Leistung bis zu 200 Kilogramm Speisefett je Woche
		61	7.9 (1)	Anlagen zur Herstellung von Futter- oder Düngemitteln oder technischen Fetten aus den Schlachtnebenprodukten Knochen, Tierhaare, Federn, Hörner, Klauen oder Blut
		62	7.11 (1)	Anlagen zum Lagern unbehandelter Knochen, ausgenommen Anlagen für selbstgewonnene Knochen in - Fleischereien, in denen je Woche weniger als 4 000 kg Fleisch verarbeitet werden, und - Anlagen, die nicht durch lfd. Nr. 115 erfasst werden
		63	7.15 (1)	Kottrocknungsanlagen
		64	7.19 (1+2)	Anlagen zur Herstellung von Sauerkraut mit einer Produktionsleistung von 10 Tonnen oder mehr Sauerkraut je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert
		65	7.21 (1)	Mühlen für Nahrungs- oder Futtermittel mit einer Produktionsleistung von 300 Tonnen Fertigerzeugnissen oder mehr je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert (s. auch lfd. Nr. 193)
		66	7.23 (1+2)	Anlagen zur Erzeugung von Ölen oder Fetten aus pflanzlichen Rohstoffen mit einer Produktionsleistung von 1 Tonne Fertigerzeugnisse oder mehr je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert
		67	7.24 (1)	Anlagen zur Herstellung oder Raffination von Zucker unter Verwendung von Zuckerrüben oder Rohzucker
		68	8.1 (1) a)	Anlagen zur Beseitigung oder Verwertung fester, flüssiger oder gasförmiger Abfälle mit brennbaren Bestandteilen durch thermische Verfahren

- 6 -

Abstands-klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-/Betriebsart (Kurzfassung)
IV	**500**	69	8.3 (1+2)	Anlagen zur thermischen Aufbereitung von Stahlwerksstäuben für die Gewinnung von Metallen oder Metallverbindungen im Drehrohr oder in einer Wirbelschicht
		70	8.5 (1+2)	Offene Anlagen zur Erzeugung von Kompost aus organischen Abfällen mit einer Durchsatzleistung von 3 000 Tonnen oder mehr Einsatzstoffen je Jahr (Kompostwerke) (s. auch lfd. Nr. 128)
		71	8.8 (2) 8.10 (2)	Anlagen zur physikalisch und/oder chemischen Behandlung von Abfällen mit einer Durchsatzleistung von 10 Tonnen bis weniger als 50 Tonnen Einsatzstoffen je Tag auch soweit nicht genehmigungsbedürftig (s. auch lfd. Nr. 34)
		72	8.9 (1) a) + b) 8.9 (2) a)	a) Anlagen zum Zerkleinern von Schrott durch Rotormühlen mit einer Nennleistung des Rotorantriebes von 100 Kilowatt oder mehr b) Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von Eisen- oder Nichteisenschrotten, einschließlich Autowracks, mit einer Gesamtlagerfläche von 15 000 Quadratmeter oder mehr oder einer Gesamtlagerkapazität von 1 500 Tonnen Eisen- oder Nichteisenschrotten oder mehr
		73	8.12 (1+2) a) und b)	Offene Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von Abfällen mit einer Aufnahmekapazität von 10 Tonnen oder mehr je Tag oder einer Gesamtlagerkapazität von 100 Tonnen oder mehr
		74	8.13 (1+2)	Offene Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von Schlämmen mit einer Aufnahmekapazität von 10 Tonnen oder mehr je Tag oder einer Gesamtlagerkapazität von 150 Tonnen oder mehr
		75	8.14 (1+2) a) und b)	Offene Anlagen zum Lagern von Abfällen soweit in diesen Anlagen Abfälle vor deren Beseitigung oder Verwertung jeweils über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr gelagert werden
		76	8.15 (1+2) a) und b)	Offene Anlagen zum Umschlagen von Abfällen mit einer Leistung von 100 Tonnen oder mehr je Tag, ausgenommen Anlagen zum Umschlagen von Erdaushub oder von Gestein, das bei der Gewinnung oder Aufbereitung von Bodenschätzen anfällt
		77	9.11 (2)	Offene oder unvollständig geschlossene Anlagen zum Be- oder Entladen von Schüttgütern, die im trockenen Zustand stauben können, soweit 400 Tonnen Schüttgüter oder mehr je Tag bewegt werden; dies gilt auch für saisonal genutzte Getreideannahmestellen. Anlagen zum Be- oder Entladen von Erdaushub oder von Gestein, das bei der Gewinnung oder Aufbereitung von Bodenschätzen anfällt, sind ausgenommen
		78	-	Abwasserbehandlungsanlagen für mehr als 100 000 EW (s. auch lfd. Nr. 143)
		79	-	Oberirdische Deponien (*)
		80	-	Autokinos (*)

Anlage 3: Protokoll Artenschutzprüfung (ASP)

KREIS WARENDORF Der Landrat

Online Antragssystem der Kreisverwaltung Warendorf

Protokoll einer Artenschutzprüfung Formular A

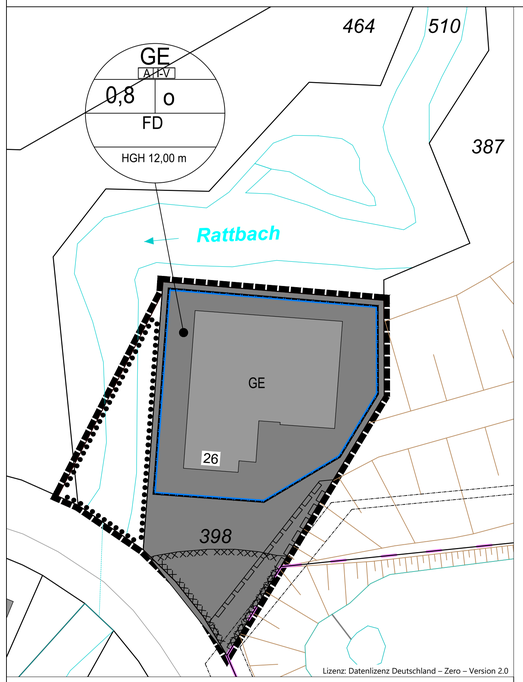
Anlage 2 - Protokoll einer Artenschutzprüfung (ASP)

Plan/Vorhaben (Bezeichnung): Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße/Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum)	
Plan-/Vorhabenträger (Name): Stadt Beckum	Antragstellung (Datum): 01.04.2026
Kurze Beschreibung des Plans/Vorhabens (Ortsangabe, Ausführungsart, relevante Wirkfaktoren); ggf. Verweis auf andere Unterlagen. Im Beckumer Gewerbepark Grüner Weg wird der Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße/Grüner Weg“, 1. Änderung geändert. Der Änderungsbereich ist als „Fläche für den Gemeinbedarf“ festgesetzt und stellt das ehemalige Entwicklungs- und Gründungszentrum (EGZ) Beckums dar. Die Art der baulichen Nutzung wird neu festgesetzt und in ein Gewerbegebiet überführt, da die Nutzung des dort befindlichen Gebäudebestands nicht den Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplan entspricht. Zudem befindet sich auf einem Teil der festgesetzten „Fläche für den Gemeinbedarf“ Baumbestand sowie der renaturierte Rattbach, der nicht dem festgesetzten Gewässerverlauf im rechtskräftigen Bebauungsplan entspricht.	
Ist es möglich, dass bei FFH-Anhang IV-Arten oder europäischen Vogelarten die Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG bei Umsetzung des Plans bzw. Realisierung des Vorhabens ausgelöst werden? ☐ ja ☑ nein	
Kurze Begründung warum keine Verbote durch das Vorhaben ausgelöst werden; ggf. Verweis auf andere Unterlagen. Verweis auf Kapitel 8 "Belange des Umweltschutzes"	

Ort, Datum	Unterschrift

TOP Ö 15

Bebauungsplan Nr. 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum)



Der Ausschuss für Stadtentwicklung der Stadt Beckum hat am 30.06.2026 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) gemäß § 2 (1) BauGB beschlossen.
Der Beschluss ist am 02.07.2026 öffentlich bekannt gemacht worden.

Beckum, den .....

.....
Michael Gerdhenrich
Bürgermeister

Der Ausschuss für Stadtentwicklung der Stadt Beckum hat am 30.06.2026 den Entwurf und die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) gemäß § 3 (2) BauGB beschlossen.

Beckum, den .....

.....
Michael Gerdhenrich
Bürgermeister

Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) ist am 02.07.2026 ortsüblich mit dem Hinweis gemäß § 3 (2) Satz 2 BauGB bekannt gemacht worden.

Beckum, den .....

.....
Michael Gerdhenrich
Bürgermeister

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) und die Begründung haben für die Dauer eines Monats vom 06.07.2026 bis einschließlich 07.08.2026 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.

Beckum, den .....

.....
Michael Gerdhenrich
Bürgermeister

Der Rat der Stadt Beckum hat am 15.09.2026 über die vorgebrachten Anregungen gemäß § 3 (2) BauGB entschieden und den Bebauungsplan Nr. 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) als Satzung, sowie die Begründung in seiner Sitzung am 15.09.2026 beschlossen.

Beckum, den .....

.....
Michael Gerdhenrich
Bürgermeister

Der Beschluss des Rates der Stadt Beckum über den Bebauungsplan Nr. 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) ist am ..... gemäß § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt gemacht worden.
Die Bekanntmachung enthält den Hinweis wo und wann die verbindliche Bauleitplanung eingesehen werden kann.
Mit der Bekanntmachung ist der Bebauungsplan Nr. 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) gemäß § 10 (3) BauGB in Kraft getreten.

Beckum, den .....

.....
Michael Gerdhenrich
Bürgermeister

Legende

Signaturen gemäß der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90)

Für Baulinien, Baugrenzen und andere Begrenzungslinien, die zahlenmäßig nicht festgesetzt sind, ist die zeichnerische Darstellung des Planes maßgebend.

Bestand

vorhandene Flurgrenze

vorhandene Flurstücksgrenze

1 — vorhandenes Gebäude mit Hausnummer

Böschung

Gewässer

öffentlicher Kanal

398 — Flurstücksnummer

Festsetzung

1. Art der baulichen Nutzung
(§ 9 Absatz 1 Nummer 1 des Baugesetzbuches - BauGB in Verbindung mit §§ 1 bis 11 der Baunutzungsverordnung - BauNVO)

Gewerbegebiet (GE)

2. Maß der baulichen Nutzung
(§ 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 16 BauNVO)

0,8 — Grundflächenzahl

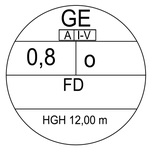
HGH — höchste Gebäudehöhe

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen
(§ 9 Absatz 1 Nummer 2 BauGB in Verbindung mit §§ 22 und 23 BauNVO)

Baugrenze

o — offene Bauweise

Füllschema der Nutzungsschablone



Art der baulichen Nutzung
Abstandsklassen
Grundflächenzahl (GRZ)
Verhältnis der überbaubaren Fläche zur Grundstücksfläche
Bauweise
Dachneigung, Dachform
höchste Gebäudehöhe

13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 20, 25 und Absatz 6 BauGB)

Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen, sowie von Gewässern

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990.
Der Kartenausschnitt (Katasterkarte) entspricht für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) dem Stand der durch den Kreis Warendorf bereitgestellten digitalen Liegenschaftskarte vom 07.07.2025.

Beckum, den .....

Stadt Beckum
Der Bürgermeister
Im Auftrag

.....

15. Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (gemäß § 9 Absatz 7 BauGB)

Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 21 und Absatz 6 BauGB)

ehemaliger Steinbruchbereich (gemäß § 9 Absatz 5 BauGB)

Textliche Festsetzungen

A BAUPLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Art der baulichen Nutzung
(gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB)

Abstandsklassen

Gemäß § 1 Absatz 4 BauNVO wird das im Bebauungsplan festgesetzte GE zum Schutz der angrenzenden Wohnbebauung nach Betriebsarten gegliedert. Die in den jeweiligen Gliederungsbereichen eingetragenen Abstandsklassen beziehen sich auf die Abstandsliste 2007 (Fassung vom 06. Juni 2007).

Unzulässig sind Anlagen der Abstandsklassen I bis V und Anlagen mit ähnlichem Emissionsverhalten.

Ausnahmsweise sind Betriebe der jeweils nächst niedrigen Abstandsklassen gemäß § 31 Absatz 1 BauGB zulässig, wenn sie in ihrem Emissionsverhalten den Betrieben der zulässigen Abstandsklassen entsprechen.

Unzulässige und ausnahmsweise zulässige Nutzungen

gemäß § 1 Absatz 5, Absatz 6 und Absatz 9 BauNVO in Verbindung mit § 8 BauNVO

Nicht zulässig sind:

- Einzelhandelsbetriebe
- offene Lagerplätze (in den an der Begrenzungslinie zur öffentlichen Verkehrsfläche gelegenen überbaubaren und nichtüberbaubaren Grundstücksflächen)
- Tankstellen
- Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind
- Vergnügungsstätten jeglicher Art, Kinos sowie Bordelle und ähnliche auf sexuelle Handlungen ausgerichtete Betriebe (Eros-Center, Peepshows, Privatclubs, Dirnenunterkünfte und ähnliche)

Ausnahmsweise können zugelassen werden:

- an den Endverbraucher gerichtete Verkaufsstellen, die in unmittelbarem betrieblichem Zusammenhang mit den Betrieben stehen und baulich untergeordnet sind (Annexhandel); Eine maximale Verkaufsfläche von 100,00 Quadratmetern darf nicht überschritten werden.
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke

2. Maß der baulichen Nutzung
(gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 16 und § 18 BauNVO)

Höhe Baulicher Anlagen

Die HGH von 12,00 Metern darf nicht überschritten werden. Als oberer Bezugspunkt gilt der oberste Abschluss der aufgehenden Außenwand (Oberkante Attika).

Die HGH kann durch technische Anlagen und Aufbauten (zum Beispiel Antennen, Solaranlagen, Lüftungs- und Klimaanlagen) um maximal 2,00 Meter überschritten werden.

Schornsteine sind von den Festsetzungen zur Höhe baulicher Anlagen ausgenommen.

Bezugshöhe: Die HGH bemisst sich im Verhältnis zur mittleren Höhenlage der für das jeweilige Baugrundstück maßgeblichen anbaufähigen Verkehrsfläche. Die Höhenlage der maßgeblichen anbaufähigen Verkehrsfläche wird über die Höhe der Fahrbahnmitte der nächstgelegenen Fahrbahn gemessen.

3. Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen
(gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 2 BauGB in Verbindung mit § 22 und § 23 BauNVO)

Überbaubare Grundstücksflächen

Die überbaubare Grundstücksfläche wird durch die Festsetzung von Baugrenzen entsprechend der Eintragung im zeichnerischen Teil bestimmt.

Entlang der seitlichen und hinteren Grundstücksgrenzen ist jeweils ein mindestens 1,00 Meter breiter Grünstreifen zu versehen, der mit standortgerechten heimischen Bäumen oder Sträuchern zu begrünen und dauerhaft zu erhalten ist.

4. Geh-, Fahr- und Leitungsrecht
(gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 21 und Absatz 6 BauGB)

Im GE wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Stadt Beckum sowie der Ver- und Entsorgungsträger festgesetzt.

Zur Sicherung und Erreichbarkeit der unterirdisch verlaufenden Ver- und Entsorgungsanlage dürfen im Bereich des Geh-, Fahr- und Leitungsrechts keine baulichen Anlagen wie Hochbauten, oder Bewuchs wie Hecken, Winkelsteine errichtet werden. Bauliche Anlagen, die die Zugänglichkeit oder Befahrbarkeit beeinträchtigen könnten, sind unzulässig.

5. Bauliche Maßnahmen für den Einsatz erneuerbarer Energien
(gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 23 Buchstabe b BauGB)

Innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sind auf den nutzbaren Dachflächen Anlagen zur Nutzung der einfallenden solaren Strahlungsenergie (Photovoltaikmodule, Solarwärmekollektoren) mit einer Mindestgröße von 50 Prozent der Grundfläche des Gebäudes zu errichten (Solarmindestfläche).

Von der Festsetzung können Ausnahmen zugelassen werden, wenn nachgewiesen wird, dass eine Solaranlage nicht wirtschaftlich betrieben werden kann.

6. Flächen mit Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzungen sowie von Gewässern (gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 25 Buchstabe b BauGB)

Vorhandene Grünstrukturen sind fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Abgehende Pflanzen sind spätestens in der nachfolgenden Vegetationsperiode zu ersetzen.

Eingriffe, die den Verlauf, die ökologische Funktion oder die Ufervegetation des Rattbachs beeinträchtigen, sind nicht zulässig.

Maßnahmen zur Unterhaltung, Sanierung oder ökologischen Verbesserung des Gewässers und seiner Ufervegetation sind zulässig, soweit sie in Abstimmung mit der zuständigen Wasser- und Naturschutzbehörde durchgeführt werden.

B ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

Äußere Gestaltung baulicher Anlagen gemäß § 89 BauO NRW in Verbindung mit § 9 Absatz 4 BauGB

Dachform

Als zulässige Dachform wird das Flachdach festgesetzt.

Begrünung von Stellplatzanlagen

Bei ebenerdigen Stellplatzanlagen ist je angefangene 6 Stellplätze mindestens ein hochstämmiger Laubbaum zu pflanzen. Für jeden Baum ist eine Vegetationsfläche von mindestens 2,00 x 3,00 Metern dauerhaft freizuhalten. Die Bäume sind dauerhaft zu unterhalten und bei Abgang durch geeignete Gehölze zu ersetzen (Ersatzverpflichtung).

Einfriedungen

Einfriedungen entlang der Grundstücksgrenze sind einzugrünen und dürfen eine Höhe von maximal 2,00 Metern nicht überschreiten. Die Verwendung von Stacheldraht ist unzulässig.

Abfallbehälter

In den Vorgartenbereichen sind Abfallbehälter mit Sträuchern oder Hecken zu umpflanzen oder mit Rankpflanzen einzugrünen.

Werbeanlagen

Werbeanlagen sind im gesamten Plangebiet so zu gestalten, dass die Sicherheit und Ordnung des Verkehrs gewährleistet ist sowie das Orts- und Landschaftsbild nicht beeinträchtigt wird. Der Nachweis ist bei der zuständigen Baugenehmigungsbehörde zu führen.

Unzulässig sind Werbeanlagen an Einfriedungen und in den Vorgärten. Hiervon ausgenommen sind Hinweisschilder auf dem Grundstück entlang der Grundstückszufahrt. Diese Hinweisschilder dürfen das Maß von 2,00 Quadratmetern nicht überschreiten. Die Höhe beträgt maximal 1,80 Meter, einschließlich der Tragekonstruktion.

Werbeanlagen an Gebäudefassaden sind nur bis zu einer Gesamtgröße von maximal 10 Prozent der jeweiligen Fassadenfläche zulässig und dürfen die Attika beziehungsweise den Ortgang der Dächer nicht überragen. Dies gilt auch für Werbeanlagen gemäß § 65 Absatz 1 BauO NRW.

Unzulässig sind zudem Werbeanlagen auf und über den Dächern, blinkende und sich bewegende Werbeanlagen sowie Flaggenwerbung.

Beleuchtung

Die Lichtpunkthöhe der für die Außenbeleuchtung des Plangebiets erforderlichen Lampenmasten darf maximal 5,00 Meter betragen. Die Lampen müssen nach unten strahlen und so ausgebildet sein, dass eine Lichtwirkung nur auf die zu beleuchtende Fläche erfolgt. Sie müssen so ausgestattet sein, dass nachtaktive Tiere nicht gestört beziehungsweise gefährdet werden.

C KENNZEICHNUNGEN

Flächen, unter denen der Bergbau umgeht oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind

Gemäß § 9 Absatz 5 Nummer 2 BauGB wird in der Planzeichnung ein Teil der Fläche als ehemaliger Steinbruchbereich gekennzeichnet.

D HINWEISE

Artenschutz

Zur allgemeindienenden Vermeidung von Verbotstatbeständen des § 44 Absatz 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) werden folgende Vermeidungsmaßnahmen formuliert:

- Rodungsarbeiten und Baumfällungen sind auf den Zeitraum vom 01. Oktober eines Jahres bis zum 28./29. Februar des Folgejahres zu beschränken. Zu den Rodungsarbeiten gehört auch das Entfernen von Gebüschen.
- Vor einem Abriss der Gebäude sollten spalten- oder hohlraumbildende Dachziegel, Schieferplatten und Holzlatten im Dachbereich unter ökologischer Baubegleitung entfernt werden. Dies ist zu folgenden Zeiten möglich: im April und zwischen Mitte August und Mitte November eines Jahres sowie auch zwischen Mitte November und März bei Temperaturen > 8°C.
- Vor Baubeginn sollte ein längeres Brachliegen der zu bebauenden Fläche vermieden werden, um eine Ansiedlung artenschutzrechtlich relevanter Arten zu verhindern. Die Aktivitäten der Baumaßnahmen (zum Beispiel Baustelleneinrichtung, Erdarbeiten, Materiallagerung) sind auf zukünftig versiegelte Bereiche zu beschränken.
- Größere Glasfronten sind zur Vermeidung von Vogelschlag vogelgerecht auszuführen. Maßnahmen zur Vermeidung von Vogelschlag an Glas, besonders an den gehölzexponierten Gebäudefassaden und großflächigen Glasfronten, sind zu prüfen.
- Dem aktuellen Stand der Technik entsprechend wird empfohlen, ausschließlich Leuchtmittel zu wählen, die eine geringe Anziehung auf Insekten haben und von Fledermäusen kaum wahrgenommen werden (geringer Blaulichtanteil (Lichtspektrum 570 bis 630 Nanometer), Farbtemperatur ≤ 2.700 Kelvin et cetera).

Bei Gebäudeabbrüchen und Neuplanungen sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens entsprechende Nebenbestimmungen zu artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen erneut zu berücksichtigen.

Flächenversiegelung

Um den Verlust der natürlichen Retentionsfähigkeit des Bodens durch Versiegelung zu reduzieren sowie zur Minimierung der Niederschlagswasserabflussmengen wird empfohlen, die Befestigungen der privaten Erschließungsflächen wie zum Beispiel für oberirdische Stellplätze, Zufahrten und Garagenvorplätze aus wasserdurchlässigen Materialien herzustellen. Dazu eignen sich Sickersteine, Drainpflaster oder Rasenpflaster.

Hochwasser

Der Geltungsbereich wird überwiegend als durch Starkregen gefährdeter Bereich hervorgehoben.

Für das Land Nordrhein-Westfalen liegen Starkregenhinweiskarten des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie (BKG) vor. Diese werden durch das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) zur Verfügung gestellt (http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de).

Mutterboden

Gemäß § 202 BauGB in Verbindung mit DIN 18915 ist bei Errichtung oder Änderung von baulichen Anlagen der Oberboden (Mutterboden) in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung zu schützen. Er ist vordringlich im Geltungsbereich zu sichern, zur Wiederverwendung zu lagern und später wieder einzubauen.

Bergbau

Bei der Durchführung des Planvorhabens ist auf eine mögliche Strontianitlagerstätte sowie auf altbergbauliche Hinweise zu achten. Hierbei kann es sich um atypische Bewegungsbilder der Tagesoberfläche oder von Baukörpern handeln, die geotechnisch, gründungstechnisch oder bauphysikalisch nicht erklärbar sind. Solche atypischen Bewegungsbilder sind Risse in Gebäuden oder Risse und Absenkungen an der Tagesoberfläche. Auch schnee- und eisfreie „Flecken“ im Winter oder kleinräumig begrenzte Vegetationsstörungen können Hinweise auf das Vorhandensein von Grubenbauen sein. Sollten derartige Auffälligkeiten festgestellt werden, ist zur weiteren Beurteilung ein entsprechend qualifizierter Sachverständiger hinzuzuziehen.

Altablagerungen und Kampfmittel

Ein Ausschluss von Kampfmitteln im Geltungsbereich kann nicht gewährt werden. Bei sämtlichen Eingriffen in den Boden ist verstärkt auf Auffälligkeiten (Verfärbungen, Fremdbestandteile, Geruch et cetera) zu achten. Im Fall des Antreffens von schädlichen Bodenveränderungen und/oder Altlasten sind gemäß § 2 Landesbodenschutzgesetz (LBodSchG) die erforderlichen Maßnahmen bezogen auf den Einzelfall mit der Unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Warendorf abzustimmen.

Werden bei Erdarbeiten verdächtige Gegenstände, Bodenverfärbungen oder ähnliches festgestellt, die gegebenenfalls auf Kampfmittelbelastungen zurückzuführen sind, ist die Arbeit aus Sicherheitsgründen sofort einzustellen. In diesen Fällen sind die Untere Bodenschutzbehörde (Kreis Warendorf) und der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtliche Ordnungsbehörde oder der Polizei zu verständigen. Erfolgen Spezialtiefbauarbeiten mit erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen, Verbauarbeiten et cetera wird eine Bohrlochdetektion empfohlen und auf den Leitfaden des Kampfmittelbeseitigungsdienstes in Nordrhein-Westfalen verwiesen.

Denkmalschutz

Innerhalb des Geltungsbereichs befinden sich nach heutigem Kenntnisstand keine Baudenkmäler oder denkmalwerten Objekte. Auch Bodendenkmäler sind nicht bekannt. Spezielle Maßnahmen des Denkmalschutzes oder der Denkmalpflege sind daher nicht erforderlich.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, das heißt Mauerwerke, Einzelfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Beschaffenheit, paläontologische Bodendenkmäler in Form von Fossilien (versteinerte Überreste von Pflanzen und Tieren aus der Kreidezeit (Ammoniten, Muscheln, Seeigel, Schwämme et cetera)) entdeckt werden.

Archäologische Funde, die durch Bodenbewegungen aufgetreten sind, sind gemäß §§ 16 und 17 Nordrhein-westfälisches Denkmalschutzgesetz (DSchG NRW) der Stadt Beckum als Untere Denkmalbehörde und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Westfälisches Museum für Archäologie / Amt für Bodendenkmalpflege, anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens 3 Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten.

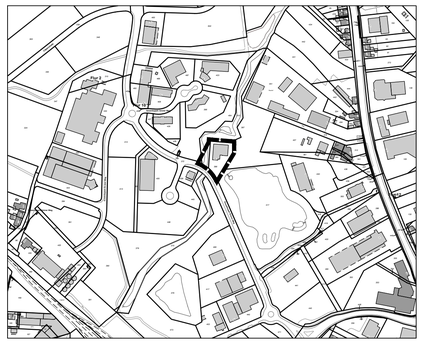
Einsichtnahme von der Planung zugrundeliegenden Vorschriften und Gutachten

Die der Planung zugrundeliegenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse, DIN-Vorschriften, technische Regelwerke sowie Richtlinien aller Art) und Gutachten können während der Dienststunden bei der Stadt Beckum, Fachdienst Stadtplanung und Wirtschaftsförderung, Weststraße 46, 59269 Beckum, eingesehen werden.

E RECHTSGRUNDLAGEN

1. Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung.
2. Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), in der zuletzt geänderten Fassung.
3. Planzeichenverordnung (PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1191 I S. 58), in der zuletzt geänderten Fassung.
4. Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung - BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), in der zuletzt geänderten Fassung.
5. Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung.
6. Gesetz über Naturschutz- und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), in der zuletzt geänderten Fassung.
7. Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), in der zuletzt geänderten Fassung.
8. Verordnung (EU) 2024/1991 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Wiederherstellung der Natur und zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/869 (Wiederherstellungsverordnung - WVO), in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juni 2024, in der zuletzt geänderten Fassung.
9. Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), in der zuletzt geänderten Fassung.
10. Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 926), in der zuletzt geänderten Fassung.

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER



Übersichtsplan Maßstab 1:5000
Lizenz: Datenlizenz Deutschland – Zero – Version 2.0

Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum)

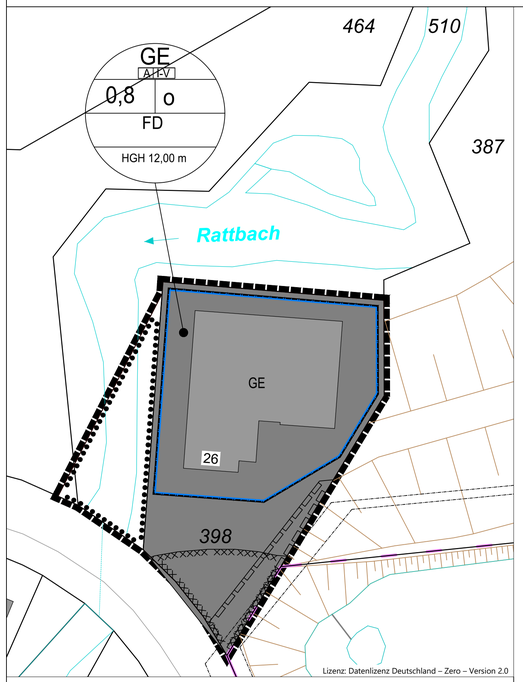
Verfahrensstand:
Satzung gemäß § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch

im Sinne des § 30 BauGB
rechtsverbindlich seit: .....
Maßstab 1:500

Fachdienst
Stadtplanung und
Wirtschaftsförderung
www.beckum.de

TOP Ö 15

Bebauungsplan Nr. 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum)



Der Ausschuss für Stadtentwicklung der Stadt Beckum hat am 30.06.2026 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) gemäß § 2 (1) BauGB beschlossen.
Der Beschluss ist am 02.07.2026 öffentlich bekannt gemacht worden.

Beckum, den .....

.....
Michael Gerdhenrich
Bürgermeister

Der Ausschuss für Stadtentwicklung der Stadt Beckum hat am 30.06.2026 den Entwurf und die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) gemäß § 3 (2) BauGB beschlossen.

Beckum, den .....

.....
Michael Gerdhenrich
Bürgermeister

Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) ist am 02.07.2026 ortsüblich mit dem Hinweis gemäß § 3 (2) Satz 2 BauGB bekannt gemacht worden.

Beckum, den .....

.....
Michael Gerdhenrich
Bürgermeister

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) und die Begründung haben für die Dauer eines Monats vom 06.07.2026 bis einschließlich 07.08.2026 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.

Beckum, den .....

.....
Michael Gerdhenrich
Bürgermeister

Der Rat der Stadt Beckum hat am 15.09.2026 über die vorgebrachten Anregungen gemäß § 3 (2) BauGB entschieden und den Bebauungsplan Nr. 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) als Satzung, sowie die Begründung in seiner Sitzung am 15.09.2026 beschlossen.

Beckum, den .....

.....
Michael Gerdhenrich
Bürgermeister

Der Beschluss des Rates der Stadt Beckum über den Bebauungsplan Nr. 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) ist am ..... gemäß § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt gemacht worden.
Die Bekanntmachung enthält den Hinweis wo und wann die verbindliche Bauleitplanung eingesehen werden kann.
Mit der Bekanntmachung ist der Bebauungsplan Nr. 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) gemäß § 10 (3) BauGB in Kraft getreten.

Beckum, den .....

.....
Michael Gerdhenrich
Bürgermeister

Legende

Signaturen gemäß der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90)

Für Baulinien, Baugrenzen und andere Begrenzungslinien, die zahlenmäßig nicht festgesetzt sind, ist die zeichnerische Darstellung des Planes maßgebend.

Bestand

vorhandene Flurgrenze

vorhandene Flurstücksgrenze

1 — vorhandenes Gebäude mit Hausnummer

Böschung

Gewässer

öffentlicher Kanal

398 — Flurstücksnummer

Festsetzung

1. Art der baulichen Nutzung
(§ 9 Absatz 1 Nummer 1 des Baugesetzbuches - BauGB in Verbindung mit §§ 1 bis 11 der Baunutzungsverordnung - BauNVO)

Gewerbegebiet (GE)

2. Maß der baulichen Nutzung
(§ 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 16 BauNVO)

0,8 — Grundflächenzahl

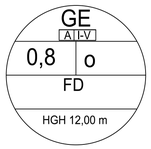
HGH — höchste Gebäudehöhe

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen
(§ 9 Absatz 1 Nummer 2 BauGB in Verbindung mit §§ 22 und 23 BauNVO)

Baugrenze

o — offene Bauweise

Füllschema der Nutzungsschablone



Art der baulichen Nutzung
Abstandsklassen
Grundflächenzahl (GRZ)
Verhältnis der überbaubaren Fläche zur Grundstücksfläche — Bauweise
Dachneigung, Dachform
höchste Gebäudehöhe

13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 20, 25 und Absatz 6 BauGB)

Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen, sowie von Gewässern

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990.
Der Kartenausschnitt (Katasterkarte) entspricht für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 15 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum) dem Stand der durch den Kreis Warendorf bereitgestellten digitalen Liegenschaftskarte vom 07.07.2025.

Beckum, den .....

Stadt Beckum
Der Bürgermeister
Im Auftrag

.....

15. Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (gemäß § 9 Absatz 7 BauGB)

Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 21 und Absatz 6 BauGB)

ehemaliger Steinbruchbereich (gemäß § 9 Absatz 5 BauGB)

Textliche Festsetzungen

A BAUPLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Art der baulichen Nutzung
(gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB)

Abstandsklassen

Gemäß § 1 Absatz 4 BauNVO wird das im Bebauungsplan festgesetzte GE zum Schutz der angrenzenden Wohnbebauung nach Betriebsarten gegliedert. Die in den jeweiligen Gliederungsbereichen eingetragenen Abstandsklassen beziehen sich auf die Abstandsliste 2007 (Fassung vom 06. Juni 2007).

Unzulässig sind Anlagen der Abstandsklassen I bis V und Anlagen mit ähnlichem Emissionsverhalten.

Ausnahmsweise sind Betriebe der jeweils nächst niedrigen Abstandsklassen gemäß § 31 Absatz 1 BauGB zulässig, wenn sie in ihrem Emissionsverhalten den Betrieben der zulässigen Abstandsklassen entsprechen.

Unzulässige und ausnahmsweise zulässige Nutzungen

gemäß § 1 Absatz 5, Absatz 6 und Absatz 9 BauNVO in Verbindung mit § 8 BauNVO

Nicht zulässig sind:

- Einzelhandelsbetriebe
- offene Lagerplätze (in den an der Begrenzungslinie zur öffentlichen Verkehrsfläche gelegenen überbaubaren und nichtüberbaubaren Grundstücksflächen)
- Tankstellen
- Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind
- Vergnügungsstätten jeglicher Art, Kinos sowie Bordelle und ähnliche auf sexuelle Handlungen ausgerichtete Betriebe (Eros-Center, Peepshows, Privatclubs, Dirnenunterkünfte und ähnliche)

Ausnahmsweise können zugelassen werden:

- an den Endverbraucher gerichtete Verkaufsstellen, die in unmittelbarem betrieblichem Zusammenhang mit den Betrieben stehen und baulich untergeordnet sind (Annexhandel); Eine maximale Verkaufsfläche von 100,00 Quadratmetern darf nicht überschritten werden.
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke

2. Maß der baulichen Nutzung
(gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 BauGB in Verbindung mit § 16 und § 18 BauNVO)

Höhe Baulicher Anlagen

Die HGH von 12,00 Metern darf nicht überschritten werden. Als oberer Bezugspunkt gilt der oberste Abschluss der aufgehenden Außenwand (Oberkante Attika).

Die HGH kann durch technische Anlagen und Aufbauten (zum Beispiel Antennen, Solaranlagen, Lüftungs- und Klimaanlagen) um maximal 2,00 Meter überschritten werden.

Schornsteine sind von den Festsetzungen zur Höhe baulicher Anlagen ausgenommen.

Bezugshöhe: Die HGH bemisst sich im Verhältnis zur mittleren Höhenlage der für das jeweilige Baugrundstück maßgeblichen anbaufähigen Verkehrsfläche. Die Höhenlage der maßgeblichen anbaufähigen Verkehrsfläche wird über die Höhe der Fahrbahnmitte der nächstgelegenen Fahrbahn gemessen.

3. Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen
(gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 2 BauGB in Verbindung mit § 22 und § 23 BauNVO)

Überbaubare Grundstücksflächen

Die überbaubare Grundstücksfläche wird durch die Festsetzung von Baugrenzen entsprechend der Eintragung im zeichnerischen Teil bestimmt.

Entlang der seitlichen und hinteren Grundstücksgrenzen ist jeweils ein mindestens 1,00 Meter breiter Grünstreifen zu versehen, der mit standortgerechten heimischen Bäumen oder Sträuchern zu begrünen und dauerhaft zu erhalten ist.

4. Geh-, Fahr- und Leitungsrecht
(gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 21 und Absatz 6 BauGB)

Im GE wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Stadt Beckum sowie der Ver- und Entsorgungsträger festgesetzt.

Zur Sicherung und Erreichbarkeit der unterirdisch verlaufenden Ver- und Entsorgungsanlage dürfen im Bereich des Geh-, Fahr- und Leitungsrechts keine baulichen Anlagen wie Hochbauten, oder Bewuchs wie Hecken, Winkelsteine errichtet werden. Bauliche Anlagen, die die Zugänglichkeit oder Befahrbarkeit beeinträchtigen könnten, sind unzulässig.

5. Bauliche Maßnahmen für den Einsatz erneuerbarer Energien
(gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 23 Buchstabe b BauGB)

Innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sind auf den nutzbaren Dachflächen Anlagen zur Nutzung der einfallenden solaren Strahlungsenergie (Photovoltaikmodule, Solarwärmekollektoren) mit einer Mindestgröße von 50 Prozent der Grundfläche des Gebäudes zu errichten (Solarmindestfläche).

Von der Festsetzung können Ausnahmen zugelassen werden, wenn nachgewiesen wird, dass eine Solaranlage nicht wirtschaftlich betrieben werden kann.

6. Flächen mit Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzungen sowie von Gewässern (gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 25 Buchstabe b BauGB)

Vorhandene Grünstrukturen sind fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Abgehende Pflanzen sind spätestens in der nachfolgenden Vegetationsperiode zu ersetzen.

Eingriffe, die den Verlauf, die ökologische Funktion oder die Ufervegetation des Rattbachs beeinträchtigen, sind nicht zulässig.

Maßnahmen zur Unterhaltung, Sanierung oder ökologischen Verbesserung des Gewässers und seiner Ufervegetation sind zulässig, soweit sie in Abstimmung mit der zuständigen Wasser- und Naturschutzbehörde durchgeführt werden.

B ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

Äußere Gestaltung baulicher Anlagen gemäß § 89 BauO NRW in Verbindung mit § 9 Absatz 4 BauGB

Dachform

Als zulässige Dachform wird das Flachdach festgesetzt.

Begrünung von Stellplatzanlagen

Bei ebenerdigen Stellplatzanlagen ist je angefangene 6 Stellplätze mindestens ein hochstämmiger Laubbaum zu pflanzen. Für jeden Baum ist eine Vegetationsfläche von mindestens 2,00 x 3,00 Metern dauerhaft freizuhalten. Die Bäume sind dauerhaft zu unterhalten und bei Abgang durch geeignete Gehölze zu ersetzen (Ersatzverpflichtung).

Einfriedungen

Einfriedungen entlang der Grundstücksgrenze sind einzugrünen und dürfen eine Höhe von maximal 2,00 Metern nicht überschreiten. Die Verwendung von Stacheldraht ist unzulässig.

Abfallbehälter

In den Vorgartenbereichen sind Abfallbehälter mit Sträuchern oder Hecken zu umpflanzen oder mit Rankpflanzen einzugrünen.

Werbeanlagen

Werbeanlagen sind im gesamten Plangebiet so zu gestalten, dass die Sicherheit und Ordnung des Verkehrs gewährleistet ist sowie das Orts- und Landschaftsbild nicht beeinträchtigt wird. Der Nachweis ist bei der zuständigen Baugenehmigungsbehörde zu führen.

Unzulässig sind Werbeanlagen an Einfriedungen und in den Vorgärten. Hiervon ausgenommen sind Hinweisschilder auf dem Grundstück entlang der Grundstückszufahrt. Diese Hinweisschilder dürfen das Maß von 2,00 Quadratmetern nicht überschreiten. Die Höhe beträgt maximal 1,80 Meter, einschließlich der Tragekonstruktion.

Werbeanlagen an Gebäudefassaden sind nur bis zu einer Gesamtgröße von maximal 10 Prozent der jeweiligen Fassadenfläche zulässig und dürfen die Attika beziehungsweise den Ortgang der Dächer nicht überragen. Dies gilt auch für Werbeanlagen gemäß § 65 Absatz 1 BauO NRW.

Unzulässig sind zudem Werbeanlagen auf und über den Dächern, blinkende und sich bewegende Werbeanlagen sowie Flaggenwerbung.

Beleuchtung

Die Lichtpunkthöhe der für die Außenbeleuchtung des Plangebiets erforderlichen Lampenmasten darf maximal 5,00 Meter betragen. Die Lampen müssen nach unten strahlen und so ausgebildet sein, dass eine Lichtwirkung nur auf die zu beleuchtende Fläche erfolgt. Sie müssen so ausgestattet sein, dass nachtaktive Tiere nicht gestört beziehungsweise gefährdet werden.

C KENNZEICHNUNGEN

Flächen, unter denen der Bergbau umgeht oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind

Gemäß § 9 Absatz 5 Nummer 2 BauGB wird in der Planzeichnung ein Teil der Fläche als ehemaliger Steinbruchbereich gekennzeichnet.

D HINWEISE

Artenschutz

Zur allgemeindienenden Vermeidung von Verbotstatbeständen des § 44 Absatz 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) werden folgende Vermeidungsmaßnahmen formuliert:

- Rodungsarbeiten und Baumfällungen sind auf den Zeitraum vom 01. Oktober eines Jahres bis zum 28./29. Februar des Folgejahres zu beschränken. Zu den Rodungsarbeiten gehört auch das Entfernen von Gebüschen.
- Vor einem Abriss der Gebäude sollten spalten- oder hohlraumbildende Dachziegel, Schieferplatten und Holzlatten im Dachbereich unter ökologischer Baubegleitung entfernt werden. Dies ist zu folgenden Zeiten möglich: im April und zwischen Mitte August und Mitte November eines Jahres sowie auch zwischen Mitte November und März bei Temperaturen > 8°C.
- Vor Baubeginn sollte ein längeres Brachliegen der zu bebauenden Fläche vermieden werden, um eine Ansiedlung artenschutzrechtlich relevanter Arten zu verhindern. Die Aktivitäten der Baumaßnahmen (zum Beispiel Baustelleneinrichtung, Erdarbeiten, Materiallagerung) sind auf zukünftig versiegelte Bereiche zu beschränken.
- Größere Glasfronten sind zur Vermeidung von Vogelschlag vogelgerecht auszuführen. Maßnahmen zur Vermeidung von Vogelschlag an Glas, besonders an den gehölzexponierten Gebäudefassaden und großflächigen Glasfronten, sind zu prüfen.
- Dem aktuellen Stand der Technik entsprechend wird empfohlen, ausschließlich Leuchtmittel zu wählen, die eine geringe Anziehung auf Insekten haben und von Fledermäusen kaum wahrgenommen werden (geringer Blaulichtanteil (Lichtspektrum 570 bis 630 Nanometer), Farbtemperatur ≤ 2.700 Kelvin et cetera).

Bei Gebäudeabbrüchen und Neuplanungen sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens entsprechende Nebenbestimmungen zu artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen erneut zu berücksichtigen.

Flächenversiegelung

Um den Verlust der natürlichen Retentionsfähigkeit des Bodens durch Versiegelung zu reduzieren sowie zur Minimierung der Niederschlagswasserabflussmengen wird empfohlen, die Befestigungen der privaten Erschließungsflächen wie zum Beispiel für oberirdische Stellplätze, Zufahrten und Garagenvorplätze aus wasserdurchlässigen Materialien herzustellen. Dazu eignen sich Sickersteine, Drainpflaster oder Rasenpflaster.

Hochwasser

Der Geltungsbereich wird überwiegend als durch Starkregen gefährdeter Bereich hervorgehoben.

Für das Land Nordrhein-Westfalen liegen Starkregenhinweiskarten des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie (BKG) vor. Diese werden durch das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) zur Verfügung gestellt (http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de).

Mutterboden

Gemäß § 202 BauGB in Verbindung mit DIN 18915 ist bei Errichtung oder Änderung von baulichen Anlagen der Oberboden (Mutterboden) in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung zu schützen. Er ist vordringlich im Geltungsbereich zu sichern, zur Wiederverwendung zu lagern und später wieder einzubauen.

Bergbau

Bei der Durchführung des Planvorhabens ist auf eine mögliche Strontianitlagerstätte sowie auf altbergbauliche Hinweise zu achten. Hierbei kann es sich um atypische Bewegungsbilder der Tagesoberfläche oder von Baukörpern handeln, die geotechnisch, gründungstechnisch oder bauphysikalisch nicht erklärbar sind. Solche atypischen Bewegungsbilder sind Risse in Gebäuden oder Risse und Absenkungen an der Tagesoberfläche. Auch schnee- und eisfreie „Flecken“ im Winter oder kleinräumig begrenzte Vegetationsstörungen können Hinweise auf das Vorhandensein von Grubenbauen sein. Sollten derartige Auffälligkeiten festgestellt werden, ist zur weiteren Beurteilung ein entsprechend qualifizierter Sachverständiger hinzuzuziehen.

Altablagerungen und Kampfmittel

Ein Ausschluss von Kampfmitteln im Geltungsbereich kann nicht gewährt werden. Bei sämtlichen Eingriffen in den Boden ist verstärkt auf Auffälligkeiten (Verfärbungen, Fremdbestandteile, Geruch et cetera) zu achten. Im Fall des Antreffens von schädlichen Bodenveränderungen und/oder Altlasten sind gemäß § 2 Landesbodenschutzgesetz (LBodSchG) die erforderlichen Maßnahmen bezogen auf den Einzelfall mit der Unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Warendorf abzustimmen.

Werden bei Erdarbeiten verdächtige Gegenstände, Bodenverfärbungen oder ähnliches festgestellt, die gegebenenfalls auf Kampfmittelbelastungen zurückzuführen sind, ist die Arbeit aus Sicherheitsgründen sofort einzustellen. In diesen Fällen sind die Untere Bodenschutzbehörde (Kreis Warendorf) und der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtliche Ordnungsbehörde oder der Polizei zu verständigen. Erfolgen Spezialtiefbauarbeiten mit erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen, Verbauarbeiten et cetera wird eine Bohrlochdetektion empfohlen und auf den Leitfaden des Kampfmittelbeseitigungsdienstes in Nordrhein-Westfalen verwiesen.

Denkmalschutz

Innerhalb des Geltungsbereichs befinden sich nach heutigem Kenntnisstand keine Baudenkmäler oder denkmalwerten Objekte. Auch Bodendenkmäler sind nicht bekannt. Spezielle Maßnahmen des Denkmalschutzes oder der Denkmalpflege sind daher nicht erforderlich.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, das heißt Mauerwerke, Einzelfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Beschaffenheit, paläontologische Bodendenkmäler in Form von Fossilien (versteinerte Überreste von Pflanzen und Tieren aus der Kreidezeit (Ammoniten, Muscheln, Seeigel, Schwämme et cetera)) entdeckt werden.

Archäologische Funde, die durch Bodenbewegungen aufgetreten sind, sind gemäß §§ 16 und 17 Nordrhein-westfälisches Denkmalschutzgesetz (DSchG NRW) der Stadt Beckum als Untere Denkmalbehörde und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Westfälisches Museum für Archäologie / Amt für Bodendenkmalpflege, anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens 3 Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten.

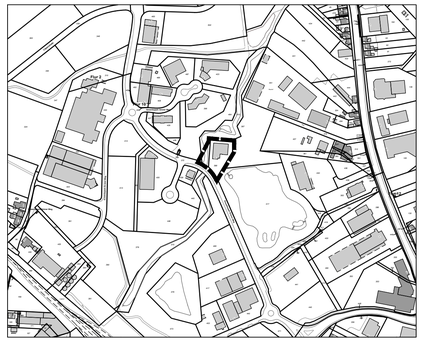
Einsichtnahme von der Planung zugrundeliegenden Vorschriften und Gutachten

Die der Planung zugrundeliegenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse, DIN-Vorschriften, technische Regelwerke sowie Richtlinien aller Art) und Gutachten können während der Dienststunden bei der Stadt Beckum, Fachdienst Stadtplanung und Wirtschaftsförderung, Weststraße 46, 59269 Beckum, eingesehen werden.

E RECHTSGRUNDLAGEN

1. Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung.
2. Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), in der zuletzt geänderten Fassung.
3. Planzeichenverordnung (PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1191 I S. 58), in der zuletzt geänderten Fassung.
4. Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung - BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), in der zuletzt geänderten Fassung.
5. Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung.
6. Gesetz über Naturschutz- und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), in der zuletzt geänderten Fassung.
7. Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), in der zuletzt geänderten Fassung.
8. Verordnung (EU) 2024/1991 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Wiederherstellung der Natur und zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/869 (Wiederherstellungsverordnung - WVO), in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juni 2024, in der zuletzt geänderten Fassung.
9. Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), in der zuletzt geänderten Fassung.
10. Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 926), in der zuletzt geänderten Fassung.

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER



Übersichtsplan Maßstab 1:5000
Lizenz: Datenlizenz Deutschland – Zero – Version 2.0

Bebauungsplan Nummer 15 Gewerbegebiet „Neubeckumer Straße / Grüner Weg“, 1. Änderung der 1. Änderung (ehemaliges Entwicklungs- und Gründungszentrum)

Verfahrensstand:
Satzung gemäß § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch

im Sinne des § 30 BauGB
rechtsverbindlich seit: .....
Maßstab 1:500

Fachdienst
Stadtplanung und
Wirtschaftsförderung
www.beckum.de

TOP Ö 16

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2026/0225
öffentlich

Bestellung von Vertretungen in Gremien von juristischen Personen und Personenvereinigungen

Federführung: Büro des Bürgermeisters

Beteiligungen: Fachbereich Jugend und Soziales
Fachbereich Stadtentwicklung

Auskunft erteilt: Herr Gerdhenrich | 02521 29-1000 | gerdhenrich@beckum.de

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Beckum
23.09.2026 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

1. Frau Sina-Sophie Moukhadder wird als beratendes Mitglied in das Kuratorium AWO Heinrich-Dormann-Zentrum bestellt.
2. Frau Sina-Sophie Moukhadder wird als beratendes Mitglied in das Kuratorium Erziehungshilfe Sankt Klara/Caritasverband im Kreisdekanat Warendorf e. V. bestellt. Herr Niklas Gesigora wird als ihre persönliche Stellvertretung als stellvertretendes beratendes Mitglied bestellt.
3. Herr Thomas Wulf (Leitung Fachbereich Finanzen und Immobilien) wird als stellvertretendes Mitglied als persönliche Stellvertretung von Herrn Tobias Illbruck in die Mitgliederversammlung des Instituts für Abfall- und Abwasserwirtschaft e. V. Ahlen bestellt.
4. Herr Uwe Denkert (Leitung Fachbereich Stadtentwicklung) wird als stellvertretendes Mitglied als persönliche Stellvertretung von Herrn Tobias Illbruck in den Internationalen Rat für kommunale Umweltinitiativen bestellt.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Kosten, die der laufenden Verwaltungstätigkeit zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Erläuterungen:

Ausscheiden von Frau Dreyszas

Frau Jessica Dreyszas von der Fraktion Die Linke ist aus Beckum verzogen. Hierdurch verliert sie ihre Mitgliedschaften in Gremien von juristischen Personen und Personenvereinigungen. Somit werden Nachbesetzungen erforderlich. Die von der Fraktion Die Linke vorgesehenen personellen Nachbesetzungen können dem Beschlussvorschlag entnommen werden.

Ausscheiden von Herrn Dr. Hofbauer

Herr Dr. Hofbauer ist als Leiter des ehemaligen Fachbereichs Umwelt und Bauen der Stadt Beckum ausgeschieden. Aufgrund seines Ausscheidens ist eine Nachbesetzung in Gremien von juristischen Personen und Personenvereinigungen erforderlich. Die von der Verwaltung vorgesehenen personellen Nachbesetzungen können dem Beschlussvorschlag entnommen werden.

Der Bürgermeister ist stimmberechtigt.

Anlage(n):

ohne

TOP Ö 17

STADT BECKUM
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage 2026/0248
öffentlich

Umbesetzungen in Ausschüssen

Federführung: Büro des Bürgermeisters

Beteiligungen:

Auskunft erteilt: Herr Gerdhenrich | 02521 29-1000 | gerdhenrich@beckum.de

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Beckum
23.09.2026 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

1. Auf Antrag der Fraktion Die Linke werden folgende Personen in die nachfolgend genannten Ausschüsse bestellt:

   Herr Dominic Wenzel in den Ausschuss für Bauen, Umwelt, Klimaschutz, Energie und Vergaben als sachkundiger Bürger als Nachfolger von Frau Jessica Dreyszas

   Frau Sina-Sophie Moukhadder in den Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien als beratendes Mitglied als Nachfolgerin von Frau Jessica Dreyszas

2. Auf Antrag des Stadtsportverbands Beckum e. V. werden folgende Personen in die nachfolgend genannten Ausschüsse bestellt:

   Herr Michael Steffen in den Betriebsausschuss als beratendes Mitglied insbesondere für Belange des Sports als Nachfolger von Herrn Wilfried Overmeier

   Herr Peter Stößel, Louise-von-Gall-Straße 10 in 59269 Beckum, in den Betriebsausschuss als stellvertretendes beratendes Mitglied insbesondere für Belange des Sports als Nachfolger von Herrn Michael Steffen

   Herr Michael Steffen in den Schul-, Kultur- und Sportausschuss als beratendes Mitglied mit Mitwirkungsbeschränkung auf Sportangelegenheiten als Nachfolger von Herrn Wilfried Overmeier

   Herr Peter Stößel in den Schul-, Kultur- und Sportausschuss als stellvertretendes beratendes Mitglied mit Mitwirkungsbeschränkung auf Sportangelegenheiten als Nachfolger von Herrn Michael Steffen

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Kosten, die der laufenden Verwaltungstätigkeit zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Ausscheiden von Frau Dreyszas (Fraktion Die Linke)

Frau Jessica Dreyszas von der Fraktion Die Linke ist aus Beckum verzogen. Hierdurch verliert sie ihre Mitgliedschaften als (stellvertretende) sachkundige Bürgerin beziehungsweise als beratendes Mitglied in diversen Ausschüssen. Somit werden Nachbesetzungen erforderlich. Die von der Fraktion Die Linke vorgesehenen personellen Änderungen können dem Beschlussvorschlag entnommen werden.

Vertretung des Stadtsportverbands Beckum e. V. im Betriebsausschuss und Schul-, Kultur- und Sportausschuss

Der Stadtsportverband Beckum e. V. beantragt aufgrund von personellen Veränderungen im Vorstand eine Anpassung seiner (stellvertretenden) beratenden Mitglieder im Betriebsausschuss und Schul-, Kultur- und Sportausschuss. Die vorgesehenen Änderungen können dem Beschlussvorschlag entnommen werden.

Der Bürgermeister ist nicht stimmberechtigt.

Vertretung der Arbeitsagentur Ahlen-Münster im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien

Im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien ist die Arbeitsagentur Ahlen-Münster mit einem beratenden Mitglied beziehungsweise einem stellvertretenden beratenden Mitglied vertreten. Nunmehr wurde der Verwaltung mitgeteilt, dass das bisherige stellvertretende beratende Mitglied, Frau Stefanie Fritsch, ausscheidet und durch Frau Anike Pendzialek ersetzt wird.

Eine Beschlussfassung durch den Rat ist nicht erforderlich.

Anlage(n):

ohne